



Hans-Peter de Lorent

# Täterprofile

Die Verantwortlichen im  
Hamburger Bildungswesen  
unterm Hakenkreuz und  
die Kontinuität bis in die  
Zeit nach 1945

Band 3



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Hamburg



Hamburg

Hans-Peter de Lorent

## **Täterprofile**

Die Verantwortlichen im  
Hamburger Bildungswesen  
unterm Hakenkreuz und  
die Kontinuität bis in die  
Zeit nach 1945

Band 3



Hans-Peter de Lorent

# Täterprofile

**Die Verantwortlichen im  
Hamburger Bildungswesen  
unterm Hakenkreuz und  
die Kontinuität bis in die  
Zeit nach 1945**

Band 3



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Hamburg



Freie und  
Hansestadt Hamburg  
Behörde für Schule und Berufsbildung  
Landeszentrale für politische Bildung

Die **Landeszentrale für politische Bildung** ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und

Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 5 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse [www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de) werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg.

Der Informationsladen ist im Dammtorwall 1, 20354 Hamburg.

Öffnungszeiten des Informationsladens:

Montag bis Donnerstag: 12.30 Uhr bis 17.00 Uhr, Freitag: 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Erreichbarkeit:

Telefon: (040) 428 23-48 08

Telefax: (040) 428 23-48 13

E-Mail: [PolitischeBildung@bsb.hamburg.de](mailto:PolitischeBildung@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/politische-bildung](http://www.hamburg.de/politische-bildung)

Abbildung Umschlag Aufmarsch des NSLB 1935, ganz rechts der NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz; © Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv

Der Verfasser dieser Publikation hat die Bildrechte eingeholt. Sollte dies nicht in allen Fällen möglich gewesen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich an die Landeszentrale zu wenden.

© Landeszentrale für politische Bildung;  
Hamburg 2019

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

Redaktion: Dr. Rita Bake

Lektorat: Joachim Szodrzynski

Gestaltung und Herstellung: Andrea Orth

Druck: Siepmann GmbH

ISBN: 978-3-946246-24-4

Geleitwort	14
Begleitwort	16
Einleitung	33
<b>Täterprofile/Biografien</b>	47
<b>Albert Krebs</b> Über die Komplexität der Entnazifizierungsverfahren oder Warum der ehemalige NSDAP-Gauleiter in Hamburg, Dr. Albert Krebs, nach 1945 eine Pension als Senatsdirektor bezog?	48
<b>Hans Muchow</b> Ein Mann mit zwei Gesichtern. Ein Scharlatan. „Er war vor 1933 ausgesprochen linksorientiert, so dass seine nach der sogenannten Machtübernahme festzustellende Gesinnungs- änderung eine starke Verwunderung bei seinen antinationalsozialis- tischen Freunden und Bekannten hervorrief. Man sah in ihm einen Renegaten, dessen deutlich erkennbarer Ehrgeiz die Triebfeder seines Handelns war, und man distanzierte sich von ihm.“	75
<b>Wilhelm von Allwörden</b> „Er gehört zu jener kleinen Gruppe von Gläubigen, die in Hitler einen Heiligen, fast einen Gott sah. Er war ein Idealist durch und durch.“	110
<b>Friedrich Ofterdinger</b> „Organisation und Verwaltung waren seine Sache nicht. Unsicher im Verhalten und voller Misstrauen gegenüber der Bürokratie, verließ er sich lieber auf den Rat ergebener alter nationalsozialistischer Mitstreiter.“	124
<b>Hans Möckelmann</b> „Hinter dem Kampf für die Gleichberechtigung der Frau verbarg sich vielfach krasser Liberalismus, der in seinem Streben nach Loslösung von Familie und Volk rassenpolitisch die stärksten Gefahren in sich tragen musste.“	134
<b>Alwin Benecke</b> „Den üblen Methoden der Partei habe ich immer ferngestanden und mich, soweit es möglich war, auch dagegen aufgelehnt.“	162

**Willi Heher**

„Die Stilllegung des NS-Lehrerbundes um die Jahreswende 1942/43 bedeutete, dass der Lehrerschaft das einzige politische Instrument im Kampfe um ihre Belange genommen wurde.“ 169

**Rudolf Ibel**

„Für uns, die wir eine deutsche Oberschule schaffen wollen, ist oberste Forderung: diese Schule hat von der Geisteshaltung der deutschen, nationalsozialistischen Revolution bestimmt zu sein.“ 175

**Wilhelm Gundlach**

„Eine gereifte Persönlichkeit von Selbstbewusstsein, Pflichterfüllung und Zuverlässigkeit, der in jeder Lage seine Person gut einsetzt.“ 196

**Wilhelm Bernhardt**

„Die Reichswaltung des NSLB setzt in Pg. Bernhardt großes Vertrauen.“ 207

**Kurt Uhlig**

Subjektiv als notwendige Anbieterung verstandener Opportunismus ist schwer von der Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie zu unterscheiden. 214

**Heinrich Geffert**

„Er ist ein freundlicher, friedfertiger, hilfsbereiter Mensch, dem jeder Machtwille fehlt; der gewalttätige Nationalsozialismus ist seinem gütigen Wesen völlig fremd geblieben.“ 226

**Max Fehring**

„Das Ideal einer solchen nationalpolitischen Erziehung ist der Soldat preußischer Prägung, wie er sich im Weltkrieg und im SA-Dienst bewährt hat, ihr Motto: Ehr und Wehr!“ 244

**Bernhard Pein**

„Nach seiner Zeit an der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt erschien Pein demnach trotz fehlender wissenschaftlicher Qualifikation für den Posten des Leiters in Hamburg geeignet, bot er die Gewähr für eine hohe Übereinstimmung mit den nationalsozialistischen Positionen.“ 258

**Wilhelm Knoll**

„Wir kennen ihn seit langem als einen jener Männer, die den Geist des Nationalsozialismus an unseren Hochschulen wirklich zu lehren verstanden, zu einer Zeit noch, als es schwer war, derartige Ideen zu propagieren.“ 286

### **Eugen Zerbe**

„Für meine Bereitschaft zum Einsatz im Sinne des Nationalsozialismus dürfte mein berufliches Wirken, vor allem in der SA-Stamm-  
schule, später Führerschule Neustrelitz, Zeugnis ablegen.“ 304

### **Edgar Irmscher**

„Er möchte mir dringend nahelegen, entweder in die Partei einzutreten, oder in der SA bzw. SS Dienst zu tun. Hierin erblicken er und der Dozentenbund allein den Beweis für die richtige Einstellung.“ 312

### **Georg Anschütz**

„Ich halte ihn für einen jener etwas erdenfernen deutschen Idealisten, die im Glauben an eine große geistige Mission Deutschlands immer im Kielwasser der Nationalsozialisten zu finden sind. Sie tragen hinterher ihren guten Glauben zu Grabe.“ 323

### **Alfred Kleeberg**

„Als Leiter der Klosterschule hat er sich bewusst und aktiv in Rede und Schrift nationalsozialistisch betätigt. Es ist dies umso bedauerlicher, als er wahrscheinlich stets in seiner Grundhaltung liberal und demokratisch geblieben ist.“ 343

### **Adolf Denys**

„Feinde – Landesfeinde – bekämpft man, Gegner vernichtet man. Wer ist Gegner? Marxisten und Kommunisten.“ 361

### **Gerhard Riecks**

„Er hat bei allen früheren Kollegen als 150-prozentiger Nationalsozialist gegolten, vor dem man sich in acht nehmen musste.“ 371

### **Hans Oppermann**

„Ich befürchte, wenn ich mit meiner Meldung warte, zu spät zu kommen und eine Möglichkeit zu versäumen, mich mit allen Kräften an einer besonderen Aufgabe für den Führer und das nationalsozialistische Deutschland einzusetzen.“ 378

### **Karl Hahn**

„So war er, so Bedeutendes er auch geleistet hat, politisch gesehen, nur einer der vielen ‚Totengräber‘ des Weimarer Staates.“ 399

### **Ottomar Hartleb**

„Die Wurzeln unseres Volkes liegen in Blut und Boden und die Haltung, die wir Nationalsozialisten den deutschen Menschen geben wollen, ist die heroische.“ 416



### **Albert Tomforde**

„Da es sich um einen wirklich vortrefflichen Mann handelt, würde ich bedauern, wenn derselbe dem Lehrerberuf entzogen werden würde.“ (Bürgermeister Rudolf Petersen) 439

### **Kurt Haefeker**

„Ich habe die Schülerin von der Schule entlassen wegen ihrer ablehnenden Einstellung und entsprechenden Äußerungen über Maßnahmen der heutigen Regierung.“ 448

### **Willy Kowallek**

„Die Führung der Behörde hat eine durch parlamentarischen Kuhhandel zu Stande gekommene Schulleiterliste genehmigt.“ 456

### **Wilhelm Bartels**

„Die Beförderung zum Oberstudiendirektor erfolgte nicht aufgrund einer besonderen wissenschaftlichen und pädagogischen Befähigung, sondern ausschließlich aufgrund seiner parteipolitischen Haltung und seines Amtes im NSLB.“ 465

### **Claus Hartlef**

„Rektor Hartlef ist überzeugter Nationalsozialist und hat seinen Einsatz durch jahrelange Tätigkeit im Amte Schulung der NSDAP unter Beweis gestellt.“ 477

### **Heinrich Behnken**

„Wenn es wahr ist, dass der Mensch seine besten Kräfte zieht aus dem Blut, das von den Voreltern her in ihm pulst, ersteht für alle verantwortungsbewussten Männer die ernste Aufgabe, dafür zu arbeiten, dass dies Volkstum gesund bleibe und sich von fremden Schlacken säubere.“ 490

### **Alexander Stempel**

„Nach anfänglicher Skepsis kam es schon bald zu einer weitgehend harmonischen Zusammenarbeit zwischen den Produzenten und Förderern niederdeutscher Literatur und der Reichsschrifttumskammer.“ 503

### **Felix Schmidt**

„Ich klebe nicht an meinem Direktorenposten, den ich übrigens nicht der NSDAP zu verdanken habe, und kann auch mich nicht, trotz allem was ich inzwischen erfahren habe (auch von Nationalsozialisten), im Handumdrehen zu einer ganz anderen Weltanschauung bekennen.“ 515

**Fritz Ulmer**

„Dass ich seit dem Jahre 1935, da ich selbst unter dem unmenschlichen Druck der Nürnberger Gesetze stand, grundsätzlicher und persönlicher Gegner des Nationalsozialismus bin, brauche ich nach meinen Erlebnissen und Enttäuschungen wohl nicht mehr besonders betonen.“ 526

**Robert Köster**

„Er hat viel dazu beigetragen, die nationalsozialistische Weltanschauung in Altona durchzusetzen.“ 536

**Friedrich von Behren**

„Als Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes behandle ich seit Jahren auf der Gauschulungsburg in Uelzen (früher Steinbeck) Erbbiologie, deutsche Rassenpflege und Bevölkerungspolitik.“ 543

**Johannes Jungenitz**

„Er war, obwohl überzeugter Nationalsozialist, ein anständiger und wohlwollender Vorgesetzter auch gegenüber den politisch Andersdenkenden.“ 552

**Gerhard Rieckmann**

„Ich selbst hoffte durch meine Mitarbeit die Art und den Ton in der Partei mäßigen zu können. Ich habe diese Haltung als Politischer Leiter wie auch in meinem Beruf als Lehrer und Erzieher stets bewahrt.“ 560

**Hermann Schmidt**

„Möge es Ihnen vergönnt sein, an dem großen Aufbauwerk unseres Führers in der Erziehung und Formung der kommenden Generation den deutschen Menschen mit prägen zu helfen.“ 568

**Otto Gerhard**

„Der Technische Lehrer Otto Gerhard wurde seiner Zeit zum Schulleiter ernannt, weil er als alter Pg. für diesen Posten besonders geeignet zu sein schien.“ 586

**Hermann Reimnitz**

„Für mich alten Pg., der Jahrzehnte im völkischen Kampf stand, ist es hart zu sehen, daß andere, die damals wer weiß wo waren, jetzt das Rennen machen.“ 595

**Paul Wetzel**

„Nur bei Verstößen gegen eine anständige und saubere Schulzucht konnte er sehr in die Fahrt kommen.“ 613

**Max Bonz**

„Der Widerstand gegen eine aktive Mitarbeit in der Partei war für mich umso schwieriger, als die Geschäftsstelle der Partei direkt neben meiner Wohnung lag und jede meiner Handlungen kontrolliert wurde.“

626

**August Benox**

„Ich glaubte 1933 mit der Mehrheit des deutschen Volkes, nach dem Versagen der bisherigen Regierungsparteien, in der NSDAP die letzte Möglichkeit eines Wiederaufstiegs unseres Vaterlandes zu erkennen.“

632

**Adolf Vogel**

„Er hat sich als ein ausgezeichneter Lehrer und Jugenderzieher bewährt, der wissenschaftlich und pädagogisch gleich tüchtig und ein vortrefflicher Charakter ist, von großem Arbeitswillen und von großer Energie.“ (1926) – „Die Betätigung in der Partei bestätigt seine politische Zuverlässigkeit.“ (1944)

639

**Jürgen Fruchtenicht**

„Er hat nach dem Urteil vieler Kollegen dem Druck der Partei aber in so starkem Maße nachgegeben, dass oft der Eindruck entstand, in ihm nicht einen Anwalt der Lehrerschaft, sondern einen Beauftragten der Partei oder der HJ sehen zu müssen.“

648

**August Kaphengst**

„Dass Sie mich gerade mit der Büste unseres unvergleichlichen Führers beehrten, ist mir ein erfreulicher Beweis dafür, dass Sie mich in meinem Ringen um das politische Ideal, auch bei meiner Schularbeit, richtig erkannten.“

655

**Heinrich Matthaei**

„Seine Zugehörigkeit zur Partei war für ihn nur eine sich aus seiner Stellung als stellvertretender Schulleiter ergebende Notwendigkeit.“

662

**Walter Lohse**

Auffällig sind die Beförderungen, die einhergehen mit seinem Engagement in der NS-Bewegung.

670

**Paul Heitmann**

„1933 konnte sehr wohl ein politischer und menschlich rechtschaffen denkender und handelnder Beamter der Täuschung zum Opfer fallen und guten Glaubens der NSDAP beitreten.“

680

**Wilhelm von Bergen**

„Er will sich aber nicht an der damaligen Radaupolitik und dem Straßenterror beteiligt, im Gegenteil vorzugsweise bei jüdischen Professoren Kollegs gehört haben.“ 686

**Gerhard Rösch**

„Meine Berufung zum Schulleiter der Hansa-Oberschule Ostern 1938 erfolgte gegen meinen Wunsch und Willen und gegen meinen Einspruch auf Drängen der Behörde.“ 692

**Wilhelm Scharenberg**

„Er ist ein ebenso vorzüglicher Lehrer wie Erzieher. Seine Arbeit verrichtet er in dem Bewusstsein, den Jungen für ihr Leben zu dienen.“ 702

**Konrad Groth**

„Von Herrn Groth habe ich den Eindruck, dass es ihm mit seinem zur Schau getragenen Nationalsozialismus nicht sehr ernst war.“ 711

**Erich Grabke**

Es sind nicht die pädagogischen Leistungen, sondern die militärischen Verdienste, die sich in seiner Personalakte sammeln. 719

**Gustav Möhring**

„Der NSDAP-Ortsgruppenleiter hatte die Annahme der Zeugnisse seiner eigenen Kinder verweigert, da sie durch mich unterzeichnet worden waren.“ 726

**Walter Brauel**

„Es ist wohl ein Mensch, der in politischen Dingen den Verstand ganz und gar ausgeschaltet hatte.“ 732

**Otto Genz**

„Bis zu meiner Einberufung zum Wehrdienst bin ich in den hiesigen Gliederungen der Partei und der Partei selbst, zuletzt als politischer Leiter, tätig gewesen und lege Wert darauf, in diesem Wirkungskreis meine Arbeit nach Kriegsende wieder aufzunehmen.“ 738

**Hans Langhein**

„Er war ernst zu nehmen, eine Gefahr für Lehrer und Schüler mit kritisch-distanzierter Haltung, selbst wenn er sich lächerlich machte mit seinem penetranten Bekenntnis zum Nationalsozialismus.“ 753

**Hans-Hermann Langhein**

„Ich begann, mich mit dem Programm der NSDAP zu beschäftigen und kam damals zu der Überzeugung, dass das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus die Weltkriegsfolgen überwinden könne.“ 761

**Ernst Köhler**

„Ich weiß mich deutlich zu erinnern, dass Herr Dr. Köhler nicht aus innerem Triebe, sondern lediglich in dem Gedanken, seine wirtschaftliche Stellung zu sichern, in die SS eingetreten ist.“ 772

**Siegfried Gruber**

„Mein Eintritt in die SS am 1. Oktober 1933 erfolgte keineswegs aus Begeisterung für die NSDAP und ihre intoleranten Lehren.“ 784

**Christian Trumpf**

„Für das Vaterland zu fallen, ist die höchste Ehre, die einem deutschen Mann widerfahren kann.“ 794

**Willy Etzrodt**

„Wer heute noch lebt, als wäre seit dem 30. Januar 1933 nichts geschehen, dem er zustimmen könnte, der lebt vergebens.“ 804

**Ernst Schöning**

„Die Schule muss daher in einem völkischen Staat unendlich mehr Zeit freimachen für die körperliche Ertüchtigung. Es geht nicht an, die jungen Gehirne mit einem Ballast zu beladen, den sie erfahrungsgemäß nur zu einem Bruchteil behalten.“ 819

**Kurt Sonntag**

„Er ist von Natur ruhig und besonnen; allerdings könnte er noch einen kleinen Schuss von dem haben, das man einen Kerl nennt.“ 835

**Erich Müffelmann**

„Sie haben durch Ihre grundlosen Misshandlungen der Ihrer Obhut unterstehenden Schülerinnen dem Ansehen der NSDAP einen solchen Schaden zugefügt, dass Sie der Gemeinschaft der NSDAP nicht mehr angehören können.“ 844

**Adolf Lindemann**

Der Vorsitzende des Hamburger Philologenvereins in der Weimarer Republik trat 1933 in die NSDAP ein. 861

**Paul Cassun**

„Ein kriegsblinder Lehrer, der ein sehr aktiver und enthusiastischer Nationalsozialist war und sich leidenschaftlich propagandistisch betätigte.“ 869

**Ferdinand Dannmeyer**

„Er hat stets einen übertriebenen Tätigkeitsdrang besessen. So meldete er sich auch 1933 zur NSDAP und zur SA, trotzdem er wissen musste, dass Freimaurer allgemein abgelehnt wurden.“ 877

### **Dr. Adolf Vogel**

„Bisher hat noch jeder Beteiligte nach 1945 seine Biografie gefälscht, die Mitwirkung im Einsatzstab Rosenberg verschleiert oder verharmlost oder sich in platte Unwahrheit geflüchtet.“ 893

### **Entnazifizierungsausschüsse**

Niemals in der NSDAP und nachweislich im Gegensatz zum Gedankengut des Nationalsozialismus

Heinrich Schröder

Johann Helbig

Clara Klabunde

Friedrich Wilhelm Licht

Kurt Zeidler

Gustav Schmidt

Johannes Schult 903

Sonderfall: Wilhelm Kiesselbach 917

### **Prof. Hans Bürger-Prinz**

„Er imponiert beim ersten Zusammentreffen durch sein Reden, hinter dem aber bei genauerer Betrachtung nicht das zu stecken scheint, was der erste Eindruck vermitteln kann.“ 924

Resonanz auf Täterprofile Band 2 976

Anhänge 1006

Abkürzungsverzeichnis 1006

Literaturliste 1006

Bildnachweis 1011

Namensverzeichnis 1012

Dank und biografische Daten 1022

## Geleitwort

Katharina Fegebank



### **Kaum eine Zeit gilt als so gut erforscht wie die NS-Herrschaft von 1933 bis 1945.**

Dennoch lässt sich nach wie vor Unbekanntes entdecken: Hans-Peter de Lorent gelingt es mit dem dritten Band der „Täterprofile“ einmal mehr, über Kurzbiografien leitender Persönlichkeiten in Schule n, Universität und Verwaltung unseren Blick auf Gleichschaltung und Unrecht im Hamburgischen Bildungswesen zu lenken. Die jetzt insgesamt 180 Biografien schildern zum einen individuelles, räumlich begrenztes Handeln. Darüber hinaus fügen sie sich wie ein Puzzle zu einem Bild zusammen: einem Bild, das die Machtstrukturen der NS-Diktatur und ihre Auswirkungen auf Schule und Hochschule plastisch hervortreten lässt.

Die Texte porträtieren Leiter von höheren Schulen und von Landschulen, deren Stellvertreter, Lehrer, Funktionäre politischer Organisationen und in der Bildungsverwaltung Tätige. Dazu kommen Personen aus dem Hochschulbereich. Gerade in deren Porträts wird auf bedrückende Weise deutlich, wie Vertreter der gehobenen Bildungsschicht im Zuge der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ agierten: So wurden Professorinnen und Professoren, auf deren hoher fachlicher Reputation zu einem erheblichen Teil das Renommee der erst 1919 gegründeten Hamburgischen Universität beruhte, schon im Frühjahr 1933 entlassen – weil sie Juden waren oder weil sie aufgrund ihrer politischen Haltung der „nationalen Revolution“ im Weg standen.

Dabei waren viele der handelnden Personen erheblichem Druck ausgesetzt: Wer an leitender Stelle tätig war – darauf verweist auch der Autor selbst –, stand unter permanenter politischer Beobachtung und Kontrolle. In dieser Zeit erkennbar gegen den nationalsozialistischen Strom zu schwimmen, erforderte zweifelsohne großen persönlichen Mut. Den meisten dürfte bewusst gewesen sein, dass Opposition gegen das Regime oder auch nur mangelnde Kooperation sehr schnell in Lebensgefahr münden konnte. Gleichwohl gab es in allen Bereichen – Schule, Hochschule, Verwaltung – immer auch Einzelne, die versuchten, die „Gleichschaltung“ zu unterminieren und bedrohte Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Dies gilt allerdings nicht für die hier porträtierten Täter.

In den Porträts zeigen sich Verstrickung und Schuld, Mitläufertum und Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber ebenso wie bisweilen überraschend gut gelingende lautlose Übergänge in die „neue Zeit“ ab 1945. Bei der Lektüre der Biografien verblüfft, wie viele der porträtierten Akteure trotz ihrer Nazi-Vergangenheit schon bald nach Kriegsende wieder herausgehobene Funktionen bekleideten. Viele konnten den Wiederaufbau des Hamburger Bildungswesens an leitender Stelle in den Bildungseinrichtungen selbst oder in der Verwaltung mitgestalten und mitbestimmen – etwa, indem sie z. B. nach ihrer „Entnazifizierung“ wieder als Schulleiter eingesetzt oder als Hochschullehrer weiterbeschäftigt wurden. Auf diese Weise spielten diese Personen auch nach 1945 eine maßgebliche Rolle in Hamburgs Schulen und in der Universität. Das war symptomatisch für die Zeit des Wiederaufbaus: Ein hohes Maß an personeller Kontinuität prägte nahezu alle relevanten Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Karrieren waren trotz vorheriger Nähe zum NS-Regime möglich oder konnten nach nur kurzer Unterbrechung fortgesetzt werden. Die viel beschworene „Stunde Null“, einen unbelasteten Neuanfang, gab es nicht, weder in Schule, Hochschule und Verwaltung noch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Ich danke Hans-Peter de Lorent für diesen dritten Band der „Täterprofile“ und zugleich auch für das Gesamtprojekt! Er hat damit Licht ins Dunkel der Biografien von Personen gebracht, die in ihrem jeweiligen Wirkungskreis dazu beitrugen, ein verbrecherisches System zu etablieren, zu stützen, zu fördern, am Laufen zu halten – sei es aus politisch-ideologischer Überzeugung, aus Opportunismus oder aus mangelnder Einsicht in die Tragweite ihres Handelns.

Die „Täterprofile“ verdeutlichen nicht nur den allgemeinen (Un-)Geist jener Zeit. Sie schildern auch individuelles Handeln und seine Folgen im Spannungsfeld von Anpassungsdruck und „Selbstgleichschaltung“. Die Lektüre lässt erahnen, wie schnell sich die menschenverachtende Ideologie der Nationalsozialisten in den Bildungsinstitutionen Hamburgs festsetzte und was es bedeutete, dass auch nach 1945 Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit verantwortlich für die Bildung und Erziehung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren.

Das Werk ist uns Mahnung: Nationalismus und Rassismus dürfen nie wieder handlungsleitend sein, weder in Wissenschaft und Bildung noch sonstwo in unserer Gesellschaft. Dem Wiederaufleben nationalistischen und rassistischen Gedankenguts müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

**Katharina Fegebank**, 2008–2015 Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Hamburg; 2011–2015 Bürgerschaftsabgeordnete; seit 2015 Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Hamburg.



## Begleitworte



**Nachdem der zweite Band der „Täterprofile“ erschienen war**, erhielt ich eine Zusage von **Margret Sell**, geb. Zeidler, die auf die Biografie von Hans Lüthje reagierte, den ich sehr kritisch gesehen hatte und der für mich einen deutlichen Anteil an dem Schicksal der Lehrerin Yvonne Mewes hatte, die im KZ Ravensbrück am 6. Januar 1945 „zu Tode kam“. Ausgangspunkt war Mewes Weigerung gewesen, in der Kinderlandverschickung zu arbeiten und die Beurteilung ihres Schulleiters, der über Yvonne Mewes geschrieben hatte: „Ein bis zum Fanatismus wahrheitsliebender Mensch, der keine Bindung anerkennt und anerkennen will, sich rücksichtslos gegen alles stemmt, was nach Zwang aussieht, sich mit allen Kräften gegen die notwendigen Anforderungen der Gemeinschaft sträubt. Sie ist alles in allem der Prototyp eines Individualisten, in ihre Ideen verrannt, schwer, wenn überhaupt, belehrbar und anderen Gedanken kaum zugänglich. Mewes ist in ihrer Sucht, jeglicher Bindung auszuweichen, auch nicht der NSDAP beigetreten.“<sup>1</sup>

Lüthje konnte nicht ahnen und es war sicherlich auch nicht seine Absicht und sein Ziel, dass Yvonne Mewes am Ende ins KZ überführt wurde und dort sterben würde. Aber ich hatte geschlossen: Diese Beurteilung „las sich wie eine Aufforderung an die Schulverwaltung, hier zu handeln und belastet aus meiner Sicht, in Kenntnis des weiteren Fortganges, Schulleiter Lüthje stark“.

Margret Sell schrieb:

„Sehr geehrter Herr de Lorent! Mein Name ist Margret Sell, ich bin die Tochter von Kurt Zeidler, Jahrgang 1930.

Durch Zufall bekam ich die Dokumentation ‚Täterprofile‘ in die Hände und möchte aus meiner eigenen Erinnerung einiges ergänzen.

Ab Mai 1944 bis zum Kriegsende, Mai 45, war ich als Schülerin der Heilwig-Schule Dr. Hans Lüthje unterstellt. Erst waren wir im ‚offenen‘ KLV-Lager in Wittstock/Dosse, dann ab März bis Kriegsende im geschlossenen Lager in Scharbeutz. (3 Pensionen waren für unsere Unterbringung beschlagnahmt, während wir in Wittstock in Privatfamilien untergebracht waren.)

Schulleiter Lühje war bei Schülern wie Eltern beliebt. Er hat umsichtig unsere Interessen vertreten, sowohl den Gasteltern gegenüber als auch gegenüber ‚der Partei‘. Unsinnige Anordnungen hat er gemildert oder verhindert. (Antreten auf dem Marktplatz in glühender Hitze, zu intensiver Einsatz als Erntehelfer, z. B.) Der gesamte Ton der Lehrerschaft uns gegenüber war nicht forsch-militärisch, sondern betulich-freundlich. Die Heilwig-Schule war erst unter den Nazis umgewandelt worden von einer Standesschule für ‚Höhere Töchter‘ zu einer staatlichen Leistungsschule, allerdings immer noch reine Mädchenschule. Lühje war im Lehrkörper der einzige Mann; ich habe ihn nie in Uniform gesehen.

Im Januar 1945 rückten die Russen im Osten immer näher, die Straßen in Wittstock waren voll von Flüchtlingstrecks. Da wurde unser Lager in 2 Etappen ‚abgewickelt‘ und nach Hamburg überführt, nachts mit der Bahn. Das zurückgelassene Gepäck haben wir später alles bekommen, nichts ging verloren. Damals eine logistische Großtat, allerdings auch mit Glück gesegnet. Wie gesagt, einige Wochen später fanden wir uns in Scharbeutz wieder.

Im Mai 1944 habe ich einige Wochen Unterricht in Französisch gehabt bei Frau Yvonne Mewes. Eines Tages erschien sie nicht mehr zum Unterricht; man sagte uns, sie sei versetzt worden. Unter der Hand wurde gemunkelt, man habe sie nachts abgeholt. Bald bekamen wir eine andere Lehrkraft, das Thema wurde vergessen.

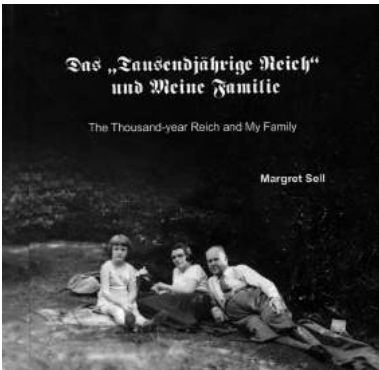
Mein Bruder Wolfgang, Jahrgang 1924, war Schüler des Johanneums. Er war ein Jahrgang jünger als Ralph Giordano. Die beiden kannten sich, haben sich im späteren Leben auch mal getroffen. An der Schule ging es wohl sehr viel militärischer zu als bei mir; es war ja auch eine Schule für Jungen und Männer zum Unterrichten.

Wolfgang hat den Krieg überstanden, studierte Jura und wurde Richter. Als Prof. Dr. Wolfgang Zeidler war er Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Ich weiß nicht, ob Sie Interesse an meinen Ausführungen haben. Aber immerhin bin ich eine Zeitzeugin, werde dieses Jahr 87.“

Natürlich hatte ich Interesse, Margret Sell kennenzulernen und mehr über sie und ihren Vater Kurt Zeidler zu erfahren. Kurt Zeidler war eine der wichtigsten Personen der Hamburger Schulgeschichte gewesen. Ich wusste schon eine Menge über ihn. 1889 in Hamburg geboren, Volksschullehrer, von 1921 bis 1929 Schulleiter der Versuchsschule Breitenfelder Straße, 1929 Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde, Sozialdemokrat, Nazigegner.

Ich nahm Kontakt zu Margret Sell auf, wir haben dann rege miteinander korrespondiert und uns auch mehrfach persönlich getroffen, ausgetauscht, und ich habe dabei viel über die Familie Zeidler erfahren. Margret Sell hat selbst eine Menge



Margret mit ihren Eltern Kaethe und Kurt Zeidler (Buchcover)



Margret und Wolfgang Zeidler 1933

über ihre Familie aufgeschrieben. Dazu gehören neben ihren Eltern Kurt und Kaethe Zeidler, auch der erwähnte Bruder Wolfgang Zeidler (1924–1987) und ihr Mann, Johannes (Jan) Sell (1926–2005), der in Hamburg Gewerbelehrer, Schulleiter an der GX und von 1972 bis 1988 Oberschulrat im berufsbildenden Bereich war. Über ihre Ausgangsfamilie schrieb Margret Sell:

„Im Jahre meiner Geburt, 1930, war mein Vater zum Schulrat in Hamburg ernannt worden. Er war zuständig für den Bereich Volks-/ Realschule, damals ‚Oberbau‘ genannt. Als 1933 die ‚Machtergreifung‘ durch Hitler und seine Partei stattfand, wurden alle Lehrer aufgefordert, der NSDAP beizutreten. Der Druck war in der Schulverwaltung noch höher als in den Schulen, da man von Führungskräften erwartete, als Vorbild aufzutreten.

In späteren Jahren hat mein Vater erzählt, wie er zu Hause und im Kollegenkreis über dieses Ansinnen diskutiert hat. Unsicher war, was bei einer Weigerung des Beitritts zur Partei geschehen würde. Trotzdem wagten er und einige Kollegen den Schritt der ‚Befehlsverweigerung‘. Als Konsequenz wurden sie fristlos entlassen,

soviel ich weiß, ohne Gehalt. Es galten aber wohl noch Beamtengesetze aus der Weimarer Zeit. Vor diesem Hintergrund wagten diese mutigen Männer, einen Prozess anzustreben mit dem Ziel der Wiedereinsetzung ins Amt. Letztlich gewannen sie den Prozess mit Hilfe guter Rechtsanwälte, wurden aber ‚degradiert‘ zu ‚normalen Lehrern‘, allerdings behielten sie ihr höheres Gehalt.

So wurde mein Vater wieder Lehrer, arbeitete mit Mädchenklassen an einer Schule mit Oberbau, weil er der vormilitärischen Erziehung der Jungen aus dem Weg gehen wollte.

Die berufliche Entscheidung zur Weigerung hatte sich mein Vater so schwer gemacht, weil er sich der möglichen Konsequenzen bewusst war. Wir als Familie waren sozusagen im Visier der ‚Staatsicherheit‘. In totalitären Staaten gelten weitgehend die Regeln der Sippenhaft. Also galt es, auf keinen Fall irgendwo und irgendwie aufzufallen.



Junglehrer Zeidler an der Volksschule Averhoffstraße 20

Mein Vater hat während der Nazizeit immer engen Kontakt mit zuverlässigen Kollegen gehabt. Man musste sehr genau wissen, mit wem man über was sprach, weil Denunzianten überall arbeiteten. Sogar gegenüber mir als naivem Kind ließen die Eltern Vorsicht walten. Sie hielten vor mir damals ernste Gespräche und Hintergründe fern, weil sie wussten, dass ich in kindlicher Ehrlichkeit ausplaudern würde, was ich aufschnappte. Meine Lehrerin schätzten die Eltern als ‚Nazisse‘ ein – sie indoktrinierte uns Kinder nach Kräften, fühlte sich dazu wohl von Amts wegen angehalten.

Die Treffen mit den ehemaligen Kollegen meines Vaters fanden unter konspirativen Bedingungen statt. Es war nicht angebracht, bei einem von ihnen in der Wohnung zusammentreffen. Denn wer wusste schon, ob die Wohnung verwandt war? Außerdem – mit mehr als drei Männern fiel man als Gruppe auf – keiner konnte ausschließen, überwacht zu werden. Die sicherste Art, politische oder wichtige Gespräche zu führen, war, einen Spaziergang oder gar eine Wanderung zu machen. In der Natur war Abhören unmöglich. Dennoch trafen die Kollegen sich in bestimmten Abständen in wechselnden Kneipen/Restaurants und tarnten sich als feucht-fröhliche Männerrunde. Ab und zu wurde ein Witz eingeschoben, alle lachten schallend und für etwaige Beobachter blieb der Anschein von Harmlosigkeit erhalten. Mein Vater nannte diesen Kreis ‚eine Art Untergrundvorstand‘, alle ehemalige Vorsitzende und Stellvertreter oder Vorstandsmitglieder der ‚Gesellschaft der Freunde‘, aus der die GEW später hervorging. Und allesamt Nazigeegner. Die Angst vor staatlichem Zugriff verfolgte diese Menschen immer und überall. So erzählten meine Eltern spä-

ter, dass sie abends laute Geräusche im Treppenhaus unseres großen Wohnhauses zusammenzucken ließen. Es war bekannt, dass Festnahmen der Gestapo meist in den Abend- oder Nachtstunden stattfanden. Dann polterten Knobelbecher über die Treppen und wieder eine Familie wurde zum Verhör/Abtransport abgeholt.

In den vom Verlag Erziehung und Wissenschaft der GEW herausgegebenen Erinnerungen schrieb mein Vater Kurt Zeidler dazu: ‚Wir besprachen die jeweilige Lage, berichteten einander über aufschlussreiche Vorkommnisse und stärkten uns gegenseitig in dem Willen, verwirrte und hilflose Kollegen, die guten Willens, aber voll berechtigter Sorgen und Ängste waren, zu beraten und in ihrem inneren Widerstand zu unterstützen.‘“<sup>2</sup>



Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ 1931 im Curio-Haus. Am Vorstandstisch in der Mitte sitzend (5. v.l.) der Vorsitzende (Proponent), Kurt Zeidler. Ganz links sitzt Richard Ballerstaedt, Gerd Niebank (4. v.l.). Rechts neben Zeidler Friedrich Wilhelm Licht, Fritz Köhne, Max Traeger. Schräg hinter Zeidler steht Carl Schietzel. Dem „Untergrundvorstand“ nach 1933 gehörten Ballerstaedt, Zeidler, Niebank und Traeger an.

Das interessierte mich natürlich auch, wusste ich doch aus einem anderen Zusammenhang, dass es während der gesamten NS-Zeit eine solche Gruppe von entschiedenen Nazi-Gegnern gegeben hatte, die ehemals in der „Gesellschaft der Freunde“ als Vorsitzende oder Stellvertreter gearbeitet hatten und niemals in die NSDAP eintraten, im Gegensatz zu den Vorsitzenden des Philologenvereins, die allesamt Mitglieder der NSDAP wurden und zum Teil als Oberschulräte für den Bereich der höheren Schulen in der NS-Schulverwaltung fungierten (Theodor Mühe und Karl Züge). Kurt Zeidler hatte selbst etwas über diese Treffen geschrieben:

„Für jeden Nazigegner war es eine Erquickung, mit gleich Gesinnten ein offenes Wort sprechen zu können. Freilich war dabei Vorsicht geboten. Bei dem geringsten Anschein politischer Gegnerschaft musste man mit dem Verlust der Beamtenstellung rechnen, und wenn der Fall vor die Gerichte kam, war sogar ein Todesurteil

nicht ausgeschlossen. Mit dem von Goebbels eingeführten Begriff der ‚Heimtücke‘ war der Willkür Tür und Tor geöffnet.“<sup>3</sup>

Kurt Zeidler berichtete, dass dieser Kreis sich während der gesamten Dauer des Hitler-Regimes getroffen hatte. „Ihm gehörten die ehemaligen Proponenten bzw. 1. Vorsitzenden Traeger, Niebank, Zeidler und Kuchler an, die stellvertretenden Vorsitzenden Ballerstaedt und Licht sowie die Vorstandsmitglieder Wiencken, Herzer, Lange und Hart.“<sup>4</sup>

Diese Aussage ist später von verschiedenen Teilnehmern dieser Runde bestätigt worden, so auch von dem GEW-Vorsitzenden in Hamburg nach Max Traeger, Hermann Lange, der darüber in einem Gespräch mit Reiner Lehberger und mir sprach und darauf hinwies, dass die Zusammensetzung deswegen schwankte, weil die jüngeren Kollegen dieser Runde gerade in den Jahren nach 1941 immer wieder für längere Zeiten Hamburg aus dienstlichen Gründen verlassen mussten (Begleitung der Kinderlandverschickung, Unterricht in Luftwaffenhelferklassen etc.).<sup>5</sup>

Margret Sell hatte zu einer merkwürdigen Auseinandersetzung innerhalb der GEW um Max Traeger, dem völlig ohne jeden Beleg unterstellt wurde, mit Nationalsozialisten kooperiert zu haben, was angesichts seiner Biografie absurd und ehrverletzend ist<sup>6</sup>, in der „Hamburger Lehrerzeitung“ einen Leserbrief veröffentlicht. Darin machte sie deutlich, dass sie sich darüber geärgert habe, dass Frankfurter und Hamburger Kollegen, die sich nicht ernsthaft mit der Geschichte auseinandergesetzt hätten, die Treffen des „Untergrundvorstandes“ als „gelegentliche Skatrunden Traegers mit anderen Mitgliedern der von den Nationalsozialisten verbotenen faschistischen Partei“ bezeichneten. Mir wiederum als Traeger-Biograf wurde unterstellt, dass ich bei den Treffen „Widerstand“ erkannt haben wollte und die Treffen „zu einem Untergrundvorstand verklärt“ habe, so Micha Brumlik, dem aus Frankfurt der Durchblick fehlte und der die „Gesellschaft der Freunde“ nicht von der Deutschen Staatspartei unterscheiden konnte, die er zudem in völliger Unkenntnis zu einer „faschistischen Splitterpartei“ machte.<sup>7</sup> Was soll man ernsthaft dazu sagen? Margret Sell schrieb dazu:

„Diese Treffen von Personen zu diskreditieren, die vor 1933 wichtige Funktionen in der damaligen ‚Gesellschaft der Freunde‘ gehabt hatten und die sich am Ende der Nazi-Zeit darauf vorbereiteten, ein demokratisches Schulwesen und eine neue Lehrerorganisation wieder aufzubauen, finde ich empörend. Genauso unangemessen finde ich es, den Beitrag meines Vaters ‚Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte‘ als Anekdotensammlung herabzuwürdigen.“<sup>8</sup>

Und mir gegenüber bemerkte sie dazu noch einmal: „Wir leben heute in einem Rechtsstaat. Jeder kann seine Meinung sagen. Wir sind in jeder Beziehung wohl versorgt, haben eine lange friedliche Phase hinter uns. Aus dieser sicheren ‚Burg‘

heraus ist es einfach, Kritik zu üben an den Menschen des ‚Untergrundvorstandes‘ während der Nazizeit. Es waren keinesfalls harmlose ‚Skatrunden‘ oder ‚Herrenabende‘, die sie veranstalteten. Sie haben trotz großer Gefahr versucht, Anstand, Menschenwürde, Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit hoch zu halten. Wir sind gut beraten, ihnen Achtung und Respekt zu erweisen!“<sup>9</sup>

Fast alle Mitglieder des sogenannten Untergrundvorstandes waren von den Nationalsozialisten aus ihren Funktionen als Schulräte, Schulleiter und Abgeordnete herausgejagt worden, einige wurden pensioniert, andere als Lehrer weiter beschäftigt. Kurt Zeidler berichtete, er habe von Schulrat Gustav Schmidt erfahren, dass es Adolf Röhl, der ebenfalls als Schulleiter abgesetzt worden war, gelang, juristisch erfolgreich gegen die Herabstufung vorzugehen. Zeidler wandte sich an den Rechtsanwalt Bucerius, den Vater des späteren Zeit-Herausgebers, und erwirkte eine Klage aufgrund des veränderten Reichsbeamtengesetzes nach der Aufhebung des schändlichen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Und so erzielten sie 1939 einen Vergleich, nach dem sie ihre alten Dienstbezeichnungen wiedererhielten und Kurt Zeidler die Besoldung eines Schulrates zugesprochen bekam, er allerdings als Volksschullehrer arbeiten musste. Ähnliches erreichten auch andere Kollegen, die von den Nazis degradiert worden waren.<sup>10</sup>

Von den Sorgen und Ängsten der Eltern bekam Margret Zeidler, die damals ein Grundschulkind war, wenig mit. Familie Zeidler musste 1933 allerdings in eine billigere und kleinere Wohnung umziehen. Aber es gab noch ein anderes gravierenderes Problem in der Familie, wie Margret Sell erzählte.

„Meine Mutter war eine geborene Berlinerin, ihre Eltern, meine Großeltern, lebten nach wie vor in Berlin-Charlottenburg. Meine Mutter hatte eine sieben Jahre jüngere Schwester, Ilse. Diese heiratete 1930 Heinz Salomon, einen ‚Juden‘. Er war ein netter Mann, fröhlich und sportlich, seine Eltern waren Fabrikanten für optische Geräte; er hatte einen Bruder. Nette, normale Berliner. Erst 1933 durch die neuen ‚Rassengesetze‘, wurde die Aufmerksamkeit auf diese Menschen gelenkt. Als erstes wurden Juden ihren Arbeitsplatz los – kein Unternehmen wagte es, weiterhin Juden zu beschäftigen. Die Folge davon war, dass 1933 auch in Berlin ein Umzug stattfand: Meine Großeltern bezogen eine gemeinsame Wohnung mit Tochter und Schwiegersohn. Zwei Zimmer für die Alten, zwei Zimmer für die Jungen, Küche und Bad gemeinsam. Vor allem stand am Türschild nur der harmlose Name ‚Lange‘ – Salomon wurde lieber nicht öffentlich gemacht. Schon aus Angst vor etwaigen Denunzianten im eigenen Haus (auch dies war ein vierstöckiges Wohnhaus mit entsprechend vielen Bewohnern).“

Margret Zeidler hatte natürlich mitbekommen, wie den Juden in Deutschland „Stück für Stück die bürgerlichen Rechte genommen wurden“.

Heinz Salomon hatte Zwangsarbeit zu leisten, er war bei der Eisenbahn und musste nach Fliegerangriffen das Gleissystem reparieren, war von daher im „kriegswichtigen Einsatz“, d. h. unabhkömmlich (u. k.). Das rettete ihm vermutlich das Leben. Trotzdem wurde er auf karge Lebensmittel-Rationen gesetzt und bekam Ausgangssperre – durfte nur (mit Ausweis) zur Arbeit fahren, ansonsten das Haus nicht verlassen. Es war eine lange, gefährliche Geschichte, den Nazi-Terror zu überleben.

Während des Krieges wurde die Familie auseinandergerissen. 1939/40 „begannen in Hamburg nachts lange Fliegeralarme“. Margret Zeidler war im dritten Schuljahr und es begannen Überlegungen, Klassen zu evakuieren. 70 Prozent der vierten Klasse der Grundschule Schottmüllerstraße fuhr im Oktober 1940 mit der Lehrerin nach Wien in eine Gastfamilie, ab Sommer 1941 ging Margret in die fünfte Klasse eines Mädchengymnasiums in Wien und blieb dort noch ein Jahr bis zum Sommer 1942. Die Eltern besuchten sie und hatten, nach den Worten von Margret Sell, „Probleme, mich zu verstehen. Ich war voll integriert ins Wiener Leben, auch kleidungsmäßig, die Wiener Mutti war ehemals Schneiderin und hat mir einige fe-sche Kleider genäht“.

Natürlich hatten Kurt Zeidler und seine Frau Kontakt zu der Wiener Gastfamilie und die Tochter wurde auch zweimal in dieser Zeit von ihnen besucht.

Aber: Die Familie war auseinandergerissen, ihr Bruder Wolfgang Zeidler war zur Wehrmacht eingezogen. 1943 herrschte der Ausnahmezustand, eine Woche Großangriffe hatten viele Teile der Stadt zerstört und es wurde wieder darüber nachgedacht, die Kinder zu evakuieren. Am Ende kam Margret Zeidler an die Heilwig-Schule, die nach Wittstock/Dosse evakuiert wurde. So entstand der von ihr anfangs geschilderte Kontakt zu Schulleiter Hans Lühje und der Lehrerin Yvonne Mewes.

Nach 1945 gelang es den Männern, die sich in regelmäßigen Abständen während der ganzen NS-Zeit getroffen hatten, schnell Kontakt zur Britischen Militärregierung herzustellen und wieder Verantwortung im Hamburger Schulwesen zu übernehmen. Kurt Zeidler wurde wieder als Schulrat eingestellt auf Veranlassung von Fritz Köhne, und für Max Traeger wurde das Einverständnis der Militärregierung für den Wiederaufbau einer Lehrerorganisation eingeholt und das brachliegende Schulwesen allmählich wieder aufgebaut.

Kurt Zeidler war zusammen mit Friedrich Wilhelm Licht maßgeblich bei der Arbeit des Entnazifizierungsausschusses für den Volksschulbereich aktiv.

Zeidler schrieb: „Die Pflicht, die von der Militärregierung angeordnete politische Aussiebung der Lehrerschaft vorzunehmen, war nicht nur zeitraubend, sondern auch seelisch belastend. In Hamburg hatten wir das Glück, mit Major Shelton einen Erziehungs-offizier vorgesetzt bekommen zu haben, mit dem sich reden ließ.



Stunden- und tagelang saßen wir mit ihm in Landahls Amtszimmer um den großen Tisch herum, auf dem die Fragebogen in hohen Stapeln lagen, und gingen sie einzeln mit ihm durch. Wir waren froh darüber, dass Shelton diese Form gewählt hatte; hätte er, wie es anderswo vielfach geschah, unsere Empfehlungen verschmäht und seine Entscheidungen lediglich aufgrund der formalen Angaben in den Fragebogen getroffen, wäre eine Unzahl von Fehlentscheidungen unvermeidlich gewesen. Oft ließen die Angaben im Fragebogen eine Belastung vermuten, die keineswegs bestand; andererseits gab es politisch kompromittierte Denunzianten und Zutreiber, deren Fragebogen nichts Nachteiliges aussagte. Hier ausgleichend und korrigierend zu wirken, war unsere Aufgabe, die zu erfüllen uns aber nur dadurch möglich wurde, dass Shelton uns Vertrauen entgegenbrachte.“<sup>11</sup>

Kurt Zeidler hatte in seinen Erinnerungen durchaus realistisch geschildert, in welcher Situation sich die Lehrerschaft spätestens 1937 befand. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums hatte 1933 von jedem Beamten gefordert, sein Bekenntnis zum nationalen Staat unter Beweis zu stellen und 1937, als die NSDAP nach der Mitgliedersperre wieder Lehrer in die Partei aufnahm, genauer, der stellvertretende Gauamtsleiter und Oberschulrat für den Volksschulbereich, Albert Mansfeld, in einem Rundschreiben an die Lehrerschaft deutlich machte, dass der Staat und die NSDAP kein Verständnis dafür hätten, wenn Pädagogen weiter der Partei fern blieben, war ein enormer Druck aufgebaut worden. Kurt Zeidler stellte fest, dass „viele Lehrer dies Rundschreiben als ein verkapptes Diktat“ verstanden „und krochen aus Sorge um ihre und ihrer Familien Existenz zu Kreuz“. Und er gab ehrlich zu:

„Ich muss gestehen, dass auch ich verstört war und viele Tage mit mir zu Rate ging, ob jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, den passiven Widerstand aufzugeben. Schließlich hatte ich wenig Geschmack an der Vorstellung, mir einen wie auch immer gearteten politischen Heldentod zu bereiten; und sich vor einen fahrenden Schnellzug zu werfen in der Absicht, ihn zum Stehen zu bringen, ist für jeden, der realistisch denkt, ein recht sinnloses Unterfangen. Andererseits konnte ich mich nicht entschließen, mich einer Bewegung einzugliedern, die mir in der Seele zuwider war und deren Ziele ich verabscheute, ganz abgesehen von der Zumutung, die für mich darin gelegen hätte, den Stiefel zu küssen, der mich getreten hatte. In solchem Zwiespalt waren der Zuspruch und die moralische Stärkung, die die heimlichen Zusammenkünfte für uns bedeuteten, unschätzbar. Der Trotz, die Verachtung des schuldbeladenen Systems und die Zuversicht, dass die Zeit der angemäßen Herrschaft einmal zu Ende gehen müsse und gehen werde, obsiegt bei mir: ich reichte, wie viele andere, die ähnlich dachten und fühlten, keinen Beitrittsantrag ein.“<sup>12</sup>

In diesem Zusammenhang erklärte Zeidler auch:



Bis 1933 war das Curio-Haus die Stätte der Hamburger Reformpädagogen. Danach veränderte sich das Bild: Schon 1934 dominierten Fahnen, Formationen und Saalschutz bei einer Beamtenversammlung.

„Wie immer wir Mitglieder des Untergrundvorstands in Einzelfragen auch dachten, in einem Punkt waren wir uns einig: nie wieder sollte es für den Fall, dass wir in Deutschland die Auferstehung einer demokratischen Ordnung erleben würden, geschehen, dass dieser Staat von innen her mit Hilfe seiner eigenen Prinzipien ausgehöhlt und zu Fall gebracht werden könnte. Die kommende Demokratie müsse stark und streng sein und den Mut haben, ihre offenen und verkappten Feinde schonungslos zu bekämpfen.“<sup>13</sup>

Was mir sympathisch war an Kurt Zeidler: In privaten Aufzeichnungen die er machte und die mir von Margret Sell zur Verfügung gestellt wurden, schrieb er, dass er nach seiner Beurlaubung 1933 „die mir geschenkten freien Monate weniger zum Spazierengehen“ nutzte, „als um mich in aller Stille auf die Zeit vorzubereiten, die nach den Nazis kommen musste. Ich sah voraus, dass der Phase des sich überschlagenden Nationalismus eine Zeit des Internationalismus folgen werde, wobei die englische Sprache als fast schon etablierte Weltsprache auch für Deutschland eine große Rolle spielen werde“.<sup>14</sup>

Er „polierte seine englischen Kenntnisse gründlich auf, suchte Umgang mit Engländern, beteiligte mich an Dolmetscherkursen und gewann durch alle diese

Mittel sehr an Sicherheit im praktischen Gebrauch der Sprache“. In der Folge entwickelte er ein englisches Buch für den Unterricht in der Volksschule „Fundamental English“, das er nach 1945 mit dem Referenten von Schulsenator Heinrich Landahl, Dr. Hans Reimers, der zeitweilig in England studiert hatte und exzellentes Englisch sprach und die Verbindungsperson der Behörde zur Britischen Militärregierung war, herausgab.<sup>15</sup> Daraus entstand in der Folge eine ganze Reihe von erfolgreichen Lehrwerken („Come along“).

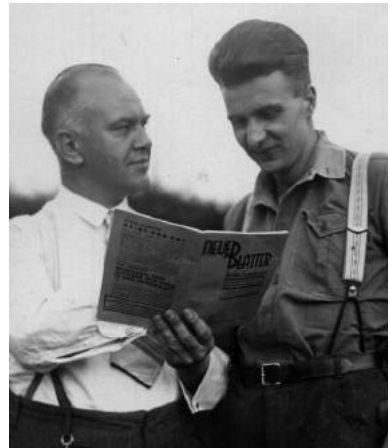


Kurt Zeidler (im Vordergrund rechts neben den Kindern). Landesschulrat Ernst Matthewes (vorn re.) spricht bei einer Grundsteinlegung. Links neben ihm der für den Schulbau verantwortliche Schulrat Wilhelm Dressel.

Dann fragte ich Margret Sell nach den Freunden, die Kurt Zeidler hatte. Sie nannte an erster Stelle Carl Schietzel, der als junger Kollege zu dem Team von Kurt Zeidler an der Breitenfelder Straße gestoßen war. Carl Schietzel war einige Jahre jünger als Zeidler (1908 in Hamburg geboren), arbeitete nach dem Prinzip der Arbeitsschule und an einem Konzept, das fachübergreifenden und themenorientierten Unterricht zur Naturkunde anbieten sollte. Er wechselte später an die Versuchsschule Telemannstraße und arbeitete dort mit Fritz Köhne und Ernst Matthewes zusammen, dem zweiten guten Freund von Kurt Zeidler. Später wurde Schietzel Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, gründete mit anderen die Fachzeitschrift „Westermanns Pädagogische Beiträge“.<sup>16</sup>

Margret Zeidler hatte engen Kontakt zu der Mutter von Carl Schietzel, die für sie den Status einer Ersatz-Oma hatte. Und auch Carl Schietzel hatte einen persön-

lichen Bezug zu ihr. 1930, als bei ihrer schwangeren Mutter die Wehen einsetzten, konnte ihr Vater, der damals gerade sein Amt als Schulrat angetreten hatte und deshalb als viel gefragter Redner und Teilnehmer von Tagungen und Sitzungen außerhalb Hamburgs weilte, nicht in das Krankenhaus kommen. Deshalb bat er den Freund Carl Schietzel, einen Blumenstrauß vorbeizubringen, was die frommen Schwestern im Bethanien-Krankenhaus in der Martinstraße irritierte: Wieso der Hausfreund als erster das Neugeborene begrüße und nicht der Vater? Margret Zeidler, damals das Neugeborene, heute: „Meine Mutter hat echt gelitten.“



Zeidler, Carl Schietzel 1929

Der andere gute Freund war Ernst Matthewes. „Ein exzellenter Pädagoge, zuverlässiger Mitarbeiter, vor allem bewundert für seine sagenhafte Rhetorik. Matthewes konnte ohne Vorlage druckreif sprechen. Einige Male habe ich ihn selber erlebt, so zu meiner Vereidigung in der Aula der Schule Turmstraße“, erinnert Margret Sell.

Ernst Matthewes war als Landesschulrat über viele Jahre „der ausgleichende und gute Geist in der Behörde. Der damalige Chef, Senator Landahl, war nicht allzu beliebt. Er war wohl schwierig im Umgang, arbeitete nicht im Team, sondern lieferte Alleingänge. Ernst Matthewes verfügte über einen guten Zugang zu Landahl und war in der Lage, intern zu vermitteln. Mir sind keine Details mehr präsent, aber die endlosen Diskussionen darüber sind mir gegenwärtig.“ Ernst Matthewes war übrigens nach Ende der NS-Herrschaft einige Zeit in Neuengamme interniert gewesen. Überraschend, war er doch in Hamburg als Sozialist und Sozialdemokrat vor 1933 ein erklärter Gegner der Nationalsozialisten



Pensionierung Zeidler 1954, von Landesschulrat Ernst Matthewes gewürdigt.



Wolfgang Zeidler, Ehepaar Matthewes 1979

gewesen. In den Kriegzeiten war er Ende 1944 gegen seinen Willen der Militärpolizei zugeteilt worden und das hatte nach dem Mai 1945 zu seiner Verhaftung geführt. Durch Intervention seiner sozialdemokratischen Hamburger Freunde wurde er nach einiger Zeit aus Neuengamme entlassen. Bald darauf erhielt er in der Schulverwaltung die Position eines Schulrates.

Genannt wurde auch Max Traeger, nicht als Freund, aber als eine wirkliche Vertrauensperson. Traeger war vom Typ her offenbar jemand, zu dem man schwer eine wirklich persönliche Verbindung haben konnte. Aber man konnte sich auf ihn verlassen. Als Margret Sell in den schwierigen Zeiten des Krieges nach Wien „evakuiert“ worden war, hatten die Eltern ihr Namen und Adresse von Max Traeger mitgegeben, für den Fall, dass in Hamburg oder Wien irgendetwas passieren würde. Und Kurt Zeidler hatte voller Wertschätzung in seinen Erinnerungen festgehalten:

„Beim Wiederaufbau des Hamburger Schulwesens spielte Max Traeger eine bedeutendere Rolle, als nach außen sichtbar wurde. Der neue Senat hatte ihn zum Oberregierungsrat und Leiter der Dienststelle Schulfürsorge ernannt. Von dieser Position aus organisierte er, gestützt auf großzügige Hilfeleistungen aus dem neutralen und dem ehemals feindlichen Ausland, später vor allem des Marshallplans, die Schülerspeisung und entwickelte sie aus kleinen Anfängen zu einem umfangreichen Apparat, dem unzählige Schüler ihre Gesundheit und allmähliche Kräftigung verdankten. Zunächst war es, um die Kinder nicht zu beeinträchtigen, den Lehrern streng untersagt, auch nur im bescheidensten Umfang an dieser Speisung teilzunehmen – angesichts der hungersnotähnlichen Verhältnisse eine praktisch kaum durchführbare Anordnung. Nach zähem Bemühen gelang es Max Traeger denn auch, der Militärregierung die Erlaubnis für die Beteiligung der Lehrer und der Schulaufsichtskräfte an dieser Speisung abzurufen. So strebten wir um die Mittagszeit gruppenweise in die ABC-Straße, wo sich eine Außenstelle befand, und sogen diese sämige Schokoladensuppe heißhungrig in uns hinein. Wie möchten wir wohl reagieren, wenn uns heute dergleichen angeboten würde! Aber damals war diese Kost für manchen so gut wie lebensrettend.“<sup>17</sup>

Bemerkenswert ist, dass die Gruppe um Kurt Zeidler sowohl bildungspolitisch als auch pädagogisch fortschrittliche Grundpositionen hatte. Margret Sell erzählte mir von der pädagogischen Einstellung ihres Vaters, dessen Maxime war: „In jeder Unterrichtsstunde muss mindestens einmal herzlich und kräftig gelacht werden! Und eine Lehrerin und ein Lehrer muss zuhören können!“ Das sollte heute immer noch gelten!

Und zum Schluss: Was war eigentlich mit Margret Zeidlers Grundschullehrerin, Wilma Müller, geborene Meier, von den Eltern Kurt und Kaethe Zeidler als „Nazisse“ gesehen?

Ich habe das nachgeprüft. Sie wurde am 5.6.1892 in Hamburg geboren. Sie war verheiratet mit Alphons Müller, der 1932/33 Stützpunktleiter, also Assistent des NSDAP-Ortsgruppenleiters, in Bergstedt gewesen war, zwar nicht Mitglied der NSDAP aber der SA, wie sie schrieb. Alphons Müller hatte das Amt des Gemeindevorstehers in Bergstedt seit 1924 geführt. Und Wilma Müller, die Klassenlehrerin von Margret Zeidler in der Schule Schottmüllerstraße, war im April 1933 in die NSDAP eingetreten.<sup>18</sup>

Nun geschah etwas, was die Familie Müller erschütterte. Alphons Müller wurde entlassen und aus der nationalsozialistischen Bewegung entfernt, weil er früher Freimaurer gewesen war, der Loge „Friederica Ludovica zur Treue“ in Parchim, Mecklenburg, angehört hatte, ohne dies in seinem Aufnahmeantrag in die NSDAP erwähnt zu haben. Wilma Müller schrieb 1945 an Schulrat Hans Brunckhorst: „So wurde es für mich wirtschaftliche Notwendigkeit, meinen Beruf weiter auszuüben, und ich beantragte im April meine Aufnahme in die Partei. Tatsächlich wurde mein Mann bald darauf beider Ämter enthoben und dadurch erwerbslos. Durch dieses Vorgehen der Partei wurde die Nervenkraft meines Mannes gänzlich erschüttert und es ergaben sich in der Zukunft Situationen, die unsere Ehe erschütterten und 1939, als mein Mann Beschäftigung fand, zu einer Trennung führten, die noch besteht.“<sup>19</sup>

Kein leichtes Leben offenbar für die Grundschullehrerin Wilma Müller. Auf jeden Fall erschien sie den Eltern von Margret Zeidler als überzeugte Nationalsozialistin, vor der man sich in Acht nehmen musste.

Am 31.8.1945 war die Lehrerin Wilma Müller durch Schulsenator Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung vom Dienst suspendiert worden. Das Entnazifizierungsverfahren dauerte lange an. Am Ende konnte sie am 12.2.1947 ihren Dienst wieder aufnehmen. Für sie hatte der bis 1945 amtierende Schulleiter der Schule Bergstedt, Friedrich Sparmann, der wegen seiner NS-Verstrickung selbst nach 1945 als Schulleiter suspendiert worden war, ein gutes Wort eingelegt. Wilma



Margret Zeidler (obere Reihe, links) an der Schule Schottmüllerstraße 1939 mit Klassenlehrerin Wilma Müller.

Müller war von der Schottmüllerstraße 1942 nach Bergstedt gewechselt und hatte erfolgreich in einer Knaben-Klasse gearbeitet. „Ihre bestimmte Art machte sie besonders geeignet zur Führung einer großen und schwierigen Klasse“, urteilte der ehemalige Schulleiter. „Im Kollegium war sie stets kameradschaftlich und gefällig und zu Sondereinsätzen jederzeit bereit.“<sup>20</sup>

Der langjährige Schulrat Gustav Schmidt, der keine Sympathien für Nationalsozialisten gehabt hatte, schrieb in einem Bericht des Beratenden Ausschusses, dass Wilma Müller „nach der Einstellung der Nationalsozialisten ihres Wohnortes nur dann ihren Beruf als Lehrerin wieder ausüben konnte, wenn sie Mitglied der NSDAP wurde. Darum trat sie 1933 in diese Partei ein. Sie ist dort aber immer nur zahlendes Mitglied gewesen. Im Jahre 1938 verlangte die Frauenschaft von ihr, dass sie einen Raum ihres Hauses für die Nähstube des Dorfes zur Verfügung stellte. Gleichzeitig machte man ihr schwere Vorwürfe darüber, dass sie so zurückhaltend gegenüber der Parteiarbeit sei, obgleich sie Staatsbeamtin wäre. Darauf stellte Frau M. das verlangte Zimmer zur Verfügung und trat in die Frauenschaft ein. Hier hat sie immer nur soziale Arbeit geleistet, zum Beispiel die Nähstube geleitet, wo für bedürftige Einwohner des Ortes Wäsche und Kleidungsstücke ausgebessert und angefertigt wurden, oder sie hat bei Erkrankungen von Frauen für nachbarschaftliche Hilfe gesorgt. Frau M. ist nie politisch tätig gewesen, sie hat keine Reden gehalten und auch nicht versucht, andere Menschen in ihrer politischen Gesinnung zu beeinflussen.“<sup>21</sup>

Das hatte den Fachausschuss für die Entnazifizierung nicht überzeugt. Und das hatte auch Margret Zeidler anders erlebt und ihre Eltern befürchten lassen, die Tochter könnte gegenüber der „Nazissin“ etwas ausplaudern. Was sagt Margret Sell zu der Geschichte ihrer Lehrerin, die am 31.12.1957 pensioniert wurde und am 4.4.1983, fast 91-jährig, starb?<sup>22</sup>

Margret Sell selbst erschien ihre Lehrerin Wilma Müller unproblematisch, sie kam mit ihr gut zurecht. „Meine Eltern fühlten sich irritiert, beobachtet, ausgeforscht und sie hielten Frau Müller für eine schlechte Lehrerin. Sie versuchte an uns weiterzugeben, was damals auf der Agenda stand, also nicht nur Wissen, sondern parteitreues Verhalten.“ Margret Sell erinnert sich an die zahllosen Sammelaktionen, bei denen „wir Kinder zu zweit mit ‚Klöterdosen‘ losgeschickt wurden für die ‚Winterhilfe‘ und an die Sammlungen für verwertbare Grundstoffe“.

Und den „Eintopfsonntag“. Die Idee war, dass die Familien sonntags einfacher kochen sollten und das Gesparte (gegenüber einem Essen mit Braten, wie es früher am Sonntag üblich gewesen war) spenden. „Am Montag wurden wir in der Schule von Frau M. gefragt, ob und wie wir das wohl gemacht hätten. Daraufhin soll ich mich gemeldet haben: ‚Aber am Sonntag essen wir gerade immer aus mehreren Töpfen, und das haben wir auch gestern gemacht.‘ Beim nächsten Hausbesuch, Frau M. tauchte in regelmäßigen Abständen bei uns zu Hause auf, hat sie das dann meinen Eltern erzählt. Die waren entgeistert und haben versucht, mir die Lage zu erklären. Aber ich begriff nicht, wieso ich so etwas Harmloses nicht sagen sollte.“

Die Erzählkreise in der Grundschule konnten im Nationalsozialismus auch eine ganz andere Funktion haben. Wie sollte man dies kleinen Kindern in systemkritischen Familien erklären?

Margret Sell erinnert sich: „Von da an schirmten sie mich zu Hause noch mehr von kritischen Gesprächen ab. Sie wichen mir aus, wenn ich fragte, was mein Vater da abends machte, wenn er mit einer Wolldecke über dem Kopf am Radio hantierte. (Er versuchte BBC reinzukriegen, wir hörten aber nur Knistern und Rauschen.) Es hieß: Papa arbeitet. Damit gab ich mich zufrieden. Meine Mutter und mein Bruder Wolfgang dagegen waren eingeweiht. Ich hatte nicht den Durchblick und wurde ferngehalten von allem, was unsere Familie kompromittieren könnte.“

Fürwahr, es waren gefährliche Zeiten.

**Margret Sell**, geb. Zeidler, geb. am 26.10.1930, Tochter von Kaethe und Kurt Zeidler, Lehrerin in Hamburg, verheiratet mit dem Lehrer, Schulleiter und Oberschulrat Johannes (Jan) Sell, drei Kinder.



## Anmerkungen

- 1 Biografie Hans Lühje, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Band 2, Hamburg 2017, S. 420ff.
- 2 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 88.
- 3 Margret Sell: Das „Tausendjährige Reich“ und meine Familie, die illustrierte Lebensgeschichte der Familie, deutsch-englisch in Koproduktion mit dem amerikanischen Verwandten Michael Swenty geschrieben, als Fotobuch für den Familiengebrauch.
- 4 Zeidler 1975, S. 89.
- 5 Siehe das Gespräch in: de Lorent 2017, S. 798ff.
- 6 Hans-Peter de Lorent: Max Traeger. Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887–1960), Weinheim-Basel 2017.
- 7 Micha Brumlik/Benjamin Ortmeier (Hg.): Max Traeger – kein Vorbild. Person, Funktion und Handeln im NS-Lehrerbund und die Geschichte der GEW, Weinheim-Basel 2017, S. 14.
- 8 Margret Sell: Unkenntnis und Geringschätzung, Leserbrief in: HLZ 5-6 2018 S. 58f.
- 9 Margret Sell in einem Schreiben an mich vom 18.8.2018.
- 10 Zeidler 1975, S. 91 f.
- 11 Zeidler 1975, S. 100.
- 12 Zeidler 1975, S. 90.
- 13 Ebd.
- 14 Hamburger Chronik der Familie Zeidler, nicht veröffentlichtes Manuskript, von Kurt Zeidler geschrieben, S. 90.
- 15 „Come along“, mehrbändiges Lehrwerk, in Hamburg und anderen Bundesländern bis in die 1960er Jahre im Englischunterricht eingesetzt. Zu Hans Reimers, den ich durchaus kritisch sehe, siehe auch die Biografie in: de Lorent 2017, S. 249 ff.
- 16 Siehe zu Carl Schietzel: Reiner Lehberger: Schietzel, Carl. In: Hamburgische Biografie. Band 3, Göttingen 2006, S. 331 f.
- 17 Zeidler 1975, S. 100.
- 18 Personalakte Wilma Müller, StA HH, 361-3\_A 2064 und Entnazifizierungsakte Wilma Müller, StA HH, 221-11\_Ed 978
- 19 Entnazifizierungsakte Wilma Müller, a. a. O.
- 20 Schreiben vom 10.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 31.10.1945, in englischer Übersetzung von Senator Landahl an die Britische Militärregierung weitergeleitet, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Personalakte Wilma Müller a. a. O.

**Mit diesem Band wird ein Projekt abgeschlossen**, das vor ungefähr 40 Jahren damit begann, personenbezogene Daten von denjenigen zu sammeln, die in Hamburg während der NS-Zeit im Bildungsbereich eine führende oder besondere Rolle gespielt haben. Bisher gibt es nirgendwo in Deutschland eine Studie, die systematisch alle Biografien der zentralen Personen eines ganzen Politik- und Verwaltungsbezirks in einem Bundesland daraufhin untersucht hat, wie sie in den Nationalsozialismus verstrickt waren und was aus ihnen nach 1945 geworden ist.

Mein Ziel war es dabei, zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des „Tausendjährigen Reiches“ gemacht hatten, wie ihre Entwicklung bis dahin gewesen war, wie ihre Karriere verlief und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten. In drei Bänden sind jetzt 180 Biografien veröffentlicht, die einen tiefen Einblick in die Zeit des Hamburger Bildungswesens unterm Hakenkreuz ermöglichen. Das Wirken in den Schulen, in der Ausbildung, der Universität, in der Schulverwaltung und im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) wird eindrücklich dargestellt. Ebenso die Tatsache, dass Personen nach 1945 wichtige Funktionen in Hamburgs Bildungsbereich übernahmen, die durch ihre Tätigkeit in der NS-Zeit anderswo schwer belastet waren. Mit diesem Band sind nun alle wesentlichen Personen, die in der Schulverwaltung oder im NSLB Funktionen hatten, porträtiert worden, darüber hinaus ein großer Teil der in der NS-Zeit tätigen Schulleiter, sodass es möglich ist, nachzuvollziehen, wie die Nationalsozialisten Schulleiter rekrutierten. Erstaunlich ist, dass mehrere Personen, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP oder anderer Naziorganisationen Schulleiter waren, nach 1945 wieder in dieser Funktion eingesetzt wurden.

Die bisher schon dargestellten Erkenntnisse haben sich bestätigt. Hamburg, in der Weimarer Republik als reformpädagogische Hochburg geschätzt, wurde umgestaltet, zunächst durch eine Personalpolitik, die sich gründete auf dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Nach diesem Gesetz wurden in den Jahren 1933 bis 1935 insgesamt 637 Lehrkräfte aus dem Schuldienst entfernt. Darunter waren Entlassungen aus politischen Gründen, Entlassungen von Beamten wegen ihrer „nichtarischen Abstammung“. Hinzu kam ein großer Teil von Versetzungen in den Ruhestand „zur Vereinfachung der Verwaltung“. Dies waren, durch die extensive Anwendung des Paragraph 6 des Gesetzes, Lehrkräfte, die mindestens das 55. beziehungsweise 52. Lebensjahr vollendet hatten. Damit schalteten die Nationalsozialisten einen großen Teil der älteren Generation der sozialistisch

und demokratisch eingestellten Lehrerschaft in Hamburg aus. Das Frauenbild der Nationalsozialisten führte dazu, dass bis Ende August 1933 die sogenannten Doppelverdienerinnen entlassen wurden, 103 fest angestellte verheiratete Lehrerinnen sowie 68 noch nicht fest angestellte verheiratete Lehrerinnen, denen gekündigt wurde. Die auf diese Weise freigemachten Stellen besetzte der NS-geführte Senat in Hamburg mit insgesamt 468 jungen Lehrerinnen und Lehrern, zumeist nach 1900 Geborenen. Dies waren durchweg Personen, denen es in der Wirtschaftskrise der Weimarer Republik nicht gelungen war, nach ihrer Ausbildung auf feste Stellen zu kommen und ihre materielle Existenz abzusichern. Hildegard Milberg schrieb dazu: „Der nationalsozialistische Staat konnte daher sicher sein, dass er sich die meisten der 1933 neu Eingestellten nach den Jahren beruflicher Ungesicherheit und materieller Not, die sie durchlebt hatten, zu Dank verpflichtete.“<sup>1</sup>

Dies betraf nicht nur die seminaristisch ausgebildeten Volksschullehrerinnen und -lehrer, die zum Teil Ende der 1920er Jahre sogar noch zusätzlich an der Universität studiert hatten. Für diesen dritten Band habe ich verstärkt noch einmal die Personalakten von Lehrerinnen und Lehrern für die höheren Schulen durchgesehen und festgestellt, dass diese in gleicher Weise von einer ungesicherten Stellensituation betroffen waren, die auch nach 1933 noch bestand, sodass sich viele der um ihre materielle Absicherung besorgten Studienassessoren bessere Chance für eine feste Einstellung versprachen, wenn sie Mitglieder in NS-Organisationen wurden. Dies wird an vielen Biografien deutlich.

Ähnliches gilt übrigens auch für den Hochschulbereich, wo Nachwuchskräfte sich zudem noch mit Veröffentlichungen profilieren mussten. So kam es sehr häufig zu als notwendig angesehenen opportunistischen Anbieterungen an das System durch eingebaute Zitate von NS-Ideologen, Aussagen von Adolf Hitler und Baldur von Schirach, wenn es um die Erziehung von Kindern und Jugendlichen ging.

Eine besondere Rolle spielte die Generation der in den 1880er und 1890er Jahren Geborenen, die schon im Ersten Weltkrieg meist als Offiziere aktiv gewesen waren, Oberlehrer oder Schulleiter an höheren Schulen, die patriotisch, deutsch-national eingestellt waren und das Ende des Krieges als Trauma und den Versailler Vertrag als Diktat und Verrat empfunden hatten. Hier war der Schritt zum Nationalsozialismus rasch vollzogen und in der beschriebenen Haltung führten viele dieser Personen als Schulleiter ihre Schulen, wie ich an zahlreichen Biografien belege.

Besondere Aufmerksamkeit gilt noch einmal den Entnazifizierungsverfahren. Im ersten Band habe ich beschrieben, dass es eine „unvollendete Entnazifizierung“ gewesen war und „was es so schwierig machte, die Verantwortlichen im Hamburger Schulwesen in der Zeit des Nationalsozialismus nach 1945 zur Rechenschaft zu zie-

hen“.<sup>2</sup> Bei der Analyse von weiteren 71 Fällen ist noch einmal deutlicher geworden, vor welchen komplexen Problemen die Verantwortlichen bei der Entnazifizierung in Nachkriegs-Hamburg standen.

Die Britische Militärregierung wollte nach formalen Kriterien entscheiden. Wer zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war oder sogar schon vorher, sollte entlassen werden. Ähnliches galt für die Mitgliedschaft in SA oder SS. Beamte, die zum 1.5.1937 der NSDAP beitraten, sich aber nicht aktiv am Nationalsozialismus und in seinen Organisationen beteiligten, durften vorläufig im öffentlichen Dienst verbleiben, wobei nicht genau definiert wurde, wer den „Tatbestand der Aktivität erfüllt hatte“. Dafür wurden dann Entnazifizierungsausschüsse gebildet, in die nur Personen aus den jeweiligen Beschäftigungsbereichen entsandt wurden, die nachweislich niemals NSDAP-Mitglieder gewesen waren, in der Regel deutliche NS-Gegnerinnen und -Gegner und NS-Geschädigte. Im Schulbereich waren dies für den Volksschulbereich Kurt Zeidler, Gustav Schmidt und Friedrich Wilhelm Licht, für die höheren Schulen Heinrich Schröder und Johann Helbig und im Berufsschulbereich Johannes Schult, die ich am Ende des Buches noch einmal kurz porträtiere, ebenso wie Clara Klabunde, die viele Berufungsausschüsse leitete. Solange diese Personen mit der Entnazifizierung betraut waren, konnte auf ein hohes Maß persönlicher Expertise zurückgegriffen werden. Vielen belasteten Nationalsozialisten wurde bis Ende der 1940er Jahre der Wiedereintritt in das Beamtenverhältnis oder den Schuldienst verwehrt. Aber schon in der nächsten Phase der Entnazifizierung, als die Garanten für ein unbestechliches Urteil in den Funktionen von Schulräten und Oberschulräten im Hamburger Schulwesen auch mit anderen Aufgaben betraut waren, Rechtsanwälte von den Betroffenen beauftragt wurden, unzählige Leumundszeugnisse, „Persilscheine“ geschrieben und gesammelt waren, wurden andere Personen in die Entnazifizierungsausschüsse berufen, allesamt auch in Gegnerschaft zu dem NS-System, denen aber der personale Überblick fehlte und die sich mit den zahlreichen „Persilscheinen“ auseinandersetzen mussten, deren Verfasser und Verfasserinnen nicht immer einzuordnen waren. Die gesetzliche Grundlage änderte sich und es galt immer noch das Wort von Max Brauer, der festgestellt hatte, „dass 95 % der Deutschen auf irgendeine Weise mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten und mit den restlichen 5 % nun mal kein Staat aufzubauen war“.<sup>3</sup> Damit hatte Max Brauer, der vor den Nationalsozialisten emigrieren musste, das Dilemma auf den Punkt gebracht. Der Schriftsteller Ralf Rothmann lässt dies in seinem Roman „Der Gott jenes Sommers“ eine Nonne im Mai 1945 noch drastischer ausdrücken: „Man schüttet Dreckwasser nicht fort, wenn man kein sauberes hat.“<sup>4</sup>

Beim schwierigen Wiederaufbau der Stadt und ihren Strukturen, in einer Situation, in der Unterricht in Hamburg in drei Schichten stattfand, weder Schulgebäude

noch Heizmaterial, noch Papier oder Unterrichtsmaterialien genügend vorhanden waren, galt es, vordringlich basale Probleme zu lösen. Leider gerieten alle Anstrengungen in den Hintergrund, belastete Personen, die wieder in den Schuldienst gelangten, nachhaltig auf demokratische Grundlagen zu stellen, sich aktiv mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Im Bereich der höheren Schulen kam als Problem hinzu, dass Oberschulrat Heinrich Schröder, der als Personalreferent für diesen Bereich fungierte, im Januar 1951 unerwartet starb und danach in diesem Bereich andere Beurteilungs-Kriterien galten. Hans Reimers<sup>5</sup>, der aus meiner Sicht auch NS-verstrickt war, übernahm die Verantwortung für diesen Bereich, ebenso wie fünf Jahre später Prof. Hans Möckelmann, der noch eine erheblich größere NS-Belastung hatte, wie ich in seiner Biografie darstelle.

Eine unrühmliche Rolle spielte auch der ehemalige Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, Wilhelm Kiesselbach, der 1933 von den Nationalsozialisten als 66-Jähriger in den Ruhestand geschickt worden war. Kiesselbach leitete als Vorsitzender ab 1950 zahlreiche Berufungsausschüsse, die mit milden Urteilen für zum Teil erheblich belastete Personen endeten. Kiesselbach wird hier etwas ausführlicher porträtiert.

Auch dieses Buch ist wieder ein „**lexikalisches Werk**“. Rückmeldungen zu den beiden ersten Bänden besagen, dass viele Leserinnen und Leser nicht unbedingt systematisch lesen, sondern kapitelweise, je nachdem, bei welchen Personen oder Themen Bezugspunkte gefunden werden, persönliches Interesse geweckt wird. Darum beginnt jede Biografie mit einer kurzen Einführung, knappen Hinweisen dazu, welche Funktion oder welche Bedeutung im Hamburger Bildungswesen die jeweilige Person hatte. Deswegen wird es auch wiederholte Beschreibungen und Querbezüge geben, wenn die Porträtierten auf ähnlichen oder denselben Feldern agiert hatten.

Es ist in erster Linie der frauenfeindlichen nationalsozialistischen Personalpolitik geschuldet, dass in diesem Band keine einzige Frau porträtiert wird, weil diese nur in Ausnahmefällen in führende Funktionen berufen wurden.

Ich beginne mit der Biografie von **Albert Krebs**. Bezogen auf seine Entnazifizierung ist dies eine völlig unglaubliche Geschichte. Krebs war der zweite NSDAP-Gauleiter in Hamburg in der Weimarer Zeit gewesen. Er wurde 1929 von Karl Kaufmann abgelöst, zu dem er stets ein enges Verhältnis behielt, auch als Krebs in eine persönliche Auseinandersetzung mit Adolf Hitler geriet, der Krebs aus der NSDAP ausschloss, weil dieser als Chefredakteur des „Hamburger Tageblatts“ einen Artikel zugelassen hatte, der in der politisch sensiblen Zeit 1932 nicht den taktischen Interessen Hitlers entsprach. Krebs war später dennoch in leitenden Funktionen in der

Hamburger Kulturbehörde tätig, trat Ende der 1950er Jahre mit seinen Memoiren als Geschichtenerzähler über die führenden Nationalsozialisten auf und hatte nach 1945 Verkaufsträger sogar von der Kulturbehörde erhalten, die an seinen Aufzeichnungen und Erinnerungen interessiert war. Wer diese Biografie liest, kann sich nicht mehr darüber wundern, dass auch unbedeutendere ehemalige Nationalsozialisten wieder in alle möglichen Beschäftigungen gelangten.

Dann beschäftige ich mich mit der Person **Hans Muchow**, dem es gelang, seit den 1950er Jahren als Jugendpsychologe und „Nachlassverwalter“ seiner Schwester Martha Muchow in Erscheinung zu treten. Während Martha Muchow sich nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten und der Vertreibung des Psychologieprofessors William Stern, mit dem sie eng zusammengearbeitet hatte, aus Verzweiflung das Leben nahm, hatte sich Hans Muchow später dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) angeschlossen und beim Kunstraub in Holland, Belgien und Frankreich eine führende Funktion innegehabt, die bis heute niemals im Detail bekannt geworden ist. Hans Muchow hatte eine Legende gestrickt, auf die viele hereinfließen. Ein enger Mitarbeiter und Freund von Muchow war **Dr. Adolf Vogel**, der auch als fortschrittlicher Lehrer gegolten hatte und nach 1945 wieder eingestellt und später Leiter am Studienseminar in Hamburg wurde. Auch Vogel hatte sich in der Organisation der Kunsträuber betätigt, deren Aktivitäten später als „wissenschaftliche Arbeit“ bezeichnet und getarnt wurden. Mit dem Blankeneser Schulleiter und SS-Mann **Robert Köster** gehörte noch ein weiterer Hamburger Pädagoge im Krieg dieser Organisation an, deren Arbeit ich mit zum Teil neu aufgetauchten Dokumenten und Korrespondenzen von Muchow und Vogel detailliert belegen kann.

Benannt habe ich schon die Biografie von **Hans Möckelmann**, der im Nationalsozialismus als Sportwissenschaftler Karriere gemacht und der sich nach einer geschickten späten Entnazifizierung in Schleswig-Holstein 1948 für den Hamburger Schuldienst beworben hatte. Nach kurzer Tätigkeit als Lehrer wurde Möckelmann Schulleiter des größten Hamburger Gymnasiums, der Walddörferschule, und 1955 Leitender Oberschulrat für Gymnasien in Hamburg, mitverantwortlich auch für die Schulleiterbestellungen anderer ehemaliger Nationalsozialisten.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Karriere eines anderen NS-belasteten Hochschullehrers, **Prof. Hans Oppermann**, dessen Veröffentlichungen in der Zeit des Nationalsozialismus deutlich mehr als Opportunismus waren. Auch Oppermann, ehemals Professor an der Universität in Straßburg, hatte nach 1945 erst einmal abgewartet, sich spät in Wolfenbüttel entnazifizieren lassen, um sich dann in Hamburg als Altphilologe für den Schuldienst zu bewerben. Oppermann wurde Studienrat am Christianeum und fünf Jahre später Oberstudiendirektor am Johanneum, das in der NS-Zeit selbst schwer nationalsozialistisch durchwirkt war.

Porträtiert werden in diesem Band auch **Wilhelm von Allwörden** und **Friedrich Ofterdinger**, am 7.3.1933 in den Hamburger Senat gewählt und danach für verschiedene Bereiche verantwortlich, zeitweise auch für den Schulbereich. Insbesondere Friedrich Ofterdinger hatte als Verantwortlicher für das Gesundheitswesen maßgeblich an der Organisation der Euthanasie-Morde mitgewirkt. Damit sind auch die letzten beiden für den Schul- und Hochschulbereich politischen Verantwortlichen der NS-Zeit nach Karl Witt<sup>6</sup>, Oscar Toepffer<sup>7</sup> und Ernst Schrewe<sup>8</sup> biografisch dargestellt.

Die bisher noch nicht porträtierten NSLB-Funktionäre von Bedeutung findet man ebenfalls in diesem Band. So den Verantwortlichen für Presse und Propaganda, **Wilhelm Gundlach**, nicht zu verwechseln mit dem Leiter der Gauführerschule gleichen Namens<sup>9</sup>. Gundlach leitete außerdem noch eine Berufsschule und machte auch in der Wehrmacht Karriere. **Kurt Uhlig** war ein jüngerer Lehrer, der mitarbeitete in der NSLB-Gauhauptstelle Erziehung und Unterricht und später auch in der Schulverwaltung, so wie **Willi Heher**, der Kreisamtsleiter des NSLB, zum Schulleiter und in Kriegszeiten zum Schulrat berufen worden war. Dazu gehört auch **Wilhelm Bernhardt**, der nach seinem Parteieintritt zum 1.5.1933 stellvertretender Schulleiter und später Schulleiter einer Gewerbeschule wurde und parallel dazu als Geschäftsführer im Curio-Haus eine besondere Funktion wahrnahm. Zwei ehemalige Volksschullehrer, über das Lehrerseminar in die Schule gekommen, die danach an der Hamburger Universität ein Studium aufnahmen und promoviert wurden, dann in der Lehrerbildung tätig waren, **Heinrich Geffert** und **Max Fehring**, fungierten 1933 (Geffert) und ab 1934 (Fehring) als HLZ-Schriftleiter in der NS-Zeit. Heinrich Geffert war seit dem gemeinsamen Lehrerseminar mit dem späteren Gauamtsleiter des NSLB, Willi Schulz<sup>10</sup>, eng befreundet und verfügte daher über einen gewissen Einfluss auf den höchsten NSLB-Funktionär in der Hamburger Lehrerschaft.

Von sich reden machte in der NS-Zeit auch der ambitionierte Deutschlehrer **Rudolf Ibel** mit vehement nationalsozialistischen Parolen in der „Hamburger Lehrerzeitung“ und anderen Fachzeitschriften. Ibel wurde selbst schriftstellerisch tätig, publizierte viel und geriet dabei in Gegensatz zu nationalsozialistischen Stellen, wobei ihn am Ende im Entnazifizierungsverfahren seine frühen Schriften wieder einholten.

Es werden die Personen porträtiert, die im Sportbereich während der Herrschaft der Nationalsozialisten führende Funktionen hatten. So der Mediziner und Sportwissenschaftler **Prof. Wilhelm Knoll**, ein streitbarer Schweizer, der insbesondere auch mit **Eugen Zerbe** Auseinandersetzungen führte, der das Institut für Leibesübungen aufbauen sollte und die praktische Sportlehrausbildung betrieb. Zerbe konnte trotz seiner NS-Belastung seine Arbeit auch nach 1945 fortsetzen. **Alwin**

**Benecke**, vor Zerbe Leiter des Instituts für Leibesübungen, der selbst ein Leistungssportler gewesen war, als Turmspringer und Schwimmer bei Olympischen Spielen angetreten war, agierte nicht immer auf einer Linie mit den Nationalsozialisten und wechselte als Mitarbeiter von Landesschulrat Willi Schulz in die Schulverwaltung. Ein führender Sportlehrer in Hamburg war auch **Ernst Schöning**, in der Weimarer Zeit schon Lehrer an der Lichtwarkschule, der danach schnell auf die NS-Ideologie umschwenkte und auch propagandistisch tätig wurde. Schöning war insofern eine interessante Person, als er der Sportlehrer von Altbundeskanzler Helmut Schmidt war, der Schöning auch später noch als bedeutende und ihn prägende Lehrerpersonlichkeit darstellte, die er verehrte. In dem Kontext soll auch **Willi Etzrodt** genannt werden, ebenfalls an der Lichtwarkschule tätig, unter anderem kurze Zeit als Klassenlehrer von Helmut Schmidt und seiner damaligen Freundin Hannelore (Loki) Glaser. Etzrodt wurde protegiert vom neuen NS-Schulleiter Erwin Zindler<sup>11</sup>, der ihn unbedingt als stellvertretenden Schulleiter oder als NSLB-Schulwalter installiert wissen wollte, was nicht klappte, obwohl Etzrodt sich durch Anbiederung und Denunziation zu profilieren suchte. Auch **Kurt Sonntag**, ehemaliger Lehrer der Lichtwarkschule, mit Ambitionen für die Lehrerbildung, nutzte seine Anpassung wenig, schwierige Zeiten für ihn und ein ewiges Lavieren.

Ein besonderes Kapitel ist auch wieder den Vertretern der niederdeutschen Bewegung gewidmet. Dazu gehörten die drei Schulleiter **Alexander Stempel** (OR Eimsbüttel, Kaiser-Friedrich-Ufer), **Heinrich Behnken** (Schule Tornquiststraße) und **Felix Schmidt** (Realschule Rothenburgsort und Oberschule Barmbek), alle mit leitenden Funktionen in der Bewegung, wobei Alexander Stempel und Heinrich Behnken sicherlich keine überzeugten Nationalsozialisten waren, aber ambitionierte Männer, die eng mit Wilhelm von Allwörden und anderen führenden Nationalsozialisten zusammenarbeiteten und in der niederdeutschen Bewegung etwas darstellten, Dabeigewesene und Rädchen im Getriebe.

Eine der führenden Personen in der Hamburger Lehrerbildung der NS-Zeit wurde **Prof. Bernhard Pein**, der vorher als Leiter der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) in Berlin-Steglitz fungierte und davor die höhere Schule in Uetersen geleitet hatte. Bemerkenswert ist, dass über Pein, der auch der SS angehört hatte, von eher reformpädagogisch orientierten, kritischen Hamburger Lehrerbildern, positive Rückmeldungen kamen.

Schwerpunktmäßig wird eine Reihe von Schulleitern vorgestellt, deren Porträts jeweils auch ein Licht auf die Schulen und den jeweiligen Schulalltag werfen. Dazu gehören der langjährige Leiter der Klosterschule, **Alfred Kleeberg**, der vorher, seit 1922 die neu gegründete Aufbauschule in Hamburg geleitet hatte, ein damals fortschrittliches Projekt für begabte Volksschüler, die auf die Aufbauschule wech-



selten, um dort das Abitur zu machen. Kleeberg genoss deswegen nach 1945 bei manchen demokratisch orientierten Pädagogen einen positiven Ruf, obwohl er sich auch den Nationalsozialisten angebedert hatte, Parteimitglied geworden war und sogar förderndes Mitglied der SS. **Willy Kowallek** fungierte als sein Stellvertreter an der Klosterschule, zeitweilig auch als deren Leiter. Kowallek gehörte zur Gruppe der im Hamburger Philologenverein tätig gewesenen Funktionäre, die deswegen bei den Schulleiterbenennungen 1933 für den Bereich der höheren Schulen berücksichtigt wurden, die von den Oberschulräten Theodor Mühe<sup>12</sup>, Wilhelm Oberdörffer<sup>13</sup> und Walter Behne<sup>14</sup> ausgehandelt worden waren. Dem ehemaligen Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins, Theodor Mühe, war es danach gelungen, etwa ein Drittel der Schulleitungsstellen mit ehemaligen Funktionären des Philologenvereins zu besetzen, was der orthodoxe und aufmüpfige Nationalsozialist, Hans Rösch<sup>15</sup>, einen „Kuhhandel“ nannte.

Bemerkenswert auch die Biografie von **Prof. Karl Hahn**, einem anerkannten Physiker, Schulbuchautor, der als „deutschnational bis auf die Knochen“ beschrieben wurde, in der NSDAP Mitglied seit 1933, aktiv in beiden Weltkriegen als Offizier, der andererseits Heinrich Landahl nach dessen Absetzung als Schulleiter der Lichtwarkschule ein Jahr als Lehrer an seiner Schule (Barmbek) fair behandelte. **Albert Tomforde** (Wilhelm-Gymnasium) war ebenfalls am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten, wurde 1934 zum stellvertretenden Schulleiter, später sogar zum Oberstudiendirektor befördert, zu einem Zeitpunkt, als Unterricht gar nicht mehr regelhaft stattfand und Tomforde sich selbst seit 1939 im Kriegsdienst befand. Solche Beförderungen fanden häufig statt. Der jeweils amtierende Verantwortliche für die Schulverwaltung unterschrieb Glückwünsche an die Front oder übermittelte das Beförderungsschreiben der Ehefrau in Hamburg. Eine Besonderheit im Fall Tomforde war das Leumundsschreiben des ehemaligen Elternratsvorsitzenden des Wilhelm-Gymnasiums, der eine gute Zusammenarbeit mit Albert Tomforde bestätigte. Dieser ehemalige Elternsprecher, Rudolf Petersen, war von der Britischen Militärregierung 1945 als Bürgermeister in Hamburg eingesetzt worden. Ein „Persilschein“ von höchster Stelle.

Etwas Ähnliches fand im Fall **Fritz Ulmer** statt, der als Oberlehrer langjährig an der Gelehrtenschule des Johanneums gearbeitet hatte und 1945 von der Schulverwaltung dort als Schulleiter eingesetzt worden war. Die Britische Militärregierung intervenierte mit Hinweis auf Ulmers Mitgliedschaft in der Marine-SA. Heinrich Landahl, neuer Schulsenator, bestätigte die demokratische Gesinnung von Ulmer. Auch das überzeugte die Entnazifizierungsausschüsse nicht sofort. Es dauerte lange Zeit, bis es für Fritz Ulmer eine Art Rehabilitierungsmaßnahme gab. Ein bemerkenswerter Prozess.

Porträtiert werden viele Leiter der höheren Schulen, wie etwa **Hermann Schmidt**, der kommissarisch die Leitung der Oberrealschule in der Bogenstraße (später Bismarck-Gymnasium) übernahm, als Schulleiter Karl Züge in die Schulbehörde wechselte. Schmidt war ein Militarist, der den Eindruck erweckte, ein hochdekoriertes Offizier des Ersten Weltkrieges gewesen zu sein, in Wahrheit aber unter dem Trauma lebte, schon zu Beginn des Krieges schwer verwundet, ausgeschieden zu sein. Uwe Storjohann beschrieb Schmidts Auftritte in der Schule als Mann, der sich in ständigen Auseinandersetzungen befand, die er auch nach seiner Entlassung 1945 fortsetzte.

**August Kaphengst** war Schulleiter des Realgymnasiums in Barmbek, Osterbeckstraße, ein glühender Nationalsozialist, der aus Anlass seiner krankheitsbedingten Pensionierung ein persönliches Schreiben an Adolf Hitler schickte. Eine tragische Figur. Sein Stellvertreter, **Heinrich Matthaei**, der ihn nach seiner Pensionierung vertrat, aber nicht zum Oberstudiendirektor ernannt wurde, hatte ebenfalls einen prominenten Leumundszeugen, seinen Vetter, den ehemaligen langjährigen Finanz-Senator Walter Matthaei. Es zeigt sich, dass die handelnden Akteure im Bildungswesen der NS-Zeit bis tief in die bürgerliche Gesellschaft hinein vernetzt waren. So auch **Walter Lohse**, Schulleiter an der Charlotte-Paulsen-Schule, der sich in seinem langwierigen Verfahren auf seine Söhne berief, die als überzeugte Christen Schwierigkeiten mit den Nationalsozialisten gehabt hatten, was Lohse selbst nicht daran gehindert hatte, zum 1.5.1933 in die NSDAP einzutreten und im Schulwesen Karriere zu machen. Einer seiner Söhne war Eduard Lohse, der spätere Landesbischof und Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche (EKD) in Deutschland. Auch Walter Lohses Stellvertreter in der Charlotte-Paulsen-Schule, **Max Bonz**, wird in diesem Band porträtiert.

**Paul Wetzel** war langjähriger Schulleiter am Wilhelm-Gymnasium in der Zeit der Weimarer Republik gewesen. Wetzel trat ebenfalls am 1.5.1933 in die NSDAP ein und war eng verbunden mit Oberschulrat Walter Behne und anderen Nationalsozialisten, mit denen er Deutsch-Lehrbücher für die höheren Schulen in der NS-Zeit schrieb. Als die NS-Schulverwaltung ihn zum Sommer 1933 als Oberstudiendirektor an der ehemaligen Aufbauschule einsetzte, empfand er dies als Degradierung und führte es 1945 als Beleg dafür an, von den Nationalsozialisten nicht protegiert worden zu sein.

Die Oberstudiendirektoren der zu Harburg-Wilhelmsburg gehörenden Schulen in der NS-Zeit, **Adolf Vogel**, **Wilhelm Scharenberg** und **Friedrich von Behren**, die neben ihren Mitgliedschaften in NS-Organisationen durchaus pädagogische Kompetenzen hatten, werden ebenso porträtiert wie **Konrad Groth** (Oberschule für Mädchen in Altona) und **Erich Grabke** (Reform-Gymnasium Altona, Schlee-Schule),

die zum System des Altonaer Oberschulrates Hermann Saß gehörten, über das ich im Bd. 1 der „Täterprofile“ ausführlich geschrieben habe.<sup>16</sup>

Dazu ist auch der schon erwähnte **Robert Köster** zu rechnen, den Hermann Saß in Blankenese als Schulleiter installierte.

Bemerkenswert war auch **Gerhard Rösch**, der Bruder des im ersten Band dargestellten Hans Rösch, einem glühenden Nationalsozialisten, der im scharfen Gegensatz zu den Verantwortlichen im Bildungsbereich der NS-Zeit stand. Gerhard Rösch war stellvertretender Schulleiter an der Gelehrtenschule des Johanneums gewesen. Gerhard Rösch wurde mir gegenüber von seinem ehemaligen Schüler Ralph Giordano als „ein Nazi, aber gut zu mir und meinem Bruder“<sup>17</sup> charakterisiert. Die Schulverwaltung setzte ihn als Schulleiter an der Hansa-Oberrealschule (vorher und später Helene-Lange-Schule) ein, an der er nur kurze Zeit als Oberstudiendirektor vor Ort fungierte, um dann als Offizier im Zweiten Weltkrieg zu agieren. Stellvertreter an dieser Schule war **Kurt Haefeker** gewesen, Gausachbearbeiter für Musik im NSLB, der auch noch an zwei anderen Schulen Stellvertreter war, bevor er an der Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld als kommissarischer Schulleiter eingesetzt wurde. In der Biografie von Kurt Haefeker beschreibe ich, wie Schulen in der NS-Zeit mit kritischen Schülerinnen umgingen, die dann „wegen staatsabträglichen Verhaltens bestraft worden sind“.

Ein Sonderfall ist **Wilhelm Bartels**, früh in die NSDAP eingetreten, spät zum Schulleiter ernannt an der Kirchenpauerschule, an der er praktisch gar nicht in dieser Funktion aktiv war, weil er als Offizier in den Krieg zog. Bartels geriet in Kriegsgefangenschaft, kam erst 1949 nach Hamburg zurück, wurde aufgrund seiner langen Kriegsgefangenschaft mit großer Rücksicht behandelt und schon nach kurzer Zeit wieder als Studienrat am Bismarck-Gymnasium eingestellt. Kriegsgefangenschaft galt als eine Art Sühne, von den Entnazifizierungsausschüssen als mildernd bei den Entscheidungen berücksichtigt.

Eine besondere Person war auch **Adolf Lindemann**, der eine lange Karriere als führender Funktionär im Hamburger Philologenverein in den 1920er Jahren hatte, als er auch parallel dazu Abgeordneter in der Bürgerschaft war. Lindemann trat, wie alle anderen Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins, in die NSDAP ein, ohne damit einen großen Karriereschritt zu vollziehen. Während des Krieges übertrug man Adolf Lindemann allerdings kommissarisch die Leitung des Wilhelm-Gymnasiums.

Ein Sonderfall anderer Art ist auch der Studienrat **Christian Trumpf** gewesen, über dessen rassenbiologischen Unterricht der Freimaurer Rolf Appel in seinem Buch „Jonas: Im Bauch des Ungeheuers“ berichtete. Trumpf wurde nach erfolgter Entnazifizierung wieder eingestellt und zeigte sich immer noch als „Herrenmensch“.

Ein anderer Fall ist die Geschichte von **Hans-Hermann Langhein** sowie die seines Vaters **Hans Langhein**. Hans Langhein gehörte zu den intellektuell etwas dürftigen, dafür aber nationalsozialistisch besonders vehementen Lehrern. Gemeinsam mit anderen NS-Uniformierten posierte er auf dem Kollegiumsfoto des Johanneums. Langhein war NS-Schulwalter am Johanneum, mit erheblichem Einfluss auf den Schulleiter Werner Puttfarcken<sup>18</sup>.

Sein Sohn Hans-Hermann Langhein war Schüler und HJ-Funktionär am Johanneum und auch während der NS-Zeit hauptamtlicher Aktivist der HJ. Nach 1945 gab Hamburg ihm die Möglichkeit, seine Lehrerausbildung fortzusetzen und sich im Schuldienst zu bewähren. Er wurde 1960 dann sogar als Schulleiter am Gymnasium Wartenau eingesetzt.

Zwei SS-Männer der jüngeren Generation, die zum Kollegium des Christianeums gehörten, waren **Ernst Köhler** und **Siegfried Gruber**, deren Biografien zeigen, dass SS-Leute ganz unterschiedliche Entwicklungen nehmen konnten. Beide wurden auch nach der NS-Zeit wieder in den Hamburger Schuldienst aufgenommen

Im Volksschulbereich wird der Schulleiter der Schule Meerweinstraße, **Klaus Hartlef** porträtiert, aktiver Nationalsozialist, der auch nach 1945 wiedereingestellt wurde und 1960 sogar die Leitung der Hilfsschule Bundesstraße übernahm. **Johannes Jungenitz**, den die Nationalsozialisten an der während der Weimarer Zeit als Versuchsschule eingerichteten Schule Telemannstraße als Schulleiter einsetzten, überzeugter Nationalsozialist, erhielt erstaunlich positive Leumundszeugnisse von reformpädagogisch orientierten Kollegen, die sich von ihm fair behandelt fühlten. **Otto Gerhard**, der wie Jungenitz technischer Lehrer an berufsbildenden Schulen gewesen war und in den Volksschulbereich versetzt wurde, Nationalsozialist der ersten Stunde, Schulleiter an der Volksschule für Mädchen, Lutterothstraße 34, trat mit einem Protestschreiben an NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz in Erscheinung, in dem er sich darüber beschwerte, dass nach 1933 in der „Hamburger Lehrerzeitung“ noch Anzeigen von jüdischen Ärzten und jüdischen Firmen veröffentlicht wurden.

Dann werden eine Reihe Schulleiter porträtiert, die an kleinen Landschulen tätig waren, **Paul Heitmann**, **Gerhard Rieckmann**, **Wilhelm von Bergen**, **Walter Brauel**, allesamt früh in die NSDAP eingetreten. Auffällig ist, dass alle nach 1945 wieder in den Hamburger Schuldienst aufgenommen wurden und später sogar wieder Schulleiter oder stellvertretende Schulleiter in Hamburg wurden. So auch **Erich Müffelmann**, der als junger, überforderter Lehrer an der kleinen Schule Reitbrook, Schülerinnen misshandelte, weil Prügeln zu (nicht nur) seinen Erziehungsmethoden gehörte und der nach langen Auseinandersetzungen mit Eltern vor Gericht gestellt und verurteilt wurde. Ich habe die Prozessakten ausgewertet und das Verfahren dargestellt. Müffelmann war in Reitbrook und später anderswo auch als national-

sozialistischer Funktionär aktiv, wurde nach dem Prozess und seiner Verurteilung versetzt, durchlief ein vergleichsweise kurzes Entnazifizierungsverfahren, wurde wieder eingestellt und später sogar stellvertretender Schulleiter an der Volksschule in Marmstorf.

**Jürgen Früchtenicht** war Schulleiter an der Schule Burgstraße und eine führende Person als Inspekteur in der Kinderlandverschickung.

Zwei weitere nationalsozialistischer Aktivisten aus dem berufsbildenden Bereich werden porträtiert. Einmal **Gerhard Riecks**, SS-Mann, der schon nach kurzer Lehrertätigkeit die Leitung einer Staatlichen Handelsschule übertragen bekam und im Krieg in Prag als SS-Hauptsturmführer beim SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt ernannt und als Betriebsführer der Deutschen Heilmittel GmbH sowie als Organisator für die übrigen Gesellschaften der Wirtschaftsämter in Prag eingesetzt wurde. In dieser exponierten Funktion galt Riecks im Zuge des Prager Aufstandes als vermisst und kam offenbar zu Tode. Seine Witwe erhielt später die Witwenpension eines Oberstudiendirektors.

**Adolf Denys** engagierte sich als Nationalsozialist auf der Seite von Gauamtsleiter Willi Schulz und seines Stellvertreters Albert Mansfeld im NSLB, bekam die Schulleitung der Handelsschule VI übertragen, profilierte sich als aktiver Nationalsozialist, wurde entnazifiziert und 1959 wieder zum Schulleiter der Handelsschule in der Museumsstraße in Altona gewählt und eingesetzt.

Darüber hinaus habe ich mich mit den beiden Leitern des NS-Dozentenbundes an der Universität Hamburg beschäftigt, **Prof. Edgar Irmischer** und **Prof. Georg Anschütz**. In diesen Biografien wird deutlich, wie Berufungen an den Universitäten in der NS-Zeit abliefen, welche Macht NS-Dozentenbünde erhielten und wie Irmischer und Anschütz charakterlich agierten. Der Psychologe Anschütz war seiner Zeit fachlich möglicherweise voraus als Spezialist auf den Gebieten des Farben-Hörens und Töne-Sehens, wozu er mehrere Kongresse veranstaltete. Er stand in Konkurrenz zu dem Psychologie-Professor William Stern und später Gustaf Deuchler.

Dann porträtiere ich noch den „Kriegsblinden“, **Paul Cassun**, der sich mit großer Energie als blinder Lehrer im Schuldienst durchsetzte, schriftstellerisch tätig war, aber auch als vehementer NS-Propagandist während des Krieges agierte. Cassun wurde nicht wieder eingestellt und arbeitete als freier Schriftsteller.

Eine besondere Biografie ist die von **Otto Genz**, Jahrgang 1914, dessen Ausbildung als Lehrer für höhere Schulen in der NS-Zeit stattfand, der sich nationalsozialistisch aktiv zeigte aber auch Interesse an einer Militärkarriere hatte. Genz wurde 1963 Schulleiter am Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer und gehörte zu der Generation Schulleiter, die mit der antiautoritären Studentenbewegung konfrontiert wurden. An seiner Schule arbeitete der Studienrat Gerd Heide, der in Konflikt

mit dem Schulleiter Genz und der Schulbehörde geriet, weil er eine Klassenarbeit zum Thema „Vietnamkrieg“ schreiben ließ. Dieser Fall und diese Konfrontation zeigen, wie Verantwortliche an den Schulen auch aufgrund ihrer politischen Sozialisation schwerlich mit politisch radikalen Vertretern der neuen Lehrergeneration zurechtkamen.

**Ottomar Hartleb** war Naturwissenschaftler, arbeitete nebenberuflich im Lichtforschungsinstitut in Eppendorf an der Krebsforschung. Eine andere Leidenschaft Hartlebs war die „Koloniale Arbeit in der Schule“. Als Schulleiter der Emilie-Wüstenfeld-Schule in Eimsbüttel profilierte er sich auch auf diesem Gebiet. Seine Redemanuskripte für Schulveranstaltungen und Feiern sind erhalten geblieben, sodass nachgezeichnet werden kann, mit welcher nationalsozialistischer Haltung er den Schulalltag zu gestalten versuchte.

Befreundet war Hartleb mit **Ferdinand Dannmeyer**, der nebenberuflich seit 1922 ebenfalls im „Institut für physikalisch-biologische Lichtforschung“ experimentierte, was insbesondere für die Seefahrt, aber auch für die Medizin und Krebsforschung relevant war. Dannmeyer, überzeugter Nationalsozialist, kam in Konflikt mit der NSDAP, weil ihm vorgeworfen wurde, er habe seine Logenzugehörigkeit nicht wahrheitsgemäß angegeben. Dannmeyer kämpfte um den Verbleib in der NS-Bewegung. Eine bizarre Geschichte, die fast bis an das Ende der NS-Herrschaft reichte und für seine Entnazifizierung nicht hilfreich war. Nach ihm wurde 1961 sogar eine Straße benannt.

Den Schluss der Biografien bildet das Porträt des Hamburger Psychiaters und Ärztlichen Direktors am Universitätskrankenhaus Eppendorf während der NS-Zeit, **Prof. Hans Bürger-Prinz**. Dieser war NSDAP-Mitglied seit 1933, Mitglied der SA, als Hochschullehrer auch im NSLB. Bürger-Prinz wurde aus dem Berliner Reichsministerium protegiert, an einem ordentlichen Ausschreibungsverfahren vorbei, übernahm er in Hamburg die leitende Stelle. Bürger-Prinz verfügte in der NS-Zeit über beste Kontakte zu dem Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter Karl Kaufmann sowie zu dem Verantwortlichen für den Gesundheitsbereich, Friedrich Offerdinger. Auch zu den führenden NS-Ärzten auf Reichsebene, insbesondere zu Adolf Hitlers Leibarzt, Prof. Karl Brandt, der ihn in seinen Wissenschaftlichen Beirat berief, hatte Bürger-Prinz die besten Verbindungen. Bürger-Prinz schaffte es, die Legende zu produzieren, dass das Universitäts-Krankenhaus und die Psychiatrie an den Euthanasie-Morden nicht beteiligt waren. Erstmals in den 1980er Jahren wurde diese Legende durch wissenschaftliche Untersuchungen erschüttert und heute kann ein realistisches und datengestütztes Porträt von einer Person gezeichnet werden, der im Nachkriegs-Hamburg eine stets präsente Persönlichkeit im gesellschaftlichen Leben und in den Gazetten war und der durch unverantwortliche Gutachten und

Sachverständigen-Kommentare viel Unheil angerichtet hat. Diese Biografie soll eine Person von einem Sockel holen, auf den sie nicht gehört.

Eines haben alle Biografien gemeinsam: Das Leben dieser Personen war geprägt durch zwei verheerende Weltkriege, die Depressionen einer Weltwirtschaftskrise, materielle Unsicherheiten, zugespitzte politische Auseinandersetzungen und die vermeintlich einfachen Parolen der Nationalsozialisten, eines Regimes, das die Demokratie abschaffte und autoritär und schnell durchgreifend handelte.

Das führt mich immer wieder zu den Zeilen von Bertolt Brecht „An die Nachgeborenen“<sup>19</sup>:

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut  
In der wir untergegangen sind  
Gedenkt  
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht  
Auch der finsternen Zeit  
Der ihr entronnen seid.

Bertolt Brecht

## Anmerkungen

- 1 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 371.
- 2 Die unvollendete Entnazifizierung, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 38 ff.
- 3 Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 56.
- 4 Ralf Rothmann: Der Gott jenes Sommers, Frankfurt am Main, Zürich, Wien 2018, S. 250.
- 5 Siehe die Biografie Hans Reimers, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 249 ff.
- 6 Siehe die Biografie Karl Witt, in: de Lorent 2016, S. 88 ff.
- 7 Siehe die Biografie Oscar Toepffer, in: de Lorent 2017, S. 51 ff.
- 8 Siehe die Biografie Ernst Schrewe, in: de Lorent 2017, S. 82 ff.
- 9 Siehe die Biografie Wilhelm Gundlach, in: de Lorent 2016, S. 746 ff.
- 10 Siehe die Biografie Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 99 ff.
- 11 Siehe die Biografie Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 12 Siehe die Biografie Theodor Mühe, in: de Lorent 2016, S. 371 ff.
- 13 Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: de Lorent 2016, S. 528 ff.
- 14 Siehe die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457 ff.
- 15 Siehe die Biografie Hans Rösch, in: de Lorent 2016, S. 768 ff.
- 16 Siehe die Biografie Hermann Saß, in: de Lorent 2016, S. 178 ff.
- 17 Siehe de Lorent 2016, S. 13.
- 18 Siehe die Biografie Werner Puttfarcken, in: de Lorent 2016, S. 691 ff.
- 19 „Gnade der späten Geburt“ oder „An die Nachgeborenen“. Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. 9, Frankfurt am Main 1967, S. 724.

## **Täterprofile/Biografien**



## **Albert Krebs**

### **Über die Komplexität der Entnazifizierungsverfahren oder Warum der ehemalige NSDAP-Gauleiter in Hamburg, Dr. Albert Krebs, nach 1945 eine Pension als Senatsdirektor bezog?**

Eine erstaunliche Geschichte ist die Biografie von Albert Krebs, der im September 1923 in die NSDAP eingetreten war, ab 1926 als Ortsgruppenleiter und Gauleiter in Hamburg fungierte, während der gesamten NS-Zeit von Reichsstatthalter Karl Kaufmann unterstützt und gefördert wurde, Leiter der Hamburger Bücherhallen und von 1940 bis 1945 Senatsdirektor in der Kulturbehörde war. Krebs, ab 1931 Chefredakteur der NS-Tageszeitung „Hamburger Tageblatt“, hatte im Frühjahr 1932 einen kritischen Artikel gegen das Kabinett von Schleicher veröffentlicht, über den sich Adolf Hitler aufregte und daraufhin Albert Krebs aus der NSDAP ausschloss.

Aber auch danach genoss Krebs noch das Vertrauen und die Unterstützung führender Nationalsozialisten. Später gelang es ihm sogar, einen Mythos um seine Person zu konstruieren, da er mit Personen des 20. Juli 1944 Bekanntschaft pflegte. Dieses nutzte er auch in seinem Entnazifizierungsverfahren. Nach 1945 machte sich Krebs damit interessant, von seinen vielfältigen Kontakten mit Adolf Hitler, Rudolf Heß, Joseph Goebbels und anderen Nazigrößen zu berichten, Geschichten zu erzählen und den Voyeurismus von Lesern zu bedienen. Die Hamburger Schulbehörde schloss sogar mit ihm Werkverträge für die Darstellung seiner Erinnerungen ab.

**Eine denkwürdige Karriere.**

Albert Krebs wurde am 3.3.1899 in Amorbach im fränkischen Odenwald als Sohn des Oberarchivars Dr. Richard Krebs und seiner Frau Wilhelmine geboren. Er besuchte in seiner Geburtsstadt die evangelische Volksschule und die fünfklassige Lateinschule, wechselte dann 1914 auf das Gymnasium nach Aschaffenburg. Im Frühjahr 1917 machte er das „Notabitur“, meldete sich freiwillig zum Militär und kam nach Zurückstellung wegen seines schwachen Herzens zu den Nachrichtentruppen und 1918 auch noch an die Front. Im März 1919 wurde er aus dem Militär entlassen und begann an der Universität Würzburg ein Studium der Fächer Germanistik, Geschichte, Nationalökonomie und Englisch. Er wechselte noch an die Universitäten Tübingen, Marburg und Frankfurt und war, wie er in seinem partei-internen Lebenslauf 1940 schrieb, „in verschiedenen Freikorps und Zeitfreiwilligenverbänden“ aktiv. „Bereits 1922 trat ich in Marburg einer getarnten Ortsgruppe der NSDAP bei. Im Frühjahr 1922 promovierte ich zum Dr. phil.; im Herbst 1924 legte ich in Kassel die Mittelschullehrerprüfung ab.“<sup>1</sup> Ein reges Leben.

Davor hatte Albert Krebs an der privaten Höheren Mädchenschule in Amorbach ein halbes Jahr Deutsch und Geschichte unterrichtet, mit gutem Erfolg, wie ihm die Direktorin Sophie Flüchtbauer bestätigte: „Herr Dr. Krebs hat es verstanden, seine Lehrgegenstände in lebhafter, anschaulicher Weise dem Verständnis der Schülerinnen nahezubringen und diese zu selbständigem Denken anzuregen. Seine Erfolge beim Unterricht in meiner Schule waren sehr anerkennenswert. Herr Dr. Krebs hat sich seinen Schülerinnen wie dem Lehrerkollegium gegenüber eines in jeder Beziehung einwandfreien, taktvollen Benehmens befleißigt.“<sup>2</sup>

Aber es war offenbar nicht das Ziel von Albert Krebs, Lehrer zu werden. Im Januar 1925 bewarb er sich um eine Anstellung als Sachreferent in der Abteilung 17 (Volksbürgerliche Erziehung) bei dem völkisch-antisemitisch ausgerichteten Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) im Johannesstift in Spandau. Nach einem Gespräch mit Max Habermann, der noch eine wichtige Rolle in seinem Leben spielen sollte, wurde er angestellt.<sup>3</sup> Er war bis zur Auflösung des DHV im Jahre 1934 Referent für Volksbildung und Kultur und kam in dieser Funktion 1926 nach Hamburg, als die Bildungsabteilungen des DHV nach Hamburg verlegt wurden.<sup>4</sup>

Vorher war Albert Krebs am 17.10.1923 Mitglied der NSDAP geworden (Mitgliedsnummer 49348). Nach Verbot und Neugründung der NSDAP war Krebs am 10.5.1926 erneut in die Partei eingetreten (Mitgliedsnummer 35589).<sup>5</sup>

In seinem „Memoiren-Buch“, „Tendenzen und Gestalten der NSDAP“, das er 1959 veröffentlichte, beschrieb er den ersten Kontakt zur NSDAP und zu ihrem Hamburger Gauleiter, Josef Klant, und der Hamburger Parteigeschäftsstelle. „Sie befand sich in dem hinteren Teil des Zigarrengeschäfts, das der Gauleiter Klant in der Grindelallee betrieb. Die Einrichtung war denkbar einfach: ein oder zwei Karteikästen, eine Zigarrenkiste als Kasse, ein Wandbord mit alten Flugblättern und vergilbten Werbenummern des ‚Völkischen Beobachters‘.“<sup>6</sup>

Die Aufnahme des Parteigenossen Albert Krebs in die Hamburger Ortsgruppe gestaltete sich schwierig. Klant erklärte: „Er wolle keine neuen Mitglieder mehr, wo die alten schon Verräter seien, schimpfte er leise vor sich hin. Einen Studierten wolle er überhaupt nicht. Und was mir einfiel, so einfach von Berlin nach Hamburg zu kommen und gleich große Reden schwingen zu wollen. – Ich hatte angeboten, auf einem Sprechabend ein Referat über ein sozialpolitisches oder geschichtliches Thema zu halten.“<sup>7</sup> Josef Klant war immerhin seit 1924 Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg gewesen (bis zu seinem Tod 1927).

Als Krebs nach Hamburg kam, änderte sich einiges, das Führerprinzip und die Professionalisierung der NSDAP wurden eingeführt, die Konflikte, insbesondere mit der SA und deren mächtigem Führer, Arthur Böckenhauer, die schon Josef Klant Schwierigkeiten bereitet hatten, blieben.<sup>8</sup>

Im Oktober 1926 stellte Klant sein Amt formell zur Verfügung – von der Ablehnung des Rücktrittsgesuches erhoffte er sich eine Stärkung seiner Position. Die Parteizentrale nahm das Gesuch allerdings an, gleichzeitig wurde der Gau Hamburg aufgelöst und zur Ortsgruppe degradiert. Reichspropagandaleiter Gregor Strasser wurde zur Neuordnung nach Hamburg geschickt. Als Albert Krebs am 4.11.1926 zum Ortsgruppenleiter gewählt worden war, hatte er festgestellt, dass „der Bestand an aktiven Mitgliedern in den vergangenen Monaten auf rund 135 Köpfe zusammengeschmolzen war“.<sup>9</sup>

Mit Gregor Strasser verbanden Albert Krebs seit dieser Zeit enge Kontakte. Strasser, der 1928 zum Reichsorganisationsleiter der NSDAP ernannt worden war und im Laufe der nächsten Jahre immer stärker in eine Konkurrenzsituation zu Joseph Goebbels und Adolf Hitler kam, wurde später, am 30.6.1934 „im Rahmen des so genannten Röhm-Putsches ermordet“.<sup>10</sup>

Albert Krebs war, nachdem die Ortsgruppe dank seiner Arbeit wieder einen Aufschwung erlebt hatte und auf 600 Mitglieder angewachsen war, am 26.2.1928 zum Gauleiter ernannt worden, da Hamburg erneut den Status eines Gaus zugesprochen bekommen hatte. Die Konflikte innerhalb der Hamburger NSDAP waren damit allerdings nicht beendet. Thomas Krause dazu:

„Gauleiter Krebs konnte seine Autorität auf kaum mehr als auf die Erfolge bei der Konsolidierung der Partei und auf seine Gauleiterposition stützen. In erster Linie fehlte ihm eine Hausmacht, so dass sein absoluter Führungsanspruch keine allgemeine Anerkennung fand. Schlimmer noch: in kurzer Zeit hatte sich Krebs in der Bewegung eine Unmenge unversöhnlicher Gegner geschaffen. Einer von vielen Nationalsozialisten dieser Zeit, die das ‚Führerprinzip‘ zwar stets verherrlichten, sich selbst aber nicht beugen mochten, war der SA-Führer Arthur Böckenhauer. Zwischen dem ‚alteingesessenen‘ Parteigenossen Böckenhauer und dem ‚importierten‘ Gauleiter Krebs entwickelte sich Anfang 1928 ein Intrigenkampf, an dessen Ende Böckenhauer ausgeschlossen wurde und Krebs am 1. Mai 1928 gemeinsam mit Geschäftsführer Brinkmann zurücktrat.“<sup>11</sup>

Offiziell wurde die Amtszeit von Albert Krebs im September 1928 beendet. Adolf Hitler setzte dann zum 15.4.1929 Karl Kaufmann als Gauleiter ein. Kaufmann war ein Nationalsozialist der ersten Stunde und hatte sich am 9. November 1923 aktiv am Hitlerputsch beteiligt. 1925 war er mit nur 25 Jahren Gauleiter von Rheinland-Nord geworden. Als Gaugeschäftsführer fungierte Joseph Goebbels, der damals einzige Freund Kaufmanns.<sup>12</sup>

Ich dachte lange Zeit, dass Kaufmann der unmittelbare Nachfolger von Albert Krebs als Gauleiter der NSDAP in Hamburg gewesen sei – daraus hatte ich eine Konkurrenz zwischen beiden abgeleitet. Liest man das Buch von Albert Krebs

„Tendenzen und Gestalten“, dann erkennt man aber, dass Krebs den Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann als positive Gestalt erinnert, der ihm zugeneigt war und ihn auch unterstützte und förderte, als Krebs bei Adolf Hitler in Ungnade gefallen war. Der Reihe nach.

Die politischen Aktivitäten von Albert Krebs liefen parallel zu seiner Tätigkeit im DHV. Von Herbst 1928 bis Dezember 1930 war Krebs Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Hamburger Volksblatt“ und der „Hansischen Warte“, vom 1. Januar 1931 an bis zum 16.5.1932 dann Hauptschriftleiter des „Hamburger Tageblatts“.<sup>13</sup>

Im Sommer 1930 hatte Albert Krebs auf Bitten von Karl Kaufmann die Leitung der Betriebszellenorganisation übernommen.<sup>14</sup>

Zum großen Eklat kam es 1932. Krebs hatte sich den Zorn Adolf Hitlers zugezogen, weil er im „Hamburger Tageblatt“ am 18.5.1932 einen Artikel veröffentlichten ließ, in dem General Kurt von Schleicher scharf angegriffen wurde.

Es war eine sensible Zeit im Reichstag und bei Regierungs- und Kabinettsbildungen im Deutschen Reich. Dabei gab es bei den Nationalsozialisten eine große Skepsis gegenüber Kurt von Schleicher wie auch gegenüber Heinrich Brüning. Adolf Hitler hatte auf einer internen Tagung mit Nationalsozialisten, die Presseverantwortung hatten, befohlen, die Sprachregelung über den Umgang mit führenden Politikern ihm und der Parteizentrale zu überlassen und nicht mit Äußerungen vorzupreschen. Das aber war im „Hamburger Tagesblatt“ passiert. Hitler war so verärgert, dass er den alten Kämpfer Albert Krebs, den er seit Jahren kannte, am 20.5.1932 aus der NSDAP ausschloss. In seiner Begründung dafür hieß es:

„In der Pressebesprechung am 21.3.1932 in Berlin habe ich von sämtlichen Schriftleitern der nationalsozialistischen Presse für die kommende Zeit äußerste Zurückhaltung in Äußerungen über Männer des staatlichen Lebens gefordert, mit denen ich in unserem Kampf um die Macht im Staate zu verhandeln habe. Ich wies auf die mustergültige Zucht unserer Presse im Januar hin, die mir damals die Unterhandlungen wegen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Wege in vorteilhafter Weise zu beenden ermöglichte. Die gleiche Haltung verlangte ich für die kommende Zeit der Verhandlungen über Regierungsbildungen. Trotz dieser, meiner ausdrücklichen und eindeutigen Anordnung ist es möglich gewesen, dass das unter Ihrer Verantwortung erscheinende ‚Hamburger Tageblatt‘ am Mittwoch, den 18.5.1932 unter der Überschrift ‚Schleicher Wehrminister?‘ einen Aufsatz bringt, dessen zweitletzter Absatz meinen Weisungen und damit den Bestrebungen des Vereins in gerader Linie zuwiderläuft. In Anbetracht Ihrer langen Zugehörigkeit zur Partei und Ihrer früheren Verdienste um sie, will ich genehmigen, dass Sie nach einer angemessenen Frist um Ihre Wiederaufnahme in die Bewegung nachsuchen können.“<sup>15</sup>

# Hamburger Tageblatt

Preis 15 |

Nr. 115  
6. Jahrg.



**DEN STAAT ZERSTÖRT MAN NICHT - MAN EROBERT IHN!**

Hamburg  
Mittwoch  
18. Mai 1932

Kundgebühren: Jedes und Polarisations-Messung 20  
Hilfsleistungen: Gedächtnisblätter 20 Bl. 20  
Sonderdruck: 100 Bl. 100 — 100 Bl. mit 100  
Sonderdruck: 100 Bl. 100 — 100 Bl. mit 100  
Sonderdruck: 100 Bl. 100 — 100 Bl. mit 100  
Sonderdruck: 100 Bl. 100 — 100 Bl. mit 100

## Schleicher Wehrminister?

### Schleicher und Goerdeler beim Reichskanzler

Berlin, 17. Mai. Der Reichskanzler nahm am Dienstag die Verhandlungen über die Ergänzung des Reichskabinetts auf. Er empfing am Donnerstag den General von Fiolitz, am Donnerstag den Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler. Über den Inhalt der Besprechungen wurde amtlich nicht mitgeteilt.

Es heißt nun fest, daß es mit der Ergänzung oder Umbildung des Kabinetts, die unmittelbar nach Öffnung vor sich gehen sollte, noch nicht so schnell gehen wird, wie man sich das ursprünglich vorgestellt hat. Der Reichskanzler hat die Besprechungen über diese dringlichste Frage der deutschen Innenpolitik sofort nach dem Frühstück aufgenommen und er hat auch bereits mit General von Schleicher, dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler und anderen Persönlichkeiten verhandelt. An irrtümlichen gerüchelten Ergebnissen scheint es aber bisher nicht gekommen zu sein. Im Gegenteil. Es hat vielmehr den Anschein, als ob sich die Verhandlungen hinausziehen werden und als ob sich hinter den Kulissen Dinge vorbereiten, die unter Umständen noch nach zu einer stillen

schleicher vorwirft, kann in Kauf nehmen wird.

Auch bei einem Teil unserer Leser gilt, wie mit wollen, der General von Schleicher als die nationale Gegenpol Groenens, dem man zum Vorbehalt eine gewisse Sympathie entgegen zu bringen hat. Wir müssen aber vor einem solchen Aufstellung dringend warnen. Schleicher möchte nur mit den Nationalsozialisten spielen, wie er vorher mit anderen Gruppen spielte, um je jemand seinen eigenen Erfolg zu Dornen. Daraus abgesehen, gefallen uns die intimen Beziehungen Schleichers gerade zu den Nationalsozialisten nicht wenig, die uns als die reaktionärsten bekannt sind. Es ist ja kein Zufall, daß sein Freund und Vertrauensmann, der General v. D. vom Stillstand, jetzt in der Reaktion eingeschrieben der „Berliner Weltzeitung“ beschäftigt ist. — Alles das sind Kreise, deren Verhältnis und Gewerkschaftsmöglichkeit aber hier mit ihre Beteiligung von Schleicher gebührend konstat ist.

Darum glauben wir auch, daß die so festgesetzte Richtung nicht, was man den Willen des Herrn von Schleicher und seiner Hintermänner entspricht.

Von Krebs als Chefredakteur verantworteter Artikel im Hamburger Tageblatt vom 18.5.1932

Hier ging es um das Führerprinzip. Hitler hatte eine Anweisung gegeben, an die sich in einer sensiblen Frage, nämlich der Regierungsbildung, einer der Schriftleiter einer NS-Zeitung nicht gehalten hatte. Das war unabhängig davon, dass Kurt von Schleicher wenig Sympathisanten und wenig Kredit bei NSDAP-Mitgliedern hatte.

Kurt von Schleicher (1882–1934), deutscher Offizier, General der Infanterie und Politiker, amtierte von Anfang Dezember 1932 bis Ende Januar 1933 als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik. Als Vertrauensmann des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg war er maßgeblich am Sturz der Regierung Müller im Frühjahr 1930 und an der Installation der beiden Folgekabinette unter Heinrich Brüning (März 1930) und Franz von Papen (Juni 1932) beteiligt. Nachdem er tatsächlich unter Papen als Reichswehrminister amtiert hatte, folgte er diesem im Dezember 1932 als Kanzler nach. Sein Konzept einer Querfrontregierung unter Spaltung der Nationalsozialisten scheiterte rasch. Die von Schleicher daraufhin angestrebte Auflösung des Reichstages ohne Neuwahlen, also einen Staatsstreich, lehnte Hindenburg ab, woraufhin Schleicher am 28. Januar 1933 demissionierte und sich ins Privatleben zurückzog. Am 30. Januar 1933 wurde an seiner Stelle Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Schleicher wurde anderthalb Jahre später im Zuge des sogenannten Röhmer-Putsches erschossen.<sup>16</sup>

Dies belegt noch einmal, wie sensibel die Situation im Mai 1932 war und dass man auf die Angelegenheit 1934 noch einmal mit anderen Augen sehen konnte.

Erst einmal war Albert Krebs in großer Not gewesen und schrieb am 25.5.1932 an den Leiter des Ordentlichen Parteigerichts der NSDAP, Major Walter Buch, „dass ich meinen Ausschluss aus der Partei als ungerechtfertigt empfinde. Ich habe den, wie ich schon Herrn Adolf Hitler versichert habe, fraglichen Artikel nicht selbst geschrieben und auch nicht einen Augenblick daran gedacht, dass die Politik der Reichsleitung dadurch eine Störung erfahren konnte. Ein besonderer Hinweis darauf, dass Herr Schleicher nicht anzugreifen sei, ist in der Reichspressekorrespondenz nicht erschienen. Geradezu ungeheuerlich empfinde ich den Vorwurf, der in der Verlautbarung der Reichsleitung steht, dass ich ‚innerlich der Partei niemals angehört habe‘. Ich weiß nicht, wer diesen Vorwurf niedergeschrieben hat, bin aber überzeugt, dass der betreffende Herr um recht viele Jahre später als ich in die NSDAP eingetreten ist. Ich bin seit 1923 Parteigenosse, bin wegen meiner Betätigung für die Partei an der Universität Marburg nicht zum Staatsexamen zugelassen worden, ich habe wegen meiner Zugehörigkeit zur Partei eine sehr gute Stellung in Karlsruhe nicht erhalten und habe jahrelang durch meine Arbeit für die Partei alle Aufstiegsmöglichkeiten in meinem eigenen Beruf zerstört. Hätte ich das aus Ehrgeiz getan, dann hätte ich auch jene geschmeidigen Formen gefunden, die meinen jetzigen Ausschluss vermeidbar gemacht hätten, aber ich habe es aus Überzeugung getan, genauso wie ich noch heute überzeugter Nationalsozialist bin. Deswegen empfinde ich jenen Vorwurf als eine ausgemachte Niedertracht.“<sup>17</sup>

Albert Krebs war danach wieder und jetzt konzentriert im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) tätig, Abteilung Schulung.

Nach 1945 arbeitete Krebs erfolgreich an dem Mythos, 1932 von Adolf Hitler persönlich aus der NSDAP ausgeschlossen worden zu sein. Das ist einerseits richtig, auf der anderen Seite genoss Albert Krebs aber weiter die Unterstützung und die Wertschätzung der NSDAP, insbesondere vom Hamburger Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann. Dieser hatte Albert Krebs angeboten, ab dem 1.9.1934 in Hamburg als Direktor der „Öffentlichen Bücherhallen“ eingestellt zu werden. Frank Bajohr hat darauf hingewiesen: „Tausenden sogenannten alten Kämpfern verschaffte Kaufmann Stellungen in der Verwaltung und vor allem bei städtischen Betrieben.“<sup>18</sup>

Im Fall Albert Krebs war es aber noch etwas Besonders, denn die angebotene Stelle war mehr als eine bloße Versorgung, es war ein Karriereschritt und der Beweis, dass Kaufmann von der politischen Loyalität des Albert Krebs überzeugt war.

Krebs, der in all den Jahren seiner politischen Betätigung in der NSDAP einen guten Draht zum „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, und auch zu anderen

Führungspersonen der NSDAP gehabt hatte, schrieb Heß am 13.4.1934 an, um seine Beförderung in Hamburg abzusichern:

„Der Unterzeichnete hat sich heute um eine Anstellung bei der Landesschulbehörde Hamburg beworben. Da er jedoch annimmt, dass der seinerzeitige Ausschluss aus der Partei zu Schwierigkeiten führen könnte, bittet er die Partei daher ergebenst um eine Stellungnahme. Diese Stellungnahme kann ja vielleicht direkt an die Landesschulbehörde bzw. an den Herrn Reichsstatthalter Kaufmann weiter geleitet werden.“<sup>19</sup>

Und so schrieb die Reichsleitung der NSDAP an den Verbindungsstab der NSDAP bei Minister Rudolf Heß, den Parteigenossen Martin Bormann. Albert Krebs habe mitgeteilt, dass er den Bescheid bekommen habe, „dass das Parteigericht entscheiden wird, ob gegen seine Verwendung in Staatsdiensten irgendwelche Bedenken bestehen oder nicht. Sie würden mir persönlich einen großen Gefallen tun, wenn sie an das Parteigericht München ein paar Zeilen richten würden, um diese Entscheidung zu beschleunigen, damit Herr Dr. Krebs weiß, woran er ist und ob er die ihm angebotene Staatsstellung ablehnen muss oder nicht.“<sup>20</sup>

Daraufhin erklärte der Leiter des Obersten Parteigerichts, Major Walter Buch, dessen älteste Tochter Gerda mit Martin Bormann verheiratet war:

„Dr. Albert Krebs wendet sich mit der Bitte, die Partei möge sein Gesuch um eine Anstellung bei der Landesschulbehörde Hamburg unterstützen, an den Stellvertreter des Führers. Ich bin mit der Bearbeitung seines Schreibens beauftragt worden: Der Ausschluss des Dr. Krebs erfolgte im Mai 1932 im Schnellverfahren auf persönlichen Antrag des Führers bei mir, weil Krebs entgegen einer Anordnung in der Presse einen Aufsatz gebracht hatte und der Führer darum, wie er sich ausdrückte, ‚ein Exempel statuieren‘ müsse.

Ich weiß, dass der Führer den Ungehorsam Dr. Krebs schon längst als gesüht betrachtet und habe daher keinerlei Einwendungen gegen seine Anstellung zu erheben. Ich glaube im Gegenteil, dass der großen Sache immer mehr genutzt wird, wenn wir die Hand eines einmal Gestrauchelten auf seinen Ruf ergreifen und ihm zu der ersehnten Arbeit verhelfen.“<sup>21</sup>

In seinem Memoiren-Buch, 1959, erinnerte Albert Krebs dies ganz anders, bzw. es passte besser in seine Legendenbildung. Da machte er Joseph Goebbels zum Intriganten, der bei Hitler interveniert hätte, in der Hoffnung, damit auch Gregor Strasser als den Inspirator für den beanstandeten Artikel treffen zu können. Bei dem Intrigenspiel innerhalb der NSDAP zu jenem Zeitpunkt denkbar, aber insgesamt eine wilde Konstruktion, denn andererseits behauptete Krebs, Hitler habe ihm erklärt, dass ihm der Ausschluss leid getan habe, obwohl er Krebs frühere „Sünden“ vorgehalten habe, „die Neigung zum Widerspruch, den offenen Widerspruch, den

Ungehorsam gegen ergangene Befehle“.<sup>22</sup>

Für mich Legendenbildung, widersprüchlich, weil Krebs in den weiteren Schilderungen sich zum beherzten Kritiker stilisierte. Und dann behauptete er noch, ganz im Gegensatz zur Aussage des Obersten Partei-Gerichtsleiters Walter Buch aus dem Jahre 1934:

„Kurz vor meiner Ernennung zum Senatsdirektor im Frühjahr 1940 stellte der Reichsstatthalter Kaufmann für mich einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei. Das geschah ohne mein Zutun aufgrund der Hamburger Verordnung, dass jeder Beamte Mitglied der NSDAP sein müsse. Der Antrag wurde von der Parteileitung auf ausdrückliche Weisung Hitlers abgelehnt.“<sup>23</sup>

Sehen wir erst einmal genauer auf den weiteren beruflichen Werdegang von Albert Krebs. Als er am 1.9.1934 Direktor der Öffentlichen Bücherhallen in Hamburg wurde, bekam er von dem ehemals Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, mittlerweile Deutsche Arbeitsfront, Deutsche Angestelltenschaft, ein sehr positives Zeugnis:

„Herr Dr. Krebs wurde als ein Mitarbeiter von außerordentlich gediegenem Wissen geschätzt, der sich restlos den ihm anvertrauten Aufgaben hingab. Es lag ihm sehr gut, die meist aus praktischer, kaufmännischer Tagesarbeit kommenden Teilnehmer der Lehrgänge durch seine lebendige Darstellungsweise zu fesseln und dabei nachhaltig und zu eigener Weiterarbeit anregend zu sprechen. Wir sehen Herrn Dr. Krebs, der nicht nur ein tüchtiger und fleißiger Mitarbeiter, sondern ebenso sehr ein beliebter Vorgesetzter und guter Kamerad war, nur ungern scheiden.“<sup>24</sup>

Am 1.4.1938 machte Albert Krebs den nächsten Schritt, wieder im Einvernehmen und auf Initiative von Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann:

„Der Herr Reichsstatthalter hat angeordnet, dass der derzeitige Leiter der Öffentlichen Bücherhallen, Herr Dr. Krebs, als leitender Angestellter bei Herrn Staatsrat Dr. Becker innerhalb der künftigen Verwaltung für Kunst und Kulturangelegenheiten in die Gemeindeverwaltung zu übernehmen ist.“<sup>25</sup>

Der Dienstvertrag zwischen dem Reichsstatthalter und Albert Krebs wurde am 19.4.1938 unterzeichnet.<sup>26</sup>

Am 20. April 1940 erhielt Albert Krebs die Ernennungsurkunde als Senatsdirektor bei der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg „unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit“.<sup>27</sup>

Und am 10.9.1940 wurde Albert Krebs auf die Person vereidigt, über die er später wenig Schmeichelhaftes veröffentlichte: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“<sup>28</sup>



Es kann also überhaupt nicht daran gezweifelt werden, dass Albert Krebs die Unterstützung und den Rückhalt des NSDAP-Gauleiters hatte und ebensowenig daran, dass dies in Übereinstimmung mit der Reichsleitung der NSDAP geschah. In seinem Memoiren-Buch schrieb Albert Krebs dazu:

„Ich empfand es, um es deutlich und anschaulich zu sagen, nicht als Konflikts-Situation, dem Statthalter Kaufmann für die mir nach 1933 gebotene berufliche Hilfe menschlich dankbar zu sein und ihn gleichzeitig als Exponenten des Hitlerstaates von der Widerstandsbewegung her politisch bekämpfen zu müssen. Hätte man mich, wie es nahelag, nach 1933 verfolgt, wäre ich vielleicht auch der Verfolgungs- und Vergeltungspsychose nach 1945 verfallen. Die mir zuteil gewordene Kameradschaft hat mich davor bewahrt. Um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen sei dies hier ausgesprochen.“<sup>29</sup> In dieser blumigen Erklärung verdrängt die Legende die Wahrheit.

Am 18.6.1941 teilte Senatsdirektor Albert Krebs mit, dass er ab dem 20.6.1941 zur Propagandaersatz-Kompanie Potsdam, Adolf-Hitler Kaserne, einberufen worden sei.<sup>30</sup>

Krebs wurde als Sonderführer der Propaganda-Abteilung Ostland im Reichskommissariat Ostland (RKO) zugeteilt und übernahm in den Städten Riga und Reval den Kulturbereich. Außerdem war er Gebietskommissar des Bezirkes Orscha im Hauptkommissariat Wizebsk, heute im Nord-Osten Weißrusslands.<sup>31</sup>

Mit der Geschichte des „Reichskommissariat Ostland“ haben sich insbesondere auch Historiker aus Schleswig-Holstein beschäftigt, nicht zuletzt deswegen, weil der NSDAP-Gauleiter von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, als Reichskommissar Ostland die Hauptverantwortung für dieses Unternehmen hatte. Von einer Tagung im Mai 2009 in Flensburg schrieb Armin Nolzen:

„Das Reichskommissariat Ostland (RKO), das wenige Wochen nach dem Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 17. Juli 1941 gebildet wurde und Lettland, Litauen und Estland sowie den größten Teil der westlichen weißrussischen Gebiete umfasste, war ein Kernterritorium des Holocaust. Schätzungsweise eine Million Juden wurden dort zwischen Juni 1941 und August 1944 ermordet, darunter mehr als 50.000 aus dem Deutschen Reich in die Ghettos Riga und Minsk Deportierte. Der Massenmord vollzog sich in drei Phasen: der kurzen, etwa zwei Wochen umfassenden Zeitspanne zwischen dem Abzug der Roten Armee und der Errichtung der NS-Zivilverwaltung, als die besetzten Gebiete noch unter Hoheit der Wehrmacht standen, der zweiten Tötungswelle bis zum Winter 1941/42, der die größeren jüdischen Gemeinden zum Opfer fielen, sowie einer dritten Welle des Mordens, die im Frühsommer 1942 anlief und in erster Linie die auf dem Land ansässigen Juden und kleinere Ghettos betraf. Als Täter fungierten Einheiten der

Wehrmacht, einheimische Milizen, die später in Hilfspolizei-Verbände überführt wurden, die Einsatzkommandos der Einsatzgruppe A, die von autochthonen Schutzmannschaften unterstützt wurden, und Bataillone der Ordnungspolizei, die aus dem Deutschen Reich in die besetzten Gebiete abkommandiert worden waren. Der Judenmord im RKO war ein arbeitsteiliger Prozess, an dem Militär- und Zivilverwaltung, Polizei und SS und einheimische Verbände beteiligt waren, wenngleich in unterschiedlichem Maße und mit gestuften Verantwortlichkeiten.

Ein Großteil der NS-Vernichtungspolitik im RKO fand unter der Ägide der Zivilverwaltung statt, an deren Spitze der schleswig-holsteinische Oberpräsident und Gauleiter Hinrich Lohse stand. Als Reichskommissar verfügte Lohse über 5.000 zivile Mitarbeiter, die ein Territorium von der Größe der heutigen Bundesrepublik Deutschland mit neun Millionen Einwohnern beherrschten. Viele der leitenden Verwaltungskräfte kamen aus Lohses Heimatgau, so die Abteilungschefs der Behörde des RKO, die in Riga residierte. Von den insgesamt 57 Gebietskommissaren, die die unterste deutsche Verwaltungseinheit im RKO bildeten, stammten immerhin 15 aus Schleswig-Holstein; viele hatten dort Erfahrungen als Kreisleiter der NSDAP gesammelt.<sup>32</sup>

Nun kann über die konkrete Beteiligung von Albert Krebs an diesen Aktionen nichts gesagt werden. Immerhin war er im Sommer 1941 nach Riga kommandiert worden. Und die Gegend um Riga war das Zentrum der Vernichtungsaktionen. Es ist schlechterdings nicht vorstellbar, dass Albert Krebs nicht davon gewusst hat oder diese nicht miterlebt hat. Krebs kannte Lohse seit vielen Jahren. Nach Krebs' Gauleiter-Zeit in Hamburg, hatte Hinrich Lohse vertretungsweise die Gauleitung von Albert Krebs übernommen, bevor Karl Kaufmann in Hamburg eingesetzt wurde. Und Krebs erwähnte Lohse auch in seinen Erinnerungen:

„Wie die meisten Funktionäre, die ihre Autorität mehr aus dem Apparat und ihrer Stellung innerhalb des Apparates als aus dem eigenen Ich empfangen haben, war auch Lohse auf die Wahrung und Erhaltung dieser Autorität sehr bedacht. Mit Eifer sorgte er dafür, dass ihm keiner über den Kopf wuchs oder ihn gar aus seiner Stellung verdrängte. Die Folge war natürlich, wie übrigens in sehr vielen anderen Parteigauen auch, dass das Niveau der Führerauslese und des Führernachwuchses das Niveau ‚Lohse‘ blieb. Was darüber lag, musste entweder freiwillig in den Hintergrund treten und sein Licht unter den Scheffel stellen oder wurde in zahlreichen inneren Auseinandersetzungen in den Hintergrund gedrängt, manchmal auch ganz ausgeschieden.“<sup>33</sup>

Das klang danach, als habe Albert Krebs selbst Erfahrungen mit Hinrich Lohse gesammelt, der auch ihn klein halten wollte. Interessant ist, dass Krebs, der in seinen Memoiren sonst sehr plauderwillig ist, mit einem dünnen Satz Lohses Beauftragung als Reichskommissar in Riga erwähnt:

„So kam bezeichnenderweise im Herbst 1941 Lohse als Reichskommissar nach Riga mit einem Stab von Mitarbeitern, die beinahe durchweg aus den Reihen der alten und ältesten Parteigenossen stammten. Hätten sie neben dieser Qualifikation auch noch über eine Fülle sachlicher Qualitäten verfügt, so wäre nichts einzuwenden gewesen. Leider war das jedoch infolge der unseligen Personalpolitik nur in sehr geringem Maße der Fall.“<sup>34</sup> Kein Wort darüber, was der Reichskommissar Hinrich Lohse in Riga gemacht hatte oder seine unqualifizierten Mitarbeiter. Und insbesondere keine Aussage darüber, dass auch Albert Krebs dort eingesetzt worden war und was er dort getrieben hatte.

Laut Personalakte wurde Albert Krebs am 31.7.1942 uk-gestellt und kehrte nach einem Jahr wieder an seinen Arbeitsplatz in der Kulturbehörde zurück. Zum 28.4.1943 wurde Krebs darüberhinaus die Verantwortung für alle Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg übertragen, und von Senator Becker hatte er am 16.8.1943 zusätzlich den besonderen Auftrag bekommen, „unersetzliches hamburgisches Kulturgut sicherzustellen“.<sup>35</sup>

Zur Legendenbildung gehört aus meiner Sicht auch, dass Albert Krebs engste Kontakte zu Personen unterhielt, die den Umsturz planten und das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vorbereiteten. In Wikipedia wird sogar behauptet, dass Krebs nach dem Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 „untertauchen musste“.<sup>36</sup>

Dies soll im Kontext seiner Entnazifizierung noch genauer untersucht werden. Von Untertauchen kann aus meiner Sicht keine Rede sein. Er war für die Kulturbehörde zur „Sicherstellung unersetzlichen Kulturgutes“ beauftragt und vielfach unterwegs. Am 19.4.1945 wurde er zum Volkssturm eingezogen, meldete sich im Juni 1945 krank mit einem Zwölffingerdarmgeschwür und schrieb am 26.5.1945 aus der Kulturbehörde als Senatsdirektor an Bürgermeister Rudolf Petersen:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Leider ist es mir bei der letzten Besprechung infolge der kurzen Zeit nur möglich gewesen, sachliche Fragen anzusprechen. Es wäre aber wohl notwendig gewesen, auch eine persönliche Angelegenheit zu behandeln. Ich weiß nicht, ob Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wissen, dass ich von 1923 bis 1932 Mitglied der NSDAP und in bestimmten Zeitabschnitten Gauleiter und Hauptschriftleiter der Parteizeitungen gewesen bin. Zwar wurde ich dann im Mai 1932 wegen ‚Ungehorsams und Widerspruchs‘ von Hitler persönlich ausgeschlossen; trotzdem wäre es denkbar, dass Sie diese Tatsache als Belastung empfinden oder eine weitere Klarstellung für erforderlich halten. Darum halte ich es für meine Pflicht, um dem Vorwurf der Unaufrichtigkeit zu entgehen, die Angelegenheit anzusprechen, und stehe Ihnen für etwaige Fragen zur Verfügung.“<sup>37</sup>

Das war der Auftakt für die Legendenbildung des Albert Krebs.

Erst einmal führte es zu nichts, Krebs wurde am 25.7.1945 vom Dienst suspendiert und später verhaftet und bis Juli 1946 in Neuengamme interniert.<sup>38</sup>

Am 25.8.1945 wurde Krebs auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen.<sup>39</sup>

Vorausgegangen war ein Vermerk: „Dr. Krebs war, wie er in seinem Briefe vom 26.5.1945 an Herrn Bürgermeister Petersen mitteilt, von 1923 bis 1932 Mitglied der NSDAP und in bestimmten Zeitabschnitten Gauleiter. Er wurde 1932 von Hitler aus der Partei ausgeschlossen, aber durch dessen Fürsprache als bevorzugt Beförderter nach kurzer Dienstzeit in die höchsten Stellungen der Kulturverwaltung (so wurde er vom Angestellten der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, ohne die Stufen des Regierungsrats und des Oberregierungsrats durchlaufen zu haben, nach kurzer Zeit zum Senatsrat und dann zum Senatsdirektor befördert!). Er ist zurzeit noch beurlaubt mit Gehalt, seine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst ohne Gehalt und Pension muss meines Erachtens jetzt zweifellos vorgenommen werden.“<sup>40</sup>

Nun tauchten Vermerke und Kopien auf, nach denen über Albert Krebs weiter nachgeforscht wurde. Am 10.9.1945 gab es einen Vermerk, Unterschrift: Schumacher, in dem es hieß:

„Dr. Krebs hat anlässlich eines Ausfluges der öffentlichen Bücherhalle Altona den Angestellten Schmidt scharf zurechtgewiesen, als dieser sich ein Glas Bier bestellte, während eine Rede des Führers im Rundfunk übertragen wurde. Er gebrauchte vor versammelter Gefolgschaft die Worte, Schmidt hätte die Rede des Führers verunglimpft. Das war am 2. Mai 1936! Auch sonst ist Dr. Krebs des Öfteren für die Weltanschauung der Nazis eingetreten. Vorstehendes deckt sich aber nicht mit seiner heutigen Darstellung, dass er nach seinem Austritt aus der Partei 1932 auch seinen Glauben abgelegt habe! Vergleiche den beiliegenden Ausschnitt aus der Druckschrift: ‚Hamburg bleibt rot‘, herausgegeben von der NSDAP 1930 Seite 196.“<sup>41</sup> „In Cuxhaven spricht Karl Kaufmann zum ersten Mal am 2. Mai 1930. Dr. Krebs hat nach einer Rede am 18. Mai die erste Gruppe der Hitlerjugend gegründet.“<sup>42</sup>

Nun wandte sich Albert Krebs am 2.11.1945 an Senator Dr. Biermann-Ratjen, der bis Dezember 1945 als Kultursenator in Hamburg eingesetzt war und dieses Amt von 1953 bis 1966 abermals innehatte. Biermann-Ratjen war Notar in Hamburg und bis zur Absetzung durch die Nationalsozialisten 1936 Vorsitzender des Hamburger Kunstvereins gewesen, somit war er in dieser Funktion Albert Krebs vermutlich vielfach begegnet. Krebs beklagte sich bei Biermann-Ratjen, dass nach seiner Entlassung nunmehr auch sein Konto gesperrt worden sei. Er brachte in dem Schreiben zum Ausdruck, dass dies geschehen sei „in einem Augenblick, wo zur Erinnerung an meinen Freund Max Habermann, der zu den Toten des 20. Juli gehört, eine Berliner Straße den Namen Max Habermann-Straße erhielt“.<sup>43</sup>

Ein völlig unvermittelter Zusammenhang, mit dem sich Krebs in die Nähe des antifaschistischen Widerstands rückte. Krebs beklagte in dem Schreiben auch, er halte es nicht für gerechtfertigt, „mich mit allen anderen ehemaligen Nationalsozialisten, die heute gemäßregelt werden, auf eine Stufe zu stellen. Von Konzentrationslagern und Judenpogromen ist vor 1933, also zu dem Zeitpunkt, an dem ich ausgeschlossen wurde, innerhalb der Parteigenossenschaft noch keine Rede gewesen. Überhaupt hat ja die Ideologie der Partei seit 1923 bis 1933 und dann wieder von 1933–1940 eine tiefgehende Wandlung erfahren, was bei der heutigen Beurteilung meistens vergessen wird, was die Mehrzahl der Beurteiler allerdings auch nicht wissen kann.“<sup>44</sup>

Die erste Äußerung im Entnazifizierungsverfahren erfolgte durch den Fachausschuss am 8.8.1946:

„Der Fachausschuss ist der Überzeugung, dass Dr. Krebs als einer der Wegbereiter des Nationalsozialismus angesehen werden muss. Seine Entfernung aus der NSDAP und der Schriftleitung des Hamburger Tageblattes ist kein Beweis, dass er seine Grundeinstellung geändert hat. Die vorliegenden Publikationen beweisen sein grundsätzliches Festhalten an den Ideologien des Parteiprogramms. Der Ausschuss empfiehlt die Entfernung des Dr. Krebs aus seiner Stellung und Verbot jeder publizistischen oder sonstigen öffentlichen kulturellen Tätigkeit.“<sup>45</sup>

Daraufhin entschied die Britische Militärregierung am 13.8.1946, „dass Krebs nicht wieder einzustellen ist“.<sup>46</sup>

Albert Krebs hatte inzwischen den Rechtsanwalt Erich Wandschneider mit seiner Unterstützung beauftragt. Wandschneider argumentierte, dass die Gauleiter-Tätigkeit von Krebs im Jahr 1928 praktisch unbedeutend gewesen sei und stellte auf die grundsätzlichen Divergenzen ab, die Krebs mit maßgeblichen Nationalsozialisten gehabt habe. Zum ersten Mal brachte der Rechtsanwalt angebliche Tagebuchnotizen von Albert Krebs in seinen Schriftsatz ein, die zum Teil später in dessen „Memoiren“ wieder verwendet wurden. Darin Sätze wie:

„21.3.32: Fahrt nach Berlin. Pressebesprechung der Partei im Hotel Kaiserhof. Das Hotel ist in seinem falschen Barockprunk die richtige Umgebung für Hitler. Hitler hält eine große Rede über Propaganda. Offensichtlich setzt er Propaganda gleich Politik, wodurch er zu einer Reihe von Fehlschlüssen kommt.“ Oder:

„1.3.1932: Hitler-Versammlung. Zuerst spricht Kube. Wilde Angriffe gegen den DHV. Dann spricht Hitler: rhetorisch gut, aber ohne eigentlichen politischen Inhalt. Wilde Begeisterung. Zuhörer: Kleinbürger. Bin nach der Versammlung noch eine Weile mit Hitler zusammen, als Reichspräsidenten kann ich ihn mir nicht vorstellen.“<sup>47</sup>

Dann zitierte Wandschneider auch noch das Zusammentreffen von Albert

Krebs und Adolf Hitler am 20.5.1932 im Baseler Hof in Frankfurt, wo Hitler ihn aus der Partei ausschloss mit der Bemerkung: „Hitler empfängt mich mit der Erklärung, dass er sich nicht länger seine Politik von seinen Redakteuren vorschreiben lässt. Der Angriff auf Schleicher müsse bei der Reichswehr jedes Vertrauen auf die NSDAP zerstören. Er leite die Politik der Partei. Es tut mir leid (wenigstens zwölfmal). Ich muss ein Exempel statuieren. Offensichtlich hat er ein Komplott vermutet, merkt, dass er sich getäuscht hat und will das, wie alle schwachen Menschen nicht zugeben. Als ich merke, dass er meine Einwendungen nicht hören will, verabschiede ich mich.“<sup>48</sup>

Aussagen aus vermeintlichen Tagebuchnotizen von begrenztem Erklärungswert. Wandschneider zitierte dann noch aus Schreiben von Albert Krebs an seine damaligen nationalsozialistischen Kollegen im DHV:

„Mein Ausschluss ist gerichtet gegen den deutschen Geist der Gewissensfreiheit. Die NSDAP duldet keine Menschen in ihren Reihen, die selbständig denken und den Ergebnissen dieses Denkens Ausdruck zu geben wagen.“<sup>49</sup>

Große Worte, Ausdruck der Enttäuschung und Verbitterung, aber immer auch damit zu konfrontieren, dass Krebs schon zwei Jahre später vom Leiter des Obersten Parteigerichts bescheinigt wurde, „dass der Führer den Ungehorsam Dr. Krebs schon längst als gesühnt betrachte“ und Krebs mit Zustimmung der Reichsleitung der NSDAP von dem Gauleiter der NSDAP in Hamburg in höchste Funktionen der Hamburger Verwaltung gebracht wurde.

Das sah auch der Berufungsausschuss 3 unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll, der eher für milde Beurteilungen bekannt war, in seiner Sitzung am 3. November 1947. So hieß es:

„Es kann nach Auffassung des Berufungsausschusses keinem Zweifel unterliegen, dass Dr. Krebs durch seine lange Zugehörigkeit zur NSDAP von 1932 als geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusprechen ist. Zu seinen Gunsten war hierbei jedoch zu berücksichtigen, dass Dr. Krebs auf dem sozialistischen Flügel der NSDAP stand und dass er sich auch in seinem Einsatz für die NSDAP einwandfrei gehalten hat und keine unlauteren Methoden anwandte. Wenn der Berufungsausschuss Dr. Krebs trotzdem seiner Stellung als Senatsdirektor enthebt, so geschieht dies, weil der Berufungsausschuss der Auffassung ist, dass Dr. Krebs dieses Amt als politisch Verfemter doch nur aufgrund persönlicher Beziehungen zu einflussreichen Nationalsozialisten erlangen konnte, die Dr. Krebs trotz seines Ausschlusses aus der NSDAP auch weiterhin ihre Hilfe zuteil werden ließen.“<sup>50</sup>

Der Berufungsausschuss gestattete Krebs allerdings die Tätigkeit im freien Beruf – mit Ausnahme der reinen journalistischen Tätigkeit. Und er erklärte, dass er einräume, Krebs habe sich an den Vorbereitungen zum 20. Juli 1944 beteiligt.<sup>51</sup>

Dazu hatten Leumundszeugnisse beigetragen, wie zum Beispiel das Schreiben von dem damaligen Gesamt-Vorsitzenden der CDU in Berlin, Jakob Kaiser, der am 22.10.1946 schrieb:

„Dr. Albert Krebs ist mir schon seit den Jahren 1934/35 bekannt. Er stand in engen freundschaftlichen Beziehungen zu meinem Freunde Max Habermann. Bekanntlich gehörten Max Habermann, Wilhelm Leuschner und ich zum engen zivilen Führerkreis der Männer des 20. Juli, deren Opfer meine beiden Freunde auch geworden sind. Von Max Habermann weiß ich, dass Dr. Krebs stets unterrichtet war, dass er sie billigte und durch Rat und Tat stützte, wo immer er konnte.

In den Begegnungen, die Max Habermann zwischen Dr. Krebs und mir herbeiführte, bewies Dr. Krebs durchaus seine Einsicht in die Verderblichkeit des nationalsozialistischen Systems und seine stete Bereitschaft, an der Beseitigung mitzuarbeiten. Ich kann nur wünschen, dass diese seine Haltung überall anerkannt wird, damit ihm weitestgehende Mitarbeit am Wiederaufbau unserer Volksordnung möglich ist.“<sup>52</sup>

Dieses Schreiben von dem Vorsitzenden einer großen Partei im Nachkriegsdeutschland war natürlich von Gewicht. Auch eine andere Leumundsschreiberin, Dr. Karla Eckart, bestätigte, dass Albert Krebs im Frühjahr 1944 Kontakte zu Männern des 20. Juli gehabt habe.<sup>53</sup>

Unstrittig war offenbar, dass Krebs sich in der Kulturbehörde für Personen eingesetzt hatte, die unter Druck gerieten, zum Teil aufgrund ihres jüdischen Hintergrundes. Diese Hilfestellungen von Albert Krebs sagen etwas über seine grundsätzliche menschliche Haltung aus. Auf der anderen Seite führte insbesondere der Fachausschuss Nummer 7 ein grundsätzliches Bedenken gegen Krebs an:

„Der Fachausschuss ist der Auffassung, dass die ausgeübte Funktion eines Gauleiters und Hauptschriftleiters sowie eine tatsächliche zehnjährige Mitgliedschaft in der NSDAP bis zum Ausschluss 1932 ausreichend sind, Herrn Dr. Krebs als Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusprechen. Wenn der Ausschluss aus der Partei wegen gröblicher Verstöße gegen die Parteidisziplin erfolgte, so ist damit keineswegs der Nachweis geführt, dass eine Abkehr von seiner nationalsozialistischen Auffassung erfolgt ist. Im Gegenteil hat Herr Dr. Krebs nach seinem Ausschluss aus der Partei erklärt: ‚Ich bleibe Nationalsozialist wie ich es im Anfang meiner politischen Arbeit gewesen bin. Nationalsozialismus ist eine Angelegenheit der Gesinnung und nicht der Organisation.‘ Zu dieser Auffassung bekannte sich Herr Dr. Krebs auch nach seinen Vernehmungen durch den Beratenden- sowie Fachausschuss.

Der Fachausschuss sieht in der Übernahme und bis zum Jahre 1945 ausgeübten Tätigkeit als hoher Staatsbeamter den Beweis, dass die NSDAP und Parteilei-

tung in ihm keinen Gegner gesehen hat. Es soll gar nicht bestritten werden, dass Herr Dr. Krebs in dieser Tätigkeit Handlungen unterstützt hat, welche in der Praxis der Partei widersprachen, selbst wenn als wahr unterstellt wird, was nicht bewiesen ist, dass er an den Vorbereitungen des 20. Juli beteiligt war, ist hiermit in seinem Fall genauso wenig ein Gesinnungswechsel eingetreten, wie etwa bei Graf Helldorf. Die konkreten Fragen zu seiner noch heute vertretenen Auffassung über Demokratie und zur Politik lassen befürchten, dass er, für den Fall, man ließe ihn als Journalist und Publizist arbeiten, eine Gefahr für den Aufbau eines neuen Deutschland bedeutet.“<sup>54</sup>

Klare Worte. Es zeigte sich aber, wie kompliziert die Arbeit der Entnazifizierungsausschüsse war und wie divergent die Schlüsse waren, die gezogen wurden.

Am 22.7.1949 wurde ein Wiederaufnahmeverfahren beschlossen, sodass der Berufungsausschuss entschied, der Berufung stattzugeben und Krebs in Kategorie V (Entlasteter) einzustufen. Das wurde ihm am 10.10.1949 von der Zentralstelle für Berufungsausschüsse mitgeteilt. Völlig merkwürdig ist für mich dabei der Beschluss und die Begründung des Berufungsausschusses 3, der sich darin sehr stark die Argumentation und die von Albert Krebs konstruierte Auseinandersetzung mit der Reichsleitung der NSDAP und insbesondere Adolf Hitler zu eigen machte, wenn er beispielsweise zitierte, dass Krebs aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei „wegen seines Angriffs auf General von Schleicher und wegen seiner zu lauen Haltung gegenüber Brüning“.<sup>55</sup> Das war von Albert Krebs kolportiert worden. Der tatsächliche Grund war der von Krebs selbst erkannte Fehler, zu einem sensiblen Zeitpunkt die zentralen Verhandlungen der NSDAP-Reichsleitung durch einen lokalen Zeitungs-Beitrag entgegen der ausdrücklichen Anweisung von Adolf Hitler begleitet und erschwert zu haben.

Ausweislich seiner eigenen Aufzeichnungen hatte Albert Krebs einen ständigen Zugang zu Adolf Hitler besonders in den Jahren von 1930 bis 1932 gehabt, da er über Kontakte im DHV über Max Habermann und Gottfried Treviranus auch über eine Vermittlungsmöglichkeit zu Heinrich Brüning verfügte, die von Adolf Hitler und der NSDAP durchaus genutzt wurde. Der Berufungsausschuss hatte sich unkritisch zu sehr auf die Ausführungen von Albert Krebs und seinem Rechtsanwalt gestützt.

Rechtsanwalt Wandschneider forderte unmittelbar darauf, dass Albert Krebs wieder beschäftigt werde. In einem Schreiben vom 11.10.1949 behauptete er, dass sich Krebs in seiner beruflichen Arbeit als Senatsdirektor „in einem antinationalsozialistischen Sinne“ betätigt habe, „jede Wiederaufnahme in die Partei abgelehnt hat, und schließlich während des Krieges zu dem Widerstandskreis der Männer des 20. Juni 1944 gehört hat“.<sup>56</sup>



Die Spur dafür hatte Albert Krebs selbst gelegt, als er am Ende seines Entnazifizierungs-Fragebogen geschrieben hatte:

„Im Mai 1932 von Hitler persönlich aus der NSDAP ausgeschlossen wegen Ungehorsams und Widerspruch gegen seine Politik (Gewerkschaftsfrage, Stellung zu Brüning, Führerprinzip). – Beziehung zu den Kreisen, die den 20. Juli 1944 vorbereitet haben.“<sup>57</sup>

Hier materialisierte sich die von Albert Krebs aufgebaute Legende, an der er in seinem Erinnerungs-Buch weiter strickte.

Nach der Mitteilung, in Kategorie V eingereiht zu sein, als Entlasteter, schrieb Krebs, „er melde sich zum Dienste zurück und bitte um laufende Vorschusszahlung auf Wartegeld oder Pension, da ich mich mit meiner großen Familie in einer erheblichen wirtschaftlichen Notlage befinde“.<sup>58</sup>

Am 28.11.1949 antwortete der auch für den Kulturbereich zuständige Senator Landahl, dass seiner Anfrage auf Wiedereinstellung „zur Zeit leider nicht stattgegeben werden kann, da im Bereich der Kulturbehörde eine Verwendungsmöglichkeit nicht bestehe“.<sup>59</sup>

Albert Krebs legte dagegen Einspruch ein und formulierte einen Wiedereinstellungsantrag.<sup>60</sup>

Auch der Hamburger Senat lehnte die Wiedereinstellung von Albert Krebs am 14.1.1950 ab<sup>61</sup>, allerdings wurde an der Festsetzung von Versorgungsbezügen gearbeitet.

Nun war die Verwaltung am Zuge, die Versorgungsbezüge erwiesen sich auch auf der Grundlage der Bezüge eines Senatsdirektors als nicht wirklich üppig, da Albert Krebs ja nur eine begrenzte Zeit im staatlichen Dienst als Beamter gewesen war.

Krebs verfügte noch über gute Verbindungen, zwischenzeitlich meldete sich der persönliche Referent des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der sich als CDU-Vorsitzender schon einmal für Krebs verwendet hatte und bat den Ersten Bürgermeister Max Brauer, „wenn Sie sich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten des Anliegens von Herrn Dr. Krebs annehmen könnten. Herr Dr. Krebs ist dem Herrn Minister von verschiedensten Seiten besonders empfohlen worden, die den Mann persönlich kennen und schätzen“<sup>62</sup>.

Die materielle Situation für Albert Krebs und seine Familie mit fünf Kindern war sicherlich nach wie vor prekär. Krebs wurde nicht wieder eingestellt, aber die Schulbehörde schloss mit ihm am 28.11.1951 einen Werkvertrag über ein Jahr für eine erstaunliche Sachleistung:

„Herr Dr. Krebs stellt der Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs von 1933–1945 Abschriften des von ihm geführten Tagebuches und des sonstigen in seiner Hand befindlichen Materials, soweit es für die Forschungsstelle von Bedeu-

tung ist, zur Verfügung. Im Zweifel entscheidet die Forschungsstelle, ob die betreffenden Teile des Tagebuches, die Aufzeichnungen, Briefe usw. diese Bedeutung haben. Ferner verpflichtet sich Herr Dr. Krebs der Forschungsstelle – auf Anforderung schriftlich – eine ausführliche Darlegung seiner politischen Erlebnisse und Beobachtungen aus der Zeit vor und nach 1933 zu liefern.“<sup>63</sup>

Dafür bekam Albert Krebs monatlich 500 DM.

Im Jahr darauf war er bei der Staatlichen Hochschule für Musik in Hamburg als Lehrer für Literaturkunde der Schauspielklasse tätig, allerdings mit begrenzt positiver Resonanz.<sup>64</sup>

Auch der Werkvertrag mit der Schulbehörde für Arbeiten für die Forschungsstelle zur Geschichte Hamburgs von 1939 bis 1945 wurde bis zum 31.10.1954 verlängert, somit gingen in die Forschung ganz wesentlich auch die Materialien und Gedanken nicht nur eines Zeitzeugen sondern Zeitakteurs mit ein. Hamburgs Geschichte für Hamburg von einem ehemaligen NSDAP-Gauleiter geschrieben.<sup>65</sup>

Das Wiedereinstellungsbegehren beschäftigte die Verwaltungsgerichte und es wurde in einem Vergleich beschlossen, Albert Krebs als wissenschaftlichen Angestellten bei dem Museum für Kunst und Gewerbe einzustellen. Mit all diesen Maßnahmen fußten mittlerweile die Versorgungsbezüge auf einer längeren Dienstzeit. Krebs benötigte für ein zu gewährendes Übergangsgehalt eine zehnjährige Dienstzeit, die mit den verhandelten Sonder-Dienstverträgen realisiert wurde.

Albert Krebs war parallel dazu auch weiterhin schriftstellerisch tätig, arbeitete im Staatsarchiv und publizierte 1959 das schon erwähnte Erinnerungsbuch: „Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei.“

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass Krebs damit auch Legendenbildung in eigener Sache betrieb. Vieles fußte sicherlich auf seinen Tagebuch-Einträgen und er konnte mit seinen Berichten aus dem inneren Zirkel der NSDAP deren Entstehungsgeschichte darstellen und über Personen, Anekdoten und Begebenheiten Aussagen verbreiten, die kaum überprüfbar waren, da die meisten NS-Größen hingerichtet worden waren, Selbsttötung begangen hatten und zumindest nicht mehr widersprechen konnten. Dass hier auch voyeuristische Bedürfnisse bedient wurden, soll an ein paar Beispielen gezeigt werden, die auch belegen, wie fragwürdig deren historischer Gehalt ist.

Als Albert Krebs 1926 nach Hamburg kam und Ortsgruppenleiter, später Gauleiter der NSDAP wurde, sah die Welt nach seinen Worten „für den überzeugten Nationalsozialisten“ ungefähr so aus:

„Deutschland hatte 1918 den Krieg trotz größter soldatischer Leistungen und einer Folge von glänzenden Siegen verloren, weil die von Juden und anderen überstaatlichen Mächten geführten und verführten ‚deutschen‘ Parteien die Front von

hinten erdolcht hatten. Von den gleichen überstaatlichen Mächten war dann in Versailles der Wilsonsche Verständigungsfriede in einen Diktatfrieden umgewandelt worden, dessen Annexionen und Reparationsforderungen das noch immer starke deutsche Volk langsam erdrosseln sollten. Um diese Vernichtung aber ganz sicher zu erreichen, hatte die Führung des Weltjudentums gleichzeitig von dem in der Oktoberrevolution unterjochten bolschewistischen Russland aus die Kommunistische Partei als Stoßtrupp des Chaos angesetzt, während die Erfüllungsparteien im Innern durch ihre Schwäche oder ebenfalls auf höhere Weisung hin die Verelendung der Massen förderten und so den Feinden von Ost und West in die Hände arbeiteten. Gegen wen und was der Nationalsozialist also kämpfte, gegen Versailles, den Kapitalismus, den Rotfrontkämpfer, die Kaufhäuser, die demokratischen Erfüllungspolitiker, immer kämpfte er gegen den gleichen Gegner. Ihn zu vernichten, hieß der deutschen Not mit einem Schlage ein Ende machen.

Darum war es falsch sich mit einem Problem allein, etwa dem Sozialismus, auseinanderzusetzen. Das lenkte nur von dem eigentlichen Kampfziel ab.

„Was ist Sozialismus?“ schrie mich Hitler 1930 an. „Eine jüdische Erfindung, um das deutsche Volk aufeinander zu hetzen!“<sup>66</sup>

Die Frage kann man stellen: Warum wurde Albert Krebs 1926 in dieser Partei mit diesem Verständnis Ortsgruppenleiter und Gauleiter?

Als Albert Krebs 1959 seine Memoiren veröffentlichte, hatte er seine journalistischen Erfahrungen genutzt und konnte gefällig formulieren. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, nach der Novemberrevolution, als er selbst mit den Freikorps unterwegs war, beschrieb er so:

„Man protestierte, man sammelte sich zum Gegenstoß und, indem man nach den Ursachen der Katastrophe suchte, entdeckte man die Nation. Zunächst war die Aktion zersplittert, die Erkenntnisse blieben verworren und widerspruchsvoll, das Suchen fand keine befriedigenden Antworten und vor allem kein jeden verpflichtendes Ziel. Dann kam die NSDAP – kam Hitler und verkündete Parolen, die mit grandios vereinfachenden Formulierungen für jede Frage eine Antwort, für jeden Zweifel eine Gewissheit, für jeden Zorn einen Feind, für jeden Tatendrang ein Ziel, für jede Ichsucht ein Interesse, für jeden Idealisten eine Fahne und ein leuchtendes Wort hatten. Endlich wussten die jungen Bürger, woran sie waren. Unbelastet mit den Bedenken und Erfahrungen des Alters, im Krieg zu harten und schnellen Entschlüssen erzogen, konnten sie sich ans Werk machen.“<sup>67</sup>

Albert Krebs war aber nicht nur der Kommentator wohlfeiler Erkenntnisse. 1952 schon hatte er sich politisch wieder organisiert. Er war in Hamburg zweiter Vorsitzender des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) geworden<sup>68</sup> und kandidierte 1953 für den BHE in Hamburg auf Listenplatz 5 für den Bundestag.<sup>69</sup>

Beim BHE hatten sich viele ehemalige Nationalsozialisten wiedergefunden. Bei der Bundestagswahl 1953 erreichte der BHE 7 Prozent der Stimmen bekam 27 Mandate und trat daraufhin der Regierungskoalition Adenauers bei. Zwei Ministerposten waren der Lohn. Theodor Oberländer, der am Hitlerputsch in München teilgenommen hatte, NSDAP- und SA-Mitglied seit 1933, „Reichsführer des völkischen bundesdeutschen Ostens“, wurde Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.<sup>70</sup>

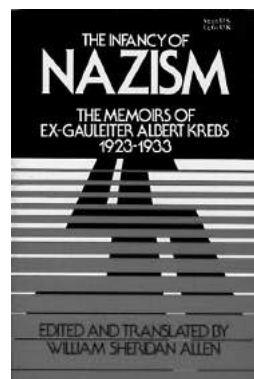
Albert Krebs war zwar nicht in den Bundestag gewählt worden, als zweiter Vorsitzender des BHE hatte er allerdings mit dafür gesorgt, dass der BHE sich bei der Bürgerschaftswahl 1953 mit der CDU, der FDP und der Deutschen Partei (DP) zu einem Hamburg-Block zusammenschloss, der bei der Bürgerschaftswahl am 1.11.1953 die absolute Mehrheit erreichte<sup>71</sup>, die SPD in der Regierung ablöste und mit Prof. Hans Wenke den Schulsenator stellte, der ebenfalls eine starke nationalsozialistische Belastung hatte.<sup>72</sup> Unter diesem Aspekt gewinnt es auch eine neue Bedeutung, dass Albert Krebs in diesen Jahren mit Werkverträgen abgesichert wurde und seine Erinnerungen verschriftlichen konnte.

Das daraus entstandene Buch „Tendenzen und Gestalten der NSDAP“, 1959 im Stuttgarter Verlag DVA publiziert, fand ein Medienecho unter anderem im „SPIEGEL“ 1960.<sup>73</sup>

Krebs, der aufgrund seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft und seiner Funktionen einen stetigen Zugang zu Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Rudolf Heß und anderen führenden Nationalsozialisten hatte, gelingt es dabei, viele Anekdoten zu erzählen, die einen Unterhaltungswert haben und ein voyeuristisches Interesse befriedigen, wobei immer wieder offenbar wird, wie sehr Krebs selbst in die nationalsozialistische Entwicklung bis 1933 verstrickt war. Albert Krebs machte das geschickt. Es wird deutlich, dass er bis in den persönlichen Bereich der NS-Führer gelangte. Er war im „Braunen Haus“ in München, suchte Adolf Hitler in den jeweiligen Hotels auf, mit Botschaften von Heinrich



Albert Krebs 1960



Die Memoiren von Albert Krebs werden in den USA noch in den 1970er Jahren publiziert.

Brüning, was Hitler misstrauisch machte. Krebs überbrachte 1931 „Mitteilungen von Kapitän Ehrhardt“, wie er den Freikorpsführer der nach ihm benannten Brigade Ehrhardt nannte.<sup>74</sup> Krebs hatte Zugang zu Adolf Hitler auf dem Obersalzberg, wo er ihm 1930 eine Einladung von Reichskanzler Brüning übermitteln sollte. Dort wurde er von Hitler „auf einer kleinen Terrasse in Begleitung seiner beiden Schäferhunde“ empfangen und ihm von Hitler auch die beiden Frauen vorgestellt, „die den Haushalt führten. Hitler stellte sie uns als seine Tante und seine Nichte vor, was in Bezug auf das Mädchen ein wenig unwahrscheinlich klang“. Krebs berichtet dann, dass er nach Beendigung der Teestunde mit dem jungen Mädchen, Geli, über die später, bis heute, viele Gerüchte nach ihrer Selbsttötung wenige Monate nach dem Treffen auf dem Obersalzberg kolportiert wurden, gesprochen hatte. Das waren die Geschichten, die Krebs verstand, in seine Darstellungen einzubauen.<sup>75</sup>

Implizit wurde aber deutlich, welche politische Bedeutung Albert Krebs zu diesem Zeitpunkt hatte, als er über seine Kontakte zu Gottfried Treviranus und Max Habermann eine Einladung von Reichskanzler Heinrich Brüning an Adolf Hitler überbringen und dessen Zusage zurückmelden konnte.

Albert Krebs hatte Adolf Hitler genau beobachtet und beschrieben. Er hatte miterlebt, wie akribisch Hitler seine Reden vorbereitete, bis in alle Einzelheiten, spontan scheinende rhetorische Wendungen in das Manuskript geschrieben hatte und auch Ausfälle und Wutausbrüche durchaus geplant waren. Und er hatte miterlebt, welche Störungen Adolf Hitler hatte und wie seine Entourage darauf reagierte:

„Während der Reichspräsidentenwahl brachte ich Hitler das während der Nacht gesetzte Druckexemplar seiner am Abend vorher gehaltenen Rede in das Hotel Atlantik. Die Situation, in der ich ihn dort zwischen der geplüschten und gegipsten Pracht der übergroßen Räume antraf, ähnelte einer komischen französischen Filmszene. Schon auf dem Flur vernahm ich den rhythmischen Ruf: ‚Mei Supp! Mei Supp!‘ in wechselnden Tonlagen. In der von Hitler und seinem Gefolge bewohnten Zimmerflucht stieß ich dann auf die Angehörigen dieses Gefolges, Adjutanten, Kraftfahrer, Leibfotografen und Leibjournalisten, die sich in den Vorzimmern herumräkelten und mit grinsender Respektlosigkeit den Ruf ‚Mei Supp! Mei Supp! ... Noch einen Teller Supp ... Sei Supp will er haben!‘ wie einen Spielball zuwarfen. Es war offenbar, dass es um Hitlers Frühstückssuppe ging; es war ebenso offenbar, dass diese Suppe bei Hitlers Gefolgschaft nicht recht in das Bild passte, dass sich die Anhänger von dem Führer und erhofften Reichspräsidenten gemacht hatten.

Unbewusst hat Hitler dann noch selbst einige Züge zur Korrektur des Propagandabildes von dem unerschütterlichen, keinen menschlichen Schwächen und Gebrechen unterworfenen Volkshelden hinzugefügt. Im letzten Zimmer fand ich ihn, wie er allein, mit krummen Rücken, müde und melancholisch wirkend, an ei-

nem runden Tische hockte und langsam seine Gemüsesuppe schlürfte. Ich musste neben ihm Platz nehmen; der mitgebrachte Sonderdruck wurde achtlos beiseite geschoben – sonst hatte er ihn immer sehr kritisch durchgesehen, nachdem ich einmal infolge des Versagens des Pressestenografen die Rede aus dem eigenen Gedächtnis hatte ergänzen müssen und dabei, wie Hitler bei der Durchsicht behauptete, ihn schulmeisterlich verbessert hatte –, und Hitler begann mich eindringlich und aus offensichtlicher Beängstigung heraus nach meiner Auffassung über vegetarische Ernährung zu befragen.“

Und Albert Krebs wusste von dieser Begegnung noch zu berichten:

„Unter den Leiden, die mir Hitler als Grund für seinen Übergang zu einer reformerischen Lebensweise aufzählte – Schweißausbrüche, Erregungszustände, Gliederzittern usw. –, befanden sich auch Magenkrämpfe. Diese Magenkrämpfe sah er als Vorboten einer zukünftigen Krebserkrankung an und glaubte, dass er nur noch wenige Jahre zur Vollendung seines Werkes vor sich hätte. ‚Ich habe keine Zeit zu warten!‘, erklärte er mir über den Suppenteller herüber. ‚Hätte ich Zeit, würde ich gar nicht kandidiert haben. Lange machte es der ‚Alte‘ sowieso nicht mehr. Doch ich kann kein einziges Jahr mehr verlieren. Ich muss in Kürze an die Macht kommen, um die gigantischen Aufgaben in der mir verbleibenden Zeit lösen zu können. Ich muss! Ich muss!“<sup>76</sup>

Das meinte ich mit der Befriedigung voyeuristischer Neugier, von denen heute ganze Gazetten und Journale ihre Auflagen steigern würden. Und die auch für die Verkaufszahlen der Krebs-Memoiren hilfreich war.

Krebs beschrieb dagegen Rudolf Heß als den naiven Beschützer Adolf Hitlers, der Krebs gegenüber gesagt hatte: „Ich will der Hagen in der Partei sein!“ Heß war nach Aussage von Krebs ein Mann, der sich über wichtige strategische Fragen keine Gedanken gemacht hatte. Als Krebs ihn 1931 fragte, was nach einem „totalen“ Sieg der Partei aus dem Reichstag und den Länderparlamenten werden solle, konnte Heß am Ende nur sagen: „Dem Führer wird im entscheidenden Augenblick das Richtige einfallen. Ihm ist noch immer das Richtige von der Vorsehung eingegeben worden!“<sup>77</sup> Auch zu Heß hatte Albert Krebs ständigen Kontakt, wobei dieser ihm schon 1930 gesagt habe: „Auch der Chef ist der Auffassung, dass Sie nicht den gehörigen Respekt vor ihm haben!“<sup>78</sup>

Krebs widersprach sich selbst in seiner Einschätzung. Einerseits schrieb er: „Aufs Ganze der politischen Entwicklung hin gesehen muss Heß darum zu den hauptverantwortlichen Trägern der faschistisch-totalitären Richtung innerhalb einer ursprünglich noch halbwegs demokratischen Volksbewegung gerechnet werden.“<sup>79</sup>

Am Ende resümierte er dann über Heß: „Wir haben uns trotz dieser Gegensätze immer ein gegenseitiges Wohlwollen bewahrt. Ich lehne es auch heute noch

ab, in Heß einen ‚Verbrecher‘ zu sehen, sofern bei einer Tat oder einer Unterlassung auch die Absicht gewogen wird.“<sup>80</sup>

Auch mit Joseph Goebbels war Albert Krebs immer wieder zusammengekommen. „Die Hamburger schätzten ihn als Redner außerordentlich hoch, wahrscheinlich, weil seine glatte Dialektik, seine romanische Diktion und Pose, sein Witz und seine eiskalte Ironie ihrer eigenen bedächtigen, derben oder humorvoll schlaun Art so völlig fremd waren. Innerhalb der Hamburger Parteigenossenschaft wurde in jenen ersten Kampfjahren die Frage häufig erörtert, wer denn nun der bessere Redner sei, Hitler oder Goebbels. Viele stimmten für Goebbels, was nicht selten gleichzeitig einer Option für ihn als dem geeigneten Parteiführer gleichkam.“<sup>81</sup>

Die Wertschätzung für Goebbels wurde auch in der von Krebs gegebenen Charakterisierung deutlich:

„Überaus klug und vielseitig gebildet, überragte er nicht nur alle übrigen nationalsozialistischen Politiker an Intelligenz, sondern auch die meisten seiner übrigen Zeitgenossen. Zweifellos hätte er auch außerhalb des politischen Bereiches sich eine hervorragende Position als Journalist, Regisseur, Schriftsteller und Wissenschaftler erwerben können.“<sup>82</sup>

Joseph Goebbels, der Geschäftsführer im Gau Rheinland-Nord gewesen war, als dort Karl Kaufmann als Gauleiter fungierte, hatte zu diesem offenbar ein gespaltenes Verhältnis mitgenommen. Goebbels hatte 1931 Krebs gewarnt: „Nehmen Sie sich bei Kaufmann in acht. Wenn er den Mund auftut, lügt er.“ Zwei Tage vorher hatte Kaufmann seinerseits Krebs vor dessen Gespräch mit Goebbels gesagt: „Wenn Goebbels den Mund auftut, lügt er. Ich habe ihn in Elberfeld kennengelernt.“<sup>83</sup>

Freund – Feind – Parteifreund. Und Albert Krebs im inneren Zirkel der NS-Granden.

Krebs vermarktete seine Insidererfahrungen in der NSDAP, die belegten, dass er tatsächlich ein Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen war. Seine Geschichte ab 1934 zeigt, dass er auch dann noch ein Wegbegleiter des Nationalsozialismus blieb, ein Nutznießer, der in enger Verbindung stand zu dem mächtigen Hamburger Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann, dessen Protektion er genoss und der niemanden zum Senatsdirektor befördern konnte, ohne nicht auch die volle Unterstützung der Reichsleitung der NSDAP dafür zu haben. Insofern sieht man einigermaßen fassungslos darauf, dass Albert Krebs mit den Versorgungsbezügen eines Senatsdirektors pensioniert wurde. Aber es ist auch symptomatisch für eine Entnazifizierung, die nicht gelang, weil selbst ehemalige Gauleiter der NSDAP am Ende als „Entlastete“ von ihrer Schuld befreit wurden.

Albert Krebs starb am 26.6.1974 in Hamburg.<sup>84</sup>

## Nachtrag

Ich hatte die Biografie von Albert Krebs schon abgeschlossen, als ich eines der Bücher, die Krebs in der Anlage D zu seinem Entnazifizierungs-Fragebogen am 9.5.1945 als eine seiner Veröffentlichungen angegeben hatte, in die Hand bekam und las: „Erzählungen vom tapferen Herzen“, Hans Koehler-Verlag 1939.<sup>85</sup>

Eine dieser Erzählungen handelt von einem ehemaligen Mitglied des Rotfrontkämpfer-Bundes, Jensen, der zu den SA-Männern übergelaufen war und jetzt von seinen ehemaligen Genossen als Verräter beschimpft wurde. Jensen nahm in SA-Uniform als Saalschutz an einer NS-Veranstaltung teil und wurde dort in eine Saalschlacht verwickelt, weil Kommunisten diese Veranstaltung sprengen wollten. Jensen hatte sich für die SA entschieden und seine ehemals besten Freunde standen auf der anderen Seite. Die Erzählung hat ein doppeltes Ende. Sie war von Albert Krebs als Märtyrer-Geschichte angelegt. Am Ende lauerten die ehemaligen Genossen dem SA-Mann Jensen auf, der nach durchzechter Nacht vor seiner Haustür zusammengeschlagen „in schwarzer Blutlache“ lag, während seine wartende Freundin in der Kammer im oberen Stock die Fenster schloss. Vorher hatten SA und SS erfolgreich den Saal von den Störern in brutaler Schlacht befreit: „Der Saal war leergefegt. Blutend und zerfetzt sang die SA über den Trümmern: ‚... schon flattern Hitler-Fahnen über Barrikaden.‘“ Vorher hatte Jensen gehört: „Die Treue ist das Mark der Ehre!“

Der Höhepunkt dieser Erzählung war die Rede des Sturmführers der SA-Abteilung, der auch Jensen angehörte. Sie soll hier wiedergegeben werden, um zu zeigen, was Albert Krebs noch 1939 veröffentlichte. Auch wenn es nur eine Erzählung war, mit Interpretationsmöglichkeit, gibt es eine Interpretation, die Albert Krebs entlastet und die ihn nicht als üblen, nationalsozialistischen, militaristischen Propagandisten erscheinen lässt?

„Der Sturmführer begann zu erzählen aus dem Krieg und den Kämpfen der Freikorps gegen Bolschewiken, Spartakisten, Polen und Franzosen. An der Ruhr war er gewesen, in München und Oberschlesien, im Baltikum und in Berlin, Soldat und Landsknecht seit seinem 17. Jahr.

Jensen hörte mit offenem Mund zu; kalte Schauer liefen ihm über den Rücken. O, er hatte schon manches erfahren in seinem Leben, mehr Böses als Gutes; er kannte die Not und den Hunger und er kannte die Menschen. Jetzt aber war ihm, ein heißer Atem wehe ihm ins Gesicht. Er ahnte die Flamme die sich selbst verzehrend, die Welt verwandelt.

„Ja, Jungens, damals erst haben wir angefangen, bewusst Menschen zu töten. Natürlich, auch vorher schon sind sie von unseren Kugeln und Handgranaten ge-



fallen. Doch das ist so im Krieg. Wir haben sie nicht gehasst; tapfere Kerle, die für ihr Volk standen.

Seit 1921 haben wir getötet, mit Überlegung, kalt, voll Hass; die Verräter, die Spitzel, die Schweinehunde, die ihr Volk verkauften ...'

Der Sturmführer starrte vor sich hin: ‚Es war nicht schön, Jungens! Glaubt nur ja nicht, dass es schön war. Es musste ja sein, aber man vergisst es nicht. Dann säuft man! Dann reißt man ein Mädchen in den Arm, um das warme, lebendige Blut zu spüren. Tote haben kalte Hände, die lassen nicht los, was sie einmal gefasst haben.

Wir werden zahlen müssen! Jawohl, alles muss bezahlt werden ... Ist auch gut so. Zu einem braven Bürger taugen wir doch nicht mehr. Trinkt, Jungens!‘ Der Sturmführer schlug mit der Faust auf den Tisch. ‚Trinkt und singt! Geschichte macht man mit Blut, und wo gesät wird, muss das Korn in die schwarze Erde.‘

Der SA-Mann Jensen verstand nicht alles, was sein Sturmführer sagte, aber er verstand genug, um zwei Stunden später seinen Weg tapfer zu Ende zu gehen.“<sup>86</sup>

Für mich ist es unfassbar. Dieser Autor, Albert Krebs, wurde 1940, ein Jahr nach Veröffentlichung dieser Erzählungen, Senatsdirektor in der Hamburger Kulturbehörde. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde seine stramme nationalsozialistische Gesinnung als weniger schlimm angesehen, weil er Männer des 20. Juli gekannt hatte. Und nach seiner Pensionierung bekam er Versorgungsbezüge auf der Grundlage eines Senatsdirektors und erhielt mehrere Werkverträge, um seine Erinnerungen und Aufzeichnungen für die Forschungsstelle des Nationalsozialismus aufzuschreiben.

## Anmerkungen

- 1 Lebenslauf Albert Krebs vom 5.8.1940, BArch, R 9361/V/25838, Bl. 1780
- 2 Zeugnis vom 31.10.1924, Personalakte Albert Krebs, StAHH, 363-4\_285
- 3 Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 13. Siehe zum DHV auch: Peter Rüttgers: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus, Vortrag auf der Tagung „Die deutschen Gewerkschaften zwischen 1933 und 1945. Kapitulation und Anpassung. Wartestand und Widerstand“, abgedruckt in: Historisch-Politische Mitteilungen (Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung) Nr. 9/2009, S. 81 ff.
- 4 Krebs 1959, S. 40.
- 5 Entnazifizierungsakte Krebs, StA HH, 221-11\_F (P) 1383
- 6 Krebs 1959, S. 40.
- 7 Ebd.
- 8 Siehe dazu: Thomas Krause: Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921–1933, Hamburg, 1987, S. 74 ff.
- 9 Krebs 1959, S. 52.
- 10 Siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 606.
- 11 Krause 1987, S. 89 f.

- 12 Frank Bajohr: Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Landeszentrale für politische Bildung: Sieben Beiträge, Hamburg 1998, S. 123.
- 13 Lebenslauf Albert Krebs vom 5.8.1940, BArch, R 9361/V/25838, Bl. 1780.
- 14 Krebs 1959, S. 73.
- 15 Schreiben vom 20.5.1932, BArch, OPG-Akte, OPG\_F0065, Bl. 1066 und 1068.
- 16 Friedrich-Karl von Plehwe: Reichskanzler Kurt von Schleicher. Weimars letzte Chance gegen Hitler, Esslingen 1983.
- 17 Schreiben vom 25.5.1932, BArch, OPG-Akte, OPG\_F0065, Bl. 0992 und 0994.
- 18 Bajohr 1998, S. 127.
- 19 Schreiben von Albert Krebs vom 13.4.1934, BArch, OPG-Akte, OPG\_F0065, Bl. 0984.
- 20 Schreiben vom 27.4.1934, BArch, OPG-Akte, OPG\_F0065, Bl. 0990.
- 21 Walter Buch an Karl Kaufmann am 5.5.1934, BArch, OPG-Akte, OPG\_F0065, Bl. 0982. Siehe auch: Jochen von Lang: Der Sekretär. Martin Bormann. Der Mann, der Hitler beherrschte, Augsburg 2004.
- 22 Krebs 1959, S. 155.
- 23 Krebs 1959, S. 156.
- 24 Zeugnis vom 30.9.1934, Personalakte a. a. O.
- 25 Hamburgisches Staatsamt vom 26.2.1938, Personalakte a. a. O.
- 26 Dienstvertrag vom 19.4.1938, Personalakte a. a. O.
- 27 Ernennungsurkunde vom 20.4.1940, Personalakte a. a. O.
- 28 Niederschrift über die Vereidigung vom 10.9.1940, Personalakte a. a. O.
- 29 Krebs 1959, S. 116.
- 30 Mitteilung vom 18.6.1941, Personalakte a. a. O.
- 31 Hans-Dieter Handrack: Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941–1944. Hannover Münden 1981, S. 232.
- 32 [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2648](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2648) ; siehe dazu auch: Uwe Danker: Der gescheiterte Versuch, die Legende der „Saubereren Zivilverwaltung“ zu entzaubern. In: Robert Bohn: Die deutsche Herrschaft in den „germanischen Ländern“ 1940–1945. Stuttgart 1997, S. 173. Auch die hervorragende Forschungsarbeit: Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt, eine Publikation des Instituts für Schleswig-holsteinischen Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg und des militärgeschichtlichen Forschungsamtes, herausgegeben durch Sebastian Lehmann gemeinsam mit Robert Bohn und Uwe Danker, Paderborn – München – Wien – Zürich 2012.
- 33 Krebs 1959, S. 212.
- 34 Krebs 1959, S. 212 f.
- 35 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 36 [https://de.wikipedia.org/wiki/Albert\\_Krebs\\_\(Gauleiter\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Albert_Krebs_(Gauleiter))
- 37 Schreiben an Bürgermeister Rudolf Petersen vom 26.5.1945, Personalakte a. a. O.
- 38 Personalakte a. a. O.
- 39 Mitteilung vom 3.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 40 Vermerk vom 19.8.1945 mit unleserliche Unterschrift, Personalakte a. a. O.
- 41 Vermerk vom 10.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 42 Ausschnitt: Hamburg bleibt rot, herausgegeben von der NSDAP, S. 196.
- 43 Schreiben vom 2.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 44 Ebd.
- 45 Fachausschuss vom 8.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Vermerk vom 27.12.1946, Personalakte a. a. O.
- 47 Schreiben von Erich Wandschneider vom 17.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.

- 50 Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 3.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 51 Ebd.
- 52 Schreiben vom 22.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 53 Schreiben vom 1.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Fachausschuss Nr. 7 vom 23.10.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 10.10.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 56 Schreiben vom 11.10.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 57 Entnazifizierungs-Fragebogen Krebs, undatiert, Personalakte a. a. O.
- 58 Schreiben von Albert Krebs vom 25.11.1949, Personalakte a. a. O.
- 59 Schreiben von Heinrich Landahl vom 28.11.1949, Personalakte a. a. O.
- 60 Einspruch vom 2.12.1949 und Wiedereinstellungsantrag vom 11.1.1950 Personalakte a. a. O.
- 61 Vermerk vom 25.1.1950, Personalakte a. a. O.
- 62 Schreiben vom 11.1.1951, Personalakte a. a. O.
- 63 Vertrag vom 28.11.1951, Personalakte a. a. O.
- 64 Schreiben vom 20.12.1952, Personalakte a. a. O. Die Studierenden der Schauspielklasse empfanden die Vorträge als „zu wissenschaftlich und zu wenig auf ihre konkrete Situation bezogen“.
- 65 Siehe Drucksache für die Senatssitzung Nr. 786, verteilt am 30.8.1954. Personalakte a. a. O.
- 66 Krebs 1959, S. 46.
- 67 Krebs 1959, S. 47.
- 68 „Hamburger Abendblatt“ vom 21.4.1952.
- 69 „Hamburger Abendblatt“ vom 20.7.1953.
- 70 Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2013; und Siegfried Schütt: Theodor Oberländer – Eine dokumentarische Untersuchung, München 1995.
- 71 Erich Lüth: Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971, Hamburg 1971, S. 66 ff. und S. 183–186.
- 72 Siehe die Biografie Hans Wenke, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 208 ff.
- 73 „DER SPIEGEL“ Nummer 24 vom 8.6.1960, S. 30 ff.
- 74 Krebs 1959, S. 145.
- 75 Krebs 1959, S. 141 f.
- 76 Krebs 1959, S. 135
- 77 Krebs 1959, S. 170.
- 78 Ebd.
- 79 Krebs 1959, S. 149.
- 80 Krebs 1959, S. 175.
- 81 Krebs 1959, S. 160.
- 82 Krebs 1959, S. 168.
- 83 Krebs 1959, S. 166 und S. 162.
- 84 Personalakte a. a. O.
- 85 Anlage D zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 86 Albert Krebs: Zwischen Abend und Morgen, in: Albert Krebs: Erzählungen vom tapferen Herzen, Hamburg 1939.

## **Hans Muchow**

### **Ein Mann mit zwei Gesichtern. Ein Scharlatan**

*„Er war vor 1933 ausgesprochen linksorientiert, so dass seine nach der sogenannten Machtübernahme festzustellende Gesinnungsänderung eine starke Verwunderung bei seinen antinationalsozialistischen Freunden und Bekannten hervorrief. Man sah in ihm einen Renegaten, dessen deutlich erkennbarer Ehrgeiz die Triebfeder seines Handelns war, und man distanzierte sich von ihm.“*

**Hans Muchow war während der Weimarer Republik ein aufstrebender, ambitionierter Pädagoge gewesen, der als besonders fortschrittlich galt. Er war der jüngere Bruder von Martha Muchow, einer engen Mitarbeiterin des jüdischen Psychologieprofessors William Stern, der von den Nationalsozialisten 1933 entlassen wurde und in die Emigration flüchtete. Martha Muchow nahm sich 1933 verzweifelt das Leben und ihr Bruder Hans Muchow verwaltete danach ihr schriftstellerisches Erbe. In den 1950er Jahren baute er darauf eigene jugendpsychologische Schriften auf, die eine große Verbreitung fanden. Wie passt das zusammen mit der Rolle, die Hans Muchow von 1940 bis Ende des Krieges im „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ spielte, wo er, wie meine Recherchen ergeben haben, an führender Stelle tätig war? Nach 1945 versuchte er erfolgreich, sein Wirken in Rosenbergs Rauborganisation zu verschleiern. Er war offenbar ein Mann mit zwei Gesichtern. Ein Scharlatan.**

Hans Muchow wurde am 3.4.1900 in Hamburg als Sohn des Zollinspektors Johannes Muchow und dessen Frau Dorothee (Dora) geboren. Nach Besuch der Volksschule wechselte er auf die Oberrealschule an der Bogenstraße, anschließend an das Heinrich-Hertz-Realgymnasium, wo er 1919 Abitur machte. Er hatte denselben Schulbildungsweg wie sein Freund Adolf Vogel, mit dem ihn später eine dunkle Geschichte verband.<sup>1</sup> Anschließend studierte er an den Universitäten Hamburg und München Deutsch und Geschichte für das höhere Lehramt. Die erste Lehrprüfung bestand er in Hamburg am 7.3.1923, um danach in den Vorbereitungsdienst zu wechseln, den er an der Oberrealschule Eimsbüttel absolvierte und am 22.9.1924 „mit Auszeichnung“ bestand.<sup>2</sup>

Hans Muchow gehörte zu der Lehrergeneration, die ihre Ausbildung beendeten, als die ökonomische Situation sich verschlechterte und die Einstellungsmöglichkeiten auf feste Stellen begrenzt waren. Das mag zu der schwankenden Haltung und dem Opportunismus bei vielen, wie auch bei ihm, beigetragen haben.

Muchow erwies sich als ambitionierter Lehrer, aber auch als jemand, der seine Lebensgeschichte je nach Bedarf anders akzentuierte und neu schrieb. In einem Gespräch mit dem Erziehungswissenschaftler Jürgen Zinnecker erklärte Muchow



Hans Muchow, 1960

1978, aus einem jugendbewegten und reformorientierten Jugendmilieu zu stammen. Zinnecker hatte die Aussagen von Hans Muchow über seinen Zugang zum Psychologischen Laboratorium von Professor William Stern und Martha Muchow notiert:

„Als Oberschüler gehörte ich zu den ersten Versuchspersonen. Ich musste die Begabungsprüfungen für intelligente Volksschüler als Primaner ausprobieren. Das ging nicht gut, ich habe das alles zu ernst genommen und mir zu viel dabei gedacht. Auch in den Prüfstand für Hamburger Straßenbahnschaffner, der im Institut aufgebaut war, bin ich eingestiegen. Mit den vielen Lichtern und Zeichen kam ich nicht zurecht. Ich habe gesagt: ‚Wenn ein Kind

oder ein Tier die Straße überquert, weiß ich, was ich zu tun habe. Aber bei diesen Blinkzeichen hier ...!‘

Ich stand der Testpsychologie skeptisch gegenüber. Später habe ich als Lehrerstudent bei Professor Stern im Seminar gesessen, um Psychologie zu studieren. Meine Examensarbeit als Lehrerstudent handelte vom Begriff des Unbewussten bei Freud. Aber an eine Doktorarbeit habe ich nicht gedacht. Das lehnten wir von der Jugendbewegung her ab. Wir sagten, wenn einer etwas kann, dann muss er das auch ohne Prüfungen zeigen können. Bei wissenschaftlichen Zeitschriften, die sehr auf akademische Titel schauten, hat mir das später oft geschadet, wenn ich einen Artikel unterbringen wollte.“<sup>3</sup> Interessant ist, dass Hans Muchow diese Aufzeichnungen nicht autorisiert hatte und für die erste Wieder-Veröffentlichung des von ihm herausgegebenen Buches seiner Schwester Martha Muchow streichen ließ mit der Bemerkung: „Zu anekdotisch und für wissenschaftliche Einleitung nicht geeignet.“<sup>4</sup> Das Anekdotische war nicht das Problem, glaube ich, sondern der Versuch von Hans Muchow, sein Leben neu zu interpretieren und anders darzustellen. So wird er in den Autorenbeschreibungen von Verlagen seiner Bücher und bei Wikipedia stets als Psychologe bezeichnet<sup>5</sup>, der er nie war. Er hatte vielleicht Vorlesungen von Prof. William Stern gehört, sein Beruf war der des Lehrers gewesen mit den Studienfächern Deutsch und Geschichte, auch wenn er später Bücher zu jugendpsychologischen Themen veröffentlichte.

Weiter, ebenfalls 1978 nicht zur Veröffentlichung autorisiert, sagte Muchow:

„Als junger Lehrer am Gymnasium war ich engagierter Vertreter der Arbeitsschule von Hugo Gaudig. Kulturpolitisch wussten die Hamburger Nazis am Anfang noch nicht so recht, welche Linie zu fahren sei. So kam es, dass meine Gerhart-Hauptmann-Schule in Richard-Wagner-Schule umbenannt wurde – an dem

Tag, als Goebbels Hauptmann feiern ließ. Als der Vorsitzende des NS-Lehrerbundes meinen Unterricht nach den Grundsätzen der Arbeitsschule von Gaudig besuchte, sagte er doch tatsächlich: ‚Das ist der Unterricht, den die nationalsozialistische Schule braucht!‘“<sup>6</sup>

Auch hier suggerierte Hans Muchow, dass er mit den Nationalsozialisten nun überhaupt nichts zu tun hatte, das machte gerade die Pointe aus.

Bevor ich beschreibe, dass die falsche Spurenlegung sich fortsetzte, soll kurz der weitere berufliche Werdegang von Hans Muchow beschrieben werden.

Nach seiner zweiten Lehrerprüfung bemühte sich der Studienassessor Muchow um eine feste Anstellung, was ihm und seiner Generation an den höheren Schulen schwer gelang. Er bekam Lehraufträge, erst an der Oberrealschule Eimsbüttel, wo er den fast gleichaltrigen Dr. Adolf Vogel wiedertraf, den die gleichen ungesicherten Arbeitsverhältnisse drückten.<sup>7</sup>

Anschließend hatte er 1927 einen sechsmonatigen Lehrauftrag an der Walddörferschule und danach an der Aufbauschule, einer 1922 gegründeten Oberschule für Absolventen der Volksschule, die nach der siebten Klasse auf die höhere Schule übertreten wollten. Diese Schule war 1932 in Gerhart-Hauptmann-Schule umbenannt worden und 1933 in Richard-Wagner-Schule. 1939 wurde sie geschlossen.<sup>8</sup> An dieser Schule blieb Hans Muchow bis zum 31.3.1939, erst am 1.6.1930 war er fest angestellter Studienrat, zwei Jahre später, zum 31.8.1932 wurde er mit acht Stunden für Kurse am Institut für Lehrerfortbildung eingesetzt.<sup>9</sup>

In der Zeit seiner langjährigen Bemühungen um Festanstellung und für die Verbesserung der Lage der Assessoren hatte sich Muchow politisch engagiert. In der Zeit von 1928 an arbeitete Muchow laut Uwe Schmidt mit in einem Ausschuss des Hamburger Philologenvereins, um die materielle Absicherung der jungen Lehrer an höheren Schulen zu erreichen. Zusammen mit seinem Kollegen Adolf Vogel engagierte er sich auch in dem Pädagogischen Ausschuss des Hamburger Philologenvereins, der in „seinem pädagogischen Denken und Handeln von der Jugendbewegung beeinflusst wurde“, wie Uwe Schmidt schrieb.<sup>10</sup> Insbesondere für Hans Muchow sei dies nachweisbar, belegte Schmidt diese Aussage und verwies auf einen Aufsatz, den Muchow über seinen beruflichen Weg in der Schulzeitschrift der Walddörferschule geschrieben hatte unter der Überschrift „Wie ich Schulmeister wurde“. Darin hieß es: „1916: ‚Ich gerate in den Wandervogel‘, 1919 orientiert an Fritz Köhne, Aufbau einer ‚Volksjugendbewegung‘. Die Jugendbewegung habe seine Auffassungen von Heimat und Gemeinschaft und sein Bild vom Menschen entscheidend geprägt.“<sup>11</sup>

Ganz eindeutig war die Orientierung von Hans Muchow auf den Hamburger Philologenverein offenbar nicht. Er wird in den Jahren 1930 bis 1933 auch als Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ verzeichnet.<sup>12</sup>

Dass Hans Muchow zweigleisig fuhr, hängt vermutlich mit der ungesicherten Berufsperspektive zusammen. Zusammen mit seinem Entnazifizierungsfragebogen gab er 1945 ein Schreiben an den Sprecher der Hamburger Lehrerkammer für die „Gesellschaft der Freunde“, Hans Brunckhorst, vom 11.5.1928, als Anlage mit ab, in der Muchow sich bereit erklärte, auf der Liste der „Gesellschaft der Freunde“ für die Lehrerkammer als Kandidat zur Verfügung zu stehen. Er schrieb:

„Nach einigen Besprechungen mit befreundeten Kollegen habe jetzt auch ich den Eindruck, dass meine Aufstellung auf dem Wahlvorschlag der Gesellschaft unter den jüngeren Philologen werbend wirken könnte, und ich glaube daher, mich der Aufforderung nicht entziehen zu sollen. Ich übersehe natürlich nicht, welche wahltaktischen und wahlarithmetischen Erwägungen noch in die Listenaufstellung hinein spielen, möchte aber doch gleich hier betonen, dass meine Freunde (wie ich selbst) eine Platzierung an ‚aussichtsreicher‘ Stelle erwarten, damit dann auch wirklich ein Vertreter der jüngsten Generation in die Lehrerkammer einrückt. Zur Klarstellung meiner persönlichen Auffassung möchte ich bemerken, dass mir, wenn ich mich nun einmal öffentlich schulpolitisch festlege, natürlich daran liegt, mich nutzbringend zu betätigen.“<sup>13</sup>

Muchow war zweifellos rührig in dieser Zeit. So beantragte er Dienstbefreiung für den Besuch der 57. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Salzburg in der Zeit vom 24.9. bis zum 1.10.1929. Zur Begründung hatte er geschrieben: „Infolge der starken Belastung der Philologen und angesichts der dauernden tiefgreifenden Wandlungen, die sich heute im System und Methodik der Wissenschaft vollziehen, ist es nahezu unmöglich geworden, sich neben der Schularbeit intensiv wissenschaftlich zu betätigen. Und doch ist gerade die unterrichtliche Arbeit des Philologen in Gefahr, wenn sich die Föhlung mit der Wissenschaft lockert.“<sup>14</sup> Der Antrag wurde genehmigt.

Bedeutsamer für einen späteren wichtigen Abschnitt im Leben von Hans Muchow war ein Antrag, den er am 12.2.1928 an die Schulverwaltung schickte:

„Ich beabsichtige, im Laufe des Sommersemesters 1928 eine vierwöchige Studienreise nach Holland, Belgien und Nordfrankreich zu unternehmen. Aufgabe dieser Reise ist es einmal, die alten niederländischen und flämischen Kulturstätten kennenzulernen. Zum anderen sollen die altniederländische Malerei und die Werke des 17. Jahrhunderts in den reichen Sammlungen Hollands und Belgiens studiert werden. Endlich ist geplant, den nordfranzösischen gotischen Kirchenbau in seinen reichsten Erzeugnissen und die modernste holländische Profanarchitektur kennenzulernen. Die Reise, auf etwa einen Monat berechnet, soll meiner wissenschaftlichen Fortbildung und damit der Vertiefung meines kulturkundlichen Unterrichts dienen. Ich bitte die Oberschulbehörde, dieses Bestreben durch Gewährung eines

Reisestipendiums zu unterstützen und zu ermöglichen.“<sup>15</sup>

Bis 1933 war Hans Muchow im Hamburger Schulwesen nicht besonders hervorgetreten. Aufgrund der geschilderten materiellen und Anstellungs-Situation auch nicht verwunderlich.

An dieser Stelle muss jetzt die Schwester von Hans Muchow, Martha Muchow, ins Spiel gebracht werden. Martha Muchow war am 25.9.1892 geboren, hatte in Hamburg von 1899 bis 1912 die Volksschule besucht, danach eine private höhere Mädchenschule und anschließend das städtische Lyzeum in Altona, wo sie 1912 das Abitur machte. Sie konnte nach einer einjährigen Vorbereitungszeit 1913 die Lehramtsprüfung ablegen und arbeitete danach zuerst an einer höheren Mädchenschule in Tondern, anschließend an Hamburger Volksschulen. Parallel dazu besuchte sie Veranstaltungen des Psychologischen Laboratoriums, das bis 1915 von Prof. Ernst Meumann und nach dessen Tod ab 1916 von Prof. William Stern geleitet wurden. Martha Muchow beteiligte sich immer intensiver an der Arbeit und wurde nach der Neugründung der Hamburger Universität 1919 eine der ersten Studentinnen der Psychologie. William Stern bemühte sich darum, Martha Muchows Beurlaubung als Lehrerin zu erwirken und sie als wissenschaftliche Hilfsarbeiterin am Psychologischen Laboratorium zu beschäftigen, wo sie Aufgaben einer Unterrichtsassistentin wahrnahm. 1923 wurde sie promoviert und übernahm wesentliche Aufgaben am Psychologischen Laboratorium und in der Lehrerausbildung der Hamburger Universität.<sup>16</sup>

William Stern war ein international anerkannter Psychologieprofessor, der Begründer der „Differenziellen Psychologie“ und ein äußerst geschätzter Hochschullehrer an der Universität. Nachdem die Nationalsozialisten auch in Hamburg die Macht übernahmen, wurde William Stern nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 fristlos entlassen und durfte mit sofortiger Wirkung das von ihm jahrelang aufgebaute und geleitete Institut nicht mehr betreten. Der ehemalige zweite Assistent, den William Stern über lange Zeit gefördert und der eng mit Martha Muchow zusammengearbeitet hatte, Paul Roloff, der aufgrund längerer krankheitsbedingter Ausfälle das Institut verlassen musste, war am 1.8.1932 in die NSDAP eingetreten und initiierte am 10.7.1933 ein Schreiben mit mehreren Unterschriften an die Hochschulbehörde, in dem es hieß:

„Mit dem Amtsantritt von Prof. Stern setzte erst langsam, dann immer stärker eine völlige Verjudung des Instituts ein. Deutschgesinnte Mitarbeiter wurden durch rassereine Juden oder durch Judengenossen ersetzt, die ganz im jüdisch-marxistischen Sinn arbeiteten. An Stelle von Prof. Anschütz wurde ein ungarischer Jude aus Wien, der sich den Namen Heinz Werner beilegte, gesetzt. Dr. Roloff, der



zwölf Jahre lang die Abteilung Psychotechnik bearbeitete, wurde durch den Juden-  
genossen Dr. Wunderlich und seine jüdische Assistentin Katzenstein ersetzt. (...) Dr.  
Wunderlich hat seine Stellung einzig dem Umstand zu verdanken, dass er sich von  
Anfang an bedingungslos an die Judendique anschloss und gegen alle deutschge-  
sinnnten Mitarbeiter Stellung nahm. Fräulein Dr. Muchow, die engste Vertraute von  
Prof. Stern, die ihn auch heute täglich besucht und mit ihm alle Pläne ausarbeitet,  
ist die gefährlichste von allen dreien. Sie war aktives Mitglied des marxistischen  
,Weltbundes für Erneuerung der Erziehung', hat auf internationalen Tagungen, zum  
Beispiel Genf, in seinem Sinne gewirkt, und war von Oberschulrat Götze in des-  
sen letztem Amtsjahr beauftragt, das Hamburgische Schulwesen ,psychologisch' im  
marxistischen Sinne zu durchdringen. Ihr pädagogisch-psychologischer Einfluss ist  
unheilvoll und einer deutschen Staatsauffassung direkt zuwiderlaufend.“<sup>17</sup>

Paul Roloff hatte vorher noch ein anderes Schreiben an den neuen Direktor  
der Volkshochschule, Heinrich Haselmayer, gerichtet, mit ähnlicher Stoßrichtung  
gegen die „Judendique“ und auch den Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler  
mit einbezogen, der selbst Ambitionen auf die Leitung des Psychologischen In-  
stitutes hatte und der nach der Entlassung von William Stern tatsächlich kommis-  
sarischer Direktor des Psychologischen Institutes wurde. Martha Muchow sollte  
Deuchler das Institut übergeben. Danach wurde auch sie aus dem Institut entlas-  
sen und sollte zurück in den Schuldienst gehen. „Zwei Tage nach der Entlassung  
unternahm Martha Muchow am 27.9.1933 einen Selbstmordversuch, dem sie am  
29.9.1933 erlag.“ Privat hatte ihr kurz zuvor auch der Tod ihrer Mutter am 9.3.1933  
schwer zu schaffen gemacht.<sup>18</sup>

William Stern emigrierte 1934 zunächst nach Holland, später in die USA.<sup>19</sup>

Dies war nun auch für Hans Muchow ein einschneidendes Ereignis. Hannelore Faul-  
stich-Wieland sagte in ihrer Laudatio zur Einweihung der Martha-Muchow-Biblio-  
thek am 31.1.2007 in Hamburg: „Die Geschwister hatten bis zu Marthas Tod ein  
sehr enges Verhältnis, Hans Heinrich versuchte denn auch bis zu seinem Lebens-  
ende, das ‚Vermächtnis‘ seiner Schwester vor allem durch die Herausgabe ihrer  
Werke zu erfüllen.“<sup>20</sup>

Ich vermute, sie bezog sich mit dieser Aussage auf das, was Hans Muchow  
selbst 1978 in dem Gespräch mit Jürgen Zinnecker geäußert hatte:

„Nach dem erzwungenen Weggang William Sterns sah sich meine Schwes-  
ter vielfachen persönlichen Verleumdungen ausgesetzt. Die Diffamierungen zielten  
auf ihre Mitarbeit am ‚jüdischen Institut‘, wo doch ‚alles verschwägert und versippt‘  
sei. Als ich in einer Unterredung mit dem neuen nationalsozialistischen Instituts-  
direktor Deuchler diese Verleumdung und deren mögliche Quellen ansprach, tat

dieser Herr ganz unwissend. Nachdem meine Schwester das Institut an Deuchler übergeben hatte, hat sie ganz schnell gehandelt. Wir erhielten noch einen Anruf von Professor Stern. Im letzten Gespräch, das er mit meiner Schwester geführt hat, hatte sie bereits Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Als wir zu ihrer Wohnung fuhren und schließlich die Tür aufbrechen ließen, lag sie zusammengebrochen beim Gasherd und hatte sich die Pulsadern aufgeschnitten.“<sup>21</sup>

Und Zinnecker ergänzte noch: „Als Heinrich Muchow am Begräbnistag die nationalsozialistische Fahne nicht hissen wollte, wurde er vom Blockwart dazu gezwungen. Und: ‚Professor Stern durfte am Grab meiner Schwester nicht sprechen.‘“<sup>22</sup>

Diese letzten Aussagen von Hans Muchow wollte dieser 1978 auf keinen Fall veröffentlicht sehen („fielen ebenfalls dem gestrengen Rotstift des alten Herrn zum Opfer – was der Herausgeber seinerzeit respektiert hatte“). In der Neuauflage 1998 hatte Jürgen Zinnecker diese dann veröffentlicht.<sup>23</sup> Hans Muchow war am 30.11.1981 gestorben.<sup>24</sup>

Ich bin von dem Wahrheitsgehalt der Aussagen Hans Muchows nicht überzeugt. Es könnte nicht nur daran gelegen haben, dass dieser seine Darstellung als „zu anekdotisch und für wissenschaftliche Einleitung nicht geeignet“ hielt. 1978 könnten noch Zeitzeugen gelebt haben, die generelle Zweifel an den Darstellungen von Hans Muchow hegen konnten, weil sie auch dessen zweites Gesicht kannten und ihn in der NS-Zeit ganz anders erlebt hatten. Das werde ich im Weiteren ausführlicher darstellen, nachdem ich einige Unterlagen gefunden habe, die diese Zweifel als mehr als berechtigt erscheinen lassen.

Erst einmal hatte Hans Muchow 1935 die Arbeit seiner Schwester Martha Muchow „Der Lebensraum des Großstadtkindes“ im Hamburger Verlag Martin Riegel herausgegeben. Insgesamt 3000 Exemplare wurden gedruckt. Das Buch erschien in der Reihe „Der Ertrag der Hamburger Erziehungsbewegung“, von Dr. Julius Gebhardt herausgegeben und schon vor 1933 konzipiert. Hans Muchow hatte das Buch „dem Gedenken an Dora Muchow, gestorben am 9.4.1933 und Martha Muchow, gestorben am 29.9.1933“ gewidmet. Er schrieb im Vorwort, dass diese Arbeit zurückging auf einen Vortragszyklus, der von der Leitung des Hamburger Volksheims im Winter 1927/28 durchgeführt worden war, einer Leitung, der er auch angehörte. Weiter vermerkte er:

„Die Darstellung, zu der manche Vorarbeit schon bereit lag und aus der eine Reihe von Skizzen schon bekannt geworden waren, sollte von meiner Schwester voraussichtlich im Jahre 1934 veröffentlicht werden. Die Zeitereignisse des Jahres 1933 ließen die Arbeit an dem Werk zunächst zurücktreten, bis dann der Tod meiner Schwester die Feder aus der Hand nahm. Ich erfülle eine Ehrenpflicht und zugleich eine Dankesschuld, wenn ich das Werk, das ich von seinen Anfängen an in Ge-

sprächen und Mitarbeit habe begleiten dürfen, weiterzuführen versuche und zum Druck befördere. Ob ich freilich überall die letzten Absichten meiner verstorbenen Schwester erfülle, ist mir zweifelhaft; dass ich der wissenschaftlichen und pädagogischen Welt nur ein Fragment überliefere, ist mir schmerzliche Gewissheit.“<sup>25</sup>

Hans Muchow wurde am 1.4.1939 an die Oberschule für Jungen in St. Georg versetzt, aber schon zum 28.3.1940 zum Kriegsdienst eingezogen, wo er bis zum 16.5.1941 als Unteroffizier tätig war. Anschließend erhielt er eine UK-Stellung für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, dessen Wirken er in seinem Entnazifizierungsfragebogen als „wissenschaftliche Bearbeitung von beschlagnahmten Büchern; Wehrbetreuung“ bezeichnete.<sup>26</sup>

Zum 1.5.1937 war Hans Muchow in die NSDAP eingetreten. Darüber hinaus war er seit 1935 in der NSV organisiert, seit 1934 im NSLB und der VDA und seit 1935 im NS-Reichskriegerbund.<sup>27</sup>

Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) war die Rauborganisation der NSDAP für die Kulturgüter, die während des Zweiten Weltkrieges aus den besetzten Ländern des Westens und Ostens unter der Leitung des NS-Parteideologen Alfred Rosenberg und des von ihm geführten Außenpolitischen Amtes der NSDAP stand. Ursprünglich hatte Alfred Rosenberg das Projekt der „Hohen Schule“ entwickelt, die eine „zentrale Stelle nationalsozialistischer Forschung“ werden sollte. Dafür wollte Rosenberg das Forschungsinstitut mit dem Material der „Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung“ versorgen, das er aus den Bibliotheken und Archiven von Juden, Freimaurern, und kommunistischen und demokratischen Organisationen in den besetzten Ländern in das Deutsche Reich transportieren lassen wollte. Aus diesem Grund wurde im Juli 1940 in Paris der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ mit der Gründung des „Amtes Westen“ beauftragt.

Mit der Durchführung dieser Aktionen wurden überzeugte Nationalsozialisten in den Führungsfunktionen installiert und zu einem großen Teil Lehrer und Wissenschaftler herangezogen, denen zugetraut wurde, die zu raubenden Objekte wissenschaftlich zu qualifizieren und zu dokumentieren. Der persönliche Reiz für die jeweiligen Mitarbeiter lag darin, nicht bei der Wehrmacht eingesetzt zu werden, möglicherweise im Osten. Für Hans Muchow gab es wohl noch den zusätzlichen Reiz, dass er sich, wie er 1928 geschrieben hatte, als er bei der Schulverwaltung ein Stipendium für die Studienreise nach Holland, Belgien und Nordfrankreich beantragte, „für die alten niederländischen und flämischen Kulturstätten und die reichen Sammlungen Hollands und Belgiens interessierte sowie den nordfranzösischen gotischen Kirchenbau“.<sup>28</sup>

Hans Muchow war wie sein Hamburger Studienratskollege Dr. Adolf Vogel seit Oktober 1940 bis zum Ende des Krieges Mitarbeiter dieses Einsatzstabes der

Kunsträuber in Brüssel.<sup>29</sup> Muchow hatte darin sogar die exponierte Funktion des Leiters der Hauptarbeitsgruppe Belgien-Nordfrankreich.<sup>30</sup>

Wie passt das damit zusammen, dass er ein Bruder der engen Mitarbeiterin des jüdischen Psychologieprofessors William Stern, Martha Muchow, gewesen war, die nach der Entlassung von Prof. Stern und vor seiner Emigration in die Vereinigten Staaten in Hamburg Selbsttötung beging und deren Schriften Hans Muchow danach herausbrachte und später eine eigene Literatur darauf begründete? Es waren Bibliotheken in Häusern, die vorher von jüdischen Professoren, Industriellen oder Politikern bewohnt wurden, die sich vor den deutschen Besatzern und dem nationalsozialistischen Terror fürchten mussten und flüchteten oder deportiert worden waren.

Blicken wir jetzt einmal auf die Arbeit des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg (ERR) in Brüssel. Über dessen Tätigkeit gibt es eine aufschlussreiche Veröffentlichung des holländischen Fernsehredakteurs und Musikforschers Willem de Vries: „Kunstraub im Westen 1940–1945“.<sup>31</sup> Darin gibt es auch ein Kapitel über die Arbeit des ERR in Brüssel. Und in diesem Kapitel werden sowohl Hans Muchow als auch Adolf Vogel erwähnt. Hans Muchow wurde von Adolf Vogel in einer Erklärung als „Bekannter von einer Reise nach Schweden“ bezeichnet, der die zentrale Person im Einsatzstab in Brüssel gewesen sei, Hauptarbeitsgruppenführer seit 1942, auch für Holland und Nordfrankreich.<sup>32</sup>

In seiner Einleitung stellte Willem de Vries fest:

„Nie zuvor gab es in der Geschichte Europas eine größere Beschlagnehmung, Verschleppung und Zerstörung von Kulturgütern als im Zweiten Weltkrieg. Sogar Napoleons ausgedehnte Beutefeldzüge von Kunstgegenständen, denen Frankreich



Reichsleiter Rosenberg begrüßt Mitglieder seiner Mannschaft des „Amtes Westen“.

wertvolle Sammlungen in Museen und Galerien zu verdanken hat, sind nicht mit dem zu vergleichen, was die Nazis beschlagnahmten. Hunderttausende von Gegenständen wurden dabei konfisziert: Gemälde, Skulpturen, Teppiche, Juwelen, Gold, Silber, Bücher, Manuskripte, Kirchenschätze und Musikinstrumente. Die Nazis plünderten rund 16 Millionen Kunstwerke in ganz Europa. Nur wenig wurde danach wieder zurückgegeben.“<sup>33</sup>

Über die Ziele und den Aufbau des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg schrieb de Vries:

„Nach Beendigung des Westfeldzuges, genauer: dem Einmarsch und der Besetzung von Holland, Belgien und Frankreich im Mai und Juni 1940, gründete Alfred Rosenberg am 17. Juli 1940 den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR). Das Aufspüren von ‚verlassenen‘ (man nannte sie fortan ‚herrenlos‘) jüdischen Bibliotheken, Synagogen, Geschäften und Wohnsitzen in Paris, aber auch Freimaurerlogen in Frankreich wurde dabei zum direkten Anlass für diese Maßnahme genommen. Viele Juden und Freimaurer hatten den deutschen Einmarsch nicht erwartet, und nun waren sie plötzlich Feinde des Dritten Reiches. Rosenbergs ‚Mission‘, besser ‚Aktion zur geistigen und weltanschaulichen Überwachung‘, bestand zuerst in einer ‚Sicherung‘ aller verbleibenden ‚Materialien zu politischen Forschungszwecken‘ von Personen, die als anti-deutsch eingestuft wurden. Die Maßnahme wurde in enger Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem Sicherheitsamt – SiPo und SD – durchgeführt, die wiederum ‚polizeipolitisches Material‘ aufzuspüren hatten.“<sup>34</sup>

In dem Kapitel über die Arbeit des ERR in Belgien vermerkte de Vries, dass die „Arbeitsgruppe Belgien“, die auch für Nordfrankreich zuständig war, „am 1.9.1940 in der Rue de Chatelain Nr. 32 in Brüssel gegründet wurde“.<sup>35</sup>

Am 11.6.1942 übernahm Hans Muchow die Leitung der Arbeitsgruppe Belgien, weil Muchow zum Hauptarbeitsgruppenführer für Belgien und Nordfrankreich befördert worden war.<sup>36</sup>

De Vries stellte fest, dass in Belgien die Einsatzgruppe so eng mit der Militärverwaltung zusammenarbeitete, dass aufgrund der guten Beziehungen die ERR „in die Militärverwaltung mit eingebaut“ war.<sup>37</sup>

„Auch die ERR-Aktionen in Belgien beriefen sich auf die sogenannten Führerbefehle, die bereits in Frankreich angewendet wurden. In Belgien arbeitete der ERR auch eng mit Sicherheitspolizei/Sicherheitsdienst zusammen, wenngleich unter der Führung der Militärbefehlshaber der Militärverwaltung. Für jede Beschlagnahmung musste also erst die Zustimmung der Militärverwaltung eingeholt werden; außerdem mussten regelmäßig Arbeitsberichte mit einer Inventarliste der beschlagnahmten Güter vorgelegt werden.“<sup>38</sup>

Transportanmeldung,  
von Hans Muchow  
unterschrieben, mit dem  
Zusatz „Dienststellen-  
leiter“

**Transport-Anmeldung**

Transports: Wegführung eines kriegswichtigen Materials

welcher Verfügung wird der Transport gefahren? DKW-Kopfle o. S. 3.10 Nr. 2850/104

**Transportbefehl!**

Tran-  
nummer 546768

am 25. von 8 Uhr bis 26 Uhr  
zeit 17 nach 18 Uhr

Trage mit diesem Verbindungsaufnehmen.  
mit unbedingt beachten!

Transport-Kommandantur

Fusfall des Transports sofort die Trsp.-  
mandant vorstündigen. in Kimmel

Transport-Kommandantur Brüssel

(Stelle der zuständigen Transport-Kommandantur)

*Hans Muchow*  
Dienststellenleiter

Zu Anfang erhielt der ERR den Auftrag, „herrenlose Bibliotheken weltanschaulicher Gegner“ sicherzustellen. Und Hauptarbeitsgruppenführer Hans Muchow erklärte, dass der Einsatzstab nach seiner Zusammensetzung „eine Gewähr für fachmännische Behandlung von Kulturgütern leisten sollte“.<sup>39</sup>

Aus einem Bericht des ERR ging hervor, „dass 84.291 Kubikmeter an Hausrat in der ‚Möbelaktion‘ in Belgien erbeutet wurden. Diese Aktion wurde mithilfe von 1500 LKWs mit einer Ladekapazität von 15.000 t durchgeführt. Wie in den Niederlanden, so war es auch hier die deutsche Speditionsfirma Kühne & Nagel, welche das Mobiliar unter Beihilfe von belgischen Speditionsfirmen beförderte. Insgesamt plünderten die Deutschen über 4500 Häuser deportierter jüdischer Bürger in Belgien.“<sup>40</sup>

Das „Hauptarbeitsfeld“ für den Einsatzstab um Hans Muchow und Adolf Vogel war allerdings die Büchererfassung und der Sonderstab Bildende Kunst.<sup>41</sup>

Später, im Juni 1947, erklärte Hans Muchow: „Die Tätigkeit des ERR bedeutete keinen Eingriff in die Eigentumsrechte der Bewohner Belgiens; sie erfolgte vielmehr im Interesse dieser abwesenden Eigentümer und fällt unter den zivilrechtlichen Begriff der ‚Geschäftsführung ohne Auftrag‘.“ Es sei „wissenschaftliche Arbeit in die beschlagnahmten Bücher investiert“ worden.<sup>42</sup>

Muchow behauptete 1947 auch: „Was die Anschuldigungen anbetrifft, der ERR sei eine ‚Bande von Dieben‘, so möchte ich nochmals die Tatsachen zurechtrücken und betonen, dass meine Mitarbeiter und ich in gutem Glauben gehandelt haben.“ Er erklärte mit Nachdruck, dass die Tätigkeit „wissenschaftliche Arbeit“ gewesen sei, „weil diese Literatur seit 1933 deutschen Wissenschaftlern nicht mehr zugänglich war. Unter meiner Leitung hat die Dienststelle des ERR in Brüssel ein zurückgezogenes, bescheidenes Leben geführt, das der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet war. Weder meine Mitarbeiter noch ich selber haben uns persönlich bereichert, Korruption geübt oder Kriegsverbrechen begangen.“<sup>43</sup>

Wegen seiner erfolgreichen Arbeit in Brüssel war Hans Muchow dann noch im Osten eingesetzt worden. Vorher hatte er am 24.3.1944 eine Liste aller Einsatzorte für Beschlagnahmungen in Belgien zusammengestellt. Darin hieß es: „Jüdisches Material wurde in Brüssel, Antwerpen, Gent, Liège, Charleroi, Namur, Lille und Brügge beschlagnahmt. Das Material stammte von fünf jüdischen Vereinigungen und Bibliotheken sowie aus 79 Privatwohnungen, wo man größere Sammlungen vorfand.“<sup>44</sup>

Hans Muchow erwies sich in der NS-Zeit als Denunziant und Räuber jüdischen Eigentums. Er schrieb:

„Als jüdischer Führer des Landes wurden genannt: der emigrierte Bankier Norbert Burger sowie der geflüchtete Bankier Max Gottschalk.“<sup>45</sup>

Und de Vries stellte fest:

„Der folgende Satz wiederlegt dann endgültig Muchows Behauptung von der Unschuld des ERR: ‚Die Prominenten unter den vom ERR erfassten Juden waren folgende ...‘ Danach werden zwanzig jüdische Wohnhäuser aufgezählt, die man geplündert und deren Besitz man nach Deutschland geschickt hatte, darunter auch etliche wertvolle Gemälde.“<sup>46</sup>

Willem de Vries hatte sein Buch: *Kunstraub im Westen 1940–1945* im Jahre 1998 veröffentlicht. Danach sind neue Dokumente zugänglich gemacht worden. Aus russischen Quellen gibt es im Internet einen Großteil des Schriftwechsels der Arbeitsgruppe Belgien und Nordfrankreich des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg, der zumeist in der Verantwortung von Hans Muchow, von ihm auch handschriftlich abgezeichnet, deutlich macht, dass es hier nicht um wissenschaftliche Arbeit der Bücherzeichnung ging, sondern aktiv Wohnungen und Bibliotheken beraubt wurden und die Beute bürokratisch erfasst nach Deutschland abtransportiert wurde: Die Transportanmeldung, von Hans Muchow unterzeichnet, die Auflistung der Hauptarbeitsgruppe Belgien-Nordfrankreich mit einer Liste von 145 bearbeiteten Einsatzstellen detailliert aufgeschlüsselt, und in einer anderen Übersicht nicht nur die Anzahl der insgesamt 497 Kisten erfasst, sondern auch der Wert der 124 Bilder beziffert sowie der Wert der geraubten Bücher auf 170 600 Reichsmark geschätzt.<sup>47</sup>

Hans Muchow unterschrieb die Transport-Anmeldung aus Brüssel vom 11.5.1942, „Zweck des Transports: Überführung einer kriegswichtigen Bücherei“.<sup>48</sup>

Was in solchen Transporten enthalten war, geht aus einem ebenfalls von Muchow als Stabseinsatzführer und Leiter der Hauptarbeitsgruppe Brüssel und Nordfrankreich unterzeichneten Anschreiben für einen Kistentransport vom 25.3.1943 hervor, der offenbar von seinem Hamburger Lehrerkollegen und Freund Dr. Adolf Vogel am 25.3.1943 aufgegeben wurde, mit 121 Bücherkisten, die an den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg nach Berlin in die Bismarckstraße 1 geliefert wurde. Enthalten darin:

„Jüdische Bücher gesammelt in der antijüdischen Zentrale, Brüssel; sozialistische und kommunistische Bücher aus Gewerkschaftsbibliotheken in Brüssel; verbotenes und unerwünschtes Schrifttum aus dem Antiquariat Moorthamer.“<sup>49</sup>

Die deutsch-bürokratische Erfassung des geraubten Gutes war damit verbunden, „die wichtigsten Arbeitsvorhaben genauer zu beschreiben“. Wer waren die Besitzer und was wurde über sie notiert? In einer Liste vom 8.1.1943, für einen Transport, den auch Hans Muchow in einem Formular für eine internationale Eisenbahnbeförderung unterschrieben hatte, waren unter anderem die nachfolgenden Personen und Organisationen genauer verzeichnet, von denen bereits 350 der geplanten 853 abzutransportierenden Kisten transportfertig waren. Unter der Überschrift „Aufstellung der wichtigsten Arbeitsvorhaben“ wurde unter anderem folgendes festgehalten, mit jeweils der genauen Wohnadresse:

„1. Leon Kubowitzki, Brüssel. Einflussreicher Jude, Advokat beim Appellationshof, hatte allein drei jüdische Angestellte zur Bearbeitung der jüdischen Belange für ganz Belgien (Emigration, Beschaffung von Pässen, Boykotttetze gegen das Reich, jüdische Frauenfragen). Sieben Kisten: jüdische Enzyklopädien und Nachschlagewerke, Antideutsche Hetzliteratur, sogenanntes wissenschaftliches Schrifttum gegen den Nationalsozialismus, wichtiges Aktenmaterial.

2. Loge Grand Orient de Belgique, Brüssel. Akten – Protokolle – Ritualakten – ältere Akten einzelner belgischer Logen – freimaurerische philosophische Schriften – Dokumente – bolschewistische Literatur.

8. Federation des Zionistes Belges, Antwerpen. Brauchbare Bibliothek – jüdische Encyklopaedia.

9. Alliance Isrealite, Brüssel. Vereinigung einer Reihe von Judenorganisationen, die die Betreuung der Mitglieder der jüdischen Gemeinde wahrnehmen – kleine Bibliothek vorhanden, von der bestimmte Werke Interesse verdienen.

20. Isabelle Blume, Brüssel. Sozialistische Abgeordnete, Schriftstellerin, Führerin der sozialistischen Frauenbewegung in Belgien, aktives Mitglied der Rot-Spanien-Hilfe, Jüdin. Bibliothek mit sozialistischen Schriften besonders zur Frauenfrage



und zu Rot-Spanien – sozialistische und kommunistische Literatur.

21. Max Gottschalk, Brüssel. Politisch sehr einflussreicher Jude, Mitglied vieler Clubs. Kunstmappen – kostbare kunstgeschichtliche Bücher – Aquarelle – Gemälde – Stiche und anderes mehr.

24. Ecole des Hautes Studes, Gent. Französisches Kultur- und Propagandazentrum im flämischen Raum, errichtet als französisches Gegengewicht gegen die flämische Universität Gent. Die Bibliothek ist als Ganzes interessant, weil sie ein Bild von der Art französischer Kulturpropaganda überhaupt vermittelt. Finanziert wurde das Institut vom französischen Staat einerseits und von bekannten belgischen und jüdischen Persönlichkeiten andererseits. Die Bibliothek umfasst eine wissenschaftliche Abteilung und eine Leihbücherei. Letztere enthält bedeutende Memoirenwerke und moderne Schriften antideutschen Inhalts.

33. Andre Vlimant, Brüssel. Ingenieur, Wohltäter einer berühmten christlichen Berufsschule, Besitzer einer ausgewählten Bibliothek (Memoirensammlung, Erotica und Romane in Prachtbänden), Eigentümer einer feudalen Wohnung, macht Riesengeschäfte in Aluminium und Metallen, Gasmasken und Granaten, betreibt Werkspionage und militärische Spionage, befördert verdächtige Personen über die belgisch-französische Grenze. Es besteht nach wie vor der dringende Verdacht, dass er auch heute noch für das ‚zweite Büro‘ tätig ist, obwohl er mit maßgebenden deutschen Stellen in Verbindung steht, die ihn aufgrund seiner fabelhaften wirtschaftlichen und politischen Beziehungen brauchen. Zur Zeit versucht er, die Aufhebung der Beschlagnahmung seiner Wohnung und seiner Bibliothek zu erwirken.

35. Jacques Errera, Brüssel. Professor der physikalischen Chemie an der Universität Brüssel (ebenso wie sein Vetter, Vater und Großvater), jüdisch-italienischer Herkunft. In seiner Wohnung befand sich eine Reihe von Fotografien prominenter jüdischer Wissenschaftler und Politiker mit eigenhändigen Widmungen. Die Bibliothek ist als Privatbibliothek ungewöhnlich umfangreich und umfasst Werke der verschiedensten Wissenschaften. Eine Durchsicht der in einem Sonderraum aufbewahrten Akten ergibt, dass Errera große Einkünfte aus südafrikanischen und südamerikanischen Minenaktien bezogen hat.

42. H. Speyer, Brüssel. Professor, liberales Mitglied des belgischen Senates, Vorstandsmitglied der Freimaurerloge und verschiedener Vereinigungen der Universität Brüssel, drei Wochen vor dem Einmarsch der deutschen Truppen aus Belgien geflohen. Die Bücherei umfasst vor allem Werke der Rechtswissenschaften aller Länder und Literatur über Kolonialfragen.

44. Niko Gunzberg, Antwerpen. Professor an der Universität Gent, Freimaurer, Redner gegen Deutschland in einer Protestversammlung über ‚La justice de Sieme Reich‘, Jude. Bücherei – Dokumente – Freimaurerakten – Gemälde.

52. Friedrich Adler, Belgien. Sekretär der 2. Internationale. Seine Bibliothek ist wohl die vollständigste aller von uns beschlagnahmten sozialistischen Bibliotheken, besonders wichtig sind die Protokolle der 2. Internationale. Bücher – Broschüren – deutschfeindliche Zeitschriften – eigene Arbeiten – Material der zweiten Internationale – Briefwechsel 1900–1940.

56. Paul van Zeeland, Brüssel. Geflüchteter belgischer Ministerpräsident, Katholik, Wirtschaftsfachmann, Vertrauensmann Roosevelts in europäischen Währungsfragen. Die Bücherei enthält vor allem Bücher und Zeitschriften wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Art. Sie ist sehr reichhaltig und besonders wertvoll, weil sie Material zur Wirtschaft der meisten Staaten umfasst. Außerdem noch eine Sammlung älterer Drucke früherer Jahrhunderte.

57. Emile Vandervelde, Belgien. Geflüchteter belgischer Minister. Die umfangreiche Bibliothek wurde anscheinend durch eine irrtümliche Auslegung eines Freigabe-Bescheides der Ortskommandantur von Frau Vandervelde aus der Wohnung herausgeholt. Ein Teil der Bücher soll an Freunde Vanderveldes verschenkt worden sein (Namen lassen sich aber nicht feststellen), der größere Teil der Bibliothek wurde dem soziologischen Institut überwiesen und in die dortige Institutsbibliothek eingegliedert. Dieses Institut wurde ebenfalls geschlossen und sichergestellt.

60. David van Buuren, Brüssel. Geflüchteter jüdischer Professor (Wirtschaftswissenschaft) Bücherei – Philosophie – Finanzen – Weltkrieg – Kunst – französische Klassik.

79. Olympe Gilhart, Lüttich. Senator und Redakteur der Zeitschrift ‚La Meuse‘, Wallonenführer und einer der gefährlichsten Deutschfeinde in Lüttich. Diese Bibliothek ist als spezifisch wallonisch anzusprechen, sie enthält nicht nur die Mehrzahl aller in Belgien etwa seit 1920 erschienenen Druckwerke, sondern auch vor allem eine Materialsammlung über die wallonischen Fragen. Aus der über Deutschland vorhandenen Literatur ist die feindselige Einstellung des Sammlers dieser Bücher deutlich zu erkennen.

80. Leo Rothschild, Rhode-St. Genese. Geflüchteter Jude, sehr aktives Mitglied des ‚Comité des Delegations Juives‘, ferner Mitglied des Aktionsausschusses, das der Träger der jüdischen Boykottbewegung in Belgien gewesen ist und mit dem der berühmte Untermeyer-Ausschuss in New York zusammenarbeitet. Politische Literatur – Kunstbücher – Zeitschriften.

123. Alice Pels, Brüssel. Aus Deutschland ausgewanderte jüdische Sozialistin, Frauenrechtlerin. Auf Veranlassung des SD vorübergehend im Gefängnis, jedoch dann krankheitshalber entlassen. Wertvolle Bibliothek mit vielen Erstdrucken.

145. J. Reder, Brüssel. Geflüchteter jüdischer Kunsthändler und Kunstfälscher. Auktions- und Museumskataloge aus aller Welt – Kunstbücher, vor allem Malerei –

Reiseführer – Lexika – interessante Schriftstücke und Zeitungsausschnitte – Briefwechsel.“<sup>50</sup>

Aus diesem Ausschnitt wird deutlich, was die von Hans Muchow und Dr. Adolf Vogel geleitete Arbeitsgruppe getan hatte, bei Leibe ging es dabei nicht um eine „rein wissenschaftliche Arbeit“, die räuberische Besatzermentalität wird deutlich, das nationalsozialistische Bewusstsein, der Antisemitismus und auch eine Form des Sozialneides sind unverkennbar.

Aus den persönlichen und amtlichen Korrespondenzen von Hans Muchow insbesondere mit dem Gauhauptstellenleiter im Berliner Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, H. W. Ebeling, der Muchows Vorgänger in der Hauptarbeitsgruppe Belgien-Nordfrankreich gewesen war, geht hervor, wie eng Muchow mit dem SD und der SS sowie der Militärverwaltung in Belgien zusammenarbeitete. Muchow fällt gegenüber Ebeling auch Urteile über andere Personen, bezeichnete zum Beispiel einen Professor Ipsen „als außerordentlich zugänglich und politisch klar ausgerichtet“.<sup>51</sup>

Muchow, der später behauptete, gegen seinen Willen zum Einsatzstab kommandiert worden zu sein, identifizierte sich erkennbar mit seiner Aufgabe:

„Für Schulung- und Propagandazwecke hätte ich gern eine Anzahl kleiner Schriften aus den Arbeitsbereichen des Amtes Rosenberg, sowie zwei oder drei Bilder des Reichsleiters, die, wie Sie wissen, hier in Belgien nicht zu haben sind.“<sup>52</sup>

Hans Muchow war nicht nur Hauptstellenleiter einer Arbeitsgruppe, die „lediglich katalogisierte“, was in Bibliotheken zu finden war, sondern zeigte sich aktiv handelnd und Personen denunzierend. In einem Schreiben vom 7.8.1941 an den Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, den Militärverwaltungschef der Abteilung Kultur, Prof. Hans Teske, schrieb er:

„Im Anschluss an unsere heute morgen geführte Unterredung teile ich Ihnen zu dem uns interessierenden Fall des Universitäts-Professors Jean de Sturler mit:

1. de Sturler war Professor an der Universite Libre de Bruxelles und lehrte dort mittelalterliche Geschichte.

2. Er ist Freimaurer und fällt als solcher unter die Voraussetzungen unseres besonderen Auftrages, zu deren Kennzeichnung ich Ihnen gern Einsicht in den Erlass des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches vom 1. Mai 1941 ermöglichen will.

3. Wir haben den Militärverwaltungschef Abteilung Kultur seinerzeit um den 16./17. Mai 1941 einen Sonderbericht über die deutschfeindliche Einstellung de Sturlers zugeleitet, der sich bei den dortigen Akten befinden muss.“<sup>53</sup>

Prof. Hans Teske, Leiter der Abteilung Kultur beim Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, war übrigens der dritte Pädagoge aus Hamburg, der als Sonderführer in den Niederlanden und Belgien tätig war. Teske, am 23.5.1902 in

Hamburg geboren, Mitglied der NSDAP seit dem 1.5.1933, ebenfalls im NSLB und der SA, war im Oktober 1934 aufgrund seiner nationalsozialistischen Gesinnung zum planmäßigen außerordentlichen Professor für niederdeutsche Philologie an der Universität Hamburg ernannt worden und seit Oktober 1938 als Nachfolger Conrad Borchlings ordentlicher Professor und Direktor des Germanischen Seminars an der Uni Hamburg. In Belgien wurde er seit dem 21.11.1941 an der Universität Brüssel als Hochschullehrer eingesetzt und publizierte auch in flämischer Sprache. Er galt im Mai 1945 „nach dem Ende der Schlacht um Berlin“ als vermisst.<sup>54</sup> In Brüssel war Teske eine enge Kontaktperson von Hans Muchow und Adolf Vogel.

Hans Muchow war also proaktiv und stellte auch Anträge, wessen Häuser und Villen mit den dazugehörigen Möbeln, Kunstgegenständen und Bibliotheken dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg zur Verfügung gestellt werden sollten. Dafür waren konkrete Denunziationen, Beschuldigungen und Dossiers notwendig, die gerne produziert wurden. So beispielsweise, als es um die Bibliothek des ehemaligen Ministers Paul Hymans in Brüssel ging, über den Hans Muchow ein kleines Dossier erstellte:

„Paul Hymans war in mehreren Kabinetten der letzten Jahre vor dem Kriege Staatsminister in verschiedenen Funktionen und hat als solcher an der sogenannten Neutralitätspolitik Belgiens und an den Vorbereitungen des gegenwärtigen Krieges aktiven Anteil genommen. Er war überdies einer der führenden Männer der Liberalen Partei, die, mit den Juden und Freimaurern verquickt, die politische und geistige Haltung entscheidender Kreise Belgiens im antideutschen Sinne beeinflusst hat. Er war unter anderem auch regelmäßiger Mitarbeiter, ja, Redaktionsmitglied des Flambeau, einer führenden politischen Revue massiv antideutscher Einstellung.

Paul Hymans ist bei Ausbruch des Krieges nach Südfrankreich geflüchtet und dort im April 1941 verstorben. Da seine Witwe, eine geborene Frau Goldschmidt, die als Alleinerbin eingesetzt sein soll, als Jüdin nicht nach Belgien zurückkehren können, besteht die Gefahr, dass, wie andere Vermögenswerte, so auch die Bibliothek in fremde Hände geraten kann.“<sup>55</sup>

Von solchen Schreiben sind zahlreiche erhalten geblieben, die Hans Muchows Haltung und Tätigkeit dokumentieren.

Seine Schwester Martha hatte die Entlassung, Verfolgung und Emigration ihres wissenschaftlichen Lehrers William Stern und die Zerstörung seiner und ihrer Arbeit nicht ertragen können und sich selbst das Leben genommen. Ob Hans Muchow in den Häusern jüdischer Professoren in Holland, Belgien und Nordfrankreich beim Raub der Bibliotheken und der Denunziation jüdischer Bibliotheksbesitzer mal an den jüdischen Professor William Stern dachte, bei dem er Vorlesungen gehört hatte?

Hans Muchow – ein Mann mit zwei Gesichtern.

Nun wird auch erklärlich, warum Muchow noch 1978 seine Jürgen Zinnecker gegenüber geäußerte Version des Todes und der Bestattung seiner Schwester Martha Muchow nicht gedruckt sehen wollte. Muchow hatte, als er in den 1950er und 1960er Jahren schriftstellerisch tätig war, seinen zweiten Vornamen Heinrich dazu genommen und unterschrieb und veröffentlichte seit dieser Zeit unter dem Namen Hans Heinrich Muchow, was mich zuerst irritierte, sodass ich zunächst an zwei unterschiedliche Personen glaubte. Bemerkenswerterweise hatte Muchow, der durchaus eitel war, nach 1945 auch keine Fotos von sich veröffentlicht oder veröffentlichten lassen. Auch dies wahrscheinlich als Schutz vor Entdeckung. Er musste insbesondere die Enttarnung seines Wirkens in Holland, Belgien und Nordfrankreich fürchten.

Hans Muchow war seit dem 6.4.1943 mit Else Wrage verheiratet, die eine engagierte Lehrerin an der reformpädagogisch orientierten Lichtwarkschule gewesen



Else Wrage-Muchow, 1934

war.<sup>56</sup> Das sollte im Entnazifizierungsverfahren noch eine Rolle spielen.

Hans Muchow hatte während des Krieges eine vergleichsweise „gemütliche Zeit“ in den requirierten Villen in Holland und Belgien mit gut ausgestatteten Bibliotheken auch zu eigener Forschung genutzt. Nachdem er 1939 bereits ein Buch geschrieben hatte zum Thema „Die Hanse als Wille und Tat aus nordisch-germanischem Geist“<sup>57</sup>, legte er 1942 eine Schrift vor: „Der flämische Raum und die deutsche Hanse. Zugleich ein Versuch der Darlegung ihrer germanischen Grundlagen.“<sup>58</sup> Darin schrieb Hans Muchow:

„Und während die führenden Schichten des flämischen Raums um 1300 entweder aus müde und unsicher gewordenen Epigonen der alten Fernhändlerkreise oder aus profitsüchtigen egoistischen Kapitalisten reinsten Wassers oder aus skrupellosen ‚Neureichen‘ bestanden, bemühte man sich innerhalb der deutschen Hanse um die Züchtung eines wehrhaften, gemeinschaftsbezogenen und verantwortungsbewussten Führtyps, der immer wieder durch Rückgriff auf die unverbrauchten Schichten des Volkes die starken Quellen seiner Kraft erneuerte. Eine wahre Aristokratie, die sich ihrem Volkstum verbunden und dem germanischen Grundsatz ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ verpflichtet fühlte, stand so in der deutschen Hanse einer ihrem Volkstum entfremdeten, nur dem Eigennutz dienenden Plutokratie des flämischen Raumes gegenüber. Es kann kein Zweifel bestehen, wer der Sieger bleiben, wem die Zukunft gehören musste!“<sup>59</sup>

Hier wird deutlich, wie sehr Hans Muchow die nationalsozialistische Ideologie internalisiert hatte und sie reproduzierte. Deutlich spürbar in seiner Schlussfolgerung:

„Die Flamen haben in den vergangenen Jahrhunderten ernste Lehren aus ihrem Schicksal ziehen können: Sie sind zur Besinnung auf ihr Volkstum und seine germanische Art gekommen, haben ihr Wesen geläutert und gereinigt. Mögen sie nun auch zu ihrer wahren Volksordnung, zur Wertschätzung eines einsatzfreudigen und verantwortungsbewussten Führertums und zur Betätigung einer echten genossenschaftlichen und disziplinierten Treue der Gefolgschaft den Weg finden! Die Deutschen, die sich unter der Führung Adolf Hitlers gleichfalls – seit langem – wieder auf die germanischen Leitlinien ihres Seins besonnen, die den hansischen Geist und die hansische Haltung wieder erneuert haben, die diesmal aber – anders als zu Zeiten der Deutschen Hanse! – die ganze Kraft des Reiches, als Idee und als Wirklichkeit, hinter sich wissen, werden dann gemeinsam mit den Flamen eine glückliche Aera deutsch-flämischer Beziehungen im germanisch geführten Europa einleiten können!“<sup>60</sup>

Die Mutter von Hans und Martha Muchow, Dorothee Muchow war am 9.4.1933 infolge eines Schlaganfalls gestorben, „wenige Tage nachdem sie traurig geäußert hatte, ‚dass man in dieser ungerechten Welt gar nicht mehr leben möchte‘.“<sup>61</sup> Hans Muchow hatte sich offenbar in dieser Welt eingerichtet und dem Nationalsozialismus etwas abgewinnen können. Das Büchlein widmete er „allen meinen Jungen an der Front“.<sup>62</sup>

In Abwesenheit von Hamburg und der Schule, wurde Hans Muchow am 9.11.1944 zum Oberstudienrat befördert mit einer von Reichsstatthalter Karl Kaufmann gezeichneten Ernennungsurkunde. Ein übliches Verfahren für Lehrer, die bei der Wehrmacht oder anderen Stellen erfolgreich für Deutschland unterwegs waren. Hans Muchow hatte die Ernennungsurkunde am 22.1.1945 erhalten, wie er handschriftlich bestätigte.<sup>63</sup>

Kurz darauf wurde es aber auch für ihn ungemütlich. Am 27.8.1945 hatte die Britische Militärregierung verfügt, Muchow wegen „Nazi sympathies“ zu entlassen.<sup>64</sup>

Dies teilte ihm Schulsenator Heinrich Landahl am 12.9.1945 mit.<sup>65</sup>

Hans Muchow hatte die von ihm vermutlich antizipierten Schwierigkeiten durch einen Antrag umgehen wollen, den er am 31.5.1945 an die Schulverwaltung richtete. Darin bat er „um die Gewährung eines einjährigen Urlaubs zur Durchführung wissenschaftlicher psychologischer Arbeiten“. In der Begründung schrieb er: „Nach Verlautbarungen der englischen Militärregierung wird der Schulunterricht an den deutschen höheren Schulen spätestens im März 1946 aufgenommen werden. Die Neugestaltung der Lehrpläne und Schulbücher gerade auf den von mir vertretenen Unterrichtsgebieten (Deutsch und Geschichte) wird möglicherweise noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Ich möchte daher – anstatt berufsfremde Tätigkeiten auszuüben – die Zeit bis zum Wiederbeginn des Unterrichts benutzen, um einige

von mir begonnene psychologische Arbeiten, die nur infolge des Krieges zurückgestellt werden mussten, abzuschließen und gegebenenfalls zu veröffentlichen. Diese Arbeiten können – nach Wegfall der Staatsjugendverbände – für die häusliche und schulische Erziehungsarbeit von unmittelbarer Bedeutung werden.“<sup>66</sup>



Cover einer Ausgabe von 2012

Muchow hatte sich offenbar auf Alternativen vorbereitet und möglicherweise auch schon darauf, im Weiteren das Erbe seiner Schwester Martha Muchow zu verwalten und zu nutzen, die nachweislich eine Gegnerin und ein Opfer des Nationalsozialismus gewesen war.

Am 9.6.1945 meldete Hans Muchow der Schulverwaltung:

„Ich habe die letzten Aufträge meiner Dienststelle, des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg, zu dem ich durch Verfügung des Herrn Reichsstatthalter seit längerem kommandiert bin, in Norddeutschland erfüllt. Da ich meine Dienststelle, die nach Süddeutschland verlegt worden ist, nicht mehr erreichen kann, melde ich mich pflichtgemäß bei meiner Friedensdienststelle, der Schulverwaltung bei der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg, wieder zur Stelle.“<sup>67</sup>

Am 28.11.1945 fragte das Wohnungsamt Winterhude bei der Schulverwaltung an, was gegen den aus politischen Gründen entlassenen Hans Muchow vorliege, weil dessen Wohnbedarf am Wiesendamm 142 geprüft werde.<sup>68</sup>

Darauf antwortete Oberschulrat Heinrich Schröder am 14.11.1945 unter Hinweis auf Muchows Mitgliedschaft in verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen mit der Feststellung: „Die Entlassung ist wahrscheinlich erfolgt, weil M. von 1941–1945, während er der Wehrmacht angehörte, zum Einsatzstab Rosenberg abkommandiert war. Von einer eigensüchtigen Betätigung als Nationalsozialist oder von einer Tätigkeit zum Nachteil anderer ist der Schulverwaltung nichts bekannt.“<sup>69</sup>

Am 27.10.1945 wandte sich Hans Muchow an Schulsenator Heinrich Landahl, der während seiner Zeit als Schulleiter an der Lichtwarkschule gut mit Muchows Ehefrau Else bekannt gewesen war. Muchow schrieb:

„Als ich das Schreiben empfing, das mir meine Entlassung aus dem Schuldienst und damit die Beendigung meiner Lebensaufgabe, der ich mich durch zwei Jahrzehnte leidenschaftlich und wie ich glaube, nicht ohne Erfolg gewidmet habe, mitteilte, war ich zwar persönlich zutiefst betroffen, aber ich musste mir sagen, dass meine objektiv gegebene Verbindung mit dem Namen des Reichsleiters Rosenberg meine derzeitige Beschäftigung im Schuldienst schlechterdings unmöglich mache. Darum habe ich bisher auch keinen Einspruch erhoben. Nachdem aber nun die Ent-

lassung meiner Frau wahrscheinlich, die Sperrung meines Vermögens, die Aufhebung meines Telefonanschlusses und die Androhung der Wohnungsbeschlagnahme durch das Wohnungsamt sicherlich als Folgen dieser Amtsentlassung mich auf eine Stufe mit ehemaligen ‚Nazis‘ und ‚Kriegsverbrechern‘ stellen und meine bürgerliche und moralische Existenz zu vernichten drohen, kann ich nicht länger schweigen und muss mich gegen die darin liegende Ungerechtigkeit zur Wehr setzen.

Ich darf annehmen, dass Sie, sehr verehrter Herr Senator, meine politische und pädagogische Vergangenheit kennen und mich, angesichts dieser Ihnen bis 1933 bekannten und der aus dem beiliegenden Einspruchsschreiben erkannt werdenden Vergangenheit, für würdig genug halten, sich meines Falles persönlich anzunehmen, damit mir Gerechtigkeit widerfährt.“<sup>70</sup>

Hans Muchow baute darauf, dass sein erstes Gesicht noch päsent war. Und in der Tat bekam Muchow gewichtige Unterstützung. Am 10.2.1946 wurde bei der Britischen Militärregierung im Hotel Esplanade eine „Bitt-Adresse“ abgegeben, in der es hieß:

„Wir kennen Muchow als aufrechten und verantwortungsbewussten Deutschen, der sich in den Jahren seiner Tätigkeit in der NSDAP nichts zu Schulden kommen ließ, vielmehr bemüht gewesen ist, im Rahmen dieser Organisation in seinem Wirkungsbereich das zu verwirklichen, was für Erzieher und Deutsche gleichermaßen selbstverständlich ist. Muchow hat gerade aufgrund seiner Tätigkeit im weiten Maße Unrecht verhüten können, ist zudem als Wissenschaftler, Psychologe und erfolgreicher Erzieher in unserer Stadt hervorragend tätig gewesen. Wir sind der Überzeugung, dass mit seiner Wiedereinstellung der Stadt und dem Aufbau des deutschen Lebens gerade im Sinne der Neuordnung eine loyale und aufrechte Persönlichkeit gewonnen werden muss. Frau Else Muchow ist in keiner Weise an nationalsozialistischen Organisationen beteiligt, vielmehr in der Hamburger Lehrerschaft immer als Demokratin bekannt gewesen, zudem Erzieherin und Psychologin mit ausgezeichneten Qualitäten und Erfolgen. Ihre Entlassung ist also auch sachlich nicht gerechtfertigt. Sie für ihren Mann büßen zu lassen, entspräche den verabscheuenswürdigen Nazi-Methoden der Sippenrache. Wir sind in der Lage von beiden bezeugen zu können, dass sie sich in den vergangenen Jahren immer wieder um Verhinderung von Auswüchsen, um eine menschlich qualifizierte Ordnung und im Rahmen der gesamteuropäischen Verhältnisse kräftig um Gesundung, demokratische Freiheit und Ausbau aller Lebensbereiche bemüht haben. Wir halten aus diesem Grunde ihre Wiedereinstellung in den Schuldienst für erforderlich und befruchtend für die Schulverhältnisse und bitten die Militärregierung um Rückgängigmachung der Entlassung.“<sup>71</sup>

Dies war unter anderem von Oberschulrat Fritz Köhne unterschrieben worden, der Hans Muchow aus der Volksheimbewegung in Eimsbüttel kannte und von



Elfriede Strnad, die eine enge Vertraute von Martha Muchow gewesen war, aber auch weiteren demokratischen Persönlichkeiten und Lehrerbildnern wie Prof. Rudolf Peter, Walter Jeziorsky und Julius Gebhard. Das Problem aller war sicherlich, dass ihnen die tatsächliche Tätigkeit von Hans Muchow im Einsatzstab Rosenberg unbekannt war.

Auch Heinrich Landahl verwendete sich in einer Erklärung vom 1.11.1946 für Hans Muchow und wohl insbesondere Else Muchow:

„Herr Hans Muchow ist mir seit etwa 25 Jahren bekannt. Er ist ausschließlich wissenschaftlich interessiert, ein vornehmer, lauterer Charakter und ein anregender, erfolgreicher Lehrer. Ein unmittelbares Verhältnis zu politischen Fragen hat er nicht, so dass er auch zweifellos niemals bewusster und tätiger Nationalsozialist gewesen ist. Seine Frau Else Muchow, geb. Wrage, hat mich während der ganzen Nazizeit einschließlich der Kriegsjahre regelmäßig besucht und in der Unterhaltung ihre Ablehnung des Nationalsozialismus in scharfen Worten geäußert und immer darauf hingewiesen, dass ihr Mann ganz mit ihr übereinstimme.“<sup>72</sup>

Hans Muchow selbst reichte einen neunseitigen Einspruch mit zahlreichen Anlagen ein, dessen detaillierte Wiedergabe diesen Rahmen sprengen würde.<sup>73</sup> Sein Hauptargument war, lediglich „nominelles Mitglied der NSDAP“ gewesen zu sein, niemals ein Amt in der NSDAP oder einer der Gliederungen innegehabt zu haben, weder Aktivist noch überzeugter Militarist gewesen und „seitens der NSDAP bzw. der HJ bis in den Herbst 1944 verfolgt“ worden zu sein. Er erklärte, „er sei nicht freiwillig Mitglied der NSDAP geworden, sondern aus den damaligen ‚Fortbildungsabteilungen‘ auf dem Wege der Überführung eingegliedert worden“ zu sein. Dann verwies Muchow darauf, seit seiner Studentzeit (1919) in dem „Hamburger Volksheim e. V.“ mitgearbeitet zu haben, in dem auch Oberschulrat Köhne und die Schulräte Hans Brunckhorst und Gustav Schmidt tätig gewesen waren. Auch die Mitgliedschaft, „obwohl Studienrat, in der schulpolitisch links gerichteten Gesellschaft der Freunde“ nannte er und verwies darauf, in der Zeit von 1930 bis 1933 „als einziger Studienrat Mitglied ihres Vorstandes“ gewesen zu sein. Muchow nannte viele Beispiele, die belegen sollten, dass er insbesondere mit den nationalsozialistischen Oberschulräten Walter Behne und Theodor Mühe in Auseinandersetzung gestanden habe. Erst auf Seite 5 kam er auf den Einsatzstab Rosenberg.

Hier behauptete Muchow, im November 1940 über den Reichsstattthalter kommandiert worden zu sein und nicht, wie Muchow es gewünscht habe, für den Schuldienst uk. gestellt zu werden. „Einmal zum Kriegseinsatz dorthin kommandiert, habe ich selbstverständlich meine Pflicht erfüllt. Das konnte ich umso eher, als die Tätigkeit rein wissenschaftlicher Art war. Ich hatte Buchmaterial, das seitens der Geheimen Feldpolizei bzw. der Militärverwaltung in Belgien zugunsten des Rei-

ches beschlagnahmt war, zu bearbeiten und es für die deutsche wissenschaftliche Forschung, soweit es für sie seit 1933 nicht greifbar gewesen war, aufzubereiten. Besondere weltanschauliche Zugeständnisse (zum Beispiel Kirchenaustritt) wurden von mir nicht verlangt. Der ERR war als Wehrmachtsgefolge versorgungsmäßig der Militärverwaltung unterstellt, ohne zur Militärregierung zu gehören; die Arbeitsergebnisse waren dem Hauptamt Wissenschaft im Amte Rosenberg abzuliefern, ohne dass von dort aus Weisungsrecht bestand. Die Zwitterstellung gab mir Gelegenheit, wirklich selbständig und unabhängig wissenschaftlich zu arbeiten.

Der Nürnberger Gerichtshof hat die Mitarbeiter des ERR weder als Kriegsverbrecher bezeichnet, noch ihnen inkorrektes Verhalten vorgeworfen, noch sie überhaupt unter Anklage gestellt. Der Verteidiger des Angeklagten Rosenberg, Landgerichtsdirektor Dr. Thoma, stellte vielmehr die gewissenhafte, wissenschaftliche und korrekte Haltung der im ERR beschäftigten Gelehrten ausdrücklich fest.<sup>74</sup>

Ohne konkrete Kenntnis von der tatsächlichen Arbeit des Einsatzstabes war es für die Entnazifizierungsausschüsse sicherlich schwierig, zu beurteilen, ob Muchows Aussagen seinem tatsächlichen Wirken entsprachen.

Skepsis war auch angebracht gegenüber den Aussagen von Hans Muchow über seine Veröffentlichungen und über vielfältige Reden, die er bei der Wehrmacht gehalten hatte, insbesondere ein Vortrag zum Thema „Die geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus“. Muchow behauptete, für einen verhinderten Berliner Redner eingesprungen zu sein. „Der Vortrag, der anschließend (nur in Belgien) veröffentlicht wurde, trägt zweifellos nationalsozialistischen Charakter, insofern, als er den Nationalsozialismus selber zum Thema hat. Ich kann die Arbeit leider nicht vorlegen, da das einzige Belegexemplar auf dem Rückmarsch aus Belgien mit meiner gesamten Bibliothek durch Feindeinwirkung verloren gegangen ist. Sonst könnte ich eindeutig nachweisen, dass es sich darin nicht um das Parteiprogramm der NSDAP oder den üblichen Nazi-Nationalsozialismus handelt.“<sup>75</sup>

Bei den dann von Muchow genannten Stichpunkten ist bei diesem Thema Skepsis angebracht. Seine Stichpunkte für diesen Vortrag lauteten: „Der Volksgedanke, der Rassengedanke, der Nationalsozialistische Gedanke, der Führergedanke, der Gedanke von Freiheit und Ehre.“<sup>76</sup>

Auch bei den mit den Details der Biografie von Hans Muchow nicht Vertrauten konnte der Eindruck entstehen, dass sich der frühe Muchow von der Person unterschied, die sich möglicherweise durch die nationalsozialistische Entwicklung verändert hatte. Andererseits hatte er die Leumundszeugnisse von so wichtigen Personen wie Heinrich Landahl und Fritz Köhne, der grauen Eminenz in der Schulbehörde, auch nach 1945. Insofern wundert es nicht, dass der Berufungsausschuss 17 unter Leitung von Rechtsanwalt Soll, der für milde Urteile bekannt war, zu einem

positiven Ergebnis kam. Gegen den Einspruch des Vertreters des Fachausschusses wurde Muchow am 3.12.1947 in Kategorie V eingestuft. Der Ausschuss befand: „Auch seine Tätigkeit während des Krieges im Einsatzstab Rosenberg, zu dem er trotz seines Sträubens kommandiert wurde, ist vom Berufungsausschuss nicht als politisches Belastungsmoment gewertet worden. Die Tatsache, dass Muchow noch im Jahre 1944 politisch als ‚destruktives Element‘ gekennzeichnet wurde, sowie sein gesamtes Verhalten spricht eindeutig dafür, dass Muchow seiner innerlichen Überzeugung nach nie ein Nationalsozialist gewesen ist.“<sup>77</sup>

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen unter Vorsitz von Johann Helbig hatte noch etwas anders plädiert:

„Er ist ein Pädagoge von großem Format. Er ist nicht Nationalsozialist gewesen. Zum tiefen Bedauern aller fortschrittlichen pädagogischen Kreise Hamburgs hat er sich aber nicht von den Nazis fern gehalten, hat, wenn auch mehr oder weniger äußerlich, mitgemacht. Er wird für den Neuaufbau keine Gefahr sein; wird sogar helfen können. Sein Wiedereintritt als Studienrat im Angestelltenverhältnis wird befürwortet.“<sup>78</sup>

Kurz darauf, am 2.3.1948, stellte Kurt Zeidler für den Fachausschuss 6b einen Wiederaufnahmeantrag. Schulrat Robert Werdier, der Hans Muchow gut kannte, hatte eine Stellungnahme über ihn abgegeben, die am 4.3.1948 eingereicht wurde. Darin hieß es:

„Gesprächsweise wurde mir mitgeteilt, dass Herr Muchow vor dem Berufungsausschuss angegeben hat, dass er 1941 gegen seinen Willen gezwungen zum Amt Rosenberg in Brüssel einberufen wurde. Diese Angaben entsprechen nicht den Tatsachen. Von März bis Mai 1941 war ich mit Herrn Muchow zusammen bei einer militärischen Einheit als Wehrmachtsdolmetscher tätig. Ich freute mich, dass damals der mir aus seinem schulischen Wirken bekannte Muchow zu uns kam, musste aber schon in den ersten Gesprächen feststellen, dass er trotz seiner verbindlichen Umgangsformen und seiner Bereitwilligkeit, mit den Kameraden zu sprechen, doch eine innere Wandlung durchgemacht haben musste. Deshalb distanzierte ich mich schon nach wenigen Tagen von ihm im Gespräch und war auch nicht überrascht, als er Ende April 41 mir eines Tages freudig mitteilte, dass er schon früher für Rosenberg gearbeitet hätte und jetzt während der Kriegszeit hoffe, ein ihm gemäßes Aufgabenfeld vorzufinden. Die Sache erschien mir so ungeheuer, dass ich zunächst versuchte, ihn von seinem Vorhaben abzuhalten und ihm sagte, dass es doch ein leichtes wäre, als Dolmetscher von der Wehrmacht reklamiert zu werden. Er erklärte aber klipp und klar, dass er hierauf keinen Wert lege.

Als Soldat, Muchow war Unteroffizier, wurde er von den Vorgesetzten wegen seiner strammen soldatischen Haltung geschätzt. Es war nichts an ihm zu erkennen,

dass er den Wehrmachtsdienst nur widerwillig tat, im Gegenteil, in manchen Augenblicken übertrieb er seine stramme Haltung vor Vorgesetzten, die auf mich manchmal schon fast servil wirkte. Ich habe während des Krieges Muchow nur noch einmal wieder getroffen im Sommer 42 auf dem Hauptbahnhof, wo er mir in Zivil begegnete und in einem kurzen Gespräch mitteilte, dass er sich jetzt endlich auswirken könnte und von seiner Arbeit voll befriedigt sei. Ich habe Muchow nach dem Kriege bewusst geschnitten. Ein Mann, der einst vor 1933 wirklich ein Jugendführer war und sich dann so bejahenden Herzens – bei seiner Intelligenz – einem Phraseur wie Rosenberg anhing, hat für mich alle Achtung verloren. Solche Typen haben Verwirrung in die Jugend getragen, die einst ihre Schüler waren und vielleicht bei ihren inneren Kämpfen doch wohl auf ihren einstigen Lehrer blickten. Wie sollten diese jungen Menschen schon wissen, was Recht und Wahrheit ist, wenn der Mann, der sie einst in der Schule betreuen durfte, so schmachvollen Verrat an der deutschen Sache beging.“<sup>79</sup>

Die Skepsis bei den Männern des Fachausschusses 6b war groß. Es waren Kurt Zeidler und Friedrich Wilhelm Licht, Repräsentanten der „Gesellschaft der Freunde“, die am 9.12.1947 an den Leitenden Ausschuss schrieben:

„Muchow war vor 1933 ausgesprochen linksorientiert, so dass seine nach der sogenannten Machtübernahme festzustellende Gesinnungsänderung eine starke Verwunderung bei seinen antinationalsozialistischen Freunden und Bekannten hervorrief. Man sah in ihm einen Renegaten, dessen deutlich erkennbarer Ehrgeiz die Triebfeder seines Handelns war, und man distanzierte sich von ihm. Am 28.3.1940 wurde M., der 1937 in die Partei eingetreten war, zur Wehrmacht eingezogen und nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Tätigkeit – nach seinen Angaben – kommandiert, die dem Stab Rosenberg unterstand. Er ist hier am 9.11.1944 zum Oberstudienrat befördert worden.

Der Fachausschuss ist der Meinung, dass diese Heraushebung nicht aufgrund seiner pädagogischen Fähigkeiten erfolgt ist, sondern dass sie durch eine beauftragte Stelle des Stabes Rosenberg bei der Schulbehörde in Hamburg erwirkt wurde, weil er das Vertrauen dieses Amtes durch die Ausübung seiner Tätigkeit in vollem Maße genoss. Das veranlasst den Fachausschuss, in Übereinstimmung mit dem Beratenden Ausschuss, in ihm einen Nutznießer des Systems zu sehen. Er kann sich nicht damit abfinden, dass er in einer bevorzugten Stellung, vielleicht sogar als stellvertretender Oberstudiendirektor beschäftigt wird, nachdem er sich politisch so labil und wenig krisenfest gezeigt hat. Er steht auf dem Standpunkt, dass Muchow nur als Studienrat zu bestätigen und nach Kategorie IV einzustufen ist; denn Mitläufer ist er auf jeden Fall gewesen.“<sup>80</sup>

Hans Muchow wurde am 15.8.1948 erst einmal wieder als Studienrat an der Walddörferschule eingestellt.<sup>81</sup>

Und dann gab es noch ein Schreiben von Oberregierungsrat Dr. Wernicke aus Hannover, das dieser an Oberschulrat Heinrich Schröder richtete. Darin hieß es:

„Ich bitte Sie sehr, die Verzögerung der Antwort auf Ihre Anfrage damit zu entschuldigen, dass ich mich noch bei einem Kameraden aus Brüssel erkundigt habe, welche Aufgaben der Einsatzstab Rosenberg in Brüssel zu erfüllen hatte. Dieser Kamerad berichtet nun, dass Herr Muchow und Herr Dr. Vogel ihm auf die Frage nach ihren Aufgaben mitgeteilt haben, sie hätten ‚die feindlichen Strömungen im besetzten Gebiet zu beobachten‘. Mein Gewährsmann schreibt dann weiter, ‚der Einsatzstab Rosenberg hatte dann noch die Aufgabe, die Beschlagnahme und Fortführung jüdischen Eigentums zu machen. Die Beschlagnahmen scheinen auch Gegenstand der Besprechungen Muchows mit dem Militärbefehlshaber gewesen zu sein‘. Ich erinnere mich, dass wir bei den Wehrmachtscursen zur Berufsförderung einmal eine ganze Reihe deutscher Klassiker aus den beschlagnahmten jüdischen Beständen bekommen haben. Beim Kommandostab Wehrmachtscursen schreibt mein Gewährsmann weiter, hat man sonst vom Einsatzstab Rosenberg keine Notiz genommen.

Bei den Wehrmachtscursen zur Berufsförderung fanden während meiner Amtszeit in Brüssel zweimal Hochschulwochen statt, zu denen die Studenten aus der Truppe herangezogen wurden, um von den Professoren der Universitäten Köln, Bonn und der Technischen Hochschule Aachen Vorlesungen zu bekommen. Ich erinnere mich, dass bei diesen Wochen Herr Muchow einen Vortrag über die nationalsozialistische Weltanschauung hielt, der den Versuch machte, die Thesen des Nationalsozialismus für die Studenten philosophisch und wissenschaftlich zu begründen. Er hat ferner einen Vortrag ‚Deutschland als europäische Ordnungsmacht‘ ausgearbeitet gehabt, den er mehrfach in Belgien gehalten hat. In ihm wurde die europäische Geschichte durchaus im Sinne der Parteilegende gesehen. Wie weit der Einsatzstab Rosenberg mit den prodeutschen oder pronazistischen Walonen- und Flamen-Kreisen zu tun hatte, entzieht sich meiner Kenntnis. Auch mein Gewährsmann weiß darüber nichts näheres. Das Vertrauen, das Muchow in Berlin beim Amt Rosenberg genoss, war sicher außerordentlich, denn er fuhr sehr häufig zu Besprechungen nach Berlin und wurde schließlich auch zum Leiter des größeren und bedeutsameren Einsatzstabes Rosenberg in Paris ernannt, was ja wohl schwerlich geschehen wäre, wenn man mit der von ihm geleisteten Arbeit und seiner Gesinnung nicht zufrieden gewesen wäre. Herr Studienrat Schröder, früher an der Aufbauschule in Hamburg, teilte mir nach dem Kriege, als Herr Muchow wieder im Amt war, mit, dass Herr Muchow während des Krieges an die Schüler seiner letzten Klasse laufend einen Rundbrief schrieb, in dem er sie im nationalsozialistischen Geiste zu erziehen versuchte und sie, selbst als schon der negative Ausgang von

jedem Einsichtigen erkannt wurde, noch zum Einsatz ihres Lebens für die Bewegung aufforderte.“<sup>82</sup>

Danach musste sich als nächstes der Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten mit dem Fall beschäftigen. Hans Muchow wurde selbst gefragt und zeigte sich in der Lage, geschickt zu antworten, ohne dass es für den Ausschuss möglich war, die Antworten zu überprüfen. Schulrat Robert Werdier bekräftigte noch einmal den Wandel, den er bei Muchow festgestellt habe. Er berichtete auch von einem Schüler von Muchow, der seinen ehemaligen Lehrer im Herbst 1948 wieder getroffen habe, nunmehr selbst Lehrer, der erzählte, Muchow sei nach 1933 „plötzlich zum Nationalsozialismus umgefallen und habe ihm nach dem Kriege einmal erzählt, er sei Nationalsozialist viel mehr gewesen, als alle gewusst hätten“.<sup>83</sup>

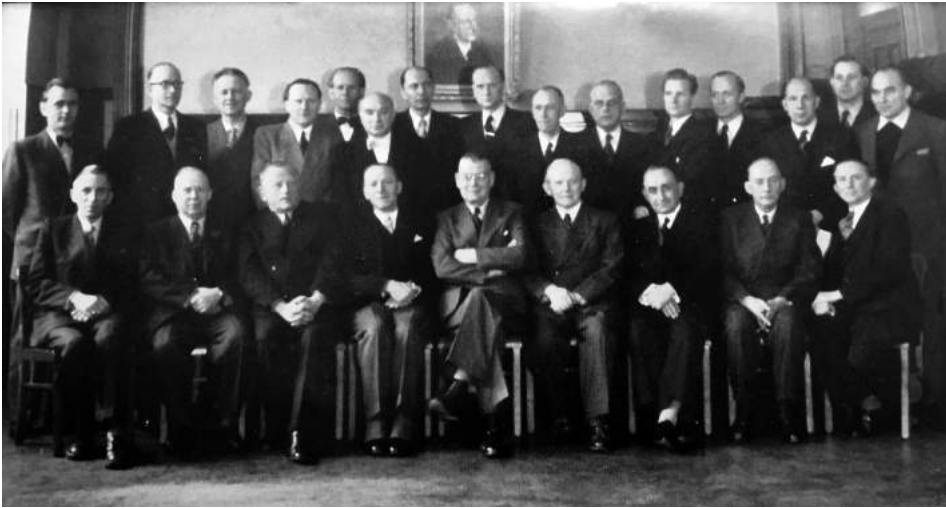
Auf Werdiers Aussage zu Muchows Tätigkeit beim ERR erklärte Muchow, „dass es richtig ist, dass ich zunächst gegen meinen Willen dorthin gekommen bin. Es ist aber möglich, dass ich 1941 ganz gerne wieder zum Stab Rosenberg zurückgegangen bin, denn es handelte sich dort um eine sehr interessante fachwissenschaftliche Tätigkeit, die von Fachleuten aus allen Gebieten ausgeübt wurde.“<sup>84</sup>

In Hamburg war der Gesinnungswechsel von Hans Muchow offenbar durchaus bekannt. Muchows Freund und Kollaborateur beim Stab Rosenberg, Dr. Adolf Vogel, erhielt von Alexander Stempel, dem Schulleiter am Gymnasium Kaiser-Friedrich Ufer einen „Persilschein“ ausgestellt, der Vogel allerdings in Kontrast zu Muchow setzte. Stempel äußerte sich über Vogels Tätigkeit beim Einsatzstab Rosenberg, wo dieser, laut Stempel, „viele Skrupel hatte“. „Wir Kollegen versuchten ihn zu trösten, indem wir feststellten, dass er wahrscheinlich kein guter Soldat sein würde und dass er zu leiden haben würde aufgrund seiner physischen Konstitution, während er in Belgien mehr für seine zukünftige Art zu unterrichten und seine historischen Studien profitieren würde. Später fragten wir uns, ob seine Tätigkeit ihn zu einem Nationalsozialisten machen würde; weil es bekannt war, that his associate Muchow had advanced out of turn.“ Stempel schrieb auch, „dass Dr. Vogel in einer solchen Umgebung ein Sklave der Partei hätte werden können. Nichts davon passierte. Wenn Dr. Vogel zurückkam, war er immer ganz unverändert. Unter Freunden stellte er fest, dass er eine Menge für seine Studien gelernt habe“.<sup>85</sup>

Hans Muchow wurde in Kategorie V eingestuft und hatte sich mit der Einstufung als Studienrat einverstanden erklärt.<sup>86</sup>

Zum 17.4.1952 wurde Hans Muchow dann auf eigenen Wunsch an die Oberschule für Jungen in Eppendorf versetzt.<sup>87</sup>

Dort wurde seine Arbeit sehr geschätzt, wie die Beurteilung des Oberstudienleiters Dr. Walter Kurenbach vom 26.8.1957 zeigte:



Hans Muchow (sitzend, 3. v.l.) im Lehrerkollegium der Oberschule für Jungen in Eppendorf 1954

„Herr Studienrat Hans Muchow ist eine ausgeprägte erzieherische Persönlichkeit. Geistig und pädagogisch ist er einer der führenden Köpfe der Schule. Er ist nicht nur ein guter pädagogischer Theoretiker (siehe seine Schriften über Probleme der Jugendlichen), sondern ein ebenso guter Praktiker. Der Unterricht, den er gibt, ist ausgezeichnet, und zwar auf allen Klassenstufen. Deshalb wird er auch vorzugsweise für die Kandidatenausbildung eingesetzt.

Er ist seit Jahren Leiter der Schülerbücherei. Und als solcher leistet er pädagogisch und erzieherisch Wertvolles: er ist sehr überlegt in der Ergänzung der Büchereien, er lenkt die Lektüre der ausleihenden Schüler und nimmt so auf ihre Entwicklung nachhaltigen Einfluss. Er ist immer bereit, sich besonderen Aufgaben, die die Schulgemeinschaft stellt, zu widmen, so in Bezug auf Schulfeste, die er ausgezeichnet aufzubauen und durchzuführen versteht. Für Elternversammlungen stellt er gerne sein reiches theoretisches und praktisches pädagogisches Können zur Verfügung und hilft so, den Eltern pädagogische Probleme nahezubringen.“<sup>88</sup>

Diese Beurteilung hatte einen konkreten Hintergrund, denn Muchow bemühte sich erneut „um die Gewährung eines einjährigen Urlaubs für wissenschaftliche Arbeiten“. Dabei verwies er auf seine außerordentlich erfolgreichen Publikationen, die, auflagenstark, einer Bearbeitung bedurften. Er nannte dabei die Titel „Flegeljahre“ und „Jugend im Wandel“: „Nach dem Urteil der Kritik und angesichts der Tatsache, dass dieses Buch in den pädagogischen und psychologischen Seminaren deutscher und ausländischer Universitäten sowie an den Studienseminaren und Lehrerbildungsstätten aller deutschen Länder durchgehend benutzt wird, darf auch

dieses Buch als ein wichtiger Beitrag zur Psychologie und Wesenskunde der heutigen Jugend betrachtet werden.“ Das Buch „Flegeljahre“ habe mit der 2. Aufl. insgesamt 7000 Exemplare gehabt, „eine niederländische Übersetzung befindet sich zur Zeit in Vorbereitung“.<sup>89</sup>

Das Schreiben mit dem Hinweis auf eine bevorstehende niederländische Übersetzung hatte Hans Muchow zum ersten Mal in einer Korrespondenz mit der Schulbehörde als Hans Heinrich Muchow unterzeichnet, was er von diesem Zeitpunkt an stets tat. Von nun an veröffentlichte er auch unter dem Namen Hans Heinrich Muchow. Vielleicht überinterpretiere ich, wenn ich dies mit der Tatsache einer niederländischen Ausgabe verbinde. Aber Hans Muchow musste davon ausgehen, dass er im holländisch-belgischen Raum vielleicht Spuren hinterlassen hatte, die ihm in diesem Kontext Probleme bereiten konnten. Die Schulbehörde jedenfalls ignorierte seinen zweiten Vornamen und antwortete immer an Hans Muchow. So auch Landesschulrat Ernst Matthewes am 27.3.1957, der schrieb:

„Ihr Gesuch, ein Jahr für Ihre wissenschaftlichen Arbeiten beurlaubt zu werden, ist von der Schulbehörde sehr eingehend geprüft worden und ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Ich verstehe durchaus Ihren Wunsch, von der kraft- und zeitraubenden Arbeit in der Schule entbunden zu werden, um Ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen und die 3. Aufl. Ihrer Schrift fertigstellen zu können, und ich möchte Ihnen ausdrücklich bescheinigen, dass wir von dem großen Wert Ihrer Veröffentlichungen nicht nur für die Erkenntnis der gegenwärtigen Situation unserer Jugend, sondern auch wegen der unmittelbaren Wirkung auf die Gestaltung der Schule überzeugt sind. Ihre früheren Veröffentlichungen belegen dies eindeutig. Trotzdem haben wir uns nicht entschließen können, Ihnen den erbetenen Urlaub zu bewilligen, weil die angespannte Personallage im Bereich der wissenschaftlichen Oberschulen eine solche Beurlaubung nicht zulässt und das Personalamt ihr nicht zustimmen wird. Ich weiß, dass diese Entscheidung für Sie eine große Enttäuschung bedeutet, besonders weil ich mir bewusst bin, dass Ihr Antrag nicht nur einem persönlichen Wunsche entsprang, sondern auch der Sache dienen sollte, und ich weiß auch, dass es eine fast untragbare Zumutung bedeutet, neben der aufreibenden Arbeit in der Schule, die Sie, wie wir wiederholt feststellen konnten, stets mit großer Hingabe und anerkanntem Erfolg ausgeübt haben, noch Zeit und Kraft für eine größere ernsthafte wissenschaftliche Arbeit aufzubringen.“<sup>90</sup>

Vorangegangen war ein Schreiben von Schulleiter Kurenbach, der um Ablehnung des Gesuchs bat, weil er Hans Muchow als Klassenlehrer für die 11. Klasse benötigte.<sup>91</sup>

So kam es dazu, dass Muchow auch im folgenden Schuljahr am Gymnasium Eppendorf eingesetzt war. Allerdings hatte die Schulbehörde Hans Muchow auf



Antrag von Schulsenator Heinrich Landahl vom 14.2.1958 auf Grundlage der Beurteilung des Schulleiters wieder zum Oberstudienrat befördert.<sup>92</sup>

Muchow verstärkte im Weiteren seine Arbeit auf vielen Ebenen. Er war als Oberstudienrat an der Schule tätig, schrieb Neuauflagen seiner Bücher und Aufsätze in Sammelwerken und pädagogischen Zeitschriften, trat als Redner deutschlandweit auf Tagungen in Erscheinung, wie die Urlaubsanträge in seiner Personalakte dokumentieren.<sup>93</sup>

1961 stellte Muchow erneut einen Antrag, für seine wissenschaftliche Arbeit beurlaubt zu werden für ein Jahr, dieses Mal „unter Fortzahlung des Gehalts“, was Landesschulrat Ernst Matthewes in einem Vermerk für Senator Landahl als „etwas außergewöhnlich“ bezeichnete und dann in einem Schreiben am 10.3.1961 an Hans Muchow ablehnte.<sup>94</sup>

Oberschulrat Curt Zahn machte im Jahr darauf den Versuch, Hans Muchow für eine weitere Beförderung vorzuschlagen: „Er wäre jederzeit in der Lage, ein Gymnasium selbständig zu leiten.“<sup>95</sup>

Muchow allerdings wollte einen anderen Weg gehen und beantragte am 15.1.1962, mit Vollendung seines 62. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt zu werden, was dann auch mit Schreiben vom 2.3.1962 verbunden mit „Dank und Anerkennung für die treuen Dienste“ vollzogen wurde.<sup>96</sup>

Hans Muchow war danach weiterhin rege schriftstellerisch und als Vortragender auf Tagungen tätig. Jürgen Zinnecker (1941–2011) schrieb über ihn:

„Hans Heinrich Muchow war in den 50er und 60er Jahren ein geschätzter und viel diskutierter Autor zur Psychologie und Geschichte der deutschen Jugend. Ich erinnere mich an meine eigene Zeit als Lehrerstudent in Hamburg zwischen 1962 und 1965. Muchows sozialgeschichtliche Studien zu verschiedenen Jugendgenerationen zwischen 1770 und 1960 gehörten zur Standardlektüre von Studenten, die sich für Jugendarbeit und Freizeitpädagogik interessierten. Helmut Schelsky, damals Professor in Hamburg, habe ihn – so erzählt mir Hans Heinrich Muchow – seinerzeit an den Rowohlt Verlag und an den Herausgeber der Reihe ‚rowohlts deutsche enzyklopädie‘, Ernesto Grassi, vermittelt. Als Taschenbuchbände erlebten ‚Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend‘ (1959) und ‚Jugend und Zeitgeist‘ (1962) hohe Auflagen. Hans Heinrich Muchow definiert die beiden Arbeiten zur ‚epochaltypologischen Jugendpsychologie‘ als ‚Erfüllung des wissenschaftlichen Vermächtnisses meiner Schwester‘.“<sup>97</sup>

Hans Muchow und Hans Heinrich Muchow – zwei Gesichter eines Mannes.

Es war ihm gelungen, seine Tätigkeit für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg verblassen und vergessen zu lassen.

Hans Muchows Frau Else war vom 20.10.1945 bis zum 18.8.1946 vom Dienst suspendiert worden, danach aber, insbesondere in den 1950er Jahren sehr erfolgreich als Lehrerin und in der Lehrerfortbildung als Seminarleiterin tätig gewesen. Sie war Oberschullehrerin für den Turn- und Schwimmunterricht. Schulsenator Heinrich Landahl hatte am 14.11.1960 den Ernennungsvorschlag gemacht, sie zur Studienrätin zu befördern. Nachdem das Personalamt dies mit Hinweis auf die fehlende Laufbahn-Voraussetzung abgelehnt hatte, ließ auch Else Muchow sich zum 1.4.1962 pensionieren. In einem Vermerk in ihrer Personalakte wurde am 16.11.1973 festgestellt, dass sie „nach wie vor engen Kontakt zur Schule hält, obwohl sie wegen der Krankheit des Mannes an den Schulveranstaltungen nicht mehr teilnehmen kann“.<sup>98</sup>

Hans Muchow starb am 30.11.1981, seine Frau Else Muchow war schon am 18.10.1979 gestorben.<sup>99</sup>

### **Nachtrag**

Ähnlich wie bei Albert Krebs habe ich über Bibliotheken und Antiquariate versucht, Schriften von Hans Muchow einzusehen oder zu erwerben. Jüngst bekam ich den Druck eines Vortrags von Hans Muchow vom 2.3.1939 vor der Nordischen Gesellschaft in Hamburg. Sein Thema: „Die Hanse als Wille und Tat aus nordisch-germanischem Geist“. Diesen Vortrag hielt er also, bevor er sich aufmachte, beim Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg mitzuarbeiten. Ich zitiere nur sein Resümee:

„Und überall, wo diese hansischen Menschen leben und schaffen, sind sie sich ihres Deutschtums bewusst und halten es rein von fremden Einflüssen. Das wird deutlich aus der Bemerkung des lübisches Chronisten Reimar Kock, der 1499 schreibt:

‚Tho Lubecke syn nene (keine) Joden, de besnedet syn; man bedarveth erer ock nicht!‘“

Und weiter:

„So tritt uns, trotz der wenig ergiebigen Quellen, ein Bild hansischen Menschentums entgegen, das dem nordisch-germanischen Menschentum der Sagas und Eddas überraschend verwandt ist: gemeinschaftswillig, zum Einsatz für die Sache seiner Stadt und der gemeinen Hanse bereit, hart, wehrhaft, kampfbereit, kühn im Handeln und Planen, seines Deutschtums bewusst und auf Reinerhaltung seiner Art bedacht dessen Wahlspruch auch uns aus dem Herzen gesprochen ist: ‚Navigare necesse est; vivere non est necesse!‘, was wir vielleicht sehr frei, aber doch den Sinn treffend übersetzen dürfen: ‚was ist schon das Leben wert, wenn es nicht an hohe Ziele gesetzt wird!‘“<sup>100</sup>

Die „hohen Ziele“ wurden ein paar Monate später gesetzt, als Deutschland den Zweiten wahnsinnigen Weltkrieg begann.

Edward Dolnick hat ein Buch geschrieben, das 2014 in deutscher Sprache veröffentlicht wurde: „Der Nazi und der Kunstfälscher. Die wahre Geschichte über Vermeer, Göring und den größten Kunstbetrug des 20. Jahrhunderts“.<sup>101</sup> Darin wird eindrücklich deutlich, dass der Kunstraub insbesondere in den besetzten Niederlanden von den Naziführern Adolf Hitler und Hermann Göring intensiv beobachtet und betrieben wurde, vermeintlichen Kunstfreunden und Kunstsammlern. Dolnick stellt fest:

„Von den ungefähr 140.000 Juden, die vor dem Krieg in den Niederlanden lebten, wurden 102.000 von den Deutschen umgebracht. Rund 25.000 Juden versteckten sich, 8000 von ihnen, darunter Anne Frank und ihre Familie, wurden entdeckt und ermordet.“ Hans Muchow war sicherlich an der Ermordung der Juden nicht beteiligt. Aber er hatte jüdische Villenbesitzer und solche, die den Nationalsozialisten feindselig gegenüberstanden, denunziert. Nach deren Flucht oder Abtransport hatte er sich mit seinen „Mitarbeitern“ in deren Villen niedergelassen und deren Eigentum gesichtet und abtransportieren lassen. Aus meiner Sicht sind Hans Muchow und sein Freund und Kollege Adolf Vogel Kriegsverbrecher gewesen und es ist erschütternd, dass diese nach 1945 ungeschoren davon kamen und wieder an Hamburger Schulen unterrichten durften.

Hans Muchow war offensichtlich schon vor seinem Einsatz im Rosenberg-Stab „out of turn“ geraten. Er, der 1939 in seinem Vortrag zitierte, „dass man der Juden nicht bedürfe“, dessen Schwester aus Verzweiflung über die nationalsozialistische Verfolgung ihres jüdischen Professors William Stern 1933 nicht mehr weiterleben wollte, tat nach 1945 so, als verwalte er das Vermächtnis seiner Schwester Martha Muchow und rühmte sich, bei dem verehrten jüdischen Psychologieprofessor William Stern studiert zu haben. Ein Scharlatan.

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Hans Muchow, StA HH, 361-3\_A 1628. Siehe auch die Biografie von Dr. Adolf Vogel in diesem Band.
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Anmerkung von Jürgen Zinnecker 1998 in dem von ihm damals wieder herausgegebenen Buch von Martha Muchow und Hans Heinrich Muchow: Der Lebensraum des Großstadtkindes. Abgedruckt in der Neuauflage, die herausgegeben wurde von Imbke Behnken und Michael-Sebastian Honig, BeltzJuventa, Weinheim und Basel 2012, S. 40.
- 4 Von Zinnecker 1998 in einer Neuauflage erwähnt und nunmehr abgedruckt: Der Lebensraum des Großstadtkindes 2012.
- 5 Siehe: Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Heinrich\\_Muchow](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Heinrich_Muchow)

- 6 Der Lebensraum des Großstadtkindes 2012, S. 40.
- 7 Siehe die Biografie Dr. Adolf Vogel in diesem Band.
- 8 Es gibt zahlreiche Literatur zu diesem Thema. Siehe etwa: Peter M. Manasse: Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeit des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997; Jakob Kurz: Kunstraub in Europa 1938–1945, Hamburg 1989; Stefan Koldehoff: Die Bilder sind unter uns. Das Geschäft mit der NS-Raubkunst, Frankfurt am Main 2009, insbesondere S. 90ff.
- 9 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999, S. 693.
- 10 Uwe Schmidt 1999 S. 177, S. 238 und S. 240.
- 11 Uwe Schmidt 1999. Der Aufsatz von Hans Muchow wird zitiert aus: Die Horst, Schulzeitschrift der Walddörferschule, November 1949, S. 5.
- 12 Siehe die Hamburgischen Lehrerverzeichnisse des Stadt- und Landgebietes für das Schuljahr 1930–1931, S. 44 und für das Schuljahr 1932–1933, S. 43. In diesen, von der Gesellschaft der Freunde und dem Verein Hamburger Lehrerinnen herausgegebenen Verzeichnissen sind die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde mit einem Stern gezeichnet.
- 13 Schreiben an Hans Brunckorst vom 11.5.1928, Entnazifizierungsakte Hans Muchow, StAHH, 221-11\_ Ed 1192
- 14 Schreiben vom 27.8.1929, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 13.2.1928, Personalakte a. a. O.
- 16 Siehe zu Martha Muchow: Hannelore Faulstich-Wieland/Peter Faulstich: Lebenswege und Lernräume. Martha Muchow: Leben, Werk und Weiterwirken, Weinheim und Basel 2012. Siehe auch die Laudatio, die Hannelore Faulstich-Wieland zur Einweihung der Martha-Muchow-Bibliothek der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft an der Universität Hamburg am 31.1.2007 gehalten hat, in der wesentliche biografische Daten von Martha Muchow genannt wurden, <https://www.ew.uni-hamburg.de>; siehe auch die Biografie Martha Muchow in: [www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/martha-muchow](http://www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/martha-muchow); siehe auch die von Martin Tschene geschriebene Biografie: William Stern, Hamburg 2010.
- 17 Helmut Moser: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Berlin-Hamburg 1991, S. 496f. Siehe dazu auch die Biografie Paul Roloff, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 637ff., sowie die Biografie Gustaf Deuchler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142ff. sowie die Biografie Georg Anschütz in diesem Band.
- 18 Faulstich-Wieland 2007, S. 5.
- 19 Helmut Moser 1991, S. 498f.
- 20 Faulstich-Wieland 2007, S. 1.
- 21 Von Zinnecker 1998 in einer Neuauflage erwähnt und nunmehr abgedruckt: Der Lebensraum des Großstadtkindes 2012, S. 40.
- 22 Zinnecker 1998, S. 41.
- 23 Ebd.
- 24 Laut Angabe Hans Muchow über seine Schriftwerke bis 1945 in seiner Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 25 Originalausgabe: Dr. Martha Muchow – Hans Muchow: Der Lebensraum des Großstadtkindes, Hamburg 1935, Vorwort S. 8f.
- 26 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Ebd.
- 28 Siehe Anmerkung 15 und Personalakte Muchow, a. a. O.
- 29 Siehe dazu auch die Biografie Dr. Adolf Vogel in diesem Band.
- 30 Willem de Vries: Kunstraub im Westen 1940-1945, Frankfurt am Main 2000, S. 137.
- 31 de Vries 2000, S. 239.
- 32 de Vries 2000, S. 13.
- 33 de Vries 2000, S. 35.

- 34 de Vries 2000, S. 236.
- 35 de Vries 2000, S. 236f.
- 36 de Vries 2000, S. 237.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 de Vries 2000, S. 241.
- 40 Ebd.
- 41 de Vries 2000, S. 243.
- 42 de Vries 2000, S. 249.
- 43 de Vries 2000, S. 243f.
- 44 de Vries 2000, S. 249.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.
- 47 [tsdavo.gov.ua/static/pdf/61433132.pdf](https://tsdavo.gov.ua/static/pdf/61433132.pdf)
- 48 Transportanmeldung vom 11.5.1942, ebd.
- 49 Anschreiben für die Kisten des Transportes vom 25.3.1943, ebd.
- 50 Hauptarbeitsgruppe Belgien-Nordfrankreich, Aufstellung der Aktivitäten und wichtigsten Arbeitsvorhaben vom 8.1.1943, ebd.
- 51 Schreiben vom 9.9.1941, ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Schreiben vom 7.8.1941, ebd.
- 54 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 620.
- 55 Schreiben vom 7.8.1941, [tsdavo.gov.ua/static/pdf/61433132.pdf](https://tsdavo.gov.ua/static/pdf/61433132.pdf)
- 56 Personalakte Else Muchow, geb. Wrage, StAHH, 361-3\_A 1627
- 57 Hans Muchow: Die Hanse als Wille und Tat aus nordisch-germanischem Geist, Hamburg 1939.
- 58 Hans Muchow: Der flämische Raum und die deutsche Hanse. Zugleich ein Versuch der Darlegung ihrer germanischen Grundlagen, Brüssel 1942, 2. Aufl. 1943.
- 59 Ebd., S. 79f.
- 60 Ebd., S. 80.
- 61 Faulstich-Wieland 2007, S. 5.
- 62 Hans Muchow 1943, S. 5.
- 63 Ernennungsurkunde, Personalakte a. a. O.
- 64 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 65 Schreiben vom 12.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 66 Schreiben vom 31.5.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 67 Schreiben vom 9.6.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 68 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 69 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 70 Schreiben vom 27.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O. Laut ihrer Personalakte war Else Muchow auf Anordnung der Brit. Militärregierung vom 9.10.1945 entlassen und zum 1.8.1946 wieder eingestellt worden, StAHH, 361-3\_A1627
- 71 Bitt-Adresse vom 10.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 72 Schreiben von Heinrich Landahl vom 1.11.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 73 Im Weiteren wird zitiert aus dem Einspruch des Oberstudienrat a.D. Hans Muchow gegen seine Entlassung, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 74 Ebd.

- 75 Ebd.
- 76 Ebd.
- 77 Berufungsausschuss 17 vom 3.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 78 Beratender Ausschuss vom 3.3.1947,
- 79 Stellungnahme vom 4.3.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 80 Schreiben des Fachausschusses vom 9.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 81 Personalakte a. a. O.
- 82 Schreiben von Oberregierungsrat Werneke vom 6.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 83 Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 16.3.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 84 Ebd.
- 85 Schreiben von Alexander Stempel, Entnazifizierungsakte Vogel, StAHH, 221-11\_Ed 15885
- 86 Schreiben des Leiters der Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 16.3.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 87 Personalakte a. a. O. Günstig für Muchow war sicherlich auch, dass sein neuer Schulleiter Kurenbach ein langjähriger Kollege seiner Frau Elsa Muchow, geb. Wrage, an der Lichtwarkschule in den Jahren 1928–1937 gewesen war. Siehe: Arbeitskreis Lichtwarkschule (Hg.): Die Lichtwarkschule. Idee und Gestalt, Hamburg 1979, Lehrerverzeichnis S. 60.
- 88 Beurteilung von 26.8.1957, Personalakte a. a. O.
- 89 Gesuch von Studienrat Hans Heinrich Muchow für eine Beurlaubung ab dem 1.4.1957, Personalakte a. a. O.
- 90 Schreiben von Landesschulrat Matthewes vom 27.3.1957, Personalakte a. a. O.
- 91 Schreiben von Walter Kurenbach vom 11.3.1957, Personalakte a. a. O.
- 92 Ernennungsantrag vom 14.2.1958, Personalakte a. a. O.
- 93 Personalakte a. a. O.
- 94 Schreiben vom 10.3.1961, Personalakte a. a. O.
- 95 Vorschlag von Oberschulrat Curt Zahn vom 4.1.1962, Personalakte a. a. O.
- 96 Personalakte a. a. O.
- 97 Zinnecker 1998, S. 38.
- 98 Personalakte Else Muchow, a. a. O.
- 99 Personalakten Hans Muchow und Else Muchow, a. a. O.
- 100 Hans Muchow: Die Hanse als Wille und Tat aus nordisch-germanischem Geist, Vortrag gehalten am 2.3.1939 vor der Nordischen Gesellschaft in Hamburg, Martin Schlegel Verlag, Hamburg 1939, S. 23.
- 101 Edward Dolnick: Der Nazi und der Kunstfälscher, Berlin 2014, S. 36.

## Wilhelm von Allwörden

„Er gehört zu jener kleinen Gruppe von Gläubigen, die in Hitler einen Heiligen, fast einen Gott sah. Er war ein Idealist durch und durch.“

Einer der mächtigsten Nationalsozialisten in Hamburg neben dem Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP, Karl Kaufmann, war Wilhelm von Allwörden. Ein Mann der ersten Stunde, seit 1925 Mitglied der NSDAP, mit der Mitgliedsnummer 7476 Träger des Goldenen Parteiabzeichens, seit 1931 Bürgerschaftsmitglied, in der SA seit 1926, wurde er von Karl Kaufmann in diverse Ämter berufen. Seit 1933 im Hamburger Senat, war er zum 1.10.1933 von Kaufmann mit der Leitung der neuen Verwaltung für Kulturangelegenheiten betraut und hatte damit die politische Verantwortung für die Schul- und Kulturpolitik in Hamburg.

Von Allwörden wurde noch in diverse weitere politische und ehrenamtliche Funktionen berufen. Zum Schluss, während des Krieges, war er seit 1942 Referent in der Abteilung Wirtschaft des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete. Ein überzeugter Nationalsozialist, der 1945 verhaftet und interniert wurde und nach 1945 sogar Fürsprecher fand, die ihm bescheinigten, sich durch ein freundliches Wesen und stete Hilfsbereitschaft ausgekennzeichnet zu haben. Sein Ende war tragisch, er erlitt am 10.8.1955 bei einem Fußballspiel des HSV gegen Preußen Münster auf dem Fußballplatz am Rothenbaum einen Herzschlag.

Wilhelm von Allwörden wurde am 1.6.1892 als Sohn des Dentisten Johann Wilhelm Friedrich von Allwörden in Altona geboren. Er besuchte die Volksschule in Altona und zeitweilig in Wrist/Holstein, anschließend mehrere private Handelsschulen, unter anderem die Grone-Schule in Hamburg, ohne dabei einen Abschluss zu erwerben.<sup>1</sup> Danach fand von Allwörden Anstellungen als Arbeiter, Kontorbote, Volontär und ab 1911 als kaufmännischer Angestellter. Seine Beteiligung im Ersten Weltkrieg war kurz, die Folgen schwerwiegend. „Unmittelbar nach seinem Einsatz als Infanterist an der Ostfront geriet er 1915 in russische Gefangenschaft, aus der er im August 1918 heimkehrte.“<sup>2</sup>

Möglicherweise der Ausgangspunkt für seine spätere politische Entwicklung.

Von Allwörden arbeitete dann als kaufmännischer Angestellter im Einzelhandel in Altona. Er fand seine politische Heimat in der völkischen Bewegung. Dort „machte er sich ihren vehementen Nationalismus und radikalen Antisemitismus zu Eigen und engagierte sich in der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung und im Völkisch-sozialen Block, wo er seit Mai 1924 als stellvertretender Ortsgruppenleiter fungierte.“<sup>3</sup>

Danach begann die Karriere von Wilhelm von Allwörden in der NSDAP. Er trat am 11.6.1925 in die Partei ein und erhielt die Mitgliedsnummer 7476. Dafür trug er später das Goldene Parteiabzeichen. Von Juni 1925 bis Mai 1930 war er als Propagandaleiter in Altona und Schleswig-Holstein tätig, darüber hinaus seit 1928 Ortsgruppenleiter in Altona und seit November 1929 Stadtverordneter und NSDAP-Fraktionsführer im Altonaer Rathaus.<sup>4</sup> In der SA war er seit dem 1.2.1926 Mitglied und wurde zum Standartenführer befördert. Er baute in Altona eine SA-Gruppe auf und übernahm im Mai 1928 für einige Zeit die Leitung des SA-Gaues Nordmark.<sup>5</sup>



Wilhelm von Allwörden,  
1934

Mit dieser Geschichte war klar, dass von Allwörden in der NSDAP im Weiteren eine herausragende Rolle spielen würde. Anfang 1930 war er stellvertretender Gauleiter in Hamburg und hauptamtlicher Geschäftsführer der NSDAP im Gau Hamburg. Als Gauleiter fungierte seit dem 1.5.1929 Karl Kaufmann, der Albert Krebs ablöste. Kaufmann war vorher Gauleiter von Rheinland-Nord gewesen, wo er mit dem dortigen Gaugeschäftsführer Joseph Goebbels agiert hatte. Kaufmann, Jahrgang 1900, vertraute Wilhelm von Allwörden und zählte diesen bis 1945 zu seinem engsten Führungskreis. Während Karl Kaufmann 1930 in den Reichstag gewählt wurde, kandidierte von Allwörden 1931 für die NSDAP zur Hamburgischen Bürgerschaft, wurde gewählt und Fraktionsvorsitzender.<sup>6</sup>

Die Karriere von Wilhelm von Allwörden war unaufhaltsam. Am 1.1.1933 wurde er Vorstandsmitglied von zwei Krankenversicherungsunternehmen in Hamburg, am 8.3.1933 in der Bürgerschaft zum Senator gewählt. Vorher waren die Abgeordneten der KPD ausgeschlossen und verfolgt worden und die SPD hatte zum Boykott der Wahl aufgerufen. Als die Senatsmitglieder, die nicht der NSDAP angehörten, zwei Monate später aus dem Senat entlassen wurden, blieb von Allwörden Senator, nachdem ihn Reichsstatthalter Kaufmann am 18.5.1933 aufgrund des zweiten Gleichschaltungsgesetzes vom 7.4.1933 dazu ernannt hatte. Er wurde zunächst Senator für die Wohlfahrtsbehörde und übernahm am 1.10.1933 die neu gebildete Verwaltung für Kulturangelegenheiten, der die Landesunterrichtsbehörde unterstand. Außerdem war er verantwortlich für die Fürsorgebehörde und das Staatsarchiv. Als nach 1937 wieder eine Umgestaltung der Hamburgischen Verwaltung anstand, berief ihn der nach dem Führerprinzip agierende Reichsstatthalter Kaufmann am 16.3.1938 in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum hauptamtlichen Beigeordneten.<sup>7</sup>

Wilhelm von Allwörden war also lange Zeit für den Kulturbereich und auch als Senator für das Schulwesen zuständig. Der am 8.3.1933 gewählte Karl Witt, im





Der neue Senat vom 8. März 1933: Karl Witt (stehend, 3. v.l.). Später waren auch Wilhelm von Allwörden (sitzend, 2. v.l.) und Friedrich Offerding (stehend, 2. v.r.) für das Bildungswesen verantwortlich.

damaligen Koalitionssenat für die DNVP als Schulsenator nominiert, musste schon am 18.5.1933 diese Verantwortung wieder abgeben, konnte den Titel als Senator behalten und war im Weiteren unter Wilhelm von Allwörden Präsident der Landesunterrichtsbehörde.<sup>8</sup>

Wilhelm von Allwördens Aufgabe bestand darin, im Kultur- und Bildungsbereich für die Durchsetzung nationalsozialistischer Vorstellungen zu sorgen. Karl Witt war zwar auch in die NSDAP eingetreten, aber die Hauptverantwortung lag bei von Allwörden und in der Umsetzung bei dem NS-Landesschulrat Willi Schulz, der gleichzeitig Gauamtsleiter des NSLB war und ebenfalls das Vertrauen von Karl Kaufmann genoss.<sup>9</sup>

Wilhelm von Allwörden wurde sicherlich bei allen grundsätzlichen Entscheidungen, auch das Führungspersonal betreffend, involviert. Insgesamt hatte er aber dermaßen viele andere Funktionen und Ehrenämter, dass er sich auf seine leitenden Mitarbeiter verließ.

So war er noch Gauwart der Nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF), einer Unterorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF), mit der Aufgabe, die Freizeit der deutschen Bevölkerung zu gestalten, zu überwachen und gleichzuschalten, die am 28.11.1933 gegründet worden war. Diese Aufgabe nahm von Allwörden von 1934 bis 1938 ehrenamtlich wahr. In der NSV war er gleichfalls ehrenamtlich als Gauamtsleiter von 1933 bis 1938 tätig.

Wilhelm von Allwörden hatte also die Verantwortung für die Schul- und Kulturpolitik in Hamburg bis zum 31.3.1938. Er war „entschiedener Anhänger einer boden-

ständigen nationalpolitischen Erziehung. Seiner Überzeugung nach bildeten Sprache, Lebensraum und Rasse das eigentliche Fundament für eine ‚gesunde völkische Entwicklung‘. Dafür sollte das ‚jüdische Element‘ aus Schule und Kultur entfernt werden“.<sup>10</sup>

Vor allem war Wilhelm von Allwörden nachhaltig um die Pflege des niederdeutschen Brauchtums in Schule und Öffentlichkeit bemüht. Folgerichtig übernahm er auch den Vorsitz der im Herbst 1935 geschaffenen „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“.

Dabei wurde er intensiv unterstützt von den Hamburger Lehrern und Schulleitern Heinrich Behnken<sup>11</sup>, Felix Schmidt<sup>12</sup> und Alexander Stempel<sup>13</sup>, die wichtige Funktionen in dieser Vereinigung übernahmen. Von Allwörden war Vorsitzender, Bürgermeister Carl Vincent Krogmann Ehrenvorsitzender, wobei von Allwörden nicht nur seinen Namen gab, sondern auch ein wichtiger und geschätzter Propagandist der Vereinigung war. Als die Vereinigung am 1.2.1936 in allen Räumen des traditionellen Ausflugslokals Sagebiel ein großes Niederdeutsches Volksfest mit rund 5000 Teilnehmern durchführte, schrieb das „Hamburger Tagesblatt“:

„Dann sprach Senator von Allwörden als Vorsitzender der Vereinigung. Plattdeutsch natürlich. Seit langen Zeiten sind Männer und Frauen still verbissen an der Arbeit gewesen, um das deutsche Volkstum nicht verloren gehen zu lassen. Immer, selbst in der schwersten Zeit, sind sie am Werk gewesen, haben nur der inneren Stimme ihres Herzens gehorcht. Gerade in Hamburg ist durch sie die niederdeutsche Arbeit so lebendig geblieben, auch in der Zeit, als es nicht zum ‚guten Ton‘ gehörte, plattdeutsch zu sprechen, als die Bestrebungen der damaligen Machthaber rücksichtslos so weit gingen, alles Volkstümliche auszurotten im Sinne ihrer internationalen Gleichmacherei. All den unentwegten Menschen, die Volkstumsarbeit trotzdem fortsetzten, gehört heute unser Dank. Ihr Werk konnte nur gelingen, weil der niederdeutsche Schlag kernig und echt, sich selbst treu geblieben ist. In vielen Vereinen ist dieser Gedanke gepflegt worden, und heute, da in unserem Denken nur der deutsche, nationale Gedanke Raum hat, sind wir darangegangen, diese Arbeit wieder zusammenzufassen, ihnen zu helfen auf dem Weg, der notwendig ist, in der Arbeit am Volkstum und damit in einem guten Stück Arbeit für das Dritte Reich.“<sup>14</sup>

Erkennbar ist, dass Wilhelm von Allwörden seine Ehrenämter auch dazu nutzte, seine nationalsozialistischen und völkischen Positionen mit Überzeugung und offenbar auch überzeugend darzustellen. Bürgermeister Krogmann, der während seiner gesamten Amtszeit Tagebuch führte, das im Hamburger Staatsarchiv aufbereitet vorliegt, notierte: „Sehr gute plattdeutsche Rede von Herrn Senator von Allwörden.“<sup>15</sup>

Krogmanns private Aufzeichnungen machen auch deutlich, wie er seine Rolle als Ehrenvorsitzender sah: „Die Funktionäre unterrichteten ihn von ihren Plänen, er ließ sich über Konflikte informieren und leistete Vermittlungsdienste.“<sup>16</sup> Somit hatte

die niederdeutsche Bewegung in Hamburg eine wichtige und kräftige Unterstützung durch den Bürgermeister und den Senator für den Kultur- und Schulbereich, sicherlich auch ein Grund dafür, dass viele Hamburger Lehrer, die plattdeutsch sprachen und als niederdeutsche Autoren aktiv waren, sich von den politischen Repräsentanten angesprochen und unterstützt fühlten.

Nachdem der Senat abgeschafft worden war und Reichsstatthalter Kaufmann 1938 neun Beigeordnete der Hansestadt Hamburg nach dem Führerprinzip berufen hatte, wurde Wilhelm von Allwörden mit der Leitung der Verwaltung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe beauftragt. Kaufmann ernannte ihn zusätzlich zum Hafen- und „Arisierungs“kommissar, 1939 dann zum ständigen Wirtschaftsbeauftragten mit Sitz in zahlreichen Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen in Hamburg. „Von Allwörden war damit einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger des nationalsozialistischen Regimes in Hamburg.“<sup>17</sup> Er war somit auch an der Enteignung jüdischer Unternehmen in Hamburg maßgeblich beteiligt.

Die Verantwortung für den Schulbereich wurde jetzt wieder auf Karl Witt übertragen, der auch einer der neun Beigeordneten war. Wobei Karl Witt nach Beginn des Krieges sich als Offizier zur Marine meldete und die Funktion dann jeweils für einige Zeit auf andere überging, so auf Oscar Toepffer und Friedrich Offerdinger.

Die Nationalsozialisten befanden sich mit Kriegsbeginn nicht nur in Hamburg in einer neuen Phase und von Allwörden als zuverlässiger Intimus von Reichsstatthalter Karl Kaufmann wurde für andere, als wichtiger angesehene Aufgaben benötigt.

Während des Krieges erhielt von Allwörden im Mai 1942 die Abordnung in das neu eingerichtete Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete nach Berlin, wo er mit anderen für den Aufbau einer Besatzungsverwaltung und die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Ostgebiete sorgen sollte. Er war dort für ein Jahr als Referent in der Wirtschaftsabteilung tätig, bis er im Mai 1943 mit der Leitung der Verwaltung die Verantwortung für eine der drei Hauptabteilungen übernahm.<sup>18</sup>

Wilhelm von Allwörden kehrte am 26.3.1945 nach Hamburg zurück und wurde von Reichsstatthalter Kaufmann zum ihm unmittelbar unterstellten Sachbeauftragten für alle Fliegerschadensfragen bestimmt.<sup>19</sup>

Im Mai 1945 verhaftete die Britische Militärregierung von Allwörden und überführte ihn später in das Internierungslager Delmenhorst-Adelheide, wo er bis März 1948 festgesetzt wurde.<sup>20</sup> Einen Entnazifizierungsfragebogen hatte von Allwörden am 22.5.1945 ausgefüllt, wobei er auffällig viele Auslandsreisen angab, darunter bis zum Krieg mehrere „Vergnügungsreisen“, KdF-Fahrten nach Island, Norwegen Schweden, dann Fahrten, die er „Informationsreisen mit der Industrie- und Handelskammer“ nannte, nach Polen, Kroatien, Ungarn und in die Niederlande, später dann Reisen

in die Ukraine und die baltischen Länder, deren Zweck er mit „Haushalts- und allgemeine Verwaltungsfragen“ bezeichnete.<sup>21</sup>

Ungewöhnlich lang und unpräzise waren seine Angaben zu eigenen Schriftwerken und Reden. Darin musste von Allwörden einräumen, dass er als Verantwortlicher zahlreiche „Wahl- und Propagandadruckschriften“ herausgegeben hatte, ebenso viele Artikel, die er als Präses der Kultur- und Schulbehörde in der Zeit von 1933 bis 1938 verantwortlich gezeichnet hatte und die er nicht mehr im Einzelnen aufzuführen vermochte. Seit 1926 hatte er auch unendlich viele „Sprechabende der Partei“ in Altona, Schleswig-Holstein und Hamburg abgehalten.<sup>22</sup> Wilhelm von Allwörden war ein viel beschäftigter Propagandist der Nationalsozialisten gewesen.

Nach knapp dreijähriger Internierungshaft kehrte er nach Hamburg zurück und musste sich einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Dafür wurden erst einmal seine Mitgliedschaften und Aktivitäten aufgeführt für die „politische Überprüfung des ehemaligen Internierten Wilhelm von Allwörden“.<sup>23</sup>

Die Liste war beachtlich. Der Zentralausschuss stellte zuerst einmal fest:

„Angesichts dieser Häufung von schweren Belastungen stand der Ausschuss zunächst vor der Frage, ob seine Zuständigkeit überhaupt gegeben oder die Angelegenheit nicht vielmehr an den Staatskommissar für die Entnazifizierung zur weiteren Veranlassung (Einstufung in die Kategorie I oder II) abzugeben sei.“<sup>24</sup>

Nach dem Gesetz Nr. 105 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946 waren fünf Kategorien vorgesehen:

- I. Hauptschuldige (Kriegsverbrecher)
- II. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer)
- III. Minderbelastete
- IV. Mitläufer
- V. Entlastete, die vom Gesetz nicht betroffen waren.<sup>25</sup>

Der Zentralausschuss gab die Zuständigkeit aber nicht ab, sondern reihte Wilhelm von Allwörden „als minderbelastet in die Kategorie III“ ein.<sup>26</sup> Er begründete dies damit, dass „ihm kein Material vorgelegt worden ist, aus dem sich etwa ein unmenschliches Verhalten des Betroffenen oder dergleichen ergeben hätte. Dagegen liegt eine Reihe von Entlastungszeugnissen vor, denen der Ausschuss im Hinblick auf die Zeugen und den Charakter der darin gemachten Aussagen notwendigerweise Beachtung schenken musste. In diesen Zeugnissen kommt mehrfach zum Ausdruck, dass der Betroffene sich persönlich anständig und menschlich verhalten und sich für eine menschliche Behandlung auch von Gegnern eingesetzt hat. Besonders entlastend aber war eine mündliche Zeugenaussage des Herrn Bürgermeister Koch in der zum Ausdruck kam, dass der Zeuge – von den Nazis eine Zeit lang unter schlimmen und entwürdigenden Bedingungen gefangen gehalten – seine Entlassung und damit,

wie er sich ausdrückte, wahrscheinlich sein Leben, dem Umstande verdankte, dass von Allwörden sich für seine Entlassung verwandt hatte.“<sup>27</sup>

Es handelte sich dabei um Christian Koch (1878–1955), FDP, 2. Bürgermeister im ersten Senat von Max Brauer, am 15.11.1946 gewählt. Christian Koch leitete das Amt für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe, die Gefängnisbehörde und war Staatskommissar für die Entnazifizierung, somit ein wichtiger Zeuge und Fürsprecher.<sup>28</sup>

Auch die weitere Begründung des Zentralausschusses ist interessant und zeigt, wie zwischen den Kategorien abgewogen wurde:

„Wenn also der Ausschuss bei dieser Sachlage der Meinung war, dass eine Einstufung des Betroffenen in die Kategorie I und II nicht infrage komme, so wäre es doch andererseits einfach absurd gewesen, eine Einstufung des Betroffenen in die Kategorie IV, wie in der schriftlichen Aussage eines Zeugen angeregt wird, auch nur in Erwägung zu ziehen. Das wäre zweifellos eine schwere Ungerechtigkeit gegenüber zahlreichen Mitläufern und einfachen Anhängern der Partei, die – durchaus zu Recht – in diese Kategorie eingestuft wurden, obwohl sie nicht entfernt so belastet sind, wie von Allwörden.“<sup>29</sup>

Der Zentralausschuss wies darauf hin, dass von Allwörden in einer schriftlichen Stellungnahme folgendermaßen gekennzeichnet wurde: „Er, nämlich von Allwörden, gehört zu jener kleinen Gruppe von Gläubigen, die in Hitler einen Heiligen, fast einen Gott sah. Er war ein Idealist durch und durch.“<sup>30</sup>

Dazu stellte der Zentralausschuss fest: „Entscheidend für die Beurteilung des von Allwörden ist jedoch nicht allein sein Verhältnis zu Hitler, zu dem er später im Gegensatz gestanden haben will, entscheidend ist vielmehr, dass diesem Mann, von verschiedenen Seiten Idealismus und persönliche Anständigkeit bescheinigt wird, die politische Konzeption des Nationalsozialismus angenommen und sich auf seine Weise für ihre Verwirklichung nachdrücklich eingesetzt hat. Dass diese Konzeption nur mit den Methoden der Gewalt und Unterdrückung in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte, hat von Allwörden bei seiner Intelligenz zweifellos frühzeitig erkannt, wenn er auch – soweit erkennbar – persönlich diese Methoden nicht zur Anwendung zu bringen wünschte.

Was man also dem Betroffenen zu seinen Gunsten auch immer anrechnen mag – die schwere politische Schuld, der Nazipartei 20 Jahre lang in der verschiedensten Weise und in hohen Funktionen gedient zu haben, bleibt bestehen. In diesen Diensten hat der Betroffene Dienstauszeichnungen der Partei erhalten und ist – wie die Einkommensspalte seines kleinen Fragebogens ausweist – auch materiell nicht schlecht dabei gefahren.“<sup>31</sup>

Dem Entnazifizierungsausschuss lag auch ein Leumundszeugnis von einem ehemaligen Oberschulrat in der Landesunterrichtsbehörde vor, nämlich von Dr. Wil-

Senator von Allwörden ruft zu Spenden im Rahmen des Winterhilfswerks auf, Mönckebergstraße 1933



helm Oberdörffer. Dieser schrieb am 5.5.1947:

„Herr von Allwörden zeichnete sich in seinen Anordnungen und Anregungen durch wohlüberlegte Sachlichkeit aus. Auf dem personellen Gebiet

erkannte Herr von Allwörden die auf gründlichem Fachwissen beruhende Eignung seiner Mitarbeiter in leitenden Stellen als unerlässlich an und vertrat diese Ansicht auch gegenüber anders gerichteten Wünschen und Forderungen von Parteistellen. Als ich im Herbst 1940 aus rassischen Gründen aus meiner Stellung als leitender Oberschulrat für das höhere Schulwesen in der Schulverwaltung Hamburg ausscheiden musste, setzte sich Herr von Allwörden nachdrücklich für die Wahrung meiner wohl erworbenen Beamtenrechte ein und erleichterte mir in hervorragendem Maße durch seine verständnisvolle Beurteilung meiner schwierigen Lage den Übergang in den Ruhestand. Als alter, ursprünglich begeisterter und überzeugter Nationalsozialist verfolgte Herr von Allwörden mit Besorgnis die in zunehmendem Maße hervorgetretenen Mängel des Regimes und zog sich durch seine offene Kritik die Feindschaft zahlreicher maßgeblicher Nationalsozialisten in Hamburg zu. Andererseits haben ihm sein freundliches Wesen und seine stete Hilfsbereitschaft in weiten Kreisen der Bevölkerung Achtung und dankbare Anerkennung auch über die Zeit seines Wirkens in Hamburg hinaus gesichert.“<sup>32</sup>

Dieses Schreiben war sicherlich neben der Aussage von Christian Koch eine erhebliche Entlastung für von Allwörden. Ich bin skeptisch, was die Person Oberdörffer betrifft, der seit 1921 in der Oberschulbehörde gearbeitet hatte, seit 1926 als Oberschulrat für das höhere Schulwesen zuständig und am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war. Oberdörffers Ausscheiden aus seiner Oberschulrats-Funktion 1941 habe ich in der Biografie Oberdörffer im ersten Band der „Täterprofile“ dargestellt. Es ergaben sich dabei viele Ungereimtheiten und divergierende Interpretationen. Aus meiner Sicht spricht einiges für die These, dass Oberdörffer, der 1937 erfahren hatte, dass einer seiner Ur-Großväter mütterlicherseits „blutmäßig Volljude gewesen sei“, sich 1940 entschieden hatte, aus der Landesunterrichtsbehörde und der NSDAP auszuscheiden. Oberdörffer wurde beurlaubt und erst am 31.3.1941 in den Ruhestand versetzt. Es gelang ihm, dann am 1.4.1941 bei der Firma Reemtsma als Leiter der Personalverwaltung beschäftigt zu werden. Die Tatsache, dass er in dem Leumundsschreiben für von Allwörden 1947 auf dessen Verständnis und Unterstützung hinwies, legt die Vermutung nahe, dass der NS-Wirtschaftsverantwortliche der Hamburger Regierung seit 1938, hierbei möglicherweise Kontakte hergestellt hatte. Es bleiben hier gravierende Fragen offen.

Den Entnazifizierungsausschüssen lagen allerdings auch noch andere Dokumente vor, die von Allwörden belasteten. So etwa das Schreiben der Gemeindeverwaltung Hamburg vom 3.7.1941, in dem es hieß:

„In der heutigen Sitzung des Hauptnährungs- und Hauptwirtschaftsamtes ordnete Herr Senator von Allwörden an, dass für alle Juden bestimmte Verkaufszeiten in den Einzelhandelsgeschäften festzusetzen seien. Über das Veranlasste erbittet er bis Mittwoch, den 9. Juli 1941 Bericht.

Im Stadtbezirk Hamburg sind für die Juden bestimmte Läden vorgesehen. Ich bitte Sie, vielleicht in Gemeinschaft mit dem Ortsgruppenfachwalter der Gruppe Einzelhandel, für den Bezirk ihrer Hauptdienststelle bestimmte Verkaufszeiten für die Juden festzusetzen. Es ist unstatthaft, dass die Juden zu gleicher Zeit wie die übrige Bevölkerung einkaufen. Eine öffentliche Bekanntmachung dieser Verkaufszeiten darf grundsätzlich nicht erfolgen; die Verkaufszeit wird über den Einzelhandel bzw. durch unmittelbare Verständigung den Juden mitgeteilt.“<sup>33</sup>

Von Allwörden hatte Berufung gegen die Entscheidung des Zentralausschusses eingelegt, der von Allwörden in Kategorie III eingestuft hatte. Mit seinem Rechtsanwalt plädierte von Allwörden für die Eingruppierung in die Kategorie IV, als „Mitläufer“. Der Berufungsausschuss entschied am 24.8.1949, dieses abzulehnen und bestätigte die Eingruppierung in Kategorie III sowie die Sperrung der Konten und des Vermögens.<sup>34</sup>

In der Begründung des Zentralausschusses hieß es dagegen:

„Der Inhalt des Begriffs ‚Mitläufer‘ ergibt sich aus dem allgemeinen Sprachgebrauch. Ihn hat auch die gesetzliche Regelung zum Vorbild genommen. Danach können solche Personen, die an exponierter Stelle das Naziregime getragen haben, und von denen feststeht, dass sie das aus innerer Überzeugung getan haben, nicht als Mitläufer gekennzeichnet werden.

In politischer Hinsicht ist festzuhalten, dass der allgemein zutage getretene seichte Optimismus, dass eine Wiederkehr des Nationalsozialismus oder die Einführung eines naziähnlichen Systems nicht in Betracht komme, falsch sei. Die soziologischen und psychologischen Triebkräfte, die zum Naziregime geführt haben, sind nach der Katastrophe von 1945 stärker als nach dem Zusammenbruch von 1918. Auch wohnt ihnen gleichsam wie einem Laster, der gefährliche Zwang zur Wiederholung inne.

Die Tatsache, dass es öffentlich noch keine Nazipropaganda gibt, ist das Ergebnis der Besetzung Deutschlands durch fremde Mächte, aber kein Kennzeichen demokratischer Stärke. Deshalb müssen die Entnazifizierungsausschüsse auch dann konsequent bleiben, wenn viele ihre Funktion für aussichtslos halten. Es muss daher eine scharfe Beurteilung der nationalsozialistischen Exponenten gefordert werden. Daran vermöchten auch die beigebrachten Leumundszeugnisse nichts zu ändern. Es handelt sich hier nur um die Frage, ob der Berufungsführer nach seiner politischen Vergangenheit für den Versuch der Begründung eines Rechtsstaats und der Freiheiten des Individuums als gefährlich angesehen werden muss. Diese Frage musste bejaht werden.“<sup>35</sup>

Eine Begründung in ungewöhnlicher Klarheit.

Der Rechtsanwalt von Wilhelm von Allwörden war Oscar Toepffer. Dieser gehörte der von Karl Kaufmann eingesetzten Gruppe der Beigeordneten ab 1938 an, war vorher lange der führende Jurist im Staatsamt gewesen und enger Berater von Bürgermeister Carl Vincent Krogmann. Als Toepffer nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht wieder im Staatsdienst bestätigt wurde, ließ er sich als akzeptierter Rechtsanwalt nieder und trat als Verteidiger vieler seiner ehemaligen Mit-Senatoren und anderer belasteter Nationalsozialisten auf. In diesem Fall wies Toepffer darauf hin, dass von Allwörden „Methoden der Gewalt und sonstiges Unrecht zu jeder Zeit energisch bekämpft hat, und zwar insbesondere auch innerhalb der Partei“. Er plädierte in erster Linie dafür, „die Konten- und Vermögenssperre aufzuheben“.<sup>36</sup> Oscar Toepffer hatte erkannt, dass es darum gehen musste, die materielle Existenz der Familie von Allwörden zu sichern. Im Weiteren wurde darum vor den Verwaltungsgerichten geklagt.

Vorher war Wilhelm von Allwörden am 10.8.1955 infolge eines Herzschlags gestorben, und zwar auf dem Sportplatz an der Rothenbaumchaussee, wo der HSV gegen Preußen Münster spielte.<sup>27</sup>



Nun soll der umfangreiche Schriftsatz der Verfahren vor dem Verwaltungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht nicht im Detail dargestellt werden. Nur soviel: Es ging dabei um die Frage, ob es nachvollziehbar sei, dass die Witwe des ehemaligen Senators von Allwörden, Christiane von Allwörden, das Recht zugesprochen werden könne, die Versorgungsbezüge eines ordnungsgemäß zum Senator Berufenen zu erhalten oder nicht. Dafür wurde geprüft, ob Wilhelm von Allwörden überhaupt die notwendige Qualifikation für diese Berufung hatte oder ob diese ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt war.

Diese Klage ging über drei Instanzen und endete stets damit, sie abzuweisen, zuletzt mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9.8.1957. Für alle Instanzen war nach der Vita von Wilhelm von Allwörden erwiesen, dass seine jeweiligen Ernennungen zum Senator und zum hauptamtlichen Beigeordneten in der Hamburger Regierung im Wesentlichen auf seine nationalsozialistische Gesinnung zurückzuführen waren.<sup>38</sup>

Bemerkenswert dabei, dass sowohl bei Wilhelm von Allwörden als auch bei dem mächtigen ehemaligen NS-Senator Alfred Richter festgestellt wurde, dass sie nicht über die notwendigen fachlichen Voraussetzungen für die Berufungen durch Karl Kaufmann als Senatoren und Beigeordnete verfügten, sondern ausschließlich wegen ihrer NS-Treue und der unbedingten Loyalität zu dem NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann in diese Funktionen berufen worden waren. Lediglich im Falle des ehemaligen Senators Dr. Hans Nieland konnte sich Rechtsanwalt Oscar Toepffer durchsetzen. Nieland war von Kaufmann als Beigeordneter auf Lebenszeit für den Haushalt, als Kämmerer bestellt und Rechtsanwalt Toepffer konnte darauf verweisen, dass Nieland sowohl die Reifeprüfung bestanden hatte, Rechts- und Staatswissenschaften studiert und ein volkswirtschaftliches Doktor-Examen abgelegt hatte. Wilhelm von Allwörden hingegen hatte nach der Volksschule nicht einmal die private Handelsschule abgeschlossen, was auch nach Ansicht des Gerichtes keine nachgewiesene Qualifikation für ein Regierungsamt in Hamburg für den Bereich der Wirtschaft war.<sup>39</sup>

Der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht am 15.11.1955 war eine interessante Zeugenvernahme vorangegangen. Zu der Entscheidung Kaufmanns, Wilhelm von Allwörden 1938 zum Beigeordneten der Verwaltung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe und 1939 auch noch für das Haupternährungsamt und das Hauptwirtschaftsamt zu berufen, wurde auch „der Zeuge Karl Kaufmann, 55 Jahre alt von Beruf jetzt Kaufmann“ befragt. Er sagte aus:

„Die Bildung dieses Senats war natürlich in erster Linie ein politischer Akt. Daneben haben für mich aber auch fachliche Erwägungen eine Rolle gespielt. Herr von Allwörden erschien mir geeignet, die Wohlfahrtsbehörde zu leiten, weil ich wusste, dass

er besondere Interessen für soziale Angelegenheiten hatte. (...) Herr von Allwörden wurde 1938 die Verwaltung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe übertragen. Mein Bestreben war es eigentlich von Anfang an gewesen, dass Herr von Allwörden sich der wirtschaftlichen Dinge annehmen sollte, die mir sehr am Herzen lagen. Er hatte aber, wie ich schon vorher erwähnte, ein gewisses Hobby in Gestalt der Sozialangelegenheiten. Politische Erwägungen haben bei dieser Ernennung der hauptamtlichen Beigeordneten keine Rolle gespielt, wie ich überhaupt in der ganzen Zeit vor allem auf die fachliche Eignung Wert gelegt habe.“<sup>40</sup>

Der ehemalige Oberregierungsrat und spätere Senatsdirektor in der Behörde für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, Dr. Volkmar Brodmeier, der ebenfalls zu von Allwördens Benennung befragt wurde, erklärte:

„Herr von Allwörden hatte den Ruf, dass er schnell und gut entscheiden konnte und bereit war, die Verantwortung zu übernehmen. Er war früher, soviel ich weiß, Einzelhändler gewesen, aber er hat sich dann schnell in unserer Behörde eingearbeitet. Das sieht man auch daraus, dass er später zahlreiche Aufgaben zusätzlich übertragen bekam. Er war durchaus befähigt, unsere Behörde zu leiten. Herr von Allwörden hatte ein enormes Vermögen, sich schnell in eine Sache hinein zu denken. Ich habe mich oft gewundert, wie gut er zum Beispiel mit Herren aus Berlin verhandeln konnte, auch wenn ich ihn nur kurze Zeit vorher mit der Materie vertraut gemacht hatte.“<sup>41</sup>

Der Zeuge Brodmeier musste allerdings auch einräumen:

„Zweifellos spielten bei der Berufung des Herrn von Allwörden in dieses Amt in erster Linie politische Gesichtspunkte eine Rolle. Sie waren wohl die Voraussetzung überhaupt. Aber unter den vorhandenen politisch geeigneten Persönlichkeiten war sicherlich auch die fachliche Eignung wesentlich. An der Spitze unserer Behörde musste jemand stehen, der in politischer Hinsicht Rückhalt hatte, sonst hätte er sich nicht gegenüber dem Gauwirtschaftsberater der NSDAP, der ständig seinen Einfluss geltend machte, durchsetzen können.“<sup>42</sup>

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hatte in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass auch die Wahlen der Senatoren in der Bürgerschaftssitzung am 8.3.1933 „nur noch äußerlich im Rahmen der bisherigen Verfassung“ vollzogen wurden. „Tatsächlich war dies die Übernahme der Macht in Hamburg durch die Nationalsozialisten. Der verstorbene Ehemann der Klägerin jedenfalls ist am 8.3.1933 gewählt worden, weil ihn die NSDAP als ein maßgebendes Parteimitglied in Vorschlag gebracht hatte.“<sup>43</sup> Auch bei der Benennung der Beigeordneten durch Reichsstatthalter Kaufmann im Jahr 1938 habe ausschließlich die langjährige NSDAP-Zugehörigkeit und seine Funktionstätigkeit innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung die entscheidende Rolle für die Benennung von Allwördens gespielt. Dabei wurde auf die Aussagen „des Zeugen Kaufmann“ verwiesen. „Allein die Tatsache, dass sich Herr

von Allwörden für soziale Angelegenheiten besonders interessierte oder, wie der Zeuge Kaufmann bekundete, ‚ein gewisses Hobby in Gestalt der Sozialangelegenheiten‘ hatte, qualifizierte ihn noch nicht für dieses Amt.“ Im Gegensatz dazu sah der Senat die Berufungen der Beigeordneten Dr. Werdermann, Martini und Toepffer: „Es handelte sich bei diesen Herren um Persönlichkeiten, die als Volljuristen bereits viele Jahre als Fachbeamte in leitenden Stellungen in der Verwaltung tätig gewesen waren und sich während dieser Tätigkeit als Spitzenkräfte qualifiziert hatten.“<sup>44</sup>

Wie gesagt, die Verwaltungsgerichte aller drei Instanzen konnten nicht davon überzeugt werden, dass bei Wilhelm von Allwörden vornehmlich die fachliche Qualifikation für die Berufung in den Senat und die Regierung die wesentliche Rolle gespielt hatten.

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Senatskanzlei, StAHH, 131-15\_A 0050
- 2 Uwe Lohalm: Wilhelm von Allwörden, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie, Personenlexikon Bd. 3, Göttingen 2006, S. 16.
- 3 Ebd.
- 4 Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_F 1351
- 5 Lohalm 2006, S. 16.
- 6 Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_F 1351
- 7 So stellte das Oberverwaltungsgericht Hamburg am 23.8.1956 die politischen Karriereschritte von Allwörden dar, als es um die Versorgungsbezüge für seine Witwe Christiane von Allwörden ging. Siehe Urteil des Zweiten Senats des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts vom 23.8.1956, Personalakte a. a. O.
- 8 Siehe die Biografie Karl Witt, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 88 ff.
- 9 Siehe die Biografie Willi Schulz, de Lorent 2016, S. 99 ff.
- 10 Lohalm 2006, S. 17.
- 11 Siehe die Biografie Heinrich Behnken in diesem Band.
- 12 Siehe die Biografie Felix Schmidt in diesem Band.
- 13 Siehe die Biografie Alexander Stempel in diesem Band.
- 14 „Hamburger Tageblatt“ vom 2.2.1936. Siehe dazu auch den Beitrag von Michael Töteberg über die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg, in: Kay Dohnke/Norbert Hopster/Jan Wirrer (Hg.): „Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus“, Hildesheim–Zürich–New York 1994, S. 123 ff.
- 15 Tagebuch Carl Vincent Krogmann, StAHH, 622-1\_C 15
- 16 Töteberg 1994, S. 128.
- 17 Entnazifizierungsakte von Allwörden, a. a. O. und Lohalm 2006, S. 17.
- 18 Ebd.
- 19 Lohalm 2006, S. 18.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Entnazifizierungsfragebogen vom 22.5.1940, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 23 Politische Überprüfung des ehemaligen Internierten Wilhelm von Allwörden vom 26.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Siehe dazu auch: Hans-Peter de Lorent: Die unvollendete Entnazifizierung, in de Lorent 2016, S. 38ff. und Joachim Szodrzynski: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburg, [www.hamburg.de/ns-dabeigewesene/4433186/entnazifizierung-hamburg](http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene/4433186/entnazifizierung-hamburg)
- 26 Entscheidung des Zentralausschusses vom 26.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Ebd.
- 28 Siehe zu Christian Koch: Uwe Schmidt/Helmut Stubbe da Luz: Die Beamten und Gewerkschafter: Karl Raue, Carl Grevsmühl, Christian Koch. (Hamburgische Lebensbilder, Band 14), Bremen 2007.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Siehe die Biografie Oberdörffer, in: de Lorent 2016, S. 528ff. Anders akzentuiert ist die Kurzbiografie von Uwe Schmidt über Oberdörffer in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie, Personenlexikon Bd. 3, Göttingen 2003, S. 302.
- 33 Abschrift des Schreibens vom 3.7.1941, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Berufungsausschuss vom 24.8.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Ebd.
- 36 Schreiben von Oscar Toepffer vom 23.8.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 StAHH, 731-8\_A 751, W. von Allwörden.
- 38 Siehe die Gerichtsurteile in: StAHH, 221-5\_194
- 39 Ebd.
- 40 Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts vom 15.11.1955, StAHH, 221-5\_194
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Schreiben an das Hamburgische Oberverwaltungsgericht vom 7.7.1956, StAHH, 221-5\_194
- 44 Ebd.

## Friedrich Offerdinger

**„Organisation und Verwaltung waren seine Sache nicht. Unsicher im Verhalten und voller Misstrauen gegenüber der Bürokratie, verließ er sich lieber auf den Rat ergebener alter nationalsozialistischer Mitstreiter.“**

Einer der rührigsten Nationalsozialisten in Hamburg war der Arzt Friedrich Offerdinger. Schon 1929 in die NSDAP eingetreten, seit 1931 NSDAP-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg, gehörte er dem ersten NSDAP-geführten Senat in Hamburg seit 1933 an, zuerst als Gesundheits senator. Reichsstatthalter Karl Kaufmann wechselte in schnellen Abständen die Senatzusammensetzungen und die Zuständigkeit für die unterschiedlichen Behörden. Friedrich Offerdinger war stets dabei. In der Zeit von 1942 bis 1944 war er auch verantwortlich für die Schulverwaltung und Leiter der Hochschulabteilung. Schlimmeres richtete er an als entschiedener Befürworter der nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenhygienepolitik. Er war es, der die Zwangssterilisation von mindestens 16 000 Hamburgerinnen und Hamburger in den Krankenhäusern der Stadt durchsetzte. Und er war auch verantwortlich für die nationalsozialistische Euthanasiepolitik, den Mord an etwa 2700 Behinderten und Kranken.

Friedrich Offerdinger wurde am 16.5.1896 in Rellingen geboren als Sohn des Sanitätsrates Dr. med. Guido Offerdinger und seiner Frau Anna Offerdinger, der Tochter des langjährigen Leiters der psychiatrischen Krankenanstalt Friedrichsberg, Dr. Wilhelm Reye.<sup>1</sup>

Offerdinger besuchte in Altona das Reform-Realgymnasium, das er noch vor der Reifeprüfung verließ, um als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teilzunehmen. Während des Krieges im Infanterie-Regiment 126 (Lübeck) wurde er zum Leutnant befördert und erhielt einige Auszeichnungen, wie die Eisernen Kreuze I. und II. Klasse, das Ehrenkreuz für Frontkämpfer und das Lübeckische Hanseaten-Kreuz, wie er sich für seine Personalakte vom Leiter des Hamburgischen Staatsamtes, Oscar Toepffer, bescheinigen ließ.<sup>2</sup>

Im Januar 1919, aus dem Krieg entlassen, holte Friedrich Offerdinger das Abitur nach und wurde Kompanie-Führer bei den „Bahrenfeldern“, einem Hamburger Freikorps.<sup>3</sup>

Die geheime Initiative zur Gründung des Freikorps kam aus einem Kreis von Hamburger Kaufleuten, die sich unter dem Decknamen „Wolke“ zusammengefunden hatten. Zu diesem Kreis zählten u. a. die Brüder Richard und Otto Krogmann, der Direktor der HAPAG, Angehörige der Kaufmannsfamilien Merck und Münchmeyer, der Industrielle Julius Schlinck, Oscar Godeffroy, der Direktor der Vereins-



Offiziere des Infanterie-Regiments 126 (Lübeck). Friedrich Offerdinger (mit Brille) steht in der oberen Reihe, 6. v. r. (weiße Markierung)

bank, der Direktor der Dresdner Bank und Theodor Zeise. Ziel der Freikorps-Gründung war die Verhinderung von politischen Umsturzversuchen von Links, da die in der Stadt noch vorhandenen Garnisonstruppen dafür zu schwach und die Schutzpolizei für den Bürgerkrieg weder ausgerüstet noch militärisch ausgebildet war.

Das Freikorps wurde Anfang 1919 in einer Kaserne in Bahrenfeld an der Lurper Chaussee gegründet, vorgeblich zum Schutz des dortigen Munitionsdepots. Die Kaserne diente vormals der 2. Abteilung des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 45.<sup>4</sup> Das Freikorps rekrutierte sich zum großen Teil aus demobilisierten Soldaten und Studenten, unter ihnen viele junge ehemalige Offiziere, zumeist Söhne des Hamburger Bürgertums. Sie verband eine konservativ-nationalistische Gesinnung und sie sahen ihre Aufgabe im gemeinsamen „Kampf gegen den inneren bolschewistischen Feind“.<sup>5</sup> Zu den Stammmannschaften gehörten insbesondere Angehörige des Infanterie-Regiments Nr. 76.

Andere Mitglieder der Bahrenfelder waren der spätere nationalsozialistische Senator Curt Rothenberger, der spätere berüchtigte SS-Gruppenführer Bruno Streckenbach und der Schriftsteller Ernst von Salomon.<sup>6</sup>

Von 1920 bis 1923 studierte Offerdinger in Kiel und Hamburg Medizin und wurde 1925 promoviert.<sup>7</sup> Anschließend arbeitete er im Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf als Assistenzarzt, um sich danach in Groß-Borstel als praktischer Arzt niederzulassen.<sup>8</sup>

Wären die Nationalsozialisten 1933 nicht an die Macht gekommen, hätte Friedrich Offerdinger diese Praxis lange betreiben können. Sie kamen aber an die

Macht und Offerdinger hatte dazu beigetragen. Er war bereits am 1.9.1929 in die NSDAP eingetreten. Mit seiner Mitgliedsnummer 156 443 lag er allerdings über der Zahl 100 000, sodass er nicht das Goldene Parteiabzeichen bekam.<sup>9</sup>

Seit 1931 fungierte er als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Groß-Borstel. Am 8.3.1933 wurde er dann für zunächst einmal drei Monate Hochschulsenator des NS-geführten Hamburger Senates.



Friedrich Offerdinger,  
1933

Mit dem am 31.3.1933 vom Reichstag erlassenen ersten Gleichschaltungsgesetz wurde der Senat von der Bürgerschaft unabhängig. Der Senat erlangte das Recht, selbst Gesetze und den Haushalt zu verabschieden; auch die Mitgliedschaft im Senat war nicht mehr an die Zustimmung der Bürgerschaft gebunden. Die Bürgerschaft wurde damit de facto überflüssig. Am 16.5.1933 wurde Gauleiter Karl Kaufmann aufgrund des zweiten Gleichschaltungsgesetzes zum Reichsstatthalter für Hamburg ernannt.<sup>10</sup> Damit war er zwar gegenüber dem Senat nicht unmittelbar weisungsbefugt, dennoch konnte er als „direkter Vertreter

des Führers (Adolf Hitler)“ Mitglieder der Landesregierung, hier des Senats, ernennen und entlassen. Der Reichsstatthalter fertigte außerdem die Gesetze aus und konnte damit direkten Einfluss nehmen.<sup>11</sup>

Die Bürgerschaft wurde abgeschafft, der Senat dem Reichsstatthalter unterstellt, Friedrich Offerdinger wechselte die Zuständigkeit, blieb aber stets eine feste Größe im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft in Hamburg: Im Oktober 1933 wurde er Präsident der Hamburger Gesundheits- und Fürsorgebehörde, von April 1934 für einige Monate Gauamtsleiter der NSV, ab 1937 Mitglied des Reichsjustizprüfungsamtes. Die ehemaligen Senatoren Offerdinger und Witt waren zwischendurch Präsidenten von Behörden, durften aber ihren Senatoren-Titel behalten. Seit 1938 regierten unter Führung von Reichsstatthalter Karl Kaufmann vier sogenannte Beigeordnete auf Lebenszeit und fünf Beigeordnete, die von Kaufmann auf zwölf Jahre berufen wurden. Einer davon war Friedrich Offerdinger, der nach wie vor für den Gesundheitsbereich zuständig war.<sup>12</sup>

Uwe Lohalm schrieb dazu: „Organisation und Verwaltung waren Offerdingers Sache nicht. Unsicher im Verhalten und voller Misstrauen gegenüber der Bürokratie, verließ er sich lieber auf den Rat ergebener alter nationalsozialistischer Mitstreiter. Auch wusste er das volle Vertrauen Karl Kaufmanns hinter sich. So bestimmte Offerdinger als Leiter der Gesundheitsverwaltung über alle organisatorischen Veränderungen hinweg Hamburgs Gesundheitspolitik bis Mai 1945: von Oktober 1933 bis September 1936 als Präsident der Gesundheits- und Fürsorgebehörde, ab

Oktober 1936 als Präsident allein der Gesundheitsbehörde, seit dem 1. April 1938 als hauptamtlicher Beigeordneter für die Gesundheitsverwaltung. Zudem berief ihn Kaufmann am 15.1.1942 für den Wehrkreis X zur Bekämpfung des Fleckfiebers sowie unmittelbar nach der Bombardierung Hamburgs im August 1943 zum Generalkommissar für das Gesundheitswesen, dem alle gesundheitlichen Verwaltungen, sowohl kommunale als auch staatliche, unterstellt wurden.“<sup>13</sup>

Darüber hinaus übernahm Friedrich Offerdinger von 1942 bis 1944 auch die Geschäfte des Beigeordneten für die gemeindliche Schulverwaltung und auch die Leitung der Staatlichen Schul- und Hochschulabteilung. Alle bisherigen Verantwortlichen hatten sich zum Kriegsdienst gemeldet, so Karl Witt<sup>14</sup> und Oscar Toepffer<sup>15</sup> oder waren krank geworden, wie Landesschulrat Willi Schulz.<sup>16</sup>

In der Ära Friedrich Offerdingers fand an den Schulen zumeist kein regulärer Unterricht mehr statt. Die Kinderlandverschickung musste organisiert werden und in der Landesunterrichtsbehörde gab es noch Personen, die die Organisation übernehmen konnten. Beförderungen für „verdiente Offiziere“, die schon lange nicht mehr mit Schülern gearbeitet hatten, wurden im Namen von Friedrich Offerdinger oder von ihm unterschrieben verschickt. Und sicherlich war er bei Entscheidungen hinzugezogen und gefragt, aber einen Stempel hat er dem Hamburger Schulwesen nicht aufgedrückt.

Bemerkenswert ist das Schreiben von Reichsstatthalter Karl Kaufmann an Friedrich Offerdinger vom 9.2.1944. Darin heißt es:

„Lieber Parteigenosse Offerdinger! Vor einigen Tagen haben Sie mir den Wunsch vorgetragen, Sie von den Geschäften des Beigeordneten für die Schulverwaltung und der Leitung der Abteilung 4 der Stadtverwaltung (Schul- und Hochschulabteilung) zu entbinden, damit Sie wieder mit Ihrer ganzen Kraft Ihren Aufgaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens nachgehen können. Mit Rücksicht auf die Größe Ihrer Aufgaben als Beigeordneter und auch als Generalkommissar für das Gesundheitswesen, die durch die Kriegsverhältnisse und die feindlichen Terrorangriffe auf Hamburg immer mehr an Bedeutung gewinnen, glaube ich Ihrem Wunsch entsprechen zu sollen. Das wird mir dadurch erleichtert, dass Prof. Dr. Schrewe sich inzwischen so in die Geschäfte eingearbeitet hat, dass er in der Lage ist, diese zu übernehmen.

Lieber Parteigenosse Offerdinger, Sie haben die Leitung der Schulverwaltung und der Abteilung 4 der Staatsverwaltung im Frühjahr 1942 neben Ihren sonstigen umfangreichen Aufgaben übernommen und sich seitdem dieses Arbeitsbereiches mit großem Eifer und mit besonderer Liebe angenommen. Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, Ihnen für Ihre erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Heil Hitler! Ihr Karl Kaufmann.“<sup>17</sup>





Friedrich Ofterdinger,  
1940er Jahre

Interessanterweise bekam Ofterdinger nach 1945 kein einziges Leumundsschreiben von Mitarbeitern aus der Landesunterrichtsbehörde. Auch Fritz Köhne, der vielfach Erklärungen für ehemalige Vorgesetzte abgegeben hatte, mit denen er loyal und vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte, verwendete sich nicht für Ofterdinger. Das mag auch daran gelegen haben, dass Friedrich Ofterdinger am 23.6.1945 auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus seinem Amt entfernt und danach verhaftet wurde.<sup>18</sup>

Ofterdinger hatte am 9.5.1945 noch einen Entnazifizierungsbogen ausgefüllt, in dem er seine SA-Mitgliedschaft seit 1943 sowie die Funktion eines Standartenführers angegeben hatte.<sup>19</sup>

Schräg über die erste Seite des Entnazifizierungsfragebogens war handschriftlich vermerkt: „Unerledigt ablegen, da verstorben“.<sup>20</sup>

Friedrich Ofterdinger war in das Internierungslager Neumünster-Gadeland gebracht worden und wartete auf die Anklageschrift als schwer belasteter Nationalsozialist. Dort starb er am 9.6.1946 an einem Hungerödem.<sup>21</sup>

Bevor auf die Aktivitäten der Rechtsanwälte seiner Witwe eingegangen wird, muss noch einmal dargestellt werden, für welche entsetzlichen Maßnahmen und Verbrechen der „Gesundheitspolitiker“ Ofterdinger die Verantwortung trug.

Friedrich Ofterdinger hatte 1930 zu den Gründungsmitgliedern des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes in Hamburg gezählt, „dem er bis zuletzt als stellvertretender Gauobmann angehörte“.<sup>22</sup>

Er war maßgeblich dafür mitverantwortlich, dass mit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft die Verdrängung von Juden, die als Ärzte in Hamburg praktizierten, systematisch betrieben wurde. „Entlassungen, Entzug der Kassenzulassungen und schließlich das totale Berufsverbot raubten jüdischen Ärzten ab 1933 schrittweise die Existenzgrundlage. So auch in Hamburg. In der Hansestadt lebten und arbeiteten vor der Machtübernahme durch Hitler 421 jüdische Ärzte. Nur rund ein Dutzend von ihnen erlebte Kriegsende und Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft in Hamburg.“<sup>23</sup>

Dorthe Kieckbusch beschrieb den Prozess nach einer Magisterarbeit der Historikerin Anna von Villiez: „Von Villiez hat in ihrer Abschlussarbeit an der Universität Hamburg sorgfältig und ausführlich das Schicksal jüdischer Ärzte in der Zeit des Nationalsozialismus untersucht. Danach wurde etwa ein Fünftel der Ärzte in der Hansestadt als ‚Nichtarier‘ Opfer der Verfolgung. Bereits im April 1933 gab es

die erste Entlassungswelle ‚nichtarischer‘ Ärzte, die in Krankenhäusern, Universität und in der Gesundheitsverwaltung tätig waren. Infolge dieser ‚Säuberungsaktion‘ erhielten mindestens 53 jüdische Hamburger Krankenhausärzte ihre Kündigung. Im April 1933 traf es 78 der 325 in freier Praxis niedergelassenen jüdischen Ärzte. Ihnen wurde die Kassenzulassung entzogen, die anderen konnten zunächst weiter praktizieren. In den folgenden Jahren wurden jüdische Ärzte Opfer von Diskriminierung und juristischer Willkür.“<sup>24</sup>

1935 schrieb der Leiter des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, Willy Holzmann an den Leiter der Gesundheitsbehörde, Senator Friedrich Ofterdinger, der im Ärztebund Holzmanns Stellvertreter war:

„Es ist ja tatsächlich von unseren Parteigenossen und SA-Ärzten nicht zu verlangen (und kann keineswegs erzwungen werden), dass sie die Versammlungen gemeinsam mit jüdischen Vertragsärzten besuchen.“<sup>25</sup>

Die Repressalien nahmen zu und immer mehr Ärzte verließen Hamburg. „Etwa drei Viertel der jüdischen Ärzte emigrierte, viele in die USA, nach England oder Palästina. Andere, meist ältere Kollegen blieben. Über sie wurde 1938 das totale Berufsverbot verhängt, viele wurden in der Pogromnacht vom 9. November verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Mindestens 39 jüdische Ärzte der Hansestadt wurden in den Vernichtungslagern ermordet und ‚von 16 Ärzten ist bekannt, dass sie ihrem Leben selbst ein Ende setzten‘, so von Villiez.“<sup>26</sup>

Friedrich Ofterdinger war, wie erwähnt, in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft nach dem 8.3.1933 als Hochschulsenator eingesetzt worden. Die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 wurde unter seiner Leitung an der Hochschule sofort exekutiert. „Parallel zur Relegation der ‚nicht-arischen‘ Professoren vertrieben die Nazi-Studenten ihre jüdischen Kommilitonen von der Universität. Bereits am 1.4.1933 hatte der Studentenschaftsführer Heinrichsdorff die ‚sofortiger Einführung des numerus clausus für Immatrikulation (von Juden)‘ gefordert und die Ansicht vertreten, dass ‚Vergünstigungsgesuche in jeder Art bei Juden von vornherein abschlägig beschieden werden müssen‘. Hochschulsenator Ofterdinger stimmte diesem Beschluss der Studentenschaft zu, und der akademische Senat nahm ihn kommentarlos zur Kenntnis. Die neue Immatrikulation von Juden für das Sommersemester 1933 wurde von der Hochschulbehörde vorläufig gesperrt, bis das ‚Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen‘ vom 25.4.1933 für diese Vertreibungspraxis eine pseudolegale Basis schuf.“<sup>27</sup>

Auf ein noch schlimmeres Kapitel in Ofterdingers Wirken weist Lohalm hin:

„Ofterdinger war entschiedener Parteigänger der nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenhygienepolitik. Er trat energisch für die Zwangssterilisations-

politik ein, in deren Durchführung seit 1934 mindestens 16.000 Hamburger in den Krankenhäusern der Stadt zwangssterilisiert wurden. Unter seiner Ägide wurden in einem neu eingerichteten Gesundheitspassarchiv seit 1934 die biologischen und gesundheitsrelevanten Daten von über einer Million Hamburgern zusammengetragen.“<sup>28</sup>

Damit aber nicht genug:

„Er ließ 1934/35 den sogenannten Friedrichsberg-Plan ausarbeiten und durchführen, wonach die dortige psychiatrische Staatskrankenanstalt aufgelöst und die meisten psychisch Kranken in die bloße Verwahrung abgeschoben wurden. Gleichzeitig betrieb er den Aufbau einer modernen psychiatrischen Universitätsklinik, die sich ausschließlich um ‚therapiewürdige Patienten‘ bemühen sollte. Seit Spätsommer 1940 in vollem Umfang informiert, setzte er die nationalsozialistische ‚Euthanasie-Politik‘, den Mord an Behinderten und Kranken, durch: Über 60 Kinder starben in den so genannten Kinderfachabteilungen von Langenhorn und Rothenburgsort, von den über 4000 aus Hamburg deportierten psychisch kranken und siechen Patienten wurden fast 2700 in Zwischen- oder Tötungsanstalten umgebracht.“<sup>29</sup>

Mit dem Wirken Ofterdingers auf diesem Gebiet haben sich ausführlich auseinandergesetzt der von Hendrik van den Bussche herausgegebene Band „Medizinische Wissenschaft im ‚Dritten Reich‘. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät“ sowie die von Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth herausgegebenen Forschungsergebnisse „Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg“.<sup>30</sup>

Der Tod Friedrich Ofterdingers am 9.6.1946 im Internierungslager Neumünster-Gadeland machten eine Anklageschrift und eine Verurteilung überflüssig, die bei den verbrecherischen Taten der Nationalsozialisten, für die er eine wesentliche Mitverantwortung trug, gravierend hätte sein können.

Ofterdinger hinterließ eine Witwe, Gertrud Ofterdinger, geborene Nissen, und vier Kinder (geboren 1928, 1930, 1933 und 1936).<sup>31</sup>

Nun ging es den Rechtsanwälten der Familie Ofterdinger darum, Versorgungsansprüche für die Witwe und die Kinder zu sichern. Aus dem medizinischen Bereich kamen zur Unterstützung merkwürdige Leumundszeugnisse.

So behauptete der Neurologe Prof. Max Nonne (1861–1959), dass Senator Ofterdinger seine Aufgaben stets „mit Fleiss und Gewissenhaftigkeit bewältigt habe“, sich „bei seinen Untergebenen Zutrauen und Sympathie erworben habe“.<sup>32</sup>

Dr. med. Ernst Wolffson bescheinigte ihm, „sich in keiner Weise nationalsozialistisch, wie einige andere Mitglieder der Kammer, gebärdet zu haben, so dass das Zusammenarbeiten mit ihm durchaus einwandfrei war“. Und er schrieb gar:

„Insbesondere gegen jüdische Personen, die zu seinem Dienstbereich gehörten, soll er sich stets anständig und sachlich gezeigt haben.“<sup>33</sup>

Und auch Professor Dr. Hermann Sieveking, der ebenso wie Professor Max Nonne in die „rassenhygienischen und eugenischen Aktivitäten“ von Friedrich Offerdinger verstrickt war, wusste zu berichten:

„Im Gegenteil hat er sich stets um vernünftigen Ausgleich ganz ruhig bemüht und nur das Gemeinwohl im Auge behalten.“<sup>34</sup>

Rechtsanwalt Harry Soll, der die Witwe Gertrud Offerdinger anwaltlich vertrat, räumte ein, dass diese „selbst unter dem Einfluss ihres Ehemanns 1930 in die NSDAP eingetreten und in der Partei kein Amt bekleidet hat. Sie gehört ebenfalls nur als einfaches Mitglied ab 1930 der NS-Frauenschaft an. Da Frau Offerdinger sich weder um die politische Betätigung ihres Ehemanns kümmerte, noch in seine berufliche Tätigkeit mehr Einblick hatte, war es ihr nur schwer möglich, Entlastungsmaterial zu beschaffen.“<sup>35</sup>

Dazu gehörten wohl die spärlichen Schreiben von Ärzte-Kollegen, die Rechtsanwalt Soll so zusammenfasste:

„Es ergibt sich daraus das Bild, dass Dr. Offerdinger sowohl in seiner politischen Einstellung wie in seiner beruflichen Tätigkeit zurückhaltend, maßvoll und loyal gewesen ist. Frau Offerdinger ist bekannt, dass ihr Ehemann sich gegen jeden radikalen Kurs wehrte, dass er deshalb es auch ablehnte, der SS ehrenhalber beizutreten, und dass er während des Krieges wiederholt versuchte, sich zur Front zu melden, um nicht einen politischen Kurs mitmachen zu müssen, der sein Gewissen belasten könnte.

Mit Rücksicht auf das Ableben von Dr. Offerdinger während der Internierungszeit und mit Rücksicht auf die schwere Zeit, die Frau Offerdinger bisher durchgemacht hat, bitte ich daher, Dr. Offerdinger in Kategorie V einzustufen, damit Frau Offerdinger die Möglichkeit erhält, Ansprüche aus der Tätigkeit von Dr. Offerdinger bei der Gesundheitsverwaltung gegen diese geltend machen zu können.“<sup>36</sup>

Daraus wurde erst einmal nichts. Die Belastung und Verstrickung von Offerdinger in den Nationalsozialismus und dessen Gräueltaten waren einfach zu gravierend gewesen.

Rechtsanwalt Haack versuchte es am 9.9.1953 noch einmal mit dem Hinweis, dass Offerdinger schließlich bei freien Wahlen 1933 von der Bürgerschaft zum Senator gewählt worden war. Und: „Schließlich bitte ich, zugunsten der Antragstellerin zu berücksichtigen, dass sie sich mit ihrer Familie nach 1945 kümmerlich durchschlagen musste und bisher keinerlei Versorgungsbezüge erhalten hatte.“<sup>37</sup>

In einem Aktenvermerk wurde dazu intern festgestellt, dass Frau Offerdinger sich bisher immer noch keinem Entnazifizierungsverfahren gestellt habe und sie

somit auch „nicht als entlastet eingestuft worden“ sei.<sup>38</sup>

Entsprechendes wurde auch Rechtsanwalt Haack mitgeteilt. Das Personalamt stellte gegenüber Haack fest, dass Ofterdinger ein maßgeblicher Politiker der NSDAP in Hamburg gewesen sei:

„Die Stellung eines Hauptamtlichen Beigeordneten der Hansestadt Hamburg war während der nationalsozialistischen Zeit eine Spitzenstellung der Verwaltung, in welche im Regelfall nur solche Persönlichkeiten berufen wurden, die als besonders aktive Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee angesehen wurden.“<sup>39</sup>

Gertrud Ofterdinger klagte daraufhin und in 2. Instanz, vor dem Hamburgischen Oberverwaltungsgericht, kam es dann zu einem Vergleich: Es wurde ihr eine Hinterbliebenenversorgung gewährt. „Bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge wurde zugrunde gelegt, dass der verstorbene Ehemann der Klägerin am 1. Oktober 1933 zum Regierungsrat unter Berufung auf das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit mit einem Besoldungsdienstalter vom 1. Oktober ernannt worden ist.“<sup>40</sup>

So schloss sich ein weiteres Kapitel im Fall eines NS-Aktivisten – mit einem wohlwollenden Ergebnis für die Angehörigen, offenbar geleitet durch soziale Aspekte.

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Ofterdinger, StAHH, 131-15\_A 142; siehe auch: Uwe Lohalms Kurz-Biografie Friedrich Ofterdinger, in: Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 281 f.
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Michael Grüttner: Biografisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 127.
- 4 Heinz Dähnhardt: Die Bahrenfelder: Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Gross-Hamburg in den Jahren 1919/20. Hamburg, Alster-Verlag 1925 (Darstellung aus Sicht eines deutschnationalen Freikorps-Mitglieds).
- 5 Lohalm 2006, S. 281.
- 6 [https://de.wikipedia.org/wiki/Freikorps\\_Bahrenfeld](https://de.wikipedia.org/wiki/Freikorps_Bahrenfeld)
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Lohalm 2006, S. 281. Siehe dazu auch die Biografie Friedrich Dannmeyer in diesem Buch.
- 9 Entnazifizierungsakte Ofterdinger, StAHH, 221-11\_68758 KAT
- 10 Zur Person Karl Kaufmann siehe: Frank Bajohr: Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns (1900–1969). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 43 (1995), H. 2, S. 267–295.
- 11 Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hrsg.): Hamburg im Dritten Reich, Sieben Beiträge. Hamburg 1998, S. 55.
- 12 Schreiben von Statthalter Karl Kaufmann vom 7.3.1938, Personalakte Ofterdinger, a. a. O.
- 13 Lohalm 2006, S. 281.
- 14 Siehe Biografie Karl Witt, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 88 ff.
- 15 Siehe die Biografie Oscar Toepffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 51 ff.
- 16 Siehe die Biografie Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 99 ff.

- 17 Schreiben von Karl Kaufmann vom 9.2.1944, Personalakte a. a. O. Siehe dazu auch die Biografie Ernst Schrewe, in: de Lorent 2017, S. 82ff.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Ebd.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Lohalm 2006, S. 281.
- 23 Dorthe Kieckbusch: Jüdische Ärzte: Schmerzlich vermisst, Deutsches Ärzteblatt 2004, 101 (21).
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Zitiert nach Kieckbusch, ebd.
- 27 Hendrik van den Bussche (Hg.): „Medizinische Wissenschaft im ‚Dritten Reich‘. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät.“ Berlin-Hamburg 1989, S. 35.
- 28 Lohalm 2006, S. 282.
- 29 Ebd.
- 30 van den Bussche 1989; Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984. Siehe dazu auch die Biografie Prof. Hans Bürger-Prinz in diesem Band.
- 31 Personalakte a. a. O.
- 32 Prof. Max Nonne am 24.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Kurzbiografie von Kai Sammet: Max Nonne, Hamburgische Biografie Bd. 3, a. a. O., S. 278ff.
- 33 Dr. Ernst Wolffsohn am 19.10.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Professor Dr. Hermann Sieveking am 5.11.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe zu Nonne und Sieveking auch: Van den Bussche 1989.
- 35 Schreiben vom 1.12.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben vom 9.9.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Aktenvermerk vom 5.5.1953, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Schreiben des Personalamtes vom 25.3.1954, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Vergleich des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts vom 5.5.1955, Entnazifizierungsakte a. a. O.

## Hans Möckelmann

**„Hinter dem Kampf für die Gleichberechtigung der Frau verbarg sich vielfach krasser Liberalismus, der in seinem Streben nach Loslösung von Familie und Volk rassenpolitisch die stärksten Gefahren in sich tragen musste.“**

Zur Gruppe der Personen, die nach 1945 in Hamburg eingestellt wurden und im schulischen Bereich Karriere machten, gehört Prof. Hans Möckelmann. Er war schon 1931 und während der NS-Zeit im Sportbereich als Direktor verschiedener Hochschul institute erfolgreich, wurde 1939 außerordentlicher Universitätsprofessor, kurz darauf zur Wehrmacht einberufen, in der er bis Ende des Krieges zum Bataillonsführer und Major befördert worden war. Zwischenzeitlich arbeitete er 1941 ein Jahr im Reichserziehungsministerium in Berlin. Insgesamt eine Karriere, die wesentlich durch die Mitgliedschaft in der NSDAP und der SS sowie den einflussreichen Führer der Deutschen Psychologie während der NS-Zeit und Doktorvater von Hans Möckelmann, Prof. Erich Jaensch, an der Universität Marburg gefördert wurde. Erstaunlich, dass Möckelmann, der sich in Schleswig-Holstein entnazifizieren ließ, in Hamburg 1948 in den Schuldienst kam. Schon zwei Jahre später wurde er zum Direktor des Walddorfer-Gymnasiums berufen, fünf Jahre danach zum Oberschulrat für die Gymnasien in Hamburg.

Hans Möckelmann war am 29.11.1903 in Altona als Sohn des Volksschulrektors Nicolaus Möckelmann zur Welt gekommen. Nach der Volksschule besuchte er das Christianeum, an dem er 1922 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er an den Universitäten Hamburg, Berlin und Marburg Geschichte, Deutsch, Psychologie und Leibeseziehung, mit dem Ziel, die wissenschaftliche Prüfung für das höhere Lehramt abzulegen, was er am 17.4.1928 in Marburg erfolgreich tat.

Zwischenzeitlich hatte er 1924 in Hamburg die Turnlehrer-Prüfung bestanden,



Hans Möckelmann, 1934

1927 die Schwimm- und Ruder-Lehrerprüfung in Berlin.<sup>1</sup> Hans Möckelmann promovierte 1927 in Psychologie<sup>2</sup>, sein Doktorvater an der Universität Marburg war Professor Erich Jaensch, der in der NS-Zeit eine bedeutende Rolle spielen sollte. Darauf wird noch einzugehen sein. Die weiteren Stationen sind schnell erzählt. Möckelmann arbeitete 1926 und 1927 als Hilfsassistent bei Prof. Jaensch an der Universität Marburg, wechselte 1928 in den Vorbereitungsdienst des Realgymnasiums in Gießen, aus dem er am 1.1.1929 ausschied, um eine Planstelle als akademischer Turn- und Sportlehrer zu übernehmen, aus der er am

1.7.1931 zum Direktor des Instituts für Leibesübungen im Gießen ernannt wurde. Parallel dazu bereitete er seine Habilitation vor. Im Wintersemester 1932 erhielt er die *venia legendi* für Psychologie und Pädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Leibeserziehung.<sup>3</sup>

Die akademische Karriere war somit planmäßig noch in der Zeit der Weimarer Republik angelegt. Die nächsten Stationen Möckelmanns führten ihn nach Königsberg, wo er ebenfalls das Hochschulinstitut für Leibesübungen als Oberregierungsrat leitete. Anschließend kehrte er zum 1.11.1937 zu Prof. Jaensch an die Universität Marburg zurück, um dort ebenfalls als Oberregierungsrat zu arbeiten.

Die weitere Karriere des Hans Möckelmann wäre ohne seine Hinwendung zum Nationalsozialismus und die besondere Förderung durch Prof. Erich Jaensch nicht möglich gewesen. Jaensch war es auch gewesen, der in einem Schreiben vom 14.10.1937, das er über Rektor Prof. Leopold Zimmerl an den Minister für Wissenschaft und Erziehung nach Berlin geschickt hatte, in dem es bezüglich der Nachbesetzung einer Stelle zum Gebiet „Wissenschaftliche Grundlagen der körperlichen Erziehung“ hieß: „Wir wenden uns an den Herrn Minister mit der ehrerbietigen Bitte, diesen besonders günstigen Bedingungen zu einer bevorzugten Pflege gerade dieses Faches und damit zugleich der Gesamttradition unserer Universität auch weiterhin Rechnung zu tragen und uns ... einen Nachfolger zu geben, der das Fach nicht nur in guter, sondern in führender Weise zu vertreten befähigt wäre. Der einzige, der diesen Wünschen in jeder Hinsicht voll und ganz entspricht, ist Oberregierungsrat Dr. Hans Möckelmann, Direktor des Hochschulinstitutes für Leibesübungen in Königsberg. Möckelmann gewinnt nicht nur in immer zunehmendem Maße die Führung in seinem Fache, er ist namentlich auch mit Marburg eng verbunden, in der hiesigen Tradition aufgewachsen und in einem Maße wie kein anderer befähigt sie fortzuführen.“<sup>4</sup>

Möckelmann war zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten.<sup>5</sup>

Als der Rektor der Marburger Universität, der Jurist Prof. Leopold Zimmerl, der schon im Juni 1931 Mitglied der NSDAP geworden war, sich im Streit mit dem Dozenten- und Gaudozentenbundführer Kurt Düring befand, in dem Zimmerl den Dozentenführer zwang, sein Amt an der Universität Marburg niederzulegen und „seinen vermeintlichen Vertrauten“, Hans Möckelmann, in diese Funktion zu bringen, schien die Auseinandersetzung beendet. „Zimmerl hielt Möckelmann, für dessen Berufung von Königsberg nach Marburg er sich 1937 eingesetzt hatte, für einen ‚aufrechten und anständigen Menschen, mit dem ich sehr gut arbeiten kann‘.“<sup>6</sup>

Rektor Zimmerl sollte sich täuschen. Anne Christine Nagel und Ulrich Siegel stellten in ihrer Geschichte der Philipps-Universität Marburg fest, dass sich Hans Möckelmann, „von Zimmerl zunächst als ‚Retter in der Not‘ begrüßt, nur allzu rasch



aus der Perspektive des Rektors als Sympathisant des feindlichen Lagers erwies: Eine heimlich von Dozentenbundführer Möckelmann und Senatsmitglied Siegfried Reicke ins Reichserziehungsministerium nach Berlin unternommene Reise mit dem Ziel, den Rektor von seinem Amt entbinden zu lassen, besiegelte nur wenige Monate später das Ende der ‚Ära Zimmer!‘.<sup>7</sup> Sie verwiesen darauf, dass Möckelmann die Leitung der Dozentschaft und des Dozentenbundes seit dem Wintersemester 1938/39 in den Händen hatte.<sup>8</sup>



Hans Möckelmann, 1948

Hans Möckelmann freilich stellte sein Engagement für den NS-Dozentenbund ganz anders dar, als er sich 1947 in Schleswig-Holstein entnazifizieren lassen wollte. Seine Strategie war, zu behaupten, sich nur in Auseinandersetzungen mit NS-Organisationen oder deren Vertretern befunden zu haben und so verharmloste er auch seine Tätigkeit im NS-Dozentenbund an der Universität Marburg:

„Seit Anfang 1938 beteiligte ich mich an den regelmäßigen Aussprachen des NS-Dozentenbundes, an dem auch Nicht-Parteigenossen teilnahmen. Es war damals noch eine lose Vereinigung ohne Beitrag und Mitglieds-karte. In einem ernsthaften gegenseitigen Konflikt zwischen dem damaligen Rektor und dem NS-Dozentenbundführer wurde ich von beiden Parteien als von außerhalb kommender und darum unbefangener Dozent zum Schlichter gewählt. Der Konflikt der beiden alten Kämpfer endete mit der Entlassung des Dozentenbundführers durch den Gauleiter Weinrich und dem gleichzeitigen mündlichen Auftrag an mich, die Geschäfte bis zur Ernennung des neuen Dozentenbundführers zu verwalten. Da der Auftrag nur wenige Wochen dauern sollte, konnte ich mich ihm nicht entziehen. Als junger Parteigenosse war ich offenbar nicht zuverlässig genug, darum wurde der Marburger Kreisleiter mir übergeordnet. Als sich dann nach einigen Wochen zeigte, dass ein geeigneter Dozentenbundführer nicht so schnell gefunden wurde, stellte ich mein Amt zur Verfügung mit der Begründung, dass es mir zeitlich und sachlich unmöglich wäre, den Kreisleiter ständig in interne und verwickelte Universitätsangelegenheiten einzuweihen. Meine Ablösung erfolgte nicht, die Folge meines Schrittes gab aber dem Kreisleiter Anlass, mich öffentlich zu schneiden und mir überall Schwierigkeiten zu bereiten. Erst als ich im Juni 1939 zu einer militärischen Übung einberufen wurde und durch den nachfolgenden Krieg wurde ich von diesem Posten befreit.“<sup>9</sup> Die Macht in seiner Funktion als Dozentenbundführer hatte Möckelmann nicht beschrieben. Er wies allerdings im Weiteren darauf hin, wie seine Beziehungen zum Reichserziehungsministerium entstanden waren, bei

dem er die Abberufung des Rektors der Universität Marburg erreicht hatte: „Während meiner Tätigkeit in Königsberg und Marburg seit 1936 wurde ich als ständiger wissenschaftlicher Berater vom Reichserziehungsministerium herangezogen.“<sup>10</sup>

Wer im Entnazifizierungsausschuss sollte später die Möglichkeit haben, hier Nachprüfungen anzustellen oder Zusammenhänge zu verstehen? Hans Möckelmann hatte zielgerichtet seine Karriere geplant und erreichte, an der Universität Marburg am 13.4.1939 zum außerordentlichen Professor ernannt zu werden. Er befand sich im Einflussbereich seines Doktorvaters Prof. Erich Jaensch, der seit 1933 Direktor des Instituts für psychologische Anthropologie an der Universität in Marburg war, seit 1933 Mitglied der NSDAP, seit 1932 förderndes Mitglied der SS und Mitglied des Kampfbundes für deutsche Kultur, seit 1936 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und Herausgeber der „Zeitschrift für Psychologie“.<sup>11</sup> Einen mächtigeren Paten hätte sich Hans Möckelmann nicht wünschen können.

Wie sein Mentor orientierte sich Hans Möckelmann auch auf die SS, der er am 28.6.1938 beitrug (Mitgliedsnummer 312 299)<sup>12</sup>, was er in seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 7.9.1947 verfälschte, als er bei Frage 42 „Mitglied der Allgemeinen SS, ja oder nein?“, „nein“ schrieb.<sup>13</sup>

Bevor ich mich dem Entnazifizierungsverfahren zuwende, will ich mich noch einmal mit den inhaltlichen Positionen und Veröffentlichungen von Hans Möckelmann beschäftigen. Diese sollten für Möckelmann auch zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt noch einmal bedeutsam werden.

Möckelmann war vom Entnazifizierungsausschuss in Schleswig-Holstein am 5.12.1947 gebeten worden, die von ihm veröffentlichten Schriften, die er in seinem Fragebogen erwähnt hatte, bei dem Ausschuss einzureichen.<sup>14</sup> Er tat dies, musste nach eigenen Angaben erst einige Bibliotheken anschreiben und legte am 22.1.1948 „die vom Ausschuss angeforderten Schriften mit einer Erläuterung vor“.<sup>15</sup> Hans Möckelmann ging dabei geschickt vor. Er präsentierte zwei Veröffentlichungen aus den Jahren 1929 und 1933, die vor der NS-Herrschaft geschrieben waren und kein NS-Gedankengut enthielten. Er räumte ein, dass „die dritte Schrift, in zwei Teilen erschienen, ‚Die körperliche Erziehung in den Entwicklungsstufen als Grundlage der Jugendführung‘, nationalsozialistische Gedanken“ enthielten „und könnte bei bloß oberflächlicher Betrachtung und ohne Kenntnis der Zusammenhänge politisch belastend erscheinen“.<sup>16</sup>

Sicherlich standen Hochschullehrer, die veröffentlichen wollten und mussten, vor dem Problem, dass staatliche Stellen und Verlage vor einer Veröffentlichung prüften, ob die Manuskripte der NS-Ideologie entsprachen und diese beförderten. Insofern war der eigene Karrierewunsch gekoppelt an entsprechendes Wohlverhalten. Möckelmann schrieb dazu:

„Bevor es zur Drucklegung kam, wurde die parteiamtliche Kommission zur Überprüfung des gesamten Schrifttums geschaffen (Amt Rosenberg). Dass ein Buch über Erziehung und Jugendführung ohne irgendwelche Zugeständnisse an die NS-Ideologie die Zensur passieren konnte, war undenkbar. Trotzdem sind diese Zugeständnisse nur äußerer Art. Sie bestehen in einigen Zitaten Hitlers und Erwähnungen des Nationalsozialismus. Baldur von Schirach und Darré wurden je einmal zitiert. Demgegenüber habe ich aber auch keine Bedenken getragen, Roosevelt zu zitieren. Inhaltlich sind die belastenden Zitate unpolitisch.“<sup>17</sup>

Und weiter behauptete Möckelmann:

„Demgegenüber wird jeder nicht bloß oberflächliche Leser feststellen müssen, dass zum Beispiel die Behandlung der Rassenfrage ohne Konzession an die NS-Rassenlehre erfolgte. Man wird vergebens nach antisemitischen Äußerungen, nach einer Verächtlichmachung anderer Rassen und Völker, oder nach der NS-Lehre von der nordischen ‚Hochrasse‘ suchen, während auf jüdische Wissenschaftler Bezug genommen wurde. Einzig und allein die Sorge um die Erhaltung des deutschen Volkstums kommt hier zum Ausdruck.“<sup>18</sup>

Möckelmann schloss damit:

„Sowohl aus meinem bereits eingereichten politischen Entwicklungsweg wie aus meinen Schriften, so glaube ich, geht hervor, dass ich alle Anstrengungen gemacht habe, mir die Freiheit des Gewissens und der beruflichen und wissenschaftlichen Arbeit zu erhalten, auch in der Zeit, wo ich die verhängnisvolle Rolle Hitlers noch nicht durchschaut hatte. Dass ich in meinem politisch ‚gefährlichen‘ Beruf und in meiner Stellung, die ich nicht nationalsozialistischer Gunst verdanke, den Preis äußerer Konzessionen an die Partei zahlen musste, wird niemand bestreiten können, der sich je in ähnlicher Lage durchkämpfen musste.“<sup>19</sup>

Es soll jetzt einmal nachgeprüft werden, ob die Aussagen Möckelmanns in Kenntnis seiner Schriften nachvollziehbar und berechtigt sind.

Nicht eingereicht hatte Möckelmann eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1939, „Leibesübungen und körperliche Erziehung“, in der er schrieb:

„Die bloße Schau, auch die Einsicht genügen nicht, so notwendig und unentbehrlich sie immer sein mögen, wenn sie nicht mit jener Kraft gepaart sind, die irgendwie immer auf den Grundlagen des Leibes und des an den Leib gebundenen untrügerischen Instinktes fußen. Der Mann des Volkes aber und der Tat vermochte in dem wachen Lebensgefühl, im sicheren Instinkt, in der lauterer Gesinnung, im kraftvollen Tatwillen des rassisch gesunden und volkhafte gebundenen Menschen die untrüglichen Wegweiser für ein Reich neuer Werte aufzudecken.“<sup>20</sup>

Vielleicht NS-Phraseologie, aber aus meiner Sicht in sich konsistent und glaubwürdig formuliert.

Ich vermute, dass Hans Möckelmann seine in meinen Augen am meisten belastende Schrift dem Ausschuss nicht eingereicht hatte: „Die Leibeserziehung der Mädels in den Entwicklungsstufen“.<sup>21</sup> Das Manuskript hatte Möckelmann während seiner einjährigen Arbeit im Reichserziehungsministerium vom 1.4.1941 bis zum 1.4.1942 erstellt und während seiner „Rückkehr ins Feld“ von einer Kollegin, Auguste Hoffmann, redigieren lassen, wie er im Vorwort schrieb. War es Anpassung oder Überzeugung, wenn Hans Möckelmann im Vorwort notierte:

„Nach Ziel und Inhalt hat die Leibeserziehung der Frau ihre feste Grundlage in unserer Weltanschauung, in der Anpassung der erzieherischen Maßnahmen an die naturgegebene, körper-seelische Entwicklung der heranreifenden Mädels aber bleibt sie für den Forscher wie für den Erzieher eine immer-währende Aufgabe.“<sup>22</sup> War es Anpassung an die herrschende Weltanschauung oder die höchst eigene Position von Autor Hans Möckelmann zur Rolle der Frau in der Gesellschaft und der Funktion des Sports für Mädchen und andere? Aus meiner Sicht offenbart sich mehr als opportunistische Anpassung, um die Drucklegung zu erreichen, hier wurde internalisierte Ideologie durchgehend produziert, wie ich an einigen Zitaten belegen möchte:

„In dem Kampf um die Gleichberechtigung auf allen Lebensgebieten, sei es im Beruf, sei es im politischen oder kulturellen Leben, verfiel die Frau nur allzu leicht den liberalistischen Ideen von der Freiheit und den Ansprüchen des Individuums. Auch in den Gebieten, die wie die Politik und der Sport bisher vornehmlich dem Manne vorbehalten waren, versuchte sie, diese zur Geltung zu bringen. (...) Einen besonderen Aufschwung nahm der Sport der Frau aber erst nach dem Ersten Weltkriege. Mit seiner gewaltigen Umgestaltung aller Lebensbedingungen hatte der Krieg eine große Zahl von Frauen ins Berufsleben geführt. Der Tod von Millionen junger Männer entzog gleichfalls vielen Frauen ihre Berufung als Hausfrau und Mutter. Damit leistete der Krieg den liberalistischen Ideen von der Emanzipation der Frau weiteren Vorschub. (...) Aber noch im Jahre 1933, als unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Revolution die soldatische Haltung des deutschen Mannes im disziplinierten Marsch der SA wieder auflebte, griff die damit verbundene militärische Strammheit auch auf die marschierenden Mädelsgruppen über. Diese Erscheinung, wenn sie auch nicht allgemein und nur von kurzer Dauer war, kennzeichnet aber noch die mechanische Angleichung fraulicher Übungen an die des Mannes.“<sup>23</sup>

Möckelmann machte keine Zugeständnisse an die Propagandaabteilung des Amtes Rosenberg, sondern bediente sich durchgehend der nationalsozialistischen Ideologie, die das Vergangene, die Zeit der Weimarer Republik stets als „liberalistisch“ bezeichnete und ebenfalls durchweg „rassenpolitisch“ argumentierte und auch in Bezug auf die Rolle der Frau NS-Ideologie vertrat:

„Die Entwicklung aber trug ganz den Stempel einer liberalistischen Zeit. Hinter dem Kampf für die Gleichberechtigung der Frau verbarg sich vielfach krasser Liberalismus, der in seinem Streben nach Loslösung von Familie und Volk rassenpolitisch die stärksten Gefahren in sich tragen musste. Von wenigen nur wurden diese Gefahren für den Bestand und die Erhaltung unseres Volkes erkannt.“<sup>24</sup>

Hans Möckelmann zitierte die Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen, an denen er im Reichserziehungsministerium 1941–42 mitgearbeitet hatte. „Erst die biologisch fundierte Weltanschauung des Nationalsozialismus machte den Weg dafür frei, den Menschen in seiner Ganzheit nicht nur zu betrachten sondern auch erzieherisch anzugreifen, ‚um ihn durch die Entwicklung aller Kräfte des Körpers, der Seele und des Geistes zum Dienst in der Gemeinschaft des Volkes fähig und bereit zu machen‘.“<sup>25</sup>

Möckelmann, der diese Schrift seiner Frau widmete, war mit Gertrud Helene Fessmann, Jahrgang 1912, seit dem 9.9.1933 verheiratet und hatte mit ihr vier Kinder (geboren 1935, 1937, 1939 und 1941).<sup>26</sup>

„Während man sich in der aktiven politischen Gemeinschaft nach außen hin einsetzt, ist die Frau die Trägerin der kleineren Gemeinschaft der Familie und Sippe, damit die eigentliche Trägerin deutschen Rasse- und Erbgutes. Sie, die der Natur näher steht und mit ihr inniger verwachsen ist als der Mann, hat die Aufgabe, ihre Kinder zu klassischer und blutgebundener Bewusstheit zu führen, in ihnen das Gefühl für Würde und Stolz auf Familie, Sippe und das angestammte Volk zu wecken. Heim und Familie sind die unentbehrlichen Keimzellen des Volkes.“<sup>27</sup>

Das klingt durchaus nach Überzeugung und der Hinweis auf Adolf Hitler ist dann eher eine Beigabe, eine Verstärkung:

„Mit der Forderung des Führers, dass das Ziel der weiblichen Erziehung unverrückbar die kommende Mutter zu sein hat, ist auch das vornehmste Ziel der weiblichen Leibeserziehung gekennzeichnet. Ohne Erhaltung der Art gibt es keinen Fortschritt im Leben des Volkes und in seiner kulturellen Sendung. Nur durch den Willen zum Kinde bleibt ein Volk unsterblich.“<sup>28</sup>

Zur Untermauerung wurde tatsächlich immer wieder Adolf Hitler zitiert, der in „Mein Kampf“ genügend Wiederzugebendes produziert hatte:

„Die körperliche Ertüchtigung ist im völkischen Staat nicht eine Sache des einzelnen, ... sondern eine Forderung der Selbsterhaltung des durch den Staat vertretenen und geschützten Volkstums.“<sup>29</sup>

In seinen „Erläuterungen zu den Veröffentlichungen“ hatte Möckelmann behauptet, „die Rassenfrage ohne Konzession an die NS-Rassenlehre behandelt und niemals antisemitische Äußerungen gemacht zu haben“. Auch letzteres ist nicht richtig. Wie zitierte Hans Möckelmann die mit dem jüdischen Psychologen Prof.

Karl Bühler verheiratete Psychologin Charlotte Bühler, die in Wien lehrte?

„Die Psychologie jüdisch-liberalistischer Prägung hat die negativen Seiten der Auflösungserscheinungen mit besonderer Vorliebe auszumünzen versucht. Es ist darum kein Zufall, dass in dem Rassengemisch der Großstadt Wien vor dem Anschluss an das Großdeutsche Reich ein fruchtbarer Nährboden für sogenannte ‚interessante Fälle‘ vorhanden war. Jüdische Tagebuchschreiberinnen der Pubertätszeit boten genug solcher Fälle. Auf diesem Hintergrund konnte die weitverbreitete Anschauung von der ‚negativen Phase‘ in der Entwicklung des Mädels entstehen und gedeihen.“ Möckelmann verwies dabei auf die Veröffentlichung von Charlotte Bühler: „Das Seelenleben der Jugendlichen, Jena 1929.“<sup>30</sup> Der Verweis auf „jüdisch-liberalistische“ Prägung der Psychologie diente möglicherweise dem Opportunismus gegenüber dem zensierenden Amt Rosenberg. Schlimm genug. Möckelmann selbst beschrieb durchaus eine „negative Entwicklungsstufe“ bei den Mädchen:

„In der festen Gemeinschaft unter einer gereiften Führerin gibt es keine passiven Schwermutsstimmungen, keine ungesunden, um das Sexuelle kreisenden Gefühlsanalysen, keine Tatenlosigkeit.“<sup>31</sup> Neben einigen durchaus wichtigen und hilfreichen Hinweisen, was die Entwicklung der Mädchen betrifft, mit notwendigen Folgerungen für den Sportunterricht, machte Hans Möckelmann auch Vorschläge, die viele Mädchen und Frauen im Rückblick auf ihren Sportunterricht vermutlich erstarren lassen:

„Die Willensschulung ist in dieser Phase besonders wichtig, weil das Mädels körperlich und seelisch sensibel ist. Im Hindernisturnen muss es lernen, die Scheu vor dem harten Gegenstand, vor dem anprallenden Stoß zu verlieren, sich körperlich nicht zu verweichlichen. Der Kampf mit dem Hindernis nötigt indes, immer wieder Farbe zu bekennen, sich dem kritischen Blick der Kameradinnen auszusetzen, vor ihnen und sich selbst zu bestehen oder zaghaft auszuweichen. Im fröhlichen Springen am hohen Pferd, Tisch, Kasten und Bock, beim kraftfordernden Klettern, bei den Schwüngen, Auf- und Abgängen am Reck und Barren werden Hemmungen überwunden, die Kraft gesteigert, das Frohgefühl geweckt, eine schwierige Arbeit bewältigt und damit der Anreiz zu neuem Wollen und Wagen geschaffen. Das so erzogene, nicht verweichlichte und empfindsame Mädels wird später mit den mannigfaltigen Spannungen und Widerständen des Lebens auch fertig werden.“<sup>32</sup> Gelobt sei was hart macht. Auch für Mädchen.

Es war sicherlich vielleicht notwendiger Opportunismus gegenüber dem die Veröffentlichungen auch von Wissenschaftlern überwachenden Amt Rosenberg, aber in den Schriften und Reden Möckelmanns wurde deutlich, dass dieser durchaus in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der NS-Ideologie stand. So etwa

in der Festrede, die er am 30.1.1939 in der Universität Marburg hielt, als Führer des NS-Dozentenbundes und die er unter den Titel stellte: „Die weltanschaulichen Grundlagen der Leibeserziehung.“<sup>33</sup>

Möckelmann begann, natürlich, mit einer Verbeugung vor der NS-Bewegung:

„Wenn wir heute den Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung feierlich begehen, dann drängt es uns, mit berechtigtem Stolz rückblickend der gewaltigen Leistungen von Führung und Volk in den hinter uns liegenden sechs Jahren zu gedenken. Noch heute durchzittern die weltgeschichtlichen Ereignisse des Jahres 1933 in ihrer elementaren Wucht unser aller Herzen.“<sup>34</sup>

Wie argumentierte Möckelmann und wozu forderte er die universitären Mitarbeiter und Studierenden auf?

„Denn auch die Universität gliedert sich in den gewaltigen Kraftstrom unseres Volkes ein, der sein Leben im Lebenskampf der Völker sichert. Auch sie trägt die Verantwortung für den völkischen Bestand, hat die Aufgabe, in Forschung und Wissenschaft zu den arteigenen Quellen deutschen Geistes vorzudringen und sie für das Leben des Volkes auszuschöpfen. Die Universität freilich, die nur von müder Geistigkeit getragen wäre, würde die Kraft zur Mitarbeit nicht aufbringen. Geistigkeit allein, auch wenn sie durch reines Wollen und lautere Gesinnung geadelt ist, bedarf der Kraft, um von der Erkenntnis zum Bekenntnis, von der Einsicht zur Entscheidung vorzustoßen. Die Kraft zur Verantwortungsfreude und zur einsatzbereiten Entscheidung aber liegt in der leiblichen Sphäre des Menschen verankert.“<sup>35</sup>

Etwas später konkretisierte Möckelmann dies:

„Politisches Wollen ist ohne die Gesundheit, vitale Kraft und Entscheidungsfreudigkeit seiner Führung zur Nichtigkeit und Ohnmächtigkeit verdammt. Diese Erkenntnis hat das deutsche Volk selbst im Weltkrieg mit furchtbaren Opfern an Gut und Blut entgelten müssen. Man stelle den feingeistigen, aber von der Gedankenblässe angekränkelten Reichskanzler von Bethmann Hollweg in seiner Kraftlosigkeit der beherrschten Kraft eines Adolf Hitler und dem vitalen Schwung von Hermann Göring gegenüber.“<sup>36</sup>

Ist es sprachliche Anpassung oder argumentierte hier ein überzeugter, nationalsozialistischer Propagandist?

„Der Leib kann niemals Selbstzweck sein, wozu ihn marxistische Jugendapostel vergangener Zeiten haben stempeln wollen.“<sup>37</sup>

Wie an anderen Stellen auch, berief sich Hans Möckelmann auf „Turnvater“ Jahn: „Es ist kein Zufall, dass der Vorkämpfer für eine rassistisch und volkhaft gebundene Weltanschauung zugleich der Schöpfer einer sich auf ihr gründenden Leibeserziehung wurde, Friedrich Ludwig Jahn. Weder in den Zeiten Jahns noch in der heutigen Zeit des Umbruches aller Werte konnte es dem scharfen, zergliedernden

Verstande gelingen, die blass und schal, weil artfremd gewordenen Werte zu erneuern, weil er sich zu weit vom lebendigen Menschen losgelöst hatte, von Volkstum und Rasse.“<sup>38</sup> Und: „Er sah das Ziel der Erziehung in der Reinigungskraft, die Menschen des gleichen Blutes durchwaltete und umschlang. Er prägte dafür das die deutsche Sprache glücklich bereichernde Wort: Volkstum.“<sup>39</sup>

Möckelmann behauptete nach 1945, wie schon zitiert, „die Rassenfrage ohne Konzession an die NS-Rassenlehre behandelt“ zu haben. 1939 sagte er in Marburg: „Wenn wir die Rassegesetze und die Gesetze zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als den schützenden Damm ansehen, der die Kultur vor klassischer Zersetzung und Überflutung schützt, so gibt die Erziehung und vornehmlich die Erziehung über den Leib ihr die notwendige Pflege und Nachhilfe, die sie zur vollen Entfaltung braucht. Die völkische Forderung, die eine artgemäße Leibeserziehung stets in sich schließt, die Forderung nach Erhaltung der Lebenstüchtigkeit und Wehrfähigkeit seiner Volksgenossen darf für ein kämpferisches Volk nie erlöschen. Leibeserziehung birgt für jeden Einzelnen die Verpflichtung in sich, gegenüber dem Erbstrom seiner Rasse, zu meiden und zu bekämpfen, was den Leib als rassischen Wertträger schädigt. Nur auf dem Boden eines kraftvollen, wohlgebildeten, lebenstüchtigen und disziplinierten Leibes kann klassischer Stolz gedeihen. Aus der Leibestüchtigkeit und Gediegenheit des einzelnen aber wächst der Stolz und der Glaube an die Überlegenheit des eigenen Volkes im Daseinskampf der Völker.“<sup>40</sup>

Hans Möckelmann hielt diese Rede am 30.1.1939. Ende des Jahres sah die Welt anders aus. Möckelmann hatte zum 1.4.1939 an der Universität Marburg eine außerordentliche Professur bekommen und wenige Monate später, am 26.8.1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen.<sup>41</sup> In Kenntnis dieser Tatsachen bekommen seine Schlussfolgerungen eine besondere Bedeutung: „Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Er ist für ein lebenstüchtiges Geschlecht der Maßstab und Prüfstein der rassischen Vollwertigkeit und damit das Hauptprinzip der Führerauslese. In einem Volke, das so hartnäckig um seinen Bestand ringt, wie das deutsche es muss, darf es kein Lebensgebiet geben, in dem ein unkämpferischer Mensch Führungsansprüche erheben kann. Nach den Worten des Führers ist ‚die Seuche der häufigen und feigen Willens- und Entschlusslosigkeit, alles in allem genommen, hauptsächlich das Ergebnis unserer grundsätzlich verfehlten – weil unkämpferischen – Jugend-erziehung, deren verheerende Wirkung sich in das spätere Leben hineinpflanzt‘. (...) Unser Volk braucht, will es bestehen, Führer, die willens und fähig sind, schwerste Verantwortung auf sich zu nehmen, die auch vor größtem Risiko und vor Gefahren nicht zurückschrecken. Daraus folgt für die Erziehung als Führerauslese, dass sie der Jugend Gelegenheit geben muss, sich in wesensähnlichen Situationen zu bewähren, ihr Aufgaben stellen muss, die auch Risiko und Gefahr enthalten. Ohne den



leiblichen Einsatz ist auch in einem zivilisierten Volke Führerauslese nicht denkbar. Ohne ihn hätte es den 30. Januar 1933 und eine nationalsozialistische Führung nie gegeben.“<sup>42</sup>

Hans Möckelmann beendete seine Rede mit einem Wort von Friedrich Nietzsche: „Man hat auf das große Leben verzichtet, wenn man auf den Kampf verzichtet.“<sup>43</sup>

Den Kampf sollte es bald schon geben. Er brachte aber am Ende nicht das große Leben, sondern das Gegenteil, unvorstellbar viele Tote.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Entnazifizierungsausschuss in Schleswig-Holstein über die ausführlich zitierten Schriften verfügte und sie studiert hatte.

Zum weiteren Werdegang von Hans Möckelmann. Er unterbrach seine Zeit bei der Wehrmacht für ein Jahr, um als Referent im Reichserziehungsministerium in Berlin zu arbeiten. In seinem Lebenslauf bei der Bewerbung für den Hamburger Schuldienst schrieb er dazu: „Während eines Jahres bearbeitete ich dort das Referat Turnlehrerausbildung und -fortbildung und schied dann wegen fachlich-politischer Differenzen aus eigenem Entschluss und gegen den Willen des Ministers aus und wurde vom Heer wieder eingezogen.“<sup>44</sup>

Das las sich 1948 gut, als Hans Möckelmann wieder in den Staatsdienst strebte, wird aber durch kein Dokument belegt. Es war Möckelmanns Strategie, im Entnazifizierungsverfahren sich als in Konflikten mit nationalsozialistischen Stellen befindlich zu präsentieren.

Nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht am 14.12.1945 hatte Hans Möckelmann offenbar selbst die Einschätzung gehabt, dass er Schwierigkeiten bekommen würde, wieder als Hochschullehrer an einer deutschen Universität antreten zu können. In seinem Lebenslauf für die Wiedereinstellung in Hamburg als Lehrer 1948 schrieb er: „Nach der Katastrophe und meiner Entlassung wurde ich durch das Arbeitsamt als landwirtschaftlicher Gehilfe vermittelt. Mithilfe meiner englischen Sprachkenntnisse, der Dolmetscherprüfung und von Privatunterricht konnte ich meine Familie mit Kindern von 7 bis 13 Jahren bisher notdürftig unterhalten. Allerdings besitze ich nur für meine Person seit 1946 die Zuzugsgenehmigung für Hamburg, während meine Familie, von der ich seit achteinhalb Jahren getrennt leben muss, teils in Bayern teils in Holstein bei Verwandten untergebracht ist.“<sup>45</sup>

Aus diesem Schreiben wird deutlich, wie schwierig die Situation für Hans Möckelmann in dieser Zeit war. Das erklärt möglicherweise auch, warum er im Fragebogen seine Mitgliedschaft in der SS verneinte, die er ausweislich seiner Personalakte an der Universität Marburg noch mit dem Eintritt am 20.10.1938 gemeldet

hatte. Aber damals war dies ja noch karrierefördernd, wie seine Ernennung zum außerordentlichen Professor drei Monate später zeigte. In einer Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen machte Möckelmann Aussagen zu seinem politischen Entwicklungsgang, die das Ziel hatten, zu verharmlosen und zu relativieren. So schrieb er:

„Bis Mai 1933 habe ich weder einer politischen Vereinigung angehört noch mich am politischen Leben beteiligt. Die Gründe für meine Meldung zum Eintritt in die NSDAP Ende Mai 1933 – die Aufnahme erfolgte 1937 – sind verschiedener Art. Mit der Machtergreifung der NSDAP wurde ich von Berufs wegen sofort in den politischen Strom, der an den Hochschulen besonders heftig tobte, hineingezogen. Im Kampf gegen die das ganze studentische Leben umwälzenden Machenschaften des SA-Hochschulamtes stand ich als jüngster Privatdozent der Universität Gießen völlig allein. Als mir im Verlaufe des Konfliktes mit der NS-Studentenschaft und dem SA-Hochschulamt die praktische Sportausbildung entzogen wurde und eine persönliche Beschwerde beim hessischen Ministerium mit meiner Beurlaubung für das Sommersemester 1933 endete, musste ich mit dem Verlust meiner Stellung rechnen. Das ist einer der Gründe, weswegen ich, gemeinsam mit mehreren Dozenten, mich zur Partei meldete. Ich verschweige allerdings nicht, dass wir die Idee einer Verbindung des nationalen mit dem sozialen Element für richtig hielten und uns einbildeten, durch unseren Beitritt läuternden und mäßigenden Einfluss auf die radikalen und hochschulfreundlichen Parteistellen ausüben zu können.“<sup>46</sup>

Eine häufig benutzte Aussage, zumeist verbunden damit, Gründe einzuräumen, warum man den Weg in die NSDAP fand.

Möckelmann beschrieb auch seinen Weg in das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK), freilich mit Hinweis darauf, als Berater und Organisator von sportlichen Wettkämpfen fungiert zu haben, dann ebenfalls seine Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK). Und Möckelmann bemerkte eher en passant: „Allerdings war ich Anfang 1939 genötigt, zur Reiter-SS Beziehungen aufzunehmen, weil das mir unterstehende Universität-Reitinstitut kurz vor der Beschlagnahme durch die SA stand. Dadurch, dass ich einem neu zu gründenden studentischen SS-Reitertrupp das Mitbenutzungsrecht gestattete, konnte ich das Reitinstitut dem Zugriff der SA entziehen. Freilich musste ich mich verpflichten, die Gründung und die Führung des Trupps zu übernehmen. Dieser Verpflichtung bin ich nicht nachgekommen, um das Institut nicht in die Abhängigkeit der SS zu bringen. Der Trupp wurde bis zum Kriege nie aufgestellt. Ich selbst allerdings wurde die letzten Monate vor Kriegsausbruch als Staffelführer der Reiter-SS geführt, bin aber nicht Mitglied geworden.“<sup>47</sup>

Diese Darstellung ist mehr als zweifelhaft. Möckelmann hatte seine SS-Mitgliedschaft in seiner Personalakte an der Universität Marburg hinterlegt und es

gibt im Bundesarchiv eine SS-Offizierskarteikarte, die ihn mit Eintrittsdatum vom 28.6.1938 und der Mitgliedsnummer 312 299 ausweist, darüber hinaus ein SA-Abzeichen des SS-Oberscharführers Hans Möckelmann, zugehörig zum Stab SS-Oberabschnitt Fulda-Werra.<sup>48</sup> Während des Krieges gehörte Möckelmann der Waffen-SS an und war dort Sturmbannführer.<sup>49</sup> Für die angestrebte Professur, die Möckelmann zum außerordentlichen Professor an der Universität Marburg machte, war die SS-Mitgliedschaft sicherlich förderlich, im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Schleswig-Holstein wäre dies eine schwere Hypothek gewesen. Somit entschloss sich Möckelmann offenbar, eine schwer nachzuprüfende Geschichte aufzuschreiben, die nicht den Tatsachen entsprach und ihn legitimieren sollte, bei der Frage nach einer SS-Mitgliedschaft schlicht und wahrheitswidrig „Nein“ zu schreiben.

Hans Möckelmann ging bei seiner Entnazifizierung strategisch klug vor. In den Erläuterungen zu seinem politischen Werdegang, die er dem ausführlichen Entnazifizierungsfragebogen vom 8.9.1947 beifügte, erklärte er:

„Nach meiner Entlassung vom Heer war meine Dienststelle aufgelöst. Als Parteigenosse konnte ich mit einer Wiedereinstellung zunächst nicht rechnen. Daher meldete ich mich zur landwirtschaftlichen Arbeit in Hamburg-Eidelstedt.“<sup>50</sup>

Möckelmann wohnte zu diesem Zeitpunkt bei seinem Bruder in Hamburg in der Kieler Straße. Vermutlich wusste Möckelmann, dass die Entnazifizierungspraxis in Schleswig-Holstein für belastete Personen günstiger verlief als in Hamburg. Als Grund, sich in Schleswig-Holstein um Entnazifizierung zu bemühen, gab der in Altona geborene Hans Möckelmann an:

„Als gebürtiger Holsteiner – meine gesamte Familie wohnt in Holstein – habe ich das Bestreben, im Lande Schleswig-Holstein eine Anstellung zu finden, die meiner Vorbildung mehr entspricht.“<sup>51</sup>

Geschickt fügte Möckelmann in diesem Schreiben hinzu: „Aus den Zeugnissen von zwei Antifaschisten, mit denen ich seit zwei Jahren fast täglich zusammentraf, dürfte ersichtlich sein, dass gegen meine Mitarbeit am demokratischen Aufbau keine Bedenken vorliegen. Außerdem ermächtigt mich der Ortsdienststellenleiter Eidelstedt der Stadtverwaltung Hamburg, Herr Zimmermann, ein altes aktives Mitglied der SPD und KZ-Insasse, zu der Erklärung, dass er aufgrund unserer zweijährigen Bekanntschaft bereit ist, auf Anforderung sich sowohl gutachterlich zu äußern als auch persönlich vor dem Ausschuss in Kiel mündlich für mich auszusagen.“<sup>52</sup>

Tatsächlich versuchte Hans Möckelmann zuerst in Schleswig-Holstein eine Anstellung zu finden, wie Dr. Stempel vom damaligen Ministerium für Volksbildung, Abteilung Sport am 23.8.1947 an die Kieler Abteilung für Entnazifizierung und Kategorisierung mitteilte: „Herr Dr. Möckelmann hat sich um Verwendung im sportlichen Dienst der Landesregierung Schleswig-Holstein beworben. Im Falle

seiner Bestätigung durch die britische C. C. wird seine Verwendung in Erwägung gezogen werden. Es wird gebeten, ihn politisch zu überprüfen.“<sup>53</sup>

Darauf wurde das Entnazifizierungsverfahren in Gang gesetzt und Möckelmann musste nach der Abgabe seines Fragebogens seine Veröffentlichungen einreichen, was ihm „trotz Bemühung bei verschiedenen Bibliotheken nicht vollständig“ gelang.<sup>54</sup>

Am 12.1.1948 legte Möckelmann dann einige der gewünschten Schriften vor. Seinen Fragebogen hatte er unvollständig ausgefüllt, die Mitgliedschaften in der SS und der Waffen-SS verschwiegen, dafür einige entlastende Gutachten von ehemaligen Kollegen im sportwissenschaftlichen Bereich mit eingereicht, die aussagten, dass er „der nationalsozialistischen Bewegung innerlich fremd gegenüberstand“, niemals etwas von einem „besonderen parteipolitischen Interesse geschweige denn von Aktivität“ bemerkbar gewesen sei.<sup>55</sup>

Hans Möckelmann hatte in seiner Erklärung zu seinem persönlichen Entwicklungsgang besonders auf immer wieder auftretende Schwierigkeiten mit Parteidienststellen und insbesondere der SA an den Hochschulen, die die Sportausbildung für sich reklamierte, hingewiesen und geschrieben:

„Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass mein Beruf im Gegensatz zu manchem anderen Beamten mich in das politische Getriebe hineinzwingen musste, wenn ich meinen Studenten und mir persönlich die Freiheit und Selbständigkeit der Arbeit und des Gewissens erhalten wollte. Leider habe ich mir besonders unter dem Eindruck der Olympischen Spiele, an denen ich als Abteilungsleiter im internationalen Lager maßgeblich beteiligt war, und besonders beeinflusst durch meine ausländischen Freunde aus den verschiedensten Nationen, welche die damaligen Leistungen des Nationalsozialismus vorbehaltlos anerkannten, den Blick und die richtige politische Einsicht trüben lassen. So kam es, dass ich zwar die Symptome der Krankheit bekämpfte, aber zu spät erkannte, dass das System von Grund auf krank und verdorben war.“<sup>56</sup>

Schon kurz darauf, am 23.2.1948, wurde Hans Möckelmann ohne Berufsbeschränkungen in Kategorie IV eingruppiert.<sup>57</sup>

Offensichtlich verfolgte Hans Möckelmann eine geschickte Doppelstrategie. Er ließ sich in Schleswig-Holstein entnazifizieren und bemühte sich gleichzeitig um eine Einstellung in den Hamburger Schuldienst.

Schon kurz nachdem der Entnazifizierungsbescheid zugestellt worden war, meldete sich Hans Möckelmann schriftlich bei dem für die Gymnasien zuständigen Oberschulrat Heinrich Schröder, den er vorher schon persönlich aufgesucht hatte.<sup>58</sup> Schrieb er in seinem „politischem Entwicklungsgang“ noch, „dass die nationalsozialistische Regierung mir beruflich keine Förderung zuteil werden ließ, ich habe im

Gegenteil in meiner fachlichen Arbeit nur Enttäuschungen erlebt. Persönlich habe ich 1929 die gleiche Dienststellung bekleidet wie bei meiner Einberufung 1939<sup>59</sup>, somit die Erlangung einer Professur unmittelbar vor seinem Eintritt in die Wehrmacht verschleierte, legte er in seinem Bewerbungsschreiben den Schwerpunkt auf seine langjährige „praktisch-pädagogische Tätigkeit auf dem Gebiete der Leibeserziehung“ und sein zehnjähriges Wirken „als Direktor der Institute für Leibesübungen von drei Universitäten“ schon seit der Weimarer Republik. Er erwähnte auch seine reichen praktischen Erfahrungen auf allen Gebieten der Sportlehrerausbildung und -fortbildung, „die in meinen Büchern über die Leibeserziehung in den Entwicklungsstufen für Jungen und Mädchen niedergelegt“ sind.<sup>60</sup>

Dass Möckelmann den kritischen Oberschulrat Heinrich Schröder für sich gewann, lag sicherlich an seinem überzeugenden persönlichen Auftreten, aber auch daran, dass Möckelmann sein Abitur am Christianeum absolviert hatte, der Schule, an der Schröder jahrelang als Lehrer tätig gewesen war. Interessant erscheint der handschriftliche Vermerk von Schulsenator Heinrich Landahl vom 4.5.1948 auf dem Bewerbungsschreiben. Landahl schrieb an Schröder: „Ich empfehle Studienrat Schöning gutachterlich zu hören, insbesondere auch über die von M. veröffentlichten Bücher. Sind diese Bücher von uns sachlich und politisch geprüft worden?“<sup>61</sup>

Ich habe in der Biografie über Ernst Schöning dargestellt, dass dieser selbst erheblich in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen war und vermutlich auch in dieser Zeit mit Hans Möckelmann in Kontakt gestanden hatte, ebenso wie mit dem Sportfunktionär Carl Diem.<sup>62</sup> Es liegt von Schöning keine gutachterliche Äußerung vor, aber er wird Möckelmann sicherlich positiv bestätigt haben, der ihm dann auch nach seiner Pensionierung als Vertreter Hamburgs in den Sportausschüssen auf Bundesebene nachfolgte. Beeindruckend für Schöning und andere war sicherlich auch Möckelmanns Hinweis in seinem Bewerbungsschreiben:

„Als Leichtathlet, Spieler in Handball, Faustball und Schlagball war ich an zahlreichen Meisterschaftskämpfen beteiligt, wurde mehrfacher südwestdeutscher und Hamburger Hochschulmeister in Einzel- und Mehrkämpfen sowie Mehrkampfsieger auf dem deutschen Lehrersportfest in Frankfurt am Main 1931.“<sup>63</sup>

Der auf Hamburger Lehrer bezogen so kritische Heinrich Schröder, der insbesondere über deren NS-Verstrickung eine breite Expertise besaß, war offenbar von Hans Möckelmann überzeugt. Schon am 1.6.1948 wurde Möckelmann an der Schlee-Schule, einem Gymnasium in Altona, als Lehrer eingestellt.<sup>64</sup> Parallel dazu bemühte sich Schröder beim Hamburger Wohnungsamt um erträgliche Lebensbedingungen, da Möckelmann erklärt hatte, seit Jahren von seiner Familie getrennt zu leben, was sicherlich auch mit seiner mehrjährigen Wehrmachtstätigkeit zu erklären war: „Herr Prof. Möckelmann ist im höheren Schuldienst der Stadt Hamburg be-

schäftigt und zur Zeit an der Schlee-Schule tätig. Selbst ist er alter Hamburger und hat am Christianeum in Altona seine Reifeprüfung bestanden. Die Schulbehörde bittet, auch den Familienmitgliedern des Herrn Prof. Möckelmann die Zuzugsgenehmigung zu gewähren.“<sup>65</sup>

Wie geschickt Möckelmann agierte, zeigt auch ein Vermerk, den Heinrich Schröder am 8.11.1948 an Senator Landahl richtete. Darin hieß es:

„Prof. Möckelmann war heute bei mir, um mir mitzuteilen, dass gestern der Dekan der Philosophischen Fakultät in Kiel ihn aufgesucht habe und ihm einen Ruf der Fakultät überbracht habe, als Leiter des Instituts für Leibesübungen und als Dozent an die Universität Kiel zu gehen. Wir haben ein dringendes Interesse daran, Herrn Möckelmann in Hamburg zu behalten. In einer Turnlehrer-Versammlung der höheren Schulen in der vorigen Woche, hat er durch einen Vortrag über den Wiederaufbau des Unterrichts in den Leibesübungen so klare Wege gezeigt und den Turnlehrern so gut gefallen, dass wir alles tun müssen, um Herrn Möckelmann in Hamburg zu behalten; zunächst als Fachberater für das höhere Schulwesen, da Herr Schöning Ostern 1949 in den Ruhestand tritt, späterhin vielleicht für andere noch wichtigere Aufgaben.

Herr Möckelmann möchte selbst auch gern in seiner Heimatstadt bleiben, in der er sich zum Beispiel das Studium durch Arbeit als Schaueremann im Hafen während der Inflationszeit verdient hat. Was ihn nach Kiel lockt, ist vor allem das Angebot einer Wohnung, in der er dann endlich wieder mit seiner Familie vereinigt werden könnte, die heute noch getrennt in verschiedenen Teilen Deutschlands sich befindet. In Hamburg hat M. nur einen beschränkten Wohnraum in einem Zimmer. Herr Prof. Möckelmann ist eine so hervorragende und seltene Kraft, dass es kaum zu verantworten wäre, wenn er nur der Wohnungsverhältnisse wegen Hamburg wieder verloren gehen würde. Darf ich Sie bitten, beim Präsidenten des Wohnungsamtes in diesem Sinne vorstellig zu werden.“<sup>66</sup>

Wie geschickt und klug Hans Möckelmann agierte und das Spiel zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein beherrschte, zeigte auch ein Schreiben an den Kieler Entnazifizierungsausschuss vom 24.2.1949. Genau einen Tag nach der vorjährigen Eingruppierung in die Kategorie IV bei seiner Entnazifizierung schrieb er:

„Nach meinen damaligen Erkundigungen bei der dortigen Behörde wurde mir geraten, nach Ablauf eines Jahres einen Antrag auf Einweisung in die Kategorie V einzureichen. Darum stelle ich hiermit den Antrag auf Einstufung in die Kategorie V. Ich bemerke, dass ich im Hamburger Schuldienst beschäftigt bin und dass die Hamburger Schulbehörde, Abteilung Oberschulen, über meine Tätigkeit im vergangenen Jahr Auskunft geben kann.“<sup>67</sup> Schon einen Tag später wurde dies in Kiel auf den Weg gebracht, sodass Hans Möckelmann am 30.3.1949 OSR Schröder



Hans Möckelmann,  
1960er Jahre

mitteilen konnte, nunmehr in Gruppe V als „Entlasteter“ entnazifiziert worden zu sein.<sup>68</sup>

Aufschlussreich ist, dass Hans Möckelmann neben Heinrich Schröder auch eine andere wichtige Person in der Schulverwaltung in dieser Zeit für sich einnahm, nämlich den ehemaligen persönlichen Referenten von Senator Landahl und seinerzeitigen Oberschulrat für den Gymnasialbereich, Dr. Hans Reimers. Reimers war aufgrund seiner ausgezeichneten englischen Sprachkenntnisse von Senator Landahl in die Behörde geholt worden, trotz deutlicher NS-Verstrickung, weil er für die Verhandlungen mit der Britischen Militärregierung über wichtige Kompetenzen verfügte. Es dürfte Reimers gefallen haben, dass Hans Möckelmann in der Zeit vom 16.1. bis zum 11.7.1947 an der Sprachschule Rackow an einem Dolmetscherlehrgang für die englische Sprache mit sehr gutem Erfolg eine Prüfung abgelegt hatte.<sup>69</sup>

Hans Möckelmann wurde schon 1950 mit höheren Aufgaben betraut. Neben seiner Fachreferenten-Aufgabe für den Bereich Sport berief die Schulverwaltung ihn zum Oberstudiendirektor am größten Hamburger Gymnasium, der Walddörferschule, zum 1.10.1950.<sup>70</sup>

Nachdem Oberschulrat Heinrich Schröder 1951 überraschend verstorben war, wurde Hans Reimers Personalreferent für den Gymnasialbereich und kümmerte sich im Weiteren darum, dass Hans Möckelmann verbeamtet wurde und auch die seiner Stellung als Oberstudiendirektor angemessene Besoldung erhielt. Vorausgegangen war die geheime Abstimmung über die Schulleitertätigkeit von Hans Möckelmann im Kollegium der Walddörferschule, bei der Möckelmann ein überzeugendes Ergebnis erhielt. 31 Für-Stimmen, bei zwei Nein-Voten und drei Enthaltungen.<sup>71</sup>

In dem Ernennungsvorschlag, den Hans Reimers vorgelegt hatte und der von Senator Landahl am 9.2.1952 unterschrieben worden war, hieß es in der Begründung:

„Prof. Möckelmann hat sich während seiner 15-monatigen Tätigkeit als kommissarischer Schulleiter ausgesprochen bewährt. Das Kollegium hat ihm das volle Vertrauen zu seiner Arbeit ausgesprochen. An der Entwicklung der Leibesübungen in der Schule ist er in Deutschland an führender Stelle beteiligt. Seine menschliche und politische Haltung ist untadelig. Die Ernennung zum Oberstudiendirektor sichert der Hansestadt Hamburg die Dienste eines befähigten Schulleiters.“<sup>72</sup>

Bemerkenswert ist, dass in dem Vorschlagsformular unter Punkt 4 (Frühere Zugehörigkeit zur NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden)

neben „NSDAP 1933, NSDoB 1938, NSKK 1934“ auch angeführt wurde: „SS 1939 förd. Mitgl.“ Das war offenbar die von Möckelmann kolportierte Variante, die nicht den Tatsachen entsprach. Immerhin konnte im Punkt 5 darauf hingewiesen werden, dass Möckelmann vom Entnazifizierungshauptausschuss Kiel am 11.3.1949 in Kategorie V eingruppiert worden war. Damit wurde seine Beförderung vollzogen.<sup>73</sup>

Die Schulleitungsarbeit von Hans Möckelmann an der Walddörferschule kann wohl als erfolgreich bewertet werden. Als Nachfolger des sehr beliebten Schulleiters Heino Hayungs, der die Schule von 1937 bis 1950 leitete, setzte Möckelmann neue Akzente. In der Festschrift zum 75. Geburtstag der Schule, 2005, wurde vermerkt:

„In den 50er Jahren wurde der Ruf der Walddörferschule im Sport fundamementiert. Die Annalen der Walddörferschule quellen für diese Zeit geradezu über von sportlichen Siegesmeldungen. Ein weiterer Schwerpunkt wurde der neue Aufbau des ‚musischen‘ Zweiges, der vom Schulleiter Prof. Hans Möckelmann (1950–55) durch die Anwerbung besonders kompetenter und engagierter Lehrkräfte für Musik, Bildende Kunst und Darstellendes Spiel sowie dadurch vorangetrieben wurde, dass der Schulbehörde das Zugeständnis für die Walddörferschule abgewonnen werden konnte, in den Klassenstufen 11, 12 und 13 im Wechsel eine ‚Musik-, eine ‚Kunst- und eine ‚Theaterklasse‘ einzurichten. Diese sogenannten ‚Musenklassen‘ wurden bis zum Abitur, in das sie ihre künstlerische Spezialisierung einbringen konnten, von einem entsprechend fachorientierten Klassenlehrer geführt. Konzerte und Theaterabende für Kunst-Präsentationen prägten fortan, wie schon in den 30er Jahren, das Schulleben. Die Walddörferschule ging mit ihren Orchestern, Chören und Theatergruppen auch auf Tournee, bot aber vor allem in den Walddörfern selbst in ihrer Schulanlage ganz im Sinne ihres Erbauers Fritz Schumacher nun wirklich ‚die Anregung zur Kunst großer Feiern‘.“<sup>74</sup>

Über die Arbeit von Hans Möckelmann wurde in der Festschrift außerdem seine Aussage festgehalten, dass die Schule sich bemüht habe, „trotz aller zeitbedingten Schwierigkeiten mehr zu sein als bloße Unterrichtsstätte. Erziehung und Bildung können nicht innerhalb der kühlen, autoritativen Beziehung von Lehrer zu Schüler fruchtbar werden. Sie müssen, wie der Unterricht, auf dem persönlichen, menschlich-warmen, auf fester innerer Autorität beruhenden Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen gegründet sein. Wir sind uns dessen bewusst, dass die engen persönlichen Bindungen bei einem Kollegium von annähernd 60 Lehrern und einer Schülerschaft von 1100 Schülern in überfüllten Klassen nicht mehr in der Weise aufrecht zu erhalten sind, wie sie im Jahre 1930 bestanden, als kaum 200 Schüler mit ihren Lehrern ‚unter Vorantritt der Feuerwehrkapelle‘ in das neue Gebäude im Allhorn einzogen.“<sup>75</sup>

Das klang nach einem erfolgreichen pädagogischen Konzept.



Hans Möckelmann wechselte 1955 als Oberschulrat für den gymnasialen Bereich in die Schulbehörde. Die Wertschätzung am Walddörfer Gymnasium für ihn blieb erhalten:

„Die Stärken dieses Direktors lagen im Bereich des organisatorischen Geschicks und der Fähigkeit Menschen zu führen. Er war ein Mensch, der entschlossenfreudig zu seinem Wort stand, und schien ein besonderes Interesse an der jugendlichen Entwicklung gehabt zu haben. Er kam von der Ernst-Schlee-Schule und war sehr vom Geist der Walddörferschule angetan, der sich vor allem durch die starke Betonung des Sports und die künstlerischen Fächer auszeichnete. Obwohl Herr Prof. Möckelmann später in den Beruf des Oberschulrats wechselte, blieb ihm unsere Schule sehr am Herzen und so kam es, dass er kaum eine Aufführung oder ein Konzert unserer Schule versäumte. Für ihn war es, wie sein Nachfolger in einem Nachruf 1967 schrieb, oft reizvoller, jugendliche Laien statt Berufskünstler beim Spielen oder Musizieren zu erleben.“<sup>76</sup>

Auch in der Schulverwaltung wurde Hans Möckelmann weitgehend geschätzt. So vertrat er Hamburg als Schulleiter auf nationalen Konferenzen oder Tagungen. Zum Beispiel fragte der Hamburger Sportbund bei OSR Hans Reimers am 15.9.1953 an, ob Hans Möckelmann nicht für Hamburg auf einer Tagung des Jugendsportbundes Niedersachsen zum Thema „Die staatsbürgerliche Erziehung in Schule und Jugendverbänden“ als Redner zur Verfügung stehen könnte. Oberschulrat Reimers gab dafür vier Tage Beurlaubung.<sup>77</sup>

Die Berufung von Hans Möckelmann erfolgte in der Zeit, als der „Hamburg-Block“ die SPD in der Regierung Hamburgs abgelöst hatte und Prof. Hans Wenke als Schulsenator fungierte.<sup>78</sup> Wie ich in dem zweiten Band der „Täterprofile“ in der Biografie Hans Wenke dargestellt habe, war auch dieser stark NS-belastet, was zum damaligen Zeitpunkt allerdings noch nicht bekannt war.<sup>79</sup>

Schon kurz darauf übernahm Hans Möckelmann die Vertretung Hamburgs bei einer Arbeitstagung deutscher Schulaufsichtsbeamter in Frankreich, die das französische Erziehungswesen studieren sollten. Der verantwortliche Oberschulrat für die Gymnasien, Hans Reimers, der Hamburg auf KMK-Ebene repräsentierte, hatte offenbar den Personalvorschlag gemacht und den Vermerk auch gegengezeichnet.<sup>80</sup>

Als dann Hans Möckelmann von Senator Wenke 16.6.1956 endgültig zum Oberschulrat bestellt wurde, sah das Ernennungs-Formular keine Hinweise mehr auf frühere NS-Zugehörigkeiten vor. Die Auflistung von Möckelmanns beruflichem Werdegang machte den konsistenten Eindruck einer in sich stimmigen Karriere. In der Begründung für seine endgültige Berufung wurde festgehalten:

„Durch seine hervorragenden pädagogischen Fähigkeiten, seine hohe Begabung in organisatorischen Fragen und seine kluge Menschenführung hat er sich

ein großes Ansehen bei Lehrern, Schülern und Eltern verschafft. Am 11. November 1955 wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Oberschulrats für die wissenschaftliche Oberschule betraut und hat sich durch seine ausgleichende, aber bestimmte Art für das Amt eines Oberschulrats vorzüglich bewährt.“<sup>81</sup>

Als Hans Möckelmann am 29.11.1963 seinen sechzigsten Geburtstag feierte, würdigte ihn die Tageszeitung „Die Welt“ unter anderem mit dem Hinweis: „Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass in der Hansestadt Geschichtslehrer und Erdkundelehrer im Fach Gemeinschaftskunde zusammenarbeiten und auch Kurse eingerichtet werden, in denen Wirtschaftswissenschaftler und Juristen die Lehrer in neue Aufgaben ihres Faches einführen.“<sup>82</sup>

In seiner Personalakte wurde vermerkt, dass Hans Möckelmann sich im Oktober 1966 einer größeren Operation unterziehen musste, in deren Folge er zum 31.1.1967 pensioniert werden sollte. Hans Möckelmann starb aber schon vorher am 18.1.1967.<sup>83</sup>

Schulsenator Dr. Wilhelm Drexelius kondolierte der Witwe, Gertrud Möckelmann.

„Der plötzliche Tod ihres Gatten ist für die Schulbehörde ein schwerer Verlust. Er wird uns sehr fehlen. Die Hamburger Schulen, und insbesondere die Hamburger Gymnasien, haben ihm viel zu verdanken. Wenn es in Hamburg gelungen ist, die innere Reform der Gymnasien tatkräftig und mit sichtbaren Erfolgen einzuleiten, so lag es wesentlich daran, dass Ihr Gatte die Gabe besaß, Menschen zu überzeugen und für neue Wege zu gewinnen. Die Achtung und die Verehrung, die er bei allen, die ihn kannten, genoss, hatten ihren letzten Grund wohl darin, dass alle spürten, wie sehr ihm die Erziehung und Bildung unsere Jugend eine Herzensangelegenheit war. In ihm verband sich die Klarheit und Sicherheit in der Sache mit einer menschlichen Wärme. Er wird uns allen in Erinnerung bleiben, nicht nur als der Mann, dessen Fähigkeiten und dessen Hingabe an seinen Auftrag die Hamburger Schulen viel zu verdanken haben, sondern auch als ein Mensch, der uns alle durch die Lauterkeit und Vornehmheit seines Wesens in seinen Bann zog.“<sup>84</sup>

Die 1950er und die beginnenden 1960er Jahre hatten vieles vergessen lassen und zugedeckt. Hinzu kam, dass eine respektable und entschieden auftretende Persönlichkeit wie die des Oberschulrats Prof. Hans Möckelmann in diese Zeit und deren Zeitgeist gut zu passen schien. Bemerkenswert ist, wie der damals junge, kritische Studienrat Gerhard Nöthlich Möckelmann in seiner Arbeit als zuständiger Schulaufsichtsbeamter erlebte:

„Ich arbeitete ab dem Frühjahr 1960 am Harburger Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, das ursprünglich schlicht ‚Gymnasium Wilstorf‘ hieß und erst kurz zu-

vor umbenannt worden war. Dessen Dezernent war Oberschulrat Prof. Dr. Möckelmann. Ein behördlicher Dezernent, also auch er, hatte damals diverse Aufgaben. Er hatte Laufbahnentscheidungen zu treffen, Unterrichtsbesuche zu machen, Berichte hierüber zu schreiben, das Niveau und den Ablauf der Reifeprüfung kritisch zu begleiten, die Schulen seines dienstlichen Bereiches mit Lehrpersonal zu versorgen und manch anderes mehr.

Von den genannten Bereichen erfuhr ich als junger Studienrat meinen Dezernenten lediglich anlässlich der Reifeprüfung, des ‚Abiturs‘, wie sie gemeinhin genannt wurde. Meine diesbezügliche Erfahrung sah damals – jedenfalls an meiner neuen Schule ab dem Jahre 1960 – folgendermaßen aus: Das vorwiegend männliche Kollegium sitzt, korrekt und in der Regel dunkel gekleidet, aufgereiht im Lehrzimmer, in Erwartung des Vorgesetzten seines Schulleiters. Jener erscheint, von diesem eskortiert, und die Bewertung der im schriftlichen Abitur gestellten Anforderungen sowie deren Bewältigung beginnt. Die Szene erinnert an ‚die Rückgabe der Klassenarbeiten‘ auf anderer Ebene. Hier wie dort gibt es seitens der Angesprochenen Freude oder Verdruss über Lob oder Tadel. Im Anschluss daran beginnt die lange Prozedur der mündlichen Prüfungen.

Unser Dezernent, Prof. Dr. Möckelmann: hoch gewachsen, vierschrötig, eine körperlich eindrucksvolle Erscheinung. Es heißt, er lege Wert auf seine akademischen Titel, insbesondere auf den ‚Professor‘. Das nehmen wir, die damals jungen, zu nicht geringem Teil noch von Kriegserfahrungen bestimmten Lehrer dieser Schule so hin. Unsere Kritik an derartigem Gehabe hatte keine Explosionskraft. Die gab es erst ein paar Jahre später, ab 1968/69.“<sup>85</sup>

Hans Möckelmann war offensichtlich in seiner Funktion als Leiter der Schulaufsicht für die Gymnasien mit sich und seiner Rolle und Funktion im Einklang gewesen. Gerhard Nöthlich erinnert ihn als eine Erscheinung, „die dem späteren Curd Jürgens, dem normannischen Schrank, nicht unähnlich war“. 1963, Nöthlich war gerade zum Stellvertretenden Schulleiter des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums gewählt worden, vertrat er den Schulleiter bei der Geburtstagsgratulation „unseres Dezernenten“ in der Schulbehörde, „die damals noch ihren Sitz in dem prachtvollen Gebäude Dammtorstraße 25 hatte. Ich saß, reichlich verlassen, im Dienstzimmer von Prof. Dr. Möckelmann, der eine dicke, dunkle Zigarre rauchte, mich als den Vertreter eines seiner Schulleiter kaum beachtete und, wie es redensartlich heißt, den lieben Gott einen guten Mann sein ließ, jedenfalls an seinem Geburtstag. Ich war froh, das Dienstzimmer nach Überbringung des Glückwunsches und Überreichung der begleitenden Gabe wieder verlassen zu können.“<sup>86</sup>

So waren die Zeiten, autoritäre Strukturen nach wie vor etabliert.

Im Jahre 1966 veröffentlichte der Sportwissenschaftler Hajo Bernett das schon

genannte Buch „Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation“. <sup>87</sup> Darin enthalten sind auch die schon zitierten Aussagen von Hans Möckelmann aus zwei seiner Veröffentlichungen aus den Jahren 1939 und 1943. Von Reiner Möckelmann, dem jüngsten Sohn Hans Möckelmanns, erfuhr ich, dass diese Veröffentlichung wohl dazu beitrug, dass Möckelmanns Bewerbung „für die Leitung der in Hamburg geplanten Sporthochschule abschlägig beschieden wurde. Sein Alter von 62 Jahren trug wohl auch dazu bei.“ <sup>88</sup> Laut Reiner Möckelmann war sein Vater auch ungehalten darüber, „dass das Buch von Bernett im Verlag Karl Hofmann erschien, in dem sein eigenes Buch ‚Leibeserziehung und jugendliche Entwicklung‘ erstmals 1952 erschienen war. Er bereitete gerade die 5. Auflage des Buchs vor, das heute noch in sportpädagogischen Abhandlungen zitiert wird.“ <sup>89</sup>

In einem Nachruf, der in der Zeitung des ATV Marburg erschien, einer akademischen Turn-Verbindung an der Universität Marburg, nach eigenen Angaben „farbentragend, nicht schlagend“ <sup>90</sup>, schrieb ein Freund Hans Möckelmanns aus dem ATV Marburg, Hinrich Thies, über Möckelmanns gescheiterte Bewerbung:

„Aber trotz alledem widerfuhr Dir insofern bitteres Unrecht, als üble Neider u. a. trotz Deines anerkannten pädagogischen Formats und Deiner unbestrittenen neuen Erfolge Deine Rückkehr in ein akademisches Lehramt zu verhindern wussten, hatten jene ‚Widersacher‘ doch aus der Vergangenheit gelernt, in der mit der Deutschen Wissenschaft das deutsche Volk so unermesslich schwer dadurch geschädigt worden war, das große Männer aus politischen und anderen Gründen aus Amt und Land vertrieben waren. Jeder, der Dich näher kannte, wusste, auch wenn Du es nicht sagtest, das dieses an Dir ergangene Unrecht Dich seelisch beeindruckte und Deine tückische Krankheit und damit ein grausames Ableben beschleunigt haben dürfte.“ <sup>91</sup>

Über Möckelmanns Werdegang schrieb Hinrich Thies unter anderem:

„Da einem strebsamen Jüngling und Mann Deiner Art das Schicksal des deutschen Volkes und seine traurige Lage, in die unser Jahrgang gleichsam hineingewachsen war, natürlich keineswegs beiseite stehend finden konnten und Du es mit Nietzsche hieltest, dass der auf das richtige Leben verzichtete, der auf den Kampf ums Leben verzichtete, wurdest Du 1923 Soldat der ‚Schwarzen Reichswehr‘ und bliebst auch nicht untätig, als wir an die Beseitigung des Unrechts von Versailles und den Wiederaufstieg Deutschlands glaubten und uns politisch dafür einsetzten. So wurdest Du am 26.8.1939 zur Wehrmacht einberufen, hieltest diesen Dienst für schicksalsbedingte Verpflichtung, wurdest dank Deiner soldatischen Tüchtigkeit und Tapferkeit außergewöhnlich schnell befördert, Oberleutnant, Hauptmann, Major, schon bald mit EK II und I und später mit dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeich-

net. Dazu war Dir die Rettungsmedaille am Bande mit persönlicher Anerkennung des damaligen Oberbefehlshabers des Heeres verliehen, als Du am 9.8.1940 unter größter Gefährdung Deines Lebens einen Kameraden vom Tode des Ertrinkens gerettet hattest.“<sup>92</sup>

Als Schwarze Reichswehr wurden illegale paramilitärische Formationen zur Zeit der Weimarer Republik bezeichnet, die unter Bruch des Versailler Friedensvertrags von 1919 von der offiziellen deutschen Reichswehr gefördert und zum Teil selbst unterhalten wurden.<sup>93</sup>

Wie sehr Kriegserfahrungen auch später noch reaktiviert wurden, zeigt eine kleine Episode, die Gerhard Nöthlich erinnerte von einem fachlichen Gespräch mit Hans Möckelmann im Rahmen der Besprechung von Abituraufgaben. „Einer der Deutschlehrer des ‚AvH‘ hatte ein Thema für den Deutschen Aufsatz gestellt, in dem der Freitod eine Rolle spielte. Ausgangspunkt war ein Zitat aus Schillers ‚Wilhelm Tell‘: ‚Ein Sprung von dieser Brücke macht mich frei ...‘ Der Dezernent übte scharfe Kritik an der Themenstellung und beharrte auf dem Gesichtspunkt, dass ein Schüler der Klassenstufe 13 noch nicht über die Erfahrung verfüge, über den Freitod – ob den der Hedwig Tell oder wessen sonst – angemessen zu reflektieren. Das mochte und mag richtig sein. Was mir aus jenem Gespräch in Erinnerung ist: Prof. Möckelmann führte an, dass er in der Thematik zu Hause sei. Habe er doch einst einem Ertrinkenden durch persönlichen Einsatz das Leben gerettet. Er wisse also, wie es dem Ertrinkenden, aber auch dem Retter zu Mute sei. Ohne solches Wissen sollte ein Aufsatzthema, das den Sprung von der Brücke streift, nicht gestellt werden. Auch das mochte und mag richtig sein. Mir war nur unangenehm aufgefallen, dass ein dienstlich Vorgesetzter den Lehrern seines Dezernats eine Rettungstat aus dem eigenen Leben erzählte, um einer fachlichen Diskussion die entscheidende Wende zu geben. Mir ist deutlich in Erinnerung, dass ich damals – etwa 1963/64 – dachte: Welch ein Angeber! (meine alt-Eimsbütteler Redeweise). So etwas tut man nicht, Heldentum aus der persönlichen Biographie dienstlich zu verwenden.“<sup>94</sup>

Der Marburger Sportwissenschaftler Alexander Priebe machte mich darauf aufmerksam, dass die Arbeit von Hans Möckelmann an der Universität Marburg zehn Jahre nach Möckelmanns Tod sehr kritisch bewertet wurde. Über ihn hieß es:

„Um den zweiten Direktor, Hans Möckelmann, politisch einzuschätzen, kann man nur auf seine berufliche Tätigkeit, auf die wenigen Äußerungen in den Akten und auf seine Veröffentlichungen zurückgreifen. Er war einer jener jungen Dozenten und Professoren, die schon früh mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. In seinen Veröffentlichungen vor 1937 finden sich nur Andeutungen nationalsozialistischer Ideologie. Erst nachdem er die Nachfolge von Jaeck, dessen Ämter in Marburg er ebenfalls übernahm, angetreten hatte, mehrten sich die Anzeichen seines

Wandels zum aktiven Theoretiker nationalsozialistischer Leibeserziehung. Die hing wohl auch indirekt damit zusammen, dass er verantwortungsvolle Aufgaben im Sport und an der Hochschule übernommen hatte. Nahmen die Professoren Jaeck und Jaensch die radikalen Tendenzen des Nationalsozialismus viel skeptischer auf, so versuchte Möckelmann, die nationalsozialistische Leibeserziehung nicht nur in ein positives Licht zu rücken und die Verdienste des Nationalsozialismus für den Sport zu betonen, sondern er legte seiner wissenschaftlichen Arbeit über die körperliche Erziehung in den Entwicklungsstufen die nationalsozialistischen Prinzipien (Rasse, Führerauslese, Gemeinschaftserziehung) zugrunde, indem er die politischen Erfordernisse der Zeit und das ‚unitarische Weltbild‘ zu einem neuen Ansatz von Entwicklungspsychologie für die Leibeserziehung zusammenfasste. Nach seiner Amtsübernahme als Dozentenbundführer in Marburg 1938 wurde er neben dem Rektor und Kurator zur drittichtigsten Person an der Marburger Universität. So wurde ihm auch die Ehre zuteil, im Jahre 1939 vor der Universität die Festrede zum Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme zu halten, in der er nochmals die Notwendigkeit der Leibeserziehung innerhalb der Gesamterziehung ideologisch untermauerte. Anders als bei Peter Jaeck ist bei Möckelmann doch das Urteil berechtigt, dass er ein aktiver Nationalsozialist gewesen ist, der nicht nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen hatte, sondern Beiträge zur Festigung der nationalsozialistischen Ideologie der Leibeserziehung geliefert hat. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass sein Hauptwerk nach dem Krieg immer wieder neu aufgelegt worden ist.“<sup>95</sup>

Bemerkenswert ist auch, was über die Kontinuität der Schriften von Hans Möckelmann geschrieben wurde. Was hatten Sportwissenschaftler in der NS-Zeit veröffentlicht und wie gingen sie damit nach 1945 um?

„Die Legitimationsdiskussion wurde beherrscht von medizinisch-hygienischen Aspekten. Ihnen folgten nach Entwicklungsstufen geordnete Stoffsammlungen. Sie wurden aus den NS-Richtlinien von 1937 und 1941 übernommen, deren wissenschaftliche Begründung und Systematisierung Hans Möckelmann in einigen Publikationen begleitet hatte. Das Hauptwerk ‚Leibeserziehung und jugendliche Entwicklung‘ erschien bereits 1952 wieder – von der NS-Terminologie gereinigt – und galt als neues Standardwerk für Sportlehrer/-innen in der Bundesrepublik.“<sup>96</sup>

Hans Möckelmanns Leidenschaft gehörte offenbar ungebrochen dem Sport und der Sportwissenschaft. Nachdem er in Hamburg Schulleiter an der Walddörferschule geworden war, nahm er schon nach kurzer Zeit den Kontakt zu Prof. Carl Diem wieder auf, den er aus der Zeit der Organisation der Olympischen Spiele 1936 in Berlin kannte, bei denen Möckelmann die Betreuung der ausländischen Sportler mit begleitete. In seinem Schreiben an Carl Diem bemühte er sich 1951 um den

Besuch und die Hospitation an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, die von Diem geleitet wurde:

„Ich hoffe, mir an Ort und Stelle einen Einblick in das Leben der Hochschule verschaffen zu können. Mir liegt auch deswegen sehr daran, weil ich als Hamburger Vertreter im Unterausschuss für Leibeserziehung in der ständigen Kultusministerkonferenz über die Ausbildungsstätten für Leibeserzieher und insbesondere natürlich über Ihre Hochschule orientiert sein möchte.“<sup>97</sup>

Auch der Sportfunktionär und Sportwissenschaftler Carl Diem wurde viele Jahre nach seinem Tod 1962, wegen seiner Rolle im Nationalsozialismus zum Teil sehr kritisch gesehen.<sup>98</sup>

Die Tatsache, dass sich die Hoffnung Möckelmanns, am Ende seiner beruflichen Karriere wieder eine Funktion an einer sportlichen Hochschule zu erhalten, nicht realisierte, dürfte für ihn eine herbe Enttäuschung gewesen sein. Spät holte ihn ein, was er 1947 durch geschicktes Taktieren vermieden hatte und vielleicht auch durch tatsächliche Leistungen und Anerkennung in seiner Arbeit im Hamburger Schulwesen.

Bezeichnend war der Hinweis von Hans Möckelmanns Sohn Reiner, der mir schrieb: „Mein Vater war intensiv in die NS-Diktatur verstrickt, berichtete seinen vier Kindern aber so gut wie nichts darüber und hinterließ nach seinem Tod im Januar 1967 keinerlei Unterlagen.“<sup>99</sup>

Hans Möckelmann publizierte auch nach 1945 noch erfolgreich, wie berichtet, zum Teil aufbauend auf Veröffentlichungen aus der NS-Zeit, nunmehr ohne nationalsozialistische Terminologie. Es gibt keine Dokumente darüber, dass Möckelmann in seiner Zeit als Oberschulrat gezielt ehemalige Nationalsozialisten in leitende Funktionen beförderte und dass er Einfluss auf den Inhalt von Lehrbüchern bzw. -plänen zum Geschichtsunterricht nahm. Aber die Tatsache, dass im Hamburger Gymnasialbereich in der Zeit, als für die Personalentscheidungen Personen mit starker nationalsozialistischer Belastung die Verantwortung besaßen, wie Schulsenator Hans Wenke<sup>100</sup>, der Personalreferent für die Gymnasien, Dr. Hans Reimers<sup>101</sup> und eben Prof. Dr. Hans Möckelmann, hatte es zumindest erleichtert, dass Personen mit offener Führungskompetenz, um nicht zu sagen mit „Führereigenschaften“, mit NS-Belastung und NS-Vergangenheit, wie Prof. Franz Bömer<sup>102</sup> am Wilhelm-Gymnasium, Prof. Hans Oppermann<sup>103</sup> am Johanneum, Dr. Gerhard Schumacher<sup>104</sup> als Gründungsschulleiter am Gymnasium Wilstorf oder Paul Löden<sup>105</sup> als stellvertretender Schulleiter am Bismarck-Gymnasium, die letzten beiden von Hans Möckelmann positiv beurteilt, zum Teil aus anderen Bundesländern in Schulleitungsfunktionen nach Hamburg geholt wurden. Der von diesen Personen repräsentierte Typus war

wieder gewünscht und das hing mit den Personen zusammen, die darüber entschieden.

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Möckelmann, StAHH, 361-3\_A 2212
- 2 Siehe Lebenslauf Möckelmann, Personalakte a. a. O. Merkwürdigerweise datierte Möckelmann seine Promotion in seinem Personalbogen der Hamburger Schulbehörde auf den 5.4.1929.
- 3 Lebenslauf Möckelmann, Personalakte a. a. O.
- 4 Universitätsarchiv Marburg, 310 Nummer 3095, Bd. 1, Personalakte Dr. Möckelmann 1937–1946.
- 5 Barch, NSDAP-Mitgliederkarteikarte, R 9361\_Ix Kartei/28870534
- 6 Anne Christine Nagel/Ulrich Sieg: Die Philipps-Universität Im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Wiesbaden 2000, S. 26.
- 7 Nagel/Sieg 2000, S. 55.
- 8 Ebd.
- 9 Politischer Entwicklungsgang als Anlage zum Fragebogen Prof. Dr. Hans Möckelmann, Entnazifizierungsakte Möckelmann, Larch SH, Abt. 460-19
- 10 Ebd.
- 11 Siehe: Michael Grüttner: Biografisches Lexikon zur Nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 82 f.; Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Koblenz 2013, S. 281.
- 12 Barch, SS-Offizierskarte, R 9361\_III/543814
- 13 Entnazifizierungsfragebogen von Hans Möckelmann am 7.9.1947 unterschrieben, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 15 Schreiben Möckelmann vom 16.12.1947 und zum 20.1.1948, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 16 Erläuterungen zu den Veröffentlichungen des Dr. Hans Möckelmann, undatiert, vermutlich als Anlage zum Schreiben vom 20.1.1948, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Zitiert in: Hajo Bernett: Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation, Schorndorf bei Stuttgart 1966, S. 55f.
- 21 Hans Möckelmann: Die Leibeserziehung der Mädels in den Entwicklungsstufen, Berlin 1943.
- 22 Möckelmann 1943, Vorwort.
- 23 Möckelmann 1943, S. 9f.
- 24 Möckelmann 1943, S. 11.
- 25 Möckelmann 1943, S. 12. Die Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen, die Möckelmann im zweiten Teil zitierte, wurden 1942 veröffentlicht.
- 26 Laut Personalbogen Möckelmann, Personalakte a. a. O.
- 27 Möckelmann 1943, S. 13.
- 28 Möckelmann 1943, S. 14.
- 29 Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1933, S. 453, zitiert von Möckelmann 1943, S. 29.
- 30 Möckelmann 1943, S. 30. Siehe dazu auch die Biografie Prof. Peter Hofstätter, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 742 ff.
- 31 Möckelmann 1943, S. 94.
- 32 Möckelmann 1943, S. 105.
- 33 Abgedruckt in: Leibesübungen und körperliche Erziehung (1939), Heft 5, S. 110–114.



- 34 Festrede Möckelmann 1939, S. 110.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd., S. 111.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd., S. 112f.
- 41 Personalakte Möckelmann, a. a. O.
- 42 Festrede Möckelmann 1939, S. 113.
- 43 Ebd., S. 114.
- 44 Personalakte Möckelmann, a. a. O.
- 45 Undatierter Lebenslauf, Personalakte Möckelmann a. a. O.
- 46 Politischer Entwicklungsgang, Anlage zum Fragebogen von Hans Möckelmann, Entnazifizierungsfragebogen Möckelmann a. a. O.
- 47 Ebd.
- 48 Barch, SS-Offizierskarteikarte, R 9361\_III/543814
- 49 Mitgliederliste der Waffen-SS laut einer polnischen Quelle, so Reiner Möckelmann in einem Schreiben an mich vom 19.6.2017.
- 50 Undatierter Politischer Entwicklungsgang von Hans Möckelmann als Anlage zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 54 Schreiben von Hans Möckelmann vom 16.12.1947, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 55 Gutachten in der Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 56 Politische Entwicklungsgang, Anlage zum Fragebogen von Hans Möckelmann, undatiert, vermutlich am 7.9.1947 mit eingereicht, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 57 Einreichungsbescheid vom 23.2.1948, Entnazifizierungsakte Möckelmann, a. a. O.
- 58 In einem Schreiben vom 30.4.1948, dem „Gesuch um Verwendung im dortigen Amtsbereich“, verwies er auf „meinen Besuch bei Herrn Oberschulrat Dr. Schröder“, Personalakte Möckelmann a. a. O.
- 59 Persönlicher Entwicklungsgang, Anlage zum Fragebogen von Prof. Dr. Hans Möckelmann, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 60 Bewerbungsschreiben vom 30.4.1948, Personalakte a. a. O.
- 61 Ebd.
- 62 Siehe die Biografie Ernst Schöning in diesem Band.
- 63 Bewerbungsschreiben vom 30.4.1948, Personalakte a. a. O.
- 64 Personalakte a. a. O.
- 65 Schreiben vom 19.7.1948, Personalakte a. a. O.
- 66 Vermerk vom 8.11.1948, Personalakte a. a. O.
- 67 Schreiben an den Entnazifizierungshauptausschuss in Kiel vom 24.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 68 Personalakte a. a. O.
- 69 Siehe das Zeugnis der Sprachschule Rackow vom 12.7.1947, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Hans Reimers, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 249 ff.
- 70 Personalakte a. a. O.
- 71 Mitteilung von Hans Reimers an den Lehrerbetriebsrat über die Ernennung von Prof. Dr. Hans Möckelmann zum Oberstudiendirektor vom 29.9.1951, Personalakte a. a. O.
- 72 Ernennungsvorschlag vom 9.2.1952, Personalakte a. a. O.
- 73 Ebd.

- 74 Walddörfer Gymnasium. 1930–2005, Festschrift, Hamburg 2005, S. 8.
- 75 Walddörfer Gymnasium, Festschrift, S. 9.
- 76 Walddörfer Gymnasium, Festschrift, S. 21.
- 77 Siehe Schreiben des Hamburger Sportbundes und den Vermerk Reimers vom 15.9.1955, Personalakte Möckelmann, a. a. O.
- 78 Mit Schreiben vom 1.11.1955 beauftragte Schulsenator Wenke Möckelmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Oberschulrates, Personalakte a. a. O.
- 79 Siehe die Biografie Hans Wenke, in: de Lorent 2017, S. 208ff.
- 80 Schreiben vom 25.11.1955, Personalakte a. a. O.
- 81 Ernennungsvorschlag vom 16.6.1956, Personalakte a. a. O.
- 82 „Die Welt“ vom 28.11.1963.
- 83 Personalakte a. a. O.
- 84 Schreiben vom 26.1.1967, Personalakte a. a. O.
- 85 Gerhard Nöthlich in einem Schreiben an mich vom 1.10.2017. Gerhard Nöthlich wurde später stellvertretender Schulleiter am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, später Schulleiter in Bergedorf und Oberschulrat für den gymnasialen Bereich. Siehe auch sein „Begleitwort“ in: de Lorent 2017, S. 13ff.
- 86 Gerhard Nöthlich in einem Schreiben an mich vom 1.10.2017.
- 87 Siehe Anmerkung 20.
- 88 Reiner Möckelmann in einem Schreiben an mich vom 6.9.2017. Reiner Möckelmann, 1941 in Marburg geboren, langjährig im diplomatischen Dienst tätig gewesen, hat sich intensiv mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt und u. a. zwei interessante Bücher veröffentlicht: Reiner Möckelmann: Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin, Berlin 2013; Reiner Möckelmann: Franz von Papen, Hitlers ewiger Vasall, Darmstadt 2016.
- 89 Reiner Möckelmann in dem Schreiben vom 6.9.2017.
- 90 <http://www.atv-marburg.de>
- 91 VZ 1967 (ATV Marburg), S. 17.
- 92 Ebd.
- 93 Jun Nakata: Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918–1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft. Rombach, Freiburg im Breisgau 2002.
- 94 Gerhard Nöthlich in einem Schreiben an mich vom 1.10.2017.
- 95 Walter Bernsdorff (Hrsg.): Siebzig Jahre Turn- und Sportlehrerausbildung in Marburg. Zur Geschichte des Instituts für Leibesübungen (IfL) 1907–1977, Gladenbach 1977, S. 42f.
- 96 Lorenz Pfeiffer: Neuanfang oder weitermachen? Zur Situation des Schulsports nach dem Kriege. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Die Gründerjahre des deutschen Sportbundes. Schorndorf 1990, S. 287.
- 97 Schreiben von Hans Möckelmann vom 7.7.1951, Historisches Archiv der Stadt Köln, Bestand 1259 (Carl Diem)\_1014, Film 5125
- 98 Zu Carl Diem siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich Koblenz 2013, S. 108f.; Achim Laude/Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem, Göttingen 2000; Frank Becker: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962). 4 Bände, Universitätsverlag Rhein-Ruhr: Duisburg 2009–2011, 2. Auflage 2013; Michael Krüger (Hg.): Erinnerungen an Carl Diem, Münster 2009; Michael Krüger (Hg.): Erinnerungskultur im Sport: Vom kritischen Umgang mit Carl Diem, Sepp Herberger und anderen Größen des deutschen Sports, Münster 2012.
- 99 Schreiben von Reiner Möckelmann an mich vom 19.6.2017.
- 100 Siehe die Biografie Hans Wenke, in de Lorent 2017, S. 208ff.
- 101 Siehe die Biografie von Hans Reimers, in: de Lorent 2017, S. 249ff.
- 102 Siehe die Biografie von Franz Bömer, in: de Lorent 2017, S. 658ff.
- 103 Siehe die Biografie von Hans Oppermann in diesem Band.
- 104 Siehe die Biografie von Gerhard Schumacher, in: de Lorent 2017, S. 678ff.
- 105 Siehe Biografie von Paul Löden, in: de Lorent 2017, S. 409ff.

## Alwin Benecke

„Den üblen Methoden der Partei habe ich immer ferngestanden und mich, soweit es möglich war, auch dagegen aufgelehnt.“

Ein besonderer Fall im Hamburger Bildungswesen war Alwin Benecke. Vor dem Ersten Weltkrieg gehörte Benecke als herausragender Schwimmer und Kunstspringer bei den Olympischen Spielen in Athen 1896 zur deutschen Olympiamannschaft. Als Leistungssportler und Funktionär in verschiedenen Sportvereinen war er für die Nationalsozialisten 1933 nach Ablösung des sozialdemokratischen Leiters des Amtes für Leibesübungen, Erich Harte, ein geeigneter Nachfolger. Benecke trat in die NSDAP ein, behielt aber eine eigene Auffassung, die ihn mit vielen Sportfunktionären der NSDAP in Konflikte brachte. Dies führte er in seinem Entnazifizierungsverfahren 1945 aus und wurde ohne Einschränkungen in den Ruhestand versetzt.

Alwin Benecke wurde am 13.9.1878 in Hamburg geboren. Er besuchte in Hamburg die Volksschule, anschließend von 1894 bis 1900 das Lehrerseminar, das er mit der ersten Lehrerprüfung 1900 abschloss. Seit dem 1.4.1900 war er Volksschullehrer, bestand 1903 die zweite Lehrerprüfung und blieb Lehrer an der Volksschule bis zum 1.4.1922.<sup>1</sup> Danach wechselte er in die Fortbildungsanstalt für Knaben, arbeitete an der Gewerbeschule Steinhauerdamm 6 als Gewerbeoberlehrer für Sport und leitete nebenberuflich Lehrerfortbildungskurse am Amt für Leibesübungen.<sup>2</sup>

Alwin Benecke war Leistungssportler, Schwimmer und Kunst- bzw. Turmspringer, und vertrat Deutschland bei den Olympischen Spielen in Athen 1896. Er war verheiratet, hatte drei Kinder und zog am 3.8.1914 in den Krieg, aus dem er erst 30.9.1919 als Unteroffizier nach einem Jahr in Kriegsgefangenschaft zurückkehrte.<sup>3</sup>

Alwin Benecke widmete seine Leidenschaft auch nach seiner aktiven Zeit als Leistungssportler weiterhin insbesondere dem Schwimmsport. 1928 war er Delegationsleiter der deutschen Schwimmer bei den Olympischen Spielen in Amsterdam und fungierte gleichzeitig als Schiedsrichter und Schwimmverbandsfunktionär bei internationalen Wettkämpfen und Konferenzen.<sup>4</sup>

Wie in vielen anderen Bereichen auch waren die Nationalsozialisten 1933 personell nur schwach aufgestellt, sodass sie im Mai 1933 nach der Ablösung des bisherigen Leiters des Amtes für Leibesübungen, Erich Harte, auf die Idee kamen, den populären ehemaligen Leistungssportler, Lehrer und Schwimmsportfunktionär Alwin Benecke zum Nachfolger als Direktor zu ernennen, während der Sozialdemokrat Harte als technischer Lehrer an die Oberrealschule Eilbek in der Ufer-

Bericht über den neuen Direktor des Staatlichen Amtes für Leibesübungen im „Hamburger Fremdenblatt“ vom 5.5.1933

straße versetzt wurde. Über Benecke schrieb das „Hamburger Fremdenblatt“ am 5.5.1933:

„Alwin Benecke ist einer der bekanntesten und fähigsten Führer des Deutschen Schwimmverbandes. Der heute 55-Jährige hat Deutschland schon 1896 auf den Olympischen Spielen in Athen vertreten und sich später in der Verwaltungsarbeit des Deutschen Schwimmverbandes große Verdienste erworben. Benecke hat seit Jahrzehnten engste Fühlung mit dem aktiven Sport und Turnen. Die Hamburger Schwimmer der Vorkriegszeit werden sich noch seiner Leistungen im Springen, die ihm den Meistertitel einbrachten, erinnern. Wir begrüßen in dem neuen Leiter des Amtes für Leibesübungen den ‚Aktiven‘ und den ‚Hamburger‘.“<sup>5</sup>

Nach halbjähriger kommissarischer Leitung wurde Alwin Benecke von dem Präsidenten der Landesunterrichtsbehörde, Karl Witt, zum 1.11.1933 endgültig zum Direktor des Amtes für Leibesübungen vorgeschlagen und bestellt.<sup>6</sup>

In der Folgezeit gab es einige Komplikationen und Schwierigkeiten für Alwin Benecke, die er im späteren Entnazifizierungsverfahren zu seinen Gunsten darzustellen versuchte. Benecke war zwar mit Amtsantritt in die NSDAP eingetreten, war auch Mitglied im NSLB seit dem 1.5.1933, behielt aber in vielen Fragen seine eigene Auffassung. Schon nach zwei Jahren wurde Benecke mit einer anderen Aufgabe betraut, er wechselte in die Schulverwaltung, war dort Landesschulrat Willi Schulz unterstellt und mit der Verwaltung der Sportplätze und sportlichen Einrichtungen betraut. Aus einer von ihm später mit seinem Entnazifizierungsfragebogen eingereichten Übersicht über sein Einkommen in den Jahren von 1933 bis 1945 geht hervor, dass sich seine Besoldung durch diesen Wechsel nicht veränderte<sup>7</sup>, er nunmehr als Studienrat in der Verwaltung beschäftigt wurde. Als ihm diese Wechsel von

**Benecke als Nachfolger Hartes.**  
Das Staatliche Amt für Leibesübungen neu besetzt.

Im Rahmen der Gleichschaltung und nationalen Arbeit ist jetzt auch im Staatlichen Amt für Leibesübungen die Leitung neu bestimmt worden. Für den bisherigen Direktor



Erich Harte ist Alwin Benecke kommissarisch zum Leiter des Amtes ernannt worden. Alwin Benecke ist einer der bekanntesten und fähigsten Führer des Deutschen Schwimm-

Oberregierungsrat Henry Edens am 30.9.1935 vorgetragen wurden, gab Benecke zu Protokoll: „Ich habe zu dieser Versetzung nichts zu bemerken.“<sup>8</sup> Ein seltenes Dokument, das vermuten lässt, dass Benecke eine ganze Menge dazu zu bemerken gehabt hätte.

In einem Rundschreiben von Karl Witt an alle Referenten, Abteilungen und Dienststellen der Landesunterrichtsbehörde vom 9.1.1936 wurden Beneckes neue Aufgaben genauer beschrieben. Dazu gehörten:

„Bearbeitung aller Angelegenheiten der körperlichen Erziehung, insbesondere auch die Angelegenheiten des Flugsports in den Schulen einschließlich des Werkstättenunterrichts, des Schülerruderns, des Schülerschwimmens, der Schülersportvereine, der sportlichen Schülerwettkämpfe. Die hierauf gerichtete Tätigkeit des Herrn Studienrat Benecke wird vom Landesschulrat geleitet, dem insofern das Referat für Leibesübungen persönlich verbleibt. Die Aufsicht über den Turnunterricht verbleibt bei den zuständigen Schulaufsichtsbeamten.“<sup>9</sup>

Hinzu kam noch die „Überwachung der Schulturnhalle und ihre Einrichtung; Beratung des Baureferenten und Hauskurators in allen hierauf bezüglichen Angelegenheiten; Erstattung von Gutachten über Unfälle im Schulturnen.“<sup>10</sup>

Später, 1941, kam dann noch die Mitgliedschaft im pädagogischen Prüfungsamt dazu.<sup>11</sup> Zum Direktor des Instituts für Leibesübungen wurde zum 1.4.1936 Dr. Eugen Zerbe berufen, dessen Biografie ebenfalls in diesem Band nachzulesen ist.<sup>12</sup>

Alwin Benecke war also schlichtweg entmachtet bzw. degradiert worden.

Interessant ist, wie sich Benecke 1945 im Entnazifizierungsverfahren dazu äußerte. Er hatte am 19.5.1945 seinen Entnazifizierungsfragebogen ausgefüllt und etwas später, am 5.7.1945, ein Gesuch um sofortige Pensionierung an die Leitung der Schulverwaltung geschrieben.<sup>13</sup>

Auf seinem Entnazifizierungsfragebogen hatte Alwin Benecke am Ende angemerkt:

„Ich war nie politisch interessiert und habe mich nie in irgendeiner Weise politisch betätigt. Meine Berufung in die Schulverwaltung geschah nicht aus politischen Gründen, sondern nur wegen meiner fachlichen Eignung. Mein Eintritt in die Partei war unvermeidbar. Ich habe aber immer mit Erfolg abgelehnt, in der Partei oder einer NS-Organisation ein Amt anzunehmen oder mich sonst wie zu betätigen.“<sup>14</sup>

Am 5.7.1945 schrieb Alwin Benecke an die neue Leitung der Hamburger Schulverwaltung. Er bat um seine sofortige Pensionierung und führte aus:

„Am 21.6.1945 wurde ich mit sofortiger Wirkung entlassen, und zwar gemeinsam mit den Oberbeamten der Schulverwaltung. Ich nehme daher an, dass auch ich zu den Oberbeamten der Behörde gerechnet wurde. Das ist aber ein Irrtum. Ich

wurde zwar 1933 zum Direktor des Amtes für Leibesübungen berufen, aber schon zwei Jahre später wegen Konflikten mit der politischen Führung abgesetzt und in eine untergeordnete, abhängige Stellung gebracht. Wie eine Anzahl Turnlehrer der Oberschulen war ich Studienrat und als solcher fast zehn Jahre Sachbearbeiter des Referenten für Leibesübungen. Allerdings wurde ich am 12.6.1944 mit der ‚vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Referenten‘ betraut, blieb aber nach wie vor Studienrat. Ich kann also nicht zu den Referenten, sondern nur zu den Turnlehrern gezählt werden, die zu Studienräten ernannt wurden. Als solcher bitte ich hiermit, da ich das 67. Lebensjahr erreicht habe, um meine sofortige Versetzung in den Ruhestand nach den gegenwärtig gültigen Bestimmungen.“<sup>15</sup>

Alwin Beneckes Hauptargument:

„Ich bin zwar auf Anforderung der Partei beigetreten, habe mich aber in meiner Amtsführung nicht von politischen, sondern immer nur von fachlichen Grundsätzen leiten lassen. Den üblen Methoden der Partei habe ich immer ferngestanden und mich, soweit es möglich war, auch dagegen aufgelehnt, wie zahlreiche Konflikte mit der politischen Führung beweisen. Wie wenig ich als politische Persönlichkeit im Sinne der Partei gewertet werden kann, mögen folgende Tatsachen beweisen, die im einzelnen durch Akten oder Zeugenaussagen bestätigt werden können.“<sup>16</sup>

Das Grundmuster der Argumentation von Alwin Benecke findet man in vielen Entnazifizierungsverfahren wieder. Es wurden Konflikte mit Einzelpersonen oder mit Dienststellen angeführt, die dann als grundsätzliche Ablehnung der Partei oder des Nationalsozialismus aufgebauscht wurden. In diesem Fall führte Alwin Benecke aber konkrete Beispiele an, die ihn in Schwierigkeiten mit anderen Sportfunktionären brachten, die belegten, dass Benecke einen eigenen Kopf hatte und auch die Auseinandersetzung nicht scheute, wenn Partei- oder Sportfunktionäre von ihm Entscheidungen forderten, die er als nicht sachgemäß empfand. Ein paar Beispiele sollen dazu angeführt werden:

„Als 1933 der ehemalige Direktor des Staatlichen Amtes für Leibesübungen, Herr Erich Harte, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, ersetzt werden sollte, suchte man einen Nachfolger, der zugleich Sportsmann und Schulmann, also auf beiden Gebieten Fachmann war. Da unter den zahlreichen Parteimitgliedern, die sich damals zu diesem Amt drängten, niemand war, der dieser Bedingung entsprach, wurde ich von Frau Purucker, der Frau des damaligen Polizeipräsidenten, die wiederholt an den von mir ehrenamtlich geleiteten Sportkursen teilgenommen hatte, der Hamburger Gauleitung als Nachfolger



Alwin Benecke, 1933

des Herren Harte vorgeschlagen. Zu meiner Überraschung und besonders auch zur Überraschung des damaligen Senators Witt wurde ich Anfang Mai 1933, obgleich ich kein Parteimitglied war, zum kommissarischen Direktor des Staatlichen Amtes für Leibesübungen ernannt. Ich glaube, demnach feststellen zu dürfen, dass für meine Berufung nicht politische, sondern rein fachliche Gründe maßgebend waren.“<sup>17</sup> Sicherlich half Benecke auch seine Prominenz als ehemaliger Leistungssportler, mit der die NSDAP sich öffentlich schmücken konnte.

„Nach meiner Ernennung forderte man nun von mir den sofortigen Eintritt in die Partei. Ich hatte bis dahin meine ganze Freizeit dem Sport gewidmet und mich um politische Fragen so gut wie gar nicht gekümmert. Deshalb habe ich bis 1933 nie einer politischen Partei angehört und war auch den Vorstellungen befreundeter Berufskameraden, in die NSDAP einzutreten, immer ausgewichen. Jetzt reizte mich die Aufgabe, den Leibesübungen, die zu meiner Lebensaufgabe geworden waren, an leitender Stelle zu dienen. Ich überwand meine grundsätzlichen Bedenken und trat in die Partei ein. Der Eintritt wurde im Parteibuch auf den 1. Mai 1933 zurückdatiert. Der eigentlichen Parteiarbeit habe ich immer ferngestanden und ich bin deshalb auch zu Parteidienststellen niemals in engere Beziehungen getreten. Weder in der Partei, noch in einer der ihr angegliederten Organisationen habe ich mich jemals betätigt oder ein Amt bekleidet. Meine Parteizugehörigkeit bestand buchstäblich nur darin, dass ich für Partei, NSV und NSLB die von mir geforderten Beiträge entrichtete.“<sup>18</sup>

Anschließend listete Alwin Benecke konkrete Fälle auf, in denen er in Konflikt mit anderen Nationalsozialisten geraten war.

„Da ich in meinem Amte den Leibesübungen dienen wollte und mich deshalb nur von fachlichen Gesichtspunkten leiten ließ, geriet ich schon nach wenigen Wochen mit den eingesetzten politischen Führern des Hamburger Sports in Konflikt. Der erste unter ihnen, Egon Arthur Schmidt, verklagte mich nacheinander beim Senat, beim Reichssportführer und schließlich beim Gaugericht der Partei, das mich mit einem Verweis bestrafte, weil ich die politischen Sportführer an der Durchführung ihrer Maßnahmen gehindert hatte. Ich hatte zum Beispiel den sozialdemokratischen Verein ‚Wasserfreunde von 1909‘ durch rechtzeitige Umschaltung der Vereinsführung vor Auflösung und Beschlagnahme seines unter großen Opfern aufgebauten Strandbades in Over geschützt. Einer härteren Bestrafung entging ich nur dadurch, dass ich Herrn Schmidt in seiner Amtsführung Verfehlungen nachweisen konnte, die nur als Korruption bezeichnet werden können. Sein Nachfolger Paul Intrau verklagte mich während seiner kurzen Amtsführung beim Senat. 1935 widersetzte ich mich den Plänen des ‚Sportsenators Richter‘. Ich lehnte in mehreren Schriftsätzen den Bau der Hanseatenhalle ab, widersetzte mich unter Hinweis auf

die Erfahrungen anderer Städte der Errichtung eines repräsentativen Stadions und hintertrieb, dass einem Hamburger Sportverein, dem Senator Richter nahe stand, völlig ungerechtfertigt ein Darlehen von 300 000 Reichsmark gewährt wurde. Nun verlangte Senator Richter meine Entfernung aus dem Amte. Im Dezember 1935 wurde ich meiner Stelle als Direktor des Amtes für Leibesübungen enthoben und mit der Amtsbezeichnung Studienrat als Sachbearbeiter für Leibesübungen in die Schulverwaltung übernommen. Damit kam ich in eine abhängige, untergeordnete Stellung, denn die Führung der schulischen Leibesübungen übernahm als Referent für dieses Gebiet der Landesschulrat Schulz. Im Juni 1944 wurde ich mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Referenten betraut, doch ist die Ernennung zum Oberschulrat, die ein Erlass des Reichsministeriums vom Jahre 1937 für dieses Amt vorsieht, nicht erfolgt, obgleich eine freie Oberschulratsstelle im Haushaltsplan vorhanden war. Ich galt nun einmal der Gauleitung infolge der Art meiner Amtsführung und weil ich mich in der Partei nicht betätigt hatte, als politisch unzuverlässig.“<sup>19</sup>

In der Biografie Hermann Schmidt in diesem Band beschreibe ich, wie hartnäckig Alwin Benecke sich als Referent der Schulverwaltung mit selbstherrlichen Schulleitern auseinandersetzte.

Alwin Benecke fürchtete, dass man ihm seine Pension infrage stellen würde. Er schloss sein Schreiben:

„Ich habe dem Staat 45 Jahre gedient, wobei fünf Jahre Frontdienst und Kriegsgefangenschaft nicht doppelt gezählt sind. Bis zum Jahre 1933 habe ich mir nie einen Tadel meiner Vorgesetzten zugezogen; nur im sogenannten Dritten Reich kam es wegen meiner gegensätzlichen Einstellung zu Konflikten. Im Vertrauen auf eine gerechte Beurteilung glaube ich daher, dass man mir meine Bitte, mich ohne Rücksicht auf die ausgesprochene Entlassung mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand zu versetzen, nicht ablehnen wird.“<sup>20</sup>

Dieser Bitte von Alwin Benecke entsprach die Schulverwaltung. Seine Pensionierung wurde auf Anordnung der Britischen Militärregierung am 27.9.1945 vollzogen.<sup>21</sup>

Der Fachausschuss 2 im Entnazifizierungsverfahren empfahl am 22.2.1949 Alwin Benecke als „Entlasteten“ in die Kategorie V einzugruppieren.<sup>22</sup>

Als Benecke am 13.9.1958 seinen 80. Geburtstag feierte, berichtete die „Welt“ über ihn und schrieb, dass „der verdiente Pädagoge in seiner Jugend ein bekannter Schwimmer war, mehrfach die Meisterschaft im Turmspringen errungen hatte.“<sup>23</sup>

Alwin Benecke starb am 11.11.1967.<sup>24</sup>



## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Benecke, StAHH, 361-3\_A 1172
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Siehe das Urlaubsgesuch von Benecke vom 9.7.1928, das für die Olympiade in Amsterdam befürwortet wurde, Personalakte a. a. O.
- 5 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 5.5.1933.
- 6 Schreiben von Karl Witt vom 23.10.1933, Personalakte a. a. O.
- 7 Entnazifizierungsfragebogen Benecke vom 19.5.1945, Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_Ed 1156
- 8 Vermerk vom 30.9.1935, Personalakte a. a. O.
- 9 Rundschreiben vom 9.1.1936, Personalakte a. a. O.
- 10 Ebd.
- 11 Laut Personalakte a. a. O.
- 12 Siehe Biografie Eugen Zerbe in diesem Band.
- 13 Beides in der Entnazifizierungsakte Benecke, a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsfragebogen in der Entnazifizierungsakte Benecke, a. a. O.
- 15 Gesuch des Studienrats Alwin Benecke um sofortige Pensionierung vom 5.7.1945, sowohl in der Personalakte a. a. O. als auch in seiner Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Die „Welt“ vom 15.9.1958.
- 24 Personalakte a. a. O.

## Willi Heher

**„Die Stilllegung des NS-Lehrerbundes um die Jahreswende 1942/43 bedeutete, dass der Lehrerschaft das einzige politische Instrument im Kampfe um ihre Belange genommen wurde.“**

Als überzeugter Nationalsozialist, zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten, gleichzeitig Mitglied des NSLB, dort als Kreisamtsleiter tätig, wurde Willi Heher als Schulleiter an die Spitze verschiedener Volksschulen gestellt und während des Krieges als Schulrat in die Schulverwaltung berufen. Er gehörte zu denen, die in ihren Ämtern Kompetenz und kollegiales Verhalten zeigten. Nach Ende der NS-Herrschaft wurde Heher als Politischer Leiter interniert und durchlief ein längeres Entnazifizierungsverfahren. Er erreichte dann aber 1949 die Wiedereinstellung als Lehrer und erhielt nach seiner Pensionierung 1963 das Ruhegehalt eines Schulrates.

Willi Heher wurde am 24.11.1897 in Hamburg geboren. Er besuchte die Seminarschule in der Binderstraße und wechselte 1912 auf das Lehrerseminar. Die Seminarzeit wurde unterbrochen durch die Einberufung zum Kriegsdienst am 10.10.1916. Nach einer Kriegsverletzung bei einer Schlacht südlich von Verdun wurde Heher als Unteroffizier in die Ortskommandantur nach Brüssel abkommandiert, später zum Generalgouvernement Belgien.<sup>1</sup>

Am 22.2.1918 konnte Heher seine 1. Lehrerprüfung ablegen und wurde dann an der Schule Lutterothstraße 80 beschäftigt, wo er bis 1928 unterrichtete, nachdem er am 6.7.1921 auch seine 2. Lehrerprüfung bestanden hatte.<sup>2</sup>

Willi Heher bildete sich weiter und besuchte von 1919 bis 1923 berufsbegleitende Kurse an der Universität Hamburg und wechselte in den Jahren 1925 bis 1927 nach New York, wo er unterrichtete und an der Columbia-Universität studierte.<sup>3</sup>

Am 1.5.1933 trat Heher in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 277 835) und wurde im NSLB aktiv, zunächst als Kreiswalter, später als Kreisamtsleiter.<sup>4</sup>

Von daher war es absehbar, dass Willi Heher zu den Personen gehören würde, die im Volksschulbereich als Schulleiter eingesetzt wurden. Heher stand auf der Liste der Schulleiter zum 1.7.1933 und konnte es sich sogar leisten, darauf hinzuweisen, dass die für ihn vorgesehene Schule zu weit von seinem Wohnort entfernt lag. So bekam er die Schulleiterstelle an der Volksschule Wrangelstraße 83, seit dem 1.4.1935 leitete er die Schule Methfesselstraße, zwei Jahre später wurde er Schulleiter an der Volksschule für Mädchen am Ratsmühlendamm.<sup>5</sup>

Wie viele andere spätere Nationalsozialisten auch hatte Willi Heher Ende der 1920er Jahre eine Nebentätigkeit an der Polizeischule wahrgenommen. Er nahm

zumindest an dem Reichsparteitag in Nürnberg vom 9. bis zum 16.9.1936 teil, besuchte Kreisamtsleiter-Tagungen des NSLB und teilte der Landesunterrichtsbehörde am 26.11.1941 mit, Kreisbeauftragter für Volkstumsfragen im Kreis Hamburg I geworden zu sein.<sup>6</sup>



Willi Heher, 1933

Am 8.7.1938 heiratete Willi Heher die Amerikanerin Elli Delfs, mit der er zwei Söhne hatte (1940 und 1943).<sup>7</sup>

Wertschätzung durch die Schulverwaltung und die NSDAP erfuhr Heher auch dadurch, dass er 1934 zum Mittelschullehrer befördert wurde, 1939 zum Rektor, 1941 zum Hauptschulrektor und schließlich kam er am 17.2.1942 als vertretender Schulrat für den Volksschuldienst in die Schulverwaltung, am 1.11.1944 wurde er zum Schulrat befördert.<sup>8</sup>

Auch im NSLB war Heher als Kreisamtsleiter sehr geschätzt. Anlässlich der Gründungsfeier des NSLB bekam er von der Reichsverwaltung in Bayreuth am 3.4.1939 eine Einladung, die nur an acht Hamburger Schulleiter ausgesprochen wurde.<sup>9</sup>

Das Blatt wendete sich mit dem Ende der NS-Herrschaft. Willi Heher wurde verhaftet und in das Internierungslager Eselheide überführt. In dem Spruchverfahren gegen ihn hatte die 3. Spruchkammer des Spruchgerichts Bielefeld in ihrer Sitzung vom 8.10.1947 folgendes Urteil gefällt:

„Der Angeklagte ist als Leiter des Kreisamts für Erzieher nach dem 1. September 1939 Mitglied des Politischen Führerkorps geblieben, in Kenntnis des verbrecherischen Charakters dieser Organisation. Er wird deshalb zu einer Geldstrafe von 4000 Reichsmark, ersatzweise zu einem Tag Gefängnis für je Reichsmark 25 sowie zur Tragung der Verfahrenskosten verurteilt. 3000 Reichsmark der erkannten Geldstrafe werden durch die erlittene Internierungshaft für verbüßt beziehungsweise gezahlt erachtet.“<sup>10</sup>

Während seiner Internierungszeit war Heher am 29.8.1945 mit Schreiben von Schulsenator Heinrich Landahl auf Anordnung der Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden. Dagegen konnte Heher erst nach der Spruchgerichtsentscheidung und seiner Rückkehr nach Hamburg Einspruch einlegen.<sup>11</sup>

Vorher hatte Oberschulrat Fritz Köhne bereits am 15.7.1946 für die Schulverwaltung ein Gutachten über Schulrat Willi Heher geschrieben, in dem es hieß:

„Herr Willi Heher besaß als Lehrer und Schulleiter für das Amt eines Schulrates die erforderlichen fachlichen Voraussetzungen. Er hat daher die Schulaufsicht in dem von ihm verwalteten Kreise mit Einsicht und Sachverstand fleißig und gewis-

senhaft versehen. Seine Arbeit im Dienste des NS-Lehrerbundes und der Partei galt der Förderung der Schule und des Lehrerstandes. Unsachliche Maßnahmen und persönliche Vorteile sind dabei nicht in Erscheinung getreten; Herr Heher hat sich stets für eine saubere, anständige Lösung schulpolitischer Aufgaben eingesetzt. Der Hitler-Jugend stand er scharf ablehnend gegenüber. Ohne Zweifel ist Herr Willi Heher Nationalsozialist gewesen; er hat aber in seiner geistigen Interessiertheit vor 1933 und seinem längeren Aufenthalt in USA demokratische Gehalte aufgenommen, die ihn vor einer Verengung und Verkrampfung in seinem politischen Urteil bewahrt haben.“<sup>12</sup>

Dieses Gutachten von Fritz Köhne, der nach 1945 weiter in der Schulbehörde für den Volksschulbereich zuständig war, erleichterte das Entnazifizierungsverfahren für Heher. Er legte Einspruch gegen die Entlassung ein und schrieb am 20.2.1948:

„Ich bin der Partei am 1. Mai 1933 beigetreten unter dem Einfluss der damals elementaren Volksstimmung und unter dem Druck der nationalen Not. Ich glaubte, in Hitler einen Staatsmann zu erkennen, dem es gelingen könnte, die drohende Gefahr des Bruderkrieges abzuwenden und gesunde politische und wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland zu schaffen. Ich war überzeugt von der Wahrhaftigkeit seiner Versprechungen.“<sup>13</sup>

Zu seiner Tätigkeit im NS-Lehrerbund schrieb Heher:

„Als an mich die Aufforderung erging, im NS-Lehrerbunde mitzuarbeiten, fand ich mich dazu bereit, weil ich als Beamter glaubte, mich solcher Mitarbeit nicht entziehen zu dürfen, weil ich mich als Schulmann verpflichtet fühlte, in der ständigen Berufsorganisation der deutschen Lehrerschaft mitzuwirken. Ich habe meinen Auftrag von Beginn an als Schulpolitiker, und nicht als Parteipolitiker gesehen. Mein Auftraggeber war der Fachverband, also die Gauleitung des NS Lehrerbundes im Curio-Hause. Da es diese Stelle an einer planvollen und zielsicheren Führung fehlen liess, arbeitete ich in meinem Kreise völlig selbständig.“<sup>14</sup>

Als Ziele und Prinzipien seiner Arbeit nannte Willi Heher:

„Berufswissenschaftliche Arbeit in Ergänzung der Lehrerfortbildung am Pädagogischen Institut, Arbeitsgemeinschaften, Führungen, Vorträge. Soziale Betreuung der Lehrerschaft durch den Ausbau der Abteilung ‚Wirtschaft und Recht‘, Fernhaltung des Einflusses der Hitler-Jugend aus dem Schulleben. Ich habe bei jeder geeigneten Gelegenheit an die Kollegenschaft appelliert, solidarisch zusammen zu stehen und nicht zu resignieren. Wo Standesgenossen von Partei-Instanzen angegriffen wurden, habe ich geholfen oder versucht zu helfen. Nicht Parteizugehörigkeit oder -rang waren für meine Handlungen ausschlaggebend, sondern Persönlichkeitswerte und vor allem der Wille des Einzelnen zum Einsatz für die Schule.“<sup>15</sup>

Im Weiteren machte Willi Heher noch einige Ausführungen über die Lehrerfeindlichkeit der NSDAP:

„Wenn der Kreis Hamburg I der NSDAP als der schulfreundlichste in Hamburg galt, so ist das angesichts der allgemeinen herrschenden schul- und lehrerfeindlichen Tendenz in der Partei wahrscheinlich als Erfolg meiner schulpolitischen Arbeit zu werten. Dass der Ursprung dieser Tendenzen letztlich in der ganz persönlichen Antipathie Hitlers gegen Schule und Lehrer und in der ausgesprochenen Favoritenstellung der Hitler-Jugend zu suchen war, trat damals zwar noch nicht in aller Deutlichkeit zutage. Dennoch erforderte es ein hohes Maß von Energie, Beharrlichkeit und Taktik, die Interessen der Schule mit Erfolg zu vertreten. Nur so war es mir möglich, mäßigend auf die Diffamierung des Lehrers und auf die Einflussnahme der Hitler-Jugend auf das Schulleben zu wirken.

Die Diffamierung des Lehrerstandes und die Einflussnahme der Hitler-Jugend auf die Schule nahmen auch dann noch zu, als Hitler im Jahre 1941 durch Geheimbefehl an die Parteileitungen die weitere Verunglimpfung der Lehrerschaft verboten hatte. Um die Jahreswende 1942/43 kam noch die Stilllegung des NS-Lehrerbundes hinzu. Sie erfolgte aufgrund eines völlig unmotivierten Befehls seitens der Reichsleitung der NSDAP, zog die Einziehung des gesamten Vereinsvermögens nach sich und bedeutete nichts weniger, als dass der Lehrerschaft das einzige politische Instrument im Kampfe um ihre Belange genommen und die Schule zum Spielball im politischen Rangstreit gemacht wurde. Diese Vorgänge erschütterten mich so sehr, dass ich 1943 ernstlich den Austritt aus der Partei erwog. Den Austritt aus der Partei habe ich dennoch nicht vollzogen, weil ich darin einen Verrat an der Sache der Schule und des Standes sah, weil ich mich an die von mir abgelegten Eide gebunden fühlte, weil ich meiner Familie nicht zumuten konnte, die sich aus solchem Schritt unweigerlich ergebenden Konsequenzen zu tragen.“<sup>16</sup>

In dieser Weise, aus Sicht der Interessenvertretung der Lehrerschaft, ist selten ein Einspruch gegen die Entlassung aus dem Schuldienst begründet worden.

Zu seiner Unterstützung erhielt Willi Heher vom ehemaligen KLV-Schulbeauftragten, Heinrich Sahrhage, ein Schreiben, in dem es hieß, Willi Heher habe sich mit allen Mitteln dafür eingesetzt, „die kriegsbedingte Aufgabe der Kinderlandverschickung zur Erhaltung von Leben und Gesundheit der Hamburger Kinder in den Jahren 1940/45 ganz im schulischen und nicht im parteipolitischen Sinne zu gestalten, d. h. die Kinder klassenweise mit ihren Lehrkräften und nicht in HJ-Verbänden“ zu verschicken. „Sie haben es in ständigen Auseinandersetzungen mit der Hitlerjugend erreicht, dass die Hauptverantwortung für die Betreuung der verschickten Kinder bei den mitreisenden Lehrkräften verblieb (welche Sie als Schulrat dafür abordneten) und nicht den HJ-Führern übertragen wurde. Unsere gesamte Arbeit der KLV

in Hamburg stützte sich jederzeit gut und gerne auf das von Ihnen im Kreise I gegebene Beispiel.“<sup>17</sup>

Hilfreich für Willi Heher war auch ein Zeugnis, das er von englischen Dienststellen erhielt, für die er in seiner Internierungszeit in Eselheide gearbeitet hatte. Darin hieß es:

„Herr Willi Heher war vom 15. Januar 1947 bis zu der am 8. September erfolgten Transferierung dieser Dienststelle als Büroangestellter bei dieser Einheit tätig und wurde mit Büroarbeiten aller Art betraut. Er hat sich in dieser Zeit als fleißiger und gewissenhafter Arbeiter und als besonders vertrauenswürdig erwiesen. Außerdem verfügt er über gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift. Er hat einige Jahre in den Vereinigten Staaten verbracht. Seine Dienste können daher allen englischen Dienststellen wärmstens empfohlen werden. Seine Ehefrau ist amerikanische Staatsbürgerin und momentan bei den britischen Behörden beschäftigt.“<sup>18</sup>

Der Beratende Ausschuss entschied am 3.6.1948 in der Zusammensetzung dreier Oberschulräte, Emmy Beckmann, Johannes Schult und Karl Hoffmann:

„Eingehende weitere Ermittlungen haben ergeben, dass Herr Heher sich in seinem Amt als Schulrat bemüht hat, unparteiisch zu urteilen und zu handeln. Er hörte dabei auch abweichende Meinungen und scharfe kritische Äußerungen, die gegen die Hitlerjugend und gegen die NS-Grundsätze gerichtet waren, an, ohne den Vertretern dieser Ansichten irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Auch aus seiner Tätigkeit als Kreiswalter und Kreisamtsleiter im NS-Lehrerbund sind keinerlei Tatsachen bekannt, die gegen ihn sprechen.

Da Herr Heher 1933 in die NSDAP eingetreten ist, muss er in die Kategorie IV eingereiht werden. Für eine leitende Tätigkeit kommt er nicht infrage, da er keine Gewähr für eine demokratische Betätigung bietet. Daher wird vorgeschlagen, ihn mit Befristung als Volksschullehrer im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen und nach Ablauf der Frist seine Wiedereinsetzung ins Beamtenverhältnis in Aussicht zu nehmen.“<sup>19</sup>

Willi Heher, der zwischenzeitlich als Wachmann gearbeitet hatte, bekam auch von der Firma, die ihn angestellt hatte, ein sehr positives Gutachten. Der Besitzer der Firma E. M. Hahn schrieb am 12.11.1948:

„Wir würden den Abgang Herrn Hehers als einen kaum ersetzbaren Mitarbeiter zwar bedauern, sehen aber ein, dass seine Tätigkeit bei uns als Wachmann für ihn nur ein befristeter Notbehelf sein kann. Ein Mann mit solchen charakterlichen Qualitäten kann – in seinem Beruf verwendet – unendlich viel beitragen zum Wiederaufbau und es scheint uns unverantwortlich, einen Menschen mit den Fähigkeiten Heher's seine Zeit als Nachtwächter verträdeln zu lassen.“<sup>20</sup>

Es entschied dann der Berufungsausschuss 3 unter Vorsitz von Dr. Wilhelm Kiesselbach, Heher mit sofortiger Wirkung im Angestelltenverhältnis wieder als Volksschullehrer einzustellen und ihn nach einem Jahr auch wieder in das Beamtenverhältnis zu überführen.<sup>21</sup>

So geschah es dann auch. Willi Heher fing am 12.1.1949 als Volksschullehrer an der Schule Schwenckestraße 93 an.<sup>22</sup>

Heher bemühte sich im Weiteren, seine alte Besoldung wiederzubekommen, was am 7.1.1955 gelang, als der Hamburg-Block regierte und Professor Hans Wenke Schulsenator war.<sup>23</sup>

Seit 1955 hatte Willi Heher dann einige gesundheitliche Probleme mit vielen Fehlzeiten in der Schule. Er bat darum, zum 31.7.1963 in den Ruhestand zu treten, was ihm auch gewährt wurde. Und er erhielt dann die Versorgungsbezüge eines Schulrates.<sup>24</sup>

Willi Heher starb am 26.6.1966.<sup>25</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StAHH, 361-3\_A 2188
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_X 1099
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Einladung vom 3.4.1939, Personalakte a. a. O.
- 10 Urteil des Spruchgerichts der dritten Spruchkammer Bielefeld vom 8.10.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Gutachten vom 15.7.1946, Personalakte a. a. O.
- 13 Einspruch vom 20.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Schreiben vom 6.3.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe dazu auch die Biografie Heinrich Sahrhage, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 284 ff.
- 18 Schreiben vom 8. September 1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Beratender Ausschuss für die Oberbeamten vom 3.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Schreiben vom 12.11.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Berufungsausschuss drei vom 15.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O. Siehe dazu auch die Biografie Hans Wenke, in: de Lorent 2017, S. 208 ff.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.

## Rudolf Ibel

**„Für uns, die wir eine deutsche Oberschule schaffen wollen, ist oberste Forderung: diese Schule hat von der Geisteshaltung der deutschen, nationalsozialistischen Revolution bestimmt zu sein.“**

Zu den interessantesten Personen im Hamburger Bildungswesen während der NS-Zeit gehörte der Germanist Rudolf Ibel. Er profilierte sich 1933 mit zwei viel beachteten Aufsätzen, mit denen er die nationalsozialistische Ausrichtung des „deutschen Unterrichts“ und der politischen Erziehung begründete. Er tat dies als Leiter der Fachgruppe Deutsch im Hamburger NSLB und erwies sich inhaltlich als einer der weltanschaulichen Propagandisten. Auffällig ist aber auch, dass Ibel keine berufliche Karriere in der NS-Zeit machte. Als Gründe führte er nach 1945 an, er habe schon bald Zweifel an der nationalsozialistischen Entwicklung gehabt und sei mit seinen späteren Veröffentlichungen in der Partei misstrauisch betrachtet worden.

Trotzdem hatte Rudolf Ibel aufgrund der von ihm vorgelegten Veröffentlichungen große Schwierigkeiten, nach 1945 wieder in den Schuldienst zu gelangen. Man hatte nicht vergessen, welch Wegbereiter er in Schrift und Auftreten 1933 gewesen war.

Rudolf Ibel wurde am 16.11.1900 als Sohn des Reichsbahnoberinspektors Georg Ibel und seiner Ehefrau Gretchen in Ebelsbach bei Haßfurt in Unterfranken geboren. Nach vier Jahren Volksschulzeit besuchte er das Alte Gymnasium in Würzburg, an dem er am 14.7.1919 die Reifeprüfung bestand. Zwischenzeitlich war er ab Juni 1918 zur militärischen Ausbildung eingezogen worden und absolvierte mit einem Grenzschießbataillon ein halbes Jahr Kriegsdienst bis zum 25.11.1918. Sein einziger Bruder überlebte den Krieg als Leutnant nach einer schweren Verwundung nicht.<sup>1</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg studierte Rudolf Ibel in Würzburg und München deutsche und englische Philologie, Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte. Am 12.7.1922 promovierte er als noch 21-Jähriger an der Universität Würzburg mit einer Arbeit zum Thema „Die Lyrik Philipp von Zesens. Ein Beitrag zur Erkenntnis des lyrischen Stils im 17. Jahrhundert“.<sup>2</sup>

1923 absolvierte Ibel die erste Lehrprüfung für das höhere Lehramt in Deutsch, Geschichte und Englisch. Sein praktisches Seminarjahr verbrachte er an der Kreisoberrealschule in Würzburg, wo er 1924 auch die zweite Lehrprüfung bestand. Parallel dazu hatte er im Juli 1924 die Sportlehrerprüfung abgelegt. Ab September 1924 fand Rudolf Ibel eine Anstellung in der Privatrealschule Adam und erteilte gleichzeitig Unterricht an der Heeresfachschule für Verwaltung und



Wirtschaft. Schon in dieser Zeit fand der insbesondere auch literarisch interessierte Rudolf Ibel mehrere Orte, an denen er tätig wurde. So bot er literaturhistorische Vorlesungen und Vorträgen an der Volkshochschule an und engagierte sich in der Würzburger Gesellschaft für Literatur und Bühnenkunst, deren zweiter Vorsitzender er war.<sup>3</sup>

Am 1.4.1927 wechselte Rudolf Ibel nach Hamburg, wo er am Wilhelm-Gymnasium eingesetzt wurde. Er brachte die besten Zeugnisse mit. So bescheinigte ihm 1926 der Würzburger Oberbürgermeister Löffler, dass Ibel „das geistige Leben der Stadt durch Anregung und Mitarbeit wesentlich gefördert“ habe. „Seine zahlreichen, inhaltlich wie formell gleich ausgezeichneten, immer erfolgreichen Vorträge und die Befruchtung und Führung einer Schar Jugend, die es mit dem Zusammenhang zwischen Leben und Literatur ernst nimmt, seien besonders hervorgehoben.“<sup>4</sup>

Und auch Realschulleiter Adam erklärte damals, dass Ibel ein „vorzüglicher Lehrer war. Sein Unterricht war durch Frische und Lebendigkeit und durch geistige Beherrschung der Schüler ausgezeichnet. Seine besonderen Erfolge im Deutschunterricht gründen sich auf seine feine Art, literarische Dinge zu behandeln und seine Fähigkeit, das stilistische Interesse der Schüler zu erregen.“<sup>5</sup>

Rudolf Ibel war offenbar ein anregender Lehrer, seine Leidenschaft gehörte der Literatur und der wissenschaftlichen Arbeit in diesem Bereich. Hier zeigte sich Ibel als äußerst produktiv. Im Winter 1926/27 war Rudolf Ibel 104 Tage von seiner unterrichtlichen Tätigkeit befreit gewesen und bemühte sich später darum, dass diese Zeit vollständig auf sein Vergütungsdienstalter angerechnet wurde. In dem Zusammenhang beschrieb er 1927, womit er in den Wintermonaten 1926/27 wissenschaftlich beschäftigt gewesen war:

„1. Umfassende Studien über die deutsche Barocklyrik, 230 Seiten. Die Arbeit wird wohl in nächster Zeit mithilfe der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft im Druck erscheinen.

2. Eine Studie über Stefan George und Fritz von Unruh (bereits im Druck erschienen).

3. Eine Studie über die Lyrik Klopstocks (ein Beitrag zur Morphologie des lyrischen Wortes); da es sich hier um ein Bruchstück einer großen Arbeit handelt, ist sie noch nicht erschienen.

4. Eine weitere Studie über das Drama Fritz von Unruhs. Diese Arbeit ist dann mit einem Vorwort des Herrn Minister Becker im Druck erschienen.“<sup>6</sup>

Hier zeigte sich jemand, der sich möglicherweise eine wissenschaftliche Karriere erhoffte, zumindest aber Leidenschaften hatte, über literarische Fragen zu publizieren. Dies war sicherlich ein Grund dafür, warum Rudolf Ibel keine Karriere in einer Leitungsfunktion im schulischen Bereich machte, obwohl er seit 1933 durch



Rudolf Ibel als junger Studienrat 1935 an der Emilie-Wüstenfeld-Schule

seine Mitgliedschaften in der NSDAP und im NSLB und seine Funktionstätigkeit im NSLB dafür die politischen Voraussetzungen mitbrachte.

Ibel wurde zuerst einmal am 1.2.1929 außerplanmäßiger Beamter, am 1.6.1930 zum Studienrat ernannt.<sup>7</sup> Bis 1934 arbeitete er am Wilhelm-Gymnasium, wechselte danach an die Emilie-Wüstenfeld-Schule und war seit 1939 der Oberschule für Mädchen in Blankenese zugeordnet.<sup>8</sup> Parallel dazu gab er in Nebentätigkeit Stunden als Dozent am Institut für Lehrerfortbildung (1933), danach immer wieder an der Volkshochschule.<sup>9</sup>

Mit seiner Frau Anna Maria hatte Rudolf Ibel vier Kinder (geboren 1930, 1932, 1934 und 1937).<sup>10</sup>

Bevor ich auf Rudolf Ibels Aktivitäten und Veröffentlichungen in der NS-Zeit genauer eingehe, noch zu einem einschneidenden Ereignis, das seine Gesundheit stark beeinträchtigte. Nach einer militärischen Übung ab dem 26.8.1939 wurde Ibel zur Wehrmacht in den Kriegsdienst gezogen. Ob er sich dafür freiwillig gemeldet hatte, ist nicht dokumentiert. Nach einem Lungenschuss kam Rudolf Ibel am 8.3.1940 ins Lazarett und musste dort wegen einer Tbc-Erkrankung behandelt werden. Am 29.8.1940 konnte er aus der Wehrmacht entlassen und wieder in den Schuldienst übernommen werden. Von dem Zeitpunkt an wurde seine Stundenzahl auf die Hälfte reduziert. Sicherlich, bei angegriffener Gesundheit, eine Möglichkeit für Rudolf Ibel, auch literarisch zu arbeiten.<sup>11</sup>

Nun zu Rudolf Ibel während der NS-Zeit. In dem von Ibel ausgefüllten Entnazifizierungs-Fragebogen vom 26.5.1945 gab er an, seit Mai 1934 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Der NSV gehörte er seit 1935 an, dem NSLB seit dem 1.5.1933. Dort fungierte er als Leiter der Fachgruppe Deutsch, im Fragebogen nannte er das „Fachberater für Deutsch“.<sup>12</sup> Der Schulverwaltung hatte er mitgeteilt, 1934 als Delegierter des Reichsparteitages der NSDAP bestellt worden zu sein, vom 7.5. bis 2.6.1934 am 7. Lehrgang der Gauführerschule teilgenommen zu haben. Am 16.12.1941 fand Rudolf Ibel es wichtig, der Schulverwaltung seinen Austritt aus der katholischen Kirche mitzuteilen „und mich Gott gläubig bekennen“.<sup>13</sup>

Das waren für das spätere Entnazifizierungsverfahren 1945 vergleichsweise geringe Aktivitäten, insbesondere weil Ibel keine hervorgehobenen und besonderen Funktionen in den NS-Organisationen übernahm. Gravierend war allerdings, was Rudolf Ibel 1933 veröffentlicht hatte. Zwei seiner Aufsätze lagen den Entnazifizierungsausschüssen vor. Zum einen ein Bericht über die Kundgebung für die deutsche Oberschule in Braunschweig am 23. und 24.9.1933, überschrieben: „Von den neuen Grundlagen des deutschen Unterrichts“. Dies war gleichzeitig der Abdruck eines Vortrages, den Rudolf Ibel am 18.10.1933 vor der Fachschaft II, den Lehrern an höheren Schulen, gehalten hatte. Ibel fungierte zu diesem Zeitpunkt als deren Vorsitzender.<sup>14</sup>

Aus diesem in der HLZ 48/1933 auf fünf Seiten abgedruckten Aufsatz sollen einige Auszüge zitiert werden, die deutlich machen, dass Rudolf Ibel sich hier als nationalsozialistischer, ideologischer Propagandist in deutlicher Weise präsentiert hatte. Ibel berichtete von einer Tagung des Verbandes Deutscher Oberschulen und Aufbauschulen und der Gesellschaft für deutsche Bildung und stellte fest: „Daß die neue nationalsozialistische Schule wenigstens in ihren geistigen und wesenhaften Umrissen sichtbar gemacht wurde, d. h. wir erwarten von der Schule der deutschen Revolution etwas zu verspüren, jener Revolution, die Grundtatsachen von Jahrhunderten über den Haufen warf und, das walte Gott, Grundtatsachen für Jahrhunderte geschaffen hat und noch schaffen wird.“<sup>15</sup>

Hier glaubte offenbar jemand an das Tausendjährige Reich und schrieb das der Lehrerschaft ins Stammbuch.

Ibel berichtete einerseits über Vorträge, die auf der Tagung gehalten wurden und vermischte dies mit eigenen Positionen. Er machte sie sich zu eigen, bzw. schob eigene Resümees ein:

„Daß heute so viele geistige Erben des 19. Jahrhunderts den Nationalsozialismus und die Revolution nicht verstehen können und wollen, ist das beste Zeichen, daß die Revolution diesen Geist, der uns in allen Lebensformen an den Abgrund brachte, entthront hat. Daß diese Geistigen (wir nennen sie gerne Intellektuelle) uns bekämpfen und uns nur ungern folgen, ist der beste Beweis dafür, daß der Geist

in unserem Volke wieder dem Leben dienen will, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Der Intellektuelle sieht nie Sinnbilder, er sieht nur Äußerlichkeiten und nennt deshalb alle Sinnbilder so. Die Sitten und Gebräuche eines Volkes, die religiös-kulturellen Erscheinungen sind für ihn Äußerlichkeiten und somit auch die Formen des Nationalsozialismus. Das Ergebnis solchen Denkens haben wir alle miterlebt: die Auflösung der Lebensformen, zivilisatorische Anarchie, Untergang der Kultur, die Vernichtung der Nation.“<sup>16</sup>

Und Ibel resümierte: „Die Neuorientierung des Geistes ist eine deutsche Revolution des Geistes, und sie wird erfolgreich sein; denn die entscheidenden Handlungen unseres Führers beweisen, daß er der symbolischen Weltanschauung verhaftet ist, wie die Bewegung, die er verkörpert, wie das Reich, das aus dieser Bewegung wird.“<sup>17</sup>

Zum Thema „Germanenkunde und heroische Haltung“ schrieb Rudolf Ibel:

„Wenn wir Germanenkunde betreiben, dann hat es nur Sinn, wenn sie aus heroischer Haltung heraus betrieben wird. Es muß eine gemeinsame Strömung lebendig sein zwischen dem heroischen Mythos der Germanen, dem Heroismus Goethes, Nietzsches und des Frontsoldaten.“<sup>18</sup>

Im Kontext eines Referates „Vom biologischen Denken“ stellte Ibel fest:

„Die Politik der Utopie, die utilitaristische Idee vom ewigen Frieden, wie sie Kant uns in seiner Schrift verkündigt hat, der Mensch des Humanismus, der immer nur durch die Abstraktion der Menschheit dachte: das alles wäre längst ins Geist-Museum gewandert, wo es hingehört. Hat uns der Mangel an symbolischem Denken den Intellektualismus, den verschwommenen Idealismus, die bildlose Begrifflichkeit beschert, so der Mangel an biologischem Denken: den öden mechanischen Materialismus, die Illusion der sogenannten exakten Analyse, die sich als Wirklichkeitserkenntnis ausgibt, die aber nicht mehr die Kraft zum lebendigen Ganzen aufbrachte. Politisch gesehen entstand daraus das System von Versailles mit seinem Gefolge von Ismen, angefangen vom Parlamentarismus, Liberalismus, Marxismus bis zum imperial-internationalen Kapitalismus.“

Für uns, die wir eine deutsche Oberschule schaffen wollen, ist oberste Forderung: diese Schule hat von der Geisteshaltung der deutschen, nationalsozialistischen Revolution bestimmt zu sein. Das fordert von uns das symbolische Denken, das biologische Denken und die heroische Haltung. Darin äußert sich, was man den Geist des Dritten Reiches zu nennen pflegt.“<sup>19</sup>

Rudolf Ibel schwärmte von dem Referat des Ministerialrats Dr. Haupt aus Berlin, das er als Höhepunkt der Tagung bezeichnete. Er zitierte:

„Wir Lehrer müssten uns endlich befreien von dem Wahn der bisherigen humanistischen Kulturschule, von dem Leben am Formalismus. Wir sollten nicht mehr

unseren Maßstab an die Jugend herantragen, denn in dieser Jugend wachse ein Lebensstil, der dem unsern überlegen sei. Es ist eben der Stil des neuen Nationalismus. Neue Erziehung werde unmittelbarer, griechischer sein, als jede bisher humanistische.“<sup>20</sup>

ibel ergänzte dies durch seine Schlussfolgerungen:

„Die Arbeit der Führer bekommt nur Sinn, wenn wir erfüllen, was sie von uns erwarten: Daß wir die Revolution, die sie im Politischen vorgetragen haben, nun auch bis in die letzten geistigen und seelischen Zellen unseres Volkes vortragen. Aus meinen Ausführungen werden Sie immerhin andeutungsweise ersehen haben, wie ich als Leiter der Fachgruppe Deutsch diese Aufgabe zu erfüllen gedenke. Ich sprach bereits vom Geist des Dritten Reiches, der die Arbeit des Deutschlehrers bestimmen muß, der eine Revolution des Denkens in sich schließt. Wir werden zu zeigen haben, wie sich dieser Geist in der praktischen Arbeit auswirkt. Aber erst, wenn jeder einzelne von uns sich ernstlich um die neue Geisteshaltung bemüht, dann können die Unterrichtswege, die wir aufweisen wollen, Sinn bekommen. Wir müssen uns immer von neuem erinnern, wie wir der Revolution gerecht werden können. Wir müssen wissen: wir dürfen nicht mehr im alten Stil weiter arbeiten, nur verborgen hinter einer nationalsozialistischen Fassade.“<sup>21</sup>

Hier wurde nun Rudolf Ibel endgültig zum Propagandisten der nationalsozialistischen Oberschule. Aussagen, die nicht 1000 Jahre hielten, aber zwölf Jahre später bei seiner Entnazifizierung aufmerksam beachtet wurden. Dieser Aufsatz 1933 in der „Hamburger Lehrerzeitung“, die noch kurz zuvor das Organ der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen war, einer Organisation von mehrheitlich Volksschullehrern, die großteils reformpädagogische Ziele verfolgte, markierte eine deutliche ideologische Kehrtwendung. Insbesondere weil sie weder von einem führenden Mitglied der NS-Schulverwaltung, noch von einem Führer des NSLB geschrieben worden war. Rudolf Ibel war bis 1933 Mitglied des Hamburger Philologenvereins gewesen und schwor die Lehrerschaft der höheren Schulen auf den Nationalsozialismus ein:

„Wir müssen heute zum politischen Deutschen erziehen, d. h. zum Deutschen, welcher der Wirklichkeit der Nation leibhaft verbunden ist und aus dieser Verbundenheit für die Nation kämpferisch tätig ist. Der tätige, der tathafte Deutsche muß notwendigerweise der politische Deutsche sein, und der politische Deutsche ist für absehbare Zeit immer auch der kämpferische: er kämpft gegen das System von Versailles. Wir waren längst in seelischer und geistiger Sklaverei, bevor der Sklavendienst für Versailles im Diktat äußerlich und politisch sichtbar wurde. Diese Wahrheiten sind heute schwer in einigen Sätzen zu sagen; sie werden von unseren deutschen Gebildeten auf Anhieb nicht verstanden, da eben Versailles immer noch mitten durch die Deutschen und Deutschland geht. Der Kampf gegen das

System von Versailles ist die höchste Aufgabe des politischen Deutschen; damit erfüllt er sich zugleich als Deutscher. Solange dieser Kampf nicht entschieden ist (innerlich entschieden ist) – und es kann Generationen dauern – so lange stehen die Deutschen unter Kriegsgesetz. Deshalb wollen wir nicht mehr den ‚deutschen‘ Privatmenschen, der unverpflichtende Gefühle für Deutschland hat, der eine unverbindliche Innerlichkeit kultiviert, die nie Welt gestalten kann, da sie den schlichten und harten Gesetzen der Wirklichkeit nicht gewachsen ist.“<sup>22</sup>

Rudolf Ibels Gedanken kulminierten zu diesem Zeitpunkt in der Aussage:

„Es gibt für uns deshalb nur ein Ideal, das alle andern in sich faßt: Deutschland; und auch ihm dienen wir nicht als einer höchsten Idee, die zu leicht im Begrifflichen verflacht, sondern in jener leibhaften Vertretung im Jahre 1933: Deshalb rufen wir nicht ‚Heil Deutschland‘ sondern ‚Heil Hitler!‘“<sup>23</sup>

Und auch an den folgenden Ausführungen wurde Rudolf Ibel nach 1945 gemessen und zwar unabhängig davon, dass er innerhalb des Schulwesens und der NSDAP in den weiteren Jahren keine führende Rolle spielte. Seine Äußerungen erwiesen ihn als Ideologen und Wegbereiter:

„An der Front wurde der deutsche Nationalismus des 20. Jahrhunderts geboren; er wurde geboren aus Erde und Blut, aus den Elementen, die allein gebärfähig sind. Hier wurde der neue Mythos von Blut und Boden ein Erlebnis von solcher Furchtbarkeit, daß es sich zugleich den neuen Menschenschlag formte, den Träger des deutschen Seelentums im 20. Jahrhundert und im Dritten Reich. In ihm sind wohl alle Mächte und Träume des Deutschen von der Edda bis zu Hölderlin und Nietzsche da, aber in völlig anderer Erscheinung und Zusammensetzung, als es sich der patriotisch begeisterte Bürger je träumen ließ. Der neue, elementare Nationalismus schwelgt nicht in ‚geistigen‘ Erhebungen und in gefühlsselliger Bierfestlichkeit; er ist vielmehr nüchtern und verhalten, zugleich aber von einer abgründigen Glut; er ist sachlich und leidenschaftlich; er ist bewußt, aber doch mit allen Fasern dem schöpferischen Grund des bewußtlos bildenden Lebens verwurzelt; er ist klug und geistig, aber immer nur, solange Klugheit und Geist dem lebendigen Volke zu dienen vermögen; er ist betont diesseitig, elementar und irdisch, da er weiß, daß alles Jenseitige, Seelenhafte, Himmlische nur im Diesseits zu reifen vermag; er hat Haltung und Zucht, da er weiß, daß das Unendliche in ihm eine Welt zersprengen könnte.“<sup>24</sup>

Was wird Rudolf Ibel gedacht haben, als er diesen prophetischen Text zwölf Jahre später noch einmal gelesen hatte? Aber er ging ja noch weiter:

„Dieser Nationalismus allein ist die Gewähr für eine natürliche Ordnung der Welt, da er zugleich den wirklichen (nicht ideellen!) und biologischen Ordnungselementen der Welt entspricht. Er allein vermag das System von Versailles aufzulösen und abzulösen. Dieser Nationalismus allein entspricht dem Deutschen. Ihn hat

schon Herder gemeint, ihn hat der Deutsche stets getätigt, wenn er die Eigenart der Völker achtete, wenn er den Sinn der Welt und des Lebens nicht im gleichmachenden, alles beherrschenden und vergewaltigenden System (siehe westliche Demokratie, englische Zivilisation, jüdischer Marxismus, Internationales Geistesreich der Intellektuellen) erfüllt sah, sondern in der Mannigfaltigkeit und Stufung des Lebendigen. Dieser Nationalismus ist zum ersten Mal in der deutschen Geschichte im Nationalsozialismus politisch aktiv geworden; er ist die Idee (d. h. Bild der in ihm wesenhaft angelegten Wirklichkeit), die das deutsche Volk als Volk der Mitte der Menschheit zu gehen hat. Indem es damit die Welt ‚erobert‘, bringt es Segen und Erlösung, schafft es eine neue Völkerordnung, die dem Sinn und der Mannigfaltigkeit des Lebens als einer wachstümlichen Macht gerecht wird.“<sup>25</sup>

Bitter nicht nur für Rudolf Ibel, dass Eroberung, Segen und Erlösung schon ein paar Jahre später ganz anders aussahen.

Nicht weniger irritierend war das, was Rudolf Ibel ebenfalls 1933 für die „Zeitschrift für Deutsche Bildung“ schrieb unter der Überschrift: „Politische Erziehung und deutscher Unterricht“.<sup>26</sup> Darin ritt er eine Philippika gegen das „System Versailles“: „Alle Erziehungsarbeit im gegenwärtigen Deutschland hat dem politischen Deutschen zu dienen. Die Partei-‚Politik‘ im Nachkriegsdeutschland vernichtete die Würde dieses Grundsatzes. Die Republik von 1918 konnte den politischen Deutschen nicht fordern, da sie dem Feinde diente, nicht nur durch Taten, mehr noch durch ihre seelische Artung. Es ist nur ein schwacher Ansatz deutscher Politik, gegen Bestimmungen des Versailler Diktats zu protestieren oder auch zu handeln. Versailles ist ein weltbeherrschendes System und das Diktat nur sein äußeres Zeichen. Für den Deutschen ist dieses System der Feind, um so mehr, da es ihn bereits in seinem Inneren ergriffen und zerfetzt hat. (...) Jeder geistige Deutsche ist untauglich zur Befreiungsschlacht, solange er noch in den Begriffen und Formen des Feindes Leben und Wirklichkeit erfasst. Solche Staatsbürger tun gut, sich noch einmal ernstlich um das Verständnis des Feindes, der hinter den Begriffen wirklich ist, zu bemühen. Sollte das erfolglos bleiben, so mögen sie ihre Erzieherstätigkeit einstellen und ins Privatdasein zurückkehren oder, da dies in Deutschland künftig schwer möglich sein dürfte, am besten gleich nach Paris auswandern.“<sup>27</sup>

Ibel bot eine simple Lösung an:

„Die revolutionäre Bewegung des Nationalsozialismus erst hat für Deutschland wiederum eine politische Grundlage geschaffen. Sie konnte das, da sie die deutsche Gegenmacht des Versailler Systems ist. Der Nationalsozialismus stellt gegen das System des Westens eine Welthaltung, die vom deutsch-germanischen Wesen bestimmt wird. Erst die nationalsozialistische Revolution schafft eine politische Ordnung und ermöglicht dadurch deutsche Erziehungsarbeit. Da sich diese

Ordnung gegen den Feind, gegen Versailles entwickelt, ist sie für nicht absehbare Zeit eine politische Ordnung; sie zwingt den entarteten Geist unter die natürlichen Gesetze des Lebens und in die Grenzen der Verantwortlichkeit zurück. Der deutsche Unterricht im besonderen erfährt nun seine Sinngebung. Jetzt erst ist die Möglichkeit gegeben, die Bildungswelt des idealistischen Humanismus zu verlassen und den tätigen, d. h. den politischen Deutschen zu schaffen.“<sup>28</sup>

Rudolf Ibel erwies sich auch hier wieder als Ideologe der nationalsozialistischen Erziehungsphilosophie:

„Die politische Wandlung in Deutschland bringt allerdings mit sich die Entthronung des allmächtigen Pädagogen. Der Schulmeister wird wieder in die Grenze verwiesen, die ihm innerhalb der nationalen Ordnung zusteht. Die Verschulung Deutschlands hat ein Ende. Der Schulunterricht ist nur eine bescheidene Macht in dem großen Erziehungswerke der Nation. Gerade deshalb wird seine Wirkung größer sein; denn man erzieht nicht mehr aus der Vereinzelung in den leeren, ideologischen Raum, man erzieht in eine politische Wirklichkeit hinein. Sie wird zur größten Hilfe der Schule. Das öffentliche, staatliche Leben erzieht mit. Die Symbole, Feiern, Staatsakte, Kampf- und Jugendbünde, das ganze Volksleben als Ausdruck der neuen Ordnung erfassen den jungen Deutschen und gestalten ihn. Damit erfährt der deutsche Unterricht zugleich die notwendige Entlastung von dem Ballast, den ihm eine allzu beflissene Schulreform aufbürdete. Unsere Erziehung wird (ohne humanistisches Gymnasium) im wahren Sinne griechischer werden; sie ereignet sich mehr an den politischen Wirklichkeiten als durch die Theorie der Schulstube.“<sup>29</sup>

Und schon 1933 schrieb Rudolf Ibel:

„Aus der Kriegsliteratur wird die Geburt des deutschen Nationalismus im Fronterlebnis vermittelt: Der nüchterne Heroismus des Soldaten in der Materialschlacht, die sinngewandte Leidenschaft des Überwindenden, der Zusammenbruch der bürgerlichen und gesellschaftlichen Werte der Vorkriegszeit, der Durchbruch eines elementaren Lebensgefühls und eines neuen Wirklichkeitserfassens; die Kameradschaft der Krieger als Grundlage der neuen Volksgemeinschaft, das Erwachen der politischen Mächte Führertum und Gefolgschaft. Die Geschehnisse und Gestalten der Befreiungskämpfe innerhalb des Weimarer Systems haben in der Literatur bereits brauchbare Darstellungen erfahren. Berichte, durchglüht von kämpferischem Feuer, liegen vor. Soll in der Schule die Gegenwart denn immer nur aus historischer Perspektive gesehen werden? Der Tod der 300 Spartaner bei den Thermopylen ist groß; aber der Kampf eines MG-Restes bis zum letzten Mann ist nicht minder groß. Die Zeltgenossenschaften der Spartiaten und die germanischen Gefolgschaften sind hervorragende Beispiele für die politische Bedeutung des Männerbundes; der Kampf der SA jedoch wird dem Schüler lebendiger. Wir



lieben die Mythen aus der Vergangenheit unseres Volkes; doch haben wir auch die Gnade wieder in einer Zeit zu leben, in der Mythen wachsen. So geschieht es um Hindenburg, Schlageter, Hitler.“<sup>30</sup>

Rudolf Ibel bediente die Klischees des Anti-Intellektualismus der Nationalsozialisten gegen die Kultur der Weimarer Republik: „In Hanns Johsts ‚Schlageter‘ fällt ein sehr politisches Wort: ‚Wenn ich Kultur höre ..., entsichere ich meine Browning!‘“<sup>31</sup>

Ein anderer Satz von Rudolf Ibel in diesem Aufsatz wird zitiert in einer Arbeit über die Instrumentalisierung von Johann Gottfried Herder für die Erziehung in der NS-Zeit.<sup>32</sup> Ibel hatte geschrieben: „Ein gewisser Mut zur Barbarei ist eine politische Notwendigkeit gegenüber der übermäßig differenzierten Erscheinungswelt, die sich hinter dem Begriff Kultur zusammendrängt.“<sup>33</sup>

Birgit Nübel fasste in ihrem Aufsatz wichtige Elemente der NS-Erziehungsphilosophie zusammen und benannte, was die Nationalsozialisten bekämpften:

„Die neuhumanistischen Bildungsideale sind damit außer Kraft gesetzt, ‚allseitige Entwicklung der Persönlichkeit‘ wird zum zu verändernden Schlagwort eines als verweichlicht-bürgerlich bekämpften Subjektivismus. Statt seiner profilieren sich erzieherische Zielbegriffe wie körperliche Wehrtüchtigkeit und geistige Wehrbereitschaft.“<sup>34</sup>

Nübel zitierte, was Hitler selbst als seine Ziele formuliert hatte:

„Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muß weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. (...) Stark und schön will ich meine Jugend. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend. Das ist das Erste und Wichtigste. (...) So kann ich das Neue schaffen. Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend.“<sup>35</sup>

Humanismus und Pazifismus galten als „volkszersetzend“, so Nübel. „Individualismus wird zum Gegenbild wahren völkischen Miteinanders, Intellektualität ist auch mit Blick auf das höhere Schulwesen als unbedingt zu verhindern eingestuft. Darum arbeiten völkische und politische Erziehung weniger mit Verstandesübungen als mit Symbolen. Im Hakenkreuz und Hitlergruß, im Glauben an Blut und Boden und an das Dritte Reich stecken bindende Kräfte“, schrieb Nübel.<sup>36</sup>

Adolf Hitler: „Der völkische Staat muß dabei von der Voraussetzung ausgehen, daß ein wissenschaftlich wenig gebildeter, aber körperlich gesunder Mensch mit gutem, festen Charakter, erfüllt von Entschlußfreudigkeit und Willenskraft, für die Volksgemeinschaft wertvoller ist als ein geistreicher Schwächling.“<sup>37</sup>

Rudolf Ibel hatte das offenbar verinnerlicht. Möglicherweise stellte er für sich in den nächsten Jahren immer mehr fest, dass er eigentlich einer der Intellektuellen war, gegen die er polemisiert hatte. Und es muss ihm mit der Zeit bewusst gewor-

den sein, dass er mit den von mir ausführlich zitierten Schriften nach Ende des Nationalsozialismus eine schwere Hypothek mit sich herumtrug.

Erst einmal verblieb er als Studienrat im Schuldienst und wurde am 14.11.1945 an die Oberschule für Jungen in Altona versetzt.<sup>38</sup> Offenbar hatte Rudolf Ibel seine Aktivitäten erst einmal unbekümmert fortgeführt. Am 13.7.1945 musste er von Oberschulrätin Emmy Beckmann sehr deutlich ermahnt werden:

„In der augenblicklichen Zeitlage erachtet es die Schulverwaltung als unerwünscht, dass Sie Ihre Vorträge vor größeren Hörerkreisen fortsetzen. Sie werden daher ersucht, die Veranstaltung abubrechen, auch wenn sie im Privathause stattfindet, und zunächst von der Veranstaltung solcher Vorträge abzusehen.“<sup>39</sup>

Rudolf Ibel hatte am 26.5.1945 den Fragebogen zur Entnazifizierung ausgefüllt. Als Zeuge unterschrieb Karl Züge, selbst schwer belastet als Nationalsozialist und Oberschulrat während der NS-Zeit für das höhere Schulwesen. Karl Züge war letzter Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins bis 1933 gewesen, dem auch Rudolf Ibel angehört hatte.<sup>40</sup> Im Kontext des ausgefüllten Fragebogens forderte die Schulverwaltung von Rudolf Ibel seine Aufsätze und Veröffentlichungen aus den Jahren 1933/34 zur Prüfung an, die Ibel am 12.7.1945 einreichte, zusammen mit einer zweiseitigen Erklärung.

Die Aussagen, die Ibel darin machte, sind möglicherweise Erkenntnisse, die er im Laufe der zwölf Jahre der NS-Herrschaft gewonnen hatte, sie ergeben sich aber nicht aus den eingereichten Schriften. So begründete Ibel einige Grundpositionen, die für die Entnazifizierung notwendig waren:

„1. An keiner Stelle trete ich für Militarismus, militärische Erziehung, Wehertüchtigung oder gar für Kriegsbegeisterung ein.

2. Ich spreche nirgends für Imperialismus oder gar nationalen Chauvinismus.

3. Ich äußere mich nicht gegen die Demokratie an sich, sondern nur gegen die westliche Form. Weder fordere, noch erwähne ich eine Erziehung zum Autoritätsglauben oder gar zu unbedingtem Gehorsam.

4. Ich trete weder in Aufsätzen noch sonstwo jemals für die nationalsozialistische Rassenpolitik ein.

5. Die beiden eingereichten Aufsätze und Lesehefte gehen aus von dem politischen Grundgedanken: Kampf für die Erneuerung Deutschlands gegen das System von Versailles. Sie gehen nicht aus von der Tatsache des Nationalsozialismus an sich. In ihm glaubte ich nur damals die politische Sehnsucht und Hoffnung eines Unpolitischen verwirklicht: Das war der große Irrtum.“<sup>41</sup>

Rudolf Ibel bekannte sich zu seinem „Irrtum“, ohne dass er damit überzeugend die Wirkung seiner frühen Schriften marginalisieren konnte. Schon gar nicht

mit der Behauptung: „Sämtliche hier angeführten Schriften und Reden sind nur zum geringen Teil politischer Art. Sie handeln von kulturellen, philosophischen, literarischen und pädagogischen Fragen und nehmen nur teilweise Bezug auf politische Angelegenheiten.“<sup>42</sup> Das konnte man von den beiden von mir ausführlich zitierten Aufsätzen nun wirklich nicht ernsthaft behaupten.

Rudolf Ibel beschrieb aber auch, welche Schwierigkeiten er in den Folgejahren auch aufgrund von Veröffentlichungen hatte, die von der NSDAP und im NSLB nicht geschätzt wurden: „Infolge der Aufsätze in der Zeitschrift ‚Der Kreis‘ wurden mir wegen ‚pazifistischer und defaitistischer‘ Einstellung sowohl innerhalb der Partei als auch des NS-Lehrerbundes immer wieder Schwierigkeiten gemacht. Ich wurde, wie meine Laufbahn in Partei und Beruf klar beweist, stets als verdächtig gewertet und nicht gefördert. Nur meine überdurchschnittliche wissenschaftliche und fachliche Ausbildung machte man sich in den Kreisen des NSLB gelegentlich bei der Bearbeitung fachlicher Aufgaben zu nutze. Die Partei lehnte mich für jede Mitarbeit ab. Das war Ende 1935 bereits entschieden.“ Er sei „Leiter der hamburgischen Gruppe im ‚Arbeitskreis für biozentrische Forschung‘, der Gelehrte aus allen Fakultäten und dem ganzen Reich umfaßte“ und der „durch Erlaß der Preußischen Geheimen Staatspolizei vom 7. Mai 1936 als ‚staatspolizeilich unerwünscht‘ aufgelöst“ worden sei. „Ich unterstand von dieser Zeit an in meiner wissenschaftlichen Tätigkeit (literarhistorische Arbeiten und Vorträge) der Überwachung durch die Gestapo.“<sup>43</sup>

Dies war von Rudolf Ibel natürlich schwerlich zu belegen, muss aber als durchaus denkbar angesehen werden.

Ein Jahr später erklärte Rudolf Ibel auch noch einmal, warum er Mitglied der NSDAP geworden war:

„Ich kam aus Idealismus zur Partei, d. h. ich trug meine an Herder gebildeten Ideale in die Partei hinein. Von hier aus auch war ich Gegner der Zerfallserscheinungen der Demokratie von 1932 und des Versailler Systems. Daß ich Hitler glaubte, der damals jede Eroberungspolitik verneinte und eine europäische Gemeinschaft der gegenseitigen völkischen Achtung propagierte, war mein trauriger Irrtum. Immerhin schlossen ja auch Polen und England damals mit ihm Verträge, die eine friedliche Entwicklung erhoffen ließen. Daß mein Idealismus am falschen Platz war, merkte ich noch früh genug, und so tat ich, was ich tun konnte: ich half und verhinderte Schlimmes, wo ich es konnte. Es wird niemand gefunden werden können, der durch mich, als Pg., benachteiligt oder geschädigt wurde. Vielmehr finden sich viele, die dankbar bestätigen, daß ich ihnen helfen konnte.“<sup>44</sup>

Rudolf Ibel war sich bewusst, dass seine beiden Aufsätze aus dem Jahre 1933 eine schwere Hypothek für ihn darstellten. Auch hier hätte er seinen fatalen Irrtum, seine ideologische Blindheit im Nachhinein bekunden können und nicht von „zwei

geringfügigen politisch ausgerichteten Aufsätzen“ schreiben sollen. Das konnte niemand akzeptieren, der die beiden eingereichten Schriften nach 1945 noch einmal begutachtete. Glaubwürdig ist für mich durchaus die von Ibel angefügte Beschreibung seiner literarischen Aktivitäten insbesondere in der zweiten Hälfte der NS-Herrschaft, die ihn immer mehr in Konflikte mit der Partei und deren kulturpolitischen Führern brachte. So schrieb Rudolf Ibel:

„Den zwei geringfügigen, politisch ausgerichteten Aufsätzen stelle ich meine ausgedehnte literarische und kulturelle Tätigkeit in unpolitischen, ja freisinnigen Verlagen und Zeitschriften entgegen, insbesondere meine jahrelange Mitarbeit an der ‚Literatur‘ (hg. von Süskind) bis zu ihrem Verbot 1943. Vor allem als Lyrik-Rezensent galt ich als Hort einer unabhängigen und zuverlässigen Kritik über die Grenzen Deutschlands hinaus (Zeuge: Süskind). Bis 1944, Schriftleiter (ohne Honorar!) der monatlichen Blätter ‚Das Gedicht‘ (Ellermann-Verlag, Hamburg), in der unter anderem auch Ernst Wiecherts ‚Von den treuen Begleitern‘ erschien. Bezeichnend ist, daß ich kein einziges Heft einem der NS-Gesinnungspoeten (Anacker u. ä.) zur Verfügung stellte, dagegen stets unbekanntem und unorganisierten Talenten Raum gab (Zeugen: Hugo Siecker, Hans Leip). Noch im Jahre 1942 wagte ich es, ein Werk Ernst Wiecherts in den Mittelpunkt einer öffentlichen Schulfest zu stellen und, obwohl ich von meinen Kollegen ausdrücklich gewarnt wurde, es persönlich zu lesen. Ich setzte noch in dem Ende 1944 erscheinenden Buch ‚Schläft ein Lied in allen Dingen‘ (Eugen Diederichs, Jena) ein Wiechert-Zitat an entscheidende Stelle.

Seit 1936 wurde meine gesamte wissenschaftliche und literarische Tätigkeit infolge meiner Einstellung gegen Rosenbergs geistesgeschichtlichen Fälschungen (Germanentum, Antike, Etruskertum und Kirche) von der Gestapo überwacht. Trotz aller Tarnung wurde mein 1939 erschienener Essay-Band auf den Index gesetzt. Mein Buch über Goethe, Schiller, Hölderlin, Kleist (Weltschau der Dichter 1944, Diederichs Jena) entging diesem Schicksal nur, da es nicht mehr zur Prüfung kam. Ich erwähne abschließend noch eine bezeichnende Tatsache: Ich war nie Mitglied der Reichsschrifttumskammer und fristete meine literarische Tätigkeit nur mit Ausnahmescheinen.“<sup>45</sup>

Am 25.4.1947 hatte die Britische Militärregierung angeordnet, Ibel mit 50 Prozent seiner Versorgungsbezüge in den Ruhestand zu schicken. Es folgte ein ungewöhnliches Verfahren. Oberschulrat Schröder beurlaubte Ibel zur Durchführung des Pensionsverfahrens am 10.6.1947. Dann wurde er am 6.10.1947 an die Dienststelle Schülerkontrolle geschickt, aber schon am 8.11.1947 in den Ruhestand versetzt.<sup>46</sup>

Ibel widersprach und legte Berufung ein. Damit beschäftigte sich der Fachausschuss 6b für die Ausschaltung von Nationalsozialisten. Deren Vorsitzender, Friedrich Wilhelm Licht, stellte am 30.12.1947 fest:

„Dr. R. Ibel hat genügend Gelegenheit gehabt, sich eingehend vor dem Beratenden Ausschuss zu äußern, so daß der Fachausschuß von einer erneuten Vernehmung abgesehen hat. Außerdem war er überzeugt, sich aus dem vorliegenden, zahlreichen Material ein Urteil bilden zu können, ohne daß Dr. I. noch einmal gehört wurde. Abgesehen von seiner formalen Belastung ist für den Fachausschuß, als er die Pensionierung und die Herabsetzung des Ruhegehaltes auf 50 % aussprach, maßgebend gewesen:

1. Das Schrifttum, das Dr. I. zum Verfasser hat und leider nur zu einem geringen Teil vorliegt; aber auch das genügt, um ihn zu einem Aktivist in den ersten Jahren des nationalsozialistischen Systems zu stempeln.

2. Das Zeugnis eines Mitgliedes des Fachausschusses, der Dr. I. in einem Vortrag während jener Zeit vor der Fachschaft der höheren Schulen des NSLB gehört hat. Er ist über das Auftreten des Redners entsetzt gewesen und bezeichnet ihn heute als einen jener Vertreter der höheren Schule, die insbesondere den Deutschunterricht – darum handelte es sich in jenem Vortrag – in die politische Erziehung eingespannt (vergleiche auch ‚Politische Erziehung und deutscher Unterricht‘) und den imperialistischen Zielen des Nationalsozialismus ausgeliefert hat. In der Geschichte hat er sich (vergleiche ‚Reifeprüfung und politische Schulung‘) nicht weniger ‚bewährt‘.

Die vielen Zeugnisse, die Dr. I. beigebracht hat, bestätigen ihm zwar, daß er sich später zurückhaltender benommen, ja sogar von seiner anfänglichen Einstellung distanziert hat. Der Fachausschuß sieht dieses Verhalten als Folge der Tatsache an, daß sich die Geister, die er persönlich gerufen hatte, letzten Endes gegen ihn selbst wandten. Ein solcher Studienrat gehört heute nicht vor die Jugend, auch wenn er sich noch so demokratisch plakatiert. Außerdem muß er – gerade weil er als Lehrer in seinen Fächern Deutsch und Geschichte ein besonderes Ansehen genoß –, als mitverantwortlich für die ungeheuren Schäden betrachtet werden, die durch die Abkehr von gemüt- und allgemein geistesbildender Pädagogik entstanden sind. Daher wurde auf Pensionierung mit 50 % des Ruhegehaltes erkannt.“<sup>47</sup>

Auch der Berufungsausschuss unter Vorsitz des Rechtsanwaltes Soll verwarf die Berufung, stufte Rudolf Ibel in die Kategorie III ein und hielt die Vermögenssperre aufrecht. Er rekurrierte auf die Veröffentlichungen von Rudolf Ibel in den Jahren 1933/34 und stellte dazu fest:

„Diese Aufsätze, auf deren Inhalt Bezug genommen wird, kennzeichnen Dr. Ibel als einen NS-Aktivist. Sein Einsatz für die NSDAP ist in dieser Auswirkung weit schwerwiegender gewesen als etwa die gewöhnliche Tätigkeit eines Block- oder Zellenleiters. Die Unduldsamkeit Andersdenkenden gegenüber, die er in seinem Aufsatz ‚Politische Erziehung und deutscher Unterricht‘ an den Tag legt, hat

sicher in der damaligen Zeit die Gegner der NSDAP und auch die Erzieher, die sich politisch neutral verhielten, in Furcht und Schrecken versetzt und manchen in die NSDAP getrieben. Er ist daher auch moralisch mitverantwortlich für das Los vieler Lehrer, die ohne Veröffentlichungen dieser Art 1933 und in den Folgejahren der NSDAP ferngeblieben wären.“<sup>48</sup>

Der Berufungsausschuss wertete die beigebrachten Leumundszeugnisse als durchaus glaubwürdig, die beschrieben hatten, dass Ibel sich in späterer Zeit offenbar vom Nationalsozialismus abgewandt hatte. Der Ausschuss stellte aber fest:

„Diese seine persönliche Haltung befreit ihn aber nicht von der Verantwortung, die er 1933/34 durch die Veröffentlichung dieser Aufsätze auf sich geladen hat. Ihm und Autoren ähnlichen Stils haben viele zu verdanken, dass sie entgegen ihrer eigenen, inneren Überzeugung in das Parteigetriebe der NSDAP geraten und dort von Amt zu Amt befördert worden sind, so dass sie heute nicht wieder als Lehrer tätig sein können, zumindest jahrelang aus ihrem Beruf entfernt gewesen sind.“<sup>49</sup>

Erst der Berufungsausschuss 3 unter Vorsitz des milde urteilenden Dr. Kiesselbach entschied am 28.9.1949, den vorgehenden Beschluss aufzuheben und Ibel im Angestelltenverhältnis als Studienrat wieder einzustellen und ihn nicht vor dem 1.6.1950 wieder in das Beamtenverhältnis zu überführen. Ausschlaggebend war für den Ausschuss „die große Zahl überzeugender Entlastungszeugnisse und die Tatsache, dass Rudolf Ibel sich noch in den letzten Jahren der NS-Herrschaft innerlich entschieden vom Nationalsozialismus abgewandt hat“. Außerdem hätte auch die Schulbehörde seine Wiederbeschäftigung befürwortet.<sup>50</sup>

Dem stimmte dann auch der Beratende Ausschuss zu, der begründete:

„Als Deutschlehrer von ungewöhnlicher Qualifikation hat er sich nicht vom Nationalsozialismus ferngehalten, wie aus seinen Aufsätzen aus den Jahren 1933/34 hervorgeht. Charakterlose Handlungen werden von ihm nicht berichtet. Weite Kreise setzen sich für sein Verbleiben im Amt ein und sagen damit aus, daß sie ihn nicht für untragbar halten. Der Ausschuß schlägt vor, ihn in das Angestelltenverhältnis zurückzustufen und seine Tätigkeit die Schulleitung streng überwachen zu lassen.“<sup>51</sup>

So war es dann auch. Rudolf Ibel wurde zum 19.10.1949 als Angestellter an der Klosterschule wieder eingestellt. Am 13.4.1950 wechselte er an das Christianeum und wurde zum 1.6.1950 wieder Beamter.<sup>52</sup>

Rudolf Ibel hatte gewichtige Fürsprecher insbesondere aus dem Kultur- und Verleger-Bereich. Dazu gehörten Christian Wegner und Curt Brauns, die Schriften von Ibel verlegt hatten, beides Sozialdemokraten, die Ibel schon seit der NS-Zeit kannten. Wegner schrieb: „Ich weiß, daß er während der Nazi-Zeit niemals einen NS-Dichter herausgestellt hat. Ich weiß, daß ein Essay-Band von ihm von Rosen-

berg verboten wurde, und ich kenne seinen aufrechten Willen zur Mitarbeit an den Erziehungsaufgaben unserer heutigen Jugend.“<sup>53</sup>

Und Curt Brauns, sozialdemokratischer Kreistagsabgeordneter aus Wedel und einer der ersten Verleger, der in der britischen Zone zugelassen worden war, beschrieb das erste Zusammentreffen mit Rudolf Ibel:

„Ich lernte Herrn Dr. Ibel im Frühjahr 1942 kennen, und zwar an der Oberschule für Mädchen in Blankenese. Der damalige Direktor hatte mich wegen der Einschulung meiner ältesten Tochter vorgeladen. Die hiesige Ortsgruppe der NSDAP hatte eine Auskunft über mich gegeben, wonach ich bis zum Jahre 1933 in der KPD an führender Stelle gestanden hätte und außerdem im Jahre 1941 in ein Hochverratsverfahren verwickelt gewesen sei. Nun verlangte der Direktor ‚Garantien, dass ich seine nationalsozialistische Erziehungsarbeit nicht gefährden würde‘. Ohne die Anwesenheit von Herrn Dr. Ibel, der mich unauffällig den Brief der Ortsgruppe sehen ließ, hätte es wahrscheinlich neue Komplikationen gegeben. Durch geschickte Zwischenbemerkungen ermöglichte er es mir, mit nichtssagenden Erklärungen davon zu kommen.“<sup>54</sup>

Brauns hatte Ibel in der Folgezeit besser kennengelernt und konstatierte:

„Dr. Ibel gehört meines Erachtens zu den Leuten, die sich ihre Entscheidungen nicht leicht gemacht haben. Er hat ernsthaft mit dem Problem des Nationalsozialismus gerungen, um von dem Augenblick an, wo dessen innere Verlogenheit und verbrecherische Gefährlichkeit ihm klar wurde, energisch von ihm abzurücken. Sein Einfluss ist, da er eine wirkliche geistige Persönlichkeit ist, groß, und wäre ich nicht überzeugt, dass er aus seinen letztlichen Sünden der Vergangenheit überaus harte Lehren gezogen hätte, würde ich mich hüten, junge Menschen solchem Einfluss auszusetzen.“<sup>55</sup>

Auch der Schriftsteller und nach 1945 bekannte Rundfunksprecher, Herbert Blank, der von den Nazis verfolgt worden war und elf Jahre lang im Zuchthaus und KZ gesessen hatte, lernte Rudolf Ibel nach Ende der NS-Zeit, im Sommer 1946, kennen und urteilte über ihn:

„Ich war eigentlich erstaunt, dass man ihn in der Partei in Ruhe gelassen hat, denn mit all seinen Anschauungen war er doch sehr weit ab von der üblichen Denk-Heerstraße der NSDAP. Irrtümer gab er offen zu, und vor allem hatte ich den Eindruck, dass er sie deswegen beging, weil er im Grunde ein ganz unpolitischer Kopf ist. Ich weiß sehr wohl einen getarnten Nazi herauszufinden, aber bei Dr. Ibel habe ich den Eindruck, dass er sich einfach verlaufen hat vor allem schien er mir und scheint er noch mit aller Ehrlichkeit bemüht, Neuland zu finden. Ich selbst habe ihn über vieles aufgeklärt und fand immer einen aufnahme- und lernbereiten Menschen in ihm. Wenn ich daran denke, wie viele dieser getarnten Nazis von der

allerschlechtesten Sorte noch in ihren Ämtern sitzen und gar nicht daran denken, die neue Zeit zu begreifen, dann halte ich den Dr. Ibel für einen sehr schwachen Fall.“<sup>56</sup>

Zu den glaubwürdigen Zeugen, die den Berufungsausschuss beeinflussten, gehörte sicherlich auch Dr. Walther Vontin, der 1945 als Schulleiter berufen wurde:

„Ich war mit Dr. Ibel von 1934 bis Kriegsausbruch an der Wüstenfeld-Schule zusammen. Trotz seines ausgesprochenen nationalsozialistischen Standpunktes schätzte ich ihn als Deutschlehrer von einer durchaus ungewöhnlichen Qualifikation. Seine politische Haltung entsprang nach meinem damaligen Eindruck einer echten Begeisterung. Sie entsprach in keiner Weise der dogmatischen Parteidoktrin, an der er sogar sehr häufig scharfe Kritik übte. Menschlich erwies Dr. Ibel sich auch bei aller politischen und weltanschaulichen Gegensätzlichkeit als grundanständig. Ich erinnere mich keines Falles, in dem er Kollegen oder Schülerinnen Schwierigkeiten bereitet hätte.

In der Zwischenzeit habe ich mit Dr. Ibel nicht in Verbindung gestanden, so daß ich die Wandlung, die sich offenbar in seiner geistigen Haltung vollzogen hat, nicht aus eigener Anschauung beurteilen kann. Angesichts des großen Mangels an wirklich brauchbaren Germanisten in den Hamburger Oberschulen würde ich es für sehr bedauerlich halten, wenn diese wertvolle Kraft jetzt für uns ungenutzt bliebe.“<sup>57</sup>

Und so wurde die Kraft des Deutschlehrers Rudolf Ibel seit 1949 wieder genutzt. Ibel setzte auch seine literarischen Ambitionen fort. So hielt er immer wieder Vorträge, etwa beim norddeutschen Verleger- und Buchhändlerverband vom 1. bis zum 7.9.1952 mit einer Vortragsfolge „Dichter des 20. Jahrhunderts deuten den Sinn des Lebens“.<sup>58</sup> Es gelang Ibel, als Schwerbeschädigter eine 50-prozentige Ermäßigung seiner Stundenzahl an der Schule zu erreichen, wodurch seine Spielräume für schriftstellerische Tätigkeiten sich deutlich erweiterten. Immer wieder beantragte er Nebentätigkeiten, etwa für monatliche Vorträge am Institut für Lehrerfortbildung in Hamburg und für Tagungen, auf denen er als Referent auftrat.<sup>59</sup>

Aber auch in der Schule, am Christianeum, wurde seine Arbeit geschätzt. Schulleiter Gustav Lange betrieb Ibels Beförderung zum Oberstudienrat. In einem kurzen Befähigungsbericht schrieb er am 19.9.1957 über Rudolf Ibel:

„Einer der geistvollsten Deutschlehrer, die ich kenne. Erzieherpersönlichkeit von größter Wirkung. Glückliche Verbindung von wissenschaftlicher und pädagogischer Begabung. Amt des Fachberaters für Deutsch. Pädagogischer Anleiter und wertvoller Mitarbeiter in der Referendarausbildung. Als überragende Persönlichkeit allgemein anerkannt und geachtet.“ Dazu vermerkte er die umfangreichen Veröffentlichungen Ibels in den letzten zehn Jahren.<sup>60</sup>



Am 4.6.1958 legte Schulsenator Landahl einen Ernennungsvorschlag vor, der am 8.7.1958 vollzogen wurde.<sup>61</sup>

Rudolf Ibel blieb umtriebig. Das „Hamburger Abendblatt“ vermerkte:

„Zum ersten Fortbildungskursus, den das Münchener Institut durchführt, kamen 30 Deutschlehrer aus Brasilien, Kolumbien, Uruguay, Spanien, Frankreich, Italien, Finnland, Norwegen, der Türkei und den USA nach Hamburg. Im UNESCO-Institut hören die Pädagogen Vorträge über deutsche Phonetik, über die deutsche Sprache und den deutschen Roman der Gegenwart, moderne Unterrichtsmittel, die Bedeutung der bildenden Kunst für den Deutschunterricht im Ausland usw. Oberstudienrat Dr. Rudolf Ibel vom Christianeum spricht zu ihnen über Carossa, Weinheber.“<sup>62</sup>



Rudolf Ibel, 1962

Als Ibel 60 Jahre alt wurde, war dies eine Meldung im „Hamburger Abendblatt“ wert.

„Dr. Rudolf Ibel, der in Blankenese lebende Schriftsteller und Oberstudienrat am Christianeum, wird morgen 60 Jahre alt. Er ist durch mehrere literaturgeschichtliche Werke hervorgetreten. Er schrieb unter anderem ein Buch über den jungen Goethe und Abhandlungen über Dichter der Romantik, die unter dem Titel ‚Weltanschau deutscher Dichter‘ erschienen.“<sup>63</sup>

Die Gesundheit von Ibel war allerdings eingeschränkt. Am 26.10.1962 beantragte Ibel die Versetzung in den Ruhestand. In einem Vermerk für Landesschulrat Ernst Matthewes schrieb OSR Wulle:

wes schrieb OSR Wulle:

„Oberstudienrat Dr. R. Ibel tritt mit dem 1.12.1962 vorzeitig in den Ruhestand. Als Grund für seinen Antrag hat er erhebliche gesundheitliche Störungen angegeben. Laut einem vorliegenden ärztlichen Attest ist er zur Zeit dienstunfähig. Nun lese ich zu meinem Erstaunen, dass er im IfL einen Kurs ‚Lyriker des 20. Jahrhunderts‘ leitet, der am Dienstag, den 6.11.1962 beginnt. Ob er nur ‚leitet‘ oder selbst über Hofmannsthal und Stefan George spricht, ist aus der Mitteilung nicht zu entnehmen. Meines Erachtens ist weder das eine noch das andere zulässig, da es sich um eine staatliche Einrichtung handelt. Was ist zu veranlassen und wer ist gegebenenfalls Bearbeiter?“<sup>64</sup>

Landesschulrat Ernst Matthewes antwortete darauf:

„Wir sind der Meinung, daß keine Bedenken bestehen, denn Dr. Ibel tritt mit der Vollendung des 62. Lebensjahres in den Ruhestand, brauchte also für seine Versetzung keine Begründung anzugeben. Aber selbst wenn man von seiner Begründung ausgehen wollte, so wäre es durchaus denkbar, daß ein Lehrer sich nicht mehr

in der Lage fühlt, die volle Pflichtstundenzahl zu erteilen, aber einmal wöchentlich eine Arbeitsgemeinschaft zu leiten. Hinzu kommt, daß Dr. Ibel den Kollegen Wesentliches zu bieten hat, so daß seine Tätigkeit im Institut für Lehrerfortbildung einen Gewinn für die Schule bedeutet.“<sup>65</sup>

Rudolf Ibel war im Nachkriegsdeutschland angekommen und genoss die Wertschätzung der Behördenleitung. Er veröffentlichte jetzt wöchentlich „Sprachglossen“ in der „Welt am Sonntag“. Auch der für die höheren Schulen zuständige Oberschulrat Hans Wegner schrieb ihm, nachdem Ibel in den Ruhestand versetzt war:

„Ich habe mir heute einmal etwas Luft gegönnt während der Abiturzeit, freilich nicht um den Tag zu genießen, sondern um Privatpost und Behördenpost endlich einmal zu erledigen. In den Weihnachtstagen habe ich mich in Ihrem ‚Spiegel der Sprache‘ festgelesen und möchte Ihnen verraten, daß ich viel Freude daran gehabt habe, obwohl ich ein fleißiger Leser Ihrer Sprachglossen in der ‚Welt‘ immer gewesen bin. Möge das neue Jahr und der Ruhestand weitere Kraft und Freude geben, damit Sie erfolgreich an Ihren literarischen Vorhaben arbeiten können.“<sup>66</sup>

Die Freude und Kraft währte nicht sehr lange. Am 11.7.1965 starb Rudolf Ibel.<sup>67</sup>

Die „Welt am Sonntag“ würdigte ihn und sein literarisches Werk:

„Seine funkelnden Sprachglossen wurden bei uns jeden Sonntagmorgen als erstes gesucht und im Familienkreis vorgelesen. Wir Leser sind ärmer geworden.“ – So heißt es in einem der vielen Briefe, die uns zum Tode Dr. Rudolf Ibels erreichten. Die Briefe zeigen, daß Ibel mit seinen Glossen weit mehr als Interesse erweckt hat, nämlich Liebe zu seiner Sache, zu unserer Sprache, die er als bewahrende, doch stets sich wandelnde, als geheimnisreiche, aber auch entlarvende Kraft verstand. Ibel, der als Oberstudienrat am berühmten Hamburger Christianeum wirkte, war ein berufener Hüter der Sprache, doch nie ein Purist. Mit Witz und Ironie lachte er Modewörter wie ‚rasant‘ oder ‚genau‘ gewissermaßen aus. Doch zugleich plädierte er temperamentvoll, aller Deutschtümelei fremd, für manches sogenannte Fremdwort, das sich sein Hausrecht inzwischen redlich erworben hatte. Die letzte seiner mehr als 200 Glossen, die in Welt am Sonntag erschienen sind, galt der vielverlästerten Sprache unserer Jugend, in der er den ‚sagenhaften und unermüdlichen Volksmund‘ wirken sah.

Rudolf Ibel, der nicht nur die Wörter, sondern auch das Wort der Dichtung und insbesondere der Lyrik zu deuten wußte, beherrschte die Kunst, Sprache stauend zu machen, Wissen mit Anmut auszuteilen. Diese Kunst ist selten geworden. Wir sind ärmer geworden.“<sup>68</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Rudolf Ibel, StAHH, 361-3\_A 2274
- 2 Ebd. Insbesondere aus dem am 10.11.1926 geschriebenen Lebenslauf, mit dem sich Ibel für den hamburgischen Schuldienst bewarb.
- 3 Ebd.
- 4 Schreiben vom 16.9.1926, Personalakte a. a. O.
- 5 Zeugnis vom 1.10.1926, Personalakte a. a. O.
- 6 Schreiben vom 26.11.1927, Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 12 Entnazifizierungsakte von Rudolf Ibel, StAHH, 221-11\_Ed 5138
- 13 Alle Angaben von Rudolf Ibel laut seiner Personalakte, a. a. O.
- 14 Rudolf Ibel: Von den neuen Grundlagen des deutschen Unterrichts, HLZ 48/1933, S. 648ff.
- 15 Ibel, HLZ 1933, S. 648.
- 16 Ibel, HLZ 1933, S. 649.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ibel, HLZ 1933, S. 650.
- 20 Ibel, HLZ 1933, S. 651.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ibel, HLZ 1933, S. 652.
- 25 Ebd.
- 26 Rudolf Ibel: Politische Erziehung und deutscher Unterricht, in: „Zeitschrift für Deutsche Bildung“, Heft 9/1933, S. 432 ff.
- 27 Rudolf Ibel, Politische Erziehung, S. 432 f.
- 28 Rudolf Ibel, Politische Erziehung, S. 433 f.
- 29 Rudolf Ibel, Politische Erziehung, S. 434.
- 30 Rudolf Ibel, Politische Erziehung, S. 437.
- 31 Rudolf Ibel, Politische Erziehung, S. 435.
- 32 Birgit Nübel, zusammen mit Beate Tröger: Herder in der Erziehung der NS-Zeit (19.1.2004). In: Goethezeitportal. URL: [http://www.goethezeitportal.de/db/wiss/herder/nuebel\\_ns-zeit.pdf](http://www.goethezeitportal.de/db/wiss/herder/nuebel_ns-zeit.pdf)
- 33 Rudolf Ibel, Politische Erziehung, S. 435.
- 34 Nübel 2004, S. 3.
- 35 Hermann Rauschnig: Gespräche mit Hitler. Bilder und Dokumente zur Zeitgeschichte 1933–1945, München 1961, S.100f.
- 36 Nübel 2004, S. 3f.
- 37 Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1941, S. 452.
- 38 Personalakte a. a. O.
- 39 Schreiben vom 13.7.1945, Personalakte a. a. O.
- 40 Siehe die Biografie Züge, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 385ff. Rudolf Ibel hatte am 5.6.1928 gegenüber der Schulverwaltung angegeben, „die Fahrtleitung des Philologen-

- vereins in den Sommerferien für einen deutsch-nordischen Schüleraustausch zwischen Hamburg und Norwegen übernommen zu haben"; Personalakte a. a. O.
- 41 Schreiben vom 12.7.1945, Entnazifizierungsakte Ibel, a. a. O.
  - 42 Ebd.
  - 43 Ebd.
  - 44 Schreiben von Rudolf Ibel an den Beratenden Ausschuss vom 17.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 45 Feststellungen von Rudolf Ibel 2.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O. Zu Ernst Wiechert sehr unter anderem: Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt 2007, S. 597.
  - 46 Personalakte a. a. O.
  - 47 Stellungnahme des Fachausschusses 6b vom 30.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 48 Entscheidung des Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 5.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 49 Ebd.
  - 50 Entscheidung des Berufungsausschusses 3 vom 28.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 51 Beratender Ausschuss vom 1.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 52 Personalakte a. a. O.
  - 53 Schreiben von Christian Wegner vom 19.3.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 54 Schreiben von Curt Brauns vom Alster Verlag vom 11.2.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 55 Ebd.
  - 56 Schreiben von Herbert Blank vom 30.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 57 Schreiben von Walther Vontin vom 12.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
  - 58 Personalakte a. a. O.
  - 59 Personalakte a. a. O.
  - 60 Gutachten vom 19.9.1957, Personalakte a. a. O.
  - 61 Personalakte a. a. O.
  - 62 „Hamburger Abendblatt“ vom 4.9.1958.
  - 63 „Hamburger Abendblatt“ vom 15.11.1960.
  - 64 Vermerk vom 11.10.1962, Personalakte a. a. O.
  - 65 Antwort Matthewes vom 30.10.1962, Personalakte a. a. O.
  - 66 Schreiben vom 30.1.1963, Personalakte a. a. O.
  - 67 Personalakte a. a. O.
  - 68 „Welt am Sonntag“ vom 18.7.1965.

## Wilhelm Gundlach

**„Eine gereifte Persönlichkeit von Selbstbewusstsein, Pflichterfüllung und Zuverlässigkeit, der in jeder Lage seine Person gut einsetzt.“** (Militärbeurteilung)

Eine exponierte Person im NSLB mit einer Karriere als Schulleiter im Gewerbeschulbereich und bei der Wehrmacht, war Wilhelm Gundlach, nicht zu verwechseln mit dem von mir im ersten Band der „Täterprofile“ porträtierten Leiter der Gauführer-Schule mit demselben Namen, ebenfalls mit einer schillernden Karriere in der NS-Zeit.

Wilhelm Gundlach bekleidete im Hamburger NSLB die Funktion des Leiters der Abteilung Presse und Propaganda, für die nur ein besonders aktiver und anerkannter Nationalsozialist infrage kam. Gundlach machte Karriere auf allen Ebenen, als Schulleiter der Gewerbeschule IX und nach Einberufung zur Wehrmacht bis 1944 als Major. Nach Ende der NS-Herrschaft wurde Gundlach der Wiedereintritt in den Schuldienst verweigert, aber ab 1953 erhielt der ehemalige Presse- und Propagandaleiter des NSLB Hamburg die Ruhestandsbezüge eines Berufsschuldirektors überwiesen.

Wilhelm Gundlach wurde am 2.1.1889 in Altona geboren. Er besuchte die Volksschule Moorkamp 3 von 1895 bis 1903, anschließend das Lehrerseminar in der Binderstraße 34, wo er am 2.3.1909 die erste Lehrerprüfung bestand. Er fand Anstellung als Volksschullehrer an der Volksschule Holstenwall zum 1.4.1909, absolvierte dort am 7.5.1912 die zweite Lehrerprüfung und blieb an der Schule bis zum 2.9.1920 als Volksschullehrer.<sup>1</sup>

Unterbrochen wurde die Arbeit an der Schule durch das Einjährigen-Freiwilligenjahr 1909–1910 und durch den freiwilligen Kriegsdienst vom 2.8.1914 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in dem es Gundlach als Flieger zum Leutnant brachte.<sup>2</sup>

Wieder zurückgekehrt blieb Gundlach kurze Zeit im Volksschulbereich, um dann am 1.2.1921 als Fortbildungslehrer in das Gewerbe- und Fortbildungswesen zu wechseln. Er arbeitete fest angestellt seit dem 1.11.1920 nunmehr an der Gewerbeschule Fuhrentwiete.<sup>3</sup> Einer seiner Kollegen war der spätere Schulsenator Karl Witt.<sup>4</sup>

Wilhelm Gundlach trat am 1.8.1932 in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 1287351), gleichzeitig auch in den NSLB, wo er nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten Gauhauptstellenleiter für Presse und Propaganda wurde, also an einer zentralen Stelle politisch tätig war. Gundlach war zumindest vom 5.9. bis zum 10.9.1934 und vom 10.9. bis zum 17.9.1935 auf den NSDAP-Parteitag in Nürnberg, wofür er Anträge auf Dienstbefreiung stellte, die natürlich genehmigt wurden.<sup>5</sup>

Damit war ein Karriereschritt absehbar. Am 1.1.1936 wurde er Schulleiter der staatlichen Gewerbeschule für Kraftfahrzeuge und Flugzeugbau (G IX). Er war außerdem Mitglied des Disziplinarhofes und Beisitzer in der Dienststrafkammer.<sup>6</sup>

Als problematisch in seiner Personalakte könnten die Nationalsozialisten später eingeschätzt haben, dass er im August 1930 für eine stationäre Behandlung seiner Ehefrau Erna, mit der er seit dem 10.8.1915 verheiratet war, einen Beihilfeantrag stellte zur Behandlung einer „zeitweiligen Geisteskrankheit“. Wegen des „Erbgesundheitswahns“ der Nationalsozialisten hätte das nach 1933 zu Nachfragen führen können, auch weil Wilhelm Gundlach und seine Frau seit dem 25.3.1917 einen gemeinsamen Sohn hatten.<sup>7</sup> Aber es gibt keinen Hinweis in seiner Personalakte, dass dies in der Folgezeit in irgendeiner Form realisiert wurde. Auch in seinem späteren Entnazifizierungsverfahren hatte Gundlach nicht versucht, mit Hinweis auf die Krankheit seiner Frau sein nationalsozialistisches Engagement als Argument zu nutzen, er hätte seine Frau damit schützen müssen. Wohl aber gab er später an, dass seine Berufung als Presse- und Propagandaleiter im NSLB darauf zurückzuführen sei, dass er schon in den 1920er Jahren journalistisch gearbeitet habe, als Sportreporter, wofür er Nebentätigkeitsanträge stellte, auch noch nach 1933.<sup>8</sup>

Mehr noch als dem Sport gehörte Gundlachs Leidenschaft dem Militär. So nahm er vom 14.6. bis zum 12.7.1939 an einer Pflichtübung des Pionierbataillons Podejuch (Stettin) teil, um kurz darauf, zum 26.8.1939 zur Wehrmacht einberufen zu werden.<sup>9</sup>

Bei der Wehrmacht wurde der Offizier Wilhelm Gundlach geschätzt. Laut seiner Militärakte nahm er „an der Eroberung Hollands teil, an der Durchbruchsschlacht an der Somme und den Verfolgungskämpfen bis über die Loire und die Normandie und Bretagne“, später dann „an der Ostoffensive und der Frühjahrsschlacht bei Charkow“.<sup>10</sup> Wilhelm Gundlach wurde zum Oberleutnant, zum Hauptmann und zum Major befördert. In einer Beurteilung vom 19.6.1941 hieß es über ihn, er sei „eine gereifte Persönlichkeit von Selbstbewusstsein, Pflichterfüllung und Zuverlässigkeit, der in jeder Lage seine Person gut einsetzt. Seine geistige Veranlagung steht weit über Durchschnitt, sein Charakter ist von Adel, fest und aufrichtig. Eine männliche Erscheinung, die jeder Anforderung und Leistung gewachsen ist. Für den Soldatenberuf ist er geeignet, als Kolonnenführer und in seiner jetzigen Dienststellung als Adjutant der Abteilung hat er seine volle Eignung bewiesen. Die im Weltkriege als Offizier und Kompanieführer erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen nutzte er bestens aus. Die Behebung von



Wilhelm Gundlach, 1940

Schwierigkeiten irgendwelcher Art ist ihm eine Selbstverständlichkeit, bei der ihm eigenen Energie und Ausdauer. Als Vorgesetzter und als Kamerad ist er geschätzt und geachtet. G. steht auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung.“<sup>11</sup>

Am 13.10.1941 beurteilte sein Kommandeur ihn „trotz seines Alters (52 Jahre) als rüstig und den Anforderungen des Felddienstes gewachsen: bei Führung der Abteilung sind ihm seine guten Kenntnisse im Nachschubwesen und seiner als Adjutant gewonnenen Erfahrung eine wertvolle Stütze. Seine persönliche untadelige Haltung, seine Einsatzfreudigkeit und charakterliche Festigkeit bieten die Gewähr, sich in seiner jetzigen Stellung voll durchsetzen zu können. Insbesondere steht zu erwarten, dass er auch gegenüber den ihm unterstellten Offizieren ein von Autorität getragenes Verhältnis gewinnt.“<sup>12</sup>

Und auch 1943 wurde Wilhelm Gundlach als Leiter des Verbindungskommandos eines Flakkorps als „geistig sehr rege, körperlich beweglich, mit ausgereiftem, gefestigtem Charakter, der wegen seiner Hilfsbereitschaft und seines lebenswürdigen Wesens im Kameradenkreis sehr geschätzt“ sei, als „einsatz- und entschlossfreudige Persönlichkeit“ bewertet.<sup>13</sup>

Wie viele andere auch erhielt Wilhelm Gundlach in Abwesenheit von der Schule am Ende 1942 ein Schreiben von dem zwischenzeitlich für den Schulbereich zuständigen Senator Friedrich Ofterdinger, der Gundlach mitteilte, dass der Reichsstatthalter ihn mit Wirkung vom 1.8.1942 zum Berufsschuldirektor ernannt habe mit einem ruhegehaltstfähigen und unwiderruflichen Besoldungszuschuss von 600 Reichsmark jährlich. Ofterdinger unterzeichnete:

„Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, dass Sie nach dem Siege alsbald Ihre Friedentätigkeit bei der Schulverwaltungsarbeit freudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können.“<sup>14</sup>

Wilhelm Gundlach antwortete, „im Felde, d. 13.12.1942“: „Am Fuße des Kaukasus erreichte mich die Mitteilung, dass der Reichsstatthalter Hamburg mich zum Berufsschuldirektor ernannt hat. Ich darf voraussetzen, dass diese Ernennung nicht ohne ihre tätige Mithilfe erfolgt ist und spreche Ihnen deshalb meinen ganz besonderen Dank aus mit dem Versprechen, dass ich nach errungenem Siege meine ganze Kraft in dem Hamburger Schuldienst einsetzen werde.“<sup>15</sup>

Am 22.4.1944 schrieb der damalige Leiter der Schulverwaltung in Hamburg, Prof. Ernst Schrewe, an den Kommandeur der Einheit von Wilhelm Gundlach in Breslau und stellte dar, dass die Hamburger Schulverwaltung beabsichtige, einen Uk.-Antrag für Gundlach zu stellen und vorab die Zustimmung des Kommandeurs einholen wolle. Begründung:

„Die Schulverwaltung beabsichtigt, Herrn Gundlach in den Schulaufsichtsdienst des Hamburgischen Berufs- und Fachschulwesens einzusetzen. Von den drei Schulaufsichtsbeamten dieser Schulrichtung wird Oberschulrat Kress seit Stalingrad vermisst. Der Schulrat für die Hamburgischen Handelsschulen muss demnächst für längere Zeit zur Kur, so dass die gesamte Arbeit der Schulaufsicht über das hamburgische Berufs- und Fachschulwesen zur Zeit in den Händen eines einzigen Schulaufsichtsbeamten, des Herrn Oberschulrat Schlorf, liegt.“<sup>16</sup>

Da OSR Richard Schlorf nicht die Gesamtbeaufsichtigung bewältigen könne und man Gundlach für besonders geeignet halte, sei die Schulverwaltung an der Freistellung von Wilhelm Gundlach vom Kriegsdienst interessiert.

Es dauerte etwas, Richard Schlorf schrieb am 19.5.1944 an den „lieben Wilhelm“, ob er „selbst etwas unternehmen könnte für seine Uk.-Stellung.“<sup>17</sup> Man kannte sich. Gundlach und Schlorf waren beide hauptamtlich als Schulleiter zweier Gewerbeschulen tätig und ehrenamtlich im NSLB im Curio-Haus.

Die Uk.-Genehmigung erfolgte dann am 26.9.1944.<sup>18</sup>

Wilhelm Gundlach blieb bei der Schulverwaltung beschäftigt, bis er am 20.6.1945 von Schulsenator Heinrich Landahl mit sofortiger Wirkung das Entlassungsschreiben bekam.

Gundlach gab schon am 24.5.1945 den ausgefüllten Entnazifizierungsfragebogen ab, als Zeuge unterschrieb Richard Schlorf, der „dem lieben Wilhelm“ freundschaftlich verbunden war und selbst anschließend Probleme hatte, entnazifiziert zu werden. Die politische Belastung von Wilhelm Gundlach war beachtlich, aufgrund seiner Mitgliedschaften in der NSDAP und dem NSLB seit 1932 galt er als „alter Kämpfer,“ als Hauptstellenleiter im NSLB für Presse und Propaganda gehörte er dem Korps der Politischen Leiter an. Sämtlich Punkte, die nach den Kriterien der Britische Militärregierung zur sofortigen Entlassung führten.<sup>19</sup>

Mehr noch, Wilhelm Gundlach wurde am 19.12.1945 verhaftet und 15 Monate bis zum 21.3.1947 in das Internierungslager Neuengamme gebracht, wo er auch auf Richard Schlorf traf, der dort 17 Monate interniert war.<sup>20</sup>

Am Ende der Internierung wurde Wilhelm Gundlach provisorisch in Kategorie III eingestuft, als „Minderbelasteter“.<sup>21</sup>

Erst nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager konnte Wilhelm Gundlach Einspruch gegen die Entlassung als Direktor der Gewerbeschule IX einlegen. Dies tat er am 21.6.1947.<sup>22</sup> Er bekannte sich zu seinen Eintrittsdaten in die NSDAP und den NSLB 1932 und führte Argumente an, die ihn aus seiner Sicht entlasteten.

„Als im Jahre 1932 die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einen bis dahin noch nicht erreichten Tiefstand geriet und eine Besserung mit den bis dahin



angewandten Mitteln nicht möglich schien, sah ich den einzigen aussichtsvollen Weg in der Abkehr von dem bis dahin geübten freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte. Insbesondere hielt ich die Arbeitsbeschaffung für das vordringlichste Problem. Da ich selber in beengten wirtschaftlichen Verhältnissen aufgewachsen bin, zog mich schon rein gefühlsmäßig die damals stark betonte soziale Seite des Programms der NSDAP an, so dass ich nunmehr meine Zurückhaltung gegenüber politischen Parteien aufgab und der NSDAP beitrat.“<sup>23</sup>

Gundlach behauptete, in der NSDAP nur „zahlendes Mitglied“ gewesen zu sein und sich kaum „an Veranstaltungen und Aufmärschen und Schulungskursen“ beteiligt zu haben, sodass im Bekanntenkreis und bei Nachbarn seine politische Mitgliedschaft nicht wirklich bekannt gewesen sei. Dafür konnte er einige Bestätigungen beibringen.<sup>24</sup>

Kaum glaubhaft, dass Wilhelm Gundlach an keinen „Schulungskursen“ teilgenommen haben will, wo er doch im NSLB Verantwortlicher für Presse und Propaganda war. Auch diese Tätigkeit verharmloste Gundlach. Er schrieb:

„Im Frühjahr 1934 wurde ich aufgrund meiner früheren Pressetätigkeit mit der Leitung der Abteilung Presse und Propaganda beauftragt. Dieses Amt habe ich nie in dem Sinne aufgefasst, dass ich Propaganda für die Partei zu machen und für die Verbreitung der nationalsozialistischen Gedanken in der Lehrerschaft zu sorgen hätte. Meine Auffassung und Tätigkeit ging vielmehr von dem Gesichtspunkt aus, für die Hamburger Lehrerschaft nach außen hin, insbesondere in der Lehrerschaft oft ungünstig gesonnenen Parteidienststellen gegenüber Ansehen zu gewinnen. Es war stets mein Bestreben, die Hamburger Presse günstig für die Lehrerschaft einzustellen und bei Pressebesprechungen den Kontakt zwischen der Lehrerschaft zu vertiefen, vor allem aber eine einseitige Bevorzugung der Parteizeitung zu verhindern.“<sup>25</sup>

Die Presse war nach 1933 auch in Hamburg gleichgeschaltet und Wilhelm Gundlach hatte seit 1931 nebenberuflich als Sportjournalist gearbeitet, wie er angab. Aber nicht das war das Auswahlkriterium dafür, Hauptstellenleiter für Presse und Propaganda zu werden, sondern sein frühes Bekenntnis zum Nationalsozialismus.

Gundlachs Argumentationsmuster war, die Widersprüche von Parteistellen und insbesondere der Hitlerjugend gegenüber der Lehrerschaft darzustellen und seine Aufgabe, dagegen zu halten. So schrieb er, dass das „Hamburger Tageblatt“ wiederholt „schwere Angriffe gegen die Lehrerschaft führte. Hinter diesen Angriffen standen Kreise aus der Partei und aus der Gebietsführung der HJ, die die gesamte Gauverwaltung des NS-Lehrerbundes als verkalkt und nicht nationalsozialistisch bezeichneten.“<sup>26</sup>

Gundlach berichtete, dass die Gauverwaltung des NSLB und die Schulverwaltung auch die Bezeichnung „Haus des guten Willens“ gehabt hätten.<sup>27</sup>

Alles keine Argumente, die Wilhelm Gundlach wirklich entlasten konnten.

Zu seiner Ernennung als Schulleiter der Gewerbeschule IX für das Kraft- und Luftfahrtwesen gab Wilhelm Gundlach an:

„Meine Ernennung zum Schulleiter erfolgte, wie mir der damalige Oberschulrat Kress mitteilte, nicht aufgrund der Parteizugehörigkeit, sondern weil ich im ersten Weltkriege Flugzeugführer gewesen war und damals schon Motorenunterricht abgehalten habe.“<sup>28</sup>

SS-Mann Hans Kress konnte dazu nicht mehr gefragt werden, weil er als Offizier in Stalingrad verschollen war. Deswegen sollte Wilhelm Gundlach Ende 1944 nach Wunsch des damaligen Leiters der Schulverwaltung, Ernst Schrewe, als Vertretung in die Schulaufsicht geholt werden, was laut Wilhelm Gundlachs Behauptung nicht realisiert wurde, „weil Mitglieder der Gauleitung mich aufgrund des oben erwähnten Misstrauens nicht für geeignet hielten“.<sup>29</sup>

Grundlachs Argumente konnten den Beratenden Ausschuss für die Fragebogen der Gewerbeoberlehrer nicht überzeugen. Insbesondere stellte der Ausschuss fest, dass der Eintritt in die NSDAP im August 1932 „unter Bruch seines Dienstes“ vollzogen wurde. Der Ausschuss erklärte: „Gundlach war überzeugter Nationalsozialist; dies beweist sein früher Eintritt in die Partei und in den NSLB, der der geistige Stoßtrupp der Lehrerschaft war.“ Der Beratende Ausschuss lehnte eine Befürwortung der Wiedereinstellung oder Pensionierung ab.<sup>30</sup>

Für Wilhelm Gundlach hatte der stellvertretende Direktor der Gewerbeschule IX nach 1945, Heinz Nagel, einen „Persilschein“ geschrieben. Nagel, der offenbar wegen seiner ehemaligen Freimaurer-Zugehörigkeit von einer NSDAP-Mitgliedschaft unbelastet war, trat nicht nur für Gundlach, sondern auch in etlichen anderen Fällen gutachterlich ein, wie es auch andere Personen taten, die formal unbelastet waren und nach 1945 für zum Teil schwer belastete nationalsozialistische Aktivisten Leumundszeugnisse ausstellten. Wie das bei Entnazifizierungsausschüssen bewertet wurde, die in unendlich vielen Fällen Entscheidungen treffen mussten, schrieb dieser Beratende Ausschuss mit Deutlichkeit:

„Der Beratende Ausschuss kann Herrn Nagel nicht verbieten, für ehemalige Parteigenossen Referenzen zu geben, selbst dann nicht, wenn Herr Nagel sie am laufenden Band abgibt. Nur muss sich Herr Nagel darüber klar sein, dass seine Gutachten für den Beratenden Ausschuss keinen Wert haben, sondern dass sie wegen der Leichtfertigkeit, mit der sie unseres Erachtens gegeben werden, völlig bedeutungslos sind und für unglaubwürdig gehalten werden. Mit Phrasen wie ‚ich halte Herrn Gundlach als einen Mitläufer‘ – vom 1.8.1932 – kann man doch nicht aus schwarz weiß machen. Herrn Nagel muss also einmal gesagt werden, dass seine Gutachtenfabrikation geradezu eine Sabotage der Arbeit der Ausschüsse darstellt.

Herr Nagel ist ‚verhinderter Pg.‘. Man sollte von ihm erwarten dürfen, dass er aus diesem Grunde in politischen Dingen, und besonders in der Frage der Entnazifizierung, sich äußerster Zurückhaltung auferlegt.“<sup>31</sup>

Der Berufungsausschuss 40 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten fasste am 7.5.1948 eine etwas andere Entscheidung. Er gab der Berufung statt und versetzte Wilhelm Gundlach mit 50 Prozent der Pension eines Gewerbeoberlehrers in den Ruhestand und stufte ihn in die Kategorie IV ein. Maßgeblich dafür waren Äußerungen der Lehrer seiner Schule, die in einer Erklärung bezeugten, „unter seiner Leitung ließ sich trotz der unseligen Nazizeit gut arbeiten“.<sup>32</sup>

Der Berufungsausschuss glaubte Gundlach, dass er bei „Übergriffen der Nazis immer für die Interessen von Lehrern und Schülern gegen Nazityrannie“ aufgetreten sei. „Denunziationen sei er nie nachgegangen, im Gegenteil habe er Denunzierte dagegen geschützt. Die eingereichten zahlreichen Bescheinigungen bestätigen ihm dies und seine durchaus anständige Grundeinstellung, die ihm der Ausschuss ebenso wie die Tatsache zugute hält, dass die lange Internierung, die ihn gesundheitlich schädigte, schon eine gewisse Sühne für sein Tun bildete. Da aber auch er in der Endwirkung mitgeholfen hat, das deutsche Volk ins Unglück zu stürzen, konnte der Ausschuss seiner Bitte um Pensionierung nur zu einem Teil stattgeben. Große Teile des Volkes sind durch den Nationalsozialismus, seinen wahnsinnigen Krieg und seine sinnlose Politik an den Bettelstab gebracht und es kann ihm nicht zugemutet werden, für als Mitläufer Schuldige mehr aufzubringen als zu einem bescheidenen Lebensunterhalt nötig ist.“<sup>33</sup>

Hier wurde deutlich, welche Fragen sich die Mitglieder der Entnazifizierungsausschüsse stellten, mit der Notwendigkeit, abzuwägen und zu differenzieren.

Wilhelm Gundlach versuchte weiter, eine vollständige Pensionierung als Berufsschuldirektor zu erreichen. Dies lehnte auch der Leitende Ausschuss am 11.10.1951 mit Hinweis darauf ab, dass Gundlach ein „alter Kämpfer und Mitglied der NSDAP seit 1932 war, im NSLB verantwortlich für die Abteilung Presse und Propaganda“.<sup>34</sup>

Letztendlich schaffte es Wilhelm Gundlach mit Hilfe eines Rechtsanwaltes, ab dem 1.10.1953 das Ruhegehalt eines Berufsschuldirektors zu bekommen.<sup>35</sup>

Bemerkenswert in dem Verfahren waren noch zwei Punkte.

Die Schulbehörde musste mit internen Stellungnahmen und Vermerken den Entnazifizierungsprozess von Wilhelm Gundlach begleiten. Oberschulrat Walter Gätje schrieb in einer Stellungnahme vom 15.11.1951:

„Da aus der Personalakte nicht ersehen werden kann, ob die Ernennung von Herrn Gundlach zum Schulleiter und später zum Berufsschuldirektor wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden ist, konnten sich die

Feststellungen in dieser Hinsicht nur auf eingehende Erkundigungen bei mehreren Lehrkräften, zum Teil heutigen Berufsschuldirektoren, die an der von Herrn Gundlach geleiteten Schule G IX tätig oder ihm persönlich bekannt waren, beschränken. Nach dem übereinstimmenden Urteil aller befragten Lehrkräfte muss Gundlach als ein Mann gelten, der es zu jeder Zeit verstanden hat, seinen persönlichen Nutzen und seine Vorteile wahrzunehmen. Aufgrund seines Intellectes und seiner Fähigkeiten hätte er wohl auch unter anderen Verhältnissen Berufsschuldirektor werden können. Leistungsmäßig hat er sicherlich die Voraussetzungen für dieses Amt erfüllt. Sofern man aber berücksichtigt, dass auch andere Lehrkräfte unbedingt die Qualitäten für den Posten eines Schulleiters hatten, gewinnt die enge Verbindung von Herrn Gundlach zum NS-Regime an Bedeutung. Es kann wohl gesagt werden, dass er ganz bewusst seine NS-Zugehörigkeit zu seinem persönlichen Vorteil und seinem beruflichen Aufstieg zu nutzen verstand. Er kann daher unbedingt als Nutznießer des ‚3. Reiches‘ angesehen werden. Unter diesen Gesichtspunkten dürfte seine Ernennung zum Schulleiter unbedingt wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus erfolgt sein.“<sup>35</sup>

Über diesen Vermerk regte sich der Leitende Regierungsdirektor und Jurist in der Schulbehörde, Otto von Zerssen, auf, der sich mit der Frage auseinandersetzte, was aus Personalakten über politisch motivierte Beförderungen zu ersehen sei:

„Ich möchte bei der Gelegenheit aber noch mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, dass man bei dem Fragebogen wegen der Anwendung des Paragraphen 7 des 131er-Gesetzes sich auf den Standpunkt gestellt hat, dass aus den Akten nicht zu ersehen sei, dass die Beförderung des Herrn G. zum Schulleiter und später zum Berufsschuldirektor wegen seiner engen Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen sei. Herr Gundlach war alter Kämpfer als Pg von 1932, außerdem war er Politischer Leiter und Kreisobmann des NSLB. Schließlich weise ich auf Blatt 103 der Personalakte hin, wonach er offenbar – und doch wohl auf Parteigrundlage – in einem sehr freundschaftlichen Duz-Verhältnis zu dem nationalsozialistischen Schulrat des Berufs- und Fachschulwesens stand. Ich wüsste nicht, wann deutlicher in die Erscheinung treten sollte, dass jemand eine Stellung durch die enge Verbindung zum Nationalsozialismus erhalten hat als ein solcher alter Kämpfer wie Herr Gundlach. Sollte etwa in der Personalakte stehen: ‚Sie werden hiermit als alter Kämpfer zum Berufsschuldirektor ernannt‘? Das ist doch natürlich nie geschehen, und wenn es geschehen wäre, wäre das entsprechende Schreiben bei der ‚Bereinigung‘ der Personalakten aus ihnen entfernt worden.“<sup>36</sup>

Offenbar gab es Situationen in diesen Massenverfahren, wo selbst Juristen die Contenance verlieren konnten. Erfrischend.

Was Otto von Zerssen nicht wusste, war, dass Oberschulrat Richard Schlorf,

bevor er Oberschulrat wurde, Berufsschuldirektor der Gewerbeschule VII gewesen war, also Schulleiterkollege von Gundlach. Und parallel dazu arbeiteten beide ehrenamtlich Tür an Tür im Curio-Haus beim NSLB als Abteilungsleiter, Gundlach für Presse und Propaganda, Schlorf für Verwaltung und Finanzen. Das bestätigte nur die Einschätzung von Otto von Zerssen.<sup>37</sup>

Es gibt aber noch einen anderen Vorgang. In einem Schreiben vom 18.7.1951 gab Wilhelm Gundlach einen Hinweis, der mich nachdenklich stimmt:

„Wenn ich noch erwähne, dass ich bei der Heranziehung von Lehrkräften für meine Schule nie auf die politische Einstellung sondern auf die fachliche und persönliche Eignung achtete, so glaube ich dies dadurch beweisen zu können, dass ausgerechnet aus meinem Kollegium während des Krieges, als ich nicht in Hamburg war, zwei Kollegen, die Herren Mittelbach und Holler, von der Gestapo festgenommen wurden. Während Herr Mittelbach wegen angeblicher kommunistischer Betätigung zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, wurde Herr Holler ins KZ Neuengamme gebracht, wo er nach kurzer Zeit an Herzschlag gestorben sein soll. Von diesen beiden tragischen Ereignissen erfuhr ich erst, als ich von der Wehrmacht 1944 zurückkehrte. Ich führe diese beiden Fälle hier an, nur um zu beweisen, dass es mir bei dem Aufbau meines Kollegiums nicht auf die politische Einstellung der Kollegen, sondern auf ihr Können ankam, was auch aus der Bemerkung mehrerer Kollegen hervorgeht, als mir die beiden Fälle berichtet wurden mit dem Zusatz: ‚Wären Sie nur hier gewesen, dann wäre der Fall Holler überhaupt nicht entstanden, weil Sie ihn nicht an die Behörde gebracht sondern unter Hand bereinigt hätten‘.“<sup>38</sup>

Ich habe diesen Fall ausführlich in der Biografie Richard Schlorf im Bd. 2 der „Täterprofile“ dargestellt.<sup>39</sup>

Eine Denunziation in der Schule wurde in Abwesenheit von Schulleiter Wilhelm Gundlach, der sich im Krieg befand, weitergeleitet an Oberschulrat Schlorf, der glaubte, sich bei dem offenen schulinternen Vorlauf an die Behördenleitung wenden zu müssen. Das Ergebnis der Beratung war, dass der Fall Gustav Holler offiziell verfolgt und die Gestapo eingeschaltet wurde, mit dem Ergebnis, dass Gustav Holler am Ende im KZ Neuengamme am 3.12.1944 „zu Tode kam“. In der Folge sind der Leiter der Schulverwaltung Prof. Ernst Schrewe und der Justiziar Hasso von Wedel 1950 in einem öffentlich sehr aufmerksam verfolgten Landgerichtsprozess angeklagt worden. Nach einem Freispruch vor dem Landgericht wurde Hasso von Wedel im Revisionsprozess 1953 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und Ernst Schrewe disziplinarrechtlich verurteilt.<sup>40</sup> Richard Schlorf war wegen seiner Verantwortung in diesem Fall in das Internierungslager Neuengamme gekommen.

Ich halte es durchaus für denkbar, dass Wilhelm Gundlach bei Anwesenheit in der Schule mit der Denunziation von Gustav Holler, der im Lehrerzimmer „defä-

tistische Gedanken“ geäußert haben soll, unter anderem: „Wer heute noch nicht glaubt, dass wir den Krieg verlieren, muss ein Idiot sein“, anders umgegangen wäre, als dieses an die vorgesetzte Stelle zu melden.

Insofern ist die Belastung durch Funktionen und Ämter im Nationalsozialismus die eine Seite, die zu beurteilen ist – auf der anderen Seite zählt aber auch, wie die Personen sich in ihrer Funktion konkret verhalten haben im Umgang mit denjenigen, für die sie eine Verantwortung hatten.

Wilhelm Gundlach starb am 10.9.1976.<sup>41</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Gundlach, StAHH, 361-3\_A 1702
- 2 Ebd.
- 3 Hamburgisches Lehrerverzeichnis des Stadt- und Landgebietes für das Schuljahr 1924–1925, S. 115.
- 4 Siehe die Biografie Karl Witt in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 88 ff.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 So am 19.5.1933, Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Vermerk vom 25.7.1944, BArch, Pers 6/191201\_LP-54265
- 11 Beurteilung von 19.6.1941, Militärakte Bundesarchiv, a. a. O.
- 12 Beurteilung vom 13.10.1941, ebd.
- 13 Beurteilung vom 26.7.1943, ebd.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 13.12.1942, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 22.4.1944, Personalakte a. a. O. Siehe die Biografie Richard Schlorf in: de Lorent 2016, S. 731 ff.
- 17 Schreiben vom 19.5.1944, Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Entnazifizierungsakte Gundlach, StAHH, 221-11\_Ed 3369
- 20 Siehe die Biografie Schlorf, a. a. O.
- 21 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 21.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 21.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Beratender Ausschuss vom 28.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Ebd.
- 32 Erklärung von Kollegiumsmitgliedern der Gewerbeschule IX vom 9.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 33 Berufungsausschuss 40 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 7.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Leitender Ausschuss vom 11.10.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Vermerk von Otto von Zerssen vom 29.10.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Siehe Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1935–1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, S. 132.
- 38 Schreiben von Wilhelm Gundlach vom 18.7.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 de Lorent 2016, S. 735 ff.
- 40 Siehe die Biografien Ernst Schrewe (S. 82 ff.) und Hasso von Wedel (S. 120 ff.), in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017.
- 41 Personalakte a. a. O.

## Wilhelm Bernhardt

### „Die Reichswaltung des NSLB setzt in Pg. Bernhard großes Vertrauen.“

Eine Karriere ganz besonderer Art machte Wilhelm Bernhardt, der sowohl im Bereich der Schule als auch im NSLB reüssierte. Am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten sowie in den NSLB, setzte ihn Schulsenator Karl Witt als Schulleiter einer Hamburger Gewerbeschule ein. Im NSLB bekam er 1934 die wichtige Funktion des Geschäftsführers des Curio-Hauses, der Lehrervereinshaus GmbH. 1945 waren dann die Kenntnisse von Wilhelm Bernhardt wichtig, um nach der NS-Zeit das Curio-Haus wieder zurück in den Besitz der „Gesellschaft der Freunde“, später der GEW-Hamburg zu bringen.

Wilhelm Bernhardt wurde am 20.5.1883 als Sohn eines Gerbereibesitzers in Eckernförde geboren. Er besuchte dort von 1890 bis 1897 die Volksschule und wechselte danach auf die Mittelschule in Eckernförde. 1909 bereitete er sich auf der Präparandenanstalt in Apenrade, das damals noch zu Deutschland gehörte, auf das Lehrerseminar vor, das er dann von 1901 bis 1904 in Eckernförde-Borby besuchte. Er bestand dort am 4.2.1904 die erste Lehrerprüfung als Volksschullehrer und am 30.5.1907 die zweite Lehrerprüfung, diese aber schon in Hamburg an der Volksschule Bachstraße. Zwischenzeitlich hatte er nach dem Lehrerseminar an den Volksschulen in Schenefeld und Wentorf gearbeitet.<sup>1</sup>

Wilhelm Bernhardt war ein ambitionierter Mann. Das zeigte sich auch darin, dass er schon am 3.12.1913 die Mittelschullehrerprüfung ablegte, die ihn dazu befähigte, eine Leitungsfunktion an Schulen zu übernehmen. Bernhardt blieb Volksschullehrer bis 1920. Zwischenzeitlich allerdings wurde er Soldat im Ersten Weltkrieg, den er seit dem 2.8.1914, am Ende zum Hauptmann befördert, absolvierte.<sup>2</sup>

Die Personalakte von Wilhelm Bernhardt ist trotz seiner über 40-jährigen Tätigkeit im Lehrerberuf erstaunlich schmal und gibt nicht über alle Schritte wirklich Auskunft. 1920, nach Beendigung einer Kriegsgefangenschaft, wechselte Bernhardt erst an die Seminarschule Angerstraße, danach bekam er eine ordentliche Lehrerstelle als Gewerbeschullehrer.<sup>3</sup>

Bernhardt, der später angab, von 1920 bis 1925 der DVP angehört zu haben, trat am 1.5.1933, mit fast 50 Jahren, in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 002 450).<sup>4</sup> Dies war sicherlich die Voraussetzung dafür, auf der Liste der Schulleiter der beruflichen Schulen vom 10.7.1933 als Leiter der Schule Fuhlentwiete 34, nach behördlicher Abkürzung M 1, aufzutauchen und ernannt zu werden. Kurz



darauf, als die beruflichen Schulen neu organisiert wurden und die Schulen Fuhlen-  
twiete und Paulinenstraße (vorher M2) zur Gewerbeschule VII zusammengelegt  
wurden, erhielt Wilhelm Bernhardt die Stelle als stellvertretender Schulleiter. Schul-  
leiter wurde Richard Schlorf, der vorher schon zum Schulleiter der Paulinenstraße  
bestimmt worden war.<sup>5</sup> Dies bedeutete keine Degradierung für Wilhelm Bernhardt,  
beide, Schlorf und Bernhardt, waren ein eingespieltes Duo, das sich auch im NSLB  
bestens verstand. Richard Schlorf fungierte dort als Kassenverwalter und Wilhelm  
Bernhardt übertrug man die Geschäftsführung des Curio-Hauses, das am Ende eines  
mehrjährigen Gleichschaltungsprozesses der „Gesellschaft der Freunde“ in den  
Besitz des NSLB übergegangen war.<sup>6</sup> Hier arbeitete Wilhelm Bernhardt eng mit  
Richard Schlorf und Kurt Holm<sup>7</sup> zusammen, Holm, der für den Bereich Wirtschaft  
und Recht im NSLB zuständig war, sozusagen für die ‚geraubten Erbschaften‘ der  
„Gesellschaft der Freunde“, das Curio-Haus, die sozialen Kassen und den Verlag.  
Zu den Aktivitäten von Wilhelm Bernhardt gehörte der Ankauf der neben dem Cu-  
rio-Haus in der Rothenbaumchaussee 19 gelegenen Villa. Dazu gibt es verschiedene Darstellungen und Lesarten.



Wilhelm Bernhardt, 1933

Nach meinen Recherchen stellt sich der Sachverhalt so dar: 1935 hatte die Lehrervereinshaus-GmbH, deren Ge-  
schäftsführer Wilhelm Bernhardt zu diesem Zeitpunkt war,  
mit den Mitteln der „Gesellschaft der Freunde“ das Neben-  
gebäude des Curio-Hauses, in der Rothenbaumchaussee 19  
(Ro 19) erworben. Es war ihr im Februar 1935 zum Kauf an-  
geboten worden und gehörte einer jüdischen Erbenge-  
meinschaft. Das stark renovierungsbedürftige, leerstehen-  
de Gebäude war nach vergeblichen Verkaufsversuchen von  
dem Hausmakler John Elias der Lehrervereinshaus-GmbH  
für 50000 Reichsmark angeboten worden. Wilhelm Bern-

hardt, der auch in den 1950er Jahren noch Geschäftsführer des Curio-Hauses war,  
wies in Vermerken 1950 und 1951 darauf hin, dass das Gebäude stark verwahrlost  
war, zuletzt im Parterregeschoss als Auktionshaus gedient hatte, danach bis auf  
einen Mieter für kurze Zeit leer stand und die Lehrervereinshaus GmbH zunächst  
wenig Neigung hatte, das Gebäude zu erwerben. Andererseits bot das Grundstück  
zur Rückseite Platz für einen Erweiterungsbau mit Garagen und im Gebäude selbst  
die Möglichkeit, zusätzliche Sitzungsräume herzurichten. Am Ende erwarb die Leh-  
rervereinshaus GmbH Gebäude und Grundstück in der Rothenbaumchaussee 19  
für 40000 Reichsmark zuzüglich 5200 Reichsmark für Steuern und Gebühren.<sup>8</sup>

Der bezahlte Preis kam dem Finanzamt für Grundsteuern ungewöhnlich nied-  
rig vor und so schrieb das Finanzamt am 11.4.1935 an den Geschäftsführer der

Lehrervereinshaus GmbH, Wilhelm Bernhardt, und stellte die Frage:

„Ist der Kaufpreis, der für das Grundstück in seinem Zustand zur Zeit des Verkaufs unter gewöhnlichen Umständen gezahlt worden wäre, infolge besonderer Umstände, z. B.

a.) infolge wirtschaftlicher Not des Verkäufers,

b.) infolge eines besonderen geschäftlichen Interesses des Käufers,

c.) infolge verwandtschaftlicher oder sonstiger Beziehungen zwischen Käufer und Verkäufer

über- oder unterschritten worden?“<sup>9</sup>

Geschäftsführer Bernhardt antwortete darauf, „daß der Grund für den im Vergleich zur Vorkriegszeit niedrigen Kaufpreis wohl zu suchen ist in der allgemeinen schlechten Vermietungslage für Wohnungen überhaupt und ferner in der Tatsache, daß das Haus unmodern, und was die unteren beiden Stockwerke angeht, wohl unvermietbar ist.“<sup>10</sup> Über die wirtschaftliche Notlage der Verkäufer sei ihm nichts bekannt, „im Gegenteil ist vom Makler (John Elias) stets betont worden, daß deren Verhältnisse mehr als wohlhabend seien“. Ein besonderes geschäftliches Interesse bei dem Käufer bestehe ebenso wenig wie verwandtschaftliche oder sonstige Beziehungen.

Auf Wilhelm Bernhardt und Kurt Holm bezogen muss man wissen, dass diese von den sogenannten „alten Kämpfern“ im NSLB stark angefeindet und mit Parteiordnungsverfahren überzogen worden waren, weil sie, ebenso wie NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz, bis 1937 die Wohnungen im Curio-Haus an jüdische Familien und jüdische Ärzte vermietet, bzw. dieses geduldet hatten.<sup>11</sup>

Der Streit ab dem Jahre 2000 ging dahin, ob die GEW nach 1945 zum Curio-Haus dazu ein „Arisierungserbe“ erworben hatte. Die Auseinandersetzung wurde insbesondere von den Hamburger GEW-Kollegen Bernhard Nette und Stefan Romey geführt, die ihre Erkenntnisse und die Auseinandersetzung in dem Buch „Die Lehrgewerkschaft und ihr ‚Arisierungserbe‘“ niedergeschrieben haben. Die Gegenposition war, dass das Haus zu den damals infolge der Weltwirtschaftskrise günstigen Bedingungen einer als schwer verkäuflich angesehenen Immobilie erworben worden war. Das Thema beschäftigte über einige Jahre die gewerkschaftliche Diskussion und die Landesvertreterversammlungen der GEW-Hamburg.

Die GEW zog spät Konsequenzen aus dieser Geschichte und verkaufte 2013 das Haus zu einem vergleichsweise wiederum günstigen Preis und spendete 400000 € an die Jüdische Gemeinde.<sup>12</sup>

Bemerkenswert war und ist, dass Wilhelm Bernhardt nach 1945 Geschäftsführer des Curio-Hauses blieb. Für Max Traeger, den ersten Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ nach der NS-Zeit, vor 1933 langjähriger Bürgerschaftsab-

geordneter der Deutschen Demokratischen Partei/Deutsche Staatspartei und der erste Vorsitzende der neu gegründeten Bundes-GEW, den die Nationalsozialisten als erklärten NS-Gegner 1933 aus allen Funktionen herausgedrängt hatten, war Bernhardt mit seiner internen Kenntnis offensichtlich bei der Wieder-Inbesitznahme des Curio-Hauses durch die „Gesellschaft der Freunde“ ein unverzichtbarer Ansprechpartner mit interner Expertise. Ebenso für die Treuhänder, die die Verantwortung für das Nebengebäude Rothenbaumchaussee 19 hatten, das wegen der jüdischen Vorbesitzer unter Kuratel stand. Schon am 9.6.1945 hatte Wilhelm Bernhardt für die Britische Militärregierung eine präzise Aufstellung des Grundvermögens des Curio-Hauses mit all seinen Einrichtungen vorgelegt.<sup>13</sup> Das Curio-Haus war von der Britischen Militärregierung beschlagnahmt worden und diente im Weiteren unter anderem als Ort für die großen Prozesse gegen Kriegsverbrecher, bekannt geworden unter dem Begriff „Curio-Haus-Prozesse“, die bis 1949 durchgeführt wurden.<sup>14</sup>

In einem Vermerk für die Vorstandssitzung der „Gesellschaft der Freunde“ vom 28.5.1946 erstellte Wilhelm Bernhardt eine Aufstellung, aus der hervorging, dass der Hamburger Oberfinanzpräsident den Wert des gesamten Curio-Hauses zu diesem Zeitpunkt auf 1 450 159 RM schätzte.<sup>15</sup> Es war gelungen, durch die „Zwangsmitgliedschaft“ der Hamburger Lehrerschaft im NSLB während der NS-Zeit das Curio-Haus völlig zu entschulden.

In einem Kurzbericht für den Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“, für die Max Traeger Verhandlungen mit der Britischen Militärregierung führte, stellte Wilhelm Bernhardt fest, wie der Zustand des Hauses am 28.8.1947 war:

„Während der Beschlagnahmezeit sind bedauerliche Schäden entstanden, die zum Teil behoben werden konnten, zum Teil erst erfaßbar sein werden, wenn die Beschlagnahme aufgehoben ist. Im vergangenen harten Winter entstanden durch Fahrlässigkeit der von den Engländern eingesetzten Heizer große Schäden durch Einfrieren der Wasserheizung. Sie sind in den der deutschen Verwaltung unterstehenden Teilen beseitigt (Unkosten 11 920 RM). Die Schäden, die durch Umbauten für Zwecke des Gerichts in den beiden großen Sälen entstanden sind, werden erheblich sein. Betrübtlich wird auch die Einbuße an Mobiliar, an Wirtschaftsgeschirr usw. sein, zumal ein Teil der kostbaren Service außerhalb des Hauses in Benutzung genommen sein soll. Wichtigste Aufgaben harren der Lösung nach Aufhebung der Beschlagnahme. Es bleibt die große Hoffnung, daß das Curio-Haus bald seinem Erbauer zurückgegeben wird. Daß das Haus wirtschaftlich gesehen von hervorragender Bedeutung für die hamburgische Lehrerschaft und ihre weit gespannten sozialen Belange sein wird, dürfte jedem einsichtig klar sein.“<sup>16</sup>

Klar war aber auch, dass sich Wilhelm Bernhardt unverzichtbar gemacht hatte. Sein Detailwissen war notwendig bei allen Verhandlungen der „Gesellschaft der

Freunde“. Und Wilhelm Bernhardt, der natürlich auch über beste Kontakte zu den ehemaligen Verantwortlichen im NSLB verfügte, die mit den ehemaligen Vermögenswerten der „Gesellschaft der Freunde“ vor der NS-Zeit befasst waren, regelte manches. So schrieb er am 27.9.1949 an Kurt Holm:

„In Angelegenheit der Rückübertragung unseres Grundstücks Rothenbaumchaussee 19 an unsere neue Firma ‚Vermögens- und Treuhandgesellschaft der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens GmbH‘ bitten wir Sie höflichst um Abgabe einer ausführlichen Erklärung darüber, daß die Geldmittel zu dem im März 1935 erfolgten Kauf des oben bezeichneten Grundstücks aus dem früheren Vermögen der ‚Gesellschaft der Freunde‘ etc. stammen, keinesfalls aus Geldern des ehemaligen NSLB.“<sup>17</sup>

Und das konnte Kurt Holm Wilhelm Bernhardt natürlich am 10.10.1949 bestätigen:

„Die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen R. V. fügte im Jahre 1934 durch eine Satzungsänderung ihrem Namen den Zusatz ‚(Abteilung Wirtschaft und Recht im Nationalsozialistischen Lehrerbund Gau Hamburg)‘ hinzu. Sie war aber bis zu ihrer Liquidation am 25.6.1937 ein völlig selbständiger, rechtsfähiger Verein und hatte sämtliche Geschäftsanteile der Lehrervereinshaus GmbH allein im Besitz. Als damaliger geschäftsführender Leiter des Vereins und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Lehrervereinshaus GmbH bekunde ich hiermit, daß zum Kauf des Hauses Rothenbaumchaussee 19 im März 1935 ausschließlich Mittel der ‚Gesellschaft der Freunde‘ verwandt wurden.“<sup>18</sup> Diese Bestätigung von Kurt Holm war wichtig, um auch dieses Nebengebäude des Curio-Hauses wieder in den Besitz der „Gesellschaft der Freunde“ zu bringen. Für Kurt Holm war damit sicher auch die Hoffnung verbunden, in seinem Entnazifizierungsverfahren bei den Vertretern der alten „Gesellschaft der Freunde“ auf Unterstützung zu treffen. Das gelang ihm allerdings nicht, er gehörte zu denjenigen, denen man die Tätigkeit im NSLB am stärksten verübelte.<sup>19</sup> Ganz im Gegensatz zu Wilhelm Bernhardt, der am 21.9.1945 als 62-Jähriger von Senator Landahl mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand versetzt worden war.<sup>20</sup> Mit Wilhelm Bernhardt ging man vergleichsweise rücksichtsvoll und großzügig um. Die Ruhestandsurkunde war am 15.10.1945 von Bürgermeister Rudolf Petersen unterzeichnet worden. Senator Landahl verband die Pensionierung Bernhardts mit dem Dank für die geleisteten Dienste, nach Rücksprache mit Oberschulrat Johannes Schult.<sup>21</sup>

Und Wilhelm Bernhardt erhielt tatsächlich auch die Pension eines Berufsschuldirektors.<sup>22</sup> Dabei war der Zusammenhang zwischen NSDAP-Mitgliedschaft, den NSLB-Aktivitäten und einer Karriere im Schuldienst im Fall Wilhelm Bernhardt evident. Ein Blick in seine Personalakte hätte ausgereicht. Man muss nur das Gut-

achten von Landesschulrat Willi Schulz, gleichzeitig Gauamtswalter des NSLB, vom 14.10.1938 ansehen, mit dem Bernhardts Beförderung zum Schulleiter begründet wurde:

„Der Gewerbeoberlehrer Wilhelm Bernhardt ist seit dem 1.10.1934 Geschäftsführer der Lehrervereinshaus GmbH. Er mußte seinerzeit die nicht ganz leichte Aufgabe übernehmen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der GmbH auf neue gesunde Grundlagen zu stellen und für die Zukunft zu sichern. Durch umsichtige Maßnahmen beim Vermietungsgeschäft, den Bau einer Garage und den Kauf eines weiteren Hauses ist die Sanierung der GmbH bis heute erfolgreich durchgeführt. Pg. Bernhardt hat im Laufe seiner Tätigkeit mit den verschiedensten Behörden und Parteistellen verhandeln und dabei der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Lehrervereinshaus GmbH Rechnung tragen müssen. Pg. Bernhardt hat nicht nur mit außerordentlichem Fleiß und Geschick das ihm vom Reichswalter des NSLB, Gauleiter Fritz Wächtler, übertragene Aufgabengebiet betreut, sondern auch verstanden, insbesondere durch Abschluss des neuen Pachtvertrages, die politischen Belange genauso gut wie die wirtschaftlichen zu wahren. Die Reichswaltung des NSLB setzt in Pg. Bernhardt großes Vertrauen.“<sup>22</sup>

Dieses große Vertrauen wurde mit einer Schulleitungstätigkeit belohnt; das große Vertrauen bzw. die Abhängigkeit von Bernhardts erworbenem Wissen wurde mit seiner Pensionierung und dem Ruhegehalt eines Berufsschuldirektors vergolten.

Ein Nachspiel hatte die Sache allerdings. Am 12.11.1945 bestellte OSR Johannes Schult Wilhelm Bernhardt in die Behörde. Grund: „Äußerungen über seine Pensionierung gegenüber anderen Personen“. In einem Vermerk vom 13.11.1945 stellte Schult dann fest: „Herr Bernhardt bestreitet, in Fuhlsbüttel, wo er wohnt, Veranlassung zu Klagen gegeben zu haben. Er habe sich niemals gerühmt, daß er mit voller Pension in den Ruhestand versetzt worden sei. Ich beabsichtige, die Dame, die mir derartige Mitteilung über Herrn B. gemacht hat, gelegentlich näher zu befragen und komme auf die Sache zurück.“<sup>23</sup>

Ob und wie OSR Schult auf „die Sache“ zurückkam ist nicht dokumentiert und auch nicht wahrscheinlich. Vielleicht hatte sich Wilhelm Bernhardt danach auch etwas weniger prahlerisch verhalten.

Wilhelm Bernhardt starb am 1.3.1959.<sup>24</sup>

Sein Sohn Klaus Bernhardt wirkte danach im Curio-Haus als Betreiber des Restaurants und Vermarkter der Festsäle.

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Bernhardt, StAHH, 361-3\_A 665
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Siehe hierzu: Hans-Peter de Lorent: Max Traeger. Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887–1960), Weinheim 2017, insbesondere S. 39 ff. Siehe auch: Bernhard Nette/Stefan Romey: Die Lehrgewerkschaft und ihr „Arisierungserbe“, Hamburg 2010. Jörg Berlin: Ro 19 – Arisierung in Hamburg? Zum Streit um das Haus in der Rothenbaumchausse 19, Hamburg 2011.
- 7 Siehe auch die Biografie Richard Schlorf, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 731 ff.
- 8 Siehe auch die Biografie Kurt Holm, in: de Lorent 2016, S. 701 ff.
- 9 De Lorent: Max Traeger, a. a. O. S. 73 ff.
- 10 Schreiben vom 11.4.1935, ebd.
- 11 Siehe dazu die Biografien Heinrich Hehn und Guido Höller, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 359 ff. und S. 378 ff.
- 12 Die gegensätzlichen Positionen sind erkennbar in: de Lorent: Max Traeger, a. a. O. Jörg Berlin: Ro 19 – Arisierung in Hamburg? Zum Streit um das Haus in der Rothenbaumchausse 19, Hamburg 2011, sowie Nette/Romey a. a. O. Siehe auch: Pressemitteilung der GEW vom 27.2.2013, sowie HLZ 4–5/2013, S. 50 ff.
- 13 Handakten Lehrervereinshaus, Archiv der GEW Hamburg.
- 14 Siehe unter anderem: Kurt Buck: Die frühen Nachkriegsprozesse (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 3). Herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bremen 1997; Bernhard Nette: Curio-Haus Prozesse, HLZ 10–11/2005, Jubiläumsausgabe 200 Jahre Gesellschaft der Freunde, S. 92 ff.
- 15 Handakten Lehrervereinshaus, Archiv der GEW Hamburg.
- 16 Handakten Lehrervereinshaus, Archiv der GEW Hamburg.
- 17 Handakten Lehrervereinshaus, Archiv der GEW Hamburg.
- 18 Handakten Lehrervereinshaus, Archiv der GEW Hamburg.
- 19 Siehe die Biografie Kurt Holm, in: de Lorent 2016, S. 701 ff.
- 20 Entnazifizierungsakte Wilhelm Bernhardt, StAHH, 221-11\_Ed 3361
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.

## Kurt Uhlig

**Subjektiv als notwendige Anbieterung verstandener Opportunismus ist schwer von der Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie zu unterscheiden.**

Wie stark die Abhängigkeit der Generation der um 1900 geborenen Lehrerinnen und Lehrer von der sozialen und wirtschaftlichen Situation in der Weimarer Republik insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise gewesen war, zeigt auch der Fall des Lehrers Kurt Uhlig. Unsoziale und unsichere Beschäftigungsverträge, die die materielle Existenz niemals absicherten, trieben viele Lehrer dieser Generation in die Arme der NSDAP, die versprochen hatte, auf dem sozialen Gebiet für Veränderungen zu sorgen. Durch eine Personalpolitik nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 und der Herabsetzung des Pensionsalters der Lehrerschaft auf 58 Jahre, der Lehrerinnen auf 52 Jahre, wurden in Hamburg über 800 Personen entlassen oder in den Ruhestand geschickt. Die freigewordenen Stellen besetzte die NS-Schulverwaltung vorwiegend mit bis dahin arbeitslosen männlichen Lehrkräften oder den jungen Lehrern, die vorher auf ungesicherten Stellen oder in Teilbeschäftigungen waren. Dazu gehörte Kurt Uhlig, der daraufhin am 1.5.1933 in die NSDAP eintrat und durch enge Kontakte zu dem NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz Karriere machte.

Kurt Uhlig wurde am 17.2.1904 als Sohn des „Schauamtsgehilfen“ Curt Emil Uhlig in Hamburg geboren. Von Ostern 1910 bis 1916 besuchte er die Seminar-schule in der Binderstraße und wechselte danach auf die Oberrealschule am Kaiser-Friedrich-Ufer, wo er 1923 die Reifeprüfung bestand. Aufgrund der begrenzten materiellen Mittel der Familie „widmete ich mich dem kaufmännischen Beruf und war bis Oktober 1926 bei zwei Hamburger Exportfirmen tätig“, schrieb Uhlig in seinem Lebenslauf.<sup>1</sup>

Im Wintersemester 1926/27 begann er an der Universität Hamburg ein Volksschullehrerstudium mit dem Hauptfach „neuere deutsche Literaturgeschichte und allgemeine Literaturwissenschaft“. Nach bestandenen Prüfungen im Dezember 1929 bewarb sich Kurt Uhlig um eine Anstellung als Volksschullehrer, die am 6.1.1930 an der Westerschule in Finkenwerder erfolgte.<sup>2</sup>

Aufgrund der angespannten ökonomischen Situation kündigte die Schulverwaltung 1931 allen nicht unbefristet beschäftigten Lehrerinnen und Lehrern und schrieb den Betroffenen:

„Im Einverständnis mit dem Senat wird die Oberschulbehörde bemüht sein,

allen von der vorsorglichen Kündigung betroffenen Lehrkräften unter möglicher Schonung der Familienversorger eine auf die Hälfte herabgesetzte Weiterbeschäftigung vom 1. Oktober 1931 ab zu ermöglichen. Zur Vorbereitung dieser Maßnahmen wird um die Beantwortung der nachstehenden Fragen bis zum 19. des Monats ersucht. Von einer mündlichen Darlegung der Verhältnisse ist vorläufig abzusehen.“<sup>3</sup>

Abgefragt wurden der Familienstand und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen. Kurt Uhlig gab an, ledig zu sein, noch bei den Eltern zu wohnen und ein Nettogehalt von 260,18 Mark zu beziehen. Ergänzend merkte er am 18.8.1931 an:

„Ich bitte zu berücksichtigen, dass mein Vater kurz vor der Pensionierung steht und als Schlachthofgehilfe eine sehr geringe Pension beziehen wird, die nicht ausreicht, mich für den Fall einer Halbbeschäftigung zu unterstützen. Zweitens ich die Absicht hatte, im Herbst zu heiraten, was wirtschaftliche und persönliche Verpflichtungen verursacht hat, sodass mich ein 50-prozentiger Gehaltsausfall sehr schwer treffen würde. Ich sehe augenblicklich gar keinen Weg und bitte, nach Möglichkeit, mich vollbeschäftigt im Amt zu lassen. Ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Frage ist die seelische Depression zu erwähnen, in die man gerät, wenn man einen Beruf, den man gern ausübt und den man jahrelang erstrebt hat (ich stehe im 28. Lebensjahr), aufgeben muss, wenn auch nur teilweise.“<sup>4</sup>



Kurt Uhlig, 1933

Vermerkt wurde auf dem Schreiben am 7.9.1931, dass Uhlig ab dem 1.10.1931 mit dreiviertel Tarifgehalt weiter beschäftigt würde.<sup>5</sup>

Am 26.10.1931 wandte sich Uhlig noch einmal an die Landesschulbehörde, berief sich auf eine Unterredung mit Schulrat Fritz Köhne und auf eine Anregung von Schulrat Richard Ballerstaedt. Er stellte folgenden Antrag:

„Nach Beendigung des Studiums in Hamburg bin ich seit dem 7.1.1929 in der Westerschule Finkenwerder tätig. Als Tarifler bin ich jetzt auf 75 % Arbeitszeit und Gehalt gesetzt. Da ich mich verheiraten will, bitte ich um Vollbeschäftigung bei vollem Gehalt. Die Heiratsurkunde könnte ich im Laufe des Novembers vorlegen. Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, dass meine Braut, die während des Sommers in einem Nordseekinderheim beschäftigt war, im Winter Arbeitslosenunterstützung beziehen wird. Durch eine Verheiratung würde (bei Vollbeschäftigung) mein Gehalt zwar höher liegen als jetzt, dafür fiel aber die Unterstützung meiner Braut fort, sodass eine größere Belastung der Staatskasse nicht erfolgen würde. Ohne Mehrausgaben für den Staat könnte also zwei Menschen geholfen werden, und ich bitte darum nochmals, meinem Antrag zu entsprechen.“<sup>6</sup>



Damit hatte Kurt Uhlig erst einmal keinen Erfolg. Er heiratete dann am 9.1.1932 Luise Roosch und stellte am 5.7.1932 erneut den Antrag auf Vollbeschäftigung, die laut seiner Personalakte aber erst am 30.5.1933 erfolgte. Dafür musste Kurt Uhlig noch seine zweite Lehrprüfung ablegen (am 8.12.1933). Für ihn hatte sich auch Willi Schulz eingesetzt, der nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten Oberschulrat für das Volksschulwesen geworden war, 1934 dann auch Landesschulrat und Gauamtsleiter des NSLB. Laut Personalakte gehörten Willi Schulz und Kurt Uhlig zum Kreis des Erziehungswissenschaftlers Gustaf Deuchler, bei dem Schulz vorübergehend eine Assistentenstelle innegehabt hatte.<sup>7</sup> Gustaf Deuchler war zu einem fanatischen Nationalsozialisten geworden, der seit 1933 seine Vorlesungen in SA-Uniform abhielt. Und Kurt Uhlig hatte eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Lehrerfortbildung (IfL) bekommen. Er machte dann das Latinum nach und wurde am 8.9.1936 promoviert mit einer Arbeit zum Thema: „Die Autobiografie als erziehungswissenschaftliche Quelle“.<sup>8</sup> Er war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten und ein Jahr später Mitglied des NSLB geworden.

Offenbar profilierte sich Kurt Uhlig als kompetenter Mitarbeiter. Im NSLB arbeitete er mit in der Gauhauptstelle Erziehung und Unterricht, als deren Leiter Wilhelm Arp fungierte.<sup>9</sup>

Die Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am IfL war in der Verwaltung der Bücherei angesiedelt und hatte Uhlig offenbar auch Möglichkeiten für sein Promotionsvorhaben geboten. Ab dem 1.4.1936 war er dann mit der Wahrnehmung von Aufgaben in der Verwaltung der Lehrerbildung beauftragt. Und zum 1.11.1939 wurde er als Regierungs- und Schulrat in die Landesunterrichtsbehörde berufen, wo er als enger Mitarbeiter von Landesschulrat Willi Schulz fungierte.<sup>10</sup> Dabei hatte er sich besonders profiliert, als es Landesschulrat Willi Schulz darum ging, den Plan des Reichserziehungsministeriums 1939 zu kommentieren, der die Einführung der Hauptschule vorsah. Mit Uhligs Unterstützung, der für die Hamburger Staatsverwaltung 1940 an einer Wiener Tagung zum Thema „Hauptschule“ teilgenommen hatte und der Schulz auf die Gefahren für den Aufbau des Hamburger Schulwesens aufmerksam machte, versuchte Willi Schulz insbesondere die Abschaffung der Aufbauschule in Hamburg zu verhindern. Die Aufbauschulen waren 1920 eingerichtet worden, sie sollten begabten Schülerinnen und Schülern nach vollendetem vierten Volksschuljahr die Möglichkeit zur höheren Schulbildung bieten und hatten sich nicht nur nach Auffassung von Landesschulrat Schulz sehr bewährt. Die Auflösung der Aufbauschulen konnte auch von Willi Schulz nicht abgewendet werden, zeigte aber die enge vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schulz und Kurt Uhlig.<sup>11</sup>

Wohl aber gelang es, die Einführung der Hauptschule zu verhindern. Uwe Schmidt schrieb dazu: „In der Langzeitbetrachtung hat das Engagement des

nationalsozialistischen Landesschulrats Wilhelm Schulz zweifellos dazu beigetragen, die spezifische hamburgische Form einer mittleren allgemeinen Schulbildung des 7.–10. Schuljahres aufrecht zu erhalten und abzusichern.“<sup>12</sup> Als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Vertrauter von Schulz hatte Kurt Uhlig daran wesentlichen Anteil.

Kurt Uhlig war also am 1.8.1939 Wissenschaftlicher Rat und Beamter auf Lebenszeit geworden, am 20.10.1939 in die Schulverwaltung gewechselt als Regierungs- und Schulrat. Das war eine Tätigkeit schon in Kriegszeiten und für Uhlig musste am 15.10.1940 eine Uk-Stellung eingeholt werden, mit Hinweis auf seine Tätigkeit als Vorsitzender von Prüfungsausschüssen und zwei Lehraufträge an der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung.<sup>13</sup>

Dennoch erfolgte die Einberufung des 37-jährigen Kurt Uhlig am 3.3.1941. Offenbar bewährte sich Uhlig auch bei der Wehrmacht, er wurde am 1.4.1942 zum Unteroffizier befördert, später zum Feldwebel.<sup>14</sup> Seit dem 14.5.1943 war er bei der „Abwehrstelle“ in Paris tätig.<sup>15</sup> Kurt Uhlig geriet in Holland am 9.5.1945 in kanadische Kriegsgefangenschaft und kehrte am 5.11.1946 nach Hamburg zurück.<sup>16</sup>

Nach seiner Rückkehr fand Uhlig in Fritz Köhne, der schon in der Weimarer Zeit sein Schulrat gewesen war und ihn auch aus der Arbeit in der Schulverwaltung der NS-Zeit kannte, einen Fürsprecher, der am 15.11.1946 erklärte: „Gegen eine Verwendung als Lehrer keine Bedenken.“<sup>17</sup> Gegenüber Zurückgekehrten aus der Kriegsgefangenschaft herrschte in der Regel in den Entnazifizierungsausschüssen generell eine gewisse Milde. Wobei den Fachausschuss 6b unter Vorsitz von Kurt Zeidler sicherlich auch andere Gründe bewogen hatten bei seiner Entscheidung: „Der Fachausschuss hat eine unverbindliche Vorprüfung der politischen Tragbarkeit des früheren Regierungs- und Schulrats Dr. Kurt Uhlig vorgenommen und ist zu der Auffassung gekommen, dass Aussicht dafür vorhanden ist, Dr. Uhlig als Volksschullehrer im Staatsdienst weiter zu beschäftigen. Der Fachausschuss hat daher keine Bedenken gegen die sofortige Beschäftigung von Dr. Uhlig in der Verwaltung auf der Grundlage des Gehalts eines Volksschullehrers.“<sup>18</sup> Und Fritz Köhne bat am 14.1.1947 um Zuweisung Uhligs „an die Dienststelle Schulfürsorge (englische Schulkinderspeisung)“.<sup>19</sup>

Kurt Uhlig konnte Leumundszeugnisse beibringen, die ihn in ein positives Licht rückten. So etwa von Prof. Rudolf Peter, einem NS-Gegner, der am 15.12.1946 schrieb:

„Uhlig gehört nicht zu den politischen Karrieremenschen; dazu hat er in nicht mehr jungen Jahren sein Studium viel zu ernsthaft angefasst. Der Schulpolitik des Ministeriums Rust und der Bayreuther Zentrale des NSLB stand er sehr kritisch

gegenüber und hat aus seiner Stellung auch nie einen Hehl gemacht. Duckmäuser ist er nie gewesen. Man kann sich auf ihn verlassen.“<sup>20</sup>

Und der ehemalige Schulleiter und langjährige Lehrerfunktionär der „Gesellschaft der Freunde“, Peter Jacobsgaard, der auch im NSLB nach 1933 in der „Abteilung Wirtschaft und Recht“ bei den sozialen Kassen weiter arbeitete<sup>21</sup>, bemerkte über Kurt Uhlig, er habe sich „in den Sitzungen nie im Sinne des Nationalsozialismus betätigt“.<sup>22</sup>

Kurt Uhlig hatte am 15.11.1946 den ausgefüllten Entnazifizierungs-Fragebogen vorgelegt und zu seiner Parteimitgliedschaft erklärt, „dass ich am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP wurde, weil ich als  $\frac{3}{4}$  beschäftigter Hilfslehrer mit Frau und Kind ohne Zugehörigkeit zu einer Organisation damals nicht mit Vollbeschäftigung oder Festanstellung rechnen konnte. Mein Interesse und mein Einsatz lagen in der Folgezeit nicht auf politischem sondern ausschließlich auf fachlichem Gebiet. Ich legte meine Dissertation aus dem Jahre 1936 vor, welche mein damaliges Interessengebiet ausweist. Es wäre damals zweckmäßiger und leichter gewesen, eine politische Dissertation bei einem politisch einflussreichen Universitätslehrer zu erarbeiten. Während meiner kurzen Amtszeit als Regierungs- und Schulrat in der Staatsverwaltung war ich nicht schulaufsichtlich sondern vorwiegend administrativ tätig, da die eigentliche Schulaufsicht der gemeindlichen Schulverwaltung delegiert war. Meine Bemühungen galten vor allem der Verteidigung des Hochstandes des Hamburger Volksschulwesens und seiner Oberbauform gegenüber den Nivellierungsbestrebungen der Berliner Stellen nach der Aufhebung der hamburgischen Schulautonomie.“<sup>23</sup>

Uhlig hatte eine Anlage zum Fragebogen beigelegt, auf der er vermerkte:

„In der zweiten Hälfte des Jahres 1936 wurde ich während einiger Monate durch die NSDAP, Ortsgruppe Hammer Park, mit der Betreuung eines Blocks als Blockhelfer beauftragt. Ich war jedoch nicht ordnungsgemäß ernannter Blockleiter, hatte weder Ausweis noch Uniform und nahm auch nicht an den Versammlungen und Schulungen der Politischen Leiter teil. Als Ende 1936 die Schulverwaltung ein politisches Gutachten zwecks Festanstellung über mich anforderte, lautete dies wörtlich etwa so: ‚Uhlig lehnt jeden Auftrag mit irgend einer Ausrede ab und kann daher nicht als zuverlässig im Sinne der NSDAP bezeichnet werden.‘ Wegen der Misshelligkeiten mit der NSDAP konnte meine Festanstellung damals nicht erfolgen, und ich war gezwungen, am 1.4.1937 meine Wohnung in einen anderen Stadtteil zu verlegen. Außer der genannten Zeit habe ich weder vorher noch nachher irgendwelche Funktionen ausgefüllt.“<sup>24</sup> Kurt Uhlig konnte dafür zwar keinen Beleg beifügen, aber offenbar vertraute ihm der Entnazifizierungsausschuss, der ihn am 10.5.1947 als Volksschullehrer bestätigte.<sup>25</sup>

Was Kurt Uhlig nicht erwähnt hatte, war, dass er seit seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bücherei des Instituts für Lehrerfortbildung und nach seinem Parteieintritt für die „Hamburger Lehrerzeitung“ der Adressat für Buchrezensionen war. Uhlig schrieb auch selbst kurze Buchbesprechungen. Es sollen nur drei Beispiele zitiert werden, deren Motiv vielleicht auch der Wunsch nach Festeinstellung gewesen war. Es zeigt sich aber, wie eng der Wunsch nach sozialer Absicherung dem Opportunismus ähnelte und mit politischer und ideologischer Verstrickung zusammenfiel. Das Buch „Heimkehr ins Dritte Reich“ von Hans Fuchs rezensierte Uhlig folgendermaßen: „Das Tagebuch eines Offiziers des Kreuzers ‚Königsberg‘ von der großen Auslandsreise 1932/33. Eine Fülle von Erlebnissen, Abenteuern und Eindrücken landschaftlicher oder politischer Art ist hier in fesselnder Weise wiedergegeben. Die besondere Note bekommt das Buch durch die innere Spannung aller Fahrtteilnehmer, die nur aus der Ferne die gewaltige Umwälzung des Reiches erleben können. Der Bericht über diese einzigartige ‚Heimfahrt ins Dritte Reich‘ schließt mit der Schilderung der Begrüßung des Schiffes im Heimathafen durch den Führer. Prächtige Fotos und gute Ausstattung geben dem Buch eine würdige äußere Form.“<sup>26</sup>

Im selben Heft rezensierte Kurt Uhlig auch das Buch „Jude und Arbeiter“ von dem Autor F. Schulz: „In sorgfältiger Ausarbeitung unter exakter und zahlreicher Quellenangabe wird hier der Zusammenhang zwischen Judentum und Marxismus beleuchtet. In zwei grundlegenden Kapiteln über Marx und Lassalle weist der Verfasser nach, wie soziales Ressentiment und Rassenhass als Wurzeln der marxistischen Ideologie der jüdischen Führer in der deutschen Arbeiterbewegung gewirkt haben. Zum ersten Male wird auch lückenlos und sachlich eine Darstellung von der moralischen Zersetzung der deutschen Heimatfront während des Weltkrieges gegeben. Das Buch hat nicht nur als Aufklärungsschrift, sondern auch als wissenschaftlicher Beitrag zu einer politischen Geschichte Deutschlands große Bedeutung.“<sup>27</sup> Subjektiv als notwendige Anbiederung verstandener Opportunismus ist schwer von der Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie zu unterscheiden. Und das bereits 1934.

Das Buch von Herbert Blank „Soldaten, Preußisches Führertum von Waterloo bis Ypern“ zeigt Kurt Uhlig auch als Rezensenten, der die nationalsozialistische Diktion übernahm:

„Dieses Werk will Idee, Geschichte und Gestalt des deutschen Offiziers aufzeigen und damit besonders dem preußischen Offizier den Ruhm geben, der ihm von einem zivilistischen Liberalismus so oft geschmäht wurde. Dabei ist das Werk aber nicht die Geschichte eines Standes, dargestellt in seinen verschiedenen historischen Erscheinungen, sondern es zeigt am Wandel soldatischer Formen den Weltanschauungskreislauf von der Geburt des ‚Ich‘ in der französischen Revolution

– beispielhaft dargestellt am ‚Tirailleur‘ der Freiwilligenarmee – zur Wiedergeburt des altpreußischen ‚Wir‘ im deutschen Stoßtrupp der letzten Kriegsjahre und in den Sturmabteilungen der nationalsozialistischen Bewegung. Heute ist das ‚Wir‘ der Kampfgemeinschaft über das rein militärische Gebiet hinaus zum allgemeinen Staatsprinzip geworden, und somit liefert das vorliegende Buch – entwickelt an der Geschichte des Soldaten – einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der neuen deutschen Staatsidee.“<sup>28</sup>

Aber konnte man von einem Entnazifizierungsausschuss nach 1945 verlangen, die Buchrezensionen in der „Hamburger Lehrerzeitung“ aus der NS-Zeit nachzulesen?

Kurt Uhlig war also nach seiner Kriegsgefangenschaft direkt weiter beschäftigt worden und kam von der Schulfürsorge zum 20.9.1947 an die Schule Ratsmühlendamm, wo ihm Schulleiter Alwin Tornieporth am 4.12.1947 ein kurzes Gutachten schrieb, in dem es hieß:

„Dr. Uhlig ist ein begeisterter Erzieher, der sich der schwierigen Aufgabe, die ihm gestellt war, mit innerer Anteilnahme widmete. Er hat versucht, alle erzieherischen und unterrichtlichen Möglichkeiten zu nutzen und seine Arbeit verspricht guten Erfolg. Seine Arbeit in der Schulfürsorge behielt er teilweise bei und konnte darum für seine Klasse und die Schule besonders gut sorgen. Als Kollege ist Dr. U. freundlich und entgegenkommend, hilfsbereit und aufgeschlossen. So habe ich einen durchaus positiven Eindruck von der Persönlichkeit Dr. Uhligs bekommen.“<sup>29</sup>

Und Oberschulrätin Julchen Bloom ergänzte: „Er hat sich mit großer Hingabe seiner Aufgabe gewidmet, was beweist, dass er gewillt ist, sich in sozialer Hinsicht voll und ganz in den Dienst des Neuaufbaus Deutschlands zu stellen. Ich habe keinerlei Bedenken, ihn als Lehrer unter den ihm auferlegten Bedingungen weiter zu beschäftigen.“<sup>30</sup>

In den folgenden Jahren bemühte sich Kurt Uhlig dann darum, seinen Status, insbesondere seine Besoldung an dem orientiert zu bekommen, was er in der NS-Zeit erreicht hatte. Vermutlich sah er, wie sich die juristischen Bedingungen verändert hatten und auch, dass ehemalige Nationalsozialisten, die in ganz anderer Weise als er verstrickt und belastet gewesen waren und wichtigere Funktionen und Ämter inne gehabt hatten, es mit Hilfe von Rechtsanwälten schafften, ihre alten Dienstbezeichnungen wieder zu bekommen und, meist als Pensionäre, auch Versorgungsbezüge, die sich an ihren ehemaligen Ämtern orientierten.

Am 1.12.1949 schrieb Kurt Uhlig an den Leitenden Ausschuss beim Staatskommissar für die Entnazifizierung und wies darauf hin, dass er am 10.5.1949 „im Wege der Neuüberprüfung in Kategorie V eingestuft“ worden sei. Daraus würde er gerne ableiten, im Weiteren nicht mehr als Lehrer beschäftigt zu werden:

„Ich bedaure sehr, dass die eingetretenen Umstände (seit 1941 zur Wehrmacht eingezogen zu sein, d.L.) meine wissenschaftliche Tätigkeit im allgemeinen und meine Laufbahn als Erziehungswissenschaftler im besonderen unterbrochen haben. Meines Erachtens ist dem Staat auch mehr gedient, wenn er einen Beamten in seinem eigentlichen Studien- und Erfahrungsgebiet einsetzt, statt ihn in einer Funktion zu belassen, in der seine Kenntnisse und Erfahrungen nicht voll ausgenutzt werden. Ich halte auch die weitgehende Zurückstufung von A2c1 nach A4c2 für eine unbillige Härte.“<sup>31</sup>

Kurt Uhlig brachte jetzt weitere Leumundszeugnisse ein. So etwa von Wilhelm Hellwagen, der erklärte, selbst langjähriger Staatsangestellter zu sein, „naturgemäß als überzeugter Sozialist“ niemals einer NS-Gliederung angehört zu haben und jetzt Mitglied eines Unterausschusses des Fachausschusses für die Entnazifizierung zu sein. Er schrieb, „dass ich selten einen Menschen kennengelernt habe, der in charakterlicher und moralischer Beziehung so sauber und einwandfrei ist wie eben Herr Dr. Uhlig. Aus politischer Überzeugung hat Dr. Uhlig nie gehandelt. Dafür ist er denkbar ungeeignet, sich irgendwie – auch heute – politisch zu betätigen. Seine Lehrtätigkeit war und ist ihm voller Lebensinhalt. Während des letzten Krieges war ich mit Dr. Uhlig bei einer Einheit der Frontaufklärungsgruppen – Wehrmacht und Heer – durch Veröffentlichungen dürfte inzwischen bekannt geworden sein, dass gerade diese Einheiten in schroffem Gegensatz zur damaligen politischen Führung Deutschlands standen und folgerichtig maßgeblich an den Ereignissen des 20. Juli beteiligt waren. In vielen kameradschaftlichen Gesprächen hat er uns Dank seiner hohen Intelligenz die Sinnlosigkeit der Führung durch die damaligen Machthaber aufgezeigt und damit vielen Kameraden wieder die Hoffnung auf ein anderes Deutschland gegeben. Auch im aktiven Geschehen zögerte er nicht, seinen Mann zu stehen. Hierfür ein Beispiel: Im Januar 1945 lagen wir in Holland. Hier hatte der SD drei katholische Priester festgenommen, die im Verdacht standen, für die Widerstandsbewegung tätig zu sein. Dies wurde uns bekannt. Der Klugheit und Initiative Dr. Uhligs gelang es, diese Leute zu befreien ungeachtet der Gefahr, der er sich damit aussetzte.“<sup>32</sup>

Ein anderes Leumundszeugnis verfasste Prof. Heinrich Geffert, der seit der gemeinsamen Lehrerseminarzeit eng mit Willi Schulz befreundet war und eine kurze Zeit im Übergang von der „Gesellschaft der Freunde“ zum NSLB die Verantwortung für die „Hamburger Lehrerzeitung“ hatte. Kurt Uhlig war sein Mitarbeiter im Institut für Lehrerfortbildung gewesen. Geffert schrieb über Uhlig:

„Er zeichnete sich aus durch gewissenhafte Arbeit und ein umfangreiches, sicheres Wissen, das er sich durch ein gründliches Studium in der Universität erworben hatte. Menschlich und charakterlich habe ich ihn sehr geschätzt, vor allem

wegen seiner sozialen Einstellung und seiner guten kameradschaftlichen Haltung. Auch während seiner Tätigkeit als Regierungs- und Schulrat hatte ich dienstlich häufig mit ihm zu tun und wir haben oft über politische Fragen, soweit sie die Schule betrafen, gesprochen. Immer hatte ich bei diesen Unterredungen den ganz klaren Eindruck, dass es ihm in der Schule nur auf sachliche Arbeit ankam. Er arbeitete nicht mit Schlagworten, zeigte im Gespräch nicht die geringste parteiliche Beflissenheit und hat, soviel ich weiß, keine politische Propaganda getrieben. Im Gegenteil: oft hat er ministerielle Erlasse, die in die Substanz der Schule eingriffen, heftig kritisiert und sich scharf gegen die Einmischung der HJ in die Schulerziehung ausgesprochen. In den Kreisen der Lehrer war Dr. Uhlig wohlgehten; er hat meines Wissens keinem geschadet, dagegen vielen geholfen. Von den Verdiensten der Sozialdemokratie um das Hamburger Schulwesen war er sehr überzeugt, und er hat sie oft hervorgehoben.“<sup>33</sup>

Es änderte sich erst einmal nichts. Der Personalreferent für den Volksschulbereich, Schulrat Karl Hoffmann, teilte Uhlig mit, „dass die Behörde nicht beabsichtigt, Sie als Schulrat oder als Dozenten in der Lehrerbildung zu beschäftigen. Sie können meines Erachtens auch keinen rechtlichen Anspruch auf eine entsprechende Einstellung erheben. Nach Art. 131 des Grundgesetzes sind die Rechtsverhältnisse von Personen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, durch Bundesgesetz zu regeln. Bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes können Rechtsansprüche nicht geltend gemacht werden.“<sup>34</sup>

Der Justiziar in der Schulverwaltung, Otto von Zerssen, bestätigte für den Personalreferenten, dass nach §63 des Ausführungsgesetzes zu Art. 131 Grundgesetz der Dienstherr zur Unterbringung des Beamten „verpflichtet ist, aber es einen Anspruch auf eine Unterbringung des erfolgreich entnazifizierten Beamten nicht gibt“.<sup>35</sup> Und weiter:

„Nach §20 muss sich ein Beamter, dessen endgültige Unterbringung in seiner früheren Rechtsstellung nicht möglich ist, vorübergehend auch mit einem Amt mit geringerem Endgrundgehalt begnügen. Allerdings ist hinzugefügt, dass es ein Amt ‚in derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn‘ sein müsse.“<sup>36</sup>

Der Leitende Ausschuss hatte zum Abschluss der Entnazifizierung am 8.8.1951 folgenden Beschluss gefasst:

„Dr. Uhlig ist mit Wirkung vom 15. August 1951 wieder in den Rang eines Regierungsrats einzustufen. Ob er als Schulrat beschäftigt werden soll, muss der Schulbehörde überlassen werden.“<sup>37</sup>

Die Schulbehörde änderte ihre Position trotz mehrfacher Anschreiben von

Kurt Uhlig nicht. Am 7.1.1955 schickte der neue Schulsenator Prof. Hans Wenke aus Anlass des 25-jährigen Dienstjubiläums im öffentlichen Dienst Kurt Uhlig ein standardisiertes Glückwunschs Schreiben mit dem Zusatz:

„Gleichzeitig wünsche ich Ihnen für die Zukunft alles Gute. Möge Ihre Tätigkeit in den weiteren Jahren von Erfolg begleitet sein; nicht nur zum Wohle der Allgemeinheit, sondern auch zu Ihrer eigenen freudigen Genugtuung.“<sup>38</sup>

Kurt Uhlig nahm dieses offenbar zum Anlass, noch einmal den Versuch zu starten, in eine andere Besoldungsgruppe eingruppiert zu werden, die der Tätigkeit eines Regierungs- oder Schulrates entsprach. Er versicherte gleichwohl, keinen Anspruch auf eine anderweitige Tätigkeit geltend zu machen.<sup>39</sup> Ein ähnliches Schreiben hatte er am 5.8.1954 schon einmal an Schulsenator Wenke geschickt.<sup>40</sup>

Behördenintern wies Schulrat Karl Hoffmann darauf hin, es gebe parallel zum Fall Kurt Uhlig noch fünf Fälle, bei denen ein ähnlicher Sachverhalt zu Grunde liege, sodass eine Lösung im Fall Uhlig Ansprüche auch bei den anderen Personen produzieren würde. Es handelte sich dabei um die Fälle Prof. Kurt Holm<sup>41</sup>, des ehemaligen Schulleiters Dr. Karl Hamann<sup>42</sup>, des ehemaligen Oberschulrats Albert Mansfeld<sup>43</sup> und der ehemaligen Schulräte Wilhelm Lühning<sup>44</sup> und Willi Heher.

Das machte die Entscheidung für die Schulbehörde natürlich nicht leichter.

Dann trat Rechtsanwalt Oscar Toepffer auf den Plan, ehemaliger Leiter des Staatsamtes während der NS-Zeit, Beigeordneter und Senator in der Zeit des Nationalsozialismus und dabei auch vorübergehend für den Schulbereich zuständig. Auch Oscar Toepffer wurde nach 1945 im öffentlichen Dienst nicht weiter beschäftigt, eröffnete dann eine Rechtsanwaltssozietät und vertrat zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten, ehemalige NS-Senatoren und andere Funktionsträger in den Verwaltungen, für die er in der Regel sehr erfolgreich Prozesse gewann oder Vergleiche abschloss.<sup>45</sup>

Oscar Toepffer schrieb im Grunde nichts anderes, als Kurt Uhlig einige Male zuvor. Er fasste zusammen, dass der Leitende Ausschuss in seiner Entscheidung 1951 „von dem Gedanken ausging, dass Herr Dr. Uhlig mindestens die Bezüge erhalten sollte, die seiner früheren Stellung entsprachen“. In der ihm eigenen Diktion führte er dann weiter aus: „Wie ich von Herrn Dr. Uhlig höre, hat er verschiedene Gesuche an die Schulbehörde wegen Regelung seiner beamtenrechtlichen Stellung gerichtet. Das letzte Gesuch vom 27.4.1955 hat zum Ziele die Einstufung in die Besoldungsgruppe L2. Die Rechtslage stellt sich mir so dar, dass Herr Dr. Uhlig Regierungs- und Schulrat zur Wiederverwendung ist. Da seit 1951 eine größere Zahl von Schulratsstellen verfügbar gewesen ist, ergibt sich die Frage, ob die Behörde von ihrem Ermessen bei der Besetzung dieser Stellen den richtigen Gebrauch gemacht hat, wenn sie Herrn Dr. Uhlig jedes Mal übergangen hat. Ich darf als bekannt



voraussetzen, dass sich die Verwaltungsgerichte in neuerer Zeit verschiedentlich mit diesem Problem auseinandergesetzt haben und unter gewissen Voraussetzungen (die möglicherweise auch im Falle des Herrn Dr. Uhlig gegeben sind) einen Rechtsanspruch auf Übertragung der Stelle eines Schulrates anerkannt haben.“<sup>46</sup>

Letztendlich wies Oscar Toepffer darauf hin, dass es Kurt Uhlig gar nicht darum ging, in das ehemalige Amt wieder eingesetzt zu werden, sondern primär um die Besoldung L2.<sup>47</sup>

Daraufhin reagierte die Schulbehörde sehr schnell. Der Leitende Regierungsdirektor Birckholtz schlug vor, „diesem Vergleichsvorschlag zu entsprechen und das Personalamt um Entscheidung zu bitten“.<sup>48</sup>

Am 16.6.1956 erfolgte der Ernennungsvorschlag durch Senator Hans Wenke. Am 17.7.1956 unterschrieb Bürgermeister Kurt Sieveking die Ernennungsurkunde. Am 8.3.1966 wurde Kurt Uhlig zum Oberstudienrat ernannt. Am 30.1.1970 trat er in den Ruhestand.<sup>49</sup> Bis 1971 erfüllte Kurt Uhlig dann noch einen Lehrauftrag.

Kurt Uhlig erhielt zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunschsreiben von Landesschulrat Wolfgang Neckel, in dem es unter anderem hieß:

„Unter Ihrer Anleitung entstand zum Beispiel der Entwurf für einen Satz Europa-Briefmarken, mit dem die Schule in Straßburg einen Preis gewann. Die Einführung des Französisch-Unterrichts als zweite Fremdsprache geschah durch Sie. Das Kollegium fuhr 1958 mit Ihnen nach Paris und lernte auf dieser Reise ein Stück Frankreich durch die Vermittlung eines Kenners lieben.“<sup>50</sup> Ob Kurt Uhlig dem Kollegium von seiner Arbeit bei der „Abwehrstelle“ während des Krieges in Paris erzählt hat?

Kurt Uhlig starb am 2.10.1984.<sup>51</sup>

## Anmerkungen

- 1 Lebenslauf von Kurt Uhlig in seiner Personalakte, StAHH, 361-3\_A 3005
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Schreiben vom 15.8.1931, Personalakte a. a. O.
- 4 Schreiben von Kurt Uhlig vom 18.8.1931, Personalakte a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Schreiben vom 26.10.1931, Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O Siehe auch die Biografie Willi Schulz, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99 ff.; sowie die Biografie Gustaf Deuchler, in: de Lorent 2016, S. 142 ff.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet, Schuljahr 1938–1939, herausgegeben vom NS-Lehrerbund, Gauverwaltung Hamburg 1938. Siehe auch die Biografie Wilhelm Arp, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945, Bd. 2, Hamburg 2017, S. 264 ff.

- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Siehe dazu die ausführliche Schilderung von Uwe Schmidt, in: Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 487 ff.
- 12 Uwe Schmidt 2010, S. 501.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte Uhlig, StAHH, 221-11\_53752 KAT
- 17 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 18.12.1946, Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Schreiben von Prof. Rudolf Peter vom 15.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Siehe auch die Biografie Peter Jacobsgaard, in: de Lorent 2016, S. 397 ff.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 15.11.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Rezension HLZ 43/1934, S. 612.
- 27 Ebd.
- 28 Rezension HLZ 43/1934, S. 613.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 8.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 1.12.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben vom 31.5.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 21.1.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Schreiben vom 21.10.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Vermerk von Otto von Zerssen vom 17.8.1951, Personalakte a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben des Leitenden Ausschuss vom 8.8.1951 an Dr. Kurt Uhlig, Personalakte a. a. O.
- 38 Schreiben vom 7.1.1955, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie von Prof. Hans Wenke, in: de Lorent 2017 S. 208 ff.
- 39 Schreiben vom 27.4.1955, Personalakte a. a. O.
- 40 Schreiben an Schulsenator Wenke vom 5.8.1954, Personalakte a. a. O.
- 41 Siehe die Biografie Kurt Holm, in de Lorent 2016, S. 701 ff.
- 42 Hamann gelang es nicht, mehr als eine Pension als Lehrer zu erstreiten.
- 43 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118 ff.
- 44 Siehe die Biografie Wilhelm Lühning, in: de Lorent 2016, S. 738 ff.
- 45 Siehe die Biografie Oscar Toepffer, in: de Lorent 2017, S. 51 ff.
- 46 Schreiben von Oscar Toepffer vom 16.9.1955, Personalakte a. a. O.
- 47 Ebd.
- 48 Schreiben an das Personalamt vom 7.11.1955, Personalakte a. a. O.
- 49 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 50 Schreiben von Landesschulrat Neckel vom 8.2.1974, Personalakte a. a. O.
- 51 Personalakte a. a. O.

## Heinrich Geffert

**„Er ist ein freundlicher, friedfertiger, hilfsbereiter Mensch, dem jeder Machtwille fehlt; der gewalttätige Nationalsozialismus ist seinem gütigen Wesen völlig fremd geblieben.“**

Eine wichtige Person in der Hamburger Schulgeschichte war Heinrich Geffert, dessen Rolle bisher noch nicht wirklich erkannt und gewürdigt worden sind. Er war es, der 1933 eine wichtige Vermittlungsfunktion wahrnahm, als die reformpädagogische Volksschullehrer-Gewerkschaft, die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schulen und Erziehungswesens“ gleichgeschaltet und mit all ihren Werten und Einrichtungen von dem NSLB geschluckt werden sollte. Heinrich Geffert war zusammen mit dem zukünftigen starken Mann im Hamburger NSLB, Willi Schulz, im selben Lehrerseminar ausgebildet worden. Geffert vermittelte ein Gespräch zwischen dem seinerzeitigen Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ und Willi Schulz und wurde selbst nach der Gleichschaltung, bei der das Curio-Haus und die sozialen Kassen noch für eine Reihe von Jahren „gerettet“ werden konnten, für das Jahr 1933 Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ). Er war in der Lehrerbildung tätig, bekam eine Professur und leitete eine Lehrerbildungsanstalt. Geffert wurde die Gnade eines langen Lebens zuteil. Er starb 1987 mit fast 100 Jahren.

Heinrich Geffert wurde am 19.5.1887 als Sohn des Häuslers Johann Heinrich Geffert und seiner Ehefrau Dorothee in Himbergen, in der heutigen Göhrde, geboren. Als Häusler bezeichnete man früher Kleinstbauern mit eigenem Haus, aber nur wenig Grundbesitz. Er besuchte die dortige Volksschule und wechselte mit 14 Jahren in die Präparandenanstalt Lüneburg und 1904 auf das königliche Lehrerseminar zu Lüneburg, das er am 15.6.1907 mit der ersten Lehrprüfung verließ.<sup>1</sup>

Der gleichaltrige Willi Schulz, in Bergen, Kreis Lüchow, geboren, war von der Präparandenanstalt bis zur Prüfung im Lehrerseminar in Lüneburg mit Geffert befreundet.<sup>2</sup> Das sollte später für die Hamburger Bildungsgeschichte noch relevant werden.

Nach der ersten Lehrprüfung 1907 meldete sich Heinrich Geffert, um die Ausbildung als Einjährig-Freiwilliger im Füsilier-Regiment 73 in Hannover zu absolvieren. Danach arbeitete er ein halbes Jahr an einer preußischen Landschule, um dann 1909 in den Hamburger Volksschullehrerdienst einzutreten. An der Schule Borsteler Chaussee 127/129 machte er seine zweite Lehrprüfung, um dann am 1.3.1909 als Hilfslehrer beschäftigt zu werden. Seit dem 1.10.1911 war er fest angestellter Volksschullehrer in Hamburg. 1919 wechselte er an die von Carl Götze

geleitete Versuchsschule Telemannstraße und später an die Mädchenschule Kielortallee 20, an der er bis 1926 tätig war.<sup>3</sup>

Unterbrochen wurde dies durch den Kriegsdienst von September 1914 bis November 1918, bei dem er nach eigenen Angaben „vor allem an den Kämpfen in Flandern teilnahm“.<sup>4</sup>

In seinem Lebenslauf wies Heinrich Geffert darauf hin, dass er „mehrere Jahre als freiwilliger Mitarbeiter in der Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Borstel tätig“ gewesen war und dort „eine Auswahl aus den Schriften Alfons Paquets herausgegeben“ hatte.<sup>5</sup> Alfons Paquet (1881–1944) war ein deutscher Journalist und Schriftsteller gewesen, der als Kuratoriumssekretär in Frankfurt a. M. jahrelang den Goethe-Preis überreichte. Er galt als „Pazifist im NS-Staat“ und war als Reise-Schriftsteller bekannt geworden.<sup>6</sup>

Nach dem Krieg arbeitete Heinrich Geffert weiter als Volksschullehrer und studierte parallel dazu elf Semester an der Hamburgischen Universität, „vorwiegend auf den Gebieten der Pädagogik und Psychologie, daneben auch auf dem der neuen deutschen Literatur“.<sup>7</sup>

Als seine akademischen Lehrer nannte er in seinem Lebenslauf u. a. die Professoren Conrad Borchling, Gustaf Deuchler, Ernst Cassirer, William Stern und Peter Petersen.<sup>8</sup> Im Kontext der von Heinrich Geffert im Sommer 1926 abgegebenen Doktorarbeit würdigte er insbesondere seinen Doktorvater, Prof. Gustaf Deuchler<sup>9</sup>, „der mir bei der vorliegenden Arbeit mit Rat und Tat zur Seite stand.“

Thema der Doktorarbeit von Heinrich Geffert: „Das Bildungsideal im Werk Hermann Hesses.“<sup>10</sup>

Deuchler war einer der führenden Erziehungswissenschaftler und Lehrerbildner in den 1920er Jahren, der 1923 das erste Ordinariat für Erziehungswissenschaft an der Universität in Hamburg übernommen hatte. Einer der ersten Hochschulassistenten bei Deuchler war Peter Petersen gewesen, der aber kurz darauf bereits einen Ruf als Ordinarius nach Jena erhalten hatte. Später war auch Willi Schulz auf einer Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei Gustaf Deuchler beschäftigt, der schon 1924/25 für erziehungswissenschaftliche und psychologische Studien aus seiner Landeschullehrerstelle beurlaubt gewesen war.<sup>11</sup> Somit hatte sich die langjährige Freundschaft zwischen Geffert und Willi Schulz in diesem Kontext noch einmal revitalisiert.

Heinrich Gefferts Prüfer am 31.7.1926 waren Gustaf Deuchler für Erziehungswissenschaft und William Stern für Psychologie gewesen. Deuchler hatte außerdem auch noch die Lateinprüfung abgenommen. Beide Professoren bezeichneten Gefferts Arbeit als „sehr lobenswert“. Stern schrieb: „Der Kandidat zeigte eine gute Beherrschung der vielseitigen Themen und wusste das Wesentliche der Theorie verständlich herauszuarbeiten.“<sup>12</sup>

# Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der  
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-  
und Erziehungswesens in Hamburg

10. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 2. Mai 1931

Nummer 18

Inhalt: Über die Entwicklung des schriftlichen Ausdrucks im Schulalter. / Physische Erdkunde. / Pädologenkongress in Hamburg. / Zur wirtschaftlichen Lage. Umjahn. / Aus Hamburg. / Mitteilungen. / Vereinsanzeigen.

## Über die Entwicklung des schriftlichen Ausdrucks im Schulalter.

Von Dr. Heinrich Geffert.

Die folgenden Ausführungen stellen sich die Aufgabe, dem Leser einen kurzen Überblick über die wichtigsten Probleme zu geben, die in der Literatur über die schriftsprachliche Entwicklung des Schulkindes bislang in Angriff genommen sind. Das Fragmentarische dieses Berichtes erklärt sich daraus, daß es bis heute noch keine geschlossene und umfassende Darstellung auf diesem Gebiete gibt. Es

und Erzähler zeigt. Beckmann hat zunächst eine Häufigkeitsstatistik aufgestellt und darauf den prozentualen Anteil der grammatischen Kategorien errechnet. Bei der Anordnung der Prozentzahlen nach dem Schulalter ergeben sich bei einigen Kategorien steigende, bei andern fallende Reihen; bei vielen schwanken indes die Werte für die prozentuale Häufigkeit. Zu den Wortarten, deren Prozentzahlen eine steigende Reihe ergeben, denen also eine „Entwicklungstendenz“ innewohnt, gehören das abstrakte Substantiv, das Adjektiv, die Präpositionen und das Relativpronomen. Bei diesen Wortarten läßt sich demnach, was ihre prozentuale Häufigkeit be-

Heinrich Geffert als Autor in der Hamburger Lehrerzeitung, 1931

Am 2.3.1927 wurde Heinrich Geffert die Urkunde zum Dr. phil. überreicht. Vorher hatte er am 1.10.1926 eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Lehrerfortbildung erhalten. Am 1.8.1927 wurde er zum Wissenschaftlichen Rat befördert und nahm daneben einen Lehrauftrag an der Universität Hamburg im Rahmen der Lehrerbildung an. Auch hier war er von Gustaf Deuchler gefördert und berufen worden.<sup>13</sup>

Wie dynamisch die Zeit war, geht auch daraus hervor, dass Gustaf Deuchler 1932 in die NSDAP eintrat und deutliche Ambitionen zeigte, 1933, bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten eine führende Stelle zu übernehmen. Sein Ziel war es gewesen, Schulsenator zu werden, was ihm aber nicht gelang, wohl auch, weil er „von gefürchteter Streitsucht und eigenwilligen Charakters war“.<sup>14</sup> Deuchler blieb Hochschullehrer und trat an der Universität Hamburg in SA-Uniform auf.

Währenddessen musste Gefferts anderer Prüfer, der Begründer der Differenziellen Psychologie und über die deutschen Grenzen hinaus bekannte Psychologieprofessor William Stern, 1933 emigrieren, um sich vor der einsetzenden Judenverfolgung in Sicherheit zu bringen.<sup>15</sup>

Heinrich Geffert zeigte sich als ein intensiver Mitarbeiter in der „Gesellschaft der Freunde“, schrieb einige Aufsätze in der „Hamburger Lehrerzeitung“ und veröffentlichte Bücher zur deutschen Spracherziehung, u. a. mit Schulrat Gustav Schmidt ein „Arbeitsbuch für den Unterricht in der deutschen Sprache“.<sup>16</sup>

In der HLZ wurde anlässlich seines 80. Geburtstages 1967 seine Arbeit in jener Zeit so beschrieben:

„Er hielt Verbindung mit einem großen Kreise führender Wissenschaftler in seinem Gebiete der muttersprachlichen Erziehung. Geffert ist ein gewissenhafter Stilist, in allem zielsicher und konsequent, auch im Umgang mit Menschen, empfindlich aber verbindlich, ohne jemand zu enttäuschen. In der ‚Gesellschaft der Freunde‘ leitet er die Arbeitsgemeinschaft für den Deutschunterricht und zieht sie heran bei der Bearbeitung seines Übungsbuches für die Hamburger Schulen im Verlag der ‚Gesellschaft der Freunde‘.“<sup>17</sup>

Bedeutsamer sicherlich, was über die Rolle von Heinrich Geffert 1933 geschrieben wurde.

„Größer ist sein Verdienst, das er sich in dem wilden ersten Vierteljahre 1933 als Retter in der Not erwarb; er sah und wies den Weg, wie die ‚Gesellschaft‘ mit allen ihren Werten, Vereinshaus, Bücherei, Kassen, vor drohenden und befürchteten unberechenbaren Angriffen bewahrt werden könnte, wenn man Wilhelm Schulz zum Vorsitzenden machte. Wilhelm Schulz (17. März 1887 bis 7. Januar 1947) war bereits einmal Delegierter der ‚Gesellschaft‘ auf einer deutschen Lehrerversammlung gewesen und treues Mitglied des Vereins, dazu Assistent bei Professor Deuchler, somit der Lehrerschaft nicht ganz unbekannt; in der NS-Partei hatte er Autorität aufgrund seiner Parteinummer. Geffert führte eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Vorsitzenden der ‚Gesellschaft‘, Gustav Kühler und Schulz herbei. So verlief dann die Gleichschaltung, freilich mit Zähneknirschen, aber ohne Meuterei: Schulz wurde Vorsitzender (und bald darauf Landesschulrat; ihm war es gelungen, Fritz Köhne gegen starke Widerstände in seinem Amt als Schulrat zu halten, um die alte pädagogische Linie nach Möglichkeit zu wahren). Die Übereignungen konnten auf besinnlichere Tage verschoben und unter Wahrung einiger Hamburger Vorrechte verhandelt werden. Der Faden, an dem damals das Geschick der ‚Gesellschaft‘ hing, war dünn; von den dreien, die ihn spannten, lebt nur noch Heinrich Geffert; ihm gebührt noch unser großer Dank!“<sup>18</sup>

Ich habe in der Biografie Willi Schulz<sup>19</sup> den komplizierten Prozess beschrieben, in dem sich der NSLB in Hamburg befand. Der NSLB war in Hamburg am 28.5.1931 von fünf NSDAP-Mitgliedern gegründet worden. Unter ihnen Albert Mansfeld<sup>20</sup>, der 1933 zu einem engen Verbündeten von Willi Schulz wurde. Bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Hamburg am 5.3.1933 bestand der NSLB aus wenig mehr als 100 Personen. Die Führung im NSLB hatte zu diesem Zeitpunkt eine kleine Gruppe „Alter Kämpfer“, die zwar wortradikal aber einigermaßen orientierungslos war und denen man nicht zutrauen konnte, den Prozess der Gleichschaltung der reformpädagogisch ausgerichteten ‚Gesellschaft der Freunde‘ zu realisieren. Ihr Leiter war Hinrich von der Lieth.<sup>20</sup>

Die Berufung von Willi Schulz zum Oberschulrat und einige Monate darauf

zum Landesschulrat soll folgendermaßen erfolgt sein: Der spätere Reichsstatthalter der NSDAP in Hamburg, Karl Kaufmann, hatte vor der Machtübernahme auf einer Parteiversammlung der NSDAP in Geesthacht, 1932, eine propagandistische Rede gehalten. Diese Versammlung war auch von Willi Schulz besucht worden, der als Landschullehrer in Geesthacht arbeitete. Schulz machte sich nach der Versammlung mit Kaufmann bekannt und lud ihn zu sich nach Hause zu Kaffee und Kuchen ein. Schulz trat daraufhin am 1.8.1932 in die NSDAP und in den NSLB ein.<sup>21</sup>

Als nach der Machtübernahme die NS-Verantwortlichen nicht wussten, wen sie mit der Leitung des Schulwesens beauftragen sollten, erinnerte sich Kaufmann an Schulz, „der ihm außer seinen politischen Ansichten als ‚nordischer‘ Typ aufgefallen war“. Kurz darauf sei Schulz berufen worden.<sup>22</sup>

Soweit die in der „Gesellschaft“ kolportierte Geschichtsschreibung.

Neben personellen Engpässen gab es bei dem NSDAP-Gauleiter Kaufmann aber durchaus ein handfestes politisches Kalkül: Schulz schien ihm aufgrund seines Alters und seiner Erfahrung der geeignete Mann zu sein, der die Zerstrittenheit und die Machtkämpfe innerhalb des bis 1933 unbedeutenden NSLB beenden sollte. Und diese Funktion nahm Schulz, unterstützt von Albert Mansfeld, durchaus erfolgreich wahr. Die bisherige NSLB-Führung, politisch eher orientierungslos und persönlich zerstritten, wurde abgelöst. Und aufgrund seiner „Gesellschafts“-Biografie schien Schulz der geeignete Mann zu sein, die bisherigen Lehrerorganisationen gleichzuschalten.<sup>23</sup> Die Rolle, die Heinrich Geffert dabei spielte, ist bisher nie so deutlich dargestellt worden.

Geffert selbst war bereit, nach der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“<sup>24</sup> eine wichtige Funktion zu übernehmen. Mit der Ausgabe Nummer 19 vom 13.5.1933 fungierte Heinrich Geffert als Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung“ bis zum Ende des Jahres 1933. Auffällig ist, dass in der Phase seiner Schriftleitung zunehmend pädagogische Themen und solche der Lehrerbildung in Aufsätzen behandelt wurden, daneben freilich auch Beiträge, die den Gleichschaltungsprozess und die Neuausrichtung des Hamburger Schulwesens beschrieben. Geffert war, aufgrund seiner Verbindung zu Willi Schulz, Teil dieses Prozesses, in moderierender Funktion. Wobei er in der HLZ selbst selten über den Veränderungsprozess schrieb. Geffert unternahm dann den Versuch, das Neue mit dem Alten zu verbinden, wobei sich schon nach kurzer Zeit erweisen sollte, wie rigoros die Nationalsozialisten ihre Grundpositionen durchsetzten. Am neuen Schulgesetz versuchte Geffert hervorzuheben, was durch die Abschaffung der Selbstverwaltung und die Durchsetzung des Führerprinzips ganz anders exekutiert wurde:

„Während das Gesetz über die Verwaltung der Schulen vom 12. April 1920 das Schwergewicht auf die gemeinsame Arbeit in der Schule und die gemeinsame

Schulverwaltung legte – wobei dem einzelnen Lehrer weitgehende Freiheiten zugestanden wurden –, hebt das neue Gesetz vor allem die Funktion des Schulleiters hervor. Nach dem neuen Gesetz, das das Ende der Selbstverwaltung bedeutet, wird der Schulleiter von der Landesunterrichtsbehörde bestellt. Nach welchen Grundsätzen die Auswahl der Schulleiter erfolgen soll, darüber äußerte sich vor kurzem Herr Senator Witt vor Pressevertretern. Er begründete zunächst, weshalb man das rektorale System nicht wiederhergestellt habe, und führte aus, dass nach der akademischen Vorbildung der Volksschullehrer die alte Rektorprüfung hinfällig geworden sei. Man wolle kein neues Examen schaffen, mit dem ein neuer Titel und ein höheres Gehalt verbunden wären. In Zukunft seien für die Bestellung des Schulleiters neben der Staatsgesinnung wissenschaftliche und schulpraktische Befähigung maßgebend. Diesen Ausführungen des Präses der Landesunterrichtsbehörde kann die hamburgische Lehrerschaft aus voller Überzeugung zustimmen, mit dem Hinweis freilich, dass die Staatsgesinnung sich nicht lediglich in einem äußeren Bekenntnis, sondern vor allem in einer vorbildlich deutschen Gesamthaltung der Persönlichkeit zeigen müsse. An die wissenschaftliche und berufliche Fähigkeit der Schulleiter, die künftig das Recht und die Pflicht der Einsichtnahme in den Unterricht haben werden, stellt die Lehrerschaft die gleichen Ansprüche wie die Behörde, und sie wünscht, dass es gelingen möge, Schulleiter zu berufen, die diesen Anforderungen genügen. Dem Lehrkörper steht nach § 4 des Gesetzes das Recht der Mitberatung und Unterstützung des Schulleiters zu. Hoffen wir, dass der Schulleiter recht viel Gebrauch von dieser Bestimmung macht, damit sich feste Formen der Zusammenarbeit in den Kollegien herausbilden!“<sup>25</sup>

Hier zeigten sich Illusionen und eine gewisse Naivität. Das wird für Geffert auch der Grund gewesen sein, mit Ende des Jahres 1933 die Schriftleitung der HLZ abzugeben. Wobei es auch einen äußeren Druck gab. Die Gruppe der „alten Kämpfer“ im NSLB führte einen hartnäckigen Kampf gegen Willi Schulz, der seit 1934 nicht nur als Gauamtsleiter des NSLB, sondern auch als Landesschulrat fungierte. Sie zogen vor das Parteigericht der NSDAP, um ein Ausschlussverfahren gegen Willi Schulz zu erreichen. Ich habe das ausführlich in den Biografien Guido Höller<sup>26</sup>, Heinrich Hehn<sup>27</sup> und Erwin Gottsleben<sup>28</sup> dargestellt. Immer wieder wurde in den Schriftsätzen auch die HLZ als Beleg dafür angeführt, dass Willi Schulz nicht genügend dagegen einschritt, dass der alte „marxistische Genitivverein“, wie die „Gesellschaft der Freunde“ von den unzufriedenen NSLB-Kämpfern genannt wurde, immer noch ein Leben im NSLB führte. So schrieb man an das Oberste Parteigericht der NSDAP:

„Nach der Gleichschaltung des Genitivvereins, zu dessen 1. Vorsitzenden Pg. Schulz ernannt worden war, blieb die Hamburger Lehrerzeitung in den Händen



dieses marxistisch verseuchten Lehrervereins, anstatt sich im nationalsozialistischen Sinn umzugestalten. Infolgedessen wurden einzelne Posten neu besetzt und zwar mit aktiven Mitgliedern des Genitivvereins.“<sup>29</sup>

Es wurde kritisiert, dass die jetzigen Verantwortlichen für die HLZ „weltanschaulich durchaus dem roten System verpflichtet waren“, die HLZ „früher ihre Judenfreundlichkeit unverhüllt“ gezeigt habe und „nach der Gleichschaltung nur noch wirtschaftlich verhüllt durch Zulassung bezahlter jüdischer Geschäftsanzeigen in großer Zahl und Aufmachung“ praktiziere.“<sup>30</sup>

Über Heinrich Geffert wurde geschrieben:

„Dr. Geffert sowohl wie Dr. Fehring gehören dem Hamburger Lehrerfortbildungsinstitut an, das eine Neugründung des niedrigeren Systems ist und das bis heute trotz des Widerstands nationalsozialistischer Kreise einen Teil des alten Lehrkörpers sich bewahrt hat. Beide haben sich noch im Januar 33 für die Arbeitsausschüsse des rot gesinnten Genitivvereins zur Verfügung gestellt und sind in der Hauptversammlung einige Tage später in den Lesebuchausschuss gewählt worden, der nicht nur die Auswahl des Lesestoffs pazifistisch beschnitten hatte, sondern auch dem Kind als Künstler – diesem bolschewistischen Lehrbegriff – durch Aufnahme kindlicher Einzel- und Massenschöpfungen Anerkennung geben wollte. Dr. Geffert hatte sich außerdem durch die Förderung des Goethebuchs von Alfons Paquet, das Goethe in die Durchschnittsmenschen einzureihen versuchte und das zu Ostern 32 unter Androhung einer Disziplinarstrafe an die abgehenden Volksschüler verteilt werden musste, schwer gegen das deutsche Volkstum versündigt. Die HLZ verstieß darum unter seiner Leitung und gar nicht selten heftig gegen nationalsozialistisches Denken und Empfinden.“<sup>31</sup>

Das Ausschlussverfahren vor dem Obersten Parteigericht richtete sich gegen Willi Schulz. Hier sollte belegt werden, dass Schulz es nicht schaffte, rigoros für nationalsozialistische Prinzipien einzutreten.

Auf der anderen Seite war Heinrich Geffert durchaus an der Umgestaltung des Hamburger Bildungswesens beteiligt. So hatte er die Funktion des Gausachbearbeiters für den Deutschunterricht übernommen<sup>32</sup> und an den „Grundsätzen zu einem Bildungsplanung für die hamburgische Volksschule“ mitgearbeitet.<sup>33</sup> Sie bildeten die Grundlage für die neu aufgelegten Lernbücher für den Volksschulunterricht.

„Für den ein Drittel des Textes umfassenden Regionalteil der Hamburger Lesebücher trafen der für die Volksschulen zuständige Oberschulrat Albert Mansfeld und der als Dozent im Institut für Lehrerfortbildung tätige Heinrich Geffert die Auswahl, die für das fünfte und sechste Schuljahr erstmalig 1935 herausgebracht wurde. Zu zwei Dritteln waren die Texte reichseinheitlich gleich. Sie zielten auf die Erziehung zum Nationalsozialismus, auf Rassenlehre, Heimatverbundenheit, Wehr-

bereitschaft, ‚Volksgemeinschaft‘ und Hitler-Verehrung und waren von Autoren verfasst, die der nationalsozialistischen Bewegung zutiefst verbunden waren.“<sup>34</sup>

Dies war der schulpolitische und inhaltliche Zusammenhang, in den sich Heinrich Geffert begeben hatte.

Geffert war durch die Gleichschaltung seit 1933 Mitglied des NSLB und der NSV, aber zu diesem Zeitpunkt nicht Mitglied der NSDAP geworden.<sup>35</sup>

Am 1.5.1937 trat Heinrich Geffert in die NSDAP ein.<sup>36</sup> Wer zu diesem Zeitpunkt seine Schulleiterfunktion oder eine Karriere in der Lehrerbildung oder Lehrerfortbildung nicht gefährden wollte, kam um diesen Schritt nicht herum. Dass Geffert in der NSDAP umstritten war, zeigen zwei politische Gutachten, die eingeholt worden waren, als er der Partei beitreten wollte. So schrieb August Roock, Schulleiter der Schule Borsteler Chaussee 129, über ihn ein parteiinternes Dossier:

„Vor Ausbruch des Weltkrieges war Dr. Geffert Lehrer an der Schule Borsteler Chaussee. Er versah seinen Dienst unter dem nationalen Rektor zu dessen größter Zufriedenheit. Als jedoch der Krieg ausbrach und Dr. G. dann einberufen wurde, um dem Vaterlande gegenüber seine Pflicht zu erfüllen, wie es sich für jeden deutschen Mann und für einen Jugenderzieher ganz besonders gehörte, da benahm er sich sehr kläglich und seine pazifistische Gesinnung kam zum Durchbruch. Nach dem Kriege (über seine Tätigkeit im Felde weiß ich nichts) war er wieder an der Schule in Groß-Borstel tätig. Durch die Novemberrevolte hatte auch in dieser Schule die marxistisch-pazifistische Weltanschauung Einzug gehalten. Der Lehrkörper war teils teils, nationalen Lehrkräften standen solche mit marxistischer Auffassung gegenüber. Konflikte konnten in diesem Lehrkörper nicht ausbleiben. Dr. Geffert erklärte nun in einer Konferenz, dass dies Kollegium nicht zusammenpasse. Es sei nur ein Konglomerat, Einigkeit werde doch nie erzielt und er ziehe daraus die Konsequenzen. Er ging dann an die von dem marxistischen Lehrer C. Götze (dem späteren Oberschulrat) geleitete Versuchsschule. Mit Götze hatte Dr. G. schon während seiner Tätigkeit an der Borsteler Schule engen Umgang. Später studierte Dr. Geffert und kam als wissenschaftlicher Rat an das Institut für Lehrerfortbildung, wo er noch heute tätig ist.

Über seine jetzige politische Gesinnung kann ich schlecht etwas sagen. Aber folgende Beobachtungen mögen das Bild aufhellen. Wenn er auch als Mitglied der NSV monatlich 1,50 Reichsmark und außerdem zur Sommerspende den gleichen Betrag zahlt, er bei Sammlungen und Kartenverkauf niemals Schwierigkeiten macht, so vermisse ich seine positive Mitarbeit. Sollte durch seinen Beruf diese nicht gut möglich sein, so könnte er doch immerhin seine nationalsozialistische Gesinnung frei nach außen bekunden. Begegnet er mir auf der Straße, in der Bahn oder sonstwo, so grüßt er mich stets recht freundlich und liebenswürdig durch schüchternes Heben des angewinkelten rechten Armes und Nicken des Kopfes mit zaghaftem Heil

Hitler! Volksgenossen grüßt er ebenfalls freundlich und liebenswürdig durch Ziehen des Hutes mit Guten Morgen oder Guten Tag. Diese Art ist typisch für ihn. Nur keine Konflikte oder Reibereien, er will mit jedem halten und mit keinem verderben. Gerade das, was unbedingt nötig ist, Kämpfernatur, die ist er m. E. absolut nicht.“<sup>37</sup>

Handschriftlich war auf diesem Gutachten vermerkt: „Dr. G. saß in den Arbeitsausschüssen der durchaus linksgerichteten ‚Ges. d. Freunde‘ (Genitiv-Verein) und gehörte zum engeren Kreis der sozialdemokratischen Abgeordneten und Leiter der Organisation, Götze, Ballerstaedt, Zelck.“<sup>38</sup>

Und in einem Schreiben des Gaupersonalamtes vom 1.3.1937 hieß es:

„Volksgenosse Dr. G. war vor der Machtübernahme nirgends parteipolitisch registriert. Ihn politisch uninteressiert zu bezeichnen, kann bei seiner engeren Zusammenarbeit mit den marxistischen Leitern der Gesellschaft wohl kaum ernsthaft behauptet werden. An dem Fleiß und den Kenntnissen des Vg. G. ist übrigens nicht im geringsten gezweifelt worden.

Eine positive Mitarbeit des Dr. G. wird hier gänzlich vermisst. Er hat Versammlungen der NSDAP innerhalb der Ortsgruppe nie besucht. Er arbeitet auch in keiner Gliederung der NSDAP innerhalb der Ortsgruppe. Er ist lediglich Mitglied des NSLB und der NSV.“<sup>39</sup>

Auch diese Stellungnahme ist offenbar vom Rektor aus Groß-Borstel, August Rook, verfasst worden. Am Ende beschreibt er noch einmal, dass Heinrich Geffert offensichtlich zu vermeiden suchte, mit „Heil Hitler“ zu grüßen: „Es scheint ihm der deutsche Gruß also recht schwer zu fallen und unangenehm zu sein.“<sup>40</sup>

Dennoch wurde Heinrich Geffert in die NSDAP aufgenommen, sicherlich hatte auch Willi Schulz darauf Einfluss nehmen können.

Beruflich war dies förderlich, am 1.3.1939 wurde Heinrich Geffert zum Professor an der Hochschule für Lehrerbildung ernannt.<sup>41</sup>

Als es in den Zeiten des Krieges durch die Einziehung vieler Lehrer zur Wehrmacht zu Engpässen in der Lehrerversorgung kam, wurden Maßnahmen beschlossen, Lehrerbildungsanstalten (LBA) zu bilden. „An der bereits 1941 gegründeten LBA I in der Armgartstraße wurden im Oktober 1942 165 Mädchen und 61 Jungen, zusammen also 226 junge Menschen, zu Volksschullehrerinnen und -lehrern ausgebildet. Von den im Herbst 1942 neu eintretenden 25 Jungen kamen 21 aus Volksschulen und vier aus Mittel- und Oberschulen. Es überwog hier mit 186 Schülern die Altersgruppe der 16- bis 18-jährigen. Nur drei neu aufgenommene Jungen waren 14 Jahre alt. Demgegenüber wurden zur gleichen Zeit an der 1942 entstandenen LBA II in der Felix-Dahn-Straße unter der Leitung von Prof. Heinrich Geffert nur 13 Jungen und 286 Mädchen, die jüngsten 14, die ältesten 22 Jahre alt, unterrichtet. Außer ihm und seiner Stellvertreterin Prof. Sophie Barrelet<sup>42</sup> gehörten dem

Lehrerkollegium zwölf Lehrerinnen und zehn Lehrer an. Nur sieben von ihnen hatten die Ausbildung zum Volksschullehrer durchlaufen.“<sup>43</sup>

Für diese neue Aufgabe wurde Heinrich Geffert am 1.8.1944 zum Oberstudienleiter ernannt. In der Begründung, vom Reichsstatthalter in Hamburg, Karl Kaufmann, am 28.1.1944 an den Reichsminister für Wissenschaftserziehung und Volksbildung geschickt, wurde deutlich, dass diese Beförderung innerhalb der Partei nicht unstrittig war:

„An meinem Vorschlag, Professor Dr. Heinrich Geffert zum Oberstudienleiter an der Lehrerinnenbildungsanstalt zu ernennen, halte ich fest. Es ist zwar richtig, dass Professor Dr. Geffert keine ausgesprochenen Führeigenschaften besitzt. Er verfügt aber über eine sehr gute schulpraktische Erfahrung und über bedeutende pädagogische Fähigkeiten. Seine fachlichen Leistungen sind durchaus schöpferisch. Er ist seit Jahren an der Schaffung des Reichslesebuchs beteiligt. Es trifft nicht zu, dass ihm die erforderliche Begeisterungsfähigkeit fehlt. Ebenso steht die Tatsache, dass er sich dem Anstaltsleben vollständig fernhält, mit den Gegebenheiten im Widerspruch. Er wird auch keineswegs von den Schülerinnen als Persönlichkeit abgelehnt. Seine vornehme Gesinnung, großes Können und tiefgreifendes menschliches Verständnis sichern ihm vielmehr die Achtung der Schüler.“<sup>44</sup>

Heinrich Geffert war umstritten, wurde dennoch befördert zu einem Zeitpunkt, wo der mit ihm befreundete Willi Schulz aus Krankheitsgründen als Landesschulrat schon ausgeschieden war. Die Ernennungsurkunde wurde am 14.9.1944 im Führer-Hauptquartier ausgestellt.<sup>45</sup>

Nach Ende der NS-Herrschaft sah es anders aus. Mit Schreiben vom 8.6.1945 wurde Heinrich Geffert seines Amtes als Leiter der Lehrerinnenbildungsanstalt II entzogen.<sup>46</sup> Dagegen legte er am 12.6.1945 Einspruch ein. Darin schrieb er u. a.:

„Meine verschiedenen Ämter verdanke ich nicht der Parteizugehörigkeit, sondern eigener Arbeit. Ich habe die erforderlichen Prüfungen abgelegt, mich in meinen Ämtern bewährt und durch Veröffentlichungen, die nicht nur in Hamburg, sondern auch im Reich bekannt sind, bewiesen, dass ich zur Führung dieser Ämter befähigt war. Ich bin Deutscher, sehe aber die Sendung des Deutschtums nicht auf kriegerischem, sondern auf kulturellem Gebiet, und wenn ich auch im Jahre 1937 zwangsweise in die NSDAP eintreten musste, so erblicke ich doch im Nationalsozialismus nicht die Ausprägung deutschen Wesens.“<sup>47</sup>

Heinrich Geffert gab an, dass bei der Zerstörung seiner Wohnung im Sommer 1943 wesentliche Unterlagen verbrannt seien, er aber als Zeugen Oberschulrat Fritz Köhne und Schulrat Gustav Schmidt benennen könne. Schmidt unterschrieb als Zeuge auch Gefferts Entnazifizierungsfragebogen.<sup>48</sup>

Zu seiner weltanschaulichen und politischen Haltung schrieb Geffert, in seinem Elternhaus in christlich-sozialem Sinne erzogen worden und niemals aus der Kirche ausgetreten zu sein. Die Entwicklung seiner Weltanschauung und seines pädagogischen Denkens sei sehr stark von Schulmännern in der „Gesellschaft der Freunde“ geprägt worden, „die das pädagogische Leben Hamburgs“ bestimmten.<sup>49</sup>

In enger Freundschaft sei er dem sozialdemokratischen Reformpädagogen und Oberschulrat Carl Götze verbunden gewesen und dem Weltreisenden und Schriftsteller Dr. Alfons Paquet, „über den ich mehrfach geschrieben habe, und seinem demokratischen Ideal treu geblieben bin, auch als die nationalsozialistische Presse ihn totschierte“. Auch der Dichter Hermann Hesse, über dessen Bildungsideal Geffert seine Doktorarbeit verfasst hatte, sei ebenfalls von den Nationalsozialisten angegriffen worden. Er sei niemals einer Partei beigetreten, weil er sich „die Freiheit des Denkens sichern wollte“. Bis 1937 habe er an keiner Parteiversammlung in seiner Ortsgruppe teilgenommen, „war lediglich im NS-Lehrerbund in meinem Fach (Deutsch) tätig. Als jedoch die Lehrerbildung aus der Universität in die Hochschule für Lehrerbildung verlegt wurde, legte mir der damalige stellvertretende Leiter der Hochschule nahe, die Parteizugehörigkeit zu erwerben. Da ich bereits große Schwierigkeiten mit meiner Ortsgruppe hatte, tat ich, um nicht mein Amt zu verlieren, den schweren Schritt und ließ mich durch den NSLB anmelden. Die Ortsgruppe lehnte mich aber ab, da die Gutachten über mich im Sinne des Nationalsozialismus politisch negativ lauteten.“<sup>50</sup>

Im Januar 1938 sei gegen ihn ein Kreisgerichtsverfahren eröffnet worden. „Man warf mir, als einem Beamten der Systemzeit, meine pazifistische Haltung vor und meine Beziehungen zu sozialdemokratischen Schulräten und Schriftstellern (Hesse, Paquet). Erst als zwei Vorgesetzte sich für mich verbürgten, wurde ich unter der Bedingung aufgenommen, mich als Blockleiter zu bewähren. Ich war dann kommissarischer Blockleiter von 1938 bis 1943. Als Blockleiter habe ich meine vornehmste Aufgabe in der Betreuung wirtschaftlich schwacher Volksgenossen gesehen.“<sup>51</sup>

Zu seiner Tätigkeit als Schriftleiter der HLZ von Mai bis Dezember 1933 erklärte er, er habe diese Aufgabe übernommen, „um zu verhindern, dass radikale Nationalsozialisten sich des Blattes bemächtigten. Da die Zeitung im wesentlichen für den nicht nationalsozialistischen Teil der Hamburger Lehrerschaft bestimmt war, ließ ich bewährte Schulmänner zu Worte kommen, lehnte Hetzartikel ab und eröffnete sogar Diskussionen über Parteidogmen. Die Angriffe mehrten sich; die schwersten Beschuldigungen erhob der bekannte nationalsozialistische Erziehungswissenschaftler Ernst Kriek gegen mich in seinem Artikel: ‚Achtung – sie kommen!‘ (Volk im Werden, Jahrgang 1933). Ich wurde daraufhin gezwungen, die Schriftleitung niederzulegen und sie einem Nationalsozialisten zu übergeben.“<sup>52</sup>

In seiner Tätigkeit als Leiter der Lehrerinnenbildungsanstalt habe Heinrich Geffert immer wieder Probleme mit dem BDM gehabt, dessen Einfluss er „möglichst ausgeschaltet“ habe. „In meiner Anstalt herrschte der Geist der Duldsamkeit. Es ist in meiner Gegenwart kein Hetzwort gegen das Judentum oder gegen die Kirche gefallen.“<sup>53</sup>

Heinrich Geffert bat darum, weiterhin in der Lehrerbildung oder Lehrerfortbildung verwendet zu werden.

In der Folgezeit bekam Geffert eine große Zahl von Leumundszeugnissen, die ihm viele bedeutende, langjährige Demokraten und Reformpädagogen ausstellten.

So erklärte der ehemalige Landesschulrat, Prof. Ludwig Doermer:

„Nach der Machtübernahme der Nazis im Jahr 1933 hat Dr. Geffert mich aufgesucht, um mich zu fragen, wie er sich verhalten sollte, ob er seine Arbeit in der Lehrerbildung weiterführen oder niederlegen sollte. Ich habe ihm damals gesagt, dass er so jung sei, dass er seine Arbeiten nicht abbrechen dürfe und dass es mir wünschenswert erschiene, dass möglichst viele auf demokratischem Boden stehende Schulmänner auch unter der neuen Regierung an der Förderung von Erziehung und Unterricht mitarbeiteten, damit nicht alles zerstört würde, was wir in jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaut hatten. Diese Auffassung war falsch, wie sich bald herausstellte. Dr. Geffert ist wegen seines Umganges mit dem sozialistischen Oberschulrat des Volksschulwesens, Carl Götze, und mit dem Unterzeichneten von den Nazis jahrelang verfolgt und seelisch misshandelt worden, bis er endlich im Jahre 1937 in die Partei hineingezwungen worden war. Aber auch dann haben die Anfeindungen wegen seiner demokratischen Gesinnung noch nicht aufgehört. Geffert ist ein feinsinniger Pädagoge und Gelehrter, ein Mann, der der Politik ganz fern steht und den ich nur ungern als Mitarbeiter bei der künftigen Lehrerbildung vermissen würde.“<sup>54</sup>

Absehbar war, dass Schulrat Gustav Schmidt, der von den Nazis aus der Schulverwaltung entfernt wurde, weil er nicht bereit war der NSDAP beizutreten, sich für Geffert verwendete. Dies war zu erwarten, weil beide schon in der Weimarer Zeit sehr eng im Bereich des Deutschunterrichts zusammengearbeitet und publiziert hatten. Gustav Schmidt konnte Heinrich Geffert aber auch besonders gut beurteilen, weil er ihn aus nächster Nähe kannte. Er schrieb im Namen der Hamburger Schulverwaltung am 15.7.1946:

„Vorauszuschicken ist, dass G. Leiter der LBA in Hamburg war und dass alle Mitglieder dieser Anstalt von der Militärregierung besonders scharf beurteilt worden sind, viel schärfer als die Lehrer an Volks- und höheren Schulen. Zugrunde lag eine Anordnung, dass kein Mitglied der Partei wieder irgendwie in der Lehrerbildung tätig sein dürfe. Diese in die Zukunft abzielende Bestimmung wurde von der Militärregierung nun auch nach rückwärts auf die Lehrer der ehemaligen Lehrerbil-

dungsanstalten angewandt. Es wurden sehr viele entlassen, die politisch nur gering belastet waren, weil die Militärregierung ohne weiteres annahm, sie sollten auch in Zukunft wieder in der Lehrerbildung tätig sein. Das war von der Schulverwaltung durchaus nicht beabsichtigt und hätte auch nicht durchgeführt werden können, weil die Lehrerbildung jetzt an die Universität gekommen ist und kaum jemand von der ehemaligen LBA als Lehrer an der Universität infrage kommt.“<sup>55</sup>

Gustav Schmidt bezeugte, dass Geffert 1937 mit seinem Parteibeitritt „sich damals dem allgemeinen Druck fügte, den die Verwaltung und der Lehrerbund ausübte“.

Und er ergänzte: „Ich weiß aus eigener Kenntnis und aus manchem Gespräch, dass Geffert dem Nationalsozialismus durchaus abgeneigt war. Er hatte jedoch nicht die notwendige Härte, um sich dem Druck mit Erfolg zu widersetzen. Wie wenig nationalsozialistisch er damals gesonnen war, geht auch aus einem Gutachten der Partei vom 1. März 1937 hervor, das ihn für unfähig erklärte, Parteimitglied zu werden.“<sup>56</sup> Gemeint ist damit das oben erwähnte Gutachten von Schulleiter August Roock.

Gustav Schmidt verbürgte sich dafür, das Prof. Geffert „sich in Zukunft voll und ganz in die Gegenwart der Zeit hinein stellen wird und dass er ein wertvoller Gewinn für das hamburgische Bildungswesen sein wird“. Er erklärte, es sei beabsichtigt, ihn als Bibliothekar in einer wissenschaftlichen Bücherei zu verwenden.<sup>57</sup>

Die Britische Militärregierung akzeptierte Heinrich Geffert für die Arbeit in der Bibliothek, nicht aber in der Lehrerbildung.<sup>58</sup>

Und auch der Entnazifizierungsausschuss gab der Berufung statt, mit der Maßgabe, ihn als Bibliothekar zu beschäftigen.<sup>59</sup>

In einem anderen Gutachten hatte Gustav Schmidt präzisiert, wer Heinrich Geffert zum Eintritt in die NSDAP geraten hatte:

„In seiner ruhigen, gewissenhaften Art hielt er niemals damit zurück, dass er den Nationalsozialismus ablehnte. In den ersten Jahren nach 1933 gab er nicht klein bei; deswegen wurde er verleumdet und erfuhr in dem kleinen Vorort, in dem er wohnte, viel Feindschaft. Er galt hier als Pazifist und Gegner der NSDAP. Als der damalige Landesschulrat Schulz, der sein Jugendbekannter war, mit Klagen über Prof. Geffert überlaufen wurde, legte dieser Geffert dringlich nahe, in die Partei einzutreten, damit diese zermürenden Angriffe aufhörten. Um zur Ruhe zu kommen, bewarb sich Prof. Geffert um Aufnahme. Er wurde aber infolge eines verleumderischen Gutachtens abgewiesen; der Landesschulrat räumte jedoch durch seinen Einfluss die Hindernisse aus dem Wege.“<sup>60</sup>

Fluch und Segen einer Jugendfreundschaft.

Auch der ehemalige Oberschulrat Carl Götze bescheinigte Heinrich Geffert einen lauterer Charakter und hielt ihm zugute, niemals ein politischer Mensch ge-

wesen zu sein, „weder in seiner Anlage noch in seiner Bildung: seine Lebensarbeit war vielmehr wissenschaftlich und pädagogisch auf eine umfassende Reform des deutschen Sprachunterrichts gerichtet“.

Und auch Oberschulrat Fritz Köhne, der zu den fleißigen Leumundszeugnis-Schreibern gehörte, charakterisierte Heinrich Geffert so, wie man auch Köhne hätte beschreiben können:

„Dr. Geffert ist ein freundlicher, friedfertiger, hilfsbereiter Mensch, dem jeder Machtwille fehlt; der gewalttätige Nationalsozialismus ist seinem gütigen Wesen völlig fremd geblieben. In seinem Berufe war er ein tüchtiger Lehrer, der von seinen Mitarbeitern und Schülerinnen wegen seines fachlichen Könnens und seiner Menschenfreundlichkeit sehr geschätzt wurde.“<sup>61</sup>



Heinrich Geffert, 1950

Die vielen Personen, die Heinrich Geffert verehrten und nicht locker ließen, ihn zu unterstützen, traten dafür ein, dass Geffert, der seit dem 17.9.1946 in der IfL-Bibliothek seinen Dienst antrat, auch zur Lehrerbildung wieder zugelassen wurde und befördert werden konnte. So schrieb OSR Heinrich Schröder, dass „der Schulbehörde sehr daran liegt, dass Prof. Geffert, dem bisher eine Berufsbeschränkung auferlegt worden ist, möglichst bald seine Lehrtätigkeit aufnehmen kann“.<sup>62</sup>

Heinrich Geffert selbst hatte den Antrag gestellt, sein Verfahren wieder aufzunehmen und ihn „zur Lehrtätigkeit wieder zuzulassen“. Er verwies dabei auf ähnlich gelagerte Fälle, die zu einem positiven Ergebnis gekommen waren. Und er bekannte sich dazu, die Verbindung zu Willi Schulz genutzt zu haben:

„In der Nazizeit war es mein Bestreben, für die sozialistische Hamburger Schule und ihre Lehrer einzutreten, wo immer ich konnte. Diese Möglichkeit besaß ich, da der Landesschulrat mein Klassenbruder war.“<sup>63</sup>

Bemerkenswert ist, wie sich die drei Personen äußerten, die eine wesentliche Rolle in den Entnazifizierungsverfahren spielten und über einen präzisen Überblick verfügten, wie handelnde Akteure im Übergang der Weimarer Republik in die NS-Zeit agierten und einzuschätzen waren.

Schulrat Gustav Schmidt, der aus der Schulverwaltung auf Veranlassung des fanatischen Nationalsozialisten Albert Henze<sup>64</sup> ausscheiden musste, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten, klärte ein wichtiges Detail im Entnazifizierungsverfahren von Heinrich Geffert auf:

„Zum Beginn der Denazifizierung war ich Gutachter über alle Lehrkräfte der ehemaligen Lehrerbildungsanstalten in Hamburg. Damals war es üblich, mit dem



Vertreter der Militärregierung anhand des Fragebogens über die einzelnen Personen mündlich zu verhandeln. In einer solchen Besprechung setzten ich und andere Schulräte sich für eine Bestätigung Dr. Gefferts ein, und der Vertreter der Militärregierung sagte sie zu, obwohl man schon damals von englischer Seite die Lehrkräfte der Lehrerbildungsanstalten sehr misstrauisch beurteilte. Leider wurde Dr. Geffert entgegen der mündlichen Zusage entlassen, weil inzwischen die Verordnung Nummer 24 des Kontrollrates erschienen war, die im 10. Abschnitt unter Nummer 63 als zwangsweise zu entlassende Personen auch ‚die Vorstände aller Lehrerbildungsanstalten‘ aufführte.“<sup>65</sup>

Von Gewicht war auch die Stellungnahme des Schulrates Kurt Zeidler, der von den Nationalsozialisten als Schulrat 1933 abgesetzt worden war und eine führende Rolle in den Entnazifizierungsausschüssen nach 1945 spielte. Er schrieb:

„Während der Nazizeit begegnete ich Geffert mehrere Male und hatte ausführliche politische Gespräche mit ihm. Zu meiner Freude konnte ich immer wieder erkennen, dass Herr Geffert in keiner Weise vom Nazigeist angekränkt war; er war ganz der alte geblieben und gab seinem Abscheu gegen das Nazisystem unverhohlenen Ausdruck. In unseren Kreisen war damals bekannt, dass Herr Geffert sein persönliches Verhältnis zu seinem ehemaligen Klassenkameraden, dem damaligen Landesschulrat Schulz, benutzte, um auf diesen in gutem und mäßigendem Sinne einzuwirken. Er hat ihm gegenüber kein Blatt vor den Mund genommen und ihm unverblümt gesagt, wie sehr der größte Teil der Hamburger Lehrerschaft ihn und sein System verachte und ist in dieser Offenherzigkeit und Schonungslosigkeit so weit gegangen, dass es zwischen den beiden zu einem völligen Bruch kam.“<sup>66</sup>

Dieses Detail ist bisher nicht bekannt gewesen. Weiter schrieb Kurt Zeidler:

„Die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der politischen Überprüfung des Falles Geffert die Militärregierung, aufs Ganze gesehen mit vollem Recht, ein tiefes Misstrauen gegen die Leiter und Lehrkräfte der Lehrerbildungsanstalten hegte, hat dazu geführt, dass Geffert unvergleichlich viel strenger beurteilt wurde, als es vom heutigen Standpunkt heraus verantwortet werden kann. Man hat damals geglaubt, das Äußerste an Milde walten zu lassen, wenn man ihn in die Stelle eines wissenschaftlichen Bibliothekars versetzte, ihm aber jegliche Lehrtätigkeit verbot. Aufgrund meiner umfassenden Erfahrung als 2. Vorsitzender des Fachausschusses 6b und meiner sehr intensiven Mitwirkung als Verbindungsmann des Fachausschusses zu den im Bereich der Schulbehörde tätigen Berufungsausschüssen muss ich erklären, dass ich diese Entscheidung auf die Dauer für untragbar und ungerecht halte. Es kann nicht angehen, eine so verdiente und politisch so makellose Persönlichkeit wie Herrn Geffert auszuschließen.“<sup>67</sup>

Und auch Fritz Köhne, der als letzter Verbliebener der Zeit vor den National-

sozialisten in der Schulverwaltung auf Drängen seiner demokratischen und sozialdemokratischen Freunde geblieben war und somit über eine Binnensicht verfügte, würdigte Heinrich Geffert:

„Er galt bei den nationalsozialistischen Fanatikern des NSLB als ‚liberalistisch-demokratischer Typ‘, als ‚Götze-Freund‘, der die Personalpolitik des Landesschulrates nachteilig beeinflusste. Dr. Geffert hat in der Nazizeit die Verbindung mit Götze, Gustav Schmidt und mir nie gelöst, er blieb im Umgange der lebenswürdige, tolerante, geistig und pädagogisch interessierte Mensch, echt und natürlich, wie er vorher gewesen war.“<sup>68</sup>

Am 20.4.1949 tagte der Berufungsausschuss 17 unter Leitung des für milde Entscheidungen bekannten Rechtsanwalts Soll, im Beisein von Kurt Zeidler als Vertreter des Fachausschusses. Er gab der Berufung statt und entschied, dass Professor Geffert „die Lehrtätigkeit im vollen Umfange wieder aufnehmen kann und in Kategorie V eingestuft“ werde.<sup>69</sup>

Grundlegend für die Entscheidung des Berufungsausschusses war:

„Nach den Bekundungen zahlreicher, führender Persönlichkeiten im Schulwesen, deren Anti-NS-Einstellung dem Berufungsausschuss geläufig ist, ist Prof. Dr. Geffert im Jahre 1937 der NSDAP lediglich unter Zwang beigetreten aus der Befürchtung heraus, dass er wegen seiner bekannten pazifistischen und Anti-NS-Einstellung aus seinem Lehramt entlassen würde. Trotz seiner formalen Parteizugehörigkeit hat Prof. Dr. Geffert auch in der Folgezeit seine innere Einstellung gegen den Nationalsozialismus nicht aufgegeben. Wie sich aus Schriftstücken ergibt, ist Prof. Dr. Geffert wegen seiner auch nach außen hin bekundeten ablehnenden Haltung gegen den Nationalsozialismus angegriffen worden und hat seine Haltung trotz dieser Angriffe nicht geändert.“<sup>70</sup>

So geschah es dann auch. Heinrich Geffert wurde wieder eingestellt und war seit dem 1.4.1950 wieder Oberstudiendirektor. Im Ernennungsvorschlag hieß es:

„Prof. Dr. Geffert nimmt heute am Institut für Lehrerfortbildung eine Sonderstellung ein. Neben bedeutsamen Lehraufträgen werden ihm hauptsächlich wichtige Sonderaufgaben, die zum Teil außerhalb des Gebiets der Lehrerfortbildung liegen, übertragen.“<sup>71</sup>

Heinrich Geffert wurde am 4.4.1952 in den Ruhestand versetzt und arbeitete danach weiter mit Lehraufträgen am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg. Nebenbei schrieb er noch einige Bücher zum deutschen Sprachunterricht. Sehr verbreitet ist sein deutsches Wörterbuch „Unser Wortschatz“, das im Westermann-Verlag in über 30 Auflagen bis in die 1970er Jahre erschien.<sup>72</sup>

Heinrich Geffert war mit einem langen Leben gesegnet. Er starb, fast 100-jährig, am 13.3.1987 in Hamburg-Groß Borstel.<sup>73</sup>

## Anmerkungen

- 1 Lebenslauf in seiner Personalakte, StAHH, 361-3\_A2242
- 2 Siehe die Biografie Willi Schulz, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99ff.
- 3 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 4 Lebenslauf in seiner Personalakte a. a. O. Seine Personalakte gibt keinen Hinweis auf seine militärische Stellung während des Krieges.
- 5 Ebd.
- 6 Thomas Hatry: Alfons Paquet. Held ohne Namen, Heidelberg 2014.
- 7 Lebenslauf in seiner Personalakte, a. a. O.
- 8 Ebd.
- 9 Siehe die Biografie Gustaf Deuchler, in: de Lorent 2016, S. 142 ff.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Biografie Schulz a. a. O.
- 12 Prüfungsprotokoll vom 31.7.1926, Personalakte a. a. O. Zu William Stern siehe das biografische Buch von Martin Tschene: William Stern, Hamburg 2010.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Siehe Biografie Deuchler, a. a. O.
- 15 Siehe dazu auch die Biografie Georg Anschütz in diesem Band.
- 16 Für den Unterricht an Hamburger Schulen, 1941 herausgegeben.
- 17 HLZ 9/1967, S. 268f.
- 18 HLZ 9/1967, S. 269.
- 19 Siehe die Biografie Willi Schulz, a. a. O. Siehe dazu: Hans-Peter de Lorent: „Laßt hinter Euch die Welt des Intellekts“, Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.). „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119ff. und Hans-Peter de Lorent, Personalpolitik, ebenda, S. 203 ff.
- 20 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118ff.
- 21 Siehe Annemarie Biedermann: Als Sekretärin beim NSLB, in: Lehberger/de Lorent 1986, S. 125ff.
- 22 So der Leitende Regierungsdirektor Otto von Zerssen in einem Schreiben vom 4.3.1952 auf den Einspruch der Witwe Schulz gegen die Höhe der Hinterbliebenrente, in: Personalakte Schulz: StAHH- Hochschulwesen – Dozenten- und Personalakten DPW I\_376 Bd. 1. Die Darstellung von Zerssens korrespondiert mit der Aussage Kurt Zeidlers in seinen Erinnerungen: Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 83.
- 23 Siehe auch: Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006
- 24 Siehe dazu: Hans-Peter de Lorent: Max Traeger, Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887–1960). Weinheim 2017, S. 39ff.
- 25 HLZ 27/1933, S. 383
- 26 Biografie Guido Höller, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 378ff.
- 27 Biografie Heinrich Hehn, in: de Lorent 2017, S. 359ff.
- 28 Biografie Erwin Gottsleben, in: de Lorent 2017, S. 369ff.
- 29 Berlin Document Center, OPG I 83, Unterlagen für das Ausschlussverfahren gegen Pg. W. Schulz.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet, Schuljahr 1935–1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, S. 133.
- 33 Siehe dazu: Reiner Lehberger: Der „Umbau“ der Hamburger Volksschulen. Eine Dokumentation schulpolitischer Maßnahmen in der Frühphase der NS-Zeit, in: Lehberger/de Lorent 1986, S. 15ff.
- 34 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 110.
- 35 Entnazifizierungsakte Geffert, StAHH, 221-11\_Ed 8013

- 36 Ebd.
- 37 Gutachten vom 26.1.1937, später als Beleg für die Skepsis der NSDAP gegenüber Heinrich Geffert in sein Entnazifizierungsverfahren eingebracht, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Schreiben vom 1.3.1937, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 Personalakte a. a. O.
- 42 Siehe die Biografie Sophie Barrelet, in: de Lorent 2016, S. 352 ff.
- 43 Uwe Schmidt 2010, S. 508 f.
- 44 Schreiben vom 28.1.1944, Personalakte a. a. O.
- 45 Ernennungsurkunde zum Oberstudiendirektor vom 14.9.1944, Personalakte a. a. O.
- 46 Schreiben vom 8.6.1945, Personalakte a. a. O.
- 47 Einspruch vom 12.6.1945, Personalakte a. a. O.
- 48 Ebd. Entnazifizierungsfragebogen, ausgefüllt am 10.6.1946, Personalakte a. a. O.
- 49 Einspruch vom 12.6.1945, Personalakte a. a. O.
- 50 Ebd.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd. Dass Geffert gezwungen war, die Schriftleitung niederzulegen war vermutet, aber bis dahin öffentlich nicht kommuniziert worden.
- 53 Ebd.
- 54 Schreiben von Ludwig Doermer vom 13.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Schreiben von Gustav Schmidt vom 5.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 56 Ebd.
- 57 Ebd.
- 58 Empfehlung vom 7.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 59 Empfehlung vom 7.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 60 Schreiben aus dem November 1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 61 Schreiben vom 29.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 62 Schreiben vom 18.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 63 Schreiben an den Leitenden Ausschuss zur Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 10.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 64 Siehe die Biografie Albert Henze und darin die Auseinandersetzung mit Gustav Schmidt, in: de Lorent 2016, S. 162 ff.
- 65 Schreiben vom 22.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 66 Schreiben vom 19.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 67 Ebd.
- 68 Gutachten von Fritz Köhne vom 20.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 69 Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 20.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 70 Ebd.
- 71 Ernennungsvorschlag vom 4.5.1950, Personalakte a. a. O.
- 72 Personalakte a. a. O.
- 73 Personalakte a. a. O.

## Max Fehring

**„Das Ideal einer solchen nationalpolitischen Erziehung ist der Soldat preußischer Prägung, wie er sich im Weltkrieg und im SA-Dienst bewährt hat, ihr Motto: Ehr und Wehr!“**

Eine wichtige Person der Hamburger Schulgeschichte war Max Fehring. Aus einfachen sozialen Verhältnissen kommend, zeichnete er sich aus durch eine stringente und ambitionierte Bildungsgeschichte. Am 19.3.1933 Mitglied der NSDAP geworden und aus der „Gesellschaft der Freunde“ in den NSLB überführt, wurde er nach der „Gleichschaltung“ ab 1934 Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung“ und Professor in der Lehrerbildung. Da sein inhaltlicher Schwerpunkt die Volkskunde und der Geschichtsunterricht waren und er dazu in der NS-Zeit nicht nur in der HLZ veröffentlichte, gehörte er zu den Personen, die nach 1945, obwohl erst 50 Jahre alt, nicht wieder in den Schuldienst oder an die Hochschule zurückkehrte. Allerdings erhielt er die volle Pension eines Professors.

Max Fehring wurde am 19.3.1895 als Sohn des Maurers Henrich Fehring und dessen Frau Margaretha geboren. Er besuchte in Hamburg seit 1909 die Volksschule und anschließend das Lehrerseminar in der Binderstraße 34, das er nach bestandener Abschlussprüfung im August 1914 verließ. Danach trat er in den Hamburger Volksschuldienst und arbeitete an den Schulen Seilerstraße und Taubenstraße auf St. Pauli. Unterbrochen wurde seine Lehrtätigkeit durch die Kriegsteilnahme von 1915 bis 1918, während der er Vize-Feldwebel, Offiziersaspirant und am Ende Leutnant wurde.<sup>1</sup>

Fehring absolvierte seine zweite Lehrprüfung am 18.6.1920 und zeigte seine Bildungsambitionen durch sein nebenberufliches Studium seit 1919 an der Universität Hamburg. 1924 bestand er eine Ergänzungsprüfung in Latein, am 6.7.1928 legte er eine Dissertation vor mit dem Titel „Das Amt des Tischlers zu Hamburg. Ein Beitrag zur deutschen Volks- und Altertumskunde“. Er bestand am 23.7.1927 das Rigorosum, sein Doktorvater war Prof. Gustaf Deuchler.<sup>2</sup>

Fehring's Studien-Schwerpunkte waren Deutsch, Geschichte und Pädagogik, mit der Betonung auf Deutscher Volks- und Altertumskunde, aber auch Kunstgeschichte. Seit dem 1.11.1927 war er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Erziehungswissenschaftlichen Seminar in Hamburg tätig.<sup>3</sup> Gustaf Deuchler hatte sich für die Einstellung von Max Fehring eingesetzt und dabei einen Streit mit der Hochschulbehörde provoziert, da er Fehring als promoviert bezeichnet hatte, obwohl das Promotionsverfahren noch nicht abgeschlossen war. Eine langwierige, bürokratisch scheinende Auseinandersetzung, weil die Dissertation von Max Fehring noch nicht

gedruckt vorlag.<sup>4</sup> Parallel zu seiner Volksschullehrer-Tätigkeit hatte Max Fehring im Lehrerfortbildungsinstitut bereits eine Arbeitsgemeinschaft für den Geschichtsunterricht geleitet.<sup>5</sup>

Gustaf Deuchler befand sich mit der Hochschul-Behörde auch bei anderen Anliegen im Streit. So bei Anträgen auf Genehmigung bezahlter Dienstreisen, etwa am 2.7.1928, als er auch für Max Fehring die Bewilligung der Teilnahme an einem internationalen historischen Kongress in Oslo vom 14. bis 18.8.1928 beantragte, bei dem es um das Hauptthema: Nationalgefühl und Geschichtsunterricht, sowie Geschichtsunterricht und Völkerversöhnung ging. Fehring's Teilnahme wurde nicht genehmigt, da schon ein anderer Dozent dafür angemeldet war.<sup>6</sup>

Max Fehring, der seit 1920 verheiratet war und zwei Kinder hatte, war mit seiner Besoldungseinstufung nicht einverstanden. Er erklärte der Hochschulbehörde, dass sein Gehalt deutlich unter dem eines akademischen Volksschullehrers lag.<sup>7</sup>

Am 1.8.1929 wurde Max Fehring zum Wissenschaftlichen Rat am Institut für Lehrerfortbildung ernannt, bot aber auch am Erziehungswissenschaftlichen Seminar weitere Übungen an.<sup>8</sup>

Ein Einschnitt im Leben von Max Fehring war die Machtübertragung an die Nationalsozialisten. Fehring trat am 19.3.1933 in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 005 196).<sup>9</sup>

Auch darin folgte er seinem Doktorvater Gustaf Deuchler, der seit 1933 seine Veranstaltungen im Erziehungswissenschaftlichen Seminar in SA-Uniform durchführte.<sup>10</sup>

In dem Fragebogen für sein Entnazifizierungsverfahren gab Max Fehring neben seiner NSDAP-Mitgliedschaft, die formal auf den 1.5.1933 datiert wurde, noch Mitgliedschaften in der NSV und dem NSLB seit 1933 an und beim NSLB auch als Aktivität: „Gaumitarbeiter ab Oktober 1937“.<sup>11</sup>

Als mit nationalsozialistischen Tätigkeiten und Funktionen noch Karriere gemacht werden konnte, hatte Max Fehring in seiner Personalakte neben seinem frühen Eintrittsdatum am 19.3.1933 noch ergänzt: „Von Mai 1933 bis Juli 1937 Blockleiter“ und beim NSLB hatte er präzisiert: „Seit Juli 1937 Leiter der Hauptstelle Schrifttum im NSLB“<sup>12</sup>, was einen anderen Eindruck vermittelte als die Formulierung „Gaumitarbeiter“.

Nahezu während der gesamten NS-Zeit war Max Fehring verantwortlicher Redakteur, damals Schriftleiter genannt, der „Hamburger Lehrerzeitung“. In der Folgezeit, als nur ein dünnes „Mitteilungsblatt des NSLB“ herausgegeben wurde, behielt er die Schriftleiter-Funktion. Damit war er auch verantwortlich für die Ausrichtung der Zeitung und deren Gestaltung. So zum Beispiel für die Kästen mit Zitaten von Adolf Hitler, zumeist aus dessen „Mein Kampf“. Als Max Fehring in der

rein Geistigen sowohl als auch auf dem des Seelischen diese Beeinflussung aus. So wie auf den einzelnen ein ist, ist auch eine große Masse und in noch weiterem Sinne n z e s D o l k oder ein noch größerer Teil der Menschheit er bestimmten Richtung hin zu leiten. Fast jeder Staats- or allen Dingen in der neueren Zeit, hat versucht, seine n, seine Anschauungen und sein Wollen seinen Mitmenschen idesten verständlich zu machen oder sie gar von der Not- eit derselben zu überzeugen. Als eines der wirksamsten uf diesem Gebiete ist die P r e s s e — sowohl die Tages- auch die in weiteren Zeitabständen erscheinenden Zeit- — zu nennen. Die Zeitung, ganz allgemein gesprochen, igkeiten übermitteln, zum andern „Meinung“ machen. ter ist beides miteinander verbunden, da auch schon bei der fassung von Neuigkeiten eine tendenziöse Aufmachung eitigen kann. Im Verfolg dieses Gedankens und in Be- des Einflusses der Presse entstand das Wort von der n t e r G r o ß m a c h t“. In der Tat haben wir Deutsche ung einer geschickt aufgemachten Propaganda am eigenen üren müssen. Erinnern wir uns nur der G r e u e l- ungen während des Krieges, die mit dazu

ihren Gebiet gehörenden Lehrer eng aneinander jammern. In ihr sollen die Schule bewegende Tagesfragen erörtert werden. Hinzu kommt, daß kleine Erlebnisse aus dem alltäglichen Schulleben manchen Anreiz für den Leser bieten würden. Jedenfalls muß gerade die Gauzeitung so gestaltet werden, daß jeder einzelne Lehrer sie gewissermaßen als sein Blatt ansieht, das ihm trotz der großen Tagespresse, die ihm alles bringt, unentbehrlich ist. Dann wird er auch gern das kleine Extraproffer bringen und so zum weiteren Bestehen solcher Zeitung beitragen.

Wir sehen also, daß, obgleich der Markt wahrhaftig nicht über zu wenig Zeitungen und Zeitschriften zu klagen braucht, die gesamte Erzieherpresse notwendig ist, daß sie erhalten bleiben muß, weil sie ein Stück des geistigen Lebens der deutschen Erzieherchaft und damit auch des deutschen Volkes darstellt.

Sicher wird auch in kommender Zeit der Jude in seinen Zeitungen ein gewaltiges Geschrei erheben, wenn sich erst einmal die Hand auf sein Lieblingsnest legt, dem Presseunfug ein Ende macht, auch dieses Erziehungsmittel in den Dienst des Staates stellt und nicht mehr in der Hand von Volksfremden und Volksfeinden beläßt. („Mein Kampf.“)

Zitat aus „Mein Kampf“ in der Hamburger Lehrerzeitung vom Januar 1936, verantwortet von Max Fehring als Schriftleiter

HLZ 1/1936 über „Sinn und Aufgabe unserer Gauzeitung“ schrieb, wurde dieses garniert mit einem Hitler-Zitat:

„Sicher wird auch in kommender Zeit der Jude in seinen Zeitungen ein gewaltiges Geschrei erheben, wenn sich erst einmal die Hand auf sein Lieblingsnest legt, dem Presseunfug ein Ende macht, auch dieses Erziehungsmittel in den Dienst des Staates stellt und nicht mehr in der Hand von Volksfremden und Volksfeinden beläßt.“<sup>13</sup>

Max Fehring hatte begründet, warum es lokale Gauzeitungen geben müsse und diese mehr als ein bloßes Organ der Wiedergabe von Mitteilungen und Gau-Nachrichten zu sein hätten. Er begründete dies damit, dass es notwendig sei, über grundsätzliche Erziehungsfragen ein Bild zu zeichnen:

„Herauswachsend aus dem großen Gestaltungsvorgang, der unser Volk seit 1933 durchwirkt, fußend auf den überzeitlichen Programmpunkten des Nationalsozialismus und seinen großen Gedanken der Rassenreinheit, der Volkswehr und der Volksgemeinschaft, wollen sie immer erneut Erzieherchaft und Erziehung weltanschaulich ausrichten und immer erneut den erzieherischen Willen auf die Verwirklichung der Werte lenken.“<sup>14</sup>

Max Fehring musste die Mitglieder des NSLB zur Mitarbeit aufrufen, da die bisherigen Autoren, die bis 1933 reformpädagogisch aktiv waren, nicht mehr für die HLZ unterm Hakenkreuz schrieben. Sein Appell:

„Wenn in diesem Sinne die Schriftleitung Hamburgs Erzieherchaft an der Jahreswende erneut zur weiteren gesteigerten Mitarbeit aufruft, so geschieht das im Geiste jenes Wortes, das unser Gauamtsleiter der Lehrerzeitung mit auf den Weg gab, als sie 1933 als Landesorgan des Nationalsozialistischen Lehrerbundes,

Gau Hamburg, zu erscheinen begann: ‚So allein kann sie umfassend darstellen die Hamburger Schulpolitik, Bildungsarbeit und Erziehungswissenschaft, wie sie ihre allgemeine Grundlage in der nationalsozialistischen Weltanschauung und Lebensgestaltung finden und ihre besondere Prägung an der Wasserkante durch den nordisch-protestantisch-hansischen Geist erfahren.‘<sup>15</sup>

Es war Max Fehring wichtig, zu ergänzen:

„Die Hamburger Lehrerzeitung ist nicht mehr neben anderen ein Blatt für Volksschullehrer. Sie will das geistige Band werden zwischen allen hamburgischen Erziehern und Lehrern, von der Kindergärtnerin bis zum Hochschulprofessor. So ruft sie alte und neue Mitarbeiter und Leser dazu auf, über Standesdünkel und Sonderinteressen hinweg mitzuwirken an der Schaffung eines einheitlichen deutschen Erzieherstandes und Bildungswesens im Dienste jener Volksgemeinschaft, die uns unser Führer Adolf Hitler aufgegeben hat. Wir stehen an einer bedeutsamen Wende. Ein alter Wunschtraum ist erfüllt. Durch die nationalsozialistische Bewegung erhält die hamburgische Lehrerschaft eine gemeinsame Zeitung. Tragen wir sie vorwärts!“<sup>16</sup>



Max Fehring, 1933

Max Fehring hatte die HLZ schon 1933 dazu genutzt, um sich mit einem ausführlichen Beitrag zum Thema „Geschichtsunterricht und Nationalsozialismus“ zu profilieren.

Er stellte den NSLB-Mitgliedern die neuen Richtlinien für den Geschichtsunterricht vor, die sich von denen der „liberalistischen Zeit“ unterschieden: „Das Kennzeichen der geschichtsphilosophischen und geschichtsdidaktischen Arbeit dieser Jahre ist wertblinder Formalismus. Die heutigen Anweisungen der hamburgischen Landesunterrichtsbehörde geben dem Geschichtsunterricht wieder seinen alten tiefen Klang zurück. Sie sind hervorgegangen aus freudiger Bejahung der nationalen Revolution und fordern, dass der Geschichtsunterricht der Gegenwart diese große Zeit nicht vorübergehen lasse an der Jugend. Ihr ist es vergönnt, den Aufbruch des Volkes mitzuerleben. Da muss der Staat den ernstesten und höchsten Anspruch richten an den deutschen Geschichtslehrer: Schalte die Jugend auch durch den Geschichtsunterricht ein in den Kraftstrom völkischer Erneuerung!“<sup>17</sup>

Fehring beschreibt den Kampf mit der „offiziellen marxistisch-pazifistischen Geschichtsdeutung“: „Daneben blieb die nationale Einstellung zur Geschichte, genährt durch die wachgehaltene Erinnerung an das Fronterlebnis und durch seine literarische Gestaltung, bestehen. Unter diesem weltanschaulichen Zwiespalt stand ja das Gesamtleben der Nation. Erst durch das Hineintragen nationalsozialistischer Gedanken in die breiten Massen des Volkes begann jene große Revision liberalis-



# Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der  
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-  
und Erziehungswesens in Hamburg

12. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 24. Juni 1933

Nummer 25/26

Inhalt: Geschichtsunterricht und Nationalsozialismus. / Zum Geschichtserlach der Landesunterrichtsbehörde. / Zur Unterrichtsgehaltung: Nationale Dichtung und Literaturwissenschaft. / „Uebelstein“ — ein Kapitel heimatl. Frühgeschichte. / Umkau: Wehrkreis-Pfarrer Müller. / Schulregeln zwischen Budepejt und Helgrad. / Die erzieherische Idee der Arbeitslager. / Pädagogische Bemerkungen. / Nachtrag zur Magdeburger Tagung. / Aus Hamburg. / Mitteilungen.

## Geschichtsunterricht und Nationalsozialismus.

Von Dr. Max Fehring.

I. Rückbesinnung. Ein flüchtiger Blick in die Entwicklung des Geschichtsunterrichts während der letzten 15 Jahre trifft zunächst auf jene ersten Forderungen des Marxismus, die Erlasse der Kultusministerien und der Arbeiter- und Soldatenräte aus den Jahren 1918 und 1919. Ihr meist ähnlich- oder gleichlautender Inhalt läßt sich kurz zusammenfassen in wenige Punkte: 1. Tendenzen und falsche Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden. 2. Fürsten- und Kriegsverherrlichung ist Mißbrauch des Geschichtsunterrichts. 3. Abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution und über die Regierung, die das Ansehen und die Errungenschaften der Volksbefreiung herabwürdigen, sind verboten. 4. Rei-

selben Formalismus. Schulung der Elementarakte des Denkens, Urteilens, Untersuchungen über die Denkvorgänge beim historischen Erfassen waren die Probleme, deren Bedeutung an sich natürlich nicht zu bestreiten ist, die aber niemals konstituierende Bedeutung für den Geschichtsunterricht haben dürften, weil sie immer wieder den Blick abwenden vom Gehalt einer Vergangenheit. Der geschichtliche Gegenstand wurde ausgehöhlt zugunsten der Methode. Arbeitslehre um jeden Preis! Diskussionen über den Wert der Quellenlektüre und Quellenverbreitung beherrschten die didaktische Literatur. In der leeren Formulierung: Erziehung zum geschichtlichen Sinn, zum historischen Denken und Urteilen, sah diese Epoche die Hauptaufgabe des Geschichtsunterrichts. Die Jahre von der Konsolidierung der neuen Regierung bis an die Schwelle der Gegenwart heran standen unter diesem Zeichen des Formalismus, und nur dem begeisterten Lehrer in

Die Nationalsozialisten waren schon an der Macht, Fehring profilierte sich in der HLZ, die bis Oktober 1933 noch von der „Gesellschaft der Freunde“ herausgegeben wurde, ohne Hakenkreuz auf der Titelseite.

tischen Weltgefühls. Dieses hat die nationalsozialistische Bewegung an sich selbst erfahren.“<sup>18</sup>

Es folgen im Weiteren Sätze wie:

„Das neue gewonnene Geschichtsbild der letzten 20 Jahre ermöglicht nun eine neue nationalsozialistische Deutung der gesamten Geschichte des deutschen Volkes. Man erkennt im Nationalsozialismus eine Umwälzung, die in ihrer Tragweite mit den wirtschaftlichen Umwälzungen der Völkerwanderung, mit dem geistigen Umbruch der Reformation und mit dem politischen Umschwung der französischen Revolution verglichen werden muss. Die Kraft des Nationalsozialismus, zu binden, was innerlich zusammengehört, dieser elementare Gedanke der Volksgemeinschaft über Stämme und Stände hinweg, diese Wucht des Zusammenschlusses zum Volk, zur Nation ist geschichtsbildend geworden.“<sup>19</sup>

Und weiter: „Was ein jahrhundertelanger Kampf nicht erreichte, das vollzieht sich am Schmelztiegel der Gegenwart durch die geschichtsbildende Kraft des Nationalsozialismus. Sie befreit den Sozialismus aus seiner internationalen Umklammerung, entzieht ihm das Gift des Klassenkampfgedankens, reinigt den Nationalismus von reaktionären Beimischungen und führt beide geläutert zusammen in dem Gedanken, dass wir unsere übernationale Sendung nur dann leben können, wenn wir

als Nation gesichert sind', und dass wir nach innen nur leben können, wenn unser Volkstum gesichert ist."<sup>20</sup>

Zum nationalsozialistischen Bildungsideal schrieb Max Fehring:

„Nach außen heißt das Zusammenschluss des Volkes zur Schicksalsgemeinschaft, heißt das Wehrwille, heißt das Manneszucht, heißt das Volksehre, heißt das Nationalismus. Daraus erwachsen Aufgaben für die Erziehung des Volkes im allgemeinen, für die Erziehung der werdenden Generation in der Schule und im Geschichtsunterricht insbesondere. Das Ideal einer solchen nationalpolitischen Erziehung ist der Soldat preußischer Prägung, wie er sich im Weltkrieg und im SA-Dienst bewährt hat, ihr Motto: Ehr und Wehr!“<sup>21</sup>

Max Fehring war ein überzeugter Nationalsozialist und ein Adept hitlerscher Lehren:

„Es dürfte wohl kaum ein Volk mehr an Geschichte lernen als das deutsche; es wird aber kaum ein Volk geben, dass sie schlechter anwendet als das unsere. Nicht im ‚Auswendiglernen und Herunterhaspeln geschichtlicher Daten und Ereignisse‘ liegt der bildende Wert des Geschichtsunterrichts, sondern im ‚Erkennen der großen Entwicklungslinien‘, der ‚großen, klaren Linie‘ (Hitler).“

Fehring's Schlussfolgerung:

„Die nationalsozialistische Geschichtsdeutung bewirkt – abgesehen von dieser notwendigen Beschränkung auf das Wesentliche – auch eine innere Veränderung des Bildungsgutes. Am deutlichsten wird diese Wandlung zum Ausdruck kommen in der Stellung des Krieges im allgemeinen und zum Weltkriege im besonderen. Weil ein Volk seine volle Nationalkraft nur im Kriege wirklich kennenlernt (Burkhard) und auch seine Schwächen sich erst dann auswirken, deshalb ist für nachlebende Generationen eine Geschichte des Krieges, in dem ein Volk zur vollen Größe innerer und äußerer Wehrhaftigkeit aufsteigt, notwendig. So ist es immer germanische Art gewesen, Helden und ihre Taten zu besingen. Die erzieherischen Werte einer Kriegsgeschichte, die zeigt, wie Gemeinsinn, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft ein Volk zum Kampf zusammenschließen, sind für den Aufbau des Gemeinschaftsbewusstseins unentbehrlich.“<sup>22</sup>

Max Fehring stellte als HLZ-Schriftleiter nicht nur eingereichte Artikel zusammen, sondern hatte auch eine ideologische Funktion als nationalsozialistischer Propagandist, wie auch an anderen Beispielen gezeigt werden kann. So berichtete er von einer Reichspresstagung der NSDAP, auf der unter anderem Adolf Hitler und Joseph Goebbels über das Verhältnis von Staat und nationalsozialistischer Presse referierten. Zum Thema „Kritik in der Presse“ schrieb Fehring:

„Es ist selbstverständlich, dass für die entartete Kritik im neuen Staat kein Wirkungsfeld mehr sein konnte. Ihre mannigfachen Formen vom Meckern, Zweifeln,

Besserwissen, Nörgeln, Unterwühlen bis zum Zerfressen dienen nicht dem Aufbau, sondern der Zerstörung. Es ist vielmehr die Aufgabe der Bewegung, wieder eine echte Kritik zu pflegen, die der Bewegung nutzt und das lebendig Fließende begleitet. Dass der Nationalsozialismus in der unausgeglichene Gegenwart, die noch das Erbe des Liberalismus versteckt oder offen mit sich trägt, die Entwicklung jener echten Kritik, die aus dem gleichen Geist geboren sein muss wie die Kräfte des Aufbaues, sorgfältig beobachten und jede Kritik im leeren Raum rücksichtslos ersticken wird, sind notwendige Übergangserscheinungen. So wird die liberalistische Sucht zum Kritteln und Deuteln sich wandeln müssen zu verantwortungsbejahender Mitarbeit, deren Aufgabe es ist, das Lebendige zu pflegen und das Wachsende zu bewahren.“<sup>23</sup>

Auch als Max Fehring nach Einstellung der HLZ für das Mitteilungsblatt des NSLB verantwortlich war, setzte er die Praxis fort, in großformatigen Kästen Zitate von Adolf Hitler zu platzieren. So in der Ausgabe vom Januar 1941:

„Der Führer: ‚Für mich und alle wahrhaftigen Nationalsozialisten gibt es nur eine Doktrin: Volk und Vaterland. Für was wir zu kämpfen haben, ist die Sicherung des Bestehens und der Vermehrung unserer Rasse und unseres Volkes, die Ernährung seiner Kinder und Reinhaltung des Blutes, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, auf dass unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums zugewiesenen Mission heranzureifen vermag.“<sup>24</sup>

# Mitteilungsblatt des NSLB.

## Gauverwaltung Hamburg

---

Nr. 12
Dezember
Jahrgang 1942

---

### Weihnachten im Kriege

Von Max Fehring

Die Feier überhöht den Alltag. Sie befreit uns aus der Enge seiner Pflichten und stellt uns hinein in die Weite seiner Ziele. Die Feier unterbricht die Arbeit und gibt uns Raum zur prüfenden Rückschau.

Die Feier krönt das Werk und heißt den Schaffenden Einkehr halten in sich selbst.

Wie oft haben wir den Kreis der Feste der Nation mit solchen Gefühlen durchschnitten! Die Ordnung des Jahres erschien uns fest in sich gefügt und der Wechsel zwischen Arbeit und Feier wie ein natürlicher Rhythmus der Gezeiten völligen Lebens. Das Mitwinterfest am Ende des Jahres war die große Atempause, das „Zwischen-den-Zeiten-Stehen“, das verhaltene Schweigen der Schöpfung vor neuer Tat.

Aber was kann uns das alles noch bedeuten in der heutzigen Zeit? Hat der Krieg nicht alles Jäh geführt, was ihm nicht dient? Weihnachten im Kriege? Im Kalender nur färbt sich das Fest der Feste an, und die Natur geht ihren Weg wie früher: sintende Novembernebel hüllen die Tage ein, schwarz und nochig zeigen die Äste zum grauen Himmel, nur kurz leuchtet uns das Licht der Sonne. Wenn der Dezember Kälte heranzführt, dann zerschellen die Nebelschleier, und ein sternfalter Himmel überdeckt die ruhende Erde und läßt sie erstarren. Aber der Mensch, der ihren Frieden braucht und heimfinden will zu befruchteter Einkehr, bleibt verstrahlt in die Kämpfe der Zeit auch in diesen vorweihnachtlichen

Wir dürfen — wollen wir den Kern des Weihnachtsfestes erkennen — uns nicht begnügen mit einer Schilderung seines äußeren Gepräges. Vieles davon ist später Zuwachs aus häßlichem Bedürfnis und innerlich nicht mit den alten Überlieferungen verbunden, die im Laufe der Jahrhunderte ihren tiefen Sinn eingebüßt haben und zur leeren Form entartet sind. Manches ist auch im Weltanschauungstempel bewußt „verkehrt“ geworden. Wir wissen, daß die Zeit der Winterjonneneinde vom kirchlichen Brauch vielfach überdeckt worden ist. Bestandteile, die uns heute als wesentlich erscheinen, sind junge Zutaten. So ist der heute in Deutschland allgemein verbreitete Weihnachtsbaum mit Lichtern erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts in Niederdeutschland heimisch geworden. Auch die weihnachtliche Bescherung der Kinder ist jüngerer Datums. In den letzten Jahrhunderten — vor allem im 19. — wurde das alte Mitwinterfest mit einer Fülle von neuen Sitten und Bräuchen überdeckt, die seinen ursprünglichen Sinn verdunkelt haben. Die volkstümliche Forschung hat den neueren Weihnachtsbräuchen, vor allem der Entdeckung des Weihnachtsbaumes, viel Arbeit gewidmet. Sie müßte sich dabei aber bewußt bleiben, daß es für die Aufhellung des weihnachtlichen Festkreises wichtigere Fragen gibt. Seinen tieferen und völlig gebundenen Gehalt können wir noch heute in manchen bäuerlichen Sitten und Bräuchen ahnen, wenngleich auch sie dem Schicksal der Sinnentfremdung und der Bedeutungsverzerrung nicht entgangen sind. Aber

Max Fehring war auch für das Mitteilungsblatt des NSLB der verantwortliche Redakteur.

Wer sich für die nationalsozialistische Bewegung so verdient gemacht hatte wie Max Fehring, konnte mit entsprechender Belohnung rechnen. Am 31.10.1938 schrieb Prof. Bernhard Pein einen Eignungsbericht über Fehring:

„F. ist eine gute, gepflegte Erscheinung, in seinem Wesen verbindlich und ein angenehmer Mitarbeiter und Kamerad. Etwas mehr Temperament und Härte würde ihm noch mehr Durchschlagskraft geben. Er ist der einzige Vertreter der Volkskunde an der Hochschule und hat auf diesem Gebiet eine Lehrtätigkeit seit 1928 hinter sich. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen liegen in den Jahren 1924 bis 1934, seine Lehrtätigkeit begann 1928 am Erziehungswissenschaftlichen Seminar. Außer der Volkskunde hat Fehring Geschichte als Lehrgebiet. Diese Verbindung ist für seine Lehrtätigkeit fruchtbar.“<sup>25</sup>

Am 26.4.1939 wurde Max Fehring zum Professor an der Hochschule für Lehrerbildung ernannt und gleichzeitig erhielt er einen ständigen Lehrauftrag für Volkskunde und Geschichte am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Hamburger Universität.<sup>26</sup>

Auf Anordnung der Britischen Militärregierung wurde Max Fehring am 9.8.1945 entlassen. Gegen diese Entlassung legte er erst am 25.7.1946 Einspruch ein und verfasste eine längere Erklärung über seine politische Entwicklung:

„Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie und bin in meiner Jugend früh mit dem Gedanken der Sozialdemokratie, der mein Vater als überzeugter Aktivist angehörte, vertraut geworden. Mit beginnender Reife und steigender politischer Einsicht begann ich, mich zu den väterlichen politischen Anschauungen in Gegensatz zu stellen. Mir schien in der Weltanschauung, wie sie mir in der SPD vor dem ersten Weltkrieg entgegentrat, das nationale Bekenntnis zum deutschen Volk zu schwach entwickelt zu sein. Die nationale Begeisterung in den Augusttagen 1914 und die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte im Verlauf des Krieges begünstigten diese eigene Entwicklung. Andererseits waren die persönliche Verbundenheit mit der Welt des Arbeiters und die Vertrautheit mit seinen sozialen Nöten mir ein Schatz gegen jede chauvinistische Überspannung der nationalen Idee. Das Schützengrabenerlebnis, die vielseitige Berührung mit allen Volksschichten in den Kriegsjahren trugen das ihre dazu bei, die Erkenntnis zu vertiefen, dass eine Neugestaltung des politischen Lebens nur Seite an Seite mit dem deutschen Arbeiter, niemals gegen ihn möglich sein würde.“<sup>27</sup>

Eine ungewöhnliche Erklärung als Einstieg in das Entnazifizierungsverfahren. Aber Max Fehring war ja auch der Mann für Volkskunde und Geschichte gewesen und hatte bei den vielen Veröffentlichungen, die den Ausschussmitgliedern bekannt sein mussten, mit denen er es zu tun hatte, einiges zu erklären.

„Nach meiner Rückkehr aus dem Felde im Jahre 1918 ging es mir wie vielen meiner Frontkameraden: Ich brannte auf die geistige Arbeit im Beruf, den ich nach kurzer Ausübung 1915 verlassen hatte. Ich stürzte mich mit Eifer in meine Tätigkeit als Volksschullehrer und begann 1919 ein nebenberufliches Universitätsstudium, das meine ganze Kraft beanspruchte und mich von jeder politischen Betätigung fernhielt. So habe ich ebenfalls von der Entwicklung der Hitlerbewegung in den Jahren 1923 bis 1932 kaum Notiz genommen. Erst seit dem Januar 1933 wurde ich langsam mit ihren programmatischen und propagandistischen Äußerungen bekannt, denen ich anfangs noch skeptisch und zweifelnd gegenüberstand. Nachdem aber der oberste Beamte des Reiches, Reichspräsident Hindenburg, den damaligen Parteiführer der Opposition mit der Bildung der Regierung beauftragt hatte und nachdem die dann gebildete neue Regierung unter der Führung Hitlers auch außenpolitisch anerkannt worden war und kein fremder Staat zu ihr die diplomatischen Beziehungen abbrach, sondern sie durch Belassung ihrer Botschafter und Gesandten aufrechterhielt, glaubte ich, mich als Beamter mit dieser Partei und ihren Zielen näher beschäftigen zu müssen. In den offiziellen Aufrufen und Reden der neuen Regierung der Zeit von Februar bis März fand ich dann verheißungsvolle Gedanken, die ich aus meiner eigenen politischen Entwicklung bejahen musste. So sprach der erste Aufruf an das deutsche Volk von der Zerrissenheit Deutschlands und dem Verfall seiner geistigen und willensmäßigen Einheit, die ich selbst schmerzlich erlebt hatte. So sollten die Fundamente der Nation, das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volkskörpers, das völkische und politische Einheitsbewusstsein, die Ehrfurcht vor der Vergangenheit, Traditionsstolz und nationale Disziplin wieder gesichert und verteidigt werden. So wollte die neue Regierung die Wirtschaft reorganisieren und sanieren und durch Überwindung des Klassenkampfes wieder einen geordneten Volkskörper schaffen, in den der deutsche Arbeiter wieder zurückgeführt werden sollte als ein Träger der deutschen Nation.“<sup>28</sup>

Eine interessante und geschickte Zusammenfassung von Beweggründen, sich den Nationalsozialisten anzuschließen, die möglicherweise von vielen geteilt wurde. Nach der längeren Einleitung schrieb Max Fehring dann:

„Aus Idealismus und Gläubigkeit an den sozialistischen Grundcharakter des neuen Wollens habe ich mich der Bewegung angeschlossen. Jeder Gedanke an persönliche Bereicherung hat mir ferngelegen. Ich verdanke der Zugehörigkeit zur NSDAP keinerlei Vorteile.“<sup>29</sup>

Hier nun wurde er ungenau. Nicht jedem qualifizierten Dozenten an der Universität oder am Lehrerbildungsinstitut gelang es, Professor zu werden. Dafür mussten Gegenleistungen in der NSDAP oder in anderen NS-Organisationen erbracht werden. Max Fehring schrieb zwar von seiner Arbeit als Vorsitzender des Jugend-

schriftenausschusses im Hamburger NSLB und seiner Tätigkeit als Leiter der Hauptstelle Schrifttum im NSLB, bei der er sich als „Gaumitarbeiter“ bezeichnete und von der er vermerkte, in dieser Arbeit „über die ersten spärlichen Anfänge nicht hinausgekommen zu sein“, weil „die straffe Bindung an die von Bayreuth erlassenen Richtlinien“ ihn bei der Arbeit behinderte. Kein Wort verlor er über seine langjährige Tätigkeit als Schriftleiter der HLZ und des Mitteilungsblattes des NSLB. Fehring verwies dann darauf, dass er keine Funktionen in der NSDAP innegehabt und im Laufe der Jahre seit 1939 immer größere Widersprüche zum Kurs der NS-Politik entwickelt habe:

„Erst als nach dem Waffenstillstand die deutsche Öffentlichkeit Einblick nehmen konnte in das Parteigetriebe der NSDAP und in die verbrecherischen Maßnahmen während des Krieges, ging der letzte Rest einstiger Gläubigkeit verloren. Ich musste erkennen, dass meine Entscheidung des Jahres 1933, für die ich jetzt meine Stellung als Beamter, der über 30 Jahre dem Staate und der Jugend treu gedient hat, verlieren soll, eine Verirrung war, aber eine Verirrung aus gutem Glauben und reinem Herzen.“<sup>30</sup>

Bei der Entnazifizierung hatte es Max Fehring nun mit Personen zu tun, die vor der NS-Zeit aktive Mitglieder in der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen waren und nach 1933 sehr aufmerksam und kritisch darauf achteten, welche Entwicklung die „Hamburger Lehrerzeitung“ und deren Schriftleiter nahm.

Gustav Schmidt, Schulrat in der Schulbehörde, Nazigegner und bis 1933 HLZ-Autor von Aufsätzen, die sich mit dem Deutschunterricht befassten, schrieb am 26.10.1946 für die Schulverwaltung ein Gutachten über Max Fehring, das er dem Berufungsausschuss 3 vorlegte. Darin hieß es:

„Dr. Fehring hatte vor 1933 zusammen mit einigen anderen hamburgischen Lehrern bekannte Geschichtslehrwerke herausgegeben, die im demokratischen Sinne Geschichte lehrten. In seiner Personalakte gibt er als Eintrittstag den 19. März 1933 an, wahrscheinlich ist es der Tag seiner Anmeldung. Dort schreibt er auch, dass er vom Mai 1933 bis Juli 1937 Blockleiter gewesen sei. Fehring ist besonders im Lehrerbund tätig gewesen. 1933 übertrug man ihm die Leitung des Jugendschriftenausschusses, nachdem alle alten Führer aus der demokratischen Zeit entfernt worden waren. Fehring galt als sicherer Mann, der den neuen Geist dort vertreten würde. 1937 übernahm er die Stelle für Schrifttum im NSLB. Als solcher hat er auch zur Verbreitung des nationalsozialistischen Geistes beigetragen. Jahrelang hatte er die Schriftleitung der Hamburger Lehrerzeitung inne. Sie sank in seiner Zeit bis zu einem Mitteilungsblatt, das der Reichszeitung beigelegt wurde, herab. Dieser Niedergang ist allerdings nicht Fehring zuzuschreiben, sondern der Zentralisierung aller Verwaltung in Bayreuth.“

Es ist Fehring zu glauben, dass er keinerlei persönliche Vorteile aus einer Mitgliedschaft bei der Partei und aus seinen Ämtern gehabt hat.

Fehring ist ein stiller, nüchterner und trockener Mensch, der gewiss immer die ihm aufgetragenen Leistungen voll ausgeführt hat. Viel eigene Stoßkraft hat er niemals entwickelt, so wird er auch innerhalb des Lehrerbundes nicht sehr aktiv gewesen sein. Wissenschaftliche Arbeit bedeutet ihm den eigentlichen Lebensinhalt. Hier hat er auch Gutes geleistet.

Jetzt steht er ohne jeden finanziellen Rückhalt da. Da er an einer Verengung des Magenausganges leidet, ist er zu jeder körperlichen Arbeit unfähig. Ich bitte zu erwägen, ob Fehring nach einer Bewährungsfrist wieder als Volksschullehrer eingestellt werden kann, anderenfalls bitte ich, ihm sein Ruhegehalt ganz oder teilweise zuzubilligen.“<sup>31</sup>

Ein überraschend milder Vorschlag.

Als der Beratende Ausschuss sich mit dem Fall beschäftigen sollte, bat er Max Fehring darum, ihm seine Artikel aus der „Hamburger Lehrerzeitung“ der Jahre 1933 bis 1936 zuzuschicken.<sup>32</sup>

Nachdem Max Fehring den Mitgliedern des Beratenden Ausschusses seine HLZ-Artikel zur Verfügung gestellt hatte, kamen sie zu dem Ergebnis:

„Nach dem uns vorliegenden Material ist Fehring als Aktivist anzusehen, der in Wort und Schrift die Ideologie der NSDAP propagiert hat. Allerdings hat er trotz seiner hohen Bildungsstufe die wahren Ziele und Methoden nicht erkannt. Der Beratende Ausschuss schlägt deshalb vor, ihm die halbe Pension zu gewähren.“<sup>33</sup>

Über die Arbeit von Max Fehring als Leiter des Jugendschriftenausschusses urteilte der Schulrat Franz Jürgens am 21.8.1947:

„Als solcher trat er auf der ‚Gleichschaltungstagung‘ des Deutschen Lehrervereins zu Pfingsten 1933 erstmalig in Erscheinung. Ich erinnere mich, dass Dr. F. damals durchaus zurückhaltend auftrat, einen vermittelnden Standpunkt einnahm und sich bemühte, die Hamburger Arbeit, die von gegnerischer Seite als ‚rot‘ angegriffen wurde, zu verteidigen. Obgleich er wusste, dass ich in pädagogischer und politischer Hinsicht nicht den Wünschen des NS-Lehrerbundes entsprach, hat er mir als Schriftleiter der ‚Jugendschriftenwarte‘ im großen und ganzen freie Hand gelassen.“<sup>34</sup>

Der Berufungsausschuss 3 unter Leitung des für Milde bekannten Dr. Kiesselbach befasste sich am 19.1.1948 mit Max Fehring, gab der Berufung statt mit der Maßgabe, Fehring in den Ruhestand zu versetzen mit  $33\frac{1}{3}$  seiner Pension, die ihm am 1.5.1933 zugestanden hätte. Er wurde in Kategorie IV eingruppiert.

„Nach den dem Ausschuss vorliegenden aus der Feder Fehrings stammenden Aufsätzen, die von NS-Schlagworten und Gedankengängen getränkt sind, kann es

nicht zweifelhaft erscheinen, dass er sich propagandistisch-ativistisch für den NS eingesetzt hat. Andererseits hat F. sich offenbar niemals zu irgendwelchen politischen Verfehlungen hinreißen lassen.“<sup>35</sup>

Max Fehring stellte am 5.9.1949 den Antrag, das Verfahren wieder aufzunehmen.<sup>37</sup>

Erst als der Leitende Ausschuss am 31.7.1952 endgültig beschloss, Fehring in Kategorie V einzustufen und erklärte, dass dies eine echte Entnazifizierungsentscheidung sei, die „bei Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen Rechtsansprüche gewährt“, war die Schulbehörde noch einmal genötigt, sich mit dem Fall zu beschäftigen.

Intern äußerte sich Landesschulrat Ernst Matthewes zu dem Fall am 4.9.1952: „Ich kenne Fehring nur aus der Zeit vor 33. Er war mit Prof. Freudenthal der führende Methodiker für den Geschichtsunterricht und hat durch seine Veröffentlichungen den Geschichtsunterricht an den Schulen stark befruchtet. Über seine pädagogischen und wissenschaftlichen Qualitäten besteht kein Zweifel. Ich habe nach 1933, nachdem er sich zum Nationalsozialismus bekannte, Prof. Fehring aus den Augen verloren und nur einige Aufsätze von ihm gelesen, die stark ns-gefärbt waren.“<sup>37</sup>

Ernst Matthewes bat Kurt Zeidler um eine Stellungnahme dazu, die dieser am 4.10.1952 vorlegte. Zeidler bestätigte das Matthewes-Urteil, was die Leistungen Fehrings auf dem Gebiet des Geschichtsunterrichts in der Zeit vor 1933 anging:

„Von dem Kreise von Methodikern des Geschichtsunterrichts, dem Fehring angehörte, gingen beachtliche Anregungen aus, und Fehring selbst galt als ein modern denkender, aufgeschlossener Pädagoge mit tüchtigem Fachwissen und gesundem historischen Blick und Urteil. Umso größer war die Enttäuschung, um nicht zu sagen: das Entsetzen im Kreise der Nazigegner, als sie Fehrings Aufsätze in den Jahrgängen 1933/34 der Hamburger Lehrerzeitung zu Gesicht bekamen. Schwülstigere NS-Phrasen hat es nirgendwo gegeben! Das konnte bei einem Manne wie Fehring nur als peinlicher opportunistischer Umfall gedeutet werden, und anders kann es auch heute nicht gedeutet werden. Das Unheil, das damals mit diesen Schreibern angerichtet wurde, war nicht gering: Bei dem Ansehen, das Fehring genoss, musste dieser Umfall für alle, die politisch nicht sehr widerstandsfähig waren, ansteckend wirken. Fehring hat damit der Ausbreitung nationalsozialistischer Ideen in der Hamburger Lehrerzeitung in einem Maße Vorschub geleistet, wie nur wenige andere außer ihm.

Eine Wiederbeschäftigung Fehrings in einer leitenden Stellung oder im Rahmen der Lehrerbildung erscheint mir unter diesen Umständen völlig ausgeschlossen. Ich vermag nicht zu beurteilen, wie weit der Beschluss des Leitenden Ausschusses am



29.7.1952 automatisch Konsequenzen für die Rechtsstellung Fehring nach sich zieht. Wenn die Schulbehörde Entscheidungsfreiheit hat, würde ich Erhöhung des Ruhegehalts auf zwei Drittel des sonst gesetzlich Zustehenden (statt wie bisher ein Drittel) oder Wiederbeschäftigung als Lehrer für angemessen halten.“<sup>37</sup>

Der Personalreferent im Volksschulbereich, Schulrat Karl Hoffmann, schloss sich der Position von Kurt Zeidler an.<sup>38</sup>

Max Fehring bat daraufhin, nicht wieder als Lehrer arbeiten zu müssen, sondern nach einer Magenoperation in den Ruhestand versetzt zu werden.<sup>39</sup>

Ab dem 1.9.1953 war Max Fehring mit der vollen Pension eines C3-Professors in den Ruhestand versetzt.<sup>40</sup>

Von nun an widmete er sich dem Aufbau des Sozialen Genesungswerks Pelzerhagen, an der Ostsee, das aus dem Schullandheim der Volksschule Taubenstraße hervorgegangen war, an der Fehring als Volksschullehrer seine Anfangsjahre verbrachte. Max Fehring war dort seit 1923 Vorsitzender und hatte viel Arbeitskraft in dieses Projekt investiert. Seine Schreiben an die Schulbehörde verfasste er auf dem Briefpapier des Sozialen Genesungswerks Pelzerhagen, wo er zeitweise auch wohnte.<sup>41</sup>

Max Fehring starb am 22.8.1966.<sup>42</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach den verschiedenen Lebensläufen von Max Fehring in seiner Personalakte, StAHH, HW DPA, 361-6\_IV 1265
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Hinweis von Gustaf Deuchler in einem Schreiben vom 19.10.1927 an die Hochschulbehörde, Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Siehe die Biografie Gustaf Deuchler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142 ff.
- 11 Entnazifizierungsakte Fehring, StAHH, 211-11\_Ed 7547
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 HLZ 1/1946, S. 3.
- 14 Max Fehring: Sinn und Aufgabe unserer Gauzeitung, HLZ 1/1936, S. 2.
- 15 Ebd., S. 3.
- 16 Ebd.
- 17 Max Fehring: Geschichtsunterricht und Nationalsozialismus, HLZ 25/26-1933, S. 357.
- 18 Ebd.

- 19 Ebd., S. 358.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd., S. 359f.
- 23 Max Fehring: Kritik und Aufbau, HLZ 25/26-1934, S. 396f.
- 24 Mitteilungsblatt des NSLB, Januar 1941, S. 5.
- 25 Eignung Bericht vom 31.10.1938, Personalakte a. a. O.
- 26 Ernennungsmitteilung vom 5.5.1939, Personalakte a. a. O.
- 27 Einspruch gegen meine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis vom 25.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Gutachten von Gustav Schmidt vom 26.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Beratender Ausschuss vom 12.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Beratender Ausschuss vom 5.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Schreiben von Franz Jürgens vom 21.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Berufungsausschuss 3 vom 19.1.1948 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Antrag vom 5.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Leitender Ausschuss vom 31. Juli 1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Stellungnahme von Kurt Zeidler vom 4.10.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Karl Hoffmann am 21.10.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Schreiben vom 4.11.1952, Personalakte a. a. O.
- 41 Personalakte a. a. O.
- 42 Personalakte a. a. O.

## Bernhard Pein

**„Nach seiner Zeit an der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt erschien Pein demnach trotz fehlender wissenschaftlicher Qualifikation für den Posten des Leiters in Hamburg geeignet, bot er die Gewähr für eine hohe Übereinstimmung mit den nationalsozialistischen Positionen.“**

Das Reichsministerium für Wissenschaft und Erziehung traute der Hamburger Lehrerbildung nicht über den Weg. Es waren dort noch zu viele ehemals reformpädagogisch orientierte Kollegen tätig. Als 1938 die Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg eingerichtet wurde, setzte NS-Minister Bernhard Rust sich gegen Landesschulrat Willi Schulz und den Reichsstatthalter Karl Kaufmann durch und sorgte dafür, dass Prof. Bernhard Pein zum Leiter der Hochschule ernannt wurde. Pein hatte sich als Nationalsozialist seit 1932 bewährt. Er war Ortsgruppenleiter in Uetersen gewesen, leitete vorher dort als Studiendirektor seit 1927 die Aufbauschule, eine staatliche Oberschule. 1934 wurde er Leiter an einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) in Berlin-Spandau. Als SS-Mann, Obersturmbannführer seit 1944, wurde er 1945 entlassen, interniert und erfuhr ein Spruchgerichtsverfahren, in dem verschiedene Facetten seiner Persönlichkeit deutlich wurden. Im hohen Alter lehrte er noch an Hamburger Privatschulen.

Bernhard Pein wurde am 20.10.1891 in Pinneberg als Sohn des Wein- und Spirituosenhändlers Behrend Pein und dessen Frau Charlotte geboren. Er besuchte zunächst die Volks- und Rektor-Schule, anschließend, seit 1902 die Oberrealschule in Altona-Ottensen, an der er 1912 die Reifeprüfung bestand. Danach studierte er in Freiburg, Erlangen, Heidelberg, Kiel, Jena und Hamburg Romanistik und Anglistik, sowie Geschichte, Philosophie und Leibesübungen.<sup>1</sup>

Unterbrochen wurde das Studium von 1914 bis 1918, wo Bernhard Pein in Frankreich „den Kriegsdienst leistete“, am Ende als Leutnant und Batterieführer. In seiner SS-Akte ist die Abschrift der Begründung für die Verleihung des Ritterkreuzes des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern für den 27-jährigen Leutnant Bernhard Pein in Abschrift enthalten, in der es heißt: „Leutnant der Reserve Pein hat sich bei der Vorbereitung und Durchführung des Angriffs gegen die englischen Stellungen in glänzender Weise hervorgetan. Seinem persönlichen Eingreifen ist es zu danken, dass der schwere Angriff auf Epelny am 23.3.18 von der stürmenden Infanterie durchgeführt werden konnte. Durch seine Infanteriegeschütze ermöglichte er auch der Infanterie der Nachbardivision, den zähen Verteidiger aus den Gräben von Epelny zu werfen. Seine persönliche Tapferkeit verdient besonders hervorgehoben zu werden.“<sup>2</sup>

Im Februar 1921 legte er in Hamburg das Staatsexamen für das Lehramt an

höheren Schulen in den Unterrichtsfächern Englisch und Französisch ab sowie im Nebenfach Geschichte. Im Februar 1923 bestand er in Berlin an der preußischen Hochschule für Leibesübungen die Turn- und Sportlehrerprüfung.<sup>3</sup>

Den Vorbereitungsdienst absolvierte er an der Oberrealschule in Altona, wo er auch 1923 die Assessoren-Prüfung erfolgreich ablegte.

Bernhard Pein organisierte sich früh in rechtsextremen Organisationen. 1919/20 gehörte er der 1921 verbotenen paramilitärischen Organisation Escherich (Orgesch) an, wie er in seinem Lebenslauf seiner Personalakte erklärte. Von 1923 bis 1930 war er Mitglied im Jungdeutschen Orden.<sup>4</sup>

Als Student gehörte er einer schlagenden Studentenverbindung an, der Burschenschaft „Verein Deutscher Studenten“, bei der er sich Schmisse und Narben im Gesicht zuzog.<sup>5</sup>

Damit schien die weitere politische Entwicklung von Bernhard Pein vorgezeichnet. Seit 1923 arbeitete Pein als Studienassessor an der Aufbauschule Uetersen, der späteren Ludwig-Meyn-Schule, wo er am 1.10.1925 zum Studienrat und knapp zwei Jahre später zum Studiendirektor befördert wurde.<sup>6</sup>

Über die konkrete Schularbeit von Studiendirektor Bernhard Pein gibt es auch in dem äußerst lesenswerten Buch der Schülerinnen und Schüler der Ludwig-Meyn-Schule „Uetersen im Nationalsozialismus“ relativ wenig zu lesen, da sie sich



Ludwig-Meyn-Schule  
in Uetersen, während  
der NS-Zeit



Abiturienten der Ludwig-Meyn-Schule  
mit Lehrern und Schulleiter Bernhard Pein  
(mittlere Reihe, Mitte) im März 1929

schwerpunktmäßig mit den politischen Aktivitäten des Schulleiters beschäftigen. Bernhard Pein selbst schrieb in seinem Lebenslauf, den er für seine SS-Akte verfasste, über die Zeit seit 1923:

„Im November 1923 trat ich dem Jungdeutschen Orden bei, war im Jahre 1925 eine kurze Zeit Gefolgschaftsmeister, betätigte mich in den Jahren 1925–1929 als Schulungsabendredner, trat im September 1930 aus dem Orden aus, weil seine Entwicklung zur Staatspartei meiner Auffassung nach einer völkischen Organisation widersprach und trat Ende Juli 1932 der NSDAP bei. In der Ortsgruppe Uetersen betätigte ich mich seit September 1932 als politischer Redner, bei der SA-Schulung, trat bei den November-Wahlen in einer großen Versammlung der SPD auf Befehl des Kreisleiters als Debattenredner auf und wurde Anfang 1933 Ortsgruppenleiter in Uetersen. Bei den März-Wahlen wurde ich in Uetersen Stadtverordnetenvorsteher und von der Gauleitung auf die Liste des Provinziallandtages gesetzt. Vom 1. Mai 1933 bis zum 17. November war ich als Regierungsdirektor an der höheren Schulabteilung in Schleswig tätig und übernahm Anfang 1934 auf meinen eigenen Wunsch die Leitung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Spandau.“<sup>7</sup>

Bernhard Pein war außerdem auch seit 1932 SA-Mitglied gewesen.<sup>8</sup>

Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEA, auch Napola – Nationalpolitische Lehranstalt) waren Internatsoberschulen, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 als „Gemeinschaftserziehungsstätten“ gegründet wurden. Der Besuch der Schulen führte zur Hochschulreife. Ähnlich wie bei den Adolf-Hitler-Schulen (AHS) und den SS-Junkerschulen handelte es sich um Eliteschulen zur Heranbildung des nationalsozialistischen Führernachwuchses. Am 20.4.1933, Hitlers Geburtstag, hatte Bernhard Rust, der damalige Staatskommissar im Preußischen Kultusministerium, verfügt, die drei ehemaligen Kadettenanstalten in Plön, Köslin und Potsdam „gemäß ihrer Tradition“ in Nationalpolitischen Erziehungsanstalten umzubenennen. „Für die Neuaufnahme sei eine Auslese zu treffen,

die Lehrkörper seien neu zusammzusetzen, der Unterrichtsplan neu zu entwerfen und die Hitleruniform als Schülerkleidung einzuführen. Damit hatte der ehemalige Studienrat und spätere Reichserziehungsminister Rust den ersten Schultyp in der Entwicklung zu einem genuin nationalsozialistischen Schulwesen ins Leben gerufen.“<sup>9</sup>



Napola Berlin Spandau

Bis 1944 gab es 38 nationalpolitische Lehranstalten.<sup>10</sup>

In der Biografie Max Klüver<sup>11</sup> habe ich dargestellt, dass es daneben die von Baldur von Schirach und dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, initiierten Adolf-Hitler-Schulen gab, deren Erzieher in der Regel HJ-Funktionäre waren. Max Klüver war Schulleiter und Ausbildungsleiter der Erzieher der Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen. „In allen diesen Schulen ging es, wie Hitler in ‚Mein Kampf‘ gefordert hatte, in erster Linie um die Heranbildung eines rassistisch reinen ‚Menschenmaterials‘, kerngesunder Körper, aber auch um die Entwicklung des Charakters, die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, die Erziehung zur Verantwortungsbereitschaft, erst in zweiter Linie um wissenschaftliche Schulung. Selbstvertrauen und Überlegenheitsgefühl sollten ebenso vermittelt werden wie vollkommene Opferwilligkeit und bedingungsloser Gehorsam – bis in den Tod.“<sup>12</sup>

Es gab prominente Absolventen der Napolas und der Adolf-Hitler-Schulen wie zum Beispiel Hellmuth Karasek, Rüdiger von Wechmar, Horst Janssen. Der ehemalige Herausgeber der „Zeit“, Theo Sommer und der Schauspieler Hardy Krüger hatten die Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen besucht.<sup>13</sup> Von Hardy Krüger, 1928 in Berlin geboren, der als 13-Jähriger auf die von Max Klüver geleitete Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen kam, gibt es dazu verschiedene Veröffentlichungen. So schrieb er: „Die Napola war die etwas mildere Form der NS-Eliteschulung. Die Unterschiede zwischen beiden Schultypen lassen sich schon bei den Mutproben während der Ausleseverfahren klar erkennen. Während man bei der Napola nur vom Zehnmetert Brett ins Wasser springen mußte, habe ich damals in Berlin im Winter in einem See unter dem Eis von einem Loch zum 10m entfernten zweiten Loch schwimmen müssen.“<sup>14</sup> Und weiter stellte er fest:

„Als Adolf-Hitler-Schüler fühlten wir uns den Jungmannen in den Napolas haushoch überlegen. Die würden später mal vielleicht Verwaltungsbeamte. Wir aber wurden auf ganz andere Aufgaben in der Partei vorbereitet. Ich nahm damals an, dass ich nach dem Endsieg Gauleiter von Moskau werden würde, mindestens ... Wir wurden zielgerecht darauf vorbereitet, wichtige Ämter im Staat zu übernehmen. So war ich also 1941 nach fünf langen Ausleseverfahren, bei denen es um Mut und Intelligenz und vor allem Weltanschauung ging, in die Ordensburg

gekommen. In den ersten Briefen an meine Eltern schrieb ich 1941 aus Sonthofen: ‚Glücklich bin ich hier nicht. Das sollt ihr ruhig wissen.‘ Aber das hatte keine politischen Gründe. Mir lag einfach die Schleiferei, dieser schreckliche militärische Drill nicht. Es war ja wie in einer preußischen Kadettenanstalt. Natürlich bin ich freiwillig und gern in die Ordensburg Sonthofen gekommen. Das war für mich eine große Ehre. Wir wurden ja auch entsprechend als Auserwählte, als Elite der Jugend des Großdeutschen Reiches gefeiert.“<sup>15</sup>

Rüdiger von Wechmar, 1923 in Berlin als Sohn eines Berufsoffiziers geboren, besuchte von 1935 bis 1941 die Napola in Spandau, in der Zeit also, in der anfangs Bernhard Pein Schulleiter war. Von Wechmar, der in Willy Brandts Bundeskanzler-Zeit Bundespressesprecher war und 1974 UNO-Botschafter, 1980 Präsident der UNO-Vollversammlung wurde, sagte über seine Schulzeit in Spandau: „Ich wurde in der preußischen Tradition erzogen.“<sup>16</sup>

Von Wechmar stellte fest: „Gezielte politische Indoktrination war zunächst nicht erkennbar. Das änderte sich in den späten dreißiger Jahren. Es begann damit, dass wir uns zu Führer-Reden vor dem Volksempfänger versammeln mussten. Wenn ich es recht überlege, waren wir in Spandau aber doch einer politischen Berieselung ausgesetzt. Im Lesesaal war selbstverständlich die gesamte NS-Presse ausgelegt – vom ‚Völkischen Beobachter‘ über den ‚Angriff‘ und ‚Das Reich‘ bis hin zum Hetzblatt ‚Der Stürmer‘. Viel zum Lesen kamen wir bei unserem dicht gedrängten Tagesablauf jedoch sowieso nicht. Unsere Deutsch- und Geschichtsstunden im Unterricht waren natürlich national, auch nationalsozialistisch ausgelegt. Aber es gab eine wichtige Einschränkung: Wir hatten in Spandau Erzieher, die schon in der Staatlichen Bildungsanstalt (Stabila) gearbeitet hatten. Sie trugen zwar Uniformen, aber sie lebten und lehrten häufig noch im Geiste der Vor-Nazizeit. Es kam ganz drauf an, welchen Typ von Erzieher man bekam.“<sup>17</sup>

Interessant, was Rüdiger von Wechmar über Bernhard Pein berichtete:

„Aber es gab natürlich auch stramme Nazis unter den Erziehern in Spandau. Auch die Anstaltsleiter bestimmten die politische Ausrichtung. Mir sind zwei mit ganz unterschiedlicher Ausrichtung in Erinnerung. Der eine war der ehemalige Studiendirektor Pein, ein fabelhafter Pädagoge. Ein in sich ruhender Herr, der wusste, wann er uns bedrängen und wann er uns allein lassen musste. Der andere Direktor dagegen ein Mann mit erkennbar nationalsozialistischer Grundeinstellung, die er uns nachdrücklich zu vermitteln suchte.“<sup>18</sup>

Der spätere Publizist und Kommentator für die Bild-Zeitung, Meinhard Graf Nayhaus-Cormons, auch Schüler in der Napola-Spandau, schrieb:

„Die politische Indoktrinierung war in Spandau nicht größer als außerhalb unserer Anstalt in der Hitlerjugend oder im Jungvolk. Einmal in der Woche hatten

wir einen politischen Heimabend, in dem politische Themen diskutiert wurden oder wir Hitlers Lebenslauf aufsagen mussten.“<sup>19</sup>

Der Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Harald Scholz (1930–2007), der selbst von 1942 bis 1945 auf die Adolf-Hitler-Schule Westmark gegangen war, hat 1973 eine intensive Untersuchung vorgelegt: NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates.<sup>20</sup> Darin setzte er sich ausführlich mit den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten auseinander und wertete Dokumente aus, die auch Bernhard Pein betrafen. Scholz zitierte darin, was Erziehungsminister Bernhard Rust selbst 1941 im Rückblick auf die Napolas geschrieben hatte:

„Die Anstalten waren nicht bestimmt zu Berufsvorschulen des Offizierstandes, auf keinen Fall aber zu Standesschulen im Sinne der Herkunft der Jungmannen, wie wir die Schüler der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten nennen. Der Nachdruck lag in der Leitung des Ganzen, denn neben die ‚Schule‘ trat nun die ständige Erziehungsgemeinschaft. Das Neue, das hier entstehen sollte, war die methodische Erziehung des NS. Sollten diese Anstalten nationalsozialistische Anstalten werden, mussten sie von Nationalsozialisten geleitet werden. Ihre ersten Leiter waren ausschließlich erprobte Führer der nationalsozialistischen Formationen der SA und SS, aus deren Reihen auch heute noch ständig Kräfte zu uns stoßen. Mit der wachsenden inneren Wandlung ganz Deutschlands sind uns dann allmählich aus den Reihen der Berufserzieher und Schulmänner vorzügliche Anstaltsleiter erstanden. Für die ersten Jahre mussten diese Leiter noch mehr besitzen: schöpferische Fähigkeiten, um neue Erziehungsformen herauszubilden, zusammen mit hingebenden, ihrer Aufgabe verschworenen Erziehern.“<sup>21</sup>

Scholz wies darauf hin, dass Bernhard Pein, der einzige Anstaltsleiter einer Napola war, der vorher Erfahrungen als Studiendirektor hatte. Alle anderen neu eingesetzten Anstaltsleiter, „die nach dem ‚Führerprinzip‘ alleinige Entscheidungsbefugnis erhielten, waren ‚alte Kämpfer‘, die der Schule fern gestanden hatten und für ihre Aufgaben wenig mehr mitbrachten als den Willen, ‚deutsche Jungen zu Nationalsozialisten‘ zu erziehen.“<sup>22</sup>

Bei Durchsicht der Anstalts-Nachrichten verschiedener Napolas war Harald Scholz auf eine Rede Bernhard Peins vor den Sommerferien 1935 gestoßen, in der dieser von seinen Schülern „schärfsten Protest, wenn sie bei Erwachsenen volksfeindliche und reaktionäre Haltung feststellten“ verlangte. Das brachte er zusammen mit einer anderen Aussage: „Nachdem ein Anstaltsleiter gegen ‚Juden, Zentrum und Sax-Borussen‘ gehetzt hatte, entfachten Unter-



Bernhard Pein



primärer während der Ferien im Seeheim Wyk selbstständig eine antisemitische Propagandakampagne.“<sup>23</sup>

Der Einsatz und die Tätigkeit in Nationalpolitischen Erziehungsanstalten war für die weitere berufliche Karriere förderlich. Harald Scholz hatte ermittelt:

„Die Berufung des Spandauer Anstaltsleiters Bernhard Pein an eine Hochschule für Lehrerbildung blieb kein Einzelfall. Den Studienräten wurde nach dreijähriger Internatspraxis ein Aufstieg im Schulwesen in Aussicht gestellt. Aus Spandau gingen hervor: Vier Leiter von NPEA, zwei Oberstudiendirektoren, zwei Leiter von Lehrerbildungsanstalten, zwei leitende Beamte in der Inspektion der deutschen Heimschulen; Pein war inzwischen Oberschulrat geworden.“<sup>24</sup>

Nach 1945 wurde umgedeutet, wobei ich durchaus die Aussage von Rüdiger von Wechmar im Kopf habe, dass der Napola-Leiter Bernhard Pein ein „fabelhafter Pädagoge“ gewesen sei. Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Hamburg behauptete Peins Rechtsanwalt Joachim Spilcke:

„Anfang Januar 1934 wurde Professor Pein vom Reichserziehungsministerium zur Leitung der staatlichen Bildungsanstalt Lichterfelde, die später in eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt umgewandelt und nach Spandau in die Räume der ehemaligen preußischen Hochschule für Leibesübungen verlegt wurde, berufen. Diese ihm übertragene Aufgabe lag durchaus im Zuge seiner beruflichen Entwicklung und pädagogischen Neigung. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten werden heute oft falsch beurteilt. In der Anstalt Spandau wurde weder Rassen- noch Völkerhass gepredigt, sondern erzieherisch und unterrichtlich solide gearbeitet, und zwar an einer Jugend, die aus allen Volksschichten stammte. Der Ernte- und Bergwerksdienst der 16- bis 17-jährigen Schüler war ein sehr ernstzunehmender sozialistischer Erziehungsvorgang und die Beziehungen der Anstalt zur Bergarbeiterschaft der betreffenden Zechen waren menschlich und sozial gerecht. Als Leiter der Napola Spandau erkannte Prof. Pein die Notwendigkeit, für einen Lehrerstand zu kämpfen, der unbeeinflusst von Parteiinformationen nur seiner pädagogischen Aufgabe lebte. Diese Auffassung und ihre Verwirklichung führten zu erheblichen Auseinandersetzungen mit Parteidienststellen und der Hitlerjugend. Um hierbei den Leitern der Napolas die nötige Rückenstärke zu geben, ernannte der Inspekteur der Napolas, SS-Obergruppenführer Heißmeyer, die Anstaltsleiter zu SS-Ehrenführern. Wie modern und abhold jedem engstirnigen Nationalismus die Napolas eingestellt waren, beweist die Tatsache, dass ein regelmäßiger Lehrer- und Schüleraustausch mit englischen und schwedischen höheren Schulen stattfand, wodurch nicht nur eine dauernde Fühlung mit dem Ausland, sondern auch eine erhebliche Weitung des pädagogischen Horizonts der Napolas bewirkt wurde.“<sup>25</sup>

Bernhard Pein war durchaus eng in den nationalsozialistischen Apparat ein-

gebunden. Bevor er nach Spandau ging, hatte er sich als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Uetersen und Studiendirektor soweit profiliert, dass er am 1.5.1933 zum kommissarischen Oberschulrat und kurz darauf zum kommissarischen Regierungsdirektor für das höhere Schulwesen in Schleswig ernannt wurde.<sup>26</sup>

In seiner SS-Personalakte gibt es eine politische und berufliche Beurteilung durch den SS-Obersturmbannführers Herfurter vom 5.6.1944, der Pein für den Sicherheitsdienst-Leitabschnitt Hamburg begutachtete:

„Pein ist ein hervorragender Schulfachmann, der die Eigenschaften eines Frontsoldaten und politischen Aktivisten ausgezeichnet mit seinem pädagogischen Können verbindet. Charakterlich ist Pein von geradem, aufrechtem Wesen. Er vertritt scharf seine Meinung und schließt keine Kompromisse. Verbunden mit einer tadellosen sittlichen Haltung und einem entsprechenden Auftreten als Pädagoge wie auch als Redner ist sein Wirken als Schulmann von außerordentlich starkem Einfluss auf die Lehrerschaft. Pein ist ein außerordentlich guter Kamerad, stets hilfsbereit, ohne geistigen Hochmut, bescheiden im Charakter, aber fest in seinen Grundsätzen. Er ist seit Jahren als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes Hamburg hoch geschätzt und war in Spezialfragen vom Reichssicherheitshauptamt direkt ins Vertrauen gezogen.“<sup>27</sup>

Bernhard Pein besaß also seit 1936 die Unterstützung der SS, er hatte den SS-Führerausweis Nummer 276 798 und wurde seit 1936 in der SS ständig befördert, 1944 war er SS-Sturmbannführer.<sup>28</sup>

Bis Ende Mai 1938 leitete Bernhard Pein die Napola in Spandau. Dann wurde er zum 1.6.1938 als Leiter der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg eingesetzt. Auch dies war ein bemerkenswerter Prozess, hatte sich in Hamburg doch bis zu diesem Zeitpunkt die insbesondere von Prof. Gustaf Deuchler<sup>29</sup> durchgesetzte universitäre Ausbildung von Volksschullehrern erhalten.

Am 11.11.1936 wurde die Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg mit einer Feier „im festlich geschmückten Weißen Saal des Curio-Hauses“ eröffnet. „Vorläufiger und nebenamtlicher Leiter der Hochschule war der Gauamtswalter des NSLB und Landesschulrat Wilhelm Schulz, sein Vertreter war der die Hochschule de facto leitende Wissenschaftliche Rat Wilhelm Arp.“<sup>30</sup>

Ulrike Gutzmann schreibt in ihrer Dissertation, welche Konflikte es um die endgültige Besetzung der Leitungsstelle der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung gegeben hatte. „Als das Reichserziehungsministerium im April 1937 die hauptamtliche Besetzung der bislang nur nebenamtlich betreuten Stelle des Leiters der Hochschule für Lehrerbildung im Staatsamt anregte und auch sogleich den Leiter der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt in Spandau, Oberregierungsrat Bernhard Pein, für diesen Posten vorschlug, versuchte die Kultur- und Schulbehörde zu-

nächst anscheinend durch Nichtreagieren Zeit zu gewinnen, so dass am 13. Juli ein Erinnerungsschreiben aus dem Reichserziehungsministerium in Hamburg eintraf.<sup>31</sup>

Die Hamburger Landesunterrichtsbehörde hatte eine kommissarische Besetzung favorisiert und dann für den Posten des Leiters Prof. Rudolf Peter „in Aussicht genommen“. Gutzmann dazu:

„Aus diesem Vorgehen der Kultur- und Schulbehörde spricht das Bemühen, möglichst viel Einfluss auch auf die von Berlin aus geregelten Geschäfte der Hochschule für Lehrerbildung auszuüben. Es scheint, als habe man die Besetzung dieser Stelle mit einer Person von außerhalb verhindern und möglichst viel Eigenständigkeit bewahren wollen. Prof. Peter schien insofern der geeignete Kandidat, als er in Hamburg bekannt und geschätzt war.“<sup>32</sup>

Peters schulpraktische und wissenschaftliche Leistung wurde durch seine Charakterisierung „als einer der besten Kenner der Deutschen Volksschule und der praktischen Schularbeit überhaupt in Deutschland herausgestellt. Auch unterhalte Peter zu den für die praktische Ausbildung herangezogenen Hamburger Schulen sehr gute Beziehungen. Die Kultur- und Schulbehörde ging danach davon aus, für die Leitung der Hochschule für Lehrerbildung komme einzig Peter infrage, und bat von der Inbetrachtung Peins für diesen Posten abzusehen. Es sei keine glückliche Lösung der Leiterfrage, wenn ein Auswärtiger, dessen Erfahrungshorizont man aus den Akten angeblich nicht einschätzen konnte, die Führung dieses Lehrkörpers übernehmen müsste.“<sup>33</sup>

Das Reichserziehungsministerium war damit keinesfalls einverstanden und antwortete am 25.10.1937, „dass der Leiter einer Hochschule für Lehrerbildung nicht nur fachlich geeignet und politisch einwandfrei ist, sondern dass er die besonderen Eigenschaften einer Führerpersönlichkeit besitzt und sich durch tätigen Einsatz im Kampf der NSDAP bewährt hat“.<sup>34</sup>

In einem Gespräch teilte der Vertreter des Reichserziehungsministeriums dem kommissarischen, faktischen Leiter der Hochschule Wilhelm Arp mit, dass es „der Wille des Ministeriums sei, die Stelle mit Oberregierungsrat Pein zu besetzen“, wie Arp berichtete, der darin durchaus Vorteile sehen konnte: „Arp erhoffte von ihm angesichts des seiner Ansicht nach in Hamburg bestehenden Mangels an ‚älteren Parteigenossen‘, er werde ‚die rechte politische Stütze‘ für die Hochschule sein und er freute sich darüber, nun der belastenden ‚unangenehmen Lage des geschäftsführenden Vertreters eines nie anwesenden kommissarischen Leiters‘ ledig zu sein und mehr Zeit für eigene wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung zu haben.“<sup>35</sup>

Über „die Persönlichkeit, die wissenschaftliche und lehramtliche Qualifikation“ von Bernhard Pein war von dem Leiter der Kieler Hochschule für Lehrerbildung, Ulrich Peters ein Gutachten eingefordert worden, in dem es hieß, Pein sei „ein in

jeder Hinsicht zuverlässiger sauberer Charakter von starkem nationalen Empfinden und Wollen“. „Er habe in Uetersen stets guten Kontakt zu ‚ärmeren Schichten‘ gepflegt und auf der Aufbauschule Gewicht auf die Arbeit im sportlichen und nationalpolitischen Bereich gelegt. Außerdem bescheinigte Ulrich Peters ihm ‚einen starken persönlichen Einfluss auf seine Schüler‘. Zwar zeigt Pein keine besonderen wissenschaftlichen Interessen und sei weder auf fach- noch auf erziehungswissenschaftlichem Gebiet hervorgetreten, doch stehe zu erwarten, dass er ‚als Leiter einer Hochschule für Lehrerbildung die sportliche, wehrsportliche und nationalpolitische Erziehung seiner Studenten in vorbildlicher Weise durchführen würde.“<sup>36</sup>

Ulrike Gutzmann resümierte:

„Nach seiner Zeit an der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt erschien Pein demnach trotz fehlender wissenschaftlicher Qualifikation für den Posten des Leiters in Hamburg geeignet, bot er die Gewähr für eine hohe Übereinstimmung mit den nationalsozialistischen Positionen. Das Reichserziehungsministerium wollte möglicherweise gerade an der Hamburger Hochschule für Lehrerbildung mit einer Nähe zur Universität und anderen Bildungseinrichtungen eine Betonung der wissenschaftlichen Arbeit vermeiden und stattdessen Parteikonformität und eine enge Ausrichtung der Arbeit an nationalsozialistischen Idealen erreichen, ein Ziel, das Pein zu verwirklichen versprach.“<sup>37</sup>

Bernhard Pein war also die Funktion des Parteisolddaten an der Spitze der Hochschule zgedacht. In dem schon erwähnten Gutachten von SS-Obersturmbannführer Herfurter kam zum Ausdruck, welche Schwierigkeiten das verursachen konnte:

„Als Leiter der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung ist es ihm seinerzeit gelungen, sowohl die Dozentenschaft als auch die Studenten mitzureißen bzw. unterzuordnen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Pein bei der Arbeit als Leiter der HHfL vor starken Schwierigkeiten stand, die im Charakter des Hamburger Schulwesens begründet lagen. Die Zusammensetzung der Dozentenschaft war für seine Pläne sehr ungünstig, dennoch ist ein Erfolg seiner Arbeit Dank seinem energischen Einsatz möglich geworden. Diese Arbeit war natürlich mit einer Exponierung seiner Person in Hamburg verbunden, die ihm viele Neider, aber auch eine beträchtliche Anzahl von Anhängern in der Hamburger Lehrerschaft einbrachte.“<sup>38</sup>

Bernhard Pein hat seine Aufgabe offenbar im Sinne der Nationalsozialisten zufriedenstellend erfüllt. Am 2.9.1938 war er zum Professor ernannt worden.<sup>39</sup>

Seine Veröffentlichungen wurden aber immer auch mit seiner jeweiligen Funktion in der SS in Zusammenhang gebracht.

Im „Hamburger Studentenbuch“, im Auftrag der Gaustudentenführung Hamburg 1938 herausgegeben, stellte Bernhard Pein die Hochschule für Lehrerbildung

in Hamburg vor, wobei seine Funktion mit „Hochschulleiter Prof. Pein, SS-Obersturmführer“ angegeben wurde.<sup>40</sup>

In der Einleitung schrieb Pein über „Hamburgs jüngste Hochschule“:

„Gleich nach der Machtergreifung hat Reichserziehungsminister Rust vor allem eine einheitliche Neugestaltung der deutschen Lehrerbildung eingeleitet, aus der nationalsozialistischen Erkenntnis, dass die Ausrichtung der persönlichen Triebkräfte, der jungen Erzieher, entscheidend sein muss für die Reformierung der fachlichen Einrichtungen, der deutschen Schule. Was das Weimarer System in liberalistischer Buntscheckigkeit an alten Lehrerseminaren, an pädagogischen Akademien und Universitätsausbildung der Lehrerschaft hinterlassen hatte, das wurde nun auf den neuen Nenner ‚Hochschule für Lehrerbildung‘ gebracht.“<sup>41</sup> Das wird nicht jeden seiner Kollegen erfreut haben.

Am 19.1.1940 hielt „der Hochschulleiter SS Hauptsturmführer Prof. Bernhard Pein anlässlich der Verpflichtungsfeier für die Jungsemester“ an der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg den Vortrag: „Der deutsche Lehrer und Erzieher als pädagogischer Offizier“. Er sagte:

„Adolf Hitler hat in dem tiefsten Schmerz seines Leben, auf dem verwundeten Bett im Lazarett Pasewalk, als einfacher Gefreiter des Weltkrieges die geistige Schöpferunruhe in sich gespürt, die Wiedergeburt des zusammengebrochenen Deutschlands in einer Idee neu zu finden und zu gestalten. Allein Ideen sind schon oft in der Geschichte aufgetaucht, haben eine Zeit mit Interessen und Geisteskämpfen lebendig gemacht, ohne jedoch dauernde Spuren zu hinterlassen. Adolf Hitler hat neben seiner genialen Neuschöpfung des Wertes ‚Volk‘ auf rassischer Grundlage und als Synthese in dem bisher bürgerlichen Nationalismus und proletarischen Sozialismus aufgespaltenen Volkskörper die große Eigenschaft gezeigt, seine Welt mit zeitgemäßen Mitteln zu bauen und seine Gegner nicht zuletzt durch diese Zeitgemäßheit zu vernichten. Seine Sturmabteilungen haben mit ihrer elementaren Instinktsicherheit und soldatischen Unbedingtheit die Idee des Nationalsozialismus zum praktischen und damit politischen Durchbruch geführt. Das soldatische Moment der nationalsozialistischen Bewegung mit seinen Bestandteilen Kampf und Kameradschaft spricht eine Seite der deutschen Rassenseele an, die im Gefolgschaftswesen unserer nordisch-germanischen Vorfahren, im Altertum, im Wehrbürgertum des Mittelalters, im friderizianischen Preußentum, im Frontsoldatentum des Weltkrieges erklingen ist und heute wieder erklingt. Wenn ein neues Reich aus schöpferischem Geist verbunden mit soldatischer Haltung geboren wird, aus der tiefsten Tiefe völkischer Zersetzung neu ersteht, dann haben die Ewigkeitswerte unserer Rasse bei dieser Geburt Pate gestanden, dann gelten sie für das Leben unseres Volkes und damit für den Beruf als einen Teil unseres Lebens in unserem

# Der deutsche Lehrer und Erzieher als pädagogischer Offizier

Vortrag des Hochschulleiters

// Hauptsturmführers Prof. Bernhard Pein anlässlich der  
Verpflichtungsfeier für die Jungsemester am 19. Januar 1940

Wenn man die Wesensbestimmung eines Berufes vornehmen will, kann man verschiedene Wege gehen. Man kann einen Beruf nach seiner gegenwärtigen Funktion im Volksorganismus betrachten. man kann ihn nach seiner volkswirtschaftlichen Be-

Süßereff  
Hansische Hochschule  
für Lehrerbildung  
Hamburg  
Bindezettel

Bernhard Peins Vortrag über den pädagogischen Offizier, gebundene Ausgabe in der Bibliothek der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung, Hamburg, 1940 (Ausschnitt der Titelseite)

Volke schlechthin. Wir sind ein Volk von Soldaten geworden, und das soldatische Moment in Verbindung mit jeder Berufssondernote ist uns heute eine Tatsache. Wir sprechen vom politischen Soldaten und verstehen unter ihm den für die Gesamtheit stets einsatzbereiten Volksgenossen, gleich, ob es sich um Saalschutz, Wehrsport, Winterhilfe oder Altmaterialsammlung handelt. Wir erblicken in dem politischen Soldatentum unserer Bewegung den einzigen Boden neben der Wehrmacht, auf dem Volksgenossenschaft ohne gegenseitigen Neid, ohne abstrakte Verflüchtigung, ja ohne irgend eine menschliche Verfälschung gelebt werden kann. Das Soldatische ist eben die elementarste, natürliche Bindekraft, die uns aus unserer Rasse mitgegeben ist.<sup>42</sup>

Mit dieser Einleitung für die Studierenden im ersten Semester an der Hochschule für Lehrerbildung zeigte Bernhard Pein, warum das Reichsministerium es durchgesetzt hatte, ihn zum Leiter dieser Einrichtung zu machen. Und erschreckend wird deutlich, was damit und mit der anschließenden Ausbildung angerichtet wurde. Hier wurden die Lehrkräfte auch für die Zeit nach 1945, also faktisch auch für den „Neubeginn“ sozialisiert und ausgerichtet, auch wenn 1940 noch an den „Endsieg“ geglaubt wurde. Das machte mit der so ausgebildeten Lehrerschaft eine demokratische Entwicklung nach 1945 nicht einfacher.

Bernhard Pein beschrieb, worin für ihn das Ziel schulischer Arbeit bestand:

„Die Bereitschaft zum politischen und praktischen Mitgehen und Handeln in den großen Fragen des Volkslebens muss die Krönung der Schulerziehung sein. In dieser Leistung vollendet sich der pädagogische Offizier. Der pädagogische Offizier muss ausgiebig und mit Geduld erklären können. Er muss die Persönlichkeitsentfaltung des Kindes und Jugendlichen anreizen und bewusst Neben- und Umwege gehen, um zur völligen Klarheit im Erkennen zu führen. Er muss also mehr sprechen als der militärische Offizier, das hat er mit dem politischen Offizier gemeinsam. Er darf sogar mit heißer Leidenschaft Gedanken übermitteln, wenn seine Natur ihn dazu drängt. Das soldatische Moment liegt in seiner Tatbereitschaft und männlichen Haltung. Er muss auch in der Form seiner Kleidung und seines gesellschaftlichen Auftretens so beschaffen sein, dass das Bild des Männlichen trotz des dauernden Anreizes zur Beredsamkeit, den sein Beruf auf ihn ausübt, nicht vermischt wird.“<sup>43</sup>

Bernhard Pein beschrieb auch, welche Funktion er dem Landlehrer beimaß:

„An dem Landlehrer hängt ein großer Teil der Gemeinde- und Parteiarbeit. Diese erstreckt sich von der HJ über die NSV, Winterhilfe, SA zur Ortsgruppe. Die neue Ausrichtung der Schulerziehung mit nationalpolitischen Stoffen aus nationalsozialistischer Weltanschauung verlangt von ihm eine dauernde gründliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Die Schulreform ist heute wesentlich davon abhängig, ob neben der notwendigen Zeit die Geltung und Beachtung der nationalsozialistischen Unterrichtsarbeit garantiert ist.“<sup>44</sup>

Pein orientierte die in Hamburg auszubildenden Lehrer durchaus auch auf die Arbeit im ländlichen Bereich und versuchte diese attraktiv zu machen:

„Auf dem Lande gibt es noch ein Lehrerhaus im ursprünglichen Sinne des Wortes. Der Landlehrer muss auf dem Dorfe der Erzieher der Schuljugend und der geistige, politische Führer des gesamten Dorfes sein. Der Pfarrer kann diese Führung heute nicht mehr ausüben. Der Junglehrer des Dorfes muss neben seiner Lehrtätigkeit gleichzeitig die HJ und das Jungvolk führen. Durch die Vereinigung dieser Ämter kann dem Leerlauf und der inneren Ermüdung der Jugend am besten vorgebeugt werden. Dasselbe gilt für die Junglehrerinnen in Bezug auf die Führung im BDM. Die Durchformung des flachen Landes mit nationalsozialistischem Gedanken- und Erziehungsgut ist überhaupt nur möglich durch die Landlehrer.“<sup>45</sup>

Besonderer Anreiz war laut Bernhard Pein:

„Der Junglehrer kann bei genügender Besoldung mit 23 Jahren heiraten und eine Anzahl gesunder Kinder in einer gesunden Wohnung und in gesunder Umgebung aufziehen. Das bedeutet auf weite Sicht eine Blutzufuhr für die akademischen und sonstigen Führerberufe in Deutschland, die von großer Bedeutung sein könnte. Die Vorbedingung für diese Führerstellung ist jedoch eine genügende materielle Le-

benshaltung, die heute bei dem Gehalt des Lehrers und besonders des Junglehrers nicht gegeben ist.“<sup>46</sup>

Hier wurde durchaus einmal ein kritischer Punkt angesprochen.

Nachdem die Hansische Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg aufgelöst wurde, bekam Bernhard Pein den Auftrag, als Oberstudiendirektor an der Wichernschule diese Schule zu einer deutschen Heimschule umzugestalten. Parallel dazu war er in Berlin als Mitglied der Inspektion der deutschen Heimschulen tätig und besuchte viele Internatsschulen in Thüringen, im Elsass und in Norddeutschland. Die Tätigkeit an der Wichernschule, die nie wirklich aufgenommen wurde, endete mit der Schließung der Schule aufgrund von Beschädigungen des Schulgebäudes durch Bombenangriffe.<sup>47</sup>

Es war klar, dass in Kriegszeiten, in denen kein geregelter Unterricht mehr stattfand, Aufgaben für Bernhard Pein gesucht wurden. So fungierte er als Oberschulrat in der Hamburger Schulverwaltung mit der Aufgabe der Aufsicht über die Lehrerbildungsanstalt.<sup>48</sup>

Die letzte Beurteilung über Bernhard Pein schrieb August Heißmeyer (1897–1979), SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, von 1935 bis 1939 Chef des SS-Hauptamtes, nach dem die „Dienststelle SS-Obergruppenführer Heißmeyer“ benannt wurde, der auch Bernhard Pein angehörte und die für die militärische Ausbildung der Schüler der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten zuständig war.<sup>49</sup>

Heißmeyer begründete am 24.6.1944 die Beförderung von Bernhard Pein zum Obersturmbannführer:

„Prof. Pein ist ein tatkräftiger SS-Führer mit guter und klarer Haltung. Besonders aktiv steht er außer in der ehrenamtlichen Mitarbeit des Hauptamtes Dienststelle SS-Obergruppenführer Heißmeyer im ehrenamtlichen Einsatz des SD-Abschnittes in Hamburg. Klug, geschickt, anpassungsfähig und von guter Rednergabe versteht er die erstrebten Ziele unbeirrt sowohl in Verhandlungen als auch in der Schulungsarbeit zu erreichen und zu behaupten. Er hat durch seine Mitarbeit den Aufbau der deutschen Heimschulen wesentlich mit gefördert. In gleicher Weise hat er sich im Streben um die SS-mäßige Ausrichtung der unterstellten Internatsschulen verdient gemacht.“<sup>50</sup>

Am 22.6.1945 wurde Bernhard Pein mit Schreiben von Senator Landahl mit sofortiger Wirkung entlassen.<sup>51</sup>

Vorher war Pein verhaftet und in das Internierungslager Neuengamme überführt worden, von dem er nach Neumünster und später in das Internierungslager Eselheide gebracht worden war, das er erst nach dem Spruchgerichtsverfahren am 13.2.1948 verließ.<sup>52</sup>



CATEGORY 1 INTERNEES  
 PERSONAL DETAILS FORM

FORM INT/A/CAT. 1  
 III

File No. 337/1947  
 (Handwritten: 337/1947, H. R. 1. 1. 47)

(SURNAME) Pein (FIRST NAME) Bernhard  
 born at Pinneberg (Holstein) on October 20<sup>th</sup> 1891

and is present interned at No. 7 C.I.C. Eselheide to be placed in Category 1 for trial by a Special German Tribunal for the membership of the following organisation(s) declared criminal by the I.M.T. at Nuremberg.

1 Organisation	2 Department or Unit	3 (Dates)		5 Highest Rank(s)	6 Highest Appointment(s)	7 Place & Country in which org. served from 1st Sept 1939	8 Remarks
		From	To				
1							
2							
3							
4							
5	SS-Obersturmbannführer von Heidermeyer	1936	1945	Obersturmbannführer	Hamburg SS-GR	none	
6							
7							

CERTIFIED that the above particulars are correct to the best of my knowledge and belief, being based on documentary evidence and/or the interned's own statements.

(Signed) [Signature]  
 O.C. R.I.S. No. 7 C.I.C.  
 (Date) April 25 1947

Dokument über die Internierung Bernhard Pein in Eselheide, mit dem Vermerk über seinen Status „Obersturmbannführer“

Nun begann also eine langwierige Haft, die mit einem Spruchgerichtsverfahren in Bielefeld endete und einem anschließenden Revisionsverfahren. Erst danach musste sich Bernhard Pein auch in Hamburg der Entnazifizierung stellen. Über alles liegen umfangreiche Dokumente und Akten vor, die hier zugespitzt und gerafft ausgewertet werden sollen.

Bernhard Pein war durch Mitgliedschaften und Tätigkeiten schwer belastet. Die Militärverwaltung hatte zusammengestellt, dass Pein seit dem 1.8.1932 Mitglied der NSDAP gewesen war, dort als Ortsgruppenleiter in Uetersen fungierte, SA-Mitglied ebenfalls seit 1932, in der SS seit 1936, dort SS-Obersturmbannführer und jahrelang Arbeit für den Sicherheitsdienst (SD-Leitabschnitt Hamburg) leistete.<sup>53</sup>

Pein befand sich erst einmal zwei Jahre in Internierungshaft, bevor das Verfahren gegen ihn beginnen konnte. Zur Ermittlung wurden verschiedene Dienststellen beauftragt, die ihre Erkenntnisse nach Bielefeld weiterleiteten.

Der örtliche Ausschuss für die politische Säuberung in Uetersen, der sich aus Mitgliedern der SPD, FDP, CDU und KPD zusammensetzte, übermittelte am 3.7.1947 seine Erkenntnisse:

„Herr Bernhard Pein war von Anfang Januar bis Ende April 1933 Ortsgruppenleiter in Uetersen und trägt mit an der Verantwortung für Verhaftungen von Antifaschisten gerade während der Übergangszeit. Es muss wohl auch erwähnt werden, dass sein Auftreten als Ortsgruppenleiter in der Stadt auf Antifaschisten

provozierend wirken musste. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass er als Leiter der hiesigen Aufbauschule nazistisch erzogen hat; denn seine Schüler waren damals die Sänger nazistischer Lieder. Die damalige noch demokratische Stadtvertretung hat sich über das Betragen der Schüler beschwert. – Bevor Pein der Nazipartei beitrug, war er örtlicher Führer im Jungdeutschen Orden. Es soll aber nicht bestritten werden, dass Pein während seiner Uetersener Zeit als menschlich einwandfrei geschätzt wurde und wegen seines jugendfrischen Auftretens Sympathien auch bei Nichtnazis hatte.

An den Judenverfolgungen hat Pein persönlich nicht teilgenommen, auch keine Anordnungen dieser Art treffen können, weil Uetersen ohne Juden war und weil im Übrigen die Judenverfolgungen damals in dem bekannten verdammungswürdigen Sinn noch nicht eingesetzt hatten. Es kann kein Beispiel dafür angeführt werden, dass er gegenüber politischen Gegnern unmenschlich oder gehässig gewesen wäre; ausgenommen die Verhaftungen zu Anfang des Hitlerregimes, die er aber wahrscheinlich auf höhere Anordnungen durchführen lassen musste. Gegen Pein sind keine Ermittlungs- und Strafverfahren anhängig. Es muss Pein aber aus Gerechtigkeitsgründen angerechnet werden, dass er bei einem Besuch im Konzentrationslager Neuengamme zu Anfang des Jahres 1945 sich um das Schicksal eines Uetersener Antifaschisten kümmerte und auch seine Entlassung aus dem KZ bewirkt und erreicht hat.<sup>54</sup>

Die Polizeiabteilung im Schleswig, wo Bernhard Pein vom 18.11.1933 bis zum 3.1.1934 tätig war, konnte nichts Belastendes vermelden.<sup>55</sup>

Auch von der Polizeiabteilung in Uetersen/Pinneberg gab es am 17.7.1947 eine Rückmeldung:

„Studienrat Pein ist als Nationalsozialist hier bekannt. Pein hat es ab 1924 verstanden, die damaligen Schüler der Aufbauschule im Sinne des überspitzten Nationalsozialismus zu erziehen. Im Jahre 1927 wurde der damalige Studienrat Ursinus durch Intrigen gewisser nationalsozialistischer Kreise, wozu auch Herr Pein gehörte, von Uetersen abberufen. Herr Pein wurde Direktor der Aufbauschule. Die Bevölkerung nahm wiederholt gegen die Erziehungsmethoden Stellung, aber diese Herrenmenschen glaubten, dass sie die Alleinigen wären, durch ihre Intrigen und ihre hetzerischen Reden haben sie immer gegen den Versailler Vertrag gearbeitet. Herr Pein gehörte eine Zeit lang dem ‚Jungdeutschen Orden‘ an, änderte aber seine Meinung und gehörte außerdem zum Beispiel dem Triviranus an. 1932/33 bekannte er sich schon innerlich zum Nationalsozialismus. Für die Verhaftungen, die 1933 durchgeführt wurden, ist allein Herr Pein als Ortsgruppenleiter verantwortlich, wenn er auch den stellvertretenden Ortsgruppenleiter, Arbeiter Dietz, damals vorgeschoben hatte.“<sup>56</sup>

Das Polizei-Kriminalamt, Special Branch II lieferte am 14.8.1947 aus Hamburg einen Ermittlungsbericht. Darin wurden die schon genannten politischen Mitgliedschaften aus den vorliegenden Personalakten zusammengestellt. Darüber hinaus gab es die Feststellung:

„Nach seinen eigenen Angaben laut Personalakte hat er sich von 1934 ab als Redner beim NS-Lehrerbund betätigt und bei Kreis- und Abschnittsversammlungen Werbereden für den SD und die SS bei den höheren Schulen gehalten. Nach einem Schreiben des damaligen Reichsministers Rust, ausgefertigt am 2. September 1938 in Berchtesgaden, wird der Oberregierungsrat Pein zum Professor ernannt.

In einem Gesuch an den Reichsstatthalter vom 22.8.1938 um Bewilligung einer Aufwandsentschädigung von 3000 Reichsmark schreibt P. wörtlich: ‚Ich bin SS-Führer und muss im Interesse der politischen Aktivierung der Hochschule enge Fühlung halten mit Organisationen der NSDAP, mit der Wehrmacht und den übrigen staatlichen Erziehungsanstalten.‘“

Zusammenfassend wurde festgestellt:

„Es handelt sich bei P. um eine Person, die politisch immer in den äußersten Rechtskreisen gestanden hat und somit an der Aufrichtung des Hitlerstaates maßgeblich beteiligt gewesen ist. Auch ist er als Nutznießer der Bewegung anzusehen, weil er durch seine Bindung zur Partei und den Parteiverbänden in führender Stellung eingesetzt wurde. In den hiesigen Lehrerkreisen wird er schlechthin als der Nazioberschulrat bezeichnet.“<sup>57</sup>

Entlastende Leumundszeugnisse erhielt Bernhard Pein von Hermann Neuenburg, einem früheren langjährigen SPD-Mitglied in Uetersen und Pinneberg, der bezeugen konnte, dass Pein mit ihm zusammen zwei ehemalige SPD-Stadträte aus dem Konzentrationslager Neuengamme herausbekommen hatte.<sup>58</sup>

Entlastung kam auch durch ein Schreiben des langjährigen Lehrbildners Dr. Hermann Block, der berichtete, dass die Mitarbeiter der Hochschule für Lehrerbildung sehr skeptisch waren, als ihnen der SS-Führer Bernhard Pein als Leiter von außen verordnet wurde:

„Wir hatten allen Grund, uns vor einer Bespitzelung zu fürchten, waren doch gerade leitende Mitglieder des Lehrkörpers, die 1936 von der Lehrerbildung der Universität in die neue Form der Lehrerbildung übernommen worden waren, keine überzeugten Nazis, wenn auch Mitglieder der Partei. Sie hatten aber so schlechte Parteigutachten bekommen (bei mir zum Beispiel ‚politisch unzuverlässig‘), dass sie noch nicht zur Ernennung zu Professoren oder Dozenten eingegeben worden waren. Wir lernten Prof. Pein nun sehr bald als einen ehrlich überzeugten, aktiven Nationalsozialisten kennen, aber auch als einen durchaus sauberen, anständigen Menschen. Wohl vertrat er die Hochschule nach außen in politischen Reden und

Vorträgen, wirkte auch in der Studentenschaft in seinem Sinne.“

Letztendlich habe Bernhard Pein sich für Kollegen mit anti-nazistischer Haltung immer eingesetzt. Das wurde auch von Blocks Kollegen Prof. Fritz Blättner bestätigt.<sup>59</sup>

Am 26.11.1947 legte der öffentlicher Ankläger bei dem Spruchgericht in Bielefeld die Anklageschrift vor, in der die Mitgliedschaften von Bernhard Pein aufgezählt wurden und es dann hieß:

„Der Angeschuldigte bestreitet jede Kenntnis der Verbrechen der SS. Er wird aber durch seine langjährige Zugehörigkeit zur SS und zur Partei, seine vorübergehende Tätigkeit als Ortsgruppenleiter, seine Tätigkeit an der Napola Spandau und in Hamburg während des ganzen Krieges überführt, von den Verbrechen gegen Juden und in den KZ Kenntnis erlangt zu haben. Wie aus dem Bericht der Polizeiverwaltung Uetersen hervorgeht, trägt der Angeschuldigte mit die Verantwortung für die Verhaftung von Parteigegegnern nach dem Umschwung. Gerade als Ortsgruppenleiter waren ihm die Einstellung gegen das Judentum, die bald nach dem Umschwung in der Judenverfolgung, den Nürnberger Gesetzen und dem Vorgehen im November 1938 ihren äußeren Niederschlag fand, bekannt. In Hamburg wurden, wie in allen größeren Städten, die Juden während des Krieges abtransportiert und ihre Wohnungseinrichtungen beschlagnahmt. Das war in Hamburg allgemein bekannt. Schließlich wurden aus allen besetzten Gebieten Judentransporte ins Inland gebracht, darunter auch viele Frauen und zu öffentlichen Arbeiten eingesetzt. Auch die Vernichtung der Juden in den besetzten Ostgebieten und in den Vernichtungslagern war im Laufe des Krieges so bekannt geworden, dass man auch bei dem Angeschuldigten mindestens einige Kenntnisse voraussetzen muss.

Auch die verbrecherischen Zustände in den KZ können dem Angeschuldigten nicht verborgen geblieben sein. Die Einweisungen in diese Lager erfolgten, wie dem Angeschuldigten nach dem Bericht der Polizeiverwaltung Uetersen als Ortsgruppenleiter bekannt war, gleich nach dem Umschwung. Sie nahmen während des Krieges einen solchen Umfang an und die Lager waren so zahlreich, dass auch der Angeschuldigte hiervon Kenntnis gehabt haben muss, zumal sich in dichter Nähe von Hamburg das KZ Neuengamme befand, das der Angeschuldigte nach dem Polizeibericht selbst besucht hat.“<sup>60</sup>

Es wurde beantragt, einen mündlichen Verhandlungstermin vor dem Spruchgericht anzuberaumen.

Die Spruchgerichts-Sitzung fand am 6.2.1948 statt. Bernhard Pein wurde durch den Rechtsanwalt Karl Wolff vertreten. Die Strategie von Wolff und Pein war, zu behaupten, keine Kenntnisse von verbrecherischen Tätigkeiten der SS gehabt zu haben. Sie gaben vor, Bernhard Pein habe in der SS nur einen „Ehrenrang“

gehabt, sei damit gar kein ordentliches Mitglied der SS gewesen. Erstaunlicherweise folgte die zwölfte Spruchkammer unter Leitung des Landgerichtsrats Siegelmann dieser Argumentation und sprach Bernhard Pein frei.<sup>61</sup>

Dagegen legte die Anklagebehörde Revision ein, sodass der 4. Spruchsenat des obersten Spruchgerichtshofes in Hamm (Westfalen) sich mit dem Fall auseinandersetzen musste, was er am 9.7.1948 tat. Der Revision wurde stattgegeben, „das angefochtene Urteil nebst den zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben“.<sup>62</sup>

Es wurde festgestellt, dass „auch der Ehrenführer der SS als ordnungsgemäßes Mitglied der SS anzusehen sei, schon aus dem Grunde, weil schon vor dem Kriege der Unterschied zwischen dem ordnungsgemäßen Mitglied und dem Ehrenführer weggefallen war. Die SS hatte an der Aufnahme von ihren Führern ein Interesse deswegen, weil sie auf diese Weise ihren Einflusskreis erweiterte, der betreffende Ehrenführer, also auch der Angeklagte, hatte ein Interesse daran, weil er auf diese Weise ein größeres Ansehen nach außen erringen konnte.“<sup>63</sup>

Bernhard Pein war nach dem Freispruch aus der Internierung freigekommen und erlebte in den erneuten Spruchgerichtsverfahren der V. Spruchkammer ein anderes Ergebnis. Das Urteil lautete am 10.9.1948:

„Der Angeklagte hat nach dem 1. September 1939 der Allgemeinen SS in Kenntnis ihrer verbrecherischen Betätigung angehört, seit 1943 als Obersturmbannführer. Er wird deshalb wegen seiner Mitgliedschaft in dieser Organisation zu einer Geldstrafe von 10.000 DM verurteilt. Die Strafe ist durch die erlittene Internierungshaft verbüßt. Die Kosten des Verfahrens einschließlich der Kosten der Revisionsinstanz trägt der Angeklagte.“<sup>64</sup>

In der Begründung hieß es:

„Der Angeklagte wusste und hielt für Unrecht, dass SS-Verbände während des Krieges die von der Gestapo lediglich wegen ihrer politischen Herkunft oder Gesinnung ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit in Konzentrationslager eingewiesenen Häftlinge in Kenntnis dieses Einweisungsverfahrens bewachten und damit das von ihm als willkürlich erkannte System der Verfolgung politischer Gegner durch die Gestapo unterstützten. Er ist deshalb gemäß dem Nürnberger Urteil, dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Verordnung Nr. 69 der Britischen Militärregierung zu bestrafen. Bei der Strafzumessung ist von der Kammer folgendes berücksichtigt worden:

Der Angeklagte verrichtete in der SS keinen Dienst und verdankte seinen hohen Dienstgrad nicht einer Betätigung für die SS, sondern seiner beruflichen Stellung. In ihr zeigte er eine anständige Gesinnung, eine loyale Haltung und Toleranz auch gegen Andersdenkende. Zwei Funktionäre der SPD, die nach dem Attentat auf Hitler im Jahre 1944 in das Konzentrationslager Neuengamme eingewiesen

worden waren, befreite er durch persönliche Rücksprache mit dem KZ-Kommandanten. Einen Schüler, der die HJ verächtlich gemacht hatte, befreite er durch persönliche Vorstellungen bei der Gestapo vor dem KZ. Einem Dozenten, der vom Erziehungsminister entlassen worden war, gab er einen Lehrauftrag. Durch sein Verhalten schwächte er also die Förderung, die er der SS durch seine Mitgliedschaft angeeignet ließ, erheblich ab. Bei dieser Sachlage hielt die Kammer eine Geldstrafe für eine ausreichende Sühne, die nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Angeklagten auf 10.000 DM bemessen worden ist.“<sup>65</sup>

Im Weiteren ging es nun darum, wie Bernhard Pein der noch bestehenden Zahlungsverpflichtung von 1281 DM nachkommen könne. Es wurde vereinbart, dies in Raten von 50 DM monatlich zu erledigen, wobei die Vermögensermittlung Peins während seiner Internierung in Eselheide ergeben hatte, dass er über ein Spar-Guthaben von 15 000 RM verfügte. Und es gab noch eine andere interessante Notiz: Der studierte Englisch- und Französischlehrer war nach seiner Freilassung aus dem Internierungslager nunmehr mit einem monatlichen Einkommen von 500 DM als Lehrer und Übersetzer bei der Britischen Militärregierung im Fliegerhorst Uetersen tätig, um deren Offizieren Deutsch beizubringen.<sup>66</sup> Eine schon fast skurrile Entwicklung.

Bernhard Pein klagte in einem Schreiben an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen über Ischias-Beschwerden seit der Entlassung aus dem Internierungslager Staumühle am 13.2.1948 und die damit verbundenen „stärksten Lebensbeschränkungen durch die Rückzahlungsverpflichtung und die zusätzlichen Kosten“. Er bat um eine Niederschlagung der Zahlung an die Gerichtskasse Bielefeld.<sup>67</sup>

Auch der „Welt“ vom 25.9.1948 war die Bestrafung „für Oberstudiendirektor Pein“ eine Meldung wert, wobei die Zeitung darauf hinwies, dass „der frühere Obersturmbannführer aus Bahrenfeld vom Bielefelder Spruchgericht wegen Zugehörigkeit zur SS in Kenntnis ihres verbrecherischen Charakters zu einer Geldstrafe von 10.000 DM verurteilt worden war“. Vermerkt wurde aber auch, dass „der Angeklagte von zahlreichen Zeugen außerordentlich gut beurteilt worden war. Er hatte seinen hohen Dienstgrad in der SS lediglich seiner Stellung als Leiter der Hanischen Hochschule für Lehrerbildung zu verdanken. Auch hat er sich verschiedentlich für politisch Verfolgte eingesetzt.“<sup>68</sup> Das war nicht einmal die halbe Wahrheit.

Parallel zum Revisionsverfahren in Bielefeld vor dem Spruchkammergericht fand in Hamburg das Entnazifizierungsverfahren für Bernhard Pein stand. Neben seinem Entnazifizierungsfragebogen, der alle formalen Daten enthielt, die in dieser Biografie schon genannt wurden, gab es auch eine Reihe Leumundszeugnisse, die bedeutsam waren. So schrieb etwa Oberschulrat Fritz Köhne, der sich vielfach

äußerte für Personen, mit denen er in der NS-Zeit zusammengearbeitet hatte und dem manchmal die enge Zusammenarbeit den Blick etwas trübte, zugunsten von Bernhard Pein:

„Professor Pein ist mir im dienstlichen Verkehr als Oberschulrat in der Schulverwaltung bekannt geworden. Seine lebendige, offene und natürliche Art machte persönliche Begegnungen mit ihm angenehm. Er gehörte zu den Nationalsozialisten, die in ihrer politischen Entwicklung zu einer kritischen Haltung gegenüber den Trägern und Organen der NS-Partei gekommen waren und diese in Sitzungen und Gesprächen freimütig zum Ausdruck brachten. Man brauchte mit einer eigenen Andersmeinung Prof. Pein gegenüber nicht hinterm Berge zu halten oder gar zu befürchten, dass er sie zum Schaden des Sprechers verwenden könnte. Professor Pein trat in den Sitzungen der Schulverwaltung ohne Vorbehalt für die Belange der Schule und Lehrerschaft ein und wehrte die Machtansprüche der Hitlerjugend energisch ab; der SS gegenüber hatte er sich, wie er in offizieller Sitzung mitteilte, seine christliche Überzeugung gewahrt. Bei seiner anständigen menschlichen Gesinnung kann ich nicht glauben, dass er die machtpolitischen Entartungen des Nationalsozialismus gebilligt hat.“<sup>69</sup>

Fritz Köhne hatte zwar ein weites Herz, allerdings auch eine sensible Menschenkenntnis und konnte deutlich unterscheiden, wenn sich Personen in seinem Arbeitsumfeld charakterlos verhielten und bei ihrem Karrierebestreben über Leichen gingen.

Skeptischer bin ich bei der Erklärung, die Prof. Walther Niekerken abgab, der zu jenem Zeitpunkt, am 9.4.1948, Direktor des Germanischen Seminars der Universität Hamburg war, für mich verwunderlich, weil ich auch ihn für nationalsozialistisch belastet halte. Niekerken gab eine „freiwillige Erklärung“ ab, wie er vermerkte:

„Professor Pein war für die Zeit seiner Amtstätigkeit als Leiter in der erwähnten Hochschule mein unmittelbarer Dienstvorgesetzter. Er übte sein Amt mit Ehrlichkeit, Klugheit und Takt aus und hat mich in meiner geistigen Freiheit keineswegs beschränkt. Er konnte sehr wohl ein offenes Wort vertragen. Ich habe oft meine Berufssorgen mit ihm besprochen und bin stets freundlich beraten worden. Seine Liebe zur Sprache des handarbeitenden Volkes schien mir von seinem starken Verlangen nach echter Volksgemeinschaft herzurühren. Auch in der Rassenfrage stand Professor Pein, soviel ich sehen konnte, über dem Fanatismus. Ich entsinne mich, dass er mich ruhig und verständnisvoll anhörte, als ich ihm eines Tages bei der Erörterung der Judenfrage erzählte, dass meine klügste Lehrmeisterin in der Germanistik, Professor Agathe Lasch, eine Jüdin gewesen sei. Ich habe von ihm nie eine Äußerung gehört, die auf Rohheit, Unmenschlichkeit oder Grausamkeit schließen ließe. Die Werbung für seine Weltanschauung im Sinne echter Deutschheit

geschah immer durch sachliche Vorstellung und persönliches Vorbild. Mit seinem raschen gesunden Urteil hielt er auch bei politischen Missständen nicht hinter dem Berge. Ihn erfüllte eine große Liebe zur Jugend, im Sturm gewann er ihr Herz. Mit seiner frischen Art hat er es auch verstanden, das Kollegium in kurzer Zeit zu einer freudigen Arbeitskamaradschaft zusammenzuschließen.“<sup>70</sup>

Die Erklärung von Hermann Block habe ich schon erwähnt, eine ähnliche gab seine Kollegin aus der Lehrerbildung, Margarete Rode, am 30.3.1948 ab. Bemerkenswert sind zwei Aussagen von Prof. Dr. Rudolf Peter. Er war der von Hamburg favorisierte Gegenkandidat für die Leitung der Hamburger Hochschule für Lehrerbildung, gegen den das Reichsministerium Bernhard Pein durchsetzte. Insofern hat es für mich eine besondere Bedeutung, dass Prof. Peter, dem der Karriere-Schritt versagt blieb, weil Bernhard Pein gegen ihn aus Berlin durchgesetzt wurde, sich für Pein einsetzte. Peter schrieb:

„Während der Kriegszeit, jedoch bevor zwischen den USA und Deutschland Kriegszustand herrschte, berichtete mir Herr Pein, zu ihm sei der Maler Wilhelm Mann gekommen und habe für die von ihm geschiedene Pianistin Edith Weiß, die in den USA sei, eine Bescheinigung erbeten, dass sie vor 1933 im Auftrage der Hamburger Universität an Lehrerstudenten Klavierunterricht erteilt habe. Eine solche Bescheinigung sei ihr nützlich bei der Frage der Einbürgerung in den USA. – Herr Pein, der erst 1938 nach Hamburg gekommen war, fragte mich (der ich die Verhältnisse der Lehrerbildung vor 1933 kannte), ob ich jene Angabe bestätigen könne. Ich gab die Auskunft: Frau E. Weiß war im Rahmen der an der Universität erfolgten Ausbildung der Lehrer als Klavierlehrerin tätig; formell genommen, war ihr jedoch der Auftrag von der Oberschulbehörde, nicht von der Universität erteilt worden, weil die Mittel für Musiklehrerhonorare im Haushalt dieser Behörde standen. Dieser verwaltungstechnische Unterschied ist ihr als einer Künstlerin sicherlich gar nicht zum Bewusstsein gekommen; sie hat ohne Zweifel in gutem Glauben angegeben, sie sei im Auftrage der Universität tätig. – Darauf erklärte Herr Pein: Sie braucht für schnelle Einbürgerung aber den Nachweis, dass sie Dozentin an einer Universität gewesen ist. Warum soll man der Frau nicht helfen? Der Unterschied ist ja eine verwaltungstechnische Spitzfindigkeit, für die man in den USA gar kein Verständnis hätte! Ich gebe dem Maler Mann die verlangte Bescheinigung. – Das ist meines Wissens dann auch geschehen. Herr Pein wusste und ließ sich von mir noch bestätigen, dass Frau Weiß Jüdin ist.“<sup>71</sup>

Was heute banal erscheint, war in diesen Zeiten offenbar bemerkenswert!

Auf dieser Grundlage beschäftigte sich am 10.6.1948 der Beratende Ausschuss mit dem Fall Bernhard Pein. Ihm gehörten an die von den Nationalsozialisten abgesetzten und disziplinierten Oberschulräte Johannes Schult, Sozialdemokrat und



ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter, Emmy Beckmann, von den Nationalsozialisten abgesetzte Oberschulrätin und ehemalige Abgeordnete der DDP/Deutsche Staatspartei, sowie der Personalreferent im Volksschulbereich der Schulverwaltung, Karl Hoffmann, der von den Nationalsozialisten als Schulleiter abgesetzt worden war. Ein kritisches Gremium, das „nach eingehender Prüfung und Anhörung von Herrn Prof. Pein zu folgendem Ergebnis“ kam:

„Pein hat sich, seiner inneren Einstellung entsprechend schon sehr früh dem Jungdeutschen Orden angeschlossen, wobei ihm idealistische Motive durchaus geglaubt werden können. Sein Austritt aus dem Jungdeutschen Orden erfolgte 1930, weil er die Hineinziehung des Ordens in die Parteipolitik für eine unerwünschte Abirrung hielt. In seiner Haltung zum Jungdeutschen Orden kann an sich nichts politisch Bedenkliches gesehen werden.

Dass Pein 1932 der NSDAP beitrug war weder gesetzlich noch durch Verwaltungsanordnung zu jener Zeit in Preußen verboten. Daraus kann ihm also ein besonderer Vorwurf nicht gemacht werden.

Er ist bis zum letzten Augenblick des Krieges überzeugter Nationalsozialist gewesen und hat den militärischen Sieg Deutschlands erhofft und gewünscht. Er hat das Programm der Partei für richtig gehalten, wenngleich er mit der politischen Praxis nicht immer übereinstimmte. Von Grausamkeiten und offenkundigen Rechtsbrüchen will er nichts gewusst haben bis auf die Affäre Röhm, die er aber als einen nachträglichen Akt der Revolution ansah.

Er hat in Vorträgen an verschiedenen Stellen die nationalsozialistische Grundeinstellung propagandistisch betont. Auch die Übernahme der Leitung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt belastet ihn, da es ihm nicht geglaubt werden kann, dass diese Schulen neutral gewesen seien. Als ausgesprochene Erziehungskräfte für eine Führerelite des NS-Staates sind diese Schulen besonders gefährliche Pflegestätten des NS-Geistes gewesen, was Pein nicht unbekannt geblieben sein kann.

So sprechen zahlreiche Beweise dafür, dass er ein aktiver Nationalsozialist gewesen ist, wenn auch seine idealistische Gesinnung keineswegs in Abrede gestellt werden soll. Bei seiner Vernehmung vor dem Beratenden Ausschuss hatte man den Eindruck, dass er sich innerlich wohl kaum gewandelt hat und darum für eine Wiedereinstellung nicht in Betracht kommen kann.

Seine Beförderungen, die im Zusammenhang seiner politischen Haltung während der Jahre 1933 bis 1945 erfolgt sind, können nicht anerkannt werden, da er insofern als Nutznießer des Nationalsozialismus gelten muss. Der Beratende Ausschuss schlägt vor, ihn in seine Stellung zurückzusetzen, die er vor 1933 gehabt hat; er war damals als Leiter einer Aufbauschule Studiendirektor.

Pein hat sich, wie aus zahlreichen schriftlichen Zeugenaussagen hervorgeht,

als Mensch durchaus anständig auch gegen politische Gegner, die ihm als solche bekannt waren, benommen und ihnen menschlich geholfen. Auch seine Hilfeleistung für die jüdische Klavier-Künstlerin Edith Weiß-Mann ist anerkennenswert.

Er hat sich auch bemüht, von politischen Gegnern nationalsozialistische Verfolgungen abzuwenden.

Es wird darum vorgeschlagen, Pein als Studiendirektor in den Ruhestand zu versetzen.“<sup>72</sup>

Auch so konnten differenzierte Stellungnahmen in Entnazifizierungsverfahren aussehen.

Während die Deutschen sich mühten, die nationalsozialistisch Belasteten aus ihren Reihen zu identifizieren und auszuschalten, gab ein Offizier in der Deutschen Sprachschule der Royal Air Force in Uetersen am 7.2.1949 folgende Erklärung ab:

„Herr Professor Pein ist als Unterrichtsleiter der deutschen Sprachschule der Royal Air Force seit Mai 1948 tätig. Während dieser Zeit hat er unter meiner Aufsicht gestanden und ich kann wahrheitsgemäß sagen, dass er immer seinen Pflichten sehr gut nachgekommen ist. Ich halte ihn für den idealen Mann für diese Aufgabe und wünsche sehr, dass er in der Zukunft seinen Dienst wieder aufnehmen kann. Zu keiner Zeit hat er eine Einstellung gezeigt oder zum Ausdruck gebracht, die als gefährlich angesehen werden könnte und die Royal Air Force hat weder Zweifel noch Bedenken bezüglich seiner Eignung, in einer militärischen Dienststelle beschäftigt zu werden.“<sup>73</sup>

Was soll man dazu sagen? Es lief auf eine Rehabilitierung hinaus, erstaunlich, wenn man sich die formale Belastung von Bernhard Pein vor Augen führt.

Bemerkenswert allerdings war auch die zweite Erklärung, die Prof. Rudolf Peter abgab, der seinem erfolgreichen Konkurrenten bescheinigte, ein guter Leiter gewesen zu sein:

„Herr Pein fand in Hamburg einen geschlossenen Lehrkörper vor, der etwa zur Hälfte aus Dozenten bestand, die bereits vor 1933 in der Lehrerbildung (die damals in der Universität lag) tätig gewesen war. Diese Gruppe bildete einen festen Block, der zweifellos die geistige Führung im Kollegium hatte und entschlossen den Grundsatz vertrat, von dem Geiste der durch Rust beseitigten Universitätsform der Ausbildung zu retten, was noch zu retten war. Diese Arbeit hat Herr Pein nicht behindert, wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Die wissenschaftliche und praktische Arbeit innerhalb der Hochschule konnte verhältnismäßig unbehindert von äußeren Einflüssen in Ruhe und Stetigkeit durchgeführt werden. Sie wurde nach und nach lediglich eingeschränkt durch die schrittweise Verkürzung des Studiums durch das Ministerium. Dass solche solide und sachlich ausgerichtete Arbeit nicht von außen her gestört wurde, ist Herrn Peins Verdienst.

Unbesonnen und in der Form häufig dilettantisch hingeworfenen ‚Erlassen‘ aus Berlin – insbesondere solchen des Ministerialdirektors Schmidt-Bodenstedt – stand Herr Pein durchaus kritisch gegenüber. Er hatte in pädagogischen Fragen einen sicheren Blick und ein gesundes Urteil; manchmal hat er durch passiven Widerstand nachteilige Auswirkungen jener Erlasse auf die Hochschularbeit verhindert.

Die SA, die in manchen anderen Hochschulen eine große Rolle gespielt haben soll, kam hier an der Hamburger Hochschule überhaupt nicht zur Geltung. Die Studentenführung stand politisch unter Herrn P.s mäßigendem Einfluss.

Ich kann nur zusammenfassend sagen, wir haben in Ruhe sachlich arbeiten können. Zumutungen aus der politischen Sphäre kamen jedenfalls nicht von Herrn P. Ich muss bei rein sachlicher Prüfung sagen, dass ein politisch mehr exponierter Leiter nicht in der Lage gewesen wäre, diese Arbeitsruhe in dem Maße zu sichern. Herr P. konnte durch seine politische Stellung Störungen abwehren; aber er tat es auch. Wurde einer der Dozenten beim Ministerium, etwa durch Veröffentlichungen, missliebig, trat Herr P. für ihn ein (so zum Beispiel im Falle Blättner).<sup>74</sup>

So wundert es nicht, dass der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter der Leitung von Rechtsanwalt Soll am 30.4.1949 entschied, dass „gegen die Bestätigung von Prof. Pein als Studienrat keine politischen Bedenken bestehen. Ihm werden die Bezüge zugebilligt nach der Gehaltsklasse, die dem Studiendirektor einer Vollenanstalt in Preußen für die Hamburger Verhältnisse entspricht.“<sup>75</sup>

In dieser Sitzung hatte Bernhard Pein eine interessante Erklärung abgegeben: „Ich bin am 1.5.1935 unter Protest aus der SA ausgeschieden. In Spandau fand eine Schlägerei unter SA-Leuten statt. Ich habe dies Verhalten verabscheut und dies durch meinen freiwilligen Austritt zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig habe ich auch meinen Erziehern befohlen, aus der SA auszuschneiden.“<sup>76</sup>

Im Weiteren ging es nur noch um die Frage, mit welcher Pension Bernhard Pein in den Ruhestand geschickt wurde. Der erneute Berufungsausschuss 17 am 25.5.1949 entschied, Pein mit den Ruhegehaltsansprüchen eines Studiendirektors einer Vollenanstalt in Preußen, die in Hamburg einem Oberstudiendirektor entsprechen, zu pensionieren, ihm bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres 75 Prozent der Pension zu gewähren und ihn mit Wirkung ab dem 1.1.1950 in Kategorie V einzustufen.<sup>77</sup>

Am 6.10.1950 brachte Bernhard Pein Atteste bei, die Herzattacken bescheinigten, so dass der Amtsarzt ihn am 14.11.1950 als „dauerhaft dienstunfähig“ einstuftete. Er erhielt darauf das volle Ruhegehalt.<sup>78</sup>

Das hinderte Bernhard Pein nicht daran, im Folgenden noch diverse Nebentätigkeiten auszuüben. So arbeitete er seit dem 4.6.1951 für das Rackow-Institut,

seit 1952 als Dozent an der Staatlichen Abendhandelsschule, danach am privaten Jenisch-Gymnasium in Hamburg.<sup>79</sup>

1968 war er noch ein Jahr in dem Gymnasium im Aufbau in Pinneberg mit sieben Wochenstunden in den Fächern Erdkunde und Englisch und bis Juli 1969 mit fünf Wochenstunden Französisch tätig.<sup>80</sup>

Bernhard Pein starb am 8.4.1970. Seine Ehefrau Emmy, geboren am 3.8.1896, starb am 18.2.1994.<sup>81</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Bernhard Pein, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abteilung 811\_7926; sowie Entnazifizierungsakte Pein, StAHH, 221-11\_X 895
- 2 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 765
- 3 Personalakte Bernhard Pein, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abteilung 811\_7926
- 4 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 741
- 5 Laut Angaben von Bernhard Pein im Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O. Es gibt eine ausgezeichnete Schrift, die von Schülern der Ludwig-Meyn-Schule erarbeitet wurde, herausgegeben von dem Lehrer Sönke Zankel: Uetersen im Nationalsozialismus, Kiel 2009. In diesem Buch enthalten ist auch eine Biografie „Bernhard Pein – der erste NS-Direktor der Ludwig-Meyn-Schule: „Erziehung und Bildung im nationalsozialistischen Geist“, geschrieben von Melanie Rixen und Kim-Sophie Schneider; ebenfalls eine kurze Biografie von Rainer Hering über Bernhard Pein gibt es in der Hamburgischen Biografie. Personenlexikon Bd. 6, herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dierk Brietzke, Göttingen 2012, S. 245 f.
- 7 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 767
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Elke Fröhlich: Die drei Typen der nationalsozialistischen Ausleseschulen, in: Johannes Leeb: „Wir waren Hitlers Eliteschüler“. Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen. Hamburg 1998, S. 194 f.
- 10 Harald Scholz: NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates, Göttingen 1973, S. 328 ff.
- 11 Siehe Biografie Max Klüver, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 704 ff.
- 12 „Welt“ vom 27.2.1999.
- 13 Leeb 1998, S. 16 f.
- 14 Hardy Krüger: „Von der Ordensburg nach Babelsberg.“ In: Leeb 1998, S. 62.
- 15 Hardy Krüger 1998, S. 63 f.
- 16 Rüdiger Freiherr von Wechmar: „Ich wurde in der preußischen Tradition erzogen.“ In Leeb 1998, S. 17 ff.
- 17 von Wechmar 1998, S. 20 f.
- 18 von Wechmar 1998, S. 22.
- 19 Meinhard Graf Nayhaus-Cormons: „Vom Mord der Nazis an meinem Vater erfuhr ich erst nach dem Krieg.“ In: Leeb 1998, S. 160.
- 20 Harald Scholz: NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates. Göttingen 1973.
- 21 Scholz 1973, S. 47.
- 22 Scholz 1973, S. 36.
- 23 Scholz 1973, S. 105.
- 24 Scholz 1973, S. 153.

- 25 Schreiben an den Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 13.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 741
- 27 Gutachten von SS-Obersturmbannführer Herfurter vom 5.6.1944, ebd.
- 28 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 741
- 29 Siehe die Biografie Gustaf Deuchler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142 ff.
- 30 Ulrike Gutzmann: Von der Hochschule für Lehrerbildung zur Lehrerbildungsanstalt, Düsseldorf 2000, S. 234 f. Siehe dazu auch die Biografie Willi Schulz, in: de Lorent 2016, S. 99 ff. und die Biografie Wilhelm Arp, in: de Lorent 2017, S. 264 ff.
- 31 Gutzmann 2000, S. 236.
- 32 Ebd.
- 33 Gutzmann 2000, S. 237.
- 34 Gutzmann 2000, S. 238.
- 35 Ebd.
- 36 Gutzmann 2000, S. 239.
- 37 Ebd. Siehe zum Thema Lehrerausbildung in der NS-Zeit auch: Reiner Lehberger: „Frei von unnötigem Wissen“. Die Ausbildung Hamburger Volksschullehrer in der NS-Zeit, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 132 ff.
- 38 Gutachten von SS-Obersturmbannführer Herfurter vom 5.6.1944, SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 741
- 39 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 741
- 40 Hamburger Studentenbuch, im Auftrag der Gaustudentenführung Hamburg, Bd. 1, Hamburg 1938/39, S. 12.
- 41 Ebd.
- 42 Bernhard Pein: Der deutsche Lehrer und Erzieher als pädagogischer Offizier, Hansische Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg, Hamburg 1940, S. 1 f.
- 43 Pein 1940, S. 6.
- 44 Pein 1940, S. 7.
- 45 Pein 1940, S. 8.
- 46 Pein 1940, S. 9.
- 47 Siehe dazu auch die Biografien der Leiter der Wichernschule Richard Ackermann, in: de Lorent 2017, S. 578 ff. und Hans Reimers, in: de Lorent 2017 S. 241 ff.
- 48 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 49 Siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Koblenz 2013, S. 541. August Heißmeyer war verwandt mit Kurt Heißmeyer, dem Tuberkulosearzt, der ab 1944 im KZ Neuengamme Versuche an künstlich mit TBC infizierten Häftlingen, darunter aus Auschwitz überbrachte Kinder durchführte, die bei Kriegsende ermordet wurden.
- 50 SS Akte Bernhard Pein, Bundesarchiv, SSO\_368, Bl. 739
- 51 Personalakte Hamburger Schulwesen, StAHH, 361-3\_A 2810
- 52 BArch, Z 42 IV\_2963; Akte über das Spruchgerichtsverfahren gegen Bernhard Pein in Bielefeld.
- 53 Abschrift vom 22.8.1947, BArch, Z 42 IV\_2963
- 54 Örtlicher Ausschuss für die politische Säuberung Uetersens vom 3.7.1947, BArch, Z 42 IV\_2963
- 55 Schreiben vom 13.6.1947, BArch, Z 42 IV\_2963
- 56 Schreiben vom 17.7.1947 vom Polizeimeister Müller, BArch, Z 42 IV\_2963
- 57 Polizei-Kriminalamt, Special Branch II vom 14.8.1947, BArch, Z 42 IV\_2963
- 58 Schreiben Hermann Neuenburg vom 16.9.1947, BArch, Z 42 IV\_2963
- 59 Schreiben vom 19.1.1947, BArch, Z 42 IV\_2963

- 60 Anklageschrift vom 26.11.1947, BArch, Z 42 IV\_2963
- 61 Spruchgerichtsentscheid der 12. Spruchkammer vom 6.2.1948, BArch, Z 42 IV\_2963
- 62 4. Spruchsenat des obersten Spruchgerichtshofs in Hamm vom 9.7.1948, BArch, Z 42 IV\_2963
- 63 Ebd.
- 64 das Urteil des Spruchgerichts der V. Spruchkammer vom 10.9.1948, BArch, Z 42 IV\_2963
- 65 Ebd.
- 66 Laut Schreiben von Bernhard Pein vom 7.6.1949, BArch, Z 42 IV\_2963
- 67 Schreiben von Bernhard Pein vom 7.6.1949, BArch, Z 42 IV\_2963
- 68 „Welt“ vom 25.9.1948.
- 69 Gutachten von Fritz Köhne vom 8.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 70 Erklärung von Walther Niekerken vom 9.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 71 Erklärung von Prof. Rudolf Peter vom 2.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 72 Beratender Ausschuss vom 10.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 73 Erklärung vom 7.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 74 Berufungsausschuss Zellen für die Ausschaltung von Nationalsozialisten, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 75 Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 30.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 76 Ebd.
- 77 Berufungsausschuss 17 vom 25.5.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 78 Personalakte a. a. O.
- 79 Personalakte a. a. O.
- 80 Uetersen im Nationalsozialismus, Kiel 2009, S. 20.
- 81 Personalakte a. a. O.

## Wilhelm Knoll

**„Wir kennen ihn seit langem als einen jener Männer, die den Geist des Nationalsozialismus an unseren Hochschulen wirklich zu lehren verstanden, zu einer Zeit noch, als es schwer war, derartige Ideen zu propagieren.“**

Wenn ein Blick auf die Hamburger Sportpädagogen in der NS-Zeit geworfen wird, gehört dazu insbesondere auch Prof. Wilhelm Knoll. Er war 1929 in Hamburg als der erste außerordentliche Professor für Leibesübungen an eine deutsche Universität berufen worden. Wilhelm Knoll, von Geburt Schweizer, der als Arzt und Chefarzt der Lungenheilstätte in Arosa sowie als Mitbegründer und Präsident der internationalen Assoziation der Sportärzte fungierte, verlieh dieser Stelle ein internationales Flair. Dabei entpuppte sich Knoll als autoritär, agierte auch an der Universität mit der Attitüde eines Chefarztes, ging keinem Streit aus dem Wege und bemerkte es nicht einmal, wenn er andere Personen beleidigte und in ihrer Ehre herabsetzte. Knoll trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein und wurde am 1.10.1933 förderndes Mitglied der SS. Von 1929 bis 1944 bildete er als Direktor des Instituts für Leibesübungen und ab 1935 als Direktor des Sportmedizinischen Instituts Hunderte von Sportlehrern und Sportmediziner aus. 1940 und 1943 unternahm er Vortragsreisen in die Schweiz, über die er Berichte schrieb, die seine nationalsozialistische und antisemitische Gesinnung bekundeten. Nachdem er 1944 mit 68 Jahren gegen seinen Willen emeritiert worden war, ging er, das Ende des Nationalsozialismus vor Augen und mögliche Schwierigkeiten für sich erahrend, zurück in die Schweiz, um wieder als Arzt zu arbeiten. Damit glaubte er, Konsequenzen als Nationalsozialist aus dem Wege gehen zu können.

Wilhelm Knoll war am 29.1.1876 in Frauenfeld in der Schweiz als Fabrikanten-Sohn wohlhabender Eltern geboren. Er besuchte das Gymnasium in Frauenfeld, und studierte nach dem Abitur an den Universitäten Prag, Zürich, Basel, Straßburg und Tübingen Medizin. 1904 kehrte er nach der Promotion zum Dr. med. zurück in die Schweiz, um als Arzt und seit 1916 bis 1929 als Chefarzt der Bündener Lungenheilstätte in Arosa zu arbeiten.<sup>1</sup>

Als Wilhelm Knoll seinen 60. Geburtstag feierte, wiesen die Hamburger Zeitungen bei ihren Huldigungen darauf hin, dass Knoll als Militärarzt 1914 an der Grenze gearbeitet hatte und später Leiter eines Militärhospitals<sup>2</sup> und ehemaliger Schweizer Major gewesen war.<sup>3</sup>

Michael Joho, der 1990 eine lokalgeschichtliche Studie zur Militarisierung der Hamburgischen Universität vorlegte und dabei besonders den Hochschulsport in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik und während der Anfangsjahre des „Drit-

ten Reiches“ untersuchte, hatte auch die Karriere von Prof. Wilhelm Knoll genauer beleuchtet. Er wies darauf hin, dass Knoll nicht die primäre Wahl für die Besetzung der ersten Professur für Leibesübungen Hamburgs gewesen war. Aber nach Absagen anderer Kandidaten verfiel die Universität Hamburg auf den Schweizer Wilhelm Knoll, bei dessen dargestellter Vita darauf Wert gelegt wurde, Knoll sei „von jeher ein ausgesprochener Vertreter des deutschen Gedankens in der Schweiz“ gewesen.<sup>4</sup>



Professor Wilhelm Knoll,  
in der NS-Zeit

Joho stellte fest: „Als Begründer des schweizerischen Sportärzterverbandes hatte er sich bereits einen Namen gemacht und seine internationalen Meriten – basierend auf einer großen Anzahl primär medizinischer Publikationen – nicht zuletzt durch die Wahl zum ersten Präsidenten der Internationalen Sportärztlichen Vereinigung im Februar 1928 erworben.“<sup>5</sup>

Michael Joho wies darauf hin, dass Knolls wissenschaftliches Schriftenverzeichnis „eine breite Palette von Arbeiten“ aufweise, wobei Joho bei der Durchsicht dieser Arbeiten zu dem Ergebnis kommt:

„Knolls Ausführungen sind geprägt von einer Verflechtung von sportärztlichen und militärischen Erfordernissen, ging es ihm doch offensichtlich nicht primär um den berechtigten Anspruch der individuellen Gesunderhaltung, sondern vielmehr um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit für nicht näher bezeichnete ‚unvorhergesehene Hindernisse‘, sprich: überraschend auftauchende Gegner.“<sup>6</sup>

Das „Hamburger Tageblatt“ hatte in seinem Geburtstags-Jubelbericht festgestellt:

„Wir kennen Prof. Dr. Wilhelm Knoll seit langem als einen jener Männer, die den Geist des Nationalsozialismus an unseren Hochschulen wirklich zu lehren verstanden, zu einer Zeit noch, als es schwer war, derartige Ideen zu propagieren. Er hat mit seinen Jungen gelebt als Kamerad unter Kameraden, als Freund und Berater. – Darüber hinaus aber dürfen wir als Zeitung stolz darauf sein, ihn unseren Mitarbeiter nennen zu dürfen.“<sup>7</sup>

Das Frauenbild von Wilhelm Knoll passte in diesem Kontext schon 1923 zur Ideologie der Nationalsozialisten.

„Die vorherrschenden patriarchalischen Denkmuster in Bezug auf sporttreibende Frauen formulierte Dr. Wilhelm Knoll bereits 1923 expressis verbis, als er sich gegen jede Gleichstellung der Geschlechter wandte, da ‚die Natur selbst (...) diese Nivellierung mit ihrer ganzen Autorität im Wege‘ stehe. Einer reaktionären Weiblichkeitsideologie verpflichtet, charakterisierte Knoll die vermeintliche Aufgabe der Frau allein als Mutter der nachfolgenden Generation und warnte in diesem



Zusammenhang vor körperlichen Überlastungen, wie sie sich im ‚Zerrbild, dass wir als ‚virago‘, als Mannweib, also als ein Monstrum, als etwas ganz Unnatürliches mit Recht ablehnen‘, niederschlugen.“ Und weiter hieß es bei Wilhelm Knoll:

„So akzentuierte er 1932 ein angeblich geschlechtsspezifisches Bewegungsbedürfnis der Menschen derart, dass die rhythmische Gymnastik ‚dem weiblichen Empfinden‘ stark entgegenkomme, während der männliche Jugendliche sich zuvorderst im zielstrebigem Kampf realisiere. Es war daher kein großer Schritt mehr zu einer Formulierung 1943, wonach der Mann ‚immer der Hauptträger des Sports bleiben‘ müsse, da er schließlich ‚der geborene Kämpfer (ist), der sich mit seinem Volk den Lebensraum schafft und durch steten Kampf erhält. Die Frau als die Hüterin dessen, was der Mann erworben hat, hat eine vollkommen andere Aufgabe‘, nämlich die der ‚Obhut über die nächste Generation‘.“<sup>8</sup>

Für Joho war es daher nicht verwunderlich, „dass sich der Frauensport an der Hamburgischen Universität erst im Gefolge massiver Proteste der Studentinnen etablieren konnte“.<sup>9</sup> Auf der anderen Seite hatte sich schon Ende der 1920er Jahre der Wehrsport an der Universität Hamburg fest etabliert: „Etwa 90 Studenten nahmen im Wintersemester 1931/32 an illegalen Wehrkursen teil, die mit nächtlichen Übungen und Herbstmanövern in Lüneburg verbunden waren.“<sup>10</sup>

Daran war Prof. Wilhelm Knoll maßgeblich beteiligt.

„Spätestens mit dem Sommersemester 1932 expandierte auch der hamburgische Wehrsportbetrieb der Studentenschaft beträchtlich. An Wochenenden wurden regelmäßig Ordnungsübungen, Geländemärsche und Kleinkaliberschießen betrieben. Über die Beteiligung an diesen Wehrsportübungen liegen keine genaueren Daten vor. Prof. Dr. Knoll konstatierte aber, dass die Wehrsportidee ‚in der Studentenschaft starken und nachhaltigen Widerhall gefunden habe‘.“<sup>11</sup>

Michael Joho sah Knoll als einen zielgerichteten Förderer der Wehrsportbewegung mit eindeutiger Zielrichtung. Knoll „betrachtete die körperliche Ausbildung an der Hochschule nach dem Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht und seiner vermeintlich „erzieherischen Momente“ als „Erlösung“. Denn: „Ein Volk aber, das verlernt hat, sich zu wehren, geht unter“. Daher sollte die Hochschule „Männer erziehen, die ihrem Vaterland wirklich in jeder Lebenslage nützlich sein können“.<sup>12</sup> Und somit hatte Prof. Wilhelm Knoll 1932 in Zusammenarbeit mit dem Wehramt Wettkampfbestimmungen erarbeitet „für Mannschaften (Korporationen, politische Studentenverbände), bestehend aus einem Führer, sieben Mann und einem Ersatzmann“, die folgende Disziplinen vorsahen:

„1. 20km-Geländemarsch mit 15kg Gepäck in 218 Minuten, anschließend Kleinkaliberschießen auf 50m Entfernung maximal 228 Minuten nach dem Start;

2. 250m-Hindernis laufen („Eskalierwand, Kriechhindernis, Stolperdraht, Graben, Leiterwagen“);
3. 8 × 100 m-Schwimmstaffel;
4. Weitsprung;
5. Kugelstoßen;
6. Mannschafts-Tauziehen.“<sup>13</sup>

Positiv vermerkten Sportpädagogen natürlich, dass mit Knolls Berufung zum neuen IfL-Direktor die Ausbildung von Turn-Lehrerinnen und -Lehrern auf ein wissenschaftliches Niveau gehoben und damit realisiert wurde, was in der Oberschulbehörde während der Weimarer Zeit vorbereitet worden war. Maßgeblich daran beteiligt war der Sportlehrer der reformpädagogischen Lichtwarkschule, Ernst Schöning, der nach 1933 ebenfalls in die Reihen der Nationalsozialisten übertreten sollte.<sup>14</sup>

„Im Kern sahen die neuen Richtlinien ein achtsemestriges Haupt- und ein sechssemestriges Nebenfach-Studium vor, womit die Leibesübungen erstmals auch den Stellenwert eines wissenschaftlichen Faches für das Höhere Lehramt bekommen hatten.“<sup>15</sup>

Einfluss auf den Sport nahmen in den NS-Zeiten auch die Hitlerjugend und die SA. „Mit ‚Führererlass‘ vom 9. September 1933 wurden sämtliche Wehrsportaktivitäten einem neu geschaffenen SA-Hochschulamt auf Reichsebene unterstellt, um ‚die deutschen Studierenden körperlich und geistig im Sinne der Vorkämpfer der deutschen Revolution einheitlich‘ auszubilden.“<sup>16</sup>

Damit hatte Wilhelm Knoll kein Problem. Er wurde „zum sportärztlichen Referenten des SA-Hochschulamtes ernannt und übernahm die Untersuchungen der ‚zum Dienst einberufenen Studenten“.<sup>17</sup> Knoll stellte mit Adolf Zahn einen HJ-Gebietsführer als Assistenten ein. „Dieser hatte als Hochschulreferent des Gebietes Nordmark schon im Frühjahr 1935 den reichsweit geäußerten Anspruch der HJ geltend gemacht, weitgehenden Einfluss auf die Turn- und Sportlehrerausbildung zu erlangen.“<sup>18</sup> Wilhelm Knoll, der später dem „Führerkorps der HJ angehörte“ war damit einverstanden, wenn die HJ einforderte:

„Die HJ hält es für die Zukunft nicht mehr für tragbar, dass Sportlehrer ohne engste Verbindung mit der HJ ausgebildet werden und glaubt, dass eine Ausbildung im außerschulischen Erziehungsbereich – also in der Organisation der Jugend, in der Hitler-Jugend – genauso notwendig ist, wie ein zweisemestriges Schulpraktikum, das gegenwärtig für eine Sportlehrer-Prüfung vorausgesetzt wird.“<sup>19</sup>

Wilhelm Knoll war also eng in die nationalsozialistische Welt verwoben. Seit 1933 Mitglied der NSDAP, fast gleichzeitig förderndes Mitglied der SS geworden, in der HJ seit 1938 Bannführer und Gutachter, Mitglied des NS-Dozentenbundes,

in der NSV, im NS-Ärztbund und im NS Altherrenbund.<sup>20</sup>

Wilhelm Knoll erwies sich als schwierig in der Zusammenarbeit. 1933 kündigten seine beiden Assistenten, Andreas Isberg und Sophie Barrelet, die einige Jahre am IfL gearbeitet hatten und selbst überzeugte Nationalsozialisten waren.<sup>21</sup> Michael Joho stellte dazu fest: „Der nahezu zeitgleiche Weggang hing offenbar mit Spannungen zwischen ihnen und Prof. Dr. Wilhelm Knoll zusammen.“<sup>22</sup>

Wie schwer der Umgang mit Wilhelm Knoll war, ging aus einem Vermerk des Rektors der Universität Hamburg, Prof. Eduard Keeser, hervor, der im Zuge der noch zu schildernden Auseinandersetzungen mit Eugen Zerbe über Wilhelm Knoll festhielt, „dass sich einem die Haare sträuben müssen, wenn man alle die Stunden zusammenzählt, die eine ganze Anzahl leistungsfähiger, hochqualifizierter Männer immer wieder mit dem Bemühen verbringen müssen, die Unkollegialitäten und Disziplinwidrigkeiten von Prof. Knoll irgendwie wieder einzurenken“.<sup>23</sup>

Die Konflikte mit Eugen Zerbe habe ich in der Biografie Zerbe ausführlich dargestellt. Sie resultierten aus einer tatsächlichen Entmachtung Wilhelm Knolls, der für die praktische Sportlehrausbildung in Hamburg nicht mehr verantwortlich war, als Eugen Zerbe als Leiter des Instituts für Leibesübungen nach Hamburg berufen wurde. „Nachdem die selbständige praktisch-pädagogische Abteilung am IfL zum 18. November 1935 eingerichtet worden war, nahm Dr. Eugen Zerbe seine Funktion als Leiter auf und betätigte sich von Beginn an als ausführender Verwalter der Hochschulsportordnung. Neben der reinen Organisationsarbeit spielten dabei auch seine Forderungen nach ausreichenden Räumlichkeiten, vor allem nach Instandhaltung des Wigand-Platzes eine wichtige Rolle. Als Breslauer Stadiondirektor bis 1933 hatte er gerade im Bereich der Sportplatzgestaltung Erfahrungen sammeln können. Die selbständigen Aktivitäten des neuen Sportleiters verschärfte den Gegensatz zu Prof. Dr. Wilhelm Knoll, der ‚endgültig davon ausging, dass die Stellung des Herrn Dr. Zerbe gleichbedeutend sein sollte mit einer Ausschaltung meiner Person.‘“<sup>24</sup>

Zerbe „vertrat entgegen Knoll die Ansicht, dass ein IfL überhaupt nur von einem Pädagogen zu leiten ist“.<sup>25</sup> Knoll dagegen hatte erklärt, „es könne nur einer Führer sein; er müsse die ganze Arbeit übersehen und die Arbeit vom praktischen wie vom wissenschaftlichen Standpunkte aus zu leiten imstande sein.“<sup>26</sup>

Prof. Wilhelm Knoll sorgte durch seine in Chefarzt-Manier vorgetragenen Argumente selbst für eine Entscheidung. Den letzten Anstoß gab Mitte Februar 1936 ein Schreiben an das Reichserziehungsministerium, in dem Knoll Zerbe massiv persönlich angriff und seine Absetzung forderte.<sup>27</sup>

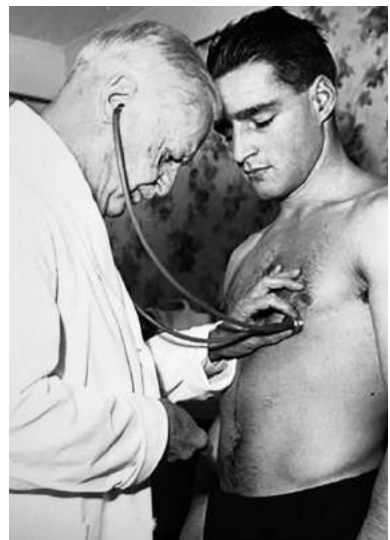
Daraufhin reagierten der Rektor der Universität Hamburg, Prof. Adolf Rein, und der Abteilungsleiter im Reichsministerium, Dr. Carl Krümmel, gemeinsam und befanden, „dass Knolls Vorliebe für die sportmedizinische und wissenschaftliche

Forschung für den Nationalsozialismus als unzureichend empfunden wurde, da ‚überalterte Leiter des praktischen Sportbetriebes‘ die durch die Hochschulsportordnung intendierte wesentliche Arbeit für die Neugestaltung des deutschen studentischen Typs hemmen würden“.<sup>28</sup>

Per Erlass des Reichsministeriums wurde das IfL zum 1.4.1936 in das Institut für Leibesübungen unter der Leitung des kommissarischen Direktors Zerbe und in ein Sportmedizinisches Institut unter Wilhelm Knoll aufgeteilt. Knolls Stelle wurde 1937 in einen außerordentlichen Lehrstuhl für Sportmedizin umgewandelt und der Medizinischen Fakultät angegliedert. „Knolls Aufgabe bestand zukünftig darin, die Sportmedizin in Lehre und Forschung an der Hansischen Universität zu vertreten. Er hat zugleich die Aufgabe eines Sportsarztes wahrzunehmen und sowohl Studenten als auch sonstigen Besuchern der Poliklinik bei Sportunfällen und in Fragen der gesundheitlichen Auswirkungen der Leibesübungen beratend und helfend zur Seite zu stehen. In diesem Rahmen wirkt Prof. Dr. Knoll auch bei der theoretischen Ausbildung der Turnlehrer mit.“<sup>29</sup>

Dadurch, dass Wilhelm Knoll auch weiterhin für die theoretische Ausbildung der Sportlehrer eine Verantwortung hatte, waren weitere Konflikte mit Eugen Zerbe vorgeplant und bei der Persönlichkeitsstruktur Knolls garantiert. Dabei gab es einen inhaltlichen Interessenkonflikt. Während Wilhelm Knoll, wie dargestellt, intensiv mit der SA und der HJ kooperierte, verfolgte die Landesunterrichtsbehörde eine andere Ausrichtung. Der Oberschulrat für die höheren Schulen, Prof. Wolfgang Meyer, der gleichzeitig Gauführer der Turnerschaft in Hamburg war, hatte sich schon 1934 gegen den starken Einfluss der HJ und „jugendbewegter Lehrkräfte“ ausgesprochen: „Der Grundsatz, Jugend muss von Jugend geführt werden, mag in der Jugendbewegung und in der Hitlerjugend berechtigt sein (obwohl er auch da von sehr maßgeblicher Seite stark bekämpft wird). Das ernste Handwerk des Turnlehrers muss unter Leitung erfahrener, im Beruf gereifter und sich der Verantwortung bewusster Männer oder Frauen erlernt und errungen werden. Es ist daher nicht zu belegen, dass fast die ganze Turnlehrerausbildung an der Universität in den Händen junger, unerfahrener Lehrkräfte liegt.“<sup>30</sup>

Wilhelm Knoll gehörte auch dem staatlichen Prüfungsausschuss im Fach Leibesübungen nicht mehr an, „da die Schulbehörde mit



Professor Knoll untersucht einen Athleten in der Schweiz in den 1950er Jahren.

der Turnphilologenausbildung durch Herrn Prof. Knoll schon vor 1935 nicht einverstanden war. „Aus diesem Grunde“, schilderte Zerbe später, „ist überhaupt meine Berufung nach Hamburg erfolgt.“<sup>31</sup>

Jenseits dieser sachlichen bzw. fachlichen Divergenzen hatte Wilhelm Knoll als überzeugter Propagandist des Nationalsozialismus durchaus Rückhalt an der Universität Hamburg. Michael Joho weist darauf hin, dass Knoll als „Wunschkandidat des NSDStB und des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes 1938 noch einmal für die Amts-Nachfolge des Rektors Prof. Dr. Rein in Betracht“ kam. „Aber er scheiterte wohl auch am Widerstand seiner eigenen Fakultät.“<sup>32</sup> Und sicherlich auch daran, dass Knoll im persönlichen Umgang äußerst schwierig war. Joho bemerkte dazu: „Er wurde – nicht zuletzt wegen seines cholерischen Charakters – für ungenügend befähigt gehalten, den aktivistischen, soldatischen Menschen erziehen zu helfen.“<sup>33</sup>

Knoll entwickelte in den darauf folgenden Jahren eine rege sportmedizinische Tätigkeit, wie Joho schreibt, „aus der alleine bis 1939 über 100 Veröffentlichungen hervorgegangen sind. Die Forschung wurde allerdings mehr und mehr von nationalsozialistischen Verzerrungen überlagert und führte u. a. zur Kooperation mit dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP infolge der gemeinsamen Anstrengungen, ‚krankhafte Bewegungsformen‘ zu analysieren. In seinem Schaffen setzten sich dabei z. T. völlig haltlose, unwissenschaftliche Auffassungen durch, z. B. die These, dass eine nicht näher definierte ‚Lebensuntüchtigkeit wie -tüchtigkeit im wesentlichen erbbedingt‘ sei.“<sup>34</sup>

Das korrespondierte damit, dass Knoll „rassenpolitische Lehrveranstaltungen“ mit Medizinstudenten durchführte.<sup>35</sup>

Bedeutsam sind zwei intensiv vorbereitete Vortragsreisen an Schweizer Universitäten, die Prof. Wilhelm Knoll 1940 und 1943 durchführte und über die er Berichte schrieb mit unklarem Adressaten. Beide Berichte, die vermutlich auch anderen Dienststellen in der NS-Zeit zur Verfügung gestellt wurden, sind in seiner Personalakte enthalten und sollen zitiert werden, um zu dokumentieren, welche nationalsozialistische, rassistische und antisemitische Grundhaltung Wilhelm Knoll vertrat.<sup>36</sup>

Wilhelm Knoll war unter Medizinern gut vernetzt, in Deutschland wie auch in der Schweiz. Er hatte die Reise genau geplant, sein Thema war u. a. „Die Blutentwicklung beim Menschen und bei den Säugetieren“. Die Reise entlang des Rheins war laut Knoll „besonders ab Freiburg deshalb sehr interessant, weil die Strecke durch Kampfgebiet führt, ohne dass man allerdings von dieser Tatsache etwas Aktives bemerkte.“<sup>37</sup> Unter seinen Zuhörern sah Knoll „nur Schweizer Gesichter, mit Wissen keinen Juden dabei. Ich glaube, dass diese einfach weggeblieben sind, was auch das Beste war.“<sup>38</sup>

Der Antisemitismus Wilhelm Knolls saß tief: „Wenn ich in Zürich, wo ich lange studierte, alle meine Examina machte, den Doktorhut erwarb und außerdem zweimal Assistent war, zu keinem Abschluss für einen Vortrag kommen konnte, so mag daran vor allem die Tatsache Schuld sein, dass die medizinische Fakultät Zürich stark verjudet ist und auch Prof. Löffler, an den meine an Prof. Zollinger gerichtete Anfrage nachher ging, meist jüdische Assistenten hat. Dies wurde mir in Zürich von verschiedenen Seiten bestätigt. Die Fakultät Basel hat nur einen Juden, ebenso die in Bern. Ich werde trotzdem oder vielleicht gerade darum bei nächster Gelegenheit versuchen doch dort zu Worte zu kommen.“<sup>39</sup>

Die Reise von Wilhelm Knoll hatte durchaus politischen Charakter: „Während meines Aufenthaltes in Bern erhielt ich von einem Bekannten auch ein für Deutschland bestimmtes Flugblatt, das offenbar von einem feindlichen ‚Confetti-flieger‘ über dem Kanton St. Gallen vor ca. 14 Tagen abgeworfen wurde. Es erregte in seiner primitiven Dummheit nur einen Heiterkeitserfolg. Das Original habe ich dem Baseler Generalkonsulat zugestellt.“<sup>40</sup>

Und an anderer Stelle: „In meiner Besprechung mit Dr. Carraux konnte ich feststellen, dass die Schweizer Ärzteschaft um die gleichen Ideale kämpft, die die deutsche Ärzteschaft durch den Nationalsozialismus endlich errungen hat. Der Kampf geht auch gegen denselben Gegner, gegen die Überflutung mit minderwertigen hauptsächlich ausländischen Elementen, wie dies auch für Frankreich zutrifft, gegen die geschäftliche Einstellung des Arztes, gegen die Überbewertung der Theorie und gegen die der ärztlichen Arbeit mindestens fernstehende Mentalität der Krankenkassenbonzen.“<sup>41</sup>

Die politische Grundhaltung von Wilhelm Knoll wird überall deutlich. Er stellte fest, dass die schweizerische Bevölkerung dem neuen Deutschland „teils ablehnend, teils zum mindesten nicht sympathisch gegenübersteht. Andererseits habe ich unter meinen alten Freunden erfreulich viele gefunden, die großes Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, für die Leistungen des Nationalsozialismus und besonders für die des Führers aufbrachten. Spricht man mit den Leuten, so sieht man bald, dass die große Masse der Ansichten, aus denen sich die Gegeneinstellung ergibt, in völliger Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse im heutigen Deutschland zu suchen sind. Wohl keiner von all den Leuten, bei denen ich negative Einstellung fand, ist jemals seit 1933 selbst in Deutschland gewesen. Er kennt das nationalsozialistische Deutschland nur vom Hörensagen, aus seinen Zeitungen, die in ihren weitest verbreiteten Blättern das Stigma Judas ganz offen tragen. Einer meiner alten Freunde, ein aktiver, hoher Schweizer Offizier sagte mir diesbezüglich: ‚Wer schreibt denn überhaupt in unseren Zeitungen, das sind gar keine Schweizer, sondern Emigranten und Juden.‘ Das Bedauerliche ist nur, dass die

große Masse des Schweizer Volkes das noch nicht gemerkt hat.“<sup>42</sup>

Interessant ist auch, wenn Knoll von „Vorwürfen an die deutsche Adresse“ spricht. So etwa: „Der Deutsche ist heute ein Sklave der Partei, er darf keine freie Meinungsäußerung wagen, ohne ins KZ zu kommen. Er darf keine Kritik an den staatlichen Verhältnissen üben, kurz, er ist politisch entmündigt.“<sup>43</sup>

Dies belegt, dass zu diesem Zeitpunkt die Existenz der Konzentrationslager bekannt war und auch deren Funktion, wobei Knoll dagegen hielt: „Ich hatte dieser weit verbreiteten Auffassung, die sich vor allem auf die Ansichten aller Emigranten sämtlicher Schattierungen stützt, nur das eine entgegenzusetzen, dass ich den Leuten die Wahrheit sagte, nämlich, dass auch bei uns im Dritten Reich jeder das Recht hat, seine Meinung zu sagen, solange sie sich, wie übrigens überall, mit dem Wohle des Ganzen verträgt und Kritik nicht niederreißt sondern aufbaut.“<sup>44</sup>

Dann resümierte Wilhelm Knoll: „Das neue Deutschland hat mit Militarismus auch gar nichts zu tun, aber jedermann ist eben ein Soldat ebenso wie jeder Schweizer, der es wirklich ist, mit Freuden Wehrmann ist und sich schämen würde, wenn er nicht tauglich befunden wird.“<sup>45</sup>

Ein vehementer Antisemitismus durchzieht den gesamten Bericht:

„Langsam beginnt ja auch die Schweiz zu fühlen, was es heißt, Juda in Scharen bei sich einziehen zu sehen. Das hohen ethischen Vorstellungen entspringende ‚Asylrecht‘ wendet sich hier gegen das eigene bodenständige Volk. Die Landesausstellung brachte ein Bild nach den Angaben des eidgenössischen statistischen Amtes, wonach jeder achte Schweizer eine deutsche Frau habe. Was sind das für deutsche Frauen? Wohl zur Hauptsache stammen sie aus der Nachkriegszeit und aus der Zeit seit 1933. Ein erheblicher Teil dieser Frauen wechselte das Bürgerrecht, weil es so ‚besser‘ war. Auf keinen Fall sind diese Frauen in der Mehrzahl eine Bereicherung des Schweizer Volkes. Es sind auch zahlreiche Jüdinnen und Halbjüdinnen darunter. Das ist aber eine wirkliche Gefahr für die Schweiz. Sie wird auch immer mehr erkannt, und der Antisemitismus macht in der Schweiz sichtliche Fortschritte. Es ist eben das erste Mal in der ganzen Jahrhunderte alten Schweizer Geschichte, dass der Jude da in Massen auftritt und damit eine Judenfrage schafft. Gab es doch vor dem Weltkriege kaum ansässige Juden in großen Teilen der Schweiz, und waren doch die Einbürgerungen von Juden bis zur Verfassung von 1874 ausgeschlossen. Sie wohnten sogar in einigen Dörfern des Kantons Kargau abgeschlossen von den eingesessenen Bewohnern, also praktisch im Ghetto. Vielleicht kommt das auch noch einmal. Ich würde es im Interesse meiner alten Heimat herzlich wünschen. Denn wenn gerade heute das Verständnis für das große Nachbarvolk im Norden der Schweiz großen Schwierigkeiten begegnet, so hat dieser Judenklüngel mit seinen weitreichenden gesellschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen einen be-

wussten Hauptanteil daran. Wenn das Schweizer Volk einmal wirklich über diese Überschwemmung mit unschweizerischen Menschen nachdenken würde, so würde es vielleicht einsehen, dass auch das viele Geld, das ihm diese Parasiten brachten, letzten Endes auf das eigene Volk schädlich wirkte.“<sup>46</sup>

Wilhelm Knoll sah sich in der Schweiz als Propagandist des nationalsozialistischen Hitler-Deutschlands: „Mein Ziel war bei allen diesen Gesprächen, das Verständnis weitester Volkskreise für die großen, Deutschland bis ins Innerste seiner Seele erregenden Vorgänge der NS-Revolution und ihrer unabwendbaren Folgen für den Einzelnen wie für das Ganze zu wecken. Hier wirklich ‚aufzuklären‘ scheint eine der großen Aufgaben zu sein, die auch mir als einem alten Eidgenossen gesetzt sind, der Ideengut des Nationalsozialismus die Grundzüge seines eigenen Schweizertums in der Übertragung auf das wesensverwandte, wenn auch nicht wesensgleiche deutsche Volk wieder gefunden hat.“<sup>47</sup>

Vom 4. bis zum 20. Juni 1943, also in einer Zeit, als der Terror der Nationalsozialisten in Deutschland mehr als deutlich geworden war und ebenso erkennbar war, dass nach den anfänglichen „Erfolgen“ im Krieg das Drama und die Tragödie für das deutsche Volk näher rückten, unternahm Wilhelm Knoll eine zweite Reise in die Schweiz, um Vorträge zu halten. Wiederum schrieb er einen Bericht. Und erneut erwies sich Wilhelm Knoll als nationalsozialistischer Propagandist und Antisemit:

„Es ist darum ein Anwachsen der antisemitischen Welle, die ja von jeher in der Schweiz vorhanden war, weil der Schweizer, insbesondere der einfache Mann den Juden stets als Fremden betrachtete, mit dem er nichts zu tun haben will, unzweifelhaft festzustellen. Besonders gilt dies für Zürich, wo das jüdische Element seit dem Kriege wieder stark zugenommen hat. Aber auch weiter im Lande trifft man auf neue jüdische Firmenaufschriften, ganz abgesehen von den unterirdischen Beteiligungen des jüdischen Kapitals. Ob sich diese Antisemiten einmal politisch auswirken können, kann ich nicht beurteilen, weil die Zeit dazu zu kurz war.“<sup>48</sup>

Es gab aber auch ein neues Thema für Wilhelm Knoll: „Die Bombardements deutscher Städte werden durchweg als ‚schrecklich und unmenschlich‘ angesehen. Die gegnerische Propaganda hat es aber auch hier verstanden, die Schuld Deutschland zuzuschreiben, so dass ich wiederholt gezwungen war, dies richtig zu stellen.“<sup>49</sup>

Und Wilhelm Knoll konnte etwas Neues berichten, für wen auch immer er diesen Bericht geschrieben hatte:

„Für die Schweiz hat das Ausländerproblem heute ganz gewaltige Ausmaße genommen. Nicht nur sind während des Krieges eine Menge lichtscheuer Elemente, vor allem wieder Juden, hereingeströmt, so dass das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zu den Fremden wieder zu Gunsten der letzteren verschoben wurde, es sind außerdem noch Internierte vorhanden, von denen besonders die bereits er-



wähnten Polen eine nähere Betrachtung verdienen. Es sollen im ganzen ca. 12.000 Mann einer polnischen Division, die in Frankreich stand und noch nicht in Feindberührung gewesen war, beim Fall der Maginotlinie übergetreten sein. Diese Leute bevölkern nun die Schweiz und zwar nicht nur Städte, sondern auch das übrige Land. Sie stehen wohl unter einer Kontrolle, können sich aber in Uniform tagsüber frei bewegen. Beispielsweise studieren zahlreiche solcher Leute in Zürich, Winterthur und an anderen Orten an Fachhochschulen und Universitäten. Dies hat schon wiederholt zu Zwistigkeiten mit der männlichen schweizerischen Bevölkerung geführt, weil die Leute sich an die Mädchen heranmachen, die oftmals ihrerseits nicht genügend Zurückhaltung aufbringen, eine Erscheinung, die wir ja auch in Deutschland gegenüber fremdländischen Arbeitern kennen. Es sollen nach meinen Erkundigungen seit 1940 etwa 1000 ‚Polenkinder‘ geboren sein. Ein Hundertsatz, der zum Aufsehen mahnt und eine erhebliche Verschlechterung der schweizerischen Volkssubstanz zugunsten des minderwertigen fremden Elements bedeutet. Es steht zu hoffen, dass hier in kurzer Zeit eine radikale Änderung eintritt, sonst wächst sich diese Frage zu einer nationalen Katastrophe aus.“<sup>50</sup>

Bemerkenswert ist auch wieder das Frauenbild von Wilhelm Knoll:

„Die gefühlsmäßige Einstellung zum ‚Fremden, der seine Heimat verloren hat‘, kommt besonders bei dem weiblichen Teil der Bevölkerung oftmals deutlich zum Ausdruck, besonders wieder in den Kreisen, die zum roten Kreuz und da wieder zum internationalen Kreuz Beziehungen haben. Diese Kreise verstehen heute noch nicht, warum die deutschen Heere Holland und Belgien besetzten. Es hat auch keinen Sinn, solchen Leuten diese Notwendigkeiten verständlich zu machen, weil ihnen die natürlichen Vorbedingungen für das Verständnis fehlen. Es ist nur gut, dass diese Kreise in ihren weiblichen Angehörigen keinen Einfluss auf den Gang der Dinge in der Schweiz haben noch gewinnen können. Bekanntlich hat die Frau in der Schweiz kein allgemeines Stimmrecht und sitzt auch nicht im Parlament.“<sup>51</sup>

Wilhelm Knoll war 1943 auch damit konfrontiert worden, dass man in der Schweiz den Rückhalt, den Adolf Hitler und die Nationalsozialisten im Laufe des Krieges noch in der deutschen Bevölkerung hatten, niedrig einschätzte. So schrieb Knoll:

„Ein Vertreter der Zürcherischen Regierung, Dr. Robert Briner, Chef des Erziehungsdepartment, ein alter Jugendfreund von mir, sprach davon, dass ‚heute in Deutschland nach unseren Informationen höchstens noch 10 % der Leute an einen deutschen Sieg glauben.‘ Es seien nur die Angehörigen des ‚Regimes‘, also des Nationalsozialismus, die dies täten. Er war dann sehr erstaunt, als ich ihm sagte, dass es wohl umgekehrt wäre und dass heute das deutsche Volk in seiner Gesamtheit fester und sicherer hinter dem Führer stehe als je zuvor. Diese falsche Vorstellung konnte ich aus eigener Erfahrung sowohl unter der Wirkung der Terrorangriffe, wie

auch in zahlreichen Gesprächen mit Volksgenossen aller Arten, wie sie mir in meiner ärztlichen Arbeit begegnen, wie endlich aus den Aussagen aller mir bekannten Frontkämpfer, wie zum Schluss auch aus der ganzen militärischen und politischen Lage entkräften. Man kann sich eben in der Schweiz nicht vorstellen, dass die Terroraktion der Gegner, abgesehen von tatsächlichen Schäden und den verlorenen Menschen, keine negative Wirkung auf die Gesamthaltung des deutschen Volkes haben und damit seine wirkliche Auswertung als Kampfmittel nicht finden kann.“<sup>52</sup>

Die Frage, was Wilhelm Knoll dazu bewog, diesen Bericht zu schreiben und ihn zumindest an seine Aufsichtsbehörde zu schicken, möglicherweise auch an andere Stellen, ist schwer zu beantworten. Er macht am Ende aber deutlich, dass sein Jugendfreund ihn ermuntert habe, darüber nachzudenken, ob er sich nicht mit seiner Richtigstellung auch an die Schweizer Presse wenden sollte und schreibt am Schluss des Berichtes:

„An der Wegräumung dieser Schwierigkeiten mitzuarbeiten, halte ich für meine vornehmste Pflicht als Doppelbürger, geborener Schweizer, der durch die Berufung nach Hamburg auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hat und seit 1933 auch nach außen hin in der NS-Bewegung steht. So habe ich auch meine jetzige Arbeit aufgefasst und durchgeführt, soweit mir dies in Krisenzeiten und unter den gegebenen Bedingungen möglich war.“<sup>53</sup>

Möglicherweise erhoffte sich Wilhelm Knoll einen Auftrag in der Schweiz oder anderswo, als Vertreter oder Propagandist von Nazi-Deutschland zu wirken. Bekanntlich veränderten sich aber die Kriegs-Bedingungen nicht günstig für die Nationalsozialisten. Und auch Wilhelm Knolls Arbeitssituation wurde anders entschieden, als er wollte. Knoll hatte nicht aufgehört gegen Eugen Zerbe zu intrigieren und merkte nicht, dass es kein Interesse gab, ihn als mittlerweile 68-Jährigen gegen den jüngeren Leiter des Instituts für Leibesübungen zu unterstützen. Im Gegenteil. Nach einem langwierigen Verfahren, bei dem der Jura-Professor Walther Fischer ein Gutachten über den Konflikt zwischen Knoll und Zerbe geschrieben hatte und der Senat der Universität sich mit der Sache befasste, der es in der Mehrheit leid war, sich mit den Unkollegialitäten von Wilhelm Knoll auseinanderzusetzen, wurde Knoll mit Schreiben des Reichsministers Rust und mit persönlicher Belobigung von Adolf Hitler am 15.5.1944 in den Ruhestand gesetzt.<sup>54</sup>

Am 9.1.1945 schrieb Wilhelm Knoll von der Insel Reichenau im Bodensee an das Reichsministerium und stellte den Antrag, in die Schweiz zurückkehren zu können. Er wies darauf hin, dass sowohl seine Söhne, einer davon als Arzt, mit den Enkeln in der Schweiz leben würden und ihm im Juli 1943 „durch feindliche Angriffe unser Einfamilienhaus in Hamburg mit allem was darin war“, verloren gegangen und er seitdem in Notwohnungen untergebracht gewesen sei. „Mit allem Inventar

gingen auch meine wissenschaftlichen Unterlagen verloren, so dass ich sowieso neu aufbauen muss, was aus äußeren Gründen heute in der Schweiz für mich leichter wäre.“<sup>55</sup>

Noch im Januar 1945 zeigte sich Knoll als überzeugter Nationalsozialist:

„Bei meinem letzten mehrmonatigen Aufenthalt in der Schweiz, über den ich baldmöglichst ausführlich berichten werde, konnte ich die Erfahrung machen, dass dort unter dem Einfluss der Feindpropaganda völlig falsche Vorstellungen von Deutschland verbreitet und auch geglaubt werden. Da ich mich seit meiner Berufung und besonders seit der NS Revolution stets bemüht habe, eine günstige geistige Atmosphäre zwischen meiner alten und meiner neuen Heimat zu schaffen, wozu mir besonders auch meine Arbeit in verschiedenen Organisationen zu Hilfe kam (NS Ärztenbund, NS Dozentenbund, HJ), geht mir diese Frage sehr nahe. Ich glaube, dort der deutschen Sache vielmehr nutzen zu können als hier, weil es an Leuten fehlt, die das neue Deutschland selbst erlebt haben und darum ein Urteil aus eigener Erfahrung mitbringen. Als geborener Schweizer werde ich damit mehr Glauben finden, als wenn dies nicht der Fall wäre. Ich habe diese wichtige Frage wiederholt mit dem zuständigen Generalkonsul Dr. Dienstmann in Zürich, in dessen Bereich ich jetzt tätig war, besprochen, und er hat mir sehr dazu geraten, auch diesen Punkt bei meinem Gesuch um Rückkehr nach der Schweiz besonders hervorzuheben. Ich bin darum überzeugt, dass ich damit Deutschland einen Dienst leisten und meine Anhänglichkeit und meine Dankbarkeit für die mannigfachen wissenschaftlichen Möglichkeiten bezeugen kann, die ich durch die Berufung an eine deutsche Universität erhielt. Ich wäre Ihnen darum sehr dankbar, wenn Sie mir diese Bewilligung erteilen könnten.“<sup>56</sup>

Wilhelm Knoll erhielt die Genehmigung, kehrte in die Schweiz zurück und arbeitete als Arzt in Alpnachstad (Obwalden).<sup>57</sup>

Die Britische Militärregierung stufte Wilhelm Knoll 1945 als „Aktivisten der ersten Stunde“ ein und strich ihm die Pensionsbezüge.<sup>58</sup>

Vermutlich war es so, dass Wilhelm Knoll von seinen Einnahmen als Arzt leben konnte und möglicherweise weitere Rücklagen hatte. Wie anderen Nationalsozialisten auch, die öffentlich propagandistisch aufgetreten waren, wird ihm bewusst gewesen sein, dass er mit seinem Leumund an der Hamburger Universität keine Möglichkeit hatte, in einem Entnazifizierungsverfahren erfolgreich seine volle Pension zu erhalten. So äußerte er sich erst am 1.12.1948 an den Leitenden Ausschuss für das Entnazifizierungsverfahren und wählte dafür eine eigenwillige Variante. Er erklärte, niemals von der Verordnung der Britischen Militärregierung Kenntnis genommen, somit auch keinen Widerspruch eingelegt zu haben. „Das bezügliche Schreiben der Hochschulbehörde datierte vom 1.12.1945 und war an meine da-

Sportärzte Wilhelm Knoll und Ulrich Frey, „Dopingpraktiker des Schweizer Elitesports in den 1950er Jahren“



malige Anschrift Insel Reichenau gegangen. Es hat mich aber nie erreicht, denn ich war schon im April 45 wieder in meine alte Heimat die Schweiz zurückgekehrt, und da ich seither auch keine Verbindung mit der Reichenau mehr hatte, ging das Schreiben verloren.“<sup>59</sup>

Knoll stellte nunmehr den Antrag, das Entnazifizierungsverfahren gegen ihn wieder aufzunehmen und gab eine Erklärung über seine Zugehörigkeit zur NSDAP ab, die aus dem Gedächtnis erfolgte, da sein Haus in der Blumenau 46 in Hamburg „in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 verloren ging“ und damit auch alle Papiere und Dokumente.<sup>60</sup>

Wilhelm Knolls Erinnerungen waren erwartungsgemäß sehr selektiv. Er gab zu, Mitglied der NSDAP seit 1934 zu sein, ohne jemals dort gearbeitet zu haben. „Eine Funktion habe ich in der Partei nicht ausgeübt, auch keine Parteiuniform besessen. Die Versammlungen der Partei habe ich seit November 1934 nicht mehr besucht, da meine Arbeit sich in der Lehrtätigkeit und der ärztlichen Arbeit erschöpfte.“<sup>61</sup>

Wilhelm Knoll ging so weit, sich als Opfer des Nationalsozialismus darzustellen. Er schrieb:

„Im Frühjahr 1944 sollte ich auf eine Denunziation beim Ministerium hin plötzlich emeritiert werden. Es kam aber nicht dazu, weil sich sowohl der Dozentenführer, wie die Studentenschaft, wie endlich auch die medizinische Fakultät dagegen auflehnten. Meine Emeritierung erfolgte dann auch Ende des Sommersemesters 1944. Eine Mitteilung erreichte mich aber erst auf der Reichenau im Dezember 1944.“<sup>62</sup>

Nach dem Muster, persönliche Konflikte mit Einzelpersonen, und davon hatte Wilhelm Knoll vielfältige, hochzustilisieren, schilderte Wilhelm Knoll seine „ablehnende Haltung gegenüber dem NS Schweizerbund, mit dessen Führer, einem Manne namens Geering ich einen heftigen Auftritt hatte, das führte dazu, dass ich mindestens seit 1941 als ‚kritisch und unzuverlässig‘ galt. Das war auch schon der

Grund gewesen, weshalb meine Nomination als Rektor neben formalen Bedenken zu einer Zeit nicht infrage kam, als Prof. Gundert Rektor wurde. In der Folge wurde ich von der Gestapo überwacht, die mich 1942 auch auf der Reichenau aufsuchte und von mir den Abbruch der Beziehungen zu einigen meiner Schweizer Bekannten verlangte.“<sup>63</sup>

Wilhelm Knoll stellte die, in Kenntnis seiner Berichte, abenteuerliche Behauptung auf:

„In den ersten Jahren des NS war ich davon überzeugt, dass es sich um eine gute und für das deutsche Volk segensreiche Entwicklung des Gemeinschaftsgedankens handle. Schon 1938, vor allem aber während des Krieges wurde diese Auffassung durch die widersinnige Tätigkeit der NS Führung, die meines Erachtens den ursprünglichen Gedanken der NS Idee verraten hat, leider zerstört. Ich habe mich trotzdem bemüht, dort, wo ich etwas tun konnte, zu helfen.“<sup>64</sup>

Die vierjährige Abwesenheit von Wilhelm Knoll hatte zum Glück nicht dazu geführt, die Erinnerung an ihn und das Bild von ihm völlig verblassen zu lassen. Darüber hinaus gab es natürlich auch noch seine Personalakte, in der aufgrund seiner Eitelkeit und seines Profilierungsdranges die beiden schon zitierten Berichte noch enthalten waren. Insofern stellte der Beratende Ausschuss der Universität am 17.1.1950 in einer Stellungnahme zu dem Wiederaufnahmeverfahren von Prof. Wilhelm Knoll fest:

„Prof. Knoll, der als Schweizer Staatsbürger durch seine Ernennung zum außerordentlichen Professor an der Universität Hamburg im Jahre 1928 auch in den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit gelangte, trat nach eigenen Angaben bereits im Jahre 1934 der NSDAP bei und hatte unter anderem in der HJ den Rang eines Bannführers. Außerdem gehörte er verschiedenen anderen nationalsozialistischen Organisationen an.

Zu den Erklärungen von Professor Knoll in der Anlage zum Fragebogen vom 1.12.1948 weist der Ausschuss auf die in den Personalakten der Universität bzw. der Hochschulabteilung befindlichen Unterlagen hin, die in der Anlage abschriftlich beigelegt sind. Hieraus geht eindeutig hervor, dass Prof. Knoll sich nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere in der Schweiz propagandistisch für den Nationalsozialismus einsetzte und militärische und politische Informationen der damaligen Reichsregierung ausführlich mitteilte. Politisch sind in diesen Berichten besonders gravierend die Auslassungen in der Judenfrage und die Informationen, die er über das Verhalten nach der Schweiz emigrierter Kollegen gab (Professor Löffler).

Der Beratende Ausschuss schlägt nach diesen außerordentlichen Belastungsmomenten vor, Professor Knoll in die Kategorie III einzustufen. Der Ausschuss kann nicht befürworten, dass die Emeritenbezüge voll zur Auszahlung gelangen, hat je-

doch keine Bedenken, ihm unter Berücksichtigung seines hohen Alters (74 Jahre) und der in Deutschland ausgeübten fachlichen Tätigkeit ein Ruhegehalt zu gewähren, das einen Betrag von DM 400,- monatlich nicht übersteigt.“<sup>65</sup>

Der Fachausschuss der Universität Hamburg nahm dazu am 25.1.1950 Stellung, schloss sich dem Votum des Beratenden Ausschusses an, erklärte aber: „Die Gewährung der Emeritenbezüge hält der Fachausschuss nach dem vorliegenden reichhaltigen Belastungsmaterial jedoch nicht für gerechtfertigt.“<sup>66</sup>

Inzwischen war auch noch ein Bericht von Prof. Wilhelm Knoll über die Teilnahme am Sportärztlichen Kongress in Budapest vom 28. bis 30. April 1938 aufgetaucht, in dem er geschrieben hatte:

„Bei der Auslandsorganisation habe ich mich gleich am ersten Tag gemeldet und am 30. April verabschiedet. Den Rückweg nahm ich über Wien, wo ich Gelegenheit hatte, am 1. Mai den gewaltigen Aufmarsch der Wiener Bevölkerung zu sehen und wenigstens teilweise auch mitzumachen, in dem ich mich einer marschierenden Kolonne auf dem Marsch in die innere Stadt für kurze Zeit anschloss.“<sup>67</sup>

Das Rektorat der Universität Hamburg teilte die kritische Sicht auf Wilhelm Knoll. Es wurde zwar festgestellt, dass Knoll „in seinem Verhalten im Rahmen der Universität als Nationalsozialist nicht besonders hervorgetreten“ sei. Es wird ihm zwar nachgesagt, dass er außerordentlich schwierig und schwer verträglich war, dass diese Dinge sich aber nicht auf das politische Gebiet erstreckten. Andererseits aber befinden sich in den Akten ausführliche Berichte über zwei Reisen, die er während des Krieges in die Schweiz gemacht hat, die eindeutige antisemitische Äußerungen enthalten und wenig freundliche Bemerkungen über deutsche Emigranten in der Schweiz. Die Berichte sind wahre Spionageberichte, eines Gestapo-Beamten würdig.“<sup>68</sup>

Der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten lehnte am 5.5.1950 die Berufung von Wilhelm Knoll ab und stufte ihn als Aktivisten und Propagandisten in die Kategorie III ein.<sup>69</sup>

„Erst die 1953 gewählte von der CDU geführte ‚Hamburg-Block‘-Regierung setzte ihm, der nun angeblich ‚nie aktiv für den Nationalsozialismus in Erscheinung getreten‘ war, 1954 eine Rente aus.“<sup>70</sup>

Wilhelm Knoll, der 1935 das von ihm geleitete Institut für Leibesübungen „seit der Revolution als einen Stoßtrupp der nationalsozialistischen Idee an der Universität“ bezeichnet hatte<sup>71</sup>, wurde 1957 beim Sportärztekongress in Hamburg mit der Ruhmann-Plakette ausgezeichnet.<sup>72</sup>

In einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ schrieb der Historiker Walter Aeschmann einen Artikel über Dopingpraktiken des Schweizer Elitesports und nannte als Pionier dafür die Sportärzte Wilhelm Knoll und Ulrich Frey, der von 1952 bis

1968 Sportarzt des Schweizer Olympiateams war und vorher eng mit Knoll geforscht und zusammengearbeitet hatte.<sup>73</sup>

Und im „St. Galler Tagblatt“ erschien am 12.9.2015 ein Artikel von Urban Fraefel über Wilhelm Knoll unter dem Titel „Der gut getarnte Nazi“.<sup>74</sup> Manchmal dauert es lange, bis die Geschichte aufgearbeitet werden kann. Aber sie wird.

Wilhelm Knoll starb am 29.9.1958.

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Wilhelm Knoll, StAHH, DuP 361-6\_I 247, Bd. 1.
- 2 „Hamburger Anzeiger“ vom 29.1.1936.
- 3 „Hamburger Tageblatt“ vom 29.1.1936.
- 4 Michael Joho: Hochschulsport in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik und der Anfangsjahre des „Dritten Reiches“. Eine lokalgeschichtliche Studie zur Militarisierung der Hamburgischen Universität. Stuttgart 1990, S. 64.
- 5 Ebd.
- 6 Joho 1990, S. 65.
- 7 „Hamburger Tageblatt“ vom 29.1.1936.
- 8 Joho 1990, S. 74f.
- 9 Ebd.
- 10 Joho 1990, S. 84.
- 11 Joho 1990, S. 85.
- 12 Joho 1990, S. 86.
- 13 Joho 1990, S. 86f.
- 14 Siehe die Biografie Ernst Schöning in diesem Band.
- 15 Joho 1990, S. 103.
- 16 Joho 1990, S. 119.
- 17 Joho 1990, S. 125.
- 18 Joho 1990, S. 146.
- 19 Ebd.
- 20 Entnazifizierungsakte Wilhelm Knoll, StAHH, 221-11\_78037 KAT
- 21 Siehe die Biografie Sophie Barrelet, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 352.
- 22 Joho 1990, S. 132.
- 23 Schreiben von Rektor Prof. Keeser vom 8.2.1944, Personalakte Zerbe, StAHH, 361-6\_IV 1518 Zerbe. Siehe dazu auch die Biografie Eugen Zerbe in diesem Band.
- 24 Joho 1990, S. 149.
- 25 Ebd.
- 26 Schreiben des mit der Klärung beauftragten Professor Walther Fischer an den Rektor der Universität vom 12.5.1943, Personalakte Zerbe a. a. O.
- 27 Joho 1990, S. 149.
- 28 Joho 1990, S. 149f.
- 29 Joho 1990, S. 151.
- 30 Zitiert nach Joho 1990, S. 156. Siehe auch die Biografie Wolfgang Meyer, in Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Band 2, Hamburg 2017, S. 150ff.
- 31 Joho 1990, S. 157.
- 32 Joho 1990, S. 151.

- 33 Joho 1990, S. 165.
- 34 Joho 1990, S. 151.
- 35 Hendrik van den Bussche/Friedemann Pfäfflin/Christoph Mai: Die Medizinische Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf. In: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, 3 Bände, Berlin 1991, Bd. 3, S. 1326.
- 36 StAHH, 361-6\_IV513
- 37 Bericht über die Vortragsreise nach der Schweiz vom 19.2.1940 bis 4.3.1940, ebd.
- 38 Bericht 1940, S. 3.
- 39 Bericht 1940, S. 5.
- 40 Bericht 1940, S. 6.
- 41 Ebd.
- 42 Bericht 1940, S. 8.
- 43 Bericht 1940, S. 10.
- 44 Ebd.
- 45 Bericht 1940, S. 11.
- 46 Bericht 1940, S. 12f.
- 47 Bericht 1940, S. 14f.
- 48 Bericht über die Vortragsreise in die Schweiz vom 4. bis 20. Juni 1943, StAHH, 361-6\_IV513, S. 6.
- 49 Ebd.
- 50 Bericht 1943, S. 7.
- 51 Bericht 1943, S. 8.
- 52 Bericht 1943, S. 11.
- 53 Bericht 1943, S. 12.
- 54 Schreiben vom 24.5.1944, Personalakte Knoll, a. a. O.
- 55 Schreiben vom 9.1.1945, Entnazifizierungsakte Knoll, a. a. O.
- 56 Ebd.
- 57 Claus Tiedemann: Sportmedizin und nationalsozialistische „Gesundheitspolitik“. Warum und wie weit haben sich auch Sportmediziner mit nationalsozialistischer „Gesundheitspolitik“ eingelassen? <http://www.sportwissenschaft.uni-hamburg.de/tiedemann/documents/VortragZürich2012.pdf>
- 58 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 59 Schreiben von Wilhelm Knoll vom 1.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 60 Ebd.
- 61 Angaben betrifft Zugehörigkeit zur in der NSDAP und deren Einrichtungen vom 1.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 62 Ebd.
- 63 Ebd.
- 64 Ebd.
- 65 Stellungnahme des Beratenden Ausschusses der Universität vom 17.1.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 66 Fachausschuss vom 25.1.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 67 Auszug des Berichtes, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 68 Schreiben des Rektors der Universität Hamburg vom 13.3.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 69 Leitender Ausschuss am 5.5.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 70 Claus Tiedemann 2012, S. 25.
- 71 Joho 1990, S. 146.
- 72 StAHH, 361-6\_I 247 Bd. 1
- 73 „Die dunkle Vergangenheit des Elitesports“, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 14.9.2013.
- 74 „St. Galler Tagblatt“ vom 12.9.2015.



## Eugen Zerbe

**„Für meine Bereitschaft zum Einsatz im Sinne des Nationalsozialismus dürfte mein berufliches Wirken, vor allem in der SA-Stammschule, später Führerschule Neustrelitz, Zeugnis ablegen.“**

An der Biografie des langjährigen Direktors des Instituts für Leibesübungen in Hamburg wird deutlich, unter welchen Bedingungen ein beruflicher Aufstieg in der NS-Zeit möglich war, wie stark nationalsozialistische Organisationen, Funktionäre und Dienststellen Einfluss auf Beförderungen nahmen und unter welchem Druck und welcher Beobachtung diejenigen standen, deren Loyalität zum Nationalsozialismus angezweifelt wurde. Eugen Zerbe hatte einen beschwerlichen Weg hinter sich, bemühte sich um zweifelhafte Leumundszeugnisse, beteuerte seine nationalsozialistische Gesinnung, wurde in Hamburg 1935 kommissarischer Direktor des Instituts für Leibesübungen, weil die Verantwortlichen Probleme mit dem bisherigen Direktor, Alwin Benecke, hatten. Zerbe geriet in massive Konflikte mit Prof. Wilhelm Knoll, der an der Universität für die Sportlehrausbildung zuständig war, und blieb Direktor des Instituts auch nach 1945, bis zu seiner Pensionierung 1962.

Eugen Zerbe wurde am 12.12.1895 in Mannheim geboren. Nach dem Abitur im August 1914 an der Oberrealschule in Worms meldete er sich freiwillig für den Kriegsdienst, aus dem er am 24.12.1918 als Leutnant der Reserve entlassen wurde. Zwischenzeitlich, 1915, war er schwer verwundet worden. Nach dem Krieg schloss sich Zerbe dem Freikorps in Halle an.<sup>1</sup> Später, als Zerbes Einstellung zur nationalsozialistischen Bewegung immer wieder auf dem Prüfstand stand, erklärte das Rektorat der Hansischen Universität in Hamburg dazu:

„Ich weise darauf hin, dass Herr Dr. Zerbe den Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger mitgemacht hat, zum Offizier befördert worden ist und nach dem Kriege noch in einem Freikorps gegen die Spartakisten (und damit gegen die Kommunisten) gekämpft hat.“<sup>2</sup>

In einer anderen Aufstellung seiner dienstlichen Tätigkeiten, als es darum ging, sein Besoldungsdienstalter zu bestimmen, schrieb Zerbe über diese Lebensphase: „Sportoffizier in der Reichswehrbrigade 16 beim I. Btl. Sicherheitspolizei – Regiment Halle“.<sup>3</sup>

Aus dem Freikorps, dem Eugen Zerbe seit dem 11.4.1919 angehörte, wurde er am 29.2.1920 entlassen, um dann in Berlin an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen ein Turn- und Sportlehrerstudium zu beginnen, das er im März 1922 mit dem Diplom (Note 1 und Auszeichnung) abschloss.<sup>4</sup>

Anschließend bestritt Zerbe seinen Lebensunterhalt durch wechselnde Sportlehrertätigkeiten in Berlin von 1922 bis 1924, in Dresden 1924 als Heeresportlehrer und dann als Universitätssportlehrer bis zum 30.4.1928 in Heidelberg, wo er auch im Mai 1927 an der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg zum Dr. phil. promoviert wurde.<sup>5</sup>

Zum 1.4.1928 erhielt Eugen Zerbe eine Anstellung als Stadionbetriebsleiter und Leiter der städtischen Sporthochschule in Breslau. Über das Ende dieser Tätigkeit schrieb Eugen Zerbe in den Anmerkungen zu seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 6.8.1945:

„Ich wurde im Mai 1933 aus meinem Beamtenverhältnis als Stadionbetriebsleiter der Stadt Breslau durch den nationalsozialistischen neu eingesetzten Bürgermeister entlassen, da ich mich weigerte, der Partei beizutreten, und weil ich bei Juden wohnte, einen jüdischen Arzt in meinem Betrieb beschäftigte und einen jüdischen Rechtsanwalt als Rechtsberater hatte. Nach jahrelangem Verwaltungsstreit wurde mir eine stark herabgesetzte Pension zugebilligt. Mir wurde in rigoroser Weise der Zutritt zu meiner Dienststelle verboten. Außerdem musste ich die Stadt Breslau verlassen. Zu diesem Zwecke hatte man mir 200 Reichsmark Umzugsgeld gegeben, da ich völlig mittellos mit Frau und drei kleinen Kindern auf der Straße lag.“<sup>6</sup>

Im Weiteren ergeben sich Ungereimtheiten, da Eugen Zerbe gegenüber der NSDAP und den Nationalsozialisten seinen beruflichen Werdegang und seine Grundeinstellung immer versuchte oder versuchen musste, in einem günstigen, „braunen Licht“ darzustellen, was er dann 1945 umzudeuten und anders zu akzentuieren trachtete.

Nach einigen Monaten der Arbeitslosigkeit mit „freien Sportlehrertätigkeiten“ nahm Eugen Zerbe eine Tätigkeit als Sportlehrer an der SA-Sportschule in Wunsdorf an. Als Zerbe 1939 in Bedrängnis geriet, weil er immer noch nicht der NSDAP beigetreten war und auch der Gaudozentenführer Irmscher gegen ihn intrigierte, verwies Zerbe auf diese Phase seiner Berufsbiografie:

„Für meine Bereitschaft zum Einsatz im Sinne des Nationalsozialismus dürfte mein berufliches Wirken, vor allem in der SA-Stammschule, später Führerschule Neustrelitz, Zeugnis ablegen. Ich habe vom 1. November 1933 bis 30. September 1934 der SA angehört und zwar als SA-Sturmführer und Lehrgangsführer beim Chef des Ausbildungswesens der SA.“<sup>7</sup>

In seinen Anmerkungen zum Entnazifizierungsfragebogen las es sich dann anders: „Durch Vermittlung meines Berufsverbandes erhielt ich 1934 nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit eine Anstellung als Sportlehrer bei der SA-Sportschule in Wunsdorf. Die Bezahlung erfolgte im Range eines Sturmführers. Ich habe keinen Dienst in einer SA-Einheit geleitet und auch keine SA-Uniform getragen.“<sup>8</sup>

Danach wurde Eugen Zerbe vom Leiter der SA-Stammschule in die Führerschule des Berliner Hochschulinstituts für Leibesübungen übernommen. Leiter war der SS-Standartenführer Herbert Edler von Daniels, der Eugen Zerbe am 13.5.1936 ein sehr positives Dienstleistungszeugnis ausstellte, in dem es hieß:

„Herr Dr. Eugen Zerbe war unter meiner Führung bei der Stammschule für Geländesport der Organisation des Chefs des Ausbildungswesens vom 1.12.1933 bis zu deren Auflösung am 30.4.1935 und vom 1.5.1935 bis zum 15.11.1935 bei der Führerschule des Hochschulinstituts für Leibesübungen der Universität Berlin, Neustrelitz, tätig. Nach zwei Einweisungs-Lehrgängen übernahm ich Herrn Dr. Zerbe in den Dienst der Stammschule für Geländesport als Lehrgangsleiter. Ihm oblag die selbständige Ausbildung eines Lehrganges zur Fortbildung bzw. Heranbildung von Lehrpersonal für die Schulen des Chefs des Ausbildungswesens. Bei der Führerschule leitete er Lehrgänge zur Ausbildung von Turnphilologen. Aufgrund seiner militärischen Erfahrungen, besonders der im Kriege, und seiner langjährigen sportlichen Tätigkeit in führenden Stellungen war Herr Dr. Zerbe den ihm gestellten Aufgaben auf vormilitärischem und sportlichem Gebiet in hervorragendem Maße gewachsen. Seine reichen Fachkenntnisse verband er mit stets neuen guten Anregungen in Fragen der vormilitärischen Ausbildung und der Jugenderziehung. Durch seine unbedingte Zuverlässigkeit, seine Pflichttreue und sein Organisationstalent war er meinem Institut ein wertvoller Mitarbeiter, der seine langjährigen Erfahrungen stets nutzbringend für die Allgemeinheit anwandte. Seine abgeklärte, sichere Lebensart haben ihn bei Führung und Kameradschaft gleich beliebt gemacht. Nach Schaffung des SA-Sportabzeichen habe ich Herrn Dr. Zerbe für die Prüfberechtigung und damit für das goldene SA-Sportabzeichen vorgeschlagen. Auch die damit verbundenen Pflichten hat er gewissenhaft und zuverlässig ausgeübt. Herr Dr. Zerbe führte seine Lehrgänge stets in fester soldatischer Linie und klarer nationalsozialistischer Erziehung durch. Er meisterte sein Aufgabengebiet in hervorragender Weise und ist mir stets ein willkommener Mitarbeiter und wertvoller Kamerad.“<sup>9</sup>

Nachdem in Hamburg der bisherige Leiter des bis dahin Amt für Leibesübung genannten Instituts, Alwin Benecke, in Konflikte mit NS-Sportführern geraten war, wurde Eugen Zerbe am 18.11.1935 zum kommissarischen Leiter des Instituts für Leibesübungen in Hamburg berufen. Zerbe, der kein Parteimitglied war, stand unter ständiger Beobachtung und musste immer wieder erklären und beteuern, dass er sich sehr wohl im Einklang mit nationalsozialistischen Zielen und Prinzipien befinde. Eugen Zerbe wurde als kommissarischer Leiter des Instituts auf einer wissenschaftlichen Assistentenstelle geführt. Als es 1939 darum ging, ihn zum Wissenschaftlichen Rat zu befördern, teilte der Leiter der Abteilung 1 der NSDAP-Gauleitung in Hamburg der Universität mit, „dass ich mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage

sehe, den Ernennungsvorschlag des wissenschaftlichen Assistenten Dr. Zerbe an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung weiterzuleiten. Nach nochmaliger Überprüfung der Angelegenheit hat die Gauleitung Hamburg der NSDAP in einem erneut abgegebenen Gutachten zum Ausdruck gebracht, dass sie sich für eine Beförderung des Dr. Z. nicht auszusprechen vermag. Ich bemerke noch, das Dr. Z. weder der NSDAP, NSV noch dem Reichsluftschutzbund als Mitglied angehört. Ich kann eine Beförderung deshalb nicht befürworten.“<sup>10</sup>

Innerhalb der Universität gab es dazu einen intensiven Austausch. Der Gau-Dozentenführer, Irmscher, hatte gegenüber dem Rektor der Universität erklärt:

„Auf Ihre Anfrage nach Dr. Zerbe kann ich Ihnen mitteilen, dass nach unseren Erfahrungen in Hamburg in politischer Beziehung gegen den Genannten keine Bedenken bestehen, da ich in dieser Hinsicht von keiner Seite etwas Nachteiliges gehört habe. Es ist mir vielmehr von Seiten seiner Kursteilnehmer sein einwandfreies Verhalten versichert worden und ihm gute Kameradschaft bei allen sportlichen Veranstaltungen nachgerühmt worden. Sein sachliches und korrektes Auftreten tritt auch bei seinen Leistungen als Sportlehrer angenehm in Erscheinung.“<sup>11</sup>

Eugen Zerbe selbst musste am 19.10.1938 gegenüber dem Syndikus der Universität Stellung nehmen. Er erklärte:

„Aufgrund unserer Unterredung am 18. Oktober möchte ich mir erlauben, Ihnen nochmals meine Einstellung zu Ihrer Frage ‚Warum ich nicht Mitglied der NSDAP geworden sei‘ schriftlich zu präzisieren, um jeden Zweifel an meiner nationalsozialistischen weltanschaulichen Einstellung zu beseitigen. Ich erkläre Ihnen hiermit nochmals, dass der einzige Grund meines Nichteintritts in die Partei derjenige war, dass ich in dem Augenblick, in dem meine Bestätigung zum Beamten im Gange war, nicht den Eindruck erwecken wollte, durch den Eintritt in die Partei meine Beförderung zu erreichen oder zu beeinflussen.“<sup>12</sup>

Zerbe gab einige Personen an, die „über meine nationalsozialistische weltanschauliche Einstellung, bzw. über meine Stellung zur Partei jederzeit Auskunft“ geben können, unter anderen den Direktor des Instituts für Leibesübungen der Universität München, SA-Gruppenführer Schneider, sowie den Leiter der Führerschule in Neustrelitz, SS-Standartenführer von Daniels. Zerbe verwies darauf, dass er aus „meiner nationalen Einstellung heraus“ sich freiwillig zum Krieg gemeldet und als Student in Halle ein Freikorps mit gegründet hatte, in dem er eine Kompanie führte. Auch seine Arbeit als SA-Sturmführer und Lehrgangsleiter, in der SA-Lehrer und SA-Führer ausgebildet wurden, erwähnte er.<sup>13</sup>

Dann beschwerte er sich darüber, dass er im Jahre 1937 vom NS-Dozentenbundführer in Hamburg, Prof. Irmscher, „schwerstens beleidigt“ worden sei durch die Anfrage, „ob ich früher dem Reichsbanner angehört hätte“. Zerbe erklärte dazu:

„Da Herr Prof. Irmscher sich weigerte, mir den Namen des Verleumders zu nennen, damit ich gerichtlich gegen ihn vorgehen könne, bleibt daher zur Zeit nichts anderes übrig, als Ihnen nochmals zu erklären, dass ich entsprechend meinem ganzen Lebensablauf niemals dem Reichsbanner oder einer seiner Organisationen angehört oder nahegestanden hätte. Ich muss diese unerhörte Verleumdung ausdrücklich als solche kennzeichnen und zurückweisen.“<sup>14</sup>

Der Gaudozentenführer Irmscher vermerkte dazu am 1.4.1939, dass er am 10.11.1937 „von einer Parteidienststelle die schriftliche Mitteilung“ bekommen hätte, „dass Dr. Z. vor der Machtübernahme dem Reichsbanner schwarz-rot-gold angehört haben soll. Da ich es in solchen Fällen für richtig halte, solche Fragen von Mann zu Mann in aller Offenheit zu besprechen, da auf diese Weise meistens am schnellsten eine Klarheit geschaffen wird, habe ich Dr. Z. persönlich die Frage vorgelegt, ob er dem Reichsbanner angehört habe. Seine Aussage, dass dieses nie der Fall gewesen sei, habe ich ohne weiteres Glauben geschenkt und mich selbstverständlich für verpflichtet gehalten, in diesem Sinne bei den betreffenden Stellen aufklärend zu wirken. Ich finde es unverständlich, dass sich Dr. Z. durch diese offene Frage eines Amtsträgers der Partei so schwer beleidigt fühlen kann, wie er es in seinem Schreiben an den Syndikus der Hansestadt Universität zum Ausdruck bringt. Vielmehr kann er nur dankbar sein, dass ich mich um die Aufklärung dieser Gerüchte bemüht habe.“<sup>15</sup>

Irmscher stellte weiter fest, dass er sich in der Frage der Parteimitgliedschaft von Zerbe an den NSDAP-Kreisleiter Gloy gewandt habe, der ihm mitteilte, Zerbe hätte keinen Aufnahmeantrag gestellt mit der Begründung, „er sei noch kein Beamter, im gegebenen Fall (falls er Beamter würde) wolle er seinen Aufnahme-Antrag jedoch nachholen“. Daraufhin hätte Gloy erklärt, dass eine Befürwortung zur Beförderung seinerseits nicht erfolgen würde.<sup>16</sup>

So verliefen in diesen Zeiten Beförderungen, die den Betroffenen unter starken persönlichen Druck setzten, dem andere aber durchaus standhielten. Eugen Zerbe musste am 15.5.1939 noch einmal erklären:

„Es ist richtig, dass ich im Mai 1937 mich nicht zur Aufnahme in die NSDAP gemeldet habe. Der einzige Grund hierfür war der, dass ich in dem Augenblick, in dem meine Ernennung zum Beamten im Gange war, nicht den Eindruck erwecken wollte, durch den Eintritt die Partei meine Ernennung erreichen oder beeinflussen zu wollen. Mir lag daran, dass mein Eintritt in die Partei so erfolgte, das von vornherein sichtbar war, dass ich diesen Schritt aus innerer Überzeugung tat. Damals befürchtete ich, dass, wenn ich in einer Zeit, in der meine Ernennung schwebte, mich zur Aufnahme in die Partei meldete, dies als Mittel zum Zweck missdeutet werden könnte. Mein damaliger Entschluss bedeutet mithin nicht, dass ich irgend-

welche Zurückhaltung der Partei gegenüber hätte üben wollen.“<sup>17</sup>

Zu solcher Erniedrigung fühlte sich Eugen Zerbe veranlasst.

Sich dermaßen in die Verpflichtung geschrieben habend, trat Zerbe am 1.2.1940 der NSDAP bei und wurde, welch Wunder, am 1.4.1940 zum Wissenschaftlichen Rat befördert. Am 1.3.1940 wurde er verbeamtet, am 29.6.1940 erhielt er das silberne Treue- und Ehrenzeichen für 25 Jahre Dienst.<sup>18</sup>

Seine Zurückhaltung, der NSV beizutreten, hatte Zerbe noch damit begründet, dass er „infolge der Ehescheidung und durch den Unterhalt meiner drei Kinder finanziell ganz außerordentlich stark belastet“ sei.<sup>19</sup>

Eugen Zerbe hatte den schwierigen Prozess um seine Beförderung und Verbeamtung erfolgreich bestanden, er war wieder verheiratet und ernährte im Jahre 1942 zwei weitere Kinder. In seiner Arbeit als Direktor des Instituts für Leibesübungen an der Hansischen Universität wurde er allerdings nicht glücklich. Dokumentiert ist ein jahrelanger Streit mit dem Direktor des Sportmedizinischen Instituts und der Sportärztlichen Poliklinik der Universität, Prof. Wilhelm Knoll. Knoll mit der Attitüde eines selbstgerechten Chefarztes, akzeptierte Eugen Zerbe nicht als gleichberechtigten Leiter des Instituts für Leibesübungen. Knoll hatte erklärt, „es könne nur einer Führer sein; er müsse die ganze Arbeit übersehen und die Arbeit vom praktischen wie vom wissenschaftlichen Standpunkte aus zu leiten imstande sein“.<sup>20</sup>

Der um Mediation in dieser Frage beauftragte Jura-Professor Walther Fischer stellte die Inkompatibilität zwischen den Personen Knoll und Zerbe fest und schlug vor, zu prüfen, „ob nicht vielleicht eine Trennung in der Weise vorgenommen werden könnte, dass das Institut für Leibesübungen vor allem die Aufgabe der Turn- und Sportlehrerausbildung und die Lehrerfortbildung übernehme, während die allgemeinen Leibesübungen der Studenten und deren Wettkampfwesen dem Sportmedizinischen Institut angegliedert würde. Dadurch würde erreicht, dass dieses Institut unmittelbar in Fühlung mit den wirklichen Vorgängen des Sportlebens an der Universität stehen würde, die für seine wissenschaftlichen Leistungen nötig sein dürfte.“<sup>21</sup>

Der Rektor der Hansischen Universität, Professor Keeser, stellte am 8.2.1944 in einem Schreiben an den Senator für das Hochschulwesen fest, „dass Dr. Zerbe im Jahre 1942 erneut hier eine Beschwerde darüber vorlegen müsse, dass Prof. Knoll sich wieder vor Studierenden in beleidigender Weise über Dr. Zerbe geäußert hat. Da Dr. Zerbe sich weigert, weiter mit Prof. Knoll zusammen zu arbeiten, habe ich



Eugen Zerbe, nach 1945

auf Anraten des Universitätssenats Prof. Knoll nahegelegt, unter Einreichung von Vorschlägen für seine Nachfolge um seine Emeritierung nachzusuchen. Dies zu tun, weigert sich Prof. Knoll. Die Haltung des Senats war nicht einheitlich. Während einige Herren die Ansicht vertraten, man könne heute nicht auf die Mitarbeit eines geistig und körperlich leistungsfähigen Mannes verzichten, gaben andere der ebenfalls berechtigten Meinung Ausdruck, dass sich einem die Haare sträuben müssen, wenn man alle die Stunden zusammenzählt, die eine ganze Anzahl leistungsfähiger, hochqualifizierter Männer immer wieder mit dem Bemühen verbringen müssen, die Unkollegialitäten und Disziplinwidrigkeiten von Prof. Knoll irgendwie wieder einzurenken. Dieser letztgenannten Ansicht schließe ich mich grundsätzlich an.“<sup>22</sup>

Rektor Prof. Keeser schlug vor, „die Angelegenheit dem Herrn Reichserziehungsminister mit der Bitte vorzulegen, einen der beiden Herren oder beide an eine andere geeignete Wirkungsstätte zu versetzen.“<sup>23</sup>

Eugen Zerbe blieb im Amt, während Wilhelm Knoll am 15.5.1944 „von den amtlichen Verpflichtungen“ entbunden wurde.<sup>24</sup>

Zerbe wurde am 4.9.1945 von Senator Landahl darüber informiert, dass die Britische Militärregierung ihn im Beamtenverhältnis bestätigt habe. Dazu beigetragen hatten die Erklärungen von Eugen Zerbe, seine Darstellung des langen Kampfes mit nationalsozialistischen Stellen, der „erzwungene Eintritt in die NSDAP“ und ein Schreiben des Rektors der Universität Hamburg, Prof. Emil Wolf, der in einer Stellungnahme an Oberschulrat Johannes Schult mitteilte:

„Mit Dr. Zerbe habe ich mich über seine politische Vergangenheit ausführlich unterhalten. Dr. Zerbe ist nach seinen Angaben im Mai 1933 als Stadionbetriebsleiter der Stadt Breslau durch den nationalsozialistischen Bürgermeister entlassen worden, da er sich weigerte, der Partei beizutreten und Beziehungen zu Juden hatte. Er ist der Partei erst im Jahre 1940 unter Zwang beigetreten. Soweit ich sehen kann, stellt die Tatsache, dass er 1934 auf ein Jahr eine Anstellung als Sportlehrer bei der SA-Sportschule in Wunsdorf erhalten hat, unter den Verhältnissen, unter denen sie sich vollzog – er war damals arbeitslos, die Tätigkeit bei der SA war nur die eines Sportlehrers – keine Belastung dar, die eine Weiterbeschäftigung von Dr. Zerbe ausschliesse. Über seine beratende Tätigkeit in Sportfragen habe ich Dr. Zerbe befragt, und er hat mir ausdrücklich erklärt, dass ihm von einer solchen Tätigkeit bei maßgebenden nationalsozialistischen Organisationen nichts bekannt sei.“<sup>25</sup>

Eugen Zerbe blieb weiter im Amt des Direktors des Instituts für Leibesübungen. Er bemühte sich in den nächsten Jahren um die Anerkennung eines angemessenen Besoldungsdienstalters, wurde in den Jahren 1955 und 1957 entsprechend befördert.<sup>26</sup>

Die Schulverwaltung beschäftigte Zerbe über das 65. Lebensjahr hinaus, bis er am 17.4.1962 pensioniert wurde.

Seine Berufsbiografie zeigt die Schwierigkeiten, den Anpassungsdruck in der NS-Zeit, dem die Beschäftigten ausgesetzt waren, die Verbiegungen, den Opportunismus zur Sicherung der materiellen Existenz, die aus heutiger Sicht durchaus eine milde Beurteilung von Personen, aber auch Zweifel an deren Eignung für leitende Funktionen nach 1945 rechtfertigen.

Eugen Zerbe starb in der Nacht vom 3. auf den 4.3.1970.<sup>27</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Zerbe, StAHH, 361-6\_IV 1518 Zerbe
- 2 Schreiben des Rektors der Hansischen Universität vom 20.10.1938, Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 6 Anmerkungen zum Fragebogen vom 6.8.1945, Entnazifizierungsakte Zerbe, StAHH, 221-11\_Ed 838
- 7 Erklärung des kommissarischen Direktors des Instituts für Leibesübungen der Hansischen Universität, Dr. Eugen Zerbe, vom 15.5.1939, Personalakte a. a. O.
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Dienstleistungszeugnis vom 13.5.1936, Personalakte a. a. O.
- 10 Vertrauliches Schreiben vom 28.4.1939, Personalakte a. a. O.
- 11 Schreiben vom 27.1.1938, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Irmscher in diesem Buch.
- 12 Schreiben von Eugen Zerbe an den Syndikus der Hansischen Universität vom 19.10.1938, Personalakte a. a. O.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Schreiben vom 1.4.1939, Personalakte a. a. O.
- 16 So Gloy in einem Schreiben an Irmscher, Abschrift des Schreibens Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben von Eugen Zerbe vom 15.5.1939, Personalakte a. a. O.
- 18 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben von Eugen Zerbe vom 15.5.1939, Personalakte a. a. O.
- 20 Schreiben des mit der Klärung beauftragten Professor Walther Fischer an den Rektor der Universität vom 12.5.1943. Schreiben von Eugen Zerbe vom 15.5.1939, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Wilhelm Knoll in diesem Buch.
- 21 Ebd.
- 22 Schreiben von Rektor Prof. Keeser vom 8.2.1944, Personalakte a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 24.5.1944, Personalakte a. a. O.
- 25 Schreiben von Professor Emil Wolf vom 30.7.1946, Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.



## Edgar Irmischer

„Er möchte mir dringend nahelegen, entweder in die Partei einzutreten, oder in der SA bzw. SS Dienst zu tun. Hierin erblicken er und der Dozentenbund allein den Beweis für die richtige Einstellung ...“

Die Rolle des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes, der aus dem NSLB hervorging, soll an den Personen Edgar Irmischer und Georg Anschütz illustriert werden, die in Hamburg die Funktion der Führer dieser Organisation innehatten. Das Ansehen dieser Führer an den Universitäten war nicht groß, weil sie im Ruf standen, mangelnde wissenschaftliche Reputation und Kompetenz durch parteidienlichen Übereifer kompensieren zu wollen. Andererseits hatten sie großen Einfluss bei Stellenbesetzungen und auch bei der Vertreibung jüdischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der Universität. Edgar Irmischer war Gauführer des NS-Dozentenbundes von 1935 bis 1938 und gleichzeitig Gau-Fachschaftsleiter im NSLB.

Edgar Irmischer wurde am 17.8.1887 in Dresden als Sohn eines Beamten geboren. Er besuchte das König Albert-Gymnasium in Leipzig, an dem er Ostern 1907 die Reifeprüfung bestand. Danach absolvierte er das Einjährigen-Freiwilligenjahr beim Infanterieregiment 107 in Leipzig. Anschließend studierte er von 1908 bis 1911 Botanik an der Universität in Leipzig und promovierte dort über Moose.<sup>1</sup>

1912 bekam Edgar Irmischer eine Assistentenstelle am Botanischen Museum in Berlin-Dahlem. Die Arbeit dort wurde unterbrochen von 1915 bis 1919, als Irmischer zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Von 1919 an war Irmischer als Kustos am Institut für Allgemeine Botanik an der Universität Hamburg tätig, wo er sich 1919 habilitierte und 1923 den Professorentitel erhielt.<sup>2</sup>

In seinem späteren Entnazifizierungsverfahren wies Edgar Irmischer darauf hin, er habe 1923 einen Ruf an die Universität Tübingen als beamteter außerordentlicher Professor abgelehnt, weil ihm „Hamburg eine große Tropenreise versprach“ und im Frühjahr 1940 sei von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität dem Reichserziehungsministerium vorgeschlagen worden, Irmischer an die „erste Stelle der Berufungsliste für das botanische Ordinariat und auf den Generaldirektorposten am Berliner Botanischen Garten und Museum“ zu setzen.<sup>3</sup> Warum das nicht erfolgreich war und wieso die Karriere von Edgar Irmischer nicht so richtig voranging, trotz seiner intensiven Arbeit im NS-Dozentenbund, soll beleuchtet werden.

Vorweg: Edgar Irmischer hatte am 15.6.1939 beim Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin den Antrag gestellt, zum außerplan-

mäßigen Professor ernannt zu werden. Dies wurde mit Schreiben vom 19.9.1939 realisiert, allerdings mit dem Hinweis, dass damit keine Anwartschaft auf einen planmäßigen Lehrstuhl verbunden sei.<sup>4</sup>

Ein Karriereschritt für Edgar Irmischer erfolgte mit Schreiben des Reichsministeriums vom 8.5.1943, in dem ihm mitgeteilt wurde:

„Der Führer hat Sie unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum ordentlichen Professor ernannt. Ich verleihe Ihnen mit Wirkung vom 1. März 1943 in der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim die freie Planstelle eines ordentlichen Professors mit der Verpflichtung, die Botanik in Vorlesungen und Übungen zu vertreten. Gleichzeitig bestelle ich Sie zum Direktor des Botanischen Instituts der genannten Hochschule.“<sup>5</sup>

Damit hatte sich das politische Engagement von Edgar Irmischer zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt noch gelohnt. Irmischer war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten, hatte im November 1933 das „Bekanntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler“ unterzeichnet, war von 1936 bis 1938 Leiter der Hamburger Dozentenschaft und Führer des NS-Dozentenbundes in Hamburg gewesen, gleichzeitig Gauführer des NS-Dozentenbundes und auch im NSLB Gau-Fachschaftsleiter für den Hochschulbereich.<sup>6</sup>

Der NS-Dozentenbund war eine Parteigliederung der NSDAP, aus dem NSLB hervorgegangen und hatte den Zweck, politischen Einfluss auf die Universitäten zu nehmen, die Hochschullehrerschaft zu kontrollieren und Stellungnahmen bei Berufungen und Stellenbesetzungen abzugeben. 1938 gehörte etwa ein Viertel der deutschen Hochschullehrerschaft dem NS-Dozentenbund an. Die Gaudozentenbündführer besaßen insbesondere bei Stellenbesetzungen eine nicht zu unterschätzende Macht. Damit kompensierten sie, dass ihr Ansehen an den Universitäten nicht sonderlich groß war, weil viele von ihnen keine hohe wissenschaftliche Reputation genossen und als Parteisoldaten galten.<sup>7</sup>

Wie Edgar Irmischer seine Aufgabe wahrnahm, soll an einigen Beispielen illustriert werden.

Als der Sportpädagoge Eugen Zerbe zum kommissarischen Leiter des Instituts für Leibesübungen in Hamburg berufen wurde, hatte Gaudozentenführer Irmischer gegenüber dem Rektor der Universität Hamburg folgende Stellungnahme abgegeben:

„Auf Ihre Anfrage nach Dr. Zerbe kann ich Ihnen mitteilen, dass nach unseren Erfahrungen in Hamburg in politischer Beziehung gegen den Genannten keine Bedenken bestehen, da ich in dieser Hinsicht von keiner Seite etwas Nachteiliges



Edgar Irmischer, 1933

gehört habe. Es ist mir vielmehr von Seiten seiner Kursteilnehmer sein einwandfreies Verhalten versichert worden und ihm gute Kameradschaft bei allen sportlichen Veranstaltungen nachgerühmt worden. Sein sachliches und korrektes Auftreten tritt auch bei seinen Leistungen als Sportlehrer angenehm in Erscheinung.“<sup>8</sup>

Hieran wird deutlich, dass es bei der Arbeit der Gaudozentrenführer darum ging, Erkundigungen über Personen einzuholen, sowohl bei Parteidienststellen als auch im Umfeld von Bewerbern. Meinungen, Bewertungen und Denunziationen.

Die wiedergegebene Stellungnahme von Edgar Irmscher fiel zum Vorteil von Eugen Zerbe aus. Später, 1937, beschwerte sich Zerbe darüber, vom Dozentenbundführer Irmscher „schwerstens beleidigt“ worden zu sein durch die Anfrage, „ob ich früher dem Reichsbanner angehört hätte“. Zerbe erklärte dazu: „Da Herr Prof. Irmscher sich weigerte, mir den Namen des Verleumders zu nennen, damit ich gerichtlich gegen ihn vorgehen könne, bleibt daher zur Zeit nichts anderes übrig, als Ihnen nochmals zu erklären, dass ich entsprechend meinem ganzen Lebensablauf niemals dem Reichsbanner oder einer seiner Organisationen angehört oder nahegestanden hätte. Ich muss diese unerhörte Verleumdung ausdrücklich als solche kennzeichnen und zurückweisen.“<sup>9</sup>

Gaudozentrenführer Irmscher vermerkte dazu am 1.4.1939, er habe am 10.11.1937 „von einer Parteidienststelle die schriftliche Mitteilung“ bekommen, „das Dr. Z. vor der Machtübernahme dem Reichsbanner schwarz-rot-gold angehört haben soll. Da ich es in solchen Fällen für richtig halte, solche Fragen von Mann zu Mann in aller Offenheit zu besprechen, da auf diese Weise meistens am schnellsten eine Klarheit geschaffen wird, habe ich Dr. Z. persönlich die Frage vorgelegt, ob er dem Reichsbanner angehört habe. Seine Aussage, dass dieses nie der Fall gewesen sei, habe ich ohne weiteres Glauben geschenkt und mich selbstverständlich für verpflichtet gehalten, in diesem Sinne bei den betreffenden Stellen aufklärend zu wirken. Ich finde es unverständlich, dass sich Dr. Z. durch diese offene Frage eines Amtsträgers der Partei so schwer beleidigt fühlen kann, wie er es in seinem Schreiben an den Syndikus der Hansestadt Universität zum Ausdruck bringt. Vielmehr kann er nur dankbar sein, dass ich mich um die Aufklärung dieser Gerüchte bemüht habe.“<sup>10</sup>

Irmscher stellte weiter fest, dass er sich in der Frage der Parteimitgliedschaft von Zerbe an den NSDAP-Kreisleiter Gloy gewandt habe, der ihm mitteilte, Zerbe hätte keinen Aufnahmeantrag gestellt mit der Begründung, „er sei noch kein Beamter, im gegebenen Fall (falls er Beamter würde) wolle er seine Aufnahme-Antrag jedoch nachholen“. Daraufhin hätte Gloy erklärt, dass eine Befürwortung zur Beförderung seinerseits nicht erfolgen würde.<sup>11</sup>

So verliefen in diesen Zeiten Beförderungen, die die Betroffenen unter star-

ken persönlichen Druck setzten. Eugen Zerbe musste am 15.5.1939 noch einmal erklären:

„Es ist richtig, dass ich im Mai 1937 mich nicht zur Aufnahme in die NSDAP gemeldet habe. Der einzige Grund hierfür war der, dass ich in dem Augenblick, in dem meine Ernennung zum Beamten im Gange war, nicht den Eindruck erwecken wollte, durch den Eintritt in die Partei meine Ernennung erreichen oder beeinflussen zu wollen. Mir lag daran, dass mein Eintritt in die Partei so erfolgte, dass von vornherein sichtbar war, dass ich diesen Schritt aus innerer Überzeugung tat. Damals befürchtete ich, dass, wenn ich in einer Zeit, in der meine Ernennung schwebte, mich zur Aufnahme in die Partei meldete, dies als Mittel zum Zweck missdeutet werden könnte. Mein damaliger Entschluss bedeutet mithin nicht, dass ich irgendwelche Zurückhaltung der Partei gegenüber hätte üben wollen.“<sup>12</sup>

Zu welcher Erniedrigung fühlten sich Personen in solchen Verfahren veranlasst.

Nach Ende der NS-Herrschaft, als Edgar Irmscher sich dem Entnazifizierungsverfahren stellen musste, wurden aus Hamburg noch ein paar Beispiele zusammengetragen, die seine Arbeit als Gaudozentenführer beleuchteten. So schrieb Prof. Günther Endres:

„Als junger Dozent in Hamburg hat mich Herr Prof. Irmscher meiner Erinnerung nach im Jahre 1938 zu einer Besprechung gebeten und mir auf dieser deutlich mitgeteilt, dass mein politischer Einsatz für die NSDAP sehr zu wünschen übrig ließ. Er möchte mir dringend nahelegen, entweder in die Partei einzutreten, oder in der SA bzw. SS Dienst zu tun. Hierin erblickten er und der Dozentenbund allein den Beweis für die richtige Einstellung, die die Voraussetzung für eine Förderung in der Hochschullaufbahn bilden würde. Durch die Unterhaltung hatte ich den Eindruck gewonnen, dass Herr Prof. Irmscher sich sehr aktiv für die NSDAP einsetzte.“<sup>13</sup>

Eine ähnliche Erfahrung hatte Dr. Kurt Heyns gemacht:

„Nachdem die Fakultät meiner Habilitation nach Prüfung meiner wissenschaftlichen Befähigung grundsätzlich zugestimmt hatte, erfolgte ein Einspruch seitens der Gau-Dozentenführung mit dem Hinweis, dass ich keiner nationalsozialistischen Organisation angehören würde. Bei Rücksprache mit der Gau-Dozentenführung bemängelte Herr Prof. Irmscher als Vertreter des Gau-Dozentenführers dann insbesondere den fehlenden ‚aktiven Einsatz‘ für eine dieser Organisationen, und es bedurfte langwieriger Verhandlungen mit dem damaligen Gau-Dozentenführer, Herrn Prof. Anschütz, um meine Habilitation um fast ein Jahr verspätet überhaupt noch durchsetzen zu können.“<sup>14</sup>

Der Direktor des Hamburgischen Instituts für angewandte Botanik, Prof. Breddemann, stellte am 7.5.1948 fest:

„Irmischer muss m. E. nach seinem ganzen damaligen Auftreten als Aktivist bezeichnet werden. Auch sein Verhalten in den Fakultätssitzungen, die wohl noch in aller Erinnerung sind, zeigt das. Wir waren froh, als er nach Hohenheim ‚berufen‘ wurde und uns verließ. Über die Vorgänge bei dieser ‚Berufung‘ müssten wohl die Akten Auskunft geben.

Einzelfälle vermag ich nicht mehr anzugeben. Ich erinnere mich nur, dass er sich bei Berufungen und Ernennungen sehr aktiv einschaltete. Auch in Angelegenheiten, die ihn als ‚Dozentschaftsführer‘ gar nichts angingen. So zum Beispiel weiß ich, dass Arbeiter und technische Angestellte meines Instituts, die ich zur Pflichterfüllung ermahnen musste, sich an ihn wandten und von ihm für ihre ‚politischen Berichte‘ über diese gänzlich unpolitischen Vorkommnisse beraten wurden.“<sup>15</sup>

Der Rektor der Universität Hamburg, Rudolf Laun, teilte am 4.6.1948 mit:

„Nach den in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät vorhandenen schlechten Erinnerungen an Herrn Irmischer war er nicht nur als bekannter und überzeugter Nationalsozialist zum Gaudozentenführer ernannt worden, sondern führte auch die von München geforderten Maßnahmen mit Überzeugung durch, welche parteipolitische Dienstleistungen als Vorbedingung in der akademischen Laufbahn verlangten.“<sup>16</sup>

In Bereichen, in denen es um Konkurrenz geht und um die Besetzung von Stellen, wird sicherlich immer viel geredet. Aber hier ging es um eine andere Qualität, um politische Zuverlässigkeit und sicherlich auch darum, im Hintergrund Strippen zu ziehen.

Interessant ist, dass die offenbar tägliche Praxis Edgar Irmischers, zumindest in einem dokumentierten Verfahren, ihn einholte. So gibt es ein Schreiben des Rates der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin vom 6.4.1939, in dem dieser seinem Kollegen an der Universität Hamburg mitteilt, dass gegen den Berliner Prof. Kurt Noack ein Verfahren anhängig sei, weil dieser erzählt habe, dass „Professor Irmischer in Hamburg Schwierigkeiten mit der Partei gehabt hätte, weil er die Berufungsverhandlungen eines Professors dadurch gestört hätte, dass er über diesen haltlose und dessen Ansehen herabsetzende Bemerkungen gemacht hätte“.<sup>17</sup>

Es wurde in Hamburg und Berlin weiter über die Hintergründe dieser Angelegenheit geforscht, drei Biologieprofessoren beider Universitäten hatten miteinander korrespondiert und erst nach Rückkehr von Regierungsrat Bothe, der wegen einer Wehrmachtübung über längere Zeit nicht im Dienst war, konnten dessen Nachforschungen kommuniziert werden. Es sei tatsächlich um eine „etwaige Berufung Prof. Irmischers als Ordinarius nach Berlin“ gegangen und darüber hätten einige Professoren miteinander gesprochen und dabei hätte Prof. Klatt eingeräumt, „dass bei einem guten Glase sicher mal vorgekommen sei, dass er mit Prof. Noack allgemeine

Universitätsangelegenheiten besprochen habe. Auch über eine etwaige Berufung Prof. Irmschers als Ordinarius nach Berlin sei dabei wohl die Rede gewesen.“<sup>18</sup>

So wurden bei einem „guten Glase“ und schlechten Gerüchten Berufungen verhindert. In diesem Fall traf es den Gaudozentenführer Prof. Irmscher selbst, der auch intensive Praxiserfahrungen auf diesem Feld gehabt hatte.

Das Entnazifizierungsverfahren gestaltete sich für Edgar Irmscher nicht leicht. Zum einen kamen aus Hamburg die schon zitierten Stellungnahmen, zum anderen hatte er auch in Hohenheim nicht nur einen günstigen Eindruck hinterlassen. Immerhin war er während des Verfahrens an der Hochschule weiter als Laborant beschäftigt worden, bis er am 14.3.1946 auf Anordnung des Kultusministeriums entlassen wurde.<sup>19</sup>

In einer ausführlichen Stellungnahme vom 25.9.1946 ging Edgar Irmscher darauf ein, warum er schon zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war. Er begründete das damit, dass er weiter seine internationalen Kontakte zu anderen Forschern aufrechterhalten wollte und erklärte:

„Dass der Krieg der größte Feind freundschaftlicher internationaler Beziehungen ist, hatte ich schon im Weltkrieg erfahren müssen. Ich vertraute aber der Regierungserklärung vom 21.3.1933, in der unter anderem gesagt wurde: ‚Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Folgen des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden.‘ Dass wir später so furchtbar enttäuscht werden würden, habe ich damals nicht für möglich gehalten.“<sup>20</sup>

Über seine Dozentenbundstätigkeit erklärte Irmscher, er sei von einer Anzahl Kollegen „trotz meines dauernden Sträuben monatlang bearbeitet worden“. Und: „Schon damals waren die unheilvollen Einflüsse der Partei auf das deutsche Kulturleben und damit auf die Hochschulen offenbar geworden und hatten schon begonnen, sich auszuwirken. Die Wahl war auf mich gefallen, weil man wusste, dass ich alles andere als ein sturer Nazi, vielmehr ein Gegner jeder Zwangsherrschaft war.“<sup>21</sup>

Irmscher zeichnete von sich das Bild eines Kämpfers für die alte Tradition der deutschen Hochschule und gegen die Gauleitung, „die den Dozentenbund lediglich zu einem Werkzeug ihres Willens zu machen trachtete“.<sup>22</sup> Er nannte Beispiele, wo er es durchgesetzt hätte, gegen die NSDAP-Gauleitung andere Personen zu berufen, wie zum Beispiel den Psychiater Prof. Dr. Hans Bürger-Prinz<sup>23</sup>, auf eine Stelle, für die die oberste Dozentenführung und der NS-Ärztebund eine andere Person vorgesehen hatten. Der Höhepunkt sei gewesen, dass es ihm bei dem Rektorenwechsel 1938 nach langem Kampf gelungen wäre, gegen den NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann einen anderen Kandidaten durchzusetzen. Danach habe er „die Dozentenführung sofort niedergelegt“.<sup>24</sup>

Dies war nun alles von der Spruchkammer Stuttgart kaum nachzuprüfen. Der Psychiater Prof. Bürger-Prinz gehörte zu den unangenehmsten Nationalsozialisten. Während gerüchteweise Gauleiter Karl Kaufmann den Sportmediziner Prof. Wilhelm Knoll bei dem Rektorenwechsel 1938 favorisiert haben soll, eine sich nicht sonderlich von Bürger-Prinz unterscheidende Persönlichkeit, wie die Biografie Knoll in diesem Band belegt, hatte sich Edgar Irmischer offenbar für Prof. Wilhelm Gundert, einen Japanologen, stark gemacht, der dann auch durchgesetzt wurde und der ebenfalls Mitglied der NSDAP seit 1934 gewesen war.<sup>25</sup>

Auf Michael Grüttner geht die in seinem „Biografischen Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik“ gemachte Aussage zurück, dass Irmischer „nach Auseinandersetzung mit Gauleiter Kaufmann zum Rücktritt als Gaudozentenbundführer gezwungen“ worden sei.<sup>26</sup> Dieses wird von Edgar Irmischer selbst in seiner Stellungnahme nicht behauptet.

Auch bei einer Vernehmung auf dem Polizeirevier 19 in Stuttgart hatte Edgar Irmischer lediglich gesagt, er habe sich 1938 „von diesem Posten freigemacht“. Ein von dem NSDAP-Gauleiter in Hamburg „erzwungener Rücktritt“ hätte sich in seinem Entnazifizierungsverfahren sicherlich positiv ausgenommen, wurde von Irmischer aber selbst nicht behauptet.<sup>27</sup>

Die schon zitierten Aussagen von Hamburger Wissenschaftlern, die mit dem Gaudozentenbundführer Irmischer Erfahrungen gemacht hatten, waren im Entnazifizierungsverfahren sicherlich nicht günstig. Irmischer hatte Unterstützer organisiert, die Leumundszeugnisse abgaben, die aus meiner Sicht keine große Relevanz gehabt haben dürften. So etwa von dem Sinologen Prof. Fritz Jäger, der Vorgänger von Irmischer als Leiter der Hamburger Dozentschaft gewesen war, ebenfalls Mitglied der NSDAP seit 1933<sup>28</sup>, was aus seinem Schreiben für den Entnazifizierungsausschuss in Baden-Württemberg allerdings nicht hervorging. Oder von dem von Irmischer unterstützten Prof. Bürger-Prinz, der zu jenem Zeitpunkt selbst noch um seine Entnazifizierung kämpfen musste. Oder das Schreiben der Witwe eines Hamburger NSLB-Aktivist, August Schrader, der in Hamburg in vehementen Auseinandersetzungen mit anderen Nationalsozialisten gestanden hatte und im NSLB mit Irmischer als Fachschaftsleiter ein gutes Verhältnis pflegte.<sup>29</sup> Auch das war kein befreiender Leumund.

Wissenschaftlich entlastend war vielleicht die gutachterliche Äußerung von Prof. Wilhelm Ruhland aus Leipzig, der sich als Nazigegner bezeichnete und testierte, „dass Prof. Irmischer als Botaniker einer der wenigen vom Ausland anerkannten deutschen Systematiker“ sei.<sup>30</sup>

Der Direktor des volkswirtschaftlichen Instituts der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, Prof. Ellinghaus, berichtete am 10.12.1946 an das Rektoramt der Hochschule über Vorgänge in der NS-Zeit:

„Die Führung der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass man Hohenheim zu einer nationalsozialistischen Musteranstalt, ohne Rücksicht auf wissenschaftliches Ansehen und wissenschaftliche Geltung, machen wollte. Die Gruppenbildung in Hohenheim hatte einen so ausgeprägten politischen Charakter, wie das wohl kaum an irgend einer anderen deutschen Hochschule der Fall gewesen sein dürfte. Die sogenannten ‚alten Kämpfer‘ schlossen sich gegenüber den Nicht-Parteigenossen und den als weniger zuverlässig angesehenen neuen Nationalsozialisten, den jetzigen ‚Mitläufern‘, streng ab. Ein gesellschaftlicher Verkehr wurde nicht gepflogen.

Prof. Irmscher wurde im Mai 1942 bei der Aufstellung einer zweiten Berufsliste von dem Berufungsausschuss unter Vorsitz von Herrn Prof. Lowig und den Beisitzern Prof. Jung und Prof. Maiwald auf eine Empfehlung des Reichsdozentenführers und eines medizinischen Kollegen an die erste Stelle gesetzt. In der vorhergehenden Bewerberliste, in der die bekanntesten 38 Professoren der Botanik enthalten waren, erschien der Name Irmscher nicht. Durch die Berufung und die Ernennung von Prof. Irmscher wurden die übrigen Senatsmitglieder völlig überrascht. Das war natürlich nur möglich infolge der verfassungswidrigen Amtsführung des Rektors Zimmermann, der von 1941 bis 1945 keine Senatssitzung abgehalten hat. Dass Prof. Irmscher als Systematiker einen guten Ruf genießt, ist von den Fachvertretern immer anerkannt worden. Mir scheint aber nicht, dass er bei sorgfältiger Abwägung aller Momente besser qualifiziert war als seine damaligen Mitbewerber.“<sup>31</sup>

Bei weiteren Zeugenbefragungen, stellte sich heraus, dass Irmscher auch in Stuttgart stellvertretender Dozentenbundführer gewesen war und von anderen Wissenschaftlern als Mann des Sicherheitsdienstes (SD) verdächtigt wurde.<sup>32</sup>

In der Klageschrift vor der Spruchkammer Stuttgart vom 28.9.1946 wurde Edgar Irmscher wegen seiner frühen Mitgliedschaft in der NSDAP seit dem 1.5.1933 und seiner Tätigkeit als Amtsträger des NS-Dozentenbundes als so belastet angesehen, dass er in die Kategorie II eingeordnet wurde.<sup>33</sup>

Die Spruchkammer, die alle Vorhaltungen geprüft und die Leumundszeugnisse ausgewertet, sowie Zeugen aus Hohenheim vernommen hatte, kam zu einem günstigeren Ergebnis. Dabei haben besonders die Hamburger „Persilscheine“ eine positive Rolle gespielt, wobei dem Gericht aus meiner Sicht nicht klar war, dass die Personen die sich für Prof. Irmscher einsetzten, selbst belastete Nationalsozialisten gewesen waren. Auf der anderen Seite wurde der Vorwurf geprüft, ob Irmscher für den Sicherheitsdienst gearbeitet hatte. Dies konnte letztendlich nicht geklärt werden. Am Ende kam die Spruchkammer zu dem Ergebnis, Irmscher als „Mitläufer“ anzusehen und ihm „einen einmaligen Sühne-Beitrag zu einem Wiedergutmachungsfonds in Höhe von 600 Reichsmark aufzuerlegen“.<sup>34</sup>



Der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim nahm am 17.12.1947 Stellung zu dem rechtskräftigen Entscheid der Spruchkammer in einem Schreiben an das Kultusministerium in Stuttgart, aus meiner Sicht mit einer nachvollziehbaren deutlichen Kritik. So schrieb er unter anderem:

„Die Hochschule kann nicht umhin, zur Begründung des Spruches in dreifacher Hinsicht offiziell Stellung zu nehmen. Zunächst stellt sie fest, dass die Hohenheimer Zeit und Tätigkeit des Betroffenen überhaupt nicht berührt ist, obgleich er doch immerhin vom Frühjahr 1943 an stellv. Dozentenführer und Dozentschaftsleiter an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim war. Auch Zeugen von Hohenheim wurden, mit Ausnahme von Herrn Prof. Münzinger nicht gehört. Mit Recht legt Prof. Münzinger gegen die unsachlichen und unberechtigten Angriffe der Spruchkammer schärfste Verwahrung ein. Rektor und Senat unterstreichen sie nachdrücklich und bitten das Kultusministerium, sie sowohl an das Befreiungsministerium, als auch an die Zentralgeschäftsstelle der Stuttgarter Spruchkammer weiterzugeben.

Endlich stellt die Kammer in ihrer Begründung des Spruches fest, es habe sich aus den seitherigen Spruchkammerverhandlungen ergeben, dass sich an der Hochschule Hohenheim unter den Professoren einige Cliques gebildet hätten, die sich gegenseitig bekämpften. Es hat in Hohenheim nie Cliques gegeben unter den Professoren. Sie haben sich auch nie bekämpft, weder früher noch heute. Es hat im 3. Reich zwei Gruppen gegeben, die ‚alten Kämpfer‘ einerseits und die Nichtparteiigenossen mit den suspekten neuen Parteiigenossen andererseits. Auch sie haben sich nicht bekämpft, sondern gegenseitig völlig abgeschlossen.

Im Übrigen ist die Hochschule verwundert darüber, dass die Kammer den Betroffenen, obwohl sie ihn dreimal ausdrücklich als Belasteten im Sinne des Art. 10 des Gesetzes 104 bezeichnet – da er immer wieder in den Akten der Hochschule als Gaudozentenführer bezeichnet ist, müsste er sogar als Hauptschuldiger im Sinne des Art. 6 des Gesetzes angesprochen werden – am Ende eigentlich völlig entlastet und in allen Fällen, die dem Betroffenen zum Nachteil gereichen müssten, entweder Unbeachtlichkeit oder aber die Unmöglichkeit behauptet, ein eindeutiges Ergebnis zu bekommen.

Die Hochschule missgönnt es niemand, auch Herrn Prof. Irmscher nicht, wenn er endgültig in die Mitläufergruppe eingereiht werden kann. Im Hinblick auf eine Reihe von Professoren und Beamten der Hochschule aber, die schon formal viel geringer belastet und weit weniger in Erscheinung getreten sind, als Dr. Irmscher, und doch in die Gruppe III eingestuft wurden, wird es ihr schwer, zu glauben, dass Letzterer nur den Tatbestand des Art. 12 des Gesetzes 104 erfüllt hat.“<sup>35</sup>

Hier zeigten sich die Schwierigkeiten und die Unberechenbarkeit der Entnazifizierungsverfahren.

Das Ministerium für politische Befreiung Württemberg-Baden hob den rechtskräftigen Spruch der Kammer vom 26.9.1947 auf. Das Ministerium erklärte, es sei notwendig, „nähere Ermittlungen bei der Universität Hamburg über die Gaudozentenföhrertätigkeit“ von Edgar Irmscher einzuholen und „zu prüfen, ob er nicht in den Kreis der Hauptschuldigen fällt“. Auch die Tätigkeit von Irmscher als stellvertretender Dozentenführer und Dozentschaftsleiter in Hohenheim sei im Spruch der Kammer „ungenügend gewürdigt“. Das Ministerium stellte ebenfalls die Frage, ob Edgar Irmscher „seine Berufung an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim und die alsbaldige Ernennung zum Prorektor dieser Hochschule politischen Beziehungen verdankte“.<sup>36</sup>

Berechtigte Fragen, aber in der Entnazifizierungsakte, die ich im Staatsarchiv Ludwigsburg eingesehen habe, keine weiteren Antworten.

Laut Wikipedia wurde Edgar Irmscher an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim weiter beschäftigt und soll dort bis 1959 gelehrt haben.<sup>37</sup> Das kann man sich nach den Äußerungen des Rektorats der Hochschule und des Ministeriums für politische Befreiung Württemberg-Baden aus den Jahren 1947 und 1948 kaum vorstellen.

Edgar Irmscher starb am 3.5.1968 in Sternenfels.<sup>38</sup>

## Anmerkungen

- 1 Hochschulakte der Universität Hamburg von Edgar Irmscher, StAHH, 361-6\_IV 0443
- 2 Biografischer Bogen in seiner Hamburger Personalakte, a. a. O.
- 3 Entnazifizierungsakte von Prof. Edgar Irmscher, Landesarchiv Baden- Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/20\_Bü 75159
- 4 Schreiben von Edgar Irmscher vom 15.6.1939 und Antwort vom Reichsministerium vom 19.9.1939, Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Siehe Entnazifizierungsakte Irmscher, a. a. O.; Michael Grüttner: Biografisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2000, S. 81 f.; Hamburgisches Lehramt-Verzeichnis, Schuljahr 1938/1939, herausgegeben vom NS-Lehrerbund, S. 203.
- 7 Siehe: Anne Christine Nagel: „Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule.“ Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund in der Wissenschaftspolitik des Dritten Reiches, in: Joachim Scholtzseck, Christoph Studt (Hrsg.), Berlin 2008, S. 115 ff.
- 8 Schreiben vom 27.1.1938, Personalakte Eugen Zerbe, StAHH, 361-6\_IV 1518; siehe auch die Biografie Zerbe in diesem Band.
- 9 Schreiben von Eugen Zerbe an den Syndikus der Hansischen Universität vom 19.10.1938, Personalakte Zerbe, a. a. O.
- 10 Schreiben vom 1.4.1939, Personalakte Zerbe, a. a. O.
- 11 So Walter Gloy in einem Schreiben an Irmscher, Abschrift des Schreibens Personalakte Zerbe, a. a. O.
- 12 Schreiben von Eugen Zerbe vom 15.5.1939, Personalakte Zerbe a. a. O.
- 13 Schreiben vom 28.5.1948, StAHH, 113-5\_B V 92 d UA 55
- 14 Schreiben vom 25.5.1948, ebd.
- 15 Schreiben vom 7.5.1948, ebd.

- 16 Schreiben vom 4.6.1948, ebd.
- 17 Schreiben vom 6.4.1939, ebd.
- 18 Auszug aus einem Brief von Regierungsrat Bothe an Regierungsrat Dr. Ipsen vom 13.11.1939, ebd.
- 19 Entnazifizierungsakte Irmischer a. a. O.
- 20 Erklärung an die Spruchkammer Stuttgart vom 25.9.1940, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Siehe: Ernst Klee: das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 83. Danach war Bürger-Prinz als Mitglied der NSDAP und der SA seit 1933 und aufgrund seiner Tätigkeiten schwer belastet.
- 24 Erklärung der Spruchkammer Stuttgart vom 25.9.1940, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Grüttner 2000, S. 67. Siehe die Biografien Hans Bürger-Prinz und Wilhelm Knoll in diesem Band.
- 26 Ebd., S. 82.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Grüttner 2000, S. 82.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Gutachterliche Äußerung vom 9.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Stellungnahme von Prof. Ellinghaus vom 10.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Klageschrift vom 28.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Spruchkammer Entscheid vom 26.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Schreiben des Rektors Prof. Dr. Rüdiger an das Kultusministerium vom 17.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Anordnung des Ministeriums für politische Befreiung Württemberg-Baden vom 25.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 [https://de.wikipedia.org/wiki/Edgar\\_Irmischer](https://de.wikipedia.org/wiki/Edgar_Irmischer)
- 38 [https://de.wikipedia.org/wiki/Edgar\\_Irmischer](https://de.wikipedia.org/wiki/Edgar_Irmischer)

## Georg Anschütz

**„Ich halte ihn für einen jener etwas erdenfernen deutschen Idealisten, die im Glauben an eine große geistige Mission Deutschlands immer im Kielwasser der Nationalsozialisten zu finden sind. Sie tragen hinterher ihren guten Glauben zu Grabe ...“**

Ein Hochschullehrer, Wissenschaftler und Psychologe, der während der NS-Zeit an der Universität Hamburg die mächtige Position des NS-Gaudozentenbundführers innehatte. Bei näherer Betrachtung handelt es sich um eine facettenreiche Person, die „seit eh und je über die akademisch festgestellten Grenzen hinaus geforscht“ hatte, der von den einen als „weltfremder Wissenschaftler“ angesehen wurde, von anderer Seite als ein umtriebiger Stratege, der sich politisch zielgerichtet über den Gaudozentenbund und den ihm gewogenen Führungspersonen der Universität Hamburg während der NS-Zeit einen Lehrstuhl sicherte. An allem ist etwas dran, wie die Geschichte eines Mannes zeigt, der fachlich in manchem seiner Zeit voraus war und politisch die nationalsozialistische Karte spielte, nicht zuletzt, um endlich persönlich abgesichert zu sein.

Georg Anschütz wurde am 15.11.1886 in Braunschweig als Sohn des Taubstummen-Lehrers Christian Anschütz und seiner Frau Elwine geboren. Er besuchte in Braunschweig dreieinhalb Jahre die Bürgerschule und anschließend das humanistische Wilhelm-Gymnasium. Nach dem Abitur 1905 studierte er in Leipzig und München Psychologie und Philosophie, sowie Kunstgeschichte und Archäologie als Nebenfächer. Schon 1908 wurde er in München bei Prof. Theodor Lipps mit einer Dissertation „Über Gestaltqualitäten“ promoviert.<sup>1</sup>

Anschütz war vielseitig interessiert und suchte sich an verschiedenen Universitäten in seinen Studien weiter zu qualifizieren. Nach eigenen Angaben arbeitete er anschließend in Würzburg bei Prof. Oswald Külpe psychologisch und physiologisch, dann 1909/10 zum weiteren Studium in Paris bei dem Psychologen Alfred Binet, danach wieder in München, hauptsächlich bei dem Psychiater Kraepelin, 1912 in Leipzig im Psychologischen Institut unter Wilhelm Wundt.<sup>2</sup>

Georg Anschütz wollte damit seine breite psychologische Aufstellung demonstrieren, ohne konkrete Angaben zu machen, welcher Art die jeweiligen Studienaufenthalte waren. Anschütz schrieb:

„Aufgrund meiner inzwischen erfolgten Veröffentlichungen im Archiv für die gesamte Psychologie holte mich der damals nach Hamburg berufene Prof. Ernst Meumann zum 1. April 1913 nach Hamburg, da hier damals schon die Gründung der Universität bevorstand. Ich gab dadurch meine positiven Verbindungen zu Wundt und vor allem auch zu Spranger auf, der meine Habilitation in Leipzig ge-

wünscht hatte. Seit Frühjahr 1913 hielt ich in Hamburg Vorlesungen und Kurse im neu gegründeten psychologischen Laboratorium und am allgemeinen Vorlesungswesen. Ich hatte im Auftrag Meumanns die Aufgabe, die ersten Anfänge des Laboratoriums zu einem Institut auszubauen. Die wesentlichen Anfänge des heutigen Psychologischen Instituts und die meisten Anschaffungen gehen auf mich zurück.“<sup>3</sup>

Ernst Meumann, der aus der Leipziger Schule des Instituts für experimentelle Psychologie von Prof. Wilhelm Wundt stammte und seit 1911 dem Vorstand im Bund für Schulreform angehörte, der sich für radikale Reformen wie die Einheitschule und die akademische Ausbildung der Volksschullehrer einsetzte, war der Wunsch kandidat der reformpädagogisch orientierten Hamburger Volksschullehrerschaft, der „Gesellschaft der Freunde“.<sup>4</sup>

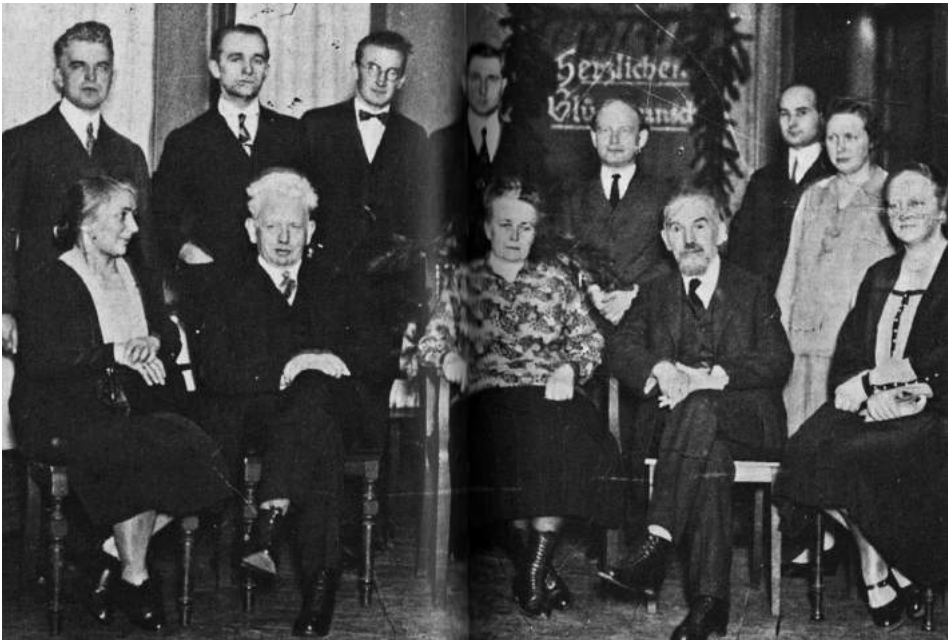
Da war es sicherlich eine Auszeichnung, dass Meumann Anschütz als Assistent nach Hamburg holte.

Georg Anschütz wurde im ersten Kriegsjahr Soldat. Als Ernst Meumann am 26.4.1915 in Hamburg im Alter von 52 Jahren starb, wurde nach einem Ersatz gesucht. Erst einmal sprang Meumanns Assistent Georg Anschütz für drei Monate ein, bis Anschütz „auf Veranlassung des preußischen Kultusministeriums im August 1915 „als Professor für Psychologie und zugleich in kulturpolitischer Mission an die mit deutschen Kräften zu besetzende Universität in Konstantinopel (Istanbul) berufen wurde“.<sup>5</sup>

Über seine Arbeit in Konstantinopel hatte Anschütz notiert:

„Die Berufung erfolgte unter Vermittlung des Auswärtigen Amtes und des Preußischen Kultusministeriums. In der Türkei habe ich dann unter den schwierigsten Umständen in der dortigen Universität ein vollständiges Psychologisches Institut aufgebaut. Meine Vorlesungen und Übungen hielt ich vom zweiten Jahre an in türkischer Sprache. Im November 1918 wurde Konstantinopel von den Feindmächten besetzt. Da ich im Gegensatz zu fast allen übrigen Kollegen bis zuletzt auf meinem Posten blieb, wurde ich von den Besatzungstruppen der Engländer auf dem kleinen asiatischen Ufer in einem Keller interniert, bis unsere zwangsweise Abtransportierung über Italien nach Deutschland erfolgte. Kurz zuvor hatte ich in Kleinasien auf einer Informationsreise schwer krank an Dysenterie gelegen. Durch die Feindmächte wurde mein gesamtes Eigentum einschließlich Apparate, Bücher, Manuskripte und Eigentum beschlagnahmt und, wie ich später erfuhr, vernichtet. Ich kehrte zusammen mit einigen hundert Soldaten und Flüchtlingen Anfang 1919 völlig mittellos und mit einer Handtasche nach Deutschland zurück.“<sup>6</sup>

Was als Karriereschritt begonnen zu haben schien, mündete für Anschütz in einem Fiasko. In Hamburg hatte Prof. William Stern den Lehrstuhl von Ernst Meumann übernommen. Stern, renommierter Psychologe, Begründer der Differenzi-



Mitglieder des Philosophischen Seminars und des Psychologischen Laboratoriums, 1927. Sitzend (v. l.): Clara Stern, Ernst Cassirer, Meta Meumann, William Stern, Martha Muchow. Dahinter stehend: Georg Anschütz, Martin Scheerer, Fritz Heider, unbek. Person, Heinz Werner, R. Jakob und Alice Mourges.

ellen Psychologie und einer der Mitgründer der Universität Hamburg 1919, hatte das Psychologische Laboratorium weiter aufgebaut und personell ausgestattet. Die Situation für Georg Anschütz war somit prekär.

Am 28.6.1919 wandte sich William Stern an die geisteswissenschaftliche Fakultät und schrieb:

„Herr Prof. Anschütz ist ohne seine Schuld durch die Entlassung der deutschen Professoren aus Konstantinopel in eine missliche Lage geraten, da die türkische Regierung auch jede Gehaltszahlung eingestellt hat. Nun hat die hamburgische Behörde zwar seinerzeit erklärt, dass aus der früheren Zugehörigkeit von A. zur hiesigen Hochschule keinerlei Anspruch auf Wiedereinstellung abzuleiten sei. Dennoch scheint mir eine moralische Verpflichtung vorzuliegen, etwas für A. zu tun – wie auch die übrigen aus Konstantinopel entlassenen Professoren an ihren früheren Hochschulen in irgend einer Form eine Heimstätte gefunden haben.“<sup>7</sup>

Stern empfahl, Anschütz einen besoldeten Lehrauftrag zu geben und schlug dabei zwei Vorlesungen und daran anschließende Übungen vor. Am 1.7.1919 beauftragte die geisteswissenschaftliche Fakultät Anschütz mit diesen Aufgaben. Damit war das Problem aber dauerhaft nicht gelöst. Am Psychologischen Laboratorium waren seit 1915 andere Personen tätig, die von William Stern eingestellt

worden waren. Für Georg Anschütz gab es auch wegen seines inhaltlichen Profils da offenbar keinen Platz. Anschütz fragte an, ob ihm die Universität Hamburg die *venia legendi* erteilen könnte, dafür hatte er bei William Stern einen Lebenslauf und eine Liste mit seinen Veröffentlichungen eingereicht. Eine Kommission aus vier Hochschullehrern beschäftigte sich mit dem Habilitationsgesuch von Georg Anschütz und erklärte: „Da Prof. Anschütz bereits mehrere Jahre lang auf Veranlassung der deutschen Regierung ein ordentliches Lehramt für Psychologie und Pädagogik an der Universität Konstantinopel bekleidet hat, schlagen die unterzeichneten Mitglieder der Kommission vor, ihn als Privatdozenten für Psychologie an die Philosophische Fakultät der Hamburgischen Universität zu übernehmen.“ Zu dieser Kommission gehörten auch die beiden jüdischen Professoren William Stern und Ernst Cassirer, die dabei sicherlich einen maßgeblichen Einfluss hatten.<sup>8</sup>

Georg Anschütz wurde habilitiert, was in Zeiten begrenzter Mittel an den Hochschulen noch nicht das Problem für ihn löste, der ständig um die Wahrung seiner materiellen Existenz kämpfen musste und dafür unter anderem Beiträge in Zeitungen schrieb. In dem Artikel „Der Glaube an den Erfolg“, abgedruckt in der Morgenausgabe der „Hamburger Nachrichten“ am 17.6.1919, machte Georg Anschütz den mangelnden Glauben an den Erfolg mitverantwortlich dafür, das Deutschland den Krieg nicht gewonnen hatte. „Im Kriege vollends trat jener Mangel in einer rein moralischen Flaumacherei zu Tage, die auf theoretische Einsichten oder politische Überzeugungen keinerlei Bezug hatte. Während sich 1916 und 1917 selbst in der Schweiz immer Stimmen geltend machten, die an Deutschlands Sache glaubten, während unsere Bundesgenossen von der Zuversicht auf deutsche Kraft getragen wurden, häuften sich in Deutschland die Stimmen, die den Erfolg als unmöglich hinstellten. In Gesellschaften, in der Eisenbahn, in den Gastwirtschaften, in Kaufläden konnte man es hören, dass Deutschlands Sache verloren sei. Ja selbst bei unseren Verbündeten scheuten sich deutsche Landsleute nicht, offen von der Aussichtslosigkeit der Lage zu sprechen und den Mangel an jeglicher Zuversicht erkennen zu lassen. Es ist völlig belanglos, auf welche politische Überzeugung sich heute der einzelne Deutsche einstellt: Ein solcher Mangel an Zuversicht hat das Seine dazu beigetragen, dass wir uns heute infolge des fehlenden geistigen Zusammenschlusses im Inneren den Feinden gegenüber noch nicht als uneinnehmbare geistige Festung fühlen können.“<sup>9</sup>

Und Anschütz forderte: „Der Blick darf nicht länger an die Vergangenheit gefesselt sein und sich ermüden im endlosen Nachgrübeln über Kriegsursachen und Kriegsschuld, über begangene Fehler und erlittenes Missgeschick. Er darf auch nicht allein nach innen gerichtet sein und in einer gewissen notwendigen, aber nicht allein seligmachenden Kleinarbeit die ganze Kraft und Lebensfrische des deutschen

Geistes erschöpfen. Wir müssen vor allem unser Auge auf die großen Ziele richten. Wir müssen es lernen, jede Kleinigkeit und alles Niederdrückende restlos zu überwinden. Im festen Bewusstsein der inneren Kraft und des hohen Wertes deutscher Geisteskultur, die bisher in der Welt unerreicht dastand und die auch in dem großen Zusammenbruch der einzige Punkt ist, an dem wir restlos unbesiegt blieben, müssen wir den Glauben an den Erfolg unserer Sache neu beleben, an den Erfolg nicht nur in der inneren Wiedergeburt, sondern auch in unserer äußeren Stellung als erste Kulturmacht der Welt.“<sup>10</sup>

Das hatte Georg Anschütz 1919 geschrieben, einer von vielen Artikeln ähnlicher Art, ein anderer war „Völkische Würde“ überschrieben. Damit machte er sich in demokratischen Hochschulkreisen nicht unbedingt einen positiven Namen.

Anschütz war nun seit Januar 1920 habilitierter Privatdozent für Psychologie in Hamburg, wechselte danach zwei Jahre nach München, kam dann aber nach Hamburg zurück, wo er sich, ohne die materielle Absicherung einer Hochschullehrerstelle mit neuen psychologischen Forschungen ebenso beschäftigte wie mit außerwissenschaftlichen Tätigkeiten zur Bestreitung seines Lebensunterhalts. „Zugleich trat Anschütz als Pionier der Synästhesie hervor. Synästhesie bezeichnet hauptsächlich die Kopplung zweier oder mehrerer physisch getrennter Bereiche der Wahrnehmung.

Anschütz veranstaltete in Hamburg in den Jahren 1927, 1930, 1933 und 1936 vier Kongresse zu Phänomenen des Farben-Hörens und Töne-Sehens, die sich ebenso an Wissenschaftler wie an Laien wandten.“<sup>11</sup> Man kann sagen, dass er mit dieser Forschung seiner Zeit offenbar voraus war, sich in der traditionellen Psychologie allerdings damit als Außenseiter darstellte.

Georg Anschütz selbst machte später William Stern dafür verantwortlich, dass er in den Jahren bis 1933 nicht erfolgreicher sein konnte. In der NS-Zeit, zu einem Zeitpunkt, als er sich auch noch gegen seinen nationalsozialistischen Konkurrenten Prof. Gustaf Deuchler durchsetzen musste, schrieb er:

„Der Empfang, den ich in der Heimat und insbesondere in Hamburg erlebte (1919) gehört zu den traurigsten Erlebnissen, über die ich verfüge. Der Jude Stern erklärte mir, an seinem Institut sei keine Möglichkeit für mich gegeben. Er zeigte für die durch höhere Gewalt und das Unglück Deutschlands für mich entstandene Sachlage nicht das geringste Verständnis und machte Schwierigkeiten, wo er konnte. Insbesondere unterband er mir jede Möglichkeit, wissenschaftlich zu arbeiten oder gar mein eigenes Fachgebiet an der im Frühjahr 1919 neu gegründeten Universität zu lehren.“<sup>12</sup>

Das machte sich gut, als Anschütz 1942 eine ordentliche Professur anstrebte, entsprach aber, wie oben erwähnt, nicht der Wahrheit.

Anschütz schrieb weiter: „Mit großer Mühe und mit Unterstützung einiger



wohlwollender Herren aus dem Lehrkörper gelang es mir endlich, wenigstens im Rahmen des allgemeinen Vorlesungswesens einige Vorlesungen halten zu dürfen. Auch diese indessen nicht über mein eigentliches engeres Fachgebiet, sondern über kulturpolitische Fragen und über Psychologie der Nationen. Obwohl mich gerade aufgrund meiner Auslandstätigkeit diese Probleme brennend angingen, so bedeutete diese Tätigkeit doch nur einen Teil meines eigentlichen Fachgebietes. Die Vergütung, die ich bekam, war eine minimale, sodass ich davon nicht leben konnte. Ich war gezwungen, durch Zeitungsaufsätze usw. zu verdienen. In diesen Aufsätzen vor der breiteren Öffentlichkeit habe ich dann meine politischen Überzeugungen niedergelegt. Sie standen dem damaligen Staat diametral entgegen, der ja von einem ‚Zusammenschluss aller Deutschen‘ und von ‚völkischer Würde‘ nichts wissen wollte. Ich wurde bald in den marxistischen und jüdischen Kreisen, zumal durch die Machenschaften Sterns, bekannt, was zu weiteren Widerständen führte.“<sup>13</sup>

Auch hier verdrehte Anschütz die Tatsachen. Es war William Stern gewesen, der den Vorschlag gemacht hatte, dass Anschütz Vorlesungen zu diesem Thema halten sollte. Die politischen Aussagen von Georg Anschütz in seinen Zeitungsartikeln stießen sicherlich in der universitären und schulpolitischen Öffentlichkeit 1919 auf erheblichen Widerspruch, ohne dass William Stern dazu auch nur einen Satz sagen musste.

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Hamburg war eine neue Situation entstanden. Georg Anschütz trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, ebenso in den NSLB, dessen Vertrauensmann er wurde, sowie in den Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund.<sup>14</sup>

Am 7.4.1933 wurde William Stern, der die Universität Hamburg mitgegründet hatte, als „Nichtarier“ entlassen, mit ihm 56 andere Wissenschaftler der Universität Hamburg, so etwa Ernst Cassirer und Sterns Kollege Heinz Werner.<sup>15</sup>

Dies hatte natürlich auch erhebliche Folgen für das von William Stern aufgebaute Psychologische Laboratorium. Einer derjenigen, der massiv gegen William Stern und seine Assistentin Martha Muchow hetzte und intrigierte, war der langjährige Mitarbeiter Dr. Paul Roloff, den Stern 1930 nicht zum wissenschaftlichen Rat beförderte, da Roloff über längere Zeit dienstunfähig war.<sup>16</sup> Roloff wurde wieder zurück in den Schuldienst geschickt, wo ähnliche gesundheitliche Schwierigkeiten auftraten, die ihn arbeitsunfähig machten. Aber auch Roloff war 1932 in die NSDAP eingetreten und versuchte nun, seinen ehemaligen Lehrer William Stern und dessen Assistentin Martha Muchow zu denunzieren. So schickte er am 10.7.1933 ein auch von anderen unterzeichnetes Schreiben an die Hochschulbehörde, in dem es hieß:

„Mit dem Amtsantritt von Prof. Stern setzte erst langsam, dann immer stärker eine völlige Verjudung des Instituts ein. Deutschgesinnte Mitarbeiter wurden durch

rassereine Juden oder durch Judengenossen ersetzt, die ganz im jüdisch-marxistischen Sinn arbeiteten. An Stelle von Prof. Anschütz wurde ein ungarischer Jude aus Wien, der sich den Namen Heinz Werner beilegte, gesetzt. Dr. Roloff, der zwölf Jahre lang die Abteilung Psychotechnik bearbeitete, wurde durch den Judengenossen Dr. Wunderlich und seine jüdische Assistentin Katzenstein ersetzt. (...) Dr. Wunderlich hat seine Stellung einzig dem Umstand zu verdanken, dass er sich von Anfang an bedingungslos an die Judenclique anschloss und gegen alle deutschgesinnten Mitarbeiter Stellung nahm. Fräulein Dr. Muchow, die engste Vertraute von Prof. Stern, die ihn auch heute täglich besucht und mit ihm alle Pläne ausarbeitet, ist die gefährlichste von allen dreien. Sie war aktives Mitglied des marxistischen ‚Weltbundes für Erneuerung der Erziehung‘, hat auf internationalen Tagungen, zum Beispiel Genf, in seinem Sinne gewirkt, und war von Oberschulrat Götze in dessen letztem Amtsjahr beauftragt, das Hamburgische Schulwesen ‚psychologisch‘ im marxistischen Sinne zu durchdringen. Ihr pädagogisch-psychologischer Einfluss ist unheilvoll und einer deutschen Staatsauffassung direkt zuwiderlaufend.“<sup>17</sup>

Paul Roloff hatte vorher noch ein anderes Schreiben an den neuen Direktor der Volkshochschule, Heinrich Haselmayer, gerichtet, mit ähnlicher Stoßrichtung gegen die „Judenclique“ und auch den Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler dabei mit einbezogen, der selbst Ambitionen auf die Leitung des Psychologischen Institutes hatte und nach der Entlassung von William Stern am 19.9.1933 tatsächlich kommissarischer Direktor des Psychologischen Institutes wurde. Martha Muchow beging am 9.10.1933 Selbsttötung und William Stern emigrierte 1934 zunächst nach Holland, später in die USA.<sup>18</sup> Roloffs Rache war somit übel, durchschlagend und blutig gewesen.

Tatsächlich bekam also Gustaf Deuchler die Leitung des Instituts, Deuchler der seit Jahren Direktor des Erziehungswissenschaftlichen Seminars war, gemeinsam mit Wilhelm Flitner. Deuchler galt als schwieriger, streitbarer und konflikträchtiger Charakter, wie ich in der erwähnten Biografie Deuchlers dargestellt habe. Er hatte auch sehr massiv dazu beigetragen, Sterns Assistentin Martha Muchow unter Druck zu setzen, durchaus mit dem Ziel, das Psychologische Institut zu übernehmen.

Welches Konstrukt aus Konkurrenz, Neid und Intriganz nach Sterns Entlassung bestand, beschrieb Anschütz in der Darstellung seines Werdegangs. Eine Rolle in dem gesamten Geflecht spielte auch der neue starke Mann der Universität Hamburg in der NS-Zeit, Adolf Rein. Rein (1885–1979) war ein deutscher Historiker und nationalsozialistischer Hochschulpolitiker. Als Staatskommissar (ab 1933) sowie als Rektor der Universität Hamburg (1934–1938) hatte er maßgeblichen Anteil an der Gleichschaltung der Hochschule sowie an der Entlassung zahlreicher jüdischer und politisch unliebsamer Professoren gehabt.<sup>19</sup>

Anschütz berichtete 1941:

„Zum November 1933 wurde ich Wissenschaftlicher Rat am Psychologischen Institut. Gleichzeitig wurde Prof. Deuchler mit der kommissarischen Leitung des Instituts beauftragt. – (Im März 33 hatte mich Rein nach längerer Aussprache veranlasst, an maßgeblicher Stelle in Hamburg dagegen vorzugehen, dass Deuchler Kultursenator würde. Er hatte mir erklärt, das würde sonst eine Katastrophe geben. Als ich im November wegen dieser sonderbaren Entwicklung der Dinge vorstellig wurde und eine Zusammenarbeit mit Deuchler unter Berufung auf meine eigene Beurteilung dieses Mannes ablehnte, erklärte er, dieser Zustand sei nur ganz vorübergehend. Ich würde in ganz kurzer Zeit selbständig werden und mindestens ein planmäßiges Extraordinariat erhalten. Aus allem ist nichts geworden.)“<sup>20</sup>

Hier zeigte sich, dass Anschütz durchaus über Kontakte und schon 1933 über ein Netzwerk verfügte, das Einfluss nehmen konnte. Gustaf Deuchler hatte tatsächlich Ambitionen gehabt, Schulsenator oder zumindest Landesschulrat zu werden, was von verschiedenen Seiten verhindert wurde.<sup>21</sup>

Auch nach der Entlassung von William Stern hatte sich die Situation für Georg Anschütz nicht grundsätzlich geändert, was seine Ambitionen betraf. Zwar war er stellenmäßig abgesichert durch seine Beförderung zum Wissenschaftlichen Rat am Psychologischen Institut, aber nunmehr war es Gustaf Deuchler, von dem er sich behindert fühlte:

„Ende November versuchte ich dann, mit Deuchler in ein gutes Verhältnis der Zusammenarbeit zu kommen. In einer Besprechung erwies er sich als jedem vernünftigen Gedanken unzugänglich und erklärte mir, er würde überhaupt den ganzen Kram hinwerfen. Ich habe darauf meine Vorschläge schriftlich wiederholt, ohne jemals Antwort zu erhalten. Ebenso blieben die über drei Jahre lang an Rein gerichteten Vorschläge unbeantwortet. Auf diese Weise war ich nun zwar in eine planmäßige gehobene Assistentenstelle aufgerückt, die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten aber veränderten sich in keiner Weise. Bis heute habe ich an den Mitteln des Instituts so gut wie keinen Anteil. Ich halte es auch bei der bekannten Veranlagung von Deuchler für ausgeschlossen, dass dies jemals anders werden könnte. Wenn mich sonst nichts davon überzeugte, so die Tatsache, dass er auch mit seinen sämtlichen ehemaligen Schülern und Mitarbeitern überworfen ist.“<sup>22</sup>

Georg Anschütz versuchte dann eigene Akzente zu setzen, organisierte 1936 einen weiteren Kongress zu Phänomenen des Farben-Hörens und Töne-Sehens und knüpfte Beziehungen zu einflussreichen Personen an der Universität und unter den nationalsozialistischen deutschen Psychologen. Wie falsch in diesem ganzen Geflecht gespielt wurde, zeigt ein kleiner Schriftwechsel in Anschütz' Personalakte. Die Reichsleitung der NSDAP bat am 18.2.1936 bei dem Rektor der Uni-

versität Hamburg, Adolf Rein, um eine Stellungnahme über Georg Anschütz für das kulturpolitische Archiv der NSDAP und schrieb: „Prof. Anschütz hat sich der Partei als Vortragsredner zur Verfügung gestellt. Es werden aber vom rein sachlichen Gesichtspunkt aus starke Bedenken gegen die von ihm vertretenen Theorien geäußert. Ist es möglich, dem Archiv eine Auskunft zu geben, ob diese psychologischen Theorien sich der nationalsozialistischen Weltanschauung organisch einfügen? Oder können Sie uns, falls ein eindeutiges Urteil hierüber nicht möglich ist, einen Hamburger Parteigenossen namhaft machen, an den wir uns mit der Bitte um Auskunft wenden können?“<sup>23</sup>

Rektor Adolf Rein antwortete darauf, und er wusste was er tat:

„Über die wissenschaftliche Richtung des Herrn Prof. Dr. Anschütz vermag ich das erbetene Urteil nicht abzugeben, da es mir an Sachkunde fehlt. Prof. Anschütz ist Wissenschaftlicher Rat am Psychologischen Institut hier; mit der Vertretung des Direktors ist der ordentliche Professor Dr. Gustaf Deuchler beauftragt. Da Herr Deuchler bereits vor der Machtübernahme Parteigenosse war, wird die gestellte Frage von ihm am ehesten beantwortet werden können. Da Ihr Schreiben als vertraulich bezeichnet war, sah ich mich nicht ohne weiteres imstande, die Anfrage an ihn weiterzuleiten. Ich stelle anheim, sich unmittelbar mit ihm in Verbindung zu setzen.“<sup>24</sup>

Man muss kein Prophet sein, wenn man vermutet, dass es zu keiner Vortragstätigkeit für Georg Anschütz beim Kulturpolitischen Archiv der NSDAP kam.

Zwischendurch verfolgte Georg Anschütz eine andere Spur. Er war in Hamburg vor 1933 einige Jahre Vertreter im Deutschen Nichtordinarienverband an der Universität Hamburg gewesen. Dieser Verband wurde im Sommer 1933 aufgelöst. Als 1935 der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund aus dem NSLB hervorging, warb dieser um die Mitglieder des ehemaligen Verbandes. Nach 1945 erklärte ein anderer ehemaliger Vertreter der damaligen Nichtordinarien an der Universität Hamburg, Prof. Rudolf Lütgens, dass sich Georg Anschütz 1935 gestraubt habe, „das Amt des Dozentenführers zu übernehmen“.<sup>25</sup>

Wie dann die tatsächliche Übernahme der Funktion der Leitung des Dozentenbundes der Universität Hamburg ablief, beschrieb der kurzzeitige Vorgänger von Georg Anschütz, Prof. Johann Frers, der die Leitung von 1938 bis April 1939 kommissarisch übernahm, nachdem Prof. Edgar Irmischer diese abgegeben hatte.<sup>26</sup>

Frers erklärte, er habe monatelang versucht, Georg Anschütz zur Übernahme des Amtes zu bewegen, der mit der Begründung abgelehnt habe, ein solches Amt würde ihm nicht liegen und er müsse sich der Wissenschaft widmen. Als dann als Alternative offen angedeutet wurde, Prof. Gustaf Deuchler dafür zu gewinnen, „über dessen charakterliche Eigenarten wir uns jedoch klar waren“, änderte sich

diese Situation. Jetzt erklärte sich Anschütz bereit.<sup>27</sup> Man musste nur mit dem größten Konkurrenten drohen.

Georg Anschütz sah aber auch durchaus Vorteile. Schon 1936 war er bereit gewesen, das Amt für Nachwuchsförderung im NS-Dozentenbund zu übernehmen. Jetzt wurde er vom Reichserziehungsminister zum „Leiter der Dozentschaft der Hansischen Universität“ und gleichzeitig auch zum „Gau-dozentenbundführer und NS-Dozentenbundführer der Universität“ ernannt.<sup>28</sup>

Schon vier Monate später war er auch außerplanmäßiger Professor.<sup>29</sup>

Für diese Beförderung hatte Georg Anschütz einen gewichtigen Unterstützer, den Dekan der philosophischen Fakultät der Universität, den Sinologen Fritz Jäger, seit 1933 Mitglied der NSDAP und Anschütz' Vorgänger 1935 und 1936 als Dozentenbundführer an der Universität Hamburg.<sup>30</sup>

Zur Begründung hatte Fritz Jäger geschrieben:

„Nach seiner Rückkehr habilitierte sich Anschütz 1920 an der Hamburgischen Universität für das Fach der Psychologie. Da er sich aber gegen die damals in Hamburg herrschende jüdisch-marxistische Richtung in Wort und Schrift wandte, musste er aus finanziellen Nöten drei Jahre seine Tätigkeit unterbrechen und ging vorübergehend ins Ausland. Auch nach 1925 hatte er schwer zu kämpfen, da die Hamburger Lehrstühle für Philosophie und Psychologie bis 1933 mit Juden besetzt waren. Nach dem Umbruch wurde Anschütz im November 1933 zum Wissenschaftlichen Rat am Psychologischen Institut ernannt und erhielt erst damit die Möglichkeit einer freieren wissenschaftlichen Betätigung.“<sup>31</sup>

Und über die Persönlichkeit von Georg Anschütz stellte Jäger fest:

„Die geistige Aufgeschlossenheit, das umfassende Wissen, der anständige, sympathische Charakter, nicht zum wenigsten aber auch das harte Lebensschicksal, das A. als Folge seiner geraden politischen Haltung ertragen musste, würden es nach Ansicht der Fakultät rechtfertigen, wenn er endlich auf den ihm gebührenden Platz gestellt würde.“<sup>32</sup>

In der Zeit der NS-Herrschaft an der Universität Hamburg und aus der Position des Gau-dozentenbundführers war es Anschütz vermutlich gelungen, Einblick in seine Personalakte zu nehmen, in der auch eine handschriftliche Beurteilung von William Stern aus dem Jahre 1920 vorliegt, die dieser zu dem Habilitationswunsch von Anschütz geschrieben hatte. Am Ende hatte die Kommission von vier Personen unter Einschluss von William Stern und Ernst Cassirer sich dafür ausgesprochen den Rückkehrer aus Konstantinopel zu habilitierten. Die fachliche Beurteilung durch William Stern war allerdings ziemlich vernichtend. Er hatte geschrieben:

„Die eingereichten Druckschriften reichen nur bis 1913. Aus den letzten sechs Jahren liegt nichts vor. Seine Arbeiten haben alle etwas Schwammiges, Unklares; sie

sind teils nur kompilatorischer und referierender Natur wie die Arbeit über die Urteilslehre von Lipps, teils bleiben sie stecken in weitschweifigen Erörterungen über Methodenfragen. Sein Hauptwerk über die Intelligenz ist auch im Wesentlichen nur Zusammenstellung von bekannten Methoden und Forschungsgesichtspunkten, die von anderen bearbeitet worden sind. Es fehlt ebenso an großen, das Ganze der Arbeit zur Einheit zusammenfassenden Gesichtspunkten, wie an Leistungen eigener wirklicher Spezialforschung.

Wo er philosophische Fragen berührt, zeigt er geringes Verständnis für die tiefere Bedeutung philosophischer Gedanken – umso merkwürdiger wirkt das gönnerhafte Wohlwollen, das er der Philosophie entgegenbringt. Von einer Habilitation für das gesamte Gebiet Philosophie kann keinesfalls die Rede sein. Über diejenigen Gebiete, die A. vornehmlich pflegen will (Psychologie der großen Nationen, Pädagogik) liegen irgendwelche wissenschaftlichen Ausweise seines Könnens überhaupt nicht vor. Eine starke Selbsteinschätzung macht sich mehrfach unliebsam bemerkbar, besonders in dem Ton der Polemik gegen einen so bedeutender Forscher wie Külpe.<sup>33</sup>

Die Stärken A's scheinen vielmehr im Popularisieren und Zusammenstellen wissenschaftlicher Ergebnisse als im wissenschaftlichen Forschen zu liegen. Er scheint auch organisatorische Fähigkeiten zu haben, wenigstens hat er es verstanden, das hiesige Psychologische Institut während der Erkrankungen Meumanns und das erste Halbjahr nach seinem Tode zu verwalten. Ebenso ist es ihm geglückt, in Konstantinopel unter recht schwierigen Umständen ein psychologisch-pädagogisches Institut zu organisieren.<sup>34</sup>

Insgesamt kam man dem Habilitationsgesuch von Georg Anschütz nach, William Stern machte allerdings klar, „dass es ganz ausgeschlossen erscheint, dass die Fakultät mehr für ihn täte, etwa für irgendeine finanzielle Sicherstellung seiner Existenz einträte“.<sup>35</sup>

Sterns Begutachtung der fachlichen Kompetenz von Georg Anschütz wurde später als „marxistisch-jüdische Machenschaft“ bezeichnet.

Anschütz festigte seine Position durch seine gute Vernetzung an der Universität und seine Funktion als Gaudozentenbundführer. Ihm gelang es letztlich, die Auseinandersetzung mit Gustaf Deuchler für sich zu entscheiden. „Im November 1943 wurde er zum außerordentlichen Professor und zum Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg ernannt.“<sup>36</sup>

Gustaf Deuchler hatte sich immer stärker den SA-Aktivitäten zugewandt und beharrte darauf, zugleich für die Psychologie als auch für die Erziehungswissenschaften zuständig zu sein. Helmut Moser schrieb dazu:

„Der wichtige, sowohl politische als auch universitäts-administrative Funktionen erfüllende Gaudozentenführer Georg Anschütz jedoch stellte, zusammen mit

dem neuen Dekan Fritz Krüger und unter Assistenz des 1941 neu im Amt befindlichen Rektors Eduard Keeser die Weichen anders. Die jetzt immer offener ausbrechenden Konflikte zwischen Deuchler und Anschütz hier darstellen zu wollen, wäre zwar ebenso farbenprächtig möglich wie die Nachzeichnung der Vorgänge und die persönlichen Einflussnahmen des Zweitgenannten, im Ergebnis aber so eindeutig, dass man den Raum hierfür einsparen kann: Der Sieger hieß Georg Anschütz, dem sogar die bis dahin außerordentlich seltene Ehre zuteil wurde, dass seine Ernennung von Hitler persönlich, am 6. November 1942 im Führer-Hauptquartier, unterschrieben wurde. Mit Begleiterlass des Reichserziehungsministeriums vom 18.11.1942 erhält er das neu errichtete Extraordinariat für Psychologie.<sup>37</sup>

Als die Vorgänge 1951 im Kontext mit dem Entnazifizierungsverfahren von Georg Anschütz akribisch recherchiert wurden, kam ein Gutachter zu dem Ergebnis:

„Die Frage, ob es sachlich berechtigt war, dass Deuchler ausgeschaltet wurde, braucht hier nicht erörtert zu werden. Entscheidend ist, dass überhaupt jeder mögliche Kandidat außer Anschütz ausgeschaltet wurde, und zwar auf sein eigenes Betreiben. Entscheidend ist, dass Anschütz seine Berufung – mithilfe von Gutachten, die er einholen ließ und abschriftlich an den Dekan lieferte: unter Missbrauch seiner Stellung als Gaudozentrenführer für persönliche Zwecke – selber ‚gemacht‘ hat. Dieser Tatbestand ist nunmehr nachweisbar.“<sup>38</sup>

So hatte etwa der führende nationalsozialistische Psychologe Prof. Oswald Kroh, der von 1940 bis zur Auflösung 1945 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Psychologie war, sich gutachterlich mit Schreiben an Anschütz vom 11.10.1941 über Gustaf Deuchler geäußert. Kroh bezeichnete Deuchler „als einen der begabtesten aus der letzten Generation der Wundt-Schüler“, dessen Aktivität aber immer mehr „verströmte“, der seit 1926 „sich mit größeren wissenschaftlichen Publikationen nicht mehr vorgestellt“ habe. Über Deuchlers Lehrtätigkeit, „die nur von wenigen gerühmt wird“, notierte Oswald Kroh: „Mindestens früher litt sie unter einer Neigung zur Improvisation, die Aufbau und Gedankenführung beeinträchtigte und das Formniveau herabdrückte.“<sup>39</sup>

Dies war eines der Gutachten, die Georg Anschütz anforderte und dann in eigener Sache verwendete.

Der Psychologe Georg Anschütz, der sich der Musikwissenschaft verbunden fühlte, und versucht hatte, wissenschaftliche Erkenntnisse verschiedener Disziplinen miteinander zu verbinden, zeigte sich auch in diesem Bereich in der Zeit nach 1933 als propagandistischer Nationalsozialist.

Peter Petersen, der eine Untersuchung über die Musikwissenschaft in Hamburg 1933–1945 veröffentlichte, schrieb: „In Anschütz ‚Musikästhetik‘ von 1930 trifft man noch auf einen Autor, der aufgeschlossen über das gesamte Gebiet der

Musik berichtet und von seiner Auffassung kein Hehl macht, ‚dass alle großen Musiker auch tief religiös erlebende Menschen waren‘. Auch die Entwicklung der atonalen und außereuropäischen zeitgenössischen Musik wurde von Anschütz vor 1933 mit lebhaftem Interesse und Wohlwollen betrachtet und beschrieben. 1934 jedoch polemisierte Anschütz plötzlich gegen die atonale Musik: ‚Man hat das alles mit einer ‚Atonalität‘ bezeichnet, einem Sammelbegriff, aus dem wir schon im Wort selbst die Negation erkennen und das positiv aufbauende vermissen. Trotzdem darf man nicht alles aus dieser Richtung kurzerhand als Schutt ansehen. Streichen wir einmal alles das ab, was jüdischer Geschäftsgeist und ostischer Nihilismus gezeitigt haben!‘ Er stimmt einen Hymnus auf ‚unsere marschierende Jugend‘ an und schließt mit den Worten: ‚Und wir wissen, dass die neue Musik nur eine solche sein kann, die in jedem Ton, in jeder Note, in jeder Betonung, in jeder Pause Symbol des neuen deutschen Menschen ist.‘<sup>40</sup>

Als Adolf Hitler im Sommer 1935 in Hamburg zu einer Reichs-Theater-Festwoche erwartet wurde, schrieb Georg Anschütz in einem Artikel des Programmheftes:

„Der neue Mensch unserer Tage steht bereits vor uns. Wie dieser Mensch aussehen wird, das können wir nur vermuten, wir können es in der schöpferischen Fantasie nach dem Vorbild unseres großen Führers ahnen. Der Einzelne wird immer mehr zum Gliede der völkischen Gemeinschaft.“<sup>41</sup>

Das nationalsozialistische Engagement hatte sich also für Georg Anschütz gelohnt. Er war außerordentlicher Professor geworden und Direktor des Psychologischen Instituts, in dem er neben Prof. William Stern und später Gustaf Deuchler immer nur eine Nebenrolle gespielt hatte. „1944 beantragte die philosophische Fakultät noch ein Ordinariat für Psychologie, das mit Anschütz zu besetzen sei – dieser Antrag blieb allerdings ohne Erfolg.“<sup>42</sup>

In Kriegszeiten, in denen ein „ordentlicher Studienbetrieb“ nicht mehr stattfinden konnte, weitete Anschütz seine Aktivitäten aus und gehörte zum „Reichsmitarbeiterkreis des Auslandsamtes der deutschen Dozentenschaft“ und nahm teil an Reichstagungen der Auslandsämter, führte eine Vortragsreise im Januar 1942 in Ungarn durch, eingeladen vom Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Ungarn und war schließlich beteiligt an einer Tagung im März 1942, eingeladen von Reichsleiter Alfred Rosenberg, auf der Dozenten der Auslandsämter referierten. Anschütz erhielt im September 1944 das „Kriegsverdienstkreuz I. Klasse (ohne Schwerter)“<sup>43</sup>.

Am Ende hatte sich Georg Anschütz an der Universität Hamburg durchgesetzt. Aber das nächste Ende folgte schnell. Anschütz wurde am 4.12.1945 von Senator Landahl seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis mit sofortiger Wirkung mitgeteilt.<sup>44</sup>



Anschließend wurde er verhaftet und aufgrund seiner Tätigkeit als Gaudozentenbundführer für ein Jahr interniert.<sup>45</sup>

Danach begann ein langer Prozess der Entnazifizierung, den Georg Anschütz intensiv betrieb und für den er zahlreiche Schriftsätze und Leumundszeugnisse einholte. Es war absehbar, dass Anschütz sich in diesem Prozess als notorisches Opfer darstellen würde, als Wissenschaftler, der trotz seiner Qualifikation niemals wirklich anerkannt war, auch in der NS-Zeit nicht. Konflikte mit anderen Nationalsozialisten wurden hochstilisiert und dafür bot sich die Auseinandersetzung mit Prof. Gustaf Deuchler an, der gleichfalls nach 1945 entlassen worden war.<sup>46</sup>

Insofern sollen in diesem Kontext nur schlaglichtartig wesentliche Aspekte vorgestellt werden.

Wichtig ist dabei, dass die Front an der Universität Hamburg in diesem Verfahren eindeutig war. Es gab natürlich noch viele Hochschullehrer, die Georg Anschütz als den Exponenten der Nationalsozialisten in seiner Funktion als Gaudozentenbundführer erlebt hatten und denen präsent war, wie Anschütz diese Tätigkeit mit persönlichen Interessen verbunden hatte. Und es wurden auch Dokumente ins Feld geführt, die belegten, wie Anschütz als NS-Repräsentant an der Universität operiert hatte. Es konnte mit einem Schreiben von Anschütz vom 27.2.1944 gezeigt werden, wie der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund bei Berufungen und sogar Habilitationen agierte. So hatte Anschütz an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Prof. Fritz Krüger, in einem Habilitationsfall geschrieben:

„Seitens der Dozentenführung kann die Zustimmung zur Durchführung des Verfahrens zum Dr. phil. ausschließlich unter der Bedingung erteilt werden, dass der Kandidat eine schriftliche Erklärung darüber abgibt, dass er auf die Dozentur verzichtet. Selbstverständlich wird diese Erklärung später dann gegenstandslos, wenn Herr Dr. H. zu gegebener Zeit den Nachweis seines politischen Einsatzes nachgeliefert hat und auf diese Weise die Zustimmung des Dozentenführers möglich wird. Ich betone bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, dass erst vor kurzer Zeit durch die Verfügung der Parteikanzlei darauf hingewiesen wurde, dass ein noch so umfassender Einsatz als Soldat in keinem Falle den Mangel an politischem Einsatz auszugleichen vermag, und umgekehrt.“<sup>47</sup>

In diesem Kontext wurde zum Beispiel auch deutlich, welche Dissertationen bei dem unorthodoxen Psychologen Georg Anschütz geschrieben und anerkannt wurden. So etwa die Arbeit von Dietz Jaeger aus dem Jahre 1939, mit einem Umfang von 62 Seiten zum Thema „Angst und Charakter beim Kampfsport. Eine Untersuchung angstartiger Zustände auf Hinderniskampfbahnen unter dem Gesichtspunkt der soldatischen Charakterhaltung“.<sup>48</sup>

Es war eindeutig, dass Leumundsschreiben durchweg von Professoren anderer

Universitäten kamen, aber nicht von denjenigen, die die Hamburger Verhältnisse kannten. So bezeichnete der Hamburger Erziehungswissenschaftler Professor Wilhelm Flitner Anschütz als „Intimus von Kultusminister Rust und Nazi-Aktivisten“. „Und es ist unerhört, dass er sich wieder in der Öffentlichkeit hervorwagt.“<sup>49</sup>

Anschütz hatte als Beleg für seine langjährigen nationalsozialistischen Aktivitäten in der Zeit, als er sich um eine Professur an der Universität Hamburg bemühte, Unterstützer für ihn Partei nehmen lassen. Was 1941 hilfreich war, schadete nach 1945. So etwa das Schreiben des SA-Sturmbannführers Flebbe, der am 3.9.1941 geschrieben hatte, was zu Anschütz' Personalakte gelegt wurde:

„Im Jahre 1930 hatte ich in Reinbek die Aufgabe, Bezieher für das neu zu gründende Hamburger Tageblatt als Organ der NSDAP zu werben. Im Allgemeinen war es üblich, dass die Bezieher ein Vierteljahr im Voraus bezahlten. Da mir die politische Einstellung des Herrn Prof. Anschütz und seiner Familie seit langem bekannt war, kam ich auch zu ihm. Prof. Anschütz hat bereitwillig seinerzeit das Hamburger Tageblatt bestellt und den Bezugspreis für ein ganzes Jahr im Voraus bezahlt. Er erklärte mir damals, dass diese Aufgabe politisch so wichtig sei, dass er die voranstelle und lieber eine Rechnung über fällige Hypothekenzinsen später begleichen werde. Auch bei anderen Gelegenheiten stellte Pg A. seine Opferbereitschaft unter Beweis.“<sup>50</sup>

Interessant ist, wie die Personen Anschütz charakterisierten, die mit ihm in den „Grenzbereichen“ seiner Wissenschaft zusammenarbeiteten. So schrieb der Geschäftsführer des Waterloo-Theaters aus der Dammtorstraße 14, wo in den Jahren 1933 bis 1936 die Farbe-Ton-Kongresse stattfanden:

„Sie standen bei mir und bei meinem gesamten Mitarbeiterstab stets in dem Ruf, in jeder politischen Beziehung ein weltfremder Wissenschaftler zu sein, der restlos in seiner Arbeit aufging und durch seine wissenschaftliche Tätigkeit viel zu sehr geistig über allen Fragen der Tagespolitik stand und deshalb alles andere als ein Nazi war. Uns Praktiker des Lebens haben Sie oftmals durch ihre idealistische Berufsauffassung in Erstaunen gesetzt. Denn sie haben häufig unter Hintansetzung ihrer eigenen Person und Opferung erheblicher Geldbeträge die Kongresse und ihre Forschungen durchgeführt, selbst wenn darunter der Wohlstand ihrer Familie litt. Über Letzteres bin ich durch ihre Gattin persönlich unterrichtet worden.“<sup>51</sup>

Auch der Film-Produktionsleiter und Autor Alfred Merwick, der maßgeblich an den Farbe-Ton-Kongressen beteiligt war und Anschütz wegen „seiner wahrhaft idealistischen wissenschaftlichen Pionierarbeit“ schätzte, wies darauf hin, dass „auf jedem dieser Kongresse, die Herr Prof. Anschütz in hohem Umfang aus eigenen Mitteln finanzierte, bedeutende Gelehrte und Wissenschaftler vieler europäischer Staaten nach Hamburg kamen“. Er erklärte weiter:

„Ich gestehe, dass ich nie habe verstehen können, was Herr Prof. Anschütz mit der geistfeindlichen Bewegung des Nationalsozialismus verbinden konnte, da sein Wirken in vielerlei Hinsicht im Gegensatz zu den Bestrebungen der Nazi-Zeit stand. Ich halte Herrn Prof. Anschütz für einen jener etwas erdenfernen deutschen Idealisten, die im Glauben an eine große geistige Mission Deutschlands immer im Kielwasser der Nationalsozialisten zu finden sind. Sie tragen hinterher immer ihren guten Glauben zu Grabe und sind insofern jeweils Opfer solcher Fieberperioden übersteigerten Nationalwahns, was die Haltung gewisser geistiger Schichten während der Nazizeit bei Leibe nicht entschuldigen und verzeihen soll.“<sup>52</sup>

Da mag einiges treffend gewesen sein. Zu berücksichtigen ist sicherlich auch, dass diese Kongresse bis 1936 stattfanden und die Aktivitäten Anschütz' als Gau- dozentenbundführer 1939 starteten. Das große idealistische finanzielle Engagement Anschütz für diese Kongresse mag auch der Hintergrund dafür gewesen sein, endlich einmal mit Macht für eine gutdotierte Stelle an der Universität zu sorgen und dafür alle Verbindungen zu nutzen.

Und sicherlich war Georg Anschütz ein unorthodoxer, auch auf dem Gebiet der Psychologie freier Geist, der bereit war, andere und neue Wege zu gehen. So schrieb seine ehemalige Studentin Ruth Stuhlmann:

„Meine Doktorarbeit, die ich auf Anregung von Herrn Prof. Anschütz über das Thema ‚Geburt und Begabung‘ durchführte, behandelte wissenschaftliche Grenzfragen der Astrologie. Es war sehr schwer, einen Korreferenten für diese Arbeit zu bekommen. Die Beschäftigung mit Astrologie war im Dritten Reich verpönt. Die Anregung zu dieser Arbeit hatte Herr Prof. Anschütz einer amerikanischen Zeitschrift entnommen. Niemals habe ich von Herrn Prof. Anschütz eine Anweisung

bekommen, diese Arbeit im Sinne einer bestimmten Weltanschauung durchzuführen. Ich besaß völlige Freiheit in der Methode sowohl wie in der Gestaltung der Ergebnisse. Herr Prof. Anschütz verlangte eine eigene freie Meinung, gleichgültig, woher sie kam, wenn sie nur wissenschaftlich begründet war.“<sup>53</sup>

Es ergab sich die Schwierigkeit, dass die Militärregierung am 6.10.1947 angeordnet hatte, das Entnazifizierungsverfahren gegen Georg Anschütz in Schleswig-Holstein durchzuführen, da dieser seinen Wohnsitz in Reinbek hatte. Dies war insofern günstig für Anschütz, weil dort andere Gesichtspunkte eine Rolle spielten und die Expertise und die Eindrücke und Informationen der Hamburger Hochschullandschaft weniger berücksichtigt wurden. Der



Georg Anschütz,  
1950er Jahre

Entnazifizierungsausschuss des Kreises Stormarn in Ahrensburg hatte Anschütz am 31.3.1948 in die Kategorie IV, „als Mitläufer“ eingestuft. Und da der öffentliche Ankläger am 16.8.1948 ausdrücklich auf Rechtsmittel verzichtet hatte, war diese Entscheidung rechtskräftig geworden. Insofern stellte der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten in Hamburg am 7.9.1949 alle Hamburger Maßnahmen ein.<sup>54</sup>

Diese Entscheidung war für Georg Anschütz einerseits günstig, auf der anderen Seite führte es nicht dazu, in Hamburg wieder eine Einstellungsmöglichkeit zu bekommen. Georg Anschütz schrieb am 2.2.1950 an den Vorsitzenden des Berufungsausschusses 17, Rechtsanwalt Harry Soll:

„Fast fünf Jahre bin ich jetzt ohne Einkommen. Fast täglich erhalte ich Anmahnungen und Drohungen bezüglich offener Verpflichtungen. Mitte oder Ende des Monats Februar soll ich einer Einladung nach der Schweiz folgen, wozu ich jetzt schon die Vorbereitungen treffen muss, ohne die Fahrkosten zu besitzen.“<sup>55</sup>

Georg Anschütz befand sich also wieder in einer prekären finanziellen Lage.

Er hatte zwischenzeitlich eine „Freie Forschungsstelle für Psychologie und Grenzgebiete des Wissens“ gegründet, „in der er mit Laien sowie anderen entlassenen NS-Wissenschaftlern zusammenarbeitete und die sich unter anderem mit Phänomenen des Okkultismus befasste. Daneben betreute Anschütz auch Promotionen in der sowjetischen Besatzungszone.“<sup>56</sup>

Außerdem hatte Anschütz seine Tätigkeit als Autor für verschiedene Tageszeitungen wieder aufgenommen. So schrieb er beispielsweise am 27.12.1951 einen größeren Beitrag in der Zeitung „Die Welt“ unter der Überschrift „Verstehen heißt nicht verzeihen“, eine Auseinandersetzung mit einem damaligen spektakulären Bombenattentäter.<sup>57</sup>

Die Universität Hamburg verweigerte Anschütz jede Möglichkeit, wieder beschäftigt zu werden. Einhellig waren der Rektor der Universität und die zuständigen Gremien der Auffassung, dass Anschütz seine damalige Berufung im Jahre 1941 nur aufgrund seiner Aktivitäten als Gaudozentenbundführer erreicht hatte, dafür auch die entsprechenden positiven Gutachten selbst in dieser Funktion eingeholt „und dem damaligen Dekan Krüger“ zugespielt habe.<sup>58</sup>

Georg Anschütz klagte dagegen und es kam seit 1951 zu einem Prozess vor den Verwaltungsgerichten durch alle Instanzen. Mit Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts Hamburg vom 15.6.1953 wurde dem Kläger Georg Anschütz Recht gegeben. Es könne letztlich nicht nachgewiesen werden, dass die Ernennung von Georg Anschütz „nur wegen der engen Verbindung des Klägers zum Nationalsozialismus“ erfolgt sei.<sup>59</sup>

In der Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg

## Georg Anschütz

Heute wird das enfant terrible der Hamburger Wissenschaftler 65 Jahre alt. Psychologie-Professor Georg Anschütz hat seit eh und jeh über die akademisch festgesteckten Grenzen hinaus geforscht. „Ich glaube an gar nichts und halte alles für möglich“, formuliert er gern sein wissenschaftliches Kredo.

Darum testet er die psychologischen Wechselströme zwischen Hören und Sehen (Farb-Ton-Forschung), analysiert Hellgesichte und setzt die wissenschaftliche Sonde auch bei okkulten und telepathischen Dingen an. „Das Bierseidel vor sich sehen Sie als Kreis, nicht wahr, auf



der Netzhaut Ihres Auges erscheint es aber als Ellipse. Ein Beweis dafür, daß — zum Beispiel — das Auge mehr als eine Kamera ist.“ Das ist nur eine Stelle, an der der Leiter der „Freien Forschungsgesellschaft“ einhakt. An Hamburgs 49er Sensation, den stigmatisierten Kaufmann Mook, fühlt er sich jedoch nur ungern erinnert.

Der akademische Outsider hat selbst jedoch keine Spukbegabung. Seine Marotte ist nur, in der Familie den Wetterfrosch zu ersetzen. „Das Nordlicht kürzlich am Sonnabend habe ich schon zwei Tage vorher in der Magengegend gespürt.“ Fern von Frau und Tochter sitzt Anschütz gegenwärtig in seinem Blockhaus-Exil über einem neuen 600-Seiten-Wälzer. Die kritische Zusammenfassung aller psychologischen Erkenntnisse der letzten Jahre soll 1952 im Verlag Richard Meiner erscheinen. Dg.

Grußzeilen zum 65. Geburtstag von Georg Anschütz in der Hamburger Freie Presse vom 15.11.1951

wurde am 7.11.1953 ein Schreiben der Behörde mit der Abschrift des Urteils eingebracht. „Durch das Urteil ist gerichtlich bescheinigt, dass das Berufungsverfahren auf seinen Lehrstuhl ordnungsgemäß gewesen ist. In dem Schreiben wird die Fakultät gefragt, ob sie Gesichtspunkte vorbringen können, die die Einlegung der Berufung ermöglichen würde, die im Übrigen von der Hochschulabteilung für aussichtslos gehalten wird. Nach einer Besprechung mit den Herren Schubrink und Pyritz, die beide den Fall gut kannten, hat der Dekan die gestellte Frage in einem Schreiben an die Hochschulabteilung vom 11.8.1953 verneint, das verlesen und von der Fakultät nachträglich gebilligt wird.“<sup>60</sup>

Am 25.12.1953 bekam der Dekan der Philosophischen Fakultät ein Telegramm von Maria Anschütz, in dem es hieß:

„Ich bitte davon Kenntnis nehmen zu wollen, dass mein Mann, der Universitätsprofessor Dr. phil. Georg Anschütz, am 25.12.1953 seiner schweren Krankheit erlegen ist.“<sup>61</sup>

In einem Artikel im „Hamburger Abendblatt“ vom 28.12.1953 wurde Georg Anschütz als „Hamburger Psychologe und Erforscher seelischer Grenzgebiete“ gewürdigt. Besondere Hinweise gab es auf seine „umfangreichen Arbeiten zur Farb-Ton-Forschung“. „Zu diesen Vorstößen in unbekannte oder unerhellte Wissensgebiete war er als Musikästhet und begeisterter Musiker besonders gut ausgerüs-

tet.“ Erwähnt wurde auch die nach dem Kriege von ihm gegründete und geleitete „Forschungsgesellschaft für Psychologie und Grenzgebiete des Wissens“, in der er sich „der Aufgabe angenommen habe, das Erforschliche zu erforschen und das Unerforschliche schweigend zu verehren.“ Kein Wort zu seiner Arbeit während der NS-Zeit.<sup>62</sup>

Am 15.11.1951 hatte die „Hamburger Freie Presse“ geschrieben:

„Heute wird das enfant terrible der Hamburger Wissenschaftler 65 Jahre alt. Psychologieprofessor Georg Anschütz hat seit eh und je über die akademisch festgestellten Grenzen hinaus geforscht. ‚Ich glaube an gar nichts und halte alles für möglich‘, formuliert er gern sein wissenschaftliches Credo.“<sup>63</sup>

Eine hinterlassene Lebensweisheit.

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Anschütz, StAHH, 361-6\_IV 0017
- 2 Kurzer wissenschaftlicher Lebensgang von Georg Anschütz vom 28.8.1941, ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Martin Tschechne: William Stern, Hamburg 2010, S. 46.
- 5 Georg Anschütz, von ihm zusammengestellter Lebenslauf: Entnazifizierungsakte Anschütz, StAHH, 221-11\_73041 KAT
- 6 Kurzer wissenschaftlicher Lebensgang 1941, Personalakte a. a. O.
- 7 Schreiben von William Stern vom 28.6.1919, Personalakte Anschütz, a. a. O.
- 8 Kommissionsvorschlag abgedruckt in der Personalakte Anschütz, a. a. O.
- 9 „Hamburger Nachrichten“ vom 17.6.1919.
- 10 Ebd.
- 11 Anton F. Guhl: Kurzbiografie Georg Anschütz, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie, Personenlexikon Bd. 6, Göttingen 2012, S. 16f.
- 12 Kurzer wissenschaftlicher Lebensgang 1941, Personalakte a. a. O.
- 13 Ebd. S. 3f.
- 14 Fragebogen zum Zwecke der Vervollständigung der Personalakte vom 1.8.1939, Personalakte a. a. O.
- 15 Tschechne 2010, S. 130.
- 16 Siehe die Biografie Paul Roloff, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 637ff.
- 17 Helmut Moser: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Band II, Berlin-Hamburg 1991, S. 496f.
- 18 Moser 1991, S. 498f. Siehe auch: Tschechne 2010, S. 149. Zu Gustaf Deuchler und Heinrich Haselmayer siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 142ff. und S. 621ff.
- 19 Arnt Goede: Adolf Rein und die „Idee der politischen Universität“, Berlin-Hamburg 2008.
- 20 Kurzer wissenschaftlicher Lebensgang 1941, Personalakte a. a. O.
- 21 Siehe Biografie Deuchler in: de Lorent 2016, S. 142ff.
- 22 Kurzer wissenschaftlicher Lebensgang 28.8.1941, Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 18.2.1936, Personalakte a. a. O.
- 24 Rektor Adolf Rein in einem Schreiben am 22.2.1936, Personalakte a. a. O.
- 25 Prof. Rudolf Lütgens in einem Schreiben vom 5.11.1946, Entnazifizierungsakte Anschütz, StAHH, 221-11\_73041 KAT

- 26 Siehe dazu die Biografie Irmischer in diesem Band.
- 27 Schreiben von Prof. Johann Frers vom 5.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 15.7.1939, Personalakte a. a. O.
- 29 Ernennung vom 1.11.1939, Personalakte a. a. O.
- 30 Michael Grüttner: Biografisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 82.
- 31 Schreiben des Dekans der philosophischen Fakultät, Prof. Fritz Jaeger vom 1.8.1939, Personalakte a. a. O.
- 32 Ebd.
- 33 Oswald Külpe (1862–1915) war ein deutscher Psychologe und Philosoph. Er war Begründer der Würzburger Schule der Denkpsychologie. Er wurde 1887 unter Wilhelm Wundt in Leipzig promoviert. Die folgenden acht Jahre war er Assistent bei Wundt. 1894 wurde er Professor an der Universität Würzburg und gründete im Jahr 1896 das dortige Institut für Psychologie, 1912 an der Universität München. Schüler Külpes waren unter anderem Ernst Bloch und Karl Bühler. Bei Külpe hatte Anschütz ein Jahr studiert.
- 34 Gutachten von William Stern zum Habilitationsgesuch von Georg Anschütz, Personalakte a. a. O.
- 35 Ebd.
- 36 Personalakte a. a. O.
- 37 Moser 1991, S. 506.
- 38 Ebd.
- 39 Schreiben von Oswald Kroh vom 11.10.1941, Personalakte a. a. O.
- 40 Peter Petersen: Musikwissenschaft in Hamburg 1933–1945, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Band II, Berlin–Hamburg 1991, S. 630.
- 41 Ebd.
- 42 Petersen 1991, S. 629.
- 43 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 44 Personalakte a. a. O.
- 45 Personalakte a. a. O.
- 46 Siehe die Biografie Deuchler, a. a. O.
- 47 Auszug aus dem Schreiben vom 27.2.1944, Verwaltungsgerichtsunterlagen, StAHH, 221-5\_171
- 48 StAHH, 361-6\_IV 2395
- 49 Schreiben vom 2.1.1953, ebd.
- 50 StAHH, 361-6\_IV 2395
- 51 Geschäftsführer Heisig am 10.9.1946, Entnazifizierungsakte Anschütz, StAHH, 221-11\_73041 KAT
- 52 Schreiben vom 7.11.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 53 Schreiben vom 12.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Berufungsausschuss 17 vom 7.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Schreiben vom 2.2.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 56 Guhl 2012, S. 17.
- 57 „Die Welt“ vom 27.12.2051.
- 58 So Rektor Prof. Paul Harteck an die Schulbehörde am 11.7.1949, StAHH, 361-6\_IV 2395
- 59 Landesverwaltungsgericht Hamburg Urteil vom 15.6.1953, StAHH, 221-5\_171
- 60 Auszug aus der Niederschrift der Fakultätssitzung vom 7.11.1953, StAHH, 361-6\_IV 2395
- 61 Telegramm vom 25.12.1953, StAHH, 361-6\_IV 2395
- 62 „Hamburger Abendblatt“ vom 28.12.1953.
- 63 „Hamburger Freie Presse“ vom 15.11.1951.

## Alfred Kleeberg

**„Als Leiter der Klosterschule hat er sich bewusst und aktiv in Rede und Schrift nationalsozialistisch betätigt. Es ist dies umso bedauerlicher, als er wahrscheinlich stets in seiner Grundhaltung liberal und demokratisch geblieben ist.“**

Am Beispiel des Lehrers Hans Muchow habe ich aufgezeigt, wie jemand, der in der Weimarer Republik als fortschrittlicher Lehrer galt, der aus der Jugendbewegung kam, in der Zeit des Nationalsozialismus andere Positionen übernahm und sich in bedenklicher Weise verhielt. Alfred Kleeberg, der von Uwe Schmidt als „Reformpädagoge“ bezeichnet wurde und nach 1945 positive Leumundszeugnisse erhielt, genoss einen ähnlichen Ruf. Er hatte in Hamburg die erste Aufbauschule geleitet für Absolventen der Volksschule, die nach der siebten Klasse in die höhere Schule übertraten. Auch bei Kleeberg gab es Anpassungen an den Nationalsozialismus, besonders problematisch sehe ich seine fördernde Mitgliedschaft der SS seit 1934. Er ist ein Beispiel dafür, dass es nicht nur schwarz oder weiß gibt, sondern Differenzierung notwendig ist.

Alfred Kleeberg wurde am 26.7.1887 in Plauen als Sohn des Studienrates und Berufsschulleiters Richard Kleeberg geboren. Er besuchte dort von 1894 bis 1898 die höhere Bürgerschule und ging danach auf das Königliche Gymnasium in Plauen, das er 1907 mit dem Zeugnis der Hochschulreife verließ.<sup>1</sup>

Kleeberg selbst schrieb dazu später: „Ich wurde mit sechs Geschwistern im evangelisch christlichem Glauben erzogen. Obwohl meinen Eltern die Mittel nur gering zur Verfügung standen, ließen sie mich wie meine drei Brüder das Gymnasium besuchen.“<sup>2</sup>

Anschließend studierte Alfred Kleeberg an den Universitäten Greifswald, Leipzig und Jena evangelische Theologie, Geschichte und Germanistik. Das Studium wurde durch den Militärdienst beim Infanterieregiment in Plauen für ein Jahr unterbrochen. Am 2.8.1912 bestand Kleeberg die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Er trat ein in die Seminarbildung am Königin Carola-Gymnasium in Leipzig und danach absolvierte er die Probepedagogische Zeit an der Gaudigschule in Leipzig. Anschließend wechselte er am 1.10.1913 als Oberlehrer an das Lehrerinnenseminar nach Hamburg.<sup>3</sup> Am 13.6.1914 legte er an der Universität Jena die „Doktorprüfung ab“.<sup>4</sup>

Alfred Kleeberg heiratete am 19.12.1913 Käthe Bittrich aus Plauen, mit der er zwei Kinder hatte.<sup>5</sup>

Den Kriegsdienst absolvierte Kleeberg vom 3.8.1914 bis zum 8.1.1919, am Ende war er zum Oberleutnant befördert worden.<sup>6</sup>

Alfred Kleeberg wurde 1913 von Karl Umlauf nach Hamburg geholt. Umlauf



war ein gebürtiger Dresdener, der seit 1905 am Hamburger Lehrerinnenseminar an der Freiligrathstraße arbeitete und dieses seit 1911 leitete. Er hatte „sich in Sachen nach tüchtigen jungen Oberlehrern für sein Seminar“ umgesehen<sup>7</sup> und dabei Kleeberg entdeckt. „In der täglichen Zusammenarbeit mit Karl Umlauf, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband, geriet Kleeberg an eine Stelle des Erziehungswesens, die den Schul- und Unterrichtsreformer geradezu herausgefordert haben muss. Sein späteres Engagement für die Aufbauschule ist sicherlich in diesen ersten Hamburger Jahren erwachsen“, vermutete Uwe Schmidt.<sup>8</sup> Kleeberg selbst nannte später die Erfahrungen mit der evangelisch sozialen Bewegung während seiner Studienzeit als prägend für sein soziales Engagement. „Diese Kreise, die sich um den Pfarrer Naumann gruppierten, machten es sich zur Aufgabe, das Los der Arbeiter auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung zu bessern. Ich trat in diesen Jahren immer wieder auf Ausspracheabenden mit Arbeitern in Verbindung, lernte ihre Nöte kennen und suchte mit ihnen nach Wegen, die zur Lösung führen sollten.“<sup>9</sup> Berücksichtigt werden muss bei dieser Aussage, dass Kleeberg sie im Rahmen der Selbstdarstellung am 22.10.1945 schrieb, als es ihm darum ging, sich als nicht nationalsozialistisch orientiert und verstrickt darzustellen.

Prof. Karl Umlauf (1888–1945) hatte aber noch eine andere Bedeutung für Alfred Kleebergs Weiterentwicklung. Er war in der Weimarer Republik Landesschulrat in Hamburg geworden und wesentlich dafür verantwortlich, Alfred Kleeberg am 1.4.1922 zum Leiter der Hamburger staatlichen Aufbauschule zu ernennen.<sup>10</sup>

Diese neue Schulform war ein wirkliches Reformprojekt, das den fortschrittlichen Ruf von Alfred Kleeberg begründete. Kleeberg schrieb selbst 1945:

„Diese Anstalt hatte die Aufgabe, begabte Jungen und Mädchen der Arbeiterkreise in einem verkürzten Ausbildungsgang zur Hochschulreife zu führen. Seit meiner Universitätszeit gehörte mein besonderes Interesse all denen, die gefördert werden mussten, denen aber die Mittel dazu fehlten. Dieser Aufgabe konnte ich mich jetzt umso mehr widmen, als ich auch in meiner politischen Haltung uneingeschränkt hinter der Weimarer Republik stand. Ich hatte mich der demokratischen Partei angeschlossen und forderte mit ihr auf allen Lebensgebieten Freiheit und Gerechtigkeit für den einzelnen Menschen. In erster Linie habe ich das in meinem Beruf auf dem Gebiet der Jugenderziehung zu verwirklichen versucht.“<sup>11</sup>

Alfred Kleeberg hatte sich als Vorstandsmitglied des Hamburger Seminarlehrervereins dafür eingesetzt, eine solche Schule, die eine Art Nachfolgeeinrichtung der zur Auflösung anstehenden Lehrerseminare war, auch konzeptionell erfolgreich aufzubauen.

Die Aufbauschule zog am 1.4.1922 mit zwei Klassen in das Gebäude des Lehrerseminars Hohe Weide ein. „Die neue Kurzform der höheren Schule folgte

dem pädagogischen Programm eines gleichfalls erst zum Durchbruch kommenden neuen Typs der höheren Schule, dem Konzept der Deutschen Oberschule mit Englisch als Pflichtsprache und Französisch/Spanisch/Latein als Wahlsprachen. Die Aufnahme der 13-jährigen Volksschüler erfolgt auf Antrag, verbunden mit einem Gutachten der abgebenden Schule und nach Absolvierung einer Aufnahmeprüfung, bei der im Durchschnitt 30 % der Bewerber durchfallen. Die erste Klasse der Aufbauschule (achte Jahrgangsstufe) gilt als Probejahr. Die Aufbauschule nimmt Jungen und Mädchen auf, doch werden nur aus technisch-organisatorischen, nicht aus pädagogischen Gründen, Koedukationsklassen zusammengestellt. Die Lehrpläne befinden sich noch im Versuchsstadium. Die Lehrer stammen aus allen Schulformen (mit Ausnahme des humanistischen Gymnasiums), und es sind angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe nur hervorragende Pädagogen an die Aufbauschule versetzt worden. Ostern 1925 bestanden 39 Schüler (27 Jungen, 12 Mädchen) das Abitur, davon gingen 30 auf die Universität.“<sup>12</sup>

Alfred Kleeberg verfasste zwei große Aufsätze über die Entwicklung der Aufbauschule und die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, in der „Hamburger Lehrerzeitung“.<sup>13</sup>

Die Aufbauschule arbeitete parallel zur reformpädagogisch orientierten Lichtwarkschule unter Leitung von Heinrich Landahl. Alfred Kleeberg war nicht Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“, er war Philologe, schon im Vorstand des Vereins der Oberlehrer aktiv gewesen und ebenfalls engagiert im Hamburger Philologenverein, wo er den Vorsitz des Pädagogischen Ausschusses innehatte.<sup>14</sup>

Am 5.3.1925 wurde der bis dahin kommissarisch eingesetzte Schulleiter Alfred Kleeberg vom Kollegium, zu dem auch die Ehefrau von Heinrich Landahl gehörte, Frieda Landahl, im Rahmen der Selbstverwaltung zum Schulleiter gewählt.<sup>15</sup>

Alfred Kleeberg stellte im Namen seines Kollegiums am 14.5.1922 den Antrag bei der Oberschulbehörde, der Aufbauschule den Namen „Herderschule“ zu geben, also nach Johann Gottfried Herder, dem deutschen Dichter, Theologen und Philosophen zu benennen. In seiner Begründung bezog sich Alfred Kleeberg auf Herders Schulrede von 1793, in der es hieß:

„Eine Schule, die leben soll, muss auch einen Schutzgeist haben. ... Der wahre Genius muss im Institut selbst leben, er muss mit ihm geboren sein, alle seine Kräfte wecken, alle seine Glieder beleben. ... Der Genius eines Volkes, einer menschlichen Gesellschaft, einer guten Einrichtung, der Genius einer wohleingerichteten und wohlverwalteten Schule ist gewiss unsterblich.“<sup>16</sup>

Uwe Schmidt schrieb dazu:

„Unter Berufung auf Herder unterstrich Kleeberg als Proprium der Deutschen Oberschule ‚das bewusste Zurückdrängen des außerdeutschen Sprachbetriebes

# Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der  
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-  
und Erziehungswesens in Hamburg

8. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 16. November 1929

Nummer 46

Inhalt: Lebensfragen der Großstadtaufbauschule. / Zu viel Geist! / Das Spanische auf der höheren Schule. / Umfau. / Aus Hamburg. / Mitteilungen. Vereinsanzeigen. Beiträge: Bücher und Schriften Nr. 10.

## Lebensfragen der Großstadtaufbauschule.

Von Dr. A. Kleeberg.

Seit geraumer Zeit begegnen die Fragen der Aufbauschule dem Interesse weiterer Kreise. So hat die Philologenschaft im Vorjahre die Notwendigkeit von Aufbauschulen für die kleinstädtlichen Bezirke anerkannt, ausdrücklich allerdings betont, daß in jedem Falle der Charakter der Begabenschule gewahrt bleiben müsse. Innerhalb eines vollausgebauten Großstadtschulsystems bezweckt man dagegen das Bedürfnis nach Aufbauschulen, weist auf ihre angebliche außerordentliche Kostspieligkeit hin und lehnt sie als überflüssige Konkurrenzunternehmung neben der neunstufigen höheren Schule ab.

Einen andern Standpunkt vertritt demgegenüber die Volksschullehrerschaft. Angesichts des gegen frühere Zeiten erheblich gestiegenen Zulaufes von Intelligenzen zur höheren Schule befürchtet man für die oberen Volksschulklassen eine allmähliche „Auspowerung“. Dementprechend wurde auf der Braunschweiger Tagung des Deutschen Lehrervereins 1928 lebhaft die Verlängerung der Grundschulzeit befürwortet und die Vermehrung der Aufbauschulen als der in Frage kommenden höheren Schulen gefordert.

Tatsächlich zeigt nun die Praxis, daß der Gedanke der verkürzten höheren Schule auch in Volksschulkreisen nicht die Anhängererschaft besitzt, die zu erwarten wäre. Es ist bekannt, daß mancher Volksschullehrer geradezu seinen Ehrgeiz darin setzt, schon nach dem vierten Grundschuljahr einen möglichst hohen Prozentsatz seiner Schüler als reif für die höhere Schule erklären zu können. Ebenso sehen gerade die Elternkreise, die man gern für die Aufbauschule in Anspruch nehmen will, vielfach darin den Fortschritt, daß ihre Kinder so früh als möglich in die höhere Schule übertreten können.

Angesichts dieser verschiedenen Standpunkte und Forderungen erscheint es als Pflicht, die Stellung zu überprüfen, welche die Aufbauschule, insbesondere die Großstadtaufbauschule innerhalb des deutschen Schulwesens einnimmt, festzustellen, ob die Bedenken gegen sie zu Recht geltend gemacht werden, oder ob sie in der Lage ist, innerhalb unseres gesamten Bildungssystems die Aufgabe mit zu übernehmen, die heute allein der neunstufigen höheren Schule obliegt.

Don Tews und Gaudig zuerst gefordert und dargestellt, trat die Aufbauschule 1920 ins Leben. Hamburg richtete sie zuerst ein, fünfstufig und an den achtjährigen Volksschulbesuch anschließend. Seit 1922 folgten die andern deutschen Länder mit Ausnahme von Bayern und Württemberg nach. Gleichzeitig erfolgte die Vereinbarung der Länder, welche die sechsstufige Aufbauschule im Anschluß an die siebenjährigen Volksschulbesuch brachte. Ihr folgte 1925 die Zulassung der Aufbauschul-Abiturienten zum Hochschulstudium, die 1928 auch Bayern ausprägte.

Im ganzen bestehen heute etwa 160 Aufbauschulen. Das erscheint zunächst hoch. Ein deutlicheres Bild erhält man aber, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. heute in Preußen rund 422 000 Kinder in der neunstufigen, aber nur rund 15 000 in der Aufbauschule sitzen, d. h. etwa 3,5 v. H. In Hamburg sind es nach dem Bericht der Oberschulbehörde 27 000 und 430, also etwa 1,5 v. H. Eine Verringerung dieser Prozentsätze ist in den kommenden

Jahren noch zu erwarten, wenn man bedenkt, daß jetzt die Geburtsjahrgänge 1916, 1917, 1918 zum Eintritt in die Aufbauschule herankommen, Jahrgänge, die in Hamburg auf rund 12 000 und 10 000 Geburten gegenüber fast 23 000 des Jahrgangs 1914 herabsinken; wenn man weiterhin bedenkt, daß, wie in Hamburg, so auch in andern Großstädten der Ausbau der Volksschule bis zum 10. Schuljahr der Aufbauschule naturgemäß eine Reihe von Schülern entziehen wird. Dazu kommt noch die Tatsache, daß man im ersten Anlauf mancherorts von vornherein zu viel Aufbauschulen errichtet hat. So ist Thüringen von 15 auf 11 Aufbauschulen zurückgegangen, von denen nur noch eine selbständig ist. Sachsen läßt von seinen 11 Aufbauschulen 5 eingehen. In Preußen stehen einige Großstadtaufbauschulen vor der Schließung. Das ist um so bedenklicher, als es bisher überhaupt erst 15 Großstadtaufbauschulen gibt. So dürfte die Aufbauschulbewegung, wenn man nicht geradezu von einem Rückgang sprechen will, im Augenblick zu einem gewissen Stillstand gekommen sein. Aus dieser Lage heraus sind auch die Befürchtungen zu beurteilen, die in Hamburger Elternkreisen gelegentlich ausgesprochen wurden: Durch das Vorhandensein von nur einer Aufbauschule werde von vornherein der Anwärterskreis künstlich eingeschränkt. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Oberschulbehörde bisher immer sozial Klaffen an der Aufbauschule einrichtete, als das Ausleseergebnis erforderte. Aus Platzmangel ist in der unteren Klasse noch niemand abgewiesen worden. Künftighin dürfte diese Gefahr noch viel weniger bestehen.

Wie steht es nun mit dem inneren Leben der Aufbauschule und vor allem wieder der Großstadtaufbauschule? — Hier taucht eine Fülle von Problemen auf. Sie sollen erörtert werden an dem Beispiel der Hamburger Verhältnisse. Im einzelnen werden dabei folgende drei Themen zu besprechen sein:

1. Die Schülerschaft und ihre Auslese.
2. Die Arbeitsgestaltung in der Aufbauschule.
3. Die sozialen Aufgaben der Aufbauschule.

1. Wir haben in Hamburg die Auslese so organisiert, daß sie vollverantwortlich von der abgebenden Volksschule geleistet wird. Alle Jungen und Mädchen der 2. Klassen, welche die Klassenkonferenz für „zweifellos befähigt“ erklärt, werden ohne weiteres in die untere Klasse der Aufbauschule aufgenommen. Nur wo die Volksschule im Zweifel ist und eine endgültige Entscheidung nicht fällen will, tritt eine Prüfung durch das Aufbauschulkollegium ein. Praktisch lagen die Verhältnisse in den letzten Jahren so, daß die Zahl der als zweifellos befähigt Gemeldeten von Jahr zu Jahr stieg, nämlich von 34 v. H. auf 49 v. H. der Gesamtmeldungen. Entsprechend verringerte sich die Zahl der mit Prüfung Aufgenommenen von 32 v. H. auf 18 v. H. Wie weit sich das Urteil der Volksschule bewährt, d. h. wie weit die Auffassung über den Begabungsbegriff zwischen Volksschule und Aufbauschule übereinstimmt, mögen folgende Zahlen dartun:

Im Jahrgang 1925 sind heute von den ohne Prüfung Aufgenommenen noch 64,6 v. H. vorhanden, von den mit Prüfung Aufgenommenen nur noch 24,4 v. H. Für den Jahrgang 1926 lauten die Prozentzahlen 55 und 44, für den Jahrgang 1927 75 und 50. In jedem Falle ergibt sich, daß unter den als „zweifellos befähigt“ Bezeichneten verhältnismäßig wenig, unter den Geprüften mehr Versager sind.

zugunsten der Deutschkunde' und der realen Fachgebiete. Gestützt auf Herder, wendete sich Kleeberg dagegen, die besten Jahre durch das Studium der Fremdsprachen zu verderben. ‚Mehr oder weniger geht alles, was sich jetzt in der Deutschen Oberschule erfüllen soll, auf den großen Anreger Herder zurück.‘<sup>17</sup>

Die Oberschulbehörde teilte diese Auffassung nicht und beließ es bei dem Namen „Aufbauschule“. Zehn Jahre später hatte es Kleeberg geschafft, „der von ihm gegründeten und aufgebauten Schule einen angemessenen Namen zu geben – wenn auch nur für zehn Monate: Am 29.10.1932 wurde die Aufbauschule im Rahmen eines Festaktes in Gerhart-Hauptmann-Schule umbenannt – bei persönlicher Anwesenheit des Dichters und seiner Frau“.<sup>18</sup>

Alfred Kleeberg nutzte die Gelegenheit und formulierte seine pädagogische Konzeption zu diesem Zeitpunkt:

„Wir sind eine Deutsche Oberschule, der deutsche Mensch, ... unser Volk und unsere Heimat, die wir alle mit glühender Inbrunst lieben, sind der wesentlichste Wunsch unserer Arbeit. Unser Volk zu verstehen, ... mühen wir uns mit tiefem Ernst. Und aus diesem Erkennen soll unsere Jugend hingeführt werden zur Bereitschaft und zum stärksten Willen, nach bestem Wissen und Gewissen das deutsche Schicksal mit meistern zu helfen. ... Aber wir sind nicht nur Deutsche Oberschule. Wir sind auch Aufbauschule, Großstadtaufbauschule. ... Unsere Schüler sind Kinder der Welt, in der des Dichters soziale Dramen spielen.“<sup>19</sup>

Man bekommt den Eindruck, dass Alfred Kleeberg im Übergang zur nationalsozialistischen Herrschaft sich ideologisch in diese Richtung bewegte.

Kleeberg war parallel zu seiner Schulleitertätigkeit in der Lehrerfortbildung und Lehrerausbildung tätig. Dafür wurde ihm am 17.11.1931 vom sozialdemokratischen Schulsenator Emil Krause der Professorentitel verliehen.<sup>20</sup>

Laut Uwe Schmidt war Alfred Kleeberg 1929 einer von mehreren Kandidaten für das Amt eines Oberschulrates<sup>21</sup>, blieb allerdings unberücksichtigt. Am 29.12.1930 stellte Alfred Kleeberg einen kühnen Antrag an die Oberschulbehörde, in dem es hieß:

„Ostern 1931 werden an der Aufbauschule voraussichtlich drei Lehrkräfte überzählig. Diese Lage bietet die günstige und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, den Leiter der Aufbauschule auf ein Jahr zu wissenschaftlichen Studien zu beurlauben. Die besondere Veranlassung zu diesem Antrag bietet die Tatsache, dass der Unterzeichnete zu Kursen im Kandidaten-Seminar herangezogen wurde und dass er das dringende Bedürfnis empfindet, sich in Ruhe und Gründlichkeit dem Studium der pädagogischen Wissenschaft zu widmen, wenn anders er auf die Dauer den an ihn gestellten Forderungen gerecht werden soll.“<sup>22</sup>

Dieses Ansinnen, für ein Jahr bei Fortzahlung der Bezüge zur Weiterqualifizie-

zung beurlaubt zu werden, deutet mehr auf das Selbstbewusstsein Alfred Kleebergs als auf Realitätssinn hin. Es wurde nicht genehmigt.

Als die Nationalsozialisten auch in Hamburg die Macht übernahmen, setzte



Alfred Kleeberg,  
ca. 1937

ein großes Revirement bei den Schulleiterbesetzungen ein. Etwa die Hälfte der Schulleitungen wurde ausgetauscht, im Bereich der höheren Schulen ergab sich darüber hinaus ein Umsetzungssystem. Alfred Kleeberg wurde am 1.7.1933 zum Schulleiter der Realschule und Deutschen Oberschule auf dem Lübeckertorfeld ernannt.<sup>23</sup>

Die Leitung der Gerhart-Hauptmann-Schule musste Prof. Paul Wetzel übernehmen, der dies als eine Degradierung empfand, war er doch bis dahin Oberstudiendirektor am Wilhelm-Gymnasium gewesen.<sup>24</sup> Parallel dazu wurde die Gerhart-Hauptmann-Schule in Richard-Wagner-Schule umbenannt. Nach einem Jahr, 1934, legte die Schulverwaltung die Deutsche Oberschule am Lübeckertorfeld mit der Klosterschule zusammen, die seit 1933 von Willy Kowallek geleitet wurde, der jetzt an der zusammengelegten Schule die Stellvertretung von Alfred Kleeberg übernahm. Beide kannten sich gut aus der gemeinsamen Arbeit im Philologenverein.<sup>25</sup>

Offensichtlich schätzten die Nationalsozialisten die Arbeit von Alfred Kleeberg. Er war 1933 nicht in die NSDAP eingetreten, dafür Mitglied in der NSV, dem NSLB, dem Reichskolonialbund und dem NS-Altherrenbund.<sup>26</sup> Darüber hinaus war er förderndes Mitglied der SS geworden, und 1937 trat er auch in die NSDAP ein.<sup>27</sup>

Die Nationalsozialisten machten 1937 bei Schulleitern zur Bedingung, dass sie auch Parteimitglieder waren. Die fördernde SS-Mitgliedschaft war für Kleeberg möglicherweise ein Ausgleich dafür, nicht schon zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten zu sein, hatte aber zumindest nach 1945 eine gravierende Bedeutung.

Uwe Schmidt, der in seinen Veröffentlichungen angab, bei Kleeberg im Sommer 1952 als 20-jähriger Student am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg studiert zu haben<sup>28</sup> und der auch mit anderen Personen, die im Hamburger Philologenverein in den 1930er Jahren aktiv gewesen waren und als fortschrittliche Philologen galten, wie Hans Muchow und Adolf Vogel, eine persönliche Berührung hatte, weil er als Schüler an der Walddörferschule von Hans Muchow unterrichtet wurde und bei Dr. Adolf Vogel im Studienseminar nach 1945 das Referendariat absolvierte, war bei seiner Bewertung dieser drei Personen subjektiv nicht frei.<sup>29</sup> Das mag dazu geführt haben, dass er Muchow und Vogel sehr positiv bewertete, wobei er freilich 1999 nichts über deren Tätigkeit beim Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg gewusst hatte.<sup>30</sup>

Mit Alfred Kleebergs Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus hat sich Uwe Schmidt intensiv auseinandergesetzt, viele Gespräche geführt und sehr um eine gerechte Bewertung gerungen, weil er Kleeberg 1952 als inspirierende Persönlichkeit und qualifizierten Lehrerbildner kennengelernt hatte. Zu Recht schrieb Schmidt, dass Kleeberg nicht erst durch die Nationalsozialisten zum Schulleiter gemacht worden war. Und richtig ist auch, dass Kleeberg gegen seinen Willen den Ort seiner Schulleiter-Tätigkeit wechseln musste. Aber das wurde aus meiner Sicht später überbewertet. Die Nationalsozialisten tauschten auch Schulleiter an andere Schulen aus, obwohl diese schon zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten waren. Das entsprach dem Personalkonzept der Nationalsozialisten, die das Selbstverwaltungsprinzip im Hamburger Schulwesen abschafften und die Kollegien neu mischten, sodass die NS-Schulverwaltung in Zeiten des Führerprinzips an den Schulen darüber entscheiden konnte, welches Kollegium welchen Schulleiter bekam.

Uwe Schmidt schrieb:

„Vergleichbar wäre Alfred Kleeberg in seiner allgemeinen menschlichen Haltung gegenüber Menschen, auch solchen, die durch die nationalsozialistische Revolution bedroht waren, mit dem etwa gleichaltrigen Wilhelm Oberdörffer, der ein Jahr vor Kleeberg in den Hamburger Schuldienst und damit auch in den Verein der Oberlehrer eingetreten war.“<sup>31</sup>

Auch hier bin ich etwas anderer Meinung. Ich habe in der Biografie Wilhelm Oberdörffer diesen durchaus als vielschichtig beschrieben, der opportunistisch 1933 in die NSDAP eingetreten war, um seine Oberschulrats-Funktion zu behalten, der sich allerdings durchaus von den nationalsozialistischen Oberschulräten in der NS-Schulverwaltung unterschied.<sup>32</sup> Oberdörffer schrieb nach 1945 unendlich viele „Persilscheine“ für aus meiner Sicht deutlich belastete Nationalsozialisten, durch die eine gerechte Beurteilung durch die Entnazifizierungsausschüsse erschwert wurde.

In der Auseinandersetzung mit der Person Alfred Kleeberg seit 1933 notierte Uwe Schmidt:

„Kleebergs pädagogisches Konzept enthielt, von ihm vielleicht gar nicht klar wahrgenommen, auch politische Tönungen, die vermutlich im Zusammenhang mit dem Kriegserlebnis, dem Schock über die Niederlage von 1918 und Deutschlands Situation in den ersten Jahren der Weimarer Republik gesehen werden müssten. So notierte er 1929: ‚Die deutsche Kultur der Gegenwart besser ausschöpfen in ihrem Bildungswert, den deutschen Staatsbürger (unterstützen) im Wollen und Können zum Nutzen seines Volkes, das es im Völkerringen der Gegenwart schwerer hat als je sich zu behaupten.‘ Der Kriegsoffizier Kleeberg, der den Ersten Weltkrieg zunächst als Kompanieführer, dann als Regimentsadjutant mitgemacht hatte, schätzte Ordnung und klare Verhältnisse. So wird unter den Ansätzen des Nationalsozialismus

vermutlich das Element scheinbarer Ordnung etwas gewesen sein, das Kleeberg als sympathisch ansah.“<sup>33</sup> Dies kann ich durchaus teilen.

Und somit stellte Uwe Schmidt auch fest, dass Kleeberg „den Machtantritt der Nationalsozialisten im Sinne seiner pädagogischen Zielsetzungen aufgenommen habe, die romantisierende Auffassung vom Deutschtum als einer die Schule prägenden und ihre Pädagogik leitende Größe“.<sup>34</sup>

Und weiter: „Hier besteht u. U. ein Zugang, die (begrenzbaren, jedoch unübersehbaren) nationalsozialistischen Komponenten im Denken des engagierten Pädagogen Alfred Kleeberg zu verstehen. Menschen, die so dachten, wie ich es bei Kleeberg begründet vermute, erlebten in Hitler eine Persönlichkeit, die die ‚Strömung der Zeit‘ in großer Geschicklichkeit mit seinen Plänen zu verbinden verstand. Trotz ihrer von humanistischen Werten geprägten Biografie wurden sie – mehr oder weniger bewusst – zu Helfern bei der Stabilisierung der Diktatur, sie waren ‚Hitlers zugefallene Helfer‘.“<sup>35</sup>

Uwe Schmidt hatte mit vielen ehemaligen Schülerinnen der Schule im Vorfeld des Jubiläums „125 Jahre Klosterschule“ 1997 Kontakt aufgenommen und dabei in Bezug auf die Person Alfred Kleeberg sehr unterschiedliche Rückmeldungen bekommen.

„Die Erinnerung an den früheren Lehrer und Schulleiter erstreckt sich von Ablehnung (bei wenigen) über ein kritisches ‚einerseits – andererseits‘ bis hin zu großer Dankbarkeit, Anerkennung und Zuneigung (bei der überwiegenden Mehrheit derer, die sich an ihn erinnern).“<sup>36</sup>

Die große Mehrheit derjenigen, die in jugendlichem Alter Kleeberg persönlich erlebt haben, war bemüht „um eine differenzierte Bewertung seiner Persönlichkeit. Kritikerinnen unter den ehemaligen Schülerinnen, die von einer ‚inhaltlich schwachen Persönlichkeit‘ sprechen, meinten, seinen Hang zur Selbstdarstellung in Uniformen, der über männliche Eitelkeit hinaus für sie ein Zeichen ‚des Mitmachens‘ und das Verhalten eines Mitläufers gewesen sei: Ende 1943 habe sich Kleeberg – wie auch sein Mitarbeiter Hans Zachariae – uniformiert auf dem Münchshöfener KLV-Gelände fotografieren lassen.“<sup>37</sup>

Unterschiedliche Rückmeldungen habe es auch gegeben, was die Behandlung jüdischer Schülerinnen betrifft:

„Kleeberg hatte einer Denunziation nachzugehen, die über höchste Parteistellen der NSDAP gelaufen war: eine ‚Halbjüdin‘ Maria Cohn war von der zuständigen Lehrerin Marie Behr als Helferin bei der Milchausgabe eingesetzt worden. Die überdurchschnittlich intelligente Schülerin erhielt auch eine Erziehungsbeihilfe und war von ihrem Klassenlehrer zur Beteiligung an der Wanderführung auf einer dreitägigen Klassenwanderung vorgesehen. Kleeberg regelte das Problem dadurch, dass er

die Ablösung der Schülerin Maria Cohn von ihrer Aufgabe der Milchverteilung verfügte und ankündigte, in der ersten Lehrerkonferenz nach den Sommerferien ‚noch einmal den heute einzig möglichen Standpunkt in der Behandlung der nichtarischen Schüler festzulegen‘.<sup>38</sup>

Die Lehrerin Barbara Brix, die sich intensiv mit der Geschichte der Klosterschule beschäftigt hatte, wurde in der Festschrift auch zu den Schulleitern Alfred Kleeberg und Willy Kowallek befragt. Auf die Frage, ob jüdische Schülerinnen länger an der Klosterschule hätten bleiben können als an anderen Schulen, antwortete sie:

„Es ist eine Legende, die sehr krampfhaft aufrechterhalten wird, dass jüdische Schülerinnen an der Klosterschule bis 1945 gedeckt und geschützt worden seien. In Wahrheit gab es 1938 nur noch eine einzig ‚volljüdische‘ Schülerin an der Schule.“<sup>39</sup>

Und zur Frage, was sie über die Rolle von Schulleiter Kleeberg herausgefunden habe, antwortete Barbara Brix:

„Wer in dieser Zeit eine solche Position übernommen hat, musste sich auch des Risikos bewusst sein, das er damit einging. Parteimitglied Kleeberg ist von der Behörde in sein Amt eingesetzt und darin bestätigt worden. Er war Vollstreckungsorgan. Soweit man derzeit sehen kann, gibt es keinen Grund, ihm einen ‚Persilschein‘ auszustellen. Immer wenn es um einzelne Personen und ihr konkretes Verhalten geht, fällt mir bei vielen der Drang auf, zu verharmlosen, vorlaufende Entschuldigungen zu suchen und sich nicht mit Schuld auseinanderzusetzen. Vorherrschend ist ein Verständnis für die Täter, aber die überlebenden Opfer will man nicht hören.“<sup>40</sup>

Auch die Form, mit der Alfred Kleeberg als Schulleiter Schulfeiern zelebrieren ließ, wirft kein gutes Licht auf ihn:

„Bei einer Fahnenweihe am 27.9.1933 in der Aula stellte Kleeberg jetzt die Deutsche Oberschule in verengter Sicht so dar, dass sie auf der Erhaltung des Deutschtums gerichtet sei. Ihr Unterrichtsprogramm folge den drei Zielen, die Adolf Hitler in seinem Buch ‚Mein Kampf‘ markiert habe. Kleeberg nannte sie in der Reihenfolge Körperliche Ertüchtigung, Charakterbildung und (an letzter Stelle) Geistesbildung. Die Frau als Eckpfeiler der Familie sei das Bildungsziel einer höheren Mädchenschule in der Form der Deutschen Oberschule.“<sup>41</sup>

Dazu passte auch eine von Kleeberg veranstaltete, „von ihm selbst sogenannte ‚würdig-ernste Kundgebung‘ unmittelbar vor Kriegsbeginn am 28.8.1939, die an anderen Schulen ähnlich abgelaufen sein mag: ‚Ernster und härter hat nie dass Siegheil auf Führer und Volk in unserer Aula geklungen und feierlich und entschlossen tönte das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied‘. Der Schulleiter erwartete, dass sich die Schülerinnen zu besonderen Anlässen dieser Art in der Kluft der Jungmädels bzw. des BDM präsentierten, denn solche Aulafeiern entsprachen der national-patrio-





Alfred Kleeberg im Sachsenwald, 1939

tischen Einstellung des Schulleiters Alfred Kleeberg, wie seine eigene Darstellung in den Jahresberichten der Klosterschule verdeutlicht. Diese Veranstaltungen hatten so, wie sie in den schriftlich überlieferten Unterlagen erscheinen, eine unverkennbare nationalsozialistische Tönung.“<sup>42</sup>

Kleeberg leitete auch die ostpolitischen Aktivitäten seiner Schule, erst über den „Bund Deutscher Osten“ (BDO) und später über den Verein für das Deutschtum im Ausland, dem VDA. „Kleeberg persönlich leistete seinen Beitrag in dem von den Nationalsozialisten in ‚Litzmannstadt‘ umbenannten Lodz, wo er deutsche Schulhelferinnen seiner Schule anleitete und betreute.“<sup>43</sup>

Früh ging die Klosterschule in die Kinderlandverschickung, vorher war die Schule ausgelagert worden, weil im August und September 1939 das zentral und verkehrsgünstig gelegene Gebäude für die Mobilmachung der Marine benötigt wurde. Im März 1941 erlitt das Gebäude schwere Bombenschäden. Kleeberg selbst war als Lagerleiter engagiert in der Kinderlandverschickung in Münchshöfen, im Gau Bayreuth. Am 21.6.1944 wurde die Klosterschule, in der gar kein Unterricht mehr stattfand, „als besonders bedeutende höhere Schule anerkannt“ und Schulleiter Kleeberg somit in eine höhere Besoldungsgruppe übergeleitet.<sup>44</sup>

Kleeberg schickte Neujahrswünsche und KLV-Briefe der Klosterschule an die Hamburger Schulverwaltung. Oberschulrat Theodor Mühe bedankte sich dafür am 17.1.1945 und wünschte Schulleiter Kleeberg „weiterhin erquickliche Betätigung bei guter Gesundheit“.<sup>45</sup>

Kurz danach begann eine neue Zeit. Jetzt musste gerechtfertigt werden und wurde umgedeutet.

Alfred Kleeberg gab seine erste Erklärung am 22.10.1945 ab. Darin behauptete er, stets dafür gefochten zu haben, auf allen Lebensgebieten Freiheit und Gerechtigkeit für den einzelnen Menschen einzufordern:

„So kam es auch, dass ich damals aufs schärfste gegen die aufkommende national-sozialistische Bewegung auftrat und ihr innerhalb meiner Schule jede Ausbreitungsmöglichkeit beschnitt. Ihre Methoden, den Andersdenkenden nicht mit Gründen zu überzeugen, sondern mit brutalen Mitteln mundtot zu machen, widersprachen in der Hinsicht meiner demokratischen Grundeinstellung. Für mich

war und ist die Frage der richtigen Staatsführung nicht eine Sache des Glaubens, sondern der vernünftigen Überlegung. Nichts schien mir in dieser Hinsicht schon damals schlimmer und gefährlicher zu sein als der von den Nationalsozialisten gepredigte Fanatismus.“<sup>46</sup>

Alfred Kleeberg konnte ein Beispiel angeben, wie er in der Klosterschule eine kleine nationalsozialistische Zelle bekämpft hatte:

„Als 1933 die Weimarer Republik durch den nationalsozialistischen Führungsstaat ersetzt wurde, hat man mich nicht entlassen, sondern nur an eine andere Schule versetzt. Trotzdem trat ich der Partei nicht bei. Ich gehörte zu denen, die als bürgerlich-liberal beschimpft, als Individualisten und Intellektualisten gebrandmarkt wurden. Meine Stellung wurde schwierig, als in meinem Lehrkörper drei ‚alte Kämpfer‘ immer schärfer gegen mich vorgingen und meine Beseitigung als Schulleiter verlangten. Der lauteste Schreier unter ihnen, ein Zeichenlehrer, versuchte innerhalb der Schule gegen die Schülerinnen mit politischen Druckmitteln vorzugehen. Ich nahm den Kampf gegen diesen an sich schon untüchtigen Lehrer auf, stellte mich schützend vor meine Schülerinnen und erreichte dann Anfang 1935, dass dieser Lehrer beseitigt wurde. Dieser Erfolg festigte in mir die Überzeugung, dass es möglich sein müsste, die anfechtswerten Seiten des Nationalsozialismus von innen heraus zu bekämpfen.“<sup>47</sup>

Der „lauteste Schreier und untüchtige Lehrer“ war Heinrich Hehn gewesen, den ich im zweiten Band der „Täterprofile“ porträtiert habe.<sup>48</sup>

Dies hatte Alfred Kleeberg sicherlich richtig beschrieben, wobei es dem Rechtfertigungsklischee entsprach, versucht zu haben, innerhalb der Partei die größten Auswüchse und die fanatischen Nationalsozialisten bekämpft haben zu wollen. Kleeberg ging aber auch auf die andere Dimension seiner Haltung ein:

„Auf der anderen Seite leugne ich nicht, dass es in der nationalsozialistischen Bewegung Forderungen gab, die ich durchaus anerkannte: Das war einmal das Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum anderen die Behebung des sozialen Notstandes der Arbeiterschaft. Ich hatte bis 1933 oft Gelegenheit mit Engländern und Amerikanern, die mich in Hamburg besuchten, über diese beiden Punkte zu sprechen und ich hatte immer gefunden, dass sie mit mir hierin übereinstimmten. Nach wie vor lehnte ich aber am Nationalsozialismus die Knebelung der öffentlichen Meinung, die Entrechtung des Einzelnen, die unmenschliche Behandlung Andersdenkender, insbesondere der Juden ab. Da es keine Möglichkeit gab, öffentlich gegen die Mängel dieses diktatorischen Systems, gegen die Unfähigkeit der Führer aufzutreten, musste die Opposition sich tarnen, im Stillen und jeder im engen Rahmen seines Berufskreises arbeiten, um trotz allem irgendwann einmal eine Wendung zum Besseren herbeiführen zu helfen. Am besten schien mir diese Wirkungs-

möglichkeit gegeben zu sein, wenn man in die Partei eintrat und auf diese Weise sich langsam ein gewisses Gegengewicht der Opposition herausbilden konnte.“<sup>49</sup>

Alfred Kleeberg konstruiert ein Bild, das in Entnazifizierungsverfahren durchaus gängig war: „War ich Parteimitglied, so konnte ich den Anmaßungen gewisser Hoheitsträger, vor allem auch der sich immer wilder gebärdenden Hitler-Jugend mit größerem Gewicht entgentreten.“<sup>50</sup>

Kleeberg wies darauf hin, nie ein Amt in der Partei bekleidet zu haben, nicht aus der Kirche ausgetreten zu sein, aber auch niemals „vom Staate befördert worden zu sein“. Auch das stimmt nicht, wie die Besoldungserhöhung für „eine besonders bedeutende Höhere Schule“ deutlich macht und auch die von Kleeberg in seinem Lebenslauf angegebene Beauftragung „auf Vorschlag der Hamburger Schulverwaltung die Bearbeitung der Mädchenausgabe des Teubnerschen Lesebuches zu übernehmen“.<sup>51</sup>

Auffallend ist, dass Kleeberg in diesem Lebenslauf als Schutzzerklärung mit keinem Wort auf seine fördernde Mitgliedschaft der SS einging.

Am 28. Juni 1945 schrieb Schulsenator Heinrich Landahl:

„Im dienstlichen Interesse ist es notwendig geworden, Sie bis auf weiteres zu beurlauben. Sie werden daher gebeten, Ihre Amtsgeschäfte als Schulleiter noch vor dem Schulappell am 29.6.1945 an den Oberstudienrat Herrn Dr. Willy Kowallek zu übergeben. Von dem Zeitpunkt an, an dem die Geschäfte durch diese Lehrkraft übernommen worden sind, haben Sie sich jeder Amtstätigkeit bis auf weiteres zu enthalten.“<sup>52</sup>

Dieses deutet schon auf eine milde Sicht in Bezug auf Alfred Kleeberg hin. Heinrich Landahls Frau, Frieda Landahl, hatte jahrelang unter Schulleiter Kleeberg an der Aufbauschule gearbeitet und Landahl und Kleeberg hatten sicherlich engen Kontakt in der Zeit, als beide Schulleiter von reformorientierten höheren Hamburger Schulen waren. Die Amtsübergabe an Willy Kowallek überrascht, dessen Biografie ich in diesem Band ebenfalls nachgezeichnet habe und den ich für nicht weniger belastet halte als Kleeberg.<sup>53</sup>

Am 23.7.1945 wurde Kleeberg „bis auf jederzeitigen Widerruf zur Tätigkeit als Studienrat beauftragt“, am 22.10.1945 teilte Senator Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung Kleeberg die Entlassung mit.<sup>54</sup>

Parallel dazu schrieben einflussreiche Personen des Hamburger Schullebens Leumundszeugnisse für Alfred Kleeberg. So zum Beispiel der von den Nationalsozialisten abgesetzte Landesschulrat Professor Ludwig Doerner, der befand:

„Dr. Kleeberg ist ein begnadeter Erzieher und ein Mann, der sich um das hamburgische Schulwesen große Verdienste erworben hat. Ich weiß, wie schwer es ihm geworden ist, den beiliegenden Einspruch gegen seine Entlassung einzureichen; ich

selbst habe ihn dazu überredet, weil ich den Wunsch habe, dass so wertvolle Menschen, wie Dr. Kleeberg nicht dem Elend überantwortet werden sollten.“<sup>55</sup>

Und auch Fritz Köhne, HLZ-Schriftleiter aus der Zeit, in der Alfred Kleeberg die Aufbauschule leitete und seine Erfahrungen in der HLZ veröffentlichte, verwendete sich für ihn:

„Wenn ich meine mehr als 40-jährige Berufszeit im hamburgischen Volksschulwesen und darin besonders die Epoche von 1918–1933 überblicke, dann stehen Sie klar und eindeutig als einer der damals noch wenigen fortschrittlichen Schulmänner des höheren Schulwesens vor mir. Sie haben in echt demokratischer Haltung die Verbindung mit der Volksschule und ihrer Lehrerschaft gesucht und gefunden; die Entwicklung der Hamburgischen Aufbauschule unter Ihrer Mitarbeit und Leitung war eine Leistung, die mit Recht in der pädagogischen Reformbewegung Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

Als es sich in der nationalsozialistischen Zeit darum handelte, von Hamburg die ‚Hauptschule‘ abzuwehren und dafür die bewährte Volksschule mit Oberbau zu erhalten und zu sichern, da war es für mich selbstverständlich, Sie, Herr Prof. Kleeberg, zu den vorbereitenden Arbeiten zu bitten. Sie haben darin in vielen Sitzungen die gleiche schulpolitische Grundhaltung bekundet, die Sie vor 1933 vertreten haben. Ich war daher sehr bestürzt, als ich bei der Bestattung unseres verehrten Landesschulrates Prof. Umlauf von Ihnen erfuhr, dass Sie von der englischen Militär-Regierung entlassen worden seien. Ich kenne die Umstände nicht, die Sie, Herr Professor, veranlasst haben, sich der nationalsozialistischen Bewegung anzuschließen; ich bin aber nach wie vor davon überzeugt, dass Sie in Ihrer demokratischen Grundgesinnung unverändert geblieben sind. Darum muss ich wünschen, dass Sie in Ihrem Lehramt der höheren Schule zurückgegeben werden.“<sup>56</sup>

Hier zeigte sich ein Dilemma, dass die Begutachtung einer Person weitestgehend auf deren Arbeit vor 1933 beruhte. Da gibt es durchaus eine Parallele zu dem Fall Hans Muchow, dessen Biografie auch in diesem Buch enthalten ist.<sup>57</sup>

Glaubwürdiger wurden die Leumundszeugnisse allerdings auch nicht, wenn sie von selbst schwer belasteten Personen stammten, wie dem Oberschulrat in der NS-Zeit und ehemaligen Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins, Prof. Theodor Mühe, der Kleeberg noch aus Philologenvereins-Zeiten kannte und über ihn schrieb:

„Herr Oberstudiendirektor Prof. Kleeberg hat von 1934 bis zum Einmarsch der britischen Truppen die damals meiner Schulaufsicht unterstehende Klosterschule in Hamburg geleitet. Er war in dieser ganzen Zeit für die Schulverwaltung eine tatkräftige Stütze in der Wahrung der pädagogischen Belange gegenüber Einmischungsbestrebungen von Parteistellen in Personalangelegenheiten wie Amtsfüh-

rung, Beförderung und Versetzung von Lehrern und Schulleitern. Ich erinnere mich einer Reihe von Einzelfällen, in denen er u. a. Übergriffe und Zumutungen zweier ‚alter Kämpfer‘ (mit goldenem Parteiabzeichen), die als Lehrer an der Klosterschule wirkten, sowie unbillige Beanspruchung der Zeit und Arbeitskraft seiner Schülerinnen durch Partei- und Hitlerjugenddienst und parteiseitige Beanstandungen der Unterrichts- und Erziehungsmethoden verschiedener Lehrkräfte der Klosterschule mit Entschiedenheit und, wo es nötig wurde, mit Schroffheit zurückwies und auf entsprechende Beschwerden bei der Schulverwaltung seinen Standpunkt unbeirrbar aufrecht erhielt und durchsetzte.“<sup>58</sup>

Die unangenehme Kumpanei über „Persilscheine“ von selbst belasteten ehemaligen Nationalsozialisten war eine lästige Begleiterscheinung in Entnazifizierungsverfahren, die allerdings durchaus erfolgreich sein konnte.

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen unter Vorsitz von Johann Helbig befasste sich am 19.10.1946 mit dem Einspruch Kleebergs gegen seine Entlassung und verfügte durchaus über Einblicke in die Tätigkeit Kleebergs während der NS-Zeit:

„Er ist durch seine Parteizugehörigkeit von 1937 nicht sehr belastet; mehr durch seine Förderung der SS, vor allem aber durch seine schulische Tätigkeit nach 33. Als Leiter der Klosterschule hat er sich bewusst und aktiv in Rede und Schrift nationalsozialistisch betätigt. Es ist dies umso bedauerlicher, als er wahrscheinlich stets in seiner Grundhaltung liberal und demokratisch geblieben ist. Dieser Verrat am Geist macht künftige Erzieherarbeit unmöglich, da die Vertrauensgrundlage fehlt. Es muss freilich festgestellt werden, dass Prof. Kleeberg trotz seiner eigenen Wendung stets gegnerischen Kollegen in Wort und Tat Freiheit ließ. Er hat auch in seiner kirchlichen Einstellung Treue und gegenüber rassisch Verfolgten eine menschlich anständige Haltung bewahrt. Vielleicht lässt sich für ihn außerhalb des Schulwesens ein Tätigkeitsfeld finden.“<sup>59</sup>

Alfred Kleeberg war von der Hamburger Schulverwaltung und dem Reichserziehungsministerium für ein Jahr nach Lodz (Litzmannstadt) abkommandiert worden, um dort Hamburger Studentinnen, die als Schulhelferinnen für ein Jahr an die dortigen deutschen Schulen geschickt wurden, in ihre pädagogische Tätigkeit einzuführen. Gleichfalls war er ein halbes Jahr an der Schule für Lagerleiter in Podiebrad als Schulbeauftragter des Ministeriums tätig. Leumundsschreiben von Teilnehmerinnen an diesen Lagern bescheinigten Kleeberg, dass er dort pädagogisch und methodisch anregende Arbeit geleistet und für die Teilnehmerinnen „mit großem Geschick die Belange der Lehrerschaft gegen die HJ-Führer“ wahrgenommen habe.<sup>60</sup>

Organisiert wurden die Leumundszeugnisse offenbar von Hans Lühje, der stellvertretender Schulleiter an der Aufbauschule gewesen und seit dieser Zeit mit

Alfred Kleeberg befreundet war. Lühje ist aus meiner Sicht auch ein belasteter Nationalsozialist gewesen, der überraschend schnell rehabilitiert und schon 1946 wieder als Schulleiter an der Emilie-Wüstenfeld-Schule eingesetzt wurde.<sup>61</sup>

Am 17.11.1947 befasste sich der Berufungsausschuss 3 unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Dr. Wilhelm Kiesselbach mit dem Fall Kleeberg. Dabei wurde auch die Studienrätin Hanna Meyer als Zeugin befragt, die sich „eingehend über Person und Charakter und politische Einstellung des Prof. Kleebergs“ äußerte. Sie hatte an der Klosterschule gearbeitet und insbesondere festgestellt, dass Kleebergs Ansprachen bei Feiern in der Klosterschule „durchaus nationalsozialistisch“ gewesen seien und dabei die Verherrlichung Hitlers „besonders aufgefallen sei. Dies sei nicht nur von ihr, sondern auch von den Schülerinnen stark empfunden worden. Sie sei häufig deswegen von den Schülerinnen vertraulich angesprochen worden.“<sup>62</sup>

Der Berufungsausschuss gab der Berufung statt, „mit der Maßgabe, dass Prof. Dr. Kleeberg im Range und mit dem Gehalt eines Studienrats wieder eingestellt werden kann. Er darf aber eine Lehrtätigkeit nicht mehr ausüben, sondern nur in einer dem Range eines Studienrats entsprechenden Stellung in der Verwaltung beschäftigt werden.“ Kleeberg wurde in Kategorie IV eingestuft. Festgestellt wurde, dass Kleeberg „in seiner Grundhaltung liberal-demokratisch geblieben“ sei, „dass er offenbar die Grenzen dessen, was als Tarnung zugestanden werden konnte, nicht unerheblich überschritten hat. Diese Annahme wird bestätigt durch den Eindruck, den der Oberschulrat Schröder nach der Erklärung des Vertreters des Fachausschusses gelegentlich der Veranstaltung einer Abiturientenfeier durch Prof. Kleeberg gewonnen hat“.<sup>63</sup>

Auch für den Berufungsausschuss-Vorsitzenden Dr. Wilhelm Kiesselbach war es ungewöhnlich, dass er einen Monat nach der Entscheidung des von ihm geführten Berufungsausschusses noch eine Aktennotiz mit seiner persönlichen Sicht hinzufügte. Er schrieb:

„Für den Fall, dass Prof. Kleeberg eine Wiederaufnahme seines Verfahrens betreiben sollte, möchte ich ausdrücklich festhalten, dass die gegen ihn gefällte Entscheidung des Ausschusses nach meiner Überzeugung zu hart ist und dass mir meine Zustimmung ganz besonders schwer geworden ist. In meiner Auffassung hat mich eine kürzlich mit Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Rée geführte Unterhaltung bestärkt, der mir sagte, dass es nur Herrn Kleeberg zu danken gewesen sei, wenn er seine Kinder durch die Schule habe bringen können. Gerade wegen der nicht nationalsozialistischen Art, mit der Kleeberg die Schule geleitet habe, habe er, Dr. Rée, seine Kinder zu ihm umgeschult. Der Erfolg habe durchaus seinen Erwartungen entsprochen. Ich würde es meinerseits von Herzen begrüßen, wenn im Zuge einer etwaigen Wiederaufnahme des Verfahrens eine für Prof. Kleeberg günstigere Lösung gefunden werden könnte.“<sup>64</sup>

Alfred Kleeberg wurde wieder eingestellt. Vorgesehen war, ihn mit dem Gehalt eines Studienrates wieder im Verwaltungsdienst einzusetzen. OSR Heinrich Schröder hatte mit dem Leiter des Staatsarchivs, Dr. Kurt Detlef Möller, in Aussicht genommen, Kleeberg dort zu beschäftigen, wo gerade „aus Anlass der 100-jährigen Wiederkehr der Revolution von 1848“ das Staatsarchiv „vieler Arbeiter im Weinberge des Herren bedürfe“, wie Möller es ausdrückte.<sup>65</sup>

Damit war nun Schulsenator Landahl nicht einverstanden, wenn Kleeberg mit Stelle an das Staatsarchiv gehen würde. Landahl wollte, dass Kleeberg zu Archivarbeiten in der Behörde eingesetzt werde und verfügte seine Einstellung zum 1.5.1948 als Bibliothekar und Archivar.<sup>66</sup>

Am 1.10.1949 wurde Alfred Kleeberg an das Pädagogische Institut der Universität Hamburg als Studienleiter abgeordnet. Der Direktor des Instituts, Wilhelm Flitner, beauftragte ihn mit der Übung eines erziehungswissenschaftlichen Proseminars zur Einführung in die Pädagogik der wissenschaftlichen Oberschule.<sup>67</sup>

Im Wiederaufnahmeverfahren hatte der Berufungsausschuss am 20.8.1949 Kleeberg die Lehrtätigkeit wieder zuerkannt. Dafür hatte sich auch die Schulbehörde ausgesprochen.

Kleeberg arbeitete über die Altersgrenze hinaus am Pädagogischen Institut und gab zuletzt im Sommersemester 1954 ein Proseminar II zur Schulgesetzgebung. An der Universität war er noch mit Ernennungsvorschlag vom 4.3.1951 zum Studienleiter am Pädagogischen Institut befördert worden, in der Besoldungsgruppe eines Oberstudiendirektors.<sup>68</sup>

Nach seiner Pensionierung hatte Alfred Kleeberg ehrenamtlich die Bücherei und das Archiv der Schulbehörde aufgebaut, wofür ihm Landesschulrat Ernst Matthewes am 11.4.1953 herzlich dankte: „Wir haben in diesen Jahren viele Anregungen aus Ihrer großen Erfahrung gewinnen können, und ich möchte Ihnen persönlich noch danken für manches Gespräch, das ich mit Ihnen führen durfte.“<sup>69</sup>

Alfred Kleeberg starb am 8.4.1957.<sup>70</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Alfred Kleeberg, StAHH, 361-6\_IV 1321; darin ist auch ein chronologischer Lebenslauf enthalten.
- 2 Siehe Lebenslauf Kleeberg vom 22.10.1945 in seiner Entnazifizierungsakte, StAHH 221-11\_Ed 6945
- 3 Ebd.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999, S. 244.

- 8 Ebd.
- 9 Lebenslauf Kleeberg vom 22.10.1945 in seiner Entnazifizierungsakte, StAHH 221-11\_Ed 6945
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Lebenslauf Kleeberg vom 22.10.1945 in seiner Entnazifizierungsakte, StAHH 221-11\_Ed 6945
- 12 Schmidt 1999, S. 228f.
- 13 Alfred Kleeberg: Zur Entwicklung der Aufbauschule, HLZ 25/26 – 1928, S. 512 ff. und Alfred Kleeberg: Lebensfragen der Großstadtaufbauschule, HLZ 46/1929, S. 869.
- 14 Schmidt 1999, S. 245 ff.
- 15 Schmidt 1999, S. 230.
- 16 Zitiert nach Schmidt 1999, S. 231.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Lebenslauf Kleeberg, a. a. O.
- 21 Schmidt 1999, S. 234.
- 22 Schreiben vom 29.12.1930, Personalakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O. Siehe dazu auch die am 10.7.1933 von Schulsenator Karl Witt veröffentlichte Schulleiter-Liste für die höheren Staatsschulen, abgedruckt in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 32.
- 24 Siehe die Biografie Paul Wetzel in diesem Band.
- 25 Siehe die Biografie Willy Kowallek in diesem Band.
- 26 Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Schmidt 1999, S. 243.
- 29 Schmidt 1999, S. 247
- 30 Siehe die Biografien Hans Muchow und Dr. Adolf Vogel in diesem Band.
- 31 Schmidt 1999, S. 255.
- 32 Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: de Lorent 2016, S. 528 ff.
- 33 Schmidt 1999, S. 255 f.
- 34 Schmidt 1999, S. 256.
- 35 Schmidt 1999, S. 257.
- 36 Schmidt 1999, S. 258.
- 37 Schmidt 1999, S. 258 f.
- 38 Schmidt 1999, S. 259.
- 39 Gespräch mit Barbara Brix über die Klosterschule während der Nazi-Zeit, über Verdrängungen und Legenden, in: 125 Jahre Klosterschule, Hamburg 1997, S. 53.
- 40 Brix 1997, S. 54.
- 41 Schmidt 1999, S. 263 f.
- 42 Schmidt 1999, S. 264.
- 43 Schmidt 1999, S. 265.
- 44 Schreiben vom 21.6.1944 von Professor Ernst Schrewe, Personalakte a. a. O.
- 45 Schreiben vom 17.1.1945, Personalakte a. a. O.
- 46 Lebenslauf Kleeberg, a. a. O.
- 47 Ebd.
- 48 Siehe die Biografie Heinrich Hehn, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 359 ff.
- 49 Lebenslauf Kleeberg, a. a. O.
- 50 Ebd.



- 51 Ebd.
- 52 Personalakte, a. a. O.
- 53 Siehe die Biografie Willy Kowallek in diesem Band.
- 54 Personalakte a. a. O.
- 55 Schreiben vom 13.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 56 Schreiben vom 26.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 57 Siehe die Biografie Hans Muchow in diesem Band.
- 58 Schreiben vom 6.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe dazu auch die Biografie Theodor Mühe, in: de Lorent 2016, S. 371 ff.
- 59 Beratender Ausschuss vom 19.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 60 Schreiben von Irmgard Wolffheim vom 22.8.1946 und Ingeborg Reifkugel vom 20.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 61 Siehe die Biografie Hans Lühje, in: de Lorent 2017, S. 420 ff.
- 62 Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 17.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 63 Ebd.
- 64 Aktennotiz von Dr. Wilhelm Kiesselbach vom 20.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 65 Schreiben vom 13.1.1948, Personalakte a. a. O.
- 66 Personalakte a. a. O.
- 67 Personalakte a. a. O.
- 68 Schreiben vom 20.8.1949, Personalakte a. a. O.
- 69 Schreiben vom 11.4.1953, Personalakte a. a. O.
- 70 Personalakte a. a. O.

## Adolf Denys

**„Feinde – Landesfeinde – bekämpft man,  
Gegner vernichtet man. Wer ist Gegner?  
Marxisten und Kommunisten.“**

Ein besonderer Fall ist der von Adolf Denys. Er war ein Nationalsozialist mit einer interessanten Bildungsgeschichte und Aktivitäten auf vielen verschiedenen Feldern. Denys trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, war aktiv in der SS, ambitioniert im NSLB unmittelbar nach der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“, offenbar bereit, im nationalsozialistischen Staat eine Funktion zu übernehmen. Das gelang ihm auch, er wurde Berufsschuldirektor und, im Krieg, Major bei der Wehrmacht. Erstaunlich ist, dass es Denys gelang, 1948 wieder als Lehrer eingestellt und später sogar erneut in Hamburg Direktor einer Handelsschule zu werden.

Adolf Denys wurde am 14.9.1900 in Hamburg als Sohn des Beamten bei der Deutschen Seewarte, Heinrich Denys, geboren. Er besuchte von 1906 bis 1908 die Volksschule, wechselte dann auf die Realschule auf St. Pauli in der Seilerstraße, wo er die „Obersekundareife“ erlangte. An der Oberrealschule St. Georg machte er 1919 das Abitur. Bildungsbeflissenheit und Stolz zeigte er, als er zur Auflistung seines Bildungsweges für die Personalakte notierte, in der Volksschule „siebenmal Primus und einmal Sekundus“ gewesen zu sein und ebenfalls anmerkte, am Ende der Realschule mit der „Obersekundareife vom Mündlichen befreit“ worden zu sein.<sup>1</sup>

Die Reifeprüfung hatte Adolf Denys abgelegt, während er von 1916 bis 1921 das Lehrerseminar in der Binderstraße besuchte. Zwischenzeitlich, vom 21.6.1918 bis zum 12.12.1918, hatte Denys auch noch als „Jäger“ im Jäger-Ersatzbataillon am Ersten Weltkrieg teilgenommen.<sup>2</sup>

Adolf Denys war vielseitig, ambitioniert und umtriebig. Er hatte am 15.1.1921 das Lehrerseminar mit der ersten Lehrerprüfung erfolgreich abgeschlossen, wurde am 1.4.1921 in den Hamburger Schuldienst übernommen und legte an der Schule Eduardstraße am 30.6.1924 die zweite Lehrerprüfung ab.<sup>3</sup> Zum 1.10.1926 wurde Denys im Hamburger Schulwesen Beamter auf Lebenszeit. Mittlerweile war er der Mädchen-Schule Eppendorfer Weg 65 a zugeordnet.<sup>4</sup>

Laut eigenen Angaben hatte Adolf Denys schon in den Jahren 1921 bis 1923 an der Universität Hamburg naturwissenschaftliche Studien betrieben und von 1923 bis 1926 Nationalökonomie und Betriebswirtschaftslehre studiert, mit dem Abschluss als Diplom-Volkswirt.<sup>5</sup>

Er finanzierte sich das Studium mit seiner Arbeit als Volksschullehrer und

wohnte zu diesem Zeitpunkt in Eimsbüttel in der Ottersbekallee 27, einer bürgerlichen Gegend, in der viele Oberlehrer der höheren Schulen lebten.<sup>6</sup>

Denys verfuhr weiter zweigleisig. Neben seiner Volksschullehrerarbeit setzte er das Studium an der Universität Hamburg fort und legte am 22.5.1928 das Examen als Diplom-Handelslehrer ab.<sup>7</sup>

Seitdem war er als Volksschullehrer und, in Nebentätigkeit, auch noch an der Handels- und an der Polizeischule tätig.<sup>8</sup>

Zum 1.10.1930 ließ er sich für ein halbes Jahr als Lehrer einer Volksschule beurlauben und wurde „in der Stellung eines Studienrats an der Handelsschule“ tätig. Dass er anschließend wieder als Volksschullehrer am Eppendorfer Weg 65 a arbeiten musste, mag zu seiner politischen Radikalisierung in Richtung der Nationalsozialisten beigetragen haben. Schließlich trat Adolf Denys am 1.5.1933 in die

NSDAP ein.<sup>9</sup>



Adolf Denys, 1933

Denys war als Volksschullehrer in den 1920er Jahren wie fast alle seine Berufskollegen Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ geworden und wurde nach der Gleichschaltung mit dem NSLB zum 1.5.1933 auch in deren Kartei aufgenommen. Aufgefallen ist mir sein Name erstmals im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im NSLB Hamburg, die es zwischen den „Alten Kämpfern“ des NSLB mit der neuen Führung um den dann als Gauamtsleiter fungierenden Willi Schulz<sup>10</sup> und seinen Stellvertreter, Albert Mansfeld<sup>11</sup>, gab, die ich ausführlich beschrieben habe in den Biografien Heinrich Hehn<sup>12</sup> und Guido Höller<sup>13</sup>. Die

Gruppe um Hehn und Höller hatte ein Parteigerichtsverfahren gegen die neuen führenden NSLB-Funktionäre Willi Schulz und Kurt Holm<sup>14</sup> angestrengt, zu denen offenbar auch Adolf Denys gehörte. Heinrich Hehn beschrieb eine Szene in der Auseinandersetzung mit der neuen NSLB-Führung im Curio-Haus:

„Als Pg. Schulz nun endlich Landesleiter geworden war, etwa Ende Mai 33, war seine erste Handlung, uns abzusetzen. Mitten in unserer Arbeit um den Aufbau des NSLB erreichten uns seine Absetzungsschreiben. (Denys, den ich vorher nicht gekannt habe, war kurz vorher in der Geschäftsstelle erschienen, angeblich um mitzuarbeiten, wie mir später aber klar wurde, nur um den notwendigen Einblick in den Geschäftsbetrieb zu erhalten.) Mein Absetzungsschreiben habe ich, ohne mich irgendwie aufzuregen, in den Papierkorb getan. Einige Tage darauf erschien Pg. Schulz mit unserer Ablösung in der Geschäftsstelle. Als zweiter, mit einem verlegenen Grinsen, unser ‚Mitarbeiter‘ Denys. Ohne viel Federlesens wurde, zur Hauptsache von mir, die ganze Gesellschaft, Mansfeld war auch mit dabei, an die

frische Luft befördert. Von der Lieth rief verschiedentlich, laut durchs Treppenhaus nach Pg. Schulz. Er aber hatte es vorgezogen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Dem Denys versuchte ich das Hakenkreuz abzunehmen, was auch Pg. Kaufmann gemeldet wurde. Denys flog ziemlich unsanft hinaus. Pg. Mansfeld versuchte schnellstens zu entkommen, indem er fortwährend rief: „Fassen Sie mich nicht an! Ich gehe schon!“<sup>15</sup>

Es waren aufregende Zeiten und Adolf Denys war mitten darin. Hier auf Seiten derjenigen, die in der NS-Zeit die Macht im NSLB und in der Schulverwaltung hatten.

Der umtriebige Adolf Denys war aber auch als Nationalsozialist mehrgleisig unterwegs. Laut seiner SS-Karteikarte war er am 15.5.1933 in die SS eingetreten (Mitgliedsnummer 93 254).<sup>16</sup>

Die Unterlagen des Rasse- und Siedlungsamtes der SS in Berlin sind denkwürdige Dokumente. Adolf Denys, der nach 1945 im Entnazifizierungsfragebogen ein falsches Datum für seinen SS-Beitritt angab, nämlich 1934 und auch andere Beweggründe dafür nannte, war verzweifelt bemüht, die Genehmigung der SS für die Heirat mit der 19-jährigen Anna-Luise Henning zu erhalten. Er schrieb am 13.10.1934 an das Rasse- und Siedlungsamt in Berlin auf dem Briefpapier der NSDAP-Hamburg, Gau-Führerschule Börnsen, bei Bergedorf:

„Seit mehreren Wochen versuche ich, den Rassereferenten, der für mich zuständig ist, zu erreichen, bis ich durch den SS-Oberabschnitt XV an das obige Rasseamt verwiesen wurde. Dadurch ist für mich kostbare Zeit verflossen. Ich soll Anfang November die Führerschule der HJ (Gebiet 6 ‚Nordmark‘) als Schulleiter übernehmen, wenn bis zu diesem Tage der Neubau vollendet ist. Das kann ich jedoch nur dann, wenn ich verheiratet sein werde.“<sup>17</sup>

In dem beiliegenden Lebenslauf gab der SS-Scharführer Adolf Denys an, von April bis Juni 1934 an der Gauführerschule III Ritterstraße tätig gewesen zu sein und ab Juli 1934 als Leiter der Gauführerschule IV in Börnsen, bei Bergedorf.<sup>18</sup>

Auch dies verschwieg Denys später, als er eine Tätigkeit als Schulleiter der Gauführerschule niemals erwähnte und dies auch in seinem Personalbogen verschwieg.

Die Eile von Adolf Denys war nachvollziehbar, da er seine Heirat schon zweimal hatte verschieben müssen, weil das Rasse- und Siedlungsamt der SS sowohl die „Rassereinheit“ als auch die Gesundheit der Heiratswilligen prüfte und bei der Braut feststellte, dass die Großeltern an Krebs gestorben waren. Dazu gab es Nachfragen, ebenfalls mussten Fragen zur Zuckerkrankheit der Mutter von Adolf Denys beantwortet werden. Dafür hatten Adolf Denys und seine zukünftige Frau als Zeugen SS-Standarten-Ärzte angegeben, die „vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus die Familie als erbgesund und tüchtig im Lebenskampf“ bezeichneten.<sup>19</sup>

Die Ehe wurde am 12.12.1934 geschlossen, die Genehmigung der SS war kurz vorher eingetroffen. Zu der Tragik der Geschichte gehört, dass Denys junge Frau Anna-Luise, mit der er seit 1936 ein Kind hatte, am 4.8.1943 an einer MS-Lähmung verstarb.<sup>20</sup>

Die weitere berufliche Tätigkeit von Adolf Denys ist für mich nicht ganz eindeutig zu klären. In seiner Personalakte ist verzeichnet, dass er seit dem 1.4.1934 Studienrat an der Handelsschule war.<sup>21</sup> Im Hamburgischen Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1935–1936 ist er der Handelsschule 2 am Lämmermarkt zugeordnet.<sup>22</sup> In der dortigen Kollegiumsliste ist er allerdings nicht verzeichnet.<sup>23</sup> Daraus schließe ich, dass er weiter Leiter der Gau-Führerschule gewesen ist, aber über eine Stelle im Hamburger Schuldienst finanziert wurde.

Am 1.9.1937 wurde Adolf Denys zum Berufsschuldirektor der Handelsschule VI in Wandsbek berufen, zum 1.5.1938 auch zum Schulleiter der Handelsschule VII in Altona. Im Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1938–1939 ist er an der Spitze beider Schulen eingetragen.<sup>24</sup>

1938 leitete die Schulverwaltung Denys als Berufsschuldirektor in eine höhere Besoldungsstufe und zum 1.8.1939 zog es ihn als Offizier in den Kriegsdienst.<sup>25</sup>

Adolf Denys wurde im Krieg bis zum Major befördert, erlitt am 28.2.1945 eine Verwundung und Erkrankung, die ihn aus dem Kriegsdienst ausscheiden ließ.<sup>26</sup>

Wie durchaus üblich war Adolf Denys am 1.8.1942 in Kriegsabwesenheit noch einmal befördert worden „mit einem ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Besoldungszuschuss von 600 Reichsmark jährlich“. Der zeitweilige Schulsenator Wilhelm von Allwörden schickte ihm ein Schreiben mit den Worten:

„Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, dass Sie nach dem Siege alsbald Ihre Friedenstätigkeit bei der Schulverwaltung arbeitsfreudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können.“<sup>27</sup> Auch dies war das übliche Schreiben bei Beförderungen an der Front.

Am 28.12.1944 hatte Denys wieder geheiratet. Mit seiner Frau Margarete bekam er 1952 einen Sohn.<sup>28</sup>

Am 14.9.1945 erhielt Adolf Denys das Entlassungsschreiben aus dem Beamtenverhältnis und dem Hamburger Schuldienst im Auftrag der Britischen Militärregierung.<sup>29</sup>

Adolf Denys hatte Widerspruch dagegen eingelegt, das Gutachten des Beratenden Ausschusses für die Handelslehrer unter Vorsitz von Oberschulrat Johannes Schult zeigt auf, wo der größte Hinderungsgrund für die Wiederbeschäftigung von Denys lag: „Aufgrund der bekannten Zugehörigkeit zur SS kommt Herr Denys für

eine Wiedereinsetzung in sein früheres Amt als Berufsschuldirektor keinesfalls in Frage.“<sup>30</sup>

Kam er denn überhaupt für die Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst in Frage?

Neben einigen positiven Leumundszeugnissen erhielt der Fachausschuss für die Entnazifizierung einen ungewöhnlichen Hinweis, mit einem Zeugen:

„Denys Behauptung, weltanschaulich nicht geschult zu haben, ist unwahr. Von ihm stammt bei der Schulung der Ausspruch: Feinde – Landesfeinde – bekämpft man, Gegner vernichtet man. Wer ist Gegner? Marxisten und Kommunisten.“<sup>31</sup>

Ein Entlastungsschreiben in Bezug auf die SS-Mitgliedschaft erhielt Denys von dem Universitäts-Reitlehrer Albert Jahn, der erklärte, „dass Herr Adolf Denys als Mitbegründer seit 1923 Mitglied der Universitäts-Reitschule ist, deren Gründer ich bin. Da im Sommer 1933 auf Anordnung der damaligen Dienststelle die gesamte Universitäts-Reitschule in die neu aufgestellte SS-Reiterei zwangsweise überführt wurde, kam auch Herr Denys in diese Formation hinein. Bei der Einrichtung der Volkssportlehrgänge durch die Schulverwaltung in Hamburg wurde Herr Denys auf meinen Vorschlag, da er der SS-Reiterei angehörte, von dem damaligen Landeschulrat Schulz beauftragt, die Interessen der Schulverwaltung der SS gegenüber zu wahren. Herr Denys hatte darauf bestanden, keinen Dienst in irgendeiner Einheit mitmachen zu müssen, da er durch seinen Schuldienst und die ihm übertragenen neuen Aufgaben stark überlastet sein würde.“<sup>32</sup>

Gewicht hatten sicherlich auch zwei Schreiben eines ehemaligen Berufsschulleiters und von einem neu eingesetzten Schulleiter, die darauf verwiesen, dass sich Adolf Denys ihnen gegenüber, die NS-Gegner gewesen waren, fair verhalten und sich für sie gegenüber der Schulverwaltung und auch im Kollegium stark gemacht hatte.<sup>33</sup>

Auch in zwei anderen Fällen, in denen Soldaten in der Wehrmacht in politische Schwierigkeiten gerieten, habe Adolf Denys sich für diese eingesetzt, wie der Vater eines ehemaligen Schülers von Denys bezeugte und erklärte, dass Adolf Denys „zu den wenigen gehörte, die es wagten, sich für einen Menschen einzusetzen“, der sich in einem Kriegsgerichtsverfahren befand.<sup>34</sup>

Adolf Denys, der seit 1946 als Aushilfsarbeiter in einem Industriebetrieb arbeitete und dort inzwischen zum Prokuristen aufgestiegen war, konnte auf dieser Grundlage für seine Rehabilitierung argumentieren.

Zu seiner NSDAP-Mitgliedschaft schrieb er, dass er „aus ehrlicher Überzeugung im Mai 1933 eingetreten war. Aufgrund meines Studiums als Diplom-Volkswirt war ich zu der Erkenntnis gekommen, dass die damaligen Verhältnisse in Deutschland entweder zum Kommunismus oder zum Nationalsozialismus führen mussten. Ich

entschied mich für den Nationalsozialismus und wollte mit ehrlichem Willen in anständiger Weise am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten. Ich glaubte damals, dass mein Eintritt in die NSDAP durchaus legal sei, da ich mich als Beamter dem Staate gegenüber zur Treue verpflichtet fühlte.“<sup>35</sup>

Dann behauptete Denys: „Eine Mitarbeit in der Partei oder NS-Lehrerbund kam für mich nicht in Betracht, weil ich aufgrund meiner beruflichen Überzeugung es für notwendig hielt, mich vollkommen meinen beruflichen Verpflichtungen zu widmen, die mich völlig auslasteten.“<sup>36</sup> Das las sich bei Heinrich Hehn anders.

In dem geschickt aufgebauten Schreiben leitete Adolf Denys seine SS-Mitgliedschaft damit ein, „ein begeisterter Sportsmann gewesen zu sein. Als die Schulverwaltung 1934 die Volkssportlehrgänge für die Hamburger Lehrerschaft einrichtete, die durch Angehörige der allgemeinen SS ausgebildet wurden, wurde ich auf Vorschlag von Herrn Jahn, dem Leiter der Universitäts-Reitschule und dem damaligen Ausbildungsleiter dieser Lehrgänge, durch den damaligen Landesschulrat Schulz beauftragt, die Interessen der Schulverwaltung als Verbindungsmann gegenüber der SS wahrzunehmen. Ein wichtiger Grund für meine Beauftragung war meine Berechtigung, Prüfungen für den Erwerb des Reichssportabzeichens abzunehmen. Im Verlaufe dieses Auftrages kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen mit dem Führer der 28. SS-Standarte, die mich veranlassten, eine Übung bei der Wehrmacht mitzumachen, da ich mich nicht entschließen konnte, aktiven Dienst bei der Reiter-SS zu leisten.“ Denys ergänzte aber auch: „Bekanntlich gehört die SS-Reiterei nicht zu den verbrecherischen Organisationen.“<sup>37</sup>

Interessant ist, dass der Beratende Ausschuss für Handelslehrer, dem immer noch OSR Johannes Schult und Oberschulrat Dr. Karl Ebel angehörten, am 16.2.1948 zu einer differenzierten Einschätzung gelangte:

„Mehrere Mitglieder des Beratenden Ausschusses kennen Herrn Denys aus langjähriger Beobachtung seiner Lehrtätigkeit und seiner Person. Sie sind überzeugt, dass Denys zur Einsicht gekommen ist, dass er einen falschen Weg beschritten hat, als er sich dem Nationalsozialismus anschloss. Der Beratende Ausschuss hält daran fest, dass Denys, der seine Beförderung zum Direktor dem Nationalsozialismus und seiner früheren Zugehörigkeit zur NSDAP zu verdanken hat, nicht wieder in eine Direktorstelle zurückgerufen werden darf. Gegen eine Betätigung als Lehrer ist jedoch nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass er bis auf weiteres nicht wieder in das Beamtenverhältnis zurückkehrt und aus der Besoldungsstufe A3 a, in der er sich vor seiner Beförderung zum Direktor befand, in die Besoldungsstufe A3 c zurückgeführt wird.“<sup>38</sup> Erst ein Blick in das Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1938–1939 hat mir gezeigt, dass Karl Ebel Studienrat an der Handelsschule VI Altona gewesen war, als Adolf Denys dort als Schulleiter fungierte. Da wäre es wünschenswert gewe-

sen, wenn Ebel ebenso wie es OSR Heinrich Schröder im Bereich der höheren Schulen tat, ein separates Gutachten über die Erfahrungen mit Schulleiter Adolf Denys verfasst und zur Verfügung gestellt hätte.

Der Berufungsausschuss 17 unter Leitung des für milde Urteile bekannten Rechtsanwalts Soll, entschied am 5.5.1948, „der Berufung stattzugeben und Denys als Studienrat im Angestelltenverhältnis bis Ostern 1951 einzustellen und ihn dann als Studienrat im Beamtenverhältnis zu bestätigen“. Er stufte Denys in Kategorie IV ein. Festgestellt wurde: „Wenn Denys auch ohne sein Zutun in die SS-Reiterei überführt wurde, so kann es doch bei seinem



Adolf Denys, 1948

freiwilligen Eintritt in die NSDAP im Mai 1933 und bei der von ihm ausgeübten Funktion keinem Zweifel unterliegen, dass er sich fördernd für den Nationalsozialismus eingesetzt hat.“<sup>39</sup> Und es kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass die SS-Mitgliedschaft förderlich für Adolf Denys Schulleiterkarriere gewesen war.

Vor dem Berufungsausschuss hatte Adolf Denys bestritten, die Aussage „Feinde bekämpft man, Gegner vernichtet man“, getätigt zu haben oder „einen solchen Ausspruch angewandt“ zu haben.

Es ist bedauerlich, da ein Zeuge dafür genannt worden war, dass dies nicht überprüft wurde. Bemerkenswert ist auch, dass die Tätigkeit von Adolf Denys in der Gauführerschule weder bekannt war, noch ermittelt oder thematisiert wurde. So kam es dazu, dass Adolf Denys es sich leisten konnte, wieder eingestellt, aber zugunsten seiner bisherigen Tätigkeit als Prokurist ohne Gehalt noch knapp vier Monate beurlaubt zu werden.<sup>40</sup>

Anschließend hatte Denys sogar den Antrag gestellt, die Beurlaubung noch zu verlängern, da seine bisherige Firma noch nicht unmittelbar einen Nachfolger einstellen konnte. Dies wurde allerdings nicht genehmigt, sodass Denys am 1.10.1948 wieder als angestellter Studienrat an der Handelsschule tätig wurde. Am 1.4.1951 war er wieder Beamter auf Lebenszeit.<sup>41</sup> Und am 2.10.1952 stellte die Schulbehörde noch einmal fest: „Es ist nicht beabsichtigt, Herrn Denys wieder zum Berufsschuldirektor zu ernennen.“<sup>42</sup>

Adolf Denys hatte sich Rechtsanwalt Oscar Toepffer zur Unterstützung genommen, der in der NS-Zeit Leiter des Personalamtes gewesen war, eine Zeit lang sogar Senator für den Schulbereich und der nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst unter anderem ehemalige hochrangige Nationalsozialisten als Rechtsanwalt wieder in alte Rechte, Amtsbezeichnungen und ehemalige Besoldungen gebracht hatte. Er unterstützte das Bemühen von Denys, wieder zum Berufsschuldirektor be-



stellt zu werden. Dabei konnte er sich sogar auf ein fachliches Urteil, unterschrieben von Senator Heinrich Landahl, stützen, das über die Tätigkeit von Adolf Denys in der Nachkriegszeit befand:

„Herr Denys ist nach übereinstimmendem Urteil seiner Vorgesetzten, der Handelskammer, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und der zuständigen Fachverbände, insbesondere auch nach dem Urteil des Bundesvorsitzenden der ‚Vereinigung der Foto-Laboratorien e.V.‘ ein ganz vortrefflicher Lehrer, Erzieher und Mensch. Er setzt sich weit über das vorgeschriebene Maß seiner amtlichen Pflichten hinaus als Lehrer der Handels- und Höheren Handelsschule Altona für jeden seiner Schüler ebenso ein wie für die Interessen der Lehrbetriebe und der ganzen Branche. Seine Unterrichtserfolge sind als gut, wenn nicht sogar als sehr gut zu bezeichnen.“<sup>43</sup>

Und so kam es, dass laut Protokoll vom 2.3.1959 an der Handelsschule Museumstraße 15 der Vorschlag gemacht wurde, Adolf Denys zum Direktor der H VI zu ernennen. In der anschließenden Konferenz stimmten von 20 Wahlberechtigten 18 Kollegen für diesen Vorschlag bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung. Vorsitzender des Findungsausschusses war Oberschulrat Dr. Ebel, der zehn Jahre zuvor dem Beratenden Ausschuss angehört hatte und 1938 Lehrer an dieser Schule unter dem damaligen Schulleiter Denys gewesen war.<sup>44</sup>

Zwei Jahre später wurde Adolf Denys auf der Lehrerkonferenz endgültig zum Direktor dieser Schule bestellt, 22 Kollegen stimmten für ihn, bei drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.<sup>45</sup>

Im Weiteren war Adolf Denys häufig auch außerhalb der Schule aktiv. So beispielsweise bei Tagungen des Verbandes Deutscher Drogisten. Denys stellte am 8.5.1961 den Antrag, zur „Verabschiedung des Bürgermeisters der Kreisstadt Hünfeld, Rudolfsdorff, beurlaubt zu werden für drei Tage. Seine Begründung: „Fast zwei Jahre war ich bis zum Kriegsende engster Mitarbeiter des Generals a. D. Rudolfsdorff im O. K. W.“<sup>46</sup>

Als Denys bei einer Tagung im Bundesverteidigungsministerium zum Thema „Innere Führung“ einen Unfall hatte, musste geprüft werden, ob dies ein Dienstunfall sei und ob die Reise „in Ausübung seines Dienstes unternommen worden war“.<sup>47</sup>

Adolf Denys hatte seine Umtriebigkeit nicht verloren.

Am 31.3.1966 trat er in den Ruhestand und übernahm danach noch bis zum 31.3.1969 Lehraufträge.<sup>48</sup>

Adolf Denys starb am 5.5.1987.<sup>49</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StAHH, 361-12\_A 242
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Die Schulangaben laut Hamburgisches Lehrerverzeichnis des Stadt- und Landgebietes im Schuljahr 1924–1925 (S. 7) und im Schuljahr 1930–1931 (S. 13), herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde, dem Verein Hamburger Landschullehrer und vom Verein Hamburger Volksschullehrerinnen.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Siehe die Lehrerverzeichnisse a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_Ed 3371
- 10 Siehe die Biografie Willi Schulz, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99 ff.
- 11 Siehe die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118 ff.
- 12 Siehe die Biografie Heinrich Hehn, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 359 ff.
- 13 Siehe die Biografie Guido Höller, in: de Lorent 2017, S. 378 ff.
- 14 Siehe die Biografie Kurt Holm, in: de Lorent 2016, S. 701 ff.
- 15 Berlin Document Center (BDC), OPG I 83\_Bl. 1036; abgedruckt auch in der Biografie Hehn 2017, S. 363.
- 16 BArch, R 9361 – III\_521029 (SS-Karte)
- 17 Schreiben vom 13.10.1934, SS-Akte, BArch, R 9361 – III\_29935
- 18 Schreiben vom 26.10.1934, SS-Akte a. a. O.
- 19 So der SS-Obersturmführer Dr. med. Specht am 30.12.1934, SS-Akte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Hamburgisches Wählerverzeichnis für das gesamte Stadt-Landgebiet im Schuljahr 1935–1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, S. 13.
- 23 Ebd., S. 125.
- 24 Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet im Schuljahr 1938–1939, S. 195.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Personalakte a. a. O.
- 30 Gutachten des Beratenden Ausschusses für die Handelslehrer vom 30.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 6.11.1946, Unterschrift Kablert, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben vom 13.5.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Siehe die Schreiben des Berufsschuldirektors Blank vom 21.12.1947 und von Gustav L. Schmidt vom 8.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Leumundsschreiben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Schreiben an den Berufungsausschuss vom 31.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd. Zur Reiter-SS siehe die Dissertation von Nele Maya Fahnenbruck: „.... reitet für Deutschland“: Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus, Göttingen 2013.
- 38 Beratender Ausschuss vom 16.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Berufungsausschuss 17 vom 5.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 40 Personalakte a. a. O.
- 41 Personalakte a. a. O.
- 42 Personalakte a. a. O.
- 43 Anlage II zum Ernennungsvorschlag des Studienrats an Handelsschulen Adolf Denys, 8.4.1958, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Oscar Toepffer, in: de Lorent 2017, S. 51 ff.
- 44 Konferenzprotokoll vom 2.3.1959, Personalakte a. a. O.
- 45 Konferenzprotokoll vom 24.4.1961, Personalakte a. a. O.
- 46 Personalakte a. a. O.
- 47 Personalakte a. a. O.
- 48 Personalakte a. a. O.
- 49 Personalakte a. a. O.

## Gerhard Riecks

„Er hat bei allen früheren Kollegen als 150-prozentiger Nationalsozialist gegolten, vor dem man sich in acht nehmen musste.“

Ein Beispiel dafür, dass NSDAP-Mitglieder aufgrund ihrer „engsten Verbindung mit dem Nationalsozialismus“ zu Schulleitern berufen wurden, war Gerhard Riecks. Als Mitglied der NSDAP und des NSLB seit 1932, ernannte die NS-Schulverwaltung ihn am 1.5.1937 zum Schulleiter einer Handelsschule, nachdem er erst ein halbes Jahr zuvor fest angestellter Studienrat geworden war. Schon 1940 zog Gerhard Riecks in den Krieg, war am Ende als SS-Hauptsturmführer in Prag stationiert und galt nach dem Prager Aufstand seit Mai 1945 als vermisst. Seine Frau bemühte sich danach um eine Witwenrente, die ihr gewährt wurde. 1954 gelang es dem ehemaligen NS-Senator Oscar Toepffer, der nach 1945 belastete Nationalsozialisten als Rechtsanwalt vertrat, in einem Vergleich mit der Schulbehörde eine Hinterbliebenenversorgung für die Witwe von Gerhard Riecks zu erlangen, die sich an der Stellung als Berufsschuldirektor orientierte.

Gerhard Riecks wurde am 11.2.1901 in Stettin geboren. Er besuchte von 1907 bis 1916 die Mittelschule und ging danach auf die Präparandenanstalt in Pölitz/Pommern. Anschließend wechselte Riecks an die Handelshochschule in Berlin, an der er am 7.3.1924 die Diplom-Handelslehrerprüfung ablegte. Seit 1929 war er zunächst stundenweise als Hilfslehrer und seit 1930 als Vertragslehrer in den hamburgischen Schuldienst eingestellt worden, an der Handelsschule III am Lämmersmarkt.<sup>1</sup>

Möglicherweise hatte die unbefriedigende Anstellungssituation Gerhard Riecks wie auch manch anderen jungen Lehrer politisch aktiviert und radikalisiert.

In einer Übersicht über die Aktivisten im Hamburger NSLB vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933, die sich zum Teil im heftigen Streit mit dem späteren Gauamtsleiter des NSLB und Landesschulrat, Willi Schulz, befanden, hatte Guido Höller<sup>2</sup> auch Gerhard Riecks aufgeführt: „Gerhard Riecks – Diplomhandelslehrer, Mitglied des NSLB seit Mai 32, Ämter: Gaukassenwart, Mitglied der NSDAP seit August 32, abgesetzt.“<sup>3</sup>

Die Rolle, die Gerhard Riecks bei den Auseinandersetzungen im NSLB 1933 gespielt hatte, ist nicht weiter dokumentiert. Immerhin fungierte er auch später noch als Fachschaftsleiter der Handelslehrer im NSLB und wandte sich als „alter Parteigenosse“, der schon 1932 in die NSDAP eingetreten war, am 10.3.1934 an Wilhelm von Allwörden, der als Senator für Kulturangelegenheiten auch für die Landesunterrichtsbehörde die Verantwortung hatte:

„Werter Parteigenosse! Seit fünf Jahren bin ich an der staatlichen Handelsschule als ‚Hilfslehrer in der Stellung eines Studienrats‘ beschäftigt. Von Halbjahr zu Halbjahr erhalte ich einen Vertrag. D. h., dass zum 1. April und zum 1. Oktober immer wieder das Raten darüber einsetzt, ob ich weiterbeschäftigt werde, oder ob ich mich nach einem anderen Lebensunterhalt umsehen muss. Wenn ich immer wieder einen neuen Vertrag erhalte, so liegt es daran, dass meine fachliche Arbeit gebraucht wird, denn mein Arbeitsfeld liegt in den Fachklassen für den Eisenwarenhandel. Meine Bitte geht dahin, mich aufgrund meiner fachlichen Eignung und meiner Notwendigkeit für die Fachschule als Studienrat einzustellen. Heil Hitler! Riecks“<sup>4</sup>

Dieses Schreiben zeitigte unmittelbare Wirkung. Am 27.3.1934 wurde auf dem Brief von Gerhard Riecks vermerkt: „Riecks ist ab Ostern des Jahres mit voller Stundenzahl eingestellt.“<sup>5</sup> Und danach ging dann alles verhältnismäßig schnell. Am 9.11.1936 wurde Gerhard Riecks als Studienrat an den Handelsschulen bestellt und am 1.5.1937 wurde er zum Schulleiter der Staatlichen Handelsschule für Industrie, Bank, Versicherung, Verkehr und verwandte Berufe ernannt.<sup>6</sup>



Gerhard Riecks, 1932

Gerhard Riecks war zweieinhalb Jahre Schulleiter, bevor er sich zum Militärdienst meldete. Nüchtern wurde in seiner Personalakte festgehalten, dass er von 1940 bis 1945 im Krieg war, als Mitglied der Waffen-SS, am Ende als Hauptsturmführer.<sup>7</sup>

1942 teilte ihm die Schulbehörde mit Unterschrift des zwischenzeitlich für Schule verantwortlichen Senators Ofterdinger mit, dass er „mit Wirkung vom 1. August 1942 zum Berufsschuldirektor ernannt worden war. Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, dass sie nach dem Siege alsbald ihre Friedenstätigkeit bei der Schulverwaltung arbeitsfreudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können.“<sup>8</sup> Was Gerhard Riecks im Einzelnen während des Krieges getan hat, ist ohne Vorliegen seiner Militärakte nicht rekonstruierbar.<sup>9</sup>

Ein Hinweis ergibt sich aus einem Schreiben seiner Ehefrau Ilse Riecks vom 22.1.1948 aus Buxtehude. Darin berichtet sie u. a.:

„Vom August 1943 bis Mai 1945 habe ich mit meinem Mann zusammen in Prag gewohnt. Am Tage des Waffenstillstandes 1945 bin ich plötzlich von ihm getrennt worden und habe bis heute weder eine Nachricht von ihm, noch sonst irgendwelchen Bescheid über seinen Verbleib erhalten, sodass er wohl als ‚vermisst‘ gelten muss.“<sup>10</sup>

Ein Sachbearbeiter hatte am Rand dieses Schreibens vermerkt:

„Der ehemalige Berufsschuldirektor Riecks ist auf Anordnung der Militärregierung entlassen worden. Die Entlassung konnte bisher nicht zugestellt werden, da die Eheleute bisher nicht in Deutschland zu ermitteln waren. Es stellt sich nun heraus, dass beide in Prag wohnhaft waren. Wie die Frau angibt, ist ihr Ehemann dort seit dem Waffenstillstand verschwunden; sie will nie wieder von ihm gehört haben. Die Ehefrau ist jetzt aus Prag aus der Internierungshaft zurückgekehrt und bittet nunmehr um eine Hinterbliebenenversorgung.“<sup>11</sup>

Die Rolle der Waffen-SS bei der Besetzung Prags und insbesondere in Reaktion auf den Prager Aufstand im Mai 1945 soll nach der chronologischen Beschreibung des weiteren Verfahrens noch etwas genauer beschrieben werden.

Ilse Riecks musste erst einmal einen Fragebogen ausfüllen, der dem Entnazifizierungsfragebogen in kürzerer Form entspricht. Darin gab sie an, dass ihr Mann 1932 NSDAP-Mitglied gewesen war bis 1945. Unter Punkt 4 erklärte sie, er habe nicht der SS angehört. Bei der Frage nach dem Militärdienst von Gerhard Riecks schrieb sie, „1940–1945 SS-Hauptsturmführer“.<sup>12</sup>

In ihrem eigenen Fragebogen vermerkte Ilse Riecks, geboren 1911, dass sie seit Mai 1937 Mitglied der NSDAP gewesen und ebenfalls in der NSV und im NS-Lehrerbund organisiert war. Sie hatten einen gemeinsamen Sohn, 1941 in Hamburg geboren. Auf diesen Fragebogen stellte ein Sachbearbeiter fest: „Keine Bedenken gegen die Zahlung von 50 % des Gehalts als Studienrat.“<sup>13</sup>

Gerhard Riecks war am 20.6.1945 in Abwesenheit aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden, wie alle Beamten die schon vor 1933 der NSDAP angehörten. In Abwesenheit Riecks stellte der Beratende Ausschuss für die Handelslehrer am 30.10.1946 fest:

„Aufgrund der bekannten Zugehörigkeit zur SS kommt Herr Riecks für eine Wiedereinstellung in sein früheres Amt als Berufsschuldirektor keinesfalls in Frage.“<sup>14</sup>

In der Folge versuchte Ilse Riecks mithilfe von Rechtsanwälten und Klagen zu erreichen, dass ihre Hinterbliebenenbezüge an der Pension eines Berufsschuldirektors orientiert wurden. Dazu war die Hamburger Schulbehörde nicht bereit:

„Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass die Beförderung von Riecks ausschließlich aufgrund seiner engsten Verbindung mit dem Nationalsozialismus vorgenommen worden ist. Er hat bei allen früheren Kollegen als 150-prozentiger Nationalsozialist gegolten, vor dem man sich in acht nehmen musste. Ohne seine führende Stellung im NSLB hätte er niemals eine Stellung als Berufsschuldirektor erreicht.“<sup>15</sup> Unterzeichnet war dieses Schreiben von Oberschulrat Dr. Karl Ebel, der mit Riecks zwischen 1930 und 1937 gemeinsam an der Handelsschule III am Lämmerr-

markt als Lehrer gearbeitet hatte und später auch, bis zur Berufung Gerhard Riecks als Schulleiter, an der Handelsschule für den Einzelhandel am Holzdamm 5.<sup>16</sup>

Und auch das Hamburger Personalamt teilte Ilse Riecks am 17.10.1952 mit: „Die ungewöhnlich rasche Ernennung zum Schulleiter – sechs Monate nach der ersten planmäßigen Anstellung als Beamter! – und damit verbunden die spätere organisatorisch bedingte Ernennung zum Berufsschuldirektor können nur auf die enge Verbindung Ihres verschollenen Ehemannes zum Nationalsozialismus, nämlich auf seine Mitgliedschaft zur NSDAP seit 1932 und auf das von ihm ausgeübte Amt eines Fachgruppenleiters im NSLB zurückgeführt werden.“<sup>17</sup>

Es ist schon bizarr, dass ausgerechnet der ehemalige Leiter des Personalamtes in der NS-Zeit und spätere Beigeordnete bzw. Senator im NS-Senat, Oscar Toepffer, der zeitweilig auch als Schulsenator fungierte und der sich nach seiner Entlassung aus dem Hamburger Staatsdienst durch die Britische Militärregierung als Rechtsanwalt selbstständig machte und darauf spezialisiert war, ehemalige Nationalsozialisten vor Gericht zu verteidigen, diesen Fall übernahm. Toepffer vermochte es, mit großem Erfolg im Laufe der Zeit die Pensionen ihrer in der NS-Zeit erlangten Ämter und die damalige Berufsbezeichnung wieder zu sichern. Auch im Fall Gerhard Riecks gelang es Oscar Toepffer vor dem Hamburger Oberverwaltungsgericht mit Entscheidung vom 26.8.1954 einen Vergleich zu erzielen in dem es hieß, „dass die Klägerin und ihr Sohn ab 1. April 1951 Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung aus der Stellung des verschollenen Ehemannes der Klägerin als Berufsschuldirektor nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 131 GG haben“.<sup>18</sup>

Ilse Riecks erhielt daraufhin ein Witwengeld von 706 DM.<sup>19</sup>

Am 29.3.1963 ließ sie ihren Ehemann für tot erklären. Das Amtsgericht Buxtehude stellte fest, dass „der SS-Hauptsturmführer (Berufsschuldirektor) Gerhard Riecks, zuletzt wohnhaft gewesen in Prag, Beethovenstraße 17, seit Mai 1945 nach einem Aufstand in Prag vermisst und seitdem verschollen ist“.<sup>20</sup>

Ilse Riecks bezog das Witwengeld eines Hamburger Berufsschuldirektors bis zu ihrem Tod am 22.4.1980.<sup>21</sup>

Bemerkenswert ist, dass mit Ilse Riecks niemals geklärt wurde, welche Aufgabe und Funktion ihr Mann in Prag tatsächlich gehabt hatte. Ein Blick in seine SS-Akte, die sicherlich Anfang der 1950er Jahre nicht einsehbar war, offenbart ein paar Details und Hinweise. So hatte Gerhard Riecks zu seinem beruflichen Werdegang bei der SS angegeben, neben Wirtschaftswissenschaften auch Englisch studiert zu haben und nach dem Studium von November 1924 bis Mai 1926 als Angestellter bei der Ford-Motor Company in den USA in Detroit gearbeitet zu haben.<sup>22</sup>

Am 6.5.1943 wurde Gerhard Riecks zum SS-Hauptsturmführer beim SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt ernannt und als Betriebsführer der Deutschen Heil-

mittel GmbH und als Organisator für die übrigen Gesellschaften der Wirtschaftsämter in Prag eingesetzt.<sup>23</sup>

In einem Personal-Bericht für eine vorherige Beförderung zum Untersturmführer hatte Riecks in einem Lebenslauf angegeben, sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet zu haben und beim 15. SS-Infanterie-Regiment an der Besetzung Polens vom 15.3.1940 bis zum 20.9.1940 beteiligt gewesen zu sein. Seine persönliche Beurteilung war sehr positiv:

„Rassisches Gesamtbild: gut; Persönlicher Haltung: untadelhaft; Auftreten und Benehmen im Innen- und Außendienst: einwandfrei; Allgemeine Charaktereigenschaften: charakterfest; Geistige Frische: vorhanden; Auffassungsvermögen: sehr gut; Willenskraft und persönliche Härte: guter Durchschnitt; Wissen und Bildung: Hochschulbildung; Lebensauffassung und Urteilsvermögen: gut; Besondere Vorzüge und Fähigkeiten: Organisationstalent; Besondere Mängel und Schwächen: keine.“<sup>24</sup>

Im Ernennungsvorschlag zum SS-Hauptsturmführer war hervorgehoben, dass Gerhard Riecks Auslandserfahrung in den USA hatte und als Direktor in einer Hamburger Handelsschule tätig war. Zur Begründung des Vorschlags und seiner augenblicklichen Tätigkeit wurde vermerkt:

„Riecks ist Betriebsführer der Deutschen Heilmittel GmbH in Prag mit einer Belegschaft von rund 200 Gefolgschaftsmitgliedern, davon 30 SS-Angehörige, Führer, Unterführer und Männer. Die Stellung des Riecks bringt es mit sich, dass er in Prag fast laufend mit Spitzen der einzelnen Ministerien zu tun hat. Im Interesse des Prestige des WV-Hauptamtes und im Interesse einer starken Führung der Deutschen Heilmittel GmbH erscheint es als dringlich, Riecks nicht wie bisher als SS-Untersturmführer, sondern als SS-Hauptsturmführer in Erscheinung treten zu lassen. Auf Befehl des Obergruppenführers ist Riecks mit der betrieblichen Organisation einer größeren Anzahl von Unternehmen der W-Ämter beauftragt. Die Art der Tätigkeit verlangt es, dass R. in den einzelnen Unternehmungen mit der notwendigen Autorität ausgestattet ist, zumal oft nicht nur die führenden Männer der Unternehmungen, sondern zum großen Teil auch subalterne Kräfte den Rang eines SS-Reserveführers besitzen.

Riecks ist seit Juli 1941 beim Stab W des WV-Hauptamtes tätig. In dieser Zeit hat er eine Reihe von persönlichen Aufgaben des Obergruppenführers in den W-Betrieben, zum Teil sogar hervorragend durchgeführt. Er hat mehrere Prüfungen geleitet, die dem WV-Hauptamt wesentliche Ersparnisse gebracht haben. Er hat mehrere Betriebsorganisationen aufgebaut, die von fachmännischer Seite als vorbildlich erklärt worden sind. Im Augenblick führt er mit großem Geschick die Heilmittelfabrik der Schutzstaffel: die Deutsche Heilmittel GmbH in Prag und hat



dieses Unternehmen als Betriebsführer aus kleinen Anfängen heraus zu einem beachtlichen und in der Konkurrenz angesehenen Betrieb entwickelt. Persönlich hat sich Riecks bisher durchweg von einer guten, kameradschaftlichen Seite gezeigt. Riecks gilt fachmännisch als einer der fähigsten wirtschaftlichen Mitarbeiter des W-Sektors des WV-Hauptamtes. Die wirtschaftliche Vorbildung des Riecks ist ausgezeichnet. Er hat sich seine wirtschaftlichen Kenntnisse im In- und Ausland, darunter in Amerika, angeeignet und hat sich im Zivilberuf zum Direktor einer großen Hamburger Handelsschule heraufgearbeitet. Riecks bietet die Voraussetzungen dafür, dass er, wenn seine Autorität durch Erhöhung des Dienstgrades gestärkt ist, dem WV-Hauptamt noch größere Dienste leisten kann als bisher.“<sup>25</sup>

Gerhard Riecks war offensichtlich in Prag eine durchaus bekannte Person, Wirtschaftsführer einer vermutlich von der Waffen-SS beschlagnahmten Fabrik, sodass er beim Prager Aufstand sicherlich „gefährdet“ war. Wobei nicht bekannt ist, welche Funktionen er nach dieser Beförderung 1943 in Prag noch innehatte. Konkrete Erkenntnisse über das Schicksal von Gerhard Riecks liegen nicht vor.

Das Hanna-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung hat eine Studie herausgegeben von Stanislaw Kokoska: „Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes.“<sup>26</sup> Darin wird der Widerstand gegen die deutschen Besatzer dargestellt und auch die Situation in Prag in der Nacht vom 5.5.1945 bis zum Ende des Aufstandes am 8.5.1945, in der insbesondere geschildert wird, wie die Waffen-SS versuchte, ergebnislos, den Aufstand niederzuschlagen. Wegen der geringen Fortschritte der Wehrmacht bei der Niederschlagung des Aufstandes griffen am 7.5.1945 Verbände der Waffen-SS mit schweren Waffen in die Kämpfe ein. Gepanzerte Einheiten drangen in die Stadt ein, Artillerie und Luftwaffe verursachten schwere Schäden an zahlreichen historischen Gebäuden.

Dabei wird deutlich, dass Mitglieder der Waffen-SS im besonderen Fokus der Aufständischen standen. Der Ernennungsvorschlag, Gerhard Riecks zum SS-Hauptsturmführer zu befördern, beinhaltete auch den Hinweis, dass er einen SS-Betrieb führte, in dem viele SS-Mitglieder arbeiteten. Insofern war dieser Betrieb möglicherweise auch in die Kampfhandlungen einbezogen.

Etwa 1700 Tschechen und über 500 russische Soldaten sind während der vier-tägigen Kämpfe ums Leben gekommen, außerdem rund 900 deutsche Soldaten.<sup>26</sup>

In Kenntnis der Tätigkeit von Gerhard Riecks bei der Waffen-SS ist es natürlich bemerkenswert, dass seine Witwe Ilse Riecks bis zu ihrem Lebensende 1980 das Witwengeld eines Berufsschuldirektors erhielt.

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Gerhard Riecks, StAHH, 361-3\_A 1701 und Hamburgisches Lehrerverzeichnis des Stadt- und Landgebietes, Schuljahr 1932–1933, S. 159.
- 2 Siehe die Biografie Guido Höller, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 378 ff.
- 3 Ebd., S. 382.
- 4 Schreiben vom 10.3.1934, Personalakte a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Vermerk von OSR Ebel vom 22.7.1952, Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Undatiertes Schreiben, Personalakte a. a. O.
- 9 Anfrage beim Bundesarchiv und beim Militärarchiv in Freiburg.
- 10 Schreiben vom 22.1.1948, Personalakte a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Fragebogen vom 29.1.1948, Personalakte a. a. O.
- 13 Fragebogen vom 31.5.2048, Personalakte a. a. O.
- 14 Gutachten vom 30.10.1946, unterschrieben von den Oberschulräten Johannes Schult und Dr. Ebel, Personalakte a. a. O.
- 15 Stellungnahme der Schulbehörde vom 22.7.1952, unterzeichnet von OSR Dr. Ebel, Personalakte a. a. O.
- 16 Siehe die Hamburgischen Lehrer-Verzeichnisse des Schuljahres 1932–1933 und des Schuljahres 1935–1936, herausgegeben vom NSLB, Gau Hamburg.
- 17 Schreiben vom 17.10.1952, Personalakte a. a. O.
- 18 Vergleich vom 26.8.1954, Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Beschluss vom 29.3.1963, Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 SS-Akte von Gerhard Riecks, BArch, R 9361-III/550365 (SS)
- 23 Ernennungsvorschlag vom 6.5.1943, SS-Akte a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Beurteilung vom 10.5.1943, SS Akte a. a. O.
- 26 Stanislaw Kokoska: Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes, Göttingen 2009.
- 27 Ebd.

## Hans Oppermann

**„Ich befürchte, wenn ich mit meiner Meldung warte, zu spät zu kommen und eine Möglichkeit zu versäumen, mich mit allen Kräften an einer besonderen Aufgabe für den Führer und das nationalsozialistische Deutschland einzusetzen.“**

Unter dem Aspekt der Kontinuität und Fragwürdigkeit von Berufungen in Hamburg nach 1945, ist Hans Oppermann ein herausragendes Beispiel. Als Altphilologe, 1895 geboren, führte der Weg zu einer Professur in der NS-Zeit häufig nur über eine opportunistische Anbiederung an den Nationalsozialismus. Oppermann tat aber mehr. In Kreisen um die Universität Freiburg galt er als „Ober-Nazi“. Er hinterließ viele Dokumente, die dies eindeutig untermauern. Nach 1945 war er schlau genug, zu versuchen, seine Aktivitäten vergessen zu machen. Erst am 13.3.1949 meldete er sich in Hamburg und bewarb sich um eine Studienrats-Stelle für die Fächer Latein und Griechisch. Mit der Aura eines Wissenschaftlers, kultureller Bildung und dem Habitus eines Majors der Reserve wurde er 1954, nachdem in Hamburg der „Hamburg-Block“ regierte, durch den ebenfalls nationalsozialistisch belasteten Schulsenator Hans Wenke zum Schulleiter des Johanneums berufen. In den 1960er Jahren wurde Oppermann öffentlich gefeiert und behauptet, er habe dem Johanneum „durch sein Vorbild echt humanistisches Gepräge“ gegeben. Das ist eine Untersuchung wert.

Hans Oppermann wurde am 13.10.1895 in Braunschweig geboren als Sohn des damaligen Lehrers und späteren Stadtschuldirektors August Oppermann und dessen Ehefrau Margarete. Er besuchte das dortige Gymnasium Martino-Katharineum, wo er 1913 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er an den Universitäten Bonn und Berlin von 1913 bis 1916 sowie 1919 und 1920 klassische Philologie und Geschichte.<sup>1</sup>

Unterbrochen wurde das Studium durch die Teilnahme am Ersten Weltkrieg vom 17.2.1917 bis zum 20.12.1918, den er als Unteroffizier beendete. Danach wurde Oppermann am 20.3.1920 in Bonn promoviert und bestand im November 1920 dort die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen in den Fächern Latein, Griechisch und Geschichte. Anschließend bekam Oppermann am 1.5.1920 eine Anstellung als Assistent am Akademischen Kunstmuseum in Bonn. Von 1922 bis 1925 war er als Lehrer am deutschen Kolleg in Godesberg tätig, einem Gymnasium und Realgymnasium mit Internat. Oppermanns Ziel war allerdings eine Karriere als Hochschullehrer, 1925 wurde er Assistent am Institut für Altertumskunde der Universität Greifswald und leitete laut seines selbst geschriebenen Lebenslaufs dort die griechischen und lateinischen Sprachkurse.<sup>2</sup>

1926 habilitierte sich Oppermann in Greifswald für klassische Altertumswissenschaft (Philologie, Alte Geschichte, Archäologie). In seinem Lebenslauf schrieb er: „1928 habilitierte ich mich nach Heidelberg um, wo ich Oberassistent am philologischen Seminar wurde. 1931 wurde ich zum nicht planmäßigen außerordentlichen Professor ernannt“. <sup>3</sup> Oppermann verlegte die a. o. Professur um ein Jahr vor, tatsächlich wurde er das erst im Jahr 1932.

Prof. Jürgen Malitz, der sich sehr kritisch mit Hans Oppermanns Wirken und Veröffentlichungen in der NS-Zeit beschäftigt hat, schrieb dazu, dass Oppermann „den Titel eines außerordentlichen Professors im September 1932 erhielt, der freilich ein bloßer Ehrentitel war. Erst in den frühen dreißiger Jahren hat Oppermann sich ganz der lateinischen Literatur zugewandt; will man aus seinen Schriften dieser Zeit eine Erklärung dafür finden, dann war es vielleicht die von ihm so verstandene Parallele zwischen den Zeitaltern der späten Republik und Weimar, die ihn eine ähnliche Lösung wie für Rom erhoffen ließ: Sein Augustus hieß Hitler.“<sup>4</sup>

Oppermann legte in seinen nach 1945 geschriebenen Lebensläufen allerdings Wert darauf, schon vor 1933 zum Professor ernannt worden zu sein, um die Verbindung zur nationalsozialistischen Protektion zu verwischen.

Die Beurteilung Hans Oppermanns und dessen Verstrickung in die nationalsozialistische Ideologie durch den Altphilologen Prof. Jürgen Malitz ist sehr scharf und ausreichend belegt:

„Nicht jede zeitgerechte Formulierung macht einen Autor schon zum willigen Befürworter der nationalsozialistischen Herrschaft. Andererseits gab es aber auch die – keineswegs sehr zahlreiche – Gruppe von Altertumswissenschaftlern, deren Kompromittierung so erheblich ist, dass eine bewertende Einordnung ihrer Wirksamkeit leichter fällt. Innerhalb dieser Gruppe von Universitätslehrern, deren nationalsozialistische Verkürzung der Altertumswissenschaft außer Frage steht, spielt Hans Oppermann aber noch eine besondere, nicht immer genügend wahrgenommene Rolle. In den Jahren 1933–1945 war er, wenn man das gesamte wissenschaftliche Schrifttum dieser Jahre zu überschauen versucht, der lauteste und fleißigste Propagandist einer ‚neuen‘ Art der Wissenschaft. Oppermann hat sich nicht auf ‚völkisches‘ Geraune beschränkt. Er ist wohl der einzige Universitätsprofessor im Bereich der Altertumswissenschaften, dessen Antisemitismus nicht in Nebensätzen durchscheint, sondern der auch bereit gewesen ist, seine Fachkenntnisse im Stil des ‚Stürmer‘ für ein ‚Schulungsheft‘ der Partei umzusetzen. Diese 32 Druckseiten aus dem Jahre 1943 gehören zweifellos zur Gruppe jener antisemitischen Propagandamaterialien, die der geistigen Vorbereitung und Unterstützung des Holocaust dienen sollten.“<sup>5</sup>

Hans Oppermann arbeitete in Heidelberg am philologischen Seminar als Privatdozent. Was ihm fehlte war eine feste, ordentliche Professur. Insofern sah Oppermann

mann möglicherweise im Nationalsozialismus eine Chance für sich, diese Situation zu verändern. „Bis zur Machtergreifung Hitlers hat Oppermann nichts publiziert, was seine Begeisterung für den Nationalsozialismus klargestellt hätte, über die verbreiteten ‚völkischen‘ und ‚konservativen‘ Sympathien hinaus. Dies änderte sich sturzbachartig seit 1933. Seit diesem Jahr ist Oppermann, soweit sich dies an publizierten Äußerungen nachweisen lässt, einer der eifrigsten politisierenden Publizisten unter den Altertumswissenschaftlern, bis zum kriegsbedingten Stillstand der Druckerpressen.“<sup>6</sup>

Als an der Universität Freiburg 1934 der Lehrstuhl für Latinistik durch die Entlassung des jüdischen Professors Eduard Fraenkel frei wurde, gab es keine neue Ausschreibung dafür. „Das Karlsruher Ministerium (unter der Federführung des nationalsozialistischen Aktivisten Eugen Fehrle) setzte Hans Oppermann als Vertreter des zur Ruhe gesetzten Prof. Fraenkel ein.“<sup>7</sup>

Malitz schrieb dazu, dass Oppermanns Berufung „sich mit einiger Sicherheit nicht durch seine Publikationen zur römischen Literatur“ erklären ließ. „Dafür war Oppermann schon in Heidelberg einer der ganz wenigen habilitierten Altertumswissenschaftler, der eindeutig Position bezog. Auch die Mitgliedschaft in der SA war im Kreise habilitierter Altertumswissenschaftler die Ausnahme von der Regel.“<sup>8</sup>

Über die Fakultätsgeschichte der Universität Freiburg hieß es in einem Bericht vom 1.8.1945 zur Kenntnisnahme der französischen Militär-Behörden:

„Vor 1933 war in ihren Reihen von einem Eindringen nationalsozialistischer Ideen und von politischen Meinungsverschiedenheiten so gut wie nichts zu bemerken. Einen starken Aufschwung brachte das Jahr 1933, in dem der Philosoph Heidegger Rektor wurde und unter seinen Anhängern in der Fakultät insbesondere bei dem von ihm ernannten Dekan Schadewaldt kräftigste Unterstützung fand. Schadewaldt sorgte bei seinem Weggang nach Leipzig 1934 und beim Abgang des jüdischen Philologen (sic!) Fraenkel unter starker Ausnutzung des Führerprinzips für die Neubesetzung beider Lehrstühle durch radikale Nationalsozialisten (Oppermann und Bogner).“<sup>9</sup>

In Oppermanns Hochschullehrerakte im Bundesarchiv wird deutlich, dass im Wesentlichen die politische Einschätzung Oppermanns eine zentrale Rolle spielte. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass Oppermann „Mitarbeiter in der Kulturwissenschaftlichen Fachschaft der Studentenschaft, Freiburg ist. Sein Einsatz für die wissenschaftlichen und politischen Aufgaben der Fachschaft war in jeder Hinsicht vorbildlich. Kamerad Oppermann hat keine Zeit und keine Mühe gescheut, wenn es galt, seinen Kameraden zu helfen.“<sup>10</sup>

Im Gutachten der NS-Dozentenschaft der Universität Freiburg hieß es:

„Oppermann ist keine kämpferische Natur, aber ein offener und treuer

Mensch. Zur Bewegung steht er positiv. Er bemüht sich ernsthaft, der Probleme Herr zu werden, die unsere Weltanschauung der traditionell zu stark gebundenen klassischen Philologie stellt, sodass er hier als ein wertvoller Helfer im Kampf für die geistige Klärung geschätzt wird.“<sup>11</sup>

Über Oppermann wurde auch ein Gutachten von dem führenden nationalsozialistischen Philosophen und Pädagogen Prof. Alfred Bäumler eingeholt, der vom Institut für politische Pädagogik an der Universität Berlin am 25.7.1935 handschriftlich antwortete:

„Prof. Oppermann, Freiburg, ist ein begabter Kopf, der Einfälle hat und sie gewandt darzustellen versteht. Er muss in wissenschaftlicher Hinsicht zu den ‚Anregern‘ gerechnet werden. Seine pädagogische Wirkung ist gut. Seinem Charakter wird man eine gewisse Wendigkeit nachsagen müssen. Ob die Anpassungsfähigkeit und Geschicklichkeit dieses Mannes hinreichen, ihn zu einem Lehrer der klassischen Sprachen-Literatur im neuen Staat zu machen, kann aus der Ferne nicht beantwortet werden.“<sup>12</sup>

1935 wurde Hans Oppermann zum ordentlichen Professor auf den vertretungsweise von ihm besetzten Lehrstuhl berufen.<sup>13</sup>

Sein Ehrgeiz war damit noch nicht befriedigt. Am 10.4.1940 schrieb er, zu diesem Zeitpunkt als Offizier im Zweiten Weltkrieg, an den Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Bernhard Rust, Nationalsozialist der ersten Stunde und ehemaliger Studienrat für Deutsch und Latein<sup>14</sup>:

„Im Januar 1938 hatte ich die Ehre, Ihnen anlässlich der Abfassung der neuen Lehrpläne für die höheren Schulen einige Gedanken über den Unterricht in Latein vortragen zu dürfen. Das gütige Interesse, dass Sie damals meinen Ausführungen schenkten, ermutigt mich zu einer persönlichen Bitte. Ich bin, wie Sie wissen, Professor für klassische Philologie in der Hauptsache Lateinisch, an der Universität Freiburg/Br. Immer wieder höre ich nun, dass die Absicht besteht, im Generalgouvernement eine deutsche Universität zu errichten. Ich kann mir keine schönere Aufgabe denken, als an einer solchen zu wirken. Aber auch eine andere, meiner Ausbildung oder meinen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, etwa in der Unterrichtsverwaltung des Generalgouvernements o.ä., würde meinen Wünschen entsprechen, die nur das Ziel haben, an einen Posten gestellt zu werden, der größere Leistungen verlangt und verantwortungsvollere Aufgaben stellt, als es bei einem normalen Lehrstuhl der Fall ist. Einige mir bekannt gewordene Fälle veranlassen mich auch, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass ich nicht daran denke, durch eine solche Meldung eine u. k. Stellung zu erreichen. Ich möchte bis zum Siege bei der Truppe und an der Front sein. Aber ich befürchte, wenn ich mit meiner Meldung warte, zu spät zu kommen und eine Möglichkeit zu versäumen, mich mit allen

Kräften an einer besonderen Aufgabe für den Führer und das nationalsozialistische Deutschland einzusetzen. Ich habe deshalb ein entsprechendes Gesuch an das Generalgouvernement Krakau, Abteilung Erziehung und Unterricht, gerichtet. Wenn Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister, dieses Gesuch unterstützen oder mir einen anderen Weg zur Erreichung meines Zieles weisen könnten, wäre ich Ihnen zu tiefem Danke verpflichtet.“<sup>15</sup>

Oppermann, der bis Juni 1941 im Krieg war, zuletzt zum Major befördert, fand die Wertschätzung im Reichsministerium. Rust wies darauf hin, dass Oppermann „bei der Fertigstellung der Richtlinien für den altsprachlichen Unterricht an den höheren Schulen außerordentlich wertvolle Dienste geleistet hat“. Und: „Herr Minister würde es darum allgemein begrüßen, wenn Herr Oppermann in irgend-einer Richtung gefördert werden könnte.“<sup>16</sup>

Dann gab es intern auch noch einen Hinweis der Reichsdozentenführung, die sich dafür aussprach, Hans Oppermann, „der als einer der besten Latinisten einem Ruf an die Universität Posen sehr gern Folge leisten würde“, dafür vorzusehen: „Nach seiner eigenen Angabe erscheint ihm die Aufgabe, gerade hier wirken zu können, besonders lohnend.“<sup>17</sup>

Dies kreuzte sich nun mit der Berufung auf einen Lehrstuhl an der Reichsuniversität Straßburg, wo Oppermann zum 1.8.1941 als ordentlicher Professor berufen worden war.<sup>18</sup>

Rechtzeitig vorher war Hans Oppermann, der bis dahin SA-Mitglied und dort Sturmführer war, mit Antrag vom 30.5.1937 in die NSDAP eingetreten.<sup>19</sup>

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**  
München / Braunes Haus

---

**Ort:** Baden

**Ortsgruppe:** Freiburg-Waldsee **Antrag** 0316

**Stützpunkt:**

(Dieser Name darf nicht verändert werden)

Mittl.-Nr. 4270914

**auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**

Hiermit stelle ich Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Ich bin deutscher Abstammung und frei von Jüdischem oder farbigen Rasseinschlag, gehöre keinem Geheimbund, noch einer feindsigen verbotenen Gemeinschaft oder Vereinigung an und werde einer solchen während meiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht beitreten. Ich verspreche, als treuer Gefolgsmann des Führers die Partei mit allen meinen Kräften zu fördern.

Ich verpflichte mich zur Zahlung der festgesetzten Aufnahmegebühr und des monatlichen, im voraus zahlbaren Mitgliedsbeitrages, der sich für mich aus der Beitragsordnung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ergibt. Außerdem bin ich zur Zahlung eines einmaligen freiwilligen Förderungsbeitrages von ..... Reichsmark bereit.

**Letztlich schreiben!**

**Nr. und Name:** Hans Oppermann

**Beruf oder Art der Tätigkeit:** Univ.-Prof.

**Geburtsdatum:** 13.10.95. **Geburtsort:** Braunschweig

**Freiburg/Br.** **Wohnung:** Gottfried- **Seite Nr. 3**

**Freiburg/Br., 30. Mai 1937**  
Ort und Datum

**Ortsgruppenleiter** **Stützpunktleiter**

**Dr. Hans Oppermann**  
Eigenhändige Unterschrift



Formular über den Eintritt von Hans Oppermann in die NSDAP am 30.5.1937

In seinen Schriften hatte sich Hans Oppermann durchweg nationalsozialistisch profiliert. „Der völkische Gedanke, seit den zwanziger Jahren für Oppermann vertraut, findet sich gleich im Jahre 1933 verschärft zum rassistischen Leitbild. Den Wert des Lateinischen will er vor allem durch die vielfach beschworene Parallele der augusteischen Zeit zur ‚deutschen Gegenwart‘ retten.“<sup>20</sup>

Und das las sich bei Oppermann so:

„Das Rom um die Wende unserer Zeitrechnung ist bewusste Neuschöpfung, durch die der Römer noch einmal dem Chaos Einhalt gebietet und seinen Staat sichert. Daraus folgt, dass die Ähnlichkeit des geschichtlichen Momentes zwischen dem Rom des Augustus und unserer Lage am größten ist. Denn auch für uns handelt es sich um den bewussten Neubau des Staates, der den endgültigen Verfall des deutschen Volkes abwehren soll. (...) Wie die Straßen der Römer, die den Lastwagen des Kaufmanns trugen und den Marschtritt der Legionen spürten, Nord und Süd, Ost und West des Reiches zur Einheit verbanden, so durchziehen die Straßen Adolf Hitlers unser Vaterland von Flensburg bis Innsbruck, von Köln bis Königsberg und Wien.“<sup>21</sup>

Hans Oppermann wurde im Laufe der Zeit immer stärker zum NS-Propagandisten, so etwa in einem Beitrag des Jahres 1939 über die gymnasiale Bildung:

„Ob wir schließlich auf den großen Abwehrkampf schauen, in dem wir selber stehen, und bei dem es darum geht, von den Fluren Europas die Vernichtung durch den asiatischen Bolschewismus, die Zersetzung durch das asiatische Judentum abzuwehren – immer handelt es sich in diesem Ringen darum, Werte, die unsere Werte sind, zu verteidigen gegen die Bedrohung durch Mächte, die den Tod und den Untergang dieser Werte wollen.“<sup>22</sup>

Oppermann ließ Zitate aus Hitlers „Mein Kampf“ in seine Texte einfließen und wurde zum Hitler-Apologeten:

„Denn was sich im November 1918 im Lazarett zu Pasewalk abspielte und in ‚Mein Kampf‘ mit den schlichten Worten ausgesagt wird: ‚Ich aber entschloss mich, Politiker zu werden‘, – es ist nichts anderes als das Aufbrechen solchen Auftrages in der Brust des großen Menschen. Woher nähme auch ein Mensch die Kraft, solche Aufgaben zu erkennen, zu tragen und durchzuführen, wenn nicht von oben?“<sup>23</sup>

Hans Oppermann verdiente sich die Unterstützung des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes durch propagandistische Aussagen in der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, in der er 1942 schrieb:

„Als besonders lebendiger und zukunftsweisender Versuch müssen hier ferner die Wissenschaftslager genannt werden, die der NS-Dozentenbund seit etwa zwei Jahren auf den verschiedensten Fachgebieten veranstaltet. In ihnen sind alle Voraussetzungen gegeben, die solche Gemeinschaftsarbeit erfordert. Das gemeinsa-



me Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung schafft von vornherein das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Kameradschaft, ohne die solche Arbeit unmöglich ist. Es ist das beglückende Bewusstsein, wie es etwa der Soldat an der Front kennt, der sich in der Schlacht in die Reihe derer eingliedert hat, die sich vorkämpfen.“<sup>24</sup>

Hans Oppermann ging weit über das hinaus, was ein Wissenschaftler in der NS-Zeit möglicherweise glaubte, an sprachlichen und nationalsozialistischen Wendungen und Zitaten in seinen Schriften unterbringen zu müssen, die er veröffentlicht haben wollte.

Jürgen Malitz schrieb dazu:

„Was Oppermanns Publikationen der Kriegsjahre von den Veröffentlichungen anderer Gelehrter im Bereich der Altertumswissenschaft, die durchaus dem Zeitgeist huldigten, immer noch unterscheidet, ist die Bereitschaft, als ‚Fachwissenschaftler‘ das Vokabular der offiziellen Judenhetze unverkürzt zu übernehmen.“<sup>25</sup>

Malitz stellte fest, dass Oppermann Mitglied der ‚Reichslehrgemeinschaft Rosenberg‘ gewesen war und von Parteistellen als einer der wenigen nationalsozialistischen Altertumswissenschaftler bezeichnet wurde. „So war es kein Zufall, dass man sich bei der Suche nach einem Autor für ein Pamphlet über das antike Judentum an ihn gewandt hat. Im Herbst 1943 erschien, ‚Nur für den Dienstgebrauch!‘, das Heft 22 der ‚Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP‘ mit dem von einer Rune hinterlegten Titel ‚Der Jude im griechisch-römischen Altertum‘.“<sup>26</sup>

Und so hieß es in dem Heft:

„Der Hass der Juden gegen den Römer ist der angeborene Hass des Parasiten gegen die staatliche Ordnungsmacht, der Hass einer sozialen Rasse gegen die mächtige Ordnung, die der römische Staat verkörpert, erwachsen aus dem sicheren Gefühl, dass der Jude nur da, wo der Staat schwach ist, sein Leben voll entfalten kann.“<sup>27</sup>

Malitz resümierte über die wissenschaftliche Produktion Oppermanns von 1933 bis 1945:

„Manch anderer versuchte, die Wissenschaft vom Altertum dem nationalsozialistischen ‚Geist‘ verfügbar zu machen; Oppermann ist aber der einzige, der auch als ‚Wissenschaftler‘ die Sprache der Täter benutzt hat.“<sup>28</sup>

Hans Oppermann war also seit 1941 ordentlicher Professor für klassische Philologie (Latein) an der neu eröffneten Universität Straßburg.

Das Stadtmuseum Straßburg schrieb über die Zeit der deutschen Besatzung:

„Nachdem die Wehrmacht am 1. September 1939 Polen angegriffen hatte, erklärten die französische und britische Regierung Deutschland am 3. September

1939 den Krieg. In Straßburg ereignete sich dann etwas Spezielles, weil Straßburg Grenzstadt war: Straßburg wurde vom September 1939 bis Juli 1940 evakuiert. 100.000 verließen die Stadt in die Dordogne und in die Stadt Limoges. Der Rat wurde nach Périgueux verlegt. Die Straßburger Universität wurde in die Stadt Clermont-Ferrand evakuiert. Auch die gesamte Universitätsbibliothek wurde ausgelagert, aber nach der Nazi-Besetzung von Straßburg dann ab Juli 1940 requiriert. Dies provozierte bei ehemaligen Studenten und Professoren einen großen Widerstand, und einige von ihnen wurden erschossen.

Im Juni 1940 besetzten deutsche Truppen dann die Stadt. Und während der Nazi-Besetzung wurden alle Elsässer als Deutsche betrachtet und in die Wehrmacht eingezogen. Viele verweigerten den Militärdienst und verschwanden in Frankreich im Untergrund.

Nun unter dem Nazi-Regime war es nur deutsch gesinnten Elsässern erlaubt, nach Straßburg zurückzukehren.

Den französisch gesinnten Straßburgern wurde die Rückkehr verboten und ihr Besitz in Straßburg wurde von der Nazi-Verwaltung konfisziert. Die französischen Denkmäler (Marseillaise, Kléber, Jeanne d'Arc und Kellerman) wurden abgerissen und durch Nazi-Denkmäler ersetzt. Auch einige Straßennamen wurden geändert. Deutsch gesinnte Straßburger konnten ihren Namen in eine deutsche Version umändern lassen. Das Ziel des Nazi-Regimes war die Ausrottung der französischen Sprache, was auch mit der Einführung des deutschen Schulsystems so betrieben wurde. Die Synagoge wurde 1940 in Brand gesteckt und 1941 abgerissen. Alle Bewohner mussten ihre Abstammung beweisen, dass sie keine Juden waren. Das Nazi-Regime führte dabei immer die normale Propaganda für die Hitler-Jugend, für den Bund Deutscher Mädels und für die Wehrmacht durch. Am Ende wurde die Bevölkerung dann moralisch verpflichtet, bei ‚Sammlungen‘ all ihre Wertsachen abzugeben. Gleichzeitig waren elsässische Soldaten an der Ostfront in deutsche Truppenteile integriert (bei einem Anteil von maximal 15 Prozent). Ab 1942 wurden die Familien, von denen jemand den Wehrdienst bei der Wehrmacht verweigert hatte, mit Sippenhaft bestraft und nach Polen deportiert. Dies betraf 2,7 Prozent der Straßburger Bevölkerung.“<sup>29</sup>

Auch über die Universität Straßburg und ihre Professorinnen und Professoren informierte das Stadtmuseum Straßburg:

„An der Straßburger Universität durfte ab 1940 kein französischer Professor mehr arbeiten, sondern es wurden alles neue deutsche Professoren angestellt. Die französischen Professoren wurden in Konzentrationslager deportiert und dort zur Arbeit an Hochtechnologie gezwungen. Gleichzeitig arbeiteten die Nazi-Professoren in Straßburg mit einem Teilchenbeschleuniger – der später dann von den Fran-

zosen ‚übernommen‘ wurde. Im Konzentrationslager Natzweiler-Struthof führten die Nazi-Professoren von Straßburg Menschenexperimente an Juden und Zigeunern durch. Viele französisch gesinnte Straßburger landeten von Limoges aus in der Widerstandsbewegung (Résistance).“<sup>30</sup>

Hans Oppermann hatte beim Reichsministerium ersucht, im Generalgouvernement Krakau eingesetzt zu werden – nun wurde es nicht der Osten, sondern der Westen. Es blieb dann allerdings keine lange Zeit des Wirkens. „Alliierte Bombardements zerstörten Teile des Stadtzentrums am 11. August und 25. September 1944. Und nach der alliierten Besetzung Straßburgs kamen deutsche Gegenangriffe mit neuen Bombardements – bis 1945.“<sup>31</sup>

Inzwischen hatten die meisten Professoren der „Reichsuniversität Straßburg“ die Stadt verlassen. Der eingesetzte deutsche Rektor, der Augenheilkundler Prof. Karl Schmidt, „amtierte bereits im Januar 1945 von Tübingen aus. Oppermann war offenbar der einzige Straßburger Ordinarius, der die Stadt nicht ‚rechtzeitig‘ verlassen hat.“<sup>32</sup>

Nach eigenen Angaben war Hans Oppermann von französischem Militär 1944 verhaftet worden und bis Ende 1945 in Frankreich „zivilinterniert“.<sup>33</sup>

Anschließend kehrte er nach Deutschland zurück und lebte seitdem in Wolfenbüttel.<sup>34</sup>

Oppermann war sicherlich bewusst, dass er mit seiner Belastung keine unmittelbare Chance hatte, wieder an einer deutschen Universität berufen zu werden. Nach eigenen Angaben beschäftigte sich Oppermann in der Folgezeit mit dem Dichter Wilhelm Raabe, der mehrere Jahre in Wolfenbüttel und in Oppermanns Geburtsstadt Braunschweig gelebt hatte. „Ich bearbeitete im Auftrage der wissenschaftlichen Gesellschaft Braunschweig mehrere Werke Wilhelm Raabes textkritisch und schrieb die dazugehörigen Kommentare und Einleitungen, ich besorgte die Neuauflage der Raabe-Biografie von Fehse, die jetzt in Druck geht, und bin mit der Bearbeitung verschiedener lateinischer Autoren für Schulzwecke beschäftigt, von denen der Vergil soeben abgeschlossen ist und in diesem Sommer erscheinen soll.“<sup>35</sup> Oppermann lebte davon und gab zudem Privatunterricht. Er war verheiratet mit Ella Oppermann, geb. Borchers, und hatte einen Sohn, Thomas Oppermann, geboren 1931 in Heidelberg.

Am 13.3.1949 war dann der Zeitpunkt gekommen, mit der Hamburger Schulbehörde Kontakt aufzunehmen. Oppermann schrieb handschriftlich:

„Wie ich durch Zufall höre, ist in Hamburg Bedarf für Studienräte. Ich erlaube mir die Anfrage, ob diese Information richtig ist, und ob eine Bewerbung meinerseits Aussicht auf Erfolg haben würde. Ich war zuletzt 1941–1944 als ordentlicher

Professor für klassische Philologie (Latein) an der Universität Straßburg tätig. Bei der Besetzung Straßburgs 1944 wurde ich gefangen und war bis Ende 1945 als Zivilinternierter in Frankreich.“<sup>36</sup>

So formulierte er den Einstieg. Oppermann war Flüchtling und es gab keinen Hinweis auf einen nationalsozialistischen Hintergrund für diese Internierung. Weiter schrieb er: „Nach Deutschland zurückgekehrt, erhielt ich einen Forschungs-Auftrag der Braunschweiger Wissenschaftlichen Gesellschaft für die von ihr veranstaltete Raabe-Ausgabe. Da deren Mittel seit der Währungs-Reform beschränkt sind, suche ich eine andere geeignete Tätigkeit. Mein 1947 eingeleitetes Entnazifizierungsverfahren hat die Einstufung als Entlasteter (Kategorie V) ergeben.“<sup>37</sup>

Auch das war strategisch klug gewesen. Oppermann hatte sich erst 1947 um seine Entnazifizierung bemüht, fern von vorherigen Wirkungsstätten, dort, wo er nach 1945 heimisch geworden war, wahrscheinlich mit Rückmeldungen aus dem Umfeld der Braunschweiger Wissenschaftlichen Gesellschaft. Was sollte einem Engagement in Hamburg entgegenstehen?

Hans Oppermann hatte seine Berufsbiografie umrissen, dabei auch seine Unterrichtspraxis in der Zeit von 1922 bis 1925 dargestellt und seine Veröffentlichungen reduziert auf Bücher über Caesar 1933 und Vergil 1938. Er schrieb: „Bei meinen wissenschaftlichen Arbeiten habe ich besonders auch den Anforderungen der höheren Schule zu dienen versucht. Viele meiner Veröffentlichungen dienen diesem Zwecke und haben, wie ich aus Schulkreisen oft gehört habe, diese Aufgabe erfüllt.“<sup>38</sup>

Und Oppermann konnte noch unter PS ergänzen: „Die, wie ich höre, für Hamburg besonders schwierige Zuzugsfrage lässt sich für mich leicht lösen, da ich die Möglichkeit habe, bei Verwandten zusätzlich zu wohnen.“<sup>39</sup>

Ihm antwortete Oberschulrat Heinrich Schröder, der für Personalversorgung der höheren Schulen zuständig war und der ihm am 25.3.1949 mitteilte, dass ein Bedarf an Lehrkräften mit der Lehrbefähigung in den alten Sprachen bestehe. „Ich bin deshalb nicht abgeneigt, Ihrer Bewerbung näher zu treten.“<sup>40</sup> Oppermann solle seine Bewerbungsunterlagen einreichen, Schröder sei an einer persönlichen Unterredung interessiert und stellte in Aussicht, „dass der Eintritt in den Schuldienst gegebenenfalls sofort nach den Osterferien erfolgen könne“.<sup>41</sup>

So geschah es dann auch, Oppermann wurde eingestellt und OSR Schröder schickte ihn an das Christianeum, die Schule, an der Schröder selbst gearbeitet und auch Latein unterrichtet hatte.

Nach zwei Jahren schrieb der dortige Schulleiter Gustav Lange ein Kurzgutachten über Oppermann, das ihm bescheinigte, sich „als ein hervorragend tüchtiger Lehrer und Jugenderzieher bewährt“ zu haben. „In unzähligen Gesprächen habe ich den Eindruck gewonnen, dass er die Abkehr von einer Ideenwelt, der er

verhaftet war, aus innerer Überzeugung vollzogen hat und den neuen Staat auch mit dem Herzen bejaht.“<sup>42</sup>

Daraufhin erfolgte ein Ernennungsvorschlag zum Studienrat, den Senator Landahl am 10.7.1952 vorlegte, in dem, zu diesem Zeitpunkt noch obligatorisch, unter Punkt 4 auch „frühere Zugehörigkeiten zur NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“ vermerkt wurden: „NSDAP 1937, SA 1933, NSDoB 1937, NSV 1933“ und, unter 4b, Ämter und Funktionen: „SA: Sturmführer“.<sup>43</sup>

Zur Begründung wurde festgestellt:

„Prof. Dr. Oppermann ist ein Wissenschaftler von Rang, der auch als Lehrer am Christianeum zu ausgezeichneten Ergebnissen kommt. Er spricht Kraft seiner Persönlichkeit die Schüler an. Aber das pädagogische Streben und Arbeiten ist auch ein bewusstes, echtes Anliegen Prof. Oppermanns. So hat er große Freude an seiner Arbeit in der Schule. Aus dieser Grundhaltung erklärt sich sein erzieherischer Erfolg, der unterrichtliche Erfolg aus beidem: seinen wissenschaftlichen Qualitäten und seiner Grundhaltung.“<sup>44</sup>

Diese Begründung war in der Vorlage unterzeichnet worden von Hans Wegner, Altphilologe, der seit 1946 Oberstudiendirektor am Johanneum gewesen war und, nachdem Oberschulrat Heinrich Schröder überraschend 1951 starb, in die Schulbehörde wechselte.<sup>45</sup>

Schon drei Jahre später, im April 1954, wurde Hans Oppermann zum neuen Oberstudiendirektor des Johanneums bestellt. Wahrscheinlich war auch hier Hans Wegner die treibende Kraft gewesen, genauso wie er dafür sorgte, dass der Altphilologe und Hochschullehrer der NS-Zeit, Prof. Franz Bömer, als Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums bestellt wurde.<sup>46</sup>

Ich vermute, dass Wegner nicht über alle Details der Veröffentlichungen Oppermanns in der NS-Zeit informiert war. Ähnlich wie bei Bömer am Wilhelm-Gymnasium, ging es Wegner darum, nach den unruhigen Leitungszeiten am Johanneum nach seinem Übertritt in die Behörde, eine überzeugende Führungspersönlichkeit an die Spitze des Johanneums zu stellen. Unterstützt wurde er dabei sicherlich von dem leitenden Oberschulrat für die höheren Schulen, Dr. Hans Reimers<sup>47</sup> und dem neuen Schulsenator des „Hamburg-Blocks“, der die SPD in Hamburg im Senat abgelöst hatte. Senator Prof. Hans Wenke, selbst in der NS-Zeit im Wissenschaftsbereich tätig, langjähriger Schriftleiter der renommierten pädagogischen Zeitung „Die Erziehung“ in der NS-Zeit, dürfte Oppermann aus dieser Zeit möglicherweise gekannt haben, zumindest war die NS-Belastung für Wenke kein Hinderungsgrund, der Berufung von Oppermann zuzustimmen.<sup>48</sup>

Hans Oppermann fand offenbar schnell die Akzeptanz des Kollegiums des Johanneums. Bereits ein Jahr nach seiner Bestellung stimmte die Lehrerkonferenz

darüber ab, „ob Oppermann mit der endgültigen Leitung der Schule betraut werden soll“. Uwe Reimer nannte das Abstimmungsergebnis: „34 Stimmen dafür, drei Stimmen dagegen, vier Stimmenthaltungen, eine Stimme ungültig. Mit diesem Ergebnis im Rücken ließ sich arbeiten.“<sup>49</sup>

Über die Haltung und den Amtsantritt von Hans Oppermann, zu diesem Zeitpunkt bereits 58-jährig, schrieb Uwe Reimer:

„Welchen Gesinnungswandel Oppermann in den neun Jahre nach Kriegsende offenbar vollzogen hatte, wird in seinen öffentlichen Äußerungen augenfällig. Das war kein bekennender Nationalsozialist mehr, der Gefolgschaft einforderte, sondern ein freundlich, verbindlicher älterer Herr, Humanist natürlich, der Tradition verpflichtet, passgenau für das Johanneum qualifiziert. Gleich in seiner Antrittsrede hebt er hervor, wie nahe er, der von weit her kam, dem Johanneum, dieser ‚althehrwürdigen Schule‘ im Grunde sei. Er sei selber Schüler einer ‚Bugenhagenschule‘ gewesen, außerdem habe sein Sohn ‚vor wenigen Jahren‘ am Johanneum das Abitur gemacht. Seine ‚stärkste Beziehung zum Johanneum‘ gründe sich aber auf die Freundschaft mit Wilhelm Sieveking, also mit jenem Manne, der nach dem Krieg der erste Schulleiter des Johanneums gewesen war; die Freundschaft habe ‚seit unseren gemeinsamen Studienjahren‘ bestanden. Bei den Kollegen, die 1945 bereits am Johanneum tätig waren und die Sieveking kannten, wird dies gut angekommen sein. Kontinuität schien garantiert. Er wolle, sagte Oppermann, die Schule im Sinne seiner Vorgänger leiten – ‚im Sinne Wilhelm Sievekings, im Sinne Hans Wegners‘.“<sup>50</sup>

Auch Reimer verweist darauf, dass Oppermann „keine Versprechungen, in welche Richtung sich die Schule weiter entwickeln sollte“, machte. Er gab ein Bekenntnis zum „überragenden Wert der humanistischen Erziehung“ ab:

„Indem sie zu den griechischen und römischen Ursprüngen unserer abendländischen Kultur zurückführt, weiß sie aus diesen Ursprüngen immer wieder Antworten auf die Probleme und Fragen zu entbinden, die mit jeder Generation neu und in immer wechselnden Formen gestellt werden.“<sup>51</sup> Eine Formel, die Oppermann in den Folgejahren noch vielfältig variierte, wie Reimer, in Kenntnis der Schulgeschichte, feststellte. Und kritisch merkte Uwe Reimer, der sich auch intensiv mit den Schriften Oppermanns in der NS-Zeit beschäftigt hatte, an:

„Der antihumanistische Polemiker der NS-Zeit (‚verhängnisvolles Erbe‘) war zum Humanismus-Freund mutiert. Dass er sich damit für seine nationalsozialistischen Ausfälle einen Freibrief ausstellte, ist schon ein bemerkenswerter Kunstgriff. Wenn jede Generation andere Antworten in der Antike finden darf, dann war seine Generation eben mit der Entdeckung des ‚nordischen Menschen‘ und des ‚jüdischen Parasiten‘ an der Reihe gewesen. Ein Relativismus, der der Zuhörerschaft in der Aula des Johanneums nicht klar gewesen sein dürfte.“<sup>52</sup>

Uwe Reimer konnte aber auch nach zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen Schülern des Johanneums über persönliche Stärken von Schulleiter Hans Oppermann Auskunft geben:

„Oppermann ‚regierte‘ die Schule mit leichter Hand. Neben dem hohen Ton, den er bei Reden anzuschlagen pflegte, hatte er noch eine andere Seite: den Humor. Das gab ihm eine Souveränität, die anderen fehlte. Die Anekdoten sind zahlreich und gut verbürgt. Zu Oberstufenschülern mit Funktion sprach er gewissermaßen von ‚Mann zu Mann‘. Zu Schulsprechern sagte er: ‚Meine Tür ist immer offen für Sie.‘ Einer berichtete: ‚Er sei häufiger zum Gespräch bei Oppermann, und sie hätten dann gemeinsam Tee getrunken und über die Ostzonenhilfe gesprochen und über die Dankesbriefe, die sie erhalten hatten, auch über die mangelhafte Heizung und die ‚desaströsen sanitären Anlagen‘. Sorgen und Nöte der Schülerschaft seien kaum angesprochen worden.“<sup>53</sup>

Autorität und ein pädagogisches Gespür: „Wenn Oppermann durchs Gelände ging, war das immer ein Ereignis: in Schräglage, mit den Armen rudernd, eilte er über die Flure. Dieser etwas komische Auftritt änderte nichts daran, dass er eine höchst respektierte Person war. Auch den jüngeren Schülern, die ja einen ausgeprägten Blick für Schwächen haben, imponierte er. ‚Wenn er dann in eine fremde Klasse ging, aus der Lärm drang, dann stellte er sich vorne hin, guckte böse, da dachten die, nun passiert irgendwas Schlimmes, da sagte er, ganz leise: ‚Ihr müsst auch still sein, wenn Oppermann nicht kommt.‘ Das funktionierte.“<sup>54</sup>

Uwe Reimer stellte fest, dass „Oppermann selbst vor derbem Humor nicht zurückschreckte und auch Selbstironie zu seinem Repertoire gehörte. „Sein eigener Unterricht war improvisiert, war eher ‚Türschwellenpädagogik‘ als durchgeplant. Ein ehemaliger Schüler erinnert sich: ‚Er hatte kein festes Programm für die Stunde, nahm möglichst jede Anregung aus der Klasse auf und führte falsche Antworten mit halsbrecherischer Gewandtheit ins Ziel. Er verstand manchesmal einen ungeschickten Schüler besser als dieser sich selbst. Aus Schülersicht brachte Oppermann noch eine weitere dankenswerte Eigenschaft mit, die ihn beliebt machte: Er schloss die Stunde pünktlich auf die Minute und nahm auch kurz vor dem Klingeln keinen größeren Abschnitt mehr in Angriff.“<sup>55</sup>

Uwe Reimer berichtete auch von einer großen Feier am 24.5.1954, dem 425ten Gründungsdatum des Johanneums, die in der Aula mit großer Beteiligung der Hamburger Prominenz stattfand. Unter ihnen der Erste Bürgermeister, Kurt Sieveking, der dem Johanneum als Abiturient des Jahrgangs 1914 eng verbunden war und ein Grußwort hielt. Außerdem waren Schulsenator Hans Wenke, der Altphilologe Bruno Snell als Prorektor der Universität und der ehemalige Schüler Hjalmar Schacht, der in der NS-Zeit Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsmi-

nister gewesen war, anwesend. Oppermann, erst sechs Wochen im Amt, hielt die Festrede, und lief gleich zu großer Form auf. „Es schien, als hätte er niemals etwas anderes gemacht, als Festreden zu Schuljubiläen zu halten“:

„Es liegt im Wesen der Schule, dass ihre Wirkung über sie hinaus weist. Ihre eigentlichen Erfolge und Misserfolge treten erst zu Tage, wenn die Schulzeit längst vergangen ist. Die wichtigsten Wirkungen der Schule und ihres Unterrichts vollziehen sich in Tiefen, die auf so direktem Wege überhaupt nicht sichtbar gemacht werden können. Sie verlangt zur Entfaltung Ruhe, Stetigkeit und Zeit. Der echte Lehrer weiß, wie sehr seine Tätigkeit der des Sämanns gleicht. Er kann den Samen austreuen, kann die zarten Pflanzen hegen und pflegen – wie und was sie tragen, steht in Gottes Hand, und die Früchte pflückt nicht er, sondern andere.“<sup>56</sup>

Der Kern der Rede war aber etwas anderes, Oppermanns Anliegen waren die Opfer des Weltkrieges. Reimer schreibt dazu:

„Wer sich nicht sicher gewesen war, ob Oppermann seine braune Vergangenheit hinter sich gelassen hatte, konnte beruhigt sein: hier stand kein unverbesserlicher Nazi am Rednerpult, hier war jemand, der den Opfer-Begriff weit fasste, also nicht auf die Toten des Schlachtfeldes beschränkte, und die ‚Katastrophe des letzten Krieges‘ in einen überzeitlich-philosophischen Kontext zu setzen vermochte: ‚Wenn wir heute der Toten gedenken, die dem politischen und militärischen Geschehen des letzten Vierteljahrhunderts zum Opfer fielen, so können wir uns nicht auf die beschränken, die den Schlachtentod gestorben sind. Zu ihnen treten die Opfer, die die Zivilbevölkerung im Bombenkrieg gebracht hat, zu ihnen gehören die, die politische Verfolgung in den Lagern dahinraffte, zu ihnen werden viele gehören, die in den weiten Ebenen des Ostens verschollen sind und von deren Schicksal bisher keine Kunde zu uns drang, ja auch den, der sich der ungeheuren Belastung seelisch nicht mehr gewachsen fühlte und der freiwillig den Weg in das Dunkel wählte, werden wir zu den Opfern rechnen müssen, die unsere chaotisch erschütterte und erschütternde Zeit gefordert hat.“<sup>57</sup>

Zu Recht stellte Uwe Reimer dazu fest:

„Dennoch: wie Oppermann redet, ist entlarvend. Dichterisch-ungenau wird, statt von NS-Diktatur, von ‚politischem und militärischem Geschehen‘ gesprochen, von ‚chaotisch erschütterter Zeit‘, die Rede ist vom ‚Schlachtentod‘, von den ‚weiten Ebenen des Ostens‘, nicht vom Überfall auf die Sowjetunion; vom ‚Schicksal‘ wird geraunt, von dem keine ‚Kunde zu uns dringt‘; in den Lagern ‚rafft‘ die ‚politische Verfolgung‘ die Opfer ‚dahin‘, von den SS-Schergen in den KZs wird geschwiegen; und aus dem Freitod Verzweifelter wird der ‚Weg ins Dunkel‘. Das Skandalon ist die Anonymisierung: Ross und Reiter werden nicht genannt, die eigentlichen Täter umgangen. Ist das Verdunklungsabsicht oder Unfähigkeit? Dieser Abschied



von der Wirklichkeit zeigt jedenfalls, wie bruchlos der Übergang von der NS- in die Nachkriegszeit möglich war.“<sup>58</sup>

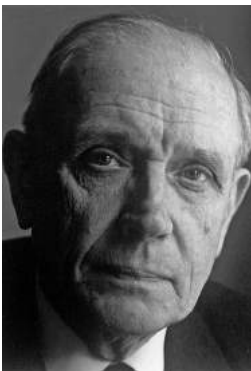
Hans Oppermann hielt noch viele Reden am Johanneum. Dafür gab es mannigfache Anlässe. „Oppermanns Reden waren ungewöhnlich. Es war nicht der Typus der launig zurückblickenden Festrede, den er bediente, sondern das akademische Kolleg: Er dozierte. Keine Rede dauerte weniger als 60 Minuten, im Gegenteil, die Aufmerksamkeit des Publikums war meist länger als eine Stunde gefordert.“<sup>59</sup>

Uwe Reimer resümierte:

„Dass sich Oppermanns Denken im Laufe seiner Jahre am Johanneum entwickelt hätte, lässt sich, trotz der Vielfalt der behandelten Themen, nicht sagen, und es wäre eine Überraschung, wenn es anders gewesen wäre. Nachdrücklich inszenierte er sich in der Rolle, in der er ja auch tatsächlich gesehen wurde: als Repräsentant der Schule. Seine Reden, bedeutungsschwer und zugleich spielerisch leicht, waren eine Demonstration: Er, so die Botschaft, verkörperte, wozu die Bildung, die an dieser Schule vermittelt wird, befähige. Oppermanns Exkurse in die abendländische Kultur- und Geistesgeschichte, so erinnern sich Ehemalige, vermittelten das Gefühl, dass hier jemand sprach, der besser als alle anderen wusste, wozu man eigentlich sieben bzw. neun Jahre auf dem humanistischen Gymnasium verbracht hatte.“<sup>60</sup>

Hans Oppermann hatte also eine gute und praktikable Alternative zum akademischen Betrieb gefunden, der für ihn nach 1945 nicht ohne Weiteres wieder erreichbar gewesen war. Zudem war es ihm möglich, weiter wissenschaftlich zu arbeiten und zu publizieren. Er reiste zu Vorträgen, zum Beispiel im September 1955, zu einem Vortrag in die evangelische Akademie Loccum, wo er über den „sozialen

Charakter des Gewissens“ sprach.<sup>61</sup>



Hans Oppermann, 1954

Die Behörde gewährte Dienstbefreiung, wie vielfach in seiner Personalakte dokumentiert. Hans Oppermann war durch die Arbeit an der Schule nicht so sehr belastet, als dass er nicht noch über das Pensionsalter hinaus tätig sein konnte. Am 31.3.1961 wurde er dann in den Ruhestand geschickt.<sup>62</sup>

Am Ende seiner Dienstzeit bemühte sich Oppermann darum, als entpflichteter Hochschullehrer anerkannt zu werden, was ihm ermöglichte, weiter als solcher zu arbeiten und zu publizieren. „Ich weiß nicht einmal, ob er eine Entlassungsurkunde bekommt“, sagte Oberschulrat Wegner.

Wissenschaftliche Arbeit für die alten Sprachen, auch an der Hamburger Universität, werde den Ruhestand „des beliebten Professors“ ausfüllen. „Professor Oppermann wechselt ja praktisch nur sein Wirkungsfeld“, schrieb das „Hamburger Abendblatt“<sup>63</sup>.

„Die Welt“ würdigte Oppermann ebenfalls, als er in den Ruhestand trat. „Wir als seine Schüler wollen ihm bescheinigen, dass er mit ganzem Herzen bei der Sache war, und wir wollen ihm dafür danken.“ Ohne Frage lassen die Schüler diesen Mann der sieben Jahre das Geschick des berühmten Hamburger Gymnasiums leitete und dessen Ziel es stets war, Wissenschaft und lebendige Pädagogik zu verbinden, sehr ungern gehen. Große Gestalten aus dem Reich der Geschichte und des Geistes haben Professor Oppermann immer begleitet: die Antike in ihren Dichtungen und archäologischen Zeugnissen und – Wilhelm Raabe. Sicher darf man sich noch auf weitere Bücher und Artikel aus der Hand des Gelehrten freuen. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sieht Professor Oppermann dem Ende seiner ‚Schulzeit‘ entgegen. Er wird befreit sein von allen organisatorischen Zutaten, viel mehr Zeit für seine wissenschaftliche Arbeit haben. Vielleicht wird er Zeit finden für Reisen ins Land der Antike. Aber seine kleinen und großen Johanni-ter werden ihm sehr fehlen.“<sup>64</sup>

Und als Hans Oppermann 70 Jahre alt wurde, feierte ihn das „Hamburger Abendblatt“ mit der Überschrift: „Großer Humanist. Professor Oppermann wird 70“.

Im Text hieß es: „Sich für die humanistische Bildung aktiv einzusetzen, ist dem Professor Herzenssache. Gerade die Massengesellschaft kommt seiner Überzeugung nach nicht ohne das griechische und römische Geistesgut, den Kern aller europäischen Kultur, aus.“<sup>65</sup> Und dann werden seine beruflichen Stationen aufgezählt, die mit der Leitung des Johanneums enden und in der ein paar Jahre vor 1949 ausgespart wurden.

Der Altphilologe Prof. Jürgen Malitz kam in seinem Beitrag über Prof. Hans Oppermann zu einem anderen Resümee:

„Die gewiss unstrittigen Verdienste Oppermanns als Leiter des Johanneums gehen aus den Würdigungen zum Ende seiner Dienstzeit hervor und können hier nicht thematisiert werden. Wenn er, bis 1945 im Kreis der ‚Reichslehrgemeinschaft Rosenberg‘ der selbsternannte Ideologe einer nationalsozialistischen Altertumswissenschaft, in der Nachkriegszeit dann ein ausgezeichnete Gymnasialdirektor geworden ist, so berührt dies die Fragestellung dieses Beitrags nur mittelbar; aber beunruhigend ist es schon.“<sup>66</sup>

Hans Oppermann starb am 28.8.1982.<sup>67</sup>

## **Nachtrag**

Auch nach Fertigstellung der Biografie Oppermann ließ es mir keine Ruhe und es blieb unbefriedigend, keine Hinweise über das Entnazifizierungsverfahren in seinem

Falle vorliegen zu haben. Ich probierte es noch einmal beim Niedersächsischen Landesarchiv am Standort Wolfenbüttel, wohin Hans Oppermann nach 1945 gezogen war. Und in der Tat gibt es dort eine Entnazifizierungsakte, in die ich Einsicht nahm. Dabei stellte sich heraus, wie trick- und erfolgreich Oppermann vorgegangen war.

Der Impuls für die Entnazifizierung kam vom Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig am 25.11.1947. Er schrieb an die Militärregierung Niedersachsen, Braunschweig-Land:

„Es wird bei mir beantragt, Herrn Prof. Dr. Oppermann einen Lehrauftrag für ‚Antike Geschichte‘ zu erteilen. Anliegend überreiche ich vier Fragebögen der Militärregierung mit der Bitte, die politische Überprüfung des Herrn Prof. Dr. Oppermann durch den Landesentnazifizierungsausschuss für Lehrer in Braunschweig zu veranlassen und mir das Ergebnis der Überprüfung bekanntzugeben.“<sup>68</sup>

Anlass war also ein bloßer Lehrauftrag, es ging nicht um eine Einstellung und um keine Stellen-Besetzung. Also ein sehr „niederschwelliges“ Verfahren.

Oppermann hatte den Fragebogen ausgefüllt und dabei seine SA-Mitgliedschaft angegeben. Seine Strategie war, diese SA-Aktivität wie eine Art Tarnung zu begründen. Oppermann erklärte am 21.11.1947:

„Bis 1933 stand ich in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Bei der Reichstagswahl im März 1933 habe ich Deutsche Staatspartei gewählt. Diese meine politische Einstellung, die ich auch als Vorsitzender der Heidelberger Nichtordinarien-Vereinigung vertreten hatte, war in Heidelberg bekannt und meine Stellung infolgedessen nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus war gefährdet. Unter diesen Umständen konnte ich mich einer Aufforderung, in die SA einzutreten, die im Sommer 1939 an mich erging, nicht entziehen. In die NSDAP wurde ich 1937 ohne Zutun von meiner Seite aufgenommen.“<sup>69</sup>

Oppermann behauptete dann weiter, dass seine Aktivitäten in der SA lediglich in der „Teilnahme an Kameradschaftsabenden bestanden“ hätten.<sup>70</sup>

Wie sollte man das in Wolfenbüttel nachprüfen, zumal die Universität Straßburg mittlerweile in Frankreich lag.

Die Seriosität von Prof. Oppermann wurde von Professoren seiner Wirkungsorte bestätigt. Der ehemalige Kollege an der Universität Straßburg, Prof. Adalbert Erler bezeugte am 4.10.1946, „dass Prof. Oppermann ein politisch völlig uninteressierter Gelehrter gewesen ist, der lediglich seiner Wissenschaft lebte. Ich hatte von ihm den Eindruck eines Menschen, der sich aus dem Elend und der Trostlosigkeit der damaligen Gegenwart in eine reine und höhere Welt der Vergangenheit zurücksehnte und darin Trost fand. Demgemäß waren nicht nur seine Kollegs, sondern auch seine engsten Arbeitskreise getragen vom Geiste sachlicher Wissenschaft. Ich habe nicht einmal erlebt, dass Herr Prof. Oppermann in Kollegs, Seminaren oder

privaten Unterhaltungen politische Themen angerührt hätte. Dass er Parteigenosse gewesen ist, habe ich erst heute zu meiner Überraschung von ihm erfahren.“<sup>71</sup>

Was Erler nicht schrieb, war, dass er selbst 1940 in die NSDAP eintrat, Autor des Werkes „Friedlichkeit und Werwolfsglaube“ war und ab 1941 außerordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Rechtsgeschichte sowie des Instituts für Gemeinschaftsrecht der NS-Kampfuniversität Straßburg war.<sup>72</sup>

Dann hatte auch Prof. Hans Bogner sich für Hans Oppermann verwendet. Bogner, enger Vertrauter von Oppermann aus Freiburger Universitäts-Tagen, der in der Zeit des Nationalsozialismus dem „Beirat der Forschungsabteilung Judenfrage im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ angehörte und das Buch publizierte: „Die Judenfrage in der griechisch-römischen Welt“, NSDAP-Mitglied seit 1937. Auch Bogner bekam 1941 ein Ordinariat an der NS-Kampfuniversität Straßburg<sup>73</sup> und war erneut Kollege von Oppermann.

Jürgen Malitz hatte über Oppermann und Bogner geschrieben: „Schadewaldt sorgte bei seinem Weggang nach Leipzig 1934 und beim Abgang des jüdischen Philologen (sic!) Fränkel unter starker Ausnutzung des Führerprinzips für die Neu-besetzung beider Lehrstühle durch radikale Nationalsozialisten (Oppermann und Bogner).“<sup>74</sup>

Es ist schon infam, wie sich die alten Kameraden zur Hilfe kamen. Bogner begründete die Professur für seinen Kollegen Oppermann in Freiburg:

„Wenn die Wahl auf Prof. Oppermann fiel, so geschah dies deshalb, weil er aus rein sachlichen, wissenschaftlichen Gründen den Vorrang vor dem anderen Herrn zu verdienen schien. Seine scharfsinnigen, streng methodisch durchgeführten Untersuchungen, die er in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichte, der hohe Rang seiner Vorlesungen, seine Seminarübungen, in denen er von sich und anderen das Letzte an wissenschaftlicher Verantwortung verlangte, bestimmten das Urteil. Ich fasse dahin zusammen, dass Prof. Oppermann nicht aus politischen Gründen, sondern aus wissenschaftlichen Gründen berufen wurde.“<sup>75</sup>

Dann meldete sich noch Prof. Franz Altheim, Althistoriker und klassischer Philologe, „ein Mann von absolut klarer NS-Weltanschauung“, „Mitarbeiter am SS-Ahnenerbe-Projekt Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte“.<sup>76</sup> Das wusste man in Wolfenbüttel sicherlich nicht. Auch Altheim konnte natürlich bezeugen, dass Oppermann „ausschließlich wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten und seines selbständigen, auf eigener Arbeit beruhenden Urteils“ an der Universität Straßburg berufen worden war.<sup>77</sup>

Und dann äußerte sich noch Prof. Dr. med. Kurt Goette, der die Arbeit von Oppermann 1931 als Vorsitzender des Heidelberger Assistentenverbandes beobachtet hatte und berichten konnte, dass Oppermann damals Vorsitzender der

Nicht-Ordinarien-Vereinigung war, „dieser sehr demokratischen Vereinigung“. Und Goette bezeugte:

„Oppermann trat als Vorsitzender der Nicht-Ordinarien-Vereinigung für die Interessen aller Nicht-Ordinarien ohne Rücksicht auf Rasse, Partei oder Religion in ausgleichender, gerechter Weise ein. Die Heidelberger Studentenschaft war damals unter der Führung des späteren Gauleiters Scheel zum Teil extrem nationalsozialistisch eingestellt und erzwang Oppermanns Rücktritt vom Vorsitz der Nicht-Ordinarien-Vereinigung und die Stellung Oppermanns als nichtbeamteter Hochschullehrer war ernstlich bedroht.“<sup>78</sup>

Prof. Kurt Goette steckte von 1947 bis 1951 wegen seiner nationalsozialistischen Aktivitäten selbst in einem langwierigen Entnazifizierungsverfahren.<sup>79</sup>

Angesichts dieser Zusammenstellung von Leumundszeugnissen, die in Braunschweig unbekannte ehemalige nationalsozialistische Kollegen von Oppermann geschrieben hatten, wundert es nicht, dass der Entnazifizierung-Hauptausschuss der Stadt Braunschweig am 14.10.1948 zu dem Ergebnis kam, Prof. Oppermann als Entlasteten in Kategorie V einzustufen. Zur Begründung wurde angegeben:

„Oppermann ist im Jahre 1933 aufgrund einer an ihn ergangenen Aufforderung in die SA eingetreten, um seine Stellung nicht zu gefährden. Infolge Überführung der SA-Mitglieder in die NSDAP wurde er mit Wirkung vom 1.5.1937 Mitglied der NSDAP. Außerdem war er Mitglied einiger unpolitischer Organisationen. Die von ihm eingereichten Zeugnisse beweisen, dass er lediglich dem Namen nach ohne Einfluss Mitglied der NSDAP und der SA gewesen ist und den Nationalsozialismus, abgesehen von den pflichtgemäßen Mitgliedsbeiträgen, nicht unterstützt hat. Er ist danach entlastet.“<sup>80</sup>

Man wird dem Entnazifizierungsausschuss schwer vorwerfen können, dass er nicht weiter recherchiert hatte bei einem so eindeutig erscheinenden Fall. Es wurden keine Texte von Oppermann herangezogen oder weitere Erkundigungen eingeholt. Der Aufwand wegen eines einfachen Lehrauftrages an der Technischen Hochschule wäre zu groß gewesen.

Mit diesem Freispruch 1. Klasse fand Oppermann dann Eintritt in eine alternative Karriere in Hamburg. Und es bestand nicht mehr die Notwendigkeit, den Kandidaten Oppermann noch einmal auf etwaige nationalsozialistische Verstrickungen zu überprüfen. Geschick eingefädelt.

## Anmerkungen

1 Personalakte Oppermann, StAHH, 361-3\_A 1648

2 Lebenslauf in der Personalakte, a. a. O.

- 3 Ebd.
- 4 Jürgen Malitz: Römertum im „Dritten Reich“: Hans Oppermann. Erschienen in: Imperium Romanum. Studien zu Geschichte und Rezeption. Festschrift für Karl Christ zum 75. Geburtstag, herausgegeben von Peter Kneissl und Volker Losemann, Stuttgart 1998, S. 524. Auch im Internet erschienen: <http://www.gnomon.ku-eichstaett.de/LAG/oppermann.html>
- 5 Malitz 1998, S. 519.
- 6 Malitz 1998, S. 524.
- 7 Malitz 1998, S. 525.
- 8 Ebd.
- 9 Malitz 1998, S. 526.
- 10 Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666, Schreiben des nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, Freiburg vom 14.6.1935.
- 11 Schreiben vom 14.6.1935, Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666
- 12 Alfred Bäuml am 25.7.1935, ebd.
- 13 Lebenslauf in der Personalakte, a. a. O.
- 14 Siehe Bernhard Rust in: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Koblenz 2013, S. 516.
- 15 Schreiben vom 10.4.1940, Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666
- 16 Vermerk im Reichsministerium vom 20.5.1940, Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666
- 17 Schreiben vom 15.2.1941, Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666
- 18 Schreiben vom 5.5.1942, Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666
- 19 Bundesarchiv, Hochschullehrerakte Oppermann, R 4.9.2001/23666
- 20 Malitz 1998, S. 530.
- 21 Malitz 1998, S. 530f.
- 22 Malitz 1998, S. 532.
- 23 Malitz 1998, S. 534.
- 24 Malitz 1998, S. 534f.
- 25 Malitz 1998, S. 538.
- 26 Ebd.
- 27 Malitz 1998, S. 539.
- 28 Malitz 1998, S. 540.
- 29 [http://nl.wikipedia.org/wiki/Straatsburg#Van\\_bisschopsstad\\_tot\\_burgerstad](http://nl.wikipedia.org/wiki/Straatsburg#Van_bisschopsstad_tot_burgerstad) – 30.9.201
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Malitz 1998, S. 540.
- 33 Lebenslauf in der Personalakte, a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Schreiben vom 13.3.1949, Personalakte a. a. O.
- 37 Ebd. In seiner Personalakte gibt es keinen Hinweis auf eine Kontaktaufnahme der Hamburger Schulbehörde nach Braunschweig. Auch eine Kopie des Entnazifizierungsbescheides liegt nicht vor.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Schreiben von Heinrich Schröder vom 25.3.1949, Personalakte a. a. O.
- 41 Ebd.
- 42 Gutachten vom 21.12.1951, Personalakte a. a. O.
- 43 Vorschlag zur Ernennung von 10.7.1952, Personalakte a. a. O.

- 44 Ebd.
- 45 Zu Hans Wegner siehe: Uwe Reimer: Das Johanneum in der Nachkriegszeit. Innenansichten einer Hamburger Traditionsschule, Hamburg 2014, S. 13 ff.
- 46 Siehe die Biografie Franz Bömer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945, Hamburg 2017, S. 658 ff.
- 47 Siehe die Biografie Hans Reimers, in: de Lorent 2017, S. 249 ff.
- 48 Siehe die Biografie Hans Wenke, in: de Lorent 2017, S. 208 ff.
- 49 Reimer 2014, S. 178 f. Uwe Reimer hat zwei bemerkenswerte Bücher über die Geschichte des Johanneums in der NS-Zeit und in der Zeit nach 1945 geschrieben und in dem zweiten, schon genannten Buch, sich ausführlich mit der Biografie und der „Ära Oppermann“ beschäftigt, S. 178–231. Der erste Band: Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang. Eine Nachlese, Hamburg 2012.
- 50 Reimer 2014, S. 189.
- 51 Reimer 2014, S. 190.
- 52 Ebd.
- 53 Reimer 2014, S. 194 f.
- 54 Reimer 2015, S. 195.
- 55 dreimal 2015, S. 196.
- 56 Reimer 2015, S. 204.
- 57 Reimer 2015, S. 204 f.
- 58 Reimer 2015, S. 205.
- 59 Reimer 2015, S. 210.
- 60 Reimer 2015, S. 214.
- 61 Personalakte a. a. O.
- 62 Personalakte a. a. O.
- 63 „Hamburger Abendblatt“ vom 13.3.1961.
- 64 „Die Welt“ vom 10.3.1961.
- 65 „Hamburger Abendblatt“ vom 12.10.1965.
- 66 Malitz 1998, S. 543.
- 67 Personalakte a. a. O.
- 68 Schreiben des Rektors der Technischen Hochschule Braunschweig vom 25.11.1947, Entnazifizierungsakte Oppermann, Niedersächsisches Landesarchiv, 3Nds 92/1\_23909
- 69 Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen Oppermann vom 21.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 70 Ebd.
- 71 Schreiben von Prof. Adalbert Erler vom 4.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 72 Ernst Klee: das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 139.
- 73 Klee 2013, S. 61.
- 74 Malitz 1998, S. 526.
- 75 Prof. Hans Bogner am 17.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 76 Klee 2013, S. 13 f.
- 77 Schreiben vom 20.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 78 Schreiben vom 20.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 79 Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Freiburg, D 180/3\_Nr. 2026
- 80 Entnazifizierung-Hauptausschuss Braunschweig vom 14.10.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.

## Karl Hahn

„So war er, so Bedeutendes er auch geleistet hat,  
politisch gesehen, nur einer der  
vielen ‚Totengräber‘ des Weimarer Staates.“

Ein gutes Beispiel für die Kontinuität im Bereich der höheren Schulen ist der Schulleiter der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, Prof. Karl Hahn, der schon in den Zeiten der Selbstverwaltung 1920 zum Schulleiter gewählt wurde. Er blieb dies die gesamte Zeit der Weimarer Republik und stand 1933 weiterhin auf der Liste der Schulleiter, die der neue Schulsenator Karl Witt vorlegte. Hahn, den ein ehemaliger Schüler als „deutsch-national bis auf die Knochen“ charakterisierte, trat, wie viele andere Schulleiter an den höheren Schulen in Hamburg, am 1.5.1933 in die NSDAP ein. Er war schon im Ersten Weltkrieg Offizier gewesen, wurde am 4.10.1939 wieder zur Wehrmacht einberufen und dort im Laufe des Krieges bis zum Oberstleutnant befördert. Im Entnazifizierungsverfahren bekam er ein entscheidendes Leumundsschreiben von dem neuen Schulsenator Heinrich Landahl, dem gegenüber Karl Hahn sich fair und unterstützend verhalten hatte, als die Nationalsozialisten Landahl 1933 als Schulleiter absetzten und ein Jahr später auch aus dem Dienst als Lehrer entließen, den er an Hahns Schule auf der Uhlenhorst geleistet hatte.

Karl Hahn wurde am 4.1.1882 als Sohn des gleichnamigen Bauunternehmers und seiner Frau Luise in Gießen geboren. Er besuchte dort die Vorschule des Realgymnasiums von 1888 bis 1891, danach das Realgymnasium, das er 1900 mit der Reifeprüfung abschloss. Karl Hahn war bodenständig und zielstrebig. Er studierte an der Universität in Gießen und zwischendurch in München Physik und Mathematik, bestand am 2.3.1904 die pädagogische Prüfung für das höhere Lehramt und wurde am 1.12.1904 zum Dr. phil. promoviert. Danach verbrachte er das Seminarjahr und das Probejahr an der Oberrealschule in Darmstadt und bekam 1907 eine Anstellung als Oberlehrer am Gymnasium in Bensheim.<sup>1</sup>

Zwischenzeitlich hatte Hahn 1905 ein Jahr seine Militärausbildung absolviert, 1910 war er Leutnant der Reserve. In seinen biografischen Notizen, die er in seinem späteren Entnazifizierungsverfahren formulierte, wies er darauf hin, am gesamten Ersten Weltkrieg teilgenommen zu haben, „als Leutnant, Oberleutnant und Hauptmann, zuletzt Nachrichtenkommandeur in einer Division“.<sup>2</sup>

1912 kam Karl Hahn über den Kontakt zu dem Direktor der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, Ernst Grimsehl, der auch Physiklehrer war, an dessen Schule nach Hamburg. Grimsehl war dort 1909 Schulleiter geworden und ein über Ham-



burg hinaus bekannter Physiklehrer, der zahlreiche Veröffentlichungen auf diesem Gebiet vorlegte, unter anderem ein „Lehrbuch der Physik“, das noch jahrzehntelang in vielen Neuauflagen erschien.<sup>3</sup>

Ernst Grimsehl war aber auch ein „glühender Nationalist und Militarist, und mit diesen Einstellungen als Direktor auf der Uhlenhorst der Schule nicht nur einer unter vielen, sondern auch ein Vorbild“.<sup>4</sup> In der Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Schule wurde dazu die Erinnerung eines ehemaligen Lehramtskandidaten wiedergegeben, der beschrieb, wie das Zusammentreffen mit Schulleiter Ernst Grimsehl ablief, nachdem der Kandidat gerade für den Militärdienst abgelehnt worden war:

„Zufrieden und fröhlich machte ich mich auf den Heimweg und ging gleich in die Schule. Im Vorzimmer traf ich den Chef. – ‚Na?‘ ‚Befreit, Herr Professor!‘, sagte ich fröhlich. – Totenstille –, ein verächtlicher Blick maß mich von unten bis oben, und als er mir in die Augen sah – und wie –, platzte es explosionsartig aus ihm heraus: ‚Reichskrüppel!‘; kurze Wendung, und er verschwand im Allerheiligsten.“<sup>5</sup>

An der Schule auf der Uhlenhorst spielten die jährlich stattfindenden Sedan- und Kaiser-Geburtstagsfeiern eine große Rolle und brachten die zunehmende Militarisierung des wilhelminischen Kaiserreichs zum Ausdruck. „Bei der Feier zur Erinnerung an die Schlacht von Sedan verglich Direktor Grimsehl in einer Rede 1911 die Sammlung der militärischen Streitkräfte, die den Sieg von Sedan ermöglichten, mit der Sammlung geistiger Kräfte für die Reifeprüfung.“<sup>6</sup>

Und so war es folgerichtig, dass der Erste Weltkrieg „zu einschneidenden Veränderungen im Kollegium führte. Der 53-jährige Direktor Grimsehl sowie sechs Lehrer und zwei Kandidaten meldeten sich sofort freiwillig. Bis 1916 strebten 15 Lehrer und fünf Kandidaten der Schule zum Militärdienst, vier von ihnen starben. Bereits drei Monate nach Kriegsbeginn fiel Direktor Grimsehl bei Langemarck in Belgien. Die Nachricht von seinem Tod löste nicht nur in der Schule Erschütterung aus“.<sup>7</sup>

Karl Hahn gehörte auch zu denen, die freiwillig in den Krieg zogen. Als er am 10.12.1918 zurück an die Schule kam, wurde diese vertretungsweise von einem Oberlehrer der Schule geleitet. Nach der Novemberrevolution war für die Zeit der Weimarer Republik 1920 ein Selbstverwaltungsgesetz verabschiedet worden, nach dem die Schulleiter für jeweils begrenzte Zeit (drei Jahre) vom Lehrerkollegium mit Beteiligung des Elternrates gewählt wurden. Interessant ist, dass an den Hamburger Volksschulen von den 195 Rektoren aus dem Kaiserreich 63 nicht wiedergewählt wurden oder sich nicht wieder zur Wahl stellten. „Etwa 42 % der Volksschulleiter in Arbeiterwohngebieten und mittelständisch durchsetzten Stadtteilen wurden durch neue Schulleiter ersetzt. An den höheren Schulen fielen die Ergebnisse ganz anders aus: drei Schulleiter stellten sich nicht zur Wahl, alle anderen wurden in ihr altes

Amt gewählt.“<sup>8</sup> Diese Treuebekundung „war zugleich ein Bekenntnis gegen innere Schulreformen“.<sup>9</sup>

An der Oberrealschule auf der Uhlenhorst wurde Karl Hahn als würdiger Nachfolger von Ernst Grimsehl 1920 zum Schulleiter gewählt. Karl Hahn trat bei bestimmten Feierlichkeiten an der Schule in der Aula „als Hauptmann a. D. auf“.<sup>10</sup>

1921 schrieb er in seiner Schulchronik:

„Die Arbeit in der Schule ... wird unbekümmert um die Einwirkungen, die von außen her hemmend auf die Schultätigkeit gerichtet sind, in dem Geiste fortgesetzt, der auf der Oberrealschule auf der Uhlenhorst seit Beginn geherrscht hat“.<sup>11</sup>

Ein ehemaliger Referendar der Schule schilderte in seinen 1970 niedergeschriebenen Erinnerungen, wie Karl Hahn in seinem Amt als Direktor regierte:

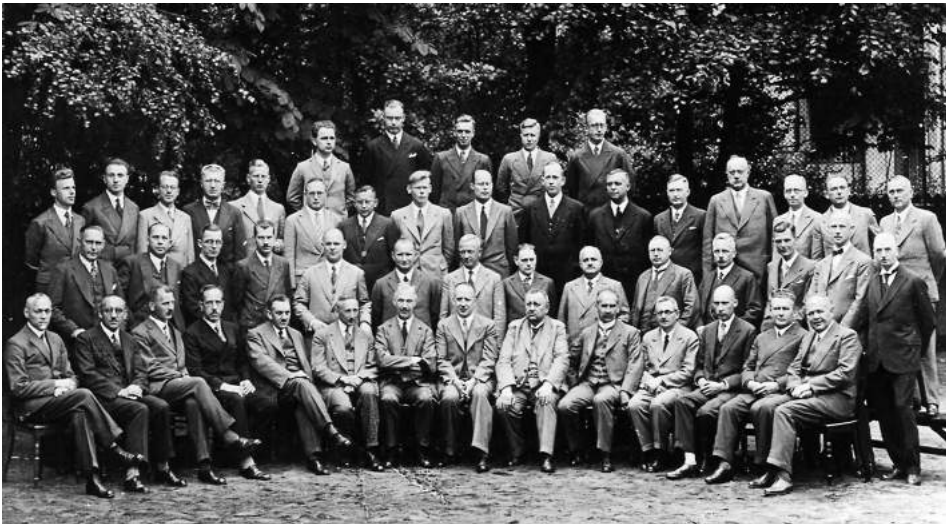
„Ich kam auf die Uhlenhorst, die durch den Naturwissenschaftler Grimsehl berühmt gewordene Oberrealschule, an der seit 1920 Prof. Hahn Direktor war. Grimsehl hatte trotz seines Alters zu den Freiwilligen gehört, die bei Langemarck gefallen waren. In diesem Geiste führte Hahn die Schule. Er erzählte uns Referendaren, dass er die Wahl zum Schulleiter nur unter einer Bedingung angenommen hätte: wenn er nämlich das Direktorialprinzip aus der Zeit von 1918 wieder einführen dürfe. Für seine Persönlichkeit spricht, dass das Kollegium und auch die Elternschaft diese Bedingung annahmen, obwohl nach der neuen Hamburger Schulordnung von 1919 nur das Kollegialprinzip gesetzlich zulässig war. Unbegreiflich bleibt aber, dass die Schulbehörde ein solch schweres Vergehen duldete. Auf jeden Fall war Hahn in der Schule König und befand sich wahrscheinlich auch meistens in Übereinstimmung mit den beiden anderen Gremien. Ich vermute, die Behörde war froh, einen so hervorragenden Schulmann an der Spitze einer solchen Schule zu wissen. Denn er war gleich groß als Pädagoge, Wissenschaftler und Verwaltungsfachmann. Natürlich gab es auch Schwierigkeiten: wer ihm nicht lag, musste wieder gehen. So verschwand ein junger Kollege, der im Zeichenunterricht recht moderne Ideen vertrat, nach kurzer Zeit. Im Kriege hatte es Hahn zum Hauptmann gebracht, und beim Schulfest im Uhlenhorster Fährhaus – es war Ende 1932 – trug er stolz das EK I auf seinem schwarzen Anzug. Er war deutschnational bis auf die Knochen. So sagte er beiläufig im Gespräch, als wir Referendare eines Tages bei ihm eingeladen waren: ‚Meine Frau und ich wählen selbstverständlich deutsch-national, natürlich nicht wegen Hugenberg.‘ Etwas anderes gab es für ihn nicht. So war er, so Bedeutendes er auch geleistet hat, politisch gesehen, nur einer der vielen ‚Totengräber‘ des Weimarer Staates.“<sup>12</sup>

Karl Hahn legte gleichermaßen Wert auf seine militärische Karriere wie auf sein naturwissenschaftliches Engagement. Er selbst schrieb:

„Seit 1913 bin ich schriftstellerisch tätig. 1920 Physikbuch für die Oberstufe

höherer Lehranstalten; 1923 Unterstufe, 1924 mathematische Physik, dann Schülerübungen, 1927 Methodik des physikalischen Unterrichts. Im ganzen etwa 110 Bücher verschiedene Ausgaben und Auflagen, weitaus die meisten vor 1933 erschienen. Die von mir geschriebenen Bücher wurden an vielen deutschen Oberschulen benutzt. Ich wurde dadurch ganz von selbst seit 1925 etwa führendes Mitglied in dem ‚Förderungsverein für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht‘ Deutschlands und später Vorstandsmitglied in der nicht nationalsozialistischen ‚Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte‘, einer wissenschaftlichen Vereinigung.“<sup>13</sup>

Seiner Personalakte ist zu entnehmen, dass er an vielen Tagungen regelmäßig teilnahm und auch Vorträge hielt. Er war Leiter des Schulseminars auf der Uhlenhorst und wurde dadurch auch zum Professor ernannt. Parallel dazu war er sowohl in der Weimarer Zeit als auch nach 1933 am Institut für Lehrerfortbildung tätig.<sup>14</sup>



Kollegium der Oberrealschule Uhlenhorst 1933, Schulleiter Prof. Karl Hahn in der ersten Reihe, 7. von rechts

Am 1.5.1933 wurde Karl Hahn Mitglied der NSDAP. Seinen Eintritt in den NSLB datierte er 1936<sup>15</sup>, wobei er im NSLB Reichssachbearbeiter für Physik wurde und auch an verschiedenen Tagungen in Bayreuth teilnahm.<sup>16</sup>

Karl Hahn war gleichermaßen in all den Jahren der NS-Herrschaft, jährlich zu militärischen Übungen unterwegs, zumeist als Hauptmann der Reserve und Nachrichtenkommandeur. Am 18.1.1938 wurde er zum Major der Reserve befördert. Ordnungsgemäß und stolz meldete er seine militärischen Beförderungen auch der Schulverwaltung.<sup>17</sup>

Im ersten Band der „Täterprofile“ habe ich die Personalpolitik der Nationalsozialisten im Schulbereich dargestellt. Nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden in Hamburg bis 1935 637 Lehrkräfte aus dem Schuldienst entfernt. Nach §6, der Versetzungen in den Ruhestand „zur Vereinfachung der Verwaltung“ vorsah, gab es 555 Pensionierungen. Das Kollegium der Oberrealschule auf der Uhlenhorst war direkt von keiner dieser Maßnahmen betroffen. Es entsprach in seiner Zusammensetzung den Anforderungen des nationalsozialistischen Staates.<sup>18</sup> Indirekt gab es aber einen prominenten Neuzugang. Heinrich Landahl, bis 1933 Leiter der reformpädagogischen Lichtwarkschule, war von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben und als Lehrer an die Schule von Karl Hahn versetzt worden.<sup>19</sup> Landahl war neben seiner Schulleitertätigkeit langjähriges Bürgerschaftsmitglied für die DDP/Deutsche Staatspartei gewesen und gehörte zu den fünf Abgeordneten der Deutschen Staatspartei im Reichstag, die 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten. Er verblieb an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst nur bis zum Sommer 1934. Prof. Karl Hahn begegnete seinem ehemaligen Schulleiter-Kollegen Heinrich Landahl sehr offen und positiv. Landahl selbst, der nach Ende der NS-Herrschaft in Hamburg Schulsenator wurde und insofern wiederum für Karl Hahn eine Bedeutung bekam, schrieb am 4.2.1946 über Hahn:

„Ich kannte Prof. Hahn seit 1926 von den Schulleiterkonferenzen als unpolitischen Menschen, tüchtigen Verwaltungsmann und anerkannten Wissenschaftler (Verfasser eines der besten Physiklehrbücher). In sehr enge Berührung mit ihm kam ich erst im Sommer 1933, als ich zunächst meines Amtes als Schulleiter enthoben und als Studienrat an die Oberrealschule auf der Uhlenhorst versetzt wurde, deren Leiter Prof. Hahn war. Ich war bis zu meiner endgültigen Entlassung aus dem Staatsdienst zu Ostern 1934, also ca. acht Monate an dieser Schule. Obgleich ich als degradierter Gegner des herrschenden Systems kam, behandelte Prof. Hahn mich als besonders ehrenvolles Mitglied des Kollegiums. Er übertrug mir demonstrativ den Deutsch- und Geschichtsunterricht in der Prima und die Ausbildung des einzigen Lehramtskandidaten mit Deutsch- und Geschichtsfakultas im Abschlussemester. Versteckte Angriffe jüngerer Mitglieder des Lehrkörpers wies er mit großer Schärfe und konzessionslos zurück. Gegen meine Entlassung hat er heftig protestiert und hartnäckig, wenn auch natürlich vergeblich, gekämpft. Das Gleiche taten übrigens die Schüler, was für den Geist der Schule vielleicht aufschlussreich ist.

Prof. Hahn war, ebenso wie sein Kollegium, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ganz zweifellos kein Nationalsozialist. Er war der Partei auf dringendes Bitten seines Kollegiums beigetreten, um seine Schule, an deren Spitze er seit 1920 als demokratisch gewählter Leiter stand, gegen drohende Parteieinflüsse zu schützen.



Kollegium der Oberrealschule an der Uhlenhorst im Mai 1937. In der obersten Reihe, v.l.n.r.: Harten, v.d.Heyde, Elvert, Hoffmann, (?), Stautz, Voltmer und Griem. In der zweiten Reihe, v.l.n.r.: Zell, Arnold, Helbig, Grinda, Stahlenbrecher, Theis, Uhtenwoldt, Heins, Moll und Ohm. Sitzend, v.l.n.r.: Krause, Frank, Geertz, (?), Koch, Hahn (Schulleiter), Lange, Thorage, Lucas und Erichson.

Er trat keiner weiteren Formation bei und hat hartnäckig und erfolgreich die Übernahme irgendeines Amtes in der NSDAP abgelehnt. In unseren Unterhaltungen der folgenden Jahre (die Schule behandelte mich nach meiner Entlassung als eine Art Ehrenmitglied und lud mich zu allen Veranstaltungen ein) habe ich festgestellt, dass Prof. Hahn von Anfang an das drohende Unheil sah und vom ersten Kriegstage an die unvermeidliche Niederlage erkannte. Auch hatte er nur das eine Ziel, seine Schule als geistige Insel zu retten. Das ist ihm für lange Zeit und im hohen Maße gelungen. Ich hatte darüber hinaus aus genauer Beobachtung das große Organisationstalent Prof. Hahns kennen gelernt, seine unermüdliche Arbeitskraft, seinen noblen Charakter, seine über jeden Zweifel erhabene Loyalität und Pflichttreue.“<sup>20</sup>

Eine überraschende Erklärung, die Senator Heinrich Landahl am 4.2.1946 abgab. In der Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek gaben die Autoren ein zusätzliches Detail bekannt:

„Vielleicht aus Loyalität gegenüber seinem ehemaligen Kollegen verschaffte Hahn Landahl Privatstunden, bis dieser eine Anstellung als Lektor eines Verlages fand. Aus dieser Zeit resultierte das gute Verhältnis der beiden, als Landahl nach dem Krieg Hamburger Schulsenator wurde.“<sup>21</sup>

In den beiden Weltkriegen war Karl Hahn stetig befördert worden. Er selbst gab 1946 wiederum eine überraschende Erklärung ab, wonach im Nachhinein manche Offiziere mit der Strategie und dem Verlauf des Krieges nicht einverstanden waren:

„Als 58-jähriger Major und Kommandeur einer Divisionsnachrichtenabteilung bin ich im September 1939 nach dem Westen ausgerückt. Bevor der Kampf im Westen begann, wurde ich abgelöst und Kommandeur der Nachrichtenersatzabteilung in Hamburg. Von Anfang an war ich davon überzeugt, dass der Krieg ein Unglück für Deutschland und dass die endgültige Niederlage unabwendbar sei. Mit der militärischen und politischen Führung nicht einverstanden, beschränkte ich meine Tätigkeit auf die Fürsorge für meine Leute, was mir angesichts meiner besonderen Aufgaben leicht gemacht wurde. Aus meiner die nationalsozialistische Ideenwelt ablehnenden Haltung habe ich keinen Hehl gemacht. In den Ansprachen, die ich als Kommandeur einer großen Abteilung zu halten hatte, beschränkte ich mich mit Hinweisen auf die soldatischen Tugenden der Kameradschaft und der Pflichterfüllung. Parteipolitische Ansprachen habe ich nicht gehalten. Ich wäre vor Scham errötet, wenn ich in der Öffentlichkeit das Gegenteil von dem gesagt hätte, was ich in kleinem Kreis ungescheut aussprach.“<sup>22</sup>

1943, mit 61 Jahren, schied Hahn aus dem aktiven Kriegsdienst aus und überwachte seitdem den Schulunterricht der Luftwaffenhelfer. Die Schüler der Geburtenjahrgänge 1924–1925 waren bereits beim Militär. Das Kriegsgeschehen hatte sich gewendet, Deutschland befand sich im Abwehrkampf und benötigte eine Verstärkung der Flakmiliz. Nun wurden auf Grundlage der „Anordnung über den Kriegshilfeinsatz der deutschen Jugend in der Luftwaffe“ vom 26.1.1943 Schüler der Geburtsjahrgänge 1926 und 1927 nach vorangegangenen Elternabenden zum Dienst als Luftwaffenhelfer herangezogen. Im Laufe des Jahres 1943 kamen Hamburger Luftwaffenhelfer aus 69 Schulen zusammen. Oberstleutnant Karl Hahn war vom Reichserziehungsministerium „zum Sonderbeauftragten für den Einsatz von Luftwaffenhelfern im Luftgaukommando XI mit Sitz in Blankenese“ ernannt worden.<sup>23</sup>

Karl Hahn hatte für die Luftwaffenhelfer und die Schulen, deren Schüler zu Luftwaffenhelfern ausgebildet wurden, eine zentrale Funktion übernommen:

„Jede Schule, deren Schüler als Luftwaffenhelfer eingezogen waren, hatten ihm regelmäßig Meldung zu erstatten über die zum Unterricht für Luftwaffenhelfer eingesetzten Lehrkräfte (vor allem infolge der häufigen Alarme oder Gefechtsbereitschaft), ausgefallene, nachgeholt und zusätzliche Unterrichtsstunden, Gründe für nicht nachgeholten Unterricht (zum Beispiel Stellungswechsel), Schulbesuch, Berücksichtigung der Fächer, Übungsarbeiten, die Einhaltung der ‚Luftwaffenhelferbestimmungen‘ etc.

Die Frage nach der Mitarbeit der Luftwaffenhelfer im Unterricht wurde so beantwortet: Nach vorausgegangenem Nachtalarm sei sie meist nur mäßig.“<sup>24</sup>

In einem Bericht vom 2.8.1944 klagte der Sonderbeauftragte Oberstleutnant Karl Hahn:

„Der Unterricht ist gemessen an der Zahl der erteilten Unterrichtsstunden beträchtlich zurückgegangen. Es bestehen erhebliche Unterschiede in dem Unterrichtsausfall bei den verschiedenen Schulverwaltungen, die nicht allein auf die Unterschiede der militärischen Lage begründet sind. Richtig ist, dass der Ausfall an Unterrichtsstunden in erster Linie auf die angespannte Luftlage mit zunehmendem Tag- und Nachalarm und auf die vielen Verlegungen der Batterien zurückzuführen ist. Trotzdem hätte der Unterrichtsausfall nicht diesen Umfang angenommen, wenn jede Gelegenheit zum Nachholen ausgefallener Unterrichtsstunden ausgenutzt und bei Erkrankung von Lehrern rechtzeitig für Vertretung gesorgt worden wäre.“<sup>25</sup>

Und aus einem späteren zusammenfassenden Bericht des Luftwaffenhelfer-Sonderbeauftragten Hahn vom 7.4.1945 ging hervor, „dass im ‚Luftgau Hamburg‘, der von der niederländischen Grenze bis nach Mecklenburg reichte, von Januar 1943 bis März 1945 101 jugendliche Luftwaffenhelfer im Einsatz ums Leben kamen, 166 verwundet wurden. Nach dem Abschlussdatum des Hahn-Berichts starben jedoch noch viele weitere Luftwaffenhelfer, deren Zahl nicht erfasst wurde. Das hatte vor allem darin seinen Grund, dass in der Endphase des Kampfes der deutschen Wehrmacht gegen die vorrückenden Alliierten Luftwaffenbatterien zunehmend als Artillerie und zur Panzerbekämpfung eingesetzt wurden.“<sup>26</sup>

Auch in Kenntnis dieser Zahlen und dieser Erfahrungen hatte sich sicherlich die negative Haltung bei Karl Hahn in Bezug auf den Krieg gebildet.

Noch vor Kriegsende wandte sich Karl Hahn an Heinrich Landahl, mit dem er auch während der NS-Zeit Kontakt gehalten hatte. Landahl schrieb darüber:

„Im Januar 1945, als ich noch im H. Goverts-Verlag, Hamburg tätig war, legte mir Professor Hahn Ideen und Pläne zu der Frage vor, wie nach dem offenbar nahe bevorstehenden Kriegsende die Universitäten den gewaltigen Ansturm von Studenten bewältigen sollten, der drohte, weil infolge des Kriegs der größte Teil der Abiturienten von acht Jahrgängen (1937–1945) jetzt zu gleicher Zeit ihr Studium beginnen wollten, wozu noch die völlig unzureichende Vorbildung mindestens der Abiturienten-Jahrgänge von 1943 an kam. Er schätzte für Hamburg die Zahl der Bewerber auf 8–9000; bei einer Friedenskapazität der Hamburger Universität von ca. 2000 Studenten mussten sich insbesondere angesichts der schweren Zerstörungen an den Universitätsgebäuden ernste Schwierigkeiten ergeben, für deren Überwindung Professor Hahn ins einzelne gehende Vorschläge bereits damals ausgearbeitet hatte.“<sup>27</sup>

Als Landahl dann im Juni 1945 Senator sowohl für den Schul- wie auch den Hochschulbereich wurde, schrieb er, dass ihm Prof. Hahn erneut einen Vortrag hielt „über diesen Gegenstand und auf meine Veranlassung dann auch in einer Kommissionssitzung der Universität“.<sup>28</sup>

Heinrich Landahl sah ein Dilemma auf der personellen Ebene:

„Da die Universität auch keinen Mann für die Organisation und Leitung der Zulassungsarbeit präsentieren konnte, vielmehr selbst Professor Hahn als Mann ihres Vertrauens vorschlug, stand ich vor der schwierigen Frage, ob ich einen Mann, der sich mit dem komplizierten Problem eingehend beschäftigte und feste Pläne hatte, beauftragen konnte, obwohl er 1933 in die Partei eingetreten war.“<sup>29</sup>

In demselben Schreiben hatte Heinrich Landahl dargelegt, welche positiven Erfahrungen er mit Karl Hahn schon nach Landahls Suspendierung als Schulleiter gemacht hatte. Nur: Ein wesentliches Kriterium für die Entnazifizierung war bei der Britischen Militärregierung der Grundsatz, dass alle diejenigen Personen in Leitungsfunktionen der Schulen suspendiert werden mussten, die bereits am 1.5.1933 der NSDAP angehörten. Dazu gehörte eben auch Karl Hahn und es wird Heinrich Landahl nicht leichtgefallen sein, Hahn am 3.7.1945 mitzuteilen, dass er im Namen der Britischen Militärregierung zu beurlauben war. Am 23.7.1945 wurde Hahn dann sogar aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Und auch aus der ehrenamtlichen Tätigkeit an der Universität, für die Heinrich Landahl ihn gewonnen hatte, musste Landahl ihn mit Schreiben vom 19.1.1946 entlassen.<sup>30</sup>



Karl Hahn, 1962

Daraufhin hatte Heinrich Landahl das schon mehrfach zitierte Leumundsschreiben für Karl Hahn an die Britische Militärregierung gerichtet.

Hahn, der seit 1909 kinderlos verheiratet war, begab sich jetzt in ein Entnazifizierungsverfahren, das er mit intensiven Schriftsätzen und vielen Leumundszeugen bestritt, an erster Stelle natürlich mit den Aussagen des amtierenden Schulsenators Heinrich Landahl.

In der Anlage zu seinem Fragebogen schrieb er über seine „Stellung zur Partei“: „Ich habe bis zum Jahre 1933 niemals meine Stimme für die NSDAP abgegeben. Als im März 1933 in Hamburg in revolutionärer Weise die NSDAP die Macht übernahm, wurde von dem nationalsozialistischen Schülerbund eine Fahne auf dem Schulhause der Oberrealschule auf der Uhlenhorst gehisst. Ich habe diese Fahne entfernen lassen und bin daraufhin in der Presse unter Namensnennung heftig angegriffen worden. Da ich politisch nach keiner Seite gebunden war, bin ich auf das Drängen von Berufskameraden Ende April 1933 in die Partei eingetreten in der Hoffnung, dass die Belange des Unterrichts gewahrt werden könnten, wenn die Bewegung in ruhiges Fahrwasser gelangte. Ich habe niemals ein Amt der NSDAP angenommen, habe Versammlungen nur besucht, wenn durch Kontrollmarken der



Besuch überwacht wurde, habe auch im NSLB – dem ich erst beitrug als der Hamburger Philologenverein aufgelöst und in den NSLB überführt wurde – kein Amt gehabt und keine Mitarbeit geleistet.“<sup>31</sup>

Auch das gute Verhältnis zu Schulsenator Heinrich Landahl schützte Karl Hahn im Jahre 1946 nicht vor unliebsamen Entscheidungen. So schrieb er am 16.7.1946:

„Ich bin im Oktober 1945 auf meinen Antrag nach 41-jähriger Dienstzeit im Alter von 64 Jahren mit einem Dankschreiben des Bürgermeisters und mit Zustimmung der Militärregierung in den Ruhestand versetzt worden. Mit Zustimmung der Militärregierung habe ich die Leitung des Zulassungsausschusses für die Universität Hamburg freiwillig beibehalten und bin aufgrund einer Anzeige am 18. Januar 1946, die eine entsprechende Verfügung der Schulverwaltung vom 22. Februar 1946 auslöste, entlassen und meiner Pension verlustig erklärt worden.“<sup>32</sup>

Im Weiteren setzte sich Karl Hahn damit auseinander, zehn Jahre lang als führender Offizier in zwei Weltkriegen beteiligt gewesen zu sein: „Ich war Offizier, aber in keiner Weise Militarist. Ich habe den Krieg als letztes Mittel der Politik verabscheut, schon deshalb, weil ich im ersten Weltkrieg das sinnlose Morden von Anfang bis zu Ende als Infanterieoffizier in vorderster Front in seiner ganzen Schwere gründlich kennengelernt habe.“ Hahn betonte „jede politische Propaganda habe ich verhindert oder abgelehnt. Ich habe es insbesondere nicht vermocht, den Forderungen der Erziehung des Soldaten zur Härte und für den totalen Krieg zu entsprechen. Dies hat meinen Abgang aus dem aktiven Dienst hervorgerufen. Er ist sang- und klanglos erfolgt.“<sup>33</sup>

Hahn verwies darauf, dass seine gesamte Familie Nazigegner gewesen war, niemand Mitglied der NSDAP. „Die Schwester meiner Frau war mit einem Mann jüdischer Abstammung verheiratet, der verstorben ist. Ihr einziger Sohn, mein Neffe, hat seiner Abstammung wegen große Bedrückung durch das Hitlerregiment erfahren und ist nur durch meine Hilfe vor dem Schlimmsten bewahrt worden.“<sup>34</sup>

Darüber hinaus habe Karl Hahn durch die Fliegerangriffe im Juli 1943 sein Haus „mit der gesamten Einrichtung und der persönlichen Ausstattung“ verloren, auch sein Haus in Gießen sei zerstört worden, ebenso die Schule auf der Uhlenhorst „ein Raub der Flammen“. Alles, „was ich an eigenen Apparaten, Einrichtungen, wissenschaftlichen Aufzeichnungen und Früchten jahrelanger Arbeit besaß“, ging verloren und damit habe er „eine nicht wieder gutzumachende Einbuße für meine wissenschaftliche Arbeit erlitten“.<sup>35</sup>

Karl Hahn schloss mit den Worten: „Ich habe vielmehr in stillem zähem Kampf auf Posten, auf den mich die Demokratie gestellt hatte, ausgeharrt und mit Erfolg in meinem Bereich Schäden verhütet und Gutes getan. Ich erhebe Anspruch darauf, dafür Anerkennung, aber keine Strafe zu finden.“<sup>36</sup>

Ein starkes Argument konnte Karl Hahn am 15.7.1946 präsentieren:

„Ich habe im Jahre 1933 die Leiter der Lichtwarkschule (den jetzigen Senator Landahl) und der Alstertalschule (Helbig), die als Studienräte an meine Schule versetzt wurden, in einer Weise aufgenommen, die deutlich bekundete, wie ich diese Maßregelung ansah. Ich habe seit 1933 dem abgebauten Direktor der Oberrealschule in Emden, Dr. Blum, der nach Hamburg verzogen war, in großer Not durch Zuweisung von Privatstunden geholfen. Der Studienrat Heine von der Lichtwarkschule, der 1933, weil er Kommunist war, fristlos entlassen wurde und in England kümmerlich lebte, hat durch mich, an den er sich wandte, obwohl ich ihn nicht kannte, eine Lehrerstelle an der Deutschen Schule in Sao Paulo erhalten, die ihn über die Not hinweg hob. Ich konnte dies, denn ich habe seit 1920 für die Deutsche Schule in Sao Paulo im Einvernehmen mit der Oberschulbehörde Lehrer und Lehrerinnen verpflichtet und dabei im besten Sinne völkerverbindend gewirkt, denn die Schule war deutsch, aber nicht nationalsozialistisch.“<sup>37</sup>

Das waren schon gewichtige Argumente, wenn sie belegt wurden, wie im Fall von Heinrich Landahl geschehen. Diese Schreiben gab es allerdings nicht, außer von Personen, die in einem Abhängigkeits- oder Mitarbeiterverhältnis zu Hahn gestanden hatten.

Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen Hamburgs empfahl am 13.8.1946, Hahn die Pension eines Studienrats zuzubilligen, „mit Rücksicht auf seine langjährige, erfolgreiche Tätigkeit und seine Verdienste als Fachmann und Schulmann“. In der Begründung hieß es:

„Hahn ist schon 1933 in die Partei eingetreten. Er hat auch dem Kollegium, besonders den jüngeren Kollegen, nahegelegt, in die Partei einzutreten. Gesinnungsmäßig stand er wohl den Rechtsparteien näher als den Nationalsozialisten. Besonders das Soldatische hat er immer sehr betont, auch in der Art, wie er seine Schule führte. Die Grenzen zwischen dem Soldatischen und dem Militaristischen sind bei ihm nicht immer klar.“<sup>38</sup>

Oberschulrat Heinrich Schröder hatte in den Personalunterlagen ein Schreiben des Schulleiters Karl Hahn vom 23.4.1934 gefunden, in dem er sich für den Studienrat Berthold Ohm verwendete, dessen nationalsozialistische Grundhaltung infrage gestellt worden war in seiner Funktion als stellvertretender Schulleiter der Lichtwarkschule. Hahn schrieb über die von ihm geleitete Schule:

„An einer Schule, deren Schüler sich aus allen sozialen Schichten des Volkes zusammensetzten, muss der Lehrkörper schon immer eine nationalsozialistische Gesinnung vertreten haben, wenn es dieser Schule möglich gewesen ist, in vollem Einklang mit Eltern und Schülern die nationalen Belange der Erziehung und den Gedanken der Wehrhaftigkeit zu vertreten, und wenn sie dabei ihre schwarz-weiß-

roten Mützenstreifen trotz aller Einwirkungen von der Gegenseite erhalten und verteidigen konnte. Wie Herr Ohm eingestellt war, lässt sich noch heute leicht aus seiner Tätigkeit als Verwalter der Schülerbücherei nachweisen.“<sup>39</sup>

Karl Hahn listete die Bücher auf, die zwischen 1927 und 1932 von Berthold Ohm für die Schule auf der Uhlenhorst angeschafft worden waren, alle national-konservativ bis nationalsozialistisch. Am 27.9.1932 hatte Ohm Hitlers „Mein Kampf“ gekauft. Und Karl Hahn schloss sein Schreiben mit den Worten: „Ich kann weiterhin bezeugen, dass ich aus Gesprächen mit ihm weiß, dass er in den Wahlen vor 1933 seine Stimme dem Führer gegeben hat.“ Nicht glücklich und vorhersehbar für Karl Hahn, dass Berthold Ohm zu diesem Zeitpunkt, 1946, als Kriegsverbrecher in Süddeutschland verhaftet worden war.<sup>40</sup>

Der Entnazifizierungsausschuss unter Leitung von Clara Klafunde beschloss am 3.1.1947 Hahns Pensionierung als Studienrat sowie die Eingruppierung in Kategorie IV und begründete das folgendermaßen:

„Hahn ist sicherlich nie ein Demokrat gewesen und würde auch nie einer werden, sodass eine Betätigung als Lehrer nicht tragbar wäre. Andererseits hat er sich aber um das Schulwesen große Verdienste erworben und hat auch in aufrechter Weise Maßnahmen des Nationalsozialismus, die er ablehnte, nicht durchgeführt. So hat er zum Beispiel den jetzigen Senator Landahl, der damals als Schulleiter abgesetzt und an die von Hahn geleitete Schule strafversetzt wurde, entgegen den Anordnungen besonders bevorzugt behandelt. Er hat auch sonst die Schule offenbar nicht im nationalsozialistischen, allerdings in seiner politisch reaktionären Gesinnung geleitet.“<sup>41</sup>

Gegen diese Entscheidung, die vom Fachausschuss am 27.1.1948 geteilt wurde, legte Karl Hahn Berufung ein und zog Rechtsanwalt Robert Neuhäuser zu seiner Verteidigung hinzu, der beantragte, Hahn in Kategorie V zu überführen und dabei insbesondere Bezug nahm auf das Leumundsschreiben von Heinrich Landahl.

Am 24.1.1949 setzte sich auch Johann Helbig für Karl Hahn ein. Helbig war der zweite prominente Hamburger Oberstudiendirektor, der von den Nationalsozialisten als Schulleiter abgesetzt worden war, weil er sich geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten und der an der Schule von Karl Hahn weiter als Studienrat unterrichten konnte. Helbig wies als Vorsitzender vieler Verfahren des Beratenden Ausschusses im Bereich der höheren Schulen, aus meiner Sicht zu Recht, darauf hin, dass einige ehemalige Mitglieder des Kollegiums der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, die deutlich nationalsozialistisch belastet waren, inzwischen wieder eingestellt worden seien. „Seine ehemaligen und gleichaltrigen Kollegen, die Direktoren Wetzel<sup>42</sup>, Studt und Fähler sind seinerzeit gar nicht erst entlassen worden, sondern wurden 1945 schon als Direktoren pensioniert. Ich bin der Meinung, dass bei der heutigen Situa-

tion und in Anbetracht seiner Verdienste um die Physik man auch dem Herrn Prof. Hahn jetzt wieder die Pension eines Oberstudiendirektors gewähren sollte.“<sup>43</sup>

Damit hatte Karl Hahn einen zweiten gewichtigen Fürsprecher, den er offenbar in der für Helbig schwierigen Zeit 1933 anständig und fair behandelt hatte. Nun beschäftigte sich der Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten mit dem Fall unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Vorsitzenden Dr. Wilhelm Kiesselbach. Und dieser Ausschuss entschied, der Berufung stattzugeben, Karl Hahn mit Wirkung vom 1.1.1949 in die Kategorie V einzustufen. Der Berufungsausschuss urteilte, „dass Prof. Hahn innerlich niemals auf dem Boden des Nationalsozialismus gestanden hat. Hinzu kommt, dass Prof. Hahn durch seine Entlassung aus dem Schuldienst hinreichend gesühnt hat“.<sup>44</sup>

Zwischenzeitlich wies der Vorsitzende des Fachausschusses, Friedrich Wilhelm Licht, am 15.11.1949 noch einmal auf das bedenkliche Zeugnis hin, das Professor Hahn am 23.4.1934 für den Studienrat Ohm freiwillig ausgestellt hatte.<sup>45</sup>

Am Ende war es der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz des Rechtsanwalts Soll, der ebenfalls milde Urteile fällte, der die Entscheidung traf, Karl Hahn die Pension eines Oberstudiendirektors mit Wirkung vom 1.1.1950 zuzuerkennen, wenngleich orientiert an dem Gehalt eines Oberstudiendirektors der Besoldungsgruppe, die nach 1945 gültig war und nicht der durch die Nationalsozialisten angehobenen Besoldung.<sup>46</sup>

Karl Hahn erhob dagegen am 21.6.1951 Einspruch und es wurde ihm mit Entscheidung vom 16.10.1952 die höhere Punction eines Oberstudiendirektors gewährt.<sup>47</sup>

Karl Hahn, der am 15.3.1950 in seine Heimatstadt Gießen umgezogen war und dort im „Haus Uhlenhorst“ (sic!) wohnte, teilte am 23.12.1952 seine Hochzeit mit Elisa Hoch, geboren in Sao Paulo, mit und schrieb der Schulbehörde von seinen Reisen 1958/59 nach Brasilien, Mexiko und in die USA.

Karl Hahn blieb aktiv und erhielt anlässlich seines 80. Geburtstages von der Universität Gießen die Ehrenwürde eines Doktors der Naturwissenschaften. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass er noch zahlreiche Bücher in den Jahren nach 1945 geschrieben hatte.<sup>48</sup>

Karl Hahn starb am 14.2.1963.<sup>49</sup>

#### **Nachwort zum Thema Kontinuität**

Ein Leumundsschreiben, einen „Persilschein“, bekam Karl Hahn auch von Dr. Rolf Erichson, der am 25.6.1946 als „zurzeit kommissarischer Leiter der Oberschule Uhlenhorst-Barmbek“ bezeugte:

„Herr Oberstudiendirektor Professor Dr. Karl Hahn ist als Leiter der Oberschule auf der Uhlenhorst in Hamburg von 1920 bis 1945 mein unmittelbarer Vorgesetzter gewesen. Ich erkläre hier deutlich, dass ebenso wenig, wie der Vorwurf erhoben werden kann, Herr Professor Hahn sei national-sozialistisch eingestellt gewesen – er hat den Nationalsozialismus vielmehr zu jeder Zeit ingrimmig bekämpft, wo er nur konnte! – auch davon gesprochen werden kann, er sei Militarist gewesen.

Wenn im Nürnberger Prozess der englische Kläger den Feldmarschall Keitel an den erzieherischen Wert echten Soldatentums aus der großen preußischen Tradition hat erinnern müssen, so bedeutet das: Soldatentum ist etwas anderes als Militarismus. Die Lebensform des gebildeten Soldaten und Offiziers, die bei allen Kulturnationen einen wesentlichen Anteil an der Haltung des Volkes gehabt hat und bei den Vereinten Nationen auch noch hat und als solche geehrt und gepflegt wird, wird also auch vom Sieger nicht als Militarismus bezeichnet, womit vielmehr ein entseeltes Landsknechtstum, das jede Persönlichkeit entrechtet, gemeint ist.

Herr Professor Hahn war im ersten Weltkrieg Offizier. Sein Sinn für Ordnung, äußere wie innere Sauberkeit und pünktlich treue Pflichterfüllung haben ihn die Leitung seiner Schule in einer Weise führen lassen, die insofern soldatisch genannt werden könnte, als sich in ihr Methoden und Erfahrungen eines Soldaten aus der Schule der guten deutschen Tradition in die Praxis umsetzten. Da Herr Professor Hahn mit diesen erzieherischen Absichten stets unbedingte Rechtlichkeit der Gesinnung – Fairness, wie der Engländer es nennen würde – verband, wäre es ein großes Unrecht, einen redlichen deutschen Mann, der Gut und Leben für sein Vaterland einsetzte und stets das Beste für seine Untergebenen wollte, einen Militaristen zu nennen.“<sup>50</sup>

Das sollte offenbar Eindruck auf die Entnazifizierungsausschüsse machen.

In der Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek fand ich eine andere Äußerung von Dr. Rolf Erichson, die auf mich Eindruck gemacht hat. Er hatte am 1.5.1933, dem „Tag der deutschen Arbeit“ vor der versammelten Lehrer- und Schülerschaft der Oberrealschule auf der Uhlenhorst in der Aula eine Rede gehalten, bevor sich die gesamte Schule die Übertragung der ersten nationalsozialistischen Maifeier aus Berlin anhörte. Damals erinnerte Erichson an den Ersten Weltkrieg und an das Jahr 1918:

„Und jene Stunde hatte über Deutschland geschlagen, da alles zerbrach, was groß und schön gewesen war, – jene Stunde, da irgendwo in einem Lazarett ein halbblinder Gefreiter sich auf sein Bett warf und weinte über die verlorene deutsche Ehre ... Doch zwölf Lenze müssen noch ins deutsche Land gehen, deren Sonne weder leuchtet noch wärmt. Da bricht es herein, mitten im dunkelsten Winter, – am 30. Januar 1933! Wer kann vergessen, wie in jener Nacht die elektrischen Wellen

über alle Lande die Kunde verbreiteten, die Kunde die getragen wurde von den Klängen des alten Deutschlandliedes und von den Klängen, die jubelnd dem Banner des neuen Deutschland vorausjauchzten, das das uralte heilige Sonnenzeichen der Väter trug! Frühling! Frühling wird es über Deutschland! Wer konnte es fassen?

Leuchtend durchbrach am 21. März die Sonne das Regengewölk, als vor dem Grabe des größten Preußenkönigs der Feldmarschall von Hindenburg und der Kanzler Adolf Hitler sich die Hand reichten.

Ihr Jungen! Deutsche Jugend! Nun ist der Mai dieses Jahres da, dieses einzigen Frühlings, des Hitler-Frühlings! Und Ihr dürft erleben, was wir Älteren ersehnten, all die Jahre hindurch mit blutendem, brennendem Herzen! Als wir 1914 den 1. Mai feierten, da standen wir Studenten allein. Die Volksgenossen am Flug, in der Werkstatt feierten auch – allein! Nicht mehr war es die alte deutsche Frühlingsfeier aller! Und liebten doch alle ihr deutsches Vaterland! Arbeiter und Studenten zogen hinaus gegen den Erbfeind. Und was sie da erlebten in viereinhalb Jahren, das ließ jene Verse entstehen, die im Jammer des Bruderkampfes geboren wurden, in denen schon die große Sehnsucht wach ist: Es muss einmal doch kommen, das herrlich, einige, deutsche Reich! In tausend Herzen war sie wach, die große Sehnsucht. Unverzagt blieb sie sich selbst treu die dunklen 14 Jahre hindurch. Dass sie da war, dass sie lebte in den Seelen unzähliger deutscher Frauen und Männer, das erst gab überhaupt die Möglichkeit, dass es doch noch einmal anders wurde, dass ein Frühling 1933 ins deutsche Land zog!

Jener unbekannte Gefreite war es, der diesen Frühling werden ließ, nun Deutschlands Führer: Adolf Hitler! –

Die Glocken von Potsdam sind verklungen. Aber alltäglich mahnt es im Deutschlandsender von der Garnisonskirche herab auf den geheimnisvollen Wellen des Äthers jeden Deutschen: ‚Übt immer Treu und Redlichkeit!‘ Auch der Jubel dieses Maitages ist bald vorüber. Aber bleiben wird dies: Die große, heilige Gemeinschaft des Volkes, die keinen ausschließt und der keiner sich ausschließt, – diese Gemeinschaft, die wir so lange ersehnten, für die 2 Millionen Deutsche ihr Leben ließen! Die Gemeinschaft des Arbeiters der Stirn und des Arbeiters der Faust, – sie wird heute in diesem Frühling, der Deutschland die Ehre wiedergab, gefunden!<sup>51</sup>

Sah so der „ingrimmige Kampf gegen den Nationalsozialismus“ aus, den Erichson dem Vorgänger Karl Hahn bescheinigte? Kontinuität – Rolf Erichson war der Nachfolger von Karl Hahn als Schulleiter von 1945 bis 1958.<sup>52</sup> Laut seiner Entnazifizierungsakte war Erichson allerdings niemals Mitglied der NSDAP geworden, in den NSLB erst am 1.1.1935 eingetreten und ohne Funktion in irgendeiner NS-Organisation.<sup>53</sup>

Es war offenbar nicht so leicht, ehemalige Nationalsozialisten zu identifizieren.

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StAHH, 361-3\_A 1032
- 2 Entnazifizierungsakte Hahn, StAHH, 221-11\_Ed 4551
- 3 Siehe: Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek, Hamburg 1982, S. 76 ff.
- 4 Festschrift 1982, S. 78.
- 5 Ebd.
- 6 Festschrift 1982, S. 80.
- 7 Ebd.
- 8 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970, S. 227 f.
- 9 Milberg 1970, S. 229. Zur Geschichte der Selbstverwaltung der Schulen siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Schule ohne Vorgesetzte. Geschichte der Selbstverwaltung der Hamburger Schulen von 1870 bis 1986, Hamburg 1992.
- 10 Festschrift 1982, S. 84.
- 11 Festschrift 1982, S. 84 f.
- 12 Festschrift 1982, S. 87.
- 13 Schreiben vom 23.1.1946, Entnazifizierungsakte Hahn, a. a. O.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 28 ff.
- 19 Siehe zu der Ablösung von Heinrich Landahl als Schulleiter der Lichtwarkschule auch die Biografie seines Nachfolgers, Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 20 Heinrich Landahl in einem Schreiben vom 4.2.1946 an die Britische Militärregierung, Entnazifizierungsakte Hahn, a. a. O.
- 21 Festschrift 1982, S. 87.
- 22 Schreiben vom 23.1.1946, Entnazifizierungsakte Hahn, a. a. O.
- 23 Siehe zu diesem Komplex: Hans-Dietrich Nicolaisen: Hamburger Schüler als Luftwaffenhelfer, in: Reiner Lehberger und Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 382 ff.
- 24 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“. Hamburg 2010, S. 553.
- 25 Nicolaisen 1986, S. 391.
- 26 Schmidt 2010, S. 544 f.
- 27 Heinrich Landahl in dem Schreiben vom 4.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Alle Schreiben in der Personalakte a. a. O.
- 31 Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben von Karl Hahn vom 16.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben vom 15.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Beratender Ausschuss für die höheren Schulen vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 39 Schreiben vom 23.4.1934 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Ebd. Siehe dazu auch die Biografie Berthold Ohm, in: de Lorent 2016, S. 575 ff.
- 41 Entscheidung vom 3.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Siehe die Biografie Paul Wetzel in diesem Band.
- 43 Schreiben von Oberstudiendirektor Johann Helbig vom 24.1.1949,
- 44 Entscheidung des Berufungsausschusses 3 vom 23.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Schreiben des Fachausschusses vom 15.11.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Berufungsausschuss 17 vom 28.1.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Personalakte a. a. O.
- 48 Mitteilung der Universität Gießen vom 4.1.1962, Personalakte a. a. O.
- 49 Personalakte a. a. O.
- 50 Schreiben vom 25.6.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 51 Festschrift 1982, S. 86 f.
- 52 Festschrift 1982, S. 188.
- 53 Entnazifizierungsakte Rolf Erichson, StAHH, 221-11\_Ed 11474



## Ottomar Hartleb

**„Die Wurzeln unseres Volkes liegen in Blut und Boden und die Haltung, die wir Nationalsozialisten den deutschen Menschen geben wollen, ist die heroische.“**

Ottomar Hartleb war ein vielseitig interessierter Mann. Er war naturwissenschaftlich engagiert, arbeitete parallel zu seiner Studienratstätigkeit in der Weimarer Republik im Lichtforschungsinstitut in Eppendorf an der Krebsforschung. Nach einem Forschungsauftrag in Südafrika 1931/32 widmete er sich leidenschaftlich den Bestrebungen der Kolonialisierung. Es war für ihn kein großer Schritt, als Deutschnationaler 1933 der NSDAP beizutreten und Schulleiter der Emilie-Wüstenfeld-Schule zu werden. Möglicherweise war es seiner Eitelkeit zu verdanken, dass seine Reden bei Schulfestern und Andachten gesammelt erhalten blieben. Sie vermitteln einen konkreten Einblick, wie Schülerinnen nationalsozialistisch indoktriniert wurden.

Ottomar Hartleb wurde als Sohn eines Beamten der Baudeputation am 10.8.1888 in Altona geboren. Er besuchte die Stiftungsschule von 1815 und anschließend die Oberrealschule Eimsbüttel. Nach dem Abitur studierte Hartleb an den Universitäten in München, Göttingen und Gießen Physik und Chemie, daneben Mineralogie und Mathematik.<sup>1</sup>

Das Probe- und Anleitungsjahr absolvierte er ab dem 1.1.1914 an der Oberrealschule vor dem Holstentor. Am 1.4.1917 ernannte die Schulverwaltung Hartleb zum Oberlehrer und stellte ihn fest ein. Zum Kriegsdienst wurde er „für unabhkömmlich“ erklärt.<sup>2</sup> Das hing sicherlich mit seinen Forschungsarbeiten zusammen, die 1917 in eine Dissertation an der Universität Gießen mündeten. Thema: „Quantitative Untersuchungen über den Thomson-Effekt an glühenden Drähten“.<sup>3</sup>

Seinem späteren Entnazifizierungsfragebogen legte er eine umfangreiche Liste von wissenschaftlichen Veröffentlichungen bei.<sup>4</sup> Hartleb forschte mit anderen Wissenschaftlern und naturwissenschaftlichen Lehrern wie Prof. Ferdinand Dannmeyer an Methoden der Diagnostik von Krebserkrankungen. Später erklärte Hartleb, dass seine Berufung zum Schulleiter 1933 für ihn ein Verzicht war „auf eine mehr als zehnjährige ehrenamtliche, wissenschaftliche Tätigkeit im Dienste der Volksgesundheitspflege am Lichtforschungsinstitut (Hamburg-Eppendorf)“.<sup>5</sup>

Hartleb nahm teil an Tagungen der „Ärzte und Naturforscher“, 1920 und 1926. Auch politisch war er interessiert und aktiv in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).<sup>6</sup>

Durch seine Forschungsarbeiten hatte Hartleb Kontakte nach England und

Südafrika. 1931/32 war er eingeladen worden, um in Kapstadt und Johannesburg die Hamburger Forschungsergebnisse vorzustellen und „Pläne für eine Institutsgründung zur Krebsforschung in Johannesburg vorzubereiten“.<sup>7</sup>

Hartleb arbeitete hauptamtlich als Oberlehrer an dem Lyzeum am rechten Alsterufer, aus dem 1927 die Helene-Lange-Schule wurde. Am 1.5.1933 trat Hartleb in die NSDAP ein. In der kurz vor Ende des Krieges geschriebenen Chronik der Emilie-Wüstenfeld-Schule notierte Georg Wölfert:

„Seit dem August des Jahres 1933 lag die Leitung der Emilie-Wüstenfeld-Schule in den Händen von Herrn Oberstudiendirektor Dr. Ottomar Hartleb, dem damit die Aufgabe zuteil wurde, die Schule – auf bewährter Überlieferung aufbauend – im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung zu führen.“<sup>8</sup>

Ein zweiter Schwerpunkt, der mit einer Leidenschaft von Ottomar Hartleb zusammenfiel, wurde ebenfalls vermerkt:

„Unter der Leitung des Herrn Dr. Hartleb ist der Schule eine besondere Aufgabe insofern übertragen worden, als es ihr zur Pflicht gemacht worden ist, den kolonialen Traditionen Deutschlands im Rahmen der Schularbeit besondere Pflege zu widmen.“<sup>9</sup>

Wölfert, in Abwesenheit von Hartleb später selbst mit der Schulleitung betraut, stellte in diesem Kontext fest, dass Hartleb am 1.5.1942 für ein Jahr „zu besonderen Aufgaben im Reichskolonialbund Berlin beurlaubt wurde“.<sup>10</sup>



Und Hartleb musste in seinem Entnazifizierungsfragebogen nach Ende der NS-Herrschaft angeben, dass er von 1941–1943 in Dänemark und Norwegen zu Vortragsreisen bei der Luftwaffe unterwegs gewesen war. Nebulös nannte er als Vortragsinhalte „Themen u. a. Afrika“.<sup>11</sup>

Auf das Entnazifizierungsverfahren soll noch genauer eingegangen werden. Es waren stets Verharmlosungsveranstaltungen von Seiten der Betroffenen. Interessant ist im Hamburger Staatsarchiv eine Akte aus dem Bestand der Emilie-Wüstenfeld-Schule, die „Notizen des Schulleiters“ genannt ist und die Worte und Reden von Ottomar Hartleb in Konferenzen und bei Schulfeiern beinhaltet. Darüber hinaus gibt es eine Akte „Programme etc.“ mit Redemanuskripten von Hartleb. Ob dies der Eitelkeit des Schulleiters geschuldet war, man weiß es nicht. Jedenfalls bietet es Gelegenheit, die Behauptung von Ottomar Hartleb nach Ende der NS-Herrschaft zu untersuchen, er hätte niemals ideologische Reden gehalten. Die Selbsteinschätzung oder Schutzbehauptung Hartlebs lautete nämlich am 5.10.1945:



Ottomar Hartleb in  
seinem Schulleiterbüro,  
1935

„Mein Schulamt, dem ich mich mit Liebe und Interesse widmete, habe ich, alter deutscher Schultradition gemäß, zu führen mich bemüht. Schulfremde Einflüsse (seitens des BDM) habe ich so weit wie möglich ferngehalten und die Hauptaufgaben in der Vermittlung gediegenen Wissens gesehen. Besonders wurden die musischen Fächer gepflegt. Politischer und religiöser Zwang ist weder von mir noch von den Lehrern ausgeübt worden. Ich habe vielmehr im Laufe der Jahre viele Härten mildern oder abwenden können, die Kinder jüdischer Mitbürger oder solche von Ausländern betrafen.“ Und Hartleb erklärte:

„Ich habe in der Partei weder ein Amt bekleidet noch irgendwelche weltanschaulichen Vorträge gehalten.“<sup>12</sup>

Mit den Aufzeichnungen der Schule aus dieser Zeit konfrontiert, stellt sich dies allerdings ganz anders dar. Über die Einführung des neuen Schulleiters Ottomar Hartleb wird unter dem 7.8.1933 in den Schulakten festgehalten:

„Auftritt des neuen Schulleiters. Einführung durch den Vertreter, Herrn Ramb. Kurze Ansprache des neuen Leiters. Die Schule ist fortan im Geiste unseres großen Führers Adolf Hitler zu führen, d. h. Einordnung des Einzelnen in die Gesamtheit, Einsatzbereitschaft, Pflichterfüllung und immerwährendes Kämpfertum ist erforderlich, um Deutschland wieder zur Höhe empor zu führen. Die Jugend muss wieder erfüllt werden mit den großen Idealen. Sie muss erzogen werden in demselben Geiste, der einst Preußen groß gemacht hat.“<sup>14</sup>

Am 16.10.1933 hielt Ottomar Hartleb eine Andacht in der Schule. Notiert wurde:

„Herr Dr. Hartleb hielt die Andacht und besprach alsdann die zwei großen politischen Ereignisse der letzten Jahre: ‚Das Verlassen der Abrüstungskonferenz‘

und ‚Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund‘. Deutschland hat ein Entgegenkommen bis zum äußersten gezeigt. Die Verhandlungen wurden jedoch zur lächerlichen Komödie. Deutschland hat weiter versucht, der großen Sache des Friedens zu dienen, doch können und wollen wir nicht mitschuldig sein an dem großen Betrug der Völker, deshalb wurde die Delegation der Abrüstungskonferenz zurückgerufen. Der Völkerbund ist das Instrument derjenigen Völker, die uns seit 14 Jahren am Boden halten wollen. Wir haben in Genf mitgearbeitet und wollten ernste und sorgsame Arbeit leisten, aber die Ehre lassen wir uns nicht rauben, daher wissen wir auch, dass wir diesen Schritt tun mussten. Herr Dr. Hartleb schließt mit den Worten Luthers: ‚Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen.‘<sup>14</sup>

Am 23.10.1933 war es Hartlebs Stellvertreter, Aloys Ramb, der die Schülerinnen nationalisierte:

„Herr Ramb machte die Schülerinnen nochmals auf die Bedeutung der Flaggenhissung aufmerksam. Sie sei unser feierliches Bekenntnis zum neuen Staat und wir geloben gleichzeitig dadurch dem Führer, ihm mit freudigem Herzen zu dienen. Auf dem Wege zur Aula kommen wir vor den Bildern der zwei großen Männer vorüber, wir wollen den Männern fest ins Auge schauen, dann zur Andacht gehen. Herr Ramb sagte der Jugend, dass sich unsere Nation in einem geistigen Umbruch befindet und jetzt gilt es echt nationale Haltung zu gewinnen und die Idee des Führers ins Bewusstsein des Volkes zu bringen. Strebt nach oben empor! Wir erlebten den Konkurrenzkampf alle gegen einen. Das ‚Ich‘ ist wehrlos, hilflos, ohne Schutz gegenüber der Masse. Der Strom teilt sich in Arme und Nebenarme, am Ende bleibt von diesen Armen nichts mehr übrig – am Ende steht der Tod –. Wenn Lösen, Lockern und Teilen zum Tode führen, muss Sammeln, Binden, Zusammentragen neue Kraft und neues Leben hervorbringen. Unsere Aufgabe ist: wir müssen sammeln, binden, das neue Große zu einem großen Ganzen zusammenschließen, das für uns das deutsche Volk heißt. Der Organismus hat nichts für sich, sondern alles für alle. Das Herz schlägt nicht nur für sich selbst, sondern für den Gesamtorganismus. Der ganze Organismus nimmt daran teil, wenn ein Organ krank ist. Wucherungen kapselt er ein und schaltet sie aus.“<sup>15</sup>

Auf die Schülerinnen prasselte ein ideologisches Dauerfeuer ein, bei Andachten und den zahlreichen Feiern, die in der Aula zelebriert wurden. Für den 9.11.1933 wurde notiert:

„12:30 Uhr Anmarsch in die Aula. Unsere heutige Feier wurde mit dem Horst Wessel-Lied eröffnet. Danach hielt Herr Dr. Hartleb folgende kurze Ansprache: Als im Jahre Ende 1918/Anfang 1919 die Truppen von der Front zurückkehrten, herrschte ein Chaos im Vaterlande. Mutige Männer setzen gleich ihre Kraft ein, um diesen Zustand zu steuern; einer der ersten war unser Führer Adolf Hitler. Im Jahre 1923,

am 9. November, versuchte er mit gleichgesinnten Menschen – unter ihnen nenne ich nur Ludendorff – dem Spuk ein Ende zu bereiten. Die Vorbereitung zu dieser Erlösung, zu der sich die Besten berufen fühlten, war nicht nur in München, sondern auch in anderen Teilen des Reiches, geschah auch hier in Hamburg. Doch durch den begangenen Verrat brach dieser so mutig begonnene Aufstand zusammen. Zahlreiche Männer blieben in ihrem Blute liegen. Der Schwerpunkt des Kampfes unseres Führers legte sich sodann auf andere Quellen, aus denen der menschliche Geist seine Kraft zieht, nämlich: Blut, Boden und Ehre. Dieses sind die drei Quellen für unser neues Deutsches Reich. – Alsdann verlas Dr. Hartleb den Aufruf von Rudolf Hess. Dr. Hartleb sagte noch zu den Schülerinnen: „Ich erwarte von euch, dass ihr die Worte und den Sinn dieser Stunde in euch weitertragt und das Gedenken und den Sinn dieser Tage als eine Kraftquelle betrachtet, sodass aus euch Streiter für das 3. Reich erwachsen. Dieses ist der Sinn, den wir hier pflegen wollen und wir werden uns bemühen, euch dieses voll zum Bewusstsein zu bringen.“<sup>16</sup>

Ungeschminkte, simple nationalsozialistische Indoktrinationsbemühungen. Man kann der Protokollantin und der Schule dankbar sein, diese „Notizen des Schulleiters“ archiviert zu haben.

Für den 10.2.1936 wurde von Ottomar Hartleb seine Feststellung notiert, „dass laut letzter Statistik jetzt 78 % der Schülerinnen in der HJ wären. Es käme aber nicht auf den Prozentsatz an, sondern auf die Einsatzbereitschaft, den Charakter und Kulturwert, Sauberkeit des Charakters und Disziplin. Kultur des Geistes gleich Klarheit und Urteilsfähigkeit. An Letzterem fehlte es noch sehr. Ehrfurcht vor der alten Generation. Einige Beobachtungen und Entgleisungen geben den Anlass, heute hier zu sprechen. Dann ermahnte der Schulleiter nochmals, darauf zu achten, dass vor allem der Hof sauber gehalten und kein Papier oder Obstabfälle hingeworfen werden. Gefreut hat die Schulleitung sich über die große Einsatzbereitschaft der Schule für die Kolonialausstellung. Die Ausstellung hat in der Öffentlichkeit weiteste Beachtung gefunden, die Schularbeit ist lobend anerkannt worden. Die Schule hat ferner ihre Einsatzbereitschaft im Leistungswettkampf gezeigt. Sie hat, wenn auch nicht den ersten, so doch den zweiten und dritten Preis errungen. Der Schulleiter dankt den Schülern und Lehrern. Danach wurden noch gemeinsam mehrere Lieder gesungen: 1. Wenn die bunten Fahnen wehen, 2. Auf, hebt unsere Fahne, 3. Die blauen Dragoner sie reiten, 4. Es zog ein Regiment ... 5. Wir ziehen über die Straße 6. Vorwärts.“<sup>17</sup>

In einer anderen Akte der Schule sind die Manuskripte der Reden des Schulleiters aufbewahrt. Am 24.2.1934 sprach Hartleb zur Totengedenkfeier. Er sagte:

„Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass einzelne gottbegnadete Männer Geschichte machen, und es wird uns Sterblichen stets ein Rätsel sein, dass diese

immer zur rechten Zeit erscheinen. Wollen wir sie verstehen und den elementaren Hochdruck der nationalsozialistischen Revolution erfassen, die von ihnen gemacht wurde, so müssen wir zurückgreifen auf den Urquell der Kraft, den sie in dieser Zeit als erste wieder erkannt haben, auf die Kraft von Volkstum und Blutgemeinschaft. Die entbundene, individualisierte formlose Masse war zu solchen Leistungen unfähig; erst dadurch, dass jeder Einzelne sich als Glied dieser Blutgemeinschaft empfindet, in der die gesunden Funktionen des staatlichen Gemeinschaftslebens entwickelt werden, können so große Leistungen, wie wir sie bereits erlebt haben, erzielt werden. Die Wurzeln unseres Volkes liegen in Blut und Boden und die Haltung, die wir Nationalsozialisten den deutschen Menschen geben wollen, ist die heroische, unter der wir nicht nur physischen Mut und Tapferkeit verstehen, sondern auch die sittliche Stärke, die sich ausdrückt in der Wahrhaftigkeit und Opferbereitschaft bis zum äußersten.

Millionen unserer Volksgenossen haben im großen Kriege unser Vaterland beschützt und unter Einsatz ihres Lebens die Schrecken des Krieges von uns ferngehalten. Ungeheuer sind die gebrachten Opfer. An 2 Millionen Tote liegen wie ein Wall um Deutschlands Grenzen und schlafen in die Ewigkeit. Liebende Hände haben ihre Gräber geschmückt und würdige Gedenksteine errichtet. Ihnen zur Ehre und den Lebenden zur Mahnung; aber in selbstquälerischer Anklage verstand das seelisch und körperlich zermürbte Volk der Nachkriegszeit den Sinn des Menschenopfers nicht mehr, die eigene persönliche Not ging ihm vor Volksnot. Wie aus einem geheimnisvollen Dunkel heraus aber tönte anklagend der Chor der Toten und offenbarte manchem, in welchen Abgrund das deutsche Volk hinein getaumelt war. Würde der Weltkrieg nichts anderes zu bedeuten gehabt haben, als einen nutzlosen Kampf um materiellen Gewinn, er wäre ein wahnsinniges Verbrechen gewesen. Er kann aber nur aufgefasst werden als der Ursprung neuen Lebens, der die in Erstarrung begriffene Menschheit aus ihrem Traum mit harter Hand herausriß und das pessimistische Wort vom Untergang des Abendlandes zerstört.“

Und mit Adolf Hitler und Horst Wessel schloss Hartleb vor den Schülerinnen und dem Kollegium der Schule seine Rede ab:

„Unser Führer war einer von den Millionen, die für uns gekämpft und gelitten haben. Das ewige Soldatentum ist in ihm am besten verkörpert. Er hat mit seinen braunen Armeen den Geist dieses heroischen Frontkämpfertums wieder aufleben und zur Tat werden lassen. Er hat den feldgrauen Soldaten und den gefallenen Kameraden die Ehre wiedergegeben und den Toten die Krone der Ewigkeit aufs Haupt gedrückt. Jahrelanger schwerer Kämpfe hat es bedurft, ein ungeheures Maß von Opferbereitschaft und Treue war nötig, um die Widerstände hinwegzufegen und das Reich Gestalt werden zu lassen. Wenn wir in dieser Stunde in Ehrfurcht

unser Haupt beugen vor den Toten des Weltkrieges, gedenken wir in gleicher Stunde der politischen Kämpfer der Bewegung, die in gleicher Einsatzbereitschaft ihr Leben hingaben für die Gemeinschaft. Einen unter ihnen kennt ihr besonders gut, Horst Wessel, dessen Todestag am 28. Februar gestern wiedergekehrt ist. Ihr jungen Menschen, die ihr in den Anbruch einer großen Zeit hineingeboren seid, sollt eines Tages dieses Erbe übernehmen und wie einen Heiligen Gral mit eurem Leben schwärmen und verteidigen, wenn es sein muss. Aber nur wer die Ehrfurcht vor den Toten hat, ist würdig selbst dereinst Führer zu sein.“<sup>18</sup>

So redete der Schulleiter eines Eimsbütteler Mädchenlyzeums 1934, der ein Jahrzehnt später beteuerte, seine Hauptaufgabe „in der Vermittlung gediegenen Wissens gesehen und niemals weltanschauliche Vorträge gehalten zu haben“.

Am 18.1.1934 sprach Hartleb erneut vor den Schülerinnen. Nach dem Kanon: „Der Teufel soll versinken, die Männlichkeit soll blinken, das Deutsche Reich bestehen, die Erd und All vergehn“, führte er erneut sein immer wiederkehrendes Thema aus:

„Noch einmal zeigte sich die im Volke wohnende heroische Kraft im Jahre 1914, aber die Heimat versagte und das 2. Reich wurde durch innere und äußere Feinde völlig zerstört. Anknüpfend an beste preußische Tradition und auf Fundamenten Bismarcks neu aufbauend, hat unser Führer und seine Mannen dem deutschen Volk ein Heim gegeben, in dem es seiner völkischen Bestimmung entsprechend leben und schaffen soll. Die im Volke wohnende Kraft soll entbunden werden, dass es sich selbst dem drohenden Untergang entzieht. Wir stehen erst am Anfang zum 3. Reich, dessen Bau noch lange nicht vollendet ist; dazu bedarf es noch gewaltiger Anstrengung. Ein sichtbares Zeichen der Verbindung zur großen Vergangenheit, das noch deutlicher wird durch die völlige Vereinheitlichung des Deutschen Reiches am heutigen Tage, dem 18. Januar 1934 unter der genialen Führung seines besten Beraters, unseres Volkskanzlers Adolf Hitler. Seien wir uns bewusst, dass wir eine große Aufgabe zu erfüllen haben, und dass nachkommende Geschlechter über uns urteilen, ob wir uns dieser Aufgabe würdig erwiesen haben. Wir wollen auch in dieser Stunde unseren Führern unbedingte Treue geloben. Glaube und Vertrauen müssen die Quellen unserer Kraft zu unermüdlicher, vorwärts drängender Mitarbeit sein; nicht durch kleinliche Ichsucht darf es wieder dahin kommen, dass des Reiches Herrlichkeit zerbricht.“<sup>19</sup>

Am 3.1.1934 resümierte Ottomar Hartleb vor den Schülerinnen und der Lehrerschaft das erste Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft:

„Wir stehen an der Jahreswende, ein Jahr liegt hinter uns, welches dereinst in der Geschichte Deutschlands als ein ganz großes gekennzeichnet werden wird, dadurch dass das deutsche Volk sich wiedergefunden hat. Am 30. Januar 1933 wurde

unserem Volkskanzler durch den Reichspräsidenten die Regierung übergeben. Im Zuge dieser Ereignisse vollzog sich eine Revolution in voller Disziplin. Niemals zuvor hat sich in der Geschichte der Völker eine solche Umwälzung in dieser Ordnung vollzogen. Die großen Maßnahmen zur Umformung des deutschen Menschen wurden ergriffen. Er muss lernen und durch die Tat bezeugen, dass er Deutscher des neuen Staates ist. In welchem Ausmaß dies unserem Führer gelungen ist, zeigte das Wahlergebnis des 12. November 1933. Die Revolution ist zu Ende, der innere organische Aufbau beginnt. Jetzt gilt es, die Widersacher außerhalb der Landesgrenzen von unserer Weltanschauung zu überzeugen. Wie wenig Verständnis das Ausland für das neue Deutschland aufbringt, zeigt uns die Äußerung des russischen Außenministers Litwinow, wenn er sagt: ‚Auf der ganzen Welt gibt es nur zwei Völker, die nicht friedlich gesinnt sind, Japan und Deutschland.‘ Was er als gemeinsame Haltung kennzeichnet, ist die heroische Haltung der beiden Nationen in ihrer völkischen Lebensgestaltung. Er übersieht aber dabei die friedlichen Absichten des deutschen Volkes und seiner Führer, die imperialistische Eroberungen ablehnen. Adolf Hitler wünscht einen Frieden der Ehre und nicht der Knechtschaft. Das kommende Jahr wird über unsere außenpolitische Stellung entscheiden. Im Anschluss an den Neujahrsgruß des Jugendführers Baldur von Schirach ermahnte der Schulleiter die Jugend nochmals zu Gehorsam dem Elternhause gegenüber, zur Pflichterfüllung in der Schule und der Jugendbewegung.“<sup>20</sup>

Selten findet man so kompakt und anschaulich, wie die Indoktrination der Jugendlichen, in diesem Fall der Mädchen, im Rahmen der ständigen Feiern und Ansprachen von Schulleitern vorstatten ging. Selbst den Festtag der deutschen Hausmusik am 21.11.1933 nutzte Ottomar Hartleb dazu, die Schulgemeinde auf die nationalsozialistische Bewegung einzuschwören, wenn er in seine Rede so einstieg:

„Auf lange Zeit wird der 12. November 1933 der denkwürdige Tag der deutschen Geschichte sein. Politisch gesehen brachte er den vollständigen Sieg der nationalsozialistischen Revolution. Sie ist eine totale geworden; alle Gebiete des öffentlichen Lebens sind erfasst und werden von Grund auf umgestaltet. Wirkliche Revolutionen beschränken sich aber niemals auf das politische Gebiet allein, auch der schöpferische Mensch wird in den Strudel der Ereignisse hineingezogen. Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Kunst werden von den Strömungen der Zeit erfasst. Die große Aufgabe, die uns nach der Machtergreifung nun bevorsteht, ist die Volkwerdung der deutschen Nation vorwärts zu treiben, eine alte Sehnsucht der Deutschen. Demgemäß hat sich auch der schaffende Künstler in den Dienst dieser Arbeit zu stellen. Bei der feierlichen Eröffnung der Reichskulturkammer sprach sich der Reichsminister Dr. Goebbels über das Wesen der Kunst in folgender Weise aus: ‚Die Kunst ist kein absoluter Begriff. Sie gewinnt erst Leben im Leben des Volkes.



Es war vielleicht das schlimmste Vergehen der künstlerisch schaffenden Menschen der vergangenen Epoche, dass sie nicht mehr in organischer Beziehung zum Volke selbst standen und damit die Wurzel verloren, die Ihnen täglich neue Nahrung zuführte. Der Künstler trennte sich vom Volk; er gab dabei die Quelle seiner Fruchtbarkeit auf. Von hier ab setzt die lebensbedrohende Krise der kulturschaffenden Menschen in Deutschland ein. Kultur ist höchster Ausdruck der schöpferischen Kräfte eines Volkes.“<sup>21</sup>

Hartleb nutzte das Forum auch, um gegen den „Intellektualismus“ und gegen eine bestimmte, von den Nationalsozialisten abgelehnte Literatur zu polemisieren:

„Diese Entfremdung der Kunst vom Volke aber ist nicht nur in der Musik festzustellen, sondern war ebenso stark auf anderen Gebieten eingetreten; denken Sie an gewisse Richtungen in der Malerei der vergangenen Periode! – Kunst und Gegenstand gehören zusammen, aber die Kunst der letzten Jahre löste sich immer mehr vom Gegenständlichen und stellte einerseits den intellektuellen Gehalt des Kunstwerkes in den Vordergrund. Hier sei erinnert an eine ganze Fülle von unerträglichen sogenannten ‚psychologischen‘ Romanen, mit denen wir in den letzten Jahren überschüttet wurden. Mit der ‚nationalen Revolution‘ ist aber auch auf dem Gebiet der Literatur ein Wandel eingetreten. Man will dem Volk wieder Bücher in die Hand geben, die frei sind von Intellektualismus, und die sich wieder an das Gegenständliche in der Kunst halten.“<sup>22</sup>

Seit 1919 unterrichtete Ottomar Hartleb an einem Lyzeum für Mädchen, seit 1933 leitete er eines. Darum ist auch sein Frauen- bzw. Mutterbild von Bedeutung und das Frauenbild, das er an seiner Schule vermittelte. Eine offenbar 1934 gehaltene Rede von Hartleb ist „Die Mutter“ überschrieben. Diese Rede zeigt auf, wie Mädchen in der NS-Zeit sozialisiert wurden und welche Rolle dabei die Schule spielte. Ich vermute, dass Hartlebs Rede durchaus symptomatisch war, für die Ideologie und den Ton der an den Schulen angeschlagen wurde und der dazu führte, die Mädchen und Frauen für den Nationalsozialismus zu sozialisieren. Darum soll diese Rede ausführlicher zitiert werden:

„Der für Euch Junge und Jüngsten schon bald sagenhafte Krieg nämlich, hat uns Deutsche in eine bisher nie erkannte Erschütterung gebracht: der Abgrund von Schmerz und Leid, in dem wir seit 20 Jahren leben mussten, hat in uns Kräfte und Einsichten geweckt, die wahrlich nur aus dem Abgrund, aus den Tiefen des Lebens erfahren werden können. Es ist von den Müttern während des großen Krieges so Unsagbares gelitten worden, wie von den Soldaten der Front. Wir haben wohl vom Heldentum der kämpfenden Männer ergreifende und großartige Gestaltungen in Dichtungen und Bildern der Kunst, doch wir haben nichts mit diesen Verkündigungen vergleichbares, was das Heldentum der Mütter würdig fasst. Und das wieder-

Emilie-Wüstenfeld-Schule, Abiturjahrgang 1934 mit dem stellvertretenden Schulleiter Aloys Ramb



rum ist vielleicht richtig so: Es gehört zum Wesen der Mutter, dass sie ihr Leben in Stille und Selbstverständlichkeit erfüllt. Um jeden Gefallenen beinahe trauerte eine Mutter, und nie wird ein Mensch auch nur erahnen können, was der Schlachtentod mit allen seinen grausigen Formen im Mutterherzen angerichtet hat. Aus diesem Kriegsschicksal der Mütter erst wurde uns deutlich, was wir vorher nie so klar wussten: die Mütter sind viel mehr als nur die Mütter ihrer Kinder, die sie mit Liebe und Opferlust pflegen und nähren, sie sind die Mütter des Volkes. Wie unsere Männer, durch ihr Kriegertum, durch den Soldatendienst im Felde auf einmal nicht mehr waren jene Einzelmenschen, Bauern, Kaufleute, Beamte, Gelehrte, sondern Schützer und Bewahrer der Nation, die ihren Sinn nur noch erfüllten im Dienste auf Leben und Tod, in einem Dienste, der ihr Privates, einzelnes Wesen aus seiner bisherigen bürgerlichen Ebene hinaus hob in die Ebene der Nation, die mehr ist als jeder Einzelne von uns und mehr als wir einzelnen Deutschen alle zusammen, – wie wir im Krieger den Mann der Nation erkannten, so in der Mutter die Frau der Nation. Das Opfer der blutenden Herzen nämlich bekam nur seinen Sinn für Deutschland. Der Tod der Millionen und das dahinter stehende Leid der Mütter haben uns wieder geoffenbart: der Sinn unseres Lebens hat seine Grenze nicht in uns, nicht wir sind der Sinn, sondern Deutschland. Und erst nach vielen Jahren der inneren und äußeren Schmach hat der Nationalsozialismus begonnen den Sinn dieses Opfers der Krieger und Mütter zu erfüllen: eine Nation zu schaffen, die dieses Opfers würdig ist.

In dieser neuen deutschen Nation, da allerdings ist die Mutter keine Privatperson mehr. Wenn sie Kinder gebärt und erzieht, ist das nicht mehr ihre Sache,

sondern die der Nation. Denn ein Geheimnis des menschlichen Lebens hat der Nationalsozialismus wieder entdeckt und es als Kraftmittel des Zusammenlebens erkannt: das Geheimnis des Blutes. Wir wissen heute, das bestimmt unser Schicksal, wes Blutes wir sind. Was an Großem und Minderwertigem, an Segen und Fluch sich in unserem Leben auswirkt, d. h. welcher Art wir sind, unser leibliches, seelisches und auch geistiges Schicksal, das liegt wesenhaft im Geheimnis des Blutes geschlossen. Unsere Mütter bewahren dieses Geheimnis in besonderem Maße in sich und geben es in ihren Kindern weiter an die Zukunft. Und es ist wirklich ein Schicksal, welche Art die Mutter weitergibt, nicht nur für ihre Kinder, zugleich für das Volk und seine Entwicklung. So trägt die Mutter eine gewaltige Verantwortung vor der Nation. Sie kann der Fluch und der Segen eines Volkes sein: ein Fluch, wenn sie krankes und minderwertiges Erbe ihren Kindern weitergibt, das unser Volk schwächt, zersetzt und zum schlechten Ende vernichtet, wenn sie gute Anlagen durch eine schlechte Pflege und leichtsinnige Erziehung zugrunde richtet und wertlos macht; ein Segen, wenn sie lebenskräftige und gesunde Kinder hat, wenn sie durch ihre mütterliche Pflege alle starken Anlagen weckt und zur Entfaltung bringt. Es ist also nicht mehr Privatsache jeder einzelnen Frau, ob und welche Kinder sie erzieht: es ist Sache der Nation:

Man hat manchmal gesagt, der Nationalsozialismus hätte die Frau entwertet, sie aus der Politik, aus den Universitäten und Schulen, aus den Berufen vertrieben, ihr die Rechte, die sie sich im Laufe des Jahrhunderts erkämpft hat, genommen. Der Nationalsozialismus sei überhaupt nur eine Sache der Männer. Dazu ist zu sagen: Es hat noch keine Bewegung in der europäischen Geschichte den Wert der Frau tiefer und echter erkannt, als der Nationalsozialismus; denn eines wissen wir: wir Männer können noch so viel marschieren, reden, kämpfen, das alles wird sinnlos, wenn es in Deutschland keine gesunden Frauen und Mütter mehr gibt. Gilt doch unser Kampf auch der Zukunft unseres Volkes, die aber beruht in den Kindern, die die Mütter dem Volke schenken. Wenn der Nationalsozialismus als die fruchtbarsten Symbole der Nation Blut und Boden nennt, dann ist darin enthalten: die Frau und die Mutter ist die heilige Bewahrerin unseres Blutes und unserer Art, sie ist der Mutterboden der Nation.

Eure Aufgabe ist es, Euch für den Frauendienst an Deutschland heranzubilden, und Ihr mögt wohl ahnen, welche Verantwortung darin beruht. Haltet Eure Leiber gesund, kräftig und schön, nicht um der persönlichen Eitelkeit, sondern um des Dienstes am Vaterland willen. Sorgt, dass in diesen Leibern, den Trägern der kommenden Geschlechter, eine lebendige starke Seele sei. Nehmt die großen und heiligen Güter der Nation mit offenem Herzen in Euch auf, setzt sie in Euch um zu Leben, sie sind deutsch wie Ihr deutsch seid und deshalb können sie in Euren Seelen

wirksam werden, darum haltet Zucht: werdet nicht Frauen, die in ihrer oberflächlichen Eitelkeit und Ichsucht diesen Ehrennamen Frau, d. h. Herrin nicht verdienen. Seid nicht Mädchen, die jedem kleinen Gelüste nachlaufen, sich hierhin und dorthin treiben lassen, haltet Euch in Zucht, damit man Euch später in Züchten begegnen wird. Wie wolltet Ihr Kinder erziehen, wenn Ihr unerzogen seid? Wie wolltet Ihr Herrscher im Reich der Frau sein, wenn Ihr Euch selbst nicht beherrschen könnt, wenn Ihr Schwächlinge und Empfindlinge des Leibes und der Seele seid? Wir brauchen in Deutschland Frauen, die das Natürliche mehr lieben, als die verlockenden Güter der Nation, das Starke mehr als das Schwache, das Gesunde mehr als das Kranke, Deutschland mehr als sich selbst. Es gibt Zeitgenossen, die solche Leitsätze nicht gerne hören. Doch lasst Euch nicht irremachen in Eurem gesunden und Leben bejahenden Sinn, die Welt ist kein Jammertal, das Leben muss keine sündige Angelegenheit sein und die Güte des Volkes sind keine Illusionen. Das Leben ist für uns Deutsche ein Kampfplatz, den wir lieben. Wir wollen hier kein Paradies und keine ewige Seligkeit, wir wollen uns bewähren können und behaupten lernen. Ihr jungen Mädchen des Dritten Reiches, Ihr werdet einen neuen Stamm von Frauen und Müttern im deutschen Volke zu geben haben. In vielem abgehärteter, kühner, einfacher, selbstloser, selbstbewusster als die Frauen früherer Generationen und dennoch mit jener Innerlichkeit und Zartheit bedacht, wie sie uns aus alten Bildern vertraut ist.

Ihr werdet auch der Familie wieder den Sinn geben müssen, den sie teilweise verloren hat: kleinste und wesentlichste Lebens- und Kulturzelle der Nation zu sein. Sorgt dafür, dass in den Familien wieder ein sinnvolles Zusammenleben einsetzt, dass die Mutter alle Feste und Feiern im Ablauf des Jahres zu gestalten, lebendig zu erfüllen versteht.“<sup>23</sup>

Gibt es eine deutlichere nationalsozialistische Agitation an Mädchen gerichtet? Hartleb wird sich später rühmen, nach 1945, er hätte „viele Härten mildern oder abwenden können, die Kinder jüdischer Mitbürger betrafen“.<sup>24</sup>

Was werden diese jüdischen Mädchen gedacht und gefühlt haben bei Hartlebs Sätzen: „So trägt die Mutter eine gewaltige Verantwortung vor der Nation. Sie kann der Fluch und der Segen eines Volkes sein, der Fluch, wenn sie krankes oder minderwertiges Erbe ihren Kindern weitergibt, das unser Volk schwächt, zersetzt und zum schlechten Ende vernichtet.“<sup>25</sup>

Nicht erst seit seinem Südafrika-Aufenthalt gehörte das „Wiederaufleben des kolonialen Willens“<sup>26</sup> zu den Leidenschaften Ottomar Hartlebs. Bei der Vorstellung einer großen Ausstellung zum Kolonialthema schrieb Hartleb einen Aufsatz in der HLZ 7/1935: „Koloniale Arbeit in der Schule“. Darin hieß es:

„Heute wird für die Schule auf allen Gebieten des Unterrichts mehr denn je die Forderung erhoben, auf Lebensnähe und völkische Aufgaben ausgerichtet zu



Ausstellung zum Thema Kolonialismus an der Emilie-Wüstenfeld-Schule mit Schulleiter Ottomar Hartleb am Rednerpult

sein. Diese Zielsetzung kommt in den zahlreichen Erlassen der Unterrichtsverwaltungen des Reiches und der Länder immer wieder zum Ausdruck. Dabei sollen die Stoffgebiete nicht als Einzelthema verwertet, sondern organisch in den Unterrichtsplan aufgenommen werden. Wurden früher zum Beispiel die Vererbungsgesetze im Rahmen des biologischen Unterrichts als Sondergebiet behandelt, so werden heute schon von den untersten Klassen an Fragen der Familienforschung, der Erblehre usw. der Altersstufe entsprechend planmäßig in den Unterricht eingebaut. In der Erkenntnis, dass das Wissen an sich den Willen zur Tat nicht in sich schließt, tritt deshalb an die Seite der schulischen Unterweisung die charakterliche und körperliche Erziehung der Jugend durch Schule und HJ. Bei aller Selbstständigkeit beider Erziehungsfaktoren unter klarer Abgrenzung ihrer Aufgabengebiete kann das Ziel nur dasselbe sein: Der charaktervolle einsatzbereite deutsche Mensch, der die Klarheit des Denkens besitzt und über Urteilsfähigkeit verfügt. Denn je höher der Wert und die Leistung des Einzelnen, umso wertvoller ist er für die Volksgemeinschaft, der er dient.“<sup>27</sup>

Und weiter heißt es:

„Der in Deutschland überall einsetzende Kampf für die Rückgabe der Kolonien verlangt ebenfalls einen neuen Typ des kolonialen Kämpfers, der erst herange-

bildet werden muss. Wenn dabei das eigentliche politische Schulungsgebiet der HJ vorbehalten bleiben muss, so entstehen doch für die Schule mannigfache Aufgaben in der sachlichen Unterweisung. Hier ist schon brauchbare Vorarbeit geleistet worden. In einer als Manuskript gedruckten Denkschrift, die von dem Gausachbearbeiter für Erdkunde, Dr. Petersen, zusammengestellt worden ist, finden sich unverbindliche brauchbare Richtlinien für die Behandlung des kolonialen Wissensstoffes. Es wird hier gezeigt, wie in den einzelnen Unterrichtsgebieten: in der Erdkunde und in der Geschichte, im Deutschunterricht und in den Fremdsprachen und nicht zuletzt im Rechnen und in der Mathematik koloniales Wissen vermittelt werden kann. Denn dieses Wissen um eine Sache ist die Voraussetzung, sich auch für sie einzusetzen, wenn man von ihrer Richtigkeit überzeugt ist. Dass dies in weitesten Kreisen der Lehrerschaft der Fall ist, hat der verstorbene Bereichsleiter des NSLB, Hans Schemm, auf einer Kundgebung vom 18. Juni 1934 im Berliner Sportpalast zum Ausdruck gebracht. Er sagte: ‚Wir deutschen Erzieher werden nicht ruhen und rasten, bis der Wille zur Kolonisation so stark ist, dass das Ausland die Forderung nach Rückgabe der Kolonien erfüllt.‘<sup>28</sup>

Zum Schluss schrieb Hartleb:

„An dem Tage, an dem über afrikanischer Erde die deutsche Flagge wieder gehisst wird, geht ein heißes Sehnen der alten Kolonialpioniere in Erfüllung. Wenige nur von ihnen werden wohl hinausfahren an die Stätten, wo sie sich einst mit ganzer Kraft und Zähigkeit eingesetzt haben. Ihr unvergängliches Verdienst aber bleibt, Deutschlands koloniale Ehre reingehalten zu haben, an der die Schuldflüge zerbrach. Die deutsche Jugend nimmt ein Erbe aus sauberen Händen; aus ihr soll der koloniale Kämpfer der neuen Zeit herausgebildet werden, der durchdrungen ist von der Grundhaltung des deutschen Menschen unserer Tage: durch das Volk und für das Volk.“<sup>29</sup>

Zur Verstärkung hatte Hartleb oder die HLZ-Redaktion ein Zitat von Adolf Hitler unter den Artikel gesetzt:

„Wir wissen, dass wir die Verbindung mit der Welt nötig haben, und dass der Absatz deutscher Ware in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt.“<sup>30</sup>

In dieser HLZ-Ausgabe hatte Hartleb auch noch zwei Propagandaschriften zur kolonialen Frage rezensiert. Dazu schrieb er:

„Da der koloniale Wille seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus starken Antrieb bekommen hat, der Kampf für Erde und Recht auch in dieser Frage vorgetragen wird, ist dies kleine Buch eine ausgezeichnete Hilfe und besonders zu begrüßen. Nachdem in klarer, knapper Form ein Bild deutscher Koloniarbeit vor dem Kriege gezeichnet worden ist, finden auch die Gegenwartsfragen wie Versail-

ler Diktat und koloniale Schuldlüge, Mandatssystem und das Deutschtum in den Kolonien genügende Berücksichtigung.“ Und:

„Die Einstellung von Partei und Staat zum kolonialen Gedanken. Mit einem Geleitwort von Dr. Hjalmar Schacht. Eine kleine ausgezeichnete Kampfschrift für den Kolonialpropagandisten, der man weiteste Verbreitung wünschen muss. Nach einer kurzen Einführung über das Bismarcksche Kolonialreich wird die Stellung des Führers und der Partei zur Kolonialfrage eindeutig dargelegt. Neben der wirtschaftlichen Notwendigkeit eigenen Koloniallandes werden auch die ideellen Werte gebührend gewürdigt.“<sup>31</sup>



Ottomar Hartleb, 1944

Ottomar Hartleb besaß das Vertrauen der NSDAP und der Schulverwaltung in Hamburg. Seine Vortragstätigkeit zwischen 1941 und 1943 bei der Luftwaffe in Dänemark und Norwegen ist schon erwähnt worden. Am 15.5.1944 bekam er einen Personalausweis der Schulverwaltung, der ihm den ungehinderten Einlass in alle Schulen gewährte:

„Die polizeilichen Dienststellen werden ersucht, dem durch diese Urkunde ausgewiesenen Oberstudiendirektor Dr. phil. Ottomar Hartleb, der bei der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg – Schulverwaltung – beschäftigt ist, in der Erledigung seiner Dienstgeschäfte bei Absperrungen ungehindert Durchlass und nötigenfalls

Schutz und Hilfe zu gewähren. Oberstudiendirektor Dr. Hartleb ist Sonderbeauftragter der Schulverwaltung für die Sicherstellung und Unterbringung aller Sammlungen und Büchereien der Schulen. Er ist daher berechtigt, jederzeit die Schulhäuser zu betreten.“<sup>32</sup>

In seinem Leben änderte Hartleb, der so viel über die Aufgabe der Frauen im Nationalsozialismus gesprochen hatte, 1943 noch einmal seine Lebensverhältnisse. Am 31.5.1943 ließ er sich von seiner ersten Frau Gertrud scheiden, mit der er seit 1917 verheiratet gewesen war, um am 15.7.1943 die Oberschullehrerin Wilma Petersen (geb. 1907) zu heiraten, die Lehrerin an der Emilie-Wüstenfeld-Schule war.<sup>33</sup>

Am 30.8.1945 wurde Ottomar Hartleb auf Veranlassung der Britischen Militärregierung als Schulleiter entlassen, am 12.9.1945 bestätigte Schulsenator Heinrich Landahl die Entlassung.<sup>34</sup>

In seinem Entnazifizierungsfragebogen, den Hartleb am 24.11.1945 ausfüllte, gab er an, seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied, seit Juli 1933 auch im NS-Kraftfahrerkorps (NSKK) organisiert gewesen zu sein, in der Funktion eines Sturmführers, außer-

dem Leiter der Abteilung 2 im Reichskolonialbund seit 1936, sowie Mitglied in der NSV und im NSLB seit 1933.<sup>35</sup>

Danach begann der übliche Versuch, alle Aktivitäten in der NS-Zeit zu verharmlosen. Ottomar Hartleb hatte Einspruch gegen die Entlassung eingelegt. Daraufhin stellte Oberschulrat Heinrich Schröder fest:

„Als Pg. von 1933, als Sturmführer im NSKK und als Schulungsleiter im Reichskolonialbund sowie als Propagandist für aktive Kolonialpolitik ist Hartleb nicht nur als nominelles Mitglied der Partei anzusehen. Sein Einspruch kann nicht befürwortet werden.“<sup>36</sup>

Ottomar Hartleb nahm daraufhin noch einmal ausführlicher Stellung und schrieb zu seinem Verhältnis zur NSDAP:

„Vor meinem Eintritt in die NSDAP (1.5.1933) hatte ich mich nahezu zehn Jahre jeglicher politischen Tätigkeit enthalten. Mein Leben war erfüllt von meiner Berufstätigkeit und der ehrenamtlichen Mitarbeit am Lichtforschungsinstitut (Hamburg-Eppendorf). Mein Eintritt in die NSDAP erfolgte nicht ohne Bedenken, da ich damals grundsätzlich Gegner einer parteipolitischen Bindung war. Wenn ich trotzdem der Partei beitrug, geschah es außer den in meinem Schreiben vom 5.10.1945 erwähnten Gründen deshalb, weil ich die Hoffnung hatte, dass die NSDAP als einzige große Partei den Volkswillen repräsentierte und Deutschlands wirtschaftliche und politische Stellung festigen würde. Als geistiger Arbeiter hielt ich es wie viele andere geradezu für meine Pflicht, durch meine Mitarbeit zur Besserung der Lebensverhältnisse des Einzelnen und des Volkes beizutragen. Der Entschluss zum Eintritt in die NSDAP wurde noch gefördert dadurch, dass offenbar der überwiegende Teil des deutschen Volkes auf Seiten der neuen Bewegung stand, und dass zahlreiche ausländische Pressestimmen ermutigende Äußerungen zu Deutschlands neuem Kurs laut werden ließen. Der Schritt schien auch zunächst gerechtfertigt, da die internationalen Abkommen mit England und Polen die berechtigte Hoffnung auf Festigung des Friedens aufkommen ließen.“<sup>37</sup>

Im Gegensatz zu seinen Reden als Schulleiter konstruierte Hartleb jetzt ideologische Bedenken, insbesondere in der „Judenfrage“, wobei er einen persönlichen Bezug herstellte und Leumundszeugnisse beibringen konnte:

„Die zunehmende Unduldsamkeit jedoch und Härten der führenden Parteistellen gegenüber Angehörigen anderer politischer Parteien und den jüdischen Bürgern, ferner der sich mehr und mehr abzeichnende Kampf gegen die christlichen Kirchen beider Konfessionen lösten bei mir immer größere Enttäuschung und Sorge aus. In meiner eigenen Familie musste ich erleben, dass der Mann meiner Schwester (Jude) infolge der Zwangsarbeit, zu der er in Berlin verurteilt wurde, zu Tode kam. Wo immer es deshalb im Bereich der Möglichkeit lag, habe ich trotz meiner Mit-



gliedschaft in der NSDAP unbillige Härten zu mildern versucht und Bedrängten geholfen. Weltanschauliche oder rassepolitische Vorträge habe ich nie gehalten. Meine Beziehungen zur Partei und ihren Organen waren nur formal und beschränkten sich im allgemeinen auf Besprechungen, die durch meine Tätigkeit als Direktor einer Oberschule gegeben waren.“<sup>38</sup>

Schwerpunktmäßig äußerte sich Hartleb zu seiner Arbeit im Reichskolonialbund, für die er noch am 1.5.1942 für ein Jahr in der Berliner Zentrale beurlaubt worden war:

„Meine Mitarbeit in der kolonialen Bewegung datierte aus einer Zeit vor der sogenannten Machtübernahme. Die mannigfachen wissenschaftlichen und kulturellen Probleme, auf die ich während meiner Afrikareise 1931/32 aufmerksam wurde, gaben den ersten Anlass, mich für Kolonialfragen zu interessieren, waren es doch in erster Linie wissenschaftliche Aufgaben wie Strahlungsmessungen und Karzinomprobleme, die mich nach Afrika führten. Schon in Südafrika haben führende Politiker wie die Minister Pieroto und Dr. Conradie mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass Südafrika die Rückkehr Deutschlands in die praktische Kolonialpolitik begrüßen würde. Mein Besuch von Südwest- und Ostafrika, wo ich Gelegenheit hatte, Deutschlands zivilisatorische und kulturelle Leistung auf kolonialem Gebiet zu studieren, gab 1932 den Ausschlag für meinen Eintritt in die Deutsche Kolonialgesellschaft. Die deutsche Kolonialbewegung, die sich damals über alle Parteien erstreckte, einschließlich der SPD, hatte in keinem Falle aggressiven und imperialistischen Charakter. Das Hauptziel war eine Revision der kolonialen Bestimmungen des Versailler Vertrages, wobei ausdrücklich der gewaltsame Erwerb in aller Form abgelehnt wurde. Mich persönlich interessierten zwei Aufgaben des Kolonialbundes: 1. die Forschungsarbeit und 2. die Betreuung unserer in Not geratenen Kolonialdeutschen. Meine Vorträge behandelten vornehmlich afrikanische Probleme, die Geschichte der Kolonisation und die kolonialen Methoden der verschiedenen europäischen Nationen.“<sup>39</sup>

Und über seine Schulleitertätigkeit schrieb Hartleb:

„Meine Ernennung zum Leiter der Emilie Wüstenfeld-Schule erfolgte nicht aufgrund einer politischen Tätigkeit und bedeutete für mich deshalb eine Überraschung, da ich eine Beförderung weder erwartete noch gewünscht hatte. Durch meinen Schuldienst, durch Kurse in der methodischen und praktischen Unterweisung junger Kollegen, meine langjährige Mitarbeit an der Volkshochschule (seit 1919) und durch meine Forschungstätigkeit fühlte ich mich ganz ausgefüllt. Meine Beförderung zum Leiter ist offenbar, das darf ich wohl sagen, auf meine erfolgreiche Schultätigkeit zurückzuführen, die durch mein Interesse für Fragen der Wirtschaft, Technik und Forschung eine reiche Befruchtung erfahren hatte.“<sup>40</sup>

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben von mehreren Mitgliedern des Kollegiums der Emilie-Wüstenfeld-Schule vom 25.9.1945, in dem es heißt:

„Im Falle, dass eine Revision dieses für den Betroffenen so schmerzlichen Urteils möglich ist, möchten wir nicht versäumen, um Berücksichtigung folgender Tatsachen zu bitten: Herr Dr. Hartleb hat in der Zeit seiner Tätigkeit als Leiter unserer Schule Kollegen sowohl wie Schülerinnen gegenüber in vielen politisch schwierigen Lagen besonders große Menschlichkeit gezeigt, er hat in großzügiger Art das Kollegium frei arbeiten lassen und verstand es, die mannigfachen Schwierigkeiten, die durch eine Reihe behördlicher Verfügungen in den letzten Jahren an die Schule herantraten, in möglichst weitem Maße zu mildern. Die Unterzeichneten würden sich freuen, wenn sie durch diese Eingabe mit dazu beitragen könnten, dass die Entscheidung der Militärregierung in eine für Herrn Dr. Hartleb günstigere Bahn gelenkt werden würde.“

Unterschrieben war diese Eingabe an die Schulverwaltung von zwölf Kolleginnen und Kollegen, auch von Dr. Walther Vontin, der einen reformpädagogischen, antinazistischen Ruf hatte und 1946 als Schulleiter der Heinrich-Hertz-Schule eingesetzt wurde.<sup>41</sup>

Der Beratende Ausschuss unter Vorsitz von Johann Helbig zeigte am 18.9.1946, dass Ottomar Hartleb für die Mitglieder kein Unbekannter gewesen war:

„Seiner inneren Haltung nach Deutschnationaler, bot ihm der Nationalsozialismus den Rahmen, um seiner besonderen Neigung: Kolonien frönen zu können. Doch hat er anfangs als Schulleiter sich in Wort und Tat so sehr für den Nationalsozialismus eingesetzt, dass er als Lehrkraft nicht tragbar ist. Da er aber bei aller Aktivität menschlich anständig blieb, niemanden schädigte, sich vielmehr schützend vor jüdische Schülerinnen stellte, empfiehlt der Beratende Ausschuss seine Pensionierung.“<sup>42</sup>

Die vielen Verfahren, die für die Entnazifizierungsausschüsse zu bewältigen waren, benötigten Zeit und stellten die Betroffenen sicherlich auf eine harte Probe, wie aus einem Schreiben von Ottomar Hartleb vom 28.3.1947 deutlich wird:

„Um endlich nach einer langen Wartezeit von 19 Monaten Gewissheit über mein zukünftiges Schicksal zu bekommen, bitte ich den Berufungsausschuss höflichst um beschleunigte Behandlung meines Berufungsschreibens. Nur die Überzeugung, dass ich nach besten Kräften mich bemüht habe, sowohl in meiner amtlichen als auch in meiner nebenamtlichen Tätigkeit dem Gemeinwohl zu dienen, gab mir die Kraft, die lange Zeit der Diskriminierung seelisch und körperlich zu überstehen. Auf die Dauer jedoch ist dieser Zustand unerträglich; denn auch meine ehrenamtliche Mitarbeit am Lichtforschungsinstitut (Leitung Prof. Sieveking und

Prof. Dannmeyer), das sich seit etwa 20 Jahren mit dem Krebsproblem beschäftigt, konnte unter den obwaltenden Verhältnissen nicht fortgesetzt werden.

Ich bitte deshalb nochmals, meinen Fall baldmöglichst einer Prüfung zu unterziehen, da es mein größter Wunsch ist, meinen Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten.“<sup>43</sup>

Am 29.7.1947 konnte Hartleb noch zwei Leumundszeugnisse nachreichen. Das eine von dem ehemaligen Administrator von Süd-West-Afrika, Dr. Conradie, der einen positiven Eindruck von Hartleb in den Jahren von 1932 bis 1939 gewonnen hatte. Auch der ehemalige Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer hatte sich als Zeuge zur Verfügung gestellt.<sup>44</sup>

Der Berufungsausschuss 3 unter Leitung des für Milde bekannten Vorsitzenden Dr. Kiesselbach entschied am 18.8.1947. Der Berufung wurde stattgegeben mit der Maßgabe, Hartleb mit der Pension eines Studienrates in den Ruhestand zu versetzen und ihn in Kategorie IV einzustufen. In der Begründung hieß es:

„Dr. Hartleb war Parteimitglied seit dem 1.5.1933, Sturmführer im NSKK und Leiter der Abteilung für Schulung und Vortragswesen im Reichskolonialbund. Er muss demnach zumindest äußerlich in den ersten Jahren aktiv hervorgetreten sein. Dr. Hartleb gibt selbst zu, anfangs an den Nationalsozialismus geglaubt zu haben; er hat in ihm die Verwirklichung des Sozialismus gesehen. Andererseits ist er – auch nach Ansicht des Beratenden Ausschusses – menschlich anständig gewesen und auch für Juden eingetreten. Diese Umstände rechtfertigen die getroffene Entscheidung.“<sup>45</sup>

Dann zog Hartleb einen Rechtsanwalt zu Hilfe, Dr. Hans Segelken, der sich am 7.4.1949 an den Leitenden Ausschuss wandte und um die Wiederaufnahme des Verfahrens bat. Er brachte als Leumundszeugnisse die Aussagen der Amtsvorgängerin von Hartleb, Bertha Dittmer, ein und die Erklärung von Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer.<sup>46</sup>

Das Schreiben von Bertha Dittmer ist beschämend dafür, womit Entlassene sich in der Übergangszeit nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten bescheiden mussten. Sie schrieb:

„Nach meiner Amtsentsetzung 1933 durfte ich noch bis zum Ablauf des Schuljahres als Lehrkraft an der Schule verbleiben und wurde dann in den Ruhestand versetzt. Während der ganzen Zeit konnte ich beobachten, wie Herr Dr. Hartleb ernstlich bemüht war – soweit möglich – der bewährten Tradition unserer Schule treu zu bleiben und deren völliger Zerstörung zu wehren.“<sup>47</sup>

Die Ansprüche waren niedrig zu jener Zeit.

Dr. Wilhelm Oberdörffer, in meinen Augen auch jemand, der, am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten, um seine Funktion als Oberschulrat im Bereich der höheren Schulen zu sichern, sich in schwierigen Zeiten opportunistisch verhielt und nach

1945 extrem viele Leumundszeugnisse mit fragwürdigen Beurteilungen schrieb. Er verwendete sich auch für Ottomar Hartleb:

„Ich kenne Herrn Dr. Hartleb seit langen Jahren aus meiner beruflichen Tätigkeit und habe ihn in seiner Eigenschaft als Lehrer im hamburgischen Höheren Mädchenschulwesen seit 1916 und später als Leiter der Emilie Wüstenfeld-Schule besonders schätzen gelernt. In den 17 Jahren seiner Tätigkeit an der Helene-Lange-Schule zeichnete sich Herr Dr. Hartleb außerhalb seiner erfolgreichen Schultätigkeit als wissenschaftlich besonders interessiert aus und war zusammen mit einigen anderen Herren auf dem Gebiet der Lichtbiologie und Physik auch durch in Fachkreisen stark beachtete Veröffentlichungen hervorgetreten. Diese nachgewiesenen wissenschaftlichen Interessen gaben neben seiner Eignung als Schulmann und Organisator Veranlassung, dass Herr Dr. Hartleb 1933 zum Oberstudiendirektor an der Emilie Wüstenfeld-Schule ernannt wurde. Soweit ich mich erinnern kann, hat Herr Dr. Hartleb in der Zeit seit 1933 die ihm anvertraute Schule weitgehend von politischen Einflüssen freigehalten und sich durch seine ruhige, besonnene Haltung in den Kreisen seiner Mitarbeiter und der Elternschaft Anerkennung und Hochschätzung erworben. Ich fühle mich verpflichtet, zu erklären, dass Herr Dr. Hartleb Versuchen politischer Stellen, in die Schularbeit einzugreifen, mit Nachdruck entgegengetreten ist und stets dafür gesorgt hat, dass dem Leistungsprinzip in der Höheren Schule Geltung verschafft wurde.

Ich halte Herrn Dr. Hartleb für einen in jeder Hinsicht charaktervollen Menschen, der aus seiner Zugehörigkeit zur Partei und zum NSKK in seiner beruflichen Entwicklung keinen besonderen Vorteil gezogen hat, sondern alles, was er erreicht hat, seinem sicher fundierten Wissen und der gewissenhaften Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben verdankt. Ich würde es deshalb dankbar begrüßen, wenn Herr Dr. Hartleb weitgehend in den Genuss seiner früheren Rechte wieder eingesetzt wird.“<sup>48</sup>

Und auch der letzte Leiter der Schulverwaltung in der NS-Zeit, Prof. Ernst Schrewe, schrieb einen „Persilschein“ für Hartleb, zu einem Zeitpunkt, wo er selbst um seine Existenz kämpfen musste<sup>49</sup>:

„Herr Dr. Ottomar Hartleb war, als ich während des Krieges die Leitung der Schulverwaltung übernahm, schon lange Oberstudiendirektor. Ich habe Herrn Hartleb in meiner Tätigkeit als Direktor der Volkshochschule kennen gelernt. Er gehörte dort seit 1920 zu den besonders erfolgreichen Dozenten. Naturwissenschaftliche Zusammenhänge einem Laienkreis, der nicht schulpflichtig ist, verständlich zu machen, erfordert gute pädagogische Qualitäten, über die Herr Dr. Hartleb nach meiner Überzeugung verfügt. Zu seiner Lehrbefähigung kommt eine große Bereitschaft, an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben mitzuarbeiten. Umsicht und

Hilfsbereitschaft zeichneten Herrn Dr. Hartleb auch in seiner Tätigkeit als Schulleiter aus. Dass Menschen seiner Art auch im nationalsozialistischen System zu den mannigfaltigsten Aufgaben herangezogen wurden, ist verständlich. Dabei habe ich immer das Gefühl gehabt, dass Herr Dr. Hartleb sich von seinen fachlichen Interessen leiten ließ und jede parteipolitische Enge und Unduldsamkeit ablehnte.

Erwähnung verdient meines Erachtens die Tatsache, dass Herr Dr. Hartleb sachkundig, mit großem Zeitaufwand und ohne Rücksicht auf sich selbst, sich um die Bergung und Sicherstellung der naturwissenschaftlichen Hilfsmittel bemühte, die durch den Luftkrieg gefährdet waren. Seiner Initiative und seiner tatkräftigen Arbeit ist es zu verdanken, dass viele wertvolle Ausstattungen unseren Schulen erhalten geblieben sind.“<sup>50</sup>

Es nützte erst einmal nicht viel. Der Beratende Ausschuss, dem wieder Johann Helbig angehörte, blieb bei seiner Entscheidung, Hartleb als Studienrat zu pensionieren.<sup>51</sup>

Am 20.7.1950 forderte Ottomar Hartleb, als Studienrat wieder in den Schuldienst zu gelangen.<sup>52</sup>

Vorher hatte Oberschulrat Heinrich Schröder noch einmal die Position der Schulverwaltung festgehalten, die zumindest so lange galt, als er noch entscheidend daran beteiligt war. Er schrieb an den Leitenden Ausschuss am 21.4.1950:

„Der Berufungskläger gehört zu denjenigen Lehrkräften, die sofort 1933, ohne dass irgend ein amtlicher Zwang ausgeübt wurde, freiwillig in die NSDAP eintraten. Dadurch hat er eine politische Anfälligkeit gezeigt, die ihn für einen Schulleiterposten im demokratischen Staat ungeeignet macht, umso mehr, als er sofort nach 1933 von den Nationalsozialisten zum Schulleiter ernannt wurde. Nachdem anderen Schulleitern des höheren Schulwesens, die ebenso wie der Berufungskläger Pg. von 1933 waren, nach der Erreichung der Altersgrenze die Versorgungsbezüge eines Oberstudiendirektors gewährt worden sind, würde es unbillig erscheinen, diese Versorgungsbezüge dem Berufungskläger zu versagen.

Ich bin daher für die Wiederaufnahme des Verfahrens, um zu prüfen, ob dem Berufungskläger nach der Erreichung der Altersgrenze die Versorgungsbezüge eines Oberstudiendirektors gewährt werden können. Eine Wiedereinstellung in den aktiven Dienst kann, wie bei den Schulleitern mit gleicher politischer Belastung, nicht in Frage kommen. Der Berufungskläger erreicht in wenigen Jahren die Altersgrenze.“<sup>53</sup>

Ottomar Hartleb gelangte nicht wieder in den Schuldienst. Er wurde 1947 pensioniert, bekam dann allerdings ab dem 65. Lebensjahr das Ruhegehalt eines Oberstudiendirektors.<sup>54</sup>

Am 24.4.1952 wandte sich die Senatskanzlei an die Schulbehörde mit einer Frage:

„Herr Oberstudiendirektor a. D. Dr. O. Hartleb hat der Südafrikanischen Union vor kurzem ein sehr wertvolles Album über den Burenkrieg geschenkt. Die südafrikanische Regierung hat daraufhin über ihre Gesandtschaft in Bonn die Bitte ausgesprochen, über den Spender Näheres zu erfahren. Die Senatskanzlei wäre daher der Schulbehörde für eine Auskunft über Herrn Dr. Hartleb dankbar, damit sie der südafrikanischen Gesandtschaft die gewünschte Information übermitteln kann.“<sup>55</sup>

In der Schulbehörde wurden Daten zusammengetragen, in denen über die NS-Verquickung Hartlebs kein Wort erwähnt wurde. Die Antwort schloss mit den Sätzen:

„Er wurde am 18. August 1947 in den Ruhestand versetzt. Seither arbeitete er an der Volkshochschule mit und hält dort Vortragsreihen über afrikanische Themen.“<sup>56</sup>

Und auch das „Hamburger Echo“ notierte zum 70. Geburtstag von Hartleb am 9.8.1958:

„Oberstudiendirektor a. D. Dr. Ottomar Hartleb, der frühere Leiter der Emilie Wüstenfeld-Schule begeht am Sonntag seinen 70. Geburtstag. Der bekannte Schulmann und Afrikaner ist Mitbegründer der Hamburger Volkshochschule, an der er seit sieben Jahren Vorlesungen über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas hielt.“<sup>57</sup>

Ottomar Hartleb starb am 25.1.1960.<sup>58</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Hartleb, StAHH, 361-3\_A745
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Entnazifizierungsakte Hartleb, StAHH, 221-11\_Ed 17490
- 5 Stellungnahme von Ottomar Hartleb vom 5.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Ferdinand Dannmeyer in diesem Band.
- 6 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Schreiben von Ottomar Hartleb vom 5.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 StAHH, 361-2 VI OSB VI\_2224 Bd. 5 Emilie-Wüstenfeld-Schule
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Schreiben vom 5.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 StAHH, 362-2/5 Emilie-Wüstenfeld-Schule\_ 53 Programme etc.
- 14 StAHH, 362-2/5 Emilie-Wüstenfeld-Schule\_51 Notizen des Schulleiters
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.

- 18 StAHH, 362-2/5 Emilie-Wüstenfeld-Schule\_ 53 Programme etc.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Rede vom 21.11.1933, ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Schreiben vom 5.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Redemanuskript „Die Mutter“, a. a. O.
- 26 Johannes Petersen in HLZ 7/1936, S. 74. Petersen war mit Hartleb verantwortlich für eine große Schulausstellung des NS-Lehrerbundes zur Kolonialfrage.
- 27 Ottomar Hartleb: Koloniale Arbeit in der Schule, HLZ 7/1936, S. 74.
- 28 Hartleb: Koloniale Arbeit in der Schule, a. a. O., S. 75.
- 29 Ebd.
- 30 Adolf Hitler in der Begründung zum Ermächtigungsgesetz am 23.3.1933, ebd.
- 31 Die Rezensionen von Ottomar Hartleb, HLZ 7/1936, S. 78.
- 32 Personalakte a. a. O.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Personalakte a. a. O.
- 35 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Heinrich Schröder am 3.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Schreiben von Ottomar Hartleb vom 28.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Schreiben vom 25.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe zu Walther Vontin HLZ 11/12-1974, S. 449.
- 42 Beratender Ausschuss vom 18.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Schreiben vom 28.3.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Schreiben vom 29.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Berufungsausschuss 3 vom 18.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Schreiben von Dr. Segelken vom 7.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Erklärung von Bertha Dittmer vom 23.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 48 Erklärung vom 9.3.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528 ff.
- 49 Siehe die Biografie Ernst Schrewe, in: Hans-Peter de Lorent Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 82 ff.
- 50 Eidesstattliche Erklärung vom 7.3.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 51 Beratender Ausschuss vom 24.5.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 52 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 53 OSR Schröder am 21.4.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Personalakte a. a. O.
- 55 Personalakte a. a. O.
- 56 Schreiben vom 16.5.1952, unterzeichnet von Dr. Hans Reimers, Personalakte a. a. O.
- 57 „Hamburger Echo“ vom 9.8.1958, Personalakte a. a. O.
- 58 Personalakte a. a. O.

## **Albert Tomforde**

**„Da es sich um einen wirklich vortrefflichen Mann handelt, würde ich bedauern, wenn derselbe dem Lehrerberuf entzogen werden würde.“**

(Bürgermeister Rudolf Petersen)

Als Beispiel für eine „ganz normale“ nationalsozialistische Karriere im Bereich der höheren Schulen Hamburgs kann Albert Tomforde gelten. Als junger Mann meldete sich Tomforde 1914 zum Kriegsdienst, den er 1919 als Leutnant beendete. Auch im Zweiten Weltkrieg war er als Offizier bei der Wehrmacht. Zum 1.5.1933 trat er der NSDAP bei. An einigen höheren Schulen in Hamburg arbeitete er als Oberlehrer, wurde 1934 Oberstudienrat und stellvertretender Schulleiter, 1944 dann Oberstudiendirektor. Nach Ende der NS-Herrschaft meldeten sich prominente Personen aus Hamburg, die ihm Leumundszeugnisse ausstellten. Und so gelangte er nach zwei Jahren wieder in den Schuldienst. Wie viele andere auch.

Albert Tomforde wurde am 18.3.1891 in Hamburg geboren. Von 1900 bis zur Reifeprüfung 1909 war er Schüler am Johanneum und startete danach ein Studium „der germanischen und klassischen Sprachwissenschaften“ in Marburg, München und Greifswald. 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und blieb bis 1919 im Krieg, zuletzt als Leutnant. Anschließend beendete er das Studium, um am 1.10.1920 an der Kirchenpauer-Schule den Vorbereitungsdienst zu beginnen, den er an der Realschule Rothenburgsort am 30.9.1921 erfolgreich beendete.

Albert Tomforde heiratete am 3.10.1924 Margarethe Carstens, mit der er vier Kinder bekam. Er war an verschiedenen höheren Schulen in Hamburg tätig, am Wilhelm-Gymnasium, an der Heilwigsschule, am Johanneum, bis er am 10.10.1934 zum Oberstudienrat und stellvertretenden Schulleiter am Wilhelm-Gymnasium ernannt wurde.<sup>1</sup>

Tomfordes Karrieresprung ging der Eintritt in die NSDAP am 1.5.1933 voraus. Mitglied im NSLB war er seit dem 1.4.1933. Er gehörte ebenso seit dem 1.4.1934 der NSV an, der VDA schon seit 1920, ebenso ab 1937 dem Reichsbund deutscher Familie und dem NS Altherrenbund.<sup>2</sup> Vom 11.9. bis zum 17.9.1935 war Albert Tomforde für den Reichsparteitag der NSDAP beurlaubt gewesen.<sup>3</sup>

Tomforde wurde am 26.8.1939 zur Wehrmacht einberufen, am 1.10.1939 meldete er bereits seine Beförderung zum Hauptmann. Am 1.1.1943 war er Major.<sup>4</sup>

In kriegsbedingter Abwesenheit beförderte Reichsstatthalter Karl Kaufmann Albert Tomforde am 1.10.1944 zum Oberstudiendirektor, damit war er nominell Schulleiter an der Oberschule für Jungen der Matthias-Claudius-Schule.<sup>5</sup>



Nach Ende der NS-Herrschaft wurde Tomforde am 6.7.1945 beurlaubt als Oberstudiendirektor, vorübergehend aber als Studienrat an der Matthias-Claudius-Schule weiterbeschäftigt, ehe ihn Senator Landahl im Namen der Britischen Militärregierung am 12.9.1945 endgültig suspendierte.<sup>6</sup>

Nun begann ein Entnazifizierungsverfahren, in dem Albert Tomforde prominente Fürsprecher fand. Am 2.8.1946 gab Tomforde beim Einspruch gegen seine Entlassung an den Berufungsausschuss eine schriftliche Erklärung ab, die angereichert wurde durch zwölf Leumundsschreiben. Darin stellte er fest:

„Nach meiner ehrlichen Überzeugung bin ich weder als Aktivist noch als Propagandist oder Militarist anzusprechen. Ich bitte deshalb, in die erneute Prüfung meines Falles einzutreten. Bis dahin keiner Partei zugehörig, bin ich am 1. Mai 1933 der ehemaligen NSDAP beigetreten, weil ich hoffte, zum Guten wirken zu können,



Albert Tomforde, 1933

obwohl manche Programmpunkte nicht meiner Überzeugung entsprachen und obwohl ich die Zeit vor 1933 niemals als eine Zeit der Schmach und Schande empfunden hatte. Ich war gegen eine Außenpolitik der nationalen Isolierung, aber andererseits glaubte ich, nicht abseits stehen zu dürfen, wenn es um die Überwindung innerer Gegensätze im Volkskörper, insbesondere um die Lösung der sozialen Frage auf dem Wege friedlicher Aufbauarbeit ging – wie vorgegeben wurde.“<sup>7</sup>

Albert Tomforde argumentierte hier ähnlich wie viele andere ehemalige Parteigenossen auch. Seine konkrete Mitarbeit marginalisierte er:

„Als ich vom Lehrerbunde zur Mitarbeit aufgefordert wurde, habe ich 1934–1935 in einer Zeit der Überorganisation ein untergeordnetes Amt bekleidet, das dann als überflüssig aufgehoben wurde, erschöpfte sich doch meine Tätigkeit im wesentlichen im Einsammeln der Beiträge. Seitdem habe ich auch im Lehrerbunde keine Mitarbeit mehr geleistet. In der Partei habe ich überhaupt nie ein Amt bekleidet, da infolge der zutage getretenen Missstände das Gefühl der Ablehnung in mir immer stärker wurde. Schon im Jahre 1933 machte ich die bittere Erfahrung, dass berechtigte Kritik unerwünscht sei; ich wurde beim Reichsstatthalter mit dem Ziel der Amtsentlassung denunziert, weil ich dem damaligen Gebietsführer der HJ anmaßende Haltung gegenüber Schule und Lehrern vorgeworfen hatte, und musste mich verantworten. Auch später habe ich mich wiederholt gegen die HJ eingesetzt, wenn sie sich grobe Einbrüche in die Belange des Elternhauses und der Schule erlaubte; meine Kollegen habe ich in dieser Abwehr bestärkt, mit Empörung beobachtete ich die Unehrllichkeit, die in der Behandlung der religiösen Bekenntnisse zu Tage trat, ebenso wie die Bevorzugung alter Parteigenossen und der Angehörigen

der SA und SS in Staat und Wirtschaft, während die Propaganda nichts als Pflichterfüllung forderte, Sonderrechte aber scharf ablehnte. Da ich selbst mich abgestoßen von der Partei entfremdet fühlte, habe ich den Kollegen, die mich um Rat baten, vom Eintritt in die Partei abgeraten, zum Beispiel Herrn Dr. Hermann Schulz, Wilhelm-Gymnasium. Ich bemühte mich um aufrichtig-loyale Haltung gegenüber Schülern und Kollegen, scheute mich nicht vor energischer Abwehr parteidiktatorischer Übergriffe und hielt Kollegen, die wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt wurden, die Treue.“<sup>8</sup>

Und Albert Tomforde beklagte sich:

„In der Beförderung wurde ich wiederholt übergangen. Den Austritt aus der Kirche, der mir nahegelegt wurde, habe ich aus Gewissensgründen abgelehnt. Umso überraschender kam mir die Ernennung zum Oberstudiendirektor am 1.1.1944; zu dieser Zeit war ich bereits viereinhalb Jahre Soldat. Mit meiner Parteizugehörigkeit hatte die Ernennung nichts zu tun; denn die letzte Beförderung lag zehn Jahre zurück. Praktisch habe ich das Amt nicht ausgeübt.“<sup>9</sup>

Und persönlich ergänzte Tomforde:

„Den Krieg lehnte ich schon in seinen Vorbereitungen ab. Seine Entfesselung habe ich bei der besonderen Lage des Reiches als gewissenlos verurteilt. Ich habe vor und nach 1933 weder einer Militär-Vereinigung noch einem Offizier-Verband, noch dem Reichskriegerbund angehört. Im Jahre 1936 wurde ich zur militärischen Untersuchung befohlen und im Anschluss zu Übungen und vom 25. August 1939 bis zum Zusammenbruch zum Wehrdienst einberufen. Mein ältester Sohn ist am 17.2.1945 in Pommern gefallen. Damals waren Blutopfer schon längst sinnlos geworden; ich habe deshalb an diesem Verlust besonders schwer getragen.“<sup>10</sup>

Tomforde schloss sein Schreiben:

„Als Lehrer, dem der Beruf alles bedeutet, glaube ich aus ehrlicher Überzeugung die Voraussetzungen zu erfüllen, die für die Mitarbeit am Aufbau der neuen Schule von jedem Erzieher gefordert werden. Ich bitte, meinem sehnlichen Wunsche zu entsprechen und mich am Aufbau des demokratischen Erziehungswerkes teilnehmen zu lassen.“<sup>11</sup>

Zu den Personen, die zugunsten von Albert Tomforde Aussagen machten, gehörte auch der neue erste Bürgermeister Rudolf Petersen, der über keine Entscheidungsgewalt bei Wiedereinstellungen verfügte, dessen Aussagen aber natürlich großes Gewicht hatten. Rudolf Petersen schrieb am 4.7.1946 einen Brief an Albert Tomforde, den dieser mit elf anderen Persilscheinen seinem Einspruch beilegte. Darin erklärte Bürgermeister Petersen:

„Sie bitten mich mit Ihren Zeilen vom 1. Juli, Ihnen ein Gutachten über Ihre politische Einstellung in der Vergangenheit zum Zwecke der Vorlage beim Beru-

fungsausschuss zu geben. Ich komme diesem Wunsche gern nach. Ich kenne Sie aus der Zeit der Jahre 1920–1933, in denen ich Vorsitzender des Elternrates des Wilhelm-Gymnasiums war, weil fünf meiner Söhne dort im Laufe der Jahre die Schule durchliefen. Sie haben drei meiner Söhne längere Jahre unterrichtet und ich weiß, mit welcher Achtung und Zuneigung die Jungen stets von Ihnen sprachen. Ihr Einfluss wirkte sich in der sachlichen, objektiven Art und Weise aus, mit der die Jungen sich zu der politischen Entwicklung jener Jahre verhielten. Wenn dieselben weder vor noch nach 1933 in die Hitlerjugend eingetreten sind und mit ihnen eine ganze Reihe anderer Schüler des Gymnasiums dies ebenfalls unterließen, so ist das zweifellos mit auf Ihren Einfluss zurückzuführen. Ich habe nach 1933, also nachdem ich mein Amt im Elternrat niederlegte, naturgemäß nur selten Gelegenheit gehabt, Sie zu treffen. Immerhin glaube ich verantworten zu können, zu erklären, dass Sie auch in den Jahren nach 1933, entsprechend Ihrer ganzen Lebensauffassung, nicht dem Gedankengut des Nationalsozialismus nahegestanden haben, geschweige denn Handlungen begangen haben, die nicht mit einer national eingestellten ehrenhaften Lebensauffassung zu vereinigen wären. Ich habe den Berufungsausschuss durch Übersendung eines Durchschlages dieses Briefes von dieser meiner Meinung in Kenntnis gesetzt.“<sup>12</sup>

Ein gewichtiges Schreiben gewiss, wenngleich es keine wirkliche Aussage über Albert Tomfordes Haltung, Handlung und Wirken in der Zeit von 1933 bis 1945 beinhaltet.

Merkwürdig auch andere Leumundszeugnisse von ehemaligen Nationalsozialisten und selbst Belasteten. Der Studienrat Dr. Friedrich Schmidt, ebenfalls Wilhelm-Gymnasium, schrieb am 1.7.1946:



Albert Tomforde (Kreis) am Wilhelm-Gymnasium, 1926, wo er 1934 zum Stv. Schulleiter ernannt wurde.

„Hiermit bestätige ich, dass mein Kollege und Freund Albert Tomforde auf einer Zellenversammlung der Ortsgruppe Langenhorn der früheren NSDAP im Sommer 1933 Übergriffe des damaligen Gebietsführers der HJ, Kohlmeyer, mutige Kritik unterzogen und sich energisch für die gefährdeten Belange des Elternhauses, der Schule und der Lehrerschaft eingesetzt hat. Seine Haltung hatte eine Denunziation beim Reichsstatthalter mit dem Ziel der Entlassung aus dem Amte zur Folge. Tomforde musste sich schriftlich verantworten.“<sup>13</sup>

Der Machtkampf zwischen Lehrern und Schulleitern auf der einen und der Hitlerjugend auf der anderen Seite war ein beliebtes Thema in Leumundszeugnissen, die belegen sollten, dass Kollegen gegen Einmischungen der Hitlerjugend in die Schule und den Schulbetrieb opponierten. So berichtete Dr. Werner Puttfarken<sup>14</sup>, selbst schwer belasteter ehemaliger Oberstudiendirektor des Johanneums:

„Im Sommer 1936 waren Otto Krauel, Schüler der Secunda des Studienrats Albert Tomforde, und sein jüngerer Bruder, gleichfalls Schüler des Johanneums, unter Leitung des Fähnleinführers der HJ, Hans Jürgen Nentwig, vom Besuch Auslandsdeutscher Siedlungen in Ungarn und Rumänien erst mehrere Wochen nach Abschluss der Sommerferien zum Unterricht zurückgekehrt. Nentwig hatte aber über die Reichsjugendführung Nachurlaub für die ihm anvertrauten Schüler bei der Schulverwaltung Hamburg beantragt und bewilligt erhalten. Damit war für das Johanneum eine vollendete Tatsache geschaffen, mit der sich aber Tomforde als Klassenlehrer Otto Krauels nicht zufrieden gab. Er setzte durch, dass eine Verhandlung bei der Schulverwaltung durchgeführt wurde, an der unter dem Vorsitz des damaligen Oberschulrats Dr. Behne<sup>15</sup> ich als derzeitiger Direktor des Johanneums, Tomforde als Klassenlehrer, der Fähnleinführer Nentwig und Otto Krauel teilnahmen. Tomforde verurteilte das Verhalten des Nentwig scharf – entgegen der sonst üblichen Tendenz, bei Übergriffen der HJ auf Seiten der Schule schwächliche Zurückhaltung zu üben – und scheute sich nicht, die Schulverwaltung, die sich mit der Bewilligung des Nachurlaubs mitschuldig gemacht hatte, hart zu kritisieren. Er forderte, dass Übergriffe ähnlicher Art künftig unterblieben, da sie mit den berechtigten Forderungen des Elternhauses und der Schule unvereinbar seien.“<sup>16</sup>

Da fanden sich die richtigen Leumundsgeber zusammen.

Richard Uetzmann, ehemaliger Studienrat am Wilhelm-Gymnasium, der zwanzig Jahre gemeinsam mit Albert Tomforde gearbeitet hatte und selbst niemals in die NSDAP eingetreten war, brachte einen anderen Aspekt zur Sprache, die Tomfordes antinazistische Haltung am Ende der NS-Herrschaft und insbesondere im Verlaufe des Krieges betraf:

„Schon vor dem Kriege und während des Krieges, in dem er als Soldat seine Pflicht erfüllte, ist er scharf von der Partei abgerückt. Als sein ältester Sohn im

Februar 1945 gefallen war, litt er schwer darunter, weil er zu der Zeit jedes Blutvergießen als verantwortungs- und gewissenlos verurteilte.“<sup>17</sup>

Auch hier zeigte sich ein immer wieder auftretendes Muster in Entnazifizierungsverfahren: Das verbale Abrücken vom Nationalsozialismus und Adolf Hitler im Verlaufe des Krieges, insbesondere nach Stalingrad und den verheerenden Zerstörungen Hamburgs seit 1943, häufig auch verbunden mit dem Verlust von Familienangehörigen.

Bürgermeister Rudolf Petersen schrieb tatsächlich am 4.7.1946 an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse: „Ich übersende in der Anlage ein Gutachten über einen früheren Lehrer dreier meiner Söhne im Wilhelm-Gymnasium. Da es sich um einen wirklich vortrefflichen Mann handelt, würde ich bedauern, wenn derselbe dem Lehrerberuf entzogen werden würde, es sei denn, dass schwerwiegende Gründe gegen die Nichtbelastung im Amte sprechen.“<sup>18</sup>

Ein ehemaliger Kollege von Albert Tomforde am Johanneum, Willi Thede, der niemals NSDAP-Mitglied gewesen war und nach 1945 dem Entnazifizierungsausschuss für höhere Schulen angehörte, entschied mit dem Beratenden Ausschuss am 13.9.1946:

„Unser Herr Thede kennt ihn seit Jahren. Er war bis 1933 guter Demokrat und verfiel dann der nationalsozialistischen Ideologie. Er hat sich aber keinerlei gemeine Handlungen zuschulden kommen lassen. Wir empfehlen ihn als Studienrat wieder einzustellen.“<sup>19</sup>

Der Berufungsausschuss entschied in diesem Sinne am 6.12.1946 mit Verweis auf „eine Reihe von überzeugenden politischen Gutachten, unter anderem von dem ehemaligen Bürgermeister Petersen, die ihm seine anständige Haltung bestätigen.“<sup>20</sup>

Albert Tomforde wurde wieder eingestellt und nahm am 7.1.1947 an der Oberschule für Jungen in Eimsbüttel, Kaiser-Friedrich-Ufer, die Arbeit als Studienrat wieder auf. Das erste Gutachten über ihn schrieb der nunmehrige Oberstudienleiter Dr. Alexander Stempel, der aus meiner Sicht auch nicht als NS-unbelastet anzusehen ist. Darin kam dieser zu dem Schluss:

„Man wird zusammenfassend sagen dürfen, dass sich Herr Tomforde dank seiner Fähigkeit als Lehrer wie als Erzieher an dem inneren Wiederaufbau unserer Schule und damit des Hamburgischen Schulwesens überhaupt erfolgreich beteiligt hat.“<sup>21</sup>

1949 hatte sich die politische und juristische Situation weiter verändert. Albert Tomforde wollte jetzt die Rehabilitation, er widersprach der Zurückstufung zum Studienrat und damit verbundenen Reduzierung seiner Besoldung. Der Beratende Ausschuss stellte dazu am 9.12.1949 unter anderem fest:

„Seine Mitgliedschaft in der NSDAP kann nicht als rein nominell bezeichnet

werden. Wir schließen uns dem erwähnten Gutachten auch an, wenn ausgeführt wird, dass er später kritisch wurde, und seine Haltung im Jahre 39 als antifaschistisch bezeichnet werden konnte. Wir stellen fest, dass er in den Jahren 1945/47 sein schweres Schicksal mannhaft getragen hat und ab Januar 1947 wieder an seine alte pädagogische Tradition anknüpfte und sich erfolgreich am Wiederaufbau unserer Schulen beteiligte. So erscheint uns der Fall nicht ein solcher zu sein, wo das letzte Urteil, die Zurückstufung, auf Lebenszeit aufrecht zu erhalten wäre.“<sup>22</sup>

Der Beratende Ausschuss wies auf das kommende Entnazifizierungsschlussgesetz hin, das abzuwarten bleibe und schlug vor, Tomforde in Kategorie V einzustufen und ihm beim Übertritt in den Ruhestand die Pensionsbezüge eines Oberstudiendirektors zuzuerkennen.<sup>23</sup>

Es wundert nicht, dass der Berufungsausschuss unter Leitung des Rechtsanwalts Soll, der unzählige solcher Verhandlungen führte und nur begrenzt in wesentliche Details der Fälle eingearbeitet war, in diesem Sinne entschied. Merkwürdig die Begründung, bei der einerseits festgestellt wurde, dass Albert Tomforde zwar am 1.1.1944 zum Oberstudiendirektor befördert worden war, wobei dem Ausschuss offenbar nicht bekannt war, dass dieses in Abwesenheit von Tomforde geschah, als er als Major in der Wehrmacht weilte und die Beförderung durch Reichsstatthalter Karl Kaufmann vollzogen wurde. Denn der Berufungsausschuss schrieb andererseits: „Nach den glaubwürdigen Leumundszeugnissen hat Tomforde bereits im Jahre 1933 Auseinandersetzungen mit der HJ gehabt, die zu Differenzen mit dem Gauleiter Kaufmann führten und hat sich auch in der Folgezeit vom Nationalsozialismus völlig abgewandt.“<sup>24</sup> Eine Verklärung der tatsächlichen Geschichte, wobei das Urteil des ehemaligen Bürgermeisters Rudolf Petersen sicherlich eine große Rolle spielte, der Albert Tomforde aber nur aus der Zeit von 1920 bis 1933 gekannt hatte. Ein typisches Beispiel für die Arbeit in manchen Entnazifizierungsausschüssen in der Zeit von 1949 bis 1951.

Auf die Kriterien der Auswahl von Schulleitern in der NS-Zeit hat Uwe Schmidt hingewiesen: „Der Präsident der Schulverwaltung, Karl Witt, nannte als geeignet zur Beförderung zum Schulleiter unter anderem Ernst Hüttmann<sup>25</sup>, Albert Tomforde, Gerhard Rösch<sup>26</sup> und drei weitere und führt als Kriterien an, sie seien bereits stellvertretende Schulleiter, alte Parteigenossen und entweder Funktionsträger im NSLB oder in anderen nationalsozialistischen Organisationen.“<sup>27</sup>

Die Gesetzeslage änderte sich weiter zugunsten belasteter ehemaliger Nationalsozialisten. Am 19.1.1952 entschied der Leitende Ausschuss, Tomforde in Kategorie V einzugruppieren und stellte fest: „Diese Entscheidung ist eine echte Entnazifizierungsentscheidung, die bei Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen Rechtsansprüche gewährt.“<sup>28</sup>

Nun wurde Tomfordes Rechtsanwalt Willi Gottberg aktiv und wandte sich an Oberschulrat Hans Reimers, der nach dem Tod von Heinrich Schröder Personalreferent für Hamburgs höhere Schulen war. Reimers stellte in einer Antwort an den Rechtsanwalt klar:

„Weil er in Kategorie V eingestuft worden ist, kann er, auch wenn die Entnazifizierungsentscheidung ihm einen – nicht klagbaren – Anspruch auf Wiederbeschäftigung als Oberstudiendirektor nicht geben sollte, als solcher wieder eingestellt werden. Das ist ebenso eine Ermessensfrage wie die, wenn man die ‚vorläufige‘ Beschäftigung als Studienrat durch eine Beförderung beenden wollte.“<sup>29</sup> Reimers bot Rechtsanwalt Gottberg dazu ein Gespräch an.

Albert Tomforde blieb Studienrat an der Oberschule für Jungen in Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer). Die Schulbehörde wies ihm keine Schulleitungsstelle zu, aber OSR Hans Reimers stellte ihm am 29.12.1953 noch einmal den Sachverhalt dar: „Amtlich kann ich Ihnen jetzt nur mitteilen, dass, wie Sie vielleicht längst selbst wissen, Ihnen aufgrund der Gesetzgebung zum Art. 131 des Grundgesetzes das Recht zusteht, die Amtsbezeichnung ‚Oberstudiendirektor a.D.‘ zu führen. Diese Berechtigung leitet sich aus der Tatsache ab, dass Ihnen nach einer späteren Versetzung in den Ruhestand auch die Pensionsbezüge nach der früheren amtlichen Stellung eines Oberstudiendirektors gezahlt werden.“<sup>30</sup>

Albert Tomforde antwortete darauf handschriftlich:

„Für Ihre persönlich gestimmten liebenswürdigen Zeilen danke ich Ihnen verbindlich. Wir ehemaligen Direktoren geben die Hoffnung nicht auf, dass der Senat unserer Stadt nach acht Jahren einer Regelung zustimmt, die uns die harte und ungerechtfertigte Behandlung von einst verschmerzen lässt. Ihre guten Wünsche für das Jahr 1954 erwiderte ich herzlich für Sie und Ihre Familie, Ihr sehr ergebener Albert Tomforde.“<sup>31</sup>

1954 empfand Tomforde es noch als „hart und ungerechtfertigt“, dass eine Beförderung durch den NS-Reichsstatthalter 1944, die eine Belohnung für seine NS-Zugehörigkeit und Offizierstätigkeit als Major im Zweiten Weltkrieg war, ohne dass er jemals als Oberstudiendirektor in den folgenden 16 Monaten in Hamburg tätig war, nach Ende der NS-Herrschaft nicht aufrechterhalten wurde.

Am 24.2.1956 wurde Albert Tomforde pensioniert und erhielt in der Folgezeit noch einen Lehrauftrag am Kaiser-Friedrich-Ufer. Und er bezog ebenfalls die Pension eines Oberstudiendirektors, dessen Amtsbezeichnung er seinem Namen hinzufügte.

Er starb am 28.5.1962.<sup>32</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Albert Tomforde, StAHH, 361-3\_A 2632
- 2 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_Ed 1056
- 3 Laut Personalakte a. a. O.
- 4 Laut Personalakte a. a. O.
- 5 Laut Personalakte a. a. O.
- 6 Laut Personalakte a. a. O.
- 7 Schreiben vom 2.8.1946, Personalakte a. a. O.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Schreiben von Rudolf Petersen vom 4.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Schreiben vom 1.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Siehe die Biografie Werner Puttfarken, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 691 ff.
- 15 Siehe die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457 ff.
- 16 Schreiben vom 1.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 27.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 4.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Beratender Ausschuss vom 13.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Berufungsausschuss vom 6.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Gutachten von Alexander Stempel vom 6.12.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Beratender Ausschuss vom 9.12.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Berufungsausschuss 17 für die Ausscheidung von Nationalsozialisten vom 4.2.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Siehe die Biografie Ernst Hüttmann, in: de Lorent 2016, S. 512 ff.
- 26 Siehe die Biografie Gerhard Rösch in diesem Band.
- 27 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Bd. 1, Hamburg 2010, S. 57.
- 28 Leitender Ausschuss vom 19.1.1952, Personalakte a. a. O.
- 29 Schreiben vom 2.2.1952, Personalakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 29.12.1953, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Hans Reimers, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 249 ff.
- 31 Schreiben vom 1.1.1954, Personalakte a. a. O.
- 32 Personalakte a. a. O.



## Kurt Haefeker

**„Ich habe die Schülerin von der Schule entlassen wegen ihrer ablehnenden Einstellung und entsprechenden Äußerungen über Maßnahmen der heutigen Regierung.“**

Ein treuer Nationalsozialist, der Mann für die zweite Reihe, an drei Hamburger höheren Schulen als stellvertretender Schulleiter in der NS-Zeit tätig, stellvertretender Gau-sachbearbeiter für Musik im NSLB, mit einigen fachlichen Beiträgen in der HLZ unterm Hakenkreuz, war Kurt Haefeker. Er starb nach längerer Krankheit schon 1942. Seine Ehefrau Erika Haefeker, die niemals in einer NS-Organisation Mitglied war, erhielt danach die Witwenpension eines Oberstudienrates und überlebte ihren Mann um 50 Jahre.

Interessant ist eine Akte des Staatsarchivs, in der Namen und Aktivitäten von Hamburger Schülerinnen und Schülern genannt werden, „die wegen staatsabträglichen Verhaltens bestraft worden sind“.<sup>1</sup> Darunter auch ein Fall, den Kurt Haefeker als amtierender Schulleiter verfolgte.

Kurt Haefeker wurde am 14.11.1895 in Barmen als Sohn eines Justizinspektors geboren. Er machte am 7.8.1914 die Not-Reifeprüfung am Gymnasium Siegburg und begann im Oktober 1914 ein Studium in Bonn. Sein Ziel war es, für das Lehramt an höheren Schulen Botanik, Zoologie und im Nebenfach Physik zu studieren. Da seine Leidenschaft die Musik war, widmete er sich zwischendurch auch dem Gesang und bestand am 26.6.1920 eine Prüfung in Gesang in Charlottenburg.<sup>2</sup>

Das Studium wurde unterbrochen durch den Heeresdienst im Ersten Weltkrieg vom Herbst 1916 bis Ende Sommer 1918. Kurt Haefeker beendete den Krieg als Gefreiter mit dem EK II.<sup>3</sup>

Haefeker legte im August 1923 seine Prüfungen ab und absolvierte danach das Referendariat in Bonn. Der Bericht über ihn fiel zurückhaltend positiv aus. Ihm wurde bescheinigt, regelmäßig an den pädagogischen Seminaren teilgenommen „und den dort behandelten Fragen Interesse und Verständnis entgegengebracht zu haben“.<sup>4</sup>

Weiter wurde festgestellt:

„Man hat den Eindruck, dass er sich theoretisch und praktisch um die erzieherischen Probleme bemüht. Sein Unterricht hat sich dementsprechend im ersten Tertial seiner Ausbildungszeit in durchaus aufsteigender Kurve bewegt. Die Stunden sind schon jetzt sachlich und methodisch meist gut durchdacht und aufgebaut. Zu wünschen ist unter anderem noch eine größere Frische des Tons und ein flotteres

Tempo. Infolge seines ruhigen und ziemlich sicheren Auftretens hat er Schwierigkeiten mit der Schulzucht bisher nicht gehabt und in der Zukunft kaum zu befürchten. Dienstlich und außerdienstlich war sein Benehmen, seiner zurückhaltenden, bescheidenen Natur gemäß, stets durchaus höflich und angemessen. Über sein Verhalten außerhalb des Schulbereichs ist nichts bekannt.“<sup>5</sup>

Der pädagogische Prüfungsausschuss in Elberfeld gab Ostern 1925 ein klares Urteil ab über Kurt Haefeker: „Er ist ein guter, sympathischer Lehrer, der seinen Weg gehen wird.“<sup>6</sup>

Der Weg führte ihn im Schuljahr 1927/28 an das städtische Oberlyzeum nach Altona.<sup>7</sup>

Der persönliche und berufliche Durchbruch für Kurt Haefeker erfolgte mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten. Am 1.11.1932 trat er in Hamburg in den NSLB ein. Dort wurde er Fachberater der Fachschaft II (höhere Schulen) für Musik und seit 1935 stellvertretender Gausachbearbeiter für Schul- und Hausmusik.<sup>8</sup>

Kurt Haefeker gab darüber hinaus an, seit dem 1.4.1933 Mitglied der NSDAP zu sein und dort als Ortsgruppenstellenleiter zu fungieren. Später schrieb er, Kulturwart der Ortsgruppe Langenhorn der NSDAP zu sein.<sup>9</sup>

Haefeker zeigte sich umtriebig, im September 1935 war er für den Reichsparteitag in Nürnberg delegiert. Schon 1931 hatte er Anträge auf Nebentätigkeit gestellt, nebenberuflich war er über Jahre als Dozent am Institut für Lehrerfortbildung beschäftigt.<sup>10</sup>

Haefeker nahm an Schulungen beim NSLB in Bayreuth teil, allein 1938 war er mehrere Tage unterwegs zu niederdeutschen Musiktagungen in Bergedorf und Kassel, Parteiveranstaltungen in Bayreuth, zur Gauführerschule in Hamburg.<sup>11</sup>

Als stellvertretende Schulleiter wurden treue Parteigenossen eingesetzt, zum Teil auch als Reservoir für künftige Schulleitungsfunktionen. Kurt Haefeker war an der Hansa-Oberrealschule in der Bogenstraße 32, der ehemaligen Helene-Lange-Oberrealschule 1933 auf der Liste von Schulsenator Karl Witt vom 10.7.1933 als stellvertretender Schulleiter vermerkt.

Übermäßig große Wertschätzung fand Kurt Haefeker in der Landesunterrichtsbehörde offenbar nicht. Als der bisherige Schulleiter der Hansa-Oberrealschule, Viktor Grüber, 1938 gestorben war, machte man nicht Haefeker zum Schulleiter, sondern berief Gerhard Rösch, Lehrer am Johanneum. Rösch zögerte und stellte eine Bedingung:

„Der Kultur- und Schulbehörde danke ich aufrichtig für das ehrende Vertrauen, das ich in der beabsichtigten Berufung zum Leiter an der Hansa-Oberschule für Mädchen erblicken darf. Nach reiflicher Überlegung muss ich jedoch darauf hinweisen, dass mir eine Loslösung aus meiner bisherigen Tätigkeit außerordentlich

schwer werden würde. Meine ganze Kraft und Liebe gehört dem Johanneum, dem ich in Kürze 25 Jahre haben dienen dürfen, mit dessen Leiter mich eine Lebensfreundschaft verbindet. Doch bin ich Nationalsozialist genug, um mich einer behördlichen Anordnung zu fügen. Für diesen Fall müsste ich dann damit rechnen können, dass mir ein Stellvertreter zur Seite gestellt wird, mit dem ich wirklich zusammenarbeiten kann; ich glaube kaum, dass das mit dem an der fraglichen Schule jetzt amtierenden Stellvertreter auf die Dauer möglich sein würde.“<sup>12</sup> Interessant, welche Bedingungen man in diesen Zeiten gegenüber der Schulverwaltung im Bereich der höheren Schulen stellen konnte.

Und tatsächlich versetzte die Landesunterrichtsbehörde Haefeker daraufhin als stellvertretenden Schulleiter an die Caspar-Vogt-Straße und 1939 als stellvertretenden Schulleiter an die Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld.<sup>13</sup> Haefeker war als Parteisoldat im Bereich der höheren Schulen mangels Führungspersönlichkeit im Sinne der Nationalsozialisten ein guter Mann für die zweite Reihe. Als am Lerchenfeld Oberstudiendirektor Karl Faehler als Offizier eingezogen wurde, übernahm Haefeker am 29.12.1940 kommissarisch die Leitung. Der Schulleiter der Oberschule für Mädchen an der Caspar-Vogt-Straße, Gustav Schmidt, nicht zu verwechseln mit dem Schulrat im Volksschulbereich gleichen Namens, hatte am 25.3.1939 einen vertraulichen Bericht über Kurt Haefeker geschrieben, der am 16.12.1930 zum Oberstudienrat befördert worden war. Darin hieß es:

„Während dieses Jahres hat Herr H. mit großer Einsatzbereitschaft, mit Fleiß und Umsicht die Geschäfte des stellvertretenden Schulleiters geführt. Er hat mich bereitwillig und mit gleichbleibender Freundlichkeit in allen Amtsgeschäften unterstützt und vertreten. Es ist während des ganzen Jahres nicht eine Meinungsverschiedenheit oder Schwierigkeit aufgetaucht. Ebenso sehr hat sich Herr H. durch freundliches Entgegenkommen, Aufgeschlossenheit und einen heiteren und frischen Ton bemüht, mit allen Mitgliedern des Kollegiums in ein gutes Verhältnis zu kommen. Nach eigener Aussage hat er sich bei uns wohl gefühlt und wäre gern länger geblieben. Ganz besonders lag Herrn H. aber die Pflege und Neugestaltung des Musik-Unterrichts am Herzen. Sein Plan, den gesamten Musikunterricht der Schule nach den neuen Reichslehrplänen in Sing- und Spielgemeinschaften umzuwandeln, konnte aus Mangel an Musiklehrkräften nicht durchgeführt werden. Als Gausachbearbeiter des NSLB für Musik hat Herr H. eine für die Schulmusik Hamburgs bedeutsame Arbeit zu leisten, er ist auch Mitherausgeber des neuen Schulgesangbuchs. Auch an der Lehrerbildung und der Arbeit der Volkshochschule ist er als Musikpädagoge beteiligt. Dass ihm in der Zusammenarbeit mit pädagogisch anders eingestellten Fachkollegen Schwierigkeiten erwachsen könnten, halte ich für möglich; er würde aber immer um einen Ausgleich bemüht sein.“<sup>14</sup>



Kollegium der Oberrealschule am Lerchenfeld 1940, Schulleiter Kurt Haefeker steht vorn zwischen zwei Kolleginnen, mit markantem Oberlippenbart.

Kurt Haefeker war also eine freundliche Persönlichkeit, die in den Kollegien meist gut klar kam. Schwierigkeiten hatte er in der Funktion des kommissarischen Schulleiters an der Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld mit der Schülerin Brigitte Borchers. Als die Schulverwaltung unter Verantwortung des aktivistischen Nationalsozialisten und von Reichsstatthalter Karl Kaufmann eingesetzten starken Mannes der Landesunterrichtsbehörde, Albert Henze<sup>15</sup>, der sich vorgenommen hatte, mit einer breiten Kampagne gegen widerständige Jugendliche an den Schulen, insbesondere gegen die Swing-Jugend konzertiert vorzugehen, zu diesem Zweck Schulleiterversammlungen abhielt, an der auch Kurt Haefeker beteiligt war, führte dies zu einer Reaktion an der Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld. Haefeker begründete am 13.11.1941, dass er die Schülerin Brigitte Borchers entlassen habe „wegen ihrer ablehnenden Einstellung und entsprechenden Äußerungen über Maßnahmen der heutigen Regierung“.<sup>16</sup>

Kurt Haefeker hatte die Geschichtslehrerin der Klasse, in der Brigitte Borchers unterrichtet wurde, gebeten, einen Bericht über die Äußerungen und das Verhalten der Schülerin zu schreiben, den Haefeker beilegte. Haefeker schrieb:

„Ich habe die Schülerin Borchers aufgrund dieses Berichtes vernommen in Gegenwart der Klassenführerin, später auch vor der ganzen Klasse. Sie hat nach anfänglichem Leugnen zugestanden, dass sie die Äußerung, welche von mehreren Schü-

lerinnen der Klasse gehört worden ist, getan haben könnte, hätte sie allerdings nur ‚scherzhaft‘ gemeint. Ich habe der Schülerin erklärt, dass wir für solche Scherze im Zusammenhang mit dem 9. November kein Verständnis haben. Auf meine Frage, woher ihre ablehnende Haltung stamme, antwortete sie, sie verkehre in einem Kreis junger Leute, unter denen sich auch Ausländer befänden. Dieser Kreis treffe sich auf der Kunsteisbahn, im Alsterpavillon usw. Mitschülerinnen gegenüber hat Brigitte Borchers auch geäußert, dass sie in diesem Kreise auch die Nacht hindurch vom Hause weg gewesen sei. Ich habe den Vater der Schülerin heute in die Schule gebeten und musste feststellen, dass er über die Art des Umgangs seiner Tochter so gut wie gar nicht unterrichtet war. Herr Borchers hat seine Tochter aus der Schule mitgenommen.“<sup>17</sup>

Offenbar hatte das Mädchen eine abfällige Bemerkung zu einem wichtigen „Gedenktag“ der nationalsozialistischen Bewegung gemacht. Am 9. November 1923 hatte der gescheiterter Putschversuch der NSDAP unter Adolf Hitler und Erich Ludendorff sowie weiterer Beteiligten gegen die bayerische Landesregierung und nach Vorbild von Mussolinis Marsch auf Rom gegen die Reichsregierung stattgefunden (auch „Hitlerputsch“ oder „Marsch auf die Feldherrnhalle“ genannt).

Dieses Schreiben von Kurt Haefeker fand in der Schulverwaltung große Aufmerksamkeit. Oberschulrat Karl Züge zeichnete es ab mit der Bemerkung „mit der Entscheidung einverstanden“ und dem Zusatz „Herrn Oberschulrat Henze zur Kenntnisnahme“. Auch Henze zeichnete das Schreiben am 17.11.1918 ab und Karl Züge notierte, dass dieser Vorgang der Gestapo zur Kenntnisnahme am 18.11.1941 übersandt worden war.<sup>18</sup>

In dem Bericht der Studienassessorin E. Crepon, überschrieben: „Bericht über Brigitte Borchers, 5e“, notierte die Berichterstatteerin, dass sie die Schülerinnen seit Beginn des Schuljahres, also seit etwa einem halben Jahr kenne und die Klasse in Geschichte und Deutsch unterrichte.<sup>19</sup>

Weiter hieß es:

„Im Unterricht fällt Brigitte im Rahmen dieser Klasse dadurch auf, dass sie wortgewandt ist und in Geschichte ordentliche Kenntnisse besitzt. Ihre Stellung ist sehr undiszipliniert. Sie ist vorlaut und aufdringlich, prahlt mit ihren Kenntnissen aus ‚Quellen‘, die den anderen Mädchen unbekannt sind. Das macht sich besonders auf politischem Gebiet bemerkbar. Der erste Zusammenstoß hatte die Besprechung des Metternichschen Systems und der Demagogenverfolgungen zum Anlass. B. ließ die negative Kritik daran nicht gelten: ‚Bei uns ist es doch genau so.‘ Und sofort kamen Auslassungen über die Tätigkeit der Gestapo, über Bestrafungen wegen schlechter Verdunkelung, aufgrund böswilliger Denunziationen, über Strafen wegen des Spielens englischer Schallplatten. Zum Teil konnte man ihre Behauptungen glatt widerlegen. Die kindliche Schülerin der Klasse, E. W., hatte die Hintergründe na-

türlich nicht durchschaut und erzählte nun, dass ihre Eltern auch einmal wegen zu später Verdunkelung angezeigt worden wären. Der Polizeibeamte hätte die Sache untersucht und festgestellt, dass die Anzeige auf einer Verwechslung beruhte. Das machte auf die Klasse sichtlich Eindruck. Der Hauptgedanke meiner Widerlegung war der, ganz abgesehen davon, ob die Behauptungen wahr seien oder nicht, liege die Rechtfertigung für harte Disziplin im Staate in dem Ziel, das damit erreicht werden sollte. Metternich unterdrückte und verfolgte national denkende Menschen, um ein volksfremdes System zu erhalten. Der heutige Staat ist seit 1933 in einem Schicksalskampf des Volkes, in dem Härte gegen Elemente nötig ist, die diesen Kampf gefährden, und der Soldat ist zu den hohen Leistungen an der Front nur durch eiserne Disziplin befähigt. Ich hatte eine ganze Unterrichtsstunde dafür verwendet und hatte den Eindruck, dass die Klasse es verstanden hatte. Ich erwartete das auch von Brigitte, von der ich ja weiter nichts wusste. Seitdem vergeht kaum eine Stunde, dass sie nicht jede Gelegenheit benutzt, um ihre gegenteilige Ansicht anzubringen. Ich wundere mich nur noch, wenn sie einmal eine Gelegenheit auslässt. Im folgenden gebe ich andere Beispiele, die mir noch in der Erinnerung sind.

1. Die Sowjetunion hält sich nicht an die Abmachungen des Roten Kreuzes. Die englischen Misshandlungen von deutschen Schiffbrüchigen und andere werden erwähnt. Borchers: Na, bei uns ist es auch nicht alles sauber. – Ich habe diese Frechheit einfach übergangen.

2. Wir vergleichen die heutige Ernährungslage mit der des Weltkrieges. Eine erzählt, wie ihre Mutter als Kind wegen Hunger ins Bett gesteckt wurde. Borchers: Heute gibt es auch nicht genug. Wenn man im Restaurant isst, wird man überhaupt nicht satt. – Ich sagte darauf, dass sie wohl gewöhnlich zu Hause esse. Die Führerin sagte mir nachher, sie meckere überhaupt gegen alles, besonders gegen die Lebensmittelkarten. Im Weltkrieg mussten viele hungern, während manche selbst zugaben, dass sie vom Kriege gar nichts gemerkt hätten. B. musste natürlich anbringen, dass auch heute manche es verstünden, sich hinten herum etwas zu verschaffen. Das sei nicht anders als damals. (...)

5. In der Mathematikstunde verteidigte sie in voller Überzeugung den Satz: Geld regiert die Welt – im Gegensatz zu geistigen Werten. In einem Privatgespräch erzählte sie, dass sie im Kursus für Fortgeschrittene ist im Tanzunterricht, nachdem sie voriges Jahr zuerst Tanzstunde hatte. Begründung: Man hat ja nichts anderes.

Eine wichtige Sondermeldung ist gekommen. B.: Mich interessiert nur noch eine – wenn der Friede verkündigt wird. Wenn es bloß erst so weit wäre.

6. Da die Gesamthaltung negativ ist, war ich gespannt auf ihren Aufsatz über das Thema: ‚Wie war der Sieg der deutschen Wehrmacht über die überlegenen Sowjets möglich?‘ Mit keinem Wort fiel sie dabei auf. Der Schluss übernahm sogar

aus der vorletzten Rede des Führers den Hinweis auf die Hilfe Gottes. Ich las den Schluss vor und knüpfte daran die Bemerkung, dass das Übernehmen solcher persönlichen Worte überhaupt nicht passend sei und dass man es in ihrem Aufsatz gar nicht ernst nehmen könnte, wenn man an all das dächte, was sie stets auszusetzen hätte. Die Klasse war offenbar derselben Meinung.

7. Vor eineinhalb Wochen hatte ich die Klassenführerin gebeten, für den 10. November (Montag) ein Gedenken anlässlich des 9. November vorzubereiten. Das Mädchen kam zu mir und sagte, sie habe wohl ein Programm gemacht, aber die Feier könne doch nicht stattfinden. Als sie es mit der Klasse besprochen hätte, habe sich wieder gezeigt, wie wenig manchen das bedeute. Borchers habe gleich gesagt, man könne ja die und die Platte (Titel einer englischen Jazzplatte) spielen und englische Lieder dazu singen. Das passt wunderbar. – Dies löste natürlich bei vielen Albernheit aus, bei der Führerin aber eine so große Erbitterung, dass sie es für besser hielt, von der Feier überhaupt abzusehen. Sie meinte, es würde auch bestimmt nicht ohne hässliche Zwischenfälle verlaufen, und die Lieder würden sie auch nicht zustande bringen.“<sup>20</sup>

Dafür wurde man 1941 von der Schule verwiesen!

In dieser Akte im Staatsarchiv ist auch ein Verzeichnis enthalten „über Schüler und Schülerinnen der Schulen der Hansestadt Hamburg, die wegen staatsabträglichen Verhaltens bestraft worden sind“.<sup>21</sup> Es handelt sich um 13 Personen, beginnend mit Brigitte Borchers. Darüber hinaus werden sechs Schüler des Johanneums aufgezählt, unter anderem Egon Giordano, der Bruder von Ralph Giordano, der von der Schule verwiesen wurde wegen „politischer Unzuverlässigkeit“. Dann der Schüler Heinrich Fey, der von einem HJ-Streifendienst angehalten worden war und bei dem man den Text und die Noten der Internationale sowie ein Foto fand, das zeigte, wie englische Matrosen ein Hitler-Bild zerstörten. Er befand sich als Swing-Jugendanhänger in Haft und wurde fast anderthalb Jahre im KZ Moringen festgehalten. Ich habe in der Biografie Albert Henze über diesen Fall informiert.<sup>22</sup>

Kurz nach der Entlassung der Schülerin Brigitte Borchers wurde Kurt Haefeker krank, er litt an Magenproblemen, wurde operiert und musste einige Kuraufenthalte wahrnehmen. Oberschulrat Theodor Mühe mahnte Kurt Haefeker in einem Schreiben an das Elim-Krankenhaus, wo Haefeker behandelt wurde, am 3.12.1942, er solle seine Arbeit nicht zu früh wieder aufnehmen.<sup>23</sup>

Kurt Haefeker wurde nicht wieder gesund. Er starb am 29.12.1942 und hinterließ seine Frau Erika und einen Sohn.<sup>24</sup>

Die Trauerfeier fand auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtete davon am 5.1.1943 und schrieb von „großer Beteiligung“. „Die Ortsgruppe Langenhorn der NSDAP und die NSKOV hatten Fahnenabordnun-

gen entsandt und Kränze am Sarge niedergelegt, desgleichen die Schulverwaltung, der NS-Lehrerbund, die Kriegerkameradschaft von 1912, sowie Lehrerkollegium und Schülerinnen.“ Als Redner trat der stellvertretende Ortsgruppenleiter Meyer auf, der „die Persönlichkeit des Entschlafenen, der als feiner, untadeliger Charakter und steht hilfsbereiter Kamerad überall Liebe und Verehrung genoss. Oberschulrat Professor Dr. Mühe überbrachte die letzten Grüße der Schulverwaltung und dankte dem Entschlafenen besonders für seine vorbildliche Pflege des deutschen Volksliedes. Dann wurde der Sarg von Politischen Leitern der Ortsgruppe zur Gruft getragen.“<sup>25</sup>

Die Witwe Erika Haefeker gab am 28.12.1945 in ihrem Entnazifizierungsfragebogen an, in keiner NS-Organisation Mitglied gewesen zu sein. Sie erhielt, niemals infrage gestellt, die Witwenrente eines Oberstudienrates und überlebte ihren Mann um 51 Jahre.<sup>26</sup>

### Anmerkungen

- 1 Verzeichnis der Schüler und Schülerinnen der Schulen der Hansestadt Hamburg, die wegen staatsabträglichen Verhaltens bestraft worden sind. StA HH, 361-2 VI OSB VI\_990 Swing-Jugend
- 2 Personalakte Haefeker, StAHH, 361-3\_A 3079
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Bericht vom 29.9.1924, Personalakte a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Fragebogen der Vervollständigung Personalakte vom 19.3.1936, Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Schreiben vom 17.2.1938, Personalakte Gerhard Rösch, StAHH, 361-3\_A 1584. Siehe auch die Biografie Gerhard Rösch in diesem Band.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Vertraulicher Bericht vom 25.3.1939, Personalakte a. a. O.
- 15 Siehe die Biografie Albert Henze, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 162 ff.
- 16 Schreiben vom 13.11.1941, 361-2 VI OSB VI\_990 Swing-Jugend
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Bericht über Brigitte Borchers vom 10.11.1941, 361-2 VI OSB VI\_990 Swing-Jugend
- 20 Ebd.
- 21 361-2 VI OSB VI\_990 Swing-Jugend
- 22 Siehe die Biografie Albert Henze, a. a. O.
- 23 Schreiben von OSR Theodor Mühe vom 3.12.1942, Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 5.1.1943.
- 26 Personalakte a. a. O.



## Willy Kowallek

**„Die Führung der Behörde hat eine durch parlamentarischen Kuhhandel zu Stande gekommene Schulleiterliste genehmigt.“**

(Hans Rösch)

Ein großer Teil der Schulleiter an den höheren Schulen, der in Zeiten des Selbstverwaltungsgesetzes von 1920 durch die Lehrerkonferenz und den Elternrat der Schulen gewählt worden war, blieb auch nach Beginn der NS-Herrschaft im Amt. Allerdings gab es ein Revirement, sodass einige Schulleiter an anderen Schulen eingesetzt wurden.

Dem nationalsozialistischen Aktivist und Oberlehrer am Wilhelm-Gymnasium, Hans Rösch<sup>1</sup>, der 1933 nicht damit einverstanden war, dass die NSDAP sich in der Personalpolitik nicht vollständig durchsetzte, ist es zu verdanken, dass das Procedere der Schulleiterbenennungen im Bereich der höheren Schulen öffentlich gemacht wurde. Auf der Liste der NS-Schulverwaltung am 10.7.1933 war auch Willy Kowallek als Schulleiter vorgesehen. Was Kowallek dafür qualifizierte, war seine langjährige Vorstandstätigkeit im Hamburger Philologenverein. Das denkwürdige Verfahren soll hier noch einmal beschrieben werden.

Hans Rösch war zum Zeitpunkt der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) Fachschaftsleiter für die höheren Schulen. Aufgefallen war er mit einer Rede am 30.1.1934 im Wilhelm-Gymnasium, die er nutzte, um vor der gesamten Schulgemeinde seine schroffe Kritik an Schulleitung und Kollegium des Wilhelm-Gymnasiums vorzutragen. Dabei griff er auch den neuen Schulsenators, Karl Witt<sup>2</sup>, an, der bis 1933 noch Mitglied der DNVP gewesen war, und den Hans Rösch nicht als echten Nationalsozialisten anerkannte. Nach diesem Affront war Rösch in Ungnade gefallen, wurde suspendiert und wehrte sich daraufhin mit Schriftsätzen, in denen er sein Insiderwissen veröffentlichte. Er legte eine „Beweisakte“ an, in der er beschrieb, wie die Schulleiterliste für die höheren Schulen zum Sommer 1933 zu Stande gekommen war. Rösch stand in seiner NSLB-Funktion in enger Kommunikation mit den Verantwortlichen, insbesondere mit dem „alten“ Nationalsozialisten und neuen Oberschulrat für den Bereich der höheren Schulen, Walter Behne<sup>3</sup>. Insofern hatten seine Aufzeichnungen Brisanz und Sprengkraft und beleuchteten Abläufe, die der Öffentlichkeit sonst verborgen geblieben wären. Rösch schrieb: „Die Führung der Behörde hat eine durch parlamentarischen Kuhhandel zu Stande gekommene Schulleiterliste genehmigt, trotzdem ihr von der Gauleitung des NSLB eine rein nationalsozialistische Schulleiterliste vorgelegt worden war. Die Einzelheiten des Kuhhandels berichtete Ober-

schulrat Behne. Nach dem Bericht Behnes setzten sich Landesschulrat Meyer<sup>4</sup>, Oberschulrat Mühe<sup>5</sup> (deutschnational), Oberschulrat Oberdörffer<sup>6</sup> (Volkspartei) und Oberschulrat Behne an einen Tisch. Schlug nun Behne einen Nationalsozialisten vor, so überstimmten ihn sofort die drei anderen, wenn ihnen der Vorschlag aus irgendeinem Grunde nicht genehm war. So kamen vorwiegend Mitglieder des Philologenvereins, nicht aber des NSLB auf die Liste. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung des Schulleiters Kowallek, er hätte sich eigentlich sagen müssen, dass er Schulleiter würde, da er ja lange Jahre im Vorstand des Philologenvereins gewesen sei. Behne legt nun Witt die Kuhhandelsliste vor. Witt musste nun glauben, dass es sich um die nationalsozialistische Liste handle, fragte aber trotzdem noch einmal nach, ob die Liste so gut sei, und genehmigte dann die Liste, ohne die ihm vorliegende Liste des NSLB zum Vergleich heranzuziehen. Witt ist noch einmal fernmündlich in der Nacht vom 10. zum 11. Juli von der Gauleitung des NSLB auf die Unhaltbarkeit der Schulleiterliste aufmerksam gemacht worden. Es geschah nichts. Wahre Disziplin und der Glaube an die Führerautorität wird untergraben, wenn der Oberschulrat, der, von der nationalsozialistischen Bewegung getragen, in die Behörde berufen wird, sich gegenüber der Reaktion für ohnmächtig erklärt.“<sup>7</sup>

Ein denkwürdiges Dokument. Es war die Undiszipliniertheit und Wut von Hans Rösch, die einen Blick möglich macht, wie hinter den Kulissen der ehemalige Vorsitzende des Hamburger Philologenvereins, Theodor Mühe, seine ehemaligen Vorstandskollegen auf Schulleitungsfunktionen beförderte. Freilich traten diese in der Regel auch zum 1.5.1933 in die NSDAP ein. Der Sprung war nicht übermäßig groß, da sie auch vorher schon zumeist deutsch-national orientiert gewesen waren.

Von Willy Kowallek liegt bedauerlicherweise im Hamburger Staatsarchiv keine Personalakte vor. So kann sein Werdegang nur mit anderen Dokumenten und etwas bruchstückhaft rekonstruiert werden. Wohl aber gibt es einige Daten aus seiner Philologenvereinstätigkeit und zudem seine Einlassungen im Entnazifizierungsverfahren.

Willy Kowallek wurde am 19.2.1890 in Hamburg geboren.<sup>8</sup> In einem späteren Schreiben gab Willy Kowallek an, Theodor Mühe sei sein Lehrer gewesen. Es ist also davon auszugehen, dass Kowallek in Eimsbüttel an der Oberrealschule am Kaiser-Friedrich-Ufer zur Schule ging und dort auch seine Reifeprüfung machte.<sup>9</sup>



Willy Kowallek, 1933

Nach dem von ihm ausgefüllten Fragebogen in seinem Entnazifizierungsverfahren war Willy Kowallek seit dem 1.5.1937 Mitglied der NSDAP, im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) seit dem 7.7.1933 und dort in der Funktion

eines Scharführers. Er gab dazu an, 30.6.1936 dort wieder ausgetreten zu sein. Der NSV gehörte er seit dem 1.10.1935 an. Dem NSLB seit dem 1.10.1936 und dem Reichskolonialbund seit dem 1.1.1938.<sup>10</sup>

Weitere Daten ergeben sich aus den Schriftsätzen, die Willy Kowallek während seines Entnazifizierungsverfahrens einreichte.

Erst einmal ein kurzer Blick auf die Aktivitäten von Willy Kowallek im Hamburger Philologenverein. 1924 war er zum ersten Mal in den Vorstand des Philologenvereins gewählt worden als 1. Schriftführer. Angeregt möglicherweise durch seinen „Mentor“ Theodor Mühe, der gleichzeitig 2. Vorsitzender wurde.<sup>11</sup>

Willy Kowallek blieb in dieser Funktion bis zur Auflösung des Vereins 1935. Auf der Mitgliederversammlung am 27.6.1933 war er erneut zum 1. Schriftführer gewählt worden.<sup>12</sup>

Kowallek, der 1946 erklärte: „Ich habe mich in meinem ganzen Leben niemals für Politik interessiert, noch damit beschäftigt“, war über die Funktion im Hamburger Philologenverein hinaus auch öffentlich politisch aktiv. 1933 kandidierte er im Bereich der Lehrer an höheren Schulen auf einem Spitzenplatz bei der Wahl zu den Beamtenausschüssen.<sup>13</sup> Und einen bizarren Kampf führte Kowallek als Oberlehrer an einer höheren Mädchenschule. Er nahm teil an einer am 23.1.1922 einberufenen Versammlung für männliche Lehrer an höheren Mädchenschulen, die klagten: „Seit Einführung der Selbstverwaltung versuchten die Lehrerinnen der höheren Mädchenschulen den Einfluss der männlichen Lehrer immer mehr zurückzudrängen. Diese sähen ihr Ehrgefühl beeinträchtigt und fühlten sich als Lehrer zweiter Klasse.“<sup>14</sup> Diese Auseinandersetzung wurde mit dem Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Verein (ADLV) geführt, der im Mai 1890 von Helene Lange gegründet worden war und in dem Emmy Beckmann und ihre Schwester Hanna Beckmann eine führende Rolle spielten. Willy Kowallek hatte nicht verhindern können, dass an der Schule, an der er arbeitete, 1926 Emmy Beckmann<sup>15</sup> zur Schulleiterin gewählt wurde. Als diese schon ein Jahr danach als erste Oberschulrätin in die Hamburger Schulverwaltung berufen wurde, wählte das Kollegium ihre Zwillingsschwester zur Schulleiterin. Vorher war die Schule noch in Helene-Lange-Oberrealschule umbenannt worden.

Hanna Beckmann blieb bis 1933 die Schulleiterin von Willy Kowallek.<sup>16</sup>

Der von Willy Kowallek geführte Konflikt eskalierte am 15.12.1925, als er als einer von zwölf Lehrern der Oberrealschule für Mädchen eine Eingabe an die Oberschulbehörde vorlegte. Die Gruppe um Kowallek beklagte, „sie ständen unter einem Minderrecht und hätten im Kollegium keine Gleichberechtigung“.<sup>17</sup>

Der Streit steigerte sich durch eine Verfügung der Oberschulbehörde, „nach der Männer in mittleren und oberen Klassen von Mädchenschulen möglichst nicht

als Klassenlehrer eingesetzt werden sollten“. Uwe Schmidt schrieb, dass im Hintergrund in dieser Frage Theodor Mühe agierte<sup>18</sup> und es ist interessant, dass es Theodor Mühe war, der 1933 nach Beginn der NS-Herrschaft als Oberschulrat für die höheren Schulen berufen wurde und es eine der ersten Entscheidungen der NS-geführten Schulverwaltung war, die Leitung der höheren Mädchenschulen grundsätzlich männlichen Pädagogen zu übertragen. Mit Hinweis darauf schrieb Theodor Mühe am 24.9.1946 einen „Persilschein“ für Willy Kowallek, in dem er dessen Berufung zum Schulleiter der Klosterschule damit begründete: „Da die Schulverwaltung 1933 beschlossen hatte, die Leitung der höheren Mädchenschule grundsätzlich männlichen Pädagogen zu übertragen, kam unter den damals verhältnismäßig wenigen männlichen Lehrkräften, die über eine langjährige Erfahrung in Mädchenbildung verfügten und ihrer charakterlichen und pädagogischen Qualifikation nach für die Leitung einer höheren Schule geeignet erschienen, in erster Linie der mir als dem derzeitigen Personalreferenten und früheren Vorsitzenden des Philologenvereins genau bekannte Dr. Kowallek in Betracht, den ich deshalb – ebenso wie nach und nach die meisten übrigen mir durch die Zusammenarbeit im Vorstand des Philologenvereins als besonders leistungsfähig und für eine leitende Stellung geeignet bekannten Persönlichkeiten – zur Beförderung vorschlug.“<sup>17</sup> Schon fast ein Schmierstück mit langem Vorlauf und die Bestätigung für das, was Hans Rösch aufgedeckt hatte.

Willy Kowallek stand also auf der Schulleiter-Liste des neuen Schulsenators Karl Witt vom 10.7.1933.<sup>18</sup> Für ihn war die Leitung der Klosterschule vorgesehen. Nach der Zusammenlegung der Klosterschule mit der deutschen Oberschule auf dem Lübeckertorfeld zum 1.10.1934, wurde Alfred Kleeberg<sup>19</sup> Schulleiter der gemeinsamen Schule und Willy Kowallek sein Stellvertreter. Am 1.7.1938 beförderte die Landesunterrichtsbehörde Willy Kowallek zum Oberstudienrat.<sup>20</sup>

Kowallek wurde am 12.9.1945 durch Heinrich Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung suspendiert und am 20.11.1945 entlassen.<sup>21</sup>

Aus seinem Einspruch gegen die Entlassung vom 27.6.1946 geht hervor, dass er vermutete, seine militärische Vergangenheit hätte dabei eine Rolle gespielt. Kowallek beschrieb, dass er als Hauptmann der Reserve nach dem Ersten Weltkrieg entlassen worden und wie alle anderen ehemaligen Offiziere listenmäßig erfasst worden war. Als Angehöriger des NSKK hatte er die Aufforderung erhalten, sich „für spätere Übungen zur Verfügung zu stellen und an vorbereitenden theoretischen Kursen, die des Abends stattfinden sollten, teilzunehmen“.<sup>22</sup>

Kowallek sah diese Teilnahme an Abendkursen als „einzig mögliche Gelegenheit, aus dem NSKK herauszukommen. Die Anti-kirchliche und Anti-semitische Ten-

denz der Nazi-Bewegung sei inzwischen immer offensichtlicher geworden, sodass deshalb mein Entschluss, aus dem NSKK auszutreten, damals schon feststand.“<sup>23</sup>

Kowallek beschrieb im Weiteren die Schwierigkeiten, die er hatte, sich aus dem NSKK herauszulösen, weil er damit seine „politische Zuverlässigkeit“ nicht mehr belegen konnte. „Nur derjenige, der selbst einmal versucht hat, aus einer nationalsozialistischen Gliederung als Beamter im öffentlichen Dienst seinen Austritt zu betreiben, kann ermessen, welche Schwierigkeiten ein derartiges Vorhaben darstellt, wenn man seine Beamtenstellung nicht gefährden wollte.“<sup>24</sup>

Als Folge seines Austritts erklärte Kowallek, „dass der Kreisamtsleiter des NSLB den zuständigen Schulwalter beauftragte, über meine politische Gesinnung genaue Ermittlungen anzustellen, da der Verdacht politischer Unzuverlässigkeit vorlag, umso mehr, da ich kein Parteigenosse war.“<sup>25</sup>

Kowallek wurde nach „Ausbruch des Krieges einberufen und fand 1 ¼ Jahr lang bei den ‚rückwärtigen Diensten‘ als Hauptmann bzw. Rittmeister der Reserve Verwendung. Wegen Kreislaufstörungen wurde ich im Juni 1940 ‚garnisondienstfähig‘ geschrieben und deshalb von der Schulverwaltung Hamburg sofort für den Schuldienst angefordert.“<sup>26</sup>

Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen beschäftigte sich am 10.8.1946 mit Willy Kowallek und befand ihn als politisch gering belastet und empfahl eine Milderung des Urteils.<sup>27</sup>

Jetzt legte Kowallek mit einem fünfseitigen Schreiben noch einmal nach. Er erklärte, sich niemals für Politik interessiert zu haben und somit nur aus „sachlich-pädagogischen Gründen“ zum Schulleiter berufen worden zu sein, da er vor seiner Ernennung zum Schulleiter auch niemals einer politischen Partei angehört hatte. Als Zeugen benannte er Prof. Theodor Mühe.<sup>28</sup>

Kowallek erklärte weiter: „Gleich auf der ersten Lehrerkonferenz habe ich dem Kollegium erklärt, dass ich nicht aus politischen Gründen bzw. wegen irgendwelcher Beziehungen zur Partei zum Schulleiter berufen worden sei, sondern aufgrund meiner pädagogischen Erfahrungen sowie wegen meiner Arbeit im Vorstand des Philologenvereins. Die Nationalsozialisten des Kollegiums wurden daraufhin bei der Behörde vorstellig und beschwerten sich über meine Berufung, da ich ihnen als nicht Parteigenosse und unpolitischer Mann der Vorgesetzte wurde. Den aktiven Nationalsozialisten verbot ich jegliche parteipolitische Propaganda während der Unterrichtsstunden. Wegen Nichtbefolgung meines Verbots habe ich über einen nationalsozialistischen ‚alten Kämpfer‘ im Laufe meiner Amtszeit zweimal eine ausführliche schriftliche Beschwerde der Schulverwaltung eingereicht.“<sup>29</sup>

Das ist durchaus denkbar. Ich habe in Band 2 der Täterprofile die beiden NS-Aktivisten Heinrich Hehn<sup>30</sup> und Erwin Gottsleben<sup>31</sup> porträtiert, die an dieser



Kollegium der Klosterschule, Ende 1933, mit Willy Kowallek (1), Heinrich Hehn in Uniform (2) und Erwin Gottsleben, ebenfalls in Uniform (3)

Schule eine nationalsozialistische Zelle gebildet hatten und sicherlich im Konflikt mit Schulleiter Willy Kowallek gestanden haben. Auch die Benennung des älteren und erfahreneren Alfred Kleeberg zum Leiter der zusammengelegten Schule 1934 könnte darauf hindeuten, dass Kowallek bei den Nationalsozialisten umstritten war.

Merkwürdig ist, dass Kowallek explizit erklärte, dem NSLB „aus reiner Opposition deshalb nicht beigetreten zu sein, weil der den ‚Deutschen Philologenverband‘ und damit auch den ‚Hamburger Philologenverein‘ gezwungen hatte, sich aufzulösen.“<sup>32</sup>

Merkwürdig, weil der letzte Vorsitzende des Hamburger Philologenvereins, Karl Züge<sup>33</sup>, im NSLB eine führende Rolle einnahm und Willy Kowallek in seinem Entnazifizierungsfragebogen 1945 angegeben hatte, am 1.10.1936 Mitglied des NSLB geworden zu sein.<sup>34</sup>

Der Parteieintritt erfolgte im Oktober 1937, „zwangsweise auf den 1. Mai 1937 zurückdatiert“, wie Kowallek erklärte und zwar „aufgrund eines Rundschreibens der Schulverwaltung (Oberschulrat Mansfeld) unter dem Druck der Behörde“.<sup>35</sup>

Der Entnazifizierungsausschuss unter Leitung von Clara Klabunde empfahl am 24.1.1947, Kowallek wieder als Studienrat einzustellen. Er begründete dies mit dessen geringer politischer Belastung und insbesondere damit, dass dieser freiwillig aus dem NSKK ausgetreten sei und „eine Reihe von glaubwürdigen Attesten vorliegen, wonach er sein Amt als Schulleiter nicht im nationalsozialistischen Sinne ausgeübt

hat. Er hat auch ein Schreiben der Schulverwaltung aus dem Jahre 1944 vorgelegt, wo seine Gestaltung von Schulfeiern wegen ihrer christlichen und nicht nationalsozialistischen Art beanstandet wird.“<sup>36</sup>

Kowallek hatte sogar davon gesprochen, „wegen der betont religiösen Ausgestaltung einer Entlassungsfeier der Abiturientinnen im März 1944, die sich aus meiner positiven Einstellung zum Christentum und zu unserer Kirche erklärt, erhielt ich von Seiten der Schulverwaltung einen Verweis. Die Feier hatte das Missfallen der Parteivertreter erregt, die sich hinter meinem Rücken bei der Schulverwaltung beschwerten.“<sup>37</sup>

Überprüft man die Angaben, kann man nicht von einem Verweis sprechen, sondern einem relativ moderat formulierten Schreiben des damaligen Leiters der Schulverwaltung, Prof. Ernst Schrewe, der schrieb:

„In der Beiratssitzung des Schulverwaltung wurde mir das anliegende Programm der Entlassungsfeier ihrer Schule übergeben. Die Beiratsmitglieder äußerten sich kritisch zu der Programmgestaltung. Ich halte diese Kritik nicht für ganz unberechtigt und bin der Meinung, dass sich in der Liedauswahl eine geeignetere Zusammenstellung hätte finden lassen. Ich nehme an, dass unser heutiges Liedgut in dem musikalischen Unterricht der Klosterschule auch einen Platz hat. Das sollte bei repräsentativen Feiern zum Ausdruck gebracht werden. In der Zusammenarbeit mit der Hitler-Jugend und der Partei müsste sich sicher eine ansprechendere Form finden lassen, als sie nach dem vorliegenden Programm gefunden worden ist. Ich würde mich freuen, wenn spätere Feiern seitens der Parteivertreter eine bessere Würdigung fänden als die am 25. März durchgeführte.“<sup>38</sup>

Das Programm lag bei und die musikalische Begleitung sah so aus:

„1. Lobe den Herrn den mächtigen König der Ehren. 2. Chor: Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre (Beethoven). 5. Einzelgesang: Herr Deine Güte reicht soweit (Beethoven). 6. Ave verum (Schubert). 9. Kein schöner Land in dieser Zeit.“<sup>39</sup>

Willy Kowallek hatte behauptet, er sei gemäßregelt worden. Ob es eine gute Idee war oder eine Provokation vor dem Punkt 10. „Ansprache des Vertreters der Partei“ das Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit“ singen zu lassen, Ende März 1944, als Hamburg zu einem erheblichen Ausmaß in Schutt und Asche lag, darüber kann man diskutieren. Ein heroischer antinationalsozialistischer Beitrag war es aus meiner Sicht nicht und die Reaktion des Leiters der Schulverwaltung fiel vergleichsweise harmlos aus.

Willy Kowallek wurde jedenfalls am 14.2.1947 wieder als Beamter in den höheren Schuldienst eingestellt und zwar als Studienrat.<sup>40</sup>

Im Weiteren ging es dann um die Frage, ob Kowallek wieder als Oberstudienrat beschäftigt und besoldet werden könnte. Oberschulrat Heinrich Schröder

hatte sich mit der Frage an Kurt Zeidler gewandt, wie in solchen Fällen prinzipiell zu verfahren sei, da die Entscheidung in einem Fall immer Präzedenzcharakter haben würde.<sup>41</sup>

Und Kurt Zeidler, der 2. Vorsitzender des Fachausschusses in den Entnazifizierungsverfahren war, erklärte:

„Der Fachausschuss steht konsequent auf dem Standpunkt, dass Hamburgische Lehrkräfte, die vor 1937 der NSDAP beigetreten sind und damit, wie man auch sonst über ihre Haltung und persönliche Eignung als Persönlichkeiten in leitender Stelle denken mag, doch einen hohen Grad von Anfälligkeit gegenüber nationalsozialistisch-militaristischen Tendenzen gezeigt haben, in leitenden Stellungen nicht verwendet werden können. Es wäre verhängnisvoll, wenn der Fachausschuss bzw. die Berufungsausschüsse von dieser Leitlinie abweichen wollten. Das Ende der dann mit allen Mitteln betriebenen Berufungsverfahren wäre nicht abzusehen.“<sup>42</sup>

Im Fall Kowallek, der erst 1937 der NSDAP beigetreten war, hatte Zeidler keine Bedenken, diesen wieder als Oberstudienrat einzusetzen, „sofern nicht noch politisch ihn belastende Tatsachen bekannt werden“.<sup>43</sup>

So entschied dann auch der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll am 5.11.1949. Kowallek wurde „als Oberstudienrat unter Einstufung in die Kategorie V bestätigt“.<sup>44</sup>

Willy Kowallek wurde am 1.4.1952 pensioniert.<sup>45</sup> Er starb am 24.1.1956.<sup>46</sup>

## Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografie Hans Rösch, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 768 ff.
- 2 Siehe die Biografie Karl Witt, in: de Lorent 2016, S. 88 ff.
- 3 Siehe die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457 ff.
- 4 Siehe die Biografie Wolfgang Meyer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 150 ff.
- 5 Siehe die Biografie Theodor Mühe, in: de Lorent 2016, S. 371 ff.
- 6 Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: de Lorent 2016, S. 528 ff.
- 7 Personalakte Hans Rösch, StAHH, 361-3\_A 1399, Bd. 2. Siehe dazu auch die Biografie Hans Rösch, a. a. O.
- 8 Entnazifizierung Willy Kowallek, StAHH, 221-11\_Ed 16125
- 9 Schreiben vom 18.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute. Hamburg 1999, S. 164.
- 12 Schmidt 1999, S. 320.
- 13 Schmidt 1999, S. 352.
- 14 Schmidt 1999, S. 206 f.



- 15 Karen Hagemann: Emmy Beckmann: Hamburgs erste Oberschulrätin, in: Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich (Hg.): Der Traum von der Freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 342 ff.
- 16 Siehe dazu die Darstellung in: Schmidt 1999, S. 200 ff.
- 17 Schmidt 1999, S. 208.
- 18 Ebd.
- 19 Abgedruckt in de Lorent 2016, S. 32.
- 20 Siehe die Biografie Alfred Kleeberg in diesem Band.
- 21 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 27.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Beratender Ausschuss vom 10.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Erklärung vom 18.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Siehe die Biografie Heinrich Hehn, in: de Lorent 2017, S. 359 ff.
- 32 Siehe die Biografie Erwin Gottsleben, in: de Lorent 2017 S. 369 ff.
- 33 Erklärung vom 18.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Siehe die Biografie Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385 ff.
- 35 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Erklärung vom 18.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Schreiben vom 2.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Schreiben von Professor Ernst Schrewe vom 14.4.1944, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Entlassungsfeier am 25.3.1944, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Empfehlung des Entnazifizierungsausschusses vom 24.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Schreiben vom 10.10.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Erklärung vom 11.10.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Ebd.
- 44 Berufungsausschuss 17 vom 5.11.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Hamburgisches Lehrerverzeichnis Jahrgang 1953/54, herausgegeben vom Verlag der Gesellschaft der Freunde, S. 54.
- 46 Nach Auskunft des Staatsarchivs laut Sterberegister.

## Wilhelm Bartels

**„Die Beförderung zum Oberstudiendirektor erfolgte nicht aufgrund einer besonderen wissenschaftlichen und pädagogischen Befähigung, sondern ausschließlich aufgrund seiner parteipolitischen Haltung und seines Amtes im NSLB.“**

Zur Gruppe der Schulleiter an höheren Schulen, die ihre Berufung dem frühen Eintritt in die NSDAP zum 1.5.1933 verdankten und ihrer Tätigkeit als Funktionäre im NSLB, hier als Kreisamtsleiter, gehörte Wilhelm Bartels. Andererseits hatte er einen langen Bildungsweg absolviert, über das Lehrerseminar, den Volksschullehrerdienst, das Abitur als Externer, ein anschließendes Studium. Als Student gehörte er der Deutschen Burschenschaft an. Zudem zählte er, im Jahre 1900 geboren, auch zum Kreis derer, die bei all ihrer formalen Qualifikation lange um die Sicherung ihrer materiellen Existenz kämpfen mussten. Und als er Karriere machte, am 25.9.1939 Oberstudiendirektor wurde, zog er schon 14 Tage später in den Krieg, in dem er zum Oberleutnant befördert wurde, aus dem er erst nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft 1950 zurückkehrte.

Wilhelm Bartels wurde am 4.5.1900 in Mackensen als Sohn eines Landwirtes geboren. Er besuchte die Volksschule in Mackensen und die Mittelschule in Einbeck, danach in Einbeck auch das Lehrerseminar. Die erste Prüfung legte er 1920 ab. Anschließend bestand er als Externer im Herbst 1923 am Domgymnasium in Schleswig das Abitur. Im Reifezeugnis bescheinigte man ihm in allen Fächern seine Leistungen mit der Note „gut“, lediglich in Deutsch und Geschichte erhielt er ein „genügend“. Erstaunlicherweise waren genau diese beiden Fächer seine Studienfächer an der Universität Göttingen von 1926 bis 1930.<sup>1</sup>

Wilhelm Bartels hatte das Glück, als 1900 Geborener nur für kurze Zeit das Lehrerseminar unterbrechen zu müssen, nämlich vom 21.6. bis zum 23.12.1918, als er zum Kriegsdienst herangezogen wurde. Seine konservative Grundhaltung wurde deutlich durch seine studentische Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft.<sup>2</sup>

Vor dem Studium und während des Studiums sicherte sich Wilhelm Bartels seine materielle Existenz als Volksschullehrer und 1926 als Lehrer an der privaten Knabenschule J. Borbis.<sup>3</sup> Zu dieser Zeit war dort auch Albert Henze als Lehrer tätig, der während des Nationalsozialismus eine führende Stellung in der Schulverwaltung einnahm. Das sollte für die spätere Karriere von Wilhelm Bartels noch von Bedeutung sein.

Nach dem Studium absolvierte Bartels seinen Vorbereitungsdienst am Realgymnasium des Johanneums, wo er auch das Assessor-Examen ablegte. Danach fand er ein Jahr lang keine Anstellung, erst ab dem 6.4.1933 wurde er an der pri-

vaten Wichernschule beschäftigt. Zum 11.10.1937 bekam er eine Stelle an einer öffentlichen Oberrealschule, in Altona, wo sich Oberschulrat Hermann Saß und Schulrat Paul Dittmer, zwei fanatische Nationalsozialisten, für ihn einsetzten.<sup>4</sup>

Schon ein halbes Jahr später wurde Bartels an die Matthias-Claudius-Schule versetzt, um dann, am 25.9.1939 zum Schulleiter und Oberstudiendirektor des Realgymnasiums des Johanneums ernannt zu werden, nach dem der bisherige Schulleiter, Friedrich Dieckow, verstorben war. Tatsächlich wurde Bartels dann der Kirchenpauer-Oberschule als Leiter zugeordnet.<sup>5</sup> Eine Zeit der ständigen Personalrochaden. Dieser Karriereschritt nach nur zwei Jahren Tätigkeit an einer höheren Schule im öffentlichen Dienst wäre sicherlich nicht möglich gewesen, wenn sich Wilhelm Bartels nicht als nationalsozialistischer Aktivist gezeigt hätte, durch seine Mitgliedschaft in der NSDAP zum 1.5.1933 und seine Arbeit als Kreisamtsleiter im NSLB.<sup>6</sup>

Zu den Kuriositäten der Bildungs- und Berufsbiografie des Wilhelm Bartels gehörte es, dass er schon am 11.10.1939 als Gefreiter in den Kriegsdienst zog. Sein Beförderungssprung dort war ebenfalls bemerkenswert. 1944 war er Oberleutnant.<sup>7</sup> In seinem Entnazifizierungsfragebogen sind alle Stationen seines Kriegsdienstes aufgeführt: 1940/41 Belgien, danach in Russland, seit dem 20.2.1944 bis Ende Oktober 1944 in Griechenland und danach wurde Wilhelm Bartels in Jugoslawien gefangen genommen.<sup>8</sup>

Am 4.11.1947 teilte seine Frau Elisabeth Bartels der Schulbehörde mit, ihr Mann befinde sich in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft.<sup>9</sup>

Am 18.10.1950 kam Wilhelm Bartels aus der Gefangenschaft nach Hamburg zurück und füllte am 30.10.1950 seinen Fragebogen zur Entnazifizierung aus, in dem er unter dem Punkt „Verurteilungen“, der eigentlich für Verurteilungen durch die Nationalsozialisten gedacht war, vermerkte:

„Am 28.10.1949 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft aufgrund gewalttätig erzwungener Geständnisse zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.“<sup>10</sup>

Man kann davon ausgehen, dass die lange Kriegsgefangenschaft von Wilhelm Bartels und die Tatsache, dass die Familie in Hamburg 1943 „ausgebombt“ worden war, sodass seine Frau Elisabeth mit den beiden 1941 und 1943 geborenen Söhnen in Bad Berka wohnte, zu einem milden Entnazifizierungsverfahren führte, weil die Ausschüsse es in der Regel als eine Art „verbüßte Sühne“ werteten, wenn jemand längere Zeit in Kriegsgefangenschaft verbracht hatte. Überraschend ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben von Oberschulrat Heinrich Schröder, der schon vor Rückkehr von Wilhelm Bartels an das Wohnungsamt, Abteilung Rückkehr, geschrieben hatte:

„Die Schulbehörde bittet dringend, Frau B. mit ihren Kindern die Rückkehrgenehmigung zu erteilen und ihr den notwendigen Wohnraum zuzuweisen. Die

Wohnraumzuteilung liegt ebenfalls im dienstlichen Interesse, da Oberstudiendirektor Bartels nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft seine unterrichtliche Tätigkeit sogleich aufnehmen wird. Frau Bartels war gezwungen, Berka zu verlassen, da ihre wirtschaftliche Existenz nicht mehr gesichert war. Frau Bartels bezieht gemäß Verordnung des Senats der Hansestadt Hamburg vom 16.4.1948 die halben Dienstbezüge ihres Ehemannes und volles Kindergeld für zwei Kinder.“<sup>11</sup>

In Bartels Personalakte liegt ein handschriftliches Blatt, auf dem Elisabeth Bartels vermerkt hatte:

„Mein Mann befindet sich in jugoslawischer Gefangenschaft, wo es ihm sonst gut geht, er jedoch nur selten schreiben darf. Seine Anschrift: Kriegsgefangener Wilhelm Bartels, Gefangenen-Nr. 24 00 49, Lager 227, Zrenjanin/Banat, Jugoslawien.“<sup>12</sup>

Noch in Bad Berka hatte Elisabeth Bartels am 10.10.1948 für die Personalabteilung der Hamburger Schulbehörde ein Formblatt ausgefüllt, mit der sie Vorschüsse auf die Dienstbezüge beantragte und sowohl für ihren Mann als auch für sich Ausführungen machte. Dabei gab sie an, dass Wilhelm Bartels in die NSDAP nach der Machtübernahme 1933 eingetreten war, sie selbst aber schon 1932. Dazu vermerkte sie, dass sie 1937 austreten wollte, der Austritt aber abgelehnt worden war.“<sup>13</sup>

Am 31.10.1950 wurde Oberschulrat Schröder noch einmal beim Bezirkswohnungsamt Altona tätig. Er schrieb:

„Herr Bartels bewohnt mit seiner Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von acht und zehn Jahren, ein 10 m<sup>2</sup> großes Zimmer in der Missundestraße 48 III. Es liegt ebenso sehr im dienstlichen wie im persönlichen Interesse, Herrn Bartels eine Dreizimmerwohnung zuzuweisen, damit B. den Anforderungen, die die wissenschaftliche Oberschule an eine Lehrkraft stellt, durch ungestörtes Arbeiten bei den Vorbereitungen für den Unterricht und den laufenden Korrekturarbeiten voll nachkommen kann.“<sup>14</sup>

Wilhelm Bartels, dem offenbar eine Erholungszeit in Kampen auf Sylt gewährt worden war, nutzte die Zeit und schrieb an OSR Heinrich Schröder:

„Ich bitte Sie ergebenst, mir zu gestatten, dass ich Ihnen mit wenigen Zeilen aus meinem Erholungsaufenthalt auf Sylt schriftlich meine politische und schulpolitische Einstellung darstelle, die, als ich Sie das letzte Mal aufsuchte, bei der Besprechung meines Fragebogens mit berührt wurden. Sehr unbefriedigt von dem Ergebnis unserer Besprechung ging ich damals von Ihnen fort. Es gelang mir nicht in der Eile, Ihnen meine Einstellung zu formulieren, es fehlte mir infolge der vielen Wege, Sorgen und neuen Eindrücke, die ein Heimkehrer naturgemäß in der ersten Zeit hat, an Ruhe und Sammlung, so dass ich bei Ihnen einen ungünstigen Eindruck vermutlich hinterließ.“<sup>15</sup>

Sicherlich lag es aber auch daran, dass Heinrich Schröder überrascht war über die tiefe Verstrickung von Wilhelm Bartels in die nationalsozialistischen Organisationen. NSDAP-Mitglieder vom 1.5.1933 und Kreisamtsleiter des NSLB waren 1945 grundsätzlich entlassen worden. Nun waren aber fünf Jahre vergangen, mancher von denen nach einem längeren Entnazifizierungsverfahren wieder im Dienst, zwar nicht als Schulleiter, aber doch als Lehrer. Und Bartels konnte auf fünf Jahre Kriegsgefangenschaft verweisen. Er schrieb weiter:

„Was meine politische Haltung betrifft, wiederhole ich die Ausführungen, die ich in der Gefangenschaft in einer besonderen Vernehmung zu meiner politischen und weltanschaulichen Entwicklung vor dem leitenden Staatsanwalt unserer Prozesse darlegte. Ich wurde in einem streng geführten Bauernhause erzogen, so sind christliche und aufrichtige soziale Gesinnung stets die Grundlagen meiner weltanschaulichen und politischen Anschauung gewesen. Ich studierte Deutsch, Geschichte, Theologie, Philosophie und Pädagogik, um Klarheit zu bekommen über die geisteswissenschaftliche Situation, in der ich mich zu entscheiden hatte, und frei zu werden von dem Zweifel des gequälten Gewissens. Auch nach 1933, als ich Mitglied der NSDAP wurde, hat sich an meiner christlichen und sozialpolitischen Haltung nichts geändert, sie blieb die Grundlage meiner unterrichtlichen Tätigkeit, wie auch der schulpolitischen Arbeit im NSLB, stets kritisch gegen alle Maßlosigkeit auf innen- und außenpolitischem Gebiet, die in die Katastrophe und das namenlose Elend hineinführten.“<sup>16</sup>

Auch das dürfte den Sozialdemokraten Heinrich Schröder, der ebenfalls Geschichte studiert hatte, aber zu ganz anderen Schlussfolgerungen gekommen war, kaum überzeugen haben.

Bartels weiter: „Meine schulpolitische Überzeugung, die ich Ihnen offenbar darlege, ohne die augenblickliche pädagogische Situation vor allem auch des Hamburger Schulwesens zu kennen, ist das Resultat meines Bildungsganges, den ich bereits skizzierte, und meine Erfahrungen, Überlegungen und Besinnung in der Gefangenschaft, wo ich vorwiegend auf theologischem Gebiet in Arbeitsgemeinschaften unter Führung von wissenschaftlich gut durchgebildeten Theologen meine Kenntnisse vertiefen konnte. Christentum, Antike, Deutschtum, daneben das übrige Volkstum des Abendlandes – sie sind die Werte, den künftigen deutschen Menschen zu formen. Christlicher Humanismus, so möchte ich das neue Bildungsziel, das mir vorschwebt, benennen – er vermag der künftigen Erziehung eine feste Grundlage, den geistes- wie naturwissenschaftlichen Fächern die Möglichkeit der Konzentration und zuletzt der Oberschule nach dem mannigfachen Wechsel der Programme wieder ein geistiges Gesicht zu geben. Dieses christlich-humanistische Bildungsziel bedeutet eine Absage an das der Bestimmungen von 1925, das sich fast ausschließlich auf das

Gedankengut des deutschen Idealismus aufbaute. Wie groß ist abgesehen von der Antike, die Spannungsmächtigkeit allein der deutschen Seele: Edda, Nibelungenlied, Wolfram, Luther, Friedrich der Große, Kant, Schiller, Goethe, Hegel, Bismarck, Wagner, Nietzsche u. a. – eine zickzackhafte Linie bei allem Reichtum. Wollen wir die Jugend bewahren vor dem Quälenden und Lähmenden einer mit solcher Spannung erfüllten geistigen Welt, so ist es nur möglich durch die Rettung der Bildungseinheit im Religiösen. Und die Begeisterung, durch die der Geschichtsunterricht erzieherisch wirkt, wird in Zukunft, nachdem der patriotische Gedanke und alle ‚Mythen‘ dahingegangen sind, nur noch aus sehr tiefen Gründen des Pneumatischen kommen können. Eine philosophische Unterrichtsführung der früheren ‚deutschen Bildung‘ hat nur noch relative Bedeutung in Hinsicht auf die durchzuführende Einheit des Bildungswertes, der Idealismus transzendentaler und metaphysischer Prägung kann aber nicht das Letzte sein. Er hat lebenszerstörerische Folgen, wie wir es vor 1933 und auch ganz besonders danach erlebt haben, wenn das Bildungsideal nicht einmündet in eine geschichtstheologische Ausschau nach Sinn und Ziel des Lebens. Nur so wird man allen Mythen, dem Verfallensein an geschichtliche Gestalten und Bilder mit Erfolg entgegenwirken; denn im Wesen des ‚Mythus‘, wie wir wissen, liegt es, dass er den Blick umnebelt, an Vergangenes bindet, den Willen zum Neuen lähmt, die persönliche Freiheit hemmt. Der Mythus ist vielköpfig und trennend, diesem gegenüber bekennt sich der theologisch ausgerichtete Erziehungswille zum Herrn der Geschichte in seinem ‚Wort‘, in dessen Geiste eine Konzentration, eine Sammlung und Einheit des gesamten kulturellen Lebens möglich ist.“<sup>17</sup>

Ich bin mir nicht sicher, ob OSR Schröder danach schlauer war, mit wem er es hier zu tun hatte. Er schrieb jedenfalls am 14.12.1950 an den Leitenden Ausschuss beim Staatskommissar für die Entnazifizierung, dass gegen Wilhelm Bartels ein Entnazifizierungsverfahren einzuleiten sei. Er verwies darauf, dass Bartels erst aus jugoslawischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sei, „nachdem das Entnazifizierungsverfahren bereits durch das Gesetz vom 10. Mai 1950 zum Abschluss gebracht war“.<sup>18</sup>

Und er verwies darauf, dass Bartels bereits 1933 in die NSDAP eingetreten war und von 1937 an das Amt eines Kreisamtsleiters im NSLB bekleidete: „Im Jahre 1939 wurde Bartels zum Oberstudiendirektor befördert und zum Leiter der Kirchenpauerschule ernannt. Diese Beförderung erfolgte nicht aufgrund einer besonderen wissenschaftlichen und pädagogischen Befähigung, sondern ausschließlich aufgrund seiner parteipolitischen Haltung und seines Amtes im NSLB.“<sup>19</sup>

Heinrich Schröder war durch die philosophischen Ausführungen von Wilhelm Bartels nicht aus der Spur gebracht worden, dass bestimmte Fakten Grundlage für das Entnazifizierungsverfahren waren. Und dazu zählte:

„Alle Lehrkräfte, die 1933 in die NSDAP eingetreten waren und dann von der nationalsozialistischen Schulbehörde zur Oberstudiendirektoren ernannt worden sind, sind ohne Ausnahme im Wege des Entnazifizierungsverfahrens zu Studienräten herabgestuft worden oder in den Ruhestand versetzt worden, weil es politisch nicht zu verantworten war, diesen Lehrkräften die Leitung einer Schule im demokratischen Staat anzuvertrauen.“<sup>20</sup>

Heinrich Schröder stellte nach Abschluss der Entnazifizierungen noch einmal fest, auf welcher Grundlage diese zumindest in dem Bereich erfolgten, für den er in der Schulbehörde zuständig war:

„Wenn nun Bartels als ausgesprochener Partei-Oberstudiendirektor ohne eine besondere fachliche Qualifikation Oberstudiendirektor bliebe, nur, weil er erst nach der Beendigung des Entnazifizierungsverfahrens zurückgekehrt ist – im bisherigen normalen Entnazifizierungsverfahren wäre er bestimmt zum Studienrat herabgestuft worden –, so würde das eine unberechtigte Bevorzugung gegenüber den übrigen herabgestuften früheren Schulleitern sein und würde von der Lehrerschaft nicht verstanden und als ungerecht empfunden. Dazu kommt, dass das Amt eines Leiters einer Wissenschaftlichen Oberschule, dem die politische Erziehung der Schülerschaft als eine der wichtigsten Aufgaben übertragen ist, von so großer politischer Bedeutung ist, dass eine Besetzung durch einen ehemaligen Funktionär der NSDAP, der seine Beförderung ausschließlich seiner nationalsozialistischen Haltung zu verdanken hatte, schlechterdings nicht tragbar ist. Der Leitende Ausschuss hat noch vor kurzem mehrere Anträge von ehemaligen Oberstudiendirektoren, die 1933 Mitglied der NSDAP wurden, und die von der Schulbehörde in der Nazizeit zu Oberstudiendirektoren befördert worden sind, auf Wiedereinstellung in ihr Amt abgelehnt.“<sup>21</sup>

Damit war eine deutliche Spur gelegt, an der auch das Schreiben von Wilhelm Bartels nach dem persönlichen Besuch bei OSR Schröder, den er als wenig erfolgreich ansah, nichts geändert hatte. Der Leitende Ausschuss kam am 22.12.1950 zusammen und schloss sich der Position, die OSR Schröder ausgeführt hatte, an, mit der Akzeptanz, Bartels als Lehrer wieder einzustellen, nicht aber als Oberstudiendirektor oder Schulleiter.<sup>22</sup>

Wilhelm Bartels wurde sehr kurzfristig, zum 1.1.1951 wieder eingestellt und der Bismarck-Schule zugewiesen. Da die Entnazifizierung abgeschlossen war, musste der Hamburger Senat über die Einleitung eines Entnazifizierungsverfahrens für einen „Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft“ explizit entscheiden. Dies tat er am 20.1.1951 in seiner Senatssitzung, mit dem Ergebnis, ein solches Verfahren durchzuführen.<sup>23</sup>

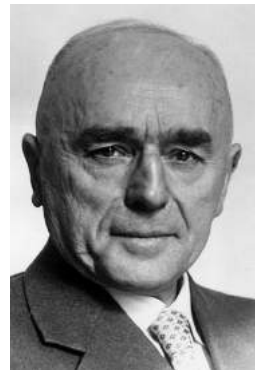
Es wurde noch einmal ein Fachausschuss zusammengestellt, der am 6.2.1951

tagte und beschloss, Bartels in Kategorie III einzustufen und ihn als Studienrat mit einer abgestuften Besoldung weiterzubeschäftigen.<sup>24</sup>

Dagegen legte Bartels am 27.3.1951 Widerspruch ein. Er verwies darauf, dass andere Oberstudiendirektoren, „die ältere Mitglieder der NSDAP und ausgesprochene Aktivisten waren und schon vor 1933 leitende Posten in der Parteileitung innehatten, in Kategorie IV eingestuft worden waren“.<sup>25</sup>

Damit hatte Wilhelm Bartels Recht, weil nicht in allen Entnazifizierungsverfahren dieselben Maßstäbe angelegt wurden. Und jetzt begann auch Bartels, seine politischen Tätigkeiten herunterzuspielen:

„Als ich dann am 1.5.1933 Mitglied der NSDAP wurde, vorwiegend auf Grund eines besonderen Hinweises meines damaligen Direktors im Interesse seiner Privatschule, und ich nach der Machtübernahme als Beamter gezwungen war, mich irgendwo politisch zu betätigen, übernahm ich das Amt eines Blockwalters in dem neu gegründeten Lehrerbund, der dann später der Parteiorganisation als angeschlossener Verband eingefügt wurde. Zur Bestätigung dessen, dass ich auch damals nicht in erster Linie parteipolitisches Interesse hatte, weise ich noch darauf hin, dass ich trotz wiederholter Aufforderung, die an mich erging, weder in einen militärischen Verband der Partei, der SA und SS, noch in die Parteiorganisation als politischer Leiter eingetreten bin. Wenn ich dann 1937 Kreisamtsleiter im Lehrerbund wurde, so war diese Ernennung erfolgt aufgrund allgemeinen menschlichen Vertrauens, das man mir schenkte, und nicht die Folge von propagandistischer Einstellung und Betätigung oder Sympathisierung mit maßlosen und extremen Anschauungen.“<sup>26</sup>



Wilhelm Bartels, 1957

Bartels bestritt nicht, „dass auch meine Ernennung zum Oberstudiendirektor auf dem damals für höhere Dienststellen üblichen Wege, auf Vorschlag der Partei erfolgt ist. Aber man dürfte mir doch nur in dem Falle den Vorwurf der Nutznießerschaft machen, wenn meine Beförderung unberechtigterweise im Sinne mangelnder Vorbildung und Leistung erfolgt wäre“. Er verwies darauf, vor seinem Studium schon eine seminaristische Ausbildung und Praxis als Volksschullehrer gehabt zu haben.<sup>27</sup>

Der Berufungsausschuss, der am 18.4.1951 tagte, änderte nichts daran, Bartels als Studienrat weiter arbeiten zu lassen, stufte ihn aber in Kategorie IV ein, was eine Gleichstellung mit ähnlichen Fällen bedeutete.<sup>28</sup>

Wilhelm Bartels stellte dann einen „Antrag auf Beseitigung unbilliger Härten“ und wies auf ein Problem hin, was allerdings Resultat der nationalsozialistischen Herrschaft und des von dem NS-Regime angezettelten Krieges gewesen ist:



„Zum Schluss weise ich noch auf meine wirtschaftliche Lage hin, die sich nach meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft besonders schwierig gestaltet. 1943 wurde ich totalbombengeschädigt, meine Familie lebte bis Ende 1949 in der Ostzone und kam vollkommen abgerissen und mittellos hier in Hamburg an. Meinen Hausstand muss ich deswegen von Grund auf neu aufbauen. Darüber hinaus erfordert die Anschaffung von Garderobe und notwendigen wissenschaftlichen Werken in meinem Beruf erhöhte finanzielle Mittel.“<sup>29</sup>

Nachdem OSR Heinrich Schröder gestorben war, nahm Wilhelm Bartels sich Rechtsanwalt Willi Goldberg zur Hilfe, der in mehreren Entnazifizierungsverfahren tätig gewesen war. Es war schon perfide, den ehrbaren Heinrich Schröder nunmehr diskreditieren zu wollen:

„Oberschulrat Schröder hat seinerzeit in einer Stellungnahme erklärt, dass die schnelle Beförderung des Antragstellers lediglich auf seine Zugehörigkeit zur Partei und Tätigkeit in dieser zurückzuführen sei und dass insbesondere eine fachliche Eignung nicht vorgelegen habe. Wie Oberschulrat Schröder, der inzwischen verstorben ist, zu diesen Feststellungen gelangt ist, ist aus seiner Stellungnahme nicht ersichtlich. Die Personalakten ergeben ebenfalls keinen Anhaltspunkt.“<sup>30</sup>

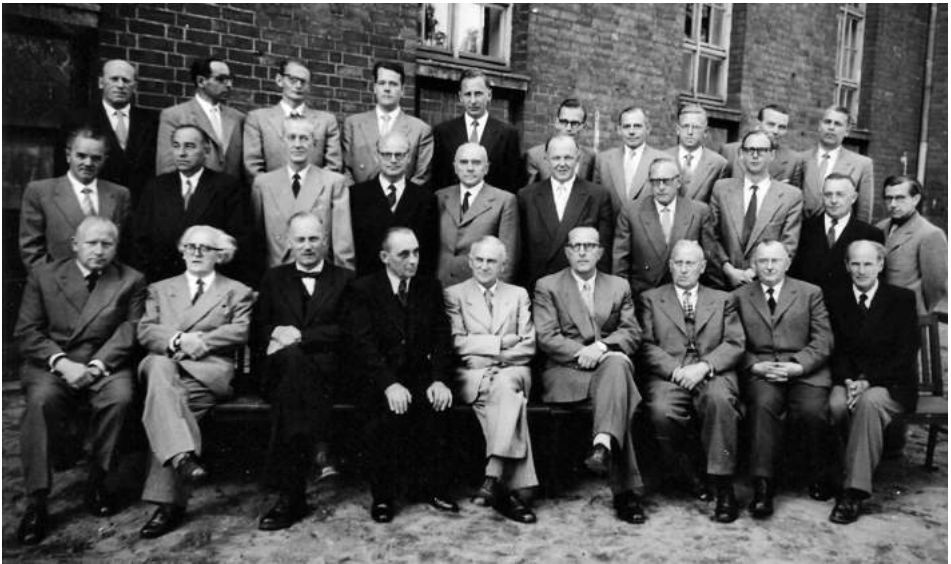
Dabei war es eigentlich ganz einfach: Wenn jemand nach zweijähriger Tätigkeit als Studienrat im öffentlichen Dienst zum Oberstudiendirektor befördert wurde, kann es kaum aufgrund seiner pädagogischen Kompetenzen und seiner Leitungserfahrungen gewesen sein. Das relativiert überhaupt nicht, dass Wilhelm Bartels durch seine lange Ausbildung in zwei Schulformen möglicherweise über eine gute Lehrerkompetenz verfügte.

Das Ansinnen von Rechtsanwalt Goldberg war nicht erfolgreich. Bartels wurde zwar in Kategorie V eingestuft gemäß § 6 des Gesetzes zum Abschluss der Entnazifizierung vom 10.5.1950, aber das änderte am Status von Wilhelm Bartels erst einmal nichts.<sup>30</sup>

Am 7.10.1952 suchte Bartels den für den gymnasialen Bereich nun verantwortlichen Oberschulrat Hans Reimers auf, der ein Ergebnisprotokoll von dem Gespräch anfertigte, in dem es hieß:

„Die Stellungnahme der Schulbehörde wird zum Ausdruck bringen, dass die Voraussetzungen nach den Laufbahnbestimmungen für die Beauftragung mit einer Schulleitung vor dem Kriege erfüllt gewesen sind, dass aber die Verbindung mit der NSDAP bei seiner Ernennung eine wesentliche Rolle gespielt habe.“<sup>31</sup>

Wilhelm Bartels hatte beantragt, als Oberstudiendirektor an der Kirchenpauer-Schule eingesetzt zu werden. Reimers vermerkte dazu, dass dafür eine andere Personalentscheidung getroffen worden sei. Das Personalamt teilte Bartels am 6.11.1952 mit, dass er nicht wieder als Oberstudiendirektor eingesetzt werden würde.<sup>32</sup>



Bismarck-Schule-Kollegium in den 1950er Jahren; Wilhelm Bartels steht in der 2. Reihe als Fünfter v.l. In der 2. Reihe ganz links steht der stellvertretende Schulleiter Paul Löden, ehemals aktiver SA-Mann und Nationalsozialist; in der oberen Reihe, 3. v.l. der ehemalige HJ-Funktionär Hans-Hermann Langhein, auch in diesem Band porträtiert.

Wilhelm Bartels arbeitete die ganze Zeit an der Bismarck-Schule. Er führte nun seit dem 2.10.1952 einen Rechtsstreit „um Wiederherstellung alter Beamtenrechte und um das Oberstudiendirektorengelt“. In der Schulbehörde wurde jetzt überprüft, was ehemalige Oberschulräte aus der NS-Zeit zu der Angelegenheit zu sagen hatten. Hans Reimers befragte den ehemaligen Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer, der „zur Zeit der Beförderung von Wilhelm Bartels Personalreferent der Schulbehörde“ für diesen Bereich gewesen war: „Soweit festgestellt werden konnte, liegen keine Parallelfälle vor, in denen bereits nach kurzer Dienstzeit als Studienrat im staatlichen Schuldienst Beförderungen zum Oberstudiendirektor ausgesprochen worden sind. Alle zwischen 1933 und 1945 ausgesprochenen Beförderungen zum Oberstudiendirektor betrafen Lehrkräfte, die wesentlich länger im staatlichen Schuldienst tätig gewesen waren. – Die Tatsache, dass eine Beförderung im Alter von 39 Jahren zum Oberstudiendirektor ausgesprochen wurde, ist an sich allerdings nicht ungewöhnlich.“<sup>33</sup>

In dem Verfahren wurde dann deutlich, wer eigentlich der Initiator für die Ernennung von Wilhelm Bartels für die Oberstudiendirektoren-Position gewesen war. Es war offenbar Albert Henze, der im Hamburger Schulwesen während der NS-Zeit eine sehr fragwürdige Rolle gespielt hatte. Vor dem Verwaltungsgericht hatte er sich geäußert:

„Studienrat Henze erklärte als Zeuge, dass er zu der damaligen Zeit Leiter der Gauführerschule in Hamburg gewesen sei. Diese sei der Schulbehörde angegliedert gewesen. Ihm sei der Kläger aus der Zeit von 1928, in der beide an einer Privatschule unterrichtet hätten, als ein aufrechter und ordentlicher Lehrer bekannt. Deshalb habe er auch, als die Stelle eines Oberstudiendirektors am Kirchenpauer-Gymnasium zu besetzen war, an den Kläger gedacht. Er habe dem Reichsstatthalter eine Liste für die Besetzung dieser Stelle eingereicht. Auf dieser Liste habe auch Bartels gestanden. Während die anderen Bewerber zum großen Teil alte Kämpfer gewesen seien, sei der Kläger nur Mitglied der Partei seit Mai 1933 gewesen. Ihm sei auch bekannt, dass der Kläger es stets abgelehnt hat, den Wünschen der Partei zu folgen und aus der Kirche auszutreten. Da der Gauleiter diesem Punkt keine Bedeutung beimaß, es aber sein Bestreben war, die Schulleiterstellen mit an Jahren jungen Lehrern zu besetzen, habe er Bartels namhaft gemacht.“<sup>34</sup>

So halfen sich alte Kameraden in den Jahren nach der NS-Zeit. Albert Henze war einer der übelsten Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen gewesen und es gelang ihm niemals, wieder in den Hamburger Öffentlichen Dienst zu kommen. Er hatte in Schleswig-Holstein an der Oberschule zum Dom in Lübeck über Seilschaften eine Studienratsstelle als Angestellter erlangen können und war selbst frustriert darüber, nicht wieder auf die Karriereleiter gelangt zu sein.<sup>35</sup>

Der ehemalige Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer<sup>36</sup>, der nach 1945 durchaus bereit war, für viele aus meiner Sicht sehr belastete ehemalige Nationalsozialisten Leumundszeugnis auszustellen, blieb im Fall Bartels sehr klar und eindeutig:

„Der Zeuge Dr. Oberdörffer sagte aus, dass die Ernennung des Klägers zum Oberstudiendirektor und Leiter des Kirchenpauer-Gymnasiums nur aus politischen Gründen erfolgt sei. Der Kläger sei wohl ein brauchbarer Lehrer gewesen. Er sei aber niemals weder organisatorisch noch pädagogisch so hervorgetreten, dass man ihm die Leitung dieser bedeutenden höheren Schule hätte anvertrauen können. Dafür seien geeignetere Persönlichkeiten vorhanden gewesen.“<sup>37</sup>

Wilhelm Bartels selbst hatte noch eine ganz andere, beinahe absurde Variante für seinen damaligen Karrieresprung angeboten:

„B. erklärte, dass ihm sein Kreisleiter Brandt seinerzeit gesagt habe, dass er, wenn er Kreisamtsleiter des NSLB bleiben wolle, Oberstudiendirektor sein müsse. Brandt sei deswegen ohne sein Zutun an die Oberschulbehörde herangetreten.“<sup>38</sup>

Die Klage von Wilhelm Bartels wurde vor dem Landesverwaltungsgericht am 15.2.1954 kostenpflichtig abgewiesen.<sup>39</sup>

Bartels legte Berufung ein und verlor auch vor dem Oberverwaltungsgericht am 17.3.1955. Seine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde am 20.2.1958 abgewiesen.<sup>40</sup>

Einen Erfolg verbuchte Wilhelm Bartels jenseits des Klageweges. Am 19.12.1958 stellte Senator Landahl für die Behörde den Antrag, Wilhelm Bartels zum Oberstudienrat zu befördern. Viele ehemalige Nationalsozialisten waren mittlerweile in der Referendar-Ausbildung tätig und wurden darüber zu Oberstudienräten befördert. In der Begründung hieß es:

„Herr Wilhelm Bartels ist ein in seinen Fächern Deutsch, Geschichte und Religion wissenschaftlich beschlagener, fleißiger und gründlicher Lehrer, der mit viel Erfolg Studienreferendare anzuleiten und in den Abiturklassen Freude an intensiver geistiger Arbeit zu wecken verstand. Als Fachberater für den Deutschunterricht ist er seinen Fachkollegen wertvolle Hilfe und Stütze, allen Kollegen ein feinsinniger Berater für pädagogisch-psychologische Fragen.“<sup>41</sup>

Parallel dazu war übrigens der ehemalige SA-Mann, NSDAP-Mitglied seit 1932, Paul Löden am Bismarck-Gymnasium zum stellvertretenden Schulleiter ernannt worden.<sup>42</sup>

Wilhelm Bartels arbeitete noch ein Jahr über die Pensionsgrenze hinaus. Dann wurde er zum 31.3.1966 in den Ruhestand versetzt.<sup>43</sup>

Er starb am 13.6.1984.<sup>44</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Bartels, StAHH, 361-3\_3704, Ablieferung 2005/01
- 2 Entnazifizierungsakte Bartels, StAHH, 221-11\_83927 KAT
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O. Sehe auch die Biografien Hermann Saß und Paul Dittmer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 178ff. und 268ff.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Antrag vom 10.10.1948, Personalakte a. a. O.
- 14 Antrag vom 31.10.1950, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 28.11.1950 an OSR Schröder, Personalakte a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Schreiben vom 14.12.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.

- 22 Leitender Ausschuss vom 22.12.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Senatsdrucksache vom 20.1.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Fachausschuss vom 6.2.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 27.3.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Berufungsausschuss vom 18.4.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Personalakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 15.5.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Vermerk von Hans Reimers vom 7.10.1952, Personalakte a. a. O.
- 32 Schreiben vom 6.11.1952, Personalakte a. a. O.
- 33 Vermerk von Hans Reimers vom 1.2.1954, Personalakte a. a. O.
- 34 Vermerk des Personalamtes vom Verwaltungsrechtsstreit Bartels vom 18.3.1955, Personalakte a. a. O.
- 35 Siehe die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162ff.
- 36 Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: de Lorent 2016, S. 528ff.
- 37 Vermerk des Personalamtes vom 18.3.1955, Personalakte a. a. O.
- 38 Terminbericht des Personalamtes vom 21.1.1954, Personalakte a. a. O.
- 39 StAHH, 131-11 Personalamt\_4127
- 40 Ebd. Das Urteil des OVG ist in dieser Akte enthalten.
- 41 Ernennungsvorschlag vom 19.12.1958, Personalakte a. a. O.
- 42 Siehe die Biografie Paul Löden, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 409.
- 43 Personalakte a. a. O.
- 44 Personalakte a. a. O.

## Claus Hartlef

**„Rektor Hartlef ist überzeugter Nationalsozialist und hat seinen Einsatz durch jahrelange Tätigkeit im Amte Schulung der NSDAP unter Beweis gestellt.“**

Eine beinahe typische Bildungsgeschichte eines Volksschullehrers in der NS-Zeit ist die von Claus Hartlef. Er zeigte sich bildungsambitioniert und geriet infolge der Weltwirtschaftskrise in schwierige Zeiten, da den ausgebildeten Lehrern nur begrenzt feste Beschäftigungen angeboten wurden. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten schufen diese durch die Entlassung und Pensionierung missliebiger Lehrerinnen und Lehrer Stellen, sodass auch Claus Hartlef im Hamburger Schulwesen ein Auskommen fand und Karriere machte. Dafür war er am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten. Bemerkenswert, dass er nach einem für ihn längerwährenden Entnazifizierungsverfahren in Hamburg wieder in den Schuldienst zurückkehrte und 1960 sogar erneut Schulleiter wurde.

Claus Hartlef<sup>1</sup> wurde am 17.5.1905 in Hollerdeich, Kreis Stade, als Sohn eines Hofbesitzers, wie er angab, geboren. Er besuchte von 1912 bis 1919 in Freiburg an der Elbe die Rektorschule und wechselte dann auf das Lehrerseminar in Stade, wo er am 1.9.1925 die 1. Lehrerprüfung ablegte. Nach achtzehnmonatiger Lehrer-Arbeitslosigkeit, in der er als kaufmännischer Angestellter beschäftigt war, ging er 1927 in ein Heilpädagogisches Seminar nach Berlin und arbeitete danach zwei Jahre in Berlin-Spandau an einer Heimschule für „psychopathische Kinder“.<sup>2</sup>

Seit 1931 war Claus Hartlef dann als Volksschullehrer in Hamburg, mit einer dreiviertel Stelle an der Schule Brackdamm 14, wo er am 20.5.1931 auch die 2. Lehrerprüfung ablegte.<sup>3</sup>

Die weiteren Stationen hingen augenscheinlich zusammen mit dem politischen Engagement von Claus Hartlef, der am 1.5.1933 in die NSDAP eintrat, parallel dazu NSLB-Mitglied war und seit 1934 Kreiswalter des NSLB in Winterhude-Nord, dort Schulungsbeauftragter. Seit dem 1.5.1934 gehörte er dem Korps der Politischen Leiter an, wie er später angab.<sup>4</sup>

Claus Hartlef war am 31.3.1933 an die Schule Schaudinnsweg 1 versetzt worden, absolvierte am 7.7.1934 einen Lehrgang in der Gauführerschule und wurde am 1.4.1935 zum Schulleiter der Schule Meerweinstraße ernannt.<sup>5</sup>

Die Volksschule Meerweinstraße war in dem neuen Stadtviertel „Jarrestadt“, von dem Oberbaudirektor Fritz Schumacher konzipiert, eine koedukative Schule mit Aufbauzug. Sie verfügte über 30 Klassen und 45 Lehrkräfte. „In dem jungen

Stadtviertel hatte eine aktive und überwiegend links eingestellte Elternschaft eine enge und gute Zusammenarbeit mit der Schule entwickelt und wählte als Elternvertreter die ‚Schulfortschrittsgruppe‘. Lehrer und Eltern trafen zu Konferenzen zusammen und erörterten gemeinsam Probleme und Vorhaben der Schule.“<sup>6</sup>

Reformschulen, wie die Volksschule Meerweinstraße oder die Lichtwarkschule standen im Fokus der Nationalsozialisten, die die Parole ausgegeben hatten: „Schluss mit der roten Pädagogik!“<sup>7</sup>

Ostern 1935 wurde die Koedukation an der Meerweinstraße aufgehoben. „Die Schule wurde in zwei Teile aufgeteilt, Meerweinstraße 28 Knabenschule, Meerweinstraße 26 Mädchenschule. Es wurde dann erst einmal durch das Lehrerzimmer eine große Trennwand gezogen, die heute noch da ist. Die Kinder trafen sich aber auf dem Schulhof, den gemeinsamen Schulhof gab es auch weiterhin.“<sup>8</sup>

Die Selbstverwaltung der Schulen war abgeschafft worden, es herrschte das Führerprinzip, als Claus Hartlef zum neuen Schulleiter der Knabenschule Meerweinstraße ernannt worden war. Die Schule wurde 1935 nach dem ehemaligen Reichswalter des NSLB und Bayerischen Kultusminister, Hans Schemm, benannt, der am 5.3.1935 bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückt war.<sup>9</sup> Schemm hatte der Schule einmal einen Besuch abgestattet.<sup>10</sup>

Als Schulleiter verhielt sich Claus Hartlef parteikonform und exekutierte die Vorgaben, Interessen und Verfügungen der NS-Schulverwaltung. Die Konferenzprotokolle der Hans-Schemm-Schule sind erhalten geblieben und von Ursel Hochmuth ausgewertet worden.<sup>11</sup>

Nach dem Führerprinzip wurde weitestgehend verkündet und nicht diskutiert. Das Kollegium hatte sich nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbe-



Claus (Klaus) Hartlef, vordere Reihe (5. v. l.), an der Schule Meerweinstraße, 1940

amentums“ vom 7.4.1933 anders zusammengesetzt, da auch Lehrkräfte der Schule Meerweinstraße zu den etwa 600 Entlassenen und in den Ruhestand Geschickten gehörten. Die Lehrerin Gertrud Simon erzählte im Januar 1983, dass schon am 31.1.1933 die Furcht in das Lehrerzimmer gezogen war, weil es dort zwei jüdische Kolleginnen gab, Julia Cohn und Hertha Asmus. „Es war noch ein Kollege da, wo die Frau Jüdin war und er selbst zum mosaischen Glauben übergetreten war. Und ein anderer hatte eine jüdische Frau.“<sup>12</sup>

Die Betroffenheit im Kollegium war nachvollziehbar, weil die Nazis keinen Zweifel an ihrer Haltung gegenüber den Juden gelassen hatten. Von Julia Cohn ist bekannt, dass sie nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in den Sommerferien 1933, am 29.7., das Entlassungsschreiben der Landesunterrichtsbehörde erhielt. Dokumentiert ist auch, dass sie mit ihrem Mann am 4.12.1941 nach Riga deportiert wurde, wo beide in einem Lager in Riga zu Tode kamen. Das genaue Todesdatum war später nicht mehr festzustellen. Es ist offiziell auf den 8.5.1945 festgesetzt worden.<sup>13</sup>

Im Protokoll von der Lehrerkonferenz am 28.9.1935 wurde festgehalten:

„Herr Hartlef führt aus, dass die geteilte Hans-Schemm-Schule sich in einer besonderen Lage befindet. Es kommt auf enge harmonische Zusammenarbeit mit dem Kollegium der Mädchenschule an, aber die Belange einer Knabenschule verlangen auch besondere Besprechungen und daher hält das Kollegium der Knabenschule auch eigene Konferenzen. Es sollen Arbeitskonferenzen sein, die die notwendige einheitliche Ausrichtung der Schule garantieren.“<sup>14</sup>

Kurz darauf, in derselben Konferenz, berichtete Schulleiter Hartlef: „Für Juden werden besondere Schulen eingerichtet. Die Feststellung der Juden ist bereits schriftlich erfolgt. Juden dürfen nicht auf Klassenreisen mitgenommen werden. In den Ferienheimen und Jugendherbergen dürfen keine Juden mitgenommen werden.“<sup>15</sup>

Immer wieder informierte der Schulleiter über die Richtlinien für den „rasskundlichen Unterricht“. So am 28.9.1935 oder am 11.11.1938, wo es hieß: „Rassische Zusammensetzung des deutschen Volkes, Rassenpolitik der Regierung, Judentum, Familienkunde, Ahnentafel, Sippschaftstafel sind Einzelthemen der Vererbungslehre und der Rassenkunde. Allerdings dürfen diese Stoffe, die ja als ‚Rasse, Blut und Boden‘ die Grundprinzipien des nationalsozialistischen Staates seien, nicht bloß reiner Fachunterricht bleiben, sondern müssten als Unterrichtsprinzip sämtliche Fächer durchdringen und befruchten.“<sup>16</sup>

Einen Hinweis darauf, dass sich die ehemals aktiven Eltern zurückgezogen hatten, gab Schulleiter Hartlef am 7.10.1935:

„Da nach der Machtergreifung viele Eltern und Lehrer die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule eingestellt haben, wird darauf verwiesen, dass eine



solche Zusammenarbeit nicht nur nicht unerwünscht sei, sondern geradezu gefordert werde.“<sup>17</sup>

Am 3.11.1936 erklärte Schulleiter Hartlef:

„Die Stellenbesetzung ist sehr schlecht geworden. Die Krankheitsfälle der Lehrer und Lehrerinnen nehmen zu. Grund: Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Lehrerschaft. Zu Beginn des neuen Etatjahres sollen die Anstellungsverhältnisse gebessert werden. Es soll sich keiner vorzeitig Hoffnung machen. Die Anstellungen erfolgen jetzt vor allem nach politischen Gutachten und nicht nach dem Alter. Grundsätze für das politische Gutachten: Wo ist der Betreffende tätig? Ist er politisch zuverlässig? Beurteilung der augenblicklichen Einsatzbereitschaft.“<sup>18</sup>

Am 13.2.1942 stellte Claus Hartlef fest: „Die Leistungen und die sittliche Haltung der Schüler und Schülerinnen haben sich in letzter Zeit verschlechtert.“ Und am 30.4.1942 erklärte er: „Mitteilungen aus der Kanzlei des Führers: Beamte haben sich dem zu bekämpfenden Tausch- und Schleichhandel fernzuhalten. Jeder Beamte soll sich dem ‚Stoßtrupp des guten Willens‘ zugehörig fühlen. Äußerste Zurückhaltung gegenüber Kriegsgefangenen wird gefordert. Der Ausdruck ‚Frühjahrsoffensive‘ ist verboten. Über das Verhältnis ‚Japan–Russland‘ darf nicht geredet werden.“ Und am 11.7.1942 teilte Hartlef dem Kollegium mit: „Es sollen alle Kinder darauf hingewiesen werden, dass Flugblätter sofort bei der Polizei abgeliefert werden.“<sup>19</sup>

Die Kriegssituation hatte sich verschlechtert. Am 5.4.1943 musste Schulleiter Claus Hartlef ansagen: „Berichte über Stalingrad, die nicht zur Veröffentlichung genehmigt sind, dürfen nicht zu Vorträgen oder Belehrungszwecken gebraucht werden. Stalingradbriefe sammeln.“ Und zur Aktion der Kinderlandverschickung erklärte er:

„Nichtarier (ersten und zweiten Grades) dürfen nicht verschickt werden. Arische Nachweise sind auf die Schulbögen einzutragen, sonst abschulen, falls er nicht erbracht wird.“<sup>20</sup>

Claus Hartlef gehörte dem Korps der Politischen Leiter an und es kann kaum daran gezweifelt werden, dass er in der Konferenz nicht nur die Anweisungen der Schulverwaltung verkündete, sondern diese auch teilte.

Im NSLB, wo er als Kreiswalter, wie die Verantwortlichen für Schulkreise, in diesem Fall Winterhude-Nord, hießen, agierte, machte er sich auch als Propagandist in der „Hamburger Lehrerzeitung“ unterm Hakenkreuz bemerkbar. Bei der Kampagne, das Saargebiet wieder „heim ins Reich zu holen“ engagiert er sich. Das Saargebiet war nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg laut Versailler Vertrag unter die Regierung des Völkerbundes gekommen und 1920 für 15 Jahre unter französische Verwaltung gestellt. Die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler

hatten dafür agitiert, bis zur Volksabstimmung der Saarländer am 13.1.1935 eine Stimmung für „die Rückkehr heim ins Reich“ zu schaffen. Und Claus Hartlef war mit einer Gruppe von zwölf Hamburger Lehrern auf einer Studienfahrt in das Saargebiet gefahren und berichtete darüber in der HLZ:

„Wir wollten den Saardeutschen in seiner Heimat, in seiner Boden- und Volksverbundenheit erleben, um aus beiden das Saarproblem klar erkennen und beurteilen zu können. Wir wollten aber insbesondere kameradschaftliche Bande zu den saarländischen Lehrern und zur dortigen Lehrerorganisation anknüpfen, ihnen vom herrlichen nationalsozialistischen Reich erzählen und ihnen dadurch Mut und Kraft für den Endkampf um ihre deutsche Heimat bringen.“<sup>21</sup>

Und mit welchen Erkenntnissen waren Claus Hartlef und seine Hamburger Politik-Touristen zurückgekehrt?

„Wir haben manches aus der Erinnerung zu neuem Leben erweckt. Wir haben manches von ihrer inneren Not, dauernd unter artfremder Herrschaft leben und schaffen zu müssen, erfahren. Besonders gedankt haben es uns die Saarländer Kollegen, dass wir als erste Lehrerorganisation uns um das Schicksal unserer Kameraden in ihrem eigenen Heimatslande gekümmert haben. Und das Ergebnis unserer Fahrt? Das Saargebiet ist bis ins letzte Grenzdorf kerndeutsch, das zeigte die frohen Gesichter der Arbeiter in den Betrieben und auf der Straße, wenn sie stolz ihren Arm zum Hitlergruß erhoben, das zeigte ihre reindeutsche Sprache und ihre deutsche Kultur. Die antideutsche Mache ist lediglich das Werk weniger Kommunisten, Separatisten und Emigranten. Kein anständiger Saarländer legt weiterhin Wert darauf, als ‚Schutzbefohlener Frankreichs‘ zu gelten. Ein rein deutsches Land und ein für unseren Führer begeistertes Volk werden zum deutschen Mutterlande zurückkommen.“<sup>22</sup>

Claus Hartlef verfügte offenbar über prophetische Gaben: Am 13.1.1935 stimmten 90,73 Prozent der Wähler für eine Vereinigung mit Deutschland. Die Reise hatte sich offenbar gelohnt.

Hartlef hatte sich als Nationalsozialist profiliert. Am 1.7.1938 wurde er zum Rektor befördert mit einer angehobenen Besoldung. Am 1.4.1941 zum Hauptschulrektor, was noch einmal einen Besoldungssprung bedeutete.<sup>23</sup>

Auch bei dem neuen Schulrat, Willi Heher, der ihn freilich schon als Schulleiter-Kollege im selben Schulkreis kennengelernt hatte, war er angesehen. Heher schrieb eine fachliche Beurteilung über ihn am 17.8.1942, in der es hieß:

„Rektor Hartlef ist außerordentlich rege und fleißig, verwaltungsmäßig herrscht an der von ihm geführten Schule eine gute Ordnung und normale Zucht. Rektor Hartlef verfügt über organisatorische Fähigkeiten. Die Gauverwaltung Hamburg des NS-Lehrerbundes übertrug ihm daher des öfteren Sonderaufgaben; unter

anderem setzte sie ihn im Rahmen der Kinderlandverschickung als Inspekteur in Wien ein. Im Verhalten gegenüber den Lehrkräften seiner Schule zeigt sich deutlich sein Bemühen um eine kameradschaftliche Zusammenarbeit, in der Beurteilung der Lehrkräfte fachliche Sicherheit und Gerechtigkeitssinn. Auf die Förderung junger Berufskameraden ist er besonders bedacht. Sein Verhalten gegenüber Dienstvorgesetzten ist korrekt, wie auch seine Umgangsformen sicher und straff sind. Die häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

Rektor Hartlef ist überzeugter Nationalsozialist und hat seinen Einsatz durch jahrelange Tätigkeit im Amte Schulung der NSDAP unter Beweis gestellt. So ist auch der Einsatz im Osten für ihn mehr als eine aktuelle Frage. Schon vor Jahren hat er aus eigener Initiative den ersten Gau-Schulungslehrgang des NS-Lehrerbundes unter dem Thema ‚Vorbereitung auf den Osteinsatz‘ angeregt und im ostpreußischen Grenzland durchgeführt. Daraus erhellt, dass seine Meldung zur Verwendung im Schuldienst des besetzten Ostgebiets einer inneren Einstellung und Haltung entspricht.“<sup>24</sup>

Claus Hartlef bereitete sich offensichtlich auf höhere Aufgaben vor. Als Unterricht in Hamburg nicht mehr regelmäßig stattfand, war Hartlef, genau wie andere überzeugte Nationalsozialisten, als Inspekteur in der Kinderlandverschickung (KLV) tätig. Am 2.9.1942 verfügte die Hamburger Schulverwaltung, dass Claus Hartlef und Hinrich von der Lieth<sup>25</sup> als „Schulbeauftragte bei den Gebietskommissaren in den besetzten Ostgebieten vorgesehen sind“. Die Schulverwaltung erklärte sich „ausnahmsweise bereit, bei der Vordringlichkeit der Besetzung von Stellen für Schulbeauftragte in den Ostgebieten, die beiden genannten Rektoren ohne Ersatzstellung abzugeben“.<sup>25</sup>

Offenbar mit Erfolg. Am 6.5.1943 wurde festgestellt, dass sich Claus Hartlef als Inspekteur für die KLV im Sudetenland, in Reichenberg, aufhielt und „dort nicht entbehrt werden kann“, somit „bis auf weiteres uk-gestellt werden muss“.<sup>26</sup>

Eine interessante Kontroverse um den Einsatz von KLV-Schulinspekteur Claus Hartlef aus dem Mai 1943 ist in seiner Personalakte dokumentiert. Nachdem das KLV-Lager in Reichenberg/Sudetenland keine Schüler mehr hatte, wurde erwogen, Hartlef nach Hamburg zurückzurufen. Am 14.5.1943 schrieb der Hamburger KLV-Schulbeauftragte der NSDAP, Heinrich Sahrhage, dass die Schulverwaltung die Frage nach seiner Rückforderung gestellt habe. Sahrhage wies allerdings darauf hin, dass er schon einmal den KLV-Inspekteur Pg. Wiegank zurückbeordert hatte, nachdem dessen Hamburger Lager in München/Oberbayern nicht mehr belegt war und dann „wieder drei Sonderzüge von uns bekommen hat“.<sup>27</sup>

Für Claus Hartlef war der Aufenthalt im Gau Sudetenland in Kriegszeiten sicherlich keine schlechte Option, zumal in dieser Situation keine Hamburger Grup-

pen vor Ort waren. Die Alternative wäre die Rekrutierung für die Wehrmacht gewesen. Hartlef wandte sich an den Gauschulbeauftragten Sahrhage:

„Ich erhalte hier durch die Gauleitung Mitteilung, dass meine Uk-Stellung abgelaufen ist. Der Gaustabsamtsleiter und Gaubeauftragte für KLV, Pg. Lammel, hat mich gebeten, umgehend in Hamburg meine Uk-Stellung erneuern zu lassen. Im Ferngespräch mit Pg. Wolf, Berlin, erhielt ich die gleiche Auskunft. Er bat mich, darauf hinzuweisen, dass es sich um einen Auftrag des Führers handle und demzufolge das Notwendige zu veranlassen sei. Du weißt, dass ich in meiner persönlichen Angelegenheit nicht gerne etwas unternehme, weil ich nicht in den Geruch kommen möchte, mich vom Wehrdienst zu drücken. Denn, wenn ich eingezogen werde, werde ich gerne Soldat. Kläre bitte deshalb von dort aus die Frage. Hier überstürzt sich die Arbeit. Ich hoffe nun, dass es gelingt, im Herbst hierher wieder Hamburger Lager zu bekommen. So sehr ich bedaure, hier für Hamburg auf etwas verlorenem Posten zu stehen, sehe ich den Standpunkt der Reichsdienststelle ein. Ein augenblicklicher Wechsel würde hier, weil neben der Bewältigung der anfallenden Arbeiten das Einarbeiten in ein so unglückliches Gaugebiet, wie es der Sudetenlandgau ist, besonders schwer ist, zu ziemlichen Schwierigkeiten führen. Also hilft es wohl nichts! Hier heißt es weitermachen!“<sup>28</sup>

Heinrich Sahrhage antwortete, dass die Erneuerung der Uk-Stellung von Claus Hartlef bereits veranlasst sei und dass „Du auf Deinem Posten verbleiben musst, auch wenn wir zur Zeit keine neuen Belegungen dort durchführen können“.<sup>29</sup>

Man berief sich dabei auf ein „Fernschreiben des Reichsleiters Baldur von Schirach“, der geschrieben hatte, dass „jüngere Lagerleiter und Lehrer für die Dauer ihres KLV-Einsatzes nicht abgelöst werden, um Schwierigkeiten zu vermeiden“.<sup>30</sup>

Widerspruch dagegen legte Fritz Köhne ein, der den bei der Wehrmacht befindlichen Oberschulrat Albert Mansfeld vertrat. Köhne schrieb:

„Der Hauptschulrektor Hartlef war nur zur Verwaltung der Stelle eines Kinderlandverschickungs-Inspektors im Sudetenland für die Hamburger Lager von der Schulverwaltung beurlaubt. Da die vier letzten Hamburger Lager demnächst nach Hamburg zurückkehren, ist seine ihm gestellte Aufgabe erledigt. Die Schulverwaltung bittet daher, Hartlef von seinen Ämtern dort zu entbinden und für die Leitung seiner Schule Meerweinstraße 28 wieder zur Verfügung zu stellen. Um baldige Mitteilung wird gebeten, wann Hartlef hier seinen Dienst wieder aufnehmen wird.“<sup>31</sup>

Auch Schulrat Willi Heher hatte sich dazu geäußert und Einspruch gegen das Verbleiben Hartlefs im Sudetengau eingelegt, „zumal dort keine Hamburger Lager mehr bestehen“. Er verwies darauf:

„Hartlef ist Leiter einer der größten Hamburger Volksschulen mit Oberbau und dort nicht mehr entbehrlich. Es würde außerdem dem zu Beginn des neuen

Schuljahres entstehenden katastrophalen Lehrermangel in Hamburg hohnsprechen, wenn jetzt ein Schulleiter in einem Gau belassen würde, in den kein Hamburger Kind mehr verschickt wird. Ich weise darauf hin, dass die Schulverwaltung grundsätzlich eine Entsendung von Schulleitern verboten hat. Es ist auch im Wirtschaftsleben nicht üblich, besonders nicht im Kriege, dass der Betriebsführer seinen Arbeitsplatz langfristig verlässt und außer Landes geht. Ebenso wenig erträgt die Hamburger Volksschule Maßnahmen, durch die das pädagogische Leben und der Leistungsstand erheblich leiden.“<sup>32</sup>

Es war also nicht nur ein Kompetenzgerangel, sondern es gab gute Gründe, sich an dem Arbeitsplatz aufzuhalten, wo man benötigt wurde. Wobei Claus Hartlef zu einem Zeitpunkt nach Hamburg zurückkehrte, als die Stadt erheblichen Bombenangriffen ausgesetzt war.

Zwei Jahre später hatte Claus Hartlef ganz andere Probleme. Am 14.7.1945 beauftragte ihn Schulsenator Heinrich Landahl zwar noch, die Dienstgeschäfte in der Meerweinstraße wieder aufzunehmen. Am 31.8.1945 erhielt er dann ein Schreiben, in dem ihm im Auftrag der Britischen Militärregierung die Entlassung mitgeteilt wurde.<sup>33</sup>

Hartlef bekam einige Leumundszeugnisse, so etwa vom Schulleiter der Jahn-schule und langjährigen Funktionsträger der „Gesellschaft der Freunde“ und später des NSLB, Peter Jacobsgaard.<sup>34</sup>

Der schrieb: „Der Kollege Claus Hartlef hat in der Zeit von 1931–32 als Mitglied des Junglehrausschusses in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg mitgearbeitet und sich sehr energisch und erfolgreich für die wirtschaftlichen und rechtlichen Belange unseres damaligen Berufsnachwuchses eingesetzt.“<sup>35</sup>

Noch mehr war Hartlef danach allerdings im NSLB und in der NSDAP aktiv gewesen. Andererseits hatte Peter Jacobsgaard einen guten Ruf bei den Mitgliedern der Entnazifizierungsausschüsse.

Gewichtiger waren sicherlich zwei Schreiben von bisherigen Kollegen in der Schule Meerweinstraße. Carl Lau bemerkte, er habe der NSDAP kritisch gegenüber gestanden und dass er gegenüber dem Schulleiter Hartlef „niemals einen Hehl über meine Stellung zur Partei machen brauchte, weil ich von der Lauterkeit seines Charakters überzeugt war und wusste, dass er trotz gegenteiliger Meinung mich niemals denunzieren würde. Herr Hartlef hat kein Mitglied unseres Lehrkörpers jemals charakterlich enttäuscht. Er ist stets der Gleiche geblieben: ein strebsamer, ehrlicher, zuverlässiger Mensch, der nur Gutes will. Er war stets bemüht, unnötige Härten zu vermeiden.“<sup>35</sup>

Dies bestätigte auch der Lehrer Heinrich Kittler, der 1937 aus dem Dienst entlassen worden war, weil er mit einer Jüdin verheiratet war. Er erklärte, dass die Kollegen, die „den Nationalsozialismus schroff ablehnten, niemals Schwierigkeiten“ mit Schulleiter Hartlef gehabt hätten. Seine Einschätzung: „Er gehört bestimmt zu der großen Zahl der Irreführten und Betrogenen, deren Idealismus man so schnöde missbraucht hat und um die es sich lohnt, sie für unseren neuen Staat zu gewinnen.“<sup>36</sup>

Claus Hartlefs junge Frau Gertrud (geboren 1913), mit der er seit 1936 verheiratet war und zwei 6 und 8 Jahre alte Kinder hatte, war im Juni 1945 plötzlich gestorben, wie er der Schulverwaltung am 3.7.1946 mitgeteilt hatte. Hartlef zog sich mit seinen Kindern in seine Heimatgegend zurück, ins Kehdinger Land, wo er als landwirtschaftlicher Arbeiter tätig wurde.<sup>37</sup>

In seinem Einspruch gegen die Entlassung an den Berufungsausschuss hob er darauf ab, aufgrund der selbst erfahrenen sozialen und materiellen Schwierigkeiten, der erheblichen finanziellen Opfer für seine Ausbildung, aus idealistischen Gründen und sozialen Empfindungen in die NSDAP und den NSLB eingetreten zu sein. „Als 1937 rein politische Aufgaben in den Vordergrund traten, wurde ich wegen meiner oppositionellen Haltung in den Fragen der Lehrerschulung, der unwürdigen Behandlung im Schulschutz usw. meines Amtes enthoben und zum Schulungsbeauftragten degradiert. Als Schulungsbeauftragter des Lehrerbundes wurde ich aufgrund meiner Fachkenntnisse auf kulturellem, geschichtlichem und biologischem Gebiet in verschiedenen Ortsgruppen zu Vorträgen herangezogen.“<sup>38</sup>

Schulrat Gustav Schmidt gab am 22.7.1946 für die Schulverwaltung an den Berufungsausschuss 2 eine Stellungnahme zu Claus Hartlef ab:

„H. ist bereits 1933 der NSDAP beigetreten und ist ein eifriger Fürsprecher und Verfechter der Parteilehren gewesen. Er hat zwar nicht die Zusammenhänge und Hintergründe der Parteiarbeit erkannt, er hat alles nur immer im rosigen Licht gesehen und ist im guten Glauben gewesen. Auch hat er nirgends eigene Vorteile selbst gesucht, wenn er auch als Belohnung für seine Tätigkeit im Lehrerbund zum Hauptschulrektor befördert worden ist. Dort, wo er Missstände sah, hat er sich gegen sie gewandt und er hat auch immer für die Interessen der Lehrerschaft gegen die Hitler-Jugend gekämpft. Er ist am besten zu kennzeichnen als ein gutgläubiger, gutartiger, ehrlicher, aber durchaus beschränkter Idealist. Da er innerhalb der Lehrerschaft als ein Vertreter des Nationalsozialismus bekannt war, kommt eine Wiedereinstellung für ihn als Hauptschulrektor nicht infrage. Vielleicht kann später einmal erwogen werden, ob er als Lehrer oder Hilfsschullehrer wieder ins Amt kommen kann. Auch bitte ich, zu erwägen, ob ihm ein Teil seines Ruhegehalts gezahlt werden kann, da er wegen seiner starken Kurzsichtigkeit berufsbehindert ist.“<sup>39</sup>

Der Berufungsausschuss nahm diese Stellungnahme auf und wies die Berufung zurück, unter Hinweis auf die frühe Parteimitgliedschaft und Hartlefs Aktivitäten im NSLB seit 1933. Er verwies auch auf Hartlefs Tätigkeit als Schulinspekteur in der Kinderlandverschickung. Resümee: „Die Belastung erscheint aber zu stark, insbesondere da H. auch Nutznießer des NS-Systems war, unter dem er 1935 Schulleiter und 1936 Hauptschulrektor wurde. Er war damals erst 30 bzw. 31 Jahre alt.“<sup>40</sup>

Claus Hartlef nahm sich 1948 einen Rechtsanwalt, der am 20.4.1948 ein Wiederaufnahmeverfahren beantragte. Dieser Rechtsanwalt, Dr. Hans Paehler, systematisierte noch einmal die schon genannten Argumente, zeigte allerdings, dass er sachlich nicht immer gut informiert war. So bezeichnete er Hartlefs Tätigkeit als Schulungsbeauftragter im NSLB von 1937 bis 1945 als „rein fachlichen Posten“ und behauptete gar, dass die Schulleiter-Ernennung 1935 im Alter von 30 Jahren keinesfalls belegen würde, dass Hartlef „als Nutznießer des NS-Systems“ anzusehen sei, wie der Berufungsausschuss behauptet habe. Rechtsanwalt Paehler:

„Hierzu ist zu sagen, dass in Hamburg eine kollegiale Schulverwaltung war, in welcher der Leiter und Rektor aus dem Kollegium gewählt wurde, auch wenn dieser noch jung war. Mit dem Leiter- und Rektorposten war weder wirtschaftliche noch sonst geldliche Besserstellung verbunden.“<sup>41</sup>

Beides stimmte nicht, im Gegenteil: Die Nationalsozialisten hatten die kollegiale Schulverwaltung abgeschafft und das Führerprinzip eingeführt. Das Kollegium hatte dabei nichts zu bestellen und die Schulleiter waren auch besoldungsmäßig hervorgehoben.

Der Beratende Ausschuss des Kreises 4 hatte aufmerksam Hartlefs Personalakte studiert und kam zu dem Ergebnis: „Ernstere Bedenken an der Richtigkeit der nationalsozialistischen Ideologie, an der guten Sache Deutschlands und der Lauterkeit der obersten Führung sind ihm nie aufgestiegen. Zusammenfassend kann man wohl sagen, dass H. der Typ des blindgläubigen, idealistischen Nationalsozialisten war, ohne jede Fähigkeit zu selbständigem Denken und objektivem Urteil. Er fühlte sich berufen zu höheren Stellungen und glaubte sich im Recht, besser bezahlte Posten zu bekleiden.“<sup>42</sup>

Dagegen stände für den Ausschuss allerdings auch:

„Charakterlich war H. nicht anfechtbar, was ihm auch von politischen Gegnern bestätigt wird. Über seine jetzige politische Haltung sagen die beigefügten Zeugnisse zumindest aus, dass er nicht nörgelnd oder gehässig kritisierend abseits steht, sondern sich bemüht, mit seinen Kräften des Tages Arbeit im privaten wie auch öffentlichen Leben zu tun. Dieses Positive, sowie die Rücksichtnahme auf seine äußerst starke Kurzsichtigkeit, die ihm sehr schwer andere Erwerbsmöglichkeiten eröffnen werden, haben den Beratenden Ausschuss Kreis 4 nach eingehenden

der Aussprache mit H., wenn auch unter großen Bedenken, dazu bestimmt, seine Wiedereinstellung mit dem Gehalt eines Volksschullehrers, jedoch zur Verwendung im Hilfsschuldienst, zu befürworten.“<sup>43</sup>

In diesem Sinne entschied dann auch der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll am 30.4.1949.<sup>44</sup>

Aus seiner Heimatgemeinde Kehdingbruch wurde ihm bestätigt, dass er als landwirtschaftliche Hilfskraft tätig sei, sich in keiner Weise politisch betätigt habe, aber in kulturellen Dingen in der Gemeinde aktiv gewesen sei. Dies bestätigten ihm insbesondere auch solche Gemeindemitglieder, die die Nationalsozialisten aktiv bekämpft hatten.<sup>45</sup>

Claus Hartlef wurde am 2.5.1949 wieder eingestellt und arbeitete an der Hilfsschule Bundesstraße 94. Am 1.5.1952 war er zum Hilfsschullehrer auf Lebenszeit ernannt worden mit der Begründung: „Herr Hartlef ist ein äußerst fleißiger, pünktlicher und gewissenhafter Lehrer, der jederzeit einsatz- und hilfsbereit ist. Er hat schon früher auf dem Gebiete des Hilfsschulwesens gearbeitet und sich in der hiesigen Schule voll bewährt.“<sup>46</sup>

Als 1960 der bisherige Leiter der Hilfsschule Bundesstraße in den Ruhestand versetzt wurde, schlug das Kollegium Claus Hartlef als Nachfolger vor. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Lehrerschaft bei der Schulleiterfindung wieder etwas zu sagen.

Weder der Elternrat noch das Schulratskollegium hatten gegen Claus Hartlef Bedenken erhoben. Am 11.5.1960 wählte die Lehrerkonferenz. Claus Hartlef bekam von 22 anwesenden Kollegen 17 Ja-Stimmen, zwei votierten dagegen, bei drei Enthaltungen.<sup>47</sup>

Schulrat Robert Werdier schrieb zur Person Hartlef:

„Er hat sich als befähigter, geschickter Lehrer gezeigt. Er ist fleißig und hat guten Kontakt mit den nicht immer leichten Eltern dieser Kinder. Im Institut für Lehrerfortbildung ist er mit Übungen über das Hilfsschulwesen betraut worden. Ich halte ihn für fähig, sowohl pädagogisch als auch menschlich, eine Schule zu leiten.“<sup>48</sup>

Bei der endgültigen Bestellung am 4.6.1962 stimmten von 20 anwesenden Kollegen 19 für Hartlef, ein Mitglied des Kollegiums enthielt sich der Stimme. In der Stellungnahme an Oberschulrat Walter Vonarb hatte Schulrat Werdier noch darauf hingewiesen:

„Herr Hartlef hat eine ruhige, freundliche aber doch bestimmte Art, mit Kollegen zu verkehren, Eltern in sehr feiner Weise zu beraten und ihnen jederzeit als Helfer zur Seite zu stehen. Die Kinder haben Vertrauen zu ihm, er behandelt sie freundlich, kennt jedes Kind seiner Schule und spricht auch jedes mit dem Vornamen an. Ich könnte mir für diese Schule keinen besseren Schulleiter denken.“<sup>49</sup>

Hier wurde ein Kreis geschlossen. Oberschulrat Walter Vonarb wird dies mit



Interesse und eigenen Gedanken gelesen haben. Er war Lehrer gewesen an der von Claus Hartlef geleiteten Hans-Schemm-Schule in Winterhude.

Nach der Teilung der Schule 1963 übernahm Claus Hartlef den Standort Bötelkamp 17. 1964 erhielt er aufgrund des Art. 131 des Grundgesetzes eine Besoldungserhöhung, im September 1970 wurde er in den Ruhestand versetzt, arbeitete aber mit einem Lehrauftrag an der Sonderschule Grabenstraße noch bis 1972.<sup>50</sup>

Claus Hartlef starb am 01.11.1998.<sup>51</sup>

## Anmerkungen

- 1 Der Vorname wird zuweilen auch „Klaus“ geschrieben, laut Geburtsurkunde und von Claus Hartlef selbst geschrieben, hieß er „Claus“.
- 2 Alle Angaben laut Personalakte, StAHH, 361-3\_80786, Ablieferung vom 31.4.1914
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Entnazifizierungsakte Hartlef, StAHH, 221-11\_Ed 13797
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Ursel Hochmuth: Zum 50. Jubiläum der Schule Meerweinstraße (1980). Lehrer und Lehrerkonferenzen, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 51.
- 7 „Hamburger Tageblatt“ vom 19.3.1933.
- 8 Interview aus dem Januar 1983 mit der ehemaligen Lehrerin Gertrud Simon (geboren 3.7.1904), in: 75 Jahre im Herzen der Jarrestadt. Eine Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Schule in der Meerweinstraße, Hamburg 2005, S. 21.
- 9 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Koblenz 2013, S. 530.
- 10 Hochmuth 1985, S. 52.
- 11 Hochmuth 1985, S. 55 ff. Abgedruckt sind sie auch in: Im Herzen der Jarrestadt, 50 Jahre Schule Meerweinstraße, Hamburg 1980, S. 15 ff.
- 12 Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Schule in der Meerweinstraße, Hamburg 2005, S. 20.
- 13 Rüdiger Wersebe: Julia Cohn. Eine Kollegin verschwand spurlos, in: Hochmuth/de Lorent 1985, S. 201 f.
- 14 Hochmuth 1985, S. 55.
- 15 Ebd.
- 16 Hochmuth 1985, S. 57.
- 17 Hochmuth 1985, S. 56.
- 18 Ebd.
- 19 Hochmuth 1985, S. 58.
- 20 Hochmuth 1985, S. 59
- 21 Claus Hartlef: Hamburger Lehrer fahren ins Saarland, HLZ 41/1934, S. 590.
- 22 Ebd., S. 591.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Fachliche Beurteilung vom 17.8.1942, Personalakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 2.9.1942, Personalakte a. a. O. Siehe die Biografie Hinrich von der Lieth, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 717 ff.
- 26 Vermerk von Senatssyndikus Dr. Schultz vom 6.5.1943, Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben Sahrhage an Hartlef vom 14.5.1943, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Heinrich Sahrhage, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 284 ff.

- 28 Schreiben von Claus Hartlef vom 19.5.1943, Personalakte a. a. O.
- 29 Schreiben vom 25.5.1943 Personalakte a. a. O.
- 30 Schreiben von Senatssyndikus Dr. Schultz vom 27.5.1943, Personalakte a. a. O.
- 31 Schreiben von Fritz Köhne an Heinrich Sahrhage vom 29.5.1943, Personalakte a. a. O.
- 32 Vermerk von Schulrat Heher vom 31.5.1943, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Willi Heher in diesem Band.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Siehe die Biografie Peter Jacobsgaard, in: de Lorent 2016, S. 397 ff.
- 35 Schreiben vom 13.9.1945, Entnazifizierungsakte Hartlef, a. a. O.
- 36 Schreiben vom 14.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Schreiben an den Berufungsausschuss vom 3.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Gustav Schmidt am 22.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Berufungsausschuss vom 20.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Schreiben vom 20.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Beratender Ausschuss vom 29.3.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Ebd.
- 44 Berufungsausschuss vom 30.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Dazu gibt es insgesamt vier Schreiben, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Personalakte a. a. O.
- 47 Konferenzprotokoll vom 16.5.1960, Personalakte a. a. O.
- 48 Anlage zum Konferenzprotokoll, ebd.
- 49 Vermerk vom 15.6.1962, Personalakte a. a. O.
- 50 Personalakte a. a. O.
- 51 Laut Auskunft von Christina Ahrens vom Staatsarchiv Hamburg vom 27.8.2018.

## Heinrich Behnken

**„Wenn es wahr ist, dass der Mensch seine besten Kräfte zieht aus dem Blut, das von den Voreltern her in ihm pulst, ersteht für alle verantwortungsbewussten Männer die ernste Aufgabe, dafür zu arbeiten, dass dies Volkstum gesund bleibe und sich von fremden Schlacken säubere.“**

Anfällig für den Nationalsozialismus waren viele Schriftsteller, die die niederdeutsche Sprache pflegen wollten und für die der Begriff Heimat eine neue Bedeutung bekam. Zu diesen Personen zählte auch der Hamburger Lehrer und Schulleiter Heinrich Behnken, der unzählige Lustspiele, Komödien, Hörspiele und Erzählungen geschrieben hatte und 1933 Leiter der Arbeitsgemeinschaft Niederdeutsch im Hamburger NSLB wurde. In der „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“, deren erster Vorsitzender der nationalsozialistische Senator Wilhelm von Allwörden war, spielte Heinrich Behnken eine führende Rolle. Nachdem seine Wohnung im Eppendorfer Weg 185 von einem Bombentreffer völlig zerstört worden war, mitsamt seiner zahlreichen Manuskripte und Bücher und am selben Tag, dem 25.7.1943, auch die von ihm geleitete Schule in der Tornquiststraße in Schutt und Asche gelegt wurde, beauftragte ihn die Schulverwaltung und das Reichspropagandaamt Hamburg, vor evakuierten Hamburgern außerhalb der Stadt Vorträge zu halten, um diese auf die Wohnungs- und Schulnot in der Stadt hinzuweisen und vor einer Rückkehr zu warnen.

Im späteren Entnazifizierungsverfahren bescheinigten ihm unzweifelhafte Nazi-Gegner, stets eine demokratische Grundhaltung bewahrt zu haben.

Heinrich Behnken wurde am 25.12.1880 in Ahlerstedt, Kreis Stade geboren. Er besuchte die dortige Volksschule, die von seinem Vater, Lütje Behnken, geleitet wurde und danach die Volksschule in Sittensen. 1895 wechselte er an die Präparande in Rotenburg, um ab 1897 das Seminar in Stade zu besuchen<sup>1</sup>, „unseligen Andenkens“, wie er später selbst notierte.<sup>2</sup>

Heinrich Behnken legte am 1.10.1900 die erste Lehrerprüfung ab und wechselte zum 1.4.1904 nach Hamburg. Vorher hatte er noch die zweite Lehrerprüfung am 6.11.1903 bestanden. Während des Krieges wurde Behnken am 30.11.1915 zum Landsturm eingezogen, nach der Novemberrevolution wählte die Versammlung des Lehrkörpers der Schule Tornquiststraße 19 und der Vertreter des Elternrates Heinrich Behnken zum Schulleiter. Dies blieb er während der Weimarer Republik und auch nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten bestätigte ihn der neue Schulsenator Karl Witt am 11.7.1933 weiter als Schulleiter dieser Schule.<sup>3</sup>

Heinrich Behnken war ein bekannter niederdeutscher Schriftsteller, parallel zu seiner Arbeit als Schulleiter. Im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)

übernahm er die Leitung der Arbeitsgemeinschaft Niederdeutsch und wurde damit gleichzeitig Gausachberater. Obwohl er 1933 nicht in die NSDAP eingetreten war, fand er auch die Wertschätzung aktiver Nationalsozialisten. So schrieb der Schulungsverantwortliche im NSLB Hamburg in einem Gutachten für die Reichsleitung der NSDAP, Hauptamt für Erzieher, Begutachtungsstelle:

„Heinrich Behnken ist auf dem Gebiete des Niederdeutschen als Fachmann bekannt. Als Gutachter ist er sehr zu empfehlen.“<sup>4</sup>

Behnken hatte 1933 mit dem aktiven Nationalsozialisten Bruno Peyn, der langjähriger Oberlehrer an der Oberrealschule in der Bogenstraße gewesen und 1933 zum Oberstudiendirektor ernannt worden war, parallel dazu Referent des niederdeutschen Kulturamtes im Kampfbund, Dramaturg an der Hamburger Bühne und Autor vieler niederdeutscher Stücke<sup>5</sup>, die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg gegründet.<sup>6</sup>

Am 10.10.1935 berichteten alle Hamburger Tageszeitungen gleichlautend von der Versammlung in der Landesunterrichtsbehörde und den dort getroffenen Beschlüssen:

„In der Erkenntnis, dass die an sich vortreffliche Arbeit mancher Vereine auf diesem Gebiet in ihrer Vereinzelung der durchdringenden Stoßkraft entbehren muss, sollen alle niederdeutschen Bestrebungen Hamburgs in der Vereinigung ‚Niederdeutsches Hamburg‘ zusammengefasst werden. Den Vorsitz wird Herr Senator von Allwörden übernehmen, den Ehrenvorsitz Herr Regierender Bürgermeister C. V. Krogmann. Mit der vorläufigen Geschäftsführung wurde Herr Heinrich Behnken, Gausachbearbeiter für Niederdeutsch im N. S. Lehrerbund beauftragt.“<sup>7</sup>



Heinrich Behnken, 1937

Heinrich Behnken war damit eng verbunden mit wichtigen nationalsozialistischen Politikern in Hamburg, insbesondere mit Wilhelm von Allwörden, der über Jahre auch die Verantwortung für den Kultur- und Schulbereich als Senator hatte. Behnken organisierte Veranstaltungen und Tagungen, schrieb weiter niederdeutsche Stücke, aber auch Abhandlungen wie: „Wesen und Aufgaben des niederdeutschen Menschen in Stadt und Land“, Band 2 einer Schriftenreihe der „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“.<sup>8</sup>

Es war ein Netzwerk gegründet worden, in dem nationalsozialistische Politiker und Schriftsteller arbeiteten. Kay Dohnke, der die Verhaltensweisen niederdeutscher Schriftsteller beforscht hat, schrieb dazu:

„Plattdeutsche Schriftsteller in öffentlichen politischen Ämtern: der Effekt auf die niederdeutsche Szene dürfte von nicht geringer Bedeutung gewesen sein, be-

fanden sich doch nunmehr Angehörige der eigenen Gruppe in Schlüsselpositionen des sich neu strukturierenden politisch-kulturellen Netzwerkes, von denen durchaus integrative Wirkung ausgehen könnte. Zugleich war es ihnen – wenn vielleicht nur in geringerem Maß – möglich, Einfluss auf die Neuformierung des literarischen Betriebes zu nehmen; persönliche Beziehungen werden auch hier von Gewicht gewesen sein und verschleierten wahrscheinlich aufgrund einer vertrauten Situation teilweise die politischen Dimensionen. Jedenfalls ist anzunehmen, dass man auf niederdeutscher Seite glaubte, nun sei das eigene Anliegen optimal betreut – und der politische Apparat hatte zweifellos die Amtsübernahme nur bei solchen Personen akzeptiert, die nationalsozialistische Grundsätze auch in der potentiell separatismusverdächtigen regionalen Kulturszene verlässlich durchsetzen würden.“<sup>9</sup>

Heinrich Behnken bekannte sich zur niederdeutschen Kultur, direkte Bekenntnisse zum Nationalsozialismus findet man bei ihm nicht.

Als er seinen 60. Geburtstag feierte, würdigte ihn das „Hamburger Fremdenblatt“ am 24.12.1940. Bevor alle seine Werke aufgezählt wurden, hieß es:

„Morgen, am ersten Weihnachtstag, vollendet der niederdeutsche Schriftsteller Heinrich Behnken das 60. Lebensjahr. Wenn er an diesem immerhin bemerkenswerten Einschnitt seines irdischen Daseins Rückschau hält, darf er mit dem Geleisteten wohl zufrieden sein. Denn Dichter ist er doch, wie die meisten heute unter den Schreibenden, sozusagen nur im Nebenamt – eine erfreuliche Sache übrigens in der gegenwärtigen Literatur, weil auf diese Weise dafür gesorgt ist, dass der Schriftsteller, gerade auch als Geisteshensch, nicht im Leeren schwebt. Behnken im Besonderen ist, wie so viele unter den plattdeutschen Musensöhnen, von Haus aus Lehrer; seit 1904 lebt er in Hamburg.“<sup>10</sup>

In einem Vortrag über „Wesen und Aufgaben des niederdeutschen Menschen in Stadt und Land“, den er 1936 vor der „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“ gehalten hatte, versuchte Behnken den Zuhörern „die gegensätzlichen Sozialisationsweisen auf dem Dorf und in der Großstadt plastisch vor Augen zu führen. Fern von einseitiger Parteinahme erkannte er in dieser Polarität das ‚bewegende‘ und das ‚beharrende‘ Prinzip, zwischen denen er zu vermitteln suchte. Seine Bemühungen als Schriftsteller und Pädagoge, der der Kunsterziehungsbewegung nahe stand, galten einer natürlichen Erziehung mitten im ‚Jammer großstädtischer Häuslichkeit‘, einer Heimatspflege von der Großstadt aus sowie der Pflege der niederdeutschen Sprache auch im hochdeutschen Umfeld.“<sup>11</sup>

In der „Hamburger Lehrerzeitung“ unterm Hakenkreuz veröffentlichte Heinrich Behnken den Hauptartikel in der Nummer 38/39–1936, in der er über die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg und den NS-Lehrerbund schrieb. Darin arbeitete er gut heraus, wie bedauerlich die Abkehr von der niederdeutschen Sprache

ist, weil diese häufig als Zeichen von Unbildung angesehen werde:

„Noch steht das wurzelechte Volkstum, nach den alten Stämmen natürlich gegliedert, überall fest in den deutschen Landen; wir wissen aber, wie sehr die vergangenen Jahrzehnte mit ihrem riesigen Wachstum der Großstädte unter der ungeheuren Entwicklung einer rein äußerlichen Zivilisation an ihm gezerrt haben, um es in seinen Wurzeln zu lockern. Das ist aber nirgendwo ärger geschehen als in Niederdeutschland. Nirgendwo sonst klaffte so tief der verderbliche Riß zwischen den ‚Gebildeten‘ und dem ‚ungebildeten Volk‘ wie hier, wo er durch die Zweisprachigkeit der Bevölkerung wesentlich verbreitert wurde. Nirgendwo sonst hat sich der lächerliche Dünkel der Halbgebildeten und leider auch oftmals die Verständnislosigkeit der Gebildeten so schwer an der schlichten heimischen Art versündigt wie bei uns, dadurch, dass sie mit Geringschätzung herabsahen auf den plattdeutschen Menschen. Und dieser ließ sich vielfach, einer alten deutschen Schwachheit gemäß, von ihrer sicheren Überheblichkeit einschüchtern und begann wohl gar selber, seine einfache Eigenart gering zu achten. Fing er nicht an, sich seiner schönen, alten Muttersprache zu schämen und mit seinen Kindern lieber ein schlechtes Hochdeutsch zu sprechen, das ihm gar nicht zu Gesicht stand, als sein altes klangvolles Plattdeutsch, das ihm ganz vertraut war?“<sup>12</sup>

In welcher Nähe zu einem Teil der nationalsozialistischen Ideologie sich die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg bewegte, verdeutlichte Behnken in seiner Einleitung:

„Nie sind Abstammung und Rasse so wichtig erschienen wie in unseren Tagen; nie ist ihre Bedeutung für das Wesen und die Haltung des einzelnen Menschen sowohl wie eines ganzen Volkes so klar erkannt worden wie im heutigen Deutschland; nie ist darum auch dem heimatlichen, stammesmäßig betonten Volkstum eine solche Aufmerksamkeit geschenkt worden, wie wir es heute zu tun verpflichtet sind. Denn wenn es wahr ist, dass der Mensch seine besten Kräfte zieht aus dem Blut, das von den Voreltern her in ihm pulst und aus dem Boden, aus dem es erwachsen ist – und wer wollte heute noch daran zweifeln? –, so gewinnt das heimische Volkstum, der erste geistige Nährboden aller Menschen, eine überragende Bedeutung, und es erhebt für alle verantwortungsbewussten Männer die ernste Aufgabe, dafür zu arbeiten, dass dies Volkstum gesund bleibe, dass es sich von fremden Schlacken säubere und sich in seiner kräftigen Eigenart rein erhalte.“<sup>13</sup>

Hier zeigte sich eine ideologische Nähe der Heimatforscher zu den Nationalsozialisten, die ich in anderen Texten Heinrich Behnkens nicht gefunden habe.

1936 erhielt er vier Pflichtstunden Ermäßigung für seine Arbeit in der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg.<sup>14</sup> Erster Vorsitzender der Vereinigung war zu diesem Zeitpunkt der Senator für den Kultur- und Schulbereich, Wilhelm von All-

wörden.<sup>15</sup> Heinrich Behnken hatte dazu ein Schreiben an die Landesunterrichtsbehörde gerichtet:

„Herr Senator von Allwörden hat den Wunsch ausgesprochen, dass ich im kommenden Sommerhalbjahr an zwei Wochentagen für die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg in der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst arbeiten soll. Er hat mich angewiesen, die nötige Stundenermäßigung bei der Landesunterrichtsbehörde zu beantragen.<sup>16</sup>

1936 wurde er zum Mittelschullehrer befördert und zum 1.5.1937, als die NSDAP wieder Lehrer und Beamte aufnahm, trat Heinrich Banken in die NSDAP ein. Carsten Scholz schrieb dazu in der Hamburgischen Biografie:

„Im ‚Dritten Reich‘ passte er sich formal den Umständen an und trat am 1. Mai 1937 in die NSDAP ein, um sein Rektoramt nicht zu verlieren. Zugleich bemühte er sich offenbar, seine Schule nach innen frei von nationalsozialistischer Agitation und von Diffamierungen zu halten, wie Aussagen Betroffener bestätigen.“<sup>17</sup>

Ein schwerer Schicksalstag für Heinrich Behnken war der 25.7.1943. Behnken war als Schulleiter der Knaben-Volksschule Tornquiststraße 19 persönlich als Brandwache eingeteilt worden und erlebte bei dem Bombenangriff auf Hamburg mit, wie seine Schule in Schutt und Asche gelegt wurde. Am selben Tag wurde auch die Wohnung von Heinrich Behnken und seiner Frau am Eppendorfer Weg 185 von einem Bombentreffer zerstört, wobei die gesamte Habe einschließlich zahlreicher Manuskripte und Bücher vernichtet wurde.<sup>18</sup>

Heinrich Behnken und seine Frau mussten in Notunterkünften untergebracht werden und da kein Schulbetrieb möglich war, reiste Heinrich Behnken in den letzten Kriegsjahren zu evakuierten Schulklassen und Buten-Hamburgern, also außerhalb der Stadt untergebrachten Hamburgern. In Vorträgen schilderte er „die trostlosen Wohn- und Schulverhältnisse in Hamburg, warnte vor der Rückkehr in die Stadt und las Heimatliches aus seinen Werken.“<sup>19</sup>

Das Reichspropagandaamt Hamburg, untergebracht am Harvesterhuder Weg 23, schrieb an den vormals dort tätigen und jetzt als Leiter der Schulverwaltung agierenden Prof. Ernst Schrewe<sup>20</sup>:

„Wie Ihnen bekannt ist, wird der Lehrer und Schulleiter Heinrich Behnken seit der Zeit der Terrorangriffe im Sommer 1943 in großem Umfang zur geistigen Betreuung der Buten-Hamburger eingesetzt. Herr Behnken hat in seiner Arbeit gute Erfolge und es hat sich bisher niemand gefunden, der so wie er, diese besondere Aufgabe erledigt. Ich möchte darum bitten, Herrn Behnken auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, diese Arbeit fortzusetzen.“<sup>21</sup>

Von Fritz Köhne erhielt Behnken eine Bescheinigung, in der ihm bestätigt wurde, dass er vom Reichspropagandaamt beauftragt sei, „den Hamburgern, die durch

das Kriegschicksal ihrer Vaterstadt nach anderen deutschen Gauen und Orten verschlagen worden sind, von ihrer Heimat zu erzählen. Da der Schulverwaltung Hamburg bekannt ist, dass Herr Heinrich Behnken als Erzähler mit dem gleichen Erfolg zu Hamburger Schülern – Jungen oder Mädchen – spricht, bittet sie die Schulämter und Schulleitungen in den Aufnahmegauen, ihm dazu Gelegenheit zu geben.“<sup>22</sup>

Da Heinrich Behnken in Hamburg keine Unterkunft mehr hatte und die Hamburger Kinder aus der Kinderlandverschickung wieder zurückgekehrt waren, verschlug es Behnken und seine Frau im Dezember 1944 in die unmittelbare Nachbarschaft seines Geburtsortes, nach Oersdorf, wo er eine einklassige Dorfschule mit 80 Kindern übernahm. Am 5.1.1945 erfolgte seine Abordnung dorthin aus dem Hamburger Schuldienst.<sup>23</sup>

Heinrich Behnken erlebte dort das Ende des Krieges und des Nationalsozialismus, musste aber in Hamburg einen Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen, was er am 30.8.1945 tat.<sup>24</sup>

Heinrich Behnken war durch seine Gau-Sachbearbeiter-Tätigkeit und Verantwortlichkeit im NSLB formal durchaus belastet und die Britische Militärregierung musste von seiner Unschuld und demokratischen Glaubwürdigkeit erst überzeugt werden.

Dem Entnazifizierungsausschuss gehörten die unbestechlichen NS-Gegner Gustav Schmidt, der von den Nationalsozialisten als Schulrat suspendiert worden war, weil er sich geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten, und Friedrich Wilhelm Licht an, der von den Nazis als Schulleiter abgesetzt worden war. Beide bezeugten im Ausschuss, dass Heinrich Behnken ein vertrauenswürdiger Demokrat gewesen sei und auch nach 1933 seine Überzeugung nicht gewechselt habe. „Seine demokratische Haltung und sein Charakter stand völlig im Gegensatz zum Nationalsozialismus.“<sup>25</sup>

Und die Leitungsaufgabe im NSLB („Leader of the Syndicate for Low German in the NSLB“) beschrieben sie als eine Aufgabe, die Heinrich Behnken schon in den Jahren zuvor innegehabt habe und für die er in dem Bereich die führende Persönlichkeit gewesen sei. Er habe in dieser Funktion niemals nationalsozialistische Propaganda betrieben, was Friedrich Wilhelm Licht aus der Nähe habe beobachten können. Der Ausschuss war davon überzeugt, dass eine Wiedereinstellung ohne jegliche Einschränkung befürwortet werden könne.<sup>26</sup>

Heinrich Behnken selbst hatte mit einer negativen Entscheidung auch gar nicht gerechnet. Am 30.8.1945 schrieb er der Schulverwaltung, er habe bei einem kürzlichen Besuch in Hamburg gerade erfahren, pensioniert werden zu sollen. Er führte einige Gründe an, warum er auf jeden Fall noch weiterhin im Schuldienst bleiben wollte, Argumente, die auch seine damalige Lebenssituation beleuchteten:



„1. Ich fühle mich körperlich und geistig noch frisch genug, um den Dienst zu versehen, habe auch bis zur Unterbrechung des Unterrichts im April des Jahres die hiesige einklassige Schule, die damals 74 Kinder umfasste, ohne Schwierigkeiten leiten können.

2. Bei Wiederaufnahme des Unterrichts in der nächsten Woche wird die Schülerzahl 82 betragen. Unter den 40 ortsfremden Kindern befinden sich außer vielen Ostflüchtlingen noch eine erhebliche Anzahl Hamburger Kinder; die haben in den letzten zwei Jahren sechs verschiedene Lehrer gehabt. Ein nochmaliger Lehrerwechsel wäre für sie sicherlich nicht wünschenswert; es würde von den Eltern gewiss begrüßt werden, wenn meine hiesige Gastlehrerschaft noch bestehen bliebe.

3. Ich bin in Hamburg total bombengeschädigt und habe dort keine Wohnung. Hier habe ich eine Dienstwohnung von zwei Zimmern, die ich räumen müsste, wenn ein anderer Lehrer hierher käme. Ich würde dann mit meiner Frau im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße liegen; denn sowohl Oersdorf wie alle Dörfer der Umgegend sind dermaßen mit Flüchtlingen belegt, dass nicht ein einziges Zimmer frei ist.

4. Mein Sohn hat nach siebeneinhalb Jahren Wehrmachtsdienst noch sein ganzes Universitätsstudium vor sich. Er ist verheiratet und hat zwei kleine Kinder. Ich muss für die nächsten Jahre für den Unterhalt der Familie und für die Studiumskosten aufkommen; denn die Ersparnisse meines Sohnes liegen in einer Sparkasse der Mark Brandenburg, der Heimat seiner Frau, und müssen vermutlich als verloren betrachtet werden.

5. Verloren ist auch sein übriges Hab und Gut, das auf dem Transport von Magdeburg nach Hamburg samt dem Frachtkahn verloren gegangen ist. Die Familie hat nun kaum das Allernotwendigste an Wäsche und Kleidung. Ich selbst habe seinerzeit in Hamburg nicht das kleinste Stück von meinem Hausrat retten können und bin noch jetzt gänzlich ohne Möbel und ohne Bücher, muss aber doch, wenn jetzt die Möglichkeit dazu wieder besteht, das Notwendigste an diesen Dingen beschaffen.

6. Den aus all diesen Bedingtheiten erwachsenden finanziellen Anforderungen würde ich natürlich mit dem vollen Gehalt eher gewachsen sein, als mit dem Ruhegehalt. Ich bitte daher die Schulverwaltung, noch über das 65. Lebensjahr hinaus im Dienst bleiben zu dürfen, wenn dadurch nicht einem anderen, der in größerer Not ist, der Weg zur Anstellung versperrt wird.“<sup>26</sup>

Offenbar sah die Britische Militärregierung noch Klärungsbedarf in Bezug auf die von Heinrich Behnken verfassten Stücke und seine Vorträge in den letzten Kriegsjahren, immerhin im Auftrag des Reichspropagandaamtes.

Behnken antwortete am 31.10.1945 und listete seine Veröffentlichungen in

verschiedenen Verlagen auf und seine Vorträge, zu denen er feststellte:

„Sie waren alle heimatbestimmt, betonten den niederdeutschen Charakter unserer Vaterstadt und hatten mit Politik nicht das Geringste zu tun.“<sup>27</sup>

Sicherlich war ihm bewusst, dass es ungünstig wäre, das Reichspropagandaamt als Auftraggeber für die Vorträge zu nennen, die er nach seiner „Ausbombung in Hamburg“ hielt. Er schrieb, er habe „im Auftrag der Stadt Reisen zu den evakuierten Hamburgern gemacht, um sie von den Hamburger Verhältnissen zu unterrichten, ihnen besonders die Wohnungs- und Schulnot unserer Stadt zu schildern und sie zu überreden, vorläufig nicht an eine Rückkehr nach Hamburg zu denken und dadurch die Wohnungsnot vermehren zu helfen. Anschließend an meinen Vortrag erzählte ich ihnen plattdeutsche Geschichten aus meinen Büchern. Das Ganze war durchaus als ein Heimatsabend aufgezo- gen und hatte mit Politik oder gar mit Parteipolitik nicht das Geringste zu tun. Aus diesem Grunde war ich wohl auch nicht verpflichtet, im Fragebogen näher auf sie einzugehen.“<sup>28</sup>

Die Interpretation dieser Tätigkeit war bei der Britischen Militärregierung möglicherweise eine andere gewesen. Heinrich Behnken war ausgesandt worden, nach der Bombardierung Hamburgs durch alliierte Militärflugzeuge vor evakuierten Hamburgern Vorträge zu halten, die damit im Zusammenhang hätten stehen können.

Schließlich wurde Heinrich Behnken am 15.12.1945 von Schulsenator Heinrich Landahl darüber informiert, dass er „aufgrund des Gesetzes Nr. 6 und auf Anordnung der Militärregierung mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis suspendiert“ sei.<sup>29</sup>

Nun wurde Heinrich Behnken noch einmal aktiv und die Gemeinde Oersdorf und der Regierungspräsident Stade bemühten sich darum, Behnken als Lehrer zu behalten. Behnken konnte einige Leumundszeugnisse einreichen. So etwa von einer jüdischen Mutter, die von den Nazis im Konzentrationslager Theresienstadt interniert worden und erst am 1.7.1945 freigekommen war. Sie hatte drei Kinder in der Schule von Heinrich Behnken gehabt und mit diesem ausschließlich positive Erfahrungen gemacht: „Unter uns nannten wir stets diese Schule, deren Rektor Herr Behnken seit 1919 war, die SPD-Schule. Herr Behnken war bei Eltern und Kindern gleichermaßen beliebt und aufs höchste geachtet. Wenn er ein Nazi gewesen wäre, würde er sich sicher anders gegen uns benommen haben“, schrieb Henny Knickrehm, geb. Lewy.<sup>30</sup>

Von politisch größter Bedeutung war sicherlich das Schreiben von Gerd Niebank, der von 1926 bis 1928 Proponent (Vorsitzender) der „Gesellschaft der Freunde“



Heinrich Behnken, 1955

gewesen war und der Heinrich Behnken als ausgezeichneten Lehrer und „als einen unserer hervorragendsten Schriftsteller und als einen liebenswürdigen Menschen“ bezeichnete, „der jederzeit bereit ist, anderen zu helfen“. „Als Proponent der ‚Gesellschaft der Freunde‘ konnte ich jederzeit auf den guten Rat und energischen Beistand von Heinrich Behnken zählen. Der Nationalsozialismus war seiner ganzen Natur entgegengesetzt. Er hatte eine Abneigung gegen das ganze Verhalten der Nazis. Wenn er im Gegensatz hierzu seine Fähigkeiten auch unter ihrer Herrschaft zur Verfügung stellte, so tat er es nur, um in der Lage zu sein, das Beste vom Geist des niederdeutschen Lebens zu retten und zu erhalten. Kurz: Heinrich Behnken hat außerordentliche Fähigkeiten für die friedliche Organisation dieses Landes, besonders für die Organisation unserer Schulen mit besonderer Berücksichtigung der Lage der ländlichen Bevölkerung, deren Lebensweise und Meinungen er von Grund auf kennt.“<sup>31</sup>

Gerd Niebank war seit 1918 Mitglied der SPD gewesen und wie alle anderen Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ auch nie der NSDAP beigetreten. Ebenso wie Richard Ballerstaedt, langjähriger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und ein unerbittlicher Gegner der Nationalsozialisten, von dem ich bisher kein Leumundszeugnis gelesen hatte. Er schrieb am 7.1.1946 handschriftlich:

„Da ich im März 1933 von den Nationalsozialisten aus politischen Gründen meiner bisherigen Tätigkeit beraubt und in meinem Einkommen erheblich beeinträchtigt wurde, weder der nationalsozialistischen Partei noch einer ihrer Gliederungen oder Organisationen beiträt, sogar wegen meiner Nichtbefolgung der ergangenen Aufforderung zur Hausbeflaggung denunziert wurde, glaube ich hinsichtlich der Beurteilung der nationalsozialistischen Einstellung meiner Umgebung und etwaiger ‚Tarnung‘ sehr hellhörig geworden zu sein. Aufgrund meiner sich über drei Jahrzehnte hinaus erstreckenden Kenntnis will es mir undenkbar erscheinen, dass er seiner zuverlässigen demokratischen Einstellung untreu wurde und sich von den verbrecherischen Irrlehren des Nationalsozialismus umgarnen und einfangen ließ, bin vielmehr von der unbedingten Glaubwürdigkeit seiner Erklärung überzeugt, dass er 1937 der nationalsozialistischen Partei lediglich aus dem Grunde beiträt, sich die Erhaltung seiner Amtsstellung zu sichern.“<sup>32</sup>

Richard Ballerstaedt räumte dabei ein, ihn seit Februar 1941 lediglich einmal gesehen und gesprochen zu haben und über seine Vortragsreisen keine Aussage machen zu können.

Insbesondere die beiden Leumundszeugnisse von Gerd Niebank und Richard Ballerstaedt, die als Nazigegner und untadelige Sozialdemokraten auch bei der Britischen Militärregierung hoch anerkannt waren, führten dazu, dass die Suspendierung aus dem Beamtenverhältnis von Heinrich Behnken durch die Militärregierung

mit Anordnung vom 13.6.1946 wieder aufgehoben und Behnken in seinem Amt bestätigt wurde. Dies teilte Fritz Köhne ihm am 21.6.1946 mit.<sup>33</sup>

In Oersdorf hatte sich Heinrich Behnken verdient gemacht. Der Bürgermeister bescheinigte ihm am 4.9.1945, dass er seit April des Jahres dauernd in der Gemeindeverwaltung gearbeitet habe, „einen Teil der schriftlichen Arbeiten des Bürgermeisters und alle Arbeiten für die Ortsbauernschaft erledigt habe. Er hat sich sehr für die Bekämpfung des Kartoffelkäfers und für die Tee- und Heilkräutersammlung eingesetzt. Bei gutem Wetter hat er Schwimmunterricht erteilt, und seit Monaten gibt er musikalisch begabten Kindern unentgeltlich Unterricht auf dem Harmonium.“<sup>34</sup>

Als Heinrich Behnken im Jahr darauf pensioniert werden sollte, schrieb der Bürgermeister der Gemeinde Oersdorf einen Brief an die Hamburger Schulverwaltung:

„Wir haben erfahren, dass unser Hamburger Klassenlehrer, Herr Heinrich Behnken, von Hamburg pensioniert werden soll. Wir haben uns daraufhin an das Schulamt in Stade gewandt mit der Bitte, Herrn Behnken als Lehrer in unseren Kreis zu übernehmen, haben dort aber den Bescheid erhalten, dass im Land Niedersachsen zur Zeit jeder Lehrer pensioniert werden muss, der die Altersgrenze erreicht hat, weil vorläufig noch nicht alle Flüchtlingslehrer eine Anstellung erhalten haben, und dass Herr Behnken nur unser Lehrer bleiben kann, wenn Hamburg ihn noch im Amt bleiben lässt. Nun wünscht aber die ganze Gemeinde Oersdorf, Haus bei Haus, Einheimische und Flüchtlinge ohne Unterschied, dass Herr Behnken noch unser Lehrer bleibt; denn er besitzt das Vertrauen der ganzen Gemeinde. Wir richten daher die dringende Bitte an die Schulverwaltung Hamburg, ihn noch eine Weile im Amte zu lassen, damit er weiterhin unsere Kinder lehren kann. Wir würden der Schulverwaltung Hamburg sehr dankbar sein, wenn sie uns diese Bitte erfüllen könnte.“<sup>35</sup>

Ein großer Vertrauensbeweis, aber zu viel verlangt von Hamburg, das selbst mit seinen Lehrerstellen haushalten musste. So antwortete Oberschulrat Fritz Köhne:

„Wir schätzen Herrn Behnken ebenso wie die Gemeinde Oersdorf es tut; es liegt aber für Hamburg kein schulisches Interesse vor, weiterhin ein Direktorengehalt für die Schulstelle in Oersdorf zu zahlen. Persönliche Wertschätzung und Freundschaft können an diesem Rechenexempel nichts ändern.“<sup>36</sup>

Köhne ergänzte, dass er sich in dieser Sache an den niedersächsischen Kultusminister Grimme gewandt und diesen gebeten hätte, Heinrich Behnken nach der Versetzung in den Ruhestand durch die Hamburger Schulverwaltung in Oersdorf weiter als Lehrer zu beschäftigen.<sup>37</sup>

Am 31.7.1947 wurde Heinrich Behnken mit der Pension eines Rektors in den Ruhestand gesetzt. Kurt Zeidler vermerkte für den Fachausschuss für die Entnazifizierungsverfahren: „Politisch unbedenklich. Die Akte enthält nichts Belastendes.“<sup>38</sup>

Die soziale Lage für Heinrich Behnken blieb weiterhin schwierig. Er wies darauf hin, dass er in den Bombenangriffen auf Hamburg 1943 sein gesamtes Hab und Gut, sämtliche Möbel verloren hatte und sich in der Zeit in Oersdorf mit geliehenen Möbeln in der Dienstwohnung der Schule beholfen hatte, die jetzt nicht mehr zur Verfügung standen. Außerdem musste er seinen nach siebeneinhalb Jahren Arbeitsdienst und Wehrmacht zurückgekehrten Sohn, der jetzt in Hamburg Jura studierte, mit dessen vierköpfiger Familie unterstützen. Jetzt beklagte sich Heinrich Behnken darüber, dass er von der Erhöhung des Ruhegehalts ausgeschlossen worden sei, „weil ich einmal für kurze Zeit vom Amte suspendiert worden sei“.<sup>39</sup>

Heinrich Behnken war nachhaltig verbittert über diese Entscheidung und vermutete, dass die Britische Militärregierung dieses verfügt hätte, weil er in seinem Fragebogen geschrieben hatte, er sei „Sachbearbeitungsleiter für Niederdeutsch im NSLB gewesen“.<sup>40</sup>

Dazu bemerkte er jetzt:

„Zu diesem Posten war ich von der damaligen Schulbehörde gedrängt worden, und ich hätte alle meine bisherigen Anstrengungen verleugnet, wenn ich ihn nicht angenommen hätte; denn die Erhaltung und Pflege der niederdeutschen Sprache und Literatur und des niederdeutschen Volkstums lag mir von jeher am Herzen, und ich hatte seit Jahrzehnten dafür gearbeitet. Die Militärregierung hatte natürlich keine Ahnung davon, dass unsere Arbeit mit Politik nichts zu tun hatte, geschweige denn mit Parteipolitik. In Gegenteil: die ganze niederdeutsche Bewegung wurde von dem Propagandaministerium mit großem Argwohn beobachtet; ihr wurde ‚Kulturseparatismus‘ vorgeworfen, und sie wurde soviel wie möglich behindert; es wurde zum Beispiel der Presse verboten, Veröffentlichungen in plattdeutscher Sprache zu bringen. Unsere Arbeit im NSLB bestand darin, dass wir eine plattdeutsche Fibel herausgaben, ein ebensolches Lesebüchlein zusammenstellten, Fortbildungskurse für die hamburgische Lehrerschaft im Plattdeutschen abhielten. Das war der Militärregierung natürlich nicht bekannt. Sie war vermutlich einfach über die Bezeichnung ‚Sachbearbeitungsleiter‘ im Fragebogen gestolpert und hatte danach ihre Entscheidung getroffen.“<sup>41</sup>

Ich glaube, dass Heinrich Behnken es sich mit dieser Erklärung zu einfach machte. Möglicherweise hatte die Britische Militärregierung auch festgestellt, dass der Geschäftsführer der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg, Heinrich Behnken, durch diese Tätigkeit im engen Kontakt mit dem NS-Senator Wilhelm von Allwörden und anderen NS-Größen stand und sicherlich war auch bekannt gewesen, dass seine Vortragsreisen im Auftrag des Propagandaamtes in Hamburg stattfanden. Ohne Kenntnis des Charakters und der politischen Grundhaltung Behnkens vor 1933, hatte dieser sich formal mit den Nationalsozialisten eingelassen, auch wenn

er 1933 noch nicht Mitglied der NSDAP geworden war. Somit gab es formale Gründe für die Britische Militärregierung, die nachvollziehbar zu dieser Entscheidung führten.

Heinrich Behnken stellte in seinem Schreiben auch noch einmal fest:

Als die Entscheidung der Militärregierung bekannt wurde, „da war, wie mir der damalige Oberschulrat, Herr Köhne, sagte, das Schulratskollegium und auch der Senator Landahl peinlich überrascht. Herr Köhne versicherte mir, dass er selbst, dazu auch die Herren Schulräte Schmidt (verantwortlich für die Entnazifizierung) und Wommelsdorff (mein Bezirksschulrat) alles tun würden, um die ungerechte Entscheidung rückgängig zu machen. Mein früherer Lehrkörper trat wie ein Mann für mich ein; die Schulelternschaft schloss sich an, und alle erklärten auf das entschiedenste, dass ich mich niemals parteipolitisch betätigt oder gar versucht hatte, die Schularbeit in nationalsozialistischem Sinne zu beeinflussen.“<sup>42</sup>

Die Hamburger Schulbehörde setzte sich dafür ein, dass Heinrich Behnken für die Kriegssachschäden vom „Ausgleichsamt Lokstedt“, insbesondere für seine verloren gegangene Bibliothek eine Entschädigungszahlung bekam.<sup>43</sup>

Heinrich Behnken blieb auch als Pensionär schriftstellerisch tätig und erhielt für seinen 1955 erschienenen Roman „Lütje Micheels, de Schoolmester“, ein Dorfschulmeister-Roman, „der über weite Strecken die Lebensgeschichte des Vaters spiegelte“<sup>44</sup>, den erstmals vergebenen Fritz-Reuter-Preis der Stiftung F. V. S.<sup>45</sup>

Heinrich Behnken starb am 1.12.1960.<sup>46</sup>

Schulsenator Heinrich Landahl würdigte den Verstorbenen in einem Kondolenz-Schreiben an die Witwe Gertrud Behnken mit den Worten:

„Viele Generationen junger Menschen hat Ihr Gatte ins Leben geführt und neben seinem Wirken in der Schulstube den Erwachsenen viele Stunden der Besinnung geschenkt. Durch seine Gabe, in der von ihm geliebten niederdeutschen Mundart das Menschliche zu gestalten und uns nahe zu bringen, hat er unzähligen jungen und alten Menschen geholfen, sich und die Welt zu verstehen. Der Name Heinrich Behnken wird nicht nur in der Lehrerschaft einen guten Klang behalten.“<sup>47</sup>

## Anmerkungen

1 Personalakte Heinrich Behnken, StAHH, 361-3\_A 1337

2 Johannes Saß: Niederdeutsches Autorenbuch, Hamburg 1956, S. 31.

3 Personalakte a. a. O.

4 BArch, 3330/ D 0003; Bl. 1708f.

5 Siehe die Biografie Bruno Peyn, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016 S. 480ff.

6 Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus (Herausgegeben von Kay Dohnke, Norbert Hopster und Jan Wirrer), Hildesheim-Zürich-New York 1994, S. 97.

- 7 Michael Töteberg: „Nedderdüütsch Volk op'n Weg“. Die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg. Ein Dossier: Niederdeutsch im Nationalsozialismus a. a. O., S. 123
- 8 Töteberg a. a. O., S. 139
- 9 Kay Dohnke: „Ik stäk die Fahn ut“. Verhaltensweisen niederdeutscher Schriftsteller im Nationalsozialismus, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus a. a. O., S. 302.
- 10 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 24.12.1940. So Carsten Scholz in seiner Kurzbiografie Heinrich Behnken, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Göttingen 2006, Bd. II, S. 44. Darin schreibt Scholz fälschlicherweise, dass Behnken „zeitweise Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ gewesen sei.
- 11 Heinrich Behnken: Die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg und der NS-Lehrerbund, HLZ 38/39–1936, S. 337.
- 12 Ebd.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Siehe die Biografie Wilhelm von Allwörden in diesem Band.
- 15 Schreiben vom 11.3.1936, Personalakte a. a. O.
- 16 Scholz 2006, S. 44f.
- 17 Ebd., sowie Personalakte a. a. O.
- 18 Scholz 2006, S. 44.
- 19 Siehe auch die Biografie Ernst Schrewe.: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 82ff. Schreiben des Reichspropagandaamtes Hamburg vom 27.6.1944, Personalakte a. a. O.
- 20 Schreiben vom 23.6.1944, Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte Behnken, StAHH, 221-11\_Ed 8908
- 23 Entnazifizierung Ausschluss vom 6.6.1946, Schreiben vom 23.6.1944, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Schreiben vom 31.10.1945, Personalakte a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Schreiben vom 15.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 7.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben vom 4.9.1945, Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 18.5.1947, Personalakte a. a. O.
- 34 Schreiben vom 31.5.1947, Personalakte a. a. O.
- 35 Ebd.
- 36 Versetzungsverfügung in den Ruhestand vom 21.5.1947, Personalakte a. a. O.
- 37 Schreiben von Heinrich Behnken vom 20.6.1949 und vom 21.1.1952, Personalakte a. a. O.
- 38 Schreiben vom 21.1.1952, Personalakte a. a. O.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Siehe etwa das Schreiben vom 26.7.1958, Personalakte a. a. O.
- 42 Scholz 2004, S. 45.
- 43 Ebd.
- 44 Personalakte a. a. O.
- 45 Schreiben vom 6.12.1960, Personalakte a. a. O.

## Alexander Stempel

**„Nach anfänglicher Skepsis kam es schon bald zu einer weitgehend harmonischen Zusammenarbeit zwischen den Produzenten und Förderern niederdeutscher Literatur und der Reichsschrifttumskammer.“**

Zur Gruppe derjenigen, die sich vehement für die Anerkennung des Plattdeutschen einsetzten, in niederdeutschen Vereinigungen und Organisationen aktiv waren, nicht als Nationalsozialisten galten, aber enge Verbindungen zu diesen hatten und auch von der NS-Schulverwaltung in leitende Stellen berufen wurden, gehört Alexander Stempel. An seinem Beispiel kann deutlich gemacht werden, welcher Typus Mensch, trotz vorhandener Sensibilität und sozialer Grundhaltung zu einem Dabeigewesenen wurde, der aus opportunistischen Gründen 1937 in die NSDAP eintrat und ein nützliches Rädchen im Getriebe wurde.

Alexander Stempel wurde am 27.11.1886 als Sohn eines Rentiers, wie er in seinem Personalbogen angab, in Hamburg geboren. Er besuchte von 1893 bis 1901 die Volksschule Laeizstraße 12, danach das Hamburger Lehrerseminar in der Binderstraße, wo er 1901 die erste Lehrerprüfung ablegte. Anschließend wechselte er auf die private Realschule Dr. Bieber und von dort 1910 auf das Realgymnasium des Johanneums, um hier ein Jahr später das Abitur zu bestehen. Ein bildungsbeflisener, ambitionierter Mann.<sup>1</sup>

Anschließend studierte Stempel an den Universitäten München, Freiburg, Berlin, Paris und Rostock Deutsch, Englisch und Französisch. Er legte im März 1915 in Rostock die Staatsprüfung ab und wurde promoviert. Danach war er vom 12.4.1915 bis zum 16.12.1918 im Kriegsdienst, aus dem er als Leutnant der Reserve entlassen wurde.<sup>2</sup>

Vor dem Krieg hatte er an der Oberrealschule in Eimsbüttel sein Anleitungsjahr begonnen, das er offenbar nach Rückkehr aus dem Krieg dort fortsetzte, um am 1.8.1919, nach der zweiten Lehrerprüfung als Oberlehrer weiterhin an der Oberrealschule in Eimsbüttel, am Kaiser-Friedrich-Ufer, fest eingestellt zu werden.<sup>3</sup>

1920 ging Stempel für zwei Jahre ins brasilianische Bahia, um dort eine deutsche Schule zu gründen.<sup>4</sup>

Alexander Stempels Leidenschaft war das Plattdeutsche. Er schrieb Geschichten und Gedichte in „Plattdütsch Land un Waterkant“, und seit 1923 Berichte und wissenschaftliche Beiträge in den „Mitteilungen aus dem Quickborn“, wo er auch als Schriftleiter tätig war. Außerdem veröffentlichte er in Tageszeitungen und nach seiner Pensionierung das Standardwerk: „Plattdeutsche Rechtschreibung



nach hochdeutschem Vorbild“, wiederum im „Quickborn“ 1955.<sup>5</sup>

Über Alexander Strepels Arbeit als Lehrer ist wenig überliefert. Gerhard Nöthlich, der von 1936 bis 1943 Schüler am Kaifu gewesen war und Stempel als stellvertretenden Schulleiter kennengelernt hatte, als dieser in Vertretung des als Offizier in den Krieg gezogenen Schulleiters Dr. Ernst Dätz die vertretungsweise Leitung der Oberrealschule in Eimsbüttel übernommen hatte, charakterisierte die Beiden knapp und zugespitzt. Er stellte fest, dass sie ihn aus Schülerperspektive sehr stark an die „Feuerzangenbowle“ erinnerten: „Schulleiter Dätz: ‚Nützlicher Idiot‘ in Majorsuniform. ‚An die Arbeit!‘ – so sein Motto. Stempel: kein Nazi, aber staatsloyal. Niederdeutscher Federfuchser.“<sup>6</sup>

Später schrieb Gerhard Nöthlich noch einmal: „Dr. Stempel erschien stets als präzise denkender, gut formulierender, kenntnisreicher Mensch. Er hatte sich – in der niederdeutschen Vereinigung ‚Quickborn‘ auch um die Pflege der plattdeutschen Sprache verdient gemacht, galt allerdings bei manchen Vertretern dieser Richtung als ‚Federfuchser‘. Diese Aussage korreliert mit meiner Schüler-Erinnerung. Er war es, der als stellvertretender Schulleiter behördliche Anordnungen und Erlasse, durch die Klassenräume schreitend, zu verkünden und zu erläutern hatte. Rückblickend vermute ich, dass Dr. Dätz, in richtiger Einschätzung seiner eigenen Fähigkeiten, seinen Vertreter vorausschickte. Stempel also betrat, den regulären Unterricht unterbrechend, den Raum, die Hornbrille auf die Stirn geschoben. Meine Erinnerung trägt mich nicht, dass er sie bei Nennung des Wortes ‚Behörde‘ durch zuckende Bewegung der Stirnhaut auf die Nase fallen ließ, um sodann mit dem Vorlesen dessen zu beginnen, was da zu verkünden war. Und davon gab es zwischen 1936 und 1943 wahrlich viel.“<sup>7</sup>

Die Charakterisierung als „Federfuchser“ und als bürokratischer Umsetzer behördlicher Anordnungen wird im Weiteren noch zu illustrieren sein.

In der Biografie von Heinrich Behnken in diesem Band habe ich schon beschrieben, wie die unterschiedlichen Niederdeutschen Organisationen nach 1933 gleichgeschaltet werden sollten und tatsächlich auch in der Vereinigung „Niederdeutsches Hamburg“ zusammengefasst wurden. Deren Vorsitz übernahm der neue Senator Wilhelm von Allwörden, der im Senat für Kultur zuständig war und später auch für den Bereich der Schule. Ehrenvorsitzender wurde der Regierende Bürgermeister Carl Vincent Krogmann, Geschäftsführer Heinrich Behnken.<sup>8</sup>

Alexander Stempel war als Vertreter des Quickborn-Vorstandes an diesem Prozess intensiv beteiligt. Er hielt stetigen Kontakt zu allen agierende Personen, die nationalsozialistische Aktivisten oder Repräsentanten waren.

In der umfassenden Darstellung der „Niederdeutschen Bewegung vor und nach 1933“ stellen Norbert Hopster und Jan Wirrer fest:

„Die hier zu Tage tretenden Machtkämpfe zwischen verschiedenen Nazi-Institutionen zeigen deutlich, dass es innerhalb des Nationalsozialismus durchaus unterschiedliche Strömungen mit jeweils eigenen, ihren Ansprüchen nach gegenläufigen Organisationen gab. Das Verhalten der betroffenen niederdeutschen Funktionäre darf als mehr oder weniger geschicktes Taktieren zwischen diesen Organisationen gewertet werden, mit welchem es ihnen gelang, ihren Vereinigungen wenigstens eine Zeit lang eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren. Dabei darf nicht übersehen werden, dass annähernd alle erwähnten Funktionäre zumindest mit dem Nationalsozialismus sympathisierten und zwischen ihren Bemühungen um das Niederdeutsche und die niederdeutsche Literatur einerseits und die politischen Grundlinien der NSDAP andererseits – fälschlicherweise – keinen Zielkonflikt sahen.“<sup>9</sup>

In den Anmerkungen zu diesem Absatz schrieben die beiden Autoren ausdrücklich: „Eine Ausnahme von der Regel war sicherlich der von sozialdemokratischen Überzeugungen geprägte Alexander Stempel.“<sup>10</sup>

Dennoch war Stempel als langjähriges Vorstandsmitglied der Vereinigung Quickborn und Schriftleiter der „Mitteilungen aus dem Quickborn“ mit „Zustimmung des 1929 gegründeten radikal-rassistischen Kampfbund für deutsche Kultur Alfred Rosenbergs“ und seines Hamburger Landesleiters Heinrich Haselmeyer<sup>11</sup> auch in der von den Nationalsozialisten gleichgeschalteten Vereinigung Quickborn als Schriftführer weiterhin Mitglied des Vorstandes.<sup>12</sup>

Skeptisch waren die Nationalsozialisten in Bezug auf Alexander Stempel, weil dieser auch einen langjährigen „höflichen Kontakt zu der jüdischen Germanistik-Professorin Agathe Lasch“ gepflegt hatte.<sup>13</sup>

Alexander Stempel bereitete es offenbar keine Schwierigkeiten, eng mit nationalsozialistischen Aktivisten in diesem Bereich zusammenzuarbeiten, wie dem Mitbegründer der Finkenwarder Speeldeel und Schulleiter, Hinrich Wriede<sup>14</sup> und dem niederdeutschen Dramaturgen, Autor und Oberstudiendirektor, Bruno Peyn<sup>15</sup>, die beide führende Funktionen in der niederdeutschen Bewegung innehatten.

Ein anderer Autor, Jörg Schilling, der sich mit der Heimatkunstabewegung auseinandersetzte im Kontext „Niederdeutsch und Nationalsozialismus“ beschäftigte sich mit der Haltung des Quickborn-Mitherausgebers Alexander Stempel und anderer Vertreter der Niederdeutschen Bewegung und stellte fest:

„Diese Haltung Stempels und anderer führender Vertreter der niederdeutschen Bewegung der Dreißigerjahre sowie die überwiegend positive Einstellung der Mehrzahl der damals schreibenden niederdeutschen Autoren zum Nationalsozialismus führte nach anfänglicher Skepsis bald zu einer weitgehend harmonischen Zusammenarbeit zwischen den Produzenten und Förderern niederdeutscher Literatur und der Reichsschrifttumskammer.“<sup>16</sup>

Man könnte es durchaus schärfer formulieren: In manchen Veröffentlichungen erwies sich Alexander Stempel nicht nur als angepasst, sondern näherte sich ideologisch durchaus an die Nationalsozialisten an und nahm deren Gedankengut an, wie Jan Wirrer in seinem Aufsatz „Die Rassenseele ist des Volkes Sprache“ ausführt:

„Wenn sich Nationen nicht mehr über Sprache, sondern zuvörderst über Rasse definieren, können verschiedene Sprachen und/oder sprachliche Varietäten nicht mehr zur Abspaltung von regionalen Bevölkerungsteilen führen. Genau auf dieser Linie argumentiert Alexander Stempel in einem Aufsatz vom Winter 1933 mit dem bezeichnenden Titel ‚Politischer Separatismus und plattdeutsche Sprache‘. Am Ende seiner relativ komplizierten, aber nachvollziehbaren Argumentation resümiert Stempel wie folgt: ‚Politische, religiöse, wirtschaftliche, vor allem rassische Gegensätze haben zum Separatismus geführt, die Sprache hat ihn hinterher verschärft, nie hat sie ihn veranlasst. Und unser Plattdeutsch, arm gegenüber seiner hochdeutschen Schwester und ihr in so vieler Beziehung unterlegen, sollte das fertig bringen? Man bedenke doch das, was Adolf Hitler Seite 428 (in Mein Kampf, J. W.) in die Worte kleidet, dass ‚die Rasse eben nicht in der Sprache liegt sondern im Blute‘.“<sup>17</sup>

In einer Anmerkung schreibt Wirrer dazu:

„Die Tatsache, dass Alexander Stempel Autor eines solchen – im Grunde anbiedernden – Aufsatzes ist, zeigt die Komplexität damaliger Verhältnisse. Denn Stempel war weder Mitglied der NSDAP, noch hatte er besondere Sympathien für den Nationalsozialismus. 1937 wurde er – möglicherweise wegen seiner sozialdemokratischen Überzeugungen – in seiner Funktion als Schriftleiter der ‚Mitteilungen aus dem Quickborn‘ für untragbar erklärt. Dies wiederum lässt sich nur schwer mit seiner Mitgliedschaft im rassistisch ausgerichteten ‚Kampfbund für Deutsche Kultur‘ in Einklang bringen.“<sup>18</sup>

Es ist nicht das einzige Beispiel für Anpassung, vielleicht auch „Besserwisseri“ oder ein Beleg dafür, dass Stempel ein „niederdeutscher Federfuchser“ gewesen war, wie Gerhard Nöthlich ihn charakterisierte. Stempel rezensierte in den „Mitteilungen aus dem Quickborn“ niederdeutsche Stücke. Arbeitslosigkeit und ihre vermeintliche Überwindung durch die NS-Regierungspolitik war ein beliebtes propagandistisches Thema. Als der Autor Walter Looschen in seinem Stück „Dat anner Leben“ die „Problemlösung nicht eindeutig genug konstruierte, die Verdienste der NS-Regierung zu wenig in den Blick gerückt hatte“, kritisierte der Rezensent Stempel dies mit den Worten: „Die Verzweiflung des Arbeitslosen, sein Verzagtsein, das alles aber passt allein in frühere Jahre. Hier hat der Verfasser mit kühnem Satze zwei Erscheinungen durcheinandergeworfen. Wir stehen aber diesen Dingen viel zu nahe, als dass wir das nicht merkten und als störend empfänden.“<sup>19</sup>

Hier, 1934 geschrieben, war von einem sozialdemokratischen Alexander Stempel nichts zu spüren. Es war Anbiederung an die Nationalsozialisten, vielleicht um seine Veröffentlichungsmöglichkeit nicht zu gefährden.

Im selben Jahr schrieb Alexander Stempel in der „Hamburger Lehrerzeitung“ unterm Hakenkreuz den Aufmacher-Artikel auf der ersten Seite: „Plattdeutsch in der Schule“.<sup>20</sup> Stempel gibt darin einen guten Überblick über die Diskussion, inwieweit das Plattdeutsche in der Schule gesprochen und gefördert werden müsste und wie die Diskussion darum seit langer Zeit geführt wurde. Es zeigt ihn aber auch als hierarchieorientierten Bürokraten, der sich darüber erfreut zeigte, dass die Landesunterrichtsbehörde (LUB) im Jahr 1934 in Hamburg Plattdeutsch für die Schule angeordnet hatte und der immer wieder darauf hinwies, dass die Landesunterrichtsbehörde die notwendigen Folgerungen schon ziehen werde. Und Stempel machte deutlich, wie eng er sich mit den von ihm erwähnten Protagonisten der plattdeutschen Mundart verbunden fühlte, wie „Bruno Peyn, dem Herausgeber der Nordmarkbücherei“, und ausdrücklich auch Willi Schulz, dem Landesschulrat und Gauamtsleiter des NSLB, dessen, „wegen der besonderen Verhältnisse in den Landschulen“ bemerkenswerten Aufsatz ‚Zur Frage des Sprachunterrichts in den Landschulen‘, der in der ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ 1929 erschienen ist“, also zu einer Zeit, als der NSLB noch gar nicht existierte.<sup>21</sup>

# Hamburger Lehrerzeitung

Wochenzeitschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg



Herausgeber: W. Schulz, Landesleiter des N.S.L.B. Hamburg

---

15. Jahrgang
Hamburg, Sonnabend, den 10. November 1934
Nummer 44

---

Inhalt: Plattdeutsch in der Schule / Plattdeutsch und Hochdeutsch in der Landeskirche / Hochdeutsches Lager auf Hof Wenzken / Lichtbildausstellung „Der niederdeutsche Mensch“ / Bücher und Schriften / Mitteilungen / Sonntagsblätter.

---

### Plattdeutsch in der Schule

Von Dr. A. Stempel

Man muß die Jahrhundertwende feiern, wie sie fallen.  
 1634 läßt Hans Wilmjen Lauremberg in seinen Scherzgedichten einen Hochdeutschen gegen das Plattdeutsche sagen:  
 „Eure eigne Plattvriprach ik bei euch selts ik amocht,  
 wer offentlich deen redt, dem heelt man nicht gelycht.“  
 1834 erhebt die Schrift: „Soll die plattdeutsche Sprache gepflegt oder ausgerottet werden? Gegen ersteres und für letzteres beantwortet von Dr. Ludolf Wienberg“.  
 1934 ordnet die LUB Plattdeutsch für die Schule an.

Aus diesen Jahrhundertssprüngen — die die Aufgabe, Plattdeutsch in der Schule, umreißen, auch wenn es zunächst nicht so scheint — könnte man schließen, heute, 1934, sage jedermann mit Lauremberg: „Mitte spreke my moigheit, bettere ik in unsem land, de nich wel van er heit“, sonst würde sich die LUB nicht für das Plattdeutsche einsetzen; man könnte ferner schließen, die Frage des Kieler Dreizehnten sei inzwischen „für erheeres und gegen letzteres“ beantwortet und die Verfügung der LUB wäre nur

biesen untergraben, die bisher als lauterste Quellen allen plattdeutschen Sprachgutes galten.

Schließlich ist es durchaus nicht natürlich, daß sich die LUB jetzt für das Plattdeutsche einsetzt. Es wäre leicht, allein aus einer Zeitschrift, z. B. den Mitteilungen aus dem Quadeborn, eine lange Reihe von Lehrern aller Schulstufen hier abzuzählen, die seit dreißig Jahren versucht haben, dem Plattdeutschen den Weg in die Schule zu ebnen. Die Behörde hat das Bestreben dieser Lehrer nicht verhindert noch behindert, aber erreicht worden ist seit nichts; denn die Erfolge, die diesen einzelnen Lehrern sozulagen auf eigene Rechnung gutschreiben sind, verhältnismäßig gegenüber dem, was das Plattdeutsche verloren hat. Daß die LUB jetzt die Pflege des Plattdeutschen vorsschreibt, ist also etwas Neues und Großes, ist ein gewaltiger Fortschritt.

Wenn man diese Überlegungen von anderer Seite betrachtet, so ergibt sich, daß die Aufgabe, Plattdeutsch in der Schule zu pflegen, offenbar schwierig, dringend und wichtig sein muß. Gegen diese drei Punkte werden — auch nicht erst seit gestern — vielerlei Einwendungen erhoben. Und das geschieht von Eltern und besonders auch — Dreyzeitung — von Lehrern.

Beitrag  
 Alexander  
 Stempels  
 in der HLZ vom  
 10.11.1934

Am gravierendsten erscheint mir eine andere Aktivität von Alexander Stempel, die zeigt, dass er seine Expertise bereitwillig den nationalsozialistischen Machthabern zur Verfügung stellte. Die NS-Schulverwaltung berief ihn 1933 in eine „Kommission zur Überprüfung der Schülerbüchereien an den höheren Schulen Hamburgs“, mit dem Auftrag, eine Liste von Autoren zu erstellen, die aus den Hamburger Schülerbibliotheken und dem Unterricht gesäubert werden sollten. Die Kommission, Wegbereiter der Bücherverbrennung.

Gemeinsam mit Alexander Stempel agierten Bruno Peyn, Otto Ludwig<sup>22</sup>, Walter Machleidt<sup>23</sup> und Erwin Zindler<sup>24</sup>. Im Vorwort zur erstellten Liste hieß es: „Die Kommission schlägt der Landesschulbehörde vor, folgendermaßen zu verfahren: Die Bücher der in Liste A genannten Verfasser sind umgehend an die Landesschulbehörde einzusenden. Diese Schriften werden in nächster Zeit öffentlich verbrannt. Die Bücher der in Liste B genannten Verfasser sind aus der Schülerbücherei zu entfernen und aus den Katalogen zu streichen. Sie können entweder in die Lehrerbücherei oder in die Schüler-Lehrbücherei aufgenommen werden. Jedenfalls sollen sie nur auf besonderen Antrag eines Lehrers in die Hand der Schüler kommen. Die Landesschulbehörde wünscht sich bis zum ... Meldung von den Büchereiverwaltern über alle Schriften, die aus ihrer Schülerbücherei ausgeschieden worden sind, mit genauer Angabe von Verfasser, Titel und neuem Aufbewahrungsort. Erst nachdem dies geschehen ist, werden die Büchereien wieder zur Benutzung freigegeben. Die Kommission fasst ihre ausmerzende Tätigkeit nur als den ersten Teil ihres Auftrages auf. Sie wird daher in nächster Zeit der Landesschulbehörde eine Bücherliste einreichen, von deren Schriften sie glaubt, dass sie in einer modernen Schülerbücherei vorhanden sein müssen. Die Kommission bittet, den Büchereiverwaltern von dieser Liste Kenntnis zu geben und sie zu verpflichten, bei nächster Gelegenheit aus ihr Bücher zur Anschaffung auszuwählen.“<sup>25</sup>

Zu den „auszumerzenden“ Autoren der Liste A gehörten laut Stempel und seiner Kommission u. a.: Josef Conrad, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Ludwig Marcuse, Arnold Zweig und Stefan Zweig.<sup>26</sup>

Und in Liste B befanden sich unter anderem die Autoren: Dostojewski, Fallada, Gandhi, Gogol, Gorki, Gerhart Hauptmann, Hofmannsthal, Kollwitz, Thomas Mann, Karl Marx, Puschkin, Rousseau, Stendhal, Tolstoi, Werfel, Wilde, Zola.<sup>27</sup>

Alexander Stempel trat am 1.5.1937 in die NSDAP ein. 1935 war er auch Mitglied in der NSV und im NSLB geworden, ein Jahr später auch im NS Reichsbund für Leibesübungen.<sup>28</sup>

Ohne 1933 Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein, hatte ihn die Schulverwaltung von November 1933 bis Oktober 1934 und dann noch einmal von April

1936 bis April 1938 zum stellvertretenden Schulleiter am Kaifu, der Oberrealschule in Eimsbüttel ernannt.<sup>29</sup>

Nachdem sich Oberstudiendirektor Ernst Dätz als Offizier zum Kriegsdienst meldete, leitete Stempel die Schule von 1939 bis August 1942 und nach einer kurzen Unterbrechung wieder von April 1943 bis April 1944 als kommissarischer Schulleiter.<sup>30</sup> Inzwischen war er auch NSDAP-Mitglied geworden. In seinen Entnazifizierungsfragebogen fügte er am 30.5.1945 ein, dass ihm im April 1944 wegen seiner „Opposition zu NSDAP Kreisleiter Gloy“ die Leitungs-Verantwortung genommen worden war.<sup>31</sup>

Es mag durchaus so gewesen sein, wobei es keine praktische Bedeutung hatte, da zu diesem Zeitpunkt ohnehin kein Unterricht mehr stattfand und die Schülerinnen und Schüler sich in der Kinderlandverschickung befanden. Aber es war sicherlich eine gute Empfehlung dafür, dass die Schulverwaltung Alexander Stempel nach Ende der NS-Herrschaft mit der Leitung dieser Schule beauftragte. Kontinuitäten, die verwundern.

Als das Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer im Jahre 1967 das 75-jährige Jubiläum feierte, schrieb Alexander Stempel als langjähriger Zeitzeuge und Schulleiter seine Erinnerungen auf. Darin las man:

„Selbst Mitgliedern der NSDAP ging manches zu weit. Bei Verboten konnten sie sich damit trösten, dass Schüler gerade das Verbotene reizte. Sie lasen Heinrich Heine und spielten die Werke Mendelssohn-Bartholdys.“<sup>32</sup>

Ob sich Stempel wohl noch daran erinnerte, dass er 34 Jahre zuvor der Kommission angehört hatte, die Heinrich Heine aus dem Unterricht und den Schülerbüchereien verbannt hatte?

Interessant auch der Hinweis: „Im Jahre 1939 sollten alle jene Lehrer die Schule verlassen, die noch keine Parteimitglieder waren: Sie seien nicht würdig und imstande, die Jugend ‚im neuen Geist‘ zu erziehen. Im Höheren Lehramt handelte es sich um 7 % der Kollegen. Die meisten der übrigen gehörten als ‚Mitläufer‘ der Partei an. Sie taten treu das, was ihnen ihre Selbstverantwortung gebot. Der Krieg und die vielen Einziehungen zum Wehrdienst verhinderten jedoch die geplante Maßnahme.“<sup>33</sup>

In einem anderen Kapitel, „Schule mit Unterbrechungen, Erinnerungen eines Schulleiters“ überbeschrieben, kramte Alexander Stempel in seinem Gedächtnis:

„Den jetzigen Schülern erscheint ganz unglaublich, was in der Nazizeit geschah. Darum möchte ich, wenn ich von Kollegen erzähle, die Schicksale der Herren Dr. Machleidt und Wahlstedt herausheben.“<sup>34</sup>

Stempel leitete die Erinnerung an Walter Machleidt mit einer gewissen Beiläufigkeit ein: „Bei der von der Behörde befohlenen Ausarbeitung von Richtlinien

für eine ‚Arisierung‘ der Lehrer- und Schülerbüchereien in den Oberschulen hatte ich Dr. Machleidt kennengelernt.“<sup>35</sup>

Das konnte er 1967 so locker formulieren und er beschrieb Walter Machleidt dann:

„Er wurde später zu uns versetzt und entpuppte sich als angenehmer Kollege, als tüchtiger Lehrer und – als überzeugter Christ. Er war schon vor 1933 Parteigenosse und daher bei der Machtübernahme Direktor der Luisen-Schule in Bergedorf geworden, Christ war er geblieben. Als er das durch Morgenandachten und Gebet mit der ganzen Schule zu erkennen gab, wurde er kurzerhand zum stellvertretenden Direktor in die Curschmann-Straßen-Schule ‚zurückbefördert‘. Aus den gleichen Gründen landete er bald darauf als einfacher Studienrat bei uns. Als ich Dr. Dätz einmal vertrat, kam er zu mir und sagte mir, er wolle mich vor Unannehmlichkeiten auf der Behörde bewahren und mir daher erzählen, dass er nach wie vor bei Unterrichtsbeginn mit seiner Klasse sänge und bete. Was ich dazu sagte? Eigentlich habe ich ihn bewundert. Gesagt habe ich, er möchte an seine Erfahrungen, er möchte aber vor allem daran denken, dass er fünf Kinder habe und dass es auch weise sei, Vorsicht walten zu lassen. Es geschah nichts mehr gegen ihn, zumal auch Dr. Dätz ihn gewähren ließ. Dr. Machleidt ist als Offizier in Riga tödlich verunglückt.“<sup>36</sup>

Dass die Realität vielschichtiger war, habe ich in den Biografien über Walter Machleidt und Ernst Dätz in den beiden Bänden der „Täterprofile“ beschrieben. Und auch Alexander Stempel ist eine vielschichtige Person gewesen. Rührend und hilfreich, wie er sich als amtierender Leiter der Schule um die Witwe von Walter Machleidt kümmerte und in ihrer Stunde der Not als junge Witwe für sie bürokratische Schreibereien erledigte, als man sie aufforderte, den „Ariernachweis“ ihres verunglückten Mannes einzureichen.<sup>37</sup>

Und charakteristisch auch für den Vielschreiber und Bürokraten Alexander Stempel, wie er als kommissarischer Schulleiter am Kaifu mit der Ehefrau des abwesenden Schulleiters und Weltkriegs-Major Ernst Dätz kommunizierte und ihr die Probleme bei der Kinderlandverschickung (KLV) ausführlich darlegte. Darin wurde auch die Autoritätshörigkeit Stempels deutlich. Autorität war die Führungsriege des NS-Staates und deren Organisationen. So erklärte Alexander Stempel Frau Dätz am 16.4.1941 die KLV:

„Die gesamte Kinderlandverschickung hat der Führer Baldur von Schirach übertragen, dem ja, abgesehen davon, dass er Gauleiter in Wien ist, doch maßgebender Einfluss auf die Jugend Deutschlands weiterhin vergönnt ist. Baldur von Schirach konnte die Kinderlandverschickung nicht allein völlig durchführen, da zu viele HJ-Führer wegen des Krieges fehlen. So trat neben die HJ die Partei mit ihren verschiedenen Gliederungen. Leute, die Erfahrung besaßen in Bezug auf die

Verschickung größerer Kindermengen, zum Beispiel einer ganzen Schule, waren die Lehrer. Deshalb wurde der NSLB eingeschaltet, und bis auf den heutigen Tag stehen nun NSLB, NSV und HJ, dazu aber die Kreisleiter und Gauleiter mit ihren Stäben unmittelbar einflussreich der Kinderlandverschickung zur Seite. Da nach dem Wunsche des Führers die Kinder nicht nur verschickt werden sollten aus gesundheitlichen Gründen, sondern da ihnen auch Unterricht zuteil werden sollte, hat es sich mehr und mehr gezeigt, dass diejenigen, die die eigentliche Verantwortung tragen – oder auf gut Deutsch gesagt, die den Kram schmeißen – die Lehrer und Lehrerinnen sind, denen in den Lagern allerdings eine sehr große, sehr schwere und verantwortungsreiche und vor allen Dingen ungeheuerlich viel Nervenkraft kostende Arbeit zuteil geworden ist. Alle Belange, die sonst das Elternhaus angehen, müssen jetzt die Lehrer übernehmen.“<sup>38</sup>

Strepel führte in dieser Zeit einen regen Schriftwechsel mit seinen Lehrerkollegen, die in der Kinderlandverschickung waren. Einige Erkenntnisse übermittelte er der Frau des Oberstudiendirektors, den er am Kaifu vertrat:

„Ungeheuerliche Dinge spielen sich ab. Die Gestapo und die Behörde für die Überwachung der öffentlichen Gesundheit Jugendlicher wissen über Dinge zu berichten, die die schamlose Fantasie in solchem Ausmaß nicht erdacht hätte. Dieser Verwilderung sind die Kinder in den Lagern zwar auch ausgesetzt, weil viel zu wenig Lehrkräfte und durchweg nicht die passenden für die Lager zur Verfügung stehen. Alle gesundheitlich tadellosen und dem Alter nach besonders geeigneten Lehrer sind natürlich beim Heere, und andererseits lässt sich in den Lagern zwar außerordentlich auf Zucht und Ordnung halten, aber die innere Verwahrlosung – wenn ich so sagen darf – ist natürlich nicht völlig zu verhüten. Die zweite Gefahr, die der Arbeit der Lehrer in den Lagern begegnet, sind die Krankheiten, die bei Massenquartieren nie zu vermeiden sind. Unsere Soldaten werden daher, wie bekannt, gegen alle möglichen Krankheiten geimpft, und in den Kinderlagern haben seuchenartig einige Krankheiten sich verbreitet.“<sup>39</sup>

Strepel berichtet auch, wie die derzeitige Schulverwaltung mit diesen Fragen umging:

„Alle diese Dinge sind in den Schulleiterbesprechungen vorgetragen worden, und unser neuer Oberschulrat Dr. Henze hat gewettert gegen diese Störung der Kinderlandverschickung. Wir haben ihm vorgehalten, dass man ursprünglich geplant habe, die Verschickung solle nur über den Winter dauern, und dass es verständlich ist, wenn die Eltern, insbesondere die Mütter, nach fünf oder sechs Monaten ihre Kinder einmal wiedersehen wollen. Das musste er natürlich zugeben. Es gibt Eltern, die haben ihre Kinder wieder abgeholt und sich auf das Recht berufen, das Ihnen als Eltern über die Kinder zustünde. Unser jetziger Schulsenator Toepffer



hat auf der letzten Versammlung mit der NSV wegen der Kinderlandverschickung den Vertretern des NSLB gegenüber betont, man könne selbstverständlich keinen Vater und keiner Mutter die letzte Entscheidung über das Kind nehmen. Es passt allerdings gar nicht dazu, dass die andere Instanz hineinredet und es als ein Misstrauensvotum gegen die Partei erklärt, wenn jemand sein Kind zurückruft. Eine generelle Entscheidung ist selbstverständlich nicht gefallen, kann auch gar nicht gefällt werden, denn diese Entscheidung liegt überhaupt nicht bei den Lehrern, sondern einzig und allein bei der Partei. Es ist grundsätzlich und außerdem mit juristischen Gründen dargelegt worden, dass die Kinder, die verschickt sind, ausschließlich der Partei unterstehen und nicht der Schule. Auch die verschickten Lehrer unterstehen der Partei und in Bezug auf Disziplinarfälle und das Gehalt der heimatlichen Schulverwaltung.<sup>40</sup>

Alexander Stempel war 1937 Mitglied der NSDAP geworden und in seinem Amt als stellvertretender Schulleiter sowie als „das Amt führender Schulleiter“ ein wichtiges Rad im Getriebe geworden. Und er schien dies nicht ohne Überzeugung auszufüllen, etwa wenn er den vorübergehend starken Mann der Schulverwaltung, Albert Henze<sup>41</sup>, mit sichtlichem Gefallen zitierte: „Der Wille unserer Führung ist allein maßgebend, und was die Zwischeninstanzen tun, befehlen, erwarten, beschimpfen oder loben, spielt daneben eine sehr geringe Rolle.“ Soweit ich weiß, ist es einer der Grundsätze unseres Staatswesens, dass die Familie Zelle und Grundlage des gesamten Aufbaus ist, und dass also bei einer so lang dauernden Kinderverschickung die Vernichtung des Familienlebens nicht im Sinne des Führers sein kann, zumal die Väter um höhere Gesichtspunkte willen ohne Rücksicht auf die Familie eingesetzt werden müssen.<sup>42</sup>

Alexander Stempel überstand den Krieg und die NS-Zeit und wurde, zu meinem Erstaunen, 1945 weiter als Schulleiter am Kaifu eingesetzt und zum Oberstudiendirektor befördert. Damit begann für ihn bei aller Kontinuität noch einmal eine neue Zeit. Am 14.7.1945 heiratete er Gertrud Bauche, Jahrgang 1909, mit der er zwei Töchter bekam.<sup>43</sup>

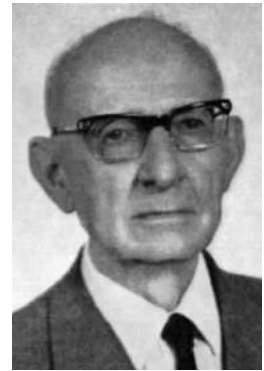
Am 22.12.1951 trat er in den Ruhestand, ohne sich zur Ruhe zu setzen. Noch bis 1962 erhielt er Lehraufträge, am Gymnasium St. Georg, am Johanneum und an der Klosterschule. Es waren „Kurse für Sowjetzonenkinder“, später „Ostzonen-Kinder“, „Flüchtlingskinder“, „Flüchtlingskurse“, „SBZ-Kurse“, so damals die Bezeichnungen.<sup>44</sup>

Auch dem Plattdeutschen widmete sich Alexander Stempel weiterhin. Sein Buch über die „Plattdeutsche Rechtschreibung“, im Quickborn-Verlag für DM 4,95 erschienen, wurde am 18.7.1959 im „Hamburger Abendblatt“ auf Platt lobend

rezensiert.<sup>45</sup> Und als Alexander Stempel seinen 70. Geburtstag feierte, war es derselben Zeitung einen würdigen Hinweis wert:

„Der Sprachwissenschaftler Dr. Alexander Stempel begeht heute seinen 70. Geburtstag. Viele seiner ehemaligen Schüler, denn Stempel war lange Jahre Leiter der Schule am Kaiser-Friedrich-Ufer, werden ihm gedenken als eines Mannes, der nicht nur Wissen, sondern auch persönlichkeitsbildende Werte zu vermitteln wusste. Nicht minder dankbar grüßen ihn die ‚Plattdeutschen‘, denn der plattdeutschen Sprache gilt das Lebenswerk dieses gütigen, stillen Gelehrten, einem der markantesten Köpfe des Quickborn-Kreises. Seine vor kurzem erschienene plattdeutsche Sprachforschung hat viele fruchtbare Diskussionen ausgelöst; auch als Stavenhagen-Forscher hat sich Stempel einen Namen gemacht.“<sup>46</sup>

Alexander Stempel starb am 10.2.1973.<sup>47</sup>



Alexander Stempel als Pensionär

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Alexander Stempel, StAHH 361-3\_4998 Auslieferung vom 13.11.2013.
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Angaben nach: Hermann Quistorf/Johannes Saß: Niederdeutsches Autorenbuch, Hamburg 1959, S. 184.
- 6 Gerhard Nöthlich in einem Schreiben an mich vom 16.4.2016. Über Ernst Dätz habe ich eine Biografie geschrieben, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 587 ff. In diesem Band hat Gerhard Nöthlich seine Erinnerungen an die Oberrealschule Eimsbüttel in Kommunikation mit mir in dem Begleitwort aufgeschrieben, S. 13 ff.
- 7 Gerhard Nöthlich in einem Schreiben an mich vom 25.12.2017.
- 8 Siehe die Biografien von Allwörden und Behnken in diesem Band. Intensiv beschrieben wurde die Gründung der Vereinigung Niederdeutsches Hamburg in: Michael Töteberg: „Nedderdüütsch Volk op'n Weg“. Die Vereinigung Niederdeutsches Hamburg. Ein Dossier, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus (Herausgegeben von Kay Dohnke, Norbert Hopster und Jan Wirrer), Hildesheim–Zürich–New York 1994, S. 123 ff.
- 9 Norbert Hopster und Jan Wirrer: Tradition, Selbstinterpretation und Politik. Die „Niederdeutsche Bewegung“ vor und nach 1933, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus 1994, S. 108 f.
- 10 Hopster und Wirrer a. a. O., S. 115.
- 11 Siehe die Biografie Heinrich Haselmayer in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 621 ff.
- 12 Hopster und Wirrer a. a. O., S. 79.
- 13 Jürgen Meier: Die Vereinigung Quickborn und das hamburgische Wörterbuch. Ein Beitrag zur Geschichte nicht nur der niederdeutschen Lexikographie, in: Friedrich Michelsen, Wolfgang Müns, Dirk Römmer, Jürgen Meier (Hg.): Dat's ditmal anners, wat ik weten do, op'n anner mal mehr. 100 Jahre Quickborn. Vereinigung für niederdeutsche Sprache und Literatur e. V., Hamburg. Festschrift, Hamburg 2004, S. 50–53.

- 14 Siehe die Biografie Hinrich Wriede, in: de Lorent 2016, S. 676.
- 15 Siehe die Biografie Bruno Peyn, in: de Lorent 2016 S. 480 ff.
- 16 Zitiert nach: Thomas Strauch: Schweigen, kritisieren und historisieren. Die niederdeutsche Philologie und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus 1994, S. 532.
- 17 Jan Wirrer: „Die Rassenlehre ist des Volkes Sprache“. Sprache, Standarddeutsch, Niederdeutsch – zum Sprachbegriff in der Diskussion um das Niederdeutsche während der nationalsozialistischen Diktatur, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus 1994, S. 223.
- 18 Ebd., S. 255.
- 19 Kay Dohnke: „Ik stäk dei Fahn ut“. Verhaltensweisen niederdeutscher Schriftsteller im Nationalsozialismus, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus 1994, S. 313.
- 20 Alexander Stempel: Plattdeutsch in der Schule, in: HLZ 44/1934, S. 621 ff.
- 21 Ebd., S. 622.
- 22 Siehe die Biografie Otto Ludwig, in: de Lorent 2017, S. 507 ff.
- 23 Siehe die Biografie Walter Machleidt, in: de Lorent 2017, S. 494 ff.
- 24 Siehe die Biografie Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 25 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 58 ff.
- 26 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 59 f.
- 27 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 61 f.
- 28 Entnazifizierungsakte Stempel, StAHH, 221-11\_Ed 8457
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 75 Jahre Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1967, S. 19.
- 33 Ebd.
- 34 75 Jahre Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer, S. 37.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben von Alexander Stempel an die Personalabteilung der Schulverwaltung vom 12.10.1942, von mir in der Biografie Machleidt beschrieben, a. a. O., S. 505.
- 38 Alexander Stempel am 16.4.1941 an Frau Dätz, StAHH, 362-2/8\_175
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 siehe die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162 ff.
- 42 Alexander Stempel am 16.4.1941, a. a. O.
- 43 Personalakte a. a. O.
- 44 Personalakte a. a. O.
- 45 „Hamburger Abendblatt“ vom 18.7.1959.
- 46 „Hamburger Abendblatt“ vom 27.11.1956.
- 47 Personalakte a. a. O.

## Felix Schmidt

**„Ich klebe nicht an meinem Direktorenposten, den ich übrigens nicht der NSDAP zu verdanken habe, und kann auch mich nicht, trotz allem was ich inzwischen erfahren habe (auch von Nationalsozialisten), im Handumdrehen zu einer ganz anderen Weltanschauung bekennen.“**

Zu den Personen im Hamburger Bildungsbereich, die schon früh in die NSDAP eingetreten waren (1931) und die nach Beginn der NS-Herrschaft sowohl im Schulbereich Karriere machten als auch im Rahmen der niederdeutschen Bewegung in führende Positionen gelangten, gehörte Felix Schmidt. Er war der Neffe des Altonaer Lehrers und Schriftsteller Otto Ernst (Schmidt), der sich 1912 einmal für dessen Einstellung bei der Schulverwaltung verwendete.

Felix Schmidt wurde als „Alter Kämpfer“ der NSDAP politisch protegert. Aufschlussreich sind manche Facetten in seinem Entnazifizierungsverfahren.

Felix Schmidt wurde am 23.5.1887 in Altona geboren. Er war Neffe des Lehrers und Schriftstellers Otto Ernst Schmidt, der unter dem Namen Otto Ernst bekannt geworden war durch die 1905 erschienene Kindheitsgeschichte seiner Tochter Senta-Regina Möller-Ernst, genannt „Appelschnut“. Otto Ernst (1861–1926) war durchaus anerkannt in der reformpädagogisch orientierten „Gesellschaft der Freunde“, in der sein populäres Theaterstück „Flachsmann als Erzieher“ aus dem Jahre 1900 sehr geschätzt wurde.<sup>1</sup>

Felix Schmidt besuchte in Altona die Realschule und das Gymnasium und studierte nach der Reifeprüfung 1907 an den Universitäten Marburg, München, Berlin und Kiel Deutsch und Englisch.<sup>2</sup>

Nachdem Felix Schmidt 1912 das erste Staatsexamen abgelegt hatte, verwendete sich sein Onkel Otto Ernst für ihn und sprach als prominenter Schriftsteller und Lehrer am 10.12.1912 beim „hochgeehrten Herrn Schulrat“ vor, um die Einstellungsmöglichkeiten seines Neffen zu eruieren.<sup>3</sup>

Das Probejahr absolvierte Felix Schmidt 1914 an der Oberrealschule vor dem Holstentor. Anschließend erhielt er eine Anstellung an der Realschule Weidenstieg. Im August 1915 zog Felix Schmidt in den Ersten Weltkrieg, in dem er am 9.4.1918 in Flandern schwer verwundet wurde und den er als Reserveoffizier, abermals schwer verwundet, erst am 31.3.1919 beendete.<sup>4</sup>

Felix Schmidt wurde 1921 der Realschule Rothenburgsort zugewiesen und unterrichtete dort Deutsch, Englisch, Spanisch und Französisch. Er heiratete am



Otto Ernst, 1905

15.7.1929 und bekam mit seiner Frau drei Kinder.<sup>5</sup> Sein 1930 geborener Sohn wurde auf den Namen Adolf getauft.<sup>6</sup> Das kann Zufall sein. Allerdings trat Felix Schmidt am 1.10.1931 in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 681 705)<sup>7</sup> und somit erscheint es durchaus nicht abwegig, dass diese Namensgebung einem politischen Bekenntnis entsprach. Schmidt trat in den NSLB bereits 1932 ein, später wurde er auch Mitglied der SA (1937).<sup>8</sup>

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten trat Felix Schmidt auf zwei Ebenen in Erscheinung. Auf der Liste der neuen Schulleitungen vom 10.7.1933 war er als stellvertretender Schulleiter der Realschule Rothenburgsort vermerkt.<sup>9</sup>

Er war Stellvertreter des in den Zeiten der Selbstverwaltung seit 1930 gewählten Schulleiters, August Wulff, der zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war und vorerst als Schulleiter weiter an der Realschule Rothenburgsort fungierte.<sup>10</sup>



Felix Schmidt, 1932

Als die Nationalsozialisten in den Leitungsstellen der höheren Schulen ein Revirement vornahmen und August Wulff an eine andere Schule erst einmal als stellvertretender Schulleiter versetzt wurde, war der Weg für Felix Schmidt frei. August Wulff schrieb später dazu:

„Im Oktober 1934 musste ich mein Amt als Schulleiter an ein altes Parteimitglied, das dem Lehrkörper angehörte, abtreten.“<sup>11</sup>

Es scheint so, als habe sich Felix Schmidt in der NS-Zeit auf seine politische und ehrenamtliche Arbeit in der niederdeutschen Kultur konzentriert. Dazu habe ich in diesem Band in den Biografien Heinrich Behnken und Alexander Stempel, die eng mit Felix Schmidt zusammenarbeiteten, einiges geschrieben. Einen guten Überblick dazu gibt der von Kay Dohnke, Norbert Hopster und Jan Wirrer herausgegebene Band: „Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus“.<sup>12</sup>

Darin wird zusammengefasst:

„Das Bestreben der Niederdeutschen Bewegung, eine geschlossene Kulturfront zu bilden und dadurch eine – vermeintlich vormals innegehabte – Bedeutung für die Allgemeinheit zurückzugewinnen, erschien manchen Funktionären nach 1933 alsbald realisierbar.

Schon im Frühjahr 1933 gelang es dem 1929 gegründeten radikal-rassistischen Kampfbund für deutsche Kultur Alfred Rosenbergs, die Vereinigung Quickborn zum Instrument der von ihm geplanten Gleichschaltung aller niederdeutschen Vereinigungen und Verbände zu machen. Der bis dahin amtierende Vorsitzende Hans Böttcher wurde vom Kampfbund – vor allem in der Person seines Hambur-

ger Landesleiters und Parteigenossen Heinrich Haselmayer – durch den Pg. Felix Schmidt ersetzt.“<sup>13</sup>

Felix Schmidt spielte in diesem Zusammenhang aufgrund seiner frühen Parteimitgliedschaft eine führende Rolle und hatte in der „Vereinigung Niederdeutsches Hamburg“ engen Kontakt zu deren Vorsitzendem, dem NS-Senator Wilhelm von Allwörden, der auch einige Jahre als Senator für den Kultur- und Schulbereich fungierte.<sup>14</sup>

Durch seinen Status als „Alter Kämpfer“, den er durch seine NSDAP-Mitgliedschaft seit 1931 hatte, konnte Felix Schmidt sich auch in einem Schreiben des Ausschusses für niederdeutsche Kultur vom 11.4.1933 für die Vereinigung Quickborn und die Fehrs-Gilde an den Reichskanzler Adolf Hitler wenden:

„Die niederdeutsche Kultur, insbesondere die plattdeutsche Sprache, hat bewiesen, dass sie hingebungsvoller Pflege wert ist; denn das Plattdeutsche, die bodenständige Sprache der Bauern und Tagelöhner, Handwerker, Schiffer, Fischer und Seeleute, hat einen schützenden Wall gegen zersetzende Einflüsse jeglicher Art gebildet, hat sich im Grenzkampfe als gefürchtete Waffe gegen die Dänen, wie sie selbst bekennen, und neuerdings auch gegen die Polen erwiesen und hat die Bevölkerung der rein plattdeutschen Gebiete – so in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Ostfriesland – dem Gedanken der nationalen Bewegung aufgeschlossen, so dass sie hier am frühesten über die absolute Mehrheit verfügten.

Ferner hat die Pflege der niederdeutschen wie jeder landschaftlichen Kultur die gesamte deutsche Kultur gestärkt, denn der Weg zu Deutschland führt nur über die Heimat.

Aus diesen Gründen wendet sich der Niederdeutsche Ring mit einer Eingabe an den Herrn Reichsminister Dr. Goebbels, die beizufügen wir uns gestatten. Wir bitten nun den Herrn Reichskanzler, die zuständigen Stellen anzuweisen, dass sie die niederdeutschen Stämme nachdrücklich unterstützen und fördern in ihrem Streben, eigene Art und Sprache zu erhalten auf allen Gebieten geistigen Lebens, in Kirche und Schule, Presse, Rundfunk, Bühne, Wissenschaft und Kunst.“<sup>15</sup>

Neben Felix Schmidt unterschrieben noch Alexander Stempel und zwei Vertreter der Fehrs-Gilde.<sup>16</sup>

Felix Schmidt fand auch die Unterstützung des fanatischen Nationalsozialisten und Trägers des Goldenen Parteiabzeichens (Mitgliedsnummer unter 100 000), Heinrich Haselmayer, der Leiter der Volkshochschule geworden und Führer des Kampfbundes für Deutsche Kultur war.<sup>17</sup> Haselmayer bescheinigte am 13.5.1933: „Pg. Felix Schmidt, der Vorsitzende der Vereinigung Quickborn, ist mit dem Referat für die niederdeutsche Bewegung innerhalb des Kampfbundes für Deutsche Kultur beauftragt worden und hat den Auftrag erhalten, die gesamte niederdeutsche Bewegung gleichzuschalten und zusammenzufassen.“<sup>18</sup>

Felix Schmidt hatte ein gutes Einvernehmen mit der nationalsozialistischen Funktionselite. Am 9.7.1941 schrieb er an den neuen starken Mann in der Schulverwaltung im Bereich der höheren Schulen, Oberschulrat Albert Henze<sup>19</sup>:

„Hiermit bitte ich, die Ferien für mich auf vier Wochen zu verlängern. Wir haben Unterkunft in Thüringen gefunden. Meine beiden kleinen Töchter sind aber wegen der Luftgefahr in Danzig. Ich will nun meine Töchter aus Danzig holen und nach Thüringen bringen, um sie am Ende der Ferien nach Danzig zurückzubringen. Die Ferien kann ich sowieso nur zum Teil der Erholung widmen, da ich als Nichtfachmann fünf Lateinstunden übernommen habe (davon drei Überstunden) und ich mich auf dieses neue Fach vorbereiten muss. Außerdem werde ich Portugiesisch wiederholen, um mich im September oder Oktober der vierten Dolmetscherprüfung zu unterziehen. Ich komme mit der Bitte erst jetzt, da wir meine beiden Kleinen (acht bzw. drei Jahre) zunächst mit der NSV nach Thüringen schicken wollten. Bei den heutigen Umständen ist uns das aber zu unsicher. Eine anderweitige Beschäftigung kommt für mich wohl nicht infrage, weil ich in Hamburg zurückgekommenen Schülern der Klasse 8 Förderunterricht in Deutsch, Latein und Französisch geben will.“<sup>20</sup>

Felix Schmidt war seit dem 1.4.1938 Schulleiter der Oberschule Barmbek.<sup>21</sup> Er zeigte sich in dem zitierten Schreiben als engagierter und sprachlich vielfach qualifizierter Pädagoge. Als Neusprachler konnte er auch noch Englisch und Spanisch unterrichten und erlernte in den nächsten Jahren noch weitere Sprachen.

Der Krieg holte aber auch Felix Schmidt ein. Beim Versuch, eine Brandbombe auf dem Grundstück seines privaten Hauses zu löschen, hatte er sich am 27.7.1942 schwer verletzt. Er brauchte ein halbes Jahr, um sich davon wieder zu erholen und teilte der Schulverwaltung zudem am 5.3.1943 mit, dass seine Mutter im Oktober 1940 bei einem Luftangriff in Ottensen getötet worden war.<sup>22</sup>

Wie gravierend die Verletzungen des Oberstudiendirektors Felix Schmidt waren, berichtete sein Vertreter der Schulverwaltung am 15.11.1942:

„Zu beiliegendem ärztlichen Attest wird ergänzend mitgeteilt, dass Pg. Schmidt sich nach den schweren Verletzungen am 27.7.1942, (Schnittwunden an Stirn, Nase, Augenlid und Oberlippe mit Verlust mehrerer Zähne, Schädelbruch und Nervenschock, Bruch beider Arme, des linken Mittelfingers und Handgelenkes, Schlagaderverletzung, Prellungen an den Beinen) auf dem Wege der Besserung befindet. Die linke Hand ist allerdings trotz dauernder Behandlung noch wenig beweglich, und bei seinem ersten kurzen Besuch in der Schule am 4. November und einer persönlichen Unterhaltung vor einigen Tagen war ihm die nervöse Erschöpfung nach kurzer geistiger Anspannung trotz äußerlich erfreulich guten Aussehens deutlich anzumerken. Er soll noch nach Fertigstellung des Zahnersatzes einen mehrwöchigen Sanatoriumsaufenthalt in Braunlage nehmen.“<sup>23</sup>

Die wirklichen Schwierigkeiten begannen für Felix Schmidt aber nach Ende der NS-Herrschaft. Am 20.6.1945 erhielt er seine Entlassung durch Schulsenator Heinrich Landahl.<sup>24</sup>

Am 14.7.1945 schrieb Felix Schmidt an die Schulverwaltung mit Absender der Oberschule Barmbek in der Osterbeckstraße 107. Dabei wählte er einen ungewöhnlichen Einstieg:

„Da ich durch einen Kollegen erfahren habe, dass man gegen seine Entlassung Einspruch erheben kann, gestatte ich mir, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Ich klebe nicht an meinem Direktorenposten, den ich übrigens nicht der NSDAP zu verdanken habe, und kann auch mich nicht, trotz allem was ich inzwischen erfahren habe, (auch von Nationalsozialisten) im Handumdrehen zu einer ganz anderen Weltanschauung bekennen, aber ich muss darauf hinweisen, dass ich nicht nur keine Grausamkeiten begangen habe, sondern im Gegenteil, soweit ich konnte, den Andersdenkenden geholfen habe, bei denen ich eine ehrliche Überzeugung voraussetzte. Den Untergebenen, die nicht in die NSDAP eintreten konnten oder wollten (wegen einer nichtarischen Frau, Zugehörigkeit zu einer Loge usw.) habe ich dasselbe Wohlwollen bewiesen wie den anderen. Dazu gehört auch, dass ich keinerlei Druck für den Eintritt in die Partei ausgeübt habe und mir auch abweichende politische Meinungen ruhig angehört habe, sowie ich auch immer frei meine Meinung geäußert habe.“<sup>25</sup>

Felix Schmidt gab einige Personen an, die dies bestätigen könnten, unter anderem auch Alexander Stempel.

Schmidt hatte wohl die realistische Einschätzung, dass er als alter Parteigenosse stark belastet war. Er bat darum, „mich mit meiner Pension in den Ruhestand zu versetzen, was sich auch aus gesundheitlichen Gründen rechtfertigen ließe, da auch meine Hörfähigkeit gelitten hat. Erwähnen darf ich wohl noch, dass ich 58 Jahre alt bin, 1942 beim freiwilligen Löschen von Brandbomben schwer verwundet worden bin, sodass ich noch nicht meine frühere Arbeitskraft wieder erlangt habe, mir Ende April beim Volkssturm ein Herz- und Gefäßleiden zugezogen habe und noch drei schulpflichtige Kinder zu versorgen habe, derentwegen ich hauptsächlich diesen Einspruch erhebe.“<sup>26</sup>

Auch seine Frau schrieb mit der Unterschrift, „Frau Felix Schmidt“, am selben Tag handschriftlich an Senator Landahl, aus „schwerer Not und Sorge um meine Kinder“. „Dass er früh in die Partei eintrat, beweist nur, dass er an Deutschland glaubte und diesem Glauben treu blieb. Er hat sich geirrt in seinem Glauben. Ist das Schuld? Wenn nun aber diese ‚Nazis‘ ausgerottet werden müssen, weil viele besonders auch viel später einige 120-prozentige Verbrechen begangen haben, warum aber wir Frauen und Kinder mit, die nicht der Partei angehörten? In einem



demokratischen Staat haben wir Frauen auch Rechte. Ich habe mich nie politisch betätigt, nicht einmal meinen Jungen (15-jährig) angehalten, in die HJ zu gehen, in die er ungern ging, weil sie ihm nichts bot.“ Und sie schrieb: „Ich hasste die Partei nicht, wohl aber die vielen Zwangsmaßnahmen und Übertreibungen und merkte eher als mein Mann, dass wir betrogen wurden. Mein Mann kam uns manchmal vor wie ein Kind, das unerschütterlich an den Weihnachtsmann glaubt. Nun ist der Zusammenbruch umso furchtbarer für ihn. Meinen Mann politisch beeinflussen war mir nicht möglich. Ich mochte keine Politik im Hause haben, außerdem lassen sich auch die wenigsten Männer von ihren Frauen beeinflussen. Wir haben keine Schuld an dem politischen Treiben unserer Männer.“<sup>27</sup>

Heinrich Landahl vermerkte auf dem Schreiben an OSR Schröder, „mit der Bitte um Bericht. Wie steht es mit eventueller Versorgung?“<sup>28</sup>

Schon früh hatte Felix Schmidt seinen Fragebogen mit einem Schreiben an OSR Karl Züge eingereicht, der sein ehemaliger Vorsitzender im Hamburger Philologenverein gewesen war und der selbst zum 1.5.1933 der NSDAP beiträt und Oberschulrat für die höheren Schulen geworden war.<sup>29</sup>

Schmidt schrieb: „Es ist mir klar, dass ich nicht Schulleiter bleiben kann, wenn ich natürlich auch nicht mehr die Ansichten habe wie früher. Als Lehrer möchte ich auch nur in den Fächern unterrichten, die man rein oder vorwiegend wissenschaftlich betreiben kann, zum Beispiel in den alten Sprachen und in der Mathematik. Ich bitte deshalb, mich in diesen Fächern weiter unterrichten zu lassen oder mich mit meiner Pension in den Ruhestand zu versetzen.“<sup>30</sup>

In Ergänzung zu seinem Entnazifizierungsfragebogen hatte Felix Schmidt noch angegeben:

„Keine Veröffentlichungen politischer Natur. Ansprachen in meiner Eigenschaft als Schulleiter. Gelegentliche Vorträge als Politischer Leiter oder in der SA über geschichtliche und auslandskundliche Themen (zum Beispiel Geschichte Elsass-Lothringen, englisches Schulwesen, Paris, Karl der Große) und über Erblichkeit.“<sup>31</sup>

Da Felix Schmidt selbst angegeben hatte, Politischer Leiter gewesen zu sein und Mitglied der NSDAP seit 1931, überprüfte die Hamburger Kriminalpolizei seinen eingereichten Fragebogen und kam am 19.12.1945 zu folgendem Bericht:

„Schmidt gibt zu, am 1.10.1931 in die Partei eingetreten zu sein. Als Grund seines so frühen Eintritts in die Partei gibt er folgendes an: Von 1924–1930 war Schmidt Mitglied der Volkspartei, aus der er dann 1930 infolge Meinungsverschiedenheiten ausgetreten ist. Nach seiner Überzeugung gab es nur zwei Parteien, die die Macht erringen konnten: KPD oder NSDAP. Er entschied sich dann der Nazi-partei beizutreten. Als Idealist und aus Überzeugung trat er 1932 dem Korps der Politischen Leiter bei. Ab 1936 übernahm er den Posten eines Zellenleiters.

Von 1937–1945 war Schmidt in der SA und betreute ca. ein Jahr den Posten als Sturmpressewart.

NSLB 1932–1945, keine Ämter. NSV 1934–1945 keine Ämter. VDA 1938–1945.“<sup>32</sup>

Am 4.7.1946 legte Felix Schmidt Einspruch gegen seine pensionslose Entlassung ein. Seinen Parteieintritt 1931 begründete er damit, dass er „in dieser Partei die einzige Möglichkeit sah, aus der schlimmen Lage, in der wir uns schon damals befanden, wieder herauszukommen, nicht weil ich mit all ihren Grundsätzen, vor allem mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, einverstanden gewesen wäre; auch trat diese Sache, wie so manches andere, damals noch nicht so klar hervor, wenigstens in meinem Beruf. Ich habe mir den Mund auch so leicht nicht stopfen lassen, auch nicht von dem stellvertretenden Gauleiter Harry Henningsen. Vor 1933 herrschte ein schönerer, opferwilligerer Geist, der Anteil der Idealisten war entschieden größer, nach meiner Meinung besonders bei den einfacheren Parteigenossen, und an Entschlossenheit ließen sie sich von niemand übertreffen.“<sup>33</sup>

Schmidt behauptete immer wieder, keine Vorteile von seiner Parteimitgliedschaft gehabt zu haben. Wobei es auf der Hand liegt, dass seine Funktion als Oberstudiendirektor auf seine frühe Parteizugehörigkeit zurückzuführen war.

Felix Schmidt schrieb weiter: „Ich habe wohl kaum Feinde außer zwei Lehrern, gegen die ich wegen mangelnden Arbeitseifers vorgehen musste, und vielleicht den ein oder anderen, den ich lieber als andere Kollegen an eine andere Anstalt habe versetzen lassen.“<sup>34</sup>

Dieser Hinweis war am Seitenrand von Lesern des Schreibens angestrichen worden, ebenso wie die Aussage:

„Wenn man sagt, die Nationalsozialisten hätten es nicht besser getrieben, so ist das wirklich nicht Schuld meiner Kinder, nicht einmal die meinige. Man soll ja schließlich auch nicht die Fehler der Nationalsozialisten wiederholen, und was die Beamten angeht, so hat die NSDAP die meisten ihrer Gegner im Amt belassen und von den anderen den größten Teil pensioniert. Auch die Kinder der Nichtnationalsozialisten werden durch diese Verfolgung ihrer doch unschuldigen Kameraden nicht für die Demokratie gewonnen werden. Ein ehemaliger Schüler erklärte mir, dass die Jugend nicht in die politischen Parteien eintrete, damit man ihnen nicht in 5–10 Jahren sage: ‚Das war die größte Dummheit deines Lebens.‘“<sup>35</sup>

Und auch bei folgender Aussage wundert man sich über das mangelnde Reflexionsvermögen von Felix Schmidt: „Wie der Kriminalpolizei gegenüber, möchte ich auch hier erklären, dass ich es ablehne, Größen und Einrichtungen der Vergangenheit zu schmälern, um mir Erleichterung zu verschaffen. Die Polizei schien dafür Verständnis zu haben. Ich habe auch nach dem Sturz des Kaisertums dieses

nicht geschmälert, obwohl ich schon in meiner Schulzeit als Republikaner verrufen war. Ich möchte aber auch an dieser Stelle die Hoffnung aussprechen, dass ich mit derselben Großzügigkeit behandelt werde, wie ich während der Diktatur meine politischen Gegner behandelt habe. Man wird ja auch in der Demokratie aufrechte Männer gebrauchen.“<sup>36</sup>

Schmidt konnte einige Leumundszeugnisse vorweisen, so von der Lehrerin Ella Hayungs, die bezeugte, dass sie sich 1937 von der „vorgesetzten Behörde stark bedrängt sah“, in die Partei einzutreten. Schulleiter Schmidt hätte ihr, „wegen meiner gegensätzlichen Einstellung von diesem Schritt“ abgeraten.<sup>37</sup>

Auch der Sozialdemokrat Edmund Hoehne, der mit einer Halbjüdin verheiratet gewesen war und während der NS-Zeit (1933–36) „wenig verkappte Satiren auf das Nazitum im ‚Simplizissimus‘ veröffentlichte“, sei von Schulleiter Schmidt geschützt worden, der von beidem gewusst habe.<sup>38</sup>

Das alles konnte den Beratenden Ausschuss für das höhere Schulwesen nicht überzeugen, der einen guten Überblick über die Situation an den höheren Schulen hatte und über Felix Schmidt urteilte:

„Er ist aus Überzeugung schon 1931 in die NSDAP eingetreten. An der von ihm später geleiteten Oberschule in Barmbek herrschte ein stures nationalsozialistisches Regime.“<sup>39</sup>

Felix Schmidt war weiterhin verzweifelt und hatte Schwierigkeiten, die fünfköpfige Familie zu ernähren. Er legte am 14.2.1947 Berufung dagegen ein, ohne Pension in den Ruhestand geschickt worden zu sein. Er verwies auf die Schicksalsschläge und Krankheiten in der Familie.<sup>40</sup>

Erst der Berufungsausschuss 3 unter Leitung des für Milde bekannten Vorsitzenden Dr. Wilhelm Kiesselbach<sup>41</sup> änderte die Situation. Der Ausschuss gab der Berufung statt und pensionierte Felix Schmidt mit 50 Prozent der Pension eines Studienrates und stufte ihn in Kategorie IV ein. In der Begründung wurde insbesondere die Erklärung von Edmund Hoehne stark gewichtet. Auch andere Leumundszeugnisse hätten ergeben, dass Schmidt trotz früher NSDAP-Mitgliedschaft „ein anständiger Mann“ gewesen sei.<sup>42</sup>

Felix Schmidt fühlte sich durch den Spruch des Berufungsausschusses ermutigt und forderte noch einmal, doch wenigstens Privatunterricht geben zu dürfen. Er behauptete nach wie vor: „Die Nationalsozialisten haben dieses doch den wenigen Lehrern erlaubt, die 1933 entlassen wurden und meistens gleich oder nach kurzer Zeit ein Ruhegehalt erhielten. Auch sonst konnten sie ihre geistigen Fähigkeiten verwerten, zum Beispiel im Verlagsbuchhandel.“<sup>43</sup> Damit spielte Felix Schmidt auf die Tätigkeit von Heinrich Landahl an, nachdem der 1934 vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden war und Schmidt zeigte, dass er über das Ausmaß national-

sozialistischer „Säuberungen“ nicht informiert war.

Er mobilisierte jetzt noch einmal weitere Leumundsbekundungen. So etwa von Alexander Stempel, der mit ihm zusammen in der Vereinigung Quickborn gearbeitet hatte und der beispielsweise das Schreiben an Adolf Hitler mit unterzeichnet hatte. Stempel schrieb am 11.3.1948, es sei insbesondere Felix Schmidt gewesen, der als Vorsitzender des Quickborn gegen die Absicht der Nationalsozialisten dazu beigetragen hatte, den Quickborn zu erhalten. Stempel bezeugte auch, dass sich Schmidt für die jüdische Germanistin Agathe Lasch<sup>44</sup> eingesetzt habe und dass Schmidt ihn, Stempel, gegen den NS-Aktivisten Prof. Hans Teske in Schutz genommen habe.

Ich habe in der Biografie von Alexander Stempel dargestellt, dass ich ihn selbst auch für belastet und insofern seine Leumundszeugnisse für begrenzt gewichtig halte.<sup>45</sup>

Der Beratende Ausschuss unter Vorsitz von Johann Helbig musste sich am 20.4.1949 erneut mit dem Fall Felix Schmidt befassen und stellte fest, dass dieser nach erneuter Anhörung keine neuen Tatsachen im Vergleich zum Berufungsausschuss vom 15.12.1947 vorbringen konnte. Allerdings: „Es ist jedoch nicht zu verkennen, dass die Gesamtauffassung in der Entnazifizierung seit jener Zeit eine mildere geworden ist. Wir würden daher, vor allem in Hinblick auf seine in der Ausbildung sich befindenden Kinder die Gewährung eines höheren Prozentsatzes der Pension eines Studienrats befürworten.“<sup>46</sup>

Der Berufungsausschuss 17 befasste sich am 7.5.1949 mit der Angelegenheit und gab der Berufung statt, mit der Maßgabe, Schmidt mit Wirkung vom 1.5.1949 die volle Pension eines Studienrates zuzuerkennen und ihn ab dem 1.7.1949 in die Kategorie V einzugruppieren.<sup>47</sup>

Felix Schmidt versuchte es immer wieder. Er wandte sich 1951 an den Leitenden Ausschuss, der eine weitere Änderung am 13.6.1951 ablehnte, ebenso am 5.3.1952 und der am 21.5.1952 entschied, keine weiteren Eingaben mehr zuzulassen.<sup>48</sup>

Merkwürdig ist in meinen Augen ein Vermerk, den Oberschulrat Hans Reimers am 13.11.1953 anfertigte. Darin hieß es:

„Herr Felix Schmidt hat seine Ausbildung und seinem Examen nach die Voraussetzungen für die Laufbahn erfüllt, die auch für die Ernennung zum Oberstudiendirektor vorgeschrieben sind. Es dürfte nicht zweifelhaft sein, dass die Tatsache, dass Herr Felix Schmidt sogenannter ‚alter Kämpfer‘ war, dazu beigetragen hat, ihn für die Leitung einer höheren Schule und für die Ernennung zum Oberstudiendirektor vorzusehen. Daneben kann aber auch festgestellt werden, dass seine persönliche und sachliche Befähigung zur Führung eines derartigen Amtes im Rahmen des

Erforderlichen vorhanden gewesen ist. Die Schulbehörde kann deshalb nicht den Nachweis führen, dass die Beförderung zum Oberstudiendirektor weitgehend nur aufgrund seiner Verbindung zum Nationalsozialismus erfolgt sei.“<sup>49</sup>

Dies ist für mich eine Argumentation, die entweder zeigt, wie weit die juristische Position zur Ausschaltung von Nationalsozialisten mittlerweile aufgeweicht war, wenn im Umkehrschluss nachgewiesen werden musste, ob eine Beförderung „weitgehend nur aufgrund der Verbindung zum Nationalsozialismus“ erfolgt war. Und es erhöht meine Skepsis in Bezug auf die Person Hans Reimers, den ich in Band 2 der „Täterprofile“ porträtiert habe und den ich für stark NS-belastet halte.<sup>50</sup>

Erstaunlicherweise wurde Schmidts Ruhegehalt ab 1964 an der A 15-Besoldung orientiert.<sup>51</sup>

Felix Schmidt starb am 20.2.1965.<sup>52</sup>

## Anmerkungen

- 1 Siehe: August Volquardsen: Otto Ernst. Einblick in sein Leben und Schaffen, Altona 1927.
- 2 Personalakte Felix Schmidt, StAHH, 361-3\_A 1034
- 3 Schreiben von Otto Ernst vom 10.12.1912, Personalakte a. a. O.
- 4 Siehe sein Schreiben vom 31.12.1953, Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Entnazifizierungsakte Felix Schmidt StAHH, 221-11\_Ed 7783
- 8 Ebd.
- 9 Siehe das Kapitel Personalpolitik, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 32.
- 10 Siehe die Biografie August Wulff, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 526ff.
- 11 Biografie August Wulff a. a. O., S. 530.
- 12 Kay Dohnke/Norbert Hopster/Jan Wirrer(Hrg.): „Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus“, Hildesheim-Zürich-New York 1994.
- 13 Norbert Hopster und Jan Wirrer: Tradition, Selbstinterpretation und Politik. Die „Niederdeutsche Bewegung“ vor und nach 1933, in: Niederdeutsch im Nationalsozialismus 1994, S. 79.
- 14 Siehe dazu auch die Biografien Heinrich Behnken und Alexander Stempel in diesem Band.
- 15 Schreiben des Ausschusses für niederdeutsche Kultur vom 11.4.1933, abgedruckt in: Hopster und Wirrer, a. a. O., S. 85f.
- 16 Ebd.
- 17 Siehe die Biografie Heinrich Haselmayer, in: de Lorent 2016, S. 621 ff.
- 18 Abgedruckt in: Hopster und Wirrer, a. a. O., S. 82.
- 19 Siehe die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162ff.
- 20 Schreiben vom 9.7.1941, Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Schreiben vom 5.3.1943, Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 15.11.1942, Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 14.7.1945, Personalakte a. a. O.
- 26 Ebd.

- 27 Schreiben von Frau Schmidt an Senator Landahl, Personalakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Siehe die Biografie Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385ff. Züge selbst wurde am 19.7.1945 verhaftet und für einige Monate in Neuengamme interniert.
- 30 Schreiben an Karl Züge vom 31.5.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Bericht der Kriminalpolizei Hamburg vom 19.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 4.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Schreiben von Ella Hayungs vom 17.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Schreiben von Edmund Hoehne vom 1.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Beratender Ausschuss für das höhere Schulwesen vom 19.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Schreiben vom 14.2.1947 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Siehe den Abschnitt über die Entnazifizierungspraxis nach 1945 in Hamburg.: de Lorent 2016, S. 38ff.
- 42 Berufungsausschuss 3 vom 15.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Schreiben vom 3.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Agathe Lasch, am 4.7.1879 in Berlin geboren, war die erste Professorin der Universität Hamburg und die erste Professorin des Faches Germanistik in Deutschland. Sie begründete die historische Erforschung der mittelniederdeutschen Sprache. Die Professoren Walter Niekerken und Conrad Borchling erklärten später ebenfalls, sich für ihre Kollegen Agathe Lasch eingesetzt zu haben. Die jüdische Professorin verlor 1934 ihren Hamburger Lehrstuhl und wurde am 15.8.1942 nach Riga deportiert und drei Tage später ermordet.
- 45 Siehe die Biografie Alexander Stempel in diesem Band.
- 46 Beratender Ausschuss vom 20.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Berufungsausschuss 17 vom 7.5.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 48 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 49 Vermerk von Hans Reimers vom 13.11.1953, Personalakte a. a. O.
- 50 Siehe die Biografie Hans Reimers, in: de Lorent 2017, S. 249ff.
- 51 Personalakte a. a. O.
- 52 Personalakte a. a. O.

## Fritz Ulmer

**„Dass ich seit dem Jahre 1935, da ich selbst unter dem unmenschlichen Druck der Nürnberger Gesetze stand, grundsätzlicher und persönlicher Gegner des Nationalsozialismus bin, brauche ich nach meinen Erlebnissen und Enttäuschungen wohl nicht mehr besonders betonen.“**

Eine beachtliche Persönlichkeit der Hamburger Lehrerschaft war der langjährige Studienrat am Johanneum, der 1945 kurzfristig auch als kommissarischer Schulleiter eingesetzt worden war. Trotz gewichtiger Leumundszeugnisse, unter anderem von dem ab 1945 amtierenden Schulsenator, Heinrich Landahl, und von der Familie Giordano, wurde Fritz Ulmer aus dem Beamtenverhältnis entlassen und kämpfte jahrelang um seine Rehabilitierung. Gegen Fritz Ulmer hatte gesprochen, dass er zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war und auch SA-Mann wurde, wofür er später eine für manche plausible Begründung abgab. Ein Beispiel dafür, wie schwer es in den Entnazifizierungsverfahren war, den Betroffenen gerecht zu werden und Entscheidungen zu treffen, die auch im Vergleich mit anderen nachvollziehbar waren.

Fritz Ulmer wurde am 9.2.1880 in Hamburg als Sohn des Hauptschullehrers Heinrich Franz Johann Ulmer und seiner Ehefrau Anna geboren. Er war das zweitjüngste von acht Kindern. Nach dem frühen Tod seines Vaters besuchte er in den Jahren 1889 bis 1895 die Volksschule Papendamm, danach bis 1897 die Seminarschule. Er gehörte zu den Personen, die über eine Seminausbildung als Volksschullehrer sich später über ein Studium für die Arbeit an den höheren Schulen qualifizierten.<sup>1</sup>

In seinem Lebenslauf schrieb Fritz Ulmer:

„Diesen Jahren verdanke ich meine Erziehung zur Freude am Wissen und Schaffen, die allerdings ihre vollste Befriedigung erst fand, als ich die Gelehrten-schule des Johanneums besuchen konnte; nach etwa halbjähriger Vorbereitung in Latein, Französisch, Mathematik und Griechisch, wurde ich Michaelis 1897 in die Untertertia aufgenommen, jedoch gelang es mir erst nach Jahren, die vorhandenen Lücken in meiner Ausbildung auszufüllen. Besondere Freude machte mir die Beschäftigung mit den alten Sprachen, von denen wiederum das Griechische mich am meisten anzog. Jedoch auch die neueren Sprachen, zu deren Verständnis bereits während meiner Besuche der Volks- und Seminarschule das Fundament gelegt war, fesselten mein Interesse. Von den naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern beschäftigte mich vor allem Physik, wenn auch mein Interesse für dieses Gebiet notgedrungen hinter meiner Vorliebe für Sprachen zurücktreten musste.“

Als im Ostern 1902 das Johanneum mit dem Zeugnis der Reife verließ, war mir mein künftiger Lebensweg noch nicht geebnet. Der gänzliche Mangel an Mitteln

ließ ein Studium aussichtslos erscheinen; jedoch wurde es mir schließlich durch ein Stipendium der Fischerstiftung ermöglicht, und ich wandte mich nach Marburg.“<sup>2</sup>

Fritz Ulmer entschied sich für ein Jurastudium, merkte aber schon nach kurzer Zeit, dass seine eigentliche Berufung die Tätigkeit als Lehrer wäre. Er wählte, „in der festen Absicht, Lehrer zu werden, Naturwissenschaft zum Studium, und zwar zunächst die vier Fächer Zoologie, Botanik, Chemie, Physik mit Ausschluss der Mathematik“, wobei er sich im Weiteren allerdings auf Mathematik, Physik und Chemie konzentrierte. Ulmer wechselte nach Berlin, konnte sich dort am 16.2.1907 nach seiner Promotion zum Staatsexamen melden. Danach, seit dem 10.12.1907, war er an der Gelehrtenschule des Johanneums zur Ableistung des Anleitungsjahres tätig.<sup>3</sup>

Für den Militärdienst war Fritz Ulmer nicht tauglich, 1910 wurde er an der Realschule Hamm als Oberlehrer eingestellt.<sup>4</sup>

In seiner Personalakte sind Nebentätigkeiten vermerkt, Privatunterricht, Unterricht in Griechisch, Latein und Physik an einer Privatschule. Aber auch der Besuch des 21. Kongresses für Knabenhandarbeit und Werkunterricht 1912. Fritz Ulmer war breit aufgestellt.<sup>5</sup>

Am 21.7.1915 wurde Ulmer zum Landsturm als Kanonier eingezogen, danach war er bei der Artillerie-Prüfungskommission beschäftigt, von wo er am 11.11.1918 an Schulrat Brütt schrieb:

„Abgesehen von einzelnen sinnlosen Schießereien scheint die Entwicklung zur sozialistischen Republik ruhig und geordnet vor sich zu gehen. Ich hoffe, dass ein Gleiches auch von meiner Heimatstadt gilt, um deren Schicksal ich in diesen Tagen, wo jede Verbindung abgeschnitten war, sehr gebangt habe.“<sup>6</sup>

Fritz Ulmer wohnte 1918 in der Ottersbekallee 6 und war seit 1919 Oberlehrer an der Gelehrtenschule des Johanneums, der höheren Schule seiner Schülerzeit.<sup>7</sup>

Uwe Schmidt stellte der Hildegard Milberg, Carl-Ludwig Furck, Reiner Lehberger und mir zugeschriebenen Behauptung, die höheren Schulen und die dort tätigen Lehrer und Schulleiter seien konservativ und reaktionär, deutschnational und anfällig für den Nationalsozialismus gewesen, eine Aussage von Fritz Ulmer aus dem Jahre 1920 entgegen:

„Gegen Verallgemeinerungen über die Veränderungsbereitschaft der höheren Schule und ihrer Lehrer ist als Zeitgenosse 1920 schon der 37-jährige Lehrer am Johanneum, Fritz Ulmer, aufgetreten, indem er sich in einem Zeitungsartikel unter der Überschrift ‚Der reaktionäre Oberlehrer – ein Zerrbild der Zeit‘<sup>8</sup> gegen die Behauptung wendete, vor 1918 habe es in der höheren Schule keine Reformen gegeben: Lebendige Gegenbeweise seien Arbeitsgemeinschaften, die Neugestaltung des Unterrichts in den Leibesübungen, Methodische Reformen im Sprachunterricht, in den Fächern Deutsch, Religion, Geschichte und den Naturwissenschaften, Praktika und



Werkstattunterricht – und all das sei ohne Direktiven durch die Oberschulbehörde geschehen. Ulmer verlangt statt Phrasen Taten und sachliche Arbeit. „Wir ‚reaktionären Oberlehrer‘ kämpfen nach wie vor in Reih und Glied mit den erfahrenen und erprobten Reformern der Volksschule ... für die Beseitigung veralteter Einrichtungen und Methoden, mit ihnen aber vor allem auch gegen die wilden Zertrümmerer des Bestehenden und gegen die Amokläufer unter den Revolutionären.“ Schmidt ergänzte: „Ulmers Devise heißt daher: Kampf ja, aber auf sachlicher Grundlage.“<sup>9</sup>

Wobei Fritz Ulmer politisch durchaus eine konservative Grundhaltung hatte, wie aus einem anderen Hinweis von Uwe Schmidt zu schließen ist. Er wies darauf hin, dass bei den ersten Lehrerkammerwahlen nach dem Selbstverwaltungsgesetz in Hamburg, 1920, eine „Liste der Rechten“ neben der „Liste Aufbau/Verein der Oberlehrer“ kandidierte und gegen die Liste der „Gesellschaft der Freunde“ („Schulfortschritt“), die 50 Prozent der Stimmen gewann. Für die „RechtsListe“, angeführt von dem Oberlehrer der Gelehrtenschule des Johanneums, Carl Bertheau, verpflichtete sich eine Reihe von Lehrern des Johanneums, diese Liste mit einer Spende zu unterstützen. Dazu gehörten außer Fritz Ulmer u. a. auch Werner Puttfarcken, der spätere Schulleiter, Erdmann Struck, Gerhard Rösch.<sup>10</sup>

Fritz Ulmer war besonders aktiv als Protektor des Ruder-Clubs des Johanneums. Zum Jahrestag der Gründung dieses Ruderklubs schrieb er am 19.2.1930 einen ausführlichen Artikel im „Hamburgischen Correspondent“. Darin beschrieb er die Vorzüge des Rudersports:

„Wie kein anderer Sport kommt der (richtig ausgeübte) Rudersport dem innersten Wesen der Jugend, ihrem Bewegungstrieb, ihrem Freiheitsdrang und Leistungsbedürfnis entgegen: Licht und Luft, in Wind und Wellen – statt in Staub und Dunst – ausgeübt, stählt er Willen und Charakter, sittliche Qualitäten, die neben



geistiger Begabung das Mannestum ausmachen; durch frisches Leben im Freien, Kraft und Erholung spendend, befähigt er die Geistigkeit zu höheren Leistungen, diszipliniert er sie zur vollen Ausnutzung von Zeit und Kraft und schafft die Entschlossenheit im Handeln. Dem Triebe der Jugend zu Übung und Steigerung der wachsenden Körperkräfte gemäß, erzieht er

Fritz Ulmer bei einer Ruderregatta, links sitzend

zu Ausdauer und Zielbewusstheit, den wertvollsten Lebensenergien im hastenden Dasein der Gegenwart.“<sup>11</sup>

Hier schrieb ein vom Rudersport Beseelter, der sich hierfür lebenslang einsetzte.

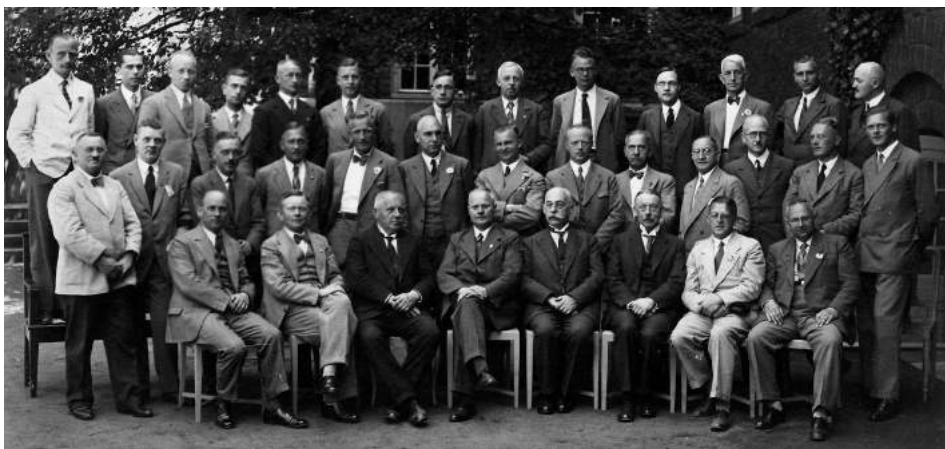
Dabei war Ulmer nicht nur in Hamburg aktiv, sondern im Norddeutschen Schüler- und Jugend-Ruderverband, als Teilnehmer an den Deutschen Rudertagen und den Tagungen des Preußischen Protektoren-Verbandes, für die Fritz Ulmer Nebentätigkeits-Anträge stellte und der Oberschulbehörde danach jeweils berichtete.<sup>12</sup>

Ulmer war gleichzeitig leidenschaftlicher Naturwissenschaftler und nahm teil an den Tagungen Deutscher Naturforscher und Ärzte.<sup>13</sup>

Am 1.5.1933 trat Fritz Ulmer in die NSDAP ein. Im Oktober 1933 wurde er Mitglied der SA. Der NSV gehörte er seit 1934 an, ebenfalls dem NSLB. Im VDA war er schon 1925 organisiert. Im Reichsluftschutzbund war er Ausbildungsleiter und Blockwart, wie er im Entnazifizierungs-Fragebogen notierte.<sup>14</sup> 1938 war Fritz Ulmer zum Oberstudienrat befördert worden.<sup>15</sup>

Unter „früheren Mitgliedschaften“ hatte Fritz Ulmer angegeben: „Vor 1933 in der DVP und im Philologenverband.“<sup>16</sup>

Als der nationalsozialistische Aktivist Erwin Zindler, der seit dem 26.8.1942 Oberstudiendirektor des Johanneums war, am 27.6.1945 auf Anordnung der Britischen Militärregierung beurlaubt wurde<sup>17</sup>, beauftragte die Schulbehörde Fritz Ulmer mit der kommissarischen Leitung der Schule.<sup>18</sup>



Erwin Zindler (3. Reihe, 1. v.l.) im Kollegium des Johanneums, Anfang 1933. In der ersten Reihe der neu gewählte Schulleiter Werner Puttfarcken (5. v. r.) und Fritz Ulmer (2. v. r.)

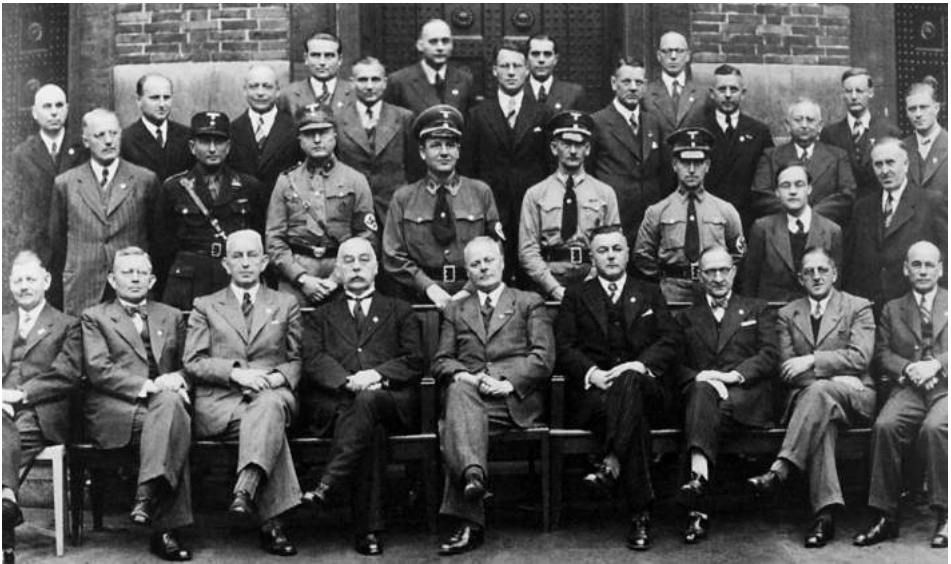
Kurz darauf begann ein Drama im Leben von Fritz Ulmer. „Knapp zwei Monate nach Übernahme der Aufgabe war er, noch bevor der Unterrichtsbetrieb aufgenommen wurde, wieder von seinem Amt entbunden.“<sup>19</sup>

Seinem Entnazifizierungs-Fragebogen vom 17.7.1945 war für die Schulbehörde zu entnehmen gewesen, dass er am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war und seit 1933 ebenfalls der SA angehört hatte. Alle Schulleiter, die vor oder seit dem 1.5.1933 Mitglieder der Nazi-Partei gewesen waren, wurden auf Anordnung der Britischen Militärregierung vom Dienst beurlaubt. Nun begann der Kampf von Fritz Ulmer gegen seine Suspendierung vom Amt des kommissarischen Schulleiters und gegen die Entlassung aus dem Schuldienst überhaupt. Zur Begründung seiner NS-Mitgliedschaften hatte er geschrieben:

„Im Mai 1933 trat ich, der Parole der Deutschen Volkspartei folgend, in die NSDAP ein, um den von mir geleiteten Norddeutschen Schüler- und Jugendruder-verband sowie den Ruderclub des Johanneums (RdJ) unter meinem ‚Protektorat‘ zu retten und meine ehrenamtliche Tätigkeit als Schriftleiter von ‚Johanneum‘ und ‚Ruderer‘ möglichst ungestört weiter durchführen zu können – Lebensarbeiten im Dienste der Jugend und Schule, die mir durch den Totalitätsanspruch der Partei bedroht erschienen und später auch tatsächlich vernichtet wurden. Aus demselben Motiv heraus trat ich als führender Wassersportler (Oktober 1933) in die Marine-SA ein, ebenfalls in der Hoffnung, durch diesen Schritt die von mir betreuten Organisationen schützen und stützen zu können – eine Hoffnung, die sich ebenfalls als trügerisch erwies.“<sup>20</sup>

War diese Erklärung von Fritz Ulmer eine in solchen Verfahren übliche Behauptung, nämlich zum Schutz von persönlich als wichtig angesehenen Aktivitäten in NS-Organisationen Mitglied geworden zu sein, führte Ulmer im Weiteren etwas an, was er nie öffentlich oder im Rahmen seiner Schule sonst geäußert hatte. Er schrieb:

„Als ich dann zum November 1935 vom Hamburger Staatsarchiv die amtliche Bestätigung erhielt, dass mein Vater (der 1889 verstorbene Hauptlehrer H. F. J. Ulmer) der uneheliche (voreheliche) Sohn eines Juden (des invaliden Eisenbahnbeamten Iwan Friedrich Franz Ulmer, 1794 aus Nieheim gebürtig und 1820 zu St. Nicolai getauft) sei, nahm ich dies zum Anlass, um aufgrund eines ärztlichen Attestes alsbald aus der SA auszutreten und vorsorglich von allen meinen ehrenamtlichen Posten als Vorsitzender, Schriftleiter und Protektor zurückzutreten (1936 bzw. 1937), um auf alle Fälle meine Organisationen vor Schaden zu bewahren, schweren Herzens von meiner Lebensarbeit Abschied nehmend. Von einer Selbstanzeige an Behörde und Partei nahm ich – wenn auch nur unter schweren Gewissensbedenken – mit Rücksicht auf die Zukunft meiner Familie zumal meiner vier unmündigen Kinder, Abstand. Dass ich seit dem Jahre 1935, da ich selbst unter dem unmenschlichen Druck der Nürnberger Gesetze stand, grundsätzlicher und persönlicher Gegner des Nationalsozialismus bin, brauche ich nach meinen Erlebnissen und Enttäuschungen wohl nicht mehr besonders betonen.



Das Kollegium am Johanneum 1938: Schulleiter Werner Puttfarken (1. Reihe, 5. v. l.), etliche Studienräte in Uniform, darunter Hans Langhein (4. v. r.), Ralph Giordanos Quäler Werner Fuss (3. v. l.). Willi Thede, Mitglied im Entnazifizierungsausschuss (3. Reihe, 3. v. r.), Fritz Ulmer vorne (2. v. r.)

Meine Kollegen werden mir dies ausnahmslos bestätigen. Meine 1938 erfolgte Beförderung zum Oberstudienrat nahm ich daher auch letztlich als Anerkennung meiner zurückliegenden Leistungen im Dienste von Jungrudersport und Schulgemeinde unbedenklich an.“<sup>21</sup>

Fritz Ulmer hatte sich in erheblichen Gewissensnöten befunden, als es erforderlich war, den „Arier-Nachweis“ zu erbringen. Er legte die Abschriften von dem Pfarrer aus Nieheim und dem Vorsteher der Gemeinde vor, die erklärten, dass es von Iwan Friedrich Franz Ulmer weder in den Kirchenbüchern aus der Zeit von 1792 bis 1811, noch in den Eintragungen des Gerichts Hinweise auf den Großvater von Fritz Ulmer gebe. Diese Abschriften wurden von dem Schulleiter des Johanneums, Werner Puttfarken, der sich jüdischen Schülern der Schule gegenüber als antisemitisch zeigte, am 14.1.1938 abgestempelt und bestätigt.<sup>22</sup>

Interessant ist, dass Fritz Ulmer dieses außerhalb des Entnazifizierungsverfahrens öffentlich niemals kommunizierte und auch am Johanneum nach 1945 nicht bekannt machte.

Als die Brüder und ehemaligen Schüler des Johanneums, Ralph und Egon Giordano von der Entlassung Fritz Ulmers erfuhren, wandten sie sich in einem Schreiben im August 1945 an die Schulbehörde:

„Uns, als Halbjuden, hat Dr. Ulmer im Gegensatz zu so vielen anderen Lehrern stets in der anständigsten Weise behandelt. Wir hatten immer das lebendige Gefühl,

in ihm einen Schützer zu besitzen. Ebenso erging es allen anderen jüdischen Schülern. Politik hatte in seinem Unterricht keinen Raum, es sei denn, dass er seine Entrüstung über nazistische Methoden unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat.“<sup>23</sup>

Und auch Lilly Giordano, die Mutter von Ralph und Egon Giordano, schrieb am 30.8.1945:

„In all den Jahren des Naziregimes hat Dr. Ulmer meine Söhne in der vorurteilslosesten Weise behandelt und mir gegenüber wiederholt betont, wie sehr er die nazistischen Methoden, insbesondere die Rassengesetze, verurteilt. Ich, als Jüdin, möchte dringend darum bitten, ihn im Amte belassen.“<sup>24</sup>

Ralph Giordano, mit dem ich 2012 über die Lehrer des Johanneums korrespondierte und der mich bei der Beschriftung und Zuordnung von Namen der Kollegium-Fotos unterstützte, schrieb: „Ulmer, guter Mensch, lieber Lehrer, ihm haben mein Bruder und ich 1945/46 wieder zurück ins Amt geholfen, denn der war kein Nazi, ganz und gar nicht. Der Sohn Ulmers hat mir Jahrzehnte später noch einen Dankesbrief geschrieben – sein Vater hat unsere Intervention nie vergessen.“<sup>25</sup>

Ins Amt kam Fritz Ulmer nicht wieder zurück, er war 1945 schon 62 Jahre alt und das Verfahren zog sich einige Zeit hin.

Ulmer bekam einige sehr gewichtige Leumundszeugnisse. So etwa vom ehemaligen Landesschulrat, Prof. Ludwig Doermer, der am 6.7.1948 bestätigte:

„Herr Dr. Fritz Ulmer ist mir seit vielen Jahren persönlich bekannt und wohnte lange Jahre in meiner Nachbarschaft. Nach meiner Überzeugung ist Dr. Ulmer seinerzeit nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei zum Oberstudienrat ernannt worden, sondern wegen seiner pädagogischen Bewährung sowohl auf dem Gebiete des Physikalischen Unterrichtens wie wegen seiner Förderung des Jugendrudersports an seiner Schule und an den hamburgischen Schulen. Dr. Ulmer kann nach meiner Überzeugung nur als harmloser Mitläufer gewertet werden.“<sup>26</sup>

Und auch Schulsenator Heinrich Landahl schrieb für Fritz Ulmer am 3.6.1946:

„Herr Dr. Fritz Ulmer ist mir seit Jahren als besonders beliebter und erfolgreicher Lehrer der Gelehrtenschule des Johanneum bekannt. Näheres über ihn habe ich während der ganzen Kriegsjahre durch meinen Neffen Klaus Eitner gehört, dessen Klassenlehrer er in den letzten Schuljahren war. Das Elternhaus meines Neffen war von jeher genauso nazifeindlich eingestellt wie ich. Mein Neffe selbst hat immer in eindeutiger Ablehnung gegen alles Nationalsozialistische gestanden. Er hat mir oft voll Freude und Genugtuung berichtet, dass er und seine gleichgesinnten Kameraden dieselbe Ablehnung bei ihrem verehrten Lehrer Dr. Ulmer deutlich spürten.“<sup>27</sup>

Der Beratende Ausschuss, dem auch der langjährige Lehrer am Johanneum, Willi Thede, angehörte, stellte unter Vorsitz von Johann Helbig und gemeinsam mit

Oberschulrat Schröder am 11.7.1946 fest, dass Dr. Ulmer „niemals innerlich nationalsozialistisch gewesen ist. Studienrat Thede kann als Kollege an derselben Schule die wirkliche Einstellung Dr. Ulmers bezeugen. Der Ausschuss befürwortet deshalb die Wiedereinstellung Ulmers als Studienrat.“<sup>28</sup>

Dem stimmte der Entnazifizierungsausschuss am 20.8.1946 in der Konsequenz nicht zu: „Eine Wiederbeschäftigung erscheint nicht tunlich. U. ist auch bereits 63 Jahre alt. Pensionierung als Studienrat (er war zuletzt Oberstudienrat) erscheint angemessen.“<sup>29</sup>

Nach Einspruch von Fritz Ulmer tagte der Beratende Ausschuss erneut am 23.4.1948 und schrieb:

„Wir haben den Fall erneut überprüft. Vermissen die Bezeugung aktiven Widerstandswillens gegen das System. Wenn wir allerdings diesen Fall mit anderen inzwischen erledigten Fälle vergleichen, so sind wir daraufhin bereit, ihm die Pension eines Oberstudienrats zuzuerkennen.“<sup>30</sup>

Der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten beschäftigte sich am 23.2.1949 mit der Angelegenheit, gab der Berufung statt und entschied, Fritz Ulmer „mit vollen Pensionsansprüchen als Oberstudienrat mit Wirkung vom 1.2.1949 in den Ruhestand zu versetzen. Er wird in die Kategorie V eingestuft.“<sup>31</sup> Auch der Berufungsausschuss war von den gewichtigen Leumundzeugnissen beeindruckt und hatte noch einmal vom ehemaligen Oberschulrat Oberdörffer eine Bestätigung eingeholt, dass Ulmers Beförderung „lediglich auf seine besonderen fachlichen Leistungen und Bemühungen zurückzuführen“ ist.<sup>31</sup>

Fritz Ulmer hat in den Jahren, die das Entnazifizierungsverfahren dauerte, schwer gelitten, wie Uwe Reimer zusammenfasste:

„Die ersten zehn Monate nach seiner Entlassung nennt er ‚schlimmstes Martyrium‘, gekennzeichnet durch ‚Hungerödeme infolge wirtschaftlicher Notlage, Stempelgang zum Arbeitsamt, Zwangsarbeit als Erdarbeiter mit dauernder Gesundheitsschädigung‘. Während der anschließenden drei Jahre, vom Oberstudienrat zum Studienrat herabgestuft und zwangspensioniert, litt er schwer unter dem ‚Makel des fristlos entlassenen Beamten‘. Am schlimmsten war vielleicht für ihn, dass die Maßnahmen ‚ohne Angabe von Gründen und ohne persönliche Vernehmung‘ erfolgten.“<sup>32</sup>

Am 26.2.1949 fertigte OSR Heinrich Schröder einen Vermerk an, der sich mit dem Antrag von Fritz Ulmer beschäftigte, wieder als ehrenamtlicher Mitarbeiter anerkannt zu werden:

„Herr Dr. Ulmer ist durch den Berufungsausschuss statt der Studienratspension wieder die Oberstudienratspension zuerkannt worden. Er ist damit jetzt völlig entlastet. Einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Schülerrudersport steht nichts im Wege.

Wenn die Schulleitung und die Ruderriege des Johanneums Herrn Dr. Ulmer um eine Mitarbeit bitten wollen, so hat die Schulbehörde keine Bedenken. Ich habe dies Herrn Dr. Ulmer mitgeteilt, der auch an mich ein ähnliches Schreiben gerichtet hat.“<sup>33</sup>

Fritz Ulmer wurde danach sogar offiziell zum „Beauftragten der Schulbehörde für den Hamburger Schulrudersport“ ernannt. Er wird dies als späte Genugtuung empfunden haben.<sup>34</sup>

Schulsenator Heinrich Landahl schrieb am 9.4.1959 noch einmal eine Art Urkunde für Fritz Ulmer, in der er ihm dankte für seine „jahrzehntelange Arbeit, die Sie der Freien und Hansestadt Hamburg als Lehrer im höheren Schulwesen gewidmet haben. Dankbar würdigt die Schulbehörde Ihr Wirken als Studienrat und Oberstudienrat besonders während der vielen Jahre Ihrer Zugehörigkeit zur Gelehrtenschule des Johanneums. Sie anerkennt weiterhin Ihre Tätigkeit in zahlreichen Ehrenämtern, darunter besonders aber Ihre Verdienste um die Förderung des Schulrudersports.“<sup>35</sup>

Merkwürdig war, dass der ehemalige Bürgermeister des „Hamburg-Blocks“ von 1953 bis 1957, Dr. Kurt Sieveking, sich am 2.12.1964 an Landesschulrat Matthewes wandte mit dem Hinweis, dass Ulmer das Recht auf eine Überleitung nach A 15 hätte, ein Wiedergutmachungsfall wäre. Die Suspendierung und die Rückstufung vom Oberstudienrat zum Studienrat bezeichnete Sieveking „als durch die Militärregierung zu Unrecht erfolgt“, „eine zu Unrecht erlittene Unbill“, und „einen zu Unrecht erfolgten Eingriff der Besatzungsmacht“.<sup>36</sup>

Die Schulbehörde sah das anders und klärte den Ablauf sachlich auf. Offenbar hatte Fritz Ulmer seinen Frieden doch noch nicht gefunden und fand einen ehemals einflussreichen Unterstützer – allerdings ohne Erfolg.

Sogar der ehemalige Schulleiter des Johanneums, Erwin Zindler, passte sich in die Argumentation ein – er hatte schließlich auch noch eine Rechnung offen mit der Schulbehörde und der Britischen Militärregierung.

Fritz Ulmer starb am 9.7.1971.<sup>37</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach der Personalakte von Fritz Ulmer, StAHH, 361-3\_A 1617
- 2 Lebenslauf, ebd. Bei vielen späteren Lehrern an höheren Schulen liest man in deren zur Einstellung eingereichten Lebensläufen, mit welchen Intentionen sie ihr Studium durchführten und welche Bildungsambitionen sie hatten. Dies ermöglicht äußerst interessante Einblicke in ihr Denken und ihre Überlegungen der Bildungs- und Lebensplanung.
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.

- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 „Hamburger Nachrichten“ vom 25.7.1920.
- 9 Uwe Schmidt: Aktiv für Gymnasien, Hamburg 1999, S. 124.
- 10 Schmidt 1999, S. 127. Siehe auch die Biografie Werner Puttfarken, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Band 1, Hamburg 2016, S. 691 ff.; sowie die Biografien Gerhard Rösch und Erdmann Struck in diesem Band. Gewählt wurde auf der Rechtsliste auch der Oberlehrer des Johanneums, Hans Lorenzen, der später viele „Persilscheine“ für nationalsozialistischer Aktivisten schrieb.
- 11 „Hamburgischer Correspondent“ vom 19.2.1930.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsakte Ulmer, StAHH, 221-11\_Ed 1212
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Siehe die Biografie Erwin Zindler, In: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang. Eine Nachlese, Hamburg 2012, S. 23.
- 20 Anlage 2 zum Fragebogen vom 18.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Ebd. Siehe zu Werner Puttfarken: Rainer Hering: Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarken, Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums von 1933–1942, in: Symposion, Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule Johanneums, herausgegeben von Christine von Müller, Uwe Petersen und Uwe Reimer, Hamburg 2004, S. 51. Siehe auch die Biografie Werner Puttfarken, in: de Lorent 2016, S. 691 ff.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Ralph und Egon Giordano im August 1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Lilly Giordano am 30.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Ralph Giordano in einem Schreiben an mich vom 13.3.2012. Siehe die Briefwechsel mit Ralph Giordano, in: de Lorent 2016, S. 11 ff.
- 26 Schreiben vom 6.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 3.6.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Beratender Ausschuss vom 11.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Empfehlung vom 20.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Beratender Ausschuss vom 23.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Berufungsausschuss 17 vom 23.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Reimer 2012, S. 27
- 33 Vermerk vom 26.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Reimer 2012, S. 28.
- 35 Schreiben vom 9.4.1959, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Schreiben vom 2.12.1964, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Zindlers Schreiben vom 22.7.1964 und vom 7.8.1964, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 38 Personalakte a. a. O.



## Robert Köster

**„Er hat viel dazu beigetragen, die nationalsozialistische Weltanschauung in Altona durchzusetzen.“**

Es gab eine ganze Reihe von Männern im Hamburger Schulwesen, die nationalsozialistische Aktivisten waren und auch der SS angehörten. Zu ihnen zählte Robert Köster, der seit 1936 die Oberschule für Mädchen in Blankenese leitete. Im Krieg war Köster, der Deutsch, Erdkunde und Französisch studiert hatte, im Einsatzstab Rosenberg tätig gewesen. Nach Ende der NS-Herrschaft bemühte sich Köster darum, wieder in den Schuldienst zu gelangen und sogar, wieder als „Oberstudiendirektor zur Wiederverwendung“ besoldet zu werden. Da Hamburg ihn nicht erneut in den Schuldienst kommen ließ, arbeitete er als Studienrat seit 1951 bis zu seiner Pensionierung in Elmshorn.

Robert Köster wurde am 8.1.1896 als Sohn des Lehrers August Köster in Groß-Lobke, Kreis Hildesheim, geboren. Er besuchte vom sechsten Lebensjahr an die Vorschule und das Realgymnasium in Peine und bestand dort Ostern 1914 die Reifeprüfung. Danach studierte er Deutsch, Erdkunde und Französisch an den Universitäten Kiel und Berlin. Vom 5.3.1917 bis zum 13.1.1919 hatte er als Gefreiter am Ersten Weltkrieg teilgenommen.<sup>1</sup>

Robert Köster beendete anschließend sein Studium an der Universität Kiel und bestand die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen am 12.8.1921. Als Studienreferendar arbeitete er vom 1.10.1921 zuerst am Realgymnasium in Peine, danach an der Oberrealschule in Kiel. Er bestand am 30.9.1922 die pädagogische Prüfung und wurde anschließend als Studienassessor am Gymnasium in Neumünster beschäftigt. Vom 1.10.1923 arbeitete Robert Köster ein halbes Jahr am Realgymnasium in Blankenese, anschließend am Lyzeum in Elmshorn, dort seit dem 1.4.1926 als Studienrat. Dies ist insofern interessant, als mit diesen Schulen sein zukünftiges Arbeitsfeld abgesteckt wurde und entsprechende Kontakte geknüpft werden konnten.<sup>2</sup>

Ein Bericht über die Kompetenzen des Studienassessors Robert Köster vom 7.8.1925 vom Lyzeum Elmshorn, schilderte ihn als vielseitige Lehrerpersönlichkeit. So wurde vermerkt, dass er neben seinen Fächern Erdkunde, Französisch und Deutsch auch eine „Arbeitsgemeinschaft in Musikinterpretation und Lautenspiel, ferner in Spanisch“ übernahm. Und über seine Entwicklung hieß es:

„Es gelang ihm, nachdem er gewisse Schwierigkeiten überwunden hatte, sich auf die Anlagen der Mädchennatur und die Aufgaben der Mädchenschule einzu-

stellen. Mit Ernst und Eifer arbeitete er daran, sich die Methode des Arbeitsunterrichts zu eigen zu machen, wenn dieser bei ihm auch noch darunter leidet, dass er sich mit gefühlsmäßigen Vorstellungen und halb richtigen Ausdrucksweisen bei der Schlussynthese zufrieden gibt, wozu freilich die weibliche Natur der Schülerin verleitet. Er will noch kein Fertiger sein und sucht deshalb Kritik und Rat bei geeigneten Kollegen. Die Schülerinnen folgen mit Freude seinem Unterricht, der durch eigenes Interesse, durch Erlebnisstoff und durch Wechsel der Methoden belebt ist; daher entsprachen seine Unterrichtsergebnisse seinem Eifer.“<sup>3</sup>

Am 1.4.1929 ließ sich Robert Köster an das Oberlyzeum nach Altona, in der Allee, versetzen. Seit dem 23.3.1931 war Robert Köster mit Charlotte Stahl verheiratet, mit der er zwei Kinder hatte (geboren 1933 und 1935).

Köster engagierte sich schon früh in nationalsozialistischen Organisationen. Seit dem 1.4.1932 war er Mitglied des NSLB, im August 1932 beantragte er die Aufnahme in die NSDAP, die am 1.2.1933 erfolgte. Nebenamtlich leitete Robert Köster seit dem 1.4.1933 die Volkshochschule Altona.<sup>4</sup>

Bei diesem Engagement fand Robert Köster zwangsläufig die Aufmerksamkeit des Altonaer Schulsenators Hermann Saß, der nach Eingemeindung Altonas in Hamburg weiter als Oberschulrat tätig war.<sup>5</sup> Hermann Saß betrieb eine gezielte Personalpolitik und berief Robert Köster am 1.4.1936 als Studiendirektor an die Oberschule für Mädchen in Blankenese.<sup>6</sup>

In dem Entwurf für die Begründung der Beförderung Kösters vom 21.2.1936, die an das Reichsministerium in Berlin gehen musste, hieß es:

„Köster ist 40 Jahre alt und von guter Gesundheit, verfügt über ein gründliches Wissen und ist ein lebhafter, allseitig interessierter Mensch, der genau beobachtet, scharf kritisiert und treffend beurteilt. Allen Anregungen und jedem Problem steht sein beweglicher Geist offen. Er ist auch fähig, selbst von sich aus Mittel und Wege von einer klaren Erkenntnis zur Erreichung eines Ziels oder der praktischen Lösung eines Problems zu erkennen und zu benutzen. Zudem steht ihm eine gute Rednergabe zur Verfügung. Er besitzt gutes Lehrgeschick und hat bei seinen Schülerinnen, die seinem anregenden Unterricht gern folgen, achtenswerte Lehrerfolge erreicht. Sehr gut bewährt hat er sich auch bei der Anleitung des Lehrernachwuchses.“<sup>7</sup>

Schwerpunktmäßig wurde natürlich Kösters nationalsozialistisches Wirken dargestellt, die frühe Mitgliedschaft im NSLB und der NSDAP. Weiter hieß es:

„Seine gute Befähigung konnte allerdings bei seiner umfangreichen Tätigkeit in der Partei für die Schule nicht völlig ausgenutzt werden. Seit Februar 1933 leitete er den ‚Kampfbund für deutsche Kultur‘ und nach seiner Auflösung den ‚Reichsbund Volkstum und Heimat‘. Daneben führte er die Geschäfte der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Ortsgruppe Altona. Anfang April 1933 wurde

ihm vom Oberbürgermeister die Leitung der städtischen Volkshochschule (heute nationalpolitische Volksbildungsstätte der Stadt Altona) übertragen, deren Arbeitsplan er dreimal im Jahr herausgibt und deren Kurse und Vorträge jetzt jährlich von etwa 4000 Volksgenossen besucht werden. Im Jahr 1934 organisierte er im Auftrage des Oberbürgermeisters das Vortragswesen der Stadt Altona, das er heute im Rahmen der NS-Kulturgemeinde betreut. In der Partei bekleidet er ferner das Amt eines Abteilungsleiters für Volksbildung und Volkserziehung im Kreisschulungssamt. Im Januar 1935 wurde er vom Kreisleiter der NSDAP Altona mit der weltanschaulichen Schulung der Gliederungen und angeschlossenen Organisationen der NSDAP beauftragt und zum Kreisredner ernannt. Alle diese Aufträge hat er mit vollem Einsatz seiner Kräfte und besonderem organisatorischen Geschick durchgeführt und dadurch viel dazu beigetragen, die nationalsozialistische Weltanschauung in Altona durchzusetzen.“<sup>8</sup>

Im Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass Köster von seinen vielen Parteaufgaben entlastet werden müsse, wenn er die Schulleitertätigkeit aufnehmen würde. Und es wurde auch konstatiert:

„An seiner politischen Zuverlässigkeit ist nicht zu zweifeln; bei seinem scharfen Eintreten für die Partei ist er gelegentlichen Konflikten mit dem einen oder anderen seiner Mitarbeiter nicht ausgewichen. Es steht aber fest, dass sein Direktor sowie alle sachlich unvoreingenommenen und unbelastet mitarbeitenden Kollegen ein durchaus positives Verhältnis zu ihm gefunden haben.“<sup>9</sup>

Andere Dokumente in der Personalakte von Robert Köster machen deutlich, wie der Weg zu Kösters Berufung tatsächlich verlaufen war. Nachdem der vormalige Leiter des Lyzeums in Blankenese pensioniert worden war, hatte Hermann Saß dem zuständigen Oberschulrat beim Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Hol-

stein, Abteilung für das höhere Schulwesen, Oberschulrat Dr. Schmidt, den Vorschlag zur Berufung von Robert Köster gemacht. Schmidt wiederum hatte nun den Schulleiter des Altonaer städtischen Oberlyzeums, Bernhard Müller, um einen ausführlichen Bericht über Köster gebeten.<sup>10</sup>

Vergleicht man den Bericht von Bernhard Müller vom 20.1.1936 mit dem Entwurf für das Reichsministerium, wird deutlich, dass vieles davon zum Teil wörtlich übernommen worden war. Es gibt aber auch Abweichungen. So schrieb Müller durchaus kritisch:

„Für die Feststellung, ob er Tiefe und Charakter genug besitzt, Schwierigkeiten auf dem Wege zäh, offen und unerschrocken anzufassen, war seine Tätigkeit am O. L. zu



Robert Köster, 1933

begrenzt und damit auch die Möglichkeiten meiner Urteilsbildung. Ich weiß dabei sehr wohl, dass K.'s Charakter im Kollegium und auch im Schulamt sehr umstritten ist, und K. ist wiederholt bei mir verdächtigt worden. Mögen K.'s Wege zuweilen vielleicht als diplomatisch und verschlungen erscheinen, einen Beweis für etwaige Umtriebe, Verrätereien oder Hinterhältigkeit mir oder anderen gegenüber hat mir niemand bisher bringen können. Wohl aber habe ich wiederholt erfahren, dass K. wegen seines einseitigen, oft harten Eintretens für die Partei manchem unbequem wurde. Für das Kollegium habe ich den Eindruck, dass alle sachlich, unvoreingenommen und unbelastet mitarbeitenden Kollegen gleich mir ein positives Verhältnis zu K. gefunden haben.“<sup>11</sup>

Schulleiter Müller schien in seiner Beurteilung hin- und hergerissen und berücksichtigte dabei durchaus, dass Robert Köster durch seine Parteitätigkeit sehr stark beansprucht war, wenngleich er dafür mit 12 Stunden entlastet wurde, dadurch aber auch weniger präsent in der Schularbeit war. Müller schloss:

„Und hier hat er (ich kann mich da ganz auf mein eigenes Urteil verlassen) ganz im Sinne des Führers gewirkt und viel dazu beigetragen, die nationalsozialistische Weltanschauung in Altona durchzusetzen. Das bedeutet gewiss sehr viel! Ich habe das begründete Vertrauen, dass K. immer bemüht bleiben wird, in allen Fällen als Nationalsozialist zu handeln.“<sup>12</sup>

Am 6.9.1935 war Oberstudiendirektor Müller von der NSDAP-Kreisleitung in Altona noch mitgeteilt worden:

„Der Kreisabteilungsleiter Pg. Köster ist als Marschteilnehmer zur Teilnahme am Reichsparteitag 1935 bestimmt. Ich bitte, den Pg. Köster für die Zeit vom 12. bis 18.9.1935 einschließlich zu beurlauben.“<sup>13</sup>

Robert Köster hatte am 15.4.1936 die kommissarische Leitung des städtischen Lyzeums in Blankenese übernommen und bereits ein halbes Jahr später, am 3.11.1936, wurde ein Bewährungsbericht an das Reichsministerium geschickt, in dem er hieß, „dass er fähig und willens ist, das ihm übertragene Amt gewissenhaft, tatkräftig und im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu verwalten. Gemäß der Weisung des o. a. Erlasses vom 12.3.1936 ist er für die Zeit des Einarbeitens in sein neues Amt von seiner Tätigkeit in der Kreisleitung der NSDAP, Altona, weitgehend entlastet gewesen und hat sich daher ganz der neuen Aufgabe widmen können. Vermöge seiner überlegenen Persönlichkeit ist es ihm nicht schwer gefallen, sich durchzusetzen und sein Kollegium in gemeinsamer Erziehungsarbeit und weltanschaulicher Ausrichtung zusammenzufassen und anzuregen. Mit der Erziehung seiner Mädchen im nationalsozialistischen Geist nimmt er es sehr ernst und arbeitet hier im besten Einvernehmen mit der Leitung des BDM. Köster verfügt über eine beachtliche Allgemeinbildung und eine gute rednerische Begabung, Eigenschaften,

die ihn in stand setzen, auch über den Rahmen seiner schulischen Tätigkeit hinaus auf das geistige und kulturelle Leben der Stadt Altona befruchtend und anregend einzuwirken. Seine Beziehungen zum städtischen Schulamt sind die denkbar besten, so dass von dort aus der dringende Wunsch ausgesprochen worden ist, Köster als Leiter der ihm unterstellten Schule zu behalten.“<sup>14</sup>

Paraphiert ist dieses Schreiben von dem NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse, der seit 1933 gleichzeitig Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein war.

Am 20.4.1939, dem Geburtstag Adolf Hitlers, erhielt Robert Köster die Ernennungsurkunde zum Oberstudiendirektor, unterzeichnet von Reichsstatthalter Karl Kaufmann.<sup>15</sup>

Kurz danach, am 26.8.1939, wurde Robert Köster zur Wehrmacht einberufen. Am 23.11.1938 hatte Robert Köster mit seiner Frau Charlotte umfangreich deren Stammbaum für das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS dargestellt, bei der Robert Köster die Mitgliedschaft beantragt hatte.<sup>16</sup>

Kösters Tätigkeiten im Krieg sind nicht im Detail rekonstruierbar. Aus seiner Entnazifizierungsakte und der Personalakte geht hervor, dass Köster beim Einsatzstab Rosenberg vom 2.9.1940 bis zum 25.8.1944 mit einer kurzen Unterbrechung tätig war, wie er beschönigend schrieb, „als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Belgien, Holland und Berlin“.<sup>17</sup>

Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) war eine Rauborganisation der NSDAP für Kulturgüter aus den besetzten Ländern während des Zweiten Weltkrieges, die unter der Leitung des NS-Parteiideologen Alfred Rosenberg und des von ihm geführten Außenpolitischen Amtes der NSDAP stand. Nach dem Frankreichfeldzug stießen die Mitarbeiter des ERR bei der Suche nach Büchern und Archivmaterial vor allem in Frankreich und in den Benelux-Ländern auf riesige Bestände von Kunstgegenständen, die sich im Besitz von Menschen jüdischer Herkunft befanden. Die deutsche Botschaft in Paris und SS-Einsatzkommandos in der Geheimen Feldpolizei begannen sofort nach der Besetzung, aus bekannten Sammlungen und Galerien die wertvollsten Bilder zu rauben. Dafür war sicherlich ein vielseitig interessierter Kunstliebhaber, der Französisch studiert hatte, wie Robert Köster, SS-Untersturmführer, eine geeignete Person. Und der von ihm angeführte Begriff, er wäre „Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Belgien, Holland und Berlin gewesen“ stellt mehr als eine zynische Verniedlichung seiner Kriegstätigkeit dar. Auffällig ist übrigens, dass noch zahlreiche andere aktive Nationalsozialisten aus dem Lehrerberreich während des Krieges dem Einsatzstab Rosenberg angehörten.<sup>18</sup>

Robert Köster gab in seinem Entnazifizierungsfragebogen darüber hinaus an, vom 26.8.1944 bis zum 24.3.1945 Untersturmführer in der SS-Ausbildungs-Abteilung Konitz gewesen zu sein.<sup>19</sup> In seiner Personalakte gibt es zusätzlich den Hinweis,

dass Köster im März 1945 Inspekteur der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes (SD) gewesen war.<sup>20</sup>

Am 24.5.1945 wurde Robert Köster als Schulleiter in Hamburg beurlaubt, am 20.6.1945 im Auftrag der Britischen Militärregierung entlassen.<sup>21</sup>

Man sollte meinen, dass Robert Köster in Kenntnis seiner Biografie und seiner starken Belastung, nicht davon ausging, in Hamburg eine Chance auf Wiedereinstellung zu haben. In der Tat zeigte Hamburg keine Bereitschaft, Köster in irgendeiner Weise wieder in den Schuldienst zu übernehmen. Immerhin erreichte Köster, dass der Berufungsausschuss vom 20.7.1949 ihm zubilligte, ihn mit 50 Prozent der ihm zustehenden Bezüge als Studienrat zu pensionieren. Gleichzeitig wurde Köster in Kategorie IV eingestuft.<sup>22</sup>

Auch danach erhielt Köster keine Möglichkeit, wieder in den Hamburger Schuldienst zu gelangen. Aber er verfügte aufgrund seiner früheren Tätigkeit am Lyzeum in Elmshorn offenbar noch über funktionierende Kontakte. Am 17.3.1951 teilte der Elmshorner Bürgermeister der Hamburger Schulbehörde mit, dass sich Robert Köster an der Oberschule für Mädchen in Elmshorn als Studienrat beworben und darauf hingewiesen habe, dass er von der Stadt Hamburg eine jährliche Pension von 3684 DM beziehe, auf die er nicht verzichten wolle. Seine Absicht sei, als Ruhestandsbeamter im öffentlichen Dienst in Elmshorn verwendet zu werden. Elmshorns Bürgermeister bat um Zustimmung zu diesem Verfahren.<sup>23</sup>

Oberregierungsrat von Zerssen teilte mit, dass Hamburg dagegen keine Bedenken habe und so wurde Robert Köster in Elmshorn als Studienrat im Angestelltenverhältnis an der Oberschule für Mädchen eingestellt.<sup>24</sup>

1953, als sich die Gesetzeslage verändert hatte und das Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung die Möglichkeit bot, die Versorgungsbezüge neu festzusetzen und Ansprüche auf die Wiederverwendung in alten Ämtern zu beantragen, ging es um die Rekonstruktion des Werdegangs von Robert Köster. Der Personalreferent für die Gymnasien in der Hamburger Schulbehörde, Dr. Hans Reimers<sup>25</sup>, machte dazu die überraschende Mitteilung:

„Die Denazifizierungsakte weist eine große Anzahl ungeklärter Punkte auf, deren Klarstellung auch gegenwärtig wegen der Vernichtung von Akten in Kiel nicht mehr möglich sein dürfte. Die Vorgänge, die bei der Ernennung des Herrn Köster zum Oberstudiendirektor eine Rolle gespielt haben, sind auch jetzt noch durchaus undurchsichtig und widerspruchsvoll.“<sup>26</sup> Da kann man aber in Kenntnis derselben Unterlagen zu ganz anderen Ergebnissen kommen, wie ich dargestellt habe.

Robert Köster, der in weiteren Schreiben an die Hamburger Schulbehörde jeweils unter seinen Namen setzte: Oberstudiendirektor zur Wiederverwendung,

stellte am 24.8.1959 den Antrag, in den Ruhestand versetzt zu werden, da die tägliche Fahrerei seine Kräfte im Alter von 63 ½ Jahren übersteigen würde.<sup>27</sup>

Die Pensionierung erfolgte, Köster war danach aber noch bis 1964 im privaten Institut Dr. Brechtefeld tätig.<sup>28</sup>

Robert Köster starb am 15.6.1979.<sup>29</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Robert Köster, StAHH, 361-3\_A 2591
- 2 Angaben laut Personalakte a. a. O. und handgeschriebener Lebenslauf in seiner SS-Akte, Bundesarchiv, RS D 3100, Bl. 933
- 3 Bericht des Lyzeums Elmshorn vom 7.8.1925, Personalakte a. a. O.
- 4 Lebenslauf, SS-Akte, a. a. O.
- 5 Siehe die Biografie Hermann Saß, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 178 ff.
- 6 Berufungsurkunde vom 6.12.1935, Personalakte a. a. O.
- 7 Entwurf eines Schreibens an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 21.2.1936, Personalakte a. a. O.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Mit Schreiben vom 14.1.1936, Personalakte a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Schreiben vom 6.9.1935, Personalakte a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Ernennungsurkunde zum Oberstudienleiter vom 20.4.1939, Personalakte a. a. O.
- 16 Siehe Kösters SS-Akte, a. a. O.
- 17 Entnazifizierungsakte Köster, StAHH, 221-11\_Ed 1041
- 18 Siehe dazu: Jacob Kurz: Kunstraub in Europa 1938–1945. Hamburg 1989; Peter M. Manasse: Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeit des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997.  
Siehe auch die Biografien von Horst Kanitz, in: de Lorent 2016, S. 292 ff. und Hans Muchow sowie Dr. Adolf Vogel in diesem Band.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 20.7.1949, Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 17.3.1951, Personalakte a. a. O.
- 24 Laut Hinweis in seiner Hamburger Personalakte, a. a. O.
- 25 Siehe die Biografie Hans Reimers in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, S. 249 ff.
- 26 Vermerk vom 21.12.1953, Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 24.8.1959, Personalakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Personalakte a. a. O.

## Friedrich von Behren

**„Als Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes behandle ich seit Jahren auf der Gauschulungsburg in Uelzen (früher Steinbeck) Erbbiologie, deutsche Rassenpflege und Bevölkerungspolitik.“**

Eine facettenreiche Persönlichkeit war offenbar Friedrich von Behren, der schon 1927 in Wilhelmsburg zum Schulleiter ernannt worden war, erst an der Realschule, später an dem Lyzeum, bzw. der Oberschule für Jungen und Mädchen. In dieser Funktion blieb er bis 1945. Er war 1933 NSDAP-Mitglied geworden und in die SA eingetreten. Er fungierte als Redner zu rassebiologischen Themen, leitete als Chemiker eine Untersuchung von Kampfmittelstoffen und war für diverse andere Positionen im Gespräch. Trotzdem bescheinigten ihm auch Nichtparteigenossen an seiner Schule nach 1945, ein fairer Schulleiter gewesen zu sein, der sich gegen Bestrebungen der Partei und der HJ stets gewehrt habe.

Friedrich von Behren wurde am 27.3.1903 in Bremen als Sohn eines „königlichen Zugführers“ geboren. Er besuchte die Schule in Osnabrück und legte Ostern 1903 an dem dortigen Realgymnasium die Reifeprüfung ab. Anschließend studierte er in Göttingen und München Chemie und Biologie. Schon am 24.10.1906 promovierte er in Göttingen, am 26.2.1907 wurde er zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen zugelassen und erhielt zur schriftlichen Bearbeitung die Aufgabe: „Häckels Weltanschauung dargestellt und beurteilt“. Am 8.11.1907 bestand er die mündliche Prüfung und damit das erste Staatsexamen.<sup>1</sup>

Nachdem Friedrich von Behren anschließend seiner einjährigen Wehrverpflichtung nachgekommen war, bewarb er sich an der Realschule Wilhelmsburg darum, dort das Probejahr abzuleisten, was er erfolgreich absolvierte, um dann zum 31.1.1910 als Oberlehrer bestellt zu werden.<sup>2</sup>

Damit begann eine einzigartige regionale Schulkarriere, die erst 1945 in Wilhelmsburg endete. Von den einzelnen Stationen soll noch berichtet werden.

Zur persönlichen Situation Friedrich von Behrens noch ein paar Hinweise. Unterbrochen wurde seine Oberlehrertätigkeit durch den Kriegsdienst, mit einer schweren Kriegsverwundung 1915/1916 und keiner sonderlichen Karriere im kaiserlichen Heer. Er war Unteroffizier und am Ende des Krieges Vize-Feldwebel.<sup>3</sup>

Parallel dazu geriet von Behren in Turbulenzen. Seine Ehe mit drei Kindern wurde geschieden, mit der Folge, dass er sich auch in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand.<sup>4</sup>

Beruflich war er auf der Erfolgsspur. Als am Wilhelmsburger Lyzeum eine neu



engerichtete Studiendirektorenstelle besetzt werden sollte, entschied sich das Kuratorium für Friedrich von Behren und bestellte ihn einstimmig zum Direktor. Es wurde vermerkt, „dass er als Oberlehrer mit großem Erfolg zur Zufriedenheit des Kuratoriums und der Elternschaft an der höheren Mädchenschule gewirkt habe. Auch an der Realschule hat er ausgezeichnete Unterrichtserfolge erzielt. Herr von Behren ist ein Lehrer, der nur für die Schule lebt und mit der Elternschaft ständig in Fühlung steht. Das Kuratorium hält ihn daher zur Bekleidung einer Direktorstelle für durchaus geeignet.“<sup>5</sup>

Am 29.4.1927 fand die feierliche Einführung des neuen Studiendirektors des Lyzeums in Wilhelmsburg statt, von der die „Wilhelmsburger Zeitung“ am 30.4.1927 berichtete. In seiner Ansprache hatte Geheimrat Dr. Gerlach für das Provinzialschulkollegium in Hannover „der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben, dass das Lyzeum unter der neuen Leitung blühe, wachse und gedeihe“.<sup>6</sup>

Auch die persönlichen Verhältnisse von Friedrich von Behren hatten sich konsolidiert, er war erneut verheiratet und Vater einer Tochter geworden.<sup>7</sup>

Weiterhin erfreute sich von Behren großer Wertschätzung. Am 12.10.1931 wurde darüber nachgedacht, ihn zum Direktor des Wasserwerks in Wilhelmsburg zu machen. Von Behren hatte sich durch seine Führungskompetenz und seine Expertise als Chemiker und Biologe dafür profiliert. In einem vertraulichen Schriftwechsel teilte Senator Dietz dem Harburger Oberbürgermeister Dr. Dudek mit:

„Soweit ich die Einstellung des Herrn Dr. von Behren kenne, wird er grundsätzlich bereit sein, die Stelle des Direktors der Gas- und Wasserwerke zu übernehmen. Wir würden ihm bei Übernahme der Stelle voraussichtlich jedoch ein höheres Gehalt zubilligen müssen, als er zur Zeit als Direktor des Lyzeums hat.“<sup>8</sup>

Am Ende wurde anders entschieden. Der Magistrat bot von Behren an, die Direktoren-Stelle am Reformrealgymnasium im Wilhelmsburg kommissarisch zu übernehmen.<sup>9</sup>

Von Behren blieb Studiendirektor, bekam aber ab dem 1.4.1934 eine verdoppelte Amtszulage von 1200 Reichsmark im Jahr.<sup>10</sup>

In seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 30.9.1946 gab er wahrheitswidrig an, seit dem 1.4.1932 Oberstudiendirektor gewesen zu sein.<sup>11</sup> Das wäre für ihn nützlich gewesen, da diese Beförderung vor der NS-Zeit datiert gewesen wäre und nichts mit seiner Mitgliedschaft in der NSDAP zu tun gehabt hätte. Richtig war allerdings, dass er zwar eine Amtszulage erhalten hatte, aber nach wie vor Studiendirektor geblieben war.

Friedrich von Behren trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein. Er wurde gleichzeitig Mitglied der SA und ein Jahr später auch im NSLB und der NSV.

Zusätzlich war er Mitglied im Reichskolonialbund seit 1936 und auch im

NS-Reichskriegerbund, der aus dem Kriegerverein hervorgegangen war, dem von Behren seit 1928 angehörte.<sup>12</sup>

Während er in der NSDAP keine exponierte Funktion innehatte, war er Obertruppführer in der SA. Auch ansonsten zeigte er sich rührig. So wurde er am 16.5.1936 für eine Tagung der Reichsrednerschule für fünf Tage beurlaubt.

Am 4.1.1938 schrieb von Behren seinem Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer und trug folgendes Anliegen vor:

„Als Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes behandle ich seit Jahren auf der Gauschulungsburg in Uelzen (früher Steinbeck) Erbbiologie, deutsche Rassenpflege und Bevölkerungspolitik. Die Tätigkeit erfordert alle vier Wochen einen vollen Tag. Sie ist ehrenamtlich, es werden nur die reinen Fahrtkosten ersetzt. Der Schulbetrieb erleidet keine Schädigung, da meine Unterrichtsstunden ohne Schwierigkeiten durch Vertauschung in der betreffenden Woche nachgeholt werden. Die Tätigkeit an der Gauschulungsburg macht mir viel Freude. Ich bitte deshalb um die Genehmigung, sie auch in Zukunft weiterführen zu dürfen.“<sup>13</sup> „Genehmigt“, vermerkte OSR Oberdörffer.<sup>14</sup>

In einer Anlage zu dem Entnazifizierungs-Fragebogen musste von Behren Aussagen machen zu seinen Reden und Veröffentlichungen.

„In den Jahren 1934 bis Anfang 1939 habe ich folgende Vorträge gehalten:

In der Ortsgruppe der NSDAP in Wilhelmsburg einen Vortrag über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. In der Ortsgruppe Harburg-Wilhelmsburg des NSLB zwei Vorträge über das Thema: Rassenpflege und Weltanschauung. In der Ortsgruppe Lüneburg des NSLB 2 Vorträge über dasselbe Thema. Ferner habe ich alle ein bis zwei Monate einmal in der Gauschule Steinbeck, später Uelzen, über Erbbiologie gesprochen. Dasselbe Thema habe ich in einigen Ferienlagern im Rahmen des NSLB behandelt. Die Daten dieser Vorträge sind mir nicht mehr in Erinnerung.“<sup>15</sup>

Auch damit war Friedrich von Behren zweifellos schwer belastet. Es ist leicht vorstellbar, welche Positionen von ihm dabei vertreten wurden. Ich habe in den ersten beiden Bänden der „Täterprofile“ in den Biografien der beiden Verantwortlichen im Hamburger NSLB zum Thema Rassenpolitik und Erbbiologie, August Hagemann und Harry Garms, dargestellt, was dazu in dieser ideologisch zentralen Frage im NSLB vertreten wurde.<sup>16</sup> Es wird interessant sein, dies mit den Einlassungen von Friedrich von Behren nach Ende der NS-Zeit zu konfrontieren.

Bemerkt werden muss noch, dass von Behren nicht erneut zum Militärdienst



Friedrich von Behren, 1933

eingezogen worden war. Eingesetzt wurde er allerdings als Leiter der Untersuchungsstelle 113 für Kampfstoffe.<sup>17</sup>

Am 1.4.1939 war er zum Oberstudiendirektor befördert worden und das letzte Jahr vor dem Ende des Nationalsozialismus verbrachte er mit Schülern und Lehrern seiner Schule ein Jahr lang als Leiter von KLV-Lagern in Böhmen und Mähren und in Gössweinstein.<sup>18</sup>

So war er noch gar nicht wieder in Hamburg, als er von Senator Heinrich Landahl am 28.6.1945 von seiner Schulleiterfunktion suspendiert wurde.<sup>19</sup> Am 10.8.1945 wurde er beauftragt, an den Schulakten seiner Schule als Studienrat zu arbeiten. Am 30.8.1945 wurde er entlassen.<sup>20</sup>

Es begann ein interessantes Entnazifizierungsverfahren. Interessant deshalb, weil, trotz der formalen Belastung von Friedrich von Behren, die Tatsache zu bewerten war, dass man ihn bereits 1927 in Wilhelmsburg als Schulleiter und Studiendirektor bestellt hatte und sich Lehrer und Eltern seiner Schule sowie Wilhelmsburger Bürger zu Wort meldeten, die ein unvermutetes Bild des Schulleiters Friedrich von Behren zeichneten, das noch mehr Gewicht dadurch bekam, weil alle betonten, niemals Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Sie schrieben an die Britische Militärregierung:

„Die unterzeichneten Eltern von Schülern, ehemaligen Schülern und Lehrkräfte der Oberschule in Hamburg-Wilhelmsburg haben mit großem Bedauern von der Entlassung des Oberstudiendirektors Dr. von Behren aus seiner Dienststellung als Folge seiner Betätigung in der NSDAP und deren Gliederungen Kenntnis genommen, und bei ihnen ist der Wunsch laut geworden, ob es nicht möglich sei, sein hartes Los in irgendeiner Form zu mildern.

Es ist in Wilhelmsburg allgemein bekannt, dass Herr Dr. von Behren sein Amt mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue verwaltet hat. Er war unermüdlich im Dienst und zu jeder Zeit – auch unter den früheren Regierungen – ein gewissenhaft treuer Diener des Staates, und gerade diese Eigenschaft seines Wesens hat ihm wohl 1933 zur Pflicht gemacht, als Leiter der Oberschule der NSDAP beizutreten und in einer ihrer Gliederungen zu arbeiten. Dabei mögen auch Zweckmäßigkeitsgründe eine Rolle gespielt haben, da bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Schulleitung, Partei und HJ ein nicht der Partei angehörender Schulleiter leicht in Verdacht gekommen wäre, gegen die Partei respektive die HJ zu intrigieren. Zu seinen Gunsten muss dabei hervorgehoben werden, dass er jederzeit bereit und bemüht war, seinen Standpunkt auch gegen den Willen der Partei respektive HJ durchzusetzen und dass er auf die Kollegen niemals einen Druck ausgeübt hat, in die Partei einzutreten. Es muss hier ausdrücklich betont werden, dass das

ausschließliche Interesse des Herrn Dr. von Behren der Förderung der Schüler und dementsprechend der unterrichtlichen Tätigkeit galt und dass alle anderen Belange für ihn keine maßgebende Rolle spielten. Es ist daher auch wohl nicht verwunderlich, dass er bei Eltern und Schülern als hervorragender Pädagoge in hohem Ansehen stand.

Seine Mitarbeit bei der Partei und deren Gliederungen hat sich, soweit es uns bekannt geworden ist, ganz sicher nur auf das dienstlich Notwendige beschränkt, und die Übernahme eines Dienstgrades als Obertruppführer bei der SA war im Laufe der Zeit wohl mehr zwangsläufig als auf eigenen Ehrgeiz zurückzuführen. Es ist daher wohl anzunehmen, dass unter dem Eindruck der traurigen Ereignisse des letzten Jahres seine schon immer vorhandenen Bedenken in Bezug auf die schulische und auch anderweitige Auswirkung des Einflusses der Partei und ihrer Gliederungen soweit gewachsen waren, dass er – auch ohne seine Entlassung – grundsätzlich von ihrer verderbenbringenden Wirkung überzeugt gewesen wäre.

Es wäre wünschenswert, wenn eine fachlich so hervorragende Lehrkraft der Jugend unseres Volkes noch ein paar Jahre erhalten bleiben könnte. Wir bitten daher, seine Angelegenheit noch einmal einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, und sind überzeugt, dass unter Berücksichtigung des oben Ausgeführten unter Umständen eine mildere Beurteilung statthaben wird.“<sup>21</sup>

Ziemlich viele Vermutungen, aber auch ein interessanter Hinweis. Offenbar waren die unterschreibenden Nicht-Parteigenossen froh gewesen, mit Friedrich von Behren einen in ihren Augen vernünftigen und durchsetzungsfähigen Parteimitglied als Abschirmung gegenüber der NSDAP und der HJ gehabt zu haben. Ob sie Einblicke in von Behrens Verstrickung in den Nationalsozialismus hatten, darf bezweifelt werden.

Die Entnazifizierungsausschüsse hingegen kannten von Behrens Personalakte. Darin hatte OSR Karl Züge am 15.8.1944 noch über von Behren notiert: „Politisch ist er ein überzeugter Nationalsozialist und seit 1933 in der SA (Truppführer).“<sup>22</sup>

Zum Glück für Friedrich von Behren gab es sogar im Beratenden Ausschuss für das höhere Schulwesen ein Mitglied, das in der NS-Zeit in seinem Kollegium gearbeitet hatte:

„Unser Frl. Broscheit hat unter ihm gearbeitet. Er war in der Schulleitung Autokrat, aber kein politischer Aktivist. Die beigefügten Gutachten von zwei Studienräten liegen in derselben Linie. Der Ausschuss glaubt daher, seine Pensionierung mit der ganzen oder teilweisen Pension eines Studienrats empfehlen zu können“, schrieb der Ausschuss unter Leitung von Johann Helbig am 7.2.1947.<sup>23</sup>

Friedrich von Behren hatte selbst am 14.10.1946 ausführlich Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass er 36 Jahre lang in Wilhelmsburg als Studienrat

und Schulleiter aktiv gewesen war. Diesen Schulen habe seine „ganze Lebensarbeit gegolten“.<sup>24</sup>

Er verwies darauf, bis zum Jahre 1930 keiner Partei angehört zu haben. „Durch meine Tätigkeit in der Schule und meine Betätigung außerhalb der Schule als Berater in Kleingartenangelegenheiten u. s. w. kam ich viel mit Angehörigen aller Parteirichtungen, besonders auch der Linksparteien, die in Wilhelmsburg als Fabrikort stark vertreten waren, zusammen und stand mit ihnen in gutem Einvernehmen. Als 1927 eine Volkshochschule gegründet wurde, wurde ich ihr Leiter. Es entstand dadurch die Meinung, dass ich einer der Linksparteien angehöre. Als ich mich 1933 bei dem damaligen Ortsgruppenleiter S. Kopittke zur Aufnahme in die NSDAP meldete, lehnte man deswegen zunächst meine Aufnahme ab. Auf meinen erneuten Antrag hin machte man die Genehmigung abhängig von dem Eintritt in die SA. So kam ich zur SA-Reserve. Angehöriger der aktiven SA bin ich nicht gewesen. Seit Ende 1939 war ich von der SA beurlaubt, weil ich als Chemiker zum Leiter einer Kampfstoffuntersuchungsstelle berufen wurde. Diese Beschäftigung nahm alle freie Zeit neben meiner beruflichen Tätigkeit in Anspruch. In der SA-Reserve sah ich lediglich eine Vereinigung von Männern zur Pflege des Sportes und der Kameradschaft.

Wenn ich in den Jahren nach 1933 im Lehrerbund (zweimal), in Ortsgruppen (zweimal) und an der Gauschule in Uelzen einige Vorträge gehalten habe, so darf ich dazu folgendes sagen. Ich bin nicht beauftragter Redner der Partei oder gar Propagandaredner gewesen, gehörte also auch nicht zum Stabe irgendeiner Parteiorganisation. Als Propagandaredner wäre ich auch als Wissenschaftler völlig ungeeignet gewesen. Ich habe in meinen Vorträgen die Grundzüge der Vererbungslehre als Lehrer der Biologie soweit behandelt, als ihre Ergebnisse wissenschaftlich unbestritten und auch in anderen Ländern, besonders der USA (durch Morgan und seine Schule), wesentlich gefördert sind. Meinen Ausführungen über Rassenhygiene lagen die Arbeiten des Engländers Galton, des deutschen Sozialisten Grothjahn und Karl Valentin Müller und des Jesuitenpaters Hermann Muckermann (in seinem Werk ‚Kind und Volk‘) zu Grunde. Von den furchtbaren Verbrechen, wie sie der Nürnberger Prozess enthüllt hat, war mir nichts bekannt. Als im Jahre 1940 ein Reichsredner in einer öffentlichen Ortsgruppenversammlung von der Vernichtung lebensunwerten Lebens sprach (wenn ein Kind mit schweren körperlichen oder geistigen Fehlern geboren wird, so ‚geben wir ihm eine Spritze‘) und sich eines Teils der Zuhörer eine berechnete Erregung bemächtigte, wandte ich mich an die hiesige Kreisleitung mit der Bitte um Auskunft, ob das die Auffassung der Partei sei. Es wurde bestritten. Für mich war die Tötung lebensunwerten Lebens Mord, und ich war der Überzeugung, dass das auch die Ansicht in den maßgebenden Stellen der Partei war.“<sup>25</sup>

Im Weiteren schilderte von Behren Konflikte mit der HJ und einem „faulen Hausmeister“, der ein „alter Kämpfer“ gewesen sei, „ein fauler Nutznießer der Partei, der seinen Dienst in jeder Beziehung vernachlässigte“. Einem Parteigerichtsverfahren sei von Behren nur wegen seines Überganges mit Kindern der Schule in die KLV entgangen. Unterlagen könne er beibringen.<sup>26</sup>

Wenn diese für ihn entlastend gewesen wären, hätte er das sicherlich proaktiv getan. So blieb es bei den üblichen Schilderungen von Auseinandersetzungen insbesondere mit der HJ, wie sie nahezu jeder Schulleiter einer höheren Schule im Entnazifizierungsverfahren vorbrachte, der sich von den Funktionären der Hitlerjugend nicht in die Führungsgeschäfte der Schule hineinreden lassen wollte.

Bemerkenswert noch: „Die Judenpolitik des Nationalsozialismus habe ich nie verstanden und nicht mitgemacht. In der Schule habe ich sie stets wie die anderen Schüler behandelt und als die Entfernung von Schülern jüdischen Blutes oder mit jüdischem Einschlag von der Schulverwaltung verfügt wurde, habe ich sie gehalten, solange ich könnte.“<sup>27</sup>

Das mag subjektiv so gewesen sein, die Frage bleibt nur, was genau von Behren in seinen rassepolitischen und erbbiologischen Vorträgen gesagt hatte und ob er sich der Konsequenzen dieser ideologischen Positionen bewusst gewesen war.

Der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter Leitung von Rechtsanwalt Soll, der für milde Urteile bekannt war, stufte von Behren in die Kategorie IV ein und entschied, der Berufung stattzugeben mit der Maßgabe, ihn wieder als Studienrat zu beschäftigen. Der Ausschuss betrachtete ihn nicht als Aktivisten, „hielt ihn aber als Obertruppführer in der SA-Reserve als Studiendirektor beziehungsweise Oberstudiendirektor nicht für tragbar“.<sup>28</sup>

Aufgrund der massenhaften Verfahren zog sich die Entscheidung auch für Friedrich von Behren hin. Am 13.1.1948, kurz vor seinem 65sten Geburtstag, schrieb er an Oberschulrat Heinrich Schröder. Ihm war offenbar mitgeteilt worden, dass er weder mit einer Wiedereinstellung noch mit einer Pension rechnen könne. Nach 36 Jahren im Schuldienst fand er dies bitter und schwer erträglich und fragte bei dem Personalreferenten für die höheren Schulen an, „ob Sie mich nicht irgendwo als Studienrat einsetzen können, damit es mir später möglich ist, in den Genuss einer Pension zu kommen“.<sup>29</sup>

Friedrich von Behren hatte in der Zwischenzeit als Hilfsarbeiter in der Baustoff-Firma des Vaters einer ehemaligen Schülerin seiner Schule gearbeitet, bei Max Croonen, der sich am 14.11.1945 für von Behren in einem Schreiben an die Schulbehörde eingesetzt hatte. Er habe als Vater vielfach mit dem Schulleiter von Behren gesprochen und den Eindruck gewonnen, „dass dieser sich mit ‚seinen Ansichten in krassem Gegensatz zu den Richtlinien der Partei bewegte“.<sup>30</sup>

Heinrich Schröder antwortete von Behren am 19.1.1948, „dass ihm nichts in Aussicht gestellt werden kann, er werde prüfen, ob eine Pension gewährt werden könne“.<sup>31</sup>

Offenbar gelang es Heinrich Schröder, Friedrich von Behren eine Einstellung als Studienrat zu ermöglichen. Dieser wurde am 1.4.1948 der Schule Armgartstraße zugewiesen. Schon am 21.12.1948 trat von Behren dann in den Ruhestand und erhielt anschließend die Pension eines Studienrates.<sup>32</sup>

Von Behren unternahm am 28.3.1951 noch einmal den Versuch, die Pension eines Oberstudiendirektors zugesprochen zu bekommen.<sup>33</sup> Der Leitende Ausschuss prüfte nach, wann von Behren zum Oberstudiendirektor berufen worden war und stellte fest, dass er in seinen Entnazifizierungs-Fragebögen eine falsche Angabe gemacht hatte und dass er nicht vor der NS-Zeit, wie behauptet, 1932, sondern am 1.4.1939 von den Nationalsozialisten befördert worden war und lehnte die Zuerkennung einer Pension als Oberstudiendirektor ab.<sup>34</sup>

Versöhnlich war das Glückwunschsreiben anlässlich von Behrens 80. Geburtstag, in dem Landesschulrat Ernst Matthewes ihm für die „langjährigen treuen Dienste“ dankte und schrieb:

„Anlässlich eines Besuchs im Gymnasium Wilhelmsburg lernte ich Ihre Enkelin kennen, die dort die Schule besucht. Die Verbindung zu dem Gymnasium in Wilhelmsburg, an dem Sie so lange erfolgreich gewirkt haben, bleibt Ihnen also durch dieses erfreuliche Band erhalten.“<sup>35</sup>

Friedrich von Behren starb am 4.10.1964.<sup>36</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte von Behren, StAHH, 361-3\_A 1639
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Schreiben des Magistrats der Stadt Wilhelmsburg vom 13.11.1926, Personalakte a. a. O.
- 6 „Wilhelmsburger Zeitung“ vom 30.4.1927.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Schreiben vom 7.11.1931, Personalakte a. a. O.
- 9 Schreiben vom 11.3.1932, Personalakte a. a. O.
- 10 Schreiben vom 2.5.1932, Personalakte a. a. O.
- 11 Entnazifizierung Fragebogen von Behren in seine Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_1052
- 12 Ebd.
- 13 Schreiben vom 4.1.1938, Personalakte a. a. O.
- 14 Ebd. Siehe auch die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528 ff.
- 15 Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 16 Siehe die Biografie Harry Garms, in: de Lorent 2016, S. 362 ff. Siehe auch die Biografie August Hagemann, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 344 ff.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom Dezember 1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe dazu die Biografie Karl Züge in: de Lorent 2016, S. 385 ff.
- 23 Beratender Ausschuss vom 7.2.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Gesuch des Dr. Friedrich von Behren um Überprüfung seiner Entlassungsgründe, vom 14.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Berufungsausschuss vom 19.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Schreiben vom 13.1.1948, Personalakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 14.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Antwort von Heinrich Schröder vom 19.1.1948, Personalakte a. a. O.
- 32 Personalakte a. a. O.
- 33 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Glückwunschsreiben vom 26.3.1963, Personalakte a. a. O.
- 36 Personalakte a. a. O.



## Johannes Jungenitz

**„Er war, obwohl überzeugter Nationalsozialist, ein anständiger und wohlwollender Vorgesetzter auch gegenüber den politisch Andersdenkenden.“**

Ein aufschlussreicher Fall für die Entnazifizierungspraxis im Hamburger Schulwesen ist Johannes Jungenitz. Er war als NSDAP-Mitglied seit dem 1.5.1933 und in seiner Funktion als Blockleiter, seiner aktiven Mitarbeit im NSLB und der Ernennung als Schulleiter an der Schule Telemannstraße auf Grund dieses nationalsozialistischen Bekenntnisses 1934 eindeutig belastet. Auf der anderen Seite bekam er 1945 Leumundszeugnisse von renommierten Hamburger Pädagogen, die ihm ausgezeichnete Leistungen als Schulleiter bestätigten und erklärten, er habe in dieser Funktion auch NS-Gegner kollegial geschützt. Die Frage war also, wie die Entnazifizierungsausschüsse mit diesem Zwiespalt umgingen.

Johannes Jungenitz wurde am 6.3.1883 in Wunstorf geboren. Er hatte das Lehrerseminar absolviert und war seit dem 1.4.1907 in Hamburg als Hilfslehrer eingestellt. Ein Jahr später erfolgte die Ernennung zum Beamten. Jungenitz absolvierte später die Zeichenlehrerprüfung und wurde als Technischer Lehrer im Bereich der höheren Schulen eingesetzt.<sup>1</sup>

Hermann Stoppenbrink schrieb am 25.1.1952 ein Entlastungszeugnis für Johannes Jungenitz, in dem er aus seiner Sicht aufzeigte, wie die Hamburger Schulverwaltung 1933 ein Personalproblem löste:

„Als in den Jahren nach 1930 die Schülerzahl an den höheren Schulen Hamburgs stark zurückging, konnten die auf Einstellung wartenden akademischen Nachwuchslehrer keine Beschäftigung an den Hamburger Oberschulen finden. Um für sie Platz zu schaffen, entschloss sich die damalige Schulbehörde, die an den Oberschulen langjährig wirkenden seminaristisch vorgebildeten Lehrer an die Volksschulen zu versetzen. Als Ausgleich für diese auch von der Behörde anerkannte Härte ernannte die Behörde die durch diese Notmaßnahmen hart betroffenen Lehrer zumeist zu Schulleitern (Rektoren). Karl Hintze von der Oberrealschule Breckelbaumspark wurde Schulleiter an der Volksschule Pachthof, Johannes Schomaker von der Lichtwarkschule Schulleiter an der Breitenfelder Straße, Klaus Reitz wurde Schulleiter an der Alsenstraße, ich selbst von der Realschule in Rothenburgsort wurde Schulleiter an der Volksschule Bullenhuserdamm. Im Zuge dieser Maßnahme wurde Johannes Jungenitz von der Hansaschule in Bergedorf Schulleiter an der Volksschule Eduardstraße. Alle Ernennungen erfolgten aufgrund dienstlicher Erwägungen durch den damaligen Oberschulrat Fritz Köhne.“<sup>2</sup>

Ein typisches Leumundsschreiben, das eine wesentliche Tatsache wegließ, nämlich die politische Zuverlässigkeit im Sinne der neuen Machthaber. So hatte Johannes Jungenitz in seinem Entnazifizierungsfragebogen eingetragen, seit dem 1.5.1933 Mitglied der NSDAP und von 1937 bis 1939 sowie nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst vom 1.10.1944 bis zum Ende des Nationalsozialismus Blockleiter der NSDAP gewesen zu sein. Außerdem gehörte er der NSV an sowie dem NSLB seit dem 1.4.1933. Dort fungierte er als Mitarbeiter der Fachschaft IV (Volksschulen).<sup>3</sup>

Insofern waren diese Maßnahmen keineswegs lediglich der soziale Ausgleich von Härtefällen, sondern gebunden an die politische Zuverlässigkeit der Betroffenen im Sinne der neuen Machthaber.

Johannes Jungenitz war also zum 7.4.1934 an der Eimsbütteler Volksschule Eduardstraße 30 zum Schulleiter ernannt worden, kurz darauf, zum 1.11.1934 an der Schule Telemannstraße 10. Diese Schule, eine der bekannten reformpädagogischen Hamburger Versuchsschulen, deren Leiter bis zum Wechsel in die Oberschulbehörde Fritz Köhne gewesen war, sollte unter nationalsozialistischer Ägide eine veränderte Lehrerschaft und einen zuverlässigen Schulleiter erhalten. Es kann durchaus Fritz Köhne gewesen sein, der als Schulrat im Volksschulwesen für die Nationalsozialisten mit seiner großen Personalkennntnis unverzichtbar gewesen war, der diese Personalie entschieden oder vorgeschlagen hatte, zumal er auch der zuständige Schulaufsichtsbeamte für den Schulkreis war.

Offenbar war Johannes Jungenitz in der Lage, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Im Kontext der Entnazifizierung gehe ich darauf noch etwas genauer ein. Erstaunlich sind die sehr positiven Rückmeldungen, die insbesondere von NS-kritischen Kollegen über ihn abgegeben wurden.

Jungenitz verfolgte neben seiner Schulleitertätigkeit noch ein anderes Ziel. Seit 1936 nahm er regelmäßig an jährlichen Übungen teil („Kriegsbeorderung“), was dazu führte, dass er am 10.2.1938 zum Oberzahlmeister der Reserve befördert wurde. Sowohl 1938 als auch 1939 absolvierte er dreiwöchige Militärübungen, bevor er dann seit Kriegsbeginn mit 56 Jahren der Wehrmacht angehörte. Am 15.3.1944 wurde er „wegen Erreichung der Altersgrenze aus der Wehrmacht entlassen“.<sup>4</sup>

Danach übernahm ihn Hamburg wieder in den Schuldienst, der geordnet zu dieser Zeit in Hamburg gar nicht mehr stattfinden konnte. Formal erfolgte seine Abordnung an die Handelsschule Bergedorf. Erstaunlicherweise wurde Johannes Jungenitz nach kurzer Suspendierung zum 29.10.1945 als Lehrer weiter beschäftigt an der Volksschule Laieszstraße.<sup>5</sup>

Die Einschätzungen und Bewertungen seiner Person waren höchst unterschiedlich. Natürlich war Johannes Jungenitz formal durch seinen NSDAP-Beitritt 1933, seine



Johannes Jungenitz, 1933

Blockleitertätigkeit und die Bereitschaft, seit 1936 sich gezielt für eine Tätigkeit bei der Wehrmacht zu qualifizieren, deutlich belastet. Wenn die Britische Militärregierung ihn schon im Oktober 1945 nach kurzer Entlassung, zwar mit der Einschränkung, ihn nur „als teacher zu beschäftigen“<sup>6</sup>, wieder für den Schuldienst zuließ, muss er über starke Befürworter verfügt haben.

Und so war es auch. Insbesondere die reformpädagogisch tätigen Lehrer an der Schule Telemannstraße 10, die besonders gefährdet waren und für die ein nationalsozialistischer Schulleiter von der NS-geführten Schulverwaltung dort eingesetzt worden war, bescheinigten Jungenitz, er sei gerade mit diesen Kollegen vergleichsweise fair umgegangen. So schrieb etwa Herbert Wiencken, der nach 1945 an der Telemannstraße 10 zum Schulleiter benannt worden war und der zur Gruppe des „Untergrundvorstandes“ von ehemaligen Vorstandsmitgliedern der „Gesellschaft der Freunde“ um Max Traeger und Kurt Zeidler während der NS-Zeit gehörte:

„Ich bin gerne bereit, Herrn Jungenitz auf sein Ansuchen zu bestätigen, dass er sich für meine Wiedereingliederung in das Kollegium Telemannstraße 10 bei den maßgeblichen Stellen eingesetzt hat, nachdem sein Vorgänger in der Schulleitung Telemannstraße 10 einen großen Teil des Lehrkörpers in Vollzug einer sinnlosen ‚Reinigungsaktion‘ hatte versetzen lassen. Ich erkläre fernerhin, dass ich in den Jahren gemeinsamer Arbeit in einem kameradschaftlichen Ton mit Jungenitz habe verkehren können, dass er diese Haltung nach meiner Beobachtung allen Mitgliedern des Kollegiums gegenüber einnahm und dass er im Gespräch sich bei der Wertung eines Kollegen frei hielt von nationalsozialistischen Ideologien und Fehlmaßstäben.“<sup>7</sup>

Auch Carl Schietzel, Lehrer an der Telemannstraße 10, der nach Ende des Nationalsozialismus als Studienleiter an das Pädagogische Institut der Universität Hamburg berufen wurde, schrieb über Johannes Jungenitz, den er als Schulleiter kennengelernt hatte:

„Herr Jungenitz war ein überzeugter Nationalsozialist. Er fasste sein Amt so auf, dass er die ehemalige Versuchsschule zu einer vorbildlichen Schule in nationalsozialistischem Geiste umformen wollte. Er hat aber auch von seiner Amtsgewalt und seiner politischen Funktion nicht Gebrauch gemacht, um Kollegen zu maßregeln oder durch Anzeigen zu schädigen. Pädagogische Fragen entschied er nicht allein nach den Gesichtspunkten der NSDAP, er deckte nicht die Faulheit und die pädagogische Unzulänglichkeit einiger seiner politischen Mitkämpfer. Als ich in eine

Affäre verwickelt war, die mich in sehr große Not hätte bringen können, hörte er statt auf seine Parteigenossen auf die Kollegen Matthewes und Reinholz und bewahrte mich dadurch vor politischer Strafverfolgung, die aufgrund seiner Anzeige sonst erfolgt wäre. Dafür habe ich ihm zu danken.“<sup>8</sup>

Es war also beides möglich, sowohl überzeugter Nationalsozialist zu sein und damit die Ziele seiner Partei zu verfolgen, aber sich im persönlichen Umgang an einer Schule auch den Kollegen gegenüber fair zu verhalten, die der NSDAP fern standen, als Lehrer jedoch gute Arbeit leisteten.

Besonders großes Gewicht hatte natürlich das Leumundszeugnis, das Ernst Matthewes ausstellte, der in der NS-Zeit Lehrer an der Telemannstraße 10 gewesen war und nach Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten langjährig als Landes-schulrat in der Hamburger Schulverwaltung arbeitete. Er schrieb:

„An der Schule, die Herr Jungenitz leitete, war ich bis 1936 als Lehrer tätig. Herr Jungenitz war überzeugter Nationalsozialist und versuchte das Schulleben mit nationalsozialistischem Leben zu erfüllen. In erster Linie aber war er Pädagoge und seine Hauptsorge war, dass in der Schule tüchtig, ordentlich und pünktlich gearbeitet wurde. Obwohl ihm bekannt war, dass mehrere Kollegen Gegner des Dritten Reiches waren, und obwohl sie ihm die Arbeit gewiss nicht leicht machten, hat er, soviel ich weiß, in keinem einzigen Fall seine Lehrer anders als unter dem Gesichtspunkt ihrer Tüchtigkeit und Hingabe an die Arbeit bewertet und behandelt. Er hat zum Beispiel einem Lehrer mit nationalsozialistischer Einstellung, der aber schlecht arbeitete, die Klasse weggenommen und, wenn ich recht unterrichtet bin, für seine Versetzung gesorgt.

Da wir als Gegner des Dritten Reiches nicht nur innerhalb des Kollegiums, sondern auch in der Schule aber vor den Kindern oft unsere Auffassung zum Ausdruck brachten, und mancher Konflikt daraus entstand, haben wir oft Herrn Jungenitz in große Verlegenheit gebracht, da er nach den damaligen Bestimmungen gegen uns vorgehen oder uns hätte anzeigen müssen. Er hat aber alle diese Fälle innerhalb der Schule bereinigt. In vielen Privatgesprächen hat Herr Jungenitz mir gegenüber sein Missfallen an manchen Vorgängen im Dritten Reich und besonders im Schulwesen geäußert. Aus meiner Kenntnis erkläre ich: Herr Jungenitz war, obwohl überzeugter Nationalsozialist, ein anständiger und wohlwollender Vorgesetzter auch gegenüber den politisch Andersdenkenden, ihm ging es in erster Linie um die Schule und danach beurteilte und behandelte er die Lehrer.“<sup>9</sup>

Und noch ein anderer ehemaliger Lehrer der Telemannstraße, Franz Jürgens, nach 1945 Studienleiter am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg und später Schulrat, gab eine Stellungnahme zugunsten von Johannes Jungenitz ab, in der es hieß:

„In den Jahren 1935–1938 war ich Lehrer an der Schule Telemannstraße 10, an welcher Herr Jungenitz Schulleiter war. Große Teile der Elternschaft standen in Opposition zum Nationalsozialismus, das gleiche galt für viele an der Schule tätigen Lehrer. Herrn J. war dies auch bekannt. Er ist aber meines Wissens den Mitgliedern des Kollegiums oder den Angehörigen der Elternschaft aus politischen Gründen nie zu nahe getreten, sondern hat in dieser Situation sein Amt mit Zurückhaltung verwaltet. Ich selbst gehörte der NSDAP nicht an, und habe Herrn J. gegenüber mancherlei Bedenken frei geäußert; auch wo er diese nicht teilte, ist er mir niemals als parteipolitischer Eiferer begegnet.“<sup>10</sup>

Andere, die Johannes Jungenitz nicht persönlich während der NS-Zeit erlebt hatten, sondern ihn nach Aktenlage beurteilten, kamen zu ganz anderen Bewertungen. Als die Frage aufkam, ob Jungenitz anders als in der Volksschule eingesetzt werden sollte oder wieder die Besoldung eines Schulleiters erhalten könnte, vermerkte der zuständige Schulaufsichtsbeamte am 28.11.1946:

„Herr Jungenitz kann auf keinen Fall am Oberbau beschäftigt werden. Er ist als Nationalsozialist (betrieb zwangsweise Versetzung des Kollegen Matthewes von der Telemannstraße) und Militarist (meldete sich 1936 mit 53 Jahren noch wieder freiwillig zum Militär um Zahlmeister zu werden) bekannt. Eine Besoldung nach A4c2 ist für einen Mann wie Jungenitz vollkommen ausreichend.“ Und Fritz Köhne zeichnete dieses ab mit „Einverstanden“.<sup>11</sup> Innen- und Außensicht. Ein bißchen auch kennzeichnend für das Dilemma der Entnazifizierungsausschüsse.

Johannes Jungenitz bemühte sich im Weiteren darum, die Pension eines Schulleiters zugesprochen zu bekommen. Das lehnten die Berufungsausschüsse für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll am 15.6.1949 und am 13.8.1949 ab. In der Begründung hieß es unter anderem:

„Nach den vorliegenden Zeugnissen hat Jungenitz sich zwar durchaus loyal Nicht-Pgs. gegenüber verhalten und war auch ein ausgezeichnete Schulleiter, er hat aber nach den schriftlichen Bekundungen des Schulrats Matthewes und des Studienleiters Schietzel versucht, das Schulleben mit NS-Leben zu erfüllen. Bei seinem positiven Einsatz für die NSDAP auf schulischen Gebiet erschien es nicht angebracht, Jungenitz die Position eines Schulleiters und Rektors oder gar Hauptschulrektors zuzubilligen, zumal diese Ernennungen erst unter dem NS-Regime, also offenbar neben seinen fachlichen Fähigkeiten wegen seines NS-Einsatzes, erfolgt sind. Jungenitz ist in die Kategorie IV und mit Rücksicht auf seine allgemein loyale Haltung ab 1.10.1949 in die Kategorie V einzustufen.“<sup>12</sup>

Die Widersprüche, die in der Person Johannes Jungenitz lagen, einerseits überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein und andererseits sich gegenüber Andersdenkenden fair zu verhalten, konnte sein Rechtsanwalt Lurati in umfangreichen

Schriftsätzen nicht überzeugend aufklären. Er versuchte, einerseits die positiven Äußerungen von Ernst Matthewes und Carl Schietzel in den Vordergrund zu stellen, um dabei deren Aussage, dass Johannes Jungenitz „seiner inneren Überzeugung nach nationalsozialistisch eingestellt war“ dadurch abzuwerten, indem sie dies als „höchst persönliche und subjektive Ansicht der beiden Herren“ bezeichnete, „die durch nichts bewiesen ist“.<sup>13</sup>

Andererseits konnte Rechtsanwalt Lurati noch einen Fall präsentieren, der zeigte, wie couragiert der Schulleiter Jungenitz sich vor einen Lehrer gestellt hatte:

„Im Jahre 1936 wurde der damalige Lehrer, jetzt Schulleiter der Schule in der Telemannstraße, Herr Otto Behring von der Mutter seines Schülers Hans Arnold Heck beim Betroffenen denunziert, weil der Klassenlehrer Behring ein ‚Führerbild‘, das ein Junge an die Wand gehängt hatte, herunter nahm und einfach in den Papierkorb warf. Das Schlimme an dieser Denunziation gegen Herrn Behring war, dass sich der Vorfall tatsächlich so abgespielt hatte, wie ihn die Mutter des Schülers Heck der Schulleitung gemeldet hatte. Dem Betroffenen fiel daher als Schulleiter die schwere Aufgabe zu, den ‚Missetäter wegen dieser unerhörten Handlungsweise‘ zur Rechenschaft zu ziehen. Statt daraus, wie er eigentlich verpflichtet gewesen wäre, eine Staatsaffäre zu machen, die vielleicht Herrn Behring ins KZ gebracht hätte, begnügte sich der Betroffene mit einer oberflächlichen Erklärung des Klassenlehrers Behring, ohne die Angelegenheit weiter zu untersuchen. Dass sich der Betroffene durch dieses großzügige und kollegiale Verhalten unter den damaligen Verhältnissen selbst stark belastete und gefährdete, bedarf keiner besonderen Erörterung, denn er musste jederzeit damit rechnen, dass die Eltern des Schülers Heck, nachdem Herr Behring weiter als Klassenlehrer im Amt verblieb, sich damit nicht begnügen würden und über Parteidienststellen oder die örtliche HJ-Führung weitere Schritte unternehmen könnten.“<sup>14</sup>

Sicherlich hätten viele nationalsozialistische Schulleiter in dieser Situation anders gehandelt. Andererseits wusste Johannes Jungenitz, dass er bei seinem Verhalten den Großteil des Kollegiums und die Elternschaft der Schule auf seiner Seite hatte.

Wie sehr Rechtsanwälte in ihren Argumentationen überzogen, zeigte das abschließende Resümee von Rechtsanwalt Lurati:

„Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass der Betroffene aus rein ideellen Gründen der NSDAP im Mai 1933 beitrug, sich jedoch damals wie auch später von jeder politischen Tätigkeit fernhielt, jede Beeinflussung Dritter oder eine Agitation zu Gunsten der Partei unterließ, sich schließlich auch innerlich von der NSDAP abwandte, nachdem er den blutigen Weg zu erkennen vermochte, den Staat und Partei zu gehen bereit schien. Diese innerliche Abkehr vom NS brachte er

dadurch zum Ausdruck, dass er seinen ganzen Einfluss dahin geltend machte, gleich zu Kriegsbeginn eingezogen zu werden und derart ein sicheres und wohlgeordnetes Leben einer ungewissen, gefährlichen wie auch entsagungsreichen Zukunft opferte. Der Betroffene entschloss sich zu diesem Schritt weder aus patriotischer Begeisterung, noch gar aus Kriegsfreudigkeit, bzw. Freude am Soldatendasein. Als erfahrener Pädagoge und Jugenderzieher verschmähte er selbstverständlich jede kriegerische Austragung von außenpolitischen Streitfällen. Der Betroffene wurde aber deshalb Soldat, weil er es einfach in der Heimat nicht länger aushielt, da ihm die Gewaltmethoden der Partei und die unverantwortliche Willkür der Parteifunktionäre unerträglich geworden waren.“<sup>15</sup>

Damit konnte man keine Entnazifizierungsausschüsse beeindrucken.

Dass Johannes Jungenitz als Lehrer weiter im Hamburger Schuldienst beschäftigt wurde, verdankte er den Leumundszeugnissen der Schulräte Ernst Matthewes und Franz Jürgens und den Aussagen von Carl Schietzel. Positiv war auch, wie der Schulleiter der Volksschule für Knaben in der Laeiszstraße 12, Carl Kitlers, die Arbeit von Johannes Jungenitz 1949 beurteilte:

„Im Laufe der zwei Jahre Schulleitertätigkeit lernte ich Herrn Jungenitz als einen sehr gewissenhaften, eifrigen, aufgeschlossenen und menschlichen Lehrer kennen und schätzen. Er hat niemals in irgendeiner Form gezeigt, dass er durch seine Amtsheruntersetzung verbittert oder unlustig geworden ist. Aufgeschlossen wie selten ein Mensch in seinem Alter hat er stets als guter und wahrer Kollege mitgearbeitet und durch sein ausgeglichenes Wesen wesentlich mit dazu beigetragen, dass das Kollegium eine Einheit und wahre Arbeitsgemeinschaft wurde. Weder vergrämt noch grollend hat er sich so eingeordnet, wie ich als Schulleiter mir es von jedem Mitglied des Kollegiums wünsche und erhoffe.“<sup>16</sup>

Johannes Jungenitz trat am 25.11.1949 in den Ruhestand. Mithilfe seiner Rechtsanwälte bemühte er sich weiter darum, das Ruhegehalt eines Schulleiters zu bekommen. Am 13.7.1951 wurde dieses endgültig abgelehnt:

„Der Antrag auf Gnadenerweis wird zurückgewiesen. Die Beförderung des Antragstellers vom Lehrer zum Schulleiter bzw. Mittelschullehrer und Hauptschullehrer erfolgte aufgrund seiner politischen Verdienste um den Nationalsozialismus. Es erscheint daher nicht angebracht, ihm die Vorteile dieser Beförderung jetzt noch bei der Bemessung der Pension zuzubilligen. Die Einstufung in Kategorie V und die Gewährung der vollen Pension eines Lehrers entspricht der Billigkeit.“<sup>17</sup>

Ernst Matthewes schrieb, nunmehr in seiner Funktion als Landesschulrat, Johannes Jungenitz zum Geburtstag am 5.3.1963:

„Zu ihrem 80. Geburtstag sende ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche. Sie dürfen an diesem Festtage auf ein Leben zurückblicken, in dem Ihnen der Dienst

an der Schule und die Hingabe an die Jugend zum Inhalt Ihres Denkens und Tuns geworden sind. In Ihrer gewissenhaften Art haben Sie keine Mühe gescheut, Ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Dafür möchte ich Ihnen am heutigen Tage herzlich danken. Ich habe gehört und freue mich darüber, dass Sie der Schule, an der Sie zuletzt tätig waren, noch immer eng verbunden sind.“<sup>18</sup>

Auch zum 85. Geburtstag gratulierte Ernst Matthewes und erhielt darauf ein Dankeschreiben von Johannes Jungenitz, der ihm, der jetzt ebenfalls pensioniert worden war, „aus aufrichtigem Herzen einen glücklichen Lebensabend“ wünschte.<sup>19</sup> Johannes Jungenitz starb am 14.7.1969.<sup>20</sup>

### **Anmerkungen**

- 1 Alle Anmerkungen laut Personalakte Johannes Jungenitz, StAHH, 361-3\_A 1359
- 2 Schreiben von Hermann Stoppenbrink, Personalakte Jungenitz, a. a. O.
- 3 Entnazifizierungsakte Jungenitz, StAHH, 221-11\_Ed 5218
- 4 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Herbert Wiencken am 4.2.1949, Personalakte Jungenitz, a. a. O.
- 8 Carl Schietzel am 10.2.1949, Personalakte Jungenitz, a. a. O.
- 9 Ernst Matthewes am 29.1.1949, Personalakte Jungenitz, a. a. O.
- 10 Franz Jürgens am 2.3.1949, Personalakte Jungenitz, a. a. O.
- 11 Vermerk vom 28.11.1946, Personalakte Jungenitz, a. a. O.
- 12 Beschluss des Berufungsausschusses für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 15.6.1949, Entnazifizierungsakte Jungenitz, a. a. O.
- 13 Schreiben von Rechtsanwalt Lurati vom 22.12.1949, Entnazifizierungsakte Jungenitz, a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Schreiben vom 1.2.1949, Personalakte a. a. O.
- 17 Entscheidung vom 13.7.1951, Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 5.3.1963, Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 31.3.1968, Personalakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.



## Gerhard Rieckmann

**„Ich selbst hoffte durch meine Mitarbeit die Art und den Ton in der Partei mäßigen zu können. Ich habe diese Haltung als Politischer Leiter wie auch in meinem Beruf als Lehrer und Erzieher stets bewahrt.“**

Es gibt einige Schulleiter im Hamburger Bildungswesen, die während der NS-Zeit in Leitungsfunktionen tätig waren und in den 1950er Jahren wieder als Schulleiter berufen wurden. Dazu gehört Gerhard Rieckmann. Auch seine Geschichte zeigt, dass eine wirkliche Entnazifizierung nicht stattgefunden hat, wenngleich er sicherlich nicht zu den besonders Belasteten gehörte. Bemerkenswert ist dennoch, dass er bereits fünf Jahre nach seiner Wiedereinstellung erneut als Schulleiter bestellt werden konnte.

Gerhard Rieckmann wurde am 15.8.1902 in Hamburg als Sohn des Lehrers Georg Rieckmann geboren. Er hatte fünf Geschwister, besuchte von 1909 bis 1918 die Realschule Hamm und wechselte nach der Einjährigen-Prüfung auf das Lehrerseminar Steinhauerdamm, das er von 1919 bis 1924 besuchte. Dort legte er am 12.1.1924 die erste Lehrerprüfung ab. Zu seiner Prüfungskommission gehörten Landesschulrat Umlauf und der reformpädagogische Schulrat Carl Götze. Seit 1927 war Rieckmann an der Schule Imstedt als Hilfslehrer angestellt. Nach der zweiten Lehrerprüfung am 20.6.1928 erfolgte seine Festanstellung als Volksschullehrer.<sup>1</sup>

Gerhard Rieckmann war seit dem 8.12.1928 mit Gertrud Schönwolf verheiratet und unterrichtete nebenberuflich von 1931 bis 1933 an der Volksmusikschule mit 4 bis 5 Stunden Musiklehre und Blockflöte.

Am 10.2.1937 wurde Rieckmann an der Schule Imstedt 20 als stellvertretender Schulleiter berufen, kurze Zeit danach, zum 27.10.1937 zum Schulleiter der Volksschule Klinikweg 5 bestellt, einer Knabenschule mit acht Lehrern und einer Lehrerin.<sup>2</sup> Nicht unerheblich dafür war sicherlich sein Eintritt in die NSDAP zum 1.5.1937 und seine Blockleitertätigkeit, die unmittelbar danach begann.<sup>3</sup>

Am 12.2.1939 war Gerhard Rieckmann für eine dreiwöchige Reichsschulung vom Gauschulungsamt gemeldet worden und seit 1939 war er Ortsgruppenhauptstellenleiter der NSDAP in Bergstedt für den Bereich Schulung.<sup>4</sup>

Gerhard Rieckmann war am 17.8.1938 zum „aktiven Wehrdienst“ für zwei Monate einberufen worden, dann am 15.1.1940 zur Wehrmacht. Am 2.2.1941 wurde er „uk gestellt“ („unabkömmlich“), um ab dem 18.2.1941 die Schulleitung der Schule Lohkoppelstraße 36 zu übernehmen. Seine Personalakte verzeichnet ein Hin und Her: 1942 sollte er vom Reichserziehungsministerium als Schulgebietsbeauftragter für die Ostgebiete eingesetzt werden. Dazu wurde eine fachliche Beurteilung über

Gerhard Rieckmann eingefordert, die der vertretungsweise als Schulrat eingesetzte Wilhelm Dressel am 16.6.1942 abgab und in der es hieß:

„Rektor Rieckmann ist ein guter Lehrer und Leiter seiner Schule, die er einwandfrei in Ordnung führt. Zu seinen Lehrkräften steht er in einem angenehmen kameradschaftlichen Verhältnis, Ton und Umgang sind sehr erfreulich. Er ist willig und fleißig und hat in Unterricht und Erziehung sehr gute Erfolge aufzuweisen. Eine Beauftragung in dem vorgeschlagenen Amt kann unter allen Umständen zum mindesten versuchsweise empfohlen werden.“<sup>5</sup> Wobei Obersenatsrat Edens darauf hinwies: „Dadurch, dass bereits über 1300 Hamburger Lehrkräfte sich im Heeresdienst befinden und mehrere 100 in der Kinderlandverschickung eingesetzt sind, besteht für Hamburg ein großer Lehrermangel, sodass die Abgabe ohne Ersatzstellung nicht befürwortet werden kann.“<sup>6</sup> Daraufhin bat das Büro des Reichsstatthalters in Hamburg das Reichsministerium, „von einer Abordnung des Rektors Gerhard Rieckmann abzusehen“.<sup>7</sup>



Gerhard Rieckmann, 1937

Am 12.2.1943 wurde seine uk-Stellung aufgehoben und am 17.4.1943 wurde er als Sanitätsdienst-Unterroffizier wieder zur Wehrmacht eingezogen. Laut Personalakte geriet er am Ende in kurze Kriegsgefangenschaft, aus der er am 22.7.1945 entlassen wurde.<sup>8</sup>

Danach war die Welt bekanntlich erst einmal eine andere. Den für den Schulkreis von Gerhard Rieckmann ehemals verantwortlichen Schulrat Gustav Schmidt, der von den Nationalsozialisten suspendiert worden war, weil er nicht in die NSDAP eintreten wollte, hatte der neue Schulsenator Heinrich Landahl wieder in die Schulbehörde geholt. Er schrieb am 25.6.1945 zur Personalie Gerhard Rieckmann:

„Es bestehen Bedenken gegen die Wiederaufnahme der Schulleitung bei seiner Rückkehr.“<sup>9</sup> Senator Landahl versetzte Rieckmann am 23.7.1945 unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs als Lehrer an die Schule Graudenzer Weg.<sup>10</sup>

Da Gerhard Rieckmann nicht bereits am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war, er aber durch seine Blockleitertätigkeit und die Funktion des Schulungsverantwortlichen in der Ortsgruppe Bergstedt deutlich belastet war, erfolgte seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis am 22.2.1946.<sup>11</sup>

Am 15.7.1945 hatte Gerhard Rieckmann seinen Entnazifizierungsfragebogen eingereicht, der von Schulrat Gustav Schmidt als Zeuge gegengezeichnet worden war und in dem er auch Themen seiner Vorträge vor „15–20 Politischen Leitern der Ortsgruppe Bergstedt“ von 1939–1940 aufführte, mit den interpretationsmögli-

chen Themen: „Bevölkerungspolitik und 4000 Jahre Geschichte des europäischen Ostraumes“.<sup>12</sup>

Rieckmann geriet unter Erklärungsnot und verfasste am 8.11.1945 einen ersten Bericht über seine politische Tätigkeit, den er an Schulrat Gustav Schmidt schickte. Darin hieß es:

„Ich habe mich bis 1933 nie politisch betätigt. Meine künstlerischen Neigungen, vor allem auf dem Gebiete der Musik, füllten meine Freizeit neben den Arbeiten für die Schule aus, wobei mich besonders das Studium der Komposition ganz erfüllte. Nach 1933 nahm ich dann gezwungenermaßen trotz starken inneren Widerstrebens an nationalsozialistischen Vorträgen und Schulungslehrgängen teil, die dann durch ihre überzeugende propagandistische Vortragsweise, gestützt auf innen-, und außenpolitische Erfolge, nicht ohne Wirkung auf mich blieben, obgleich ich die Art und den Ton innerhalb des Parteiorganismus ablehnte. Besonders schmerzlich war es für mich, meine musikalischen Arbeiten im Interesse Deutschlands, wie ich damals glaubte, aufgeben zu müssen. Ich trat dann, nachdem die Schulverwaltung eine letzte Aufforderung zum Eintritt und zur Mitarbeit in der NSDAP gegeben hatte, am 1.5.1937 in die Partei ein.“<sup>13</sup>

Zu seiner Tätigkeit als Blockleiter und Schulungsbeauftragter in Bergstedt erklärte Gerhard Rieckmann:

„Da in der Ortsgruppe Bergstedt, der ich angehörte, Beamte grundsätzlich zur Mitarbeit herangezogen wurden, wurde mir das Amt eines Blockleiters übertragen. Ich selbst hoffte durch meine Mitarbeit die Art und den Ton in der Partei mäßigen zu können. Ich habe diese Haltung als politischer Leiter wie auch in meinem Beruf als Lehrer und Erzieher stets bewahrt. Meine Tätigkeit als Blockleiter von Juli 1937 bis zum Oktober 39 bestand darin, monatlich von den Parteigenossen meines Blockes die Mitgliedsbeiträge einzuziehen und dem Zellenleiter abzuliefern, Handzettel aller Art auszuteilen und an Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Da es in der Ortsgruppe Bergstedt, damals 1400 Menschen, an geeigneten Männern fehlte, die die Schulung durchführen konnten, wurde ich, da ich als Lehrer als am besten geeignet erachtet wurde, durch den Ortsgruppenleiter mit der Durchführung der Schulung beauftragt. Meine Tätigkeit bestand darin, das zum Vorlesen geeignete vom Gauschulungsamt Hamburg ausgearbeitete Schulungsmaterial in jeweils einem Vortrag im Monat den Politischen Leitern der Ortsgruppe zur Kenntnis zu bringen.“<sup>14</sup>

Rieckmann konnte von Nachbarn Leumundszeugnisse beilegen, die ihn entlasteten mit Sätzen wie: „Unter dem Druck des Naziterrors trat er 1937 der Partei bei und wurde in der Ortsgruppe Bergstedt als Blockleiter und zuletzt als Schulungsleiter eingesetzt. Er war nie Fanatiker und erfreut sich auch heute noch aufgrund seines lauterer Charakters allgemeiner Wertschätzung.“<sup>15</sup>

In einem anderen Schreiben des Nachbarn Elfried Esch vom 2.11.1945 wurde darauf hingewiesen, dass Rieckmann „als erfahrener Pädagoge nicht konform ging mit den Methoden der Nazi-Jugenderziehung (Hitler-Jugend)“. Gerhard Rieckmann selbst hatte unter Anmerkungen in seinem Entnazifizierungsfragebogen handschriftlich angefügt: „Für meine persönliche Einstellung zur Jugenderziehung führe ich an, dass ich mich trotz wiederholter Befehle geweigert habe, meinen Sohn Andrej R. in die Hitlerjugend eintreten zu lassen.“<sup>16</sup>

Schulrat Gustav Schmidt formulierte daraufhin am 8.11.1945 für Senator Heinrich Landahl ein Schreiben an die Britische Militärregierung, in dem es hieß:

„Der Rektor Gerhard Rieckmann ist auf Anordnung der Militärregierung vom 28.9.1945 suspendiert worden, um weitere Ermittlungen anstellen zu können. Die Ermittlungen haben ergeben, dass R. anfangs ein gläubiger Nationalsozialist gewesen ist. Alle laute oder grobe Propaganda hat ihm ferngelegen. Er ist immer behutsam und anständig geblieben. Seine Tätigkeit als Blockleiter beschränkte sich auf untergeordnete mechanische Arbeiten. Zum Schulungsleiter wurde er, weil er Lehrer war, durch die Parteivorgesetzten gezwungen; er hat sich darauf beschränkt, viermal ihm gelieferte Vorträge vorzulesen. Seine Nachbarn bezeugen ihm eine vornehme Gesinnung. Die Schulverwaltung kennt ihn als einen tüchtigen Lehrer mit guten Erfolgen. Er ist durch die Lehren der Zeit kurze Zeit irreführt worden, hat schon bald den Nationalsozialismus durchschaut und entsprechend gehandelt. Die Schulverwaltung schlägt vor, ihn nicht mehr als Rektor zu verwenden, sondern ihn als Lehrer zu bestätigen.“<sup>17</sup>

Diese erstaunlich positive Stellungnahme unterschrieb Heinrich Landahl sowohl in deutscher und englischer Sprache und gab sie an die Britische Militärregierung am 8.11.1945.<sup>18</sup>

Dies überzeugte offenbar die Britische Militärregierung nicht sofort, das Verfahren dauerte an. Gerhard Rieckmann legte Berufung ein, stellte seinen beruflichen Werdegang noch einmal dar und betonte, wie sehr ihm die Schularbeit und seine parallelen musikalischen Studien am Herzen gelegen hätten.<sup>19</sup>

Gustav Schmidt verfasste an den Prüfungsausschuss 2 noch einmal ein entlastendes Gutachten:

„Anfangs ist R. überzeugter Nationalsozialist gewesen, wenn er auch erst 1937 der Partei beiträt. Er ist jedoch niemals ein Mann gewesen, der durch Propaganda andere Leute bedrängt hat, im Gegenteil konnte man bei ihm sich frei und offen aussprechen. Er ist immer duldsam und bescheiden geblieben. Ich glaube es ihm, dass seine Tätigkeit als Blockleiter in seinem kleinen Wohnort Bergstedt sich auf unwichtige mechanische Arbeit beschränkte. Weil er Lehrer war, wurde er auch in seinem Wohnort als Schulungsleiter herangezogen. Seine Nachbarn bescheini-

gen ihm, dass er einen unantastbaren Charakter hätte. Seit seiner Entlastung arbeitet R. als Bauhilfsarbeiter.“<sup>20</sup>

Der zuständige Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung setzte sich aus Personen zusammen, denen Gerhard Rieckmann persönlich durchaus bekannt war. Und dieser Ausschuss kam zu einer etwas anderen Einschätzung.

Ihm gehörten die Lehrer Wilhelm Siegel und Friedrich Gosau an, die am 25.10.1946 feststellten:

„Gerhard Rieckmann wird recht unterschiedlich beurteilt. Die meisten Beurteiler halten seinen zur Schau getragenen Eifer für echte Überzeugung, einige wenige meinen, darin nur den Beweis erblicken zu können, das R. beruflich ehrgeizige Pläne hatte. Sie sagen ihm auch nach, dass er mit dem Gedanken gespielt hat, nach dem Osten zu gehen, um Schulrat zu werden. Er selber leugnet diese Absicht. Entscheidend dürfte die Tatsache sein, das R. nicht nach dem Osten gegangen ist. Die Frage, ob R. durch seine eifrige Arbeit in der Partei berufliche Förderung erhalten hat, ist kaum zu entscheiden. R. wurde 1937 zum Rektor befördert, aber man kann in dieser Tatsache nicht den Beweis einer parteiseitigen Förderung erblicken, denn die berufliche Qualifizierung liegt fraglos vor. R. fiel 1933, und in den späteren Jahren durch seinen Eifer auf, mit dem er den Anforderungen der Partei nachkam. Seine eigene Darstellung vom 1.7.1946, in der er von seiner ‚feindlichen Haltung‘ dem Nationalsozialismus gegenüber spricht, ist durchaus unrichtig. Er hat fraglos der Partei eifrig gedient, ist bis zum örtlichen Schulungsleiter aufgestiegen und war die rechte Hand des Ortsgruppenleiters. Er hat auch eifrig Schulungslager des Lehrerbundes mitgemacht. Als Schulleiter verhielt sich R. durchaus kollegial, sodass es berechtigt ist, zu sagen, er sei beliebt gewesen. Beide Berichtersteller kennen R. in seiner Rektorentätigkeit aus eigenem Erleben, R. vertrat 1942 einige Wochen den Schulleiter der Schule Lohkoppelstraße 36, an der die Unterzeichner dieses Berichtes tätig waren. In diesem Lehrkörper befand sich in der Zeit kein Pg. Es wurde dort sehr offen gesprochen, auch in Gegenwart Rieckmanns. R. gab sich bei diesen Gesprächen naiv-unwissend, wenn ihm Tatsachen über die Praktiken der Partei mitgeteilt wurden. R. kam regelmäßig ins Lehrerzimmer, versuchte aber niemals eine Einrede oder eine Verteidigung der Partei. Hat niemals den Versuch gemacht, ein Gespräch zu verändern, abzubiegen oder diesem Gespräch – etwa durch Fernbleiben oder Fortgehen – auszuweichen. Hat niemals einen Kollegen zur Rede gestellt oder irgendwelche Schwierigkeiten verursacht, obgleich Inhalt und Ton unserer Kritik Anlass genug bot. Ob seine zur Schau getragene ‚naive‘ Haltung seinem Wesen entspricht oder nur gespielt war, ist nicht zu entscheiden.

Seine Haltung als Lehrer den Schülern gegenüber war vorbildlich. Der Inhalt seines Unterrichts war für uns natürlich nicht zu erkennen, weil wir keinen Einblick

hatten. Sehr versöhnend ist seine heutige Haltung. Er verrichtet Aufräumarbeiten und empfindet diese Arbeit als gerechte Sühne. Er verhält sich also nicht so, wie viele frühere Parteigenossen, die einen willigen Arzt suchen und finden, der sie mit seinem Attest vor diesem Einsatz schützt.

Der Beratende Ausschuss weist darauf hin, dass man R. persönlich keine Vergehen nachsagt, aber allseitig auf seine menschlichen und seine pädagogischen Qualitäten hinweist und schlägt vor, im Hinblick auf seine erhebliche politische Belastung ihm eine Bewährungsfrist von zwei Jahren aufzuerlegen, in denen er sich bei Aufräumarbeiten zu betätigen hat, ihm aber dann die Rückkehr in den Lehrberuf zu gestatten unter Ausschluss einer Beförderung in leitende Stellungen auf die Dauer von weiteren 3–5 Jahren.“<sup>21</sup>

Ein vergleichsweise ungewöhnlicher Bericht eines Beratenden Ausschusses in einem Entnazifizierungsverfahren.

Der Berufungsausschuss folgte der Empfehlung und gab am 19.12.1946 der Berufung statt mit der Maßgabe, Rieckmann zum 1.4.1948 wieder als Lehrer zuzulassen und ihn dann mit einer fünfjährigen Beförderungssperre zu belegen. Einerseits belastete es ihn, „die rechte Hand des Ortsgruppenleiters“ gewesen zu sein, andererseits spreche für ihn, „sich trotz seiner Tätigkeit im Kollegenkreis anständig benommen und nie jemand politisch geschädigt“ zu haben.<sup>22</sup>

Am 1.4.1948 wurde Gerhard Rieckmann an der Senator-Emil-Krause-Schule als Lehrer wieder eingestellt und verbeamtet.<sup>23</sup>

Am 8.4.1951 wies Rieckmann darauf hin, dass es aus seiner Sicht nicht nachzuvollziehen sei, nicht wieder in seiner alten Besoldungsgruppe beschäftigt zu werden. Er verwies auf Parallelfälle und setzte damit eine Prüfung innerhalb der Schulbehörde in Gang.

Juristisch war Gerhard Rieckmann in den Status eines Rektors zur Wiederverwendung (z. Wv.) gelangt und er war an der Schule, der er 1948 zugewiesen worden war, seit 1952 als stellvertretender Schulleiter tätig. Der Leitende Ausschuss hatte ihn am 1.6.1952 in die Kategorie V eingestuft und ihm damit Rechtsansprüche gewährt, die die Möglichkeit boten, wieder in eine Schulleitungsfunktion zu gelangen.

Oberschulrat Walter Vonarb schlug dem Personalreferenten im Volksschulbereich, Oberschulrat Karl Hoffmann, am 18.3.1953 vor, nach Teilung der Emil-Krause-Schule Gerhard Rieckmann für einen Teil zum Schulleiter zu bestellen. Er war dafür die Personalakte durchgegangen, stellte die positiven Aussagen über Gerhard Rieckmann zusammen und schrieb abschließend:

„Herr Rieckmann gehört anscheinend zu den nicht sehr zahlreichen früheren Nationalsozialisten, die aus der Entwicklung ernste Konsequenzen gezogen und zu

klarer und eindeutig positiver Haltung gefunden haben. Eingehende Rücksprachen mit solchen Kollegen aus der Schule, deren antinationalsozialistische Einstellung während des Dritten Reiches außer Zweifel stehen (unter anderen Herr Lambeck, Herr Eckhoff) haben ergeben, dass sie sich uneingeschränkt zu Herrn Rieckmann bekennen und davon überzeugt sind, dass er nicht nur die notwendigen menschlichen und fachlichen Voraussetzungen für das Amt eines Schulleiters in hohem Maße besitzt, sondern durch die Erkenntnisse seines politischen Irrtums und durch den Missbrauch seines Idealismus und seines guten Willens eine deutliche Vorstellung von dem politischen Auftrag entwickelt hat, den die Schule heute hat und sich innerlich zu ihm bekennt. Unter den befragten Lehrkräften besteht die Auffassung, dass Herr Rieckmann wahrscheinlich das uneingeschränkte Vertrauen fände, wenn die Lehrer aufgefordert werden würden, dazu Stellung zu nehmen, ob sie Herrn Rieckmann für geeignet halten, das Amt des Schulleiters zu bekleiden.“<sup>24</sup>

Im Ergebnis wurde Gerhard Rieckmann für ein Jahr zum Schulleiter auf Probe ernannt. Nach einem Jahr kam die Konferenz am 11.5.1954 zusammen, um über die endgültige Bestellung von Gerhard Rieckmann abzustimmen. Bei der geheimen Wahl erhielt Rieckmann 17 Stimmen bei drei Enthaltungen und einer Nein-Stimme.<sup>25</sup>

Oberschulrat Vonarb legte Oberschulrat Hoffmann das Ergebnis vor und schrieb dazu:

„Herr Rieckmann besitzt die notwendige organisatorische Befähigung, um den reibungslosen Ablauf der Schularbeit sicherzustellen, zeigt im Umgang mit Lehrern und Eltern eine vornehm-ausgleichende Art und hat ein feines Verhältnis zu den Schülern und Schülerinnen. Herr Rieckmann ist um die Fortbildung der an seiner Schule tätigen Junglehrer besorgt und stets und routiniert für neue Fragestellungen aufgeschlossen. Trotz der Weite seiner Einstellung lässt er es nicht an Genauigkeit und Konsequenz fehlen. Er ist für die notwendige Verwaltungsarbeit ebenso geeignet wie für die pädagogische Führungsaufgabe, die eine Schulleitung bedeutet.“<sup>26</sup>

Rieckmann wurde mit Zustimmung des Betriebsrates endgültig zum Schulleiter bestellt.<sup>27</sup>

Es schloss sich ein Kreis, Gerhard Rieckmann arbeitete erfolgreich als Schulleiter, bemühte sich insbesondere um die Betreuung der Junglehrer und wurde von seinem Schulleiterkollegium gebeten, „als Prüfungskommissar bei zweiten Lehrprüfungen mitzuwirken“.<sup>28</sup>

Gerhard Rieckmann wurde am 6.9.1967 pensioniert.

Er starb am 31.10.1984.<sup>29</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Rieckmann, StAHH, 361-3\_A 2410
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Laut Entnazifizierungsakte Rieckmann, StAHH, 221-11\_Ed 5109
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Fachliche Beurteilung vom 16.6.1942, Personalakte a. a. O.
- 6 Vermerk vom 4.8.1942, Personalakte a. a. O.
- 7 Schreiben vom 25.8.1942, Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Entnazifizierungsfragebogen vom 15.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Schreiben vom 8.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Schreiben von Horst Berger vom 5.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 2.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 17 Entnazifizierungsfragebogen vom 15.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 1.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Gutachten von Gustav Schmidt vom 22.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Bericht des Beratenden Ausschusses vom 25.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Berufungsausschuss vom 19.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Schreiben vom 18.3.1953, Personalakte a. a. O.
- 25 Konferenzprotokoll vom 11.5.1954, Personalakte a. a. O.
- 26 Vermerk vom 18.5.1954, Personalakte a. a. O.
- 27 Einverständnis am 26.5.1954, Personalakte a. a. O.
- 28 Schreiben des Landesschulrates i.V. zu Rieckmanns 70. Geburtstag vom 15.8.1972, Personalakte a. a. O.
- 29 Personalakte



## Hermann Schmidt

**„Möge es Ihnen vergönnt sein, an dem großen Aufbauwerk unseres Führers in der Erziehung und Formung der kommenden Generation den deutschen Menschen mit prägen zu helfen.“**

Eine schwierige Person war der zeitweilige Schulleiter der Bismarck-Oberrealschule in Eimsbüttel, der den Unterricht in seiner Hauptmanns-Uniform aus dem Ersten Weltkrieg führte und suggerierte, ein „hoch ausgezeichneter kaiserlicher Offizier“ gewesen zu sein. Trotz Eintritts in die NSDAP zum 1.5.1933 wurde Hermann Schmidt aufgrund seines schwierigen Charakters von den Nationalsozialisten nur bedingt gefördert. Als der Schulleiter, Karl Züge, Oberschulrat in der Schulverwaltung wurde, betraute man Hermann Schmidt mit der kommissarischen Leitungs-Aufgabe, ohne ihn zu befördern. Deswegen behauptete er später, in Konflikten mit den Nationalsozialisten gestanden zu haben.

„Wir haben einen Helden in der Schule, ein ehemaliger Bismarck-Schüler, der in einer Feierstunde in der Aula, eingerahmt von Schillerbüste links und Goethebüste rechts, als ‚leuchtendes Vorbild‘ präsentiert wird. Er sitzt auf einem Ehrenstuhl: Ein junger Panzerleutnant, um den Hals das Ritterkreuz. Er soll uns erzählen, für welche Heldentat ihm der Führer diesen hohen Orden verliehen hat. Die Kleinen, die Pimpfe aus der Sexta, Quinta, Quarta, die ‚Stoppelhopser‘, wie Nicolaysen sie zu bezeichnen pflegt, staunen mit Glanzaugen auf das Prachtstück unter dem Adamsapfel des ‚Ehemaligen‘ – außer ein paar Faxenmacher, die immer aus der Rolle kaspern müssen. Sie werden von Doktor Dannies, der die Aufsicht führte, mit ‚kalten und warmen Umschlägen‘ zurechtgestaucht. Für Nicht-Bismarck-Schüler: das sind Backpfeifen der ersten und zweiten Ordnung. Bismarck-Hausmarke trocken und Bismarck-Hausmarke brutal. Der feierliche Ernst der Stunde muss schließlich gewahrt bleiben.

Im Lehrerkollegium hat man die Führergeburtstagsgesichter aufgesetzt. Es herrscht andachtsvolle Stille in der Aula – und dann ertönt, in die Stille hinein, ein uns wohlvertrautes Geräusch: Tack – Tack – Tack – Tack. Es ist das Holzbein unseres Direktors, der gemessenen Schrittes zum Rednerpult hinaufsteigt, um die Begrüßungsansprache zu halten. Er gehört zu der Sorte Mensch, die auch in zivil immer Soldat ist. Reservehauptmann. Weltkrieg eins, nach eigenem Bekunden ‚harter Preuße‘ und glühender Verehrer des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I. Er ist für mich ein Albtraum – und ich bin für ihn der Typ, den er am wenigsten verknusen kann: ein unsoldatischer Kunstschwärmer. Er weiß, ich gehe häufig ins Theater, das

er verachtet. Sein größtes Vergnügen: So einem wie mir vor versammelter Klasse eigenhändig die Frisur auf Militärlänge zu stutzen. Es gibt da etliche, die Beifall klatschen, die sich mit ihm freuen, wenn er mir mit seiner Nagelschere langsam Haarsträhne für Haarsträhne vom Kopf schnippelt, und ich in ohnmächtiger Wut mit den Tränen kämpfe. Die Wut ist immer da, wenn ich ihn sehe, zugleich der feste Wille, ihm und seinesgleichen nicht den Gefallen zu tun, einmal wirklich loszuheulen. Nun spricht er freundlich, väterlich, dankbar für die Ehre, die der Ritterkreuzträger seiner Bismarck-Schule erwiesen hat. Er nennt ihn ‚einen wahren deutschen Soldaten, würdig der Helden von Langemarck‘ und spart auch sonst nicht mit großen Worten. Der Stolz, der ihn erfüllt, ist echt. Er kommt vom Herzen. Am Schluss die Mahnung an uns, ‚die Schüler von heute und Waffenträger von morgen‘: ‚Möge euch allen hier der Mut, die Tapferkeit, die Vaterlandsliebe und vorbildliche Pflichterfüllung dieses Helden unserer Schule ein leuchtendes Beispiel sein ...‘<sup>1</sup>



Hermann Schmidt, 1933

So beschrieb der ehemalige Schüler Uwe Storjohann eine Szene an der Bismarck-Oberrealschule im Dezember 1941, als Hermann Schmidt die Schulleitungsaufgabe übernommen hatte, nachdem der bisherige Schulleiter, Karl Züge, als Oberschulrat für die höheren Schulen in die Landesunterrichtsbehörde gewechselt war.

In einem Gespräch am 13.9.2012 erklärte Uwe Storjohann:

„Zu bestimmten Anlässen mussten Lehrer und Schüler ihre Uniformen tragen. Höchster Feiertag war der 20.4. – Hitlers Geburtstag. Einige ältere Lehrer wollten wohl deutlich lieber die alten Uniformen der Kaiserzeit tragen. Zu jenen gehört Herr Dr. Schmidt. Er kam stets in seiner Hauptmannsuniform aus dem Ersten Weltkrieg. Zudem war sein Hauptmannstitel ein höherer Rang als der des Studienrats. So wollte Schmidt auch stets mit ‚Herr Hauptmann‘ angesprochen werden.“<sup>2</sup>

Und weiter sagte Uwe Storjohann:

„Hermann Schmidt hatte bei den Schülern den Eindruck hinterlassen, ‚ein im Ersten Weltkrieg hochausgezeichneter kaiserlicher Offizier aus Überzeugung‘ gewesen zu sein. Auch sein Unterricht sei von eben dieser Überzeugung geprägt gewesen. Für die Schüler sei der Unterricht sehr anstrengend gewesen, da stets das ‚große Preußen‘ thematisiert worden sei.“<sup>3</sup>

Auf die Frage nach dem Unterschied zwischen Hermann Schmidt und Karl Züge erklärte Storjohann:

„Schmidt war cholerischer und als gemein und hinterhältig zu bezeichnen, während Züge zwar besonders korrekt war, jedoch nicht als gemein und sadistisch

zu charakterisieren sei. Zucht und Ordnung waren bei Schmidt deutlich stärker ausgeprägt als bei Züge. Schmidt sei eher wie Lehrer Löden<sup>4</sup> gewesen. Schmidt habe die Jungen in der Klasse 5 bis 9 von der Pause in die Klassen kommandiert – stets im Gleichschritt und wehe jemand fiel aus der Reihe. Die Schulführer übernahmen später diese Aufgabe. Der Schulführer war meist auch in der HJ. Schmidt habe es sich zur Aufgabe gemacht, die Schüler dabei zu beobachten, wie sie in die Klassen kommandiert und geführt worden. Dazu habe er sich unter dem Treppengeländer versteckt und nahezu darauf gelauert, dass einer der Schüler auffiel durch einen falschen Schritt. Ein Fehler wurde direkt bestraft. Zur Strafe geschlagen werden durften Schüler bis zur Obertertia. Schmidt hatte diese Anweisung bei einem Schüler missachtet und bekam ein Disziplinarverfahren.“<sup>5</sup> Schmidt fungierte auch ein halbes Jahr als Klassenlehrer von Uwe Storjohann.

Hermann Schmidt war als Sohn des Kapitäns Adolph Schmidt in Hamburg am 29.3.1894 geboren. Er besuchte von Ostern 1900 bis 1909 die Realschule in St. Pauli und anschließend die Oberrealschule in Eimsbüttel, die er mit dem Zeugnis der Reife verließ. Anschließend begann er ein Studium an der Universität Rostock, das er in Gießen fortsetze. In dem von ihm handgeschriebenen Lebenslauf in seiner Personalakte wird sehr deutlich, welche besondere Rolle der Militärdienst für ihn gespielt hatte:

„Zu Beginn des Krieges wurde ich am dritten Mobilmachungstage eingezogen. Ich hatte vom 1. April 1912 bis zum 1. April 1913 meiner Dienstpflicht als Einjährig-Freiwilliger im Füsilier-Regiment Nr. 90, Kaiser Wilhelm, genügt und trat am 4. August 1914 als Offiziersstellenvertreter in das Res. Inf. Regiment 76 ein. Nachdem ich den Feldzug in Belgien und Frankreich mitgemacht hatte, wurde ich am 23. September 1914 als Bataillonsadjutant bei Thiescourt durch Granatsplitter am linken Fuß verwundet. Die Verwundung führte zur Amputation des Fußes. Am 31. Januar 1916 wurde ich als Leutnant der Reserve aus dem Heeresdienst entlassen.“<sup>6</sup>

Hier würde die Tragik „des glühenden Verehrers des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I“, der in der Schule bei den Schülern und möglicherweise auch bei den Lehrern den Eindruck hinterlassen hatte, ein hochdekoriertes Offizier des ersten Weltkrieges gewesen zu sein. In Wahrheit war er schon nach kurzer Kriegsteilnahme mit einer schweren Verwundung, die ihn sein Leben lang stark beeinträchtigte, aus dem Krieg „als dauernd feld- und garnisonsdienstunfähig“ ausgeschieden.<sup>7</sup> Laut seiner Personalakte musste er sich am 17.1.1920 einer Nachamputation unterziehen und später vermerkten die ihn behandelnden Ärzte, dass Hermann Schmidt unter tiefgreifenden Beschwerden zu leiden hatte.<sup>8</sup>

Aus dem Kriegsdienst ausgemustert konnte Hermann Schmidt sein Studium fortsetzen und am 24.2.1917 die Prüfung für das höhere Lehramt ablegen.<sup>9</sup>

1918 heiratete Hermann Schmidt und begann nach dem Anleitungsjahr am Heinrich Hertz-Realgymnasium das Probejahr an derselben Schule. Das Gutachten über sein Probejahr machte deutlich, wo seine Primärtugenden und seine Defizite lagen:

„Der Bericht des Kandidaten Hermann Schmidt über seine Tätigkeit, den ich begehend überreiche, betont meines Erachtens hier und da, besonders beim Unterricht im Deutschen, doch wohl zu stark die Erledigung von Stoffen, die bei der geringen Stundenzahl gewiss nur nebensächlich berührt sein könnten. Gegen die im Bericht ausgesprochenen pädagogischen Anschauungen ist nichts einzuwenden; der Stil ist flüssig.

Der Kandidat hat seinen Unterricht pünktlich erteilt und in den Klassen, in denen er unterrichtete, gute Zucht und Ordnung gehalten. Der Erfolg seines Unterrichtes war genügend, und seine sonstigen Obliegenheiten hat er gewissenhaft erfüllt. Im allgemeinen ist es als wünschenswert zu bezeichnen, dass es dem Herrn Kandidaten in seinen späteren Stellungen gelingen möge, sich mehr als bisher in die Schulgemeinschaft einzuordnen.“<sup>10</sup>

Hermann Schmidt wohnte zu diesem Zeitpunkt in der Parkallee 1 und stellte bei der Oberschulbehörde am 25.2.1919 den Antrag, einer Schule zugewiesen zu werden, die wegen der Fußamputation in 10–15 Minuten von seiner Wohnung zu erreichen sei.<sup>11</sup>

Dem wurde entsprochen, Hermann Schmidt kam an die Bismarck-Oberrealschule in der Bogenstraße als Oberlehrer. Mit seinem amputierten Bein hatte er immer wieder gesundheitliche Probleme, die ihn aber nicht daran hinderten, zumindest in den Jahren von 1925 bis 1928 eine Nebentätigkeit an der Polizeischule anzunehmen und auch nicht, Protektor der Schüler-Ruderverriege zu sein.<sup>12</sup>

Hermann Schmidt trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein. Er war Mitglied des NSLB seit 1934, in der NSV seit 1937. Dem Reichsbund deutscher Beamter gehörte er schon seit 1918 an.<sup>13</sup> Bei aller Differenz, die er zu Karl Züge hatte, wurde er von diesem dennoch ins Vertrauen gezogen, als Züge als letzter Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins am 6.5.1935 in einer Sitzung in der Bismarck-Oberrealschule den Verband auflöste. Neben Karl Züge und dem Schatzmeister des Philologenvereins, Berthold Ohm<sup>14</sup>, waren nur noch Walther Witthöft und Hermann Schmidt bei dieser Verbandsauflösung anwesend.<sup>15</sup>

Über Hermann Schmidts Haltung als Schulleiter habe ich die Erfahrungen Uwe Storjohanns zitiert. In der Folgezeit, insbesondere in den Jahren seit 1943, als in Hamburg kein durchweg geregelter Unterricht stattfand und viele Schülerin-



Bismarck-Oberrealschule, Ende 1920er Jahre: Hermann Schmidt (1. Reihe, 2. v.l.), Schulleiter Karl Züge (5. v.l.). Hinter Schmidt stehen die späteren nationalsozialistischen Aktivisten Walter Behne (2. Reihe, 1. v.l.), daneben Bruno Peyn. Hans Unbehaun steht in der 2. Reihe (4. v.r.), mit Hut in der Hand. Der spätere Schulleiter nach 1945, Otto Nicolai, steht in der letzten Reihe (2. v.l.).

nen und Schüler mit ihren Lehrkräften in der Kinderlandverschickung (KLV) waren, führte der als Schulleiter eingesetzte Hermann Schmidt merkwürdige Kämpfe um die Wahrung seiner Autorität. Nicht zum ersten Mal, wie der Blick in seine Personalakte zeigt. Schon 1928 hatte er sich gemeinsam mit dem Studienrat Dr. Walter Behne beim sozialdemokratischen Schulsenator Emil Krause darüber beschwert, dass die Oberschulbehörde sie und die Oberrealschule an ... der Bogenstraße nicht vor einer Kritik von dem „Nichtbeamten Matthias“ geschützt hatte, der offenbar „Vorhaltungen gegen die Schule und einige Lehrkräfte“ formuliert hatte. Die konkreten Anwürfe sind nicht dokumentiert, aber interessant an dem Konflikt ist, dass Schmidt ihn gemeinsam mit Walter Behne führte, der kurz später, schon 1931 in die NSDAP eintrat und 1933 zum Oberschulrat für den Bereich der höheren Schulen benannt worden war.<sup>16</sup>

Walter Behne war somit auch in der Zeit eine wichtige Person für Hermann Schmidt, als dieser die Schulleiter-Aufgabe an Behnes alter Schule kommissarisch übernommen hatte.

Am 19. Mai 1942 gratulierte der zwischenzeitliche starke Mann in der Schulverwaltung, Oberschulrat Albert Henze<sup>17</sup>, Schmidt zu seiner 25-jährigen Tätigkeit im Hamburger Schuldienst:

„Als Personalreferent der Schulverwaltung möchte ich Ihnen die herzlichsten Glückwünsche übermitteln und Ihnen danken für alle Arbeit, für alle Opfer- und Einsatzbereitschaft und für alle Treue, die sie in diesen langen Jahren den Hambur-

ger Schulen gebracht haben. Seit vielen Jahren haben Sie neben Ihrer unterrichtlichen und erzieherischen Tätigkeit als stellvertretender Schulleiter keine Sorgen und Mühen gescheut, auch an dieser Stelle in vorbildlicher Weise gewissenhaft und verantwortungsfreudig Ihre Pflicht zu tun. Wenn auch der Krieg nun schon seit Jahren immer stärkere Anforderungen stellt und immer größere Belastung bringt, so weiß ich mich doch eins mit Ihnen in der festen Überzeugung, dem unerschütterlichen Wollen, Sie auch in den kommenden Jahren als Lehrer und Erzieher unsere deutschen Jugend in dem gewaltigen Kampf um eine neue Weltanschauung in vorderster Linie zu sehen. Möge es Ihnen vergönnt sein, an dem großen Aufbauwerk unseres Führers in der Erziehung und Formung der kommenden Generation den deutschen Menschen mit prägen zu helfen, der einmal das begonnene Werk unserer Tage weiter gestalten und tragen kann, das am Ende dieses gigantischen Ringens von heute der größte Sieg aller Zeiten krönen soll: das neue großdeutsche Reich Adolf Hitlers.“<sup>18</sup>

Solche Schreiben gab es noch 1942 und Hermann Schmidt wird es sich vermutlich eingerahmt haben.

Weniger froh war er sicher über die Antwort von dem Justiziar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, der ihm am 27.9.1944 mitteilte, dass er nicht damit einverstanden sei, wie Hermann Schmidt die Arbeitszeit definiere. Hermann Schmidt wollte den sechs Stunden Unterrichtsverpflichtung, die er neben seiner Leitungstätigkeit hatte, nicht weiter nachkommen. Darüber hatte er eine Korrespondenz mit der Sozialverwaltung geführt. Offensichtlich war von Wedel mit der gesamten Diskussion zu diesem Zeitpunkt nicht einverstanden, weil „Dr. Schmidt als stellvertretender Leiter eine Schule führt, die infolge der Ereignisse im Juli 1943 nur noch in beschränktem Umfange Schüler hat und an der daher auch die Verwaltungstätigkeit gegenüber der Tätigkeit an einer voll laufenden Schule eingeschränkt ist“.<sup>19</sup>

Es war dann Hermann Schmidts ehemaliger Kollege und jetzige Oberschulrat, Walter Behne, der einen Vermerk zeichnen musste, nach dem Hermann Schmidt in Zukunft 14 Unterrichtsstunden erteilen solle und „von einem außerschulischen Einsatz abzusehen“ sei.<sup>20</sup>

Ein solcher Vermerk, zu einem Zeitpunkt, wo Hamburg und die Welt in Trümmern lag, ein geregelter Unterricht ohnehin nicht mehr stattfinden konnte, war schon einigermaßen absurd. Aber Hermann Schmidt zeigte, dass er andere Felder der Auseinandersetzung und der Pflege seines Egos finden konnte.

Am 10.1.1945 beschwerte sich der Werfttechniker Erich Witt, wohnhaft in der Nähe der Bismarck-Schule, Bogenstraße/Hohe Weide. Witt, ein Schwerbeschädigter des Krieges, hatte erfolgreich versucht, bei Fliegeralarm den Bunker in der von Hermann Schmidt geleiteten Schule aufzusuchen. Es war der 2.1.1945, als Schmidt

den Luftschutzraum betrat, nachdem Erich Witt dort auch gerade angekommen war und hinter sich die Tür geschlossen hatte. Schmidt herrschte ihn an und schrie: „Sie haben hier gar nichts zu suchen, scheren Sie sich in den Raum nebenan.“ Und Witt erklärte dazu schriftlich:

„Herr Dr. Schmidt ist immer zu den Volksgenossen recht überheblich und unfreundlich, so dass sich schon oft die Volksgenossen darüber bitter beklagt haben. Es ist zeitweise der reine Exerzier-ton, in welchem Dr. Schmidt und auch der Schuldiener mit den schutzsuchenden Volksgenossen verkehrt.“<sup>21</sup>

Daraus ergab sich im Januar 1945 (!) fast eine Posse zum Thema: „Wer hat das Hausrecht in einem Luftschutzkeller einer Schule?“

Offenbar war Alwin Benecke als Referent in der Schulverwaltung damit beauftragt worden, diesen Fall zu klären. Er schrieb am 19.1.1945:

„Im Jahre 1940 traf die Schulverwaltung mit dem Polizeipräsidium die Abmachung, dass die Luftschutzräume in allen Schulen außerhalb der Schulzeit den Volksgenossen der benachbarten nicht unterkellerten Häuser zur Verfügung stehen. Um eine Überfüllung zu verhüten, sollten in der Regel die Schul-Luftschutzräume nur den Volksgenossen Aufnahme gewähren, die von der Polizei eingewiesen wurden. Als später stärkere Angriffsmittel des Feindes einen besseren Ausbau der Schul-Luftschutzräume notwendig machten, wurden die Kosten dieser Bauten von der Polizei übernommen. Auch der Keller der Bismarck-Oberschule ist nicht auf Kosten der Schulverwaltung, sondern der Polizei ausgebaut worden. Der Hausverwalter der Schule dürfte daher kaum berechtigt sein, einem Volksgenossen den weiteren Zutritt zum Luftschutzraum der Schule zu untersagen. Das würde auch für den Fall gelten, dass der Beschwerdeführer nicht von der Polizei ausdrücklich in diesem Luftschutzraum eingewiesen worden ist; denn wegen der zahlreichen Zerstörungen in der Umgebung kann die Polizei, da eine Überfüllung des Luftschutzraumes nicht zu befürchten ist, von der sonst notwendigen schriftlichen Einweisung absehen. Im vorliegenden Falle dürfte eine Rücksichtnahme umso mehr angebracht sein, als die nächsten guten Luftschutzräume verhältnismäßig weit entfernt sind und daher für einen schwer Kriegsbeschädigten besonders nachts schwierig zu erreichen sind.“<sup>22</sup>

Nun sollte man eigentlich vermuten, dass der beinamputierte Hermann Schmidt für einen Leidensgenossen größtes Verständnis haben müsste. Das war aber nicht der Fall, wie die umfangreichen Schriftsätze, die er in der nächsten Zeit anfertigte, dokumentieren. Sie zeigen, womit Bürokraten und Rechthaber sich in Katastrophenzeiten beschäftigen konnten. Hermann Schmidt hatte neben dem „Volksgenossen Witt“ einen weiteren Gegner gefunden, nämlich Alwin Benecke:

„Es muss befremden, dass ein im Januar 1940 mit dem Polizeipräsidium abgeschlossenes Abkommen über eine einschneidende Beschränkung des Hausrechtes

der Schulleiter diesem als Hausverwalter ganz beiläufig im Januar 1945 zur Kenntnis kommt. Im Übrigen bekundet das Gutachten eine Einstellung, die die Direktoren als berufene Statthalter der Schulverwaltung nicht gerade ermuntert, die Belange der Behörde dem Publikum gegenüber mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Da der Referent es unterlassen hat, sich im Vorwege mit mir in Verbindung zu setzen, ist es nicht verwunderlich, dass seine Auffassung den bestehenden Tatsachen nicht gerecht wird.“<sup>23</sup>

Im Weiteren behauptete Schmidt, der geschilderte Vorfall sei ganz anders gewesen, er habe „ganz ruhig die Bitte“ geäußert, Witt möge in den Raum für die Volksgenossen und nicht für die Lehrerkollegen der Schule gehen und hätte nicht das Recht, sich als Türschließer zu betätigen. Witt habe angefangen zu randalieren und wurde dann von Schmidt aufgefordert, seine Personalien zu nennen: „Die besondere Unverschämtheit seines Auftretens wurde jedoch offenbar, als sich bei der Feststellung seiner Personalien herausstellte, dass ihm meine Person und mein Amt sehr wohl bekannt war. Nimmt man seine ungehörigen Auslassungen über die Lehrer hinzu, so gewinnt sein Verhalten den Anstrich bewusster Provokation, um eine Machtprobe herbeizuführen. Sein Verhalten ist geeignet, die Grundlagen autoritärer Staatsführung und damit die Luftschutzdisziplin und öffentliche Sicherheit unseres Schutzraumes zu erschüttern. Es ist für die Aufsicht führenden Herren nicht zumutbar, sich im eigenen Raume Flegeleien bieten zu lassen.“<sup>24</sup>

Zwei Lehrerkollegen der Schule bestätigten die Version von Hermann Schmidt per Unterschrift.<sup>25</sup>

Dann war es bald wieder an Alwin Benecke, zu klären, ob Personen dauerhaft aus dem Luftschutzkeller verwiesen werden können:

„Der Betriebsluftschutzleiter oder Stellvertreter hat das Recht, Volksgenossen, die sich im Luftschutzraum ungebührlich betragen, hinauszuwiesen, auch während des Alarms. Eine dauernde Ausweisung ist aber, da der Polizei das Recht der Belegung des Luftschutzkellers zuerkannt worden ist, nicht allein durch den Hausverwalter, sondern nur mit Zustimmung der Polizei möglich. Es leuchtet ein, dass Personen, die von der Polizei in den Schulluftschutzraum eingewiesen werden, nicht einseitig vom Hausverwalter dauernd der Zutritt verwehrt werden kann. Diese Auffassung vertritt auch das Kommando S3 der Polizei (Hauptmann Bollenbach).“<sup>26</sup>

Erich Witt fragte am 16.2.1945 nach, was aus seiner Eingabe erfolgt wäre.

Schulleiter Schmidt habe ihm „kraft seines Amtes als Direktor der Schule durch einen Brief das Betreten des Luftschutzraumes untersagt“. Witt ergänzte: „Ich kann namentlich bei Spätalarm des Nachts nicht in den weiten Bunker laufen und bin dringend auf die Schule angewiesen, denn ich habe außerdem durch Verwunderung der Lunge eine schwere Gasbrust.“<sup>27</sup>



Einen Schriftwechsel von Alwin Benecke und Oberschulrat Behne bekam Hasso von Wedel zur Kenntnis, der sich darüber aufregte, nicht schon einmal vorher damit befasst worden zu sein. Er entschied:

„Witt ist sofort wieder das Betreten des Luftschutzraumes zu gestatten. Eine Verfolgung des W. wegen Beamtenbeleidigung halte ich nicht für angebracht. Ich bitte Witt hier vorzuladen und ihm mitzuteilen, dass die Schule im Luftschutzraum nur das Hausrecht hatte, dass seine Ausweisung wegen Ungebühr berechtigt war, dass diese Ausweisung aber nunmehr wieder aufgehoben wird mit Rücksicht auf W.'s Kriegsbeschädigung. Ich bitte Dr. Schmidt mitzuteilen, dass es nicht zulässig ist, dauernd Volksgenossen aus den Luftschutzraum auszuweisen, sondern nur bei Ungebühr für die Zeit, die erforderlich ist, um augenblickliche Störung im Luftschutzraum zu verhindern, also für eine Nacht höchstens, dass W. also wieder zuzulassen sei. Hausrecht liege beim Schulleiter, schließe aber nicht das Recht in sich, dauernd schutzsuchende Volksgenossen auszuschließen.“<sup>28</sup>

Dieses wurde Hermann Schmidt am 3.3.1945 mitgeteilt, mit einer Ergänzung von Alwin Benecke: „Herr Witt ist heute belehrt und verwarnet worden. Er ist schwer kriegsbeschädigt, hat ein Auge verloren, die rechte Hand kann nicht gebraucht werden. Dreifache Brustdurchschüsse und eine schwere Wunde am Oberschenkel. Er ist durch Atemnot und Beinverletzung auch am Gehen behindert. Eine besondere Rücksichtnahme erscheint angebracht. Herr Witt hat die Ermahnung mit Ruhe und ohne Widerspruch entgegengenommen.“<sup>29</sup>

Hermann Schmidt ließ nicht locker. Am 10.3.1945 (!) schrieb er an die Schulverwaltung:

„Es wird um Entscheid gebeten, ob Volksgenossen, die sich im Luftschutzraum ungebührlich benehmen, auch während der Dauer des Alarms des Luftschutzraumes verwiesen werden dürfen. Falls ‚nein‘, besteht keine Möglichkeit, gegen störende Elemente vorzugehen, da sie beim Alarm im Raum verbleiben müssen und ihnen nach Schlusssatz von Abs. 1 Ihres Schreibens der Luftschutzraum für folgende Nächte nicht verwehrt werden darf. Es wird um Belehrung gebeten, welche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegen Störenfriede angewandt werden können. Es wird um verbindliche Entscheidung gebeten, ob im Luftschutzraum der Bismarck-Schule außerhalb der Schulzeit der Schulleiter bzw. sein Vertreter oder die Polizeibehörde das Hausrecht hat.“<sup>30</sup>

Daraufhin platzte auch dem ehemaligen Leistungssportler und Turmspringer Alwin Benecke, der an einer Olympiade teilgenommen hatte und für einige Zeit Direktor des Instituts für Leibesübungen gewesen war, der Kragen. Er antwortete für die Schulverwaltung am 15.3.1945:

„Ich möchte diesen Auftrag erledigen, in dem ich vor allem darauf hinweise,

dass seit fast sechs Jahren in weit mehr als 100 Schulen Volksgenossen bei Alarm aufgenommen werden, dass es aber noch niemals nötig wurde, ähnliche Fragen an die Schulverwaltung zu richten. Alle Dienststellen haben wiederholt die auch in der Tagespresse veröffentlichte Anweisung erhalten, die Volksgenossen mit viel Takt und Rücksicht zu behandeln, um Zusammenstöße zu vermeiden. Da man nicht annehmen kann, dass die Volksgenossen, die früher in Hammerbrook und Barmbek, oder heute noch auf St. Pauli bei Alarm in die Schulschutzräume strömen, sanftere Naturen sind als die der Bismarck- und Bogenstraße, darf wohl geschlossen werden, dass man anderswo besser verstanden hat, unliebsame Zusammenstöße mit aufgeregten und unerzogenen Volksgenossen zu vermeiden. Wer glaubt, dass es ihm infolge Veranlagung oder kriegsbedingter Nervosität an Takt und Ruhe mangelt, unbequeme Volksgenossen ohne erregte Auseinandersetzung zur Ordnung zu weisen, sollte im eigenen Interesse zum mindesten im Luftschutzkeller die Ausübung des Hausrechts an eine besser geeignete Person übertragen.

Nach diesem Hinweis halte ich die Beantwortung Ihrer Fragen für wenig wichtig, zumal ich mich weder für berechtigt, noch befähigt halte, eine juristische Belehrung über den Hausrecht-Paragrafen zu erteilen. Es dürfte aber selbstverständlich sein, dass niemand das Recht hat, einen Volksgenossen dadurch in Lebensgefahr zu bringen, dass er ihn während eines Alarms vor die Tür setzt. Im schlimmsten Fall muss polizeiliche Hilfe erbeten werden.

Zu der zweiten Frage möchte ich nur bemerken, das es im Grunde ziemlich gleichgültig ist, wer das Hausrecht ausübt, ob der Schulleiter, oder die Schulverwaltung durch den Schulleiter, oder die Polizei durch die Schulverwaltung. Wichtig ist nur, dass derjenige, der es übernimmt, für die Ordnung im Hause zu sorgen, das Maß an Takt, Besonnenheit und guten Willen aufbringt, das nötig ist, um innerhalb der Volksgemeinschaft die Kameradschaft aufrecht zu erhalten, ohne die wir diese Zeit schwerer Prüfungen nicht überstehen können.“<sup>31</sup>

Hermann Schmidt antwortete darauf: „Mit einer privaten Meinungsäußerung des Herrn Studienrates A. Benecke, der nach seiner eigenen Angabe sich weder für berechtigt noch befähigt hält, auf die Fragen seines Ressorts zu antworten, ist uns nicht gedient. Ich bitte um sachliche Beantwortung meiner sachlichen Fragen.“<sup>32</sup>

Hermann Schmidt hatte in diesen Jahren Probleme auf verschiedenen Ebenen, wie er im Entnazifizierungsverfahren behauptete. Am 12.10.1942 wurde überdies seine Ehe geschieden.<sup>33</sup>

Am Ende der NS-Herrschaft war von Hermann Schmidt erst einmal nichts zu hören. Er meldete sich über seinen Arzt, Dr. Kroetz, für mehrere Monate krank.<sup>34</sup>

Am 17.7.1945 hatte Hermann Schmidt noch einen Bericht verfasst, in dem er von einer „geradlinigen Entwicklung der Bismarck-Schule von 1919 bis 1945“ schrieb, und:

„Mit viel Idealismus und einem leisen Druck behördlicherseits trat ein Teil des Kollegiums der NSDAP bei. Das hinderte nicht, dass die Auswüchse des Nationalsozialismus, besonders die Anmaßung der HJ in Bezug auf schulische Dinge von vornherein schärfste Ablehnung erfuhren. Niemals ist es der HJ gelungen, schulisch irgendwelchen Einfluss an der Bismarck-Schule auszuüben. Unsere Schulzucht wusste die wildesten HJ-Führer klein zu halten.“<sup>35</sup>

Hermann Schmidt behauptete gar: „Hatte die vermittelnde Persönlichkeit Herrn Dr. Züges eine offene Opposition vermieden, so brachten seit Beginn des Krieges uneinheitliche Linienführung, unklare Befehlsverhältnisse und sich überschneidende Kompetenzen seitens Partei und Behörde eine solche Fülle von Unzuträglichkeiten auf dem Gebiete des Schullebens, dass Schulleitung und Kollegium sich zu energischem Widerstand zusammenfanden. Im Jahre 1940 ging die Leitung der Schule auf den bisherigen stellvertretenden Schulleiter über. Es kam nun zu Beschwerden seitens der Partei beim Reichsstatthalter und nach der Katastrophe zu Kontroversen mit der Schulverwaltung, die sich von diesem Zeitpunkt ab vollkommen im Schlepptau der KLV befand.“<sup>36</sup>

Perfide und charakterlos, wie der sich in eine Krankschreibung geflüchtete Hermann Schmidt denunziatorisch den Kollegen Hans Unbehaun beschrieb, den die Schulbehörde im Juli 1945 nach Schmidts Beurlaubung mit der Leitung der Schule betraut hatte:

„Es besteht durchaus Verständnis dafür, dass ein neues Regime neue, unbelastete Männer in die leitenden Stellungen bringt. Unverständlich ist es sowohl dem Unterzeichneten wie auch dem Kollegium der Bismarck-Schule, dass bei seinem Nachfolger im Amte anscheinend ein anderer Maßstab bezüglich seines Eintritts in die NSDAP angelegt worden ist. Dem Kollegium, dessen Stellung zum Nationalsozialismus stets reserviert und kritisch war, sind verschiedene Vorkommnisse aus der politischen Vergangenheit Herrn Unbehauns unvergessen. Seine ersten Amtshandlungen nach Übernahme der Schulleitung, wie die sofortige Einsichtnahme in die Personalakten, kleine Eitelkeiten und persönliche Schikane, erinnern lebhaft an 1933 und bedürfen für die Eingeweihten keines Kommentars. Dabei ist Herr Unbehaun ein sehr verträglicher Kollege, solange ihm keine Machtbefugnisse übertragen werden. Ich muss es anderen Instanzen überlassen zu beurteilen, ob die Leitung einer verdienten Schule mit Rückgrat in den rechten Händen liegt. Der für die Prägung der Bismarck-Schule verantwortliche Teil des Kollegiums lehnt Herrn Unbehaun als Leiter ab.“<sup>37</sup>

Ich kenne kein vergleichbares Schreiben von jemandem, der sich gegen seine Suspendierung wehrte und dabei versuchte, den eingesetzten Nachfolger in dieser Form zu diskreditieren.

Hans Unbehaun, am 10.1.1891 in Hamburg geboren, war tatsächlich 1933 für ein paar Tage Mitglied in der NSDAP gewesen und auch 21 Tage Mitglied der SA. In seinem Entnazifizierungsverfahren konnte er ein Attest des Amtes für Sippenforschung vorlegen, das ihm bescheinigte, dass seine Ehefrau einen jüdischen Hintergrund hatte und die NSDAP ihn gezwungen hatte, seine Frau „einer erbbiologischen Untersuchung in der Universität Kiel aus rassistischen Gründen zuzuführen (1937)“. Es ist davon auszugehen, dass Unbehaun den Versuch der Mitgliedschaft einging, um seine Frau und sich zu schützen. Er wurde auch nach Ende der NS-Herrschaft unmittelbar in Kategorie V bei der Entnazifizierung eingestuft.<sup>38</sup>

In den Gesprächen mit Uwe Storjohann habe ich auch über Hans Unbehaun mit ihm geredet, der diesen Lehrer äußerst geschätzt hatte:

„Unbehaun habe seine äußerlichen Attitüden stets gepflegt, habe große Hüte und elegante Anzüge getragen und achtete immer auf eine glamouröse Eleganz. Er habe innerhalb des Kollegiums einen besonderen Stand gehabt, da er nicht nur Studienrat sondern auch Mediziner gewesen sei. So war er neben seinem Lehrerdasein auch



Hans Unbehaun mit seiner Klasse am Isebekkanal neben der Schule

Schularzt des Bezirks. Storjohann beschreibt Unbehaun als einen sehr netten Lehrer. Neben seinen beiden beruflichen Facetten zeichnete ihn aus Sicht der Schüler besonders aus, dass er Besitzer des Kinos am Müggenkamp war und sofern man sich gut mit ihm verstand, umsonst ins Kino gehen konnte. Privat wurde Unbehaun vor das Problem gestellt, dass er für seine Frau keinen Ariernachweis erbringen konnte.“<sup>39</sup>

Jenseits seiner Krankschreibung entwickelte Hermann Schmidt intensive schriftliche Aktivitäten, um seine endgültige Entlassung aus dem Schuldienst zu verhindern. Vorerst wurde der Krankgeschriebene am 12.11.1945 an die Oberschule für Jungen Eppendorf versetzt. Am 6.12.1945 teilte man ihm die Beschlagnahmung seiner Wohnung in der Rothenbaumchaussee 181 mit.<sup>40</sup>

Aus einem Schreiben von Hermann Schmidt an die Schulleitung in Eppendorf sowie einem Gutachten aus der Orthopädischen Universitätsklinik in Eppendorf geht hervor, dass seine Krankschreibung keine Simulation war, sondern auf operativen Eingriffen am amputierten Bein beruhte.<sup>41</sup>

Am 13.8.1946 wies OSR Heinrich Schröder allerdings darauf hin, dass Hermann Schmidt mehrfach Erholungsaufenthalte und Kuren angekündigt hatte, die er im Laufe des vergangenen Jahres nicht angetreten hätte und fragte an, ob Schmidt mit der Versetzung in den Ruhestand zum 30.9.1946 einverstanden sei.<sup>42</sup>

Schmidt bat um eine Fristgewährung, da es nach wie vor schwierig sei, einen geeigneten Kurplatz zu finden. Zwischenzeitlich entschied der Beratende Ausschuss unter Vorsitz von Johann Helbig am 25.10.1946 und plädierte dafür, Schmidt als Studienrat weiter zu beschäftigen.<sup>43</sup>

Hermann Schmidt, der zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war, fiel damit in die Gruppe der Schulleiter, die aufgrund des frühen Parteieintritts nicht wieder in eine Leitungsfunktion zugelassen werden sollten und deren Beförderungamt abgesenkt wurde.

Nun brachte Hermann Schmidt Leumundszeugnisse bei, weitestgehend von Personen, die mit ihm an der Bismarck-Schule gearbeitet hatten und die alle ebenfalls Parteimitglieder gewesen waren. Auch der nach 1945 als Schulleiter an dieser Schule eingesetzte Dr. Otto Nicolai, der als Freimaurer niemals NSDAP-Mitglied werden konnte, schrieb ein Gutachten über Schmidt, wie er es auch für viele andere ehemalige, schwer belastete Kollegen getan hatte. Er bescheinigte ihm, „sich niemals zu Konzessionen an Partei und HJ im Interesse der Schule herbeigelassen zu haben“. Und: „Er duldete als Leiter der Schule freie Meinungsäußerung der Kollegen und hat niemals irgendwelche Bespitzelung im Interesse der Partei zugelassen. Der Unterricht wurde zu keiner Zeit von ihm im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung beeinflusst. Für jeden einzelnen Kollegen trat er, sobald er eine Sache für richtig erkannt hatte, rücksichtslos gegen jedermann ein, sodass diese Einstellung Dr. Schmidts als Schulleiter bei dem Kollegium das Gefühl der Sicherheit hervorrief. Der größte Teil der Kollegen lehnte innerlich der Nationalsozialismus ab, was zu einer festen Solidarität zwischen Schulleitung und Kollegium führte. Das Gefühl dieser Ablehnung des Nationalsozialismus rief starke Anfeindungen von Seiten der Partei hervor, sodass Beschwerden gegen Dr. Schmidt wegen seiner Einstellung vom Kreisleiter in den Jahren 1942/1943 an den Reichsstatthalter eingereicht wurden. Die Wirkung war schließlich so, dass der Kreisleiter zu jeder feierlichen Veranstaltung der Schule einen Vertrauensmann im braunen Rock in die Aula schickte, um die Ansprachen Dr. Schmidts zu überwachen.“<sup>44</sup>

Es gibt viele Beispiele, wo autokratische Schulleiter sich gegen äußere Einflüs-

se insbesondere der HJ aber auch von Parteistellen gewehrt haben, ohne dass sie damit Gegner des Nationalsozialismus waren.

Hermann Schmidt konnte zwei Dokumente beibringen, die einen Konflikt illustrieren, bei dem es um eine Schulfeier an der Bismarck-Schule ging. So schrieb der mächtige Eimsbütteler Kreisleiter der NSDAP, Walter Gloy, dass der Ortsgruppenleiter der NSDAP die Schulfeier an Schmidts Schule besucht hatte und dabei deutlich geworden war, „dass der Schulleiter dieser Schule, Dr. Schmidt, auch in diesem Jahre nichts hinzugelernt hat. Schon im vorigen Jahr vertrat der Herr komische Ansichten bezüglich der Durchführung der Schulfeiern. Mir scheint, dass in der Oberschule Bogenstraße der nötige Wille fehlt.“<sup>45</sup>

Der Ortsgruppenleiter hatte moniert: „Das Podium in der Aula war mit einer großen Hakenkreuzfahne bedeckt. Da es sich um eine alte Fahne handelte, konnte von einem Schmuck keine Rede sein.“ Über die mitwirkenden Schüler der HJ äußerte der Besucher sich sehr positiv. Und: „Der Schulleiter Dr. Schmidt hielt eine kurze, kernige Ansprache.“<sup>46</sup>

Wo lag also das Problem: „Ich betone, dass die NSDAP von dieser Feier durch die Schule nicht in Kenntnis gesetzt war. Von der Feier und dem Zeitpunkt erfuhr ich durch Nachfrage. Der Empfang durch den Schulleiter Dr. Schmidt war sehr korrekt aber überaus kühl. Die Unterhaltung beschränkte sich nur auf das Notwendigste und hatte ich den Eindruck, als Eindringling angesehen zu werden. Dieses machte sich besonders in der Aula bemerkbar. Ich wurde völlig exponiert allein auf die vorderste Bank komplimentiert. Der Schulleiter zog es vor, sich auf eine Nebenbank zu setzen. Es ist wohl allgemein üblich, dass man einem Gast Höflichkeit erweist. Aus der Haltung mir gegenüber muss ich annehmen, dass man sich über die Korrektheit zur Höflichkeit gegenüber der NSDAP nicht entschließen wollte.“<sup>47</sup>

Hermann Schmidt hatte in einem Schreiben an seinen ehemaligen Kollegen und jetzigen Oberschulrat Walter Behne eine längere Stellungnahme zu der Feier vom 20.4.1943 abgegeben. Darin hieß es:

„In der Aula wurde der Ortsgruppenleiter Lobsien auf die stets für Gäste reservierte erste Bank geleitet. Da die Gestaltung der Feier in meiner Hand lag, nahm ich bei den Darbietungen auf der anderen Bankseite Platz. Außerdem führte nur von dieser Seite ein Weg auf das Podium, das vom Orchester besetzt war. Es ist gute Tradition der Bismarck-Schule, den Dienst in der Schule und die Erziehung der Schüler nicht in militärischem, sondern in soldatischem Geiste aufzufassen. Diese Tradition, begründet 1919, fortgeführt bis 1933 und bestätigt im Zweiten Weltkrieg wird auch unbeirrbar weiter in Arbeit und Feier fortgeführt werden, selbst wenn sie gelegentlich Missdeutungen ausgesetzt werden sollte. Es kann nicht die Aufgabe eines Schulleiters sein, seine dienstliche Handlungsweise von den jeweiligen subjektiven Eindrücken

eines Ortsgruppenleiters abhängig zu machen. Es würde sich für den Kreisleiter empfehlen, sich von der Linie der Bismarck-Schule nicht nur durch zufällige Beobachter bei Feiern, sondern in ihrer Arbeit zu überzeugen. Um alle persönlichen Gekränktheiten in Zukunft zu vermeiden, bitte ich zu erwägen, ob es nicht richtiger wäre, anstatt überraschend zu kommen, den Besuch von Vertretern des Kreisleiters kurz vorher zu annoncieren, damit es möglich ist, aus dem Lehrkörper einen Komplimentier-Offizier abzuordnen, der die gesellschaftlichen Verpflichtungen übernimmt.“<sup>448</sup>

Es wird deutlich, dass es hier überhaupt nicht um politische Gegensätzlichkeiten ging.

Ein Wort noch zu der Grundhaltung des ehemaligen Freimaurers und Nicht-NSDAP-Mitglied, Otto Nicolai, der nach Ende der NS-Herrschaft als Schulleiter an dieser Schule bestellt wurde. Er hatte im März 1943 einen „kurzen Abriss der Geschichte der Schule“ geschrieben, in dem er u. a. notierte, dass 1931 ein Antrag des Kollegiums, die Schule durch den Namen „Bismarck-Oberrealschule“ zu ehren, von der damaligen Behörde abgelehnt worden war. Weiter hieß es dann bei Nicolai:

„Dieser Wunsch wurde erst im Jahre 1933 erfüllt, als die nationalsozialistische Revolution gewaltige Umwälzungen brachte. Die Selbstverwaltung wurde eingeschränkt bzw. abgeschafft, die Schulleiter wurden ernannt, und Dr. Züge wurde auch der Leiter unserer Anstalt jetzt. Die Lehrkräfte wurden auf Fachschaftsversammlungen geschult zur Aneignung nationalsozialistischen Gedankengutes, der Hitlergruß wurde eingeführt und die Schülerschaft durch Wehrausflüge zum Wehrgedanken erzogen. Am 16.9.1941 trat Dr. Züge als kommissarischer Oberschulrat zur Schulverwaltung über und verließ die Schule, die er so lange Zeit mit großem Erfolg geleitet hatte. Dr. Schmidt wurde mit der Leitung der Bismarck-Schule beauftragt. Seit dem 3. September 1939 steht unser Vaterland wohl in dem schwersten Kampfe, den es je erlebt hat. Es geht um Sein oder Nicht-sein, und alle Kräfte sind auf das äußerste angespannt, um diesen totalen Krieg, den die Heimat ebenso stark wie die Front erfasst, zu einem glücklichen Ende zu bringen. Die Jugend erlebte die Siege der ersten Jahre, die fast ganz Europa schließlich um die Fahnen des Reiches scharte, voll Dankbarkeit für die Helden der Front mit und lernte in den harten Abwehrkämpfen der Jahre 1942 und 43 die ganze Schwere der Zeit verstehen. Einige Lehrer mussten gleich zu Anfang des Krieges zu den Fahnen eilen oder wurden an andere Schulen versetzt, und der Lehrkörper schrumpfte sehr zusammen. Eine ganze Reihe von ehemaligen Schülern hat schon den Opfertod für uns alle erlitten. Immer neue Schüler verlassen vorzeitig die Schule, um sich im höchsten Einsatz, den es gibt, zu bewähren.“<sup>449</sup>

Auch das sagt etwas über den Geist der Schule aus und über die Kontinuität über das Jahr 1945 hinaus.

Hermann Schmidt hatte am 9.9.1946 den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand gestellt und wurde am 12.12.1946 pensioniert.<sup>50</sup>

Es war zu erwarten, dass er die nächsten Jahre darum streiten würde, wieder als Oberstudienrat anerkannt zu werden und eine entsprechende Pension zu erhalten.

Am 3.7.1947 legte Schmidt eine ausführliche Stellungnahme vor, in der er seine Kämpfe gegen die HJ und gegen die Partei darstellte, wenngleich er auch anfänglich einräumen musste:

„Wie bei den meisten meiner Kollegen an der Bismarck-Schule erfolgte mein Eintritt in die Partei 1933 mit viel Idealismus und einem leisen Drucke von Seiten der Behörde. Trotzdem blieb meine Haltung kritisch, und wurde ich im Laufe der Jahre nach Erkenntnis des wahren Charakters der Partei ein ausgesprochener Gegner.“<sup>51</sup>

Und er schrieb: „Mit meiner Amtsübernahme gewann die Haltung der Schule, die bis dahin wohl konservativ, aber nicht nationalsozialistisch war, ein einheitliches Gesicht. Hatte die vermittelnde Persönlichkeit des bisherigen Direktors eine offene Opposition vermieden, so wurde jetzt unter meiner Führung eine scharfe Kampf- und Abwehrstellung bezogen.“<sup>52</sup>

Der Fachausschuss 6b unter Vorsitz von Friedrich Wilhelm Licht wies am 6.1.1948 daraufhin, dass er den Grundsatz verfolgte, Beförderungen während der Zeit des Nationalsozialismus bei NSDAP-Mitgliedern des Jahres 1933 grundsätzlich rückgängig zu machen. Auf Hermann Schmidt bezogen stellte er fest:

„Der Fachausschuss hält ihm zugute, dass er nicht immer ein willfähiges Werkzeug der Partei gewesen ist, und hat dies dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er gegen seine weitere Tätigkeit als Studienrat keine politischen Bedenken erhoben hat. Den Behauptungen, die immer wieder von den durch die Zurückstufung Betroffenen aufgestellt werden und nach denen die meisten von ihnen als Parteigenossen gegen den Willen der Partei befördert sein wollen, steht er jedoch aufgrund seiner Kenntnis der Verhältnisse, wie sie damals in der Abteilung Höheres Schulwesen der Schulverwaltung herrschten, durchaus ablehnend gegenüber.“<sup>53</sup>

Auch der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen Hamburg hatte am 8.9.1947 festgestellt, keine Veranlassung zu sehen, seine bisherige Entscheidung, Schmidt lediglich als Studienrat beschäftigt oder pensioniert zu sehen, zu verändern.<sup>54</sup>

Hermann Schmidt blieb hartnäckig und führte einen jahrelangen juristischen Streit.

Am 20.8.1949 wurde ihm vom Berufungsausschuss 17 der Titel Oberstudienrat und die Ruhegehaltsansprüche eines solchen zuerkannt.<sup>55</sup>

Hermann Schmidt stellte danach einen Wiedergutmachungsantrag, mit der Behauptung, aus politischen Gründen nicht zum Oberstudiendirektor befördert worden zu sein. Die Schulbehörde lehnte dies ab. Schmidt klagte dagegen beim



Hanseatischen Oberlandesgericht, weiterhin erfolglos. Die juristische Auseinandersetzung ging dann bis zum Bundesgerichtshof, der am 28.3.1955 die Klage abwies, dass Schmidt aus politischen Gründen nicht zum Oberstudiendirektor befördert worden sei.<sup>56</sup>

Entscheidende Argumente gegen Hermann Schmidt kamen von den ehemaligen Oberschulräten Züge und Oberdörffer, deren Aussagen von dem 1951 für die höheren Schulen verantwortlichen Oberschulrat Dr. Hans Reimers in einem Vermerk notiert worden waren. Darin hieß es:

„Ich habe in dieser Angelegenheit mit dem Oberschulrat a.D. Dr. Oberdörffer und dem Oberschulrat a.D. Dr. Züge gesprochen. Dr. Oberdörffer erklärte, dass eine Ernennung Dr. Schmidts zum Leiter einer Schule während seiner Amtszeit niemals ins Auge gefasst worden sei. Politische Erwägungen hätten dabei keine Rolle gespielt. Dr. Züge hat sich dazu erklärt, dass nach seiner Berufung in die Schulbehörde und vor allen Dingen nach seiner Ernennung zum Oberschulrat nicht erwogen worden wäre, Dr. Schmidt zum Schulleiter der Bismarck-Schule zu machen. Er betont, dass politische Erwägungen in diesem Falle keine Rolle gespielt hätten. Die Frage ob Dr. Schmidt Schulleiter werden sollte, ist niemals aufgeworfen worden. Diese Tatsache ist auf rein sachliche Erwägungen zurückzuführen.“<sup>57</sup>

Hermann Schmidt ließ das Klagen auch später nicht. So klagte er 1964 und 1969 noch einmal gegen die Nichtüberleitung seiner Versorgungsbezüge.<sup>58</sup>

Er starb am 13.7.1974.<sup>59</sup>

## Anmerkungen

- 1 Uwe Storjohann: „Hauptsache: Überleben“, Hamburg 1993, S. 109f.
- 2 Gespräch mit Uwe Storjohann vom 13.9.2012, protokolliert von Lena Griem.
- 3 Ebd. Siehe die Biografie Karl Züge, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 385ff.
- 4 Siehe die Biografie Paul Löden, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 409f.
- 5 Gespräch mit Uwe Storjohann vom 13.9.2012.
- 6 Lebenslauf von Hermann Schmidt in seiner Personalakte, StAHH, 361-3\_3703 (Ablieferung 2005/1)
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Bericht vom 22.4.1919, Personalakte a. a. O.
- 11 Antrag vom 25.2.1919, Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Entnazifizierungsakte Hermann Schmidt, StAHH, 221-11\_Ed 1357
- 14 Siehe die Biografie Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385ff. und die Biografie Berthold Ohm, ebd., S. 575f.
- 15 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer bis heute, Hamburg 1999, S. 334.
- 16 Siehe die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457ff.
- 17 Siehe die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162ff.

- 18 Schreiben vom 19.5.1942, Personalakte a. a. O.
- 19 Hasso von Wedel am 27.9.1944, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie von Wedel, in: de Lorent 2017, S. 120 ff.
- 20 Vermerk vom 13.11.1944, Personalakte a. a. O.
- 21 Schreiben von Erich Witt an den Reichsstatthalter vom 10.1.1945, Personalakte a. a. O.
- 22 Vermerk von Alwin Benecke an OSR Dr. Behne vom 19.1.1945,
- 23 Schreiben von Hermann Schmidt vom 30.1.1945, Personalakte a. a. O. Siehe dazu auch die Biografie Benecke in diesem Band.
- 24 Ebd.
- 25 Zu der Beschwerde von Erich Witt über Hermann Schmidt, Aussagen von Paul Fiebig und Robert Pomfrett vom 28.1. und 29.1.1945, Personalakte a. a. O.
- 26 Vermerk von Alwin Benecke an OSR Dr. Behne vom 6.2.1945, Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben von Erich Witt vom 16.2.1945, Personalakte a. a. O.
- 28 Vermerk von Hasso von Wedel vom 2.3.1945, Personalakte a. a. O.
- 29 Vermerk vom 3.3.1945, Personalakte a. a. O.
- 30 Schreiben vom 10.3.1945, Personalakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 15.3.1945, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Benecke in diesem Band.
- 32 Schreiben vom 21.3.1945, Personalakte a. a. O.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Mitteilung Dr. Kroetz vom 7.11.1945, Personalakte a. a. O.
- 35 Bericht vom 17.7.1945, Personalakte a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Entnazifizierungsakte Hans Unbehaun, StAHH, 221-11\_Ed 5194
- 39 Gespräch mit Uwe Storjohann vom 13.9.2012.
- 40 Personalakte a. a. O.
- 41 Schreiben von Hermann Schmidt vom 23.4.1946 und Zusatzgutachten von Prof. Wollenberg vom 13.5.1946, Personalakte a. a. O.
- 42 Schreiben vom 13.8.1946, Personalakte a. a. O.
- 43 Beratender Ausschuss vom 25.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Gutachten von Dr. Otto Nicolai vom 16.5.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Abschrift des Schreibens von Walter Gloy, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Bericht von Ortsgruppenleiter Lobsien, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Ebd.
- 48 Schreiben von Hermann Schmidt an OSR Walter Behne vom 20.5.1943, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 49 Otto Nicolai: Die Bismarck-Schule (Oberschule für Jungen), Kurzer Abriss der Geschichte der Schule, abgeschlossen März 1943, in: StAHH, 361-2 VI\_2224 Band 2
- 50 Personalakte a. a. O.
- 51 Stellungnahme von Hermann Schmidt vom 3.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 52 Ebd.
- 53 Fachausschuss 6b vom 6.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Beratender Ausschuss für die höheren Schulen Hamburgs vom 8.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Personalakte a. a. O.
- 56 Personalakte a. a. O.
- 57 Personalakte a. a. O.
- 58 Personalakte a. a. O.
- 59 Personalakte a. a. O.

## Otto Gerhard

**„Der Technische Lehrer Otto Gerhard wurde seiner Zeit zum Schulleiter ernannt, weil er als alter Pg. für diesen Posten besonders geeignet zu sein schien.“**

Zu den Personen, die schon vor dem 1.5.1933 Mitglieder der NSDAP waren und trotz mangelnder beruflicher Qualifikation in der NS-Zeit auf Schulleitungs-Positionen berufen wurden, gehört Otto Gerhard. Er zählte auch zu der Gruppe um Heinrich Hehn, die sich „alte Kämpfer“ nannten und einen zum Teil erbitterten Kampf innerhalb des Hamburger NSLB gegen den neuen Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz führten. Sie warfen ihm unter anderem vor, nicht hart und entschlossen genug zu sein gegen den alten „marxistisch-verseuchten Genitivverein“ und es zuzulassen, dass jüdische Mieter im Curio-Haus wohnten und Anzeigen in der „Hamburger Lehrerzeitung“ unterm Hakenkreuz veröffentlichen konnten. Als ein Denunziant trat Otto Gerhard, Schulleiter der Schule Lutterothstraße 34, auf.

Otto Gerhard wurde am 26.8.1883 in Wismar als Otto Johann Julius Heinrich Vick geboren. Er besuchte das Lehrerseminar Neukloster, das er am 5.11.1905 mit einem Abgangszeugnis verließ. Am 1.10.1908 wurde er Volksschullehrer in Hamburg und arbeitete einige Jahre an der Schule Papendamm 5. Am 11.11.1914 zog Otto Vick in den Ersten Weltkrieg, aus dem er am 8.1.1919 als Leutnant entlassen wurde.

Otto Vick hatte zusätzlich eine Zeichenlehrer-Ausbildung absolviert und qualifizierte sich 1919 als Zeichen- und Werklehrer für den höheren Schuldienst.<sup>1</sup>

1920 bemühten sich Otto Vick und seine Ehefrau Marie Caroline Auguste sowie deren drei in Hamburg geborene Kinder in einem Gesuch an den Hamburger Senat um eine Namensänderung. Diese wurde ihnen am 21.5.1920 gewährt und der Familienname Vick wurde in Gerhard umgeändert.<sup>2</sup>

Otto Gerhard arbeitete dann an der Oberrealschule Eimsbüttel als Zeichenlehrer, wurde am 20.9.1922 an die Lichtwarkschule versetzt. Nach seiner Ernennung zum technischen Lehrer am 1.10.1924, von Schulsenator Emil Krause unterschrieben, erfolgte seine Umsetzung an die Anton-Rée-Realschule.<sup>3</sup>

Am 6.9.1933 beschwerte sich Otto Gerhard bei der Landesunterrichtsbehörde über seine Versetzung in den Volksschulbereich. Er fühlte sich dadurch offensichtlich diskriminiert und erklärte, dass „unterrichtliche Gründe für meine Versetzung nicht vorgelegen haben können“. Er vertrete gerade den Zeichenlehrer Heinrich Hehn an der Klosterschule, der sich an anderer Stelle gerühmt hatte, an dieser Schule die

erste nationalsozialistische Zelle aufgebaut zu haben.<sup>4</sup> Von daher erschließt sich auch die Quelle für die folgende Bemerkung Gerhards:

„Nach Aussage meiner Kollegen sind für meine Versetzung politische Gründe maßgebend gewesen. Ich bin seit 1930 offen für die NSDAP eingetreten, habe natürlich auch für das Volksbegehren gegen den Young-Plan geworben und gestimmt. Dies muss der Behörde hinterbracht worden sein. Ich bitte nun die Landesunterrichtsbehörde, falls Herr Hehn an die Landeskunstschule kommen sollte, mich an der Klosterschule zu belassen oder im anderen Fall, mich anderweitig wieder einzustellen.“ Er wies darauf hin, dass eine Zeichenlehrerstelle an der Oberrealschule Eimsbüttel „nicht ordnungsgemäß besetzt“ sei.<sup>5</sup>

Die Landesunterrichtsbehörde war dabei, sich nationalsozialistisch umzugestalten und beließ Otto Gerhard erst einmal an der Klosterschule, um ihn dann zum 11.10.1933 an die Volksschule für Mädchen Lutterothstraße 36 umzusetzen. Schon ein Jahr später wurde er zum Schulleiter der Volksschule für Knaben Lutterothstraße 34, im selben Gebäude, ernannt.<sup>6</sup>

Im Laufe der Zeit machte Otto Gerhard immer wieder Angaben über sein nationalsozialistisches Engagement, die in seiner Personalakte gesammelt wurden. So erklärte er, seit 1925 Mitglied des NS-Kriegerbundes zu sein.<sup>7</sup> Am 9.4.1940 vermerkte er, dass er seit dem 1.3.1932 Mitglied der NSDAP und seit dem 1.9.1932 im NSLB, dort als Schulwalter tätig sei.<sup>8</sup>

Otto Gerhard war befördert worden, obwohl er der Gruppe angehörte, die Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz sowie seinen Stellvertreter, den Oberschulrat für das Volksschulwesen, Albert Mansfeld, bekämpfte. Die Gruppe um Heinrich Hehn, Erwin Gottsleben<sup>9</sup> und Guido Höller<sup>10</sup> warf den neuen Repräsentanten des NSLB vor, nicht energisch genug mit der alten „Gesellschaft der Freunde“ abgerechnet zu haben. In diese Kampagne reihte sich Otto Gerhard ein, als er am 10.10.1934 ein Schreiben an den „sehr geehrten Pg. Mansfeld“ schickte, in dem es hieß:

„Ich wende mich persönlich an Sie, nachdem ich erfolglos an den Lehrerbund geschrieben habe. Es betrifft die Daueranzeigen jüdischer Firmen in der Lehrerzeitung. Vor den großen Ferien schrieb ich an den Lehrerbund, dass dauernd jüdische Anzeigen in der Lehrerzeitung erschienen, es handele sich hier wohl um einen Irrtum, und ich bäte um Abstellung. Ich erhielt keine Antwort, und hatte erst recht damit keinen Erfolg, denn in jeder Nummer erschienen wieder jüdische Anzeigen, in der letzten sogar vier. Sie können sich wohl vorstellen, dass mir dies Verfahren als Hohn erscheint, zumal wenn zwischen den Anzeigen noch der echt jüdische Wahlspruch steht: Eine Hand wäscht die andere.

Ich könnte ja nun kurzerhand die Lehrerzeitung abbestellen, um mich nicht

dauernd ärgern zu müssen, aber da ich damit der Sache nicht diene, wende ich mich an Sie, und bitte Sie, die Aufnahme von Anzeigen jüdischer Firmen endgültig zu unterbinden.“<sup>11</sup> Da im Weiteren Parteigerichtsverfahren gegen Willi Schulz und den für das Curio-Haus Verantwortlichen, Kurt Holm, angestrengt worden waren, führte die Denunziation von Otto Gerhard und anderen dazu, dass tatsächlich alle jüdischen Mieter aus dem Curio-Haus entfernt wurden und auch keine Anzeigen mehr für jüdische Firmen in der HLZ unterm Hakenkreuz geschaltet werden durften.

Abstammung

Des Schülers: Lüthke Paul

Vorname und Zuname: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_ Religion: \_\_\_\_\_

des Vaters: Karl Paul Kaufmann ev. luth.

der Mutter: Elis. Paul — ev. luth.

des Großvaters: Johann Paul Ackerer ev. luth.

der Großmutter: Leone Paul — ev. luth.

des Großvaters: Karl Richte Industriemeister ev. luth.

der Großmutter: Mathilde Richte — ev. luth.

Wer von diesen ist nichtarisch? Keiner

Ist der Vater Frontkämpfer? ja ... Wann? 4. Aug. 1914 - 21. Nov. 1918

Besteht der Schüler eine ausländische Staatsangehörigkeit? Nein

Belohnung? .....

Falls die arische Abstammung fraglich erscheint, sind die Urkunden beizubringen.

Bemerkungen: .....

Gerhard.  
Schulleiter.

Fragebogen zur arischen Abstammung eines Schülers der Schule Lutterothstraße

Otto Gerhard bekam in den Folgejahren einige formale Probleme, die ihn aufbrachten. So teilte Oberregierungsrat Henry Edens ihm mit, dass die ihm am 29.11.1934 bewilligte Stellenzulage als Leiter einer Volksschule von 500 Reichsmark im Jahr „nach den gesetzlichen Bestimmungen“ gewährt worden war „in der irri- gen Annahme, dass Sie Lehrer der Besoldungsgruppe A8 sind“. Eine Stellenzulage käme aber für ihn „als Technischen Lehrer der Besoldungsgruppe A13 a nicht in Betracht“.<sup>12</sup>

Die intellektuelle Dürftigkeit des Otto Gerhard wurde in seinem Antwort- schreiben deutlich:

„Ein Gesetz hat doch nach meiner Überzeugung nur dann Wert, wenn es sinngemäß angewandt wird, und nicht rein rechenmaschinenmäßig aus den verschiedenen Paragrafen ein Ergebnis herausgerechnet wird. Es würde ja auch eine unbillige Härte sein, wenn ich als einziger Volksschulleiter diese Zulage nicht bekäme, das müsste ich direkt als eine Bestrafung ansehen.“<sup>13</sup>

Nun war dieses sicherlich ein rein formaler, verwaltungsmäßiger Akt und nicht als politische Diskriminierung für einen Parteigenossen gedacht, der sich gegenüber der neuen Führung unbotmäßig verhielt. Ärgerlich für Otto Gerhard, der nun in Raten von 30 Reichsmark monatlich die erhaltenen 625 Reichsmark zurückzahlen musste. Gerhards Argumentation: „Wenn ich aber, obgleich ich Technischer Lehrer bin, an der Volksschule beschäftigt werde, so kann man mich vom Schulleiterposten nicht ausschließen, wie man das ja auch nicht getan hat, nur weil ich Technischer Lehrer bin, denn damit würde man mich als von vornherein ungeeignet, also als zweitklassig bezeichnen. Wenn ich aber Schulleiter bin, habe ich wie alle anderen auch Anspruch auf die Leiterzulage. Man kann nicht einem verweigern, was man allen anderen gibt.“<sup>14</sup>

Dies wurde nun ein Fall für den Leiter des Hamburgischen Staatsamtes, Oscar Toepffer, der an Reichsstatthalter Karl Kaufmann schrieb, dass Otto Gerhard als technischer Lehrer das Endgehalt der Besoldungsgruppe A13a erhalte, das bei 8800 Reichsmark brutto im Jahr liege. „Wäre ein Volksschullehrer oder ein Mittelschullehrer an seiner Stelle zum Schulleiter bestellt worden, so würde dieser im Höchsthafte 6300 Reichsmark Gehalt + 500 Reichsmark Zulage gleich 6800 Reichsmark, bzw. 6900 Reichsmark Gehalt + 500 Reichsmark Zulage gleich 7400 Reichsmark brutto erhalten. Gerhard bekommt mithin für die gleiche Arbeitsleistung eine wesentlich bessere Bezahlung als die übrigen Schulleiter. Es liegt kein Anlass vor, ihm darüber hinaus noch eine Zulage zu gewähren.“<sup>15</sup>

Das hätte natürlich auch die Landesunterrichtsbehörde schon einmal so deutlich schreiben können. Oscar Toepffer ergänzte noch an den Reichsstatthalter:

„Im übrigen scheint es mir wenig zweckmäßig zu sein, eine vom höheren Schulwesen zur Dienstleistung überwiesene, also nicht zum eigentlichen Lehrkörper des Volksschulwesens gehörige Lehrkraft, zum Leiter einer Volksschule zu machen.“<sup>16</sup>

Dass es auch noch andere, nicht verwaltungsmäßige, sondern politische Motive gab, jemanden zum Schulleiter zu ernennen, vermerkte Albert Mansfeld in Ergänzung zu dem Schreiben von Oscar Toepffer:

„Der Technische Lehrer Otto Gerhard wurde seiner Zeit zum Schulleiter ernannt, weil er als alter Pg. für diesen Posten besonders geeignet zu sein schien und seine Zurückversetzung in das höhere Schulwesen so gut wie aussichtslos war.“<sup>17</sup>

In Schwierigkeiten geriet Otto Gerhard 1938, als nicht die Landesunterrichtsbehörde seine Dinge klären konnte. Gegen ihn erstattete der Gärtner Otto Francken bei der Polizei eine Anzeige, in der es hieß:

„Am 17.9.1938 in den Nachmittagsstunden sind angeblich zwei Knaben auf dem Gelände des Herrn Gerhard in Hamburg-Niendorf, Promenade, bei den Äpfeln gewesen. Angrenzend befindet sich der Sportplatz. Das Grundstück wird durch eine lebende Hecke abgegrenzt. Zwischen der Hecke und dem Sportplatz befindet sich ein öffentlicher Weg. Hier befanden sich mehrere Kinder. Mein Sohn Arthur kam mit seinem Fahrrad hinzu und sah, dass die beiden auf der Obstbaumwiese befindlichen Knaben den außenstehenden Kindern Äpfel zureichten. Hierbei hat er auch einen Apfel abbekommen. Als er dann den spielenden Kindern noch zusah und den Apfel offensichtlich in der Hand hatte, kam der ihm unbekannte Herr Gerhard. Dieser bezichtigte ihn des Obstdiebstahls. Als er dieses bestritt und Herrn Gerhard den Hergang erzählte, nahm dieser ihn mit in seine Wohnung. Er verlangte von ihm die Namen der Knaben, die Obst gestohlen hatten. Da er die Namen der Jungen nicht kannte und daher nicht angeben konnte, hat Herr Gerhard ihn in seiner Wohnung in ungehöriger Weise mit einer Hundepeitsche verprügelt. Mein Sohn hatte dick aufgegangene Striemen auf dem Rücken und Unterschenkel. Sein Fahrrad hatte er zurückbehalten. Dieses hat Herr Gerhard erst auf Forderung an meine Frau wieder herausgegeben. Dieser gegenüber hat Herr Gerhard erklärt, dass er Lehrer sei und wüsste, wie er Kinder zu züchtigen hätte.“<sup>18</sup>

Otto Gerhard hatte dagegen ausgesagt, dass seiner Auffassung nach alle Kinder unter einer Decke steckten und der Junge Arthur durchaus gewusst hatte, wer die anderen waren. Gerhard erklärte: „Er wurde dann noch frech und hat für den Diebstahl oder die Hehlerei welche von mir mit der Hundepeitsche bekommen, die ihm bestimmt nicht geschadet haben. Misshandelt ist er nicht. Jeder Schlag der trifft gibt ja Striemen. Streicheln wollte ich ihn auch nicht.“<sup>19</sup> Kein Ruhmesblatt für den Pädagogen Otto Gerhard. Aber wohl durchaus im Rahmen der Prügelpädagogik in dieser und in späteren Zeiten.

Die Mutter, Elisabeth Francken, hatte in ihrer Aussage festgestellt:

„Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, dass Herr Gerhard sich nicht richtig verhalten hat. Als Lehrer hätte er wissen müssen, dass er kein Recht hatte, meinen Sohn mit in seine Wohnung zu nehmen und dort durchzupeitschen. Er hat also mit voller Überlegung gehandelt und nicht etwa in Erregung. Sein Verhalten als Erzieher unserer Jugend gibt mir zu denken. In seiner Schule hat er wohl Züchtigungsrecht, aber nicht außerhalb der Schule. Ist denn eine Hundepeitsche für einen Lehrer als Züchtigungsmittel erlaubt? Ich glaube nicht! Mein Sohn hat durch die Schläge Striemen erhalten. Er war übrigens gar nicht der Obstdieb.“<sup>20</sup>

Interessant war die Lösung dieses Falles. In der Personalakte von Otto Gerhard ist ein Auszug aus der Akte der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht erhalten. Darin hieß es:

„Gegen Gerhard wurde am 17. November 1938 vom Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht vor der Großen Strafkammer I als Jugendschutzkammer wegen Misshandlung des Schülers Arthur Francken Anklage erhoben. Gegenstand der Anklage bildete der bereits bekannte Tatbestand. Gerhard beantragte am 25.11.1938 die Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit. Er habe den Jungen nicht aus Rohheit misshandelt, sondern sei wegen der dauernden Diebstähle außerordentlich erregt gewesen. Mit den Eltern habe er sich ausgesprochen und sich auch bei ihnen entschuldigt. Der Strafantrag wurde von ihnen – falls zugänglich – zurückgezogen. Gerhard hat aus Anlass dieses Vorfalles seine Wohnung gewechselt.

Der Oberstaatsanwalt beantragte bei der großen Strafkammer I die Einstellung des Verfahrens, wenn Gerhard vorher Reichsmark 100 an das Winterhilfswerk zahlen und außerdem durch das Gericht energisch verwarnt würde. Beides ist geschehen.“<sup>21</sup>

Schulverwaltungsintern zeigt sich in den Vermerken auf diesem Auszug der Staatsanwaltschaft, dass der gesamte Vorgang erst nach mehr als einem Jahr in der Personalakte aufgetaucht war. Der Verwaltungsbeamte Möller bemerkte dazu am 4.1.1940: „Es ist daher wohl kaum möglich, aus dieser Sache noch Folgerungen zu ziehen.“<sup>22</sup>

Deutschland hatte inzwischen andere Probleme.

Auch Otto Gerhard hatte nach wie vor Probleme mit beamtenrechtlichen Vorschriften. Inzwischen besoldungsmäßig noch weiter bevorteilt gegenüber den Schulleitern der Volksschulen, nachdem er inzwischen zum Technischen Oberschullehrer befördert worden war. Sein Wunsch, die Amtsbezeichnung „Rektor“ zu erhalten, wurde in einem Vermerk vom 3.5.1939 so behandelt:

„Herr Gerhard bittet nun, ihm zu bestätigen, dass er jetzt Rektor sei. Dass ist nach Sachverhalt nicht möglich. Wenn sich auch gegen die Weiterverwendung des Herrn G. als Leiter einer Volksschule nichts einwenden lässt (Alter Pg., Leitung seit April 1934), so kann G. aber entweder nur ‚Technischer Oberschullehrer‘ mit den besonderen höheren Grundgehaltsätzen oder nur ‚Volksschulrektor‘ sein. Im letzteren Falle würde er allerdings verlieren, trotz der Stellenzulage.“<sup>23</sup>

Dabei wurde die Befähigung von Otto Gerhard als Schulleiter mittlerweile durchaus positiv eingeschätzt, wie das Gutachten von Schulrat Ernst Kruse vom 10.4.1941 auswies:

„Gerhard hat sich seit 1934 als Schulleiter bewährt. Er führt in bestimmter Weise seine Schule, an der alles in Ordnung ist. Ebenso erteilt er einen Unterricht



mit guten Erfolgen. Seine Einweisung als Rektor befürworte ich.“<sup>24</sup> Da war offenbar auch der Schulrat nicht auf der Höhe der beamtenrechtlichen und laufbahnmäßigen Implikationen.

Die letzte Aktivität von Otto Gerhard, die er der Schulverwaltung in der NS-Zeit offenbar mit einigem Stolz mitteilte, lautete am 14.1.1944:

„Da ich vom Polizeipräsidenten zum Kompanieführer der Ersten Kompanie des Ersten Bataillons des Stadtwacht-Sonderverbandes ernannt bin, werde ich im Katastrophenfall höchstwahrscheinlich anderweitig eingesetzt sein. Mein Vertreter ist in diesem Fall Herr Vergien.“<sup>25</sup>

Der persönliche Katastrophenfall für Otto Gerhard ereignete sich am 23.5.1945, als er, wie alle anderen Beamten, die vor dem 1.4.1933 der NSDAP beigetreten waren, beurlaubt wurde. Am 18.6.1945 wurde er entlassen.<sup>26</sup>

Otto Gerhard war nicht mehr Schulleiter oder Kompanieführer, sondern seit dem 1.10.1945 Hilfsarbeiter in den Püttkamper Werken. Sein Leumund im Schulbereich war denkbar ungünstig. So schrieb der stellvertretende Schulrat Otto Wommelsdorf, der selbst als Lehrer in Eimsbüttel gearbeitet hatte, am 24.1.1946:

„Otto Gerhard galt in seinem Schulkreis als eifriger Parteigänger und Antisemit.“<sup>27</sup>

Und auch Gustav Schmidt, langjähriger Schulrat und unbestechlicher Gegner der Nationalsozialisten mit umfangreichen Personenkenntnissen, bestätigte:

„Der ehemalige Rektor Otto Gerhard ist als eifriger übler Parteigänger der Nationalsozialisten bekannt.“<sup>28</sup>

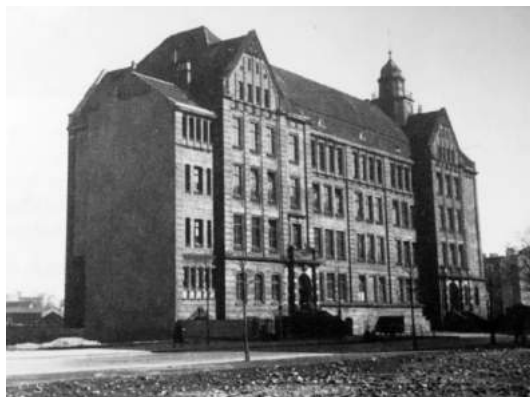
Während andere in Schwierigkeiten befindliche Nationalsozialisten sich beraten ließen, zog Otto Gerhard erst einen Rechtsanwalt hinzu, nachdem er entlassen worden war. Den Entnazifizierungsfragebogen hatte er noch selbstständig ausgefüllt. Bei den zusätzlichen Fragen nach Veröffentlichungen und gehaltenen Reden, hatte Otto Gerhard, mit welcher Intention auch immer, geschrieben:

„Speeches: 1944 To The Führergeburtstag. 2. to the Totaler Krieg. 3. to the Folgen eines verlorenen Krieges before the Ortsgruppe Niendorf of the NSDAP.“<sup>29</sup>

Mit dieser Zusammenstellung machte Otto Gerhard deutlich, dass er noch 1944 als Politischer Leiter offenbar als Propagandist mit Durchhalteauftrag fungierte. Deutlicher konnte den Entnazifizierungsausschüssen die Verstrickung nicht demonstriert werden. Und so lehnte der Berufungsausschuss auch den Berufungsantrag von Otto Gerhard ab. In der Begründung hieß es:

„Nach Auskunft der Schulverwaltung galt er in Eimsbüttel als eifriger Nazi und Antisemit. Ab 44 hat er noch politische Reden gehalten. Seine Entlastung ist sehr dürftig und kann nicht zu einer Wiederezulassung führen.“<sup>30</sup>

Die von Otto Gerhard geleitete Schule Lutterothstraße nach 1945 neben geräumten Trümmern in Folge des von den Nationalsozialisten angezettelten Krieges



Auch die schriftlichen Einlassungen von Otto Gerhard gaben für Milde keinen Anlass:

„Wenn ich auch im Jahre 1932 aus Idealismus der NSDAP beitrug, so bin ich mir doch keiner Kriegs- oder sonstiger Verbrechen bewusst, die Anlass zu einer fristlosen Entlassung geben könnten. Meine Betätigung als Blockhelfer seit 1941 wird man doch wohl bestimmt nicht als belastend ansehen können. Außerdem habe ich keinerlei finanzielle Vorteile durch meine Parteizugehörigkeit gehabt.“<sup>31</sup>

So stellte dann auch der Leitende Ausschuss am 21.10.1947 fest, dass die Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt werde: „Der Antragsteller ist als Pg. 1932 und politischer Leiter ab 1941 so belastet, dass nur ganz besonders schwerwiegendes Entlastungsmaterial als ausreichend bezeichnet werden kann.“<sup>32</sup>

Erst der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter der Leitung des Rechtsanwalts Soll, der unzählige Berufungsverfahren 1949 mit durchaus milden Ergebnissen durchgeführt hatte, kam Otto Gerhard entgegen. Und auch hier wurde noch einmal deutlich, dass Gerhard mit seiner Zusammenstellung von gehaltenen Reden 1944 selbst dazu beigetragen hatte, ihn als Durchhalte-Nationalsozialisten zu identifizieren. So stellte der Berufungsausschuss fest:

„Nach seiner eigenen Erklärung kann es keinem Zweifel unterliegen, dass Gerhard sich offen aktiv für die NSDAP eingesetzt hat. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, dass er vor der Ortsgruppe Niendorf und im NS-Reichskriegerbund bei Veranstaltungen als Redner auftrat sowie aus den von ihm selbst angeführten Themen, über die er sprach.“<sup>33</sup>

Jetzt hatte Gerhard aber mit seinem Rechtsanwalt ein neues Berufsziel. Es ging jetzt nur noch darum, mit Wirkung vom 1.2.1949 Pensionsbezüge als Lehrer zu erhalten. Das wurde ihm zugestanden. Gleichzeitig wurde er in Kategorie IV eingruppiert und mit Wirkung vom 1.7.1949 in Kategorie V.<sup>34</sup>

Otto Gerhard starb am 30.4.1958.<sup>35</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Otto Gerhard, StAHH 361-3\_A 0740
- 2 Sie jede Abschrift der Senatsverfügung vom 21.5.1920, Personalakte Gerhard, a. a. O.
- 3 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 4 Siehe die Biografie Heinrich Hehn in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 359 ff.
- 5 Schreiben vom 6.9.1933, Personalakte a. a. O.
- 6 Siehe die Beurkundung des Dienstesides vom 27.8.1934, Personalakte a. a. O.
- 7 Mitteilung vom 13.10.1938, Personalakte a. a. O.
- 8 Angabe vom 9.4.1940, Personalakte a. a. O.
- 9 Siehe auch die Biografie Erwin Gottsleben, in: de Lorent 2017, S. 369 ff.
- 10 Siehe auch die Biografie Guido Höller, in: de Lorent 2017, S. 378.
- 11 Schreiben vom 10.10.1934, in: BArch, BDC, OPG I\_83
- 12 Schreiben vom 9.6.1936, Personalakte a. a. O.
- 13 Schreiben vom 27.6.1936, Personalakte a. a. O.
- 14 Schreiben vom 3.8.1936, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben von Oscar Toepffer vom 9.12.1936, Personalakte a. a. O.
- 16 Ebd. Siehe auch Biografie Oscar Toepffer, in: de Lorent 2017, S. 51 ff.
- 17 Vermerk Mansfeld vom 7.1.1937, Personalakte a. a. O.
- 18 Auszug aus der Akte des Polizeipräsidenten Hamburg – III A 32 K. Tgb. 1364/38, Personalakte a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Auszug aus der Akte der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht gegen den Lehrer Otto Gerhard – 4 Js. 2027/38, Personalakte a. a. O.
- 22 Ebd.
- 23 Vermerk vom 3.5.1939, Personalakte a. a. O.
- 24 Gutachten vom 10.4.1941, Personalakte a. a. O.
- 25 Schreiben Vom 14.1.1944, Personalakte a. a. O.
- 26 Entnazifizierungsakte Otto Gerhard, StAHH, 221-11\_Ed 6274
- 27 Schreiben vom 24.1.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Schreiben vom 27.6.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Empfehlung des Berufungsausschusses vom 9.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 28.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Beschluss vom 21.10.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Entscheidung des Berufungsausschusses vom 28.2.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Personalakte a. a. O.

## Hermann Reimnitz

**„Für mich alten Pg., der Jahrzehnte im völkischen Kampf stand,  
ist es hart zu sehen, daß andere, die damals wer weiß wo  
waren, jetzt das Rennen machen.“**

Eine schillernde Figur im Hamburger Schulwesen ist Hermann Reimnitz gewesen. Er fiel dadurch auf, dass er als Rektor der Schule Dockenhuden seinen Altonaer Schulrat Karl Schlotfeldt der „Lumperei“ bezichtigte, weil dieser Aufsätze im Mitteilungsblatt des NSLB unter eigenem Namen veröffentlicht hatte, die Schulleiter seines Altonaer Schulkreises geschrieben hatten. In einer autoritär strukturierten NSDAP gehörte eine gewisse Courage dazu, den Vorgesetzten öffentlich zu kritisieren. Reimnitz war allerdings selbst Parteimitglied seit 1932 und seit 1931 im NSLB und hatte eine gewisse Erfahrung, sich in der NS-Zeit zu widersetzen. Nach 1945 nutzten Reimnitz auch die NS-internen Zwistigkeiten nichts. Wie so manche anderen Belasteten ging er nach Schleswig-Holstein, um seine Familie mit sechs Kindern ernähren zu können.

In dem ersten Band der „Täterprofile“ habe ich die Biografie des Altonaer NSDAP-Schulrates Karl Schlotfeldt veröffentlicht.<sup>1</sup> Schlotfeldt gehörte zum System des Altonaer Schulsenators Hermann Saß, der später als Oberschulrat in Altona die Verantwortung für das Schulwesen hatte. Schlotfeldt erwies sich als eifriger und fanatischer Nationalsozialist. Er war Wehrmachts- und Verbindungsoffizier zum NSLB und profilierte sich durch regelmäßige Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt des NSLB.

1944 verdunkelten sich die Wolken über Karl Schlotfeldt. Hermann Reimnitz, Schulleiter der Schule Dockenhuden in Schlotfeldts Schulkreis, bezeichnete die Veröffentlichungen „zur wehrgeistigen Erziehung“ unter Schlotfeldts Namen als „Lumperei“ und „geistigen Diebstahl“ und „unter Deutschen nicht üblich“.<sup>2</sup> Es ging dabei um die Aufsätze, die Schlotfeldt unter seinem Namen im Mitteilungsblatt des NSLB publiziert hatte, die teilweise von den ihm unterstellten Schulleitern stammten und wörtlich oder in leichter Überarbeitung veröffentlicht wurden.

Die Vorwürfe waren so schwerwiegend, dass es eine dienstliche Untersuchung gab, die vom Justitiar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, durchgeführt wurde. Von Wedel führte einige protokollierte Gespräche. Wichtiger Zeuge, neben den Beteiligten und den betroffenen Schulleitern war der Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung“, Max Fehring, der später auch für das Mitteilungsblatt des NSLB verantwortlich zeichnete, nachdem das Erscheinen der HLZ im Krieg eingestellt worden war. Fehring erklärte zu Schlotfeldts Veröffentlichungen am 5.10.1944:

„Ich war Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung. In dieser Zeitung sind zahlreiche Aufsätze unter Schulrat Schlotfeldts Namen erschienen, die meisten unter dem Leitgedanken, wie kann die wehrgeistige Erziehung in die einzelnen Fächer hineingetragen werden. Oft ist fast in jeder Nummer ein Aufsatz von Schulrat Schlotfeldt gewesen. Ich persönlich habe mich über die außerordentliche Frucht-



Karl Schlotfeldt, 1933

barkeit von Schulrat Schlotfeldt gewundert, ebenso über seine große Vielseitigkeit, da er sich nicht auf ein oder wenige Fächer beschränkte. Die Aufsätze breiteten ein großes Material aus, wenn sie vielleicht auch manchmal gröber zusammengeschlagen waren. Ich bin immer davon ausgegangen, daß Schulrat Schlotfeldt der Verfasser dieser Aufsätze war.“<sup>3</sup>

Schlotfeldt hatte gegenüber von Wedel zugegeben, dass nicht alle Aufsätze von ihm geschrieben worden waren. Sie unter seinem Namen zu veröffentlichen, sei ein Rat von Max Fehring gewesen, da „es nicht angängig sei, sie als Berichte einer AG hamburgischer Lehrer seines Schulkreises zu veröffentlichen“.<sup>4</sup>

Fehring erklärte, sich an eine solche Unterredung nicht zu erinnern: „Ich halte das sogar für ausgeschlossen, weil ja, wie ich vorhin schon sagte, es mir als Schriftleiter viel lieber gewesen wäre, wenn gelegentlich andere als Verfasser zu diesem Thema gezeichnet hätten und ich Schulrat Schlotfeldt dann sicher den Vorschlag gemacht hätte, doch einmal einen anderen als Verfasser anzuführen. Ich hätte auch sicherlich, wenn ich Schulrat Schlotfeldt den von ihm behaupteten Rat erteilt hätte, ihm vorgeschlagen, in einer Fußnote zu bemerken, daß die Aufsätze von einem Arbeitskreis erarbeitet seien. Die Vorgänge liegen ja immerhin mehrere Jahre zurück, deswegen möchte ich hier nicht erklären, daß das, was Schulrat Schlotfeldt anführt, nicht wahr sei. Richtig ist, daß ich Schulrat Schlotfeldt gelegentlich, wenn ich Stoff brauchte, auch gefragt habe, ob er wieder etwas habe. Gedrängt habe ich ihn allerdings nicht, da ich ja sehr häufig schon auf Vorrat Artikel von Schulrat Schlotfeldt liegen hatte. Gedrängt habe ich ihn lediglich bei der Zusammenstellung der Gefallenenanzeigen.“<sup>5</sup>

Die Aussagen der Altonaer Schulleiter fielen sehr unterschiedlich aus. Alle waren von Schlotfeldt angesprochen worden, hatten Material geliefert, das von Schlotfeldt be- und verarbeitet worden war. Dafür hätte es als Anerkennung Bücher mit Widmung von Schlotfeldt gegeben. Geärgert hatte sich Schulleiter Hermann Weyland, dass Schlotfeldt einen Aufsatz von ihm zum Thema „Zeichenunterricht und wehrgeistige Erziehung“ unter eigenem Namen veröffentlicht hatte. „Unter-

nommen habe ich dagegen jedoch nichts. Ich empfand Schulrat Schlotfeldt gegenüber keine besondere Achtung und Neigung, hörte von anderen, dass es ihnen ebenso ergangen sei und ließ die Sache laufen.“<sup>6</sup>

Offenbar hatte es größeres Rumoren gegeben, als in den Vernehmungen zu-gegeben. So sagte etwa der Schulleiter Otto Anders über einen Aufsatz der AG Geschichte, an dem sechs bis sieben Schulleiter gearbeitet hatten und der vom Schulleiter der Arnkielstraße, Georg Jessen, zusammengefasst, allerdings unter Schlotfeldts Namen veröffentlicht worden war: „Ich persönlich hatte erwartet, daß am Ende der Reihe ein besonderer Hinweis erschienen wäre, in dem festgestellt war, daß diese unter Schlotfeldts Namen verfasste Serie eine Gemeinschaftsarbeit der Lehrerschaft sei. Daß ich darauf vergeblich gewartet habe, hat mir einen kleinen Knacks gegeben und mich in Bezug auf die Ehrlichkeit von Schulrat Schlotfeldt enttäuscht.“<sup>7</sup>

Anders verhielt sich Hermann Reimnitz, der sehr drastisch und unverblümt den NSDAP-Schulrat kritisierte und charakterisierte. Zu seinen Gründen erklärte er am 6.10.1944 gegenüber Schulrat Fritz Köhne:

„Ich erhebe gegen Schulrat Schlotfeldt den Vorwurf geistigen Diebstahls. Schon seit Jahren hat Herr Schlotfeldt sich bei seiner reichen literarischen Tätigkeit der Vorarbeiten anderer bedient, die er zum Teil in nur wenig veränderter Form in Zeitschriften unter seinem Namen veröffentlicht hat. Über diese Vorgänge ist auch unter Kollegen viel geredet worden. Als ich einmal erklärte, Schlotfeldt müsse doch ein erstaunliches Wissen haben bei seiner schriftstellerischen Produktivität wurde mir gesagt, das sei nur Arbeit anderer. Dadurch wurde ich aufmerksam und hörte noch mehrfach darüber etwas. Zum Beispiel fielen mir gegenüber Bemerkungen, warum denn keiner sich unter den Parteigenossen finde, der den Mut habe, Schlotfeldt dies zu sagen.“<sup>8</sup>

Hermann Reimnitz hatte aber auch ganz persönliche Gründe, sich über Schulrat Schlotfeldt zu ärgern und so massiv zu protestieren: „Wenn ich nach meinen Motiven für meine Meldung bei Herrn Köhne gefragt werde, so ist doch die Tatsache solchen geistigen Diebstahls Motiv genug. Ich gebe aber offen zu, daß ich auch in der letzten Zeit persönlich sehr verärgert war, weil ich auf Schlotfeldts Veranlassung durch Schulrat i. V. Backeberg eines Morgens revidiert worden bin. Ich bin als alter Parteigenosse sehr stark in politische Arbeit eingespannt und komme dadurch naturgemäß gegenüber Kollegen, die weniger aktiv sind, leicht ins Hintertreffen. Die Besichtigung fand Dienstag vor einer Woche statt (26. September). Am Tag vorher war ich unmittelbar nach meiner Schulzeit bis gegen 22:00 Uhr wegen Parteiarbeit fort und hatte, todmüde zurückgekehrt, keine Gelegenheit mehr gehabt, mich zu präparieren. Meine Leistungen vor der Klasse waren daher am Tage der

Besichtigung nicht gut. Ich hätte, da Schlotfeldt die Verhältnisse kannte, es richtig gefunden, wenn er mich vorher auf die geplante Besichtigung meines Unterrichts aufmerksam gemacht hätte. Überhaupt halte ich das Regiment von Schlotfeldt in seinem Schulkreis für zu rigoros und nicht kollegial. Für mich alten Pg., der Jahrzehnte im völkischen Kampf stand, ist es hart zu sehen, daß andere, die damals wer weiß wo waren, jetzt das Rennen machen. Ich bin zum Beispiel auch früher kommissarischer Schulrat gewesen, dann aber durch irgendwelche Beurteilungen Fremder abgelöst worden. Ich betone aber, daß diese Verärgerung für mich nicht der entscheidende Grund war. Ich habe die Tatsache, daß Schlotfeldt geistigen Diebstahl begangen hat, schon lange als Unmöglichkeit empfunden. Diese letzten Ereignisse brachten aber einfach das Fass zum überlaufen. Entscheidend war für mich, daß ich als Pg. mich verpflichtet fühle, für Sauberkeit zu sorgen.“

Wie schwierig das Verhältnis von Schulrat Schlotfeldt und dem Parteigenossen und Schulleiter Reimnitz war, wurde deutlich, als Reimnitz von deren letzter Begegnung berichtete: „Ich habe dann letzten Dienstag mich mit Schlotfeldt ausgesprochen und ihm meine Vorwürfe ins Gesicht gesagt. Schlotfeldt hat mir zur Sache gesagt, daß die Kollegen einverstanden gewesen wären und daß der Erlös der Beiträge für Bücheranschaffungen verwandt worden sei. Er sagte mir zunächst, daß er mir danke, daß ich ihm das eröffnet habe. Ich wollte aber nicht diese Sache auf sich beruhen lassen, sondern habe ihm dann in sehr schroffer Form meine Beurteilung der Angelegenheit gesagt. Von Lumpereien und über Gesinnung gesprochen, den Ausdruck ‚Pfui Teufel!‘ gebraucht und gesagt, daß er sich schämen müsse, Parteiuniform zu tragen. Schlotfeldt war nach meiner Auffassung sehr bestürzt und sagte im wesentlichen nur: ‚Aber, Herr Kollege!‘“<sup>9</sup>

Die Bewertung durch die Schulverwaltung war im Ergebnis zurückhaltend und für Schulleiter Hermann Reimnitz sicherlich völlig unbefriedigend. Schlotfeldt habe zugegeben, dass die Aufsätze nur zum Teil von ihm stammten. Die Honorare seien zur Anschaffung von Büchern über wehrgeistige Schriften für die Schulkreisbücherei verwendet worden. „Angesichts der öffentlichen Erklärung von Schulrat Schlotfeldt auf der Rektorenkonferenz über die von ihm beabsichtigte Verwendung der Beiträge, der Ausführungen in dem Tätigkeitsbericht in der Augustnummer der Mitteilungsblätter, der von keiner Seite bestrittenen Verwendung des Honorars für schulische Zwecke, kann jedoch nicht festgestellt werden, daß der Fehler von Schulrat Schlotfeldt und das Versäumnis, auf die wahren Verfasser der Beiträge in angemessener Weise hinzuweisen, auf unlauteren Motiven beruht. Bei dieser Sachlage ist es nicht berechtigt, das Verhalten von Schulrat Schlotfeldt als ‚geistigen Diebstahl‘ zu bezeichnen, weil die Gesinnung eines Diebes zweifellos nicht vorlag. Man wird andererseits aber, da Schulrat Schlotfeldt objektiv gesehen fremdes Eigentum

in unzulässiger Weise verwandt hat, gegen den Anzeigenden nicht vorgehen können. Dieser muss aufgeklärt werden, daß unlautere Motive Schulrat Schlotfeldt bei dem von ihm zweifellos begangenen Fehler nicht vorgeworfen werden können.“<sup>10</sup>

Hasso von Wedel schlug vor, Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann von dem Fall zu unterrichten, da Schlotfeldt Ortsgruppenleiter der NSDAP und Schulrat sei. Angemessen sei eine formlose Missbilligung Schlotfeldts und ihn auf das „Fehlerhafte“ seines Verhaltens hinzuweisen. Gleichzeitig sollten die Zeugen und die Schulaufsichtsbeamten unterrichtet werden.<sup>11</sup>

Senatssyndikus Dr. Hermann Schultz erklärte sich gegenüber dem Personalamt mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Er gehe aber auch davon aus, „dass es in der Schulverwaltung dann (gedeckt durch die Autorität des Herrn Reichsstatthalters und Gauleiters) gelingen wird, auch den Rektor Reimnitz, der seinen dienstlichen Vorgesetzten, Schulrat Schlotfeldt, in seiner begreiflichen Empörung über dessen unkorrektes Verhaltens ‚geistigen Diebstahl‘, ‚Lumpereien‘, ‚Pfui Teufel‘ und ‚Unmöglichkeit, die Parteiuniform zu tragen‘ vorwerfen durfte, für die Zukunft zum Schweigen zu bringen und ihn zu verpflichten, auf die Angelegenheit in keiner Weise wieder zurückzukommen. Andernfalls würde die Autorität des Schulrates natürlich stark erschüttert sein.“<sup>12</sup>

Im Weiteren wurde Vollzug gemeldet. Ernst Schrewe, Leiter der Schulverwaltung in den letzten Monaten vor Ende des Krieges, schrieb an Reichsstatthalter Kaufmann, dass Schlotfeldt „das Fehlerhafte seines Verhaltens eingesehen habe“. Rektor Reimnitz sei davon unterrichtet worden, dass es dennoch unberechtigt sei, „dessen Verhalten als geistigen Diebstahl zu bezeichnen, da Schulrat Schlotfeldt nicht aus unlauteren Beweggründen, die den Motiven eines Diebes vergleichbar seien, gehandelt habe.“<sup>13</sup>

Damit beschäftigte sich die Schulverwaltung noch im Februar 1945. Hermann Reimnitz konnte damit sicher nicht zufrieden sein, aber er hatte kurz darauf schon ganz andere Probleme, die im Weiteren geschildert werden.

Wer war Hermann Reimnitz, der sich am Ende der NS-Herrschaft so rebellisch zeigte?

Hermann Reimnitz wurde am 21.1.1893 in Karlsmarkt, Kreis Brieg, im Bezirk Breslau geboren. Er besuchte das Lehrerseminar und absolvierte am 8.2.1913 die erste Lehrerprüfung. Er bekam eine Anstellung in Langenbielau an einer evangelischen Knaben-Volksschule, bestand am 8.9.1914 die zweite Lehrerprüfung und zog anschließend in den Krieg, den er 1916 im Januar als Unteroffizier beendete.<sup>14</sup>

Anschließend wurde Hermann Reimnitz in Schlesien an verschiedenen Schulen vertretungsweise eingesetzt, bis er an der sechsklassigen evangelischen Volksschule in Neumittelwalde am 1.6.1917 eine feste Anstellung fand. Dort wurde er



am 1.6.1922 zum Rektor ernannt. Reimnitz wechselte 1928 an die große Nachbarschule in Festenberg und ein Jahr später nach Maltsch, ebenfalls in Schlesien, an eine evangelische Volksschule, wiederum als Rektor. Das heißt, Hermann Reimnitz wurde, wenn auch an kleinen Schulen, schon während der Weimarer Republik als Rektor beschäftigt.<sup>15</sup>

An dieser Stelle ist einzufügen, dass Hermann Reimnitz bereits 1931 in den NSLB eintrat und als Kreisabschnittsleiter fungierte und am 1.8.1932 NSDAP-Mitglied wurde.<sup>16</sup>

Damit hing vermutlich der nächste Karriereschritt zusammen, als Reimnitz am 1.4.1934 zum kommissarischen Kreisschulrat in Grünberg (Schlesien) ernannt wurde.<sup>17</sup>

Diese Funktion hatte er allerdings nur knapp ein halbes Jahr inne, bereits zum 1.12.1934 erfolgte seine Abberufung. Reimnitz protestierte dagegen in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Breslau am 27.11.1934, nachdem man ihm mitgeteilt hatte, zum 1.12.1934 wieder in den Schuldienst zurückzukehren und zwar auf seine vormalige Rektorenstelle in Maltsch: „Das wäre eine unerträgliche Bestrafung für mich, zumal ich mir irgend einer Schuld nicht bewusst bin. Falls meine bei dem Herrn Minister vorgebrachte Beschwerde bis zum 1. Dezember keinen Erfolg hat, bitte ich, mir zu erlauben, in meiner Angelegenheit persönlich in Berlin vorzusprechen. Zu dem Zwecke erbitte ich Urlaub für den 1., gegebenenfalls 4. Dezember.“<sup>18</sup>

Hermann Reimnitz erwies sich also schon hier als streitbar, ohne dass in seiner Personalakte dokumentiert ist, aus welchen Gründen man ihn nicht als Schulrat weiter beschäftigte. Immerhin hatte seine Intervention den Erfolg, dass das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 22.12.1934 verfügte, Reimnitz sofort in eine freie Rektorenstelle in Altona zu versetzen.<sup>19</sup>

Nach Ende der NS-Herrschaft gab Hermann Reimnitz am 14.6.1945 seine Version für die Nichtweiterbeschäftigung als Schulrat in Schlesien an. Seine Gründe waren schwerlich nachprüfbar, passten aber in seine Verteidigungsstrategie, von der NSDAP stets als unbequeme Persönlichkeit behandelt worden zu sein. Er schrieb über seine Absetzung als Schulrat und „Degradierung“ zum Rektor:

„Auf meine Beschwerde hin erfuhr ich, dass man mir kein Versagen in der Schule, dafür aber mangelnde Zusammenarbeit mit der Partei vorzuwerfen hatte. Ich hatte eine Reihe von Lehrern ohne die Partei zu befragen, allein wegen ihrer teils schulischen, teils wissenschaftlichen Tüchtigkeit zu fördern versucht. Es handelte sich um einen ehemaligen Demokraten Otto aus Grünberg, einen ehemaligen Zentrumsmann Hentschel aus Grünwald, der mit fünf Kindern in kleiner Schule und ungesunder Wohnung weit abgelegen von allem Verkehr hauste, um einen ehemaligen Sozialdemokraten aus Hammer, und um einen ehemaligen Volksparteiler

Neumann aus Schlesisch-Nettkow. Jeder Versuch, zu meinem Recht zu kommen, schlug fehl. Mein Vertrauen in die Rechtssicherheit in der NSDAP war dadurch so erschüttert, dass ich die Absicht hatte, aus der Partei auszuscheiden. Ich unterließ es nur deshalb, weil ich damit gleichzeitig auch meinen Beruf verloren hätte.“<sup>20</sup>

Wahrscheinlich war das Angebot, das man Hermann Reimnitz machte, nicht so schlecht. Er bekam im Januar 1935 eine Rektorenstelle an der Schule Dockenhuden im Kreis Altona, zum 1.10.1935 sogar die Rektor-Wohnung Dockenhuden. Seine Frau, die das fünfte Kind erwartete, war noch in Schlesien geblieben, sodass Hermann Reimnitz einen Antrag auf doppelte Haushaltsführung stellte, der von Oberschulrat Hermann Saß allerdings abgelehnt wurde.<sup>21</sup> Mit seiner Ehefrau Elisabeth, geb. 1902, hatte Reimnitz sechs Kinder (geboren zwischen 1929 und 1937).<sup>22</sup>

Eine Charakterisierung der Person Hermann Reimnitz fand sich in dem Hospitationsbericht des neuen Altonaer Schulrates und SS-Mannes Stegemann vom 24.6.1936. Er notierte:

„Reimnitz ist eine herbe, karge Natur. Darum kommt naturnotwendig eine gewisse starre, trockene Linie in den Unterricht. Es fehlt etwas die lebendige Wärme. Jedoch ist der Arbeitswille der Schüler (innen) durchaus vorhanden. Sie lernen durch Reimnitz Vorbild die notwendige Ernsthaftigkeit bei der Arbeit, die innere Disziplin und den Willen zur Leistung.“<sup>23</sup>

Hermann Reimnitz war seit dem 1.1.1935 Volksschulrektor in Altona und bekam ab dem 1.1.1939 eine Stellenzulage, da seine Schule Dockenhuden mittlerweile 18 Klassen führte.<sup>24</sup>

Aus Altona schrieb Hermann Reimnitz eine Eingabe an „den Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Hess, Berlin“ und beklagte sich darüber, was ihm in Schlesien geschehen war:

„Herr Minister! Partei und Staat haben mir ein unerhörtes Unrecht zugefügt. Am 1.4.1934 wurde ich kommissarischer Kreisschulrat in Grünberg in Schlesien. Zum 1.12.1934 wurde ich ohne Angabe von Gründen, wie sich aber bald herausstellt, wegen angeblicher politischer Ungeeignetheit, in eine Rektorstelle zurückversetzt. Ich wurde sogar gezwungen, den Dienst an meiner alten Rektorstelle in Maltsch an der Oder wieder aufzunehmen, bis ich dann am 16.1.1935 die Versetzung nach Altona erhielt. Schon am 22.11.1934 bat ich unter Darlegung der Verhältnisse, so weit sie für mich damals durchsichtig waren, den Herrn Minister, um Nachprüfung der Voraussetzungen für meine Zurückversetzung und um Rücknahme der Verfügung. Am 3.1.1935 wurde ich daraufhin beim Gau Schlesien durch den Gauschulungsleiter Pg. Stolpe in Gegenwart meines Widersachers, des Gaubmanns Schlesien des NSLB, Pg. Dänert in Breslau, vernommen, wobei die ‚Anklagen‘ in sich zusammenfielen. Seither habe ich nichts weiter darüber gehört, als dass seine Akten am 19.5.1935

noch nicht aus Schlesien nach Berlin zurück gelangt waren. Ich werde hier den dringenden Verdacht nicht los, dass eine schlesische Stelle ein Interesse an einer solchen für mich unerträglichen Verschleppung über nun schon fünf Monate hat.

Ich habe versucht, in Berlin eine in der Angelegenheit maßgebende Stelle zu sprechen: Ich wurde nicht vorgelassen, Trotz der öffentlichen Zusagen, dass jeder Volksgenosse einen Anspruch darauf hat, wenigstens gehört zu werden. Trotz dieser empörenden Behandlung kann ich mir nicht denken, dass ein Staat, der sehr wohl weiß, wie brüchig jede nicht in Recht begründete Ordnung ist, den offenen Rechtsbruch einer Parteistelle durch Stillschweigen gutheißt. Denn es ist Rechtsbruch, wenn der Gauobmann des NSLB, Däunert, das ihm von unteren Stellen zugetragene Material ohne Nachprüfung und ohne den Angeschuldigten zu hören, weitergibt und selber grobe Fälschungen hinzufügt. Ich kann mir nicht denken, dass ein Staat, der um seine eigene Ehre peinlichst bedacht ist und bedacht sein muss, die Ehre der Volksgenossen leichtfertig zerstören lässt. Ein solches Dulden müsste am Ende seine eigene Ehre aushöhlen.

Im Vertrauen darauf, dass zu einem völkischen Deutschland ein unbestechliches Recht gehört, wende ich mich an Sie, Herr Minister. Ich bittle nicht um Gnade – die brauche ich nicht und würde sie auch nicht annehmen. Ich beanspruche aber Wiederherstellung der einfachsten Lebensgrundlage, die mir zerstört worden ist: Ich beantrage die Wiederherstellung meiner Ehre! Dazu bitte ich um Ihre Hilfe! Heil Hitler!“<sup>25</sup>

Die Hinwendung zum „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, der für interne Parteiangelegenheiten zuständig war, brachte keinen Erfolg für Hermann Reimnitz. In einem Schreiben des Regierungspräsidenten Schleswig vom 31.5.1935 wurde ihm klargemacht, dass es auch im nationalsozialistischen Staatswesen so etwas wie einen Dienstweg gab. Man bedeutete ihm: „Wegen der Form Ihrer Eingabe spreche ich Ihnen im Auftrage des Herrn Ministers ernstliche Missbilligung aus.“<sup>26</sup>

In Altona fand für Hermann Reimnitz trotzdem erst einmal ein neues Leben statt. Am 10.11.1935 musste er, wie alle anderen Beamten, eine Erklärung über seine bisherigen Zugehörigkeiten zu Beamtenvereinigungen oder politischen Organisationen abgeben. Er notierte:

„Ich habe angehört: Von 1913–1931 dem Preußischen Lehrerverein, von 1931–33 dem Rektorenverein, von 1924–1933 dem ‚Bund völkischer Lehrer‘. Ich gehöre an: Seit 1.12.1931 dem NSLB.“<sup>27</sup> In seinem späteren Entnazifizierungsverfahren wurde deutlich, dass Hermann Reimnitz in Altona von 1936 bis 1943 als Kreisabschnittsleiter des NSLB tätig war und in der NSDAP, in die er am 1.8.1932 eingetreten war, in den Jahren 1940 bis 1943 als Ortsgruppenschulungsleiter fungierte.<sup>28</sup>

Der gekränkte Rebell hatte also niemals die nationalsozialistische Gemeinschaft verlassen, bei aller Frustration über Personen, von denen er sich in seiner Ehre und Achtung beschnitten gefühlt hatte.

Im Zuge der Auseinandersetzung von Hermann Reimnitz mit Schulrat Karl Schlotfeldt war deutlich geworden, dass Reimnitz noch 1944 intensiv in der NSDAP-Parteiarbeit steckte und sich deshalb besonders empörte, dass er nicht vorgewarnt worden war, von einem Schulratskollegen hospitiert zu werden. In einem Schreiben vom 24.6.1944 erwog der damalige Leiter der Schulverwaltung, Prof. Ernst Schrewe, sogar, Hermann Reimnitz von seiner Arbeit als Rektor zu entlasten, da er zu sehr mit Parteiarbeit beschäftigt war, die seine Möglichkeiten, die Schule zu leiten, deutlich einschränkten. Es hieß im Kontakt mit dem Gaustabsamtsleiter Dahlem:

„Durch die Schulferien ist einstweilen die Frage der Entlastung des Rektors Reimnitz geklärt. Wenn über die Schulferien hinaus Reimnitz für die Parteiarbeit weiterhin so sehr in Anspruch genommen ist, dass er für seine Aufgabe in der Schule nicht mehr die erforderliche Zeit besitzt, bin ich bereit, ihn für einige Zeit freizugeben, und zwar auf jederzeitigen Widerruf. Allerdings ist es dann notwendig, auch die Schulleitung für diese Zeit einem Vertreter zu übertragen. Die Volksschule, die Herr Reimnitz leitet, gehört heute mit ihren 28 Lehrkräften zu den größten Volksschulen im Kreis 7. Ein derartiger Betrieb verlangt eine tätige Anteilnahme des verantwortlichen Leiters. Wenn R. für eine kürzere Zeit ganz freigestellt werden soll, dann bitte ich um Nachricht, damit seine Vertretung geregelt werden kann.“<sup>29</sup>

Hermann Reimnitz war demnach bis Ende der NS-Herrschaft ein umtriebiger Vertreter von deren Politik. Absehbar, dass dies zu erheblichen Schwierigkeiten nach Ende des Regimes führen würde. Am 18.6.1945 wurde Hermann Reimnitz aufgrund des Gesetzes Nummer 6 der Britischen Militärregierung vom 11.5.1945 aus dem Schuldienst entlassen. Er gehörte bekanntlich zu denen, die schon vor dem 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten waren. Und dies war eines der wichtigen Entlassungskriterien. Am 2.10.1945 wurde auch der Einspruch gegen diese Entlassung von der Hamburger Schulverwaltung durch Senator Landahl verworfen.<sup>30</sup>

Hermann Reimnitz schrieb an die Hamburger Schulverwaltung über seine Situation 1945 und die Schwierigkeiten für ihn und seine Familie in der Zeit danach:

„Bis 1940 war ich Rektor der Volksschule Dockenhuden in Hamburg Blankenese. Am 18.6.1945 wurde ich auf Anordnung der Militärregierung entlassen. Weil ich damit auch meine Dienstwohnung verlor und in Hamburg mit meiner achtköpfigen Familie keine Wohnung bekam, zog ich nach Keitum-Sylt. Seit dem 1.7.1948 bin ich arbeitslos und bekomme für jeden Monat eine Arbeitslosen-Fürsorge-Un-

terstützung von 134,40 DM. Da alle meine Kinder noch unversorgt sind (vier in der Schule, zwei in Lehrlingsausbildung), ich seit 1946 viermal umziehen musste, geriet ich seit dem Währungsschnitt in drückende Schulden, die ich aus eigener Kraft nicht bezahlen kann. Der Winter mit seinen notwendigen Anschaffungen steht vor der Tür. Ich weiß mir keinen anderen Rat, als Sie um Unterstützung zu bitten.“<sup>31</sup>

In der Anlage zu seinem Entnazifizierungsfragebogen versuchte Reimnitz seine Aktivitäten innerhalb der NSDAP kleinzureden. So schrieb er zum Beispiel:

„Außer als Ortsgruppenschulungsleiter bin ich gelegentlich auch in anderer Weise durch die Partei zur Arbeit herangezogen worden, zum Beispiel als Mitarbeiter bei der Fest- und Feierngestaltung, als Mitglied des Luftschutz-Einsatztrupps der Ortsgruppe. Ortsgruppenschulungsleiter bezeichnet den von mir erreichten höchsten Rang.“<sup>32</sup>

Und zur Frage, welche Reden und Vorträge er gehalten habe.

„Wenn die Vorträge eines Ortsgruppenschulungsleiters im Sinne dieses Absatzes politische Reden sind, dann hätte ich eine größere Anzahl anzuführen. Sie bewegten sich jedoch lediglich innerhalb des Rahmens der uns durch die Partei in die Hand gegebenen Unterlagen. Da ich auch keine Aufzeichnungen darüber habe, könnte ich hier nur unvollständige und ungenaue Angaben machen.“<sup>33</sup> Möglicherweise war ihm nicht klar, dass er gerade erklärt hatte, als Propagandist der NSDAP auf Grundlage der Parteimaterialien die Ortsgruppe auf die Ideologie der NSDAP eingeschworen zu haben.

Zu Recht behauptete Hermann Reimnitz von sich:

„Ich leugne nicht, Nationalsozialist gewesen zu sein. Aber ich habe jederzeit eine eigene Meinung für mich in Anspruch genommen.“<sup>34</sup>

In seiner Hamburger Personalakte gibt es zwei Leumundszeugnisse, die den Charakter und die Persönlichkeit von Hermann Reimnitz differenzieren halfen. Sie beleuchten möglicherweise, was hinter der Person stand, die von Schulrat Stegemann als „eine herbe, karge Natur“ bezeichnet wurde, mit „einer gewissen starren, trockenen Linie“, der „etwas die lebendige Wärme“ fehle.<sup>35</sup>

Die Lehrerin Lissy Pfeffer, an der Schule Dockenhuden tätig während Reimnitz Schulleiter-Zeit, schätzte Hermann Reimnitz bei aller „verschiedenartiger politischen Einstellung“. Es habe „menschlich eine schöne Verbindung“ gegeben. „Ich habe bei Reimnitz immer eine innere Lauterkeit empfunden. Herr Reimnitz ist der Typ eines ‚reinen Toren‘. Von einer in Erstaunen setzenden Unfähigkeit zum Misstrauen, selbst von tiefer Gläubigkeit erfüllt, mit heiligem Willen zur Wahrheit und zum Rechten beschritt er so den Irrweg. Weil er den Sinn des Lebens sieht in der Ausgestaltung innerer Werte, ging es ihm nie um äußere Vorteile. Er hat durch seine verschiedenen Ämter in der Partei nie pekuniäre Vorteile gehabt und leb-

te mit seiner Familie auch in normalen Zeiten in dem bescheidenen Rahmen eines kinderreichen Schulleiters, wie überhaupt innere und äußere Bescheidenheit wesentliche Merkmale seines Wesens sind. Diese Charaktereigenschaft macht ihn auch hilflos, wenn es sich um persönliche Rechtfertigung handelt, so dass er immer darauf angewiesen ist, in solcher Not Fürsprecher zu finden. Im Gegensatz zu der Ungeschicklichkeit, in persönlichen Dingen sein Wort zu machen, steht eine große Begabung, in geistigen Dingen seine Gedanken klar und schön zu formulieren, wenn es sich um Grundsätzliches handelt, hat er sich oft mutvoll eingesetzt.“<sup>36</sup>

Sie verwies dabei auf die „schonungslose“ Auseinandersetzung mit Schulrat Karl Schlotfeldt.

Noch bedeutsamer war das Leumundszeugnis der sozialdemokratischen Schulrätin Dora Christiansen am 20.11.1948. Dora Christiansen war die erste Schulrätin in Hamburg seit 1920 im Volksschulbereich und war von den Nationalsozialisten 1933 in den Ruhestand versetzt worden.

Dora Christiansen wusste über Hermann Reimnitz zu berichten:

„Herr Rektor Reimnitz ist mir seit 1928 bekannt, da er schon damals aus Liebe zu Schleswig Holstein seine Ferien regelmäßig hier oben zu verbringen pflegte. Schmerzlich und unbegreiflich war es mir, dass Herr Reimnitz schon einige Jahre vor 1933 ein Anhänger der Hitler-Bewegung wurde. Freilich war es verständlich, dass er nur das Gute in dieser Bewegung zu sehen glaubte, da er seine eigene saubere Gesinnung auch Hitler und seinen Anhängern unterstellte.

Als er im Frühjahr 1934 zum Schulrat ernannt wurde, freute ich mich um der Sache willen über diese Ernennung; denn Herr Reimnitz ist nicht nur ein hervorragend tüchtiger Schulfachmann, sondern ich war auch überzeugt, dass er den Mut haben würde, die ihm unterstellten Schulen vor schädlichen Einflüssen der Partei so viel wie möglich zu bewahren. Tatsächlich hat er denn auch gleich von Anfang an sich gegen die Übergriffe der Partei und der Hitler-Jugend gestemmt, Leider aber mit dem Erfolg, dass er schon nach acht Monaten als Schulrat wieder abgesetzt wurde. Als er bei seinem Ferienaufenthalt in Husum meinem Vater, der ebenfalls Lehrer war, und mir Vorgänge mitbrachte, die seine Kämpfe mit der Partei zeigten, waren wir tief erschüttert von dem Bild, dass diese Angelegenheit von den Zuständen in der Partei und von ihren Übergriffen auf die Schule gab. Herr Reimnitz war durch das, was er erlebt hatte, sehr bitter und äußerte sich in zum Teil sehr kräftigen Ausdrücken über den ‚Saustall Rust‘ und über den ‚Verbrecher Baldur von Schirach‘, der unsere Jugend verdürbe.“<sup>37</sup>

Frau Christiansen kannte auch Karl Schlotfeldt und wusste von den Konflikten die Reimnitz mit Schlotfeldt gehabt hatte:

„Sehr schwierig gestaltete sich seine Lage nach seiner Versetzung nach Blan-

kenese, als dort einer der übelsten und aktivsten Nationalsozialisten sein Schulrat wurde. Da ich diesen Mann recht gut kannte aus der Zeit, als er Kreisamtsleiter des Lehrerbundes im Kreise Husum war, sah ich für Herrn Reimnitz Schwierigkeiten voraus. Er hat dann tatsächlich auch durch die Jahre hindurch fortgesetzt Schwierigkeiten und harte Kämpfe mit seinem Schulrat auszufechten gehabt. Ganz besonders schwierig gestaltete sich seine Lage dadurch, dass er in seinem Kollegium Lehrkräfte hatte, die Parteigegner waren und sich in ihren Äußerungen nicht immer genügend in acht nahmen. Bei einem Besuch in Husum im April 1943 erzählte Herr Reimnitz mir, wie schwierig manchmal seine Lage dadurch würde, dass er für diese Lehrkräfte einträte. Diese Unterhaltung im April 1943 war die letzte, die ich während der Hitler-Zeit mit Herrn Reimnitz hatte. Ich erzählte ihm sehr viel von den Vorkommnissen in Husum, die so recht die Schandtaten der Hitler-Jugend beleuchteten. Wenn ich seine eigene Gesinnung nicht so genau gekannt hätte, wäre es unmöglich für mich gewesen, mich über alle diese haarsträubenden Vorgänge frei zu äußern. Herr R. war außer sich und wäre am liebsten sofort bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden, um Abhilfe zu schaffen. Er bat mich dringend, in meinen Äußerungen vorsichtig zu sein, da er ja aus eigener Erfahrung die Rücksichtslosigkeit der Parteidienststellen kannte.“<sup>38</sup>

Dora Christiansen kam zu dem Schluss:

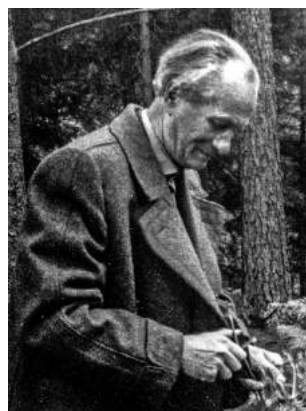
„Ein Mann, der zwar so überzeugt von den reinen Absichten der Hitler-Bewegung im Anfang war, der aber dann schon so bald viele Schäden erkannte, die von der Partei und der Hitler-Jugend angerichtet wurden, der außerdem alles, was in seiner Macht stand, tat, um Parteigegner zu schützen und um den allzu starken Einfluss der Partei von der Schule fernzuhalten, kann niemals als ‚übler‘ Nazi bezeichnet werden. Dass Herr Reimnitz heute längst den großen Betrug des Hitler-Reiches erkannt hat und sich zu demokratischem Denken zurückgefunden hat, wäre für mich ein Grund, ihn ohne jede Bedenken in meinem Schulaufsichtsbezirk wieder einzustellen; denn er gehört nicht nur zu den Erziehern, die im heutigen Staate tragbar, sondern zu denen, die zum Wiederaufbau des Schulwesens unentbehrlich sind.“<sup>39</sup>

Starke Worte einer Frau, deren demokratischer Leumund unzweifelhaft war. Allerdings war ihr auch nicht bekannt, dass Hermann Reimnitz bis zum Ende der NS-Zeit für die NSDAP tätig gewesen war und er ab dem 15.5.1944 in Hamburg dem Landsturm IA angehörte.<sup>40</sup>

Hermann Reimnitz war nach der Entlassung und aufgrund der Räumung seiner Dienstwohnung mit der Familie nach Sylt verzogen, ohne dass er ein Verfahren gegen seine Entlassung anstrebte und ohne dass es in Hamburg ein Entnazifizierungsverfahren gab. Allerdings erhielt die Hamburger Schulbehörde Mitteilungen

aus Schleswig-Holstein über die dort stattfindenden Entnazifizierungsverfahren. So stellte Friedrich Wilhelm Licht am 3.6.1948 fest, der Hauptausschuss des Entnazifizierungsausschusses für den Kreis Süd-Tondern hätte „am 20.5.1948 Reimnitz in Kategorie III eingestuft und ihm untersagt, als Lehrer oder in ähnlichen Stellungen tätig zu sein. Bei völliger Arbeitsunfähigkeit kann ihm 50 % der Pension bewilligt werden.“<sup>41</sup>

Hermann Reimnitz lebte mit seiner Familie zuerst in Keitum auf Sylt und bekam am 24.6.1949 die Mitteilung vom Entnazifizierung-Hauptausschuss des Kreises Süd-Tondern, dass er nach periodischer Überprüfung nunmehr in Kategorie V eingestuft sei.<sup>42</sup>



Hermann Reimnitz

Hermann Reimnitz hatte daraufhin ab dem 14.11.1949 eine Anstellung an der Volksschule Klappholtal auf Sylt gefunden, beantragte aber zugleich, wieder in den Hamburgischen Schuldienst eingestellt zu werden.<sup>43</sup>

Daraufhin tagte in Hamburg der Beratende Ausschuss 7a am 12.10.1949. Zu seiner Sitzung waren ehemalige Lehrerinnen und Lehrer eingeladen, die in der NS-Zeit an der von Hermann Reimnitz geleiteten Schule Dockenhuden tätig gewesen waren. Der Ausschuss empfahl:

„Nach eingehender Aussprache kamen wir einstimmig zu dem Ergebnis, dass gegen die Wiedereinstellung des Herrn Reimnitz in den Schuldienst nichts einzuwenden ist. Er gehörte wohl zu den ideell überzeugten Nazis, hat aber nicht aus böser Absicht jemand Böses zufügen wollen. In seinem eigenen Interesse und im Interesse der Schule würde es nicht erwünscht sein, wenn er in den Elbgemeinden angestellt würde.“<sup>44</sup>

Daraufhin legte der Personalreferent für den Volksschulbereich, OSR Karl Hoffmann einen Vermerk für Senator Heinrich Landahl vor, in dem er die Daten aus der Personalakte von Hermann Reimnitz zusammenfasste mit dessen NS-Tätigkeiten. Hoffmann resümierte: „Herr Reimnitz ist sehr eifrig und betont für die Partei tätig gewesen. 1944 erwog man, ihn wegen dieser Tätigkeit vom Schuldienst ganz zu befreien.“ Hoffmanns Plädoyer: „In Übereinstimmung mit dem Lehrerbetriebsrat, dessen Vorsitzender Herr Reimnitz aus seiner früheren Tätigkeit in Altona genau kennt, schlage ich vor, den Antrag auf Einstellung abzulehnen. Falls sein jetziges Dienstverhältnis endet, würde die Zahlung der Unterhaltsbeihilfe einsetzen.“<sup>45</sup>

Senator Landahl schloss sich dieser Position an und teilte dem Senatsamt mit, dass eine Wiedereinstellung von Hermann Reimnitz im Hamburger Schuldienst abgelehnt würde.<sup>46</sup>



Dies wurde Hermann Reimnitz am 8.5.1950 nach Tinnum/Sylt mitgeteilt.<sup>47</sup>

Am 17.3.1952 wurde die Hamburger Schulverwaltung aus Niebüll angeschrieben mit dem Hinweis, das Hermann Reimnitz, der nach wie vor als Lehrer an der Lagerschule Klappholtal tätig sei, sich um eine Rektorenstelle beworben habe, mit dem Hinweis, dass er von 1935–1945 eine solche Stelle schon in Hamburg wahrgenommen habe. Man bat um Zusendung der Personalakten aus Hamburg, was dann auch geschah.<sup>48</sup>

Laut Personalakte wurde Hermann Reimnitz auf Sylt am 4.6.1954 in den Ruhestand versetzt, da er nicht mehr dienstfähig war.<sup>49</sup> 1955 wandte er sich an die Hamburger Schulbehörde mit einer ungewöhnlichen Anfrage:

„Ich kann in Kampen ein Haus durch Zahlung einer jährlichen Leibrente in Höhe von 2000 DM erwerben. Da das Haus geräumig ist, kann ich den Hauptteil der Leibrente aus Vermietungen an Sommergäste herausholen. Der Verkäufer verlangt für die regelmäßige Zahlung der Leibrente eine Sicherheit. Der Anteil an meiner Pension den ich von der Stadt Hamburg erhalte, entspricht etwa dem aufzubringenden Betrag. Darf ich darum bitten, mir Ihre Einwilligung dazu zu geben, dass der Verkäufer des Hauses ein Zugriffsrecht auf diesen Teil meiner Pension erhält, falls ich meine Zahlungspflicht nicht erfülle?“<sup>50</sup>

Aus einem Vermerk ging hervor, das Hermann Reimnitz in Schleswig-Holstein eine Pension von 591,50 DM erhielt und Hamburg den Unterschiedsbetrag in Höhe von 170 DM bezahlte. Die Behörde teilte Reimnitz mit, dass dieser Anteil „nicht pfandbar“ sei.<sup>51</sup>

Hermann Reimnitz hatte um schnelle Rückmeldung gebeten, da bereits 1955 ein Problem auf der Insel virulent war:

„Auf Sylt werden alle irgendwie greifbaren Zimmer für Sommergäste zur Verfügung gehalten. Auf dieser Grundlage steht für die meisten Insulaner entweder ganz oder zum Hauptteil der Lebensunterhalt. Ich habe aus dem Grunde hier neun Jahre in unmöglichen Baracken gewohnt und möchte endlich wieder menschlich wohnen können.“<sup>52</sup>

Hermann Reimnitz schrieb erneut am 25.3.1958 an die Finanzbehörde Hamburg, mit der Bitte um ein Baudarlehen. Absender war wieder Klappholtal/Sylt, Vogelkoje. An seiner Wohnsituation hatte sich nicht viel verändert und er beabsichtigte, zu bauen:

„Seit dem Kriege bin ich hier fünfmal von Baracke zu Baracke umgezogen und wohne auch jetzt nur in einem aus Barackenholz selbst gebauten Schuppen. Der Großteil meiner Möbel ist in einer Tinnumer Scheune untergestellt, meine große Bücherei liegt seit drei Jahren in Kisten verpackt in einem ehemaligen Schweinestall, von dem ich nur mit Mühe die Ratten und Mäuse fernhalten kann.“<sup>53</sup>

Hermann Reimnitz wies darauf hin, eine große Familie mit sechs Kindern zu haben, darum „nicht klein bauen“ zu können.

Möglicherweise konnte das Bauprojekt realisiert werden. Das letzte Schreiben von Hermann Reimnitz in seiner Personalakte vom 19.1.1968, war die Antwort an Landesschulrat Ernst Matthewes, dem Reimnitz für ein Glückwunschs Schreiben zu seinem 75. Geburtstag dankte. Es machte den Eindruck, als habe Hermann Reimnitz seinen Frieden mit Hamburg gefunden und es dokumentiert, das zumindest seine sechs Kinder erfolgreich waren, wenn zu einem großen Teil auch in der neuen Welt. Reimnitz schrieb:

„Haben Sie sehr herzlichen Dank für Ihre Glückwünsche zu meinem 75. Lebensjahr. Sie haben mich ganz besonders gefreut. Unsere ganze Familie (wir haben sechs Kinder) hat Hamburg sehr lieb gewonnen und empfindet diese Stadt durchaus als Heimat, obwohl ich geborener Schlesier bin. Es ist doch eben die Weite der geistigen Welt und die Weite der Wirtschaft, die uns alle sehr stark berührt und geprägt haben. In welchem Maße das unser weiteres Schicksal bestimmt hat, werden Sie vielleicht ahnen, wenn ich Ihnen einiges von unseren Kindern sage:

1. Rudolf, unser ältestes Kind, ist Kapitän auf einem eigenen Schiff in Alaska.
2. Erk, der zweite, ist Doktor der Ozeanographie in San Diego/Alaska und treibt Meeresforschungen.
3. Volker ist Rechtsanwalt in Hamburg.
4. Frauke, unsere einzige Tochter, ist Krankenschwester in San Diego/Alaska.
5. Olaf ist Pianist, ausgebildet von Professor Konrad Hansen in Hamburg.
6. Hartmut, zum Schauspieler ausgebildet bei Eduard Marx, etwa zwei Jahre Schauspieler in Oldenburg, folgte dem Ruf der Geschwister und ist Kapitän in Alaska.

In ihnen allen ist also die hanseatische Unruhe zu spüren, keinesfalls zum Nachteil, und wir Alten freuen uns darüber.“<sup>54</sup>

Hermann Reimnitz starb am 8.4.1976. Seine Frau Elisabeth, geboren am 1.5.1902, wurde fast 100 Jahre alt und starb am 27.7.2001.<sup>55</sup>

Besucher der Insel Sylt, die viel mit dem Fahrrad unterwegs sind, kennen auf der Insel Klappholtal, wo Hermann Reimnitz nach 1945 gearbeitet hatte.

Während des Ersten Weltkrieges entstanden in den Sylter Küstendünen mehrere abgelegene Stellungen und Lager des deutschen Militärs. Eines davon war das „Lager Klappholtal“. Dieses Lager diente Soldaten der Inselwache als Quartier.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit entstand im Jahr 1919 in den verlassenen, jedoch relativ gut erhaltenen Baracken unter der Leitung des Kampener Arztes Knud Ahlborn das „Freideutsche Lager Klappholtal auf Sylt“. Hieraus entwickelte sich die heutige Bildungs- und Erholungsstätte. Nach 1945 lebten dort auch Kriegs-



Hermann Reimnitz steht vor seiner Waisenklasse in Klappholtal.

waisen, die Hermann Reimnitz unterrichtete. Bis zum Bau einer Straße 1970 war das Lager ausschließlich zu Fuß auf Dünenpfaden oder durch die 1907 errichtete Nordbahn der Sylter Inselbahn, und seit 1958 über einen befestigten Fußweg zu erreichen.

Von 1971 bis 1998 war dort die Volkshochschule Klappholtal untergebracht, seit 1976 Akademie am Meer benannt. In einem Buch, herausgegeben von Michael Andritzky und Kai J. Friedrich: Klappholtal/Sylt 1919–1989, wird die Geschichte von Klappholtal in Geschichten erzählt. Eine Erinnerung darin ist dem Lehrer Hermann Reimnitz gewidmet und die soll abschließend wiedergegeben werden:

„Dann aber kam Hermann Reimnitz. Hermann Reimnitz war nicht nur Lehrer, er war wie ein Vater. Er wusste uns ‚aufzuwecken‘, allen Dingen gingen wir auf den Grund. Er brachte uns das Zeichnen bei mit dem Blick für das Wesentliche, er lehrte uns schnitzen, Naturzusammenhänge erkennen und vieles, vieles mehr. Wir verehrten und liebten ihn zugleich. Wir wetteiferten um Entdeckungen, das Lernen machte ungemein Freude. Herr Reimnitz war auch jener, der unsere Speisekarte bereicherte. Wir stellten selbst Salz her. Meerwasser wurde geholt, auf dem Ofen verdunstet, und wir hatten jeder eine Tüte Salz für die Speisen. Auch legten wir Sammlungen von Steinen, Muscheln und Bernstein an.

Herr Reimnitz kam aus Schlesien und war irgendwo vorher Rektor. Seine Familie bestand aus vier prächtigen Söhnen, einer Tochter und einer ‚germanischen

Mutter'. Die Söhne waren teilweise bei uns im Unterricht. Sie gehörten zu uns, wie wir alle zu seiner Familie gehörten. In Tinnum bewohnten die Reimnitz'ens, wunderbar abgelegen zwischen Westerland und Keitum ein Holzhaus mit Garten und Tieren: auch waren nur einige hundert Meter entfernt das kilometerlange ‚Loch‘ mit Waldbestand. Das sogenannte ‚Loch‘ war beim Bau des Hindenburgdammes entstanden. Oft gingen wir dort auf die Jagd. Einmal fingen wir einen jungen Fuchs, der sich aber nach wenigen Tagen wieder selbst befreite. Ein enger Freund von Hermann Reimnitz war der Inselmaler Magnus Weidemann.“<sup>56</sup>

Geschrieben von dem Kriegswaisen Paul Stöpel, der nach dem Krieg in Klappholtal lebte. Ein schönes Zeugnis für den Lehrer Reimnitz.

## Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografie Karl Schlotfeldt, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 254 ff.
- 2 Schreiben von Hermann Reimnitz vom 4. und 6.11.1944, in: StA HH Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst, G 8c HH 1943 IV/31
- 3 Protokoll vom 5.11.1944, Vernehmung Max Fehring, ebd. Siehe die Biografie Fehring in diesem Band.
- 4 Zusammenfassender Bericht von Hasso von Wedel vom 18.10.1944, ebd.
- 5 Protokoll vom 5.10.1944, ebd.
- 6 Vernehmung Hermann Weyland vom 6.10.1944, ebd.
- 7 Vernehmungsprotokoll vom 7.10.1944, ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Protokoll vom 6.10.1944, ebd.
- 10 Bericht von Hasso von Wedel vom 18.10.1944, ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Vermerk vom 23.11.1944, ebd.
- 13 Schreiben vom 20.2.1945, ebd. Siehe auch Biografien Hasso von Wedel und Ernst Schrewe, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 120 ff. und S. 82 ff.
- 14 Personalakte Reimnitz, StAHH, 361-3\_Nr. 3688
- 15 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte Reimnitz, StAHH, 221-11\_Ed 9369
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 27.11.1934, Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 22.12.1934, Personalakte a. a. O.
- 20 Schreiben vom 14.6.1945, Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Schreiben vom 16.4.1935, Personalakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 31.5.1935, Personalakte a. a. O.
- 27 Erklärung vom 10.11.1935, Personalakte a. a. O.
- 28 Aktenvermerk vom 3.3.1954, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 29 Schreiben vom 24.6.1944, Personalakte a. a. O.
- 30 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 3.10.1946, Personalakte a. a. O.
- 32 Anlage zum Fragebogen, Personalakte a. a. O.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Siehe Anmerkung 23.
- 36 Schreiben von Lizzy Pfeffer an Schulrat Kurt Zeidler am 7.10.1949, Personalakte a. a. O.
- 37 Schreiben von Dora Christiansen vom 20.11.1948, Personalakte a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Personalakte a. a. O.
- 41 Vermerk vom 3.6.1948, Personalakte a. a. O.
- 42 Schreiben vom 24.6.1949, in Abschrift in der Personalakte a. a. O.
- 43 Antrag vom 5.3.1950, Personalakte a. a. O.
- 44 Beratender Ausschuss 7a vom 12.10.1949, Personalakte a. a. O.
- 45 Vermerk von Oberschulrat Hoffmann vom 10.3.1950, Personalakte a. a. O.
- 46 Stellungnahme der Schulbehörde vom 31.3.1950, Personalakte a. a. O.
- 47 Schreiben vom 8.5.1950, Personalakte a. a. O.
- 48 Schreiben vom 17.3.1952, Personalakte a. a. O.
- 49 Personalakte a. a. O.
- 50 Schreiben vom 7.7.1955, Personalakte a. a. O.
- 51 Vermerk vom 10.8.1955, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 52 Schreiben vom 28.7.1955, Personalakte a. a. O.
- 53 Schreiben vom 25.3.1958, Personalakte a. a. O.
- 54 Schreiben vom 19.1.1968, Personalakte a. a. O.
- 55 Personalakte a. a. O.
- 56 Michael Andritzky und Kai J. Friedrich (Hg.): Klappholtal/Sylt 1919–1989 Geschichte und Geschichten, Giessen 1989, S. 125f.

## Paul Wetzel

**„Nur bei Verstößen gegen eine anständige und saubere Schulzucht konnte er sehr in die Fahrt kommen.“**

Ein gutes Beispiel für Kontinuitäten ist Prof. Dr. Paul Wetzel, der seit 1926 fast 20 Jahre Schulleiter in Hamburg war. In den Zeiten der Selbstverwaltung 1926 am Wilhelm-Gymnasium Oberstudiendirektor geworden, trat er am 1.5.1933 in die NSDAP ein, wurde trotzdem als Schulleiter an einer anderen Schule eingesetzt, war im engen Kontakt mit führenden Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen und haderte 1945 damit, erst suspendiert und dann in den Ruhestand versetzt worden zu sein. Wichtige handschriftliche Dokumente von ihm nach Ende der NS-Herrschaft geben interessante Einblicke in seine Sicht der Dinge und illustrieren, wie er sich bemühte, den ehemaligen Elternratsvorsitzenden des Wilhelm-Gymnasiums, Rudolf Petersen, mit dem er als Schulleiter sieben Jahre eng zusammengearbeitet hatte, für seine Rehabilitierung zu gewinnen. Petersen war 1945 von der Britischen Militärregierung zum ersten Bürgermeister in Hamburg ernannt worden.

Paul Wetzel wurde am 29.1.1882 in Niemyk, Kreis Potsdam, als Sohn eines Lehrers und Kantors geboren. Er besuchte die dortige Volksschule, anschließend das Gymnasium in Wittenberg und die Königliche Landesschule Pforta. Nach bestandener Reifeprüfung studierte er Geschichte, Deutsch und Erdkunde an den Universitäten Leipzig, Berlin und Greifswald. Er wurde 1907 zum Dr. phil. promoviert mit einer Arbeit zum Thema: „Die Genesis des am 4. April 1813 eingesetzten Verwaltungsrates bis zum Herbst diesen Jahres.“<sup>1</sup>

Sein Anleitungs- und Probejahr absolvierte er 1908 an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, der Realschule Eppendorf und der Realschule in Hamm. Nach seiner Festanstellung zum 1.10.1909 war er Oberlehrer an der Realschule in Hamm.<sup>2</sup>

Den Kriegsdienst beendete Paul Wetzel im Dezember 1918 als Gefreiter. Am 1.4.1922 wurde er an das Wilhelm-Gymnasium versetzt.<sup>3</sup>

Paul Wetzel war ein energischer Mann, vielseitig interessiert und ambitioniert. Er engagierte sich auf Tagungen der „Gesellschaft für deutsche Bildung“, die im zweijährigen Rhythmus stattfanden.<sup>4</sup>

1926 wählte das Kollegium ihn zum Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums. Der Publizist Gösta von Uexküll erinnerte sich an Paul Wetzel als eindrucksvollen Lehrer:

„Der von der starken Persönlichkeit Prof. Wetzel geprägte Unterricht in ‚Deutschkunde‘ war uns eine gelungene Anleitung zum eigenen Nachdenken über

geschichtliche Zusammenhänge, die sich keineswegs auf Deutschland beschränkten. Professor Wetzel verstand es, Geschichte so lebendig darzustellen, dass man sie miterleben konnte wie Zeitgeschichte, ja, wie Politik. Auch die damalige Tagespolitik wurde uns durch die Diskussion von Zeitungsartikeln und Besuche in der Bürgerschaft vermittelt. Die Weimarer Republik und die demokratische Verfassung waren selbstverständliche Grundlagen dieses ‚staatspolitischen Unterrichts‘.“<sup>5</sup>

Das Schulleben, vielfältige kulturelle Aktivitäten und schriftliche Überlieferungen der Geschichte des Wilhelm-Gymnasiums sind mit der Person Paul Wetzel verbunden.

Seit Ostern 1921 war das Wilhelm-Gymnasium eine „Doppelanstalt“: Humanistisches Gymnasium und Deutsche Oberschule mit gemeinsamem Unterbau, der sich nach zwei Jahren in die beiden obigen Züge gabelte. „Die Initiatoren der neuen Schulreform waren Professor Dr. Wetzel und Ulrich Peters, der spätere Leiter der pädagogischen Akademie Kiel. Unter nächster Anteilnahme der Elternschaft, geführt von dem langjährigen und erfahrenen Elternrat-Vorsitzenden, dem jetzigen Altbürgermeister Herrn Rudolf Petersen, begann nun ein reges Planen und Organisieren an unserer Anstalt.“<sup>6</sup> So vermerkte es die Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums. Und über Paul Wetzel hieß es:

„Sein Nachfolger wurde Ostern 1926 Dr. Paul Wetzel. Mit ihm begann nun wieder eine glückhafte Zeit am Wilhelm-Gymnasium. Es kam wieder Wind in die Segel. Paul Wetzel, in seiner temperamentvollen Art, der durch die strenge Schule Schulpfortas gegangen war, war so recht geeignet, beiden Schulformen und ihren Belangen gerecht zu werden.“<sup>7</sup>

In der Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums hatte Paul Wetzel die Geschichte der Schule ausführlich dargestellt. So schrieb er:

„Die staatsbildende, organisatorische Kraft der Römer ist, wie der Weltkrieg zeigt, Erbteil unseres Volkes geworden; und ihre Sprache, die zwei Jahrtausende die völkerverbindende Sprache der Wissenschaft und der Kirche gewesen ist, ist uns auch heute durchaus nicht so entbehrlich, wie manche meinen. Die griechisch-römische alte Welt, so sehr sie uns anzieht, ist uns heute allerdings nicht mehr das ferne Ideal, das wir mit der Seele suchen. Denn die tiefschürfende Forschung der letzten Jahrzehnte hat uns auch die alten Griechen als Wirklichkeitsmenschen kennengelehrt. Die Antrittsrede des Direktors Gerstenberg (Januar 1919, d. L.) mit der starken Betonung der deutschen Kultur als Bildungsgrundlage enthält bereits die ersten Anregungen zu der späteren Einrichtung des deutschen Zuges neben dem humanistischen.“<sup>8</sup>

Wetzel ging dann dazu über, die Zeit des Ersten Weltkrieges in Bezug auf das Wilhelm-Gymnasium zu reflektieren:



Prof. Paul Wetzel und Schüler am Wilhelm-Gymnasium, 1927

„Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wuchs die Not unseres Volkes, desto größer wurden auch die Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung eines geordneten Schullebens. Aber trotz des Mangels an Lehrkräften konnte durch Mehrbelastung der einzelnen Lehrer doch der gesamte Unterricht erteilt werden, mit Ausnahme allerdings des Turnens. Da die Turnhalle dem Militär eingeräumt war, musste das Turnen leider schon seit Ostern 1915 ausfallen. Immer mehr stellte es sich als ein großer Übelstand heraus, dass in einer Zeit, da staatliche Behörden und Jugendpflegevereinigungen in der Wehrhaftmachung der Jugend wetteiferten, eine höhere Schule die Pflege der Leibesübungen ganz ausschaltete. Da wurde es dankbar begrüßt, als es dem Direktor, der selbst ein begeisterter Freund und eifriger Förderer der Leibesübungen war, Anfang Februar 1916 gelang, wenigstens eine Turnstunde für jede Klasse und zwei Kürturnstunden für die oberen Klassen einzurichten. Immer stärker wurden mit jedem neuen Kriegsmonat, mit jedem neuen Kriegsjahre auch die Schulen in die allgemeine Not des Volkes hineingezogen, und bereitwillig brachten sie die Opfer, die das Vaterland auch von ihnen forderte. Schüler, die sich waffenfähig fühlten, verließen nach Ablegung der Notreifepfung die Schule, um immer und immer wieder als Freiwillige ins Heer einzutreten oder als Jungmannen landwirtschaftliche Arbeit freudig auf sich zu nehmen. Vier Jahre hat das stolze Heer mit ungebrochener Kraft in heldenmütigstem Abwehrkampf gegen eine Welt von Feinden standgehalten, vier Jahre hat die Heimat in Entbehungen,



Leid und Hunger ausgeharrt, da erlahmten im Spätsommer 1918 die Schwingen, da brach die Widerstandskraft unseres tapferen Volkes und Heeres zusammen: ein sterbender Löwe wich das deutsche Heer fechtend Schritt für Schritt vor der gewaltigen Übermacht der Feinde ohne Ruhe und Schlaf zurück; ein Waffenstillstand setzte dem Blutvergießen am 11. November ein Ende. Graue Novemberschleier legten sich trauernd um diesen Abschluss eines vierjährigen heroischen Ringens, eines Ringens, das in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat. Schwere Blutopfer hatte in diesem gewaltigsten aller Kriege auch unser Wilhelm-Gymnasium gebracht: die Namen von 157 Schülern und vier Lehrern sind auf der goldenen Gedächtnistafel unseres Gefallenendenkmals im Lichthof eingeschnitten.“<sup>9</sup>



Paul Wetzel, 1929

Am 22.4.1931 hielt Oberstudiendirektor Prof. Paul Wetzel die Festrede zum Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums: „Die Wurzeln der deutschen Bildung.“ Das „Hamburger Fremdenblatt“ schrieb dazu am 23.4.1931:

„Dr. Wetzels Festrede war eine groß angelegte, wissenschaftlich tief fundierte Abhandlung über die Synthese des antiken und deutschen Humanismus, wie sie heute den Wesenszug des Lehrplanes am Wilhelm-Gymnasium bildet. Es mag in den letzten zehn Jahren Zweifler und Gegner genug gegeben haben, die das humanistische Gymnasium für einen Anachronismus hielten, die aus der Erwägung heraus, dass man mit dem Lateinischen und

Griechischen im Leben ‚ja doch nichts anfangen‘ könne, vom unabwendbaren Untergang des Gymnasiums als einer eben nicht mehr zeitgemäßen Schulform überzeugt waren. Aber die Tatsache, dass das Wilhelm-Gymnasium gerade in den letzten zehn Jahren mancherlei Schwierigkeiten überwunden hat, dass die Schule heute in ihrer Arbeit stark und zielbewusst, fördernd und spendend wie je dasteht, mag beweisen, dass die humanistische Schule nicht nur Vergangenheit, sondern auch eine hoffnungsvolle Zukunft hat. In seinen beiden Lehr-Zügen will das Wilhelm-Gymnasium eine bewusst humanistische und eine bewusst deutsche Schule sein und bleiben, Deutschtum und Antike miteinander verbinden. So, wie es unzählige große Geister vergangener Epochen in Deutschland in ihrem eigenen Leben beispielgebend gemacht haben. Die Wesensverwandtheit des Deutschen mit dem Griechen der Antike ist immer noch stark genug, um die Synthese dieses Wesens und dieses Geistes zu tragen und sie zu innerem Reichtum zu gestalten. Der hohe Idealismus der Festrede konnte nicht besser zusammengefasst werden als in dem Schlusssatz Dr. Wetzels: ‚Platonischer Eros, griechische Paideia, Bildung im Sinne Humboldts und Goethes, das sind die Leitsterne der Erziehungs- und Unterrichts-Arbeit am Wilhelm-Gymna-

sium. Mögen der Schule stets treue Lehrer und Schüler beschieden sein, die ihr durch ein Leben in Wahrheit, Reinheit und Kraft ritterlich dienen!“<sup>10</sup>

Uwe Schmidt kommentierte Wetzels Rede folgendermaßen:

„Das eigentliche Defizit dieser Rede und manch anderer Bekundung zur Deutschen Oberschule ist darum die Tatsache, dass ihr vollkommen der Bezug zur politischen Wirklichkeit in der Gestalt der demokratischen Republik von Weimar fehlte. Antike und Deutschtümelei waren damit Möglichkeiten, sich der Inanspruchnahme durch die Demokratie zu entziehen durch ‚Flucht in die Idee‘.“<sup>11</sup>

Solche Reden werden zu dieser Zeit und erst recht danach vermutlich an den meisten höheren Schulen gehalten worden sein.

Paul Wetzel trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, gleichzeitig in den NSLB. Später wurde er auch Mitglied in der NSV (1936), im Reichskolonialbund (1941) und im NS Altherrenbund.<sup>12</sup>

Das hinderte die NS-dominierte Schulverwaltung nicht daran, bei dem Revirement der Schulleitungsfunktionen im Bereich der höheren Schulen Paul Wetzel zum Sommer 1933 mit der Leitung der Aufbauschule (später Richard-Wagner Schule) zu betrauen und ab 1938 als Schulleiter an die Oberschule für Jungen und Mädchen Alstertal zu versetzen.<sup>13</sup>

Paul Wetzel stellte das nach Ende der NS-Herrschaft als eine Disziplinarmaßnahme dar, aus meiner Sicht absurd, weil er weiter Oberstudiendirektor blieb und auch ein enges Verhältnis beispielsweise zu dem für die höheren Schulen wichtigen Oberschulrat Walter Behne hatte.<sup>14</sup>

Gemeinsam mit Walter Behne war Paul Wetzel auch als Herausgeber Deutscher Lesebücher für Oberschulen in Hamburg tätig, die sich sicherlich auch honorarmäßig als einträglich erwiesen. Hier teilte er sich die Herausgeberschaft auch noch mit dem Oberstudiendirektor Bruno Peyn<sup>15</sup> und den Lehrern Wolfgang Jünemann<sup>16</sup> und Alexander Mrugowski. Mit diesen Schulbüchern wurde ideologisch vorgegeben, was Hamburger Gymnasiasten lernen sollten. Neben Klassikern der deutschen Literatur wurde die nationalsozialistische Bewegung um den „Führer Adolf Hitler“ in Szene gesetzt. Etwa durch Gedichte von Baldur von Schirach im Abschnitt: „Aus dem großen Kriege und der Kampfzeit“.<sup>17</sup>

Der Jugendführer der NSDAP dichtete:

Den Soldaten des großen Krieges  
Sie haben höher gelitten, als Worte sagen.  
Sie haben Hunger, Kälte und Wunden  
schweigend getragen.  
Dann hat man sie irgendwo gefunden:

verschüttet, zerschossen oder zerschlagen.  
Hebt diesen Toten hoch zum Gruß die Hand!  
Sie sind so fern vom Vaterland gefallen,  
die Türme aber ihrer Treue tragen  
uns allen, allen  
mitten im Land.

Baldur von Schirach<sup>18</sup>

Ein anderes Werk dieses Dichters:

Das ist an ihm das Größte ...  
Das ist an ihm das Größte, daß er nicht  
nur unser Führer ist und vieler Held,  
sondern er selber, grade, fest und schlicht,  
daß in ihm ruh'n die Wurzeln uns'rer Welt  
und seine Seele an die Sterne strich  
und er doch Mensch blieb, so wie du und ich ...<sup>19</sup>

Die Nationalpolitische Sammlung im Verlag Moritz Diesterweg war nicht besser. Sie verfolgte dasselbe Ziel. Herausgeber: Walter Behne, Bruno Peyn und Paul Wetzel. Dort wurden unter anderem Schriften des jungen nationalsozialistischen Hamburger Aktivisten Wolfgang Jünemann verlegt. Ein weiterer verblendeter Propagandist nationalsozialistischer Ideologie.<sup>20</sup>

Paul Wetzel war sicherlich ein Profiteur des Nationalsozialismus, auch wenn er schon während der Weimarer Republik zum Oberstudiendirektor befördert worden war. Er hatte auch schon am 17.11.1931 den Titel Professor verliehen bekommen als Leiter eines Schulseminars.<sup>21</sup>

Als Oberstudiendirektor der Oberschule Alstertal, die als „besonders bedeutende höhere Schule“ anerkannt worden war, wurde er in die Besoldung A 1 b übergeleitet.<sup>22</sup>

Am 9.5.1939 verlieh man ihm das Treuedienst-Ehrenzeichen zum 40-jährigen Dienstjubiläum.<sup>23</sup>

Nach Ende der NS-Herrschaft wurde Paul Wetzel am 27.6.1945 beurlaubt und am 13.10.1945 mit Unterschrift von Bürgermeister Rudolf Petersen in den Ruhestand versetzt.<sup>24</sup>

Paul Wetzel hatte seinen Entnazifizierungsfragebogen am 16.7.1945 ausgefüllt und eingereicht mit der Bemerkung: „Da ich mein gesamtes Hab und Gut,

einschließlich meiner Personalpapiere bis auf einen Koffer durch Bombenangriffe 1943 verloren habe, kann ich die Angaben nur aus dem Gedächtnis machen.“<sup>25</sup>

Bemerkenswert sind die „Ergänzenden Bemerkungen zu meiner im dienstlichen Interesse erfolgten Versetzung vom Jahre 1933“, die zeigten, welche Verletzung Paul Wetzel mit sich getragen hatte, aber auch wie absurd zu diesem Zeitpunkt die Konstruktion einer Verfolgung durch die Nationalsozialisten war. Wetzel schrieb handschriftlich mit Bezug auf den ehemaligen Elternratsvorsitzenden Rudolf Petersen, der jetzt, nach 1945, Erster Bürgermeister in Hamburg war:

„Im Jahre 1926 wurde ich von dem Lehrerkollegium des Wilhelm-Gymnasiums einstimmig zum Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums gewählt. Eine schwierige, aber pädagogisch sehr reizvolle Aufgabe war hier zu lösen. Das Wilhelm-Gymnasium war seit einigen Jahren eine Doppelanstalt: neben dem althumanistischen Zug war ein deutsch-humanistischer Zug begründet worden, der noch in der Entwicklung war. Es galt nun, beide Züge innerlich so zu verschmelzen, dass daraus ein einheitlicher Bildungsorganismus entstand, der beseelt sein sollte von einem Geist, der ebenso sehr als deutsch – humanistisch wie als humanistisch – deutsch anzusprechen war. Eine Aufgabe, die mir als ehemaligem Abiturienten der berühmten Landesschule Pforta besonders liegen musste und deren Lösung mir das Kollegium zutraute. Mit Ulrich Peters, der Ostern 1926 zum Direktor der Pädagogischen Akademie in Kiel ernannt worden war, hatte ich mich auf zahlreichen pädagogischen Tagungen in Deutschland, Tagungen des Historiker- und Geschichts-Lehrerverbandes und der Gesellschaft für deutsche Bildung für diese Ideen eingesetzt. Im Jahre 1929 führte ich die erste Oberprima des neuen Zuges, die ich neben meiner Schulleitertätigkeit auch als Klassenlehrer und Fachlehrer des Deutschen und der Geschichte betreut hatte, zur Reifeprüfung. Die Prüfung fand in Gegenwart mehrerer Schulaufsichtsbeamten statt; neue Methoden der Prüfung wurden durchgeführt. Das Ergebnis war auf der ganzen Linie hervorragend und fand die höchste Anerkennung der Schulverwaltung. Im Jahre 1931 beging das Wilhelm-Gymnasium das Jubiläum seines 50-jährigen Bestehens. Im Festakt auf dem Lichthof konnte ich Rechenschaft ablegen über die geleistete Arbeit und den ungeheuren Aufschwung, den die junge Doppelanstalt in den letzten Jahren genommen hatte. Die Schülerziffer war noch niemals so hoch gewesen wie jetzt: ein einsatzbereites Lehrerkollegium arbeitete mit Begeisterung und Hingabe an der neuen Bildungsaufgabe. In einer umfangreichen Festschrift, die ich herausbrachte, konnten wir die Früchte unserer Arbeit, Wege und Ziele der Schule, der weitesten Öffentlichkeit unterbreiten.

Die Schulverwaltung, die mich stets bereitwillig unterstützt hatte, versagte mir ihre Anerkennung nicht; sie bot mir als Zeichen ihrer Anerkennung einen mehrmonatigen Urlaub für eine Studienreise nach Frankreich, Italien und Griechenland

an. Während der ganzen Zeit meiner Schulleitertätigkeit hatte mich auch in tatkräftiger Weise unterstützt der langjährige Vorsitzende des Elternrates, Herr Rudolf Petersen, der heutige erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg; mit ihm habe ich sieben Jahre als Leiter der Anstalt in bester Harmonie zum Wohle der Schule gearbeitet.

Da kam das stürmische Jahr 1933. Am Wilhelm-Gymnasium hatte sich in den letzten Monaten eine kleine sehr aktive radikal politische nationalsozialistische Zelle gebildet, die unter der Führung des in seiner Haltung sehr ungezügelten aber äußerst aktivistischen Dr. Hans Rösch<sup>26</sup> stand. Allmählich setzte ein systematisches Kesseltreiben gegen meine Person ein. Es kamen die kritischen Tage, in denen an maßgebenden politischen Stellen über die neue Reichsflagge entschieden werden sollte. Ich hatte mit meinem Kollegium und dem Schülerrat strengste Disziplin und Zurückhaltung in dieser Angelegenheit vereinbart. Da fand sich ein Kollege, der erst vor nicht zu langer Zeit aus dienstlichen Gründen von der Lichtwarkschule an das Wilhelm-Gymnasium versetzt worden war, Herr Dr. Paul Albrecht, brach die getroffenen Abmachungen, erbrach mit einigen Schülern die Tür zum Dachboden und hisste auf dem Dach die Hakenkreuzflagge. Als mir das gemeldet wurde, ließ ich die Flagge sofort wieder einziehen. In einer sogleich einberufenen Konferenz fragte ich, wer der Schuldige sei; der betreffende Herr hatte jedoch nicht den Mut, sich zu melden. Erst unter dem Druck der Kollegen kam er nach einigen Tagen zu mir und bekannte sich kleinlaut schuldig. Natürlich wurde die Angelegenheit von den Aktivisten sofort dem ‚Hamburger Tageblatt‘ übermittelt, und ich wurde in der Zeitung entsprechend angerempelt. Außerdem erschienen Vertreter der Ortsgruppe in meinem Amtszimmer und machten mir eine heftige Szene.

Die mir befreundeten und treugesinnten Kollegen – es war die große Mehrzahl – rieten mir nun dringend, mich jetzt zum Eintritt in die Partei zu melden, damit ich meinen Gegner auf ihrem Boden entsprechend entgegentreten könnte und so dem Wilhelm-Gymnasium als Leiter erhalten bliebe. Ich meldete mich zum 1. Mai 1933, dem letzten Aufnahmetermin, für den Eintritt in die Partei. Es stellte sich jedoch schon bald heraus, dass dieser Schritt doch nicht den gewünschten Erfolg haben sollte. Herr Dr. Rösch benutzte seine persönlichen Beziehungen zu Herrn Oberschulrat Dr. Behne, dessen Bundesbruder er war, um weiter tatkräftig gegen mich zu arbeiten. Das Ergebnis war, dass ich im Juni 1933 mein Amt als Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums verlor und als Leiter an die Aufbauschule versetzt wurde. Als mir damals Herr Oberschulrat Behne in seinem Amtszimmer auseinandersetzte, dass ich am Wilhelm Gymnasium untragbar sei und meine Versetzung im dienstlichen Interesse notwendig sei, habe ich – die Situation ist mir heute noch so lebendig wie damals, auf den Tisch geschlagen, dass die Tinte spritzte.

Es waren also bei dieser Versetzung aus dienstlichen Gründen lediglich parteipolitische Erwägungen maßgebend gewesen, ohne Rücksicht auf meine der Öffentlichkeit bekannten Leistungen in pädagogischer, wissenschaftlicher und schulorganisatorischer Hinsicht. Materielle Schädigungen hatten mich allerdings nicht betroffen; aber ich habe jahrelang seelisch schwer gelitten unter dieser Versetzung: war doch meine Lebensarbeit, im Dienste der neuen Schulform am Wilhelm-Gymnasium zu wirken, zertrümmert. Die von Ulrich Peters und mir herausgegebenen Lehrbücher und Unterrichtsmittel wurden übrigens verboten und von parteiamtlichen Instanzen auf die Liste verbotener Schulbücher gesetzt.

Jahre lang war ich verbittert und hielt mich in pädagogischen und schulpolitischen Fragen vollständig zurück. Erst als die Schulverwaltung mir immer deutlicher zu verstehen gab, dass sie auf meine pädagogischen Erfahrungen und meine Arbeitskraft nicht verzichten wollte, habe ich wieder angefangen, mich stärker für die Belange der höheren Schule einzusetzen, zumal auch mein alter Verlag Moritz Diesterweg in Frankfurt am Main mich dazu ermunterte.

Ich habe dabei übrigens nie unterlassen, für die Stärkung der Autorität von Schule und Elternhaus als den wichtigsten Erziehungsmächten einzutreten, sei es in Direktorenversammlungen, sei es in literarischer Betätigung, was zum Beispiel mein Aufsatz über Schulpforta in der Zeitschrift ‚Das Gymnasium‘ beweist; denn in Schulpforta hatte ich den Segen eines sachlich und konzentriert arbeitenden Schultyps am eigenen Leibe erfahren.“<sup>27</sup>

Paul Wetzel ergänzte noch: „Herr Rudolf Petersen, den ich nach meiner Versetzung an die Aufbauschule besuchte, gab seiner Entrüstung über die Versetzung ebenfalls Ausdruck, wunderte sich allerdings nicht, dass es der Gruppe um Dr. Rösch gelungen war, mich zu beseitigen. Auch er kannte Herrn Dr. Rösch genau, da dieser ebenfalls Mitglied des Elternrates war. Es ist mir in der Seele zuwider, mich mit Minderwertigkeit, wie sie mir in dem Verhalten der Herren Dr. Rösch und Dr. Albrecht entgegengetreten waren, zu befassen; aber meine Freunde haben mir energisch geraten, diese Angelegenheit doch noch einmal darzulegen.“<sup>28</sup>

Aus meiner Sicht ist dies ein aufgebauschter Einzelfall, wobei ich in der Biografie von Hans Rösch aufgezeigt habe, dass es sich bei diesem um einen ziemlich eigenwilligen und aktionistischen Nationalsozialisten handelte, der insbesondere gegenüber dem Nachfolger von Paul Wetzel als Schulleiter, Bernhard Lundius, übel agiert hatte. Das mindert aber in keiner Weise die Verstrickung mit dem Nationalsozialismus von Paul Wetzel, der nachweislich zu Oberschulrat Walter Behne ein enges Arbeitsverhältnis bei der Herausgabe mehrerer Schulbücher pflegte.

Paul Wetzel schrieb am 20.1.1947, nachdem er schon lange pensioniert war, noch einen persönlichen, handschriftlichen Brief an den nicht mehr im Amt be-

findlichen Bürgermeister Rudolf Petersen, den dieser einen Tag darauf an Senator Landahl weiterleitete. Auch ein Dokument, das nur in der Entnazifizierungsakte von Paul Wetzel zu finden ist. Wetzel bat seinen ehemaligen Elternratsvorsitzenden Petersen um Unterstützung in einer persönlichen Angelegenheit. Bei den Fliegerangriffen im Juli 1943 hatte er seine sechseinhalb Zimmer-Wohnung in der Hartwicusstraße und sein „gesamtes Hab und Gut verloren und teile seitdem das Schicksal der zahlreichen Volksgenossen, die – heimatlos und behelfsmäßig untergebracht – doch überall nur knapp als unerwünschte Eindringlinge geduldet sind“. Nun habe er „auf Anweisung des Wohnungsamtes“ die Anordnung einer Umquartierung bekommen, die er auf das Betreiben des Hausbesitzers zurückführte, mit dem er seit längerer Zeit in einer heftigen Auseinandersetzung sei. Dieser habe Wetzel gegenüber mündlich und auch schriftlich behauptet, dass Wetzel als Schulleiter der Oberschule Alstertal „den Schüler Holm ins KZ gebracht habe“.<sup>29</sup>

Das ganze Schreiben zeigt Paul Wetzel als streitbaren Zeitgenossen, der nicht nur mit dem Hauswirt, sondern auch der bisherigen Inhaberin der Wohnung, bei der Wetzel mit seiner Frau untergebracht war, „in heftigen Spannungen“ lebte, wie er selbst schrieb. Dem handgeschriebenen achtseitigen Brief hatte Paul Wetzel noch neun Seiten mit Dokumenten beigelegt und eine zusammenfassende Darstellung, worum es bei dem „Fall Holm“ gegangen sei. Wetzels Schilderung:

„Auch im Falle Holm haben mich lediglich pädagogische Gesichtspunkte geleitet. Es handelte sich im Falle Holm um schwere moralische Belastungen, die für eine zweigeschlechtliche Doppelanstalt, eine Jungen- und Mädchenschule unter einem Dach, untragbar waren. Eines Tages brachte Holm eine Sammlung sittlich anstößiger Gedichte, mit Schreibmaschine geschrieben und mit entsprechenden Illustrationen dazu in die Schule, die in dem Kreise von Jungen und Mädchen um Holm fabriziert waren. Die Blätter wurden auf dem Korridor mit sichtlicher Freude und Begierde betrachtet. Auf einem Inspektionsgang durch die Korridore kam ich dazu und konfiszierte die Blätter. Es stellte sich dabei heraus, dass sich die Schüler und Schülerinnen nicht nur in Elternhäusern, sondern auch in einer Wirtschaft in Eppendorf zu regelmäßigen Tanzabenden mit Alkohol und Zigaretten zusammengefunden hatten. Diese Zusammenkünfte hatte Holm in die Wege geleitet. Ich habe pflichtgemäß und pädagogisch verantwortungsvoll die beschlagnahmten Gedichte und Zeichnungen, weil die Angelegenheit über meine Kompetenz als Direktor hinausging, da es sich um Verstöße außerhalb der Schule in der Öffentlichkeit handelte, mit einem Bericht über ein Verhör der Beteiligten an meine vorgesetzte Dienststelle, die Schulverwaltung, weitergeleitet; dazu war ich, unabhängig von jedem politischen Charakter einer Schulbehörde, ausschließlich wegen der sittlichen Gefährdung der Jugend, pädagogisch und dienstlich verpflichtet.“<sup>30</sup>

Weiter schrieb Wetzel noch, dass „der Schüler Holm englische Schallplatten mit in die Schule gebracht habe, deren Abspielen von der damaligen Schulverwaltung untersagt war“. Holm habe auch Konflikte mit einem „eifrigen Mitglied der HJ gehabt, der die Schallplatten zerbrochen habe und eine hochpolitische Aktion daraus machen wollte“.<sup>31</sup>

Offenbar agierte Schulleiter Paul Wetzel hier im Kontext einer von Oberschulrat Albert Henze durchgeführten Aktion gegen Mitglieder der Swing-Jugend, die ich in der Biografie Henze ausführlicher beschrieben habe.<sup>32</sup> Henze hatte in den Jahren 1941 und 1942 mehrere Schulleitersitzungen im Bereich der höheren Schulen für eine Kampagne gegen Mitglieder der Swing-Jugend durchgeführt, in deren Folge mehrere Schülerinnen und Schüler gemeldet und verhaftet und zum Teil auch in Haft und sogar ins KZ gebracht wurden.

Aus einem von Paul Wetzel beigelegten Schreiben des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, SD-Leitabschnitt Hamburg vom 27.11.1942 stand unter „Betrifft“:  
„Swing-Jugend/hier: Veranstaltung von Hausbällen durch Schüler (innen) der Oberschule für Jungen und der Oberschule für Mädchen im Alstertal.“

Darin wurde festgehalten: „Wenn auch die Vorgänge nach den von den Schulleitern aufgenommenen Protokollen keine ausgesprochen politischen Hintergründe zu haben scheinen, sondern mehr eine allgemeine Verwahrlosung der Jugendlichen infolge mangelhafter Aufsicht der Eltern erkennen lassen, wurde von hier aus eine weitere Vernehmung durch die Geheime Staatspolizei angeregt, zumal einige der in den Protokollen aufgeführten Jugendlichen hier bereits einschlägig bekannt geworden sind. Für den Jugendlichen Norbert Holm, der nach dem Protokoll als der Spiritus rector der ganzen Veranstaltungsreihe anzusehen ist, wäre nach hiesigem Ermessen aus Gründen der sittlichen Gefährdung weiterer Schülerkreise und der Autorität eine Verweisung von der jetzigen Schule unerlässlich“, zeichnete der „SS-Standartenführer Sonden“.<sup>33</sup> Darunter hatte Oberschulrat Walter Behne vermerkt:

„Aufgrund der Eingabe der Oberschule für Jungen Alstertal, die von der Schulverwaltung, der HJ und dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD-Leitabschnitt Hamburg, wurde entschieden, den Schülern Norbert Holm sofort von der Schule zu verweisen und ihm nicht den Reifevermerk zu erteilen.“<sup>34</sup>

Die Schulsekretärin der Oberschule Alstertal, Luise Pankow, die dem Oberstudiendirektor Prof. Wetzel ein Leumundszeugnis geschrieben hatte, vermerkte: „Nur bei Verstößen gegen eine anständige und saubere Schulzucht konnte er sehr in die Fahrt kommen.“<sup>35</sup>

Diese Geschichte holte Paul Wetzel offenbar in seiner Wohnangelegenheit im Erdkampsweg 55 ein, wobei er eine Intrige der Ehefrau eines ehemaligen Kollegen



der Schule Alstertal dahinter vermutete. Bürgermeister Rudolf Petersen hatte das Schreiben an Senator Landahl weitergeleitet und dieser beauftragte Oberschulrat Heinrich Schröder damit, die Angelegenheit zu überprüfen. Schröder schrieb am 6.2.1947 an Rudolf Petersen:

„Herr Senator Landahl hat mich gebeten, Ihnen folgendes mitzuteilen: Bei dem Gesuch von Professor Dr. Wetzel, dass Sie ihm übersandt haben, handelt es sich nicht um die Folgen irgendeiner politischen Denunziation, wie Herr Dr. W. vermutet, sondern um die Ausführung einer Verordnung zur besseren Ausnutzung des Wohnraumes. Dr. Wetzel ist Untermieter in einer Wohnung, deren Hauptmieter jetzt ausgezogen ist, so dass die Wohnung freigeworden ist. Da Herr Wetzel Parteigenosse von 1933 war, kann er nach den Bestimmungen nicht Hauptmieter werden. Seine Bitte um erweiterten Wohnraum zum Zwecke seiner wissenschaftlichen Arbeit kann bei der heutigen Wohnungsnot nicht entsprochen werden. Infolgedessen ist seine Umquartierung in Aussicht genommen. Die endgültige Entscheidung steht allerdings noch aus.“<sup>36</sup>

Aus meiner Sicht ist Paul Wetzel, der am 13.10.1945 mit der vollen Pension eines Oberstudiendirektors in den Ruhestand geschickt wurde, erstaunlich glimpflich entnazifiziert worden. Weniger günstig sah es mit seiner Gesundheit aus. Nach längerer Krankheit starb er am 29.1.1950. Und zum Schicksal der Familie gehörte auch, dass der Sohn erst im Jahre 1949 aus jahrelanger polnischer Kriegsgefangenschaft krank und arbeitsunfähig nach Hamburg zurückkehrte.<sup>37</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Wetzel, StAHH, 361-3\_A2587
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Dienstbefreiung 1926,1927 und 1929, Personalakte a. a. O.
- 5 Gösta von Uexküll: Der deutsche Zug des Wilhelm-Gymnasiums, in: Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981. Eine Dokumentation über 100 Jahre Wilhelm Gymnasium, Hamburg 1981, S. 118.
- 6 Festschrift: Das Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1956, S. 14f.
- 7 Ebd., S. 15.
- 8 Paul Wetzel: Geschichte des Wilhelm-Gymnasiums. 1881–1931. Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Wilhelm-Gymnasiums zu Hamburg, S. 26.
- 9 Ebd., S. 26f.
- 10 „Hamburger Fremdenblatt“ vom 23.4.1931. Abgedruckt auch in der Festschrift 100 Jahre Wilhelm Gymnasium, a. a. O.
- 11 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute. Hamburg 1999, S. 241.
- 12 Entnazifizierungsakte Wetzel, StAHH, 221-11\_Ed 1063
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Siehe die Biografie Walter Behne, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 457 ff.

- 15 Siehe die Biografie Bruno Peyn, in: de Lorent 2016, S. 480ff.
- 16 Siehe die Biografie Wolfgang Jünemann, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 600ff.
- 17 Deutsches Lesebuch für Oberschulen und Gymnasien, 1. Band, 4. Auflage Hamburg 1944.
- 18 Deutsches Lesebuch für Oberschulen und Gymnasien, a. a. O., S.257
- 19 Deutsches Lesebuch für Oberschulen und Gymnasien, a. a. O., S.292
- 20 Siehe z. B.: Wolfgang Jünemann: Um der Freiheit Willen, Frankfurt/M. 1938.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Siehe die Biografie Hans Rösch, in: de Lorent 2016, S. 768ff.
- 27 Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Schreiben von Paul Wetzel an Bürgermeister Rudolf Petersen vom 20.1.1947, Personalakte a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Siehe die Biografie Albert Henze, in de Lorent 2016, S. 162.
- 33 Schreiben vom SD-Leitabschnitt Hamburg vom 27.11.1942, Anlage des Schreibens von Paul Wetzel an Rudolf Petersen, Personalakte a. a. O. Auf diesem Schreiben war auch vermerkt, dass es dazu eine Rücksprache zwischen Oberschulrat Walter Behne und dem Sachbearbeiter des Sicherheitsdienstes, Dr. Hellmuth Messerschmidt, gegeben hatte. SS-Mann Messerschmidt war während des Krieges zum Sicherheitsdienst gekommen und hatte seine Arbeit dort im Entnazifizierungsverfahren bagatellisiert als Schreibtätigkeit zu unpolitischen Themen. Hier ist ein Beleg, dass es dabei auch um ganz andere, brisante und folgenreiche Fragen ging. Siehe die Biografie Messerschmidt, in de Lorent 2016, S. 759ff.
- 34 Vermerk von Walter Behne, Personalakte a. a. O.
- 35 Anlage zum Schreiben von Paul Wetzel an Rudolf Petersen, Personalakte a. a. O.
- 36 Schreiben vom 6.2.1947, Personalakte a. a. O.
- 37 Personalakte a. a. O.

## Max Bonz

**„Der Widerstand gegen eine aktive Mitarbeit in der Partei war für mich umso schwieriger, als die Geschäftsstelle der Partei direkt neben meiner Wohnung lag und jede meiner Handlungen kontrolliert wurde.“**

Einer derjenigen, die am 1.5.1933 in die NSDAP eintraten und daraufhin im Bereich der höheren Schulen eine Stellvertretende-Schulleiter-Stelle bekamen, war Max Bonz. Nach Ende der NS-Herrschaft behauptete er, kein Profiteur des Nationalsozialismus gewesen zu sein und führte Beispiele an, wie in anderen Entnazifizierungsverfahren auch, dass er seiner christlichen Überzeugung treu geblieben sei und stets in Auseinandersetzung mit der NSDAP und der HJ gestanden habe. Wie viele andere auch wurde er als Studientrat nach einer relativ kurzen Phase der Überprüfung wieder in den Schuldienst übernommen.

Max Bonz wurde am 12.11.1887 in Potsdam geboren. Zum „Stand des Vaters“ gab er in einem Fragebogen 1951 an: „Lederzurichtereibesitzer“.<sup>1</sup>

Auch von Max Bonz ist keine Personalakte mehr erhalten, sodass sein Werdegang mithilfe anderer Quellen rekonstruiert werden muss.

Max Bonz hatte seine Schulausbildung mit dem Abitur an der Oberrealschule in Berlin-Steglitz abgeschlossen, anschließend an der Universität in Berlin Mathematik, Physik und Chemie studiert und am 29.1.1912 die erste Staatsprüfung abgelegt. 1912 wurde auch seine Untauglichkeit für den Kriegsdienst festgestellt.

Max Bonz war verheiratet und hatte zwei Kinder.<sup>2</sup> In der Zeit der Weimarer Republik gehörte er dem schleswig-holsteinischen Philologenverein für die höheren Schulen an. In seinem Entnazifizierungsfragebogen vermerkte er, 1908–1909 der Christlich-sozialen Partei angehört zu haben.<sup>3</sup>

Eine feste Anstellung fand Max Bonz am 1.4.1914.<sup>4</sup>

Am 1.5.1933 trat Bonz in die NSDAP ein, in der er zeitweise als Blockleiter fungierte. Mitglied im NSLB wurde er ebenfalls 1933, dem VDA gehörte er seit dem 1.11.1933 an.<sup>5</sup> Auf der Liste der Schulleitungen, die der neue Schulsenator Karl Witt im Sommer 1933 vorlegte, war Max Bonz als Stellvertretender Schulleiter der Charlotte-Paulsen-Schule verzeichnet.<sup>6</sup> Der Zusammenhang zwischen dem Parteieintritt und der Benennung als stellvertretender Schulleiter wurde damit augenscheinlich.

Am 12.9.1945 wurde Max Bonz von Schulsenator Heinrich Landahl suspendiert, am 23.11.1945 entlassen.<sup>7</sup> Bonz hatte in seinem Entnazifizierungsfragebogen am 30.11.1945, der von OSR Heinrich Schröder als Zeuge gegengezeichnet war, seine

Mitgliedschaften aufgelistet. Darin notierte er auch, am 1.8.1939 zum Oberstudienrat befördert worden zu sein, als der amtierenden Schulleiter, Walter Lohse in den Krieg zog und Max Bonz die Schule bis Mai 1945 kommissarisch leitete.<sup>8</sup>

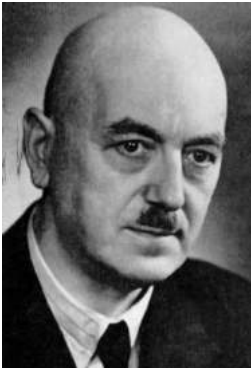
Überraschend war dabei die Haltung von Heinrich Schröder. Am 10.7.1946 verfasste er ein Gutachten über Bonz, in dem es hieß:

„Herr Bonz trat bereits 1933 in die Partei ein. Damals glaubte er an den Nationalsozialismus. 1934–1935 war er sogar aktiv als Blockleiter tätig. Ob seine Beförderung zum Oberstudienrat 1939 auf politische Zuverlässigkeit oder auf seine fachliche und pädagogische Tüchtigkeit zurückzuführen ist, ist nicht festzustellen. Auf jeden Fall hat er in religiöser Beziehung, wie aus dem Gutachten hervorgeht, keine nationalsozialistischen Ansichten vertreten und sich auch in seinem Amt duldsam und tolerant gezeigt. Er ist zur Gruppe der Mitläufer zu rechnen. Darum wird als Sühnemaßnahme die Versetzung in das Amt des Studienrats vorgeschlagen und, da er ein besonders tüchtiger Lehrer ist, auch seine Wiederbeschäftigung in diesem Amt.“<sup>9</sup>

Möglicherweise war Max Bonz Heinrich Schröder bekannt gewesen. Der Berufungsausschuss unter Vorsitz von Clara Klabunde folgte am 7.8.1946 der Auffassung des Personalreferenten nicht und lehnte die Berufung ab. Er begründete das damit, dass Bonz schon am 1.5.1933 Parteigenosse war, Blockleiter 1934/35 sowie Mitglied in drei anderen nationalsozialistischen Organisationen. Weiter hieß es:

„Als politischer Leiter und Pg. von 33 müsste Bonz besonders überzeugende Entlastungserklärungen beibringen. Er bringt aber vor allen Dingen Erklärungen, die seine kirchliche Einstellung und seine pädagogische Befähigung nachweisen. Mit seiner politischen Einstellung befassen die Entlastungserklärungen sich kaum. Bonz war 33 bereits fest angestellt, brauchte also wirtschaftliche Befürchtungen nicht zu haben. Er ist auch 39 zum Oberstudienrat ernannt worden, was immerhin politische Zuverlässigkeit voraussetzte. Daher kann die Wiedereinstellung nicht befürwortet werden.“<sup>10</sup>

Tatsächlich waren die eingereichten Leumundszeugnisse sehr positiv, was die Persönlichkeit und den „menschlichen Charakter“ von Max Bonz betraf. So schrieb Pastor Bernhard Bothmann am 22.11.1945, dass Bonz „bewusst kirchlich eingestellt war und sich manches Mal im Gegensatz zur NSDAP mutig für die Belange der evangelisch-lutherischen Kirche eingesetzt hat und verschiedene Maßnahmen der Partei scharf missbilligte. Als stellvertretender Direktor des hiesigen Lyzeums, welches auch meine älteste Tochter besucht hat, hat er auch die Jugend im christlichen Sinne unterrichtet und erzogen.“ Bothmann wies auch darauf hin, dass seine Frau „nach den Nürnberger Gesetzen als Volljüdin galt, und Bonz stets freundschaftlich zu uns eingestellt war“.<sup>11</sup>



Max Bonz, 1933

Auch das Kollegium der ehemaligen Oberschule für Mädchen in Wandsbek, jetzt Charlotte-Paulsen-Schule, gab eine Stellungnahme ab mit dem Ziel, dass Max Bonz in sein Amt als Studienrat wieder eingesetzt werden sollte. Realistisch wurde wohl eingeschätzt, dass er nicht wieder Oberstudienrat und stellvertretender Schulleiter werden könnte. Es hieß:

„Wir haben Herrn Bonz in langjähriger Zusammenarbeit als äußerst gewissenhaften, pflichtbewussten Menschen und sehr befähigten Lehrer kennen und schätzen gelernt. In den schwierigen Kriegsjahren hat er als stellvertretender Leiter sich besondere Verdienste um die Schule

erworben. Obwohl Herr Bonz seit dem 1. Mai 1933 Parteimitglied war, hat er nie nationalsozialistische Propaganda betrieben und niemanden seiner Ansichten wegen verfolgt. Er hat auch niemals die beiden einzigen Kolleginnen, die nicht in der Partei waren, zum Eintritt in diese zu veranlassen versucht. Er war etwas über ein Jahr Blockleiter, aber da er aus religiösen Gründen öfter Schwierigkeiten mit dem Ortsgruppenleiter hatte, legte er den Posten nieder. Eine Beförderung zum Zellenleiter lehnte er ab.“<sup>12</sup>

Die Frage ist, welchen Stellenwert eine solche Eingabe hatte, die von 15 Personen des Kollegiums unterschrieben worden war, von denen selbst 13 Personen der NSDAP angehört hatten.

Und welchen Aussagewert hatte das Gutachten der zwischenzeitlichen Oberstudiendirektorin in der Elise-Averdieck-Schule, an der Max Bonz „für nur gut einen Monat als Studienrat tätig gewesen war“, wie Frau Happel-Rohwedder in ihrem Leumundszeugnis vorstellte. Auf dieser knappen empirischen Basis urteilte sie weitreichend:

„Herr Bonz hat sich sehr schnell das volle Vertrauen des Kollegiums und der Schülerschaft erworben. Seine vorbildliche Bescheidenheit und Treue in der Pflichterfüllung, seine natürliche Freundlichkeit, gepaart mit sicherem Wissen gewannen ihm ungewöhnlich schnell unser aller Achtung und Zuneigung. Darum traf uns seine Entlassung aus dem Schuldienst wie ein schwerer Schlag, denn er war in diesen kurzen Wochen schon völlig mit der Schule verwachsen. Wir bedauern es außerordentlich, ihn verloren zu haben umso mehr, als wir vermuten, dass er in den vergangenen Jahren keineswegs besonders aktivistisch in der Partei tätig gewesen ist.“<sup>13</sup>

Vermutungen nach dem einmonatigen Kennenlernen, was sollte ein Entnazifizierungsausschuss damit anfangen?

Max Bonz hatte natürlich auch Stellung genommen und versucht, sich zu er-

klären und zu verteidigen. So schrieb er über die Motive seines früheren Eintritts in die NSDAP:

„Ich glaubte in dieser Partei die sozialistischen und vor allem religiösen Anschauungen verwirklicht zu sehen, die ich schon als Student durch meine Zugehörigkeit zur christlich-sozialen Partei (Stöcker-Partei) vertrat, denn Punkt 24 des Programms der NSDAP gibt das ‚positive Christentum‘ als Grundlage der Partei an. Ich konnte damals nicht wissen, dass die Partei unter ‚positivem Christentum‘ etwas ganz anderes verstand.“<sup>14</sup>

Bonz äußerte sich auch zu seiner kurzen Funktionärstätigkeit und gab eine ungewöhnliche Erklärung dafür ab, warum es ihm schwer gefallen war, sich zu distanzieren:

„Erst nach wiederholten Aufforderungen des Ortsgruppenleiters erklärte ich mich schließlich Ende Januar 1934 bereit, als Blockleiter Beiträge einzusammeln und Karten für Festlichkeiten zu verkaufen. Eine politische Tätigkeit habe ich weder in dieser Zeit, noch später ausgeübt, besonders deshalb nicht, weil zu dieser Zeit schon eine innere Einstellung gegen die Partei einsetzte. Infolge meiner christlichen Einstellung ergaben sich sofort Schwierigkeiten mit dem Ortsgruppenleiter und anderen Parteigenossen, so dass ich meine Beförderung zum Zellenleiter ablehnte und wegen meiner durch das Christentum bedingten Einstellung gegen die Partei einen schriftlichen Antrag auf Entlassung aus meiner Stellung als Blockleiter einreichte. Der Widerstand gegen eine aktive Mitarbeit in der Partei war für mich umso schwieriger, als die Geschäftsstelle der Partei direkt neben meiner Wohnung lag und jede meiner Handlungen kontrolliert wurde. Da ich selbst als alt-ingesessener Wandsbeker schon vor 33 zur Mitarbeit an öffentlichen Einrichtungen herangezogen worden war, sah man meine Weigerung zur Mitarbeit als Gegnerschaft zur NSDAP an.“<sup>15</sup>

Absurd auch eine andere Behauptung von Max Bonz:

„Meine Beförderung zum Oberstudienrat am 1.8.1939 steht in keinem Zusammenhang mit meiner Zugehörigkeit zur NSDAP, denn sie war mir schon eineinhalb Jahre vorher bei der Übernahme der stellvertretenden Leitung der Oberschule für Mädchen in Wandsbek durch den Präses der Schulverwaltung in Hamburg, Herrn Oberschulrat Dr. Oberdörffer, zugesagt worden.“<sup>16</sup> Warum wohl?

Es ist auffällig, wie sehr die Blockleiter-Tätigkeit marginalisiert wurde. Sie war sicherlich auch in Wandsbek nicht darauf zu reduzieren, lediglich Beiträge zu sammeln und Karten zu verkaufen.

Max Bonz zeigte früh seine Verzweiflung:

„Da ich selbst 59 Jahre alt bin, durch die Kriegseingriffe in meine Familie körperlich und seelisch gebrochen, bedeutet die rechtlose Entlassung aus meinem Be-

ruf, den ich mir unter den schwierigsten Verhältnissen, da mein Vater Arbeiter war, erschaffen habe, für meine Familie die Zerstörung. Ich betone dabei immer wieder, dass ich mich nie politisch in der NSDAP betätigt habe, im Gegenteil habe ich dauernd Schwierigkeiten mit der Partei gehabt.“<sup>17</sup>

Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen Hamburgs urteilte zu Gunsten von Max Bonz: „Wir bleiben bei unserer Äußerung vom 15.7.1946 und halten ihn für tragbar in der Stellung eines Studienrates. Herr Oberschulrat Merck schildert ihn als pflichtgetreu und überkorrekt, gelegentlich sogar pedantisch. Er ist ein selbstloser, fähiger Lehrer, ein im innersten unpolitischer Mensch, der beim Wiederaufbau eine gute Arbeit wird leisten können.“<sup>18</sup>

Dem schloss sich dann der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll an, der für milde Urteile bekannt war. Einerseits wurde auf den frühen Parteieintritt von Max Bonz hingewiesen, aber auch vermerkt: „Zu seinen Gunsten spricht jedoch, dass er Schülern jüdischer Abstammung geholfen und sich manches Mal mutig gegen die NSDAP für die Kirche eingesetzt hat.“<sup>19</sup> Und weiter:

„In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Schulverwaltung und des Beratenden Ausschusses war der Berufungsausschuss daher der Auffassung, dass Bonz als Studienrat tragbar sei und hat ihm lediglich die 1939 erfolgte Beförderung zum Oberstudienrat aberkannt. Seine Einstufung in die Kategorie IV erfolgte wegen des frühen Beitritts zur NSDAP im Mai 1933 und weil der Berufungsausschuss der Ansicht war, dass der frühe Beitritt und die Tätigkeit als Blockleiter bei seiner Beförderung zum Oberstudienrat im Jahre 1939 von Bedeutung gewesen sind.“<sup>20</sup>

Daraufhin wurde Bonz wieder als Studienrat eingestellt und ab dem 1.4.1951 an der Klosterschule tätig.<sup>21</sup>

1951 stellte er noch einmal den Antrag, in Kategorie V überführt zu werden, wie alle anderen Personen zum Abschluss der Entnazifizierung, um wieder als Oberstudienrat anerkannt und besoldet zu werden.<sup>22</sup> Da seine Personalakte nicht mehr vorhanden ist, kann nur vermutet werden, dass dies, wie in anderen Fällen auch, wieder so vollzogen wurde.

Max Bonz wurde am 1.4.1953 pensioniert<sup>23</sup> und starb am 6.6.1968.<sup>24</sup>

## Anmerkungen

1 StAHH, 362-2/36\_25 Bonz

2 Ebd.

3 Entnazifizierungsakte Bonz, StAHH, 221-11\_Ed 1210

4 Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet Schuljahr 1938–1939, herausgegeben vom NSLB, Gauverwaltung Hamburg, S. 10.

- 5 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 6 Schulleiterliste der höheren Schule vom 11.7.1933.
- 7 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Walter Lohse in diesem Band.
- 9 Gutachten vom 10.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Empfehlung des Berufungsausschusses vom 7.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Bescheinigung vom 22.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 12 Eingabe vom 27.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Gutachten vom 29. Januar 1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Einspruch von Max Bonz gegen seine Entlassung vom 1.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Schreiben vom 8.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Beratender Ausschuss vom 24.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Berufungsausschuss vom 18.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Ebd.
- 21 StA HH, 362-2/36\_25 Bonz
- 22 Schreiben vom 13.7.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Nach Auskunft der Altregistratur der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg vom 12.2.2017.
- 24 Charlotte-Paulsen-Gymnasium, Hamburg 1991, S. 105.



## August Benox

**„Ich glaubte 1933 mit der Mehrheit des deutschen Volkes, nach dem Versagen der bisherigen Regierungsparteien, in der NSDAP die letzte Möglichkeit eines Wiederaufstiegs unseres Vaterlandes zu erkennen.“**

Wie dürftig das Rekrutierungspersonal der NSDAP für Führungspositionen im Lehrerbereich war, zeigt auch das Beispiel August Benox. Er war nicht durch pädagogische Kompetenz hervorgetreten. Was ihm Aufmerksamkeit bei den Nationalsozialisten verschaffte, war seine frühere Mitgliedschaft und Aktivität im völkischen Junglehrerbund Baldur, dem auch der 1933 zum Schulsenator ernannte Karl Witt angehört hatte. Anders als im Bereich der höheren Schulen, in dem die Nationalsozialisten sich auf ehemalige Offiziere mit deutschnationaler Grundhaltung stützen konnten, die in vielen Fällen auch den sofortigen Übergang in die NSDAP vollzogen, war es im Bereich der Volksschullehrerschaft schwierig.

Potenzial fanden die Nationalsozialisten bei den um 1900 geborenen Junglehrern, die in Zeiten der durch die Wirtschaftskrise bedingten ökonomischen Enge über Jahre um ihre materielle Existenz kämpfen mussten.

August Benox wurde am 7.7.1901 in Hamburg als Sohn eines Maurermeisters geboren. Er besuchte nach der Volksschule das Lehrerseminar und machte bereits am 16.2.1922 die Abgangsprüfung. Prüfungsvorsitzender war dabei der reformpädagogische Schulrat Carl Götze. Benox war seit dieser Zeit an der Schule Markmannstraße beschäftigt, wechselte zum 1.4.1927 an die Schule Genslerstraße, wo er ab dem 1.8.1927 fest angestellt wurde. August Benox heiratete 1925 und hatte mit seiner Frau drei Söhne (geboren 1928, 1929 und 1941).<sup>1</sup>

Benox musste wie viele Kollegen seiner Generation darum kämpfen, die Familie zu ernähren. Das geht unter anderem daraus hervor, dass er 1929 eine Notstandsbeihilfe beantragte.<sup>2</sup>

Die Schwierigkeiten waren auch nicht überwunden, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen und August Benox das Amt des Rektors der Volksschule Genslerstraße übertragen wurde. Benox erbat „die Gewährung einer Beihilfe zu den Kurkosten für die Verschickung zweier Söhne“ und er schrieb am 23.3.1939:

„Ich habe in den Jahren 1936 bis 1938 erhebliche Aufwendungen für mehrmalige Operationen meiner Frau und mich selbst machen müssen, sodass es unmöglich war, irgendwelche Ersparnisse zurückzulegen, wie ich auch die über die von der Krankenkasse erstatteten Auslagen hinausgehenden Unkosten nur mithilfe von Darlehen der Diesterweg-Stiftung des NS-Lehrerbundes und eines Gehaltsvor-

schusses begleichen konnte. Da der bei den Kindern zu behebende Schaden noch verhältnismäßig gering ist und durch baldige Behandlung völlige Heilung zu erwarten ist, bitte ich, die erbetene Beihilfe zu gewähren.“<sup>3</sup>

August Benox war am 6.5.1933 in die NSDAP eingetreten, kurz darauf Mitglied der SA geworden, wo er bis zum Oberscharführer befördert wurde. Dem NSLB gehörte er seit 1933 an und übernahm die Funktion der Vertrauensperson, damals Schulwalter genannt, an der Schule Genslerstraße.<sup>4</sup> Am 18.11.1935 bekam Benox dann an dieser Schule die stellvertretende Schulleitung, parallel dazu arbeitete er als Schöffe beim Landgericht und machte vom 28.10. bis zum 19.12.1935 seine erste militärische Übung.<sup>5</sup>

Vom 16. bis zum 24.5.1936 beurlaubte ihn die Schulverwaltung für ein Führerlager des NSLB. Als der bisherige Schulleiter an der Genslerstraße, Wilhelm Oelmann, aus gesundheitlichen Gründen von der Schulleitung zurücktrat, wurde August Benox am 1.10.1937 zum Schulleiter ernannt. Immer noch in materiellen Schwierigkeiten, beantragte Benox sofort einen Gehaltsvorschuss.<sup>6</sup>



August Benox, 1933

Auch im Weiteren trat Benox nicht unter pädagogischen Gesichtspunkten hervor, durchaus aber mit nationalsozialistischen Aktivitäten, etwa durch SA-Führer-Ausbildungslehrgänge der SA-Standarte 15.<sup>7</sup>

Am 2.6.1941 wurde August Benox zum Kriegsdienst einberufen. Nach zwei Jahren, am 26.5.1943, beantragte die Schulverwaltung die „Entlassung von August Benox aus dem Heeresdienst und spätere UK-Stellung“. Als Haupt-Argument wurde nicht etwa seine „Unabkömmlichkeit aus schulischen Gründen“, sondern sein Gesundheitszustand angegeben. Senatssyndikus Hermann Schultz schrieb an das Reichsverteidigungsreferat: „August Benox befindet sich als Gefreiter im Landeschützen-Bataillon 498 in Hamburg-Billstedt. Er hat ein altes Magenleiden. Ihm muss daher die Gelegenheit zur Selbstverpflegung gegeben werden, weil er die Wehrmachtsverpflegung nicht vertragen kann. Die Einheit würde einen Entlassungsantrag begrüßen.“ Und dann wurde noch notiert: „Da Benox hier dringend als Schulleiter gebraucht wird, bittet die Schulverwaltung, dem Antrag zu entsprechen.“<sup>8</sup>

Tatsächlich wurde August Benox am 4.8.1943 auf Dauer aus dem Heeresdienst entlassen.<sup>9</sup>

Am 13.10.1945 erfolgte Benox' Entlassung aus dem hamburgischen Schuldienst aufgrund des Gesetzes Nr. 6 der Britischen Militärregierung. Er legte am 22.10.1945

dagegen Widerspruch ein und erklärte diesen mit folgenden Aussagen über seine politische Entwicklung:

„Nach Herkunft und Erziehung mit rechtspolitischen Strömungen sympathisierend sah ich, ohne parteilich gebunden zu sein, in den Jahren nach der Inflation (1932) die innenpolitischen Spannungen in Deutschland sich ständig verschärfen, die außenpolitische Lage des Reiches durch das Gezänk der vielen Parteien anscheinend völlig ergebnislos sich gestalten und die Wirtschaft hoffnungslos von Krise zu Krise abgleiten. Dabei konnte man das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen bei den Wahlen unmöglich übersehen, und so glaubte ich 1933 mit der Mehrheit des deutschen Volkes, nach dem Versagen der bisherigen Regierungsparteien, in der NSDAP die letzte Möglichkeit eines Wiederaufstiegs unseres Vaterlandes zu erkennen. Deshalb trat ich am 6.5.1933 in die Partei ein, gewillt, aktiv an dem Aufbauwerk tätig zu sein. Auf Drängen der Ortsgruppe, welche den Beitritt zur SA als Zeichen der Einsatzbereitschaft der ‚Spätlinge‘ forderte, wurde ich am 1.7.1933 SA-Mann. Formale Ausbildung, weltanschauliche Schulung und Absperrdienst erforderten viele Stunden meiner Freizeit ohne irgendeine Vergütung oder Vergünstigung. Bei Ausbruch des Krieges 1939 erhielt ich die aktive Führung einer Schar und musste nach Einrichtung der SA-Wehrmannschaften als Oberscharführer an der Ausbildung eines solchen Kursus mitwirken. Meine Einberufung zur Wehrmacht im Juni 1941 setzte meiner Tätigkeit in der SA ein Ende.“<sup>10</sup>

Mit dieser Erklärung entwickelte August Benox ein unübliches Profil, weil er sich durchaus zu einem „rechtspolitischen“ Werdegang bekannte und nicht den Versuch machte, alles abzustreiten und zu bagatellisieren. Außerdem rechnete man ihm später hoch an, dass er sich gleich für eine Maurerausbildung meldete. Sicherlich begünstigt durch seinen Vater, der Maurermeister gewesen war und durch die Notwendigkeit, seine Familie zu ernähren.

Zwei Leumundszeugnisse sind dabei durchaus aufschlussreich, die zu Gunsten von August Benox Aussagen machten. Einmal von Wilhelm Oelmann, dem Vorgänger als Schulleiter an der Schule Genslerstraße, der 1937 aus Gesundheitsgründen von der Leitung zurückgetreten war. Er schrieb:

„Ich habe im Einverständnis mit dem Kollegium Herrn Benox zu meinem Nachfolger vorgeschlagen und seine Berufung bei dem damaligen Oberschulrat befürwortet. In der Schule herrschte ein guter Geist; zwischen den Lehrern und der Elternschaft bestand ein gutes Verhältnis; die Schularbeit wurde durch parteipolitische Strömungen nicht gestört und obwohl einige Mitglieder des Kollegiums ausgesprochene Gegner der nationalsozialistischen Partei waren – die Mehrheit war mehr oder weniger gezwungen der Partei beigetreten – wurden parteipolitische Auseinandersetzungen nach Möglichkeit vermieden. Herr Benox hat als Schulleiter

sein Bestes getan, dieses gute Verhältnis in der Schule zu pflegen und zu fördern. Er hat sich stets bemüht, in allen Schul- und Erziehungsfragen eine streng neutrale Stellungnahme zu bewahren und sein Amt nicht missbraucht, um parteipolitische Propaganda zu treiben oder zu fördern. Er ist politischen Unterhaltungen nach Möglichkeit ausgewichen und hat immer dafür Sorge getragen, dass die Schularbeit in keiner Weise durch politische Bestrebungen irgendwelcher Art gestört wurde.“<sup>11</sup>

Ob es nun als Qualitätskriterium gewertet werden kann, dass Benox „in allen Schul- und Erziehungsfragen“ streng neutral war und allen „politischen Unterhaltungen nach Möglichkeit ausgewichen ist“, ist die Frage. Aber die Ansprüche in diesen Zeiten waren nicht sehr hoch.

Bemerkenswert auch, dass die Schwägerin von August Benox sich zu Wort meldete. Sie wusste, dass die Objektivität ihres Urteils fraglich sein könnte und betonte, sie hätte beobachten können, ob sich seine politische Tätigkeit im engsten Familienkreis auswirkte und schrieb dazu:

„Ich musste immer wieder feststellen, dass Herr Benox weder seine Frau noch seine beiden Söhne (jetzt 17- und 18-jährig) politisch irgendwie beeinflusste. Seine Frau gehört weder der Partei, noch der Frauenschaft an, und seine Söhne standen dem Nationalsozialismus ziemlich kühl, wenn nicht ablehnend gegenüber. Sie bekleideten in der HJ keine Ämter. Der Vater ließ sie gewähren. Diese Haltung des Herrn Benox führt zu dem Schluss, dass er auch in der Schule durchaus nicht agitatorisch gewirkt hat.“<sup>12</sup>

Aus beiden Stellungnahmen könnte man auch ableiten, dass August Benox ziemlich standpunktlos gewesen war.

Mit Blick auf die Berufungsverhandlung begründete August Benox seinen Einspruch noch einmal. Er schrieb:

„Als ich zur Ausbildung von SA-Wehrmannschaften 1941 befohlen wurde, war mit der Länge des Krieges der Bestand an SA-Männern in den Formationen der SA durch Einzug zum Heere stark gelichtet worden und demgemäß ein Mangel an geeigneten SA-Führern, die für die Leitung der geplanten Kurse infrage kamen, fühlbar geworden. So griff man denn auf uns vom Heeresdienst vorläufig zurückgestellte und ältere SA-Männer zurück, und in Anerkennung dieser Dienste wurde ich zum Oberscharführer befördert.“<sup>13</sup>

Wirklich entlastend las sich dieses Schreiben nicht, es bestätigte nur, wie lange Benox im Dienste der Nationalsozialisten aktiv gewesen war. Auch seine abschließende Bemerkung dokumentierte, dass er bis zuletzt zumindest ideologisch verblindet gewesen war:

„Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems ist mir eine Welt zerbrochen, deren Ideale so ganz anders verwirklicht wurden, als ich es mir

vorgestellt hatte. Das trostlose Ende meiner ersten politischen Betätigung hat mir allerdings auch gezeigt, dass die Zusammenballung der Macht in der Hand eines einzigen Menschen nicht die Form sein kann, mit der ein moderner Staat regiert werden muss.“ Als Zeichen von Sühne konnte der Berufungsausschuss auffassen, welche Schlussfolgerungen Benox gezogen hatte:

„Ich arbeite zur Zeit als Maurer und bin bemüht, durch meiner Hände Arbeit ein Stück des zertrümmerten Deutschland wieder aufzubauen; an der Aufgabe mitzuhelfen, ein neues Leben wieder zu erwecken, ist mein verständlicher Wunsch.“<sup>14</sup>

Schulrat Gustav Schmidt gab für den Berufungsausschuss noch eine Stellungnahme aus Sicht der Schulverwaltung ab:

„Benox hat in seiner Jugend schon rechtsgerichteten Kreisen angehört. So ist er einer Vereinigung junger Lehrer, dem ‚Baldur-Bund‘ beigetreten. Von dort bis zur NSDAP ist kein großer Schritt gewesen. So ist es erklärlich, dass er schon 1933 Parteigenosse geworden ist. Die Partei und die SA haben ihm nach ihren Gedankengängen und ihrem Auftreten gelegen. Er hat bestimmt in seinem beschränkten Idealismus Gutes von den Nationalsozialisten erhofft. Er ist wohl aufgewacht, als er in der Kinderlandverstrickung hinter die Verderbtheit der HJ und der Partei gekommen ist und als er damals als anständiger Mann den Kampf dagegen aufgenommen hatte und auf der ganzen Linie unterlag. Seine Haltung damals habe ich ihm gut angerechnet. Zum Schulleiter ist er 1937 bestätigt worden, weil er als älterer Parteigenosse der Schulverwaltung und dem Lehrerbund unverdächtig war und weil er wegen seiner Sachlichkeit keine Zweifel aufkommen ließ, dass er auch anders gerichtete Lehrer seiner Schule selbständig arbeiten ließ. Mir gegenüber hat Benox seine parteipolitische Haltung nicht herausgekehrt, er ist immer zurückhaltend und duldsam aufgetreten. In seiner Schule wurde das nationalsozialistische Drum und Dran nur soweit beachtet, wie es eben nötig war, um nicht aufzufallen. Während des Krieges ist B. Landeschütze gewesen. Er ist wegen seiner schwachen Gesundheit (magenleidend) nicht zum aktiven Einsatz gekommen.

Ich bitte, zu erwägen, ob Benox nach einer gewissen Übergangszeit als Angestellter wieder als Lehrer eingesetzt werden kann.“<sup>15</sup>

August Benox musste noch längere Zeit weiter als Maurer arbeiten, da sich das Entnazifizierungsverfahren hinzog. Auch der Beratende Ausschuss blieb skeptisch und wies auf die frühe Mitgliedschaft von Benox im „rechtsgerichteten Baldur-Bund“ hin, „der gleiche Ziele anstrebte wie die NSDAP“ und stellte fest:

„Das ist also insgesamt eine überaus große politische Belastung! Diese wird nicht gemindert durch die allgemein guten Leumundszeugnisse, die nur das anständige Verhalten und den ehrlichen Charakter des Benox dartun, jedoch nicht eine innere Umkehr des Benox erkennen lassen. Wenn er auch angibt, im Jahre 1940

erkannt zu haben, dass die Ideen des Nationalsozialismus uns ins Unglück brachten, so blieb er doch widerstandslos in allen Bindungen der Partei.“<sup>16</sup>

Der Beratende Ausschuss sprach dann die überraschende Empfehlung aus, „Benox in den Verwaltungsdienst der Schulbehörde zu übernehmen, ihn aber nicht wieder in den Unterrichtsbetrieb einzugliedern“.<sup>17</sup>

Am 11.2.1948 entschied der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll, dass August Benox wieder als Volksschullehrer beschäftigt werden könne, nach einjähriger Zeit im Angestelltenverhältnis ab dem 31.3.1949 auch wieder als Beamter. Er wurde in die Kategorie IV eingestuft. Seine politische Belastung sei für den Berufungsausschuss unstrittig, insbesondere durch seine Tätigkeit als Oberscharführer in der SA. Andererseits habe er durch die Aufnahme einer Maurerlehre im November 1945 bewiesen, „dass er gewillt ist, positiv am Aufbau des neuen Staates mitwirken zu wollen“.<sup>18</sup>

August Benox wurde erst an der Volksschule Schumannstraße in Bahrenfeld beschäftigt und später in Barmbek an der Schule Langenfort 68. In der Folgezeit unternahm er noch Versuche, wieder als Schulleiter und Rektor eingesetzt und auch entsprechend besoldet zu werden.

Am 5.8.1951 legte er, drei Jahre nach Beschluss des Berufungsausschusses, Einspruch dagegen ein mit der Begründung:

„Meine Mitgliedschaft zum ‚Baldurbund‘, einer kleinen Vereinigung Hamburger Junglehrer, die mit der NSDAP nichts zu tun hatte, und deren Ziele der bewussten Förderung deutschen Fühlens und Denkens in der Schule galten, habe ich als junger Lehrer nie als politische Betätigung betrachtet, und sie ist es auch nicht gewesen. Mein ‚früher‘ Eintritt in die Partei und SA wird als besonders schwerer Vorwurf gewertet. Ich verkenne nicht, dass darin eine Unterstützung der NSDAP zu sehen ist, deren Programmpunkte geeignet waren, politisch ideal denkende, aber unerfahrene Menschen anzulocken. Ich habe seinerzeit auch ehrlich geglaubt, wenn Männer meines Standes und meiner Bildung zur NSDAP und ihren Gliederungen stießen, dass sie Einfluss gewinnen könnten auf Formung und Ablauf der Bewegung, um deren Ausartung der ersten Zeit zurückzuführen und besonders im Hinblick auf die Erziehung ein vernünftiges Maßhalten anzustreben. Wenn ich mich darin sehr geirrt habe, so ist es menschlich bedauerlich, und ich habe es im Ablauf der Jahre mehr und mehr als bitterste Enttäuschung meines Lebens empfunden. In der Schule bin ich bemüht gewesen, das durchzusetzen, was mir im politischen Leben nicht möglich war: als Lehrer, wie auch als Rektor und Schulleiter versuchte ich, störende Einflüsse der Partei fernzuhalten oder ihre Wirkung erträglich zu gestalten.“<sup>19</sup>

Retrospektiv konnte August Benox nicht aus der Welt schaffen, dass er noch 1941 SA-Männer ausgebildet hatte und im Zuge dessen zum Oberscharführer der

SA befördert worden war. Sein Bedauern über die Täuschung und Enttäuschung seines Lebens waren anzuerkennen, führten aber nicht zu einer anderen Entscheidung.

In der Folgezeit wurde August Benox häufig krank. Sein Magenleiden verursachte viele Fehlzeiten, in den Jahren bis 1965 war er 30 Monate krankgeschrieben. Am 3.3.1966 wurde er in den Ruhestand versetzt.

August Benox starb am 29.6.1966.<sup>20</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Benox, StAHH, 361-3\_ A 2361
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Schreiben vom 23.3.1939, Personalakte a. a. O.
- 4 Entnazifizierungsakte Benox, StA HH, 221-11\_Ed 4809.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Schreiben vom 26.5.1943, Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Leumundszeugnis vom 17.10.1945, Personalakte a. a. O.
- 12 Stellungnahme von Wilma Kloth vom 22.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Einspruch gegen Entlassung aus dem Schuldienst vom 15.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Stellungnahme vom 15.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Beratender Ausschuss vom 20.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Ebd.
- 18 Berufungsausschuss vom 11.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 5.8.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.

## Adolf Vogel

**„Er hat sich als ein ausgezeichnete Lehrer und Jugenderzieher bewährt, der wissenschaftlich und pädagogisch gleich tüchtig und ein vortrefflicher Charakter ist, von großem Arbeitswillen und von großer Energie.“ (1926)**

**„Die Betätigung in der Partei bestätigt seine politische Zuverlässigkeit.“ (1944)**

Ein besonderer Fall ist der von Adolf Vogel, der als sehr qualifizierter Lehrer galt und dann den Weg über Aktivitäten in nationalsozialistischen Organisationen wählte, um in den höheren Schulen in Harburg-Wilhelmsburg Schulleiter-Karriere zu machen. Geradezu eine Posse war seine Bestellung zum Oberstudienrat, die der Oberbürgermeister von Harburg-Wilhelmsburg gegen den Oberpräsidenten der Provinz Hannover durchzusetzen versuchte. Machtspiele unter Nationalsozialisten mit Einschaltung des Reichsministeriums.

Adolf Vogel wurde am 22.6.1891 in Hildesheim geboren. Er besuchte das dortige humanistische Gymnasium und absolvierte nach der Reifeprüfung von 1910 bis 1911 das Einjährigen-Freiwilligen-Jahr, also seine Militär-Grundausbildung. Anschließend studierte er in Göttingen Deutsch, Philologie und alte Sprachen. Sein erstes Lehrereexamen konnte er im März 1913 ablegen, von 1914 bis 1918 war er im Kriegsdienst. Am 8.9.1919 bestand er die zweite Lehrerprüfung, um danach im höheren Schuldienst in Hildesheim und Hannover zu arbeiten. Im August 1923 kam er als Studienrat nach Harburg.<sup>1</sup>

Die Wertschätzung für die pädagogische Arbeit der Studienrats Adolf Vogel war groß. Am 30.6.1926 schrieb der Studiendirektor des Realgymnasiums Harburg, Dr. Schadow:

„Für die am Realgymnasium zu besetzende Studienratsstelle empfehle ich dem Magistrat, den Studienassessor Vogel zu wählen. Herr Vogel ist bereits jahrelang am Realgymnasium tätig und hat sich in dieser Zeit als ein ausgezeichnete Lehrer und Jugenderzieher bewährt, der wissenschaftlich und pädagogisch gleich tüchtig und außerdem ein vortrefflicher Charakter ist, von großem Arbeitswillen und von großer Energie. Mit diesen ausgeprägten männlichen Eigenschaften verbindet er eine sehr große Liebe zur Jugend und ein außergewöhnliches, durch eindringende wissenschaftliche Studien vertieftes Verständnis für die Jugend.“<sup>2</sup>

Die Wertschätzung für den zum Studienrat bestellten Adolf Vogel wurde nicht nur bei seinem Schulleiter deutlich, sondern auch bei dem Harburg-Wilhelmsburger Oberbürgermeister Dudek. Als Vogel einen Zuschuss für eine Studienreise nach



Italien beantragte, schrieb Schulleiter Schadow an den Magistrat ein Gesuch für eine Unterstützung von Vogels Anliegen:

„Der Antragsteller ragt wissenschaftlich und pädagogisch weit über den Durchschnitt der Lehrer an höheren Schulen hinaus. Er ist vielleicht die stärkste Persönlichkeit im Lehrerkollegium des Realgymnasiums. Herr Vogel arbeitet ernsthaft und gründlich; seine ganze große Arbeitskraft kommt dem Realgymnasium zugute. Zur Erreichung der Bildungsziele eines Realgymnasiums erscheint es unerlässlich, dass einige Lehrer selbsterworbene Anschauung von den Kunstdenkmälern und der Kultur Italiens haben. Darüber hinaus dürfte es für das Geistesleben einer vorwiegend durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmten Stadt von einer gewissen Bedeutung sein, wenn einige Persönlichkeiten in lebendiger Fühlung mit den Quellen unserer klassischen Bildung sind. Herr Vogel ist ein ausgezeichnete



Adolf Vogel, 1933

Redner und kommt deshalb auch als Lehrer für die Volkshochschule in Betracht, an der er im letzten Winter bereits vorgetragen hat.“<sup>3</sup>

Ein gutes Beispiel für den Versuch einer gelungenen Personalentwicklung durch einen fortschrittlichen Schulleiter 1928. Und auch Oberbürgermeister Dudek reagierte mit Verständnis und Professionalität. Er notierte handschriftlich: „Welche Summe beantragen Sie? Ist das Kollegium gehört? Und was sagt es hierzu?“<sup>4</sup>

Zwei Tage später antwortete Dr. Schadow dem Oberbürgermeister. Dem Schulleiter schien eine Summe von 300 Reichsmark „bei einer Reise, die bis nach Süditalien führen soll, als angemessen“. Er berichtete dem Oberbürgermeister, dass er das Lehrerkollegium aufgefordert hätte, Anträge auf Studienreisen einzureichen mit der Bemerkung, dass „die Patronatsbehörde ebenso wenig wie der Staat sich das Recht nehmen lassen dürfe und werde, von dem Direktor ein Gutachten zu verlangen über die Tüchtigkeit, Leistungen und Hingabe des betreffenden Herrn in seinem Beruf“.<sup>5</sup>

Offenbar hatte nur Adolf Vogel einen solchen begründeten Antrag eingereicht. Und Direktor Schadow war erneut voll der Wertschätzung:

„Wenn ein Herr in dem Maße, wie Vogel, das Niveau der Erziehungsarbeit am Realgymnasium gehoben hat und hebt, kann ich sein Gesuch nur befürworten. Seine Überlegenheit wird von dem ganzen Lehrerkollegium rückhaltlos anerkannt; niemand ist gegen die Verleihung einer Beihilfe für ihn.“<sup>6</sup>

Der Direktor des Realgymnasiums zeigte im Weiteren einmal mehr, welcher fortschrittlicher Vorgesetzter er war:

„Zur Erreichung der Bildungsziele des neusprachlichen Gymnasiums, das die moderne europäische Kultur aus ihren Grundlagen zu verstehen lehren soll, sind Reisen nach Italien ebenso wichtig wie nach Frankreich oder England. Ich bitte, grundsätzlich auch die Germanisten und Historiker aus vorhandenen Mitteln Studienreisen machen zu lassen. Deutsch ist das Zentralfach eines Realgymnasiums und für die Grundlegung einer modernen Weltanschauung bei unseren Primanern noch bedeutsamer als Französisch und Englisch.“<sup>7</sup>

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen, erfolgte auch in Harburg und Wilhelmsburg ein Revirement in den Leitungspositionen. Am 26.4.1933 wurde für die nächste Magistratssitzung ein Beschlusssentwurf vorgelegt, in dem Adolf Vogel als Stellvertreter des Stresemann-Realgymnasiums bestellt wurde. Gleichzeitig vermerkte dieser Beschluss, dass Direktor Schadow „bis zum 30. April des Jahres beurlaubt ist und dass seine Beurlaubung über den 1. Mai hinaus auf Antrag des Magistrats erfolgen wird. Es soll versucht werden, ihn mit einer geeigneten Lehrkraft einer auswärtigen Anstalt auszutauschen“.<sup>8</sup>

Im Klartext hieß dies, den vormaligen Studiendirektor Dr. Schadow, der Adolf Vogel gefördert hatte, abzusetzen und Vogel zu befördern. Neben der von seinem ehemaligen Direktor gepriesenen pädagogischen Qualifikation Vogels, spielte sicherlich eine entscheidende Rolle, dass Adolf Vogel am 1.5.1933 in die NSDAP eintrat, gleichzeitig im Reichsbund deutscher Beamter aktiv war als Kreisschulungsleiter und ebenfalls Mitglied des NSLB wurde und dort als Pressereferent fungierte, wie in seiner Personalakte vermerkt wurde.<sup>9</sup>

Tatsächlich berief der Magistrat von Harburg-Wilhelmsburg Adolf Vogel in seiner Sitzung am 26.4.1933 „mit sofortiger Wirkung zum stellvertretenden Anstaltsleiter für das Stresemann-Realgymnasium“.<sup>10</sup>

Als es dann darum ging, Vogel auch zum Oberstudienrat zu befördern, folgte ein Kompetenz- und Machtgerangel zwischen dem Oberbürgermeister von Harburg-Wilhelmsburg und dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Abteilung für das höhere Schulwesen. Es geriet nahezu zur Posse.

Der Oberbürgermeister hatte Adolf Vogel eine Berufungsurkunde mit Wirkung vom 1.4.1935 zum Oberstudienrat am 16.3.1935 ausgestellt.<sup>11</sup>

An 6.6.1935 teilte der Oberpräsident der Provinz Hannover, Abteilung für das höhere Schulwesen, dem Harburg-Wilhelmsburger Oberbürgermeister mit, dass der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin „nach Einsichtnahme in die Personalakten des Studienrats Vogel die Bestätigung seiner Wahl zum Oberstudienrat abgelehnt“ habe. „Ich halte mich nicht für berechtigt, Gründe für die Ablehnung im Einzelnen bekanntzugeben.“<sup>12</sup>

Weiter teilte man dem Oberpräsident in Hannover mit:

„Durch Erlass vom 16. Mai schlägt der Herr Minister für die Wiederbesetzung der Oberstudienratsstelle am Realgymnasium in Harburg/Wilhelmsburg den Studienrat Friedrich Kloppe von der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Potsdam-Neuzelle vor. Kloppe ist am 11.2.1891 in Radegast (Anhalt) geboren. Er besitzt die Lehrbefähigung in Geschichte, Philosophie, Deutsch und Religion und gilt als tüchtiger Lehrer. Seine politische Vergangenheit ist einwandfrei; er war lange Zeit Bundesführer des ‚Wehrwolf‘. Ich nehme an, dass Sie gegen den Vorschlag des Herrn Ministers nichts einzuwenden haben und bitte, mir die Berufungsurkunde für Studienrat Kloppe als Oberstudienrat im Amtsbereich der Stadt Harburg-Wilhelmsburg alsbald vorzulegen.“<sup>13</sup>

Das tat der Oberbürgermeister aus Harburg-Wilhelmsburg nicht, sondern wandte sich am 25.6.1935 an den Reichsminister in Berlin mit der Frage, „aus welchen Gründen der Wahl des Studienrats Vogel die Bestätigung versagt wurde. Ich glaube, ein Recht auf die Bekanntgabe dieser Gründe zum einen schon deshalb zu haben, weil Studienrat Vogel an einer Schule meines Patronats tätig ist und, liegen ernsthafte Einwände gegen eine solche Lehrkraft vor, ich hierüber unterrichtet sein muss. Zum anderen leite ich diesen Anspruch aus meinem Recht, die in Rede stehende Stellung zu besetzen, ab. Findet meine Wahl nicht die erforderliche ministerielle Zustimmung, so erscheint es mir als eine selbstverständliche Folge des gebotenen vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen Schulpatronat und oberster Schulaufsichtsbehörde, dass mir mitgeteilt wird, warum meine Wahl die Bestätigung nicht erlangt.“<sup>14</sup>

Der Oberbürgermeister vermerkte am nächsten Tag:

„Am 7. Juni Rücksprache mit Gauleiter Staatsrat Telschow in Anwesenheit des stellvertretenden Gauleiters Pg. Gakenholz über die Ablehnung der Wahl des Studienrats Vogel zum Oberstudienrat durch den Reichserziehungsminister. Der Gauleiter wird über den Stellvertreter des Führers der Angelegenheit nachgehen. Am 14. Juni Rücksprache mit Studienrat Vogel, der offiziell von der Ablehnung seiner Wahl zum Oberstudienrat in Kenntnis gesetzt wird. Vogel hat bereits durch Oberschulrat Fischer erfahren, dass der Minister seiner Wahl die Zustimmung versagt hat und einen anderen vorgeschlagen habe. V. teilt mit, dass die erforderlichen Unterlagen vom Gau angefordert seien und dass von dort aus Vorstellungen wegen der Ablehnung der Bestätigung erhoben würden.“<sup>15</sup>

Auch der Oberpräsident der Provinz Hannover ließ nicht locker und forderte den Oberbürgermeister auf, „unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 6. des Monats ersuche ich um alsbaldiger Einsendung der Berufungsurkunde für den zum Oberstudienrat an der dortigen Oberrealschule zu berufenden Studienrat Kloppe“.<sup>16</sup>

Nun wurde es ein offenes Machtgerangel. Der Harburger Oberbürgermeister

verwies auf sein Schreiben an den Reichsminister und erklärte, nur auf ihm vorgeschlagene Bewerber eingehen zu können, „wenn mir nähere Unterlagen über die Bewerber zugänglich gemacht werden. Ich lege insbesondere Wert auf die Einsichtnahme in die Personalakten der Bewerber, wie die fachliche Fähigkeit und die dienstliche Eignung, Auskunft geben. Auf meine Anfrage an den Deutschen Gemeindetag über mein Recht, in die Personalakten solcher Bewerber Einsicht zu nehmen, hat mir der Deutsche Gemeindetag bestätigt, dass auch er diese Einsichtnahme als ein selbstverständliches Recht des Schulträgers ansehe.“<sup>17</sup>

Die Nationalsozialisten hatten zwar das Führerprinzip eingeführt, die Bürokratie war damit nicht abgeschafft und es gab durchaus Machtkämpfe und Interessenkonflikte.

Nun mischte sich auch der Schulleiter des Realgymnasiums in Harburg-Wilhelmsburg, Meinecke, ein, der reklamierte, dass der neue Oberstudienrat „vor allen Dingen die Lehrbefähigung im Englischen haben sollte, sehr erwünscht wäre dazu Turnen, und zwar als Hauptbefähigung“.<sup>18</sup>

Es wurde zur fast unendlichen Geschichte. Am 26.1.1937 teilte der Oberbürgermeister der Stadt Hamburg-Wilhelmsburg dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover mit, „auf Vorschlag des Amtes für Erziehung – NS Lehrerbund – habe ich den am hiesigen Realgymnasium beschäftigten Studienrat Adolf Vogel erneut mit Wirkung vom 1.4.1937 zum Oberstudienrat ernannt und ihm die freie Oberstudienratsstelle an der hiesigen Oberrealschule übertragen. Ich erwähne hierbei, dass auch meine bisherigen Bemühungen, eine andere geeignete Lehrkraft für diese Stelle zu finden, trotz Ausschreibung der Stelle ergebnislos blieben.“<sup>19</sup>

Es wurde eine erneute Berufungsurkunde für Adolf Vogel mit Wirkung vom 1.4.1937 ausgestellt.<sup>20</sup>

Am 5.5.1937 stimmte nun auch der Reichsminister zu und bat, über Vogels Bewährung zu gegebener Zeit zu berichten.<sup>21</sup>

Zwischenzeitlich war nun Hamburg nach dem Groß-Hamburg-Gesetz seit dem 1.4.1937 für Harburg/Wilhelmsburg zuständig, sodass nunmehr auch der Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann dieser Beförderung zustimmen musste, was am 24.9.1937 erfolgte.<sup>22</sup>

Die endgültige Ernennung von Adolf Vogel zum Oberstudienrat hatte sich so lange hingezogen, dass mittlerweile der Oberstudiendirektor des staatlichen Oberlyzeums in Harburg-Wilhelmsburg in den Ruhestand versetzt worden war und Adolf Vogel für dessen Nachfolge infrage kam. Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer schrieb am 17.3.1938 einen kurzen Befähigungsbericht über Vogel, in dem er bestätigte, dass der sich als kommissarischer Oberstudienrat „recht gut in seine neue Aufgabe hineingefunden habe. Ich habe ihn vor wenigen Tagen bei der Abnahme der Reife-

prüfung als Prüfenden für die Fächer Deutsch und Geschichte kennen gelernt und einen recht günstigen Eindruck von seiner gründlichen und erfolgreichen Arbeit bekommen. Herr Oberstudiendirektor Dr. Meinecke, der Herrn Vogel seit geraumer Zeit kennt, hält ihn nach sachlichen und persönlichen Gesichtspunkten für die Übernahme der Leitung einer Vollanstalt in Harburg-Wilhelmsburg für geeignet. Ich empfehle, Herrn Vogel zunächst kommissarisch mit der Leitung der Oberschule für Mädchen mit Wirkung vom 30.3.1938 an zu betrauen.“<sup>23</sup>

Dies geschah dann auch zum 1.4.1938, vorher wurde Adolf Vogel endgültig zum Oberstudienrat ernannt.<sup>24</sup>

Bei der Frage, welche Hinweise 1935 dazu geführt hätten, dass der Oberpräsident der Provinz Hannover die Beförderung Vogels zum Oberstudienrat abgelehnt hatte, ging es offenbar, wie Adolf Vogel in seinem späteren Entnazifizierungsverfahren behauptete, um einen in seiner Personalakte aufgefundenen Revisionsbericht durch den damaligen Dezernenten der Schule, Dr. Franzmeyer, der am 15. und 16.1.1931 am Realgymnasium in Harburg den Deutschunterricht von Adolf Vogel in der Oberprima besucht und vermerkt hatte:

„Die Klasse erarbeitet seit einiger Zeit das Messias-Problem in der Literatur. Im Anschluss an einen Schülervortrag bringt die Diskussion das Problem der Rassen zur Erörterung. Der Lehrer greift in überlegener Weise in diese Debatte ein, zeigt die Entwicklung der entsprechenden Literatur von Gobineau bis Günther-Jena und bringt den vielen sicherlich nationalistisch eingestellten Schülern, die ihre innere Beteiligung bei dieser Frage zeigen, mit schneidender Abkühlung bei, dass an der völlig unwissenschaftlichen Haltung Günther-Jenas kein Zweifel erlaubt sein kann. Ein Lehrer, der von sich viel verlangt, und dessen Stunde als Niveau-Stunde den Schülern und jedem Gast in guter Erinnerung bleibt. Die Lehrer mit Niveau werden immer seltener.“<sup>25</sup>

Aus diesem Bericht über eine Unterrichtsstunde im Januar 1931 wurde möglicherweise abgeleitet, dass Adolf Vogel in der „Rassenfrage“ eine nicht nationalsozialistische Haltung vertrat.

Vogel wurde am 20.4.1939 zum Oberstudiendirektor befördert.<sup>26</sup>

Am 12.9.1945 teilte ihm Schulsenator Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung die Entlassung mit, wie allen Schulleitern, die seit dem 1.5.1933 Mitglieder der NSDAP waren.<sup>27</sup>

Adolf Vogel legte gegen die Entlassung am 17.7.1946 Einspruch ein mit einer relativ spärlichen Begründung, in der er darauf hinwies, „zwar von 1933 bis 1937 im Lehrerbund und in der Beamtenschaft mitgearbeitet zu haben, habe mich seit 1938, als ich die Menschen und die Absichten kennengelernt hatte, von der Mit-

arbeit zurückgezogen, gegen weitere Heranziehung passiven Widerstand geleistet, und soweit es mir möglich war, die Gegenwirkung unterstützt habe“.<sup>28</sup> Er behauptete auch, seine Stellung als Lehrer und später als Direktor nie benutzt zu haben, „um auf die Schüler oder deren Eltern einen Einfluss im nationalsozialistischen Sinne auszuüben“. Dafür konnte er einige Zeugnisse beilegen, insbesondere von Schülerinnen und zwei Superintendenten.<sup>29</sup>

Mit seinem Entnazifizierungsfragebogen legte Adolf Vogel einige Ergänzungen vor. Darin führte er Beiträge auf, die er als Hauptschriftleiter der Zeitung des NSLB, der Gaubeilage Ost-Hannover der „Nationalsozialistischen Erziehung“, geschrieben hatte. Einige Titel seiner Beiträge ließen politisch und ideologisch eindeutige Stellungnahmen im Sinne der Nationalsozialisten vermuten. So etwa bei den Themen:

„Die Erziehung des politischen Menschen; Geist und Wille; Der Gedanke des Führertums in der deutschen Geschichte; Das Italien Mussolinis; Deutschlands koloniale Forderung.“<sup>30</sup>

Dann führte Adolf Vogel aus, warum er Schwierigkeiten bei der Bestellung als Oberstudienrat gehabt habe. Neben dem von ihm vorgelegten Revisionsbericht aus dem Jahre 1931 soll nach seinen Angaben auch ein Lehrerkonferenz-Protokoll aus dem Jahre 1929 gegen ihn verwandt worden sein, in dem er den Vorschlag, das damalige Realgymnasium in Hindenburg-Realgymnasium umzubenennen, abgelehnt habe.<sup>31</sup>

Die Reaktionen der Entnazifizierungsausschüsse waren nicht durchweg positiv. Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen gab am 9.10.1946 ein Gutachten über Adolf Vogel ab, in dem es hieß:

„Vogel hat sich 1933 und in den folgenden Jahren aktiv im nationalsozialistischen Sinne betätigt, in der Schule sowohl wie im Lehrer- und Beamtenbund. Vogel gibt selbst diese aktive Betätigung zu in seinen Ergänzungen zum Fragebogen. So hielt er politische Vorträge im Beamtenbund und gab bis 1935 die Gaubeilage der Zeitung des NSLB heraus. Die beigebrachten Gutachten von Lehrern und Eltern beziehen sich fast alle auf Vogels Haltung in den letzten Jahren. Diese bezeugen übereinstimmend, dass Vogel sich besonders während des Krieges der Partei gegenüber zurückhaltend, ja sogar ablehnend gezeigt hat. Sie bestätigen damit die eigenen Angaben Vogels, dass er in den Jahren 1937–38 zur Erkenntnis gekommen und seitdem die nat. Politik abgelehnt habe. Der Beratende Ausschuss hält aber die Belastung durch seine aktive Tätigkeit in den ersten Jahren des Naziregimes, die zweifellos auch die Ursache seiner Beförderung war, für zu groß, als dass er seinen Einspruch befürworten könnte.“<sup>32</sup>

Der Berufungsausschuss 17 unter Leitung des Rechtsanwalts Soll, der häufig milde urteilte, entschied am 9.9.1947, Vogel im Angestellten-Verhältnis als Studien-

rat wieder zu beschäftigen und in Kategorie IV einzugruppieren. Er war zu dem Ergebnis gekommen, „dass Vogel, der vor 1933 offenbar politisch links eingestellt war, in der ersten Zeit nach 1933 sich vorübergehend im Sinne der NSDAP eingesetzt hat. Dies geschah weniger aus politischer Überzeugung, als zu dem Zweck, seine eigene berufliche Förderung sicherzustellen. Offenbar hat der Berufskläger sich jedoch in den Jahren 37/38 wieder von der NS-Richtung gelöst. Der Berufungsausschuss hatte jedoch Bedenken, selbst bei Aberkennung der erreichten Stellungen als Oberstudienrat und Oberstudiendirektor, den Berufungskläger sofort als Studienrat im Beamtenverhältnis einzustellen.“<sup>33</sup>

Dagegen legte nun Oberschulrat Heinrich Schröder für die Schulbehörde beim Leitenden Ausschuss Widerspruch ein und bat um Wiederaufnahme des Verfahrens. Schröder stellte fest:

„Vogel ist bereits 1933 in die NSDAP eingetreten und ist in den ersten Jahren ein sehr aktiver Nationalsozialist gewesen. Er war Kreisschulungswalter im Reichsbund der Deutschen Beamten und war Herausgeber einer nationalsozialistischen Lehrerzeitung. 1933 beteiligte er sich aktiv an dem Kesseltreiben gegen die damaligen Harburger Oberstudiendirektoren Schwesow und Merck, das zu der Amtsenthebung dieser Schulleiter führte. Diese Tatsachen sind anscheinend vom Berufungsausschuss nicht genügend gewürdigt worden. Vogel ist dann selbst Oberstudienrat und danach Oberstudiendirektor geworden aufgrund seiner politischen Zuverlässigkeit. Die Schulbehörde hält ihn für den Schuldienst im demokratischen Staat für nicht tragbar.“<sup>34</sup>

Heinrich Schröder hatte im Laufe der Verfahren festgestellt, dass insbesondere die Berufungsausschüsse unter Leitung von Rechtsanwalt Soll sich nicht sehr intensiv mit den Unterlagen über die zu Beurteilenden auseinandergesetzt hatten, etwa durch intensives Studium der Personalakten. Dann wäre zum Beispiel aufgefallen, dass Oberschulrat Karl Züge noch 1944 über Adolf Vogel festgestellt hatte: „Die Betätigung in der Partei bestätigt seine politische Zuverlässigkeit.“<sup>35</sup>

So wurde Adolf Vogel am 21.7.1948 an der Oberschule Wilhelmsburg wieder beschäftigt, seit dem 11.10.1949 war er wieder Beamter.<sup>36</sup>

Die Gesetzeslage zum Abschluss der Entnazifizierung erbrachte, dass Vogel Oberstudiendirektor zur Wiederverwendung wurde.

Oberstudiendirektor Dr. Arnold an der wissenschaftlichen Oberschule für Jungen und Mädchen in Wilhelmsburg bestätigte am 4.7.1955, dass Vogel „wegen seiner pädagogischen, methodischen, wissenschaftlichen und menschlichen Qualitäten ein sehr geschätzter Lateinlehrer“ gewesen sei. Allerdings kränkelte Vogel seit 1953 und beantragte am 22.2.1955, in den Ruhestand zu treten, was er dann am 26.8.1955 auch tat. Sein Wunsch war, die Bezeichnung „Oberstudiendirektor a. D.“

zu führen, was die Schulbehörde ihm gewährte. Und seine Pensionierung orientierte sich ebenfalls an der Besoldung eines Oberstudiendirektors.<sup>37</sup>

Adolf Vogel starb am 21.12.1971.<sup>38</sup>

## **Anmerkungen**

- 1 Alle Angaben laut seiner Personalakte, StAHH, 361-3\_A 1661
- 2 Gutachten vom 30.6.1926, Personalakte a. a. O.
- 3 Schreiben vom 21.5.1928, Personalakte a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Schreiben vom 26.5.1928, Personalakte a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Vermerk vom 26.4.1933, Personalakte a. a. O.
- 9 Entnazifizierungsakte Vogel, StAHH, 221-11\_Ed 1048
- 10 Vermerk vom 26.4.1933, Personalakte a. a. O.
- 11 Berufungsurkunde vom 16.3.1935, Personalakte a. a. O.
- 12 Schreiben vom 6.6.1935, Personalakte a. a. O.
- 13 Schreiben vom 6.6.1935, Personalakte a. a. O.
- 14 Schreiben vom 25.6.1935, Personalakte a. a. O.
- 15 Vermerk vom 26.6.1935, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 26.6.1935, Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 2.7.1935, Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 24.11.1936, Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 26.1.1937, Personalakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Vermerk 17.3.1938, Personalakte a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Auszug aus dem Revisionsbericht vom 15. und 16.1.1931, Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Anlage zum Fragebogen I, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Anlage zum Fragebogen II, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Beratender Ausschuss vom 9.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Berufung saust 17 Formen 19.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Schreiben von Heinrich Schröder vom 9.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Personalakte a. a. O.
- 37 Personalakte a. a. O.
- 38 Personalakte a. a. O.



## Jürgen Früchtenicht

**„Er hat nach dem Urteil vieler Kollegen dem Druck der Partei aber in so starkem Maße nachgegeben, dass oft der Eindruck entstand, in ihm nicht einen Anwalt der Lehrerschaft, sondern einen Beauftragten der Partei oder der HJ sehen zu müssen.“**

Zu den Personen, die in der NS-Zeit sowohl in der Schule als auch in der Kinderlandverschickung eine wichtige Funktion einnahmen, gehörte Jürgen Früchtenicht. Er ist ein Beispiel dafür, dass auch nichtüberzeugte Nationalsozialisten in der NS-Zeit Karriere machen konnten, die dafür in die NSDAP eintraten, eng mit der NS-Schulverwaltung zusammenarbeiteten und nach Ende der NS-Herrschaft von Personen Leumundszeugnisse erhielten, die auch Rädchen im Getriebe waren.

Jürgen Früchtenicht wurde am 22.5.1888 in Warstadt bei Basbeck als Sohn eines Schlachtermeisters geboren. Er besuchte seit dem 1.10.1902 die Präparandenanstalt in Stade, ab 1905 das dortige Lehrerseminar. Die Abgangsprüfung absolvierte er am 29.8.1908. Dann wechselte er nach Hamburg, wo er am 13.5.1912 die zweite Lehrerprüfung bestand.

Am 1.10.1912 wurde er fest angestellt und arbeitete an der Schule Slomanstraße 58.<sup>1</sup>

Die weitere Tätigkeit von Jürgen Früchtenicht war unspektakulär. Er arbeitete 20 Jahre als Volksschullehrer. Am 1.4.1932 wurde er zum Schulleiter bestellt an der Schule Burgstraße 35, dessen Kollegium fast 100-prozentig in der „Gesellschaft der Freunde“ organisiert war. Schon am 31.7.1933 endete diese Tätigkeit, da ihn der neue Schulsenator Karl Witt nicht als Schulleiter bestätigte. Nach halbjähriger Tätigkeit wieder als Lehrer war es Schulrat Fritz Köhne, der in der Schulverwaltung als Schulrat übernommen worden war, da die Nationalsozialisten auf seine Personalkennntnis nicht verzichten konnten, der dem Schulsenator vorschlug, Früchtenicht wieder als Schulleiter der Schule Burgstraße einzusetzen. Dies wurde von Senator Witt am 26.10.1934 genehmigt und auch vom NSLB-Vize und Oberschulrat Albert Mansfeld gegengezeichnet.<sup>2</sup>

Mit Wirkung vom 1.10.1934 war Früchtenicht dann endgültig bestellt.

Jürgen Früchtenicht heiratete am 9.10.1913 seine Frau Louise, die keinen leiblichen Vater nachweisen konnte, „da dieser als Seeoffizier vor ihrer Geburt auf See geblieben war“.<sup>3</sup>

Dies könnte ein Hinweis sein, warum Früchtenicht in der NS-Zeit sehr vorsichtig und angepasst gegenüber den Nationalsozialisten war, möglicherweise, weil er den „Ariernachweis“ in Bezug auf seine Frau nicht erbringen konnte. Jürgen Früchte-

nicht und seine Frau hatten zwei Kinder<sup>4</sup>, wobei ihr Sohn Wilhelm, „als Schulamtsanwärter, der Wachtmeister bei der Wehrmacht war“, im Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, am 10.6.1940 als „im Westen für Führer und Volk gefallen“ vermerkt wurde.<sup>5</sup>

Jürgen Früchtenicht engagierte sich in der Bewegung der Schullandheime und war ein enger Mitarbeiter des dafür Verantwortlichen, Heinrich Sahrhage.<sup>6</sup>

Vom 2. bis zum 7.5.1939 nahm er am Reichslehrgang der Gau-Sachbearbeiter für Schullandheime teil<sup>7</sup>, gemeinsam mit Heinrich Sahrhage und Theodor Breckling, die im Weiteren auf diesem Gebiet mit ihm in Hamburg eine besondere Rolle spielen sollten. Diese Tagung fand am Haus des Deutschen Lehrers des NSLB in Bayreuth statt.<sup>8</sup>

Am 15.2.1939 erhielt Jürgen Früchtenicht die Amtsbezeichnung Rektor.<sup>9</sup>

Er war am 1.5.1937 in die NSDAP eingetreten, schon seit dem 1.5.1933 war er Mitglied im NSLB und der NSV.<sup>10</sup>

Jürgen Früchtenicht, der schon von 1909 bis 1910 seinen Militärdienst abgeleistet hatte, wurde am 2.1.1941 als Verbindungsmann in der bayerischen Ostmark für die erweiterte KLV eingesetzt, stets mit dem Hinweis, dass er „jederzeit zum Kriegsdienst eingezogen werden kann“.<sup>11</sup>

Dies war denn auch am 13.2.1941 der Fall, als der u.k.-Antrag abgelehnt worden war.<sup>12</sup>

Früchtenicht wurde zum Leutnant befördert. Am 6.2.1942 stellte die Hamburger Schulverwaltung einen erneuten u.k.-Antrag, der am 28.5.1942 bis auf Weiteres genehmigt wurde. Daraufhin war Jürgen Früchtenicht mit der Inspektion von KLV-Lagern betraut.

Gewissermaßen als Belohnung für seine Arbeit in der KLV erhielt Früchtenicht in Schul-Abwesenheit die Beförderung zum Hauptschulrektor.<sup>13</sup>

In der Zeit von 1940 bis 1945 „werden es um die 150.000 Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren gewesen sein, die betreut von ca. 3000 Lehrkräften, meist mehrere KLV-Lager durchlaufen haben. Die Zeitdauer der Verschickungen blieb zunächst meist auf 6–10 Monate begrenzt, in den letzten Kriegsjahren betrug sie nicht selten weit mehr als ein ganzes Jahr.“<sup>14</sup> Schon an diesen Zahlen kann man sehen, welche Bedeutung die Organisation und Inspektion der Kinderlandverschickung auch für Hamburg hatte.

In dem Mitteilungsblatt des NSLB wurde regelmäßig von der Hamburger Kinderlandverschickung berichtet. Im März 1941 schrieb Jürgen Früchtenicht:

„Wenn ich mich anschicke, dem Teil der Hamburger Lehrerschaft, der noch daheim ist, einen Gruß zu schreiben von uns allen, die wir hier in der Bayerischen Ostmark eingesetzt sind, dann muss ich bekennen, dass ich meiner Aufgabe, die

rund 650 Berufskameraden in den rund 300 Heimen zu besuchen, bisher noch längst nicht gerecht werden konnte. Mit dem Auto bedeutet das Aufsuchen eines Heimes meistens eine Tagesreise, während man mit der Eisenbahn dazu vielfach mehrere Tage benötigt. An manchen Wintertagen waren einzelne Heime für mich überhaupt nicht zu erreichen.“<sup>15</sup>

Jürgen Früchtenicht machte deutlich, welche zentrale Stelle er bei der Kinderlandverschickung innehatte:

„Dennoch ist bei mir wohl die Stelle, von der aus die beste Übersicht möglich ist: Teils aus eigener Anschauung heraus, teils aus Berichten, und zwar aus solchen, die mir direkt zugeleitet wurden von den Lagerlehrkräften und den hiesigen Kreiswaltern des NSLB, und solchen, die durch unseren Einsatzstab in Hamburg von den Kreiswaltungen, den Schulen und Privaten in der Heimat gesammelt und mir zugestellt wurden.“<sup>16</sup>

Jürgen Früchtenicht verfügte über einen guten Überblick der Situation in den KLV-Lagern:

„Leicht war die Aufgabe – besonders am Anfang – für unsere Berufskameraden bisher gewiss nicht, sind sie es doch ganz allein, denen vom Führer die volle Verantwortung für die Gesundung und Gesunderhaltung der ihnen anvertrauten Kinder übertragen wurde. Als Lagerleiter sind sie damit verantwortlich für die Heimeinrichtung und die Gestaltung des Heimlebens, für die unterrichtliche Betreuung, die Verpflegung, Kleidung und Sauberkeit der Kinder.

Nicht eine Minute des 24-stündigen Tages lässt den Lehrer die Verantwortung los. Das, was sonst 20–40 Elternpaare und der Lehrer gemeinsam zu tragen hatten, das liegt nun auf einmal neben der besonderen Aufgabe der Heimerziehung auf den Schultern der einen Lehrkraft mit ihrem HJ-Führer.

Für die ersten zwei bis drei Wochen bedeutete das für die mit Schullandheimaufenthalt vertraute Lehrerschaft nichts Neues. Doch kam hier noch manch erschwerendes Moment hinzu. Mancher hatte plötzlich eine ganz fremde Schar von Kindern überwiesen bekommen, deren Eigenarten ihm völlig unbekannt waren. Ungewohnt war das Nebeneinander der verschiedenen Jahrgänge, das Werden der Gemeinschaft zwischen Führern und Kindern und den Kindern untereinander ging nicht ohne Wehen ab. Das Heimweh trat naturgemäß weit stärker in Erscheinung als in Friedenszeiten. Die junge männliche Lehrkraft, die für diese Aufgabe am leistungsfähigsten gewesen wäre, stand nicht zur Verfügung, und manche 50- bis 65-jährige Lehrkraft fühlte sich verpflichtet, sich dieser schweren Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Dabei waren viele von ihnen im Grunde genommen genauso erholungsbedürftig wie die von ihnen geführten Kinder. Mancher trug schwer unter den ganz veränderten Lebensbedingungen: das Leben im Lager, die andersartige

Ernährungsweise, das Fehlen der Vielseitigkeit und der Anregung, die die Großstadt bietet.“<sup>17</sup>

Jürgen Früchtenicht zeigte in seinem Bericht, dass er Teil des Systems gewesen war, mit guten, vertrauensvollen Beziehungen zum Parteiapparat und zum NSLB:

„Es ist erstaunlich, wie genau der Gauleiter der Bayerischen Ostmark, der zugleich der Reichswalter des NS-Lehrerbundes ist, und sein Vertreter über ihre Lager unterrichtet sind, wie sie sorgen für die Betreuung der Kinder, wie sie sich mühen um ihre Gesundheit und wie liebevoll sie mit ihnen umgehen! Der Gauwalter des NSLB sieht seine Hauptaufgabe nicht in der Bevormundung und Beaufsichtigung unserer Lehrerschaft, sondern er umsorgt und beschützt sie. Kreisleiter und die von ihnen mit der Fürsorge für die Heime Betrauten sind stets bemüht, die Wünsche der Lagerleiter zu erfüllen, soweit es nur irgend möglich ist. Es ist, als habe der Bayer den Hamburger ganz besonders ins Herz geschlossen.

Zu großem Dank verpflichten uns unsere bayerischen Berufskameraden. Keine Arbeit wird den Kreiswaltern zu viel, kein Weg zu weit, wenn es darum geht, den Hamburger Kameraden zu helfen. Sie erkennen den großen Einsatz, der hier nötig ist. Die örtlichen Einheiten der Hitler-Jugend sorgen für ihre Kameraden in den Lagern. Sie stellen ihnen ihre Rodelschlitten und Skis zur Verfügung, sind ihnen Lehrmeister im Wintersport, ringen mit ihnen im Wettspiel und laden sie ein zu ihren Veranstaltungen. Lehrer, HJ-Führer und Kinder sind eine Einheit geworden, Das Heimleben vollzieht sich natürlich wie ein Familienleben.“<sup>18</sup>

Es mutet merkwürdig an, wenn Jürgen Früchtenicht, als langjährig für die Schullandheimbewegung tätiger Funktionär die Kinderlandverschickung als Impuls für seine bisherige Arbeit ansieht: „Sollte nicht mancher hier in der erweiterten Kinderlandverschickung für unsere Schulheimarbeit ganz innerlich gepackt werden?“<sup>19</sup>

Die Arbeit in der KLV wurde im Laufe des Krieges nicht einfacher. Zunehmend machten sich Eltern Sorgen, da manche Kinderlandverschickungsheime in der Nähe von Kriegshandlungen lagen. „So teilte der Gebietslagerleiter der NSDAP, Jürgen Früchtenicht, am 20. September 1944 einem Lagerleiter mit, es mehrten sich die Fälle, in denen Eltern wegen der verschärften Kriegslage ihre Kinder auf eigene Faust aus der KLV zurückholten, aus Sorge, infolge der politischen Entwicklung, von ihren Kindern getrennt zu werden.“<sup>20</sup>

Wie schwer die Arbeit für die Verantwortlichen der Kinderlandverschickung war, insbesondere für die KLV-Inspektoren vor Ort, zeigte auch eine Veranstaltung, die am 17.10.1944 im Curio-Haus stattfand und an der von 5800 eingeladenen Eltern etwa 1000 teilnahmen. „Seitdem die Feinde sich den Grenzen des Vaterlandes genähert haben, ist in der Haltung der Elternschaft in Bezug auf die KLV eine Krise ausgebrochen“, nahmen die Veranstalter wahr. Nur den Lehrern vertrauten

die Eltern noch. Sie sollten daher nach dem Willen der Schulverwaltung beruhigend auf die Eltern einwirken.

Angesichts näher rückender Fronten verlegten die Hamburger Organisatoren in den letzten Kriegsmonaten die KLV-Lager nach Schleswig-Holstein und in die Lüneburger Heide. Unter dem Vorwand, man wolle das Hamburger Schulwesen im Gau Bayreuth konzentrieren, wurden rund 1700 Kinder und Jugendliche und ihre etwa 80 pädagogischen Betreuer im Februar und März 1945 aus Böhmen und Mähren in das Reichsgebiet zurückgeführt.<sup>21</sup> An dieser organisatorischen Arbeit war Jürgen Früchtenicht an vorderer Stelle beteiligt.

Erst am 3.9.1945 konnte Jürgen Früchtenicht von der Arbeit der KLV entlassen werden.<sup>22</sup> Über das Kriegsende hinaus war es notwendig gewesen, alle Kinder nach Hamburg zurückzuholen und die Kinderlandverschickung abzuschließen. Dafür war es sogar erforderlich gewesen, dass der Leiter der Hamburger Schulverwaltung für Jürgen Früchtenicht noch einmal am 14.1.1944 eine u.k.-Stellung beantragen musste, da zu diesem Zeitpunkt bereits 1400 Hamburger Lehrer zum Kriegsdienst eingezogen worden waren.<sup>23</sup>

Auf Anordnung der Britischen Militärregierung wurde Früchtenicht danach aus dem Hamburger Schuldienst entlassen. In dem anschließenden Entnazifizierungsverfahren zeigte sich, dass er gewichtige Unterstützung erhielt. So schrieben die für ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus anerkannten Schulräte Johannes Schult, Gustav Schmidt und Heinrich Schröder am 5.3.1946: „Es würde sehr bedauert werden, wenn Hamburgs Schulen ohne Herrn Früchtenicht auskommen müssten, der ein effizienter Lehrer und ein aufrechter Charakter ist.“<sup>24</sup>

Wie schwierig es für Jürgen Früchtenicht war, wieder in den Schuldienst zu gelangen, zeigt die Stellungnahme des Beratenden Ausschusses vom 13.1.1947, in der deutlich wurde, dass die Hamburger Lehrerschaft Früchtenicht durchaus als Teil des NS-Apparates wahrgenommen hatte.

„Herr Jürgen Früchtenicht ist mir (Grünig) von meiner Tätigkeit an der Schule Burgstraße (1921–1930) bekannt als fortschrittlich gesonnener Kollege, der damals nationalsozialistischen Gedankengängen völlig fern stand. Ich glaube auch nicht, dass er später überzeugter Parteigenosse gewesen ist.

In seiner Eigenschaft als Inspekteur der KLV in Bayreuth hat er nach dem Urteil vieler Kollegen dem Druck der Partei aber in so starkem Maße nachgegeben, dass oft der Eindruck entstand, in ihm nicht einen Anwalt der Lehrerschaft, sondern einen Beauftragten der Partei oder der HJ sehen zu müssen. Wenn diese Haltung auch zurückzuführen ist auf ein vielleicht übertriebenes Pflichtbewusstsein dem einmal übernommenen Auftrag gegenüber, so lässt sich doch die Linie des inneren

Widerstandes gegen die Partei vermissen, die von einem Schulleiter, wie er heute gebraucht wird, niemals verlassen werden dürfte. Der Ausschuss hält Früchtenicht, der ein sehr wertvoller Lehrer ist, daher nicht geeignet zum Leiter eines Kollegiums.“<sup>25</sup>

So geschah es dann auch, Früchtenicht wurde als Lehrer wieder eingestellt, aber nicht als Schulleiter und auf Anordnung der Militärregierung vom Hauptschulrektor zum Hauptschullehrer zurückgestuft.<sup>26</sup>

Jürgen Früchtenicht wurde am 9.4.1947 dann sogar wieder an seine ehemalige Schule Burgstraße 35 versetzt. Er nahm auch seine Arbeit als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Schullandheime wieder auf und war in dieser Funktion für Hamburg zu zahlreichen Treffen unterwegs.<sup>27</sup>

Zwischenzeitlich wurde er noch zum Mittelschullehrer befördert und trat am 24.9.1953 in den Ruhestand.<sup>28</sup>

Im Schreiben zu seinem 70. und 80. Geburtstag dankte die Hamburger Schulbehörde für seine langjährige Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Schullandheime. „Die Schulbehörde möchte Ihnen für ein so erfülltes Leben und Wirken im Bereich der Schule und der Pädagogik ihren Dank und ihre besondere Anerkennung aussprechen“, schrieb ihm Landesschulrat Ernst Matthewes am 25.5.1958.<sup>29</sup>

Jürgen Früchtenicht starb am 11.5.1977.<sup>30</sup>



Jürgen Früchtenicht, 1947

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Früchtenicht, StAHH, 361-3\_A1349
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, Heft 1/1942, S. 1.
- 6 Siehe die Biografie Sahrhage, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 284 ff.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Entnazifizierungsakte Früchtenicht, StAHH, 221-11\_Ed 6977
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Reiner Lehberger: Kinderlandverschickung: „Fürsorgliche Aktion“ oder „Formation Erziehung“, in: Reiner Lehberger und Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 370.

- 15 Jürgen Früchtenicht, in: Hamburger Kinderlandverschickung. Unsere Inspektoren berichten, Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, Heft 3/1941, S. 18.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd, S. 18f.
- 19 Ebd., S. 19.
- 20 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 599.
- 21 Ebd.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben von Ernst Schrewe vom 14.1.1944, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Schrewe, in: de Lorent 2017, S. 82 ff.
- 24 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Stellungnahme vom 13.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 13.5.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Personalakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.

## August Kaphengst

**„Dass Sie mich gerade mit der Büste unseres unvergleichlichen Führers beehrten, ist mir ein erfreulicher Beweis dafür, dass Sie mich in meinem Ringen um das politische Ideal, auch bei meiner Schularbeit, richtig erkannten.“**

Zur Gruppe der Schulleiter, die im Bereich der höheren Schulen in Zeiten der Selbstverwaltung der Weimarer Republik vom Kollegium an die Spitze der Schule gestellt wurden und 1933 in die NSDAP eintraten und dann auf der Schulleiterliste von Senator Karl Witt am 10.7.1933 weiterhin als Schulleiter standen, gehörte August Kaphengst am Realgymnasium und der Realschule in Barmbek, Osterbeckstraße 107. Er war ein glühender Verehrer Adolf Hitlers, dem er am 6.9.1937 einen unfassbaren handschriftlichen Brief schrieb, um diesen zu bitten, in den Ruhestand versetzt zu werden aufgrund seiner schweren Krankheit. Eine tragische Gestalt.

August Kaphengst wurde am 9.12.1889 in Hamburg geboren. Er besuchte die Vorschule der Realschule vor dem Lübeckertor, wechselte danach auf die Oberrealschule auf der Uhlenhorst, an der er Ostern 1908 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er an den Universitäten Marburg, Berlin und Greifswald Deutsch, Französisch und Erdkunde.<sup>1</sup>

1912 hatte August Kaphengst in Greifswald die Ergänzungsprüfung in Latein abgelegt, am 20.2.1913 wurde er promoviert und das erste Staatsexamen bestand er am 24.10.1914 ebenfalls in Greifswald. Am 5.11.1914 bewarb er sich als Kandidat für das höhere Schulwesen in Hamburg, wollte eigentlich an die Gelehrtenschule des Johanneums, wurde dann aber an die Oberrealschule St. Georg zum Probejahr zugelassen.<sup>2</sup>

Seit dem Sommer 1915 war August Kaphengst im Kriegsdienst schwer erkrankt. Wie er selbst erklärte, hatte er „im Felde Typhus und danach Thrombose des rechten Beines“, die ihn viele Monate ans Lazarett und das Krankenbett fesselte.<sup>3</sup>

Am 30.6.1917 wurde August Kaphengst vom Kriegsdienst zurückgestellt, seit 1920 war er Oberlehrer an der Realschule in Barmbek, die 1925 auch einen Realgymnasiums-Zweig bekam.<sup>4</sup>

Als der langjährige Schulleiter des Reform-Realgymnasiums mit Realschule in Barmbek, Prof. Paul Hering zum Sommer 1927 aus Altersgründen pensioniert wurde, wählten das Lehrerkollegium und die Elternvertreter am 16.8.1927 August Kaphengst einstimmig zum neuen Schulleiter. „Dass das Kollegium mit seiner Amtsführung einverstanden war, zeigt seine einstimmige Wiederwahl 1931.“<sup>5</sup>

August Kaphengst war politisch über Jahre engagiert und aktiv gewesen. In



dem Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums hatte er 1933 angegeben, bis 1923 Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) und dort auch in der Lehrergruppe der DVP gewesen zu sein, seit Juni 1919 der Gruppe „Stahlhelm“ bis zum 5.1.1933 angehört zu haben. Seit dem 2.3.1933 war Kaphengst Mitglied der NSDAP.

Auch deswegen stand er auf der Liste von Senator Karl Witt vom 10.7.1933 als Schulleiter für das Realgymnasium und die Realschule Barmbek.<sup>6</sup>

Der Hamburger Philologenverein, der am 27.6.1933 in der Aula des Heinrich-Hertz-Realgymnasiums eine Mitgliederversammlung durchführte, bei der der bisherige Vorsitzende Theodor Mühe<sup>7</sup> „den Vorsitz niedergelegt und seinen Protegé Karl Züge<sup>8</sup> als Nachfolger empfohlen hatte“<sup>9</sup>, wählte für die zwei ausgeschiedenen ehemaligen Vorsitzenden Theodor Körner und Adolf Lindemann zwei „überzeugte Nationalsozialisten“ an deren Stelle, nämlich Gerhard Rösch<sup>10</sup> und August Kaphengst.<sup>11</sup>

Alle genannten Personen waren Nationalsozialisten, die als Schulleiter fungierten oder, wie Theodor Mühe schon 1933 und Karl Züge 1942 als Oberschulräte für die höheren Schulen in die Schulverwaltung wechselten. Da auch die ehemaligen Vorsitzenden Theodor Körner und Adolf Lindemann<sup>12</sup> NSDAP-Mitglieder wurden und die weiteren Vorstandsmitglieder Berthold Ohm<sup>13</sup> als Kassenwart, Herbert Bieber<sup>14</sup> als zweiter Vorsitzender und der Schriftführer Willy Kowallek<sup>15</sup> NSDAP-Mitglieder wurden und in Schulleitungsstellen oder im NSLB Funktionen übernahmen, ist die Ausrichtung des Hamburger Philologenvereins an dieser zeitlichen Nahtstelle politisch deutlich charakterisiert.

Ein Jahr später hatte August Kaphengst auch eine herausgehobene Funktion im NSLB übernommen. Er gehörte dem Ehrengericht im NSLB an, mit einigen anderen nationalsozialistischen Aktivisten unter dem Vorsitz von Oberschulrat Albert Mansfeld, der gleichzeitig als stellvertretender Gauamtsleiter des NSLB fungierte.<sup>16</sup>

August Kaphengst war also ein ausgewiesener Nationalsozialist, der sich als sehr umtriebig und aktiv erwies. Das zeigt auch die Festschrift „75 Jahre Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek“, in der ein Redaktionskollegium der Schule akribisch die vorhandenen Schulakten aus der NS-Zeit ausgewertet hat. So heißt es dort:

„Durch eine Vielzahl von Maßnahmen versuchte die nationalsozialistische Regierung, die Lehrer für ihre Ideologie zu gewinnen und damit einen entsprechenden Unterricht in den Schulen zu erreichen. Seit dem Herbst 1933 wurden die Lehrer des Realgymnasiums in Barmbek regelmäßig aufgefordert, an Schulungskursen, Fortbildungsveranstaltungen, Vorträgen, Filmvorführungen und Lehrgängen teilzunehmen. Bei einigen dieser Veranstaltungen wurde die Teilnahmepflicht besonders betont. Dazu zählten politische Vorträge und Wehrsport-Lehrgänge, die alle

Lehrer bis zu 35 Jahren besuchen mussten. Viel Wert wurde auf die Luftschutzausbildung der Lehrer gelegt. Ab 1934 wurden ständig Kurse angeboten. Drei Lehrer jeder Schule mussten sich verpflichten, dreimal sechs Abende einer Vortragsreihe zu besuchen. Auch zu Kundgebungen und Feiern der Nationalsozialisten hatten die Lehrer zu erscheinen, zum Beispiel am SA-Ehrenmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof oder, in geschlossener Marschformation, bei der Maifeier. Wurde an der Schule die Hakenkreuzfahne gehisst, durfte niemand unentschuldigt fehlen.“<sup>17</sup>

In dieser Weise wurde an vielen Schulen agiert und geworben. Schulleiter August Kaphengst zeigte sich dabei mit deutlichem Eifer:

„Die Lehrer sollten aber nicht nur passiv an all diesen Veranstaltungen teilnehmen, sondern aktiv für die nationalsozialistischen Ideen eintreten. Im Oktober 1933 forderte sie der Schulleiter auf, unter den Schülern für die Jugendzeitschriften der NSDAP zu werben, ein Jahr später versuchte bereits einer der Lehrer, unter seinen Kollegen Abonnenten für Parteizeitschriften zu finden. Spenden für das Winterhilfswerk und zur Förderung der ‚nationalsozialistischen Arbeit‘ wurden vom Dezember 1933 an nicht mehr freiwillig bezahlt, sondern von der Landesunterrichtsbehörde gleich vom Gehalt der Lehrer abgezogen oder vom Schulleiter eingesammelt.“<sup>18</sup>

Alle Beamten mussten nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 einen Fragebogen ausfüllen und dort alle Mitgliedschaften in politischen und anderen Organisationen eintragen.

„Gehörte ein Lehrer einem der von den Nationalsozialisten unterdrückten Vereine an, zum Beispiel dem Rotary-Club, dann wurde ihm der Austritt nahegelegt. Aber auch die ehemaligen Mitglieder verbotener pazifistischer und kirchlicher Vereinigungen mussten sich bei der Landesunterrichtsbehörde melden. Als der Hamburger Philologenverein aufgelöst wurde, erhielt die Barmbeker Schule 1936 für Ihre Bibliothek rund 490 RM aus seinem Vermögen.“<sup>19</sup>

Neben dem regulären Unterricht wurden den Schülern des Realgymnasiums in Barmbek regelmäßig nationalsozialistische Propagandafilme vorgeführt. „Sie hatten Titel wie ‚Der Verräter‘ oder ‚Arbeit bringt Brot, Arbeit bricht Not‘. In der Aula hörten die versammelten Lehrer und Schüler Rundfunkübertragungen. Ab und zu wurden an der Schule auch Vorträge gehalten, 1933 zum Beispiel von einem Überlebenden der Skagerrak-Schlacht über seine Erlebnisse. 1937 – und dann besonders in den Kriegsjahren, warben Offiziere für die Wehrmacht.“<sup>20</sup>

Disziplin wurde an der Schule hochgehalten. „Die Zahl der Strafen mit dem Rohrstock scheint damals zugenommen zu haben. Eine Notiz vom Dezember 1933 besagt: ‚Die Zahl der Eintragungen ist infolge körperlicher Züchtigung durch den Schulleiter gesunken.‘ Verspätete sich ein Schüler, dann musste er sich sechs Tage lang jeden Morgen pünktlich beim Hausmeister melden.“<sup>21</sup>

Kurios auch ein anderer Fall, der in der Festschrift erwähnt wird und auch Schulleiter Kaphengst betrifft:

„Der Schulleiter hatte erfahren, dass ein Schüler ‚unsittliche Dinge erzählt und unter anderem auch geschlechtliche Verhütungsmittel mit in die Schule gebracht und gezeigt‘ hatte. Er schlug der Schulbehörde vor, diesen Schüler mit einer ‚ernsten Verwarnung‘ an eine andere Schule zu versetzen. Die Schulbehörde empfahl aber, den Schüler in einer Parallelklasse erst einmal scharf zu beobachten. Der Vater des Schülers protestierte gegen diese Maßnahme und wies darauf hin, dass auch andere Schüler der Klasse sich für solche Dinge interessierten und dies nicht unbedingt ungewöhnlich für Jungen in diesem Alter sei (ca. 14-jährige Schüler). Daraufhin ‚verhörte‘ der Schulleiter einige andere Schüler. Über die Ergebnisse dieser Gespräche notierte er, er habe ‚leider festgestellt, dass die Kenntnis solcher Dinge in der Klasse ziemlich verbreitet ist. Da also F. keineswegs der einzige Verführer ist, habe ich nach eigenem Ermessen ihn in der Klassengemeinschaft gelassen. Nachdem ich die als unschuldig bezeichneten Jungen aus der Klasse hinaus geschickt hatte, habe ich die übrigen vor weiterer Verbreitung gewarnt und angedroht, dass derjenige von der höheren Schule verwiesen würde, der sich auf diesem Gebiet etwas zuschulden kommen lasse.“<sup>22</sup>

In der Schulchronik wurde die Schule in der NS-Zeit so dargestellt:

„1933 machte unser Vaterland seine größte politische Wandlung durch, die natürlich auch die Schüler und Lehrer vor große Aufgaben stellte. Die Hitlerjugend mit ihren Schulungen, Heimatabenden und Lagern erforderte Zeit und Kraft aller Beteiligten. Geschickt hatten sich die neuen Forderungen dem Schulwissen einzufügen. Denn, wenn die Schule die ihr anvertraute Erziehungsaufgabe erfüllen soll, bedarf sie unbedingt der Autoritätsstellung in allen Kreisen, ganz besonders bei der

Jugend, die dort den Grundstock für ihre späteren Führerämter erhalten soll und dann auch ohne Schwierigkeit ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Schule und Hitlerjugend gewährleistet zum Segen für Jung und Alt.“<sup>23</sup>

August Kaphengst, der seit 1920 verheiratet war und mit seiner Frau Veronika zwei Kinder hatte, erkrankte 1935 und musste 1936 mehrere Kuren, Untersuchungen und ständige ärztliche Behandlungen über sich ergehen lassen. Die Thrombose im Bein meldete sich wieder, eine chronische Erkrankung der Galle und der Leber wurden diagnostiziert und Kap-



August Kaphengst im Schulleiterbüro,  
1934

## Kaphengst-Brief an Adolf Hitler

hengst litt unter Mattigkeit. Auf den Fotos von ihm im Schulleitungsbüro kann man es erkennen. Es wurde über die Versetzung in den Ruhestand nachgedacht, und als August Kaphengst dazu entschlossen war, verfasste er einen denkwürdigen handschriftlichen Brief an Adolf Hitler, den er auf dem Dienstweg „durch die Kultur- und Schulbehörde in Hamburg“ nach Berlin sandte. Der Wortlaut:

„Mein Führer!

Nachdem ich, Dr. phil. August Heinrich Kaphengst, Leiter eines Realgymnasiums und einer Realschule in Hamburg, 47-jährig, 30 v. H. kriegsbeschädigt, seit längerer Zeit wegen einer Entzündung der Leber vom Schuldienst beurlaubt worden bin, die Wiederherstellung meiner Gesundheit aber nach ärztlichem Urteil voraussichtlich noch ein halbes Jahr dauern wird, bitte ich Sie, mein Führer, mich in den Ruhestand zu versetzen. Ich füge die Bitte hinzu, mir aber nach eingetretener Heilung die Möglichkeit zu gewähren, erneut die mir liebe berufliche Tätigkeit aufzunehmen.

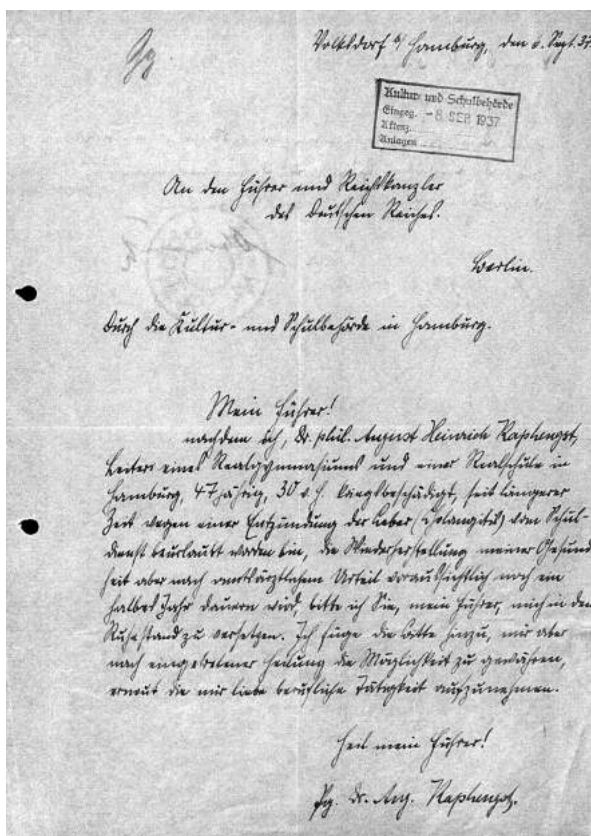
Heil mein Führer!

Pg. Dr. August Kaphengst“<sup>24</sup>

Nachdem Kaphengst sich im Ruhestand befand, schrieb er am 23.3.1938 von zu Hause dem Kollegium einen handschriftlichen Brief, der aussagekräftig ist im Hinblick auf die Person des Schulleiters und sein Verhältnis zu der Kollegenschaft:

„Meine Mitarbeiter,

in ebenso wohlthuender wie reichlohnender Weise haben Sie mir im Laufe meiner langen Krankheit Ihre treue Verbundenheit in Form sinnvoller Angebinde bewiesen, so dass ich mich jedes Mal aufs neue von Ihrem treuen Sinn bewegt fühlte.



Sie fuhren nicht in die Ferien, rüsteten sich nicht auf eines unserer Feste, ohne nicht meiner mit einer Gabe zu gedenken. Ihre Anrufe, Ihre gelegentlichen Erkundigungen bei gemeinsamen Bekannten nach meinem Befinden, Ihre rücksichtsvoll spärlichen Besuche bei mir hier draußen in Volksdorf waren mir nicht minder Zeichen enger Verbundenheit. Ich kann Ihnen nur kurz versichern, dass all dies von mir als eine Wohltat empfunden und dankbaren Herzens entgegengenommen wurde; so auch Ihre letzten Gaben im abgelaufenen Jahre: der totale Krieg von Ludendorff und Försters Buch über Alt-Hamburg heute, wofür ich Ihnen erst jetzt meinen darum nicht minder herzlichen Dank ausspreche. Jetzt beim Scheiden aus dem Amte haben Sie mir nun zum letzten Male bewiesen, wie sehr ich mich, nach wie vor, trotz unserer langen Trennung, als Ihnen zugehörig fühlen darf. Unvergesslich wird mir dieser 4. März bleiben, an dem Sie durch den Besuch Ihrer Abordnung und durch die Gaben mir ans Herz rührten. Dass Sie mich gerade mit der Büste unseres unvergleichlichen Führers beehrten, ist mir ein erfreulicher Beweis dafür, dass Sie mich in meinem Ringen um das politische Ideal, auch bei meiner Schularbeit, richtig erkannten. Möge es unserer Schule in allen ihren Teilen, der Erzieherchaft und ihren Zöglingen, immerdar vom Schicksal beschieden sein, einem solchen Ideal naheifern zu dürfen! – Ich verweile nicht in meinem Zimmer, ohne mich nicht beim Anblick der Führerbüste erhaben und verpflichtet zu fühlen und zugleich Ihres gebefreudigen Spenders in Dankbarkeit zu gedenken. Ihre Abschiedsworte indes, die Sie in jener wundervoll gearbeiteten Mappe niederlegten, bewegen mir immer wieder das Herz. Dass mein kameradschaftliches Streben in der Zeit unserer gemeinsamen Arbeit so treuen Widerhall gefunden, ist der herrlichste Lohn, der mir aus meiner Amtsführung erwachsen konnte. Ich weiß nicht, ob Sie es ermessen können, was solcher Worte Sinn für mich, den vorzeitig Untätigen, bedeutet. Sie gelten mir nicht weniger als das Gesamtergebnis aus meiner Lebenstätigkeit und sind ebenso ehrend wie beschämend für mich wegen ihrer offen bekundeten Anerkennung.

Ich darf diese Zeilen wohl mit der Versicherung schließen, dass Sie durch die Äußerung über unsere künftige Verbundenheit mir im Voraus einen Herzenswunsch erfüllt haben. Soweit es meine Gesundheit gestattet, werde ich dankbarst an dem äußeren und inneren Leben unserer Schule teilnehmen. Möge ich dann stets feststellen dürfen, dass an unserer Schule die gesamte Mitarbeiterschaft unsere Schüler nach dem bisher stolz betätigten Grundsatz erzieht, der zur Leistung wie zur Bescheidenheit gleichermaßen verpflichtet: mehr sein als scheinen!

In Treue Ihr Dr. August Kaphengst<sup>25</sup>

Dies war gleichsam das Vermächtnis des bisherigen Schulleiters Kaphengst. Er erholte sich nicht wieder und starb kurze Zeit darauf am 13.6.1938.<sup>26</sup>

Der „Hamburger Anzeiger“ vom 18.6.1938 berichtete von der Gedenkfeier, die in der Schule in Barmbek im Beisein der Lehrer- und Schülerschaft stattfand, und der auch OSR Walter Behne beiwohnte. In der Würdigung Kaphengst hieß es:

„Er war seinen Lehrern und Schülern ein Führer im nordisch-germanischen Sinne. Erfüllt von glühender Vaterlandsliebe, begrüßte er mit Begeisterung die Morgenröte des neuen Deutschlands; als Ortsgruppenleiter des NS-Lehrerbundes in Volksdorf wirkte er für Partei und Staat. Im Dienst sich verzehrend – dieses Wort war auch für ihn geschrieben. Mitten in seiner rastlosen Arbeit erhielt er den Keim des tückischen Leidens, das seinem Wirken an der Anstalt zu früh ein Ende setzte.“<sup>27</sup>

### Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Kaphengst, StAHH, 361-3\_A 1613
- 2 Personalakte
- 3 Angaben laut dem Befund des staatlichen Gesundheitsamtes für das Land Bremen vom 26.7.1937, Personalakte a. a. O.
- 4 Siehe dazu die lesenswerte Festschrift: „Gutes altes GUB“. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek, Hamburg 1983, S. 126.
- 5 Festschrift 1983, S. 144.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Siehe die Biografie Theodor Mühe, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 371 ff.
- 8 Siehe die Biografie Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385 ff.
- 9 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999, S. 320.
- 10 Siehe die Biografie Gerhard Rösch in diesem Band.
- 11 Uwe Schmidt 1999, S. 320.
- 12 Siehe die Biografie Adolf Lindemann in diesem Band.
- 13 Siehe die Biografie Berthold Ohm, in: de Lorent 2016, S. 575 ff.
- 14 Siehe die Biografie Herbert Bieber, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 306 ff.
- 15 Siehe die Biografie Willy Kowallek in diesem Band.
- 16 HLZ 1/1934, S. 11. Siehe auch die Biografie Albert Mansfeld, in: de Lorent 2016, S. 118 ff.
- 17 Festschrift 1983, S. 146.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Festschrift 1983, S. 157.
- 21 Festschrift 1983, S. 156.
- 22 Festschrift 1983, S. 157.
- 23 Schulchronik, StAHH, 362-2/33\_62
- 24 Schreiben vom 6.9.1937, Personalakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 23.3.1938, Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 „Hamburger Anzeiger“ vom 18.6.1938.

## Heinrich Matthaei

**„Seine Zugehörigkeit zur Partei war für ihn nur eine sich aus seiner Stellung als stellvertretender Schulleiter ergebende Notwendigkeit.“**

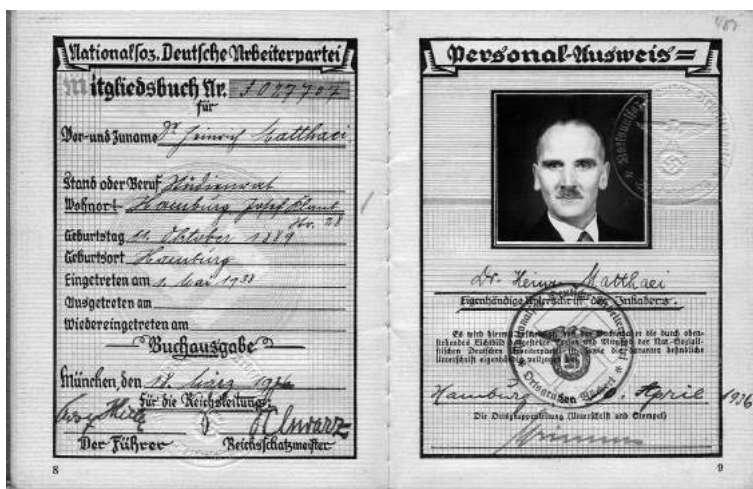
Eine interessante Personalie in den Entnazifizierungsverfahren war Heinrich Matthaei. Er war der Vetter des langjährigen Hamburger Finanzsenators Dr. Walter Matthaei, der sich 1946 für seinen Verwandten einsetzte. Bemerkenswert sind die Leumundszeugnisse von ehemaligen Kollegen, die behaupteten, dass es innerhalb des Kollegiums eine Absprache gegeben hätte, Matthaei zu bitten, in die NSDAP einzutreten, um ihre Schule zu schützen. Die vorhandenen Unterlagen sollen dazu ausgewertet werden.

Heinrich Matthaei wurde am 11.10.1889 in Hamburg geboren. Leider ist seine Personalakte nicht mehr vorhanden, da sie am 5.7.1984 von der Hamburger Schulbehörde vernichtet wurde.<sup>1</sup> Dieses geschieht in den Fällen, 30 Jahre nachdem ein ehemaliger Mitarbeiter verstorben ist und die jeweilige Person nach Einschätzung der Prüfenden nicht die Bedeutung gehabt hatte, um die Unterlagen im Staatsarchiv aufzubewahren. In diesem Fall hätte es sich gelohnt, die Personalakte zu archivieren. Wie das kurze, dokumentierte Entnazifizierungsverfahren belegt, gab es bei Heinrich Matthaei einige Besonderheiten, die illustrieren, was 1933 in Hamburger Kollegien möglicherweise erörtert wurde.

Anhand der Hamburgischen Lehrerverzeichnisse können die Stationen des Studienrats Heinrich Matthaei rekonstruiert zu werden. So ist er in dem Hamburgischen Lehrerverzeichnis vom Schuljahr 1930–31 zum ersten Mal aufgeführt, ohne Hinweis auf Art und Ort der Ausbildung und das Jahr des Eintritts in den Hamburger Schuldienst. Als Schule war in dem Schuljahr schon das Realgymnasium mit Realschule in Barmbek angegeben.<sup>2</sup>

Über seinen familiären Hintergrund schrieb sein Vetter, Dr. Walter Matthaei, der selbst am 22.12.1874 in Hamburg geboren wurde, die Gelehrtenschule des Johanneums besucht und danach Jura studiert hatte. Seit 1910 gehörte er der Hamburger Bürgerschaft als Abgeordneter an und seit 1919 war er Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Matthaei wurde 1921 in den Hamburger Senat gewählt und war in Hamburg langjähriger Finanzsenator. Walter Matthaei war auch einer der Nicht-Nationalsozialisten, die am 8.3.1933 dem Koalitions-Senat angehörten, wenn auch nur für zwei Monate. Er schied am 18.5.1933 wieder aus, als Reichsstatthalter Karl Kaufmann den Senat stramm nationalsozialistisch ausrichtete.<sup>3</sup>

Parteibuch von  
Dr. Heinrich  
Matthaei



Oberstudienrat Heinrich Matthaei, der am 1.5.1933 der NSDAP beigetreten war, Mitglied in der NSV und dem NSLB seit 1935 war, ebenso des Reichskolonialbundes und der dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) seit 1931 angehörte, war vom Schulsenator des NS-geführten Senats, Karl Witt, im Sommer 1933 zum stellvertretenden Schulleiter der Oberschule für Jungen in Barmbek ernannt worden.<sup>4</sup> Da nach Ende der NS-Herrschaft alle am 1.5.1933 in die NSDAP eingetretenen Beamten entlassen wurden, gehörte auch Heinrich Matthaei zu diesem Kreis. Seine Entlassung war im Namen der Britischen Militärregierung am 26.10.1945 von Senator Heinrich Landahl ausgesprochen worden.<sup>5</sup>

Es begann danach wie in allen anderen Fällen ein intensiver Prozess der Stellungnahmen, Erklärungen und Verhandlungen vor den Entnazifizierungs-Ausschüssen. In diesem Kontext gab auch der ehemalige Senator Walter Matthaei eine eidesstattliche Erklärung ab, die den familiären Hintergrund seines Vetters Heinrich Matthaei beleuchtete:

„Ich erlaube mir, über die Persönlichkeit und die Familie meines Vetters, des Oberstudienrats Dr. Heinrich Matthaei, in vollem Bewusstsein der Bedeutung der eidesstattlichen Erklärung folgendes zu berichten: In der Familie meines Vetters hat von jeher eine christliche und liberale Tradition geherrscht. Zwei seiner Brüder sind Pastoren gewesen, sein Vater, Professor Dr. Adolf Matthaei war ebenfalls Halb-Theologe. Heinrich Matthaei selbst hatte, wie er berichtete, in seiner Jugend enge Freundschaften mit Jungen aus jüdischen Familien, die im Hause seiner Eltern als Pensionäre lebten: der eine war Heinz Enoch aus Hamburg, der andere Theodor Suse, der Sohn eines bekannten Hamburger Rechtsanwalts. Der Vater meines Vetters war auf's engste befreundet mit dem Juden Dr. Oskar Frankfurter, der San-



skritist und Bibliothekar in Bangkok (Siam) war, und mit Professor Dr. Karl Dissel, dessen Frau eine Schwester des weltbekannten Professor Einstein war. Mein Vetter ist der Kirche stets treu geblieben und hat seinen Sohn christlich erzogen. Er ist trotz seiner äußeren Zugehörigkeit zur NSDAP stets von freisinniger Gesinnung gewesen. Seine Zugehörigkeit zur Partei war für ihn nur eine sich aus seiner Stellung als stellvertretender Schulleiter ergebende Notwendigkeit. Heinrich Matthaei ist niemals in der Partei oder einer Parteioorganisation tätig gewesen. Er hat sich vielmehr, da irgendeine Beschäftigung von ihm verlangt wurde, mit voller Absicht im ‚Verein für das Deutschtum im Auslande‘ (VDA) betätigt, der von der Partei unabhängig war, bereits seit 1889 besteht und insbesondere von den demokratischen Regierungen in den Jahren 1918 bis 1933 gefördert worden ist. Er hat auch nie eine braune Uniform getragen.“<sup>6</sup>

Dies könnte nun als „Persilschein“ aus familiärer Verbundenheit gesehen werden, war aber sicherlich von hohem Gewicht. Auffällig ist, dass es noch andere Schreiben gibt von Personen, die eine deutliche antinationalsozialistische Gesinnung hatten und sich für Heinrich Matthaei in ähnlicher Weise verwendeten

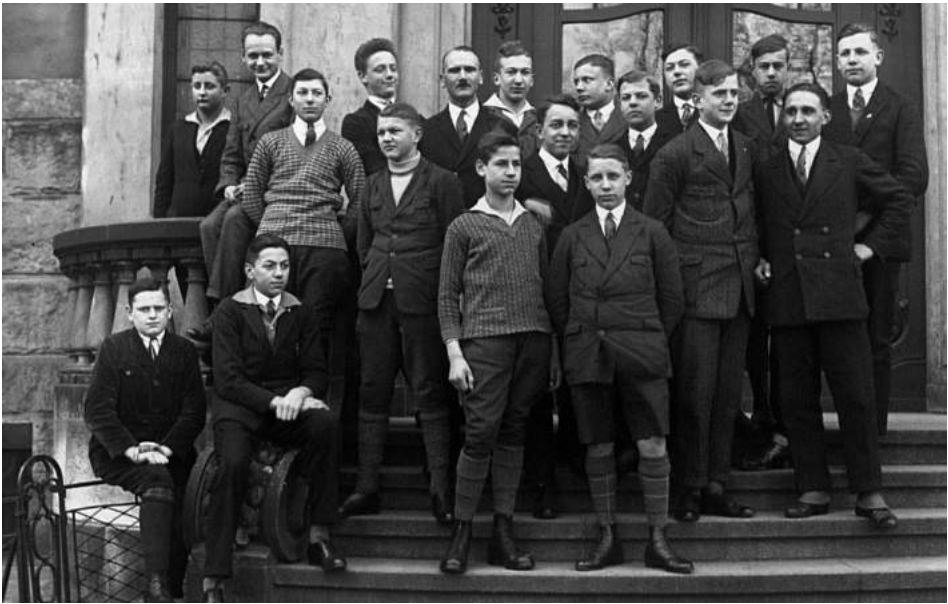
So zum Beispiel Otto Rautenberg (1876–1961), ehemaliger hamburgischer Staatsrat und Senatssyndikus seit 1919, 1936 in den Ruhestand versetzt. Er erklärte:

„Dr. Heinrich Matthaei ist mir seit seiner Geburt bekannt. Seine Mutter steht in einem weitläufigen verwandtschaftlichen Verhältnis zu meiner Familie. Die Eltern haben ihre sieben Kinder streng im festen evangelischen Glauben erzogen, und Matthaei ist diesem treu geblieben. Wenn Matthaei der NSDAP beigetreten ist, so ist das wohl auf Druck geschehen. Innerlich hat er seinen Charakter nicht geändert und ist der alte Idealist geblieben, der er als Akademiker mit humanistischer Bildung vorher gewesen ist. Ob er in der ‚Partei‘ aktiv gewesen ist, weiß ich aus eigener Wissenschaft nicht, bezweifle das aber, da das seinem ganzen Wesen nicht entspricht. Jedenfalls ist er ein Mensch, dem als Angehörigen einer uralten Hamburger Familie ein demokratischer, liberaler Sinn selbstverständlich ist.“<sup>7</sup>

In diesem Fall gab es offenbar auch einen, wenn auch entfernteren, familiären Hintergrund, wobei Rautenberg ein gewichtiger Zeuge war.

Zum Engagement von Heinrich Matthaei an der Oberschule für Jungen in Barmbek und zu seinem Eintritt in die NSDAP gaben drei ehemalige Kollegen der Schule Auskunft, die von sich behaupteten, niemals Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Es waren die Studienräte Dr. Johannes Wilke, Heinrich Harleb und Wilhelm Große, die am 6.9.1946 ebenfalls eidesstattlich berichteten:

„Herr Dr. Heinrich Matthaei war vom Sommer 1933 bis Ostern 1942 stellvertretender Leiter an der Oberschule für Jungen in Barmbek. Zur Übernahme des Postens hatte er sich im April des Jahres 1933 bereit erklärt, als es ihm von dem



Heinrich Matthaei und seine Klasse an der Oberschule für Jungen in Barmbek vor der NS-Zeit

damaligen Schulleiter Dr. Kaphengst als sein und des Kollegiums Wunsch entgegengebracht wurde, damit die feste Geschlossenheit des Kollegiums und die Tradition der Schule nicht durch Eingreifen der Behörde gestört würde. Als daraufhin der zuständige Oberschulrat von ihm den Eintritt in die NSDAP verlangte, tat er nach seiner durchaus zutreffend erscheinenden Darstellung diesen Schritt, um des erwähnten Zweckes willen, und dieser wurde dadurch auch vollkommen erreicht. Von Ostern 1936 bis Ostern 1938 leitete er einige Jahre hindurch zunächst als Stellvertreter des schwer erkrankten und leidenden Herrn Dr. Kaphengst und nach dessen Tode kommissarisch die Oberschule für Jungen in Barmbek.

Sie verdankt ihm ihr weiteres Aufblühen in erzieherischer und wissenschaftlicher Hinsicht. Er liebte es nicht, viel von sich reden zu machen und der vorgesetzten Behörde durch ‚Paradestücke‘ nach außen auffällige Einrichtungen und Veranstaltungen, die mit der eigentlichen Aufgabe der Schule nichts zu tun haben, in die Augen zu fallen und zu imponieren. Er arbeitete eindringlich, aber schlicht. Er sorgte für Zucht, Ordnung und Disziplin in gutem Sinne, was ihn nicht daran hindert, dass die Schüler sich zu frohen und selbstständigen Charakteren entwickeln, und für strenge und scharfe wissenschaftliche Arbeit, die aber dem Leben nicht entfremdet. Wenn das Kollegium sich durch geschlossene Einigkeit und gemeinsamen Zielwillen auszeichnete, so ist das nicht zuletzt sein Verdienst. Alle verehrten seinen hochanständigen Charakter und seine unbedingte Gerechtigkeit.

So war es für uns alle eine Selbstverständlichkeit, dass er allein als Nachfolger des Herrn Dr. Kaphengst infrage komme, und wir waren sämtlich empört, als er trotz seiner mehrjährigen mühevollen und erfolgreichen Arbeit als Stellvertreter bei der Ernennung des neuen Schulleiters übergangen und an seiner Stelle ein ‚alter Kämpfer‘ auf diesen Posten berufen wurde; wir empfanden diese Behandlung von Herrn Dr. Matthaei als ungerecht, unsachlich und undankbar. Er ertrug diese Missachtung und Nichtanerkennung seiner Verdienste und Leistungen mit Würde. Als aber dann der neue Schulleiter im Gegensatz zu dem geraden vorbildlichen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Verhältnis zwischen Herrn Dr. Kaphengst und Herrn Dr. Matthaei den letzteren als seinen Stellvertreter nie in die jeweiligen schulischen Belange einweihte und sie nie mit ihm besprach und ihn, wenn wohl auch nicht in böswilliger Absicht, als überflüssig betrachtete, zog Dr. Matthaei die Folgerung und bat um seine Versetzung an eine andere Schule, die dann auch von der Schulverwaltung gewährt wurde.

Es sei zum Schluss noch darauf hingewiesen, dass Herr Dr. Matthaei auch sonst nicht die geringsten Vorteile von seiner Parteizugehörigkeit hatte. Ob die nachfolgenden Einzelheiten zur Kenntnis der Partei und der Schulverwaltung gelangten, entzieht sich unserem Wissen, doch darf es angenommen werden. Sie seien hier hinzugefügt, um zu verdeutlichen, dass Herr Dr. Matthaei allerdings der Partei nicht als zuverlässiger und ihrem Willen gefügiger und somit für eine führende Stellung in Frage kommender Pg. gelten konnte. Er wies mehrmals die HJ in die gebührenden Schranken, wenn sie sich in unsere schulischen Angelegenheiten einmischen wollten und leitete auch sonst die Schule, soweit wie möglich, in der guten alten Tradition, auch wenn diese nicht im Einklang mit den Anschauungen der Partei stand. Er behielt die christlichen Andachten zur Eröffnung der neuen Schulwoche bei, und gestaltete Feierlichkeiten, wie zum Beispiel Weihnachten, weiter in christlichem Sinne. Auch war er immer bemüht, die unterrichtlichen Belange so wenig wie möglich unter der nationalsozialistischen Propaganda leiden zu lassen. Als der VDA in die Abhängigkeit von der Partei geriet und so seinem eigentlichen, kulturell-betreuenden Ziel entfremdet und zu pangermanischen Zielen vergewaltigt wurde, die ihm im Grunde ganz wesensfremd sind, sorgte er auch dafür, dass diese der Schule ferngehalten wurden und vor der Schulgemeinschaft keine vom VDA gesandten Redner für diese hetzerischen Ideen eintraten. Dass bei solchen Stellungnahmen Herr Dr. Matthaei niemals die Herren des Kollegiums politisch zwangsweise beeinflusste und die Nicht-Pg's nicht benachteiligte oder gar für Ihre Entfernung aus der Schule sorgte, bedarf kaum der Erwähnung.

So sind wir fest davon überzeugt, dass die Entfernung des Herrn Dr. Matthaei von der Schulleitung auf politische Gründe zurückzuführen ist. Wir bekunden

ferner aus 20-jähriger genauer Bekanntschaft mit seinen Anschauungen, dass Herr Dr. Matthaei kein überzeugter Militarist ist. Endlich wissen wir aus den Gesprächen in letzter Zeit, dass er sich auf den Boden der neuen Ordnung gestellt hat.“<sup>8</sup>

In einer eigenen Stellungnahme hatte Dr. Johannes Wilke, der von sich behauptete, „niemals Mitglied der NSDAP und stets ein entschiedener Gegner derselben gewesen“ zu sein, erklärt:

„Mir ist aus täglich mit ihm gepflogenen Gesprächen bekannt, dass er nur nach schweren Bedenken im Interesse der Schule der Partei beigetreten ist. Das zu einem Zeitpunkt, in dem er die verhängnisvollen Folgen der sich später entwickelnden Alleinherrschaft der NSDAP nicht übersehen konnte. In der Folgezeit war es ihm ohne Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz nicht mehr möglich, den Austritt aus der Partei vorzunehmen.“<sup>9</sup>

Der von Heinrich Matthaei zu seiner Verteidigung hinzugezogene Rechtsanwalt Hans Meyer erstellte auch auf Grundlage der zitierten eidesstattlichen Erklärungen einen Schriftsatz, mit dem er den Einspruch gegen die Entlassung seines Mandanten begründete. Darin hieß es:

„Der Antragsteller war im Jahre 1933 stellvertretender Schulleiter der Oberschule für Jungen in Barmbek, für den die Ernennung zum Schulleiter auch nach Verlautbarungen seiner vorgesetzten Behörde und nach seinem rein fachlichen Können zwangsläufig bevorzuzustehen schien. Bei den damaligen allerersten Anfängen des nationalsozialistischen Umschwungs in Deutschland liess sich aber die Tragweite der nationalsozialistischen Revolution, vor allem auf rein schulischem Gebiet, nicht voll vorhersehen. Der übergeordnete Dienstvorgesetzte, Oberschulrat Behne, drängte sehr auf eine Einreihung der Lehrerschaft in die NSDAP. Um das weitere Wohl der schulischen Entwicklung besorgt und um vor allem die spezielle Schule vor allen etwaigen behördlichen Eingriffen zu bewahren, beratschlagte das gesamte Lehrerkollegium mit dem Ergebnis, dass ein Mitglied des Kollegiums der Partei beitreten müsse, und zwar am tunlichsten der stellvertretende Schulleiter, der nicht durch persönliches Kranksein behindert, die schulischen Belange am nachdrücklichsten vertreten könne. So trat denn der Antragsteller demzufolge mit dem Stichtag 1. Mai 1933, dem allgemeinen Ansinnen nachgebend, persönlich nur sehr zögernd, vorsorglich in die NSDAP ein, um eine angemessene schulische Betätigung des gesamten Kollegiums und seiner selbst aufrecht erhalten zu können, wie es auch dem allgemeinen Interesse entsprechen müsste.“<sup>10</sup>

Wahr ist, dass Oberschulrat Walter Behne ein überzeugter Nationalsozialist seit 1931 war und in entsprechendem Sinne gewirkt hatte. Die Erklärung des Rechtsanwaltes ist nun aber pointiert und verschweigt, dass durchaus auch andere Mitglieder des Kollegiums und insbesondere der Schulleiter August Kaphengst Parteimit-

glieder waren oder wurden. Und solche Aussagen führten auch eher zur Skepsis bei den Mitgliedern der Ausschüsse, die für die Entnazifizierung verantwortlich waren.

Ein starkes Argument war sicherlich der Hinweis des Rechtsanwalts, dass Heinrich Matthaei trotz seines schulischen Engagements nicht als Nachfolger des verstorbenen Schulleiters Kaphengst berufen wurde, den er während dessen Krankheit längere Zeit erfolgreich vertreten hatte:

„Wegen seines Ausschlusses von dem Direktorat wegen nicht genügender nationalsozialistischer Zuverlässigkeit und seine demzufolge Versetzung an eine andere Schule, wo er nicht mehr als Oberstudienrat und stellvertretender Schulleiter, sondern nur noch als Studienrat beschäftigt wurde, dürfte der Antragsteller auch wirklich nicht als nationalsozialistischer Nutznießer zu betrachten sein, dagegen weit eher als durch den Nationalsozialismus Geschädigter angesehen werden können.“<sup>11</sup>

Hier trug der Rechtsanwalt wieder eher zu stark auf. Dennoch waren die Reaktionen in den Entnazifizierungsausschüssen positiv. So erklärte der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen:

„Unser Zeuge, Herr Studienrat Hermann Müller, hat lange Jahre mit Heinrich Matthaei in Barmbek zusammengearbeitet. Er hat dort keinerlei nationalsozialistische Aktivität entfaltet und als Leiter das Lob seiner Kollegen verdient. Seine betont nationale Haltung, die in seiner Tätigkeit im VDA ihren Ausdruck fand, besaß er schon vor 1933. Wir empfehlen eine Milderung des Urteils, und glauben, dass er als Studienrat weiterhin tätig sein kann.“<sup>12</sup>

Wegen der vielen zu behandelnden Fälle zog sich die Entscheidung über einen längeren Zeitraum hin, so dass der Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten erst am 7.7.1947 eine Entscheidung treffen konnte. Danach wurde der Berufung stattgegeben, „mit der Maßgabe, dass Dr. Matthaei als Studienrat wieder angestellt werden kann“.<sup>13</sup> Matthaei wurde in Kategorie IV eingestuft und in der Begründung hieß es:

„Dr. Walter Matthaei ist durch seinen Eintritt in die Partei im Jahre 1933 und seine langjährige Tätigkeit in VDA, zu denen Zugehörigkeit zu anderen Organisationen hinzukommt, nicht unerheblich belastet. Andererseits muss als Entlastung bewertet werden, dass er in die Partei auf Wunsch seines Kollegiums eingetreten ist. Als Aktivist ist er nach dem persönlichen Eindruck, den der Ausschuss von ihm gewonnen hat, sicherlich nicht zu bezeichnen. Eine Rückstufung in die Stellung eines Studienrates erscheint gleichwohl mit Rücksicht auf seine formale Belastung als geboten.“<sup>14</sup>

Walter Matthaei wurde also wieder als Studienrat eingestellt, aber bereits am 1.4.1949 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt.<sup>15</sup>

Er starb am 14.8.1954.<sup>16</sup>

## Anmerkungen

- 1 Laut einem Schreiben an mich von der Altregistratur der Behörde für Schule und Berufsbildung vom 3.3.2014. Danach war die Akte von Heinrich Matthaei am 5.7.1984 vernichtet worden.
- 2 Hamburgische Lehrer-Verzeichnisse für das Schuljahr 1930–1931, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und vom Verein Hamburger Volksschullehrerinnen, S. 41.
- 3 Christof Brauers: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei. München 2007, S. 95.
- 4 Entnazifizierungsakte Matthaei, StAHH, 221-11\_6942
- 5 Ebd.
- 6 Eidesstattliche Erklärung vom 28.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Erklärung vom 30.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Eidesstattliche Berichtformen 6.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Erklärung vom 6.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Einspruch von Rechtsanwalt Hans Meyer vom 24.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Beratender Ausschuss vom 19.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Berufungsausschuss vom 17.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Hamburgisches Lehrerverzeichnis Jahrgang 1953/54, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde, S. 62.
- 16 Nach Auskunft von Sabine Büge, Altregistratur der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg vom 3.3.2014.

## Walter Lohse

**Auffällig sind die Beförderungen, die einhergehen mit seinem Engagement in der NS-Bewegung.**

Eine bemerkenswerte Person im Hamburger Bildungswesen war Walter Lohse, auch aufgrund seines familiären Umfeldes. Einerseits gehörte er zu den Personen, die schon zum 1.5.1933 der NSDAP beitraten und sich dadurch für Leitungspositionen empfahlen, in diesem Fall eine Oberstudiendirektoren-Funktion an der Oberschule für Mädchen in Wandsbek (später Charlotte-Pausen-Gymnasium). Auffällig war auch die Karriere von Walter Lohse in der Wehrmacht. Bei der Entnazifizierung spielte die Kirche eine entscheidende Rolle. Walter Lohse war verheiratet mit einer Tochter aus der hugenottischen Familie Barrelet. Die Söhne gerieten aufgrund ihrer kirchlichen Aktivitäten in den Fokus der Gestapo. Der älteste Sohn, Eduard Lohse (1924–2015), war später theologischer Professor, Landesbischof und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche (EKD) in Deutschland.

Walter Lohse wurde am 28.8.1896 in Moorfleet bei Hamburg geboren, sein Vater war Arzt, der Großvater Lehrer gewesen. Nach dem angesichts des beginnenden Ersten Weltkrieges vorgezogenen „Not-Abitur“ an der Bergedorfer Hansaschule am 10.8.1914, zog Walter Lohse als Freiwilliger in den Krieg, den er als Leutnant mit dem Eisernen Kreuz I und II beendete.<sup>1</sup>

Anschließend, von Januar 1919 bis Juli 1922 studierte Lohse an der Universität Hamburg Französisch, Spanisch und Geschichte und legte am 29.7.1922 das Examen ab. Am 8. Juli 1922 wurde er promoviert mit einer Dissertation zum Thema: „Zur Sprache altkatalanischer Texte“.<sup>2</sup>

Lohse heiratete am 18.5.1923 Agnes Emilie Barrelet, die Schwester von Sophie und Adelheid Barrelet, die ich in den beiden Bänden der „Täterprofile“ porträtiert habe und die nach 1933 zu den profiliertesten Frauen der NS-Bewegung gehörten.<sup>3</sup>

Walter Lohse und seine Frau bekamen vier Kinder. Das älteste Kind, Sohn Eduard, wurde am 19.2.1924 geboren. Wie in vielen anderen Lehrerhaushalten herrschte auch bei den Lohses materielle Enge, sodass Walter Lohse langjährig Nebentätigkeiten ausübte, parallel zu seiner hauptamtlichen Stelle, an der Handelsschule, bei deutsch-iberischen Ferienkursen und an der Volkshochschule.<sup>4</sup>

Das Probejahr absolvierte Walter Lohse an der Oberrealschule in St. Georg, den Diensteid leistete er an der Oberrealschule Eppendorf.<sup>5</sup>

Zwischenzeitlich hatte Walter Lohse auch an der Höheren Stadtschule in Cuxha-

ven als Vertretungslehrer gearbeitet und dort Französisch, Erdkunde und Turnen unterrichtet. Man bescheinigte ihm, „sich seines Unterrichts mit gewissenhaftem Interesse angenommen und gute Erfolge erzielt“ zu haben. „Er verfügt über eine ruhige, klare Art seinen Unterricht zu erteilen. Disziplinarische Schwierigkeiten sind nicht aufgetreten. Auch ist Herr Dr. Lohse seinen Pflichten in jeder Beziehung nachgekommen und hat sich als ein angenehmes Mitglied des Kollegiums erwiesen.“<sup>6</sup>

Am 1. Oktober 1928 wurde Walter Lohse zum Studienrat ernannt und am 1.1.1930 auf eine feste Stelle gesetzt.<sup>7</sup>

Auffällig in Walter Lohse Personalakte sind zwei Stränge: Einmal die Beförderungen, die einhergehen mit seinem Engagement in der NS-Bewegung. Walter Lohse trat am 1.5.1933 sowohl in die NSDAP ein sowie in den NSLB. In der NSDAP war er seit 1933 Blockleiter.<sup>8</sup> Oberschulrat Mühe, der lange Zeit Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins gewesen war, seit 1933 in der NS-Schulverwaltung für die höheren Schulen zuständig, sorgte dafür, dass das ehemalige Mitglied des Philologenvereins und frühzeitige Parteigenosse Lohse von der Oberrealschule Eppendorf zum 10.10.1934 als stellvertretender Schulleiter an die Hindenburg-Oberrealschule am Brekelsbaumpark 6 versetzt wurde.<sup>9</sup>



Walter Lohse

Am 1.4.1938 ernannte die Schulverwaltung Walter Lohse zum Schulleiter der Oberschule für Mädchen in der Wandsbeker Reichardtstraße und beförderte ihn kurz darauf, am 1.7.1938, zum Oberstudienrat. Ein Jahr später, am 1.4.1939 wurde er dann zum Oberstudiendirektor ernannt, eine Beförderung, die ursächlich in diesen Zeiten nur für anerkannte NSDAP-Mitglieder mit Zustimmung der Partei möglich war.<sup>10</sup>

Der zweite Strang, der sich durch die Personalakte durchzieht, ist das militärische Engagement von Walter Lohse. Zur Erinnerung: Nach dem „Notabitur“ hatte er sich als Kriegsfreiwilliger, wie so viele andere auch, für den Ersten Weltkrieg gemeldet und diesen als Leutnant der Reserve Ende 1918 mit 23 Jahren beendet. Seit dem 15.4.1936 nahm er regelmäßig jedes Jahr an militärischen Übungen teil, die in der Regel 3 bis 4 Wochen dauerten. So war er 1936 vom 15.4. bis zum 12.5. beim Infanterie-Regiment 47, 1937 machte er eine dreiwöchige Übung beim Flakregiment 6. Vom 6.1. bis zum 5.2.1938 fuhr er zu einer militärischen Übung, die mit seiner Beförderung zum Oberleutnant der Reserve verbunden war. Nach der Übernahme der Schulleiter-Funktion war Walter Lohse vom 15.8.1938 bis zum 16.9.1938 zu einer militärischen Übung beim Flakregiment verpflichtet worden, die bis zum 12.10.1938 ausgedehnt wurde. Dies stand offenbar schon im Dienst der



Kriegsvorbereitung. Am 13.3.1939 wurde Walter Lohse zum Hauptmann der Reserve befördert und am 23.8.1939 endgültig aus der Schule herausgenommen und zur Wehrmacht eingezogen. Während des Krieges, in den Walter Lohse bis zum Ende involviert war, wurde er noch zum Major befördert.<sup>11</sup>

Man kann ausrechnen, wie kurz die praktische Ausübung in der Funktion des Schulleiters für Walter Lohse gewesen ist.

Am 4.7.1945 beurlaubte Schulsenator Landahl Walter Lohse bis auf weiteres. Am 12.9.1945 erfolgte die Suspendierung aus dem Beamtenverhältnis.<sup>12</sup>

Walter Lohse reichte am 24.9.1945 den ersten ausgefüllten Entnazifizierungsfragebogen ein, zu dem er in einer Anlage noch zusätzliche Ausführungen machte.<sup>13</sup>

Seine Mitgliedschaften gab Walter Lohse wahrheitsgemäß an, wobei er die Blockleitertätigkeit in der NSDAP auf die Zeit bis 1934 begrenzte. Im Weiteren war er natürlich bemüht, entlastende Argumente in den Vordergrund zu stellen und seine Distanz zum Nationalsozialismus zu betonen. Im Einzelnen schrieb er:

„Im Juni 1934 hielt ich einen Vortrag vor der Eilbecker Ortsgruppe des damaligen ‚Kampfbundes deutscher Architekten und Ingenieure‘ über das Thema: ‚Was bedeutet Versailles für Deutschland?‘ Am Ende meines Vortrags wurde ich von einem ‚alten‘ Parteigenossen sehr scharf getadelt, weil ich das Thema nicht in genügend nationalsozialistischem Geist behandelt hätte. Ich habe daraufhin meine Entlassung aus dem ‚Korps der Politischen Leiter‘ erbeten und, nach erheblichen Schwierigkeiten, erhalten.“<sup>14</sup>

Ein typisches Argument in den Entnazifizierungsverfahren. Die Auseinandersetzung mit „einer Person“, die Zweifel an dem „nationalsozialistischen Geist“ angemeldet habe. Nicht genannt wurde, dass das Thema durchaus im Sinne der Nationalsozialisten behandelt wurde und Walter Lohse aufgrund seiner Offizierslaufbahn in zwei Weltkriegen sicherlich aktiv an der „Korrektur des Versailler Vertrages“ tätig gewesen war.

Im weiteren behauptete Walter Lohse, in der Zeit an der „Hindenburg-Oberschule“ in Hamburg „Jugendwalter“ gewesen zu sein, dessen Absetzung die Hitler-Jugend gefordert habe, „weil ich mich weigerte, die Schüler zum Eintritt in die Hitler-Jugend zu pressen“.<sup>15</sup>

Zum Thema, welche Reden Lohse sonst gehalten hatte, gab er lediglich an: „Ansprachen an die Schulgemeinde bei Schulfeiern (zum Beispiel Abiturientenentlassungen, Tag der Hausmusik, Muttertag)“. Er ergänzte: „An der Hamburger Volkshochschule habe ich 1934/35 über Rosenbergs ‚Mythus des 20. Jahrhunderts‘ gesprochen. Die Unmöglichkeit, mit diesem Werk innerlich fertig zu werden, insbesondere auch der Umstand, dass meine aus einer streng christlichen Familie

stammende Frau unsere heranwachsenden Kinder in christlichem Geist erzog und ich in religiöser Beziehung mich von meiner Familie keinesfalls trennen wollte, veranlasste mich, dieses Thema aufzugeben.“<sup>16</sup>

Freilich gibt es keine Sippenhaft, wenn es um die Entnazifizierung ehemaliger Nationalsozialisten geht. Zu dem Thema der „streng christlichen Familie“ der Ehefrau von Walter Lohse möchte ich trotzdem darauf hinweisen, dass die „streng christliche Erziehung“ die beiden Schwestern von Agnes Emilie Barrelet, nämlich Sophie und Adelheid Barrelet, nicht davor bewahrt hatte, aktivistische und fanatische NS-Parteigängerinnen zu werden.<sup>17</sup>

Gewichtige Gegenargumente sind möglicherweise die Söhne von Walter und Agnes Emilie Lohse gewesen und deren kirchliches Engagement, das gegebenenfalls von ihrer Mutter positiv begleitet worden war. Dazu schrieb Walter Lohse:

„Meine Söhne waren seit Beginn ihres Konfirmandenunterrichts (1938) sehr eifrig in der Jugendgemeinschaft der Hamburg-Eilbecker Friedenskirche tätig, die mein ältester Sohn Eduard (jetzt Student der Theologie) und mein zweitältester Sohn Walter mehrere Jahre geleitet haben. Die Gestapo hat in den Jahren 1939–1942 wiederholt Haussuchungen in meinem damaligen Hause in Hamburg 23, Ritterstraße 97, gehalten und religiöse Schriften und Bücher meiner Söhne beschlagnahmt. Die Korrespondenz unserer Familie wurde von der Gestapo überwacht, vor allem wurden durch die Post geschickte Rundschreiben meiner Söhne beschlagnahmt. Wiederholt wurden meine Söhne, schon im Alter von 15 Jahren, von Gestapobeamtinnen abgeholt und stundenlang verhört. Mein zweiter Sohn Walter wurde am 7./8. Januar 1942, erst 15-jährig, zwei Tage von der Gestapo im Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel in Haft gehalten.“<sup>18</sup>



Bischof Eduard Lohse,  
1988

An dieser Darstellung soll nicht gezweifelt werden.

Walter Lohse gab als Zeugen den Pastor und den Gemeindeglieder der Friedenskirche an. Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass Walter Lohse 1938 und 1939 von der NS-Schulverwaltung zum Schulleiter, zum Oberstudienrat und zum Oberstudiendirektor befördert worden war und dass für solche Beförderungen immer ein vorheriges politisches Gutachten der NSDAP eingeholt wurde. Insofern ist es nur begrenzt glaubwürdig, wenn Walter Lohse am 29.9.1945 erklärte: „Nachdem ich erkannt hatte, dass die innere und äußere Politik der NSDAP zum moralischen und geistigen Untergang unseres Volkes führte, versuchte ich, durch Mitarbeit in Kirche und Religion ein Gegengewicht gegen die zersetzenden Tendenzen des Nationalsozialismus zu schaffen.“<sup>19</sup> Walter Lohse legte Gutachten von drei Pas-

toren bei, aus denen sich ergebe, „dass ich ein treuer Sohn der Kirche geblieben bin und dass meine Kinder in der kirchlichen Jugend Hamburg-Eilbecks eine führende Rolle gespielt haben“.<sup>20</sup>

Interessant dabei ist auch, über welche Zeit ein Urteil abgegeben wurde. So schrieb Pastor Eduard Juhl am 22.9.1945:

„Herr Oberstudiendirektor Dr. Walter Lohse kam, nachdem er im Sommer 1943 ausgebombt war, in meine Gemeinde und gehört seitdem mit seiner gesamten Familie zu den allertreuesten Mitgliedern dieser Gemeinde. Er selbst, seine Gattin und seine Kinder nahmen ganz regelmäßig an den sonntäglichen Gottesdiensten und auch an sonstigen kirchlichen Veranstaltungen teil. Auch persönlich entwickelte sich sehr schnell, wie ich wohl sagen darf, ein Freundschaftsverhältnis zwischen unseren beiden Familien, wodurch ich von 1943 ab die beste Gelegenheit hatte, mir auch von den kirchlichen und politischen Anschauungen der ganzen Familie und zumal Herrn Dr. Lohses selber, ein klares Bild zu verschaffen. Er hat stets die Weltanschauung und die Methoden des Nationalsozialismus in schärfster Weise abgelehnt und sich bei keiner Gelegenheit gescheut, seine tief ernst kirchliche und christliche Überzeugung zum Ausdruck zu bringen.“<sup>20</sup>

Auch dieses „Pfarramtliche Zeugnis“ kann und soll nicht bestritten werden. Es beschreibt aber eine Haltung nach den desaströsen Bombenangriffen auf Hamburg im Sommer 1943, nach der nur noch fanatische und ideologisch „vernagelte“ Nationalsozialisten an den „Endsieg“ glauben konnten und vom Nationalsozialismus unbeirrt überzeugt waren.

Es gab weitere Leumundsschreiben, die Walter Lohse ein positives Zeugnis in Bezug auf seine Haltung als Schulleiter ausstellten, wengleich noch einmal darauf hingewiesen werden muss, wie kurz seine aktive Schulleiter-Tätigkeit aufgrund des Krieges und der vielen Militärübungen nur gewesen war. So schrieben am 7.12.1945 elf Kolleginnen und Kollegen:

„Herr Dr. Lohse kam Ostern 1938 als Direktor zu uns und erwarb sich durch sein gerades, offenes Wesen, seine Güte und seine Fähigkeiten sehr schnell das volle Vertrauen der Schülerschaft und des Lehrerkollegiums. Einer der ersten Eindrücke, den das Kollegium von ihm hatte, war der Mut, mit dem er in Konferenzen Kritik an den Missständen in der HJ übte, mit einer Schärfe, die ihm damals leicht hätte gefährlich werden können.“<sup>21</sup>

Auch zu letzterem muss gesagt werden, dass nahezu alle Oberstudiendirektoren der höheren Schulen, ob fanatische Nationalsozialisten oder nicht, Schwierigkeiten mit der HJ hatten und insbesondere damit, dass ihre Autorität als Direktoren von der HJ häufig infrage gestellt wurde. Im Entnazifizierungsverfahren wurden diese Auseinandersetzungen dann gerne als Konflikte mit *der Partei* oder mit *den*

*Parteilgliederungen* ins Feld geführt.

Einen Kontrast, wie Schulleiter ihr Amt wahrnehmen konnten, erlebte die Studienrätin Magda Rieper, die am 17.9.1945 schrieb, dass sie „Ostern 1938 auf Betreiben des Schulleiters Herrn Lüth von der Hansaschule an der Bogenstraße nach Wandsbek an die Mädchenoberschule versetzt“ worden war, die von Walter Lohse als Schulleiter geleitet wurde:

„Herr Dr. Lohse war zwar Parteigenosse, zeigte aber in vielen Gesprächen, dass er sich in keiner Weise mit den Zielen der NSDAP einverstanden fühlte. Ich hatte mich trotz aller Bedrohungen und Bearbeitungen immer geweigert, in die Partei einzutreten, und erlebte unter der Leitung von Herrn Dr. Lohse zum ersten Mal seit 1933, dass ich ohne Anfeindungen friedlich in der Schule arbeiten konnte, und dass ein Schulleiter keine Angst hatte, manche Verfügung der Partei nicht strikte durchzuführen.“<sup>22</sup>

Dies war sicherlich eine schwergewichtige Aussage. Noch größeren Einfluss hatte das Gutachten, das der neue Oberschulrat Prof. Walther Merck abgab. Merck, der seit 1927 an der Oberrealschule in Harburg Oberstudiendirektor gewesen und von den Nationalsozialisten 1933 abgesetzt und als Lehrer weiter beschäftigt worden war, erklärte:

„Ich selbst kenne Lohse seit Anfang 1938, wo er Direktor an der Anstalt wurde, an der ich damals nach meiner Absetzung als Oberstudiendirektor als Studienrat tätig war. L. verhehlte vom ersten Augenblick an seine antinationalsozialistische Gesinnung nicht. Ich war sogar über die damals ungewohnte Offenheit seiner Kritik an der nationalsozialistischen Politik erstaunt. Auch in seinem Unterricht – wie ich von vielen ehemaligen Schülerinnen weiß – hat er sich klar und eindeutig von der nationalsozialistischen Ideologie distanziert, so dass seine wahre Gesinnung innerhalb der Schule jedermann bekannt war.“<sup>23</sup>

Auch mit der Einschränkung, dass die gemeinsame Arbeit nur etwa ein Jahr umfasste, weil Walter Lohse danach im Kriegsdienst war, mit Walther Merck verfügte Lohse über einen wichtigen und vertrauenswürdigen Unterstützer in der Schulbehörde, wie die Stellungnahme von Oberschulrat Heinrich Schröder vom 24.6.1946 zeigte:

„Die Schulverwaltung befürwortet den Einspruch des Herrn Dr. Walter Lohse. Sie ist mit Herrn Oberschulrat Merck, dessen Gutachten beigefügt ist, überzeugt, dass Herr Dr. Lohse noch wertvolle Erziehungsarbeit an der deutschen Jugend im christlichen und demokratischen Sinne leisten wird. Eine Tätigkeit in leitender Stellung kann allerdings nicht wieder infrage kommen; aber eine Wiederbeschäftigung als Studienrat wird von der Schulverwaltung nicht nur für tragbar gehalten, sondern auch besonders warm befürwortet.“<sup>24</sup>

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen beschäftigte sich am 15.7.1946 mit dem Fall und entschied unter dem Vorsitz von Johann Helbig:

„Er ist sehr früh vom Nationalsozialismus abgerückt und hat sich dann die ganzen Jahre als treuer und aufrechter Anhänger der Kirche bewährt. Wir glauben, dass eine Weiterbeschäftigung als Studienrat sich verantworten lässt.“<sup>25</sup>

Aus meiner Sicht eine sehr verkürzte Zusammenfassung der Position und Tätigkeit von Walter Lohse. Sie hatte aber den Effekt, dass der Entnazifizierungsausschuss am 20.8.1946 die Wiedereinstellung von Walter Lohse empfahl, der einschränkend feststellte:

„Eine Wiedereinstellung als Oberstudiendirektor kommt nicht infrage, da er unter den Nazis zweimal befördert worden ist.“<sup>26</sup>

Walter Lohse wurde am 22.10.1946 wieder eingestellt und der Oberschule für Mädchen in Flottbek zugewiesen.<sup>27</sup>

Parallel zu seiner Arbeit in der Schule lief das Entnazifizierungsverfahren weiter. Am 24.5.1950 empfahl der Beratende Ausschuss mit Hinweis auf das Gutachten von Prof. Walther Merck: „Herrn Dr. Lohse sollte beim späteren Übertritt in den Ruhestand die Pension nach der Gruppe A2 b gewährt werden“<sup>28</sup>, orientiert an der eines Oberstudiendirektors.

Da die Hamburger Schulbehörde mit vielen vergleichbaren Fällen von ehemaligen Oberstudiendirektoren zu tun hatte, die wieder in den Schuldienst gelangt waren, stellte die Personalabteilung der Schulbehörde noch einmal ihren Grundsatz fest:

„Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, dass die Schulbehörde nach wie vor an ihrer Auffassung festhält, dass die ehemaligen Oberstudiendirektoren, die bereits im Jahre 1933, als noch kein Zwang ausgeübt wurde, in die NSDAP eingetreten sind und die dadurch eine gewisse politische Anfälligkeit bewiesen haben, für das so wichtige Amt des Leiters einer Oberschule nicht wieder infrage kommen. Gegen ihre Beschäftigung als Studienrat und gegen die Zahlung der Versorgungsbezüge aus der Besoldungsgruppe A2 b nach der Versetzung in den Ruhestand, bestehen keine Bedenken.“<sup>29</sup>

Walter Lohse hatte zwischenzeitlich den Antrag gestellt, schon vor seiner Pensionierung das Oberstudiendirektoren-Gehalt zugesprochen zu bekommen.<sup>30</sup> Der Leitende Ausschuss lehnte dies am 17.11.1950 ab und stellte es der Schulbehörde anheim, „nach einer Beschäftigung von mindestens sechs Jahren als Studienrat zu prüfen, ob eine Beförderung bzw. Ernennung zum Oberstudiendirektor möglich ist.“<sup>31</sup>

Zum Fall Walter Lohse wurde in der Schulbehörde am 16.10.1950 noch einmal nüchtern festgehalten, was die Personalabteilung für Personen die am 1.5.1933 „ohne Zwang“ in die NSDAP eingetreten waren, konstatiert hatte. Und im Fall Lohse wurde, aus meiner Sicht zu Recht vermerkt:

„Zu berücksichtigen ist die Tatsache, dass Lohse in der Nazizeit zweimal befördert wurde, am 1.7.1938 zum Oberstudienrat und am 1.4.1939 zum Oberstudien­direktor. Selbst wenn angenommen wird, dass die Beförderung zum Oberstudienrat als eine planmäßige bezeichnet werden kann, ist die Ernennung zum Oberstudien­direktor offensichtlich eine bevorzugte. Daraus kann allerdings nicht gefolgert werden, dass Lohse von der Partei große Schwierigkeiten gemacht worden sind.“<sup>32</sup>

Erstaunt bin ich wieder im Gegensatz dazu über eine Stellungnahme von Oberschulrat Hans Reimers, der am 12.11.1952 feststellte:

„Dr. Walter Lohse erfüllte nach Vorbildung und Laufbahn die Voraussetzungen für eine Beförderung zum Oberstudien­direktor. Die Beförderung kann nicht ausschließlich auf die enge Verbindung Dr. Lohses zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen zurückgeführt werden.“<sup>33</sup>

Dies schrieb Reimers im Gegensatz zu dem, was von der Personalabteilung vermerkt worden war. Und er tat es nicht zum ersten und zum einzigen Mal. Nicht berücksichtigt wurde dabei die Tatsache, dass bei allen Beförderungen in der NS-Zeit vorab eine politische Stellungnahme der NSDAP eingeholt wurde und dass schon die Ernennung von Walter Lohse zum stellvertretenden Schulleiter in enger Korrespondenz zu seinem Eintritt in die NSDAP am 1.5.1933 stand. Kritisch sehe ich die Haltung Reimers auch deswegen, weil er selbst aus meiner Sicht deutlich NS-belastet war, wie ich in seiner Biografie beschrieben habe. Und besonders kritisch ist dies deswegen, weil er nach dem Tod von Heinrich Schröder der Personalreferent in der Schulbehörde für die höheren Schulen gewesen war.<sup>34</sup>

Dass Walter Lohse über Führungskompetenzen und auch menschliche Qualitäten verfügte, soll nicht bestritten werden. Am 23.4.1954 war er an die Oberschule für Jungen in Blankenese versetzt worden.<sup>35</sup> Am 13. 30.8.1957 schrieb Schulleiter Dr. Lorenz Nicolaysen einen Bericht über ihn, in dem es hieß:

„Herr Lohse ist seit Ostern 1954 am Gymnasium Blankenese und hat in dieser Zeit als Lehrer und Kollege allseitig sich die größten Sympathien erworben. In seinen Fächern Französisch, Spanisch und Geschichte ist seine Kompetenz unbestritten, so dass er sich als Anleiter für diese Fächer besonders bewährt hat. Das Verhältnis zu den Jungen ist ausgezeichnet, seine freundliche, dennoch bestimmte Art ist eindrucksvoll und erfolgreich. Er hat viel Herz und Verständnis, Eigenschaften, die ihm die Liebe der Jungen eintragen und den Einsatz äußerer Autorität unnötig machen. Herr Lohse hat eine ausgleichende Art, die vom Kollegium als wohlthuend empfunden wird. Die Anerkennung seiner Persönlichkeit kommt dadurch zum Ausdruck, dass er zum Mitglied des Vertrauensausschusses gewählt wurde. Ich kann mir gut vorstellen, dass Herr Lohse das Amt des Schulleiters, das er früher einige Jahre innehatte, ausgezeichnet verwaltet hat. Auch heute bitte ich ihn, falls ich

abwesend bin und mein Stellvertreter durch irgendwelche Umstände verhindert ist, mich zu vertreten.“<sup>36</sup>

Dies war nun gleichzeitig die Empfehlung, Walter Lohse zum Oberstudienrat zu befördern, was mit Antrag vom 22.4.1958 dann auch geschah.<sup>37</sup>

Am 6.9.1961 trat Walter Lohse in den Ruhestand. Er bekam danach aber noch für ein halbes Jahr einen Lehrauftrag am Gymnasium in Blankenese.<sup>38</sup>

Walter Lohse starb am 10.1.1975.<sup>39</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Walter Lohse, StAHH, 361-3\_A 1576
- 2 Ebd.
- 3 Siehe die Biografie Sophie Barrelet, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 352 ff. und Adelheid Barrelet in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 450 ff.
- 4 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 5 Personalakte, a. a. O.
- 6 Bericht vom 7.4.1923, Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Entnazifizierungsakte Lohse, StAHH, 221-11\_Ed 1061
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Alle Angaben laut Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte, a. a. O.
- 13 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Anlage zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Siehe die beiden Biografien von Sophie Barrelet und Adelheid Barrelet, a. a. O.
- 18 Anlage zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 29.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Pfarramtliches Zeugnis vom 22.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Eingabe vom 7.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Schreiben vom 17.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Undatiertes Gutachten von Oberschulrat Walther Merck, Entnazifizierungsakte a. a. O. Walther Merck (1892–1964) hatte eine Lehrerausbildung in Berlin absolviert, war dort Lehrer und Mitarbeiter für Auslandspädagogik und kam 1927 als Oberstudiendirektor an die Oberrealschule in Harburg und wurde 1945 Oberschulrat in Hamburg. 1950 trat er eine Professur für vergleichende Pädagogik an der Universität Hamburg an und wurde am 1.3.1952 der erste Direktor des UNESCO-Institut für Pädagogik.
- 24 Stellungnahme vom 24.6.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Beratender Ausschuss vom 15.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Ausschussempfehlung vom 20.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Personalakte a. a. O.
- 28 Beratender Ausschuss vom 24.5.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Grundsatzposition der Personalabteilung der Schulbehörde vom 11.10.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 30 Antrag vom 27.6.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Leitender Ausschuss vom 17.11.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Vermerk vom 16.10.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Stellungnahme vom 12.11.1952, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Siehe die Biografie Hans Reimers in: de Lorent 2017, S. 249 ff.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Bericht vom 30.8.1957, Personalakte a. a. O.
- 37 Ernennungsvorschlag vom 22.4.1958, Personalakte a. a. O.
- 38 Personalakte a. a. O.
- 39 Personalakte a. a. O.



## Paul Heitmann

**„1933 konnte sehr wohl ein politischer und menschlich rechtschaffend denkender und handelnder Beamter der Täuschung zum Opfer fallen und guten Glaubens der NSDAP beitreten.“**

Eine vielseitige Person war der in Ochsenwerder geborene Paul Heitmann. Er gehörte zur Gruppe der in den Vier- und Marschlanden ansässigen Lehrer, die schon am 1.5.1933 der NSDAP beitraten und an den kleinen Schulen im Landkreis mit nur ein oder zwei Lehrkräften in der NS-Zeit auch die Schulleitungsfunktion übernahmen. Da Heitmann gleichzeitig die Funktion des Organisten und Kantors in der Kirche Ochsenwerder innehatte, geriet er in Konflikte mit der NSDAP, der er angehörte. Dies sollte dann nach 1945 eine Rolle in seinem Entnazifizierungsverfahren spielen.

Paul Heitmann wurde als Sohn eines Lehrers am 15.11.1892 in Ochsenwerder geboren. Nach der Volksschule besuchte er seit Ostern 1907 die Präparandenanstalt in Oldesloe. Am 1.4.1910 wechselte er auf das Lehrerseminar Rendsburg, wo er am 8.2.1913 die Abschlussprüfung bestand. Danach wurde er Hilfslehrer in Allermöhe und war an verschiedenen Schulen tätig, bis er zum 1.1.1919 fest angestellter Lehrer in Ochsenwerder wurde, wo er auch am 25.8.1920 die zweite Lehrerprüfung bestand. Heitmann wechselte 1924 für einige Jahre an die Knaben-Volksschule Holstenwall 14.<sup>1</sup>

Zwischenzeitlich hatte er sich freiwillig als Soldat gemeldet, um am Ersten Weltkrieg teilzunehmen. Er wurde in der Armee bis zum Leutnant befördert und beendete den Krieg am 1.12.1918, dekoriert mit dem EK I und II.<sup>2</sup>

Zu den vielfältigen Interessen Heitmanns gehörte es, am 6.6.1919 an die Oberschulbehörde das Gesuch zu stellen, in den deutschen Auslandsschuldienst zu wechseln. Seine Präferenz war es, „nach Südamerika (Argentinien oder Chile)“ zu gehen.<sup>3</sup> Dem Gesuch fügte er ein kurzes Gutachten von Landesschulinspektor Hollburg bei, in dem es hieß: „Heitmann ist von ehrenhaftem Charakter, ein Lehrer der seine Amtspflichten gewissenhaft erfüllt, mit Geschick unterrichtet, gute Disziplin hält und in unterrichtlicher und erzieherlicher Hinsicht wohl befriedigende Ergebnisse erzielt. Über sein außeramtliches Verhalten ist nie etwas Nachteiliges bekannt geworden.“<sup>4</sup>

Paul Heitmann blieb dem Hamburger Schulwesen erhalten. Er heiratete am 23.2.1928.<sup>5</sup>

Am 1.5.1933 wurde Heitmann Mitglied der NSDAP, gleichzeitig gehörte er dem NSLB und der NSV an, sowie dem NS Reichskriegerbund.<sup>6</sup>

1933 wurde Paul Heitmann Schulleiter der Schule Ochsenwerder-Kirchen-deich, deren kleines Kollegium noch aus zwei Lehrern und zwei Lehrerinnen bestand.<sup>7</sup> Der Hintergrund für diese Schulleiterbestellung sollte im Entnazifizierungsverfahren noch eine Rolle spielen. Augenscheinlich hatte es aber auch etwas mit dem gleichzeitigen NSDAP-Beitritt von Paul Heitmann zu tun.

Die Personalakte von Paul Heitmann dokumentiert, dass er neben seiner Schulleiter- und Lehrertätigkeit in Ochsenwerder als Organist und Kantor der dortigen Kirche tätig war und in dem Spar- und Darlehenskassenverein als Geschäfts- und Rechnungsführer. Somit war er in Ochsenwerder eine zentrale Persönlichkeit.<sup>8</sup>

Deutlich wird aber auch, dass Paul Heitmann regelmäßig zu Wehrübungen herangezogen wurde. Vom 5. bis zum 24.4.1937 nahm er an einer Einweisungsübung bei der Flak teil, 1938 war er für eine Woche abermals beim Flakregiment Oldenburg, für das er im September 1938 erneut vom Schuldienst befreit wurde. Vorher hatte er noch eine Pflichtübung als Oberleutnant absolvieren müssen. Vom 16.8. bis zum 12.9.1939 nahm er an einer Schießübung teil.<sup>9</sup>

Am 25.2.1939 war er zum Hauptlehrer befördert worden.<sup>10</sup>

Zum Kriegsdienst zog die Wehrmacht Paul Heitmann am 12.10.1939 ein, am 1.12.1943 wurde er zum Major befördert, durchaus ungewöhnlich für einen Volksschullehrer.<sup>11</sup> Aber Paul Heitmann hatte ja bereits den Ersten Weltkrieg vier Jahre mitgemacht und war am Ende als Leutnant in die Schule zurückgekehrt.

Am 9.5.1945 wurde Paul Heitmann aus der Wehrmacht entlassen, er hatte nach seiner Beförderung zum Hauptlehrer lediglich knapp acht Monate in diesem Amte gearbeitet.<sup>12</sup>

Über seine Arbeit an der Schule Ochsenwerder liegt nur ein Bericht von Schulrat Dietrich Ossenbrügge vom 16.6.1936 vor, auf Anforderung der Wehrmacht geschrieben, in dem es heißt:

„Leutnant der Reserve Heitmann ist Schulleiter der Gemeindeschule in Ochsenwerder bei der Kirche. Schon diese Stellung bürgt dafür, dass politische Bedenken gegen ihn nicht bestehen. In seiner Schulgemeinde besitzt er größtes Vertrauen. Sein Verhalten in und außer Dienst kann nur als korrekt und tadellos bezeichnet werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dürfen nach Ansicht der Landesunterrichtsbehörde als gut bezeichnet werden. Nachteiliges über seine Ehefrau ist nicht bekannt geworden.“<sup>13</sup>



Paul Heitmann, 1933

Paul Heitmann war von der Britischen Militärregierung am 1.10.1945 als Lehrer bestätigt worden.<sup>14</sup> Man setzte ihn aber nicht wieder als Hauptlehrer, d. h. als Schulleiter ein, wobei es merkwürdig war, dass Heitmann als Lehrer ausgerechnet an der Schule in Ochsenwerder-Bei der Kirche weiterbeschäftigt wurde, an der er vorher als Schulleiter tätig gewesen war.

Paul Heitmann legte Einspruch gegen die Entscheidung ein und machte Bemerkungen zu dem von ihm ausgefüllten Entnazifizierungsfragebogen:

„Im Jahre 1935 musste ich in der Ortsgruppe in der NSV tätig sein, obwohl ich mich aus gesundheitlichen Gründen dagegen wehrte (Verschüttung in der Flandernschlacht 1917). Ich wurde nicht als politischer Leiter verpflichtet und war ein Jahr in der NSV tätig. Im NSLB war ich Vertrauensmann meiner Schule. Als solcher zog ich die Beiträge für den NSLB ein, d. h. für zwei Lehrer.

Im März 1939 stellte der Ortsgruppenleiter an mich das Ansinnen, das Amt des Organisten, welches ich nebenamtlich an der St. Pankratiuskirche in Ochsenwerder seit 1933 ausübte, niederzulegen. Ich weigerte mich. Die Gründe für meine Weigerung waren folgende: Der Kirche stand ich von jeher positiv gegenüber. Das Amt war seit 1890 von meiner Familie ausgeübt worden. Mir selbst war es Herzenssache und in meinem Bestreben, den Gottesdienst durch mein Spiel zu verschönern, erhielt ich durch meinen Bruder, den Professor Fritz Heitmann aus Berlin, der wohl zu den größten Orgelkünstlern gerechnet werden kann, wertvolle Anweisung. Der Ortsgruppenleiter setzte mich unter Druck und meldete mich beim Kreis. Ich blieb bei meiner Weigerung. Darauf wurde mir das Tragen des Parteiabzeichens verboten. Außerdem hielt man mich nicht mehr für würdig, das Amt des Vertrauensmanns im NSLB (Einziehen der Beiträge) zu bekleiden. Sehr erschwert wurde mir die Arbeit im Kinderchor, der zum Gottesdienst sang und den ich leitete, durch die HJ.“<sup>15</sup>

Diese Aussage wurde von Pastor Fritz Schade aus Ochsenwerder mit dem Amtssiegel der Kirche bestätigt. Die Bemerkungen erinnern an das Muster von Erklärungen von NS-Belasteten, die damit argumentierten, in Auseinandersetzungen mit Gliederungen der Nationalsozialisten geraten zu sein. Schulleiter hatten zumeist Konflikte mit der HJ gestanden. Paul Heitmann jedoch muss die Unterstützung der Schulverwaltung und der NSDAP gehabt haben, sonst wäre er nicht am 25.2.1939 zum Hauptschullehrer befördert worden.

Paul Heitmann nahm sich jetzt einen Rechtsanwalt, Fritz Grabbe, dessen Hauptargumentation darin bestand, den Ablauf bei der Schulleiterernennung von Paul Heitmann zu rekonstruieren. Er schrieb am 15.7.1948:

„Die Herunterstufung ist als politische Maßregelung anzusehen. Diese Regelung findet jedoch in dem politischen Verhalten und der gesamtpolitischen

Belastung keinen Anhalt. Offenbar ist man bei der Maßnahme von der Annahme ausgegangen, dass Heitmann aufgrund seiner politischen Tätigkeit zu dieser Dienststellung gekommen ist. Dieser Irrtum ergibt sich zweifellos daraus, dass Heitmann im Jahre 1933 nach Ochsenwerder versetzt ist. Diese Annahme ist jedoch irrig. Heitmann ist gebürtig aus Ochsenwerder. Er ist seit 1913 Lehrer. Im Jahre 1933 wurde er damals Schulleiter in Ochsenwerder. Karl Schwemer ist aus politischen Gründen seines Postens enthoben und es wurde ihm nahegelegt, einen Kollegen zu suchen, der mit ihm nach Ochsenwerder tauscht. Dieser wandte sich an den ihm bekannten Heitmann, mit der Bitte, diesen Tausch vorzunehmen. Heitmann, der wie gesagt selbst aus Ochsenwerder stammt und aus seiner damaligen Tätigkeit sehr beliebt war, kam diesem Wunsche nach.“<sup>16</sup>

Laut Hamburgischem Wählerverzeichnis des Schuljahres 1935/36 war Karl Schwemer nach 1933 tatsächlich an Heitmanns ehemaliger Schule Holstenwall 14 tätig, sie hatten also die Schulen getauscht.<sup>17</sup> Aber es ist natürlich völlig undenkbar, dass dieser Wechsel nicht im Einvernehmen mit der Schulverwaltung und der NSDAP vonstatten ging und Paul Heitmann war zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten.

Paul Heitmann bekam am 30.6.1948 ein Unterstützungsschreiben, das von Pastor Fritz Schade organisiert und von 19 anderen Mitgliedern des Pfarramtes Ochsenwerder unterschrieben worden war. Darin wurde verwiesen auf die Weigerung Heitmanns, 1939 das Organistenamt aufzugeben. Und es wurde auch darauf verwiesen: „Wir stellen in unserer Umgebung fest, dass Beamte sich wieder im Amte befinden, die fraglos nach dem Urteil der Bevölkerung nicht weniger ‚belastet‘ sind als Herr Lehrer Heitmann.“<sup>18</sup>

Dafür gab es sicherlich mehrere Beispiele, das entlastete aber den am 1.5.1933 in die NSDAP eingetretenen Paul Heitmann nicht.

Paul Heitmann bekam auch noch ein Leumundsschreiben von dem Hamburger FDP-Vorsitzenden 1948, Willy Max Rademacher:

„Von September 1939 bis Januar 1940 waren Sie und ich bei einer Flakabteilung auf der Veddel eingezogen. Sie bekleideten damals den Rang eines Oberleutnants und ich war Ihnen als Unteroffizier unterstellt. Sehr bald stellte sich zwischen uns beiden eine menschliche persönliche Beziehung her, die wohlthuend von dem üblichen preußischen Vorgesetztenverhältnis abwich. Dadurch hatte ich auch Gelegenheit, mich mit Ihnen freimütig sehr häufig über die politische und militärische Situation zu unterhalten. Es bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass Hitlers verbrecherisches Abenteuer nur einen schlechten Ausgang für das deutsche Volk nehmen könne.“<sup>19</sup>

Der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll, der in vielen Fällen milde urteilte, wies die Berufung ab, „insoweit sie auf die Bestätigung

als Hauptlehrer gerichtet ist“. Heitmann wurde in Kategorie IV eingestuft und mit Wirkung vom 1.10.1949 in die Kategorie V. Es wurde zwar festgestellt: „Nach den glaubwürdigen Leumundszeugnissen hat er es abgelehnt, ein Amt zu übernehmen und als Organist auszuschneiden, so dass er deswegen als Vertrauensmann abgesetzt und ihm das Tragen des Parteiabzeichens verboten wurde. Seine formale politische Belastung ist gering.“ Aber: „Als 1933er Pg. ist er jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen als Hauptlehrer nicht tragbar. Hinzu kommt, dass Heitmann 1933 das Amt des Hauptlehrers nur deswegen erhielt, weil er das Vertrauen der NSDAP genoss.“<sup>20</sup>

Sicherlich ist der Fall Paul Heitmann nicht von größter Bedeutung und die Argumentation der Schulbehörde und auch des Berufungsausschusses ist aus meiner Sicht stringent und nachvollziehbar. Andererseits war die Entnazifizierungspraxis insgesamt nicht konsistent und nicht alle Entscheidungen transparent und nachvollziehbar. Ich verweise auf den Fall von Wilhelm von Bergen, den ich im Anschluss beschreibe. Das war möglicherweise ein Beispiel, was die Unterzeichner des Schreibens des Pfarramtes Ochsenwerder vor Augen hatten.<sup>21</sup>

Rechtsanwalt Fritz Grabbe mühte sich im Weiteren mit Schriftsätzen, ohne Erfolg. In einem Schreiben vom 16.6.1949 zeigte er durchaus Schwächen der Argumentation in den Entnazifizierungsverfahren auf:

„Der Beschwerdeführer wurde darauf hingewiesen, dass die Schulbehörde grundsätzlich ehemalige Mitglieder der NSDAP nicht in der Stellung eines Schulleiters beschäftigt. Wie der Unterzeichnete feststellen konnte, ist diese Behauptung nicht richtig, denn entgegengesetzte Fälle hat, wie gesagt, der Unterzeichnete feststellen können. Demgegenüber mag vielleicht nunmehr eingewandt werden, dass die Betroffenen viel später in die Partei eingetreten sind. Diese Erklärung kann eigentlich nur für, nicht aber gegen den Beschwerdeführer angeführt werden. 1933 konnte sehr wohl ein politisch und menschlich rechtschaffend denkender und handelnder Beamter der Täuschung zum Opfer fallen und guten Glaubens der NSDAP beitreten. 1937 kann man gegen den guten Glauben schon schwere Bedenken haben. Wenn einer noch der NSDAP beiträt, nachdem die Judengesetze und das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen waren, so musste er schon ein erheblich weiteres Gewissen haben, als jemand der diesen Schritt im Mai 33 tat.“<sup>22</sup>

So konnte man auch mit einer gewissen Berechtigung argumentieren. Wobei die meisten Rechtsanwälte bei den 1937 in die NSDAP Eingetretenen geltend machten, dass es in der Lehrerschaft von dem stellvertretenden Gauamtsleiter des NSLB und Oberschulrat für den Volksschulbereich, Albert Mansfeld, ein als bedrohlich angesehenes Schreiben gegeben hatte, in dem die Lehrer ultimativ zum Eintritt

in die NSDAP aufgefordert worden waren. Dies Schreiben hatte tatsächlich dazu geführt, dass ängstliche Personen in Kenntnis des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Mitgliedschaft in der NSDAP beantragten, um sich und ihre Familie nicht der Entlassung auszusetzen. Schwierige Zeiten.

Paul Heitmann bekam am 1.4.1953 Glückwünsche zum 40-jährigen Dienstjubiläum. Sein 20-jähriger Sohn Peter besuchte ab dem 1.10.1948 in Hermannsburg, Kreis Celle, ein Missionsseminar mit dem Ziel, Missionar zu werden.<sup>23</sup>

Paul Heitmann trat am 31. März 1958 in den Ruhestand, er unterschrieb seine Korrespondenz mit der Schulbehörde konsequent als Hauptlehrer z. Wv., zur Wiederverwendung.<sup>24</sup>

Heitmann starb am 4.10.1973.<sup>25</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte , StAHH, 361-3\_A 1846
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Schreiben vom 6.6.1919, Personalakte a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Entnazifizierungsakte Heitmann, StAHH, 221\_Ed 5750
- 7 Siehe Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet, Schuljahr 1935/36, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, Hamburg 1935, S. 121. Siehe dazu auch die Biografie Wilhelm von Bergen in diesem Band.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Schreiben vom 16.6.1936, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Dietrich Ossenbrügge, in: Hans-Peter de Lorent, Täterprofile Bd. 2, S. 186 ff.
- 14 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Bemerkungen zum Fragebogen vom 2.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 15.7.1948, Personalakte a. a. O.
- 17 Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet, Schuljahr 1935/36, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, Hamburg 1935, S. 50.
- 18 Gutachten und Bitte vom Pfarramt und Kirchenvorstand Ochsenwerder vom 30.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Schreiben vom 6.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Entscheidung vom 29.6.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Siehe die Biografie Wilhelm von Bergen in diesem Band.
- 22 Schreiben vom 16.6.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Laut Personalakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.

## Wilhelm von Bergen

**„Er will sich aber nicht an der damaligen Radaupolitik und dem Straßenterror beteiligt, im Gegenteil vorzugsweise bei jüdischen Professoren Kollegs gehört haben.“**

Ein spezieller Fall ist der auf seinem Foto in der NSDAP-Kartei im Bundesarchiv so unglaublich jung aussehende Wilhelm von Bergen. Obwohl er schon 1930 Mitglied der SA geworden war und zum 1.1.1931 in die NSDAP eintrat, verlief die Entnazifizierung bei Wilhelm von Bergen am Ende fast problemlos. Seine NS-Mitgliedschaften im vergleichsweise jungen Alter mit dem entsprechenden Aussehen ließen diese den Entnazifizierungsausschüssen als Jugendsünden erscheinen. Immerhin hatte Wilhelm von Bergen 1940 das Verdienstkreuz der NSDAP für „zehnjährige aktive Mitarbeit“ erhalten. Und 1954 wurde er wieder als Schulleiter in Ochsenwerder eingesetzt.

Wilhelm von Bergen wurde am 10.8.1910 in Verden als Sohn eines Lehrers geboren. Er besuchte das Gymnasium in Bremen, das er mit dem Reifezeugnis am 13.3.1930 abschloss. Danach studierte er Erziehungswissenschaft, Philosophie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität in Hamburg mit dem Ziel, Volksschullehrer zu werden. Prüfungsvorsitzender war am 29.7.1933 der spätere Landesschulrat Willi Schulz.<sup>1</sup> Nach dem Studium war von Bergen seit dem 30.7.1933 beschäftigungslos. Am 19.10.1933 wurde er dann als Hilfslehrer an der Schule Spadenland eingestellt. Im Jahr darauf bewarb er sich um die Umsetzung nach Ochsenwerder, die er am 10.4.1934 vollziehen konnte. Wilhelm von Bergen bezog in Ochsenwerder die Wohnung in der Schule.<sup>2</sup> Die Schule war erreichbar über das Telefon in der Wohnung von Wilhelm von Bergen, die somit gleichermaßen als Schulbüro diente. Interessant ist, dass von Bergen später gegenüber der Kultur- und Schulbehörde eine Aufstellung über seine Wohnverhältnisse während des Studiums an der Universität Hamburg vorlegte, aus der hervorging, dass er von 1932 bis zum Bezug der Wohnung in der Schule Ochsenwerder bei der Kirche, in zehn verschiedenen Hamburger Wohnungen ein Zimmer gemietet hatte, offenbar jeweils für etwa ein bis drei Monate.<sup>3</sup> Daher rührte wohl sein Interesse, an einer Landschule mit zugehöriger Wohnung zu arbeiten.

Von Bergen war schon mit 20 Jahren Mitglied der SA im Sturmbann I/14 im Verden geworden und am 1.1.1931 in die NSDAP eingetreten. Auch dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) hatte er sich angeschlossen.<sup>4</sup>

In Ochsenwerder gab es zu dieser Zeit vier Landschulen. Wilhelm von Bergen arbeitete an der Schule bei der Kirche mit dem nationalsozialistischen Schulleiter

Paul Heitmann, einem weiteren Kollegen, einer Gewerbeschullehrerin und einer Handarbeitslehrerin.<sup>5</sup>

Am 21.12.1938 stellte von Bergen den Antrag, mit dem Ziel der Festanstellung als Beamter. Er begründete ihn damit, dass er am 16.12.1938 die zweite Lehrerprüfung bestanden habe. Und er wies darauf hin: „Zur Unterstützung meines Gesuches möchte ich darauf hinweisen, dass ich seit 1930 ununterbrochen aktiv in der Bewegung tätig bin, dass ich seit 1934 verheiratet bin und zwei Kinder habe. Meine zweite Lehrerprüfung, die im März 1938 vorgesehen war, musste in den Dezember verschoben werden, da ich mir im Januar im Dienste der Bewegung eine schwere Erkrankung zuzog. In der Annahme, dass ich als alter Kämpfer ohne diese unverschuldete Verzögerung am 9. November des Jahres Beamter geworden wäre, stelle ich den Antrag, mich – wenn möglich, mit Rückwirkung vom 9. November – zum Beamten zu ernennen.“<sup>6</sup>



Wilhelm von Bergen, 1933

Daraufhin erfolgte offenbar eine Reaktion der Personalabteilung der Schulverwaltung. Denn am 28.3.1939 erklärte Wilhelm von Bergen, dass er der SA seit dem 1. November 1930 angehöre und legte „eine Bescheinigung des NSDAP-Kreisleiters Pg. Schuster“ bei.<sup>7</sup>

Wilhelm von Bergen blieb neben der Schule weiterhin umtriebig. So meldete er der Behörde am 14.3.1938, dass er als Ortsberichterstatter für die „Norddeutschen Nachrichten“ und das „Hamburger Tageblatt“ schreibe, womit er im Jahr 1937 231,68 Mark verdient habe.<sup>8</sup>

Am 8.1.1940 wurde von Bergen zur Wehrmacht eingezogen. Zwischenzeitlich war er wegen einer Augenkrankheit vom Kriegsdienst zurückgestellt worden.<sup>9</sup>

Wilhelm von Bergen übernahm an der Schule Ochsenwerder-Norderdeich die Schulleitungsfunktion, erhielt am 19.11.1940 die Bescheinigung, dass er „am 30.1.1940 das Verdienstkreuz der NSDAP für zehnjährige aktive Mitarbeit und zum 1.5.1940 die Medaille für deutsche Volkspflege erhalten habe“.<sup>10</sup>

Am 30.9.1941 schrieb Lehrer und Schulleiter von Bergen der Schulverwaltung: „In unserer Fachzeitung las ich, dass die Parteizugehörigkeit vor der Machtübernahme jetzt soweit auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden kann, dass das Besoldungsdienstalter frühestens mit der Vollendung des 27. Lebensjahres beginnt. Ich bitte aufgrund dieser Verfügung, mein Besoldungsdienstalter, das bisher am 19.10.1938 begann, auf den 10.8.1937 vorzuverlegen.“<sup>11</sup>

Da er bis zum 25.1.1942 keine Antwort bekommen hatte, wiederholte er diesen Antrag. Kurz darauf erhielt er die Mitteilung von Obersenatsrat Henry Edens, dass



die Anrechnung seiner Dienstzeiten in der NSDAP nicht möglich seien, da er zu dem von ihm gewünschten Zeitpunkt noch in der Berufsausbildung gestanden habe.<sup>12</sup>

Am 4.9.1942 legte von Bergen der Schulverwaltung eine Aufstellung über seine Mitgliedschaften vor, aus der auch hervorging, dass er in der NSDAP seit dem 1.4.1936 Ortsgruppenamtsleiter war, in der NSV seit dem 1.4.1936 Ortswalter und im NSLB Schulwalter seit dem 1.4.1940 und HJ-Vertrauenslehrer seit 1936 sowie Truppführer in der SA.<sup>13</sup>

Wenn dies auch nach Ämterhäufung aussah, muss doch berücksichtigt werden, dass Wilhelm von Bergen mittlerweile sowohl Schulleiter als auch einziger Lehrer an der Landschule Ochsenwerder-Norderdeich war, eine Arbeitsteilung somit schwer möglich.

Am 25.3.1943 wurde Wilhelm von Bergen wieder für den Kriegsdienst mobilisiert, im August 1945 war er Obergefreiter und wurde vom 8.8. bis zum 29.11.1945 im Zivil-Internierungslager Esterwegen interniert.<sup>14</sup>

Am 5.12.1945 erfolgte die Entlassung aus der Wehrmacht und am 29.2.1946 erhielt er die Mitteilung, aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden zu sein.<sup>15</sup>

Wohl im Bewusstsein seiner Aktivitäten „für die Bewegung“, die er regelmäßig in seiner Personalakte dokumentieren ließ, beschäftigte sich Wilhelm von Bergen erst einmal im landwirtschaftlichen Gemüsebau, wie Alma Becker am 7.8.1948 bestätigte.<sup>16</sup>

Wilhelm von Bergen hatte über Rechtsanwalt Dr. Fritz Sommer am 11.7.1947 Berufung gegen die Entlassung eingelegt mit der Begründung:

„Herr von Bergen ist bereits 1931 aus reinem Idealismus der Partei beigetreten. Er war damals Student und wurde ein Opfer der Parteipropaganda. Schon bald hat er sich von der Partei innerlich und äußerlich abgewandt. Gerade ihm als Lehrer standen wegen seiner Eigenschaft als alter Kämpfer alle Möglichkeiten eines schnellen Aufstieges offen. Obwohl er alter Kämpfer war, hat er es abgelehnt, von der Konjunktur für alte Pg.'s zu profitieren. Er ist stets in seinem Beruf geblieben.“<sup>17</sup>

Das war in seiner Personalakte ganz anders dokumentiert, wobei er freilich in dem Beruf geblieben und eine Karriere als Schulleiter einer Schule, deren Lehrkörper nur aus ihm selbst bestand, noch keine ganz große Karriere war.

Überraschenderweise erhielt Wilhelm von Bergen ein Leumundszeugnis, ein Gutachten, von Schulrat Gustav Schmidt, einem der beiden Schulräte, die in der NS-Zeit NS-kritisch geblieben waren. Schmidt schrieb:

„In seinen ersten Amtsjahren lernte ich Herrn von Bergen dienstlich kennen. Mir ist dabei nie aufgefallen, dass er irgendwie politisch tätig gewesen sei. Auch wurde mir nichts derartiges von anderen Kollegen berichtet. Erst bei seiner Entlas-

sung habe ich erfahren, dass er Parteigenosse seit 1931 gewesen ist. Von Bergen ist mir immer als ein bescheidener, zurückhaltender Mensch entgegengetreten.“<sup>18</sup>

Bemerkenswert auch, was Rechtsanwalt Sommer im Berufungsausschuss am 27.1.1948 mitteilte. Zusammen mit zehn Erklärungen von Personen aus Ochsenwerder trug er vor:

„Aus allen Anlagen ergibt sich ein eindeutig klares Bild der Persönlichkeit des ‚Beschuldigten‘ Herrn von Bergen. Ein einwandfreier Charakter, der auf den Grundlagen des Christentums und im politisch entscheidenden Augenblick der erforderliche politische Scharfblick und Weitblick gefehlt hat.“<sup>19</sup> Vielleicht auch am 8.1.1943, als er aus der Kirche austrat und dies der Schulverwaltung mitteilte.<sup>20</sup>

Die Ausführungen von Rechtsanwalt Sommer blieben bemerkenswert:

„Herr von Bergen ist der Typ des Deutschen, der ein Opfer der bis zur Vollendung getriebenen Kunst des politischen Betruges geworden ist. Er ist der Typ des widerwilligen Mitläufers, dem seinem ganzen Wesen und seiner Erziehung nach die Grundsätze der NSDAP und insbesondere ihre Anwendung widerstrebten. Alle eidesstattlichen Erklärungen betonen übereinstimmend, dass Herr von Bergen sich in keiner Weise propagandistisch betätigt hat. Diese Erklärung ist aber im Falle von Bergen von viel größerer Bedeutung als gemeinhin derartige Erklärungen in den Entnazifizierungsverfahren. Herr von Bergen war Lehrer. Schon der Beruf brachte es mit sich, dass er auf die Jugend einwirken musste. Diese Einwirkung erfolgte in der seinem Wesen entsprechenden Art. Welche Art seinem Wesen entsprach, geht schon aus seinem Studienbuch hervor, welches die Vorlesungen, die er an der Hamburger Universität während seines Studiums hörte, aufführt. Die Hauptvorlesungen sind bei jüdischen Professoren belegt, gehört und testiert worden. Dem kann nicht entgegengehalten werden, dass diese Professoren etwa das Monopol hatten. Man hätte die gleichen Vorlesungen auch bei anderen Professoren hören können.“<sup>21</sup> Diese Ausführungen grenzen schon an Realsatire.

Nahezu alle Hamburger Studierenden, die vor 1933 an der Universität mit Erziehungswissenschaft und Psychologie zu tun hatten, hörten Vorlesungen etwa von Prof. William Stern, der wegen seiner jüdischen Herkunft in der NS-Zeit emigrieren musste. Stern war auch Mitglied in unzähligen Prüfungskommissionen gewesen.

Der Beratende Ausschuss im Schulkreis 9, Bergedorf, gutachtete am 16.12.1947:

„Herr von Bergen ist uns persönlich nicht bekannt. Nach den Angaben seines Fragebogens ist er den Naziorganisationen beigetreten in einem Alter, wo er sich der weittragenden Folgen einer Unterstützung dieser Partei nicht bewusst war. Wir meinen, man sollte ihm Gelegenheit geben, sich an dem neuen Staatsaufbau zu beteiligen und ihn zum Lehrerberuf wieder zulassen.“<sup>22</sup>

Der Berufungsausschuss 40 tagte am 19.3.1948. Wilhelm von Bergen war mit

seinem Rechtsanwalt Fritz Sommer erschienen und wurde eingehend vernommen. Der Ausschuss gab der Berufung statt mit der Maßgabe, von Bergen als Volksschullehrer im Angestelltenverhältnis wieder einzustellen und nicht vor dem 1.1.1951 wieder in das Beamtenverhältnis eintreten zu lassen. Gleichzeitig wurde er in die Kategorie IV eingestuft. Zur Begründung hieß es:

„Von Bergen ist als damals 21-jähriger Student, wie er angibt aus Idealismus, der NS-Partei beigetreten, SA-Mann war er seit 1930, im Jahre 1934 Oberschar- und dann Truppführer. Er will sich aber nicht an der damaligen Radaupolitik und dem Straßenterror beteiligt, im Gegenteil vorzugsweise bei jüdischen Professoren Kollegs gehört haben. In den NS-Studentenbund sei er als SA-Mann automatisch überführt, dem Lehrerbund, derzeit der Gesellschaft der Freunde, habe er schon 1932 angehört. Wenn ihm auf der einen Seite keine aktivistische Politik nachzuweisen ist, so ist ihm im Gegenteil durch zahllose Eltern der Kinder seines Schulbezirks eine einwandfreie Haltung bezeugt worden, es ist auch besonders lobend hervorgehoben, dass er jetzt einem bäuerlichen Betrieb mit Erfolg und Aufopferung vorsteht. Eine Wiederübernahme, vorerst im Angestelltenverhältnis, schien danach und auch nach seinem guten persönlichen Eindruck tragbar.“<sup>23</sup>

Hier hatte sich offenbar die Argumentation von Rechtsanwalt Sommer durchgesetzt und das sympathisch-unschuldige Gesicht des Wilhelm von Bergen. Der Berufungsausschuss nahm offenbar auch keinen Einblick in die Personalakte von Wilhelm von Bergen, der zwar als Student in die NSDAP und die SA eingetreten war, der aber 1945, also als 35-Jähriger, immer noch Mitglied war und gegenüber der Schulverwaltung stets als „alter Kämpfer“ firmiert und argumentiert hatte.

Am 14.3.1950, nach weiter veränderten gesetzlichen Vorgaben, wurde von Bergen „für die Zukunft für entlastet erklärt und in die Kategorie V eingestuft“.<sup>24</sup>

Am 1.1.1951 war Wilhelm von Bergen wieder im Beamtenverhältnis. Er teilte der Schulbehörde mit, ab dem 8.1.1951 örtliche Presseberichte zu schreiben und zwar für das „Hamburger Echo“, die „Norddeutschen Nachrichten“ und die „Bergedorfer Zeitung“.<sup>25</sup>

Am 4.11.1954 wurde Wilhelm von Bergen mit Einverständnis des Lehrerbetriebsrates wieder als Schulleiter eingesetzt, an der Schule Ochsenwerder-Hohendeich. Es handelte sich um eine kleine Schule, an der außer Wilhelm von Bergen nur noch ein Lehrer unterrichtete.<sup>26</sup>

Die endgültige Bestellung erfolgte am 1.12.1954. Oberschulrat Franz Jürgens schrieb in seiner Begründung: „Herr von Bergen ist ein brauchbarer Lehrer und für die Leitung einer kleinen Landschule geeignet. Er hat gute Verbindung mit der ortsansässigen Bevölkerung.“<sup>27</sup>

Am 10.5.1956 stellte von Bergen einen Beurlaubungsantrag, weil er „als Ver-

treter der Gesellschaft der Freunde“ an einem Landpädagogischen Kongress in Essen teilnehmen sollte. Dieser Antrag wurde genehmigt.<sup>28</sup>

Am 3.4.1968 wurde Wilhelm von Bergen der neu eröffneten 12-klassigen Zentralschule in Ochsenwerder zugeordnet und dort als stellvertretender Schulleiter bestellt, nachdem in dem 14-köpfigen Kollegium elf Personen für von Bergen gestimmt hatten.<sup>29</sup> Am 1.1.1972 stieg von Bergen dann zum Rektor dieser Schule auf, ein Jahr später, zum 1.2.1973, ließ er sich mit 62 Jahren aus gesundheitlichen Gründen pensionieren.<sup>30</sup>

Wilhelm von Bergen starb am 1.7.1980.<sup>31</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Wilhelm von Bergen, StAHH, 361-3\_A 2113
- 2 Ebd.
- 3 Wohnungsangabe des Hilfslehrers Wilhelm von Bergen ab dem 1.1.1932, Personalakte a. a. O.
- 4 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte, StAHH 221-11\_Ed 9931
- 5 Laut Hamburgischem Lehrer-Verzeichnis für das Schuljahr 1935/1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, S. 121. Siehe auch die Biografie von Paul Heitmann in diesem Buch.
- 6 Schreiben vom 21.12.1938, Personalakte a. a. O.
- 7 Schreiben vom 28.3.1939, Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Laut Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_Ed 9931
- 10 Schreiben der NSDAP, Gau Hamburg, Kreis 9, vom 19.11.1940, Personalakte a. a. O.
- 11 Schreiben vom 30.9.1941, Personalakte a. a. O.
- 12 Schreiben vom 31.1.1942, Personalakte a. a. O.
- 13 Schreiben an die Schulverwaltung vom 4.9.1942, Personalakte a. a. O.
- 14 Laut Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 11.7.1947, Personalakte a. a. O.
- 18 Gutachten von Gustav Schmidt vom 6.2.1948, Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben des Rechtsanwalts Sommer vom 27.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Der beratende Ausschuss vom 16.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Berufungsausschuss vom 19.3.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Fachausschuss vom 14.3.1950, Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O. Siehe das Hamburgische Lehrer-Verzeichnis vom Schuljahr 1955/56, herausgegeben vom Verlag der Gesellschaft der Freunde, S. 258.
- 27 Endgültige Ernennung des Lehrers von Bergen zum Leiter der Schule Ochsenwerder-Hohendeich vom 1.11.1954, Personalakte a. a. O.
- 28 Antrag vom 10.5.1956, Personalakte a. a. O.
- 29 Bestellung zum stellvertretender Schulleiter vom 22.5.1968, Personalakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Personalakte a. a. O.

## Gerhard Rösch

**„Meine Berufung zum Schulleiter der Hansa-Oberschule Ostern 1938 erfolgte gegen meinen Wunsch und Willen und gegen meinen Einspruch auf Drängen der Behörde.“**

Ein überzeugter Nationalsozialist, der früh in die NSDAP, in den NSLB und auch in die SA eingetreten war, wobei im späteren Entnazifizierungsverfahren über das Eintrittsdatum Widersprüche aufgeklärt werden mussten, war Gerhard Rösch. Er war der Bruder einer der schillerndsten Figuren im Hamburger Schulwesen während der Nazizeit, Hans Rösch. Über den Charakter von Gerhard Rösch und seine Haltung gegenüber den Lehrern und jüdischen Schülern gab es widersprüchliche Aussagen. Ralph Giordano schrieb: „Er war ein Nazi, aber gut zu mir und meinem Bruder Egon.“<sup>1</sup> Rösch arbeitete jahrelang als Lehrer an der Gelehrtenschule des Johanneums, in der NS-Zeit dort als stellvertretender Schulleiter, später als Oberstudiendirektor an der Hansa-Schule in Eimsbüttel (Helene-Lange-Schule). Allerdings nur solange, bis er als Offizier in die Wehrmacht eintrat, wo er am Ende des Krieges als Major in amerikanische Gefangenschaft geriet. Ein Leben voller Widersprüche.

Gerhard Rösch wurde am 27.6.1889 als Sohn eines Volksschullehrers in Hamburg geboren. Er besuchte drei Jahre lang die Seminarschule am Grindelhof und danach, wie sein Bruder Hans Rösch, das Wilhelm-Gymnasium in Hamburg, wo er 1908 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er klassische Philologie, Geschichte und Archäologie an den Universitäten Heidelberg, Straßburg und Kiel, wo er am 7.7.1914 mit einer Dissertation zum Thema „Alttertümliche Marmorwerke von Paros“ promoviert wurde.<sup>2</sup>

Rösch kam mit dem späteren Schulleiter Werner Puttfarken an die Gelehrtenschule des Johanneums, um dort das Probejahr zu absolvieren. Nach zwischenzeitlicher Einberufung zum Heeresdienst im Ersten Weltkrieg wurde Rösch am 1.7.1918 als Oberlehrer am Johanneum fest eingestellt.

Gerhard Rösch war verheiratet und hatte mit seiner Frau Marie drei Kinder.<sup>3</sup>

Politisch vertrat er eine konservative Ausrichtung. Schon in den 1920er Jahren unterstützte er bei der Lehrerkammerwahl die „Rechtsfraktion“, die von dem Oberlehrer des Johanneums, Carl Bertheau, angeführt wurde und die an dieser Schule viele Unterstützer hatte, die später überzeugte Nationalsozialisten wurden.<sup>4</sup>

Gerhard Rösch war außerdem Mitglied des Hamburger Philologenvereins und kandidierte am Übergang zur NS-Herrschaft 1933 für dessen Vorstand. Theodor Mühe hatte den Vorsitz niedergelegt und an Karl Züge weitergegeben. Beide spiel-

ten während der NS-Zeit eine bedeutende Rolle als Oberschulräte für die höheren Schulen.<sup>5</sup>

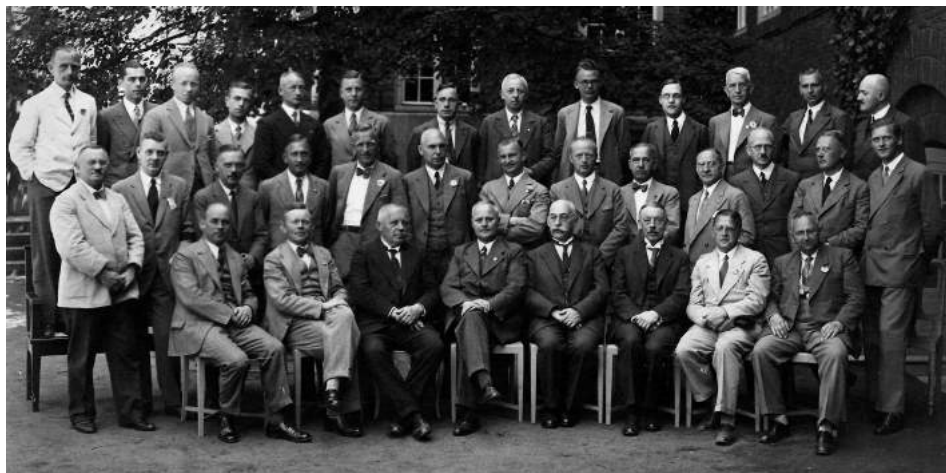
Im Personalbogen, der in seiner Personalakte liegt, gab Gerhard Rösch an, seit dem 5.7.1932 Mitglied der NSDAP zu sein (Mitgliedsnummer 1 271 956), in die SA am 1.3.1932 eingetreten zu sein und auch seit dem 1.11.1932 dem NSLB anzugehören.<sup>6</sup>

Später, nach Ende der NS-Herrschaft, als frühe Eintrittsdaten in die nationalsozialistischen Organisationen für eine Wiederbeschäftigung im Hamburger Schuldienst hinderlich waren, machte Gerhard Rösch korrigierte Angaben. Zunächst einmal erwies sich sein frühes Engagement für die NSDAP als karrierefördernd. Zum 11.7.1933 war Gerhard Rösch als neuer stellvertretender Schulleiter mit Schulleiter Werner Puttfarcken für die Gelehrtenschule des Johanneums ernannt worden.<sup>7</sup>

Über die Arbeit von Gerhard Rösch am Johanneum gibt es widersprüchliche Aussagen. Einerseits wurde kolportiert, dass Stellvertreter Gerhard Rösch gemeinsam mit dem antisemitischen Werner Puttfarcken 1937 die Aufnahme jüdischer Schüler abgelehnt hatte, was Puttfarcken mit den Worten kommentierte:

„Ich habe durch die große Anzahl jüdischer und halbjüdischer Schüler große Schwierigkeiten und Behinderungen in der politischen Erziehung der Schüler. Keiner meiner Lehrer und deutschen Schüler würde es verstehen, wenn jetzt noch Juden aufgenommen würden.“<sup>8</sup>

Die Unterstützung durch Rösch in dieser Haltung widerspricht anderen Aussagen, etwa der von Ralph Giordano, der mir bei seiner Kommentierung des Lehrerkollegiums des Johanneums geschrieben hatte: „Rösch war ein Nazi, aber gut zu mir und meinem Bruder Egon.“<sup>9</sup>



Kollegium des Johanneums, 1933: Gerhard Rösch (3. Reihe, 6. v. r., ) wurde Stellvertreter von Schulleiter Werner Puttfarcken (1. Reihe, 5. v. r.). In der 3. Reihe ganz links steht Erwin Zindler, der Puttfarcken später als Schulleiter des Johanneums ablöste.

Und auch der ehemalige Schüler Theodor Ritterbusch, der 1938 noch sein Abitur am Johanneum ablegen konnte, bevor seine jüdische Familie mit ihm nach England auswanderte, erklärte später:

„Der Lehrer und spätere stellvertretende Schulleiter Gerhard Rösch, obwohl SA-Mann, habe jüdische Schüler mit der Begründung ‚Das geht in dieser Schule nicht‘, beschützt.“<sup>10</sup> Uwe Schmidt berichtete auch von der Aussage von Theodor Ritterbusch, dass der Sohn von Gerhard Rösch, ein Klassenkamerad von Ritterbusch, „ein viel überzeugterer Nazi als der Vater gewesen sei“.<sup>11</sup>

Das wiederum passt nicht zusammen mit der späteren Aussage des besagten Sohnes, Dr. Franz-Gerhard Rösch, geboren am 16.11.1920, der mit seiner Mutter in der Abwesenheit von Gerhard Rösch, der noch in der Zivilinternierung in Hamelnburg festgesetzt war, erklärt hatte, selbst „nie Mitglied der NSDAP gewesen zu sein“.<sup>12</sup>

Schwierige Zeiten nach 1945 für die Entnazifizierungsausschüsse, die sich einen Reim aus widersprüchlichen Daten und Aussagen machen mussten.

Noch war Gerhard Rösch aber auf der Erfolgsspur. Am 6.1.1936 bezeichnete der Präsident der Schulverwaltung, Karl Witt, als geeignete Kandidaten zur Beförderung zu Schulleitern die bisherigen stellvertretenden Schulleiter Ernst Hüttmann<sup>13</sup>, Albert Tomforde<sup>14</sup> und Gerhard Rösch und führte als Kriterien an, „sie seien bereits stellvertretende Schulleiter, alte Parteigenossen und entweder Funktionsträger im NSLB oder in anderen nationalsozialistischen Organisationen“.<sup>15</sup>

Die Beförderung ließ für Gerhard Rösch auch nicht lange auf sich warten.

Zum 15.4.1938 wurde er zum Schulleiter der Hansa-Schule in Eimsbüttel ernannt.<sup>16</sup>

Am 17.2.1938 schrieb Gerhard Rösch einen Brief an die Kultur- und Schulbehörde und machte deutlich, dass diese Beförderung nicht unbedingt sein Ziel gewesen war:

„Der Kultur- und Schulbehörde danke ich aufrichtig für das ehrende Vertrauen, das ich in der beabsichtigten Berufung zum Leiter an der Hansa-Oberschule für Mädchen erblicken darf. Nach reiflicher Überlegung muss ich jedoch darauf hinweisen, dass mir eine Loslösung aus meiner bisherigen Tätigkeit außerordentlich schwer werden würde. Meine ganze Kraft und Liebe gehört dem Johanneum, dem ich in Kürze 25 Jahre haben dienen dürfen, mit dessen Leiter mich eine Lebensfreundschaft verbindet. Doch bin ich Nationalsozialist genug, um mich einer behördlichen Anordnung zu fügen. Für diesen Fall müsste ich dann damit rechnen können, dass mir ein Stellvertreter zur Seite gestellt wird, mit dem ich wirklich zusammenarbeiten kann; ich glaube kaum, dass das mit dem an der fraglichen Schule jetzt amtierenden Stellvertreter auf die Dauer möglich sein würde.“<sup>17</sup>

Ein geschicktes personalpolitisches Manöver. Tatsächlich bekam Gerhard Rösch mit NSLB-Funktionär Richard Lüth einen ihm genehmen Stellvertreter.<sup>18</sup>

Gerhard Rösch war nach seiner Berufung drei Monate krankgeschrieben aufgrund einer Stoffwechselstörung. Er konnte erst ab dem 6.7.1938 die Schulleiterfunktion übernehmen.<sup>19</sup>

Schon zwei Monate später war er nicht mehr an der Schule, sondern im Kriegsdienst, wo er unmittelbar darauf zum Hauptmann befördert wurde.<sup>20</sup> Der von Rösch gewünschte Stellvertreter, Richard Lüth, vertrat ihn bis zum Ende des Krieges, weil Rösch nicht mehr zurückkehrte. Er wurde bei der Wehrmacht zum Major befördert, geriet in kurze amerikanische Gefangenschaft und wurde auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung in der Zeit vom 28.7.1945 bis zum 4.11.1946 in das Zivilinternierungslager Hammelburg überführt.<sup>21</sup>

In seiner Abwesenheit war Gerhard Rösch als Person, die vor dem 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war, von seiner Schulleiterfunktion beurlaubt worden, am 20.6.1945 entlassen von Senator Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung.<sup>22</sup>

Zwischenzeitlich lief der Kontakt der Schulverwaltung über die Ehefrau von Gerhard Rösch, Marie Rösch und deren schon erwähnten Sohn, Franz-Gerhard Rösch, die beide erklärten, nie Mitglied der NSDAP gewesen zu sein.<sup>23</sup>

Nach Rückkehr aus dem Internierungslager Hammelburg füllte Gerhard Rösch am 18.1.1947 den Entnazifizierungsfragebogen aus und gab andere Daten über seine NS-Mitgliedschaften ab, als im Personalbogen seiner Personalakte von ihm selbst vermerkt. Das sollte noch zu Schwierigkeiten führen. Rösch legte am 18.1.1947 Einspruch gegen die Entlassung ein und begründete dies damit, dass er „nicht Parteigenosse vor dem 1.4.1933 gewesen sei. „Ich habe zwar aus ideellen Gründen mein Eintrittsgesuch am 15.8.32 eingereicht, die Aufnahme wurde jedoch vom Ortsgruppenleiter Timm abgelehnt, weil ich an seinen Maßnahmen Kritik geübt hatte. Erst im August 1933 wurde ich im Zuge der Lockerung der Aufnahme-maßnahmen Parteigenosse. Dass ich damals nicht Parteigenosse war, geht ferner daraus hervor, dass ich bei den Gemeindewahlen der Gemeinde Lokstedt im Februar 1933 erfolgreich kandidierte für die Partei des Kleingrundbesitzes und als Vertreter dieser Partei im Gemeinderat bis zur Auflösung der Parteien angehört habe.“<sup>24</sup> In seinem Personalbogen hatte Rösch angegeben, seit dem 15.7.1932 Mitglied der NSDAP zu sein.

Und auch in Bezug auf seine Zugehörigkeit zur SA gab er etwas an, was nicht übereinstimmte mit dem, was er selbst in seiner Personalakte vermerkt hatte. Er sei erst 1933 der SA beigetreten, schrieb er, und: „Meine Aufgabe in der SA-Reserve sah ich zur Hauptsache in der Pflege der Kameradschaft und Kameradschaftshilfe. Als



1936 auch der SA-Reserve wehrerzieherische Aufgaben zugewiesen wurden, wandte ich mich dagegen und blieb dem Dienste fern. Ich wurde daraufhin am 10.3.36 wegen mangelnder Dienstbeteiligung aus der SA-Reserve ausgeschlossen.“<sup>24</sup>

Es war bekannt, dass falsche Angaben im Entnazifizierungsfragebogen geahndet wurden. Rösch selbst hatte im Personalbogen, der in seiner Personalakte lag, notiert:

„NSDAP 15.7.32, Mitgliedsnummer 1 271 956, SA 1.3.1932, NSLB 1.11.1932.“<sup>25</sup>  
Das war für seine Beförderung zum stellvertretenden Schulleiter an der Gelehrten-  
schule des Johanneums förderlich gewesen, nun stand es im Widerspruch zu seinen  
jüngsten Erklärungen.

Gerhard Rösch behauptete: „Ich war nicht Nutznießer der Partei und habe mich nicht zu einer führenden Stellung gedrängt. Meine Berufung zum Leiter der Hansa-Oberschule Ostern 1938 erfolgte gegen meinen Wunsch und Willen und gegen meinen Einspruch auf Drängen der Behörde.“<sup>26</sup>

Letzteres ist richtig, aber die Ernennung zum stellvertretenden Schulleiter 1933 hing natürlich originär zusammen mit seinem nationalsozialistischen Engagement.

Auch seine Aussage, kein Militarist gewesen zu sein, nachdem er gerade aus einem Internierungslager zurückgekehrt war, in dem er als Major der Wehrmacht ein Jahr zugebracht hatte, stieß sicherlich nicht auf allgemeines Verständnis. Wobei sein Hinweis darauf, dass seine 15 Monate in Kriegsgefangenschaft und Internierung doch als Sühnemaßnahme gewertet werden könnten, sicherlich auf Akzeptanz trafen. Gerhard Rösch bat um Wiederbeschäftigung im Hamburger Schuldienst.<sup>27</sup>

Zu seinen Gunsten konnte er Leumundszeugnisse vorlegen, wie von der Studienrätin an der Hansa-Schule, Elisabeth Osbar, die am 11.9.1946 schon geschrieben hatte, dass Rösch „sich dem Kollegium gegenüber stets freundlich und hilfsbereit gezeigt hatte und keinen Unterschied zwischen Parteigenossen und Nicht-Parteigenossen machte“. Auch hätte Rösch sie „nicht zum Eintritt in die NSDAP gedrängt. Er hatte sich dafür eingesetzt, dass in der Schule ordentlich gearbeitet wurde und unter seiner Leitung verschwand der zackige Ton aus der Schule. Er habe als Schulleiter Charakter und Menschlichkeit bewiesen“.<sup>28</sup>

Eher unangenehm wirkt aus meiner Sicht ein Schreiben von Hans L. Lorenzen, einem ehemaligen Lehrer des Johanneums, der eine zutiefst konservative Einstellung hatte, sich für Rösch verwendete mit der Betonung darauf, dass er als „nicht-arischer Halbjuden“ 1937 aus dem Hamburger Schuldienst pensioniert worden war. Nach 1945 stellte er reihenweise „Persilscheine“ aus für Personen, die intensiv verstrickt waren in den Nationalsozialismus, so zum Beispiel auch für seinen Schwager Hans Langhein.<sup>29</sup>

Lorenzen schrieb am 15.9.1946, er sei mit Rösch seit dem Studium an der Universität Kiel bekannt gewesen und habe mit ihm von 1935 bis 1937 am Johanneum zusammengearbeitet, wobei „ich ihn dabei stets als Freund und Helfer gesehen hatte“.<sup>30</sup>

Der Beratende Ausschuss für das Höhere Schulwesen fasste unter Vorsitz von Johann Helbig am 24.3.1947 einen erstaunlich positiven Beschluss für Gerhard Rösch. Darin hieß es:

„Er hat bis 1934 die Versprechungen der NSDAP geglaubt, dann ist er allmählich ernüchtert worden und ist konsequent von der als irrig erkannten Ideologie abgerückt. Für ihn spricht besonders, dass er als Leiter an der Helene-Lange-Schule geradezu als Befreier vom Kollegium begrüßt wurde nach den fürchterlichen Jahren unter dem verstorbenen Grüber, und dass er aus der SA ausgeschlossen wurde. Wir meinen, dass er heute vorbehaltlos im demokratischen Lager steht und setzen uns für seine Wiedereinstellung als Studienrat ein.“<sup>31</sup>

Verständlich wurde dieses Votum erst durch eine andere eidesstattliche Erklärung, die später der langjährige Studienrat am Johanneum, Willi Thede, abgab, der an fast allen Entscheidungen des Beratenden Ausschusses für die höheren Schulen zusammen mit Johann Helbig beteiligt gewesen war.

Am 30.11.1949 stellte er eigenständig fest:

„Bereits seit dem Jahre 1920 kenne ich meinen Kollegen Dr. Rösch. Seit dieser Zeit bin ich in ständiger Verbindung mit ihm gewesen, so dass ich ihn in charakterlicher sowie politischer Hinsicht genau kenne. Ich betone, dass ich ein strenger Gegner des Nationalsozialismus bin. Diese meine Einstellung ist auch allgemein bekannt. Ich habe auch dem Dreierausschuss angehört, der die Entfernung missliebiger Nationalsozialisten zur Aufgabe hatte. Ich habe also persönlich keinen Anlass, mich für ehemalige Nationalsozialisten einzusetzen.“

Im Falle des Herrn Dr. R. möchte ich aber mit allem Nachdruck sagen, dass er nicht als Nationalsozialist übler Prägung anzusehen war. Dr. R. ist eine charakterlich einwandfreie Persönlichkeit. Er ist stets als ein freundlicher und gütiger Lehrer bekannt gewesen, dem jede – auch politische – Schärfe fernlag. So ist auch zu erklären, dass er sich, als er das wahre Gesicht des Nationalsozialismus erkannte, von diesem entschieden abwandte. Dr. Rösch hat persönlich sehr darunter gelitten, dass seine Ideale, die er in den Nationalsozialismus anfangs gesetzt hatte, enttäuscht wurden. Dr. R. hat später in vornehmster Weise gerade politisch Verfolgten gegenüber außerordentlich menschlich gehandelt. Ich weiß persönlich genau, dass er im Falle seines Schülers Gerd-Günter Grau sich rückhaltlos für diesen eingesetzt hat, obgleich dieser Halbjude war. Dr. R. hat sich so weit vor seinen Schüler Grau gestellt, dass er selbst ernstlich politische Komplikationen für sich befürchten musste.

Ferner ließ Herr Dr. R. auch die schärfsten Kritiker im Kollegium in politischer Hinsicht gelten. Man wusste, dass man ungefährdet vor ihm seiner Meinung in jeder Form Ausdruck geben konnte. Auch weiß ich, dass man Herrn Dr. R. an die Hansa-Oberschule (Helene-Lange-Oberschule) nur deshalb berief, weil man einen politisch gemäßigten Herrn als Schulleiter dort haben wollte. Es ging wie ein Aufatmen durch die ganze Schule, als das NS-Regime des Vorgängers durch Herrn Dr. R.'s Leitung ersetzt wurde.

Aus diesen, meinen persönlichen Wahrnehmungen ergibt sich mit Deutlichkeit, dass Dr. R. politisch einwandfrei gewesen ist. Ich würde es begrüßen, wenn meine Zeilen dazu beitragen würden, dass Herr Dr. R. völlig rehabilitiert würde.“<sup>32</sup>

Dies war natürlich eine gewichtige Fürsprache für Gerhard Rösch.

Eine Irritation entstand durch ein Schreiben von Dr. Carl Meyer, der am 19.3.1948 behauptete und begründete, dass Gerhard Rösch als Beisitzer der Hamburger Dienststrafkammer am 22.8.1939 und 1.9.1939 entscheidend dazu beigetragen hatte, ihn aus dem Schuldienst zu entfernen. Die Verurteilung habe aus rein politischen Gründen stattgefunden. Und Rösch wäre dabei die entscheidende Person gewesen.<sup>33</sup>

Der Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter dem Vorsitz von Dr. Kiesselbach, der für milde Urteile bekannt war, musste sich mit den Vorwürfen von Carl Meyer gegen Gerhard Rösch beschäftigen und es ergab sich, dass Rösch eine gänzlich andere Version vorlegte und behauptete, sich für eine milde Beurteilung im Fall Meyer eingesetzt zu haben. Am Ende beschloss der Berufungsausschuss, Rösch mit zwei Dritteln der Versorgungsbezüge eines Studierates in den Ruhestand zu versetzen und ihn in Kategorie IV einzustufen. Er sah es nicht als erwiesen an, dass gerade Rösch im Fall Carl Meyer eine Verantwortung für das Urteil gehabt habe. Andererseits sah der Berufungsausschuss eine erhebliche Belastung darin, dass Rösch „unter Nichtbeachtung der damals vom Senat erlassenen Warnungen am 15.8.1932 seinen Beitritt zur NSDAP und am 1.11.1932 zum NSLB angemeldet hat“.<sup>34</sup>

Rösch beantragte am 21.6.1949 eine Überprüfung des gegen ihn gefällten Urteils des Berufungsausschusses „wegen eines unterlaufenen Irrtums“. Er „habe nicht mit seinem Parteieintritt gegen die Verfügung des Hamburger Senates vom 3. November 1930 verstoßen, die den Beamten den Beitritt zur KPD und NSDAP verboten hatte, da diese Verfügung nachdem ein gleichlautendes Verbot in Preußen aufgehoben worden war, am 3. August 1932 außer Kraft gesetzt wurde“.<sup>35</sup>

Kurz darauf legte Rösch eine ärztliche Bescheinigung vor, die bestätigte, dass er schwer erkrankt sei, „eine krankheitsbedingte, verbliebene Depression durch Fronteinsatz während des Krieges, eininhalb Jahre Kriegsgefangenschaft und In-

ternierung erheblich verschlimmert worden war. Diese Depressionen haben sich in der letzten Zeit verheerend gesteigert infolge der Berufs- und Pensionsorgen, die durch eine langwierige Entnazifizierung entstanden sind.“<sup>36</sup>

Der Arzt, Dr. Hans Meisel, forderte ein beschleunigtes Verfahren.

Nun kamen die Gegenpositionen zum Ausdruck. So schrieb der Vorsitzende des Fachausschusses, Friedrich Wilhelm Licht, am 21.2.1950:

„Die Art, wie er seinen Eintritt in die NSDAP am 15.8.1932 zu rechtfertigen sucht, wirkt unsympathisch. Er musste, wie jeder andere Beamte auch, wissen, dass diese Partei auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung abzielte und dass nicht allein die KPD gemeint war. Er hat jedoch genau wie sein Bruder, ein ganz übler Nazi, die Gelegenheit ergriffen, um die lendenlahme Verfügung des Senats vom 3.8.1932 für sich auszunutzen. Im NSLB, der damals eine ausgesprochene Kampforganisation war, ist er ebenfalls bald darauf Mitglied geworden. Es ist kein Zweifel, dass er ein überzeugter Nazi gewesen ist, den zwar seine charakterliche Veranlagung von einer zu großen Aktivität bewahrt hat. Das ist auch die Ansicht des Zeugen Oberstudienrat Thede. Auffällig ist, dass Dr. Rösch noch 1944 in einem geheimen Befähigungs- und Leistungsbericht von dem damaligen Oberschulrat Mühe als ‚einsatzbereit für die NSDAP, vielfach bewährt‘ bezeichnet wird. Sturmschulungsleiter in der SA bis Michaelis 1936, Ortsgruppenamtsleiter des Amtes für Erziehung seit November 1936 soll er danach ebenfalls gewesen sein.

Der Fachausschuss kann sich nur schwer entschließen, einer Abänderung des Urteils des Berufungsausschusses zuzustimmen. In Anbetracht der Praxis, wie sie neuerdings gehandhabt wird, will er sich jedoch damit einverstanden erklären, dass dem Betroffenen die volle Pension eines Studienrats zugebilligt wird. Die Pensionierung als Oberstudiendirektor kommt nicht in Frage.“<sup>37</sup>

Jetzt legte auch der zweite Vorsitzende des Fachausschusses nach, Kurt Zeidler, der die Angaben von Gerhard Rösch in dessen Personalakte nachgeprüft hatte mit der Feststellung, dass die von ihm selbst genannten Daten in seinem Personalbogen nicht übereinstimmten mit dem von ihm ausgefüllten Fragebogen. Danach sei er bereits am 15.7.1932 (!) in die NSDAP eingetreten, „also vor der Senatsverfügung vom 3.8.1932“. Und Zeidler schlussfolgerte: „Es besteht demnach der Verdacht der Fragebogenfälschung, und der Fachausschuss muss seine Stellungnahme von der Klärung dieser Angelegenheit (Auskunftsanforderung in Berlin) abhängig machen. Im Übrigen ist kein Zweifel, dass der Betroffene ein überzeugter Nazi gewesen ist.“ Er verwies dabei ebenfalls auf den Befähigungsbericht von OSR Theodor Mühe.<sup>38</sup>

Nun wurde es schwierig für Gerhard Rösch. Denn auch der Berufungsausschuss 17 vom 1.3.1950 stellte die Widersprüche zwischen Personalakte und dem

Fragebogen in der Entnazifizierungsakte fest und unterstützte die Anfrage beim Berliner Documents Center.<sup>39</sup>

Das Berlin Documents Center schickte am 20.3.1950 einen Auszug aus den vorliegenden Daten, womit bestätigt wurde, dass Gerhard Rösch am 1.8.1932 in die NSDAP eingetreten war und am 1.11.1932 in den NSLB, sowie die Mitgliedschaft in der SA seit 1932 und die Funktion als Politischer Leiter.<sup>40</sup>

Daraufhin beschloss der Berufungsausschuss 17 am 31.3.1950, Gerhard Rösch als Studienrat mit vollen Pensionsbezügen in den Ruhestand zu schicken. Mit Wirkung vom 1.4.1950 wurde er in die Kategorie V eingestuft.<sup>41</sup>

Rösch empfand dies in einem Schreiben vom 24.7.1951 als „unbillige Härte“. Er unterschrieb weiter als „Oberstudiendirektor a. D.“, erreichte aber keine andere Regelung.<sup>42</sup>

Zu seinem 70. Geburtstag am 26.6.1959 erhielt er von Landesschulrat Matthewes das formale Glückwunschsreiben ohne irgendwelche Zusätze.<sup>43</sup>

Gerhard Rösch starb am 7.10.1962.<sup>44</sup>

## Anmerkungen

- 1 In einem Schreiben an mich vom 13.3.2012. Siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 13.
- 2 Personalakte Gerhard Rösch, StAHH, 361-3\_A 1584
- 3 Ebd.
- 4 Uwe Schmidt: Aktiv für Gymnasien, Hamburg 1999, S. 127.
- 5 Schmidt 1999, S. 320. Siehe die Biografie Theodor Mühe, in: de Lorent 2016 S. 371 ff. und die Biografie Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385 ff.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Siehe die Schulleiter-Liste, in: de Lorent 2016, S. 32.
- 8 Rainer Hering: Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarken, Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums von 1933–1942, In: Symposium, Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, herausgegeben von Christine von Müller, Uwe Petersen und Uwe Reimer, Hamburg 2004, S. 51. Siehe auch die Biografie Werner Puttfarken, in: de Lorent 2016, S. 691 ff.
- 9 In einem Schreiben an mich vom 13.3.2012. Siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 13.
- 10 Schmidt 1999, S. 364.
- 11 Ebd.
- 12 Entnazifizierungsakte Gerhard Rösch, StAHH, 221-11\_17254
- 13 Siehe die Biografie Ernst Hüttmann, in: de Lorent 2016, S. 512.
- 14 Siehe die Biografie Albert Tomforde in diesem Band.
- 15 Uwe Schmidt: Hamburgs Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2000, S. 57, Anmerkung 160.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 17.2.1938, Personalakte a. a. O.
- 18 Siehe die Biografie Richard Lüth, in: Hans Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 463 ff.
- 19 Personalakte a. a. O.

- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Bescheinigung vom 4.11.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Personalakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 18.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 18.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Ebd.
- 28 Schreiben vom 11.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Siehe die Biografie Langhein in diesem Band.
- 30 Schreiben vom 15.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Beratender Ausschluss vom 24.3.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Schreiben von Willi Thede vom 30.11.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Schreiben von Dr. Carl Meyer an den Berufungsausschuss 3 vom 19.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Berufungsausschuss 3 vom 12.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Schreiben von Gerhard Rösch vom 20.6.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 36 Ärztliche Bescheinigung vom 1.12.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Fachausschuss XI a 2 vom 21.2.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie des Bruders Hans Rösch, de Lorent 2016, S. 760ff.
- 38 Fachausschusses Form 21.2.1950 zum Wiederaufnahmeverfahren rasch Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Berufungsausschuss 17 vom 1.3.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 40 Schreiben des Berlin Documents Center von 20.3.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 41 Berufungsausschuss 17 vom 31.3.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 42 Personalakte a. a. O.
- 43 Personalakte a. a. O.
- 44 Personalakte a. a. O.

## **Wilhelm Scharenberg**

**„Er ist ein ebenso vorzüglicher Lehrer wie Erzieher.  
Seine Arbeit verrichtet er in dem Bewusstsein,  
den Jungen für ihr Leben zu dienen.“**

**Zu den befähigten Lehrern, die sich trotz guter Qualifikation lange bemühen mussten, eine feste Studienratsstelle im Hamburger Schulwesen zu bekommen, gehörte Wilhelm Scharenberg. Er war kein nationalsozialistischer Aktivist, aber sicherte sein berufliches Weiterkommen ab durch die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen. Am Ende gehörte er zu denen, die während des Krieges zu Oberstudiendirektoren befördert wurden. Eine neue Generation von Schulleitern, die nicht schon Offiziere des Ersten Weltkrieges waren.**

Wilhelm Scharenberg wurde am 10.2.1899 als Sohn eines Eisenbahninspektors in Lockstedter Lager, Kreis Steinburg, geboren. Er besuchte die Schule in Kiel und bestand an der dortigen Oberrealschule am 14.6.1917 die Reifeprüfung. Danach studierte er in Kiel Mathematik und Naturwissenschaften von 1917 bis 1922, mit Unterbrechung von 1917 bis 1919 zu „Heereszwecken“, wie es in seiner Personalakte heißt.<sup>1</sup>

Wilhelm Scharenberg war höchst umtriebig. Er arbeitete von Sommer 1923 bis Oktober 1925 in der chemischen Industrie, danach als Assistent am wissenschaftlichen Laboratorium einer chemischen Fabrik in Harburg, um dann wieder das Studium an der Universität in Kiel aufzunehmen und seine Promotion abzuschließen.<sup>2</sup>

Am 24.3.1928 legte er seine wissenschaftliche Prüfung für die höheren Schulen in Kiel ab, vorher hatte er bereits Vertretungsunterricht an der Polizeischule in Kiel gegeben, wo ihm bescheinigt wurde, „dass er mit dem zu behandelnden Stoff vollkommen vertraut war und auch methodisch und didaktisch in fruchtbringender Weise zu arbeiten wusste. Seine Frische im Unterricht gewann ihm die Sympathie der Schüler, Schwierigkeiten in der Disziplin hat er nicht gehabt.“<sup>3</sup>

Das Vorbereitungsjahr absolvierte Wilhelm Scharenberg seit 1928 an der Hebel-Schule in Kiel. Auch für die Arbeit dort erhielt er sehr positive Rückmeldungen:

„Herr Scharenberg hat ausgezeichnete pädagogische Anlagen, Liebe zu seinem Beruf und ein enges Verhältnis zu seinen Schülern. Er ist ein bescheidener Mensch, wissenschaftlich wie pädagogisch tüchtig, ein ausgeglichener und in jeder Weise zuverlässiger Charakter. An den Sitzungen nahm er regelmäßig teil und zeigte lebhaftes Interesse und selbständiges Urteil. Alle Anregungen nimmt er dankbar hin.

Er ist ein besonders befähigter Mensch und verspricht ein besonders guter Lehrer zu werden.“<sup>4</sup>

Sein Anleiter in Mathematik und Physik an der Hebbel-Schule, der Studienrat Dr. Weidemann, schrieb im Januar 1929:

„Eine offenbare unterrichtliche Begabung wurde durch Fleiß, Energie und den besten Willen von dem Auszubildenden zu lernen unterstützt. Bei sorgfältiger Ausführung aller Kleinarbeit verlor Herr Scharenberg nicht die methodischen großen Ziele, Arbeitsunterricht, individuelle Behandlung und die Erziehung der ganzen Klasse aus dem Auge. Sein Verhältnis zur Klasse war sehr erfreulich, auch dadurch, dass er sich gern freiwillig an den Wanderungen beteiligte. Der Unterrichtserfolg war gut. Da er bei seinen Anlagen ein lebhaftes Verlangen hat, sich pädagogisch allseitig auszubilden, verspricht er ein tüchtiger Lehrer und Erzieher zu werden.“<sup>5</sup>

Wilhelm Scharenberg absolvierte den zweiten Teil seines Referendariats in Plön an der Schleswig-Holsteinischen Bildungsanstalt. Auch deren Bericht belegte, dass er ein befähigter Lehrer war, bei dem man weitere Karriereschritte in der Schule absehen konnte: „Dr. Scharenberg bringt für seinen Beruf als Lehrer und Erzieher wesentliche Voraussetzungen mit: eine gründliche wissenschaftliche Vorbildung, ein natürliches Lehrgeschick, einen feinen erzieherischen Takt, ein frisches und lebendiges Wesen, sowie ein bestimmtes und doch freundliches Auftreten. In seinem Unterricht wusste er die Schüler auch für spröde Stoffe zu erwärmen. Mit einem fröhlichen Unterrichtstone verstand er, sie in straffer Denkarbeit dem Ziel seiner Stunde entgegenzuführen. Die Schüler hatten das Bewusstsein, bei ihm etwas Tüchtiges zu lernen. Ernste methodische Mängel waren kaum noch vorhanden.

Seiner erzieherischen Aufgabe nahm Dr. Scharenberg sich mit besonderer Liebe an. Aus seiner mehrjährigen Tätigkeit im praktischen Leben bringt er die innere Sicherheit mit, die dem Lehrer von vornherein die Achtung seiner Schüler verschafft.

Besonders anzuerkennen ist, dass Dr. Scharenberg sich der Schüler auch in ihrer Freizeit annahm. Hier fand er häufig in Gesprächen mit einzelnen Gruppen besonders das Vertrauen der älteren Schüler und wusste mit feinem menschlichem Verstehen auf ihre besondere seelische Lage einzugehen. In den pädagogischen Sitzungen standen seine Berichte auf beachtliche Höhe. Auch hier war seine Mitarbeit stets von seiner Begeisterung für den Beruf und für die Jugend getragen.“<sup>6</sup>

Ein anderer Anleiter berichtete:

„Seine Disziplin im Gesamtaufsichtsdienst war tadelfrei. Herr Scharenberg hat dabei die Eigentümlichkeit, dass er Schwierigkeiten auf persönlichem Wege durch Beeinflussung des Einzelnen zu überwinden sucht; der Menge gegenüber ist er niemals laut und scharf in der Anwendung äußerer Zuchtmittel; er weiß sie mit Ruhe und gelegentlicher Verwendung von scharf beobachtendem Spott zu lenken.“<sup>7</sup>



Am 4.3.1930, nachdem er den Vorbereitungsdienst erfolgreich absolviert hatte, stellte er den Antrag, „in den Bereich des Provinzialschulkollegiums Hannover zu wechseln“, zu dem die Kerschensteiner-Oberrealschule in Harburg-Wilhelmsburg gehörte. Ihm war mitgeteilt worden, dass es in seinem Wohnort Kiel für ihn keine Stelle geben würde, andererseits hatte er das Angebot aus Harburg, „wo ich von meiner mehrjährigen Tätigkeit in der chemischen Industrie her bekannt war, mich um eine Studienratsstelle zu bewerben. Insbesondere wurde mir auch eine Wohnung, vielleicht sogar eine Dienstwohnung, fest in Aussicht gestellt. Da Harburg der Geburtsort meines Sohnes ist und Angehörige unserer engeren Familie dort wohnen, so liegen für mich nahe persönliche Bindungen vor. Während meines ersten Aufenthaltes in Harburg habe ich mich in kulturellen Bestrebungen (Chor- und Konzertwesen) leitend beteiligt.“<sup>8</sup>

Wilhelm Scharenberg war seit 1925 verheiratet und hatte mit seiner Frau mehrere Kinder.<sup>9</sup>

Das Angebot für Scharenberg aus Harburg-Wilhelmsburg führte am Provinzialkollegium Schleswig zu Verdruss, da man dort einer solchen Offerte nichts entgegensetzen konnte. Handschriftlich wurde am Rande vermerkt: „Gegen diesen Wettbewerb sind die staatlichen Anstalten machtlos. Die kleinen Orte in der Provinz werden von allen tüchtigen Kräften verlassen werden.“<sup>10</sup>

Aber auch im Bereich des Provinzialschulkollegiums Hannover waren die zur Verfügung stehenden Stellen im Zuge der ökonomischen Depression nach der Weltwirtschaftskrise rar. Wilhelm Scharenberg kam zwar an die Schule nach Harburg, blieb aber über einige Jahre noch Studienassessor. Daran änderte erst einmal nichts, dass er auch von dem Oberstudiendirektor der Oberrealschule in Harburg (Am Postweg) einen sehr guten Bericht erhielt:

„Scharenberg ist ein ebenso vorzüglicher Lehrer wie Erzieher. Seine Arbeit verrichtet er in dem Bewusstsein, den Jungen für ihr Leben zu dienen. Seine Teilnahme an der Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung in der Schule und der Durchführung allgemeiner Maßnahmen zum Besten des Ganzen ist jederzeit aktiv und seine Bereitwilligkeit mitzuhelfen lobenswert.“<sup>11</sup>

Scharenberg war zwar nach Harburg mit der Aussicht auf eine Studienratsstelle geholt und auch gewählt worden, ohne dass diese Beförderung vorerst allerdings Realität werden konnte. Inzwischen hatte die Machtübertragung an die Nationalsozialisten stattgefunden. Es änderte aber nichts an der Lage der begrenzten Stellenangebote.

Wilhelm Scharenberg war 1933 in den NSLB eingetreten, dem fast alle Lehrer angehörten. Er war schon seit 1930 im VDA organisiert, trat 1934 der NSV bei und 1937 dem Reichskolonialbund.<sup>12</sup>

Er war aber 1933 nicht Mitglied der NSDAP geworden, woraus zu schließen ist, dass er kein wirklich überzeugter Nationalsozialist war. 1937 trat Wilhelm Scharenberg in die NSDAP ein, mit einer Absicht, die noch zu beschreiben sein wird. Erst einmal hatte der Oberbürgermeister der Stadt Harburg-Wilhelmsburg am 9.4.1935 den Antrag gestellt beim Oberpräsidenten, Abteilung höhere Schulen, in Hannover, „nach der Aufhebung der Anstellungssperre für die Lehrkräfte an den höheren Schulen, den Studienassessor Dr. Scharenberg eine freie Studienrat-Stelle an der hiesigen Oberrealschule zu übertragen“. Zur Begründung wurde angeführt:

„Dr. Scharenberg ist Frontkämpfer und war bereits stadtseitig ab 1.4.1930 zum Studienrat gewählt, doch unterblieb seinerzeit der Anstellungssperre wegen die Bestätigung durch das Provinzialschulkollegium.“<sup>13</sup>

Vorher hatte Wilhelm Scharenberg von der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt in Berlin-Spandau das Angebot bekommen, als Studienrat dort beschäftigt zu werden. Es war allerdings an die Bedingung geknüpft, einen Tausch mit einem dortigen Studienassessor vorzunehmen, weswegen auch diese Berufung nicht realisiert werden konnte. Es führte aber dazu, dass Oberstudiendirektor Fritz Meinecke schriftlich tätig wurde, und um den Verbleib und die Beförderung von Wilhelm Scharenberg kämpfte. So hatte er am 30.1.1935 an den Deutschen Gemeindegtag geschrieben und auf die Auswirkungen der Anstellungssperre an den höheren Schulen aufmerksam gemacht: „Mir liegt ein Fall vor, wo die starke Gefahr besteht, dass ein beamteter Studienassessor, der bislang an einer unserer städtischen höheren Lehranstalten tätig war, uns von den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten weggezogen wird. Von Seiten der Erziehungsanstalten wird dem Assessor zugesagt, dass er bereits Ostern Studienrat an einer der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten werden kann für den Fall seines Übertritts. Der Assessor ist von der Stadt ebenfalls zur Beförderung zum Studienrat vorgesehen, kann aber aufgrund der Sperre von uns z. Zt. nicht befördert werden. Aufgrund des Vorsprungs, den die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in der Beförderung haben, steht sonach zu befürchten, dass sich der begabte Assessor bewegen lässt, an eine dieser Anstalten zu gehen und dadurch aus der Stadt ausscheidet.“<sup>14</sup>

Bemerkenswert ist also, dass es auch in der NS-Zeit immer noch Anstellungssperren gab, ein Konkurrenzkampf um befähigte Pädagogen herrschte und Wilhelm Scharenberg bereit gewesen war, auch an eine NaPola (Nationalpolitische Anstalt) zu gehen, um endlich eine feste Anstellung als Studienrat zu bekommen.

Scharenberg blieb in Harburg, wurde als Studienrat bestätigt und erhielt noch ganz andere Perspektiven. In der Biografie Adolf Vogel in diesem Band wird beschrieben, welchen langen Weg dieser gehen musste, obwohl er schon am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war, um auf eine Oberstudienratsstelle zu gelangen.

Als es dann endlich soweit war, 1938, berief man Adolf Vogel zum Leiter der Oberschule für Mädchen in Harburg und somit schien der Weg für Wilhelm Scharenberg frei, wie Oberstudiendirektor Meinecke an die Hamburger Schulverwaltung schrieb:

„Die Oberstudienratsstelle an der ehemaligen Oberrealschule, ist seit August 1934 nicht besetzt. Vorgesehen war dafür Herr Studienrat Vogel, der jetzt als Leiter der O. f. M. in Harburg berufen ist. Praktisch sind die Aufgaben dieser Stelle seit dem Tode des letzten Inhabers von Herrn Studienrat Dr. Scharenberg, soweit es die ehemalige Oberrealschule betraf, übernommen und mit größtem Fleiß auch erfüllt worden. Ich bitte, die Stelle so bald wie möglich zu besetzen. Ich schlage dafür Herrn Dr. Scharenberg vor, der sich von allen meinen Kollegen fachlich und erzieherisch am besten dafür eignet, und der auch schon durch seine bisherige Arbeit bewiesen hat, dass er für die besonderen Aufgaben des stellvertretenden Schulleiters die besten Voraussetzungen mitbringt.“<sup>15</sup>

Wilhelm Scharenberg war, wie erwähnt, 1937 in die NSDAP eingetreten, sodass auch politisch einer Beförderung nichts im Wege stand. Er hatte 1938 auch noch eine nebenamtliche Tätigkeit an der Heeresfachschule angenommen.<sup>16</sup>

In diesen Vorkriegszeiten ging dann alles relativ schnell. Der Oberstudienleiter der Harburger Oberrealschule, Fritz Meinecke, war als Oberschulrat nach Hannover gewechselt, somit schien der Weg für den allseits geschätzten Wilhelm Scharenberg frei. Am 9.11.1939 unterschrieb Reichsstatthalter Karl Kaufmann die Ernennungsurkunde für Scharenberg zum Oberstudiendirektor. Sie konnte ihm nicht ausgehändigt werden, weil er seit September 1939 zum Kriegsdienst eingezogen worden war, sodass seine Ehefrau Gertrud Scharenberg sie entgegennehmen musste.<sup>17</sup>

Welch eine Groteske nach diesem langen Anlauf. Am 25.4.1940 schrieb OSR Wilhelm Oberdörffer an den „Gefreiten Scharenberg unter Feldpost-Nummer 30878“:

„Auf Ihre freundlichen Zeilen vom 11. des Monats möchte ich Ihnen heute antworten. Ihren Vorschlag, einen FM-Antrag zu stellen, kann die Schulverwaltung leider nicht weiterverfolgen, weil solche Anträge nur gestellt werden dürfen für ganz besondere wehrwirtschaftliche Betriebe. Die Schulverwaltung kann nur UK-Anträge im Rahmen der Richtlinien stellen, die Anfang März den Schulen bekannt gegeben sind und die auch Ihren Fall ausdrücklich vorsehen. Ich hoffe daher, dass Ihre Entlassung aus dem Heeresdienst recht bald erfolgen wird, wie es auch schon im Fall Ihres Kollegen Köster in Blankenese gelungen ist. Köster tut bereits wieder Dienst als Oberstudiendirektor. Ebenso sind gerade in den letzten Tagen mehrere ältere Kollegen aus dem Heeresdienst entlassen und dem Schuldienst wie-

der zur Verfügung gestellt worden. Die Schwierigkeit in Ihrem Fall wird darin liegen, eine passende Ersatzkraft zu bekommen. Immerhin sollte das bei gutem Willen aller Stellen möglich sein. Ich bitte Sie jedenfalls, auf Befragen zu antworten, dass durch die immer zahlreicher werdenden Einberufungen in Hamburg Ihre Entlassung im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes an der von Ihnen zu leitenden Schule als vordringlich genannt werden muss. Hoffentlich sehen wir uns bald zu gemeinsamer Arbeit wieder.“<sup>18</sup>

Laut Personalakte wurde Wilhelm Scharenberg am 3.5.1940 uk-gestellt.<sup>19</sup>

Erneut tauchte Wilhelm Scharenberg in den Akten der Schulverwaltung 1944 auf, als er nach dem Flieger-Angriff am 11.11.1944 den Brand im Gebäude der Oberschule für Jungen, Postweg, gelöscht und dadurch das Gebäude gerettet hatte. „Oberstudiendirektor Dr. Scharenberg begab sich nach dem Angriff zu seiner Schule, die verlassen war, und entdeckte dort, dass ein Klassenraum infolge von Brandbombenwurf in Flammen stand. Er hat zusammen mit seiner Ehefrau, erst allein, später unter Hinzuziehung von Passanten den Brand gelöscht. Ich habe ihm und seiner Ehefrau den Dank der Schulverwaltung ausgesprochen“, schrieb Justitiar Hasso von Wedel am 14.11.1944.<sup>20</sup>

Am 25.3.1945 wurde Scharenberg noch als Unteroffizier zum Landesschützenbataillon in Wandsbek eingezogen. Am 3.5.1945 kam er zurück nach Harburg, wo er wieder die Leitung der Schule übernahm. Scharenberg notierte: „Von dem Kollegium der Oberschule für Jungen sind zur Zeit 6 Mitglieder in Harburg. Zwei arbeiten in der Feststellungsbehörde und einer ist als Dolmetscher bei der Polizei tätig. Die übrigen 3 räumen im Schulhause auf und bereiten alles vor, damit der Unterricht unverzüglich zu dem befohlenen Zeitpunkt beginnen kann.“<sup>21</sup>

Wilhelm Scharenberg hatte am 12.7.1945 seinen Entnazifizierungsfragebogen abgegeben.<sup>22</sup> Erstaunlicherweise wurde er von Schulsenator Landahl am 7.9.1945 zum Schulleiter der Oberschule für Jungen in St. Georg berufen.<sup>23</sup>

Das Entnazifizierungsverfahren von Wilhelm Scharenberg verlief ungewöhnlich. Er gab keine Erklärungen ab, holte keine Leumundszeugnisse ein und zeigte somit, dass er sich selbst als völlig unbelastet ansah. Am 21.9.1946 antwortete Schulsenator Landahl auf ein Beschwerdeschreiben von einem Dr. Einecke, dem Landahl versicherte: „Ich bin fest entschlossen, Leiter oder Lehrkräfte, gegen die berechtigte Vorwürfe erhoben werden, aus ihren Stellungen zu entfernen.“<sup>24</sup>

Die offenbar gegen Scharenberg erhobenen Vorwürfe sind leider in der Personalakte nicht enthalten, allerdings ein Vermerk, in dem festgehalten wurde:

„Da gegen Scharenberg schon verschiedentlich anonyme Anzeigen eingegangen sind und auch von anderer Seite aus Hamburg Bedenken geäußert worden

sind, dürfte es sich empfehlen, den Fall dem Beratenden Ausschuss zur Untersuchung zu übergeben. Mir scheint fraglich, ob Sch. unter diesen Umständen als Oberstudiendirektor bestätigt werden kann.“<sup>25</sup>

Wilhelm Scharenberg geriet nun offenbar in Schwierigkeiten. Das Wohnungsamt hatte Zimmer seiner Wohnung belegt, sodass sich Oberschulrätin Emmy Beckmann für ihn verwenden musste und den Präsidenten des Wohnungsamtes darum bat, für Wilhelm Scharenberg, seine Ehefrau und seinen „schwer kriegsbeschädigten und lungenkranken Sohn zweieinhalb Zimmer zuzugestehen“.<sup>26</sup>

Der Fachausschuss 6 hatte am 25.3.1947 vorgeschlagen, Scharenberg vom Oberstudiendirektor zum Studienrat zurückzustufen, worauf ihn die Schulverwaltung im Namen der Britischen Militärregierung am 8.4.1947 von der Leitung der Oberschule St. Georg entband.<sup>27</sup> Scharenberg wurde daraufhin der Oberschule für Jungen in Wilhelmsburg als Studienrat zugewiesen.<sup>28</sup>

Wilhelm Scharenberg wählte den Weg, über den Rechtsanwalt und Notar Friedrich Stahlbock aus Harburg, der mit dem Obersenatsrat in der Schulbehörde, Otto von Zerssen, befreundet war, zu versuchen, eine Änderung der Situation herbeizuführen. Stahlbock schrieb von Zerssen am 9.4.1951:

„Ich persönlich kenne Herrn Dr. Scharenberg sehr gut. Ich kenne ihn auch während der nationalsozialistischen Zeit. Herr Dr. Scharenberg gehört zu den wenigen, die in jeder Beziehung ihre Unabhängigkeit gegenüber diesem Regime bewahrt haben. Es wird nicht einen einzigen Harburger geben, der bestätigen könnte, dass Herr Dr. Scharenberg nicht immer Abstand von der Partei gewahrt hat. Daneben gilt er in Elternkreisen als ein außerordentlich tüchtiger Pädagoge. Die Schüler sind von seinem Unterricht begeistert.“<sup>29</sup>

Stahlbock erklärte, dass Scharenberg „in erster Linie seine Ehre als Lehrer wiederhergestellt haben möchte“ und „sich dieser in seiner Entnazifizierungsangelegenheit völlig übergangen fühle“. Außerdem meinte Stahlbock, dass die Entscheidung der Britische Militärregierung doch „heute nirgends mehr als verbindlich anerkannt wird, da bekanntlich die Militärregierung lediglich nach einem Schema Beamte aus ihrem Amt entfernte und sie zurückstufte“.<sup>30</sup>

Obersenatsrat Otto von Zerssen machte deutlich, dass die Untätigkeit von Wilhelm Scharenberg in seinem Verfahren, mit der er seine subjektive Unschuld demonstrierte, von Nachteil war. Er schrieb:

„Dr. Scharenberg hat nämlich gegen die Entnazifizierungsbescheide keine Rechtsmittel eingelegt, so dass es jetzt zu spät ist, sich noch mit Erfolg dagegen zu wenden. Du irrst nämlich, wenn Du meinst, dass bei Herrn Dr. Scharenberg kein Entnazifizierungsbeschluss vorliege. Sowohl die Anordnung der Militärregierung war eine rechtswirksame Entnazifizierungsentscheidung, an welche die Behörde

auch jetzt noch gebunden ist, als auch der Bescheid des Fachausschusses, der damals die deutsche erste Entnazifizierungsinstanz darstellte. Zweifellos war es ein Nachteil und bedeutete oft eine Härte, dass in diesem Verfahren die zu Beurteilenden fast nie gehört wurden. Herr Dr. Scharenberg hat es aber versäumt, Berufung einzulegen. Er könnte nur im Wege einer Neubeförderung wieder Oberstudiendirektor werden.“<sup>31</sup>

Der Leitende Ausschuss befasste sich mit Wilhelm Scharenberg in seiner Sitzung am 11.8.1952 und stufte ihn in Kategorie V ein.<sup>32</sup>

In dem widersprüchlichen Berufsleben von Wilhelm Scharenberg gab es im November 1957 noch einmal einen positiven Höhepunkt, wie der Vermerk von Oberschulrat Prof. Möckelmann zeigt:

„Herr Oberstudiendirektor zur Wiederverwendung Dr. Wilhelm Scharenberg – Gymnasium Wilhelmsburg – wurde dem Findungsausschuss für die Bestellung eines Schulleiters an dem Gymnasium für Jungen in Harburg von dem Unterzeichnenden als Schulleiter vorgeschlagen.



Wilhelm Scharenberg,  
1957

Herr Dr. Scharenberg hat rechtliche Ansprüche auf höhere Gehaltsbezüge nach der 2. Novelle zum Artikel 131 des GG. Herr Dr. Scharenberg wurde von den beiden Herren des Kollegiums abgelehnt. Gründe für die Ablehnung sahen die Herren erstens in dem Alter des Herrn Dr. Scharenberg, zweitens hielten sie Herrn Dr. Scharenberg auch seiner Persönlichkeit nach nicht für geeignet, die Schule zu leiten.“<sup>33</sup>

Die Tatsache, dass OSR Prof. Möckelmann, der selbst eine deutliche nationalsozialistische Vergangenheit hatte, wie ich in seiner Biografie in diesem Band beschrieben habe, Scharenberg zum Schulleiter vorschlug, ist schon bemerkenswert.<sup>34</sup>

Immerhin wurde Wilhelm Scharenberg am 24.6.1958 wieder zum Oberstudienrat befördert mit der wesentlichen Begründung, er würde Referendare ausbilden.<sup>35</sup>

Im März 1960 erlitt Wilhelm Scharenberg einen Herzinfarkt. Am 8.3.1961 wurde er dann pensioniert.<sup>35</sup>

Zu seinem 70. Geburtstag schrieb ihm Landesschulrat Wolfgang Neckel:

„Wie ich höre, halten Sie nach wie vor engen Kontakt zu Ihrer letzten Schule, dem Gymnasium in Wilhelmsburg, und sind häufig bei Veranstaltungen der Schule oder des Kollegiums anzutreffen. Sie werden sich freuen, bei solchen Gelegenheiten oder heute an ihrem Ehrentag bemerken zu können, dass man Ihr Wirken als Lehrer und Erzieher an dieser Schule in bester Erinnerung hat.“<sup>36</sup>

Wilhelm Scharenberg starb am 9.11.1971.<sup>37</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Scharenberg, StAHH, 361-3\_A 1600
- 2 Ebd.
- 3 Zeugnis der Polizeischule Kiel vom 27.3.1928, Personalakte a. a. O.
- 4 Bericht von Oberstudiendirektor Franz von der Hebbel-Schule in Kiel, Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Bericht vom 4.10.1929, Personalakte a. a. O.
- 7 Bericht vom 28.9.1929, Personalakte a. a. O.
- 8 Antrag vom 4.3.1930, Personalakte a. a. O.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Bericht von Oberstudiendirektor Meinecke, Personalakte a. a. O.
- 12 Entnazifizierungsakte Scharenberg, StAHH, 221-11\_Ed 1036
- 13 Schreiben vom 9.4.1935, Personalakte a. a. O.
- 14 Schreiben vom 30.1.1935, Personalakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 27.4.1938, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben der Heeresfachschule vom 8.3.1938, Personalakte a. a. O.
- 17 Ernennungsurkunde vom 9.11.1939, Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben von OSR Oberdörffer vom 25.4.1940, Personalakte a. a. O.
- 19 Personalakte a. a. O.
- 20 Vermerk vom 14.11.1944, Personalakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 10.5.1945, Personalakte a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Personalakte a. a. O.
- 24 Schreiben vom 21.9.1946, Personalakte a. a. O.
- 25 Vermerk vom 11.10.1946, Personalakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 18.9.1947, Personalakte a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Schreiben vom 9.4.1951, Personalakte a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Schreiben vom 13.4.1951, Personalakte a. a. O.
- 32 Beschluss vom 11.8.1952, Personalakte a. a. O.
- 33 Vermerk vom 18.11.1957, Personalakte a. a. O.
- 34 Siehe die Biografie Möckelmann in diesem Band.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Schreiben vom 7.2.1969, Personalakte a. a. O.
- 37 Personalakte a. a. O.

## Konrad Groth

**„Von Herrn Groth habe ich den Eindruck, dass es ihm mit seinem zur Schau getragenen Nationalsozialismus nicht sehr ernst war.“**

Ein Beispiel für die Anpassung und die Bereitschaft, durch Mitgliedschaft und Aktivitäten in nationalsozialistischen Organisationen auch einen beruflichen Karriereschritt zu machen, liefert Konrad Groth.

Von ihm liegt keine Personalakte vor, dafür aber die Auslassungen im Entnazifizierungsverfahren. Konrad Groth war offenbar kein Nationalsozialist der persönlich üblen Sorte, kein Aktivist der allerersten Reihe. Aber dennoch gelang es ihm, als Schulungsbeauftragter des NSLB im Kreis Altona Aufmerksamkeit zu erringen und im System von Oberschulrat Hermann Saß während des Krieges als Schulleiter beauftragt zu werden. Die Karriere eines Dabeigewesenen.

Konrad Groth wurde am 11.6.1893 in Lübeck geboren. Da es von ihm keine Personalakte gibt, kann über seinen eigenen Bildungsgang nichts gesagt werden. Vermutlich wird er nach einem Studium mit dem Abschluss für das höhere Lehramt in Schleswig-Holstein gearbeitet haben und dann nach Altona gekommen sein. Im Hamburgischen Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1938/1939 wird als Eintrittsdatum in den Schuldienst, bzw. feste Anstellung der 1.4.1918 genannt.<sup>1</sup>

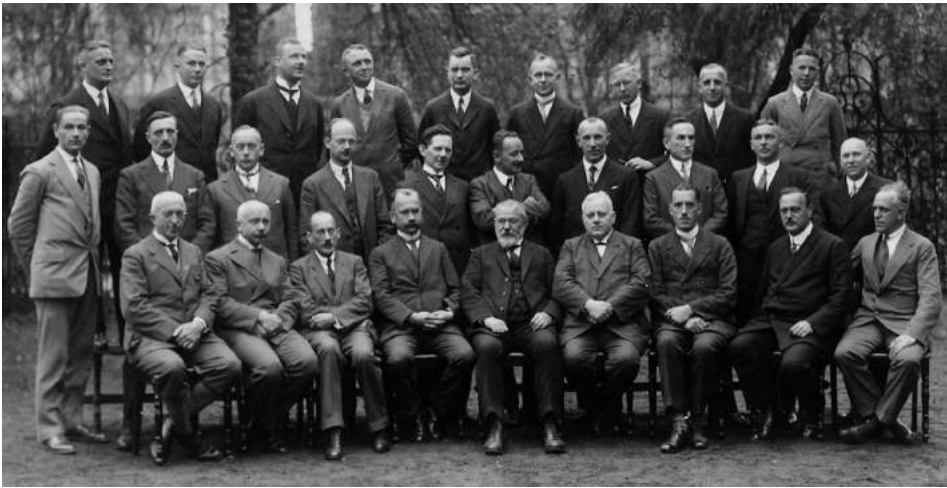
In seinem Entnazifizierungsfragebogen, den Konrad Groth am 3.8.1945 abgab, vermerkte er, von 1914 bis 1918 im Kriegsdienst gewesen zu sein und sich dabei eine Verwundung zugezogen zu haben, die dazu führte, im Zweiten Weltkrieg nicht wieder mobilisiert worden zu sein.<sup>2</sup>

Er gab an, seit dem 1.5.1933 Mitglied im NSLB, dort als AG-Leiter und als Schulungsbeauftragter sowie Verbindungsmann Schule-NSLB tätig gewesen zu sein, als sogenannter Schulwalter. 1934 war er Zellenleiter im NSV. NSDAP-Mitglied wurde er am 1.5.1937 (Mitgliedsnummer 4228865).<sup>3</sup>

Konrad Groth, der an der Schlee-Schule in Altona gearbeitet hatte und nach langjähriger Tätigkeit an der Oberschule für Jungen in Blankenese, am 1.5.1943 zum kommissarischen Schulleiter der Oberschule für Mädchen in Altona ernannt worden war, wurde am 12.9.1945 auf Anordnung der Britischen Militärregierung von Schulsenator Heinrich Landahl entlassen.<sup>4</sup>

Da er im Fragebogen bei Mitgliedschaft in der SS „Nein“ geschrieben hatte, fühlte er sich am 30.10.1945 in einem kurzen handschriftlichen Schreiben genötigt, dies zu präzisieren:





Realgymnasium Schleeschule 1928. Konrad Groth steht ganz links in der 2. Reihe.

„Aufgrund der Verordnung über Meldepflicht ehemaliger Nationalsozialisten habe ich am 30. Oktober 1945 bei der Polizei-Meldestelle Hamburg Dammtorwall 39 gemeldet, dass ich von 1934–1936 förderndes Mitglied der SS gewesen bin.“<sup>5</sup>

Konrad Groth fühlte sich auch genötigt, eine Anlage zu seinem Fragebogen abzugeben und insbesondere zu erklären, worin seine Arbeit als Schulungsbeauftragter des NSLB bestanden hatte. Er schrieb:

„Im Rahmen von Veranstaltungen der Schulverwaltung und des NS-Lehrerbundes wurden folgende Vorträge meist geschichtlichen Inhalts mit der Absicht, Anregungen für den Geschichtsunterricht zu geben, gehalten:

1. Änderungen in der Struktur des Reiches seit 1933 (vor einer Zuhörerschaft von Mitgliedern des NSLB von Bahrenfeld, Flottbek und Steenkamp 1934).
2. Moderne deutsche Dichtung 1934 vor derselben Zuhörerschaft.
3. Der Kampf um die Einheit des Reiches während des 19. Jahrhunderts, April 1939 während eines Wochenendkurses von Mitgliedern des NSLB Altona, 1942 vor verschiedenen Mitgliedern des NSLB.
4. Deutschlands Kampf um seine Existenz im Osten, Mai 1943 vor Hamburger Lehrern in einer Veranstaltung der Schulverwaltung.“<sup>6</sup>

Angesichts der Themen und der jeweiligen Zeitpunkte kann vermutet werden, dass Konrad Groth als Propagandist der Nationalsozialisten aufgetreten ist. Wenn man weiß, dass der ehemalige Altonaer Schulsenator und spätere Oberschulrat, Hermann Saß<sup>7</sup>, in Altona Kreisschulungsverantwortlicher gewesen war, fand sich hier auch ein Profilierungsfeld für Konrad Groth. Den Zusammenhang machte Konrad Groth am Ende dieser Anlage deutlich:

„Auf Anordnung der Ortsgruppe Bahrenfeld und auf Wunsch des damaligen Oberschulrats Saß ist dieser Vortrag auch gehalten worden vor Mitgliedern der Ortsgruppe Bahrenfeld und Blankenese. Im Januar 1944 wurde die Oberschule für Mädchen Altona, deren kommissarischer Leiter ich war, in den Gau Bayreuth verlegt. Seit dieser Zeit habe ich keine Vorträge gehalten. Außerdem habe ich keinerlei Veröffentlichungen herausgegeben.“<sup>8</sup>

Es hatte aber noch dazu gereicht, dass Oberschulrat Hermann Saß Konrad Groth zum kommissarischen Schulleiter ernennen konnte. So einfach waren manchmal die Zusammenhänge.

Nach seiner Entlassung wandte sich Konrad Groth am 11.10.1945 über die Schulverwaltung an die Britische Militärregierung. Er war natürlich schwer getroffen, weil ihm mitgeteilt worden war, dass seine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst auch mit dem „Verlust aller Ansprüche auf Gehalt und Pension“ verbunden war. Darum musste er Entlastungsgründe anführen. Er erklärte, in die NSDAP am 1.5.1937 eingetreten zu sein, „weil der damalige Reichsstatthalter von Hamburg es als Pflicht der Beamten ansah, Mitglieder der Partei zu werden“.<sup>9</sup>

Es ist schwer vorstellbar, dass zum Thema „Deutschlands Kampf um seine Existenz im Osten“ 1943 von ihm keine Propaganda- und Durchhalteparolen verbreitet wurden. Groth behauptete hingegen:

„Mit Bezug auf die von mir vor Kollegen gehaltenen Vorträge über historische Themen erlaube ich mir zu bemerken, dass es sich nicht um Propaganda handelt. Diese Vorträge sollten auf wissenschaftlicher Grundlage Stoff zur Diskussion liefern, um den Geschichtsunterricht an unseren Schulen zu fördern. Schon vor 1933 habe ich Vorträge solcher Art im Philologenverein gehalten, die ich später im NS-Lehrerbund wieder aufnahm.“<sup>10</sup>

Konrad Groth äußerte sich auch dazu, wie er seine Leitungstätigkeit verstanden und ausgeübt hatte:

„Im Jahre 1942 wurde ich zum kommissarischen Schulleiter an der Oberschule für Mädchen, Altona, ernannt. Ich führte mein Amt in humaner Weise, was mich im Gegensatz zur Partei und der Hitlerjugend brachte. Ich erwähne nur, dass ich die jetzige Schulleiterin der Oberschule für Mädchen, Altona, Fräulein Rätthling, gegen die Angriffe des damaligen Ortsgruppenleiters von Blankenese, Dierks, schützte. Ich setzte die feste Anstellung von Fräulein Athen durch, deren Beförderung die Partei nicht bewilligen wollte, weil Fräulein Athen eine fromme Christin war.“<sup>11</sup>

Die Abwehrmuster in den Schreiben zur Verteidigung der eigenen Tätigkeiten ähnelten sich. Nie Propaganda betrieben zu haben, ausschließlich sachliche Informationen. In der Leitungsfunktion Leute geschützt und stets im Konflikt mit anderen Nationalsozialisten gestanden zu haben, mit der NSDAP und als Schulleiter mit

der Hitlerjugend. Und so äußerte sich Konrad Groth auch zu diesem Punkt:

„Mein Gegensatz zur NSDAP und zur Hitlerjugend verschärfte sich, als unsere Schule nach Hohenberg/Oberfranken verlagert wurde, weil ich bewusst dem Einfluss der Hitlerjugend entgegentrat zugunsten von Schule und Familie. Diese Haltung trug mir eine Anklage von Seiten des Sicherheitsdienstes und schließlich die Drohung der Amtsentsetzung ein.“<sup>12</sup>

Dies konnte ihm der KLV-Beauftragte Jürgen Fruchtenicht am 11.10.1945 bestätigen, der selbst Schulleiter war und sich auch als NS-Belasteter gegen seine Entlassung wehren musste. Er bescheinigte, „dass mir Ende Februar 1945 eine Anklage des Sicherheitsdienstes (SD) gegen Herrn Konrad Groth zugestellt wurde, weil durch die Schul- und Lagerführung des Herrn Groth in dem Lager der Oberschule für Mädchen, Altona, in Hohenberg-Bayern der Einfluss der HJ-Führerinnen ausgeschaltet würde“.<sup>13</sup>

Konrad Groth war auch davon überzeugt, dass das Kollegium der Oberschule für Mädchen bereitwillig seine Angaben über seine Amtsführung bezeugen würde. Mit einiger Verzögerung gab seine Nachfolgerin an der Oberschule für Mädchen in Altona in der Schulleitung, die von ihm erwähnte Johanna Rähling, ein eher zurückhaltendes Urteil ab:

„Von Herrn Groth habe ich den Eindruck, dass es ihm mit seinem zur Schau getragenen Nationalsozialismus nicht sehr ernst war. Er ist niemals uns gegenüber als strenger Nationalsozialist aufgetreten. Verschiedene Male hat er sich sehr warm für mich eingesetzt, als ich angezeigt war. Ich habe stets im besten Einvernehmen mit ihm gestanden.“<sup>14</sup>

Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen Hamburg beschäftigte sich mit dem Einspruch von Konrad Groth und stellte fest:

„Groth war überzeugter Nationalsozialist und hat die nationalsozialistische Doktrin auch in seinem Unterricht gelehrt. Aufgrund seiner nationalsozialistischen Gesinnung und nicht aus fachlichen Gründen wurde er von der nationalsozialistischen Schulverwaltung zum kommissarischen Schulleiter ernannt und zum Oberstudienrat befördert. Auch an nationalsozialistischen Schulungskursen der Lehrer hatte er aktiven Anteil. Der Beratende Ausschuss kann eine Wiederbeschäftigung zur Zeit nicht befürworten.“<sup>15</sup>

Konrad Groth hatte in den 1920er Jahren an der Schlee-Schule in Altona gearbeitet und dort auch den damaligen Studienrat Hermann Saß kennengelernt. Nach seiner Versetzung an die Oberschule für Jungen in Blankenese saß er unter anderem mit den fanatischen Intriganten und Nationalsozialisten Kurt Eitzen und Horst Kanitz in einem Kollegium, deren Biografien ich im ersten Band der Täterprofile veröffentlicht habe.<sup>16</sup>

Konrad Groth erhielt ein Leumundszeugnis von Prof. Peter Zylmann, der nach seiner Absetzung als Schulleiter der Matthias-Claudius-Schule nach Blankenese versetzt worden war und Groth in positiver Erinnerung hatte:

„1933 wurde ich nach Weigerung, der NSDAP beizutreten, in das Amt eines Studienrats zurückversetzt und zur weiteren Dienstleistung an das damalige Real-Gymnasium Blankenese versetzt. Bis auf einige Ausnahmen, die mir in unangenehmster Erinnerung geblieben sind, fand ich dort ein Kollegium vor, das mich durchaus kollegial und freundlich aufnahm und mit dem ich im besten Einvernehmen habe arbeiten können. Im positiven Gedächtnis habe ich in diesem Zusammenhang Herrn Groth behalten. In der Unterhaltung des Kollegiums war im allgemeinen von politischen Dingen überhaupt keine Rede. Mit Herrn Groth kam ich insofern etwas näher zusammen, als wir sehr oft eine gemeinsame Eisenbahnfahrt zwischen Schule und Haus zurücklegten. Aus dem Verhalten von Groth habe ich damals überhaupt nicht entnehmen können, dass er Parteimitglied war oder irgendwelche Funktionen in der Partei ausübte. Ich erwähne das ausdrücklich um damit anzudeuten, dass Herr Groth neben manchen anderen Kollegen dieser Schule, wie ich nachträglich anerkennend hervorheben muss, trotz meiner durch die Zurückversetzung geschwächten dienstlichen und politischen Stellung stets in politischer Hinsicht sich mit großem Takt gegen mich verhalten hat und niemals etwas durch Wort oder Handlung getan hat, was mich jemals hätte verletzen können. Ganz ohne Frage gehörte Herr Groth zu denjenigen Pädagogen, die sich durch gewissenhafte Pflichterfüllung und durch ein umfangreiches Wissen auszeichneten.“<sup>17</sup>

Dieses wenig konkrete Schreiben bekam im weiteren Verfahren noch ein gewisses Gewicht. Bedauerlicherweise hat Prof. Zylmann einige solcher „Persilscheine“ auch für Personen geschrieben, die ich für deutlich belastet halte, wie etwa den Heimatforscher Walter Frahm.<sup>18</sup>

Dem Einspruch von Konrad Groth gegen seine Entlassung wurde vom Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Wilhelm Kiesselbach, der äußerst milde Entscheidungen traf, stattgegeben, mit der Maßgabe, Groth in Kategorie V einzustufen. Der Ausschuss berief sich dabei auf die Aussagen von Prof. Zylmann, der als Zeuge geladen war, und auch auf das Schreiben von Frau Rähling, das für den Ausschuss belege, Konrad Groth sei kein Aktivist gewesen.<sup>19</sup>

Mit einer scharfen Stellungnahme an den Fachausschuss 6b reagierte daraufhin OSR Heinrich Schröder, der über detaillierte Kenntnisse gerade über die Situation der Lehrerschaft während des Nationalsozialismus im Kreis Altona verfügte, da er in dieser Zeit und schon davor als Studienrat am Christianeum gearbeitet hatte. Schröder wies auf Groths Aktivitäten als Schulungsleiter im NSLB hin:

„Groth hat unter anderem teilgenommen an der in der Gauführerschule Ritterstraße durchgeführten Schulungsaktion unter Leitung der Herren Henze<sup>20</sup> und Russack und hat in diesem Kreis eine Gruppe geführt. Er ist auch dort als Schulungsredner herausgestellt worden. Wenn Groth 1944 zum Oberstudienrat ernannt wurde und ihm die Leitung der O. f. M. in Altona übertragen wurde, so geschah das nur, weil Groths nationalsozialistische Zuverlässigkeit der Behörde bekannt war. Auch bei den Kollegen galt Groth als Nationalsozialist infolge dieser aktivistischen Tätigkeit als Schulungsbeauftragter. Diese aktivistische Tätigkeit geht auch hervor aus den von Groth gehaltenen Vorträgen in den Kreisgruppen des NSLB und in den Ortsgruppen der Partei in Bahrenfeld, Blankenese und in besonderen Wochenend-schulungen. Die Themen der Vorträge: ‚Deutschlands Schicksalskampf im Osten‘, ‚Das Ringen um die Einheit des Deutschen Reiches‘, ‚Die Änderungen im staatlichen Aufbau des Reiches seit 1933‘, geben keinen Zweifel über den Inhalt und die Tendenz der Vorträge. Auch sein Unterricht wurde von den Schülern der Oberklassen als durchaus nationalsozialistisch empfunden. Ich halte es infolgedessen für nicht tragbar, dass Groth, der seit Mai 1933 Schulungsleiter im NSLB und seit dem 1.6.1937 Zellwalter in der NSV war, in die Kategorie V eingestuft wird und seine Beförderungsstelle beibehält. Meines Erachtens muss in diesem Falle ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt werden. Ich bitte um Mitteilung, ob der Fachausschuss als solcher diesen Antrag beim Leitenden Ausschuss stellen wird, andernfalls muss die Schulbehörde einen solchen Antrag stellen.“<sup>21</sup>

Der Fachausschuss 6b schloss sich der Stellungnahme von Heinrich Schröder an und wies darauf hin, dass er sich gegen die Wiedereinsetzung von Konrad Groth als Oberstudienrat ausgesprochen hatte und auch die Einstufung in die Kategorie V nicht als gerechtfertigt ansehe. Es wurde Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt.<sup>22</sup>

Nunmehr ließ sich Konrad Groth vom Altonaer Rechtsanwalt Werner Grotefend vertreten, der die Vorträge von Konrad Groth als von dessen Vorgesetzten eingeforderte sachliche und nicht propagandistische Tätigkeit bezeichnete. Im Übrigen stützte sich der Rechtsanwalt auch auf die Aussage von Prof. Zylmann.<sup>23</sup>

Konrad Groth war 1949 an einer privaten Schule der Erwachsenenbildung stundenweise tätig und wurde von dem dortigen Schulleiter Ernst Hessenauer sehr positiv beschrieben:

„Herr Oberstudienrat Groth zeichnete sich während seiner gesamten bisherigen Tätigkeit durch sehr solides und umfassendes Wissen aus, das ihn in die Lage versetzte, Unterrichtsthemen zu gestalten, die die Hörer sehr interessierten. Er gewann menschlich viel Sympathien durch immerwährende Höflichkeit und Hilfsbereitschaft.“<sup>24</sup>

Am 6.5.1949 schrieb Heinrich Schröder an den Vorsitzenden des Berufungsausschusses 17, der endgültig über Konrad Groth entscheiden sollte:

„Die Übertragung der Leitung der Oberschule für Mädchen in Altona an Studienrat Groth im August 1942 und die darauf folgende Beförderung zum Oberstudienrat rief in den Kreisen der Lehrer der höheren Schulen in Altona lebhaftes Erstaunen hervor, da nach übereinstimmender Meinung der Kollegen, die Groth kannten, und auch der damaligen Leiter, zum Beispiel des Oberstudienrats Koch, der in den Kriegsjahren die Blankeneser Oberschule leitete, an der Groth tätig war, besondere pädagogische Fähigkeiten Groths nicht bekannt waren, mit denen eine solche Beförderung hätte begründet werden können. Es war nur die nationalsozialistische Haltung Groths, bewiesen durch Teilnahme an Schulungsleiterkursen in der Ritterstraße, zu denen niemand gezwungen war, und durch nationalsozialistische Vorträge in Ortsgruppen der NSDAP, den Kreisgruppen des NSLB, die den pädagogisch bekanntlich völlig unfähigen und nur nach nationalsozialistischer Gesinnung fragenden Oberschulrat Saß veranlasst hat, Groth für eine solche Beförderungsstelle vorzuschlagen.

Die Schulbehörde ist überzeugt, dass Groth heute gelernt hat und in der Lage und bereit ist, im demokratischen Sinne zu unterrichten. Sie ist aber der Meinung, dass, wie in anderen Fällen, wo Beamte aufgrund ihrer nationalsozialistischen Einstellung befördert worden sind, so auch in diesem Falle, die Beibehaltung der Beförderungsstelle nicht verantwortet werden kann.“<sup>25</sup>

Es ging Heinrich Schröder jetzt nicht mehr darum, die Wiedereinstellung von Konrad Groth zu verhindern, sondern darum, ihm die Beförderung zum Oberstudienrat zu streichen.

Am 20.8.1949 entschied der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz von Rechtsanwalt Soll, der zahllose Berufungsverfahren leitete und in vielen Fällen aus meiner Sicht sich nicht immer genügend mit den Details beschäftigt hatte und milde Urteile fällte. Der Ausschuss entschied, dass die „formale Belastung von Groth nur gering sei und dass eine Aberkennung des Oberstudienrates nicht angebracht erscheine“.<sup>26</sup>

Hiermit enden die Dokumente der Entnazifizierung von Konrad Groth. Die Entscheidung des Berufungsausschusses war somit endgültig und es ist davon auszugehen, dass Groth als Oberstudienrat wieder an einem Hamburger Gymnasium tätig wurde.

Es gehört wohl zu den Ironien der Geschichte, dass Konrad Groth wieder als Oberstudienrat arbeitete, ausgerechnet an der ehemaligen Schule von Heinrich Schröder, dem Christianeum.<sup>27</sup>

Konrad Groth starb am 18.2.1955.<sup>28</sup>

## Anmerkungen

- 1 Hamburgisches Lehrerverzeichnis für das gesamte Stadt- und Landgebiet Schuljahr 1938/1939, herausgegeben vom NS-Lehrerbund, Gauverwaltung Hamburg.
- 2 Entnazifizierungsfragebogen Groth, StAHH, 221-11\_Ed 1189
- 3 Ebd.
- 4 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 5 Schreiben vom 30.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 6 Anlage zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Siehe die Biografie Hermann Saß, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz Bd. 1, Hamburg 2016, S. 178 ff.
- 8 Anlage zum Fragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Schreiben vom 11.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Bestätigung vom 11.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Schreiben vom 23.9.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Beratender Ausschuss vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 de Lorent 2016, S. 298 ff. und S. 292 ff.
- 17 Schreiben vom 26.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Siehe dazu die Biografie Frahm, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 564 ff.
- 19 Berufungsausschuss vom 6.10.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Siehe die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 162 ff.
- 21 Schreiben vom 21.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Erklärung vom 16.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Schreiben vom 23.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Schreiben vom 26.4.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben von Oberschulrat Schröder vom 6.5.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Entscheidung des Berufungsausschuss 17 vom 20.8.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Laut Hamburgische Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1953/54, herausgegeben vom Verlag der Gesellschaft der Freunde.
- 28 Laut Information der Altregistratur der BSB Hamburg vom 11.12.2017.

## **Erich Grabke**

**Es sind nicht die pädagogischen Leistungen,  
sondern die militärischen Verdienste,  
die sich in seiner Personalakte sammeln.**

In Altona gab es das Netzwerk, das sich der 1933 zum Schulsenator ernannte Hermann Saß zielgerichtet aufbaute und aus dem Schulleiterstellen im Bezirk Altona besetzt wurden. Dazu gehörte Erich Grabke. Es zeigte sich, dass es die Nationalsozialisten nicht leicht hatten, überzeugende und qualifizierte Personen für Führungsaufgaben im Schulwesen zu finden, die größere Kompetenzen besaßen als lediglich frühzeitig Mitglieder der NSDAP und des NSLB gewesen zu sein oder in beiden Kriegen als Offiziere gewirkt zu haben. Im Entnazifizierungsverfahren offenbarten sich dann allerdings Qualitäten bei Grabke, die vorher nicht deutlich geworden waren.

Erich Grabke war als Sohn des Volksschullehrers und Rektors an der Volksschule Dockenhuden, Hermann Grabke, am 19.9.1891 in Groß-Kummerfeld, Kreis Bordschholm, geboren. Er besuchte die Oberrealschule in Altona, an der er am 19.2.1910 die Reifeprüfung bestand. Danach studierte er Mathematik und Naturwissenschaften an den Universitäten Freiburg, München, Berlin und Hamburg, wo er 1920 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ablegte.<sup>1</sup>

Das Studium wurde unterbrochen, weil Erich Grabke sich freiwillig zum Kriegsdienst meldete und vom 2.8.1914 bis zum 7.12.1918 an diesem Krieg teilnahm, in dem er 1918 zum Leutnant befördert worden war.<sup>2</sup>

Erich Grabke absolvierte von Ostern 1921 ein Jahr lang den Vorbereitungsdienst am Realgymnasium in Altona, dem späteren Schlee-Reformgymnasium. Sein Anleiter für Chemie und Mitglied der Prüfungskommission war Studienrat Andreas Brandt, später sein Vorgänger in der Leitung dieser Schule.

Grabke fand 1925 eine Anstellung als Studienrat und arbeitete am Gymnasium in Schleswig (Domschule), um zum 1.4.1927 an das Realgymnasium Blankenese zu wechseln.<sup>4</sup>

Erich Grabke heiratete am 10.10.1936 Ilse Bodin, mit der er fünf Kinder hatte.<sup>5</sup>

Er hatte schon im Januar 1933 parallel zu seiner Schularbeit an einem Sonderkurs zur Arbeit an der „Flugabwehrwaffe“ teilgenommen. 1934 war er dafür erneut unterwegs in Stettin, 1935 zu einer Flakübung, ebenso in den Jahren 1936 und 1937 mit einmonatigen Übungen bei einem Flakregiment. Dafür hatte er stets Unterrichtsbefreiung bekommen.<sup>6</sup>

Die Erinnerung an den Lehrer Grabke fand in diesem Kontext statt:





Oberrealschule Blankenese 1930 mit Erich Grabke, ganz links sitzend. Am rechten Ende des Tisches sitzt Schulleiter Prof. Schramm.

„Rheinland Besetzung, Ausrufung der Wehrhoheit, Heimkehr des Saarlandes wie überhaupt der allmähliche Abbau der bedrückenden Bestimmungen des Versailler Diktates gaben Anlass zu zahlreichen Schulfeiern. Symbol der neu errungenen Wehrfreiheit wurde der Mathematiklehrer Grabke, als er zu einer Schulfeier in der Uniform eines Flak-Reserveoffiziers erschien.“<sup>7</sup>

Es sind nicht die pädagogischen Leistungen, sondern die militärischen Verdienste, die sich in Erich Grabke Personalakte sammeln. So bescheinigte ihm der SS-Gruppenführer, Oberst a. D. Reinhard, Bundesführer des Deutschen Reichskriegerbundes am 1.7.1937, dass Grabke „an den Kämpfen des Freikorps ‚Ostpreußisches Freiwilligenkorps‘ teilgenommen hat. Es wird ihm hiermit Dank und Anerkennung des Reichs ausgesprochen, dass er freiwillig unter Einsatz von Leib und Leben das Deutsche Reich in schwerer Zeit verteidigt und geschützt hat“.<sup>8</sup>

Erich Grabke hatte seine Vorbereitungszeit an dem Realgymnasium in Altona absolviert, zu einem Zeitpunkt, als dort der Studienrat Hermann Saß unterrichtete. Der war später, 1925, vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden vom sozialdemokratischen Senator August Kirch. Als dann die Nationalsozialisten regierten, bescheinigte der kommissarische Leiter des Altonaer Philologenvereins, Erich Grabke, dass die Pensionierung von Hermann Saß kein Personalabbau aus ökonomischen Gründen, sondern „eine politische Maßnahme gegen einen völkischen Lehrer gewesen war“.<sup>9</sup>

Die Belohnung ließ nicht lange auf sich warten. Das Netzwerk Hermann Saß funktionierte. Am 5.10.1937 teilte Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer Erich Grabke mit, dass er von Blankenese an das Reform-Realgymnasium versetzt würde und

damit „zugleich anstelle des Studienrats Brandt mit der Führung der Geschäfte des Leiters der Schlee-Reformschule am 11.10.1937 beauftragt werde“.<sup>10</sup>

Am 1.4.1938 wurde Erich Grabke in eine freie Oberstudiendirektorenstelle eingesetzt. Kurz darauf berief ihn die Wehrmacht vom 17. bis zum 30.9.1938 zu einer Übung:

„Mein Einberufungsbefehl ist inzwischen bis zum 28. Oktober verlängert worden. Ich bitte, beim Wehrbezirkskommando Hamburg V meine Freistellung nach Beendigung der Herbstferien zu erwirken. Ich bin Hauptmann der Reserve und habe alle meine Pflichtübungen bereits geleistet und in diesem Jahre schon sechs Wochen geübt. Die Schule benötigt für das Winterhalbjahr die Leitung besonders dringend. Es erscheint mir daher mit Rücksicht auf die Schule erforderlich, den Urlaub zunächst nur bis zum 15. Oktober zu erteilen.“<sup>11</sup>

Ein Jahr später, am 22.8.1939 trat Erich Grabke in den Kriegsdienst, aus dem er erst nach kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft am 30.6.1945 wieder entlassen wurde.<sup>11</sup>

Erich Grabke wurde im Krieg zum Major befördert und agierte seit 1941 im Generalgouvernement Krakau, Tarnow, explizit wird auch das Ghetto Krakau angegeben, ohne dass eine genaue Aufgabenbeschreibung vorliegt.<sup>12</sup>

Es kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass Erich Grabke etwas mehr als ein Jahr als Oberstudiendirektor praktisch tätig gewesen war.

Am 20.6.1945 wurde Grabke auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Schuldienst und dem Beamtenverhältnis entlassen.<sup>13</sup>

Im Entnazifizierungsverfahren gab Grabke an, dass er seit dem 1.11.1932 Mitglied der NSDAP und des NSLB gewesen war, in der NSV und im VDA seit 1934 sowie im Reichsluftschutzbund seit 1933.<sup>14</sup>

Am 12.9.1945 wurde Erich Grabke daraufhin durch Schulsenator Landahl entlassen.<sup>15</sup>

Am 22.10.1945 schrieb Oberschulrat Heinrich Schröder an Grabke und erklärte, der Schulverwaltung sei mitgeteilt worden, dass er am 11.10.1945 „in einer Versammlung ehemaliger Schlee-Schüler als bisheriger Leiter der Schule das Wort ergriffen und im Namen der Schule gesprochen habe. Sie werden darauf aufmerksam gemacht, dass Sie nach Ihrer Entlassung nicht berechtigt sind, irgendwo als Vertreter der Schule aufzutreten“.<sup>16</sup>

Erich Grabke teilte der Schulverwaltung dann am 3.2.1946 mit, dass die Schulverwaltung nicht richtig informiert worden sei. Am 11.10. hätte es in Groß-Flottbek mit Genehmigung der Militärregierung eine erste Mitgliederversammlung des Vereins ehemaliger Schlee-Schüler nach dem Kriege gegeben. Dort habe nicht Grabke,

sondern der neue Schulleiter, Dr. Otto Stadel, als Vertreter der Schlee-Schule geredet. Es treffe allerdings zu, dass auch Grabke auf dieser Versammlung gesprochen habe, „im Namen meiner Kameraden, die mit mir draußen waren und den beiden verdienstvollen Vereinsführern den ihnen geschuldeten Dank abgestattet; ferner habe ich den Antrag auf Verbleib im neuen Vorstand gestellt und die Genugtuung gehabt, dass die Versammlung dem Antrag einstimmig beipflichtete“.<sup>17</sup>

Im zweiten Teil seines Schreibens gab Erich Grabke einen merkwürdigen und überraschenden Hinweis:

„Im Frühjahr 1933 wurde der damalige Studienrat Heinrich Schröder am staatlichen Christianeum aufgrund seiner Parteizugehörigkeit zur SPD vorzeitig aus dem Dienst entlassen. Er hatte kurz zuvor in Blankenese ein eigenes Heim gebaut und dafür Kredit aufnehmen müssen. Außerdem hatte er noch fünf unversorgte Kinder. Seine vorzeitige Pensionierung bedeutete somit eine besondere wirtschaftliche Härte. Bald darauf trat der ihm politisch nahestehende Oberstudienrat Dr. Hermann Koch an mich heran mit der Bitte, mich für die Wiedereinstellung des Studienrates Schröder bei den Parteistellen der NSDAP zu verwenden. Dieser Bitte habe ich entsprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, dass ich die Belassung in der Jugenderziehung für durchaus tragbar halte. Bei den unteren Parteidienststellen habe ich damals kein Verständnis gefunden. Dass ausgerechnet er als inzwischen beförderter Oberschulrat die gegen mich erhobenen Beschuldigungen unterschrieben hat, empfinde ich naturgemäß bitter, zumal im Gedanken an das Leid meiner fünf Kinder von denen die drei älteren die ersten drei Grundschulklassen besuchen. Darum bitte ich die Schulverwaltung um Aufhebung der Verfügung vom 22.10.1945.“<sup>18</sup>

Die Welt ist klein. Interessant ist, wie formal Heinrich Schröder darauf am 22.2.1946 antwortete:

„Dieses Schreiben der Schulverwaltung war keine behördliche Verfügung, wie Sie annehmen, sondern lediglich ein Hinweis auf die Zurückhaltung, die Ihnen durch die Entlassung auferlegt ist. Zu diesem Hinweis war die Schulverwaltung verpflichtet aufgrund der Meldung, die ihr erstattet worden war. Der Inhalt dieser Meldung ist auf eine Anfrage der Schulverwaltung neuerdings noch einmal bestätigt worden.“<sup>19</sup>

Im weiteren Entnazifizierungsverfahren gab es deutliche Hinweise, dass Erich Grabke sich in seinem konkreten Handeln durchaus von fanatischen Nationalsozialisten unterschieden hatte. In seinem Einspruch gegen die Entlassung verwies er noch einmal darauf, dass es wesentlich seiner Intervention zu verdanken gewesen war, dass Heinrich Schröder wieder eingestellt wurde. Und er nannte noch ein zweites Beispiel:

„Als im Frühjahr 1933 der Oberstudiendirektor Prof. Dr. Schramm in Blankenese auf hinterhältige Weise durch Verleumdungen von Seiten des NS Lehrerbundes aus Amt und Stellung gebracht werden sollte, habe ich mich vor ihm gestellt, die Parteidienststellen persönlich bearbeitet und auf die Verwerflichkeit der Handlungsweise nachdrücklich hingewiesen und auch erwirkt, dass er im Amt verblieben ist.“<sup>20</sup>

Zwei andere Leumundszeugnisse sollen noch zitiert werden. So schrieb der Studienrat August Grossmann, der auch an der Schlee-Schule in Altona tätig gewesen war und nach eigener Angabe niemals der NSDAP angehört hatte, etwas darüber, wie Erich Grabke versucht hatte, den von den Nazis verfolgten Studienrat Bruno Nehmert zu schützen:

„Herr Erich Grabke ist mir bereits als Studienreferendar aus den Jahren 1921/22 bekannt, wo ich sein Ausbilder war. Sein recht gutes wissenschaftliches Zeugnis, seine ebenfalls beachtliche gute pädagogische Prüfung, seine Gewandtheit im Umgang mit Schülern und Eltern, sowie seine mehrjährige Tätigkeit als Hilfsarbeiter im Provinzialschulkollegium ließen erwarten, dass ihm frühzeitig die Leitung einer höheren Schule übertragen würde. Im Herbst 1937 wurde er kommissarischer Leiter der Schlee-Schule, und Ostern 1938 erfolgte seine Bestätigung. In der ganzen Zeit bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst, Ende August 1939, habe ich als alter Lehrer der Schlee-Schule feststellen können, dass Grabke in seiner gerechten Behandlung und Beurteilung der Lehrkräfte an seiner Schule in keiner Weise parteipolitische Absichten zeigte. Der Kollege Dr. Nehmert war an dem Blankeneser Realgymnasium nicht mehr tragbar geworden und sollte versetzt werden. Grabke erklärte sich bereit, ihn in das Kollegium der Schlee-Schule aufzunehmen, obgleich ihm bekannt war, dass Nehmert ein ausgesprochener Gegner des Nazisystems war. Die mehrfach von ihm geäußerten abfälligen Kritiken an Einrichtungen und Maßnahmen des Systems hatten keinen Einfluss auf das gute Einvernehmen zwischen dem Leiter Grabke und dem Kollegen Nehmert. Später, nach Grabkes Einberufung zum Heeresdienst, fehlte die schützende Hand des Vorgesetzten, und Nehmert wurde auch leider ein Opfer des Naziregimes. Er endete als KZ-Häftling an Bord der Gustloff.

Auch mir persönlich gegenüber zeigte Grabke seine Duldsamkeit hinsichtlich meiner politischen Einstellung. Er hat mich niemals genötigt, der Partei oder ihren Gliederungen beizutreten; er hat es mir sogar ermöglicht, an der Jahrestagung der Mathematiker und Naturforscher, die Ostern 1938 in München stattfand, mit ihm gemeinsam teilzunehmen.“<sup>21</sup>

Im Entnazifizierungsverfahren ergaben sich Aspekte, die durch die formalen biografischen Daten Grabkes nicht deutlich geworden waren.

Der von Grabke erwähnte stellvertretende Schulleiter der Oberschule für Jun-

gen in Blankenese, Dr. Hermann Koch, schrieb über Grabke, den er seit April 1927 zehn Jahre lang als Studienrat an der Schule kennengelernt hatte:

„Als nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 bekannt wurde, dass Herr Grabke Mitglied der NSDAP war, waren wir im Kollegium alle darüber sehr überrascht, da Herr Grabke nie Äußerungen getan hatte, die auf Beziehungen zu der Partei hätten schließen lassen. Auch später hat er – soweit ich persönlich mich erinnern kann – im Lehrerzimmer keine Propaganda für die nationalsozialistische Ideologie getrieben, sich vielmehr in der Schule von nationalsozialistischem Aktivismus und Parteifanatismus ferngehalten, auch hat er nicht den Versuch gemacht, sich aufgrund seiner alten Parteizugehörigkeit in den Vordergrund zu drängen. Außerhalb der Schule fand er Betätigung in der Organisation des zivilen Luftschutzes und in der Heranbildung von Schüler-Rudermannschaften im Rahmen des Blankeneser Segelclubs. Seine Schüler hat er nach meinen Beobachtungen ohne Rücksicht auf Konfession mit Freundlichkeit und Wohlwollen behandelt.“<sup>22</sup>

Und auch ein ehemaliger jüdischer Schüler von Erich Grabke bestätigte, dass der Lehrer Grabke es „während seiner Amtstätigkeit am Realgymnasium zu Blankenese verstanden hatte, die Freundschaft und Anhänglichkeit vieler seiner Schüler zu gewinnen durch seine korrekte und gerechte Stellungnahme und seine Fähigkeit, den Unterricht für die Schüler interessant zu gestalten“. Und: „Er behandelte die Menschen nach ihrem Wert und nicht nach Rasse oder Religion.“<sup>23</sup>

Der Beratende Ausschuss erklärte angesichts der vorliegenden Leumundzeugnisse am 15.1.1948:

„Wir haben Gutachten von sechs politisch einwandfreien Kollegen ausstellen lassen, die übereinstimmend ihn nicht als Aktivisten, höchstens als Mitläufer kennzeichnen. Wir empfehlen daher seine Wiederbeschäftigung, selbstverständlich nur im Range und in der Tätigkeit eines Studienrats.“<sup>24</sup>

Der Berufungsausschuss entschied am 28.6.1948 in diesem Sinne und stellte Erich Grabke als Studienrat wieder ein, eingestuft in Kategorie IV.<sup>25</sup>

Zum 13.8.1948 wurde Grabke an der Oberschule für Mädchen in Harburg beschäftigt, danach, 1950, versetzt an die Oberschule für Jungen in Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer).<sup>26</sup>

Mit Wirkung vom 1.7.1952 wurde Erich Grabke, wie vergleichbare Oberstudiendirektoren auch, in die Kategorie V eingestuft. 1955 war er wieder Studiendirektor mit der entsprechenden Besoldung, allerdings mit der aus meiner Sicht zweifelhaften Begründung, „dass seine Ernennung zum Oberstudiendirektor nicht aufgrund einer engen Verbindung zum Nationalsozialismus erfolgt ist“.<sup>27</sup> Aber wer hatte da 1955 noch den Überblick?

Als Grabke im Jahr darauf 65 Jahre alt wurde, besaß er noch die Vitalität, dass man seine Dienstzeit um ein Jahr verlängerte.<sup>28</sup>

Erich Grabke starb am 26.1.1962.<sup>29</sup>

## Anmerkungen

- 1 Angaben laut Personalakte Grabke, StAHH, 361-3\_A 2658
- 2 Siehe den Kriegsranglisten-Auszug von Erich Grabke, Personalakte a. a. O.
- 3 Zeugnis für die pädagogische Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen vom 4.3.1922, Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Volker Detlef Heydorn: Erinnerungen an meine Schulzeit im „Dritten Reich“, in: „Blankenese“, Monatsschrift des Blankeneser Bürger-Vereins, 10/1967, S. 14.
- 8 Urkunde vom 1.7.1937, Personalakte a. a. O.
- 9 Siehe dazu auch die Biografie Hermann Saß: „Vorne SA, hinten SS“, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 180.
- 10 Mitteilung vom 5.10.1937, Personalakte a. a. O.
- 11 Schreiben von Erich Grabke vom 15.9.1938, Personalakte a. a. O.
- 12 Laut Personalakte a. a. O.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Entnazifizierungsakte Grabke, StAHH, 221-11\_Ed 1051
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 22.10.1945, Personalakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 3.2.1946, Personalakte a. a. O.
- 18 Ebd.
- 19 Schreiben vom 22.2.1946, Personalakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 30.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O. Zu Bruno Nehmert siehe: Ursel Hochmuth/ Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 267 ff.
- 22 Schreiben vom 26.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Haltung von Hermann Koch in der Auseinandersetzung um den Lehrer Hermann Reimers an der Oberschule für Jungen in Blankenese, in: de Lorent 2016, S. 281 ff.; sowie in der Biografie Kurt Eitzen, ebd., S. 298 ff.
- 23 Schreiben von Günter Seefeld vom 2.10.1946. Seefeld verließ mit seinen Eltern Deutschland im Januar 1936; Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Beratender Ausschuss vom 15.1.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Berufungsausschuss vom 28.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 3.5.1955, Personalakte a. a. O.
- 28 Personalakte a. a. O.
- 29 Personalakte a. a. O.

## Gustav Möhring

**„Der NSDAP-Ortsgruppenleiter hatte die Annahme der Zeugnisse seiner eigenen Kinder verweigert, da sie durch mich unterzeichnet worden waren.“**

Eine durchaus typische Karriere eines Volksschullehrers, der nach Eintritt in die NSDAP im Sommer 1933 zum Schulleiter ernannt wurde, absolvierte Gustav Möhring, seit 1909 an der Gemeindeschule in Moorburg tätig. Er war bildungsambitioniert, durchlief das Lehrerseminar und war schon mit 25 Jahren fest angestellter Lehrer. Im Ersten Weltkrieg nahm er Teil an den Feldzügen in Flandern, Frankreich und Russland, zuletzt zum Leutnant befördert. In der NS-Zeit verhielt er sich durchaus angepasst und aktiv in einer Bewegung, die er aktiv zu bejahen schien. Nach 1945 formulierte er kreativ Gegensätze zum Nationalsozialismus, die aber offenbar auch tatsächlich bestanden.

Gustav Möhring wurde am 27.12.1886 als Sohn eines Windmüllers in Groß-Flottbek geboren. Er besuchte zuerst die Dorfschule und danach ab 1904 das Lehrerseminar in Uetersen, das er am 29.8.1907 mit einer Abgangsprüfung, die gleichzeitig das Zeugnis der Reife zusprach, verließ. Er wechselte nach Finkenwerder an die Westerschule und arbeitete seit dem 16.4.1909 an der Gemeindeschule in Moorburg. Zum 1.10.1911, nach der zweiten Lehrerprüfung, bekam er eine feste Anstellung. Gustav Möhring war verheiratet und hatte drei Kinder.<sup>1</sup>

Am 11.1.1916 zog Möhring in den Ersten Weltkrieg, in dem er an den Feldzügen in Flandern, Frankreich und Russland teilnahm. Am Ende zum Leutnant befördert, kam er am 8.12.1918 nach Moorburg zurück.<sup>2</sup>

In Moorburg machte sich Gustav Möhring neben seiner Schulmeister-Tätigkeit auch als Heimatforscher und Autor niederdeutscher Literatur verdient.<sup>3</sup>

Möhring sammelte Aufsätze seiner Moorburger Schüler von 1937 bis 1952, die einen intensiven Eindruck vom Leben in Moorburg geben und auf einer interessanten privaten Webseite über Moorburg mit Fotos und Illustrationen veröffentlicht wurden.<sup>4</sup>

Damit leistete Gustav Möhring einen wichtigen Beitrag zur Heimatkunde seiner Wahlheimat.

Am 1.5.1933 trat Möhring in die NSDAP ein, gleichzeitig in den NSLB und den NSV. Im VDA war er bereits seit 1925 und im Reichskriegerbund seit 1919. Dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) gehörte er seit 1920 an, Mitgliedschaften, die in dörflicher Umgebung damals eine andere Bedeutung hatten und sicherlich auch einen anderen sozialen Hintergrund und Zusammenhalt ausdrückten.<sup>5</sup>



Gustav Möhring mit Schülerinnen und Schülern der Schule Moorburg, 1937

Mit dieser Frage setzte sich Gustav Möhring auseinander, als die NS-Herrschaft überwunden war und die ehemaligen Mitglieder der NS-Organisationen sich erklären mussten. Erst einmal profitierte Gustav Möhring von seinem Bekenntnis zum Nationalsozialismus und wurde am 23.6.1933 von Schulsenator Karl Witt zum Schulleiter der Gemeindeschule in Moorburg ernannt. Als Schulleiter und Heimatforscher der zu Hamburg gehörenden Landschule war Möhring in Moorburg eine wichtige und respektierte Person. Er besuchte vom 2. bis zum 6.1.1937 das Führerlager in Schätzdorf, später leitete er sogar vom 10. bis zum 26.7.1937 das Lehrerlager in Hoisdorf.<sup>6</sup>

Die Gemeindeschule in Moorburg war klein, bestand aus sieben Klassen und acht Lehrkräften, wie Gustav Möhring dem für die Landschulen zuständigen Schulrat Dietrich Ossenbrügge am 9.2.1937 mitteilte.<sup>7</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges war Gustav Möhring immer wieder uk-gestellt worden, bis 1944 wurde der Versuch unternommen, Möhring mobil zu machen.<sup>8</sup>

Im Juli 1945 war Schulleiter Gustav Möhring im Auftrag der Britischen Militärregierung von Schulsenator Landahl abgesetzt worden, aber als Lehrer in Moorburg verblieben. Dies war ihm auf der Schulleiter-Sitzung am 19.7.1945 verkündet worden.<sup>9</sup>

Dagegen legte er einen Tag später schriftlich Einspruch ein. Ihm war mitgeteilt worden, dass seine Absetzung als Schulleiter, wie in allen anderen Fällen von Ham-



burger Schulleitern ebenfalls, ausgesprochen worden war, weil Möhring der NSDAP bereits am 1.5.1933 beigetreten war.<sup>10</sup>

Gustav Möhring gab mit seinem Einspruch eine überraschende Erklärung gab:

„Ich bin fest davon überzeugt, dass die Entscheidung anders ausgefallen wäre, wenn Beweise dafür zur Hand gewesen wären, wie ich zu meinem Amte kam und in welchem Geiste ich es führte, nämlich folgendermaßen: Als mein Voramtsvorgänger Ostern 1934 pensioniert wurde und damit die Frage der Nachfolge akut wurde, habe ich diesen gebeten, der Behörde mitzuteilen, dass ich als Ältester im Kollegium nicht gewillt sei, einem etwaigen Ruf Folge zu leisten. – Herr Schulrat Ossenbrügge, der mich gleich darauf mit der Führung der Geschäfte beauftragte, fragte mich sofort, ob das wahr sei und warum ich ablehne. Er ist mein Zeuge, dass ich geantwortet habe, ich besitze keinen anderen Ehrgeiz, als ein guter Lehrer zu sein, und ich wolle mich durch das Schulleiteramt nicht unglücklich machen lassen, da ich mit meinem Ortsgruppenleiter bestimmt sofort schwere Kämpfe bekommen werde, was denn auch prompt in zermürender Weise für mich eingetreten ist. Die Ablehnung erfolgte mündlich und schriftlich. Dass ich dieses Amt dann später doch angenommen habe, ja, nach Einspruch der Partei gewollt habe, kann nur der verstehen, der meine Einstellung zur Religion kennt: ich bin nicht nur seit 1925 Mitglied des Kirchenvorstandes gewesen und es auch trotz allen Hohnes bis heute geblieben, nein, ich darf auch von mir sagen, dass ich alleine es gewesen bin, der in schweren Jahren den Religionsunterricht an der Schule vor dem Erliegen bewahrt hat. Und als ich 1933/34 erleben musste, wie alle Religiosität an der Schule vor die Hunde ging, da brachte die Aufforderung zur Übernahme der Leitung der von mir geliebten Schule, in der damals die Arbeitskraft meiner besten 25 Jahre steckte, mich nach und nach zu der Erkenntnis, dass nur die neue Stellung mir Macht genug geben werde, eine gründliche Änderung herbeizuführen.“<sup>11</sup>

Als Beleg führte Gustav Möhring dazu Folgendes an:

„Das dies keine leeren Worte sind und kein Mäntelchen, das ich mir umhänge, wird unwiderleglich dadurch bewiesen, dass ich z. B. in einem Falle im ganzen Winterhalbjahr 1941/42, um die verderbliche Wirkung eines ganz besonders krassen, aus der Kirche ausgetretenen Nazis auszuschalten, diesen von 30 Stunden auf acht Wochenstunden herab und dafür mich selber auf 43 gegebene Wochenstunden hinauf gesetzt habe – neben der Büroarbeit. Dass ich außerdem in fast allen Klassen den Religionsunterricht selber gab, weil ich festgestellt hatte, dass die Stunden mit anderen Dingen ausgefüllt wurden, dass ich von einem anderen Kollegen vor dem Ortsgruppenleiter Meyer und Schulrat Himstedt<sup>12</sup> beschuldigt wurde die ‚Kirche in die Schule zu schmuggeln‘ und von demselben bei der Kreisleitung angezeigt wurde, dass ich als Lagerleiter in der KLV gewagt hätte vor den Kindern ‚christli-

che Tischgebete' zu sprechen, und endlich, dass ich bis heute trotz der verblüfften Blicke der durch die HJ verseuchten Kinder an meinem Schulgebete vor der Klasse festgehalten habe, redet doch wohl eine unmissverständliche Sprache. – Und alles dies kann ich nicht nur an Eides Statt erklären, sondern auch durch die Eltern meiner Schulkinder und durch andere Zeugen jeden Tag ebenso klipp und klar beweisen, wie meine Fragebögen-Angaben über meine Einstellung zur Partei, zu deren Gliederungen ich niemals gehörte und in der selber ich nie ein Amt bekleidete.“<sup>13</sup>

In seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 1.6.1945 hatte Gustav Möhring eingetragen, 1936 von Schulrat Ossenbrügge zum Mittelschullehrer ernannt worden zu sein, um ein Gegengewicht gegen die vom NS-Lehrerbund betriebene „Bevorzugung der jungen Lehrer zu geben“.<sup>14</sup>

Und Gustav Möhring konnte auch darauf verweisen, dass er vom NSDAP-Ortsgruppenleiter und von Lehrern beim Schulrat „als Reaktionär verklagt worden“ sei und dass „der Ortsgruppenleiter die Annahme der Zeugnisse seiner eigenen Kinder verweigert habe, da sie durch mich unterzeichnet worden waren“.<sup>15</sup>

Dies alles bestätigte der ehemalige Schulrat Ossenbrügge, der sich nach 1945 selbst in Entnazifizierungs-Schwierigkeiten befand: „Obgleich der Ortsgruppenleiter den ganzen Parteiapparat in Bewegung setzte, und auch am Orte gegen Möhring hetzte, ist sein Vorgehen gegen den Schulleiter und mich, der ich ihn deckte, ohne Erfolg geblieben.“<sup>16</sup>

Es wurde schon ziemlich deutlich, welch einsamer Kämpfer Gustav Möhring in Moorburg gewesen war. Das Problem der Schulverwaltung und Britischen Militärregierung war in diesem Fall, dass sie den Grundsatz vertraten, keinen Schulleiter im Amt zu behalten, der zum 1.5.1933 oder sogar davor Mitglied der NSDAP gewesen war.<sup>17</sup>

Auch der Pastor des evangelischen Pfarramtes in Moorburg hatte bescheinigt, dass Möhring stets im Kirchenvorstand geblieben sei und sein Amt als Kirchenvorsteher ununterbrochen ausgeübt habe.<sup>18</sup>

Der Beratende Ausschuss befasste sich mit der Sache und stellte fest, dass Möhring durch den Fragebogen und die Angabe seiner Mitgliedschaften „schwer belastet sei“. „Er hätte das Amt eines Rektors nicht annehmen dürfen, falls, wie es heißt, sein Vorgänger gegen eigenen Willen die Schulleitung aufgab oder aufgeben musste. Da Möhring wegen Erkrankung nicht gehört werden konnte, wäre obige Darstellung auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Für entscheidend halten wir aber in der Hauptsache die Fragebogendaten, die eine Belassung der Rektorenzulage ausschließen.“<sup>19</sup>

Der Senior Controll Officer der Britische Militärregierung, Jones, ordnete am 24.4.1947 an, die Empfehlung des Beratenden Ausschusses und des Fachausschusses auf Zurückstufung von Gustav Möhring vom Rektor zum Lehrer in Kraft zu setzen.<sup>20</sup>

Gustav Möhring ließ nicht locker. Er wies darauf hin, „unter welchen Bedingungen er nach 1933 als Landschul-Rektor gezwungen war, zu arbeiten. So kann ich mit folgenden Angaben dienen:

1. Unter den fünf Lehrern der Schule, die sämtlich in der Partei, ich alleine in keiner Formation.
2. Einer dieser Lehrer, zum politischen Leiter ernannt und 1945 dienstentlassen.
3. Eine der beiden Lehrerinnen, die einen hohen Rang im BDM innehatte, gleichfalls 1945 dienstentlassen.

In welchem Umfang übrigens der damalige Ortsgruppenleiter sich die ganze Ortsbevölkerung gefügig zu machen wusste, erhellt am überzeugendsten aus folgender Tatsache: Kurz nach Kriegsschluss sollte die Moorburger Genossenschaftsmeierei aufgelöst werden. Dazu bedurfte es der Unterschrift von drei Nicht-Parteimitgliedern. Einer von diesen war davon der von mir im Fragebogen-Beiblatt als Zeuge erwähnte Landsmann Heinrich Brandt, mit mir zusammen vom Ortsgruppenleiter ‚stets als Reaktionär‘ beschimpft und der zweite wurde auch bald gefunden. Aber nach dem dritten musste tagelang förmlich herumgesucht werden. So selten waren in Moorburg seinerzeit sogar unter den Bauern die Nicht-Mitglieder! Dass es in einem solchen Orte äußerst schwierig war für einen Lehrer und Rektor, sich ganz herauszuhalten, wird sicherlich einleuchten.“<sup>21</sup>

Gustav Möhring konnte sogar eine Fälschung des NSDAP-Ortsgruppenleiters belegen, die ihn 1941 vor das Kreisgericht der NSDAP in Hamburg gebracht hatte. Er war mit den Schülern aus Moorburg in der Kinderlandverschickung in der bayerischen Ostmark als KLV-Lagerleiter gewesen. Von der NSDAP-Gauleitung in Bayreuth war eine Beschwerde über ihn verfasst worden:

„Der Lagerleiter Möhring hat unter der Elternschaft in Hamburg durch seine Briefe unerhörte Unruhe hervorgerufen. Er teilte den Eltern nämlich mit, sie möchten ihre Kinder zurückholen, da in der Nähe des Lagers Diphtherie ausgebrochen sei. Daraufhin fuhren sofort acht Mütter aus Hamburg ab. Sie werden ja in der Zwischenzeit Auseinandersetzungen mit diesen Müttern gehabt haben. Ich bitte Sie, dem Lagerleiter Möhring mitzuteilen, dass er sofort den Gau zu verlassen hat. Er soll sich bei der Gauleitung Hamburg melden, die ihn für seine Handlungsweise zur Rechenschaft ziehen wird.“<sup>22</sup>



Gustav Möhring, 1950

Die ganze Geschichte stellte sich als Inszenierung des Ortsgruppenleiters aus Moorburg heraus, das Kreisgerichtsverfahren führte nicht dazu, Gustav Möhring aus der NSDAP auszuschließen. Bei all dem Geschilderten er-

scheint es allerdings überraschend, dass Möhring Parteimitglied blieb.

Der Leitende Ausschuss für die Entnazifizierung entschied am 25.5.1951, Gustav Möhring im Pensionsfalle die „volle verdiente Pension als Schulleiter einschließlich der pensionsfähigen Stellenzulage“ zu gewähren. Eine Wiedereinstellung als Schulleiter lehnte er aber ab.<sup>23</sup>

So wurde verfahren, am 19.2.1952 trat Gustav Möhring in den Ruhestand.<sup>24</sup>

Er war mit einem langen Leben gesegnet, zu seinen Geburtstagen bekam Möhring Glückwunschschriften von den Landesschulräten, die gerne hervorhoben, dass er als Heimatforscher nach wie vor arbeitete.<sup>25</sup>

Er starb am 23.1.1980 mit 94 Jahren.<sup>26</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut seiner Personalakte, StAHH, 361-3\_A 1829
- 2 Ebd.
- 3 Peter Hansen: Die niederdeutsche Literatur. Autoren und mehr: [www.niederdeutsche-literatur.de](http://www.niederdeutsche-literatur.de)
- 4 Aufsätze Moorburger Schüler (1937–1952) unter der Leitung von Gustav Möhring. Moorburger Geschichte und Geschichten, in: [www.hamburg-moorburg.de](http://www.hamburg-moorburg.de)
- 5 Entnazifizierungsakte Möhring, StAHH, 221-11\_Ed 1477
- 6 Ebd.
- 7 Personalakte a. a. O. Siehe in diesem Kontext auch die Biografie eines anderen Lehrers in Moorburg, der auch schriftstellerisch tätig war, Alfred Aust, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 534 ff.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Schreiben vom 20.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 12 Siehe Bibliografie Karl Himstedt, in: de Lorent 2017, S. 194 ff.
- 13 Schreiben vom 20.7.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Entnazifizierung Fragebogen vom 1.6.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Schreiben vom 20.8.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Dietrich Ossenbrügge, in: de Lorent 2017, S. 186 ff.
- 17 Vermerk von Schulrat Backeberg, abgezeichnet von Fritz Köhne und Schulsenator Heinrich Landahl am 29.8.1945, Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 4.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Beratender Ausschuss vom 27.3.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Militärregierung vom 24.4.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 4.2.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Schreiben vom 28.8.1941, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Entscheidung vom 25.5.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Personalakte a. a. O.
- 25 Personalakte a. a. O.
- 26 Personalakte a. a. O.

## Walter Brauel

„Er ist wohl ein Mensch, der in politischen Dingen den Verstand ganz und gar ausgeschaltet hatte.“

Zur Gruppe der jungen Lehrer in Hamburg, 1902 geboren, die eine seminaristische Ausbildung und danach aufgrund der prekären ökonomischen Situation die Schwierigkeit hatte, mit einer festen Anstellung in den Schuldienst zu gelangen, zählte auch Walter Brauel. Aus dieser Gruppe rekrutierten sich viele Anhänger der NSDAP, die den sozialen Versprechungen glaubten und über eine Mitgliedschaft in der NSDAP zum 1.5.1933 sich zumindest materiell abzusichern oder Karriere zu machen hofften. Interessant ist, dass Brauel auch zu denen gehörte, die in den 1950er Jahren wieder auf eine stellvertretende Schulleiterstelle gelangten.

Walter Brauel wurde als Sohn des Lokomotivführers Georg Brauel am 16.3.1902 in Harburg geboren. Er besuchte dort bis Ostern 1916 die Knaben-Mittelschule und bereitete sich danach an der Präparandenanstalt in Gifhorn auf das Lehrerseminar in Lüneburg vor. In Lüneburg bestand er am 28.2.1922 die erste Lehrerprüfung. Aufgrund der angespannten Einstellungssituation im Bereich der Harburger Schulen arbeitete Brauel anschließend in der Harburger Gummiwarenfabrik „Phoenix“ in der Verwaltung und der Kalkulationsabteilung. Danach erhielt Walter Brauel 1925 vertretungsweise eine Lehrerstelle an einer kleinen Hilfsschule im Kreis Harburg.<sup>1</sup>

Die Anstellungssituation blieb schwierig für den Junglehrer Brauel. Er wurde jeweils befristet in unterschiedlichen Schulen beschäftigt und erhielt dabei durchaus positive Zeugnisse. So schrieb Schulrat Voigt über ihn am 25.9.1926:

„Der Lehrer Brauel in Wilhelmsburg hat eine erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Er verspricht ein gewissenhafter und fleißiger Lehrer zu werden. Die von ihm geführte Klasse (das zweite Schuljahr) ist außerordentlich gleichmäßig und gut gefördert. Die Kenntnisse im Deutschen, Rechnen, in der Heimatkunde und in der Religion sind erfreulich gute. Die Methode des Lehrers ist leicht fasslich, modern, ohne jedoch extrem zu sein.“<sup>2</sup>

Am 15.10.1928 wurde Walter Brauel an der Volksschule in Asendorf im Kreis Winsen/Luhe hospitiert, mit einem niederschmetternden Ergebnis. Schulrat Reese notierte über Walter Brauel:

„Die Besichtigung galt dem Schulamtsbewerber Brauel. Das Ergebnis musste als mangelhaft bezeichnet werden. Brauel war schlecht vorbereitet; eine schrift-

liche Vorbereitung lag nicht vor. Die religiöse Besprechung über den zwölfjährigen Jesus im Tempel war dürftig. Die Belehrung über die Verdoppelung der Mitlaute war ungewandt, teils unrichtig. Seit 1. Mai waren zwei Aufsätze angefertigt, aber beide nicht nachgesehen. Der Leseunterricht war nicht genügend. Im Rechnen wusste Brauel nicht einmal, wieviel Abteilungen vorhanden waren. Im Singen war die Stimmbildung ganz vernachlässigt, auch die Tonbildung war ungepflegt. Die Besprechung des Fibelbildes mit der Unterstufe war trocken und ohne festes Ergebnis.“<sup>3</sup> Das verbesserte sicherlich nicht seine Einstellungsmöglichkeiten.

Die Stellensituation änderte sich nicht. In einem Aktenvermerk notierte Schulrat Voigt am 19.2.1929, „dass ich mit dem Antragsteller Brauel bereits persönlich unterhandelt habe. Ich habe ihm eröffnet, dass eine Übernahme in den Schuldienst von Harburg/Wilhelmsburg zur Zeit nicht möglich ist. Freie Stellen sind in Harburg/Wilhelmsburg nicht vorhanden. Ihre Gründung für 1929 ist nicht in Aussicht genommen. Der Antragsteller ist von mir bereits dahin beschieden worden, dass es zweckmäßig für ihn sei, sich in die Liste der hiesigen Bewerber einzutragen. Die Einberufung würde erfolgen, wenn Stellen vorhanden sind und wenn er vom Magistrat oder der Regierung gewählt wird. Eine Sicherheit dafür kann ihm nicht gegeben werden.“<sup>4</sup>



Walter Brauel, 1933

Walter Brauel hatte zumindest seine zweite Lehrerverprüfung am 21.3.1927 ablegen können und am 5.7.1929 geheiratet. In den weiteren Jahren war er an verschiedenen einklassigen Schulen im Landkreis Harburg beschäftigt. Eine unerfreuliche und nahezu perspektivlose Situation, die sicherlich dazu beigetragen hat, sich 1933 der NSDAP zuzuwenden. Er trat am 1.5.1933 der NSDAP bei, war gleichzeitig Mitglied im NSLB und im NS-Reichsbund für Leibesübungen sowie in der NSV, in der er die Funktion als Stützpunkts-Amtsleiter innehatte.<sup>5</sup> Dieses Engagement führte immerhin dazu, dass Walter Brauel von dem Harburger NSDAP-Kreisschulrat Karl Himstedt<sup>6</sup> am 9.5.1944 zum Konrektor der Bartholdsschule, einer Volksschule für Mädchen in der Woellmerstraße 11 in Harburg, befördert wurde.

Karl Himstedt war langjähriges NSDAP-Mitglied in Harburg und hatte andere Kriterien als seine Vorgänger. Seinen Vorschlag begründete er so:

„Der Lehrer Walter Brauel ist Mitglied der NSDAP seit dem 1. März 1933. Er ist politischer Leiter und Mitglied des Kreisstabes Hamburg VIII. Er war in der Bewegung immer aktiv.

Brauel ist verheiratet. Er hat drei Kinder. Die deutschblütige Abstammung für ihn und seine Ehefrau ist nachgewiesen worden.

Lehrer Brauel war von 1925 bis heute an den verschiedensten Schulen in Harburg und Wilhelmsburg tätig. Er hat auf allen Stufen gearbeitet, mit besonderem Erfolge in den letzten Jahren vor dem Kriege in den Abschlussklassen der Jungenschule Heimfelder Straße 36. Von 1928 bis 1935 war er Lehrer an einklassigen Schulen im Landkreis Harburg. Er hat sich hier als Lehrer und Schulleiter bestens bewährt, sodass er nach seinen dienstlichen Leistungen und Fähigkeiten den vollen Anforderungen des höheren Amtes entspricht. An seiner Fortbildung hat er immer gewissenhaft gearbeitet, besonders ist er in den Leibesübungen tätig gewesen. In meiner Lehrerarbeitsgemeinschaft für Leibeserziehung war er Lehrender. Wie in der Schule so leistete er auch hier vorbildliche und gewissenhafte Arbeit. Zur Zeit steht Lehrer Walter Brauel bei der Wehrmacht, die ihn seit eineinhalb Jahren als Ausbilder eingesetzt hat.“<sup>7</sup>

Aus dem letzten Satz in dem Beförderungsvorschlag wurde deutlich, dass Walter Brauel sich gar nicht in der Schule befand, als er auf eine stellvertretende Schulleiterstelle gesetzt wurde. Ein übliches Verfahren für bewährte Nationalsozialisten, die in Abwesenheit bei der Wehrmacht in ihrem Arbeitsbereich befördert werden sollten. Walter Brauel war seit dem 10.10.1940 bis zum 31.3.1945 bei der Wehrmacht, zuletzt als Leutnant.<sup>8</sup>

Am 27.7.1944 wurde Walter Brauel, immer noch im Krieg, sogar zum Oberschullehrer ernannt.<sup>9</sup>

Nach Ende der NS-Herrschaft erfolgte Walter Brauels Suspendierung am 3.10.1945 mit Schreiben von Senator Landahl.<sup>10</sup>

Walter Brauel legte Einspruch gegen die am 7.11.1945 ausgesprochene Entlassung aus dem Beamtenverhältnis ein und argumentierte:

„Am 1.5.1933 wurde ich Mitglied der NSDAP. Ich habe mich weder durch Wort noch durch Schrift propagandistisch für die NSDAP eingesetzt. Meine Tätigkeit bestand nur darin, dass ich von Oktober 33 bis April 35 im Landkreis Harburg in der NSV Amtsleiter eines Stützpunktes (kleiner als eine Ortsgruppe) war und dort zum Wohle bedürftiger Volksgenossen wirkte.

Ich habe keiner Formation angehört, die im Nürnberger Prozess als Verbrecherorganisation angeklagt ist. Durch meine Mitgliedschaft in der NSDAP habe ich keine persönlichen und finanziellen Vorteile gehabt. Meine Ernennung zum Konrektor am 1.4.1944 kann nicht damit in Zusammenhang gebracht werden, da ich zu diesem Zeitpunkt über drei Jahre im Militärdienst stand und in dieser Zeit die geforderten freiwilligen Mitgliedsbeiträge nicht leistete, und da ich ferner im September 36 vom Kreisgericht der NSDAP wegen körperlicher Züchtigung eines flegelhaften Hitler-Jungen, der der Sohn eines alten Parteigenossen war, aus der Partei und

dem Schuldienst entfernt werden sollte und seitdem als schwarzes Schaf nur noch geduldet war.“<sup>11</sup>

Das sah Kreisschulrat Karl Himstedt offenbar anders, der schon seit 1926 NSDAP-Mitglied in Hamburg gewesen war. Leichte Ungereimtheiten gab es auch wegen des Entnazifizierungsfragebogens, in den Brauel zum Beispiel bei SA mit Bleistift „Mitglied der Marine-SA“ eingetragen hatte, sonst nirgendwo erwähnt. Walter Brauel war am 18.7.1946 von Oberschulrat Karl Hoffmann aufgefordert worden, Stellung zu nehmen zu der Aussage von Karl Himstedt anlässlich Brauels Beförderung, dieser sei Politischer Leiter gewesen und Mitglied des Kreisstabes Hamburg VIII.

Walter Brauel antwortete darauf am 5.8.1946:

„Die auf meinem Fragebogen gemachten Angaben entsprechen den Tatsachen und sind lückenlos. Alle Amtsträger der NSV, die Pgs waren, galten als Amtsleiter und waren den Politischen Leitern gleichgestellt ohne jedoch dem Korps der Politischen Leiter anzugehören. Statt der goldenen Rangabzeichen trugen diese solche in Silber. Wie ich Ihnen schon damals persönlich mitteilte, war ich ungefähr ein halbes Jahr 1936 stellvertretender Blockleiter in Hamburg, wurde aber nicht bestätigt, sondern wegen des im Einspruch erwähnten Kriegsverfahrens dieses Postens enthoben und nachher nicht mehr eingesetzt. Dem Kreisstabe des Kreises 8 gehörte ich nicht an. Ich habe gelegentlich zur Entlastung meines Bruders, der Kreissportleiter war, die Handballmannschaft des Kreises 8 trainiert und selbst an den Rundenspielen teilgenommen.

Auf Bestreben des damaligen Schulrats Himstedt sollte ich 1938 stellvertretender Kreisschulungsleiter werden und als solcher den Nachwuchs der Politischen Leiter schulen. Da ich aber so schon als Turnlehrer der Knaben-Volksschule Heimfeld des öfteren mit der HJ kollidierte, hat man meiner Ablehnung stattgegeben.“<sup>12</sup>

OSR Karl Hoffmann konnte danach gegenüber dem Berufungsausschuss für die Schulverwaltung feststellen:

„Der Konrektor Walter Brauel ist gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in die Partei eingetreten. Nach einer Aktennotiz des damaligen Schulrates ist er Politischer Leiter gewesen und war in der Partei aktiv. Er selbst behauptet, nur ein halbes Jahr lang stellvertretender Blockleiter gewesen zu sein. Als Stützpunktamtsleiter der NSV widmete er sich der sozialen Arbeit. Kollegen, die mit ihm zusammengearbeitet haben, sagen aus, dass er sich in der Schule und im persönlichen Verkehr stets anständig benommen und politisch zurückgehalten habe. Es ist auch sonst nicht bekannt geworden, dass er in der Öffentlichkeit propagandistisch aufgetreten ist. Er ist 1944 zum Konrektor ernannt worden. Ich schlage vor, ihn als Lehrer mit Lehrer-Gehalt zu beschäftigen.“<sup>13</sup>



In einer handschriftlichen Notiz hatte der Beratende Ausschuss vermerkt:

„Herr Brauel war Nazi, auch tätig als solcher, aber in mehr harmloser Weise. Er versah zum Beispiel auch die Lehrerkrankenkasse (im Kriege vertrat ihn seine Frau, was immerhin anerkanntswürdig ist). Es ist wohl ein Mensch, der in politischen Dingen den Verstand ganz und gar ausgeschaltet hatte. Die verschiedenen Daten in Fragebogen und Akten machen eine Entscheidung schwer. Falls die Angaben des Fragebogens zutreffen, wäre folgende Entscheidung als gerecht zu vertreten: Wohl ein Nazi, aber ein anständiger, deshalb Bestätigung als Lehrer, nicht als Konrektor!“<sup>14</sup>

Die offizielle Stellungnahme des Beratenden Ausschusses vom 15.6.1947 fiel dann etwas anders aus:

„Der Konrektor Walter Brauel war zwar Nationalsozialist, zählt aber durchaus zu den harmlosen. Er ist politisch nicht besonders hervorgetreten und charakterlich gut beurteilt. Der Beratende Ausschuss setzt sich für seine Wiedereinstellung als Lehrer in den Schuldienst ein.“<sup>15</sup>

Der Berufungsausschuss 3 urteilte dann am 14.7.1947 in diesem Sinne, stufte ihn in Kategorie IV ein und entschied, ihn als angestellten Volksschullehrer wieder zu beschäftigen und nach einem Jahr dann wieder in das Beamtenverhältnis zu überführen. Nach Eindruck des Ausschusses konnte Brauel als „politisch harmlos angesehen werden und nicht als aktiver Nationalsozialist“. Allerdings: „Immerhin ist Brauel von 1933 bis zum Zusammenbruch Stützpunktleiter in der NSV gewesen. Es scheint deshalb geboten, ihn nicht als Konrektor, sondern nur als Volksschullehrer einzustellen.“<sup>16</sup>

Somit wurde Walter Brauel zum 1.8.1948 wieder als Lehrer der Schule Sinstorf zugeordnet, vorerst als Angestellter, nach einem Jahr wieder im Beamtenverhältnis.

Am 8.12.1953 meldete sich Walter Brauel bei der Schulbehörde und wies darauf hin, dass er zum Personenkreis der unter Art. 131 Grundgesetz fallenden Personen gehöre.<sup>17</sup> Das sogenannte „131er-Gesetz“ besagte, dass alle öffentlich Bediensteten, die beim Entnazifizierungsverfahren nicht als „Hauptschuldige“ oder „Belastete“ eingestuft worden waren, wieder eingestellt werden durften. Nach § 10 durfte jeder Beamte, der zu dem Personenkreis des Art. 131 GG zählte und dienstfähig war, die ihm zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „zur Wiederverwendung (z. Wv.)“ weiter führen. Walter Brauel hatte zwischenzeitlich über Jahre als Konrektor a. D. mit der Schulbehörde kommuniziert.

Am 29.1.1957 war er einstimmig vom Kollegium der Schule Sinstorf als stellvertretender Schulleiter vorgeschlagen und dann von der Behörde tatsächlich zum 31.5.1957 bestätigt worden. Bei der Zusammenlegung beider Schulen in Sinstorf war er dann 1961 wieder ausgeschieden, weil ein älterer Kollege, der an der ande-

ren Schule stellvertretender Schulleiter gewesen war, diese Funktion übernahm. Es wurde Brauel aber bescheinigt, „das Amt gut und erfolgreich geführt zu haben und eine Stütze des Schulleiters gewesen zu sein“.<sup>18</sup>

Nach Ausscheiden dieses anderen Kollegen drei Jahre später, hatte die Schule dann Walter Brauel einstimmig als Stellvertreter gewählt. „Durch den Neubau der Schule ist der Schulleiter stark beansprucht und benötigt Hilfe eines erfahrenen Stellvertreters.“<sup>19</sup>

Walter Brauel wurde dem Kollegium vorgeschlagen, einstimmig gewählt und von der Schulbehörde am 4.11.1964 bestätigt.<sup>20</sup>

So schloss sich ein Kreis, Walter Brauel hatte wieder die Stellvertreterfunktion übernommen, eine Funktion, für die er 1944 schon einmal ernannt worden war, ohne sie auch nur einen Tag ausgefüllt zu haben, weil er sich damals bei der Wehrmacht befand. So versöhnlich kann eine Berufsgeschichte enden. Am 31.3.1967 trat Walter Brauel in den Ruhestand.

Er starb am 2.2.1973.<sup>21</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Brauel, StAHH, 361-3\_A 1941
- 2 Bericht vom 25.9.1926, Personalakte a. a. O.
- 3 Bericht über die Besichtigung vom 15.10.1928, Personalakte a. a. O.
- 4 Vermerk vom 19.2.1929, Personalakte a. a. O.
- 5 Entnazifizierungsakte Brauel, StA HH, 221-11\_Ed 2552
- 6 Siehe die Biografie Karl Himstedt in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 194 ff.
- 7 Beförderungsvorschlag vom 9.5.1944, Personalakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Laut Schreiben vom 15.9.1944, Personalakte a. a. O.
- 10 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 11 Schreiben von Karl Hoffmann an Walter Brauel vom 18.7.1946 und vom 31.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 12 Schreiben von Walter Brauel vom 5.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 13 Schreiben an den Berufungsausschuss von Karl Hoffmann vom 21.11.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Undatierte Notiz, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Beratender Ausschuss vom 15.6.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Entscheidung des Berufungsausschusses vom 14.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Schreiben vom 8.12.1953, Personalakte a. a. O.
- 18 Vermerk von Oberschulrat Dr. Hattermann vom 2.10.1964, Personalakte a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.

## Otto Genz

**„Bis zu meiner Einberufung zum Wehrdienst bin ich in den hiesigen Gliederungen der Partei und der Partei selbst, zuletzt als politischer Leiter, tätig gewesen und lege Wert darauf, in diesem Wirkungskreis meine Arbeit nach Kriegsende wieder aufzunehmen.“**

Unter dem Aspekt der Kontinuitäten soll am Beispiel einer Schule, der Oberrealschule in Eimsbüttel, nach 1945 als Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer bezeichnet, geprüft werden, welche Personen dort in Leitungsfunktionen während der NS-Zeit und nach 1945 fungiert haben. Dazu sind die Oberstudiendirektoren Ernst Dätz und Alexander Stempel von mir schon porträtiert worden.<sup>1</sup>

Otto Genz gehörte einer anderen Generation an, aber auch er war durch den Nationalsozialismus geprägt und beeinflusst, ebenso durch seine Offiziererfahrungen im Zweiten Weltkrieg. Als Schulleiter am Kaiser-Friedrich-Ufer (KaiFU) geriet er in Auseinandersetzungen mit Vertretern der antiautoritären Studentenbewegung und war involviert in den Berufsverbote-Fall des Lehrers Gerd Heide.

Otto Genz wurde am 3.8.1914 als Sohn eines Telegrafenspektors in Hamburg geboren. In dem 1963 erstellten stichwortartigen Werdegang von Otto Genz in seiner Personalakte wird sein Vater Ulrich Genz als Schutzmann bezeichnet.<sup>2</sup>

Otto Genz besuchte von Ostern 1925 bis 1934 das Kirchenpauer-Realgymnasium in Hamburg, an dem er am 5.2.1934 die Reifeprüfung ablegte. Anschließend studierte er an der Universität Hamburg Geschichte und neuere Sprachen, unterbrochen durch den Militärdienst von 1.10.1935 bis 2.10.1937, den er als Unteroffizier beendete.<sup>3</sup>

Danach setzte Genz das Studium an der Universität Hamburg fort und legte am 26.10.1939 die Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen in Hamburg mit den Fächern Geschichte, Englisch und Französisch erfolgreich ab.<sup>4</sup>

Otto Genz konnte dann vom 1.11.1939 bis zum 27.1.1940 den Vorbereitungsdienst an der Hindenburg-Schule beginnen, musste aber zum 28.1.1940 in den Krieg ziehen. Nach einem Jahr wurde er von der Wehrmacht zur Ablegung der ersten Lehrerprüfung vom 13.1. bis zum 29.1.1941 beurlaubt, bestand unter Vorsitz von OSR Prof. Theodor Mühe<sup>5</sup> die zweite Lehrerprüfung und konnte am 27.2.1941 auch noch seine Promotion abschließen, mit einer Doktorarbeit zum Thema „Der politische Katholizismus im Großherzogtum Baden und seine Stellung zur deutschen Einheit 1866/71“.<sup>6</sup> Danach zog Otto Genz wieder in den Krieg, den er 1945 als Oberleutnant der Reserve beendete.<sup>7</sup>

Die Rückmeldungen hinsichtlich der relativ kurzen schulischen Episoden für Otto Genz waren weitestgehend positiv. So wurde am 14.1.1941 von der Hindenburg-Schule vermerkt: „Ich habe festgestellt, dass G. nach guter Vorbereitung einen sehr anschaulichen, lebendigen und eindringlichen Unterricht erteilt, dem die Schüler mit Aufmerksamkeit folgten. Er hat niemals disziplinarische Schwierigkeiten gehabt. G. hat jederzeit freundliche Bereitwilligkeit gezeigt und sich als eine Persönlichkeit mit hervorragenden Umgangsformen erwiesen“, schrieb Anleiter Dr. Wentzel<sup>8</sup> und Schulleiter Dr. Franz Stoppenbrink fasste Genz' Leistungen folgendermaßen zusammen:

„Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit konnten die Urteile nur sehr knapp gefasst werden. Studienreferendar Otto Genz ist Anfänger, musste daher zunächst einmal dem Unterricht seiner Fachlehrer beiwohnen und ist selbst nur verhältnismäßig kurze Zeit im Unterricht eingesetzt gewesen, da er bereits gegen Ende Januar 1940 zum Heeresdienst einberufen wurde. Alle Berichte stimmen darin überein, dass Genz mit großem Interesse an der Arbeit in der Schule teilgenommen hat, dass seine Vorbereitungen auf die Stunden stets recht sorgfältig gewesen sind und er mit Erfolg gearbeitet hat. Bei den Schülern ist er infolge seines frischen Auftretens sehr beliebt gewesen und auch seine Stellung zum Lehrkörper war durchaus erfreulich. Es lässt sich wohl mit Sicherheit behaupten, dass bei größerer Erfahrung Studienreferendar Genz einen recht tüchtigen und brauchbaren Lehrer für unsere Oberschulen abgeben wird.“<sup>9</sup>

Danach fand Genz' weitere Sozialisation wieder bei der Wehrmacht statt, die ihn am Ende zum Oberleutnant befördert hatte.

Otto Genz zeigte sich ambitioniert und war politisch der NS-Bewegung zugehörig. In seinem späteren Entnazifizierungsfragebogen gab er an, am 1.11.1934 in die SA eingetreten zu sein und am 1.11.1938 in die NSDAP.<sup>10</sup>

Bemerkenswert, was Otto Genz am 23.9.1941 an die Landesunterrichtsbehörde schrieb, um sich auf die Bewerberliste für Studien-Assessoren setzen zu lassen. Als Absender gab er an: „Zur Zeit Leutnant und Ordonnanzoffizier im Stabe Stellvert. Generalskommando XXI. A. K. Posen“. Über sich stellte er fest:

„Ich stamme aus einer Hamburger Familie, habe meine Ausbildung in Hamburg erhalten und hier meine Examina abgelegt. Bis zu meiner Einberufung zum Wehrdienst bin ich in den hiesigen Gliederungen der Partei und der Partei selbst, zuletzt als politischer Leiter, tätig gewesen und lege Wert darauf, in diesem Wirkungskreis meine Arbeit nach Kriegsende wieder aufzunehmen. Außerdem gedenke ich, in absehbarer Zeit zu heiraten.“<sup>11</sup>

Am 16.11.1942 bekräftigte er diesen Wunsch, diesmal aus dem Reservelazarett in Wien, als Oberleutnant.<sup>12</sup>

In kriegsbedingter Abwesenheit und auch in Abwesenheit von Schülern, die sich in der Kinderlandverschickung befanden oder gerade wieder nach Hamburg zurückgekehrt waren, ernannte ihn die Schulverwaltung am 17.11.1944 zum Studienrat auf Lebenszeit und versetzte ihn an die Oberschule für Jungen im Alstertal. Senatssyndikus Ernst Schrewe<sup>13</sup> gratulierte dem Oberleutnant Otto Genz:

„Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, dass Sie nach dem Siege alsbald Ihre Friedentätigkeit bei der Schulverwaltung mit Arbeitsfreude und in voller Gesundheit aufnehmen können.“<sup>14</sup>

Nach dem Krieg begann Otto Genz also seine Tätigkeit als Studienrat fast ohne praktische Erfahrung als Lehrer. Dafür war er durch den Krieg sozialisiert worden und hatte mehrere Monate durch „zwei schwere im Osten erlittene Verwundungen“ in Lazaretten zur Gesundung verbringen müssen. Hinzu kam, dass Otto Genz, der am 6.3.1943 in Posen geheiratet hatte, mit seiner Frau „am 3.1.1944 durch zwei feindliche Fliegerangriffe total ausgebombt war“.<sup>15</sup>

Das Entnazifizierungsverfahren erwies sich für Otto Genz offenbar als unproblematisch, seine formale Belastung war gering, in die SA war er als 20-Jähriger eingetreten und den größten Teil als Erwachsener hatte er als Offizier bei der Wehrmacht verbracht. Die Britische Militärregierung bestätigte ihn am 27.8.1945 und er konnte Erfahrungen als Studienrat sammeln am Gymnasium im Alstertal und ab dem 23.4.1953 am Matthias-Claudius-Gymnasium (MCG).<sup>16</sup>

Otto Genz war eine imposante Erscheinung, sichtlich geprägt durch die Jahre in Offiziersstäben. Am MCG kam er in ein Kollegium, das bei seinem Eintritt geleitet wurde von Johann Helbig, der jahrelang als NS-Gegner den Vorsitz in den Entnazifizierungsausschüssen für die höheren Schulen wahrgenommen hatte. Andererseits traf er auf Kollegen, die erheblich NS-belastet waren und jahrelang um die Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst gekämpft hatten. Auf einem Kollegiums-Foto aus dem Jahr 1954 ist Otto Genz abgebildet in einer Gruppe mit Walter Brockmöller<sup>17</sup>, Erwin Gottsleben<sup>18</sup> und Herbert Bieber<sup>19</sup>, was sich wahrscheinlich als zufällige Konstellation für den Fotografen ergeben hatte.

Otto Genz hatte zwei Förderer, die mit dem Nationalsozialismus überhaupt nichts zu tun hatten. Das war einmal Hans Wegner, Altphilologe, der vor 1933 schon Sozialdemokrat gewesen war, und nach 1945 als Schulleiter das Johanneum geleitet hatte. Nach dem Tod von OSR Heinrich Schröder fungierte er seit 1951 als Oberschulrat für die höheren Schulen.<sup>20</sup>

Die andere Person war der neue Schulleiter am MCG, Werner Rockel, Jahr-

gang 1907, der nach der Pensionierung von Johann Helbig am 1.4.1955 an dessen Stelle trat und der ebenfalls von Wegner gefördert worden war. Ursprünglich hatte Wegner Rockel auch als Schulleiter für das Wilhelm-Gymnasium in Erwägung gezogen. Über ihn hatte Hans Wegner in einem Vermerk notiert:

„Rockel war in der NS-Zeit Studienrat am Wilhelm-Gymnasium gewesen, verließ während des Dritten Reiches die Schule, weil er sich weigerte, der NSDAP beizutreten und war in dieser Zeit an einer privaten Vorbereitungsanstalt für das Abitur tätig. Im Frühsommer 1946 kam er an das Wilhelm-Gymnasium und ist seitdem dort mit großem Erfolg tätig. Herr Rockel ist ein ausgezeichnete Altphilologe. Er hat mit seiner letzten Klasse eine geradezu aufsehenerregende Aufführung der ‚Antigone‘ in griechischer Sprache veranstaltet und ist, obwohl er keine Fakultas dafür hat, wohl der beste Deutschlehrer der Schule. Er ist Vertrauenslehrer und Verbindungsmann der Schüler des Schülerausschusses zum Kollegium. Die Qualitäten Herrn Rockels, nach meiner Überzeugung auch für den Posten eines Direktors, sind eindeutig vorhanden. Ich hätte auch gar keine Bedenken, ihn beim Wilhelm-Gymnasium als Leiter vorzuschlagen, wenn ich nicht befürchten müsste, daß Herr Rockel vom Kollegium aus kaum mit einer Zustimmung rechnen könnte und nach einer etwaigen Ernennung mit Schwierigkeiten zu rechnen haben würde. Der Grund für diese Tatsache liegt darin, daß das Kollegium befürchtet, sogar mit Recht befürchtet, daß Herr Rockel kein ‚bequemer‘ Schulleiter sein wird. Er ist eine starke Persönlichkeit, die ihre Absichten sehr energisch durchsetzen würde und unter der das Kollegium aus dem etwas geruhsamen Schlaf aufgescheucht werden würde.“<sup>21</sup>

Das Ziel von Hans Wegner war, für die Hamburger Gymnasien gestandene und „starke Persönlichkeiten“ für die Leitungsfunktionen zu finden. Otto Genz galt als eine solche. In einem Gutachten vom 19.10.1961 schlug Walter Rockel Oberschulrat Wegner vor, Genz zum Oberstudienrat zu befördern. In seiner Begründung zählte er verschiedene bemerkenswerte Facetten von dessen Persönlichkeit auf. Zentrale Sätze lauteten dabei:

„Herr Dr. Genz gehört zu den profiliertesten Persönlichkeiten des Lehrerkollegiums; Schon sein Äußeres wirkt imponierend: seine gerade Haltung zeigt einen Mann, der in jedem Fall weiß, was er will, und der nicht zu übersehen und zu übergehen ist. Das Äußere paart sich mit einer aufrechten, grundanständigen menschlichen Haltung. Nie besteht bei ihm die Gefahr eines leichtfertigen Urteils, er wägt und prüft, bevor er ein Urteil fällt, das dann aber auch Hand und Fuß hat.“<sup>22</sup>

Und: „Obwohl Herr Dr. Genz als ein gestrenger Mann gilt, mit dem nicht gut Kirschenessen ist, gehört ihm die Achtung und das Vertrauen seiner Schüler, nicht umsonst haben die Vertreter der SMV ihn Ostern 1961 zum Vertrauenslehrer gewählt.“<sup>23</sup>

Auch pädagogisch stellte Schulleiter Rockel dem Studienrat Genz das allerbeste Zeugnis aus, indem er ihm bescheinigte, „in seinen Fachgebieten über Kenntnisse“ zu verfügen, „die weit über dem Durchschnitt liegen; seine überlegende und überlegene Art, den Unterrichtsstoff an die Schüler heranzutragen und sie zu selbständiger geistiger Arbeit zu erziehen, macht ihn zu einem erfolgreichen Lehrer. Hinzu kommt noch – und das bewerte ich höher als sein philologisches Wissen und unterrichtliches Können –, dass er ein Pädagoge mit Herz ist. Seine Fürsorge gilt in besonderem Maß den vom Leben stiefmütterlich behandelten jungen Menschen, die ohne Vater oder ohne Mutter aufwachsen oder deren Elternhäuser krank sind, und den Schülern, die in anderen Schulen gestrandet sind; ihnen ist er ein väterlicher Freund, der es versteht, mit Liebe und Härte ihr Vertrauen zu gewinnen, sie wieder zu sich selbst und auf den rechten Weg zu führen.“<sup>24</sup>

Ein besonderes Kriterium für Beförderungen zu Oberstudienräten war es in diesen Jahren, sich in der Ausbildung des Lehrernachwuchses zu engagieren:

„Seine Kenntnisse und reichen Erfahrungen stellt Herr Dr. Genz auch in den Ausbildungsdienst des philologischen Nachwuchses. Er weiß den Referendaren für ihren späteren Beruf wesentliche Kenntnisse und Erkenntnisse mitzugeben. Nicht zuletzt legt er es darauf an, ihnen die Augen zu öffnen für die große Verantwortung, die auf jeden Schulmeister wartet.“<sup>25</sup>

Als letztes Argument wies Werner Rockel auf die Verwaltungskompetenzen von Otto Genz hin, den er „mit Zustimmung der Schulbehörde zum Hausverwalter bestellt“ hatte, als er die Leitung der Schule übernahm:

„Die zusätzliche Belastung, die ihm mit diesem Amt aufgebürdet wurde, ist sehr groß, da der großzügige Erweiterungs- und Umbau der Schule nun schon Jahre währt und ein Ende noch nicht abzusehen ist. Mit seiner Umsicht und seinem Verantwortungsbewusstsein leistet er mir tatkräftige Hilfe.“<sup>26</sup>

Es war offenbar eine sogenannte „Bedarfsbeurteilung“, denn damit wurde Genz nicht nur zur Ernennung zum Oberstudienrat empfohlen, sondern ihm auch die Befähigung bescheinigt, „ohne Einschränkung ein Gymnasium zu leiten“.<sup>27</sup>

Es dauerte noch bis zum 1.7.1963 bis Otto Genz tatsächlich zum Oberstudienrat befördert wurde.<sup>28</sup>

Und dafür lieferte der Befähigungsbericht von Werner Rockel aus dem Jahre 1961, in ein neues Format gebracht, die Grundlage.

Als der bisherige Oberstudiendirektor des Gymnasiums in Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer, Kurt Minners, 1963 pensioniert wurde, schlug Oberschulrat Hans Wegener Otto Genz für die Nachfolge vor, aus dem Kollegium gab es ebenfalls zwei interessierte Kandidaten. Am 11.10.1963 fand eine Konferenz des Kollegiums statt, die ausführlich protokolliert wurde und auf der es zu einer heftigen Debatte



Kollegium des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer, 1975, Otto Genz im hellen Anzug, 4. v. l. Der damalige Junglehrer Ulrich Dombrowski steht in der vorletzten Reihe ganz rechts.

mit OSR Wegner kam: „Wie sich aus der wenig enthusiastischen Begrüßung des Herrn Oberschulrat durch das Kollegium und andere Unwillensäußerungen erkennen lassen, herrsche im Kollegium eine gewisse Verärgerung.“<sup>29</sup>

Ein selten zu findendes Dokument, in dem dargestellt wurde, wie das Kollegium das Schulverwaltungsgesetz interpretierte. Danach würden die „Grundsätze der Selbstverwaltung“ gewährleisten, dass „die Meinung des Kollegiums genügend berücksichtigt würde und das Kollegium unter dem Eindruck gestanden habe, dass es Aussichten auf Bestellung eines Leiters aus seiner Mitte habe“.<sup>30</sup>

Oberschulrat Hans Wegner äußerte dann deutlich seine Auffassung, nach der „diese Schule, nachdem jahrelang Herren des eigenen Kollegiums (Dr. Stempel, Dr. Detjen, Dr. Minners, Dr. Koops) zur Leitung der Schule bestellt worden seien, jetzt einen Schulleiter von außen erhalten“ sollte. Eine Verstärkung der Entscheidung der Behörde sei auch die Tatsache gewesen, dass „das Eimsbütteler Kollegium keinen Kandidaten mit überzeugender Mehrheit nominiert habe.“<sup>31</sup>

Die Verärgerung im Kollegium war unübersehbar. Es stand neben Otto Genz noch ein Kandidat einer anderen Schule zur Abstimmung und am Ende bekam Otto Genz von 25 stimmberechtigten Teilnehmern der Konferenz zwölf Stimmen, der andere Kandidat fünf Stimmen, bei sieben Enthaltungen und einem ungültigen Votum.<sup>32</sup>

Kein günstiger Start für den neuen Schulleiter am KaiFU, der dann nach der Probezeit von zwei Jahren in der Konferenz vom 20.9.1965 von 28 wahlberechtig-



ten Mitgliedern des Kollegiums allerdings 20 Fürstimmen bekam, bei fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.<sup>33</sup>

Bei dieser Konferenz, die von OSR Curt Zahn eröffnet wurde, verzichtete das Kollegium auf Vorschlag des Vertrauensausschusses auf eine Aussprache und stimmte sofort ab, sodass die Konferenz nach 26 Minuten beendet war. Schulsenator Wilhelm Drexelius bat den zuständigen Oberschulrat um eine kurze Beurteilung von Otto Genz, die Curt Zahn am 1.10.1965 vorlegte:

„Herr Dr. Genz hat seit Dienstantritt mit Eltern, Schülern und Kollegen gut zusammengearbeitet. Seine Stellung in der Schule wird durch eine natürliche Autorität bestimmt. Seine Urteile sind sorgfältig abgewogen und klar begründet. Seine erzieherischen Fähigkeiten und Vorstellungen erscheinen für das Gymnasium für Jungen in Eimsbüttel besonders günstig, denn seine Fürsorge gilt vor allem den Schülerinnen, die aufgrund häuslicher Verhältnisse besonderer Fürsorge bedürfen. Es gelingt ihm, ihr Vertrauen zu gewinnen und sie wieder zu sich selbst zu führen. Als Schulleiter halte ich ihn für voll geeignet.“<sup>34</sup>

Die Ernennungsurkunde zum Oberstudiendirektor wurde am 1.2.1966 ausgestellt.<sup>35</sup>

Als die Bundesrepublik Deutschland sich im Jahre 1967 verändert hatte und die Notwendigkeit eines Bildungsaufbruchs diskutiert wurde, feierte das KaiFU sein 75-jähriges Jubiläum und der neue Schulleiter Genz offenbarte in dem Grußwort der Festschrift zu diesem Anlass seine konservative Grundhaltung, wie Rainer Nicolaysen schrieb:

„Gegen die damals diskutierte Einführung von Gesamtschulen zur sozialen Integration und Leistungsförderung aller Schüler brachte er die Behauptung in Anschlag, beide Ziele würden an seiner Schule ohnehin schon seit 75 Jahren erreicht; der Tenor insgesamt: Tradition und Gegenwart seien am KaiFU intakt.“<sup>36</sup>

Selbst der Vertreter der Schulbehörde, OSR Curt Zahn, setzte in seinem Grußwort einen deutlich anderen Akzent. Unter dem Motto „Erziehung zur Freiheit“ forderte er dazu ausdrücklich auf, die Geschichte der eigenen Schule anlässlich ihres Jahrestages kritisch zu untersuchen. „In Kommentierung einer nationalistischen Rede, die bei der Eröffnung des Schulgebäudes im Januar 1913 gehalten worden war, erklärte er, wichtiger als Ordnungsstrukturen sei die Gerechtigkeit, mehr als der Fleiß sollte die Wahrheit gelten: ‚Die Erziehung zum Misstrauen sollte früh beginnen und stärker betont werden als das Vertrauen in die Obrigkeit.‘“<sup>37</sup>

Otto Genz, über den es in einer zentralen Beurteilung hieß, dass er „eine imponierende Gestalt war, mit einer geraden Haltung, ein Mann, der in jedem Fall weiß, was er will, und der nicht zu übersehen und zu übergehen ist“ und als „ein gestrenger Mann gilt, mit dem nicht gut Kirschenessen ist“, konnte mit diesen Eigenschaften

und der ihm ebenfalls nachgesagten sozialen Einstellung die Schule offenbar erfolgreich leiten. Probleme bekam er dann in der Konfrontation mit Personen, die aus der anti-autoritären Schüler- und Studentenbewegung kamen.

1975 gab es einen spektakulären Fall an der von Otto Genz geleiteten Schule. Es war die Zeit, in der die Schulen und Hochschulen politisiert worden waren, sich eine anti-autoritäre Bewegung entwickelt hatte, die sich gegen die Restauration der Bundesrepublik wehrte, gegen autoritäre Strukturen und in der die Hochschulen, Schulen und andere Bildungseinrichtungen politisiert wurden. Dies hätte eine andere Kommunikation erfordert und ein anderes Verständnis davon, wie Bildungssysteme strukturiert und geleitet sein müssten.

Ulrich Dombrowski, Lehrer am KaiFU von 1974 bis 2003, erinnerte sich an seine ersten Berufstage an dieser Schule:

„Es war die Zeit nach dem Putsch in Chile. Die KaiFU-Schülerinnen waren sehr politisiert, einige hatten irgendwann ihre Gitarren mitgebracht und in der Pelikan-Halle während der Pause spanische/südamerikanische Freiheitslieder angestimmt. Das störte eine Kunstkollegin gewaltig, sie wollte das untersagt wissen und trug ihr Anliegen in der Konferenz vor. Es folgte ein Hin und Her, das falle unter freie Meinungsäußerung, es dürfe keine politische Zensur geben und so weiter. Andere sprangen der Gestörten bei: Der Antrag habe nichts mit Politik zu tun, es ginge doch lediglich um die Lärmbelästigung. Abstimmung: überwältigende Mehrheit für das Gesangsverbot. Gegenstimmen: acht! Kommentar des Schulleiters nach dem ‚unpolitischen Antrag‘: ‚Jetzt wissen wir wenigstens, wie viele Kommunisten wir im Kollegium haben.‘“<sup>38</sup>

Welcher Geist bei manchen Lehrer-Kollegen zu diesem Zeitpunkt – 1974 – noch herrschen konnte, stellte der damalige Junglehrer kurz darauf fest:

„Ich weiß nicht, ob es noch am selben Tag war oder ein, zwei Tage nach meinem Einstieg ins KaiFU, als ich von der mir anvertrauten elften Klasse, mit der ich versuchte ins Gespräch zu kommen, erfuhr, mein Vorgänger habe coram publico erklärt: ‚Wisst Ihr, was das schönste Erlebnis meines Lebens war? Der Anblick des brennenden Prag.‘ Tja, es waren ja auch erst 25 Jahre nach Kriegsende!“<sup>39</sup>

Es war die Zeit, in der in der Bundesrepublik, ausgehend von Hamburg, Berufsverbote gegen linke Lehrer exekutiert wurden und in der es für Schulleiter nicht mehr ausreichen sollte, dass mit ihnen „nicht gut Kirschenessen“ war.

Das Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer wurde 1975 erschüttert durch die Auseinandersetzung mit dem damals 38-jährigen Politik- und Gemeinschaftskunde-



Otto Genz, 1967

lehrer Gerd Heide, der mit den Schülern seiner zehnten Klasse eine Unterrichtseinheit zum Thema Vietnam durchgeführt hatte und darüber eine Klassenarbeit schreiben ließ, die von der Schulleitung und der Schulbehörde als „einseitige Indoktrination“ gewertet wurde. In deren Zusammenhang war der Studienrat Gerd Heide suspendiert und ihm durch Schulleiter Otto Genz ein Hausverbot ausgesprochen worden. Als Heide sich nicht daran hielt und die Schule betrat, um mit den Schülern weiter zu arbeiten, rief die Schulleitung die Polizei und die Schule wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot geräumt.



Gerd Heide, 2018

So stellte sich der Fall für mich dar, bevor ich mich, 43 Jahre danach, mit Gerd Heide darüber unterhielt.<sup>40</sup> Er schilderte den Ausgangspunkt so, dass zwei Schülerinnen, die das Schreiben der Arbeit vermeiden wollten, zum Schulleiter gegangen waren mit der Aussage, sie würden eine schlechte Note bekommen, wenn sie ihre Meinung sagen würden. Daraufhin war Schulleiter Otto Genz zu Gerd Heide gekommen, hatte sich die Arbeit zeigen lassen und ihm gesagt, wenn er „ihm einen kollegialen Rat geben sollte, verschieben Sie die Arbeit“. Gerd Heide dankte für den kollegialen Rat und antwortete, dass er dies nur

täte, wenn er dafür eine dienstliche Anweisung bekommen würde. Er meinte, dass man aufgrund einer Intervention von zwei Schülerinnen eine Klassen-Arbeit nicht verschieben könne, das würde sich herumsprechen. Die Arbeit wurde geschrieben und nachdem Gerd Heide sie eingesammelt hatte, habe er das Gefühl gehabt, hier würde etwas losgehen. Er fotokopierte alle Arbeiten, bevor er sie am Abend auf Anweisung einreichen musste. Daraufhin ging alles sehr schnell. Er wurde suspen-



Gerd Heide und Otto Genz, 1975

diert und erhielt ein Hausverbot für alle Hamburger Schulen. Als er am nächsten Tag die Schule betreten wollte, versuchte der stellvertretende Schulleiter Bode ihn daran zu hindern. Schülerinnen und Schüler der zehnten Klasse sicherten seinen Durchgang. Die Schulleitung rief die Polizei, die ankommenden zwei Peterwagen mussten angesichts der entschlossenen Schüler, die ihren Lehrer schützend umringten, wieder abgezogen werden. Am nächsten Tag war das ganze Viertel um die Schule herum von der Polizei dominiert. Eine Hundertschaft war angerückt, zwei Polizisten hatten sich im Keller



Demonstration der Schülerinnen und Schüler am KaiFU, 1975. Gerd Heide mit Megafon.

des Wohnhauses von Gerd Heide in der Isestraße postiert. Als er am Tag darauf das Haus verließ, um in die Schule zu fahren, wurde das von den postierten Polizisten weitergemeldet und nach Betreten des Schulgebäudes wurde Gerd Heide verhaftet und nach Alsterdorf gebracht. Zwei Stunden später brachten die Schüler ein Flugblatt heraus und die Unruhe in der Schule war entfacht.

Am 7.5.1975 war Gerd Heide „aus der Schule geflogen“, zwei Tage vorher hatte die GEW ihn aufgrund des „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ ausgeschlossen. Ein befremdliches Detail.

Gerd Heide blieb bis zur letzten Instanz Ende 1981 mit der Hälfte des Gehaltes suspendiert. Das Disziplinarverfahren wurde von dem damals berüchtigten Richter Nils Graue geführt und Gerd Heide aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Er hatte sich inzwischen an der Privatschule Luisenlund in Schleswig-Holstein beworben und arbeitete dort seit Januar 1982 als Lehrer für Kunst und Geschichte bis zu seiner vorzeitigen Pensionierung 1998.<sup>41</sup>

Aufschlussreich erscheint, wie Gerd Heide den Schulleiter Otto Genz retrospektiv schilderte. Genz hatte jeden neuen Lehrer an der Schule im ersten Gespräch gefragt: „In welchem Regiment haben Sie gedient?“ Heide bezeichnete ihn 2018 als „reaktionären Kommisskopf, ein Opportunist, aber kein schlechter Kerl“. Und bemerkenswert war zudem, dass Gerd Heide



Gerd Heide wird abgeführt.

1991 ein Gnadengesuch an den Senat gestellt hatte, mit Unterstützung des ehemaligen Schulsenators Joist Grolle, des ehemaligen Staatsrates Hermann Granzow und der Schulsenatorin Rosemarie Raab. Der Senat lehnte dies allerdings ab.<sup>42</sup>

Ob der Konflikt durch anderes Schulleiterhandeln anders hätte gelöst werden können, ist fraglich. Auf jeden Fall waren Schulen 1975 nicht mehr nach den Regeln einer hierarchisch organisierten Wehrmacht zu leiten und benötigten andere Leitungskompetenzen. Andererseits war dieser Fall auch ein spezieller, da es hier auch darum ging, „den antiimperialistischen Kampf“ politisch in der Schule zu thematisieren. Gerd Heide gehörte der maoistischen KPD an, für die er 1976 als Direktkandidat in Eimsbüttel zum Bundestag kandidierte. Die Zeitung der KPD schrieb über den Fall damals:

„Gerd Heide, 39 Jahre, Lehrer, verheiratet, zwei Kinder. Nach zunächst spontaner Beteiligung an verschiedenen antiimperialistischen Aktionen fand er in der Auseinandersetzung mit der Politik der KPD den Weg an die Seite der Arbeiterklasse. Im Mai 1975 wurde er vom Hamburger SPD-Senat vom Schuldienst suspendiert, weil er im Geschichtsunterricht über die Wahrheit des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes gesprochen hatte. Gemeinsam mit Schülern und Eltern kämpfte er gegen das drohende Berufsverbot und seinen Gewerkschaftsausschluss, trotz Polizeieinsatzes konnte so mehrmals die Fortsetzung seines Unterrichts durchgesetzt werden, die Eltern der Nachbarschule wählten ihn in den Elternrat. Sein Fall politischer Unterdrückung fand internationale Solidarität, er wurde beispielsweise eingeladen vom schwedischen Komitee gegen die politische Unterdrückung in Deutschland. Er ist Vorstandsmitglied der Initiative für den Aufbau eines Bundes sozialistischer Lehrer und Erzieher.“<sup>43</sup>

Und an anderer Stelle: „Herr Heide erzog die Schüler zu einer parteilichen Haltung, zur Unterstützung des gerechten Standpunktes des vietnamesischen Volkes und zur Verurteilung der Aggression der USA. Als Herr Heide und seine Schüler gegen die Entlassung protestierten, stundenweise einen Streit organisierten und unter Beteiligung von mehr als 200 Schülern der Unterricht mit dem mit Hausverbot belegten Lehrer fortgeführt wird, räumten über 100 Polizisten gewaltsam die Schule, schleiften Herrn Heide an den Haaren aus dem Gebäude und verletzten ernsthaft mehrere Schüler. Zwei Tage später wird Herr Heide morgens vor seiner Wohnung auf dem Weg zur Schule von Zivilpolizei überfallen und bis zum Nachmittag nach faschistischem Vorbild in Vorbeugehaft genommen, damit er nicht auf einer Schülerversammlung sprechen kann.“<sup>44</sup>

In einer Meldung der „Welt“ vom 15.5.1975 unter der Überschrift „Polizei führte uneinsichtigen Radikalen ab“ hieß es:

„Mit einer vorläufigen Festnahme und der Aufnahme der Personalien endete

gestern der Versuch des 38-jährigen Studienrats Gerd Heide, seine Agitation im Gebäude des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer fortzusetzen. Wegen Indoktrination im Unterricht war der Lehrer, der dem kommunistischen ‚Edwin-Hoernle-Bund‘ angehört, am vergangenen Mittwoch von der Schulbehörde seines Dienstes vorläufig entbunden und mit einem Hausverbot für alle Schulen der Hansestadt belegt worden. Auch die Schulbehörde darf der Studienrat nicht mehr betreten. ‚Ich komme wieder‘, hatte Heide schon am vergangenen Freitag angekündigt, als er trotz des Hausverbots in der Schule ein Flugblatt verteilt und erst nach wiederholter Aufforderung durch die Polizei das Gebäude verlassen hatte. Heide kam wieder – und auch die Polizei. Als der Lehrer das Gebäude betrat, habe sich – so verlautet es aus dem Kollegium der Schule, der stellvertretende Schulleiter ‚brachial gegen ihn gestemmt‘ und ihn aufgefordert, dem Hausverbot Folge zu leisten – vergeblich. Als der Studienrat vor der Aula der Schule im zweiten Stock vor etwa 100 Schülern eine Stellungnahme zu den Vorwürfen der Schulbehörde abgeben wollte, griff ein Teil der draußen postierten Polizeibeamten, nach Aussagen von Schülern etwa 40, ein. Die versammelten Schüler bildeten ein Ring um die Lehrer, die Beamten griffen zum Schlagstock, um sich den Weg zu bahnen. Gerd Heide selbst gab an, er sei mit ‚massiven Mitteln abgeführt worden‘. Schüler äußerten, Beamte hätten unter anderem unbeteiligten Mädchen Haare herausgerissen. Die Polizei: ‚Hier lag ein klarer Fall von Hausfriedensbruch vor.‘<sup>45</sup>

Die Schulbehörde hatte Gerd Heide insbesondere die Aufgabenstellung seiner Klassenarbeit vom 7.4.1975 in der Klasse 10c des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer zum Thema Vietnam vorgehalten. Die Aufgabenstellung lautete:

„1. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat das vietnamesische Volk mehrmals imperialistische Aggressoren besiegt und zu Friedensabkommen gezwungen.

a.) Welche Friedensabkommen waren das? (Vertragsparteien, Datum bzw. Jahr)

b.) Welches waren die wichtigsten, allen diesen Abkommen gemeinsamen Punkte?

2. Welche Tatsachen und Handlungen der BRD laufen den Bestimmungen des Pariser Friedensabkommens zuwider? (Nur die wichtigsten nennen und mit den Bestimmungen des Abkommens begründen.)

3. Das vietnamesische Volk, das auch heute noch zum großen Teil aus Bauern besteht und dessen Industrie noch schwach entwickelt ist, hat die mächtigste Militärmaschinerie der Welt – die USA – geschlagen und aus dem Lande gejagt.

Wodurch war das möglich?

Lege kurz Deine Meinung dar und begründe sie!<sup>46</sup>

Das „Verbot der Führung der Dienstgeschäfte“ wurde gegenüber Gerd Heide damit begründet:

„Als der Schulleiter Dr. Genz Sie unmittelbar vor Beginn dieser Klassenarbeit auf das Bedenkliche Ihres Vorgehens aufmerksam machte, erklärten Sie ihm, Sie bestünden auf der Ausführung der Arbeit und seien bereit, die Konsequenzen auf sich zu nehmen, weil Sie sich als Lehrer verpflichtet fühlten, auch vor Schülern ‚verbotene Wahrheiten‘ offen und dezidiert auszusprechen. Hier besteht der dringende Verdacht, dass Sie sich einer Indoktrination der Ihnen im Rahmen des Sozialkundeunterrichts der Klasse 10c anvertrauten 15- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schüler und damit – wegen eklatanten Verstoßes gegen Ihren Erziehungsauftrag – eines Dienstvergehens schuldig gemacht haben. Zwar ist die Behandlung der Unterrichtseinheit ‚Vietnam‘ im Fach Sozialkunde/Politik unter Zugrundelegung der geltenden Richtlinien und Lehrpläne nicht zu beanstanden. Als Lehrer sind Sie aber verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die Schüler die Argumentation für verschiedene Standpunkte begreifen lernen, um sich ein selbständiges Urteil bilden zu können. Es gehört zu den fundamentalen Erziehungsprinzipien, dass der Lehrer seinen Unterricht nicht auf der Grundlage einseitig ausgerichteten Materials erteilt, sondern den Grundsatz der in der Schule gebotenen Ausgewogenheit des Unterrichts beachtet. Im vorliegenden Fall wird bereits durch den Fragenkatalog der Klassenarbeit innere Parteilichkeit eindeutig erkennbar. Durch indoktrinierend/suggestiv formulierte Fragen, durch die die Schülerantworten geradezu vorprogrammiert‘ sind (weil das wesentliche Ergebnis bereits in den Fragen vorweggenommen wird!) werden 15- bis 16-jährige Schüler im Sinne Ihrer persönlichen, vorgefassten politischen Meinung beeinflusst. Dies verstößt gegen den Erziehungsauftrag unabhängig davon, wie man die politische Meinung als solche bewertet.“<sup>47</sup>

Hier trafen zwei Welten aufeinander und es wäre möglicherweise auch einem Schulleiter mit anderer Grundlage als Otto Genz nicht gelungen, diese Auseinandersetzung im Vorfeld der massiven Konfrontation produktiv zu lösen.

Im Weiteren war Otto Genz in den folgenden Jahren, von 1976 bis 1978, mehrfach als Zeuge in juristischen Verfahren gefordert und musste bei der Schulbehörde um Aussagegenehmigung nachfragen, die ihm im Fall Gerd Heide und in anderen Fällen gewährt wurde.<sup>48</sup> Das letzte Mal am 8.1.1978 in einem Verfahren gegen Gerd Heide.<sup>49</sup>

Ob diese Auseinandersetzung der Gesundheit von Otto Genz zusetzte, ist nicht bekannt. Er starb kurz darauf, am 16.11.1978.<sup>50</sup>

Landesschulrat Wolfgang Neckel kondolierte der Witwe und schrieb, dass alle seine Mitarbeiter und die Vertreter des Amtes für Schule, die Otto Genz „aus langjähriger Zusammenarbeit kannten, mit Bestürzung und Trauer auf dessen Ableben“ reagiert hätten. Es bleibe in Erinnerung, dass Otto Genz „die Schule mit fester Hand unbeirrt durch die Unruhe, die die junge Generation erfasst hatte“ geführt habe.

„Er suchte ihrer Unsicherheit mit tatkräftiger Konsequenz zu begegnen. Er verlangte von seinen Mitarbeitern nur das, was er selbst zu leisten bereit war: gewissenhafte Pflichterfüllung, Fairness und Sachlichkeit in der Auseinandersetzung.“<sup>51</sup>

Man könnte es auch anders sehen. Der ehemalige Lehrer am Kaifu, Ulrich Dombrowski, notierte noch eine weitere Erinnerung:

„Der Geist, den ich am ersten Schultag erlebt habe, blieb noch lange in der Schule gespenstisch lebendig. So war er unter anderem maßgeblich beteiligt an einem Berufsverbot. Das basierte auf an Haaren herbeigezogenen Gründen und wurde dergestalt vollstreckt, dass ein Kollege mit massivem Polizeieinsatz aus dem Unterricht geholt und auf die Schüler, die sich schützend vor ihn stellten, eingepürgelt wurde. Es soll Mitglieder des Kollegiums gegeben haben, die dabei zuschauten und genüsslich grinsten. Dazu passt das Verhalten eines der späteren Schulleiter, an dessen Berufung ich mich als Mitglied des Findungsausschusses mitschuldig gemacht habe. Als der Sohn des mit Berufsverbot bestrafte Kollegen bei der Abiturfeier die Konsequenzen schilderte, die das Berufsverbot des Vaters für ihn als Kind und Jugendlichen bedeutet hat, gab es von besagtem Schulleiter in der vollbesetzten Aula den Kommentar, er sehe, dass er sich korrigieren müsse und hinfort nicht mehr von Reife-, sondern nur noch von Abiturzeugnissen sprechen werde. Ja, die Schulleiter des KaiFU!“<sup>52</sup>

## Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografie Ernst Dätz, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 587 ff.; die Biografie Alexander Stempel befindet sich in diesem Band.
- 2 Personalakte Otto Genz, StAHH, 361-3\_A 2614
- 3 Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Siehe die Biografie Theodor Mühe, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 371 ff.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Bericht vom 14.1.1941, Personalakte a. a. O.
- 9 Bericht vom 20.1.1941, Personalakte a. a. O.
- 10 Schreiben vom 23.9.1941, Personalakte a. a. O.
- 11 Schreiben vom 23.9.1941, Personalakte a. a. O.
- 12 Personalakte a. a. O.
- 13 Siehe die Biografie Ernst Schrewe, de Lorent 2017, S. 82 ff.
- 14 Schreiben vom 17.11.1944, Personalakte a. a. O.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Siehe die Biografie Walter Brockmöller, in: de Lorent 2016, S. 336 ff.
- 18 Siehe die Biografie Erwin Gottsleben, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 369 ff.



- 19 Siehe die Biografie Herbert Bieber, in: de Lorent 2017, S. 309 ff.
- 20 Siehe Uwe Reimer: Das Johanneum in der Nachkriegszeit. Innenansichten einer Hamburger Traditionsschule, Hamburg 2016, S. 13 und 55.
- 21 Ernennungsvermerk Wegners für Senator Prof. Dr. Wenke vom 30.11.1954, Personalakte Franz Bömer, StAHH, 361-3\_A 4119. Siehe auch die Biografie Bömer, in: de Lorent 2017, S. 658 ff.
- 22 Gutachten vom 19.10.1961, Personalakte a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ernennungsvorschlag durch Senator Wilhelm Drexelius vom 1.7.1963, Personalakte a. a. O.
- 29 Konferenzprotokoll vom 11.10.1963, Personalakte a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Konferenzprotokoll vom 20.9.1916, Personalakte a. a. O.
- 34 Vermerk vom 1.10.1965, Personalakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Rainer Nicolaysen: Von der Oberschule für Jungen in Eimsbüttel zum Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, in: Der Pelikan: 125 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer. Eine Sonderausgabe. Hamburg 2017, S. 32.
- 37 Ebd.
- 38 Ulrich Dombrowski: 1974, in: Der Pelikan, Sonderausgabe 2017, S. 47.
- 39 Ebd.
- 40 Gespräch mit Gerd Heide am 2.5.2018.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 „Roter Morgen“ Nummer 38 vom 22.9.1978, S. 8. Abgedruckt auch in: <http://www.mao-projekt.de>
- 44 <http://www.mao-projekt.de>
- 45 „Welt“ vom 15.5.1975.
- 46 Schreiben von Schulsenator Günter Apel an Gerd Heide von 7.5.1975, [http://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/AO/KPD\\_informiert\\_1976\\_Politische\\_Justiz.shtml](http://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/AO/KPD_informiert_1976_Politische_Justiz.shtml)
- 47 Ebd.
- 48 Personalakte a. a. O.
- 49 Personalakte a. a. O.
- 50 Personalakte a. a. O.
- 51 Schreiben vom 20.11.1978, Personalakte a. a. O.
- 52 Dombrowski 2017, S. 47.

## Hans Langhein

**„Er war ernst zu nehmen, eine Gefahr für Lehrer und Schüler mit kritisch-distanzierter Haltung, selbst wenn er sich lächerlich machte mit seinem penetranten Bekenntnis zum Nationalsozialismus.“**

Ein fanatischer Nationalsozialist war der Turnlehrer am Johanneum, Hans Langhein. Auch seine Frau Olga Frieda und der Sohn, Hans-Hermann Langhein, waren Funktionäre in nationalsozialistischen Organisationen.

Während der Vater Hans Langhein als NSDAP-Ortsgruppenleiter nicht wieder in den Hamburger Schuldienst eingestellt wurde, erhielt sein Sohn, der hauptamtlicher HJ-Funktionär gewesen war, die Möglichkeit, nach 1945 das Referendariat zu beginnen und machte später Karriere als Oberstudiendirektor eines Hamburger Gymnasiums. Kontinuitäten einer Hamburger Lehrerfamilie.

Hans Langhein wurde am 1.9.1887 in Hamburg geboren.<sup>1</sup> In seinem Entnazifizierungsfragebogen gab er am 28.5.1945 als Geburtsort an: Deutsches Reich.<sup>2</sup>

Er besuchte von 1894 bis 1903 die Seminarschule in der Binderstraße und wechselte danach auf das Lehrerseminar, das er mit der ersten Lehrerprüfung 1909 abschloss. 1912 bestand er auch die zweite Lehrerprüfung und legte darüber hinaus die Turnlehrerprüfung ab. Danach arbeitete er als Volksschullehrer an der Seminarschule Binderstraße 34, wo er als Volksschullehrer zu der kleinen Minderheit gehörte, die nicht in der „Gesellschaft der Freunde“ organisiert war.<sup>3</sup>

Von 1914 bis 1918 kämpfte Langhein im Krieg, „meine Frontjahre“, wie er das nannte.<sup>4</sup>

Am 1.4.1925 wechselte Hans Langhein an die Gelehrtenschule des Johanneums, wo er als technischer Lehrer beschäftigt wurde. Damit war sein Status an der Schule definiert, in einer Anstalt mit einer „Riege der hoch respektierten Altphilologen“ war Langhein, ohne akademische Vorbildung, für den Turnunterricht zuständig. Uwe Reimer, der die Geschichte der Lehrerschaft am Johanneum während der NS-Zeit und auch nach 1945 geschrieben hat, notierte über ihn:

„Langhein war von Beginn seiner Tätigkeit am Johanneum bemüht, sich für die Schule einzusetzen. Er leitete die ‚Wandervereinigung des Johanneums‘, über deren Ausflüge er gern und oft in der Zeitschrift des Johanneums berichtete. Jahr für Jahr organisierte er das Turn- und Spielfest der Schule auf der Kampfbahn im Stadtpark, wofür Schulleiter Edmund Kelter ihm ausdrücklich Dank abstattete.“<sup>5</sup>

Diese Wertschätzung für den technischen Lehrer Langhein drückte Schulleiter Prof. Kelter in einem Schreiben an Oberschulrat Prof. Wolfgang Meyer dadurch aus,

dass er für ihn die Beförderung vom technischen Lehrer zum Studienrat beantragte mit der Begründung:

„Der Turnlehrer, Herr Langhein, hat den noch bis vor zwei Jahren völlig im Argen liegenden Turnbetrieb des Johanneums zu achtungsgebietender Höhe gebracht, die Oberklassen, die sich zunächst vornehm ablehnend verhielten, mit Begeisterung für sein Fach erfüllt und auch verschiedentlich in der Öffentlichkeit wie beim ersten Sportfest des Johanneums sehr gute Leistungen gezeitigt. Auch hat er die sonst mit dem Turnbetrieb betrauten Herren durch freiwillige Vorturnerstunden in seinem Sinne erzogen und zu fruchtbarer Mitarbeit zum gemeinsamen Ziele gewonnen.“<sup>6</sup>

Dies war eine schlüssige Argumentation für den Oberschulrat Meyer, der gleichzeitig Vorsitzender der Hamburger Turnerschaft war. Tatsächlich spiegelte sie nicht die wirkliche Wertschätzung für den Lehrer Langhein an der Schule wieder, der sich nach Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft noch deutlicher präsentierte.

„Mit der Errichtung der NS-Diktatur kam Langheins große Stunde“, stellte Uwe Reimer fest.<sup>7</sup>

Hans Langhein war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten und zunächst Zellenwaller, später stellvertretender Ortsgruppenamtsleiter in Fuhlsbüttel geworden, während des Krieges sogar Ortsgruppenleiter. Langhein war gleichzeitig NSLB-Mitglied und in die NSV eingetreten. In seinem Entnazifizierungsfragebogen hatte er angegeben, früher Mitglied der DNVP gewesen zu sein.<sup>8</sup>

„Plötzlich war er wichtig geworden – verfügte über einen Mitarbeiterstab, war zuständig für die ‚politische und weltanschauliche Führung und Ausrichtung‘ der ihm unterstellten Parteigenossen und hatte disziplinarische Gewalt. In der Schule verstand er sich als verlängerter Arm der Partei, sichtbar schon daran, dass er auch in der Schule Uniform trug. Er hatte im Blick, dass Flaggenappell und Absingen des Horst-Wessel-Liedes ordnungsgemäß erfolgten. Als ‚Vertrauenslehrer der HJ‘ stand er im engen Einvernehmen mit dem zuständigen Bannführer.“<sup>9</sup>

Der Schulleiter, Werner Puttfarken, ebenfalls Nationalsozialist der ersten Stunde mit antisemitischer Grundhaltung<sup>10</sup>, bekam jetzt in anderer Weise mit Hans Langhein zu tun. „Gegenüber der Schule fühlte sich Langhein stark. Respektlos und vulgär, dabei seine eigene Bedeutung herausstreichend, verschwand er aus dem laufenden Unterricht mit der Bemerkung: ‚Ich muss mal eben zu Puddi rauf.‘ Mit ‚Puddi‘ war Direktor Puttfarken gemeint. Willi Thede gab später im Beratenden Ausschuss zu Protokoll, dass Langhein einen ‚starken Einfluss auf den damaligen Schulleiter‘ ausgeübt habe, ‚der sich dem Druck nicht immer entziehen konnte‘. So bestellte er Langhein zum Vertrauenslehrer der HJ.“<sup>11</sup> Hier schließt sich ein Kreis, denn der älteste Sohn von Hans Langhein, Hans-Hermann Langhein war nicht nur Schüler am Johanneum sondern auch Funktionär in der HJ.



Kollegium des Johanneums 1938: Schulleiter Werner Puttfarken sitzt vorn in der Mitte; schräg rechts hinter ihm Hans Langhein in Uniform: „Ich muss mal eben zu Puddi rauf.“ Willi Thede steht in der 3. Reihe, 3. v. r.

Sportlehrer Hans Langhein nahm sich insbesondere der vormilitärischen Ausbildung der Schüler an. „Er brachte ihnen das Schießen mit Kleinkalibergewehren bei – auf Kosten der Eltern: Finanziert wurden die teuren Waffen und Munition durch die Schüler selbst: Bei jeder Übung hatten sie ein bestimmtes Entgelt zu entrichten.“<sup>12</sup>

Uwe Reimer schrieb auch, dass Hans Langhein sicherlich „eine Gefahr für Lehrer und Schüler mit kritisch-distanzierter Haltung gewesen“ sei. „Er war ernst zu nehmen, selbst wenn er sich lächerlich machte mit seinem penetranten Bekenntnis zum Nationalsozialismus.“<sup>13</sup>

Uwe Reimer hatte für seine Arbeit mit vielen ehemaligen Schülern des Johanneums gesprochen, die erzählten, dass Hans Langhein „mit Kriegsbeginn und damit einhergehender Lehrerknappheit fachfremd Biologieunterricht erteilen musste“ und dies zur „weltanschaulichen Schulung nutzte“. Dabei offenbarten sich Langheins fachliche und intellektuelle Defizite immer deutlicher. „Gegen das spöttische Verhalten der älteren Schüler wusste er sich nicht anders zu helfen, als sie vor die Tür zu stellen. Als er dann – aus Hilflosigkeit und als letztes Mittel sozusagen – nur noch aus ‚Mein Kampf‘ vorlas, mussten sich die Schüler mit spitzen Bemerkungen allerdings zurückhalten. Zu großer Belustigung kam es, als er, mit Hilfe der Mendelschen Regeln aus einem weißen und einem schwarzen Pferd ... eineinhalb Pferde kreierte‘. Er wurde abfällig ‚Du‘ genannt, weil er Schüler, sogar Primaner, mit ‚Du Idiot du!‘ anzurempeln pflegte. Selbst jüngeren Schülern vermochte er nicht zu

imponieren, dafür war sein Ausdrucksvermögen zu primitiv, ‚jeden Satz, den er an uns richtete, mit ‚Du‘ beginnend und in einem breiten, ungepflegtem Hamburgisch fortsetzend‘.“<sup>14</sup>

Bei aller Macht als nationalsozialistischer Funktionär, sicherlich kein leichtes Pädagogenleben.

Wirklich schwierig wurde es für Hans Langhein allerdings erst 1945, als der nationalsozialistische Schutz für ihn zusammenbrach.

Am 22.10.1945 teilte ihm Schulsenator Heinrich Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung seine Entlassung aus dem Schuldienst mit. Als Politischer Leiter wurde er im Januar 1946 verhaftet und für sieben Monate in das Internierungslager Neuengamme überwiesen.<sup>15</sup>

Danach war Langhein zunächst arbeitslos, ab März 1947 fand er eine Anstellung als Holzfäller bei einer Fuhlsbüttler Firma.<sup>16</sup>

In seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 9.7.1947 gab Langhein auch an, dass seine Frau Olga Frieda, mit der er seit dem 1.10.1912 verheiratet war und zwei Söhne hatte, Ortsfrauenschaftsleiterin gewesen war und sein ältester Sohn, Hans-Hermann, Bannführer bei der HJ.

Hans Langhein selbst hatte noch die Funktion eines Schulungsleiters beim Reichsluftschutzbund innegehabt.<sup>17</sup>

Am 9.7.1947 schrieb Hans Langhein an den Berufungsausschuss 3 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten und legte sachlich und schlicht seine politischen Funktionen offen. Er erklärte:

„Am 1.5.1933 bin ich Mitglied der NSDAP geworden und habe dort aus Idealismus und in der festen Überzeugung mitgearbeitet, meinem Vaterlande damit zu dienen. Irgendeine Entschädigung für meine Mitarbeit habe ich niemals erhalten, noch sind mir irgendwelche Vorteile daraus erwachsen. Ich habe im Gegenteil meine freie Zeit, Arbeitskraft und Geld geopfert. Meine Tätigkeit in der NSDAP begann ich im Juni 1933 als Zellenwalter im NSLB. Als solcher hatte ich aufgrund der mir vom Kreiswalter zugestellten Unterlagen die Mitglieder (etwa 50) in Blocks einzuteilen, Blockwalter zu bestellen, Beiträge zu kassieren, Karten und Zeitschriften zu verkaufen usw. 1934 wurde ich zum Ortsgruppenamtswalter der neugebildeten Orstgruppe Flughafen bestellt. Die Arbeit spielte sich in demselben, nur größeren Rahmen ab, verlagerte sich aber immer mehr in die Fachschaften und Schulen und hörte schließlich ganz auf. In meiner Eigenschaft als Vertreter des NSLB wurde ich gleichzeitig mit der Schulung der politischen Leiter beauftragt. Da mir jede rednerische Begabung fehlte, habe ich die politischen Leiter in kleinen Gruppen (je 25–30 Mann) eingeteilt und mit ihnen in dem Buch ‚Mein Kampf‘, in den Schulungsbrie-

fen und sonstiger NS-Literatur gelesen. Zu größeren Veranstaltungen bestellte die Ortsgruppe Kreis- oder Gauredner.“<sup>18</sup>

Infolge des Krieges, schrieb Langhein, wurden viele NSDAP-Funktionäre zur Wehrmacht eingezogen, sodass er nicht mehr nur als Ortsgruppen-Organisationsleiter, sondern sogar als Ortsgruppenleiter fungierte. Der Stolz darauf hinderte Langhein daran, seine Aufgaben zu bagatellisieren.<sup>19</sup>

Dem Beratenden Ausschuss für die höheren Schulen Hamburgs gehörte auch der Oberlehrer des Johanneums, Willi Thede, an, der mit Langhein von 1925 bis 1945 an einer Schule gearbeitet hatte. Auf seine Aussage berief sich der Ausschuss:

„Seit März 1933 zeigte L. plötzlich eine nationalsozialistische Haltung, die fast das ganze Kollegium und die Schülerschaft empörte. Er verfolgte Schüler jüdischen Blutes und versuchte solche Kinder von den gemeinsamen Spielfesten auszuschließen. Als stellvertretender Ortsgruppenleiter tat er alles, um die Anschauung der Partei in die Schule einzuführen und übte einen starken Einfluss auf den damaligen Schulleiter aus, der sich dem Druck nicht immer entziehen konnte. Gegen Kollegen, die sich ihm nicht fügten, machte er Anzeigen beim Direktor. Er fühlte sich eben als Vollstrecker des Parteiwillens. Zusammen mit seinem Sohn kontrollierte er sogar den Haarschnitt der Schüler. Seine Familie war völlig im Banne des Nationalsozialismus. Es erscheint dem Beratenden Ausschuss unmöglich, dass dieser bis zuletzt (am Tage vor der Kapitulation war er noch Adjutant im Volkssturm) fanatische Nazi wieder in den Schuldienst eingestellt werden kann. Das Äußerste, was der Beratende Ausschuss aus rein menschlichen Erwägungen befürworten kann, ist die Gewährung einer Teilpension.“<sup>20</sup>

In einem Schreiben an den Berufungsausschuss 17 nahm Hans Langhein Stellung zu den Aussagen des Beratenden Ausschusses. Er schrieb:

„Ich soll eine ‚Haarschnittkontrolle‘ der Schüler des Johanneums vorgenommen haben. Diese Haarschnittkontrolle ist von dem damaligen Direktor des Johanneums, Dr. Puttfarken, im Einvernehmen mit der Hamburger HJ-Führung angesetzt und durchgeführt worden. Ich habe lediglich auf Anweisung von Dr. Puttfarken die Klassen in der Turnhalle aufgestellt und hatte für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Besichtigung wurde von Direktor Dr. Puttfarken und dem zuständigen Bannführer (das war mein ältester Sohn) vorgenommen.“<sup>21</sup>

Die Belastung seines Sohnes entlastete den Vater nicht wirklich.

Zur Frage, ob Hans Langhein jüdische Schüler von den Sportfesten der Schule ausgeschlossen und von der Schule vertrieben habe, schrieb er, dass dieses auf Veranlassung und Verfügung der Behörde stattfand und er daran keinen eigenen Anteil gehabt habe. Er selbst habe bedauert, dass er „besonders befähigte Nichtarier nicht mehr bei Wettkämpfen gegen andere Schulen“ einsetzen konnte.

Langhein bestritt auch, Druck auf den Direktor ausgeübt zu haben, „das sei allenfalls dem Kreisleiter möglich gewesen“. Und beim Schulleiter denunziert habe er auch keine Kollegen „wegen ihres politischen Verhaltens. Im übrigen wäre so etwas vollständig überflüssig gewesen, da beispielsweise Direktor Puttfarken viel länger am Johanneum tätig war und die Kollegen in ihrer politischen Einstellung mindestens ebenso gut, wenn nicht besser, als ich, kannte.“<sup>22</sup>

Als Leumundszeugen benannte Langhein dann die beiden ehemaligen NS-Schulleiter Werner Puttfarken („Puddi“) und Erwin Zindler<sup>23</sup>, die aufgrund ihrer NS-Belastung zur selben Zeit Schwierigkeiten hatten, entnazifiziert zu werden.

Somit hörte der Berufungsausschuss 17 unter Vorsitz des zu Milde neigenden Rechtsanwalts Soll den ehemaligen Kollegen von Hans Langhein am Johanneum und Mitglied des Beratenden Ausschusses, Willi Thede. Dieser bestätigte an einem konkreten Fall, dass es Langhein gewesen war, der einen „nichtarischen Schüler von der Teilnahme an dem Sportfest ausgeschlossen habe“. Thede erklärte, dass zu jenem Zeitpunkt, im Jahre 1935, noch keine behördlichen Richtlinien dazu vorgelegen hätten und nach seiner Auffassung auch Direktor Puttfarken eine solche Maßnahme nicht getroffen habe. Und Willi Thede erklärte weiter:

„Durch Indiskretion erfuhr ich, dass die HJ beabsichtigte, gegen mich vorzugehen. Ich hatte Schulaufgaben gestellt, die ich nicht hätte geben dürfen. In einem Antwortschreiben von Direktor Puttfarken befand sich ein Passus, dass er, Puttfarken, bereits von Langhein über diesen Fall unterrichtet worden sei.“<sup>24</sup>

Hans Langhein bestritt diese Aussagen. Er selbst hatte noch einen Leumundszeugen angegeben, Albert Tomforde, der zwei Jahre lang mit Langhein zusammen als Lehrer am Johanneum gearbeitet hatte (von 1932 bis 1934). Tomforde war selbst seit dem 1.5.1933 Mitglied der NSDAP gewesen, später Schulleiter geworden und hatte nach 1945 ebenfalls Schwierigkeiten mit der Entnazifizierung gehabt. Das stärkste Argument, das Tomforde einbrachte, war, dass „Langhein seinen Schwager, der Halbjude war, in seiner Wohnung aufgenommen hatte“.<sup>25</sup>

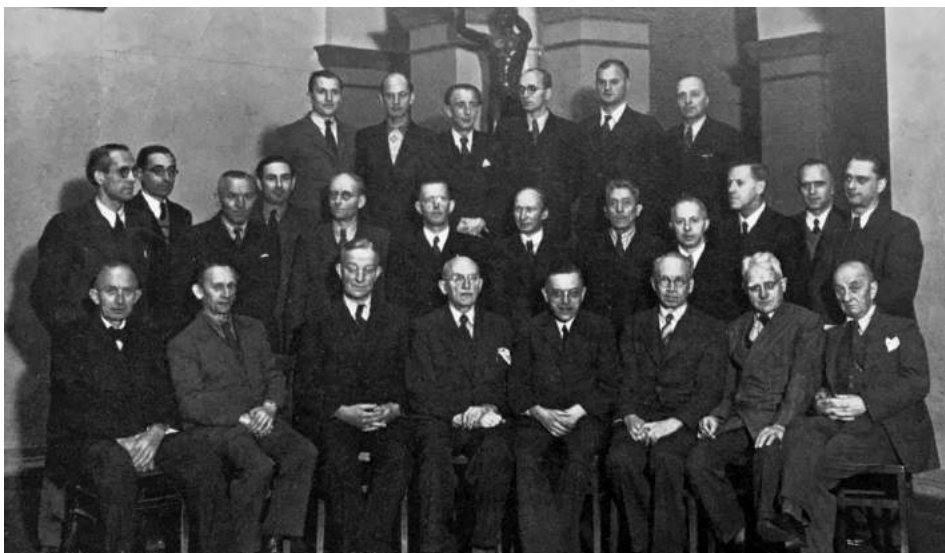
Der Berufungsausschuss unter Leitung von Rechtsanwalt Soll kam zu dem Ergebnis, dass Langhein nicht wieder als Lehrer zugelassen werden könne, jedoch mit 50 Prozent seiner Ruhegehaltsansprüche in den Ruhestand versetzt werde unter Einstufung in Kategorie IV. Als Begründung gab der Ausschuss an:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Langhein sich sehr positiv zum Nationalsozialismus eingestellt hat und dass er auch den Nationalsozialismus durch sein persönliches Eintreten und durch die verschiedenen von ihm in seinen Ämtern ausgefüllten Tätigkeiten gestärkt hat. Zu seinen Gunsten war aus den Leumundszeugnissen zu entnehmen, dass er offenbar eine loyale und hilfsbereite Haltung politisch Andersdenkenden gegenüber eingenommen hat.“<sup>26</sup>

Bemerkenswert ist dabei auch das Schreiben von Dr. Hans Lorenz Lorenzen, der Hans Langhein folgendes bescheinigte:

„Während meiner Amtstätigkeit an der Gelehrtenschule des Johanneums (bis Herbst 1937) hat Herr L. weder jüdische Schüler ihren nichtjüdischen Kameraden gegenüber benachteiligt noch, wie behauptet worden ist, sie von der Schule verwiesen. Im Gegenteil habe ich, da ich damals selbst an den Turnspielen beteiligt war, beobachtet, dass Herr L. an den Leibesübungen interessierten jüdischen Schülern volle Gerechtigkeit und alle Förderung hat zuteil werden lassen. Ich habe gerade diesen Fragen meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und mich auch über die jeweiligen amtlichen Bestimmungen unterrichtet, weil ich als Halbjude selbst zu den Betroffenen gehörte und auch im Herbst 1937 ein Opfer der NS-Rassenpolitik geworden bin. Mir ist bekannt, dass jüdische Schüler sich damals an Schulveranstaltungen nicht aktiv beteiligen durften, auch, dass sie später von den Schulen verwiesen wurden. Ich weiß aber auch, dass alle derartigen Maßnahmen von der Schulleitung ausgehen mussten, nicht aber in das Ermessen einzelner Lehrkräfte gestellt waren.“<sup>27</sup>

So sahen bestellte und abgesprochene „Persilscheine“ aus. Hans Lorenz Lorenzen hatte für einige aktivistische Nationalsozialisten Leumundszeugnisse ausgestellt, die deswegen ein besonderes Gewicht bekamen, weil Lorenzen tatsächlich als „Halb-Jude“ 1937 entlassen worden war. Was er in seinem Schreiben nicht mitteilte, war, dass er der Schwager von Hans Langhein war, und dass er selbst in Zei-



Kollegium des Wilhlem-Gymnasiums, 1948. Hans L. Lorenzen (1. Reihe, 3. v. r.) schrieb 1945 – als 1937 als „Halb-Jude“ entlassener Studienrat – viele Persilscheine, so auch für seinen Schwager Hans Langhein und dessen Sohn Hans-Heinrich, ohne die Verwandtschaft kenntlich zu machen.



ten der Weimarer Republik auf der Liste der rechten Lehrer-Gruppe Mitglied der Lehrerkammer gewesen war, einer Lehrergruppe, auf der viele Deutschnationalen und spätere prominente Nationalsozialisten kandidierten.<sup>28</sup>

Am Ende wurde Langhein mit 50 Prozent Pension in den Ruhestand geschickt. Er verfasste weitere Einsprüche und nach dem Schreiben seines Schwagers, der diese Verwandtschaft dabei nicht offen gelegt hatte, entschied der Leitende Ausschuss am 24.10.1951, Langhein 75 Prozent des Ruhegehaltes zuzubilligen.

Hans Langhein starb am 24.11.1962.<sup>29</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Langhein, StAHH 361-3\_A 1285
- 2 Entnazifizierungsakte Langhein, StAHH, 221-11\_Ed 6616
- 3 Hamburgisches Lehrerverzeichnis des Stadt- und Landgebiets, Schuljahr 1924–1925, S. 98. In diesem Verzeichnis sind die Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde“ mit einem Sternchen versehen. Der Organisationsgrad der Volksschullehrer in der „Gesellschaft der Freunde“ lag zu dieser Zeit bei etwa 90 Prozent.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang. Eine Nachlese. Hamburg 2012, S. 40f.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Reimer 2012, S. 40.
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Reimer 2012, S. 40.
- 10 Siehe die Biografie Werner Puttfarcken, in : Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 691 ff.
- 11 Reimer 2012, S. 40f.
- 12 Reimer 2012, S. 41.
- 13 Ebd.
- 14 Reimer 2012, S. 41f.
- 15 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 19 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Beratender Ausschuss vom 17.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 22.2.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Ebd.
- 23 Siehe die Biografie von Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 24 Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 10.3.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Ebd. Siehe die Biografie Albert Tomforde in diesem Band.
- 26 Ebd.
- 27 Schreiben vom 9.3.1951, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung der Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999.
- 29 Personalakte a. a. O.

## Hans-Hermann Langhein

**„Ich begann, mich mit dem Programm der NSDAP zu beschäftigen und kam damals zu der Überzeugung, dass das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus die Weltkriegsfolgen überwinden könne.“**

Ein spezieller Fall ist der 1913 geborene Hans-Hermann Langhein, der 1933 an der Gelehrtenschule des Johanneum das Abitur machte, HJ-Funktionär war bis 1945, kommissarischer Bannführer der HJ, parallel dazu ein Studium für das höhere Lehramt absolvierte und nach dem Examen 1939 weiter hauptamtlich für die Hitlerjugend arbeitete und in den Krieg zog. 1945 geriet er in englische Gefangenschaft, wurde danach in ein Internierungslager überführt und arbeitete seit der Entlassung aus dem Internierungslager als Holzfäller. Die Entnazifizierungsausschüsse mussten 1948 entscheiden, ob Langhein seine Lehrerausbildung in einem Studienseminar fortsetzen durfte.

Hans-Hermann Langhein wurde am 11.7.1913 in Hamburg geboren. Sein Vater, Hans Langhein<sup>1</sup>, war zu diesem Zeitpunkt Volksschullehrer in Hamburg und seit 1925 technischer Lehrer (Sportlehrer) an der Gelehrtenschule des Johanneums. Wie sein Vater besuchte auch Hans-Hermann Langhein erst die Seminarschule in der Binderstraße 34 (von 1920 bis 1924), an der Vater Langhein zu dieser Zeit auch Lehrer war. Danach wechselte Hans-Hermann Langhein auf die Realschule Alstertal und danach auf das Johanneum, wo inzwischen auch der Vater tätig war.<sup>2</sup>

Dort bestand Langhein am 16.2.1933 die Reifeprüfung. Der Prüfungskommission gehörten die späteren Schulleiter und Nationalsozialisten Werner Puttfarcken und Erwin Zindler an.<sup>3</sup> Deutschlehrer Zindler bestätigte ihm „eine außerordentlich rege Mitarbeit, außergewöhnlich klares Denken aus dem Stegreif und eine schwungvolle gewandte Ausdrucksfähigkeit in Wort und Schrift. Auch verfügt er über eine besondere Begabung im edlen Vortrag von Gedichten.“<sup>4</sup> Langhein begann danach an der Universität Hamburg ein Studium für das Lehramt an höheren Schulen mit den Hauptfächern Leibesübungen und Geschichte und dem Nebenfach Deutsch. Sein Studium dauerte ungewöhnlich lange und wurde erst im November 1939 abgeschlossen. Hauptgrund dafür war, dass Langhein seit dem 1.1.1935 schwerpunktmäßig bei der Hitlerjugend arbeitete und am Ende dort als kommissarischer Bannführer fungierte.<sup>5</sup> Er selbst beschrieb seinen Lebenslauf retrospektiv am 22.6.1948 folgendermaßen:

„Vom 1.10.1935 bis 30.6.1936 unterbrach ich das Studium, um auf Anregung der Universität bei der Marine-Artillerie-Abt. Wilhelmshaven einer neunmonatigen freiwilligen Dienstverpflichtung zu genügen. Im Juli 1937 bestand ich die Vor-

prüfung für Lehrer der körperlichen Erziehung im staatlichen Prüfungsamt Berlin (Neustrelitz) mit der damit verbundenen Berechtigung, als Sportlehrer im freien Beruf tätig zu sein. Im Verlaufe meines weiteren Studiums war ich bis 1939 bei verschiedenen Hamburger Firmen und finanzierte damit mein restliches Studium. Bei Ausbruch des Krieges hatte ich meine schriftlichen Arbeiten für das Staatsexamen abgeschlossen. Am 3.9.1939 erfolgte meine Einberufung zum Wehrdienst. Im November 1939 erhielt ich von der Truppe einen zehntägigen Prüfungs- und Heiratsurlaub. Am 19. November 1939 hatte ich das Staatsexamen für das höhere Lehramt bestanden. Nach Beendigung des Examens kehrte ich zur Truppe zurück. Am 1.5.1941 wurde ich zum Leutnant der Reserve befördert. Zum Ende des Krieges war ich Leutnant und Bataillons-Adjutant in einem Marine-Festungs-Bataillon, geriet am 2.5.1945 in Holland in englische Kriegsgefangenschaft, wurde am 20.4.1946 in die Internierung überführt und am 20.12.1946 entlassen.“<sup>6</sup>

Das sechs Jahre dauernde Studium zeigte, dass Hans-Hermann Langhein schwerpunktmäßig als Funktionär für die Hitlerjugend arbeitete, wofür er ein Sportlehrerexamen gut gebrauchen konnte. In seinem Lebenslauf schrieb er 1948:

„Meine Arbeit in der Hitlerjugend entsprang meinem Glauben an die Richtigkeit des Nationalsozialismus. Von den in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen habe ich niemals die geringste Kenntnis gehabt, wie ich überhaupt als HJ-Führer mit der Gestapo, dem SD oder ähnlichen Einrichtungen niemals in Berührung kam. Bei der Überprüfung meiner politischen Vergangenheit bitte ich daher in Betracht zu ziehen, dass ich stets im guten Glauben handelte und mir die Erziehung der Jugend als der für mich entscheidende Lebensberuf gegolten hat und heute noch gilt.“

Zu seiner politischen Entwicklung führte er an:

„Bis zum Abschluss meiner Schulzeit hatte ich mich mit Politik nicht beschäftigt. Bei meiner Schulentlassung war die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus vollzogene Tatsache. Ich begann, mich mit dem Programm der NSDAP zu beschäftigen und kam damals zu der Überzeugung, dass das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus die Weltkriegsfolgen überwinden könne. Aus dieser Überzeugung heraus wurde ich am 1.5.1933 zunächst SA-Anwärter. Da ich jedoch Lehrer werden wollte, hielt ich es für notwendig, mich mit der Jugenderziehung der NSDAP vertraut zu machen und wurde am 1.5.1935 Mitglied des Deutschen Jungvolkes. Aufgrund meiner sportlichen Interessen arbeitete ich im Jungvolk zunächst als Sportreferent, ging dann aber auch in die Einheitenarbeit hinein, um von unten herauf alle Dienstarten kennenzulernen.“

Das gelang Langhein ziemlich schnell. Jedes Jahr wurde er bei der Hitlerjugend befördert. „Am 1.8.1939 übernahm ich hauptamtlich den Jungbann 421 unter der

Einschränkung, dass ich nach einer gewissen Zeit in den Schuldienst übertreten wollte. Durch den Krieg kam es jedoch nicht dazu. Ohne mein Wissen wurde ich am 1.2.1941 durch das OKW nach Hamburg befohlen und stellte hier fest, dass ich durch die HJ uk-gestellt war. Ich übernahm die Führung des Bannes 421 als K-Bannführer bis zum 1.12.1943. Im ersten Halbjahr 1944 war ich wegen einer schweren Magenerkrankung dienstunfähig, von meiner Wiederherstellung an im Juni arbeitete ich innerhalb der Hamburger Gebietsführung in der Schulung, der KLV und der Einheiteninspektion, vor allem aber im Bereich der Jugendbuch-Literatur, da ich auf diesem Gebiet meine Doktor-Arbeit zu verfassen gedachte. Ich wurde daher auch auf eigenen Wunsch in den Monaten Juli, August und September 1944 von der Hamburger Gebietsführung zu diesen Arbeiten nach der Reichsjugendbücherei der Reichsjugendführung entsandt. Seit Oktober 1944 hielt ich mich wieder in Hamburg auf, hatte jedoch keine Dienststellung mehr inne, da meine uk-Stellung aufgehoben worden war und ich meine Wiedereinberufung zum Wehrdienst erwartete.“<sup>7</sup>

Hans-Hermann Langhein war auf eine Karriere bei der Hitler-Jugend eingestellt, der Krieg verhinderte dieses, weil er anders ausging, als erhofft. Tragisch für Langhein, dass er kurz nach Wiedereintritt in die Wehrmacht in Gefangenschaft geriet.

Langhein war 1937 aus der Kirche ausgetreten. Als Begründung gab er an: „Aus der evangelisch-lutherischen Kirche ausgetreten, weil gottgläubig.“<sup>8</sup>

Langhein glaubte an Adolf Hitler und trat zum 1.5.1937 in die NSDAP ein.<sup>9</sup>

Auch wenn es keine Sippenhaft gibt, sollte an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass Langheins Vater, Hans Langhein, NSDAP-Ortsgruppenamtsleiter gewesen war, einer der unangenehmsten Nationalsozialisten an der Gelehrtenschule des Johanneums.<sup>10</sup> Auch die Mutter von Hans-Hermann Langhein war aktiv in der NS-Bewegung als Ortsfrauenschaftsleiterin. Als dem Vater nach 1945 vorgeworfen wurde, jüdische Schüler malträtiert und bei den Schülern des Johanneums Haarschnittkontrollen durchgeführt zu haben, gab er zu seiner Entlastung an:

„Ich soll eine ‚Haarschnittkontrolle‘ der Schüler des Johanneums vorgenommen haben. Diese Haarschnittkontrolle ist von dem damaligen Direktor des Johanneums, Dr. Puttfarken, im Einvernehmen mit der Hamburger HJ-Führung angesetzt und durchgeführt worden. Ich habe lediglich auf Anweisung von Dr. Puttfarken die Klassen in der Turnhalle aufgestellt und hatte für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die



Hans-Hermann Langhein  
als junger Lehrer 1949

Besichtigung wurde von Direktor Dr. Puttfarken und dem zuständigen Bannführer (das war mein ältester Sohn) vorgenommen.“<sup>11</sup>

Nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was Bannführer Langhein zu tun hatte. Wichtiger sicherlich seine Funktion als Inspekteur der Kinderlandverschickungslager.<sup>12</sup>

Hans-Hermann Langhein hatte also 1948 eine einjährige Kriegsgefangenschaft hinter sich und einen siebenmonatigen Aufenthalt in dem Internierungslager Stau-  
mühle bei Paderborn. Er war von dem Spruchgericht in Kategorie III eingruppiert worden und damit als NS-belastet gekennzeichnet.<sup>13</sup>

In seinem Lebenslauf hatte er vermerkt, nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager am 1.2.1947 vom Arbeitsamt Hamburg als Holzfäller vermittelt worden zu sein, wobei er sich bei dieser Arbeit eine Fußverletzung zugezogen hatte und anschließend, am 1.7.1947, vom Arbeitsamt für fast zwei Jahre als Bote in einem Einzelhandelsgeschäft vermittelt wurde.<sup>14</sup>

Nunmehr bemühte er sich darum, seine Lehrerausbildung fortsetzen zu können. Dafür musste er in Hamburg entnazifiziert werden. Und hier trat wieder, wie auch schon bei seinem Vater Hans Langhein, der Oberstudienrat Dr. Hans Lorenz Lorenzen auf den Plan. Lorenzen, in der Weimarer Zeit ein deutschnationaler Oberlehrer, der von den Nationalsozialisten 1937 mit Hinweis auf seine jüdische Mutter als „Halbjude“ aus dem Schuldienst entlassen worden war, schrieb nach 1945 „Persilscheine“ für zum Teil sehr aktive und fanatische ehemalige Nationalsozialisten. Er war mit der Schwester der Ehefrau von Hans Langhein verheiratet, also der Schwager von Hans Langhein und der Onkel von Hans-Hermann Langhein, was Lorenzen allerdings in seinen „Persilscheinen“ nicht erwähnte. Wohl aber wies er darauf hin, niemals Mitglied der NSDAP gewesen und wegen seiner jüdischen Abstammung 1937 pensioniert worden zu sein. Das Verschweigen seiner Familienverbindung steigerte den Wert des Leumundszeugnisses. Lorenzen gutachtete:

„Ich habe Herrn Hans-Hermann Langhein 1939 bei seinen Vorbereitungen zum Staatsexamen in der Germanistik unterstützt. Dabei konnte ich feststellen, dass er den wissenschaftlichen Anforderungen, die man an einen zukünftigen Studienrat stellt, vollauf entspricht. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung in der Ausbildung unseres pädagogischen Nachwuchses glaube ich berechtigt zu sein, ihm auch eine erfolgreiche Zukunft als Lehrer und Erzieher unserer Jugend prophezeien zu können. In den Jahren, als Herr L. K-Bannführer war, habe ich mich des öfteren über den menschlichen Erfolg seiner Arbeit informiert und immer nur Worte der Anerkennung gehört. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Herr L. sich durch extreme Ideologien und Vorschriften seiner Partei nicht hat beeinflussen lassen. Sonst hätte er gewiss nicht, als wir 1943 und 1944 ausgebombt wurden, mir, dem Halb-

juden, und meiner Frau in aufopfernder Weise beigestanden. Er ließ es sich nicht verdrießen, in den regnerischen Novembertagen des Jahres 1944 das Dach unseres Hauses zu decken. Die Verpflichtung zur Hilfsbereitschaft ging ihm also über das Parteidogma. Darum gebe ich abschließend der Meinung Ausdruck, dass er ein brauchbares Mitglied der Hamburger Lehrerschaft werden wird, das enttäuscht von den Idealen seiner Jugend, umso eifriger am Aufbau eines neuen, besseren Deutschland mitarbeiten wird.“<sup>15</sup>

Dies war natürlich ein extrem geschickter Schachzug und eine entscheidende, verschleierte Familienhilfe, mit dem gewünschten Effekt.

So verwundert es auch nicht, dass der Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung von Lehrern am 4.12.1948 unter Vorsitz von Johann Helbig entschied:

„Langhein ist als kommissarischer Bannführer schwer belastet. Er fällt auch nicht unter die Jugendamnestie, wenngleich er erst 1933 die Reifeprüfung bestand. Die beiden Gutachten seines Komp. Führers und unseres Kollegen Lorenzen sind für seine Entlastung wertvoll. Er hat bisher nur die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden, ein Seminar hat er noch nicht besucht. Wir bitten den Fachausschuss, Langhein zu hören. Wir sind der Ansicht, man sollte ihn in ein Studienseminar aufnehmen und nach einem Jahr von den Ausbildern über seine politische weltanschauliche Bewährung einen Bericht einfordern.“<sup>16</sup>

Der Fachausschuss tagte dazu am 21.12.1948 und der Vorsitzende, Friedrich Wilhelm Licht, stellte fest: „Es bestehen keine politischen Bedenken, Langhein zum Studienseminar zuzulassen. Nach einem Jahr ist über seine Bewährung zu berichten. Die endgültige Entscheidung über seine Zulassung zum Lehrerberuf wird bis zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt.“<sup>17</sup>

Bevor Langhein seine Lehrerausbildung fortsetzen konnte, musste er noch einmal einen Lebenslauf für die Schulbehörde schreiben, der in seine Personalakte einging. Darin schrieb er:

„Neben meiner damaligen ehrlichen Überzeugung von der Richtigkeit des nationalsozialistischen Wollens war es vor allem mein Wunsch nach möglichst frühzeitiger praktischer Erziehungsarbeit, der mich seinerzeit in die Hitlerjugend führte und dort dann meine ganze spätere Tätigkeit maßgeblich bestimmte. Nicht so sehr die politisch-weltanschauliche Arbeit als vielmehr allgemein-gültige Grundsätze der Jugenderziehung haben immer wieder im Vordergrund meiner Tätigkeit gestanden. Zudem hatte ich mir in der HJ immer die Möglichkeiten einer notwendigen und gesunden Kritik bewahren können. Ich vermochte daher in Anwendung dieser Kritik stets genügenden Spielraum zur Verwirklichung meiner eigenen Ansichten über Jugenderziehung zu gewinnen. Im August 1939 übernahm ich die Führung des Jungbannes 421 mit der damals auch schriftlich in meiner Personalakte festgeleg-

ten Einschränkung, dass ich nach einer gewissen Zeit in den Schuldienst übertreten wolle. Durch den Krieg kam es dann aber anders. Am 1.2.1941 wurde ich ohne mein Wissen und Wollen durch das OKW zurückgestellt und wurde K-Bannführer in Hamburg. 1944 wurde ich infolge einer schweren Magenerkrankung dienstunfähig. Im Juni 1944 einigermaßen wiederhergestellt, arbeitete ich innerhalb der Hamburger Gebietsführung in der Schulung, der Kinderlandverschickung und der allgemeinen Einheiteninspektion. Von Juli bis Mitte September 1944 wurde ich von der Gebietsführung auf eigenen Wunsch in die Reichsjugendbücherei entsandt, um dort auf dem Gebiet der Jugendbuchliteratur zu arbeiten. Ich hoffte, dort wichtige Unterlagen für eine geplante Doktorarbeit sammeln zu können. Am 1.1.1945 rückte ich dann erneut zur Kriegsmarine ein.

Wie ich im Verlaufe der Entnazifizierungsverhandlungen auch dem Beratenden Ausschuss gegenüber betonte, habe ich mit meinem Antrag auf politische Überprüfung bewusst so lange gewartet, bis ich selbst glaubte, die inneren Folgen des Zusammenbruchs von 1945 überwunden zu haben. Wenn ich eingangs erwähnte, dass meine politische Betätigung nicht dem Wunsch nach persönlichen Vorteilen entsprang, sondern meiner damaligen inneren Überzeugung, so darf ich heute ebenso aufrichtig bekennen, dass ich diese meine damalige innere Überzeugung seit 1945 einer immer wiederkehrenden Selbstkritik unterzogen habe. Ihr endliches Ergebnis veranlasste mich zu meinem Antrag auf Entnazifizierung in dem Bestreben, damit die Möglichkeit zurückzugewinnen, doch noch in jenen Beruf tätig zu sein zu können, der mir damals wie heute einen allein entscheidenden Lebensinhalt bedeutet.“<sup>18</sup>

Dieser lange Prozess der „immer wiederkehrenden Selbstkritik“ hätte Hans-Hermann Langhein zu Ehren gereicht, argwöhnisch könnte man allerdings vermuten, dass er mit seiner Belastung einer Kategorisierung III durch das Spruchgericht auf einen Zeitpunkt wartete, als die Entnazifizierung in eine „mildere Phase“ übergang.

Hans-Hermann Langhein wurde also zum Studienseminar zugelassen und wusste, dass er insbesondere in Bezug auf seine politische Haltung genau beobachtet werden würde. Er absolvierte seinen Vorbereitungsdienst am Christianeum und an der Schlee-Schule in Altona. 1950 gingen die Gutachten der beiden Schulleiter in der Schulbehörde ein. Otto Stadel, Oberstudiendirektor der Schlee-Schule schrieb am 28.3.1950:

„Der Studienreferendar Langhein ist während seiner Ausbildung an der Schlee-Schule politisch nicht hervorgetreten. In Gesprächen über Jugenderziehung entwickelte er stets tolerante und liberale Auffassungen, die nirgends den früheren HJ-Führer erkennen ließen. Wenn im Geschichtsunterricht die nationalsozialistische

Ideologie berührt wurde – der Unterricht in der 7. Klasse bot wenig Gelegenheit – hat er eindeutig dagegen Stellung bezogen, ohne dass irgendwie der Eindruck politischen Renegatentums hervorgerufen wurde. Unterrichtsstunden und -gestaltung im Turnunterricht enthielten keinerlei Anklänge an überlebte militärische Formen, zeigten im Gegenteil, dass es L. vorbildlich versteht, die Schüler zu freier, selbständiger Arbeit anzuregen.“<sup>19</sup>

Und auch der Schulleiter des Christianeums, Dr. Gustav Lange, kam zu einem ähnlichen Ergebnis:

„Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Studienreferendar Hans-Hermann Langhein die Abkehr von einer vergangenen Epoche, der er sehr verhaftet war, aus ehrlicher Überzeugung vollzogen hat. In seinem Unterricht und in privaten Gesprächen habe ich festgestellt, dass Studienreferendar Langhein sich ernsthaft bemühte, seinen Schülern die demokratische Gedankenwelt nahe zu bringen. Gegenteiliges ist mir nicht bekannt geworden.“<sup>20</sup>

Die Personalabteilung der Schulbehörde lieferte die beiden Gutachten an den Fachausschuss und stellte anheim, „nach einer Entscheidung über die Aufnahme in den Schuldienst, Langhein periodisch neu zu überprüfen und die Ergebnisse der Schulbehörde mitzuteilen“.<sup>21</sup>

Hans-Hermann Langhein war mittlerweile 37 Jahre alt und es ließ sich prognostizieren, dass er mit Eintritt in den Hamburger Schuldienst bei seinen in der hauptberuflichen politischen Arbeit erworbenen Führungskompetenzen noch weitere Karrierechancen im Schulbereich bekommen würde.

Bemerkenswert für seinen beruflichen Werdegang war es, dass zwei Personen Langhein im Weiteren förderten, die aus meiner Sicht selbst durch ihre Tätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus belastet waren, sich mittlerweile aber im Hamburger Schuldienst etabliert hatten. Das war zum einen Prof. Hans Möckelmann, der am 1.10.1950 Schulleiter an der Walddörferschule geworden war, an der Langhein das zweite Jahr seines Referendariats absolvierte. Dem ehemaligen Sportwissenschaftler Möckelmann dürfte die Sportlehrerausbildung und Haltung Langheins gefallen haben. Und Möckelmann hatte bei einem späteren Karriereschritt von Hans-Hermann Langhein noch eine wesentliche Bedeutung.<sup>22</sup>

Vorerst ging es darum, nach dem Vorbereitungsdienst in den ordentlichen Schuldienst zu gelangen. Dafür setzte sich der Personalreferent für den gymnasialen Bereich in der Schulbehörde, Dr. Hans Reimers, ein, der Langhein erst mit einem Lehrauftrag und dann mit einem vollen Vertrag als wissenschaftlicher Angestellter an der Bismarck-Schule einstellte.<sup>23</sup>

Hans-Hermann Langhein bedankte sich bei Oberschulrat Reimers in einem persönlichen Schreiben vom 25.7.1951:



„Es ist mir nun ein ehrliches Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Oberschulrat, meinen aufrichtigen Dank zu sagen für das Zeichen des Vertrauens, dass Sie mir mit der Maßnahme entgegengebracht haben. Herr Radbruch sagte mir mehrmals, dass gerade Sie ständig um eine Lösung bemüht gewesen seien. Sehr wohl kann ich mir denken, mit welcher großen Schwierigkeiten diese Verbesserung meiner Dienstverhältnisse verbunden gewesen sein muss. Ich möchte Ihnen daher die Versicherung abgeben, dass sich mit meiner großen Freude nun voll arbeiten zu können, der Entschluss verbindet, mich mit allen Kräften dieses Ihres Vertrauensbeweises wert zu erweisen.“<sup>24</sup>

Robert Radbruch war Oberstudiendirektor der Bismarck-Schule, der die Bewährung Langheins als Lehrer bestätigen konnte, sodass Hans-Hermann Langhein am 1.2.1954 zum Studienrat befördert wurde. In dem von Senator Landahl unterschriebenen Ernennungsvorschlag wurde festgehalten:

„Herr Langhein ist ein besonders eifriger und hingebungsvoller Lehrer, der seine Schüler gut zu fördern und für die Schule zu begeistern weiß. Er ist zu zusätzlicher Tätigkeit stets bereit und geht in seinem Beruf auf. Seine Eignung hat er nachgewiesen. Die Ernennung kann deshalb befürwortet werden.“<sup>25</sup>

Drei Jahre später schrieb Schulleiter Radbruch ein Gutachten über den Studienrat Langhein, in dem es hieß:

„Wegen seines gediegenen Wissens und Könnens und seiner hervorragenden pädagogischen Begabung gehört er zu den Spitzenlehrern der Schule. Als Fachvertreter hat er den gesamten Unterricht in den Leibesübungen an unserer Schule maßgeblich beeinflusst und nach modernen Gesichtspunkten ausgerichtet. In der Auslese ist er jahrelang vorbildlich tätig. Seine kontaktreiche Art, Schüler und Erwachsene anzusprechen, zeigt sich ebenfalls bei der Ausbildung der Referendare, die sich immer sowohl in Deutsch- und Geschichtsunterricht als auch in den Leibesübungen bei ihm gut aufgehoben fühlen, weil er sie zu besonderen Leistungen begeistert.“

Wiederholt habe ich ihm schwierige Klassen anvertraut. Er hat sie mühelos in bester Weise beeinflusst. Seine sehr gute Beziehung zu Schülern zeigt sich auch bei der Arbeit in unserem Schullandheim. Er gehört zu den Lehrern, die die schwierige Arbeit des Leiters eines Ferientransportes in unserem Nordseeheim vorbildlich leisten und es verstehen, für die 180 Jugendlichen eine besonders schöne und wertvolle Atmosphäre zu schaffen. Mit seinem großen Organisationstalent gestaltet er Turn- und Sportfeste unserer Schule ausgezeichnet. Jede ihm übertragene Aufgabe führt er freudig, tatkräftig und zuverlässig bis ins letzte durchdacht aus. Eine jede Beförderung ist ihm unbedingt zu wünschen.“<sup>26</sup>

Der Beförderungsgedanke wurde zwei Jahre später aufgegriffen. Es war OSR Hans Möckelmann, der Senator Landahl und Landesschulrat Matthewes vorschlug,

Hans-Hermann Langhein als kommissarischen Schulleiter ab Ostern 1960 an dem neu zu errichtenden Gymnasium Wartenau (früher Elise-Averdieck-Schule) einzusetzen.<sup>27</sup>

Landahl und Matthewes stimmten zu und Hans-Hermann Langhein wurde am 8.1.1960 beauftragt, die Schulleitung zum 1.4.1960 zu übernehmen.<sup>28</sup>

Im Zusammenhang mit der Einsetzung als kommissarischer Schulleiter wurde Hans-Hermann Langhein zum Oberstudienrat befördert. Der von Prof. Hans Möckelmann abgezeichnete Ernennungsvorschlag wurde folgendermaßen begründet:

„Der Studienrat Hans-Hermann Langhein ist ein Lehrer von gediegenem Wissen und Können, vorbildlich in der Pflichtauffassung und begeisterungsfähig. Seine pädagogische Begabung, die Fähigkeit, die schwierigsten menschlichen und schulischen Situationen in ebenso behutsam-taktvoller wie überzeugend-sicherer Weise zu meistern, befähigen ihn zu einem leitenden Posten. Er hat sich als Vertrauenslehrer der Schülermitverwaltung, als Anleiter von Referendaren, als Vorsitzender eines Bezirksausleseausschusses und im Schullandheim über den Rahmen seiner Schule hinaus uneingeschränkt bewährt.“<sup>29</sup>

Knapp zwei Jahren später fand am 1.3.1962 eine Konferenz am Gymnasium Wartenau statt, die von OSR Prof. Möckelmann geleitet wurde und auf der sich das Kollegium mit 16 Mitgliedern einstimmig für die endgültige Bestellung von Hans-Hermann Langhein zum Schulleiter aussprach.<sup>30</sup>

Im Ernennungsvorschlag, den Schulsenator Wilhelm Drexelius am 29.6.1962 einbrachte, hieß es:

„Studienrat Langhein wurde am 1.4.1960 mit der Leitung des neu eingerichteten Gymnasiums Wartenau beauftragt und hat sich in den vergangenen zwei Jahren dieser Aufgabe in hohem Maße gewachsen gezeigt. Er hat es in hervorragender Weise verstanden, die Schule in dem zunächst recht bescheidenen äußeren Rahmen aufzubauen und eine feste Schulgemeinschaft zu schaffen. Herr Langhein hat mit großem Geschick und erheblicher Aktivität alle Fragen gemeistert, die sich aus dem besonderen Aufbau des Gymnasiums Wartenau (Gymnasium mit siebenjährigem Bildungsgang) ergeben. Er findet die volle Zustimmung der Eltern und des Kollegiums, das sich jetzt einstimmig für seine endgültige Bestellung zum Schulleiter ausgesprochen hat. Herr Langhein hat die Erwartungen erfüllt, die die Schulbehörde bei seiner Bestellung zum kommissarischen Schulleiter in ihn gesetzt hat. Die Ernennung zum Oberstudiendirektor wird daher ohne Einschränkung befürwortet.“<sup>31</sup>



Hans-Hermann Langhein,  
1957



Nachruf auf Hans-Hermann Langhein im „Hamburger Abendblatt“ vom 15.7.1978

Mit dieser Erfolgsgeschichte scheint sich zu belegen, dass die Sozialisation über die hauptamtliche Tätigkeit bei der Hitlerjugend offenbar kein Nachteil für eine spätere Schulleiterkarriere gewesen war.

Als Langhein zum 31.7.1978 pensioniert wurde<sup>32</sup>, würdigte auch das „Hamburger Abendblatt“ „einen Schulmeister, der dies im besten Sinne des Wortes ist, der seinen Pestalozzi im Herzen und nicht im Bücherregal hat, den Schüler so mögen wie Eltern und Lehrer.“ Die Zeitung wusste zu berichten: „Fragt man diesen leidenschaftlichen Pädagogen aber nach dem Konzept, mit dem er es verstanden hat, sich das Vertrauen der oft gegensätzlichen Gruppen zu erwerben, dann ist dies seine Antwort: ‚Ich habe mich eben immer bemüht, für alle gleichmäßig da zu sein, für Lehrer, Eltern und Schüler.‘“<sup>33</sup>

Hans-Hermann Langhein starb am 24.12.1999.<sup>34</sup>

## Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografie Hans Langhein in diesem Band.
- 2 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_Z 6767
- 3 Siehe die Biografie Werner Puttfarken, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 691 ff.; Erwin Zindler, in: de Lorent 2016, S. 538 ff.
- 4 Reifezeugnis vom 16.2.1933 in seiner Personalakte, laut Auskunft der Schulbehörde vom 25.5.2018.
- 5 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 6 Lebenslauf, geschrieben am 22.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd. Entnazifizierungsfragebogen, Frage 19, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Entnazifizierungsfragebogen, ebd.
- 10 Siehe die Biografie Hans Langhein in diesem Band.
- 11 Schreiben vom 22.2.1948, Entnazifizierungsakte des Vaters, Hans Langhein, StAHH, 221-11\_Ed 6616
- 12 Siehe dazu die Biografie über den Organisator der Kinderlandverschickung (KLV), Heinrich Sahrhage, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 284 ff. Sowie: Reiner Lehberger: Kinderland

verschickung, In: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent: „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 370ff.

- 13 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 14 Lebenslauf, geschrieben am 22.6.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 15 Schreiben vom 18.11.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 16 Beratender Ausschuss vom 4.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 17 Fachausschuss vom 21.12.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Handschriftlicher Lebenslauf von Hans-Hermann Langhein, Personalakte, laut Auskunft der Schulbehörde vom 25.5.2018.
- 19 Gutachten vom 28.3.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Gutachten vom 14.4.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Schreiben vom 21.6.1950, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Langhein trat seinen Vorbereitungsdienst an der Walddörferschule am 12.10.1950 an, was Möckelmann bestätigte, der kurz vorher dort zum Schulleiter bestellt worden war. Siehe auch die Biografie Hans Möckelmann in diesem Band.
- 23 Personalakte, laut Auskunft der Schulbehörde vom 25.5.2018.
- 24 Schreiben vom 25.7.1951, ebd.
- 25 Ernennungsvorschlag vom 4.11.1953, ebd.
- 26 Gutachten vom 2.9.1957, ebd.
- 27 Vorschlag vom 11.11.1959, ebd.
- 28 Schreiben vom 8.1.1960 von Senator Landahl, ebd.
- 29 Ernennungsvorschlag vom 4.3.1960, ebd.
- 30 Protokoll der Konferenz vom 1.3.1962, ebd.
- 31 Ernennungsvorschlag vom 29.6.1962, ebd.
- 32 Ebd.
- 33 „Hamburger Abendblatt“ vom 15.7.1978.
- 34 Nach Auskunft von Christina Ahrens, Staatsarchiv Hamburg, vom 3.11.2017.

## Ernst Köhler

**„Ich weiß mich deutlich zu erinnern, dass Herr Dr. Köhler nicht aus innerem Triebe, sondern lediglich in dem Gedanken, seine wirtschaftliche Stellung zu sichern, in die SS eingetreten ist.“**

Es gab eine Reihe verhältnismäßig junger Lehrer, die 1933 der SS beitraten. Sie wurden 1945 konfrontiert mit den Gräueltaten der verbrecherischen Organisation, deren Mitglied sie waren. Zu ihnen gehörte auch der Altonaer Studienrat Ernst Köhler, der zudem seit 1933 auch der NSDAP und dem NSLB angehörte und am Christianeum als Schulwalter der NS-Lehrerorganisation fungierte. Köhler war im Krieg zudem Angehöriger der Waffen-SS, wurde nach Ende der NS-Herrschaft für einige Zeit interniert und in Hamburg 1949 wieder für den Schuldienst zugelassen.

Ernst Köhler wurde am 8.5.1900, 45 Jahre vor dem „Tag der Befreiung“, in Escheburg geboren. Es existieren keine Personalunterlagen von Köhler, dafür eine sehr dicke Akte beim Rasse- und Siedlungshauptamt der SS in Berlin, die so umfangreich war, weil Ernst Köhler seine beabsichtigte Heirat dort mit einem aufwendigen Nachweis der Erbgesundheit in seiner Familie und in der seiner zukünftigen Frau Katharina Maria Seyler dokumentieren musste. Die SS-Ahnentafel zu skizzieren, die bis zu den Ur-Ur-Urgroßeltern zurückreichte, war eine mühsame Angelegenheit und bedurfte noch der Beurkundung. Dabei ergaben sich überraschende Erkenntnisse, etwa bei der Schwester der Mutter von Ernst Köhler, die am 7.8.1933 in der Landes-Heilanstalt in Neustadt (Holstein) verstorben war, deren Direktor ihm schriftlich mitteilte, bei ihr hätte „eine aufgrund einer organischen Hirnerkrankung entstandene Geistesstörung (Depression mit Verwirrtheit) vorgelegen“, immerhin aber mit der Zusatzbemerkung, „die nicht zu einer der im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses angeführten zählt“.<sup>1</sup>



Ernst Köhler, 1933

Ernst Köhler, SS-Mann der Einheit 2/88 mit der SS-Mitgliedsnummer 136 848 hatte den Antrag auf Genehmigung der Verlobung und Verheiratung am 6.1.1937 gestellt und dabei vermerkt, dass die Hochzeit für den April geplant sei. Ein ehrgeiziges Unterfangen, da noch einiges geprüft und testiert werden musste. Die zukünftige Braut reichte noch eine Bescheinigung über die Teilnahme an einem Mütterschulungs-Lehrgang ein. Nach zahlreichen Korrespondenzen konnte die Verlobung dann am 1.3.1937 stattfinden, am 15.5.1937 wurde geheiratet.<sup>2</sup>

Für das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS hatte Ernst Köhler einen detaillierten Lebenslauf handschriftlich eingereicht. Danach besuchte er in Großhansdorf drei Jahre die Gemeindeschule und wurde gleichzeitig von seinem Vater, einem Volksschul-Rektor, auf die Realschule vorbereitet. „Ich übersprang die Sexta und machte nach fünf Jahren die Einjährigen-Prüfung, nach weiteren drei Jahren das Abitur. Mit 17 Jahren war ich in Göttingen immatrikuliert, um Mathematik, Physik und Chemie zu studieren, später auch in Hamburg und Berlin. Ich wendete mich im Laufe des Studiums der Chemie zu und promovierte im Februar 1923, 22 Jahre alt, zum Dr. der Naturwissenschaften.“<sup>3</sup> Eine ambitionierte Bildungsgeschichte.

Köhler wies darauf hin, dass er 1918 noch für ein halbes Jahr eingezogen wurde, „aber nicht mehr ins Feld kam“.<sup>4</sup>

Ernst Köhler spiegelte dann, in welcher Situation er sich danach befand. Durchaus symptomatisch für viele qualifizierte Absolventen der Universität seiner Generation, die sich in dieser Zeit radikalisiert hatten und Anhänger der Nationalsozialisten wurden. Köhler notierte:

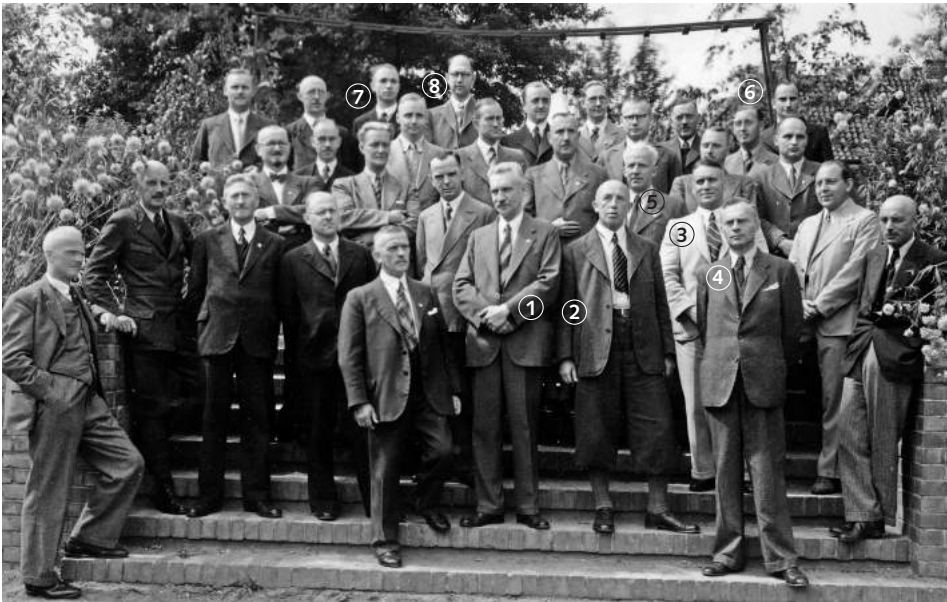
„Leider gelang es mir – nach der Inflation – nicht, in die Industrie zu kommen. So war ich fünf Jahre arbeitslos, habe mich aber stets selbst unterhalten, war Werftarbeiter bei Blohm und Voss in der Kupferschmiede, Bankarbeiter bei der Hansabank und Deutschen Bank, arbeitete bei der Royal Mail, für den deutschen Destillatenverband, war Haus- und Privatlehrer. Schließlich nahm ich eine Lehrerstelle am Rauhen Haus und machte nebenher das Studienratsexamen. 1930 war ich Assessor, wurde jedoch schon nach einem halben Jahr auf halbe Kost gesetzt – mit 50 Leidensgefährten allein schon in Hamburg. Erst mit dem Umsturz erhielt ich wieder eine volle Stelle, zuerst in Hamburg an einer Mädchenschule, jetzt am Gymnasium in Cuxhaven.“<sup>5</sup>

Ein begabter und früh qualifizierter junger Mann, dessen Ambitionen in der Weimarer Republik augenscheinlich nicht realisiert werden konnten und der offenbar auch deshalb in die SS und die anderen NS-Organisationen eintrat.

Laut seiner SS-Stamm-Karte war er am 1.11.1933 in die SS eingetreten<sup>6</sup> und nach seinem Entnazifizierungsfragebogen zum 1.5.1933 in die NSDAP und in den NSLB.<sup>7</sup>

Wie Ernst Köhler in seinem Lebenslauf geschrieben hatte, arbeitete er 1937 als Studienrat in Cuxhaven, das der Hamburger Schulverwaltung unterstand. Vorher war er Studienassessor am Realgymnasium in der Curschmannstraße 39 gewesen,<sup>8</sup> danach war es ihm gelungen, an das Christianeum in Altona versetzt zu werden.<sup>9</sup>

Die Geschichte des Christianeums in der NS-Zeit habe ich in „Täterprofile“ Bd. 1 ausführlich beschrieben, insbesondere das Kesseltreiben gegen den damaligen Oberstudiendirektor Hermann Lau.<sup>10</sup>



Kollegium Christianeum 1938: Schulleiter Hermann Lau vorn in der Mitte (1), rechts daneben Karl Wendling (2), neben ihm Hermann Trog (3); vor ihm Heinrich Schröder (4); mittlere Reihen: Adolf de Bruycker (5) und NSDAP-Amtswalter Erich Wehrt (6); hinterste Reihe die beiden SS-Männer Siegfried Gruber (7) und Ernst Köhler (8)

Zum Kulminationspunkt geriet diese Auseinandersetzung bei zwei großen Konferenzen am Christianeum 1941 und 1942. Zuvor war in der Schulbehörde ein schärferer Ton angeschlagen worden, nachdem der Leiter der Gauführerschule, Albert Henze, Oberschulrat für die höheren Schulen und später für einige Zeit Leiter der Schulverwaltung geworden war. Gegen eine sich ausbreitende Swing-Jugendbewegung, der viele Schüler des Johanneums und des Christianeums angehörten, wurden massive Aktionen von Schulverwaltung und Gestapo gestartet.

Am 13. und 16.1.1942 suchte OSR Albert Henze das Christianeum auf und trug dort eine Anklageschrift vor, die aufgrund einer Untersuchung der Schulverwaltung über die politische Haltung des Schulleiters Hermann Lau und der Studienräte Dr. Walther Gabe, Heinrich Schröder und Karl Wendling erstellt worden war und auf Denunziationen mehrerer Lehrer des Christianeums beruhte. Diese Anklageschrift war eine der Konsequenzen der Schulleiterkonferenz vom 13.12.1941 unter dem Vorsitz des Reichsstatthalters Karl Kaufmann. Die zu einer Gesamtkonferenz zusammengerufenen Lehrer des Christianeums forderte Henze auf, weiteres Belastungsmaterial gegen den wegen politischer Unzuverlässigkeit zu überprüfen Schulleiter Hermann Lau und die genannten Kollegen vorzubringen. Das Kollegium weigerte sich in der Konferenz, diesem Ansinnen nachzukommen.

Die Anschuldigungen waren offenbar von dem Kunstlehrer Adolf de Bruycker gesammelt, aufgeschrieben und weitergegeben worden, was auf der Konferenz für das Kollegium bestätigt wurde, weil de Bruycker dazu intensiv Stellung nahm und die Vorwürfe im Einzelnen bestätigte. Heinrich Schröder hatte über die Konferenz geschrieben und die Untersuchungen gegen Lau und die genannten Kollegen wegen ihrer politischen Haltung, die „zurückging auf Anzeigen, die wie Herr Oberschulrat Henze im Verlauf der Verhandlung mitteilte, von dem Studienrat de Bruycker und den früheren Mitgliedern des Kollegiums, den Studienräten Köhler (SS), Wehrt (Amtswalter der NSDAP), Oberstudienrat Dr. Trog (SS) (alle anscheinend Mitglieder des SD) erstattet worden waren. Diese Anzeigen waren bei der Gestapo gemacht worden, dann in einer auf Antrag der Gestapo einberufenen Sitzung der Hamburger Schulleiter, die am 13.12.1941 unter dem persönlichen Vorsitz des Reichsstatthalters stattfand, war es der Vertreter der Gestapo gewesen, der diese Anklage vertrat und dem Christianeum den Vorwurf der staatsfeindlichen Haltung machte.“<sup>11</sup>

Hier wurde also Ernst Köhler als einer der Denunzianten am Christianeum von Heinrich Schröder genannt, der nach 1945 eine entscheidende Rolle als Personalreferent in der Schulbehörde spielte und an zentraler Stelle bei der Entnazifizierung im Bereich der höheren Schulen fungierte.

Im Zuge dieser Konferenzen 1941 und 1942 nahm die Schulverwaltung Hermann Lau die Leitung des Christianeums. Lau akzeptierte die ihm dafür angebotene Leitung der Oberschule für Jungen in Blankenese nicht und ließ sich pensionieren. Karl Wendling, 65 Jahre alt, wurde ebenfalls pensioniert, Dr. Walter Gabe aufgrund jüdischer Vorfahren gleichfalls in den Ruhestand versetzt.<sup>12</sup> Gegen Heinrich Schröder ließen sich die vorgetragene Behauptungen nicht erhärten, weil aus der Lehrer- und Schülerschaft trotz Aufforderungen nichts weiter Belastendes vorgebracht wurde. In de Bruyckers Entnazifizierungsakte ist die Abschrift eines mutigen Schreibens von Heinrich Schröder enthalten, der am 1.9.1942 folgende Erklärung an die Schulverwaltung abgab:

„Ich erfahre heute, dass Herr Studienrat de Bruycker mit dem Beginn des neuen Schuljahres seine Tätigkeit am Christianeum wieder aufnehmen will. Dazu habe ich folgendes zu erklären: Nachdem Herr de Bruycker seine Beurlaubung und seine Abwesenheit von der Schule dazu genutzt hat, sich ohne den Dienstweg innezuhalten, direkt an die Schulverwaltung zu wenden und mich der früheren Zugehörigkeit zur SPD zu bezichtigen, sowie mich als schlechten Lehrer, der keine Disziplin halten könne, und als schlechten Deutschen, der pro-englischen Geschichtsunterricht gebe, zu denunzieren, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür vorzubringen, nachdem diese und andere von ihm gemachte Angaben sich bei den einge-



henden Vernehmungen, die Herr Oberschulrat Henze in der Schule bei Lehrern und Schülern vorgenommen hat, entweder als längst bekannte und sogar aktenkundige Tatsachen (wie meine frühere Parteizugehörigkeit) oder als völlig unwahre Behauptungen und infame Verleumdungen erwiesen haben, nachdem Herr de Bruycker es daraufhin nicht für nötig gehalten hat, diese Behauptungen zurückzunehmen oder sich gar zu entschuldigen, nachdem er auch aus der einmütigen Haltung des Kollegiums in der unter dem Vorsitz des Oberschulrats Henze abgehaltenen Konferenz keine Konsequenzen gezogen hat, sondern jetzt nach seinem Urlaub wieder ans Christianeum zurückkehren will, bin ich es meiner Ehre und dem einfachsten Gefühl für Sauberkeit und Anstand sowie dem Geist und der Tradition des Christianeums, an dem solches Verhalten von Kollegen untereinander bisher unmöglich war, schuldig, jeden kollegialen Verkehr mit Herrn de Bruycker abzulehnen. Eine erfolgreiche dienstliche Zusammenarbeit mit ihm, die schon bei einem korrekten Verhältnis wie für die meisten Mitglieder des Kollegiums so auch für mich nicht ohne große Schwierigkeiten möglich war, dürfte unter solchen Umständen vollends unmöglich sein.“<sup>13</sup> Dieser Heinrich Schröder wurde nach dem Ende der NS-Herrschaft in der Schulbehörde Personalreferent für die höheren Schulen.

Das Entnazifizierungsverfahren war schwierig für Ernst Köhler. Da eine Personalakte von ihm nicht mehr vorliegt, muss sein weiterer Werdegang aus Dokumenten rekonstruiert werden, die im Zusammenhang mit seiner Entnazifizierung entstanden sind. Aus einem Schreiben vom 14.7.1947 des mit Köhler befreundeten Hamburger Rechtsanwalts Max Lurati, der die Vertretung verschiedener nationalsozialistischer Aktivisten übernommen hatte, geht hervor, dass Ernst Köhler bis Ende des Jahres 1944 weiter im Hamburger Schuldienst tätig war, das letzte Jahr in der Kinderlandverschickung. Laut Rechtsanwalt Lurati hatte die Schulverwaltung Köhlers UK-Stellung aufgehoben. „Ich erinnere mich, dass Herr Dr. Köhler nach kurzem Aufenthalt in Hamburg einen Gestellungsbefehl des für ihn zuständigen Wehrbezirkskommandos erhalten hatte, wonach er sich bei einem gewöhnlichen Truppenteil der Wehrmacht melden sollte. Unmittelbar darauf wurde aber dieser Gestellungsbefehl wieder rückgängig gemacht, weil Dr. Köhler von der Waffen-SS angefordert war, zu der er dann auch im Januar 1945 eingezogen wurde. In dieser Zeit vor seiner Einberufung haben wir uns mehrfach über die Kriegslage und Kriegsaussichten besprochen. Herr Dr. Köhler war mit mir einig darüber, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Insbesondere setzte er mir von seinem Standpunkt als Physiker auseinander, dass und warum die damaligen besonders hochtönenden Verheißungen des Einsatzes neuartiger physikalischer Waffen in Wirklichkeit nur leeres Gerede waren. Bei dieser Unterredung brachte er zum Ausdruck, wie sehr

er nach jeder Richtung vom Nationalsozialismus enttäuscht worden sei und wie schwer es ihm deshalb falle, ausgerechnet zur Waffen-SS zu müssen.“<sup>14</sup>

Dieses Schreiben von Max Lurati, „Eidesstattliche Versicherung“ überschrieben, hatte das Ziel, für den Freund und Mandanten Aussagen zu machen für die Spruchkammer in Nürnberg. Köhler war nämlich nach dem Krieg gar nicht erst nach Hamburg zurückgekehrt, sicherlich in der richtigen Einschätzung, bei seinen politischen Aktivitäten und Mitgliedschaften kaum eine Chance der Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst zu haben. Darum war er in die Heimatstadt seiner Ehefrau gekommen, um dort als Hilfsarbeiter zu arbeiten. In Nürnberg ließ er sich auch entnazifizieren und dafür nutzte er als Hauptleumundszeugen, der statt seiner über die Hamburger Vergangenheit Auskünfte gab, den Rechtsanwalt und Freund Max Lurati aus Hamburg.

Lurati erklärte, Köhler in den Jahren 1924 oder 1925 während des gemeinsamen Studiums an der Universität Hamburg kennengelernt zu haben und seitdem mit „geringfügigen zeitlichen Unterbrechungen dauernd in freundschaftlicher Verbindung gestanden zu haben“.<sup>15</sup>

Max Lurati berichtete von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen Ernst Köhler zu kämpfen hatte. „Sein Vater, der Rektor einer Volksschule in der Nähe Hamburgs war und zwei Söhne und zwei Töchter hat, konnte seinem Sohn Ernst nur geringfügige Beiträge zum Studium leisten.“ Lurati erklärte dann, dass Ernst Köhler nach dem Studium als Physiker arbeitslos geworden war, „weil die seinerzeit im Niedergang befindliche Industrie keine Verwendung für junge Wissenschaftler hatte“.<sup>16</sup> Köhler selbst hatte in seinem Lebenslauf für die SS ähnlich argumentiert, allerdings von einem Chemiestudium geschrieben. „Unter dem Druck dieser wirtschaftlichen Verhältnisse hat Dr. Köhler, der bis 1933 politisch uninteressiert war, sich auf Veranlassung seines derzeitigen Schulleiters entschlossen, in die Partei und den NS-Lehrerbund einzutreten, weil diese beiden Voraussetzungen für die weitere Beschäftigung als Junglehrer im Staatsdienst unerlässlich waren. Bald danach erzählte mir Dr. Köhler, dass von den jüngeren Lehrkräften auch noch der Eintritt in eine Gliederung der Partei verlangt werde und dass er sich zum Eintritt in die SS entschieden habe, weil sie weniger radikal als die SA sei und auch nicht so strenge Dienstanforderungen stelle. Ich weiß mich deutlich zu erinnern, dass Herr Dr. Köhler nicht aus innerem Triebe, sondern lediglich in dem Gedanken, seine wirtschaftliche Stellung zu sichern, in die SS eingetreten ist und danach trachtete, sein Privatleben so weit wie möglich frei von Partei- und SS-Angelegenheiten zu halten.“<sup>17</sup>

Rechtsanwalt und Freund Lurati stellte allerdings auch fest: „In der SS musste Dr. Köhler wider sein Erwarten, das ihn zum Eintritt in diese Gliederung bewogen hatte, anfänglich doch recht umfangreichen Dienst leisten. Er klagte mir seinerzeit

oft darüber, dass er kaum einen freien Abend und einen Sonntag für sich habe. Obwohl ihm der Dienst und die politische Einstellung der SS nicht zusagten, fühlte er sich gezwungen, auszuhalten, um seine Stellung nicht zu gefährden.“<sup>18</sup>

Max Lurati war sicherlich auch deswegen ein geeigneter Interpret des Lebens von Ernst Köhler, weil er von sich behaupten konnte, wegen eines jüdischen Eltern-teils mütterlicherseits und aufgrund seiner „politischen Unzuverlässigkeit, die aus meinem vor der Machtübernahme geübten Wirken gegen den Nationalsozialismus gefolgert wurde“, 1933/34 ein Jahr aus der Anwaltschaft entfernt worden zu sein. Seine Argumente, die sich schwerpunktmäßig darauf bezogen, dass sich Ernst Köhler vor seinem Gestellungsbefehl zur Wehrmacht im Januar 1945 sehr kritisch gegenüber dem Krieg ausgesprochen habe – zu diesem Zeitpunkt war daraus wohl kaum eine demokratische Gesinnung abzuleiten. Immerhin, Luratis Eintreten und seine Argumentation führten offensichtlich dazu, dass die Spruchkammer V in Nürnberg Ernst Köhler im Juli 1947 „als Mitläufer in die Kategorie IV einsortierte und ihm auferlegte, „als Sühnemaßnahme einen einmaligen Sühnebeitrag in Höhe von 1500 Reichsmark für einen Wiedergutmachungsfonds zu entrichten“.<sup>19</sup>

Außer Rechtsanwalt und Freund Lurati aus Hamburg hatte Köhler auch Stellungnahmen einiger Bekannter und Nachbarn aus Nürnberg sowie Kollegen, die ihn aus dem KLV-Lager kannten, beigebracht. Weitestgehend, fast wörtlich, bezog sich die Spruchkammer auf das Schreiben von Max Lurati. Köhler wurde bescheinigt, mit dauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gekämpft zu haben, was offensichtlich so gewesen war und deswegen, um eine schulische Perspektive zu haben, in die NS-Organisationen eingetreten zu sein, auch „auf Veranlassung seines seinerzeitigen Schulleiters“, wie von Lurati vorformuliert worden war. Und auch die SS-Mitgliedschaft wurde bagatellisiert: „Da er nach seinen bisherigen Erfahrungen mit den Geschehnissen innerhalb der SA nicht einverstanden war, so wählte er den Eintritt in die damalige SS. Bereits im Jahre 39 verlor er die Fühlung zur allgemeinen SS und glaubte damit seine Zugehörigkeit als abgegolten. Seine Bestätigung zum Rottenführer wurde ihm seinerzeit in die KLV-Lager, wo er als Lehrer tätig war, per Post nachgesandt. Dienstlich hatte diese Führertätigkeit nichts zu tun.“<sup>20</sup>

Es machte schon Sinn für Ernst Köhler, sich nicht in Hamburg gleich 1945 nach Ende der NS-Herrschaft entnazifizieren zu lassen. Dann wäre genauer geprüft worden, welche Rolle er am Christianeum gespielt hatte. Entnazifizierung in Nürnberg war vom Hörensagen und nicht die Überprüfung von Taten und Aktivitäten gewesen.

Ernst Köhler war nicht der einzige Nationalsozialist, der sich in eine Region bewegte, wo seine Familie oder die Familie der Ehefrau bekannt und gut beleumdet waren, und der sich aus der genaueren Beobachtung dadurch zurückziehen wusste.

Für das Entnazifizierungsverfahren in Nürnberg konnte Rechtsanwalt Max Lurati auch die Abschrift eines Gutachtens von Oberschulrat Heinrich Schröder einreichen, das dieser am 12.7.1947 in seinem Dienstzimmer in der Dammtorstraße 25 verfasst hatte. Überraschend, wenn man sich an das von mir zitierte Schreiben im Zusammenhang mit dem Verfahren um Schulleiter Hermann Lau erinnert. Schröder begutachtete jetzt:

„Der frühere Studienrat Dr. Ernst Köhler in Nürnberg, geboren am 8. Mai 1900, war mehrere Jahre Mitglied meines Kollegiums, und zwar am staatlichen Christianeum in Hamburg-Altona. Es ist mir bekannt, dass Dr. Köhler Mitglied der NSDAP seit 1933 und Mitglied der Allgemeinen SS war. Auch sammelte er für den NSLB die Beiträge ein. Seine nationalsozialistische Weltanschauung hat er in diesen Jahren ebenfalls offen vertreten. Mir ist aber nicht bekannt, des Dr. Köhler sich als Nationalsozialist in einem üblen oder gar verbrecherischen Sinne betätigt hat.“<sup>21</sup>

Auf dieses Schreiben werde ich noch einmal zurückkommen, weil es nicht das letzte Wort von Schröder im Fall Köhler war. Erstaunlich ist für mich ein Schreiben von Ernst Köhler an Johann Helbig, das er am 17.8.1947 aus Nürnberg schrieb. Es ist insofern von Bedeutung, weil Helbig der Vorsitzende des Fachausschusses für die Entnazifizierung von Lehrern aus dem höheren Schulbereich war. Das handschriftliche Schreiben macht deutlich, dass Köhler und Helbig persönlich miteinander gut bekannt waren:

„Nachdem ich jetzt schon wieder vier Wochen bei drückender Hitze auf dem Bau Mörtel gemacht und in den zweiten Stock getragen habe, abends daher total fertig war, komme ich leider erst heute dazu, auch Ihnen mitzuteilen, dass ich das ‚Glück‘ gehabt habe, als ‚Mitläufer‘ zu 1500 Mark Sühne + 336 Mark Kosten verurteilt worden zu sein. Hierbei hat auch Ihr Gutachten nebst zwei anderen seine Wirkung getan, im Gegensatz zu der Mehrzahl, die gar nicht beachtet wurden. Ich danke Ihnen also nochmals herzlich! Ob und wann ich nun mit der ‚gewöhnlichen Arbeit‘ aufhören kann, hängt noch von der Schnelligkeit ab, mit der dem Amerikaner das Urteil zugeleitet und von ihm bestätigt wird. Manche warten darauf schon ein Jahr, darunter auch ein meinem Schwiegervater bekannter Lehrer. – Gesundheitlich, wenn auch nicht ernährungsmäßig, geht es uns gut; mir persönlich fehlt mein Hamburger Freundeskreis, fühle mich recht isoliert hier, ähnlich wie in den Lagern, wo wir aber doch immerhin nicht ganz allein waren. Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus Ihr Ernst Köhler.“<sup>22</sup>

Johann Helbig hatte also auch ein Leumundszeugnis für Ernst Köhler abgegeben. In einem später zitierten Schreiben wird deutlich, dass beide sich in einem KLV-Lager 1944 als Lehrer kennengelernt hatten. Johann Helbig gehörte dem Beratenden Ausschuss an, der, zusammen mit Willi Thede und Luise Broscheit, die

in dieser Zeit fast alle Entscheidungen im Bereich der höheren Schulen trafen, am 10.12.1947 bereits eine Empfehlung im Falle Ernst Köhler abgaben, der sich jetzt auch für den Hamburger Schuldienst beworben hatte und sich in Hamburg somit auch noch einmal der Entnazifizierung stellen musste. Dafür hatte Köhler am 27.7.1947 einen Entnazifizierungsfragebogen ausgefüllt, mit der Bemerkung, in Nürnberg bereits von der Spruchkammer als „Mitläufer“ in Gruppe IV eingestuft und zu 1500 RM Sühne verurteilt worden zu sein.<sup>23</sup>

Der Beratende Ausschuss kam am 10.12.1947 zu dem Ergebnis:

„Verschiedene Zeugen, wie etwa Frau Oberstudiendirektor Stoß, bestätigten, dass er politisch nicht aktiv gewesen ist, betonen aber, dass Angst ihn in seiner Haltung bestimmte und er bemüht war, möglichst alles mitzumachen. Wir glauben, er sollte in Kategorie IV eingestuft werden.“<sup>24</sup>

Nun war Irma Stoß zweifelsfrei eine respektable Frau. Aktiv in der Frauenbewegung, bis 1933 Schriftleiterin der „Deutschen Lehrerinnenzeitung“, des Verbandsorgans des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins (ADLV) und in Hamburg stellvertretende Schulleiterin der Realschule und des Realgymnasium für Mädchen an der Curschmannstraße.<sup>25</sup> Am 16.2.1933, in den letzten Wochen der Selbstverwaltung, war sie vom Kollegium noch wiedergewählt worden, wurde dann aber zum Sommer von der neuen NS-Schulverwaltung abgesetzt und verblieb an der Schule als Studienrätin. Da Ernst Köhler nur kurze Zeit als junger Studienassessor an dieser Schule tätig war und versuchte, endlich seine materielle Existenz abzuschern, ist sein zurückhaltendes und ängstliches Verhalten nachvollziehbar, aber wohl schwerlich als Aussage gültig für seine Gesamtpersönlichkeit während der NS-Zeit.

Der Fachausschuss stimmte der Empfehlung des Beratenden Ausschusses am 30.12.1947 zu, bestätigte die Eingruppierung in Kategorie IV und empfahl eine fünfjährige Beförderungssperre.<sup>26</sup>

Dies wiederum rief nun am 9.4.1948 OSR Heinrich Schröder auf den Plan, der sich mit einer Stellungnahme für die Schulbehörde an den Zentralausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten wandte und eine deutlich andere Position vertrat, als das von Rechtsanwalt Lurati übermittelte Gutachten vom 12.7.1947. Möglicherweise hatte Heinrich Schröder mittlerweile sowohl den ausgefüllten Fragebogen von Ernst Köhler gelesen, vielleicht auch noch einmal selbst recherchiert und Stellungnahmen ehemaliger Kollegen des Christianeums eingeholt. Daraufhin legte er „für die Schulbehörde aus folgenden Gründen gegen dieses Urteil Einspruch ein“ und bat, „eine erneute Prüfung des Falles zu veranlassen“.<sup>27</sup>

Zur Begründung machte Schröder folgende Ausführungen:

„Dr. Köhler war Mitglied der NSDAP seit 1933 und Mitglied der Allgemeinen SS seit 1934. In letzterer bekleidete er den Rang eines Rottenführers, außerdem

hat Köhler während der ganzen Dauer der Nazizeit das Amt eines Schulwalters bekleidet. Schulbehörde und Schuldeputation sind der Auffassung, dass ein Lehrer, der während der gesamten Dauer der Hitlerzeit aktives Mitglied der SS war, als Jugenderzieher im demokratischen Deutschland nicht tragbar ist, wenn er nicht eine ganz besondere überzeugende Entlastung vorzutragen hat. Letzteres ist bei Köhler nicht der Fall. Köhler hat aus seiner nationalsozialistischen Überzeugung nie ein Hehl gemacht; antifaschistisch hat er sich niemals geäußert geschweige denn betätigt. Die Gegner des Regimes pflegten ihre Gespräche einzustellen, wenn Köhler in die Erscheinung trat. Köhler ist nach der Kapitulation in Nürnberg untergetaucht und hat es vermieden – offensichtlich in der Erkenntnis seiner politischen Untragbarkeit – sich bei seiner vorgesetzten Behörde wieder zu melden. Erst im Juli 1947, nachdem die Spruchkammer in Nürnberg ein Verfahren gegen ihn eröffnet hatte, tauchte er wieder in Hamburg auf. Die Spruchkammer in Nürnberg hat Köhler in die Kategorie IV eingestuft. Sie hat aber offenbar keine Belastungszeugen gehört und war auch gar nicht in der Lage, die politische Haltung eines Hamburger Lehrers erschöpfend zu beurteilen. Jedenfalls kann für die Schulbehörde der Hansestadt Hamburg, die Köhlers Haltung während der Nazizeit besser zu beurteilen vermag, dieses Urteil nicht maßgebend sein.

Die Schulbehörde bittet daher, den Fall Köhler noch einmal überprüfen zu lassen. Sie weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass die Berufungsausschüsse die Gepflogenheit haben, schwer belasteten Lehrkräften im Falle ihrer Wiederbeschäftigung zunächst nur im Angestelltenverhältnis und für eine Bewährungsfrist für mehrere Jahre wieder zuzulassen. Köhler ist aber trotz seiner schweren Belastung sofort als Lehrer im Beamtenverhältnis wieder zugelassen worden. Es ist lediglich eine Beförderungssperre über ihn verhängt worden.“<sup>28</sup>

Tatsächlich trat der Leitende Ausschuss 8 am 29.5.1948 unter Leitung des Rechtsanwaltes Curt Wessig<sup>29</sup> zusammen und fasste folgenden Beschluss:

„Die Wiederaufnahme des Verfahrens wird empfohlen, da die Entscheidung des Fachausschusses als gesetzwidrig zu bezeichnen ist. Es steht fest, dass Dr. Köhler nach Beginn des Krieges nicht nur der allgemeinen, sondern auch der Waffen-SS angehört hat, die aufgrund des Nürnberger Urteils für eine verbrecherische Organisation erklärt worden ist. Bei dieser Sachlage hätte der Fachausschuss eine eingehende Prüfung vornehmen und Zeugen vernehmen müssen. Nur dann, wenn zahlreiche Zeugen bekundet hätten, dass Dr. Köhler zumindest im Laufe des Krieges von den Zielen der NSDAP abgerückt ist, wäre er für den Schuldienst tragbar. Aus der Akte ergibt sich, dass auch nicht die geringste Prüfung vorgenommen worden ist.“<sup>30</sup>

Nun trat wieder Rechtsanwalt Max Lurati in Erscheinung und legte dem Berufungsausschuss am 4.11.1949 eine Erklärung vor, die sich insbesondere mit den

beiden Aussagen von Heinrich Schröder beschäftigte, die in der Tat widersprüchlich waren. Ich vermute, dass Schröder erst nach Einreichen des Entnazifizierungsfragebogens über die Einzelheiten der NS-Mitgliedschaften von Ernst Köhler informiert war. Rechtsanwalt Lurati schrieb nun, dass die Beförderung Köhlers zum Rottenführer erst sehr spät erfolgt sei, 1943, und Ernst Köhler darüber „sehr erstaunt“ gewesen sei. Köhler habe auch nur für zweieinhalb Jahre als Schulwalter des NSLB fungiert. Interessant sind die Hinweise von Max Lurati, dass Ernst Köhler unter Leitung des damaligen Oberstudienrats Dr. Hans Reimers, der mittlerweile Referent von Schulsenator Heinrich Landahl in der Schulverwaltung war, von 1940 bis 1942 am Rauhen Haus gearbeitet hatte und Johann Helbig 1944 in der KLV kennenlernte. Damit hatte Köhler Leumundszeugen, die in Hamburg 1949 ein großes Gewicht hatten.<sup>31</sup>

Der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten kam am 5.11.1949 unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Rechtsanwalts Soll zusammen und entschied, dass Ernst Köhler als Studienrat wieder eingestellt werde, bis Ostern 1950 als Angestellter und danach wieder im Beamtenverhältnis bestätigt. Köhler wurde in Kategorie IV eingruppiert. Zur Begründung hieß es:

„Dr. K. ist durch seinen frühen Beitritt zur NSDAP 1933, seine Zugehörigkeit zur allgemeinen SS und während des Krieges zur Waffen-SS nicht unerheblich belastet. Es wird ihm jedoch von allen Seiten bestätigt, dass er trotz der nationalsozialistischen Überzeugung sich einwandfrei geführt hat und sich nicht im üblen oder verbrecherischen Sinne betätigt hat.“ Ferner wurde vermerkt: „Es war auch zu berücksichtigen, dass Dr. K. nach 1945 durch seinen Arbeitseinsatz in untergeordneter Stellung (schwere Gleisarbeiten) eine gewisse Sühne geleistet hat.“<sup>32</sup>

Ernst Köhler wurde somit wieder eingestellt, war erstaunlicherweise für einige Zeit sogar wieder am Christianeum tätig<sup>33</sup>, bevor er dann dem Gymnasium für Jungen in Altona, am Hohenzollernring, zugeordnet wurde.<sup>34</sup>

Ernst Köhler starb am 29.6.1993.<sup>35</sup>

## Anmerkungen

1 Schreiben vom 21.11.1936, SS-Akte, BArch, R/9361/III\_101021

2 SS-Akte, BArch, a. a. O.

3 Lebenslauf, SS-Akte a. a. O.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 SS-Stamm-Karte, SS-Akte a. a. O.

7 Entnazifizierungsakte, StAHH, 221-11\_69515 KAT

8 Laut Hamburgischem Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1935–1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, S. 102.

- 9 Laut Hamburgischem Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1938–1939, herausgegeben vom NS-Lehrerbund, Gauverwaltung Hamburg, S. 41.
- 10 Siehe die Biografien Hermann Lau (S. 323 ff.), Adolf de Bruyker (S. 310 ff.) und Albert Henze (S. 162 ff.), in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016.
- 11 Schreiben vom 17.5.1945, Personalakte Lau, StAHH, 361-3\_A1670
- 12 Siehe auch Biografie Lau a. a. O.
- 13 Schreiben vom 1.9.1942, in Entnazifizierungsakte de Bruycker, StAHH, 221-11\_Ed 3467
- 14 Schreiben von Rechtsanwalt Max Lurati vom 14.7.1947, Entnazifizierungsakte Köhler a. a. O.
- 15 Schreiben Lurati, a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Spruch der Spruchkammer V in Nürnberg, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Spruchkammer Nürnberg, a. a. O.
- 21 Gutachten von Heinrich Schröder vom 12.7.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Schreiben vom 17.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 24 Empfehlung des Beratenden Ausschusses vom 10.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Siehe die Kurzbiografie von Irma Stoß, geschrieben von Uwe Schmidt, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon Bd. 4, hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2008, S. 336f.
- 26 Fachausschuss vom 30.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Schreiben von Heinrich Schröder vom 9.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Siehe die Kurzbiografie Curt Wessig von Reimer Möller, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon Bd. 6, hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2012, S. 369f.
- 30 Beschluss des Leitenden Ausschusses vom 29.5.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Schreiben von Rechtsanwalt Lurati vom 4.11.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Entscheidung des Berufungsausschusses 17 vom 5.11.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Laut Hamburgischem Lehrerverzeichnis, herausgegeben vom Verlag der Gesellschaft der Freunde Schuljahr 1953–1954, in dem er zum Christianeum gehörte, aber an die Schule Bleickenallee abgeordnet war. Im Schulverzeichnis des Jahres 1955/56 und 1959/60 wurde er im Kollegium vom Christianeum geführt,
- 34 Laut Schulverzeichnis 1962/63 gehörte er zum Kollegium am Gymnasium Hohenzollernring.
- 35 Laut Auskunft von Sabine Büge von der Altenregistratur der BSB Hamburg vom 30.8.1918.



## Siegfried Gruber

**„Mein Eintritt in die SS am 1. Oktober 1933 erfolgte keineswegs aus Begeisterung für die NSDAP und ihre intoleranten Lehren.“**

Auch Siegfried Gruber gehörte zur Gruppe der jungen Lehrer, die sich für das höhere Lehramt ausbilden ließen und in einer Zeit fehlender Stellen glaubten, durch die Mitgliedschaft in NS-Organisationen ihre Chancen auf eine Festanstellung verbessern zu können. Gruber trat deswegen der SS bei und beteuerte später seine Beweggründe und seine innere Distanz zum Nationalsozialismus. Leumundszeugnisse bestätigten dies. Möglicherweise gab es noch einen weiteren Grund für ihn, NS-Loyalität zu demonstrieren. Er war als Kind adoptiert worden und beim Nachweis seiner „Erbgesundheit“ gegenüber dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS gab es Probleme mit der „arischen Ahnenkette“ der unverheirateten leiblichen Mutter des leiblichen Vaters.

Siegfried Gruber wurde am 9.5.1908 in Bant, bei Wilhelmshaven, geboren. In seinem handschriftlichen Lebenslauf für die Hamburger Oberschulbehörde schrieb er am 12.8.1932, er sei der „Sohn des hamburgischen Damenschneidermeisters Edmund Albert Gruber und seiner Ehefrau, Anna Henriette Gruber, geborene Schmidt, beide evangelisch-lutherischer Konfession“.<sup>1</sup>

Als Siegfried Gruber, der am 1.10.1933 in die SS eingetreten war<sup>2</sup>, sich vier Jahre später verloben und danach heiraten wollte, musste er sich der peniblen Prozedur des Erbgesundheits-Nachweises unterziehen und die Ahnentafel von sich und seiner zukünftigen Frau lückenlos vorlegen. Das war verbunden mit einem handgeschriebenen Lebenslauf, in dem er seine Herkunft präziser benennen musste. Er schrieb, dass er „als unehelicher Sohn der Artistin Elsa Goehring und des derzeitigen Leutnants Hermann Julius Bergeré geboren“ wurde. „Da mein Vater als kaiserlicher Offizier meine Mutter nicht heiraten konnte, leistete er nur die üblichen Unterhaltszuschüsse, während meine Mutter mich in Pflege gab, da sie mich als Artistin nicht mit auf Reisen nehmen konnte. Mit vier Jahren kam ich schließlich nach Hamburg zu Bekannten meiner Mutter, die mich im Sommer 1913 endgültig adoptierten.“<sup>3</sup>

Diese Lebensgeschichte und die Schwierigkeit, das uneheliche Kind einer nicht verheirateten jungen 18-jährigen Artistin zu sein, deren Großmutter mütterlicherseits 1862 in Sankt Petersburg geboren war, wofür Siegfried Gruber nur eine Geburtsurkunde in kyrillischer Schrift beibringen konnte, war schon schwierig zu jener Zeit in der SS. Hinzu kam die Bescheinigung des deutschen Generalkonsuls in Lenin-

grad vom 19.8.1936, der feststellte: „Vermerke über das Glaubensbekenntnis werden von den jetzt für die Ausfertigung derartiger Urkunden ausschließlich zuständigen sowjetischen Behörden zur Beurkundung des Personenstandes in die Auszüge nicht aufgenommen. Aus der Tatsache, dass die Geburt in dem oben bezeichneten Kirchenbuch beurkundet war, geht jedoch einwandfrei hervor, dass Amalie Maximiliane Holst christlichen Glaubens war.“<sup>4</sup>

Siegfried Gruber wird in diesen Zeiten nicht wohl gewesen sein bei den Recherchen zu seiner familiären Herkunft. Und nachvollziehbar ist, dass er in Kenntnis der festgestellten Tatsachen in der NS-Zeit daran interessiert war, nicht weiter negativ aufzufallen.

Er wuchs also bei seinen Adoptiveltern auf, besuchte von 1915 bis 1918 die Realschule Seilerstraße, um danach auf die Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentor zu wechseln, wo er Ostern 1927 die Reifeprüfung bestand. Danach begann er ein Studium der Germanistik, Romanistik und Geschichte an der Universität in Hamburg, mit jeweils einem Semester an den Universitäten in Wien und Paris.<sup>5</sup>

Am 22.7.1932 bestand er das erste Staatsexamen für das höhere Lehramt. Prüfungsvorsitzender war Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer und zur Prüfungskommission gehörte auch der später emigrierte jüdische Prof. Ernst Cassirer.<sup>6</sup>

Den Vorbereitungsdienst absolvierte Siegfried Gruber an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, der Lichtwarkschule und der Oberrealschule Eppendorf. Am 30.9.1934 bestand er auch die zweite Lehrerprüfung, erneut mit OSR Wilhelm Oberdörffer als Vorsitzenden und Alfred Kleeberg in der Prüfungskommission.<sup>7</sup>

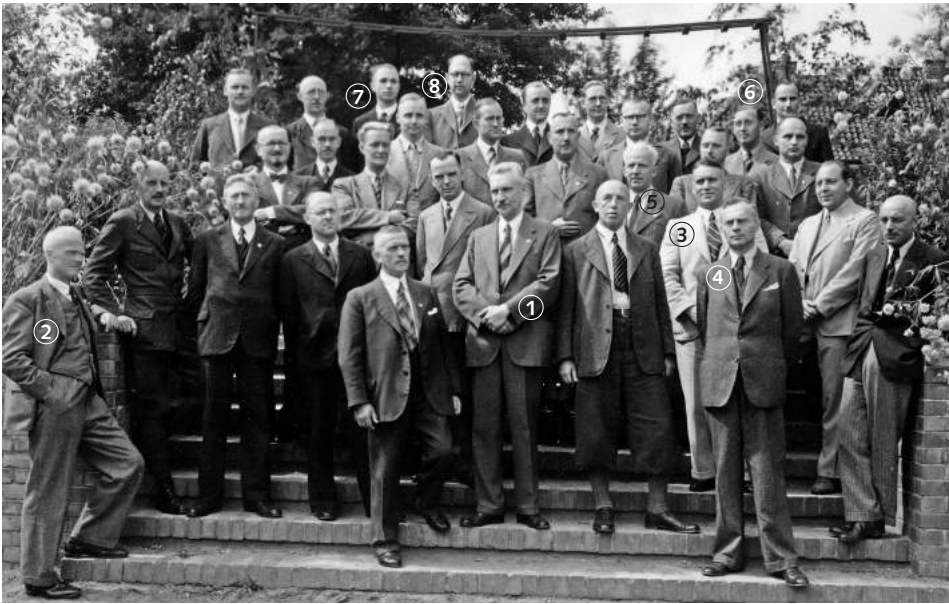


Siegfried Gruber, 1933

Siegfried Gruber wurde danach zum 1.10.1934 als Hilfslehrer an der Oberrealschule Eppendorf eingestellt, aber es dauerte noch bis zum 1.6.1937, bis er eine feste Assessorenstelle am Christianeum in Altona erhielt. Dafür sorgte der für Altona zuständige Stadtrat Hermann Saß.<sup>8</sup>

Die Einstellungssituation an den höheren Schulen in Hamburg war schwierig. Da war es hilfreich, auf die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen verweisen zu können, insbesondere wenn die verantwortlichen Personalreferenten so fanatische Nationalsozialisten waren wie Hermann Saß. Siegfried Gruber war seit dem 1.10.1933 Mitglied der SS (Mitgliedsnummer 136 718) und kurz vor seiner Übernahme am Christianeum am 1.5.1937 in die NSDAP eingetreten.<sup>9</sup>

Bei seiner Zuordnung zum Kollegium des Christianeums verfolgte Hermann Saß das Kalkül, an dieser Schule, an der vor 1933 starke demokratische Persönlich-



Lehrerkollegium des Christianeums 1938 heterogen zusammengesetzt: Die jungen SS-Leute Köhler (8), Gruber (7) im Hintergrund, SS-Mann Trog (3) und der Denunziator de Bruyker (5) zentraler. Schulleiter Hermann Lau zentral (1). Auffällig im Vordergrund die starken Männer der Nachkriegszeit, Otto Stadel (2) und Heinrich Schröder (4).

keiten gewirkt hatten, die Gruppe der Nationalsozialisten zu stärken. Über den Effekt habe ich in der Biografie Ernst Köhler in diesem Band ausführlicher geschrieben.<sup>10</sup>

Die größte Schwierigkeit für Siegfried Gruber bestand zu dieser Zeit darin, die notwendigen Unterlagen für das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS zu beschaffen, um seine Erbgesundheit und die seiner zukünftigen Frau zu belegen. Dies gelang nicht rechtzeitig und so bekam der SS-Rottenführer Siegfried Gruber am 10.9.1937 vom Chef des Sippenamtes in Berlin ein Schreiben, in dem es hieß:

„Die Verlobung und Heirat mit Fräulein Ilse Thielemann, Hamburg, wird Ihnen hiermit auf eigene Verantwortung freigegeben, da eine ordnungsgemäße Prüfung des Gesuches auf Erbgesundheit und Abstammung nicht erfolgen konnte. Die Verfahren stammen zum Teil aus dem Auslande. Die erforderlichen Urkunden sind von dorthier zur Zeit nicht zu beschaffen. Sie sind verpflichtet, die fehlenden Unterlagen nachzureichen, sobald eine Anforderung von Urkunden aus den betreffenden Staaten wieder erfolgen kann bzw. darf.“<sup>11</sup>

Siegfried Gruber hatte vorher dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS schreiben müssen, welche Forschungsschwierigkeiten sich für ihn auftraten:

„Nach Familienüberlieferung kam mein Urgroßvater Jean Bergeré als Emigrant während der französischen Revolution auf einem eigenen Kahn nach Deutsch-

land. Aus welchem Ort er kam und wo er überall auf dem Rhein anlegte, ist unbekannt. Ebenso der Ort, wo er seine deutsche Frau, Maria Koch, heiratete. Frauen dieses Namens gibt es aus der Zeit im Rheinland unzählige. Ob der Sohn aus dieser Ehe, der spätere Schreinermeister und Bürger in Vallendar, wirklich in Koblenz geboren wurde, ist fraglich, jedenfalls war ja ein Eintrag nicht zu finden, was bei dem unsteten Wohnsitz auf dem Kahn nicht weiter verwunderlich ist. Jedenfalls sind wir hier mit den Quellen am Ende.“<sup>12</sup>

Für Siegfried Gruber, der unter anderem Geschichte studiert hatte, gestaltete es sich nicht leichter, Unterlagen über die Ahnen mütterlicherseits zu beschaffen:

„Die in Leningrad angeforderte Heiratsurkunde ist inzwischen eingelaufen. Leider enthält sie keinerlei Angaben über das Alter oder den Geburtsort der Braut, so dass ich auch hier nicht weiter komme. Eintragungen vor 1933 sind in St. Petersburg überhaupt nicht mehr vorhanden. Meine Mutter weiß noch aus Andeutungen ihrer verstorbenen Mutter, dass ihre Großmutter Jürgens nach dem Tode ihres Mannes als Erzieherin auf russische Güter gegangen ist; seitdem blieb sie verschollen.“<sup>13</sup>

Das war sicherlich eine nicht zufriedenstellende Last für Siegfried Gruber. Andere Unterlagen konnten beigebracht werden, so die ärztlichen Zeugnisse über seinen Gesundheitszustand und den seiner zukünftigen Frau. Dafür wurden in der Regel SS-Ärzte konsultiert. Und es musste auch Zeugnis abgelegt werden über die Charaktereigenschaften der zukünftigen Braut. Dafür hatte die SS einen Fragebogen-Vordruck, der im Falle von Else Thielemann von dem Kaufmann Emil Cassuhn ausgefüllt wurde, der zu seiner Glaubwürdigkeit noch dokumentierte, SA-Verwaltungs-Obertruppführer in Hamburg zu sein. Die zu beantwortenden Fragen lauteten unter anderem:

„Ist die zukünftige Braut zuverlässig oder unzuverlässig?

Kinderlieb oder nicht kinderlieb?

Kameradschaftlich oder herrschsüchtig?

Sparsam oder verschwenderisch?

Häuslich oder flatterhaft, putzsüchtig?

Ist die Familie wirtschaftlich oder unwirtschaftlich?

Sind ihnen in der Familie und bei den weiteren Vorfahren Geisteskrankheiten, Nervenleiden, Tuberkulose oder sonstige schwere Erkrankungen bekannt?

Sind Selbstmorde oder Selbstmordversuche vorgekommen?

Hat die zukünftige Braut und ihre Familie sich für die nationalsozialistische Erhebung eingesetzt oder sind sie heute zuverlässige Verteidiger der nationalsozialistischen Weltanschauung?

Halten Sie die zukünftige Braut als Frau eines SS-Angehörigen geeignet?

Sind Ihnen sonstige hervortretend gute oder auffallend schlechte Eigenschaften der Braut bekannt?“<sup>14</sup>

Bei dieser gesamten Prozedur mussten ein SS-Mann und seine zukünftige Frau eigentlich wissen, welchen Charakter und Geist diese Organisation hatte.

Die Ehe wurde dann auf eigene Verantwortung vollzogen, Siegfried Gruber und seine Frau Else bekamen in der Folge zwei Söhne (1941 und 1944).<sup>15</sup>

Das Wirken von Siegfried Gruber an der Schule war unspektakulär. Eine feste Anstellung erhielt er erst in Abwesenheit. Per Feldpost (O15 12 13) teilte der Präsident der Landesunterrichtsbehörde, Karl Witt, ihm am 13.4.1940 mit, zum Studienrat befördert worden zu sein.<sup>16</sup>

Gruber hatte schon 1937/38 militärische Übungen absolviert, um sich zum Unteroffizieranwärter ausbilden zu lassen. Seit dem 28.8.1939 war er bei der Wehrmacht, Unteroffizier, Marineinspektor, Leutnant und Funkoffizier.<sup>17</sup> Am 8.5.1945 geriet er in Italien in Kriegsgefangenschaft und kam in verschiedene Internierungslager.<sup>18</sup>

Am 4.11.1947 wurde Siegfried Gruber „nach eingehender Überprüfung und Vernehmung durch Beamte der britischen Militärregierung aus dem Internierungslager Neuengamme entlassen“.<sup>19</sup>

In seinem langen Entnazifizierungsfragebogen hatte Siegfried Gruber wahrheitsgemäß seine Mitgliedschaften in der SS und der NSDAP angegeben, außerdem war er dem NSLB 1935 beigetreten und der NSV 1938.<sup>20</sup>

Er gab dazu im Fragebogen folgende Erklärung ab:

„Mein Eintritt in die allgemeine SS im November 1933 erfolgte nicht aus reifer politischer Erkenntnis, sondern als einfache Loyalitätserklärung dem neuen Staate gegenüber, der ein solches äußerliches ‚Bekenntnis‘ von den jungen Beamtenanwärtern verlangte. Als Sohn völlig verarmter Adoptiveltern stand ich unter schwerem wirtschaftlichen Druck.“<sup>21</sup>

In einem Schreiben an die Hamburger Schulbehörde vom 19.11.1947 hatte Gruber seine Beziehung zur SS noch ausführlicher begründet:

„Mein Eintritt in die SS am 1. Okt. 1933 erfolgte keineswegs aus Begeisterung für die NSDAP und ihre intoleranten Lehren. Als Adoptivsohn eines kleinen Handwerkers, der sein Leben lang seine Wahlstimme der SPD gegeben hatte (mein Vater verstarb 1941), war mir der brutale, diktatorische Zug der Hitler-Bewegung weit eher verdächtig als sympathisch. Als jedoch nach der ‚Gleichschaltung von Partei und Staat‘ alle amtlichen und halbamtlichen Stellen einen unerhört starken Druck insbesondere auf die jungen Beamtenanwärter ausübten und als Voraussetzung für jede spätere Anstellung aktive Mitarbeit in einer der beiden halb militärischen

Parteiformationen verlangten, glaubte ich, dem neuen Staat, der über die Hälfte aller Deutschen für sich gewonnen zu haben schien, eine solche Loyalitätserklärung nicht mehr verweigern zu dürfen. Zugleich stand ich damals unter schwerem wirtschaftlichen Druck. Meine Adoptiveltern hatten zur Beendigung meines Studiums Geld aufnehmen müssen, zu dessen baldiger Rückzahlung ich verpflichtet war. Wenn ich damals – als 25-jähriger Studienreferendar – der SS und nicht der SA beiträt, so deshalb, weil die SS in Hamburg bis dahin weniger im politischen Kampf hervorgetreten war und der ‚weniger wilde Haufen‘ zu sein schien. Ein grundsätzlicher Unterschied war damals zwischen den beiden Organisationen allerdings noch nicht zu erkennen. Irgendeine Rolle habe ich in der Folgezeit im SS-Sturm 4/28, dem ich bis zum Kriegsausbruch angehörte, nicht gespielt. Zwar wurde ich, da kein weiterer Lehrer in der Einheit vorhanden war, ganz ohne mein Zutun zum ‚Sturmschulungsman‘ erklärt, aber alle Schulungsarbeit wurde ausschließlich von den Sturmbann- und Standartenschulungsleitern durchgeführt. Wer nicht ‚Alter Kämpfer‘ war, konnte solches Amt, das zum Aufstieg in die Führerränge berechtigte, nur durch den Besuch von SS-Schulungslagern erwerben, was ich jedoch durch stetigen Hinweis auf berufliche Unabkömmlichkeit zu vermeiden wusste. Den Dienstgrad eines Unterscharführers erhielt ich nicht wegen irgendwelcher Verdienste, sondern termingemäß nach vierjähriger Mitgliedschaft.

Als im Jahre 1936 die allgemeine Wehrdienstpflicht eingeführt wurde, hieß es sehr bald, dass die militärische Ausbildung der SS-Angehörigen von den SS-Totenkopfverbänden übernommen werden sollte. Da diese Truppe in erster Linie die Fachverbände für die Konzentrationslager zu stellen hatte, war sie mir besonders zuwider. Ich meldete mich daher vorsorglich zur kurzfristigen Ausbildung bei der Artillerie des Heeres, wo ich denn auch bei Kriegsbeginn sofort eingezogen wurde. 1940 wurde ich zur Marine versetzt. Als dann 1941 der Reichsführer-SS von den drei Wehrmachtsteilen die Überstellung aller ehemaligen Angehörigen der Allg. SS zur Waffen-SS verlangte, ließ ich mich von meiner Einheit zum ‚Spezialisten‘ erklären und konnte mich so der Erfassung entziehen. Ganz abgesehen von der ablehnenden Haltung, die ich inzwischen dem Hitler-Staat gegenüber gewonnen hatte, befürchtete ich damals, dass im Augenblick des deutschen Zusammenbruchs eine Revolution entstehen und die Waffen-SS als politisch-militärische Leibgarde des Diktators eingesetzt werden könnte. Ich blieb daher bis zum Kriegsende bei der Marine.“<sup>22</sup>

Im Weiteren berichtete Siegfried Gruber von den Anwerbungsversuchen, als Lehrer zu den Nationalpolitischen Anstalten (Napolas) zu wechseln:

„Als 1939 die dem SS-Amt Obergruppenführer Heissmeyer (Berlin) unterstellten ‚Nationalpolitischen Erziehungsanstalten‘ erheblich vermehrt werden sollten,

wurden alle Lehrer der Höheren Schulen, welche Angehörige der SS waren, aufgefordert, sich zur Mitarbeit an den ‚Napolas‘ zur Verfügung zu stellen. Da ich den uniformierten Drillbetrieb im Stile preußischer Kadettenanstalten jedoch ablehnte, vermochte ich nicht, meine Einwilligung zur Versetzung an eine solche Anstalt zu geben. Von 1939 bis 1944 versuchte die Berliner SS-Leitung der Napolas wiederholt mich umzustimmen, doch fand ich immer neue Ausflüchte. Leider ist mir dieser sehr wichtige Briefwechsel 1945 bei der Gefangennahme in Italien abgenommen worden, und das Entnazifizierungsamt der Stadt Berlin hat sich bisher geweigert, mir Abschriften auszuhändigen.“<sup>23</sup>

Gruber legte den Durchschlag seiner Anfrage an die Dokumentenzentrale Berlin seinem Schreiben an die Schulbehörde bei. Die Entnazifizierungskommission beim Magistrat der Stadt Berlin hatte am 29.4.1947 allerdings abschlägig geantwortet:

„Die Entnazifizierungskommissionen sind nicht berechtigt, einem Appellanten irgendwelches Beweismaterial zu verschaffen. Das ist Ihre eigene Aufgabe bzw. diejenige der dortigen Spruchkammer. Weisen Sie bei ihrer Antragstellung lediglich darauf hin, dass Sie während des Jahres 1939–44 einen Schriftwechsel mit dem sogenannten Reichsführer-SS Hauptamt unterhielten.“<sup>24</sup>

Zum Schluss gab Siegfried Gruber noch eine interessante und für ihn entlastende Information weiter:

„Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ich während der Jahre der Gefangenschaft und Internierung in den Lagern Rimini, Auerbach, Regensburg und Neuengamme jede Gelegenheit wahrgenommen habe, mich beruflich zu betätigen. Im Lager Regensburg zum Beispiel erteilte ich im Rahmen eines Abiturientenlehrganges für Kriegsteilnehmer Deutsch-, Französisch- und Geschichtsunterricht. Alle 14 Schüler bestanden vor der Oberschule Regensburg ihr Examen. Anschließend bereitete ich 16 Internierte ohne weitere Unterstützung auf die große französische Dolmetscherprüfung vor. Daneben hielt ich zahlreiche Vorträge über Dichter und Dichtung der Weltliteratur und wirkte bei der Gestaltung fast aller Feierstunden mit. Im Rahmen einer von mir geleiteten literarischen Arbeitsgemeinschaft, welche über 100 Mitglieder zählte, konnte ich durch regelmäßige Buchbesprechungen und Leseabende insbesondere Verständnis für die im Hitlerreich kaum beachtete Literatur des Auslandes erwecken. Dem im gleichen Lager gegründeten ‚Aktionsausschuss für demokratische Umerziehung‘ gehörte ich als aktives Mitglied an. In Anbetracht der hier erwähnten Umstände, die ich im wesentlichen bereits bei der Vernehmung durch britische Militärbeamte im Internierungslager Neuengamme vorbringen und belegen konnte, wurde dort meine provisorische Einstufung in die Kategorie V verfügt.“<sup>25</sup>

Die Tatsache, dass Siegfried Gruber zweieinhalb Jahre in Internierungslagern verbracht hatte, wurde sicherlich schon als eine Art Sühnemaßnahme angesehen. Da er seine Lageraktivitäten aber auch belegen konnte, vermittelte er den Eindruck, dass es sich hier nicht um die übliche Beschönigungsrhetorik handelte, sondern um eine ernsthafte Entwicklung und tatkräftige Hilfe bei der demokratischen Fortbildung von Gefangenen in den jeweiligen Internierungs- und Arbeitslagern.<sup>26</sup>

Siegfried Gruber konnte auch von drei ehemaligen Kollegen des Christianeums, die als Nazigegner bekannt waren, Leumundszeugnisse beibringen. So schrieb der ehemalige Kollege Walther Gabe:

„Herr Studienrat Siegfried Gruber ist mir seit Ostern 1938 bekannt. Im kollegialen Verkehr hat er sich niemals irgendwie politisch aufgedrängt. Trotzdem ich eine jüdische Großmutter gehabt habe und deshalb Anfeindungen ausgesetzt war, hat Herr Gruber diese Notlage niemals gegen mich ausgenutzt. Mein Eintreten zugunsten von Herrn Gruber dürfte von besonderer Wirkung sein, weil ich als nicht Pg. und wegen meiner Abstammung selber ein Opfer der Nazis wurde und Februar 1943 urplötzlich aus dem Unterricht gerissen und zum Schreiberdienst in der Verwaltung degradiert wurde. Dort musste ich bis zum Zusammenbruch aushalten.“<sup>27</sup>

Der neue Schulleiter am Christianeum, Dr. Otto Stadel, urteilte über Gruber:

„Gruber gehörte zu jener Gruppe von Nationalsozialisten, die man als Opfer der Nazipropaganda anzusehen hat. Wenn er auch Mitglied der SS war, so war er doch nicht der Verbrechen fähig, deren diese Organisation sich schuldig gemacht hat. Er kannte meine Einstellung, die ich als Mann, der der Partei nicht angehörte, hatte; ich brauchte jedoch nicht zu fürchten, dass er jemals zu einer Denunziation, zu der meines Wissens die SS verpflichtet war, greifen würde. Ich kann mich nicht erinnern, Gruber in SS-Uniform in der Schule gesehen zu haben. Es ist allgemein aufgefallen, als Gruber aus freien Stücken an einer christlichen Weihnachtsfeier der Schule teilnahm.“<sup>28</sup>

Und auch Oberschulrat Heinrich Schröder gab eine eidesstattliche Erklärung für seinen ehemaligen Kollegen ab:

„Ich weiß, dass Herr Gruber Mitglied der SS war, habe aber nie bemerkt, dass er während des Unterrichts und in der Schule sich aktiv im nationalsozialistischen Sinne betätigt hat.“<sup>29</sup>

Der Beratende Ausschuss unter Vorsitz von Johann Helbig reagierte am 22.11.1947:

„Wir folgen den Gutachten der Kollegen am Christianeum und halten ihn nicht für einen Aktivist, eher schon, wie Herr Direktor Stadel ausführt, für ein Opfer der NS-Propaganda. In der Unterhaltung machte er einen sehr günstigen Eindruck. Wir befürworten seine Wiedereinstellung.“<sup>30</sup>



Der Fachausschuss schloss sich am 19.12.1947 diesem Gutachten an.<sup>31</sup>

Zum 1.4.1948 konnte Siegfried Gruber seinen Dienst wieder antreten. Er kam an die Schule, an der er selbst Schüler gewesen war, an die Albrecht-Thaer-Schule. Auch dort entpuppte er sich als einsatzbereiter und motivierender Lehrer „mit sehr guten Unterrichtserfolgen auf allen Stufen“. Schulleiter Wigalis lobte Grubers besonderes Engagement bei der Einrichtung der Schulbühne und die Verwaltung der umfangreichen Lehrerbücherei. Außerdem habe Siegfried Gruber seine Französischkenntnisse weiterentwickelt und sei Pionier bei der „methodischen Verwendung des Tonbandgerätes für den Sprachunterricht“. Darüber hinaus betreute Siegfried Gruber die Referendare der Schule, was jeweils zum Anlass für eine Beförderung zum Oberstudienrat genommen wurde.<sup>32</sup>

Da auch Oberschulrat Karl Wagner seine Beförderung unterstützte, wurde Gruber am 1.4.1961 Oberstudienrat und erhielt 1965 eine Zulage von 132 DM, weil keine A 15 Stelle vorhanden war, auf die er befördert werden sollte.<sup>33</sup>

Am 13.12.1970 stellte Gruber den Antrag, aus gesundheitlichen Gründen mit 62 Jahren in den Ruhestand versetzt zu werden. Dies geschah dann zum 1.4.1971.<sup>34</sup>

Siegfried Gruber starb am 4.11.1998, mit 90 Jahren.<sup>35</sup>

Grubers Ehefrau Else, 1916 geboren, lebte noch bis zum 6.9.2011.<sup>36</sup>

Da war die SS schon seit 66 Jahren als verbrecherische Organisation aufgelöst.

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Siegfried Gruber, StAHH, 361-3\_Nr. 4997, Ablieferung 13.11.2015.
- 2 Entnazifizierungsakte Gruber, StAHH, 221-11\_Z 6569
- 3 SS-Akte von Siegfried Gruber, BArch R 9361-III\_60580
- 4 Bescheinigung des deutschen Generalkonsuls in Leningrad vom 19.8.1936, Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Prüfungszeugnis vom 22.7.1932, Personalakte a. a. O.
- 7 Zeugnis über die pädagogische Prüfung, Personalakte a. a. O. Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528 ff.
- 8 Personalakte a. a. O. Siehe die Biografie Hermann Saß, in: de Lorent 2016, S. 178 ff.
- 9 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 10 Siehe die Biografie Köhler in diesem Band und die Biografie des damaligen Schulleiters des Christianeums, Hermann Lau, in: de Lorent 2016, S. 323 ff.
- 11 Personalakte a. a. O.
- 12 Schreiben von Siegfried Gruber vom 17.8.1937 an das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, SS-Akte a. a. O.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.

- 18 Personalakte a. a. O.
- 19 Schreiben von Siegfried Gruber vom 19.11.1947 an die Schulbehörde in Hamburg, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 20 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 21 Zwölfseitiger Entnazifizierungsfragebogen vom 13.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 22 Schreiben von Siegfried Gruber vom 19.11.1947 an die Schulbehörde in Hamburg, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Schreiben vom 29.4.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben von Siegfried Gruber vom 19.11.1947 an die Schulbehörde in Hamburg, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Bestätigungen aus den Lagern Regensburg und Auersbach vom 12.9.1947, 16.9.1947 und 8.6.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 27 Schreiben vom 3.5.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die zahlreichen Angaben zu Walther Gabe in den Biografien Paul Dittmer (S. 268 ff.), Adolf de Bruyker (S. 310 ff.) und Hermann Lau (S. 323 ff.), in: de Lorent 2016.
- 28 Schreiben vom 1.2.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Schreiben vom 3.2.1947 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Beratender Ausschuss vom 22.11.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Fachausschuss vom 19.12.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Beurteilung von 5.6.1960, Personalakte a. a. O.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Personalakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Personalakte a. a. O.

## Christian Trumpf

**„Für das Vaterland zu fallen, ist die höchste Ehre, die einem deutschen Mann widerfahren kann.“**

Möglicherweise unterschied sich der Studienrat Christian Trumpf, in der NS-Zeit Biologielehrer am Realgymnasium des Johanneums in der Armgartstraße, nicht wesentlich von anderen Biologielehrern in dieser Zeit, die ebenfalls der NS-Ideologie anhängen. Über Trumpf gab es allerdings eine Schilderung seines Unterrichts von seinem ehemaligen Schüler, dem späteren Publizisten, Verleger und Freimaurer, Rolf Appel. Diese soll konfrontiert werden mit dem, was Trumpf selbst in seinem Entnazifizierungsverfahren über seine Haltung aussagte. Den Dünkel des Herrenmenschen hatte er allerdings offenbar auch nach seiner Wiedereinstellung nicht abgelegt.

Christian Trumpf wurde am 21.4.1894 geboren. Da seine Personalakte nicht erhalten ist, sind nur spärliche personenbezogene Stationen seiner Biografie rekonstruierbar. So war er am Ende seines Studiums für das höhere Lehramt promoviert worden und unterrichtete Biologie am Realgymnasium des Johanneums in der Armgartstraße. Er war offenbar seit 1922 im Schuldienst und wurde am 22.2.1946 auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen und bemühte sich in der Folgezeit um seine Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst. Vermutlich hatte er sein Studium unterbrochen, um in den Ersten Weltkrieg zu ziehen, den er bei einem der ersten Feldzüge in Flandern infolge einer schweren Kriegsverletzung und des Verlustes eines Armes schon bald beendete.<sup>1</sup>

Diese Kriegsverletzung führte allerdings keineswegs zu einer pazifistischen Grundeinstellung, wie aus den Erinnerungen von Rolf Appel deutlich wurde. Appel, Jahrgang 1920, besuchte als Schüler das Realgymnasium des Johanneums und schrieb seine Lebenserinnerungen, die mit der Schulzeit beginnen und weitestgehend die Kriegszeit als Soldat thematisieren.<sup>2</sup>

Eine wichtige Sozialisationsfunktion für die Jungenklasse, der Rolf Appel angehörte, hatte Biologielehrer Christian Trumpf. Dies soll in mehreren kurzen Erinnerungsabschnitten von Appel dokumentiert werden. Es beginnt mit dem Abschnitt „Biologieunterricht“: „Und dann erinnere ich mich an den Biologieunterricht des einarmigen Studienrates Trumpf. Ja, Trumpf hieß er. Ich besuchte die Tertia des Realgymnasiums. Wir trieben viel Sport, sahen den Mädchen nach, aber vor allem begeisterte uns die Jazzmusik, obwohl sie als fremdländisch und minderwertig abgetan wurde.“<sup>3</sup>

Rolf Appel war 15 Jahre alt, es war 1935, im dritten Jahr nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten

„Als wir einmal eine Veranstaltung der Jazzkapelle Heinz Wehner besuchten und begeistert waren, kamen plötzlich Uniformierte herein. Wir Schüler mussten auf bereitstehende Lastwagen klettern, und ab ging es in ein Lager, wo wir zur Umerziehung drei Tage für die deutsche Wehrmacht Kartoffeln schälen mussten. Mit unseren Lehrern waren wir leidlich zufrieden, aber das Beste des Schultages war, wenn die letzte Stunde abgeleistet wurde und wir hinausstürmten. Die letzte Unterrichtsstunde war entweder Religion, Turnen oder Biologie. Der tägliche Ablauf des Unterrichts war seit Hitlers Machtübernahme nicht anders als vorher. Nur die Flaggenparade auf dem Schulhof jeden Montagmorgen war hinzugekommen. Das verkürzte die erste Unterrichtsstunde. Entscheidendes hatte sich im Biologieunterricht geändert.“<sup>4</sup>

Hier kam Christian Trumpf ins Spiel: „Studienrat Trumpf, der im Ersten Weltkrieg seinen linken Arm verloren hatte, war kein Lehrer, dessen Unterricht wir Schüler mit Aufmerksamkeit folgten. Das lag an der Art seines Vortrags, der lustlos wirkte. Entdeckte aber der Trumpf, dass ein Schüler abgelenkt war, gab es harte Strafen, denn Zucht und Ordnung hieß sein Unterrichtsprinzip.“<sup>5</sup>

Rolf Appel schrieb, dass sich seit dem 30.1.1933, als Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, sowohl der Unterricht als auch der Unterrichtende verändert hatte. Seitdem „erschien unser Biologielehrer, Studienrat Trumpf, in brauner SA-Uniform und legte zu Beginn jeder Unterrichtsstunde seine braune Schirmmütze auf das Lehrerpult.“<sup>6</sup>

Christian Trumpf gab in seinem späteren Entnazifizierungsverfahren an, Mitglied der NSDAP, der NSV, des NSLB und als Kriegsversehrter Mitglied der NSKOV, also der Nationalsozialistischen Kriegspopferversorgung, aber nicht in der SA organisiert gewesen zu sein. Möglicherweise war das eine bewusste Fälschung des Entnazifizierungsfragebogens, es kann natürlich auch sein, dass der Schüler Appel die Uniform verwechselt hatte. Denn auch die NSKOV hatte eine braune Uniform mit Schirmmütze. Hier gilt das, was der Sporthistoriker Frank Becker über Erinnerungen von Einzelpersonen im Kontext der Biografie von Carl Diem schrieb: „Gedächtnis- und Erinnerungsforscher aus Kognitionspsychologie und Geschichtswissenschaft werden jederzeit bestreiten, dass nach mehreren Jahrzehnten noch eine trennscharfe Erinnerung möglich ist. Es entspricht auch nicht den Gepflogenheiten der Geschichtswissenschaft, historische Sachverhalte als bewiesen zu erachten, wenn sich nur ein einziger Augenzeuge aus beträchtlicher zeitlicher Distanz entsprechend geäußert hat.“<sup>7</sup>

Dies relativiert möglicherweise die Frage, welche Uniform Christian Trumpf im Unterricht getragen hatte, aber nicht, dass er von einem auf den anderen Tag

nicht mehr in Zivilkleidung in der Schule erschien. Und auch weitere Begebenheiten erscheinen mir glaubwürdig, wenn auch die erinnerten Sätze nicht in dem beschriebenen Wortlaut gefallen sein müssen.

Rolf Appel berichtet im Unterricht in der Zeit nach 1933, das, was Schüler, mich eingeschlossen, sogar noch über den Unterricht vieler Lehrer in den 1950er und 1960er Jahren erleben mussten, freilich nach einem anderen Weltkrieg, der nicht besser von den einzelnen Lehrpersonen verarbeitet worden war.

„Nun gab es keinen Unterricht mehr in der Botanik, die Zoologie war ohnehin nie das Fach dieses Lehrers gewesen. Wir mussten den Erzählungen über seine Kriegserlebnisse lauschen. Wir hörten sogar begeistert zu, zumal dadurch der übliche Unterricht ausfiel. Immer wieder führte uns Studienrat Trumpf auf die Schlachtfelder in Flandern. Er hatte sich als Student freiwillig zu den Waffen gemeldet und war bei Ypern zum Einsatz gekommen. Er berichtete, dass die jungen Kriegsfreiwilligen mit dem Deutschlandlied auf den Lippen gegen den Feind angestürmt seien. ‚Für das Vaterland zu fallen, ist die höchste Ehre, die einem deutschen Mann widerfahren kann‘, hatte er uns gesagt.“<sup>8</sup>

Christian Trumpf war damit sicherlich kein Einzelfall und es wird deutlich, welche Sozialisationsfunktion dieser Lehrer und diese Lehrer für die Heranwachsenden an den Schulen hatten und wie die Schülerschaft damit auf spätere Ereignisse vorbereitet wurde:

„Trumpf hatte auch geschildert, wie seine Kameraden gefallen waren, doch das hatte uns nicht gestört. Und Unterrichtsstunde auf Unterrichtsstunde wusste er immer Neues und uns Jungen Aufregendes zu berichten, als ob die Flandernschlacht Monate gedauert hätte. Dabei war der Trumpf doch schon beim ersten Angriff verwundet worden! Aber sein Lied von der Tapferkeit der deutschen Soldaten bei Langemarck sang er eine um die andere Unterrichtsstunde.“<sup>9</sup>

Dass Biologielehrer Trumpf nicht nur eine Kriegsbegeisterung verbreitete, sondern auch in anderer Weise ideologisch wirkte, zeigen andere Schilderungen:

„Eines Tages mussten sich diejenigen Schüler melden, deren Väter einen kaufmännischen Beruf ausübten. Die meisten Jungen meldeten sich. Da kam das Überraschende, dass Studienrat Trumpf zu einer längeren Belehrung ansetzte. Der Beruf eines Kaufmanns sei kein germanischer Beruf, sondern ein jüdischer. ‚Die Germanen, unsere Vorfahren, waren Bauern und Krieger, Fischer und Jäger!‘ rief er aus und fuhr fort, dass das Handeln und Schachern dem deutschen Wesen fremd sei.

„Ihr müsst Offiziere werden, und vielleicht ist es euch vergönnt, euch im Krieg zu bewähren!‘ So Studienrat Trumpf während des Unterrichts.“<sup>10</sup>

Rolf Appel sprach darauf zu Hause seinen Vater an und fragte ihn, „ob er wisse, dass er einen jüdischen Beruf habe“. „Wer hat dir denn solchen Unsinn bei-

gebracht?“ „Der Trumpf, in der Biologiestunde. Er hat gesagt, dass wir Offiziere zu werden haben. Kaufleute trieben Handel, und das Handeln sei etwas Jüdisches.“

„Schweigen. Dann hatte mein Vater gefragt: ‚Ich habe also einen jüdischen Beruf?‘ Ich schwieg. ‚Kannst du mir sagen, was das überhaupt ist, ein jüdischer Beruf? Es gibt doch auch jüdische Ärzte, Richter, Künstler, natürlich auch Kaufleute.‘ Vater hatte recht, das fühlte ich, und der Trumpf hatte sich in seinem Germanenwahn wieder einmal verstiegen.“<sup>11</sup>

Studienrat Christian Trumpf repräsentierte offenbar das gesamte Spektrum nationalsozialistischen Lehrerverhaltens, eines Mannes, der ideologisch durch die neue Bewegung in Deutschland infiziert worden war, wie Appel weiter berichtete:

„In der letzten Stunde des nächsten Tages stand wieder Biologie auf dem Unterrichtsplan. Studienrat Trumpf kam herein, wie üblich erhoben wir uns von den Plätzen und sagten: ‚Guten Morgen, Herr Studienrat.‘ Er schlug die Hacken seiner Langschäfter aneinander, hob die rechte Hand und rief: ‚Heil Hitler!‘ Das war neu, und nachdem wir uns gesetzt hatten, kam die Anordnung, dass die Begrüßung künftig nur noch ‚Heil Hitler!‘ zu lauten habe. Dann hatte er hinzugefügt, dass es der heilige Wunsch eines jeden deutschen Schülers zu sein habe, dass dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler alles gelingen möge, was er sich zum Wohl und zum Wiedererlangen der uns zustehenden nationalen Größe vorgenommen habe. Anschließend hatten wir uns dann wieder die Erzählungen aus der Schlacht bei Langemarck anzuhören. Zum Schluss rief er dann fanatisch: ‚Ein deutscher Mann fürchtet sich vor keinem Feind. Er ist bereit, für den Führer und das deutsche Volk sein Leben zu geben! Heil Hitler!‘ ‚Heil Hitler, Herr Studienrat‘ antworteten wir. ‚Es heißt nur ‚Heil Hitler‘, denn ihr grüßt ja nicht mich, sondern den uns von Gott gesandte Führer.‘ Wir schwiegen. Dann ‚Heil Hitler!‘ ‚Heil Hitler!‘“<sup>12</sup>

Und natürlich war das Anliegen des Biologielehrers Christian Trumpf, der Klasse die nationalsozialistische Rassenideologie beizubringen:

„Eines Tages brachte Studienrat Trumpf ein eigenartiges halbrundes, hölzernes Messinstrument mit in den Unterricht. Wortreich setzte er auseinander, dass das Schicksal es so gefügt habe, dass die germanische Rasse zur Führung bestimmt sei. Er übte mit uns das Lied ‚Die Welt gehört den Führenden, sie gehn der Sonne Lauf‘. Und er fuhr fort, wer von uns nach Wuchs und Aussehen zur nordischen Rasse gehörte, der müsse sich dessen auch künftig immer bewusst sein. Und dann war es losgegangen. Jeder von uns musste seinen Kopf hinhalten, und Studienrat Trumpf stellte anhand seiner Messungen fest, wer von uns einen nordischen Langschädel besaß und wer nicht. Dabei wendete er eine besondere Formel an, die jeder von uns in sein Heft eintragen musste. Dazu wurden Haar- und Augenfarbe sowie die Körperlänge eingetragen, denn – so dieser germanische Prototyp – der nordi-

sche Herrenmensch ist von großem Wuchs, kräftig, blauäugig, hat blonde Haare und einen Langschädel.

„Und wer diese Kennzeichen nicht hat?“, fragte einer unserer Klassenbesten, braunäugig, schwarzhaarig und von einer italienischen Mutter stammend.

„Ordnung! Disziplin!“ hatte der Trumpf gebrüllt, und dieses Benehmen sollte dann typisch werden. Wer gewagt hatte, eigenständig zu denken, der wurde niedergeschrien. Einer von uns hatte sich sogar seines dinarischen Querschädels geschämt. Der arme Kerl wollte auch so gern ein Germane sein! Während der nächsten Biologiestunde gingen die Messungen und Eintragungen weiter. Wir kamen uns damals recht blöd vor. Tatsächlich wurden wir Schüler nach der Maßgabe der Messungen und unseres Aussehens gesetzt. Die nordischen in die ersten Reihen, die weniger nordischen in die mittleren, und ganz hinten mussten die kleinen braunäugigen und schwarzhaarigen sitzen. Unser einarmiger Germanenfanatiker wandte sich dann an den Klassensprecher. Er war zwar groß und kräftig, hatte aber schwarze Haare und, was das Schlimmste war, er trug den Namen Hadamczik.

„Du kannst nichts dafür, aber Ordnung muß nun einmal sein. Unser nationaler Aufbau verlangt Ordnung, auch Ordnung in unserer Klasse. Dein Name setzt sich zusammen aus Hadam, das ist der jüdische Adam, und czik, das kommt aus dem Polnischen, und polnische Juden sind das Minderwertigste, was es rassistisch überhaupt gibt.“ „Ich bin kein Jude!“, empörte sich unser Klassensprecher. In seinem Aufbruch war er ganz rot im Gesicht gewesen. „Das habe ich auch nicht gesagt. Künftig sitzt du hinten auf dem letzten Platz. Ordnung muss sein. Ordnung verlangt der Führer von uns.“<sup>13</sup> Rolf Appel beschrieb, dass danach die Klasse im Widerstand war und sich vor ihren Klassensprecher stellte. Auch Eltern beschwerten sich daraufhin beim Schulleiter, der darauf sagte: „Was soll ich denn machen? Sagen Sie mir, was ich machen soll?“<sup>14</sup>

Über den Klassensprecher berichtete Rolf Appel: „Kurt Hadamczik, unser Adam, toller Kerl, war später Oberleutnant bei den Pionieren gewesen. War das eine Freude, als wir uns zufällig beim Übergang über den Dnjepr trafen. Er ist dann wegen Tapferkeit vor dem Feind zum Hauptmann befördert worden. Gegen Ende des Jahres war er gefallen.“<sup>15</sup>

Welche Geschichte, die man, wäre sie nicht so ernst und realistisch, fast als Karikatur eines Lehrers in der NS-Zeit sehen könnte. Wir konfrontieren sie mit den Einnahmen von Biologielehrer Christian Trumpf in seinem Entnazifizierungsverfahren. Aber vorweg der kurze Hinweis darauf, dass Trumpf Schülern gegenüber noch einmal auffällig wurde, als er nach 1948 wieder als Lehrer eingestellt worden war. Diesmal an der Gelehrtenschule des Johanneums. Uwe Reimer, der die Geschichte

des Johanneums in der Nachkriegszeit nach vielen Interviews mit ehemaligen Schülern geschrieben hat, berichtete über die Arroganz und den Zynismus von Lehrern, die Schülern zu Beginn der elften Klasse sagten: „Ihr seid jetzt 30, ich verspreche Euch, nächste Ostern seid Ihr noch 20.“ Das war nicht Christian Trumpf. Von ihm erinnerten Schüler den Ausspruch: „Es sind ja einige Herren hier, die nicht hierher gehören.“ Und er fügte überheblich hinzu: „Als ich Abitur machte, da waren nur noch drei in der Klasse, und einer dieser drei hieß Christian Trumpf.“<sup>16</sup>

„Herrenmenschen“ waren auch nach einem mühsamen Entnazifizierungsverfahren bald wieder „Herrenmenschen“.

Nach Ausfüllen seines Entnazifizierungsfragebogens wurde Christian Trumpf vom 13.11.1945 bis zum 20.2.1946 erst einmal weiter beschäftigt. Die formale Belastung war nicht übermäßig groß: Mitglied der NSDAP, laut Mitgliedskarte seit dem 1.5.1933, außerdem organisiert in der NSV seit 1934, in der NSKOV (NS-Kriegsopferversorgung) und im NSLB, in dem Trumpf angab, als Schulwalter tätig gewesen zu sein.<sup>17</sup>

Am 22.2.1946 wurde Christian Trumpf dann dennoch auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Dagegen legte er am 24.6.1946 Widerspruch ein und erklärte:

„Meine politische Einstellung war derart, daß ich 1933 nicht in die NSDAP eintreten konnte. Auch hoffte ich, daß ich mich ohne Schwierigkeit der Parteimitgliedschaft fernhalten konnte. Dies gelang mir bis 1935. Dann wurde ich aufgefordert, Pj zu werden, um in einem Parteigerichtsverfahren als Zeuge gegen ein altes Parteimitglied auftreten zu können. Es handelte sich um den berüchtigten ehemaligen Geschäftsführer der Hamburger Kriegerheimstätten GmbH, Rudolf Wiesener. Es war bekannt geworden, dass ich den Pj belastendes Material besaß. So wurde ich, obgleich die Partei geschlossen war, aufgenommen und erhielt das vordatierte Eintrittsdatum 1. Mai 1933. Ein Amt habe ich nicht übernommen. Auch habe ich von der Partei keine Vorteile gehabt.“<sup>18</sup>

Eine merkwürdige Begründung. Sicherlich wollte Christian Trumpf erklären, dass seine Absicht war, einer „berüchtigten Person mit belastendem Material das Handwerk zu legen“. Dafür hätte er sicherlich nicht in die NSDAP eintreten müssen.

Und auch seine Begründungen, warum er im NSLB Funktionen übernommen hatte, erscheinen mehr als fadenscheinig:

„Im Jahre 1938, als die Schulverwaltung den Nachweis eines Amtes von mir forderte, habe ich mich entschlossen, das Amt eines Schulwalters im NSLB zu übernehmen, indem ich der Bitte meines damaligen Schulleiters Dr. Dieckow nachkam. Ich betrachtete es als meine Aufgabe, die Beiträge einzusammeln und sorgte dafür, daß meine Kollegen möglichst wenig mit Angelegenheiten des NSLB behelligt wur-



den. Der damalige Oberschulrat Dr. Oberdörffer<sup>19</sup>, der mit Dr. Dieckow befreundet war, fand diese Lösung gut. In der Zeit von 1933–1945 habe ich kein einziges Mal anlässlich einer nationalsozialistischen Feier geredet.“<sup>20</sup>



Christian Trumpf, 1935

Die Argumente von Christian Trumpf waren schwach. So gab er noch an, in seiner Zeit am Johanneum von Schulleiter Werner Puttfarken 1943 zur Beförderung vorgeschlagen worden zu sein. Dies hätte er abgelehnt, weil es von der „Partei keine günstige Auskunft über mich geben würde“. Es hätte stets „ein gespanntes Verhältnis zwischen mir und dem Ortsgruppenleiter von Volksdorf-Wensenbalken gegeben“.<sup>21</sup> Christian Trumpf befürchtete offenbar, dass ein Vater der Britischen Militärregierung oder der Schulverwaltung nach 1945 etwas Negatives über ihn berichtet hätte, was zumindest in der Entnazifizierungsakte nicht zu finden ist. Von sich aus gab er dazu eine Erklärung ab, die

wiederum merkwürdig klang:

„Vor 8 Jahren erlebte ich einen Zwischenfall in einer Klasse in der einige schwer erziehbare Jungen waren. Ich hatte Lichtbilder besprochen, die das Leben der Eingeborenen in Afrika zeigten. Bei der Gelegenheit stellte ich primitive religiöse Auffassungen denjenigen Auffassungen höherer Kulturen gegenüber. Das metaphysische Bedürfnis des Menschen, sagte ich, sei auf allen Kulturstufen festzustellen. Nur die Art und Weise, sich mit dem Übersinnlichen auseinanderzusetzen, sei verschieden je nach Höhe der Kulturstufe.“ Ich vermute, der Rassenbiologe Trumpf wird über die Eingeborenen in Afrika und anderswo noch ganz andere Dinge gesagt haben. Weiter hieß es zu diesem Vorfall aus Sicht von Christian Trumpf:

„Leider entstanden Missverständnisse bei den Jungen, und der Vater eines meiner Schüler, der chilenische Konsul Herr Schomburgk, beschwerte sich bei der Schulverwaltung. Der damalige Oberschulrat Dr. Oberdörffer untersuchte den Fall mit dem Ergebnis, daß ich nicht das gesagt haben konnte, was man mir zur Last gelegt hatte. Anschließend hatte ich eine Unterredung mit dem Herrn Konsul. In dieser Unterredung sprach ich Herrn Schomburgk mein tiefstes Bedauern über das Mißverständnis aus, durch das er sich verletzt gefühlt hatte. Durch die Untersuchung des Herrn Dr. Oberdörffer und durch meine Unterredung war die Sache bereinigt worden. Ich verwehre mich entschieden gegen Behauptungen über von mir gemachte Äußerungen, die mißverstanden worden sind.“<sup>22</sup>

Für den Entnazifizierungsausschuss, der aus den profilierten Nicht-Nationalsozialisten Heinrich Schröder, Johann Helbig und Willi Thede bestand, reichte Trumpfs Rechtfertigung und Argumentation nicht aus:

„Das von Dr. Trumpf zu seiner Entlastung beigebrachte Beweismaterial hat den Beratenden Ausschuss nicht überzeugen können. Es gibt Kollegen die sich weigern für Dr. Trumpf ein entlastendes Zeugnis auszustellen. Er galt an der Oberschule Armgartstraße als aktives Mitglied der NSDAP und Antichrist, der die Ideen Mathilde Ludendorffs nachdrücklich vertrat. Der Beratende Ausschuss kann den Einspruch nicht unterstützen.“<sup>23</sup>

Die Argumentation seines Rechtsanwalts Dr. Kurt Lange bewegte sich dann am 22.10.1948 auf einer anderen Schiene:

„Herr Dr. Trumpf ist Schwerbeschädigter aus dem Ersten Weltkrieg (Verlust eines Armes – Versehrtenstufe III). Seit seiner Entlassung hat er versucht, für seinen und den Unterhalt seiner fünf Kinder durch anderweitigen Erwerb zu sorgen. Als Krüppel ist ihm das besonders erschwert worden. Seit dem 1. August 1948 ist er völlig erwerbslos.“<sup>24</sup>

Das Verfahren war wieder aufgenommen worden. Johann Helbig schrieb für den Beratenden Ausschuss für das höhere Schulwesen am 22.11.1948:

„Er ist sicher in den Jahren nach 1933 vor allem durch seine Propagierung der Rassenlehre schwer in die Irre gegangen. Immerhin wird seine menschliche Anständigkeit von verschiedenen glaubwürdigen Zeugen wie etwa Oberstudiendirektor Dr. Kunrede und Oberstudienrat H. Claussen, betont. Wir glauben, daß er nun durch die letzten für ihn schweren Jahre genügend gesühnt hat, umso mehr da er schwer kriegsbeschädigt und Vater von fünf Kindern ist. Wir empfehlen eine Milderung des Urteils.“<sup>25</sup> Die sozialen Gesichtspunkte der Argumentation des Rechtsanwaltes hatten offenbar Widerhall gefunden.

Der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten ging dann in seiner Entscheidung deutlich weiter und stufte Christian Trumpf in Kategorie V, Entlasteter, ein mit der überraschenden Begründung:

„Lediglich im Lehrerbund bekleidete er das unpolitische Amt eines Schulwalters. Der Vorwurf, dass er im Unterricht rassenideologisch im NS-Sinne auf die Schüler eingewirkt hat, ist nach den beigebrachten Leumundszeugnissen nicht haltbar. Mit Rücksicht auf seine schwere Kriegsbeschädigung aus dem Ersten Weltkrieg und der Tatsache, dass Dr. Trumpf längere Zeit aus seinem Amt entfernt war, erscheint seine nunmehrige Einstufung in Kategorie V und der Stattgabe der Berufung geboten.“<sup>26</sup>

Christian Trumpf wurde danach wieder eingestellt und arbeitete, wie schon beschrieben, am Johanneum. Von Uwe Schmidt gibt es nach Gesprächen mit Harald Schütz, der nach 1945 Christian Trumpf als älteren Kollegen am Johanneum erlebte, noch folgende Aussage: „Ich habe nie eine Äußerung von ihm gehört, nie eine Handlungsweise gesehen und nie ein Politikum erfahren, in dem ich den ‚Biologielehrer Trumpf‘ von 1934 wiedererkennen könnte.“<sup>27</sup>

Uwe Schmidt hatte am 8.5.2003 auch ein Gespräch mit dem Autor und ehemaligen Trumpf-Schüler, Rolf Appel geführt. Dabei hatte dieser ihm berichtet, dass es an der Schule Armgartstraße auch einen Lehrer gegeben hatte, der so ganz anders in der Klasse agierte:

„Als ‚entgegengesetzte Ergänzung‘ zu seinem von der nationalsozialistischen Rassenideologie geradezu besessenen Biologielehrer Christian Trumpf hat Rolf Appel seinen damals etwa 55 Jahre alten Klassenlehrer Prof. Otto Schliack in seiner Erinnerung bewahrt. In einer seiner Lateinstunden wollten die Schüler von ihm erfahren, warum vier ihrer jüdischen Kameraden, ohne sich von der Klasse verabschiedet zu haben, nicht mehr die Schule besuchten.“ Diese Schüler waren offenbar mit ihren Familien gerade emigriert. „Schliacks Antwort lautete: ‚Eure Kameraden werden nicht mehr am Unterricht teilnehmen. Sie sind wohl da, wo sie noch besser lernen können. Aber jetzt schlägt wieder den Ludus Latinus auf.‘“<sup>28</sup>

Uwe Schmidt bemerkte dazu: „Aus heutiger Sicht mag ein solcher Satz kryptisch klingen, die damaligen Schüler empfanden ihn als mutig. Schliack, Vorstandsmitglied des Hamburger Turnerbundes, war für die Schüler, die so dachten und empfanden wie der Freimaurersohn Rolf Appel, ein menschliches Vorbild, ein Lehrer, der ihnen nicht nur Wissen vermittelte, ein Mensch, den seine Schüler wegen seiner Haltung ‚die Stütze der Gesellschaft‘ nannten.“<sup>29</sup>

Christian Trumpf wurde am 1.5.1959 pensioniert.<sup>30</sup>

Er starb am 17.11.1977.<sup>31</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut der Entnazifizierungsakte von Christian Trumpf, StAHH 221-11\_Ed 102080
- 2 Rolf Appel: Jonas. Im Bauch des Ungeheuers. Erinnerungen aus den Jahren 1933–1945, Berlin 1995.
- 3 Appel 1995, S. 16.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Appel 1995, S. 17.
- 7 Frank Becker: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962), Bd. III: NS-Zeit, Duisburg 2009, S. 336.
- 8 Appel 1995, S. 17.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Appel 1995, S. 18.
- 12 Appel 1995, S. 18f.
- 13 Appel 1995, S. 20f.
- 14 Appel 1995, S. 21.
- 15 Ebd.

- 16 Uwe Reimer: Das Johanneum in der Nachkriegszeit. Innenansichten einer Hamburger Traditionsschule, Hamburg 2014, S. 121.
- 17 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 18 Schreiben vom 24.6.1946, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 19 Siehe die Biografie Wilhelm Oberdörffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 528 ff.
- 20 Schreiben vom 24.6.1946, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 21 Ebd. Siehe auch die Biografie Werner Puttfarcken, in: de Lorent 2016 S. 691 ff.
- 22 Schreiben vom 24.6.1946, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 23 Stellungnahme vom 11.7.1946, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 24 Schreiben vom 22.10.1948, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 25 Beratender Ausschuss vom 22.11.1948, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 26 Entscheidung vom 22.12.1948, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 27 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 70.
- 28 Schmidt 2010, S. 78.
- 29 Ebd.
- 30 Laut Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis, Jahrgang 1962/63, herausgegeben vom Verlag der Gesellschaft der Freunde, S. 127.
- 31 Nach Auskunft von Christina Ahrens, Staatsarchiv Hamburg, vom 3.9. 2018.

## Willy Etzrodt

**„Wer heute noch lebt, als wäre seit dem 30. Januar 1933 nichts geschehen, dem er zustimmen könnte, der lebt vergebens.“**

Ein überzeugter und beflissener Nationalsozialist, der im Hamburger Schulwesen trotz aller Bemühungen niemals wirklich Karriere machte, war Willy Etzrodt. Seine Eitelkeit führte dazu, dass von ihm Schriftstücke erhalten sind, die belegen, wie sehr er politisch dem Nationalsozialismus verhaftet war, und wie er versucht hatte, durch Anbiederung an die Obrigkeit, eine Beförderung zu erlangen. Zwei eindeutige, ihn kompromittierende Papiere wurden erst 1948 gesichtet, als Etzrodt versuchte, wieder als Studienrat in den Schuldienst zu kommen.

Als Person interessant erscheint er auch deswegen, weil er an der Lichtwarkschule 1933 und 1934 Klassenlehrer von Helmut und Loki Schmidt (damals Glaser) gewesen war.

Willy Etzrodt wurde am 14.6.1886 in Rendsburg als Sohn eines Postsekretärs geboren. Er besuchte dort von 1892 bis 1895 die Bürgerschule, danach das Gymnasium in Rendsburg und Nordhausen, wo er 1904 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er an der Universität Göttingen und in Leipzig, zwischenzeitlich auch in Paris Englisch, Französisch und Religion. Eine Dissertation schrieb er an der Universität Göttingen zum Thema „Die Syntax der indefiniten Pronomina persone und mème“. Nach der 1. Lehrprüfung für das höhere Lehramt absolvierte Etzrodt das Probejahr 1910/11 an der Oberrealschule in Eimsbüttel, wo er seit 1912 als Oberlehrer arbeitete.<sup>1</sup>

Seit dem 21.3.1915 war Willy Etzrodt verheiratet mit Gertrud Gumm, mit der er seit 1917 eine Tochter hatte.<sup>2</sup> Am 13.5.1915 wurde Willy Etzrodt, der nur garnisonsdienstfähig war, „als Alarmierungssoldat“ in den Kriegsdienst nach Straßburg kommandiert, kurz darauf als Dolmetscher ins Gefangenenlager nach Cassel. Die Oberrealschule in Eimsbüttel reklamierte ihn, weil sie über keine Sprachlehrer mehr verfügte, da „31 Lehrer zum Wehrdienst einberufen worden waren“. Etzrodt konnte am 21.10.1915 wieder den Schuldienst aufnehmen.<sup>3</sup>

In den Folgejahren befand sich Willy Etzrodt offenbar in finanzieller Not, da seine Frau über längere Zeit schwer an Lungenentzündungen erkrankte. Er beantragte bei der Oberschulbehörde Zustimmung zu Nebentätigkeiten beim Institut Goldman und der Fachschule des Hamburger Drogistenvereins und gab Nachhilfe.<sup>4</sup>

Willy Etzrodt erwies sich als durchaus umtriebig. So veröffentlichte er kleinere literarische Artikel, gab 1931 ein Lehrbuch mit heraus („American School Life“),

beteiligte sich an der Schullandheimarbeit und bei der Mitverwaltung von Mündelangelegenheiten.<sup>5</sup>

1933 brach für den fast 47-jährigen Willy Etzrodt eine neue Zeit an. Er trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, im Jahr darauf in die NSV und den NSLB, in dem er fortan auch Funktionen übernahm.

Am 11. Oktober 1933 wurde Willy Etzrodt an die Lichtwarkschule versetzt, der bekanntesten Reformschule im höheren Schulwesen Hamburgs. Dort wurde der Nationalsozialist Erwin Zindler als Schulleiter installiert, der Heinrich Landahl ablöste und sein Amt antrat mit dem Ausspruch: „Diesen roten Saustall werde ich schon ausmisten.“<sup>6</sup>

Erwin Zindler erklärte, es sei „eine harte Arbeit“ gewesen, mit dem „fast noch unveränderten Lehrkörper der Lichtwarkschule eine nationalsozialistische höhere Schule zu gestalten“. Als positive Ausnahmen nannte Zindler fünf Lehrer der Schule, unter ihnen Willy Etzrodt.<sup>7</sup> Etzrodt erhielt eine ihm willkommene Rolle. Zindler schrieb dazu:

„Im Oktober 1934 rief ich die drei Parteigenossen in meinem Lehrkörper: Dr. Etzrodt, Dr. Witter und Klein zusammen und sagte ihnen, daß im nationalsozialistischen Staat die Parteigenossen eine erhöhte Aufgabe und Verantwortung zu erfüllen hätten. Die drei genannten Herren müssten sich mit meinem ganz besonderen Vertrauen ausgestattet empfinden und bei jedem Anzeichen eines von der Schulleitung notwendigen Eingriffs das entsprechende bei mir veranlassen. Unsere Aufgabe sei, mit den von der Behörde überwiesenen Lehrkräften aus der Lichtwarkschule eine Anstalt zu machen, die sich nicht zu verstecken brauche.“<sup>8</sup>



Willy Etzrodts Klasse mit Helmut Schmidt (1) und Hannelore Glaser („Loki“) (2), 1931

In den Biografien Erwin Zindler und Berthold Ohm habe ich ausführlich dargestellt, dass Schulleiter Zindler diese Aufgabe nicht erfüllte. Es entwickelte sich eine massive Auseinandersetzung insbesondere zwischen dem stellvertretenden Schulleiter Berthold Ohm und dem NSLB-Schulwalter, Erich Witter, der innere Vorgänge der Lichtwarkschule in für Schulleiter Erwin Zindler denunziatorischer Weise an den NSLB weiterleitete, ohne Zindler zu informieren. Dadurch wurde die Arbeit im Kollegium der Lichtwarkschule erheblich belastet, wobei sich Willy Etzrodt als treuer Unterstützer von Schulleiter Zindler bewährte.<sup>9</sup> Bei der entscheidenden Konferenz am 10.5.1935 nutzte Erwin Zindler den ihm vertrauten Willy Etzrodt als Protokollführer.<sup>10</sup> Im Ergebnis führte diese Auseinandersetzung zur Auflösung der Lichtwarkschule und zur Zusammenlegung mit dem Realgymnasium Rechtes Alsterufer im Gebäude der bisherigen Lichtwarkschule, unter dem neuen Namen „Oberschule für Jungen am Stadtpark“. Erwin Zindler wurde dort als stellvertretender Schulleiter eingesetzt, Berthold Ohm entpflichtet und an seine alte Schule, die Oberrealschule Auf der Uhlenhorst zurückversetzt, Erich Witter an das Johanneum.<sup>11</sup>

Willy Etzrodt war vorher zum Favoriten von Schulleiter Erwin Zindler geworden. Als der NSLB-Vertrauensmann, in dieser Zeit Schulwalter genannt, Erich Witter, nach dem langen Konflikt 1935 die Schule verlassen musste, drängte Zindler den NSLB, Etzrodt zu dessen Nachfolger zu machen. Am 23.11.1935 schrieb er an den NSLB im Curio-Haus:

„Ich bedaure nunmehr bereits zum dritten Male mich an die Gauleitung des NSLB wenden zu müssen in Sachen Bestellung eines Vertrauensmannes des NSLB an meiner Schule, da dieses Amt nach der Versetzung des Studienrats Dr. Witter erloschen ist. Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, dass doch immerhin eine nicht unbeträchtliche Vermögensverwaltung mit diesem Posten verbunden ist und möchte nochmals auf meinen Vorschlag verweisen, den Parteigenossen Studienrat Dr. Etzrodt mit diesem Amte zu betrauen. Heil Hitler!“<sup>12</sup>

Wobei Erwin Zindler in diesem Fall erfolgreich war. Schon zwei Tage später bekam er vom NSLB die Antwort, dass der NSLB mit seinem Vorschlag, „den Pg. Dr. Etzrodt zum Vertrauensmann des NSLB an Ihrer Schule zu ernennen“, einverstanden ist.<sup>13</sup>

Welches Vertrauen Zindler in Willy Etzrodt setzte, wurde auch darin deutlich, dass er diesen für seine Stellvertretung als Schulleiter vorschlug, im Falle der Nachbesetzung nach der Entpflichtung von Berthold Ohm. Zindler schrieb an die Landesunterrichtsbehörde:

„Herr OSR Dr. Behne befragte mich, wer unter Umständen für eine Nachfolge des Schulleiterstellvertreters Ohm in Frage käme. Ich nannte ihm als in meinen Augen in jeder Beziehung (politisch sowohl pädagogisch) hervorragend geeignet,

den Studienrat Dr. Etzrodt. Dr. Etzrodt ist

1. Parteigenosse
2. Politischer Leiter im Kreis Harvestehude
3. Ortsgruppenamtsleiter im NSLB, Ortsgruppe Klosterstern.

Seine in den letzten zwei Jahren für die Lichtwarkschule bewiesene Arbeitshingabe und seine menschlichen Eigenschaften machen ihn in jeder Beziehung als Mitarbeiter besonders geeignet. Ich würde mich freuen, wenn die Behörde für den Fall der Abberufung der Studienrats Ohm Herrn Dr. Etzrodt mit dem Amt eines Schulleiterstellvertreters in der Lichtwarkschule betrauen würde.“<sup>14</sup>

Bei der Auseinandersetzung zwischen Witter und Ohm war es auch zu einem Kompetenzgerangel zwischen dem NSLB und Schulleiter Zindler gekommen, in das der NSLB-Gauamtsleiter, Willi Schulz, der gleichzeitig Landesschulrat war, verstimmt eingegriffen hatte und Schulleiter Zindler in die Schranken verwies. Schulz hatte Zindler mitgeteilt, dass die Sache vom NSLB genau untersucht werden würde und dass „die von Ihnen als Leiter der Lichtwarkschule angestellten Untersuchungen für den Lehrerbund gegenstandslos“ seien.<sup>15</sup>

Von Erwin Zindler zu einem Zeitpunkt protegiert, wo dieser nicht gerade große Konjunktur bei den Verantwortlichen im NSLB und in der Landesunterrichtsbehörde hatte, wurde Willy Etzrodt nicht stellvertretender Schulleiter.

Vorher hatte er sich als Nationalsozialist öffentlich profiliert. Zwei größere Reden von Willy Etzrodt fand auch Schulleiter Zindler so bedeutend, dass sie der Schulverwaltung zur Kenntnis gegeben wurden und in der Personalakte von Willy Etzrodt ihren Platz fanden. Wie äußerte sich nun der Klassenlehrer von Helmut Schmidt und Hannelore Glaser, der späteren Loki Schmidt? Am 18.12.1933 hielt Etzrodt in der Konferenz der Lichtwarkschule einen Vortrag zum Thema „Der evangelische Religionsunterricht und die neue Zeit“. Die wesentlichen Gedanken fasste er schriftlich kurz zusammen:

„Die zum Siege gelangte nationalsozialistische Bewegung unter Führung Adolf Hitlers und die dadurch sich anbahnende innere Erneuerung des deutschen Menschen haben bewirkt, daß Deutschtum und Christentum wieder als Grundlage der Erziehung gelten. Dem evangelischen Religionsunterricht der neuen Zeit ist daher die Verpflichtung gegeben, bei der Verkündigung des Evangeliums der besonderen Art des deutschen Volkstums gerecht zu werden. Eine Geringschätzung oder gar Ablehnung des Christentums vom Rassenstandpunkt und die Einführung in die neue germanische Rassenreligion anstelle des christlichen Glaubens wird abgelehnt.“<sup>16</sup>

Mit letztem Gedanken war Etzrodt 1933 möglicherweise etwas vorschnell gewesen. Etzrodt sagte aber auch: „Andererseits wird stark betont, daß die rassens-



mäßigen Erbanlagen des deutschen Menschen sich im Christentum auswirken müssen, d. h. die den Germanen eigentümlichen Erbanlagen setzen sich im Christentum mit durch, das Christentum wird vom Germanentum dauernd modifiziert.“ Und: „Das Alte Testament ist vorsichtiger und zurückhaltender als bisher zu behandeln und zwar nur insoweit, als es ‚Christentum treibet‘. Auszuschalten ist alles, was ‚zu sehr judenzeit‘.“<sup>17</sup>

Als der ehemalige Lehrer des Wilhelm-Gymnasiums, Hans Rösch, sich als dogmatischer nationalsozialistischer Rebell im NSLB und bei der Landesunterrichtsbehörde unbeliebt gemacht hatte und wegen seines provokativen Verhaltens am Wilhelm-Gymnasium an die Lichtwarkschule strafversetzt worden war<sup>18</sup>, betätigte sich Willy Etzrodt als Denunziant, der Schulleiter Zindler eine Meldung schriftlich zuspielte, die dieser an die Schulverwaltung weitergab. Darin hieß es:

„Folgende Meldung erstatte ich: Am 3. Mai 1934 nahm ich an dem Schulungskurs für Dozenten der Volkshochschule teil. (Wilhelm-Gymnasium). Herr Studienrat Dr. Hans Rösch, Li., äußerte während seines Vortrages ‚Die geistigen weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus‘ unter anderem auch folgendes: (Ungefährer Wortlaut) ‚Der Nationalsozialismus tritt ein für Wahrheit auf allen Gebieten. Diese Wahrheit herrscht noch nicht bei allen Behörden, zum Beispiel bei der Landesunterrichtsbehörde, wo mir zwei Fälle von Schiebung bekannt sind gegen die ich angehen werde, auch auf die Gefahr hin, noch einmal strafversetzt zu werden.‘“ Unterzeichnet mit „Studienrat Etzrodt“.<sup>19</sup>

So verhielt sich jemand, der sich beliebt machen wollte und als Gegenleistung einen Karrieresprung erhoffte.

Auch die Rede von Willy Etzrodt vor der Schulgemeinde am 30.1.1936, dem dritten Jahrestag der Machtübertragung an Adolf Hitler, wurde von Erwin Zindler an die Landesunterrichtsbehörde in Kopie weitergereicht, sodass sie in der Personalakte Etzrodt nachzulesen ist. Zur Erinnerung: Zwei Monate vorher hatte Zindler Willy Etzrodt für die stellvertretende Schulleitung an der Lichtwarkschule vorgeschlagen. Hier sollte jemand ins Gespräch gebracht werden. Die Rede von Etzrodt vor der gesamten Schulgemeinde, den Schülern und Lehrern der Lichtwarkschule, war dann auch ein glühendes Bekenntnis zum Nationalsozialismus:

„Mit Wucht und Größe sind die ersten drei Jahre des Dritten Reiches unter Adolf Hitlers Führung dahingegangen. Erlebnisse von überwältigendem Eindruck haben jeden einzelnen Volksgenossen gepackt. Die gewaltige Welle nationaler Erhebung, die in der Fackelzugnacht des 30. Januar 1933 aufbrandete, hat sich immer aufs neue fortgesetzt und sich zu immer gewaltigeren Kundgebungen der deutschen Einigung und Besinnung erhoben, und gewaltige Scharen des deutschen Volkes marschieren jetzt hinter dem Hakenkreuzbanner.

Neben diesen eindrucksvollen Äußerungen der nationalsozialistischen Bewegung ging einher das gigantische Aufbauwerk der nationalsozialistischen Regierung Adolf Hitlers. Auf allen Gebieten unseres völkischen Lebens, in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wurden in den verflossenen drei Jahren riesige Aufgaben gelöst oder in Angriff genommen. Ein völlig neuer ständischer Aufbau des deutschen Volkes wurde eingeleitet, Millionen von Volksgenossen wurden in den Arbeitsprozess eingeschaltet, die Jugend wurde in der HJ, im Arbeitsdienst, in der SA und SS in Marsch gesetzt. Gesetzgebungswerke von ungeheurem Ausmaß wurden ausgeführt und das WHW wurde zu einer das ganze Volk umfassenden Opfergemeinschaft und zu einer sozialen Tat ersten Ranges.“<sup>20</sup> Willy Etzrodt feierte als wichtigstes Ereignis des Jahres 1935 „die Befreiung des Saarlandes“. „Über 15 Jahre hatten sich 800.000 Saardeutsche nach ihrem deutschen Vaterland gesehnt. Und nun zeitigte das Jahr 1935 die ungeheure Wirkung des unter Adolf Hitler neu erwachten völkischen Denkens und Fühlens in einer Weise, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die Tore, die seit Versailles verschlossen waren, wurden aufgerissen durch den Willen eines Volkes, das in seinem, durch Adolf Hitler neu entfachtem, Nationalbewusstsein die Heimkehr der Saar ermöglichte. Das Saarvolk des Blutes und des Herzens folgend kehrte jubelnd heim zu seinen deutschen Volksgenossen im dritten Jahre des neuen Reiches unter Adolf Hitlers Führung. Jahre der Fremdherrschaft und der Willkür hatten die Saarländer um ihres Deutschtums willen ertragen in der Zuversicht, daß die Stunde der Befreiung kommen musste. (...) Ein nationaler Wille führt auch zu nationaler Tat. Das mögt ihr erkennen, meine lieben Schüler und Schülerinnen, daß ein Volk über alles zeitlich Trennende hinaus den Blick für die gemeinsamen nationalen Ziele sich bewahren muss und das Bewußtsein engster Zusammengehörigkeit nie verlieren darf. (...) Vom internationalen Gedanken, sei er liberaler, sei er marxistischer Art, scheidet uns die nationalsozialistische Weltanschauung, nach der die nationalen Ideengüter uns ungleich höher stehen als die internationalen. Der einzelne Deutsche ist zunächst einmal ein Glied der deutschen Gemeinschaft, und so ist uns das Nationale eine heilige Verpflichtung.“<sup>21</sup>

Was werden die 14-jährigen Helmut Schmidt und Hannelore Glaser bei dieser Rede ihres Klassenlehrers, dem Englisch- und Französischlehrer Willy Etzrodt wohl gedacht haben?

Willy Etzrodt wandte sich auch an die Zweifler und die ideologisch der alten Lichtwarkschule verhafteten Schülerinnen und Schüler, sowie deren Lehrer:

„Wohl weiß ich, daß es auch heute noch, trotz dreier Jahre erfolgreichster Regierung Adolf Hitlers, noch Leute gibt, die glauben, sich der neuen Staatsform gegenüber ablehnend verhalten zu müssen. Natürlich muß eine solche Revolution,

wie sie mit dem 30. Januar 1933 eintrat, hier und da auf Widerstand stoßen. Es hat ja auch in den vergangenen drei Jahren allerlei erregte Auseinandersetzungen auf diesem oder jenem Gebiet gegeben, die nicht nach jedermanns Ansicht und Meinung gelöst werden konnten. Aber wer heute noch lebt, als wäre seit dem 30. Januar 1933 nichts geschehen, dem er zustimmen könnte, der lebt vergebens. Und wer sich nicht einmal die Mühe macht, die nationalsozialistische Bewegung, ihre Ziele, ihre Grundsätze, ihre praktische Arbeit unvoreingenommen kennen zu lernen, der läuft Gefahr, den Anschluß an das deutsche Volk zu verlieren. Niemand darf heute noch abseits stehen, niemand darf mit bedenklichem Wenn und Aber zögern oder sich der neuen Zeit verschließen, sondern jeder muß mitarbeiten in dieser Bewegung, die kein anderes Ziel hat, als Deutschland frei und glücklich zu machen. Daher muß jeder seine Tätigkeit, ganz gleich wo er im Leben steht, unter den nationalen und sozialen Gesichtspunkt stellen.“

Und Willy Etzrodt schloss dann erfüllt und glühend:

„Eins ist sicher: Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit hat sich seinem Führer Adolf Hitler vertrauensvoll angeschlossen. Es steht nicht neben dem Staat oder gar gegen ihn, sondern mitten im Staat als treue Helferschaft des Führers. Und auch wir alle, die wir hier versammelt sind, Lehrer wie Schüler, geloben am heutigen Tage, daß wir mitarbeiten wollen an dem weiteren Ausbau eines großen nationalen sozialen Deutschlands unter Führung Adolf Hitlers. – Dies Gelübde bekräftigen wir, indem wir zum Beginn des vierten Jahres des Aufbauwerkes unseres Führers ausrufen: Unser geliebtes Deutschland und unserer herrlicher Führer Adolf Hitler – Sieg Heil!“<sup>22</sup>

Dies war in der Tat eine Bewerbungsrede, das hatte Erwin Zindler schon richtig eingeschätzt und vielleicht sogar eingefädelt. Allerdings ohne den erwünschten Erfolg. Die Auseinandersetzungen von 1933 bis 1935 im Kollegium der Lichtwarkschule unter zwei Personen, die zu den nationalsozialistischen Protagonisten gehörten, hatten das Renommee Zindlers erheblich beschädigt. Und so blieb Willy Etzrodt, nachdem die Lichtwarkschule als eigenständige Schule nicht länger existierte, nur noch der Weg, einen anderen Vertrauten zu bemühen, um wenigstens als Studienrat an der zusammengelegten Schule im Stadtpark bleiben zu können. Am 18.3.1937 wandte er sich an Oberschulrat Theodor Mühe, der an der Oberrealschule in Eimsbüttel einige Jahre sein Kollege und für drei Jahre auch sein Schulleiter gewesen war. Mühe, einer der Führer des Philologenvereins in Hamburg, war 1933 als Deutschnationaler zu den Nationalsozialisten übergewechselt und mit einer Oberschulratsstelle für die höheren Schulen belohnt worden. Etzrodt schrieb dem jetzt einflussreichen ehemaligen Kollegen:

„Ich habe Veranlassung, Ihnen mitzuteilen, dass ich seit Oktober 1933 Vor-



Willy Etzrodt mit seiner Klasse am Wilhelm-Gymnasium, 1938

stand des unmittelbar neben der Lichtwarkschule gelegenen Kindertagesheims Winterhude, Grasweg 70, bin. Diese meine Tätigkeit, die mich täglich ins Heim führt, untersteht der NSV und ist der Hamburger Gauleitung der NSV, Herrn Senator von Allwörden, bekannt.

Das meiner Obhut anvertraute Kinderheim erhält in nächster Zeit ein neues Gebäude, für das die Pläne fertig vorliegen. Der Bauplatz in der Nähe der jetzigen Lichtwark-Schule ist bereits angewiesen. Soll ich wie bisher das Kindertagesheim Winterhude betreuen und die mir

1. durch das in diesem Jahr stattfindende 50jährige Jubiläum
2. durch den beginnenden Neubau

zufallenden Arbeiten pflichtgemäß erfüllen, so kann ich das nur tun, wenn ich im Gebäude der jetzigen Lichtwark-Schule verbleibe. Nur dadurch, dass ich meine Schule in unmittelbarer Nähe meines Heimes habe und haben werde, ist es mir möglich und wird es mir möglich sein, mein Amt als Vorstand des Kindertagesheims Winterhude, Grasweg 70, weiterzuführen. Ich bitte, diese Tatsachen zu berücksichtigen und mich auch nach Ostern 1937 im Gebäude der jetzigen Lichtwarkschule zu belassen und mich in das dort zu bildenden neue Lehrerkollegium einzubeziehen.“<sup>23</sup>

Willy Etzrodt wusste stets, seine Interessen zielgerichtet zu vertreten. In diesem Fall allerdings erfolglos, er gehörte dem zusammengeführten, neuen Kollegium nicht an, sondern wurde an das Wilhelm-Gymnasium versetzt. Wobei das Wilhelm-Gymnasium in der Moorweidenstraße von Etzrodts Wohnung in der Isestraße 11 durchaus komfortabel zu erreichen war.<sup>24</sup>

In einem später angeforderten Bericht über Willy Etzrodt schrieb der zu jenem Zeitpunkt mit der Leitung des Wilhelm-Gymnasiums beauftragte Adolf Lindemann, Mitglied der NSDAP und ebenfalls früherer Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins: „Herr Studienrat Dr. Etzrodt hat sich in den zwei Jahren, in denen ich das Wilhelm-Gymnasium geleitet habe, als einer der fähigsten und erfolgreichsten Lehrer erwiesen. Die von ihm geleitete Klasse zeigte ein gutes Verhalten und arbeitete fleißig. Nach der Versetzung von Studienrat Bünz übernahm Dr. Etzrodt auf meine Veranlassung das Amt des Schulwalters des NSLB und betätigte sich damit auch über seine dienstlichen Verpflichtungen hinaus für die Schule. Außerdienstlich ist er im Kreise 2 der NSDAP mit besonderen Funktionen betraut.“<sup>25</sup>

In den nächsten Jahren, in denen in Hamburg während des Krieges kein regelhafter Unterricht mehr stattfand und viele Klassen sich in der Kinderlandverschickung befanden, wurden in Etzrodts Personalakte diverse Krankmeldungen (Rheuma und Herzbeschwerden) und einige Umsetzungen an andere Schulen vermerkt. Am 25.10.1945 erfolgte Willy Etzrodts Entlassung auf Veranlassung der Britischen Militärregierung.<sup>26</sup>

Das Entnazifizierungsverfahren gestaltete sich insofern skurril, als es am Ende zu einer überraschenden Wendung kam. Willy Etzrodt ließ sich von Beginn an von den Rechtsanwälten Dr. Engell und Lopau vertreten, die argumentierten, Etzrodt wäre nur nominell Parteimitglied gewesen. Sie brachten die entsprechenden Leumundszeugnisse von Personen ein, die Willy Etzrodt zumeist aus der Ferne oder aus der Zeit vor der Naziherrschaft kannten. So etwa der ehemalige Schulleiter der Oberschule Eimsbüttel, Prof. Karl Franz, der mit Etzrodt von 1909 bis Ende Oktober 1933 an dieser Schule tätig gewesen war. Franz schrieb:

„Ich habe über 24 Jahre mit Dr. Etzrodt zusammen gearbeitet und kannte ihn als einen tüchtigen Neusprachler und Religionslehrer, der seine Schüler zum Verständnis fremder Völker und zur Achtung vor der Religion, Schule und dem Elternhaus erzog und ein ausgezeichnetes Verhältnis zu seinen Schülern hatte. Obwohl er Parteimitglied war, trat er an unserer Schule niemals parteipolitisch hervor. Ich bin überzeugt, dass er geeignet ist, auch in der heutigen Zeit zum Wohle der Jugend zu wirken und wünsche ihm, dass seine Bemühungen, bald wieder unterrichten zu können, Erfolg haben.“<sup>27</sup>

Dieses Leumundszeugnis war subjektiv sicherlich ehrlich, aber ohne Wert. Hatte doch Willy Etzrodt knapp ein halbes Jahr noch an seiner alten Schule als Parteimitglied gearbeitet. Sein eigentlich nationalsozialistisches Engagement fand dann an der Lichtwarkschule statt.

Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen Hamburgs kam dann auch zu einem anderen Ergebnis:

„Dr. Etzrodt ist zweifellos aus Begeisterung im Jahre 1933 der Partei beigetreten und er war auch, wie sein Amt als Blockleiter beweist, aktiv tätig. Diese aktive Tätigkeit entsprach wohl seinem Wunsche, mit dabei zu sein, um mit seinen Fähigkeiten nicht brach liegen zu müssen. Sie kommt besonders zum Ausdruck in den vielen Vorträgen, die er vor Mitgliedern der Ortsgruppe gehalten hat. Die Themen dieser Vorträge lassen darauf schließen, dass Etzrodt die nationalsozialistische Ideologie vertreten hat. Denn in einem anderen Sinne hätte er Vorträge über das Dritte Reich, über Ostpolitik, über den Zusammenbruch 1918, über Versailles u. a. gar nicht halten können. Wenn er zu Kollegen und auch gelegentlich im Unterricht Äußerungen getan hat, die von einer antinationalsozialistischen Gesinnung zu zeugen scheinen, so zeigt das nur, zu welcher geistigen Korruption die nationalsozialistische Herrschaft geführt hat. Ein so kluger und gebildeter Mann wie Dr. Etzrodt hätte aber – zumal als Erzieher der Jugend – dieser geistigen Korruption nicht erliegen dürfen.

Es soll aber nicht verkannt werden, dass von absolut einwandfreien Kollegen durchaus positive Gutachten vorliegen, die ergänzt werden durch wertvolle Zeugnisse aus Schüler- und Elternkreisen. Eine Zeugenvernehmung dürfte im Falle E. vielleicht noch ein klareres Bild über seine Haltung ergeben. Für die so wichtige Zeit nach 1933 an der Lichtwarkschule wird Dr. Kurenbach als Zeuge vorgeschlagen. Sollten auch diese Zeugenvernehmungen ein günstigeres Bild ergeben, könnte der Beratende Ausschuss die Bewilligung einer Pension oder eines Teiles der Pension befürworten, da Herr Dr. Etzrodt das 60. Lebensjahr vollendet hat.“<sup>28</sup>

Zwei Monate später trat der Beratende Ausschuss in anderer Zusammensetzung erneut zusammen und kam zu folgendem Ergebnis:

„Der Berufung wird stattgegeben mit der Maßgabe, dass E. von der Vollendung des 65. Lebensjahres an 75 % der Pension eines Studienrates erhält. Im übrigen kann er ab sofort jede Tätigkeit außerhalb des Lehrerberufs ausüben. Die Wiedereinstellung als Lehrer ist dagegen abzulehnen.“ Als Begründung war Folgendes vermerkt:

„E. war Pg. 1.5.1933 (stellvertretender Blockwart); NSV 34; NSLB 34; Altherrenbund 37. Außerdem hat er bis 1944 politische Vorträge vor Mitgliedern seiner Ortsgruppe gehalten. Dieses ist der Hauptpunkt, der gegen ihn spricht. Die Schulverwaltung und der Dreierausschuss sind in ihrer Beurteilung zurückhaltend und

empfehlen Pensionierung. Der Ausschuß hat mehrere Zeugen über E. persönlich vernommen. Die Vernehmung, zusammen mit den zahlreichen vorgebrachten Attesten ergaben, daß E. als Lehrer nicht wieder zugelassen werden sollte, daß man ihm aber im übrigen bei seiner zukünftigen Tätigkeit keine Einschränkungen aufzuerlegen braucht. Der Ausschuß ist der Überzeugung, daß E. bei seiner Begabung und seiner Arbeitskraft leicht ein anderes Tätigkeitsfeld finden kann, so daß eine Pensionierung erst nach Erreichen des pensionsfähigen Alters in Betracht kommt.“<sup>29</sup>

Die Schulverwaltung bot ihm dann zum 11.2.1947 den Dienst in der Bücherei des Instituts für Lehrerfortbildung in der Felix-Dahn-Straße an, was Etzrodt auch annahm.<sup>30</sup>

Etzrodt's Rechtsanwälte bemühten sich weiter darum, ihren Mandanten auch wieder in den Schuldienst zu bringen und lieferten neue Schriftsätze und Leumundzeugnisse. Darauf schrieb ihnen OSR Heinrich Schröder am 1.6.1948:

„Die Praxis der Berufungsausschüsse ist zweifelsohne im Laufe der Jahre immer milder geworden, so daß anzunehmen ist, daß Dr. Etzrodt, wenn er im Jahre 1948 vor einen Berufungsausschuss gekommen wäre, die Unterrichtsgenehmigung wieder bekommen hätte. Dies Argument allein reicht aber nicht aus, um den Leitenden Ausschuss zu veranlassen, einem Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren stattzugeben. Ein solcher Antrag wird im allgemeinen nur dann genehmigt, wenn der Antragsteller nicht gehört worden ist und wenn es neues beachtliches Entlastungsmaterial einreicht.“<sup>31</sup>

Es gab dann am 21.2.1949 die Entscheidung der Schulbehörde, Willy Etzrodt, der auch in seiner Tätigkeit in der Bücherei des Instituts für Lehrerfortbildung eine Lehrer-Planstelle besetzte, die dringend für den Unterricht benötigt wurde, zu entlassen. Das verfügte Schulsenator Heinrich Landahl, der sicherlich als 1933 abgesetzter Schulleiter der Lichtwarkschule noch genügende Informationen von Lehrkräften seiner alten Schule über Etzrodt besaß.<sup>32</sup>

Als die Rechtsanwälte von Willy Etzrodt dagegen Einspruch erhoben, bekamen sie von OSR Heinrich Schröder eine Antwort, die sie alarmieren musste. Schröder hatte nämlich in der Zwischenzeit Unterlagen gefunden, die sogar den Pensionsanspruch für Willy Etzrodt infrage stellten. Schröder schrieb:

„Die Schulbehörde ist nicht in der Lage, Dr. Etzrodt unterrichtlich wieder zu verwenden, weil es nicht verantwortet werden kann, ihn als Erzieher wieder vor eine Klasse zu stellen. Wenn in dem Einspruchsschreiben weiterhin von der ‚überdurchschnittlich fachlichen und menschlichen Eignung Dr. Etzrodt's für eine Lehrtätigkeit‘ gesprochen wird, so weist die Schulbehörde demgegenüber auf die beigelegten Vorgänge hin, aus denen eindeutig hervorgeht, daß schon die nationalsozialistische Schulverwaltung eine Beförderung Dr. Etzrodt wegen seines charakterlosen Verhal-

tens abgelehnt hat. Die Art und Weise, wie Dr. Etzrodt mit seiner nationalsozialistischen Gesinnung, die er heute ableugnet, Geschäfte machen wollte und wie er sich auf seine Zugehörigkeit zu den verschiedensten nationalsozialistischen Organisationen, unter anderem auch zum SD berief, um durch die Kreisleitung der NSDAP die Beförderung zu erlangen, die die Schulverwaltung ablehnte, macht es einer demokratischen Schulbehörde unmöglich Dr. Etzrodt wieder als Lehrer und Erzieher vor Schüler einer demokratischen Schule zu stellen. Der Einspruch Dr. Etzrodts gegen seine Entlassung ist daher zurückzuweisen.“<sup>33</sup>

Die beigelegten Schreiben waren so eindeutig, dass sie das Ende aller Bemühungen zur Wiedereinstellung von Willy Etzrodt bedeuteten. Im Gegenteil, es ging jetzt nur noch darum, bei der Pensionierung zu erreichen, dass Etzrodt die Versorgungsbezüge eines Studienrats zugesprochen bekam.

In einem Schreiben vom 12.12.1942 hatte der seinerzeitige Schulleiter, Leo Lüders, der Schulverwaltung mitgeteilt, wie die „Feiergestaltung“ am Wilhelm-Gymnasium gewesen war. In dem Kontext brachte er folgendes vor:

„Einige Zeit nach der Feier teilte mir der Schulwalter des NSLB, Herr Studienrat Etzrodt, anlässlich der Besprechung von NSLB-Angelegenheiten mit, daß der Kreisleiter an der Feier der Bismarck-Oberschule teilgenommen habe und dabei neben anderen gemachten Beanstandungen auch kritisierte, daß keine Rede von einem Uniformträger gehalten worden sei und daß er, der Kreisleiter, erwartet habe, dass Dr. Etzrodt die Rede am 9. November am WG gehalten hätte.

Auf meine Bemerkung, daß dann wohl bei der nächsten politischen Feier am 30. Januar, er, Dr. Etzrodt, als der einzige Uniformträger im Kollegium die Rede übernehmen müßte, sagte Dr. Etzrodt, daß er das tun wolle, wenn er am 30. Januar zum Oberstudienrat ernannt würde. Mein Einwand, daß eine derartige Inaussichtnahme doch unmöglich von unbekanntem Beförderungsabsichten der Schulverwaltung abhängig gemacht werden könnte, fand die Erwiderung, daß ihm in dieser Beziehung bereits seit längerer Zeit bestimmte Versprechungen von der Kreisleitung gemacht seien und daß er die Geduld verlöre, wenn diese nicht endlich zum 30. Januar erfüllt würden. Ich beendete damals die Unterhaltung und führe sie als ein Beispiel dafür an, daß die autoritative Leitung einer Schule mit manchen früher unbekanntem Schwierigkeiten verknüpft ist.“<sup>34</sup>

Dieses Schreiben war von OSR Walter Behne an den damaligen für die Schulverwaltung zuständigen Senator Dr. Ofterdinger weitergeleitet worden der dazu vermerkt hatte, „daß bei einem solchen Verhalten eine Beförderung ausgeschlossen sei“.<sup>35</sup>

Endgültig desavouiert war Willy Etzrodt durch die Abschrift eines Schreibens von ihm vom 30.6.1940 an den einflussreichen NSDAP-Kreisleiter und Reichstags-



abgeordneten Walter Gloy. Auch hier versuchte Willy Etzrodt sich anzubiedern und den Einfluss von Walter Gloy für eine Beförderung zu nutzen. Er hatte offenbar schon einmal mündlich mit Gloy Kontakt gehabt („in Ergänzung meiner kürzlichen mündlichen Ausführungen“) und nannte nun noch einmal seine Argumente:

„Grundsätzlich stehe ich mit zahlreichen Partei- und Volksgenossen auf dem Standpunkt, daß während des Krieges keine Beförderungen der in der Heimat gebliebenen Beamten und Lehrer stattfinden, da das eine Benachteiligung der im Felde Stehenden bedeuten kann. Wenn aber in Hamburg anders verfahren wird, so entfallen für mich diese Bedenken, und ich sehe keine Veranlassung, mein ‚Licht unter den Scheffel zu stellen‘. Ich tue das um so mehr, als engere Parteigenossen, die mich seit Jahren politisch, charakterlich und beruflich kennen, mir geraten haben, mich an Sie als meinen Kreisleiter und als Beigeordneten der Schulverwaltung zu wenden.“<sup>36</sup>

Willy Etzrodt nannte Beispiele. Ein Dokument, was bisher nicht bekannt war, betrifft das Gutachten, das Erwin Zindler schrieb und das noch einmal die inneren Vorgänge an der Lichtwarschule nach 1933 beleuchtet:

„Mein früherer Schulleiter, Pg. Zindler, Schulungsleiter Ortsgruppe Wrangel, Gaufachredner, hat sich seinerzeit vergeblich bemüht, mich zum stellvertretenden Schulleiter oder zum Oberstudienrat befördern zu lassen. Er schrieb damals (2.3.1938): ‚Pg. Etzrodt lernte ich erstmals kennen, als er 1933 an die Lichtwarschule versetzt worden war. Das war zu einer Zeit, wo dort noch von mir mit erheblicher Rücksichtslosigkeit die Säuberung von marxistischen und jüdischen Elementen vorgenommen wurde ... Vom ersten Tage seines Dienstantritts hat Pg. Etzrodt als ganzer Nationalsozialist gehandelt, sich rückhaltlos für die von mir eingeleitete Säuberungsaktion eingesetzt. Es war mir eine Freude, gerade an dieser Schule ... in der Person von Dr. Etzrodt bis zum Tage seiner Versetzung einen Mann von so ausgeprägtem Charakter und so viel unbeirrbarer Willenskraft als Mitarbeiter neben mir zu wissen ... Pg. Dr. Etzrodt hat für diese Treue allerschwerste Verunglimpfungen seitens einer Persönlichkeit hinnehmen müssen, die bereits 1934 von der Parteiliste gestrichen wurde ...‘, die sich aber, wie ich hinzufüge, bei der Schulverwaltung auch noch nach dieser Zeit großer Beliebtheit erfreut. Nach längerem Kampfe gegen diese Persönlichkeit ist es mir dann gelungen, von dem für mich zuständigen Schulrat die Erklärung zu bekommen, daß ‚weder menschlich noch schulisch irgendwelche Einwendungen seitens der Schulbehörde gegen mich erhoben werden könnten‘.

Infolge der Aufhebung der Lichtwarschule wurde ich an das Wilhelm-Gymnasium versetzt. Daß ich mich auch hier stets voll eingesetzt habe, kann der Leiter des WG bestätigen und daß ich noch mehr als das getan habe, können Ihnen die

Eltern meiner Schule beweisen, von denen eine ganze Anzahl im Bereich des Kreises 2 der NSDAP wohnen, zum Beispiel Ricardo Sloman, dessen Sohn Henry Schüler meiner Klasse ist, Pg. Leisler Kiep, dessen Sohn ebenfalls in meiner Klasse ist.“<sup>37</sup>

Dann zählte Willy Etzrodt seine politischen Meriten auf:

„Wenn schon meine schulische, fachliche Tätigkeit an die der beförderten Kollegen heranreicht, so meine politische erst recht.

a.) Ich habe mich vom Blockleiter zum Schulungsleiter heraufgearbeitet. Meine Zeit als Schulungsleiter ist sowohl vom OG Baack als auch vom OG-Leiter Ulrich Kienast sowie vom stellvertretenden OG-Leiter Bauer ausdrücklich anerkannt worden.

b.) Neben meiner Tätigkeit als Schulungsleiter habe ich wochenlang Tag für Tag die Sichtung und das Packen von fast 10.000 Büchern für unsere Frontsoldaten übernommen.

c.) Außerdem besorge ich in Gemeinschaft mit Pg. Bauer das Packen und Versenden der regelmäßig an die Soldaten der OG Klosterstern abgehenden Päckchen.

Ferner wirke ich im SD unter Pg. Heise und Pg. Werner. Auch meine Tätigkeit in den der Partei angeschlossenen Gliederungen wird von keinem der beförderten Kollegen übertroffen.

NSLB: Jahrelang war ich OG-Amtsleiter in dieser Gliederung. Von der Leitung des NSLB in Bayreuth bin ich seit längerer Zeit als Lektor bestellt. Als solcher beurteile ich in ausführlichen Gutachten das neusprachliche Schrifttum in Bezug auf seine Eignung für die Schule. Ich war Vertrauensmann des NSLB an der Lichtwarkschule und bin es jetzt für das Wilhelm-Gymnasium.“<sup>38</sup>

Wenn dieses Anbiederungsschreiben an den NSDAP-Kreisleiter Walter Gloy schon zu Beginn des Entnazifizierungsverfahrens von Willy Etzrodt vorgelegen hätte, wäre seine Entlassung besiegelt gewesen. Das erkannte Rechtsanwalt Engell sofort und bat nunmehr um die Versetzung in den Ruhestand bei voller Zahlung der Pensionsbezüge als Studienrat. Das geschah am 30.5.1950, nachdem vorher ärztliche Gutachten die Dienstunfähigkeit von Willy Etzrodt bescheinigten.<sup>39</sup>

Als Etzrodt seinen 75. Geburtstag feierte, war das der „Welt“ am 13.6.1961 eine Meldung wert: „Viele ehemalige Schüler werden sich an den bewährten Pädagogen erinnern, der außer seiner Schultätigkeit Werke von mehreren ausländischen Autoren für den Unterricht bearbeitet hat.“<sup>40</sup>

Willy Etzrodt starb am 25.10.1970.<sup>41</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StAHH, 361-3\_A 1519
- 2 Ebd.
- 3 Schreiben der Oberrealschule in Eimsbüttel an die Kommandantur des Gefangenenlagers Cassel vom 17.8.1915, Personalakte a. a. O.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Nach eigenen Angaben im Personalbogen, Personalakte a. a. O.
- 6 Siehe dazu die Biografie Zindler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 538 ff.
- 7 de Lorent 2016, S. 547.
- 8 de Lorent 2016, S. 551.
- 9 Siehe die Biografien Zindler und Berthold Ohm, in: de Lorent 2016, S. 538 ff. und 575 ff.
- 10 Das Protokoll und die wichtigsten Dokumente dieser Auseinandersetzung sind enthalten in der Personalakte Erich Witter, StAHH, 361-3\_A1525
- 11 Siehe die Biografien Zindler und Ohm, a. a. O.
- 12 Schreiben vom 23.11.1935, Personalakte Ohm, StAHH, 362-2/20\_6 B1, Akte Ohm
- 13 Schreiben vom 25.11.1935, Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 14 Schreiben vom 22.11.1935, ebd.
- 15 Schreiben von Willi Schulz an Erwin Zindler vom 24.5.1935, abgedruckt in de Lorent 2016, S. 585.
- 16 Kurze Zusammenfassung des Hauptgedankens aus dem Vortrag: Der evangelische Religionsunterricht und die neue Zeit, Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 17 Ebd. („judenzeit“ = sprachliche Eigenschöpfung für „jüdisch infiziert oder treibend“)
- 18 Siehe die Biografie Hans Rösch, in: de Lorent 2016, S. 768 ff.
- 19 Meldung, von Erwin Zindler am 4.5.1934 der Landesunterrichtsbehörde überreicht, Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 20 Rede von Willy Etzrodt am 30.1.1936 vor der Schulgemeinde der Lichtwarkschule, Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Schreiben vom 18.3.1937, Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 24 Laut Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 25 Bericht vom 27.2.1942, Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 26 Personalakte Etzrodt, a. a. O.
- 27 Schreiben vom 6.3.1948, Entnazifizierungsakte Etzrodt, StAHH, 221-11\_Ed 6954
- 28 Beschluss des Beratenden Ausschusses vom 20.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Empfehlung des Beratenden Ausschusses vom 17.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Schreiben vom 1.6.1948, Personalakte a. a. O.
- 32 Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 19.4.1949, Personalakte a. a. O.
- 34 Abschrift eines Schreibens vom 12.12.1942, Personalakte a. a. O.
- 35 Vermerk von OSR Behne vom 16.12.1942, Personalakte a. a. O.
- 36 Abschrift eines Schreibens vom 30.6.1940, Personalakte a. a. O.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Personalakte a. a. O.
- 40 Die „Welt“ vom 13.6.1961.
- 41 Personalakte a. a. O.

## Ernst Schöning

**„Die Schule muss daher in einem völkischen Staat unendlich mehr Zeit freimachen für die körperliche Ertüchtigung. Es geht nicht an, die jungen Gehirne mit einem Ballast zu beladen, den sie erfahrungsgemäß nur zu einem Bruchteil behalten.“**

(Adolf Hitler, Mein Kampf)

Ein Sportlehrer, der an der reformpädagogischen Lichtwarkschule unterrichtete, war Ernst Schöning. Er galt als hervorragender Sportpädagoge, aber auch als einer derjenigen Lehrer an dieser Schule, die sich 1933 dem neuen Regime anpassten. Schöning dokumentierte dieses in verschiedenen Schriften. Bemerkenswert ist, dass er seinen Schüler Helmut Schmidt beeindruckte und von diesem auch später noch als Vorbild bezeichnet wurde. Auch Schulsenator Heinrich Landahl, der bis 1933 Schulleiter von Ernst Schöning an der Lichtwarkschule gewesen war, setzte sich nach 1945 für den Sportlehrer ein und forderte Oberschulrat Heinrich Schröder auf, „alles daran zu setzen, Schöning zu halten“.

**Ein Mann, an dem sich die Geister schieden.**

Ernst Schöning wurde am 23.8.1883 in Neudorf bei Eutin geboren. Den Beruf seines Vaters gab er mit Kaufmann an, später bezeichnete er ihn als Bierfahrer. Schöning besuchte die Bürgerschule in Eutin bis zum Mittelschulabschluss und wechselte dann 1899 an das Lehrerseminar in Bremen. Dort bestand er Ostern 1905 die erste Lehrerprüfung mit einem sehr guten Abgangszeugnis. Er arbeitete dann an der Privatvorschule Bremen, an der er 1907 die zweite Lehrerprüfung bestand. 1908 wechselte er in den Hamburger Volksschuldienst, absolvierte am 2.3.1910 in Hamburg die Fachprüfung Turnen und 1919 die Schwimmlehrerprüfung. Vermerkt ist in seiner Personalakte, dass er 1914 an der Schule Forsmannstraße tätig war.

In den Krieg zog Herr Schöning am 26.2.1915 bis zum 4.12.1918. Am Ende war er Leutnant und hatte das Eiserne Kreuz I und II bekommen sowie eine Tapferkeitsmedaille. Schöning war seit 1912 verheiratet mit Elsa Bruns. Die Ehe wurde 1940 geschieden, 1943 heiratete Schöning ein zweites Mal, Frieda Berge.<sup>1</sup> Ernst Schöning war seit 1918 Technischer Lehrer und widmete sich neben dem Sport und der Bildenden Kunst seiner zweiten Leidenschaft als Leiter eines Männerchors. So führte er in Nebentätigkeit seit 1912 die „Liedertafel Germania von 1881“ in Altona.<sup>2</sup>

1919 wechselte Ernst Schöning an die Realschule Winterhude, aus der 1921 die Lichtwarkschule wurde.<sup>3</sup>

Ernst Schöning erwies sich als außerordentlich aktiv. Er nahm teil an zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen, so etwa am 20. Deutschen Turnlehrertag in

Dresden am 8. und 9.6.1927, an der Tagung der Turnlehrerausbildung am 23.6.1928 in Berlin. Er war auch Mitglied des Vorstandes des Deutschen Turnlehrervereins.<sup>4</sup> Parallel leitete er mittlerweile drei Chöre. Schulleiter Heinrich Landahl zeichnete diverse Verpflichtungen Ernst Schöning auch außerhalb Hamburgs zwischen 1928 und 1930 ab.

Das schulpolitische Ziel von Ernst Schöning war die Einrichtung einer täglichen Sportstunde an allen Hamburger Schulen.

1932 schrieb das Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ den Hauptaufsatz in der HLZ Nr. 14/15 unter der Überschrift: „Die Leibesübungen in der neuen Erziehung“. Darin plädierte Schöning einerseits dafür, die Tätigkeit der „Technischen Lehrer“, zu denen er gehörte, der Sport, aber auch Bildende Kunst unterrichtete, mehr Wertschätzung entgegenzubringen: „In der Jugenderziehung kommt es darauf an, dass der schöpferische Quell im Kinde erschlossen wird. Beim Kinde geht der Weg zum geistigen Wachsen ganz besonders stark über das Körperliche: das Kind denkt plastisch, und darum sind diese ‚technischen‘ Fächer so viel kindertümlicher als jene abstrakten wissenschaftlichen.“<sup>5</sup>

Ernst Schöning berief sich dabei durchaus auf reformpädagogische Ideen: „In der alten Schule spielte eine Hauptrolle das Üben, das Auswendiglernen. Das Kind mit der besseren Gedächtnisbegabung war immer im Vorteil, denn die herkömmliche Erziehung sah ihren Hauptzweck in der formalen Ausbildung des Gedächtnisses und in der Bereicherung mit oft rein mechanisch angeeignetem Wissen. Daneben glaubte die Schule ihre Aufgabe umso besser erfüllt zu haben, je gleichmäßiger sie die Klasse in ihrem Wissen bereicherte. Es sollten nicht nur alle Kinder viel, sondern möglichst auch alle dasselbe Wissen beherrschen, nämlich den im amtlichen Lehrplan vorgeschriebenen Lehr- und Lernstoff.“<sup>6</sup>

Für den Sport in der Schule bedeutete das laut Schöning: „Daher sah auch der alte Turnunterricht seine Hauptaufgabe darin, dem Kinde möglichst viele körperliche Fertigkeiten in genauer Ausführung beizubringen. Und so wie man versuchte, die Klasse geistig sozusagen ‚auf einen Generalnenner zu bringen‘, so bemühte man sich im Turnen, die Kinder durch körperliche Übungen bewegungstechnisch einander anzugleichen. Ordnung- und Freiübungen füllten immer einen beträchtlichen Teil der Turnstunde aus. Ein brauchbares Vorbild sah man in der militärischen Ausbildung; sehr oft zeigte daher das alte Schulturnen ein etwas verdünntes Abbild der auf dem Kasernenhof üblichen Leibesübungen.“<sup>7</sup>

Ernst Schöning forderte: „Eine Erziehung, welche mit ihren Maßnahmen die im Kinde gegebene Lebenseinheit nicht zerstören oder auch nur in ihrer natürlichen Harmonie behindern will, muss die Wechselbeziehungen zwischen geistiger und körperlicher Arbeit beachten. Aus diesem Grunde muss eine naturgemäße

Erziehung sich entschließen, zur rechten Zeit eine ausreichende und zweckmäßige körperliche Erfrischung zur Vermeidung geistiger Ermüdungserscheinungen einzuschalten.“ Daraus folgerte Ernst Schöning dann: „Aber gerade darum kann der Ruf nach der eigenen täglichen Turnstunde, die einen Ausgleich zu einer 5- bis 6-stündigen geistigen Anspannung schaffen soll, nicht als unbescheiden bezeichnet werden.“ Und er ergänzte: „Mit der Verherrlichung des Rekordfuchses und des Muskelprotzen hat diese stärkere Betonung des Körperlichen in der Schule nicht das geringste zu tun. Der körperlich gebildete Mensch ist daher nicht, weil er die waghalsigen Kunststücke vorzumachen imstande ist und auch nicht, wer Stoppuhr und Metermaß am vollkommensten meistert, sondern derjenige, der die Beherrschung seiner körperlichen Bewegungsformen mit geistiger Einsicht und seelischer Anteilnahme zu einem einheitlichen Zusammenklang zu bringen versteht.“<sup>8</sup>

In dieser Weise argumentierte die Lichtwarkschule schon, als sie 1925 zu Ostern bei der Oberschulbehörde einen Antrag zur Einführung der täglichen Turnstunde einreichte.<sup>9</sup>

Die Situation an der Lichtwarkschule nach 1933, als die Nationalsozialisten Schulleiter Heinrich Landahl entließen und durch Erwin Zindler ersetzten, der seinen Dienst antrat mit der Ankündigung: „Diesen roten Saustall werde ich schon ausmisten“, habe ich in der Biografie von Erwin Zindler im ersten Band der „Täterprofile“ ausführlich dargestellt.<sup>10</sup>

Bei dem Versuch, die Lichtwarkschule den nationalsozialistischen Schulvorstellungen entsprechend umzuwandeln, „bediente die neue Schulleitung sich nach Übernahme der Schule im August 1933 zweier Mittel: einerseits Zerschlagung all dessen, was bereits während der Republik in nationalistischen und konservativen Kreisen auf heftige Ablehnung stieß, andererseits Betonung all dessen, was mit nationalsozialistischen Erziehungszielen vereinbar schien.“<sup>11</sup> Joachim Wendt kennzeichnete auch die Anpassungstendenzen im Lehrkörper der Schule, nachdem es vorher schon einen deutlichen personellen Austausch gegeben hatte. Er stellte fest: „Während sich die Musik- und Kunstlehrer jedoch an der Zindlerschen Öffentlichkeitsarbeit nicht beteiligten und sich zu nationalsozialistischen Erziehungsvorstellungen auch nicht öffentlich äußerten, sieht das bei dem Turnlehrer Ernst Schöning schon ganz anders aus. Bei ihm ist eine Anpassung oder gar Anbiederung an das neue Regime unübersehbar, wenn er sich ohne jede Not im Februar 1934 in einem Leitartikel der HLZ verpflichtet fühlte, ‚sich im Geschwindigkeitsschritt in die nationalsozialistische Weltanschauung hineinzudenken‘.“<sup>12</sup> Wendt bezog sich dabei auf einen Artikel, mit nur leicht veränderter Überschrift im Vergleich zu dem aus reformpädagogischer Überlegung stammendem Aufsatz knapp zwei Jahre zuvor in der HLZ, damals noch ohne Hakenkreuz. In der Ausgabe der HLZ 7/1934 überschrieb Schö-

ning seine Ausführungen: „Die Leibesübungen in der heutigen Jugend-  
erziehung“.<sup>13</sup> Schon in der Einleitung erwies er sich als zum Nationalsozialismus gewendeter Pädagoge, wenn er schrieb:

„Der gewaltige nationale Umbruch, den wir gegenwärtig erleben, hat die deutschen Volksgenossen, ob sie wollen oder nicht, vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, sich im Geschwindeschritt in die nationalsozialistische Weltanschauung hineinzudenken und hineinzuleben. Der Jugend-erziehung legt dieses Geschehen die Verpflichtung auf, die deutsche Jugend ‚von Kindesbeinen an‘ in das nationalsozialistische Gedankengut hineinwachsen zu lassen. Die Grundzüge dieses Denkens und Wollens hier noch einmal darzulegen, ist nicht notwendig; sie müssen inzwischen jedem deutschen Volksgenossen gedankliches Eigentum, wenigstens aber bekannt sein. Wer wollte sich auch vermessen, sie einfacher und bestimmter zum Ausdruck zu bringen, als es in den Schriften und Reden des Führers geschehen ist. In den folgenden Ausführungen soll vielmehr versucht werden, von praktischen Gesichtspunkten näher aufzuzeigen, wie das nationalsozialistische Bildungsideal, insbesondere in Hinsicht auf die Leibes-erziehung, in der heutigen Jugend-erziehung seine Erfüllung finden kann und muss.“<sup>14</sup>

Ernst Schöning hatte es schnell geschafft, die Wende zu vollziehen. Sicherlich sehr zum Gefallen des neuen Schulleiters Erwin Zindler, der selbst zur gleichen Zeit in der HLZ veröffentlichte und die veränderte Lichtwarkschule zu präsentieren suchte.

**Hamburger Lehrerzeitung**  
Wochenchrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

**Herausgeber: W. Schulz, Landesleiter des N.S.L.B. Hamburg**

---

15. Jahrgang                      Hamburg, Sonnabend, den 17. Februar 1934                      Nummer 7

Inhalt: Die Leibesübungen in der heutigen Jugend-erziehung / Körpererziehung der Mädchen / Erziehung zur Gemeinschaft durch den Turnunterricht / Ganzheit in den Leibesübungen / Volkssport und Schule / Die Turn- und Sportlehrer-ausbildung / Das Rettungsschwimmen / Faschische Jugend-erziehung / Aus der NS-Erziehungsbewegung: Schulungslehre der Berliner Lehrerschaft / Elternhaus, Schule und Hitlerjugend / Erziehung zum Nationalsozialismus / Wer darf Kolbörner sein? Deutsche Erziehung / Vom Wesen und Ursprung der Form / Aus Hamburg: Friedrich Geisler und Konrad Behle / Ellertungen / Anzeigen

**Die Leibesübungen in der heutigen Jugend-erziehung**  
Von Ernst Schöning

Der gewaltige nationale Umbruch, den wir gegenwärtig erleben, hat die deutschen Volksgenossen, ob sie wollen oder nicht, vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, sich im Geschwindeschritt in die nationalsozialistische Weltanschauung hineinzudenken und hinein-

wundervolle Verbindung herrlichster körperlicher Schönheit mit strahlendem Geist und edelster Seele. . . Der völkische Staat hat aus dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngejunger Körper. . . Die Erziehung muß also zu allererst die körperliche Gesundheit ins Auge fassen und fördern; denn in der Masse genommen wird sich ein gesunder,

Ernst Schöning's Beitrag auf der Titelseite der HLZ vom 7.2.1934 (Ausschnitt)

Schöning konstatierte: „Im ganzen genommen wird aber die deutsche Jugend-erziehung eine Wandlung grundsätzlicher Art mit derselben Plötzlichkeit und Gründlichkeit vornehmen müssen, mit der durch das kraftvolle Herumreißen des Staatsruders durch den Führer das ganze staatliche Leben auf einen neuen Boden gestellt wurde. Diese Wandlung wird sich in der Weise vollziehen müssen, dass die Grundmauern der Erziehung erneuert werden nach den Forderungen, die wir in den Äußerungen des Führers eindeutig niedergelegt finden.“<sup>15</sup>

Und dann zitierte Ernst Schöning ausführlich aus Adolf Hitlers Schrift „Mein Kampf“ und machte deutlich, was den Sportpädagogen so begeisterte:

„Der völkische Staat muss von der Voraussetzung ausgehen, dass ein zwar wissenschaftlich wenig gebildeter, aber körperlich gesunder Mensch mit gutem, festem Charakter, erfüllt von Entschlussfreudigkeit und Willenskraft, für die Volksgemeinschaft wertvoller ist als ein geistreicher Schwächling ... Ein verfallener Körper wird durch einen strahlenden Geist nicht im geringsten ästhetischer gemacht ... Was das griechische Schönheitsideal unsterblich sein lässt, ist die wundervolle Verbindung herrlicher körperlicher Schönheit mit strahlendem Geist und edelster Seele ... Der völkische Staat hat aus dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper ... Die Erziehung muss also zu allererst die körperliche Gesundheit ins Auge fassen und fördern: denn in der Masse genommen wird sich ein gesunder, kraftvoller Geist auch nur in einem gesunden, kraftvollen Körper finden. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten, hier aber wieder an der Spitze die Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung der Willens- und Entschlusskraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit, und erst als letztes die wissenschaftliche Schulung ... Die körperliche Erziehung wird im völkischen Staat so vorzunehmen sein, dass die jungen Körper schon in frühester Kindheit zweckentsprechend behandelt werden und die notwendige Stählung für das spätere Leben erhalten ... Die Schule muss daher in einem völkischen Staat unendlich mehr Zeit freimachen für die körperliche Ertüchtigung. Es geht nicht an, die jungen Gehirne mit einem Ballast zu beladen, den sie erfahrungsgemäß nur zu einem Bruchteil behalten ... Wenn heute das Turnen in einer Woche mit knappen zwei Stunden bedacht wird, so ist dies, verglichen zur rein geistigen Ausbildung, ein krasses Missverhältnis. Es dürfte kein Tag vergehen, an dem der junge Mensch nicht mindestens vormittags und abends je eine Stunde lang körperlich geschult wird ...“<sup>16</sup>

Diese Passage von Adolf Hitler in dem Abschnitt „Erziehungsgrundsätze des völkischen Staates“ haben sicherlich viele Sportlehrer in jener Zeit mit Sympathie und Begeisterung gelesen. Schöningss Schlussfolgerung und Appell:



„Da alles Geschehen im völkischen Staat sich nach dem Führerprinzip zu vollziehen hat, werden alle an der Neuordnung der Jugenderziehung beteiligten Mitarbeiter sich dafür verantwortlich fühlen müssen, dass die eindeutig zum Ausdruck gebrachte Meinung des Führers unverfälscht und sinngemäß in der Neuordnung zur Durchführung gebracht wird. Danach wird es unmöglich gemacht, dass nun, wie es früher bei derartigen Gelegenheiten der Fall war, ein Schacher der einzelnen ‚Fächer‘ um Zeit, Stoff und Bewertung einsetzen kann. Unzweideutig stellt der Führer die körperliche Erziehung nicht nur an den Anfang und in den Vordergrund; er bestimmt auch ihren zeitlichen Anspruch genau, indem er ihr eine Stunde des Vormittags, also im Rahmen des Schulunterrichts zuweist.“<sup>17</sup>

Welch einen mächtigen Unterstützer hatte Ernst Schöning da für seine Forderung nach der täglichen Sportstunde gefunden. Schöning warnte die Gegner: „Sollte wirklich in einer Neuordnung, die vom Reich herkommen muss und wird, die Forderung des Führers preisgegeben werden, eine Forderung, die sich als praktisch durchführbar erwiesen hat, dann werden sich die verantwortlichen Verfasser dem Verdacht aussetzen, reaktionären Einflüssen unterlegen zu sein.“<sup>18</sup>

Ernst Schöning war nicht erst durch die Lektüre von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ entflammt worden. Schon 1919 hatte er eine Broschüre veröffentlicht unter dem Titel „Schularzt und Körpererziehung“. Darin hieß es: „Was not tut? Die Wunden heilen, die der Krieg geschlagen und beschleunigter Wiederaufbau unserer Volkskraft. Den nicht zu unterdrückenden Willen des deutschen Volkes, wieder gesund und stark zu werden, müssen wir mit allen Mitteln fördern – anfangen bei den Wurzeln: der Schuljugend. Trotz aller Bitternis der Gegenwart muss es gelingen, das Volksdenken und Volksempfinden aus der überhandnehmenden Gleichgültigkeit heraus- und den gesundheitlichen Tiefstand wieder emporzubringen zu sittlicher Kraft und körperlicher Frische. Wir gebrauchen eine Jugend mit gesunden, stählernen Leibern, damit sie dereinst zu Männern werden mit starken Nerven und eisernem Willen.“<sup>19</sup>

Die nicht datierte Zusammenstellung seiner Schriften mündete in der Forderung nach „politischer Leibeserziehung“. Darin hieß es:

„Politisch ist diejenige Leibeserziehung, die am zuverlässigsten die Forderungen erfüllt, die von der Staatsführung als für die Erhaltung und für den Schutz des Reiches unerlässlich an die Jugenderziehung gestellt werden.

Der Führer fordert, ‚dass die körperliche Jugendausbildung in großen Zügen schon als die Vorbildung für den späteren Heeresdienst zu betrachten ist ... Das Heer wird ... den körperlich bereits tadellos vorgebildeten jungen Menschen nur mehr in den Soldaten umwandeln‘. Die Wehrmacht erwartet, dass die Jugendausbildung ihr folgende Voraussetzungen schafft: ‚Als Gesamtziel der (vormilit.) Aus-

bildung soll vom 18. Lebensjahr ab das Reichssportabzeichen erworben werden. Die Übungen und Leistungen sind so hervorragend zusammengestellt, dass nichts Besseres dafür einzusetzen ist. Eine gute Vorübung dafür sind die sportlichen Leistungen, die das SA-Sportabzeichen verlangt. Wer beide Abzeichen erworben hat, der kann getrost der Dienstzeit und ihren Anforderungen in körperlicher Hinsicht entgegensehen.'

Die Arbeit nach dem Bewertungsbogen erfüllt – wovon die vorausgehenden Ausführungen besonders in der Form des Sportzeugnisses überzeugen müssen –, was die Wehrmacht von der vorbereitenden Leibeserziehung durch die Schule erwartet und damit auch den Willen des Führers! Nach dem Bewertungsbogen arbeiten, heißt daher politische Leibeserziehung betreiben!“<sup>20</sup>

Hier wurde der Zusammenhang zwischen Leibeserziehung, vormilitärischer Ausbildung und der anschließenden Wehrmacht schon explizit formuliert.

In diesem Kontext lohnt es, einen Blick auf die Entnazifizierung von Ernst Schöning 1945 zu werfen. Er füllte am 17.7.1945 einen Entnazifizierungsfragebogen aus, in dem er notierte, seit dem 1.5.1937 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, darüberhinaus seit 1934 in der NSV, seit Juni 1933 im NSLB und seit 1936 im NS Reichsbund für Leibesübungen. Und unter Anmerkungen hatte Schöning notiert: „1933 wurde ich aus meinen Ehrenämtern als Mitglied der staatlichen Prüfungskommission für Leibeserziehung des Verwaltungsbeirates zum Staatlichen Amt für Leibesübungen stillschweigend entfernt, obwohl meine Amtszeit nicht abgelaufen war. 1933 lehnte ich meine Berufung zum Gau-Sachbearbeiter (im NSLB) für Leibesübungen ab.“<sup>21</sup>



Ernst Schöning, 1940

In einem Schreiben an Senator Heinrich Landahl vom 15.9.1945, an dessen Privatadresse geschickt und nicht in die Schulbehörde, nutzte Ernst Schöning die alte Beziehung zu seinem ehemaligen Schulleiter. Einleitend schrieb er:

„Augenblicklich geht eine lebhaftere Welle der Beunruhigung durch die Lehrerschaft, die gegen meinen Willen auch mich zu erfassen versucht. Vorgestern meinte mein Schulleiter mir raten zu sollen, der Schulverwaltung ausführlich zu berichten, wie ich zur Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Partei gekommen sei; andere Kollegen hätten das auch schon getan. Nun, das möchte ich nicht tun. Der Fragebogen enthält ja alle geforderten Angaben. Aber Ihnen persönlich möchte ich darüber berichten dürfen, weil Sie mit Ihrer Unterschrift den Schluss-Strich über Sein oder Nichtsein zu vollziehen haben und mich aus jahrelanger Zusammen-

arbeit besser verstehen werden als die neuen Oberschulräte, die mich gar nicht oder kaum kennen. Ich glaube zu diesem Entschluss eine gewisse innere Berechtigung zu finden in einem Brief, den Sie mir freundlicher Weise im August 1933 zu meinem 50. Geburtstag schrieben.“<sup>22</sup>

Schöning vermerkte, diesen Brief aufgehoben zu haben mit denen anderer Kollegen, die er namentlich nannte, eine Auswahl derer, die deutlich nicht nazistisch gewesen waren (Jänisch, Donandt, Jäger). Ernst Schöning schrieb, er sei nie Mitglied einer politischen Partei gewesen: „Ich wusste vor 1933 auch wenig von Hitler und nichts von seinem Buch. Meine Zeit und ganze Kraft war mehr als wohl durchschnittlich bei meinen Fachkollegen dem Ausbau meiner beruflichen Aufgaben gewidmet.“<sup>23</sup> Und dann bemerkte er, von Ehrenämtern entbunden worden zu sein. Kein Wort zu seinem Aufsatz in der Hamburger Lehrerzeitung unterm Hakenkreuz, seinem Bekenntnis zu dem Buch von Adolf Hitler, das er dann offensichtlich sehr schnell studiert hatte und zu dessen Propagandist er dann augenblicklich geworden war. Was sich in den Folgejahren möglicherweise abspielte, soll noch genauer beleuchtet werden. Immerhin führte das Schreiben von Schöning dazu, dass der neue Schulsenator Landahl handschriftlich auf der ersten Seite an Oberschulrat Heinrich Schröder am 16.9.1945 notierte: „Schöning und Tietjen sind mir beide gut bekannt, hervorragende Fachleute, keine Nazis. Wir müssen alles daransetzen, beide zu halten. Dr. Reimers muss gleich mit der Militärregierung sprechen.“<sup>24</sup>

Noch einmal ein Blick zurück. Am 1.4.1933 war der Technische Lehrer Ernst Schöning zum Studienrat befördert worden. Bemerkenswert war dabei, dass bei dieser Beförderung im Schreiben an den neuen NS-geführten Senat ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass Schöning „die nach der Senatsverfügung vom 13. August 1930 erforderlichen Voraussetzungen für die planmäßige Anstellung als Studienrat nicht erfüllt“. Die Landesschulbehörde bat den Senat um die Genehmigung, Schöning „unter Absehen von dem Erfordernis der Senatsverfügung“ zum Studienrat zu befördern.<sup>25</sup> Möglicherweise hatte im Hintergrund die Beziehung von Ernst Schöning, der als Vertreter der Vereinigung der Turnlehrer an den höheren Staatsschulen Hamburgs engen Kontakt zu Oberschulrat Prof. Wolfgang Meyer pflegte, eine Rolle gespielt.<sup>26</sup> Wolfgang Meyer war während der Weimarer Republik der verantwortliche Oberschulrat für die höheren Schulen gewesen. Parallel dazu engagierte er sich als führender Funktionär in der Hamburger Turnerbewegung, wurde von den Nationalsozialisten nach seiner Pensionierung vorübergehend als Landesschulrat eingesetzt und übernahm eine Einarbeitungsfunktion für den neuen Senator Karl Witt. 1933 war er Hamburger Gauführer der Deutschen Turnerschaft.<sup>27</sup>

Ernst Schöning hatte gleich nach dem Wechsel der Schulleitung von Heinrich

Landahl auf Erwin Zindler dem neuen Schulleiter seine Loyalität und Unterstützung angeboten. Erwin Zindler vermerkte dazu am 8.5.1935:

„Ich bestätige, daß der Studienrat Schöning mir ohne mein Ersuchen sofort nach Bekanntgabe der Beschwerde des Dr. Witter erklärte, daß er in Verbindung mit meiner, des Schulleiters, Arbeit, die vorhandenen Gegensatzreste von alter und neuer Lichtwarkschule zu überbrücken, mit einem Appell zur Unterstützung meiner, des Schulleiters, sich an den Lehrkörper gerichtet habe, denn Nationalsozialismus sei Gemeinschaftsarbeit. Jeder Einbruch in diese sei Rückfall in die Reaktion.“<sup>28</sup>

Ernst Schöning war durchaus ein streitbarer Geist. In dem schon erwähnten Schreiben von Schöning an Heinrich Landahl am 15.5.1945, in dem er beklagt hatte, 1933 aus manchen „ehrenamtlichen Ämtern entfernt“ worden zu sein, schrieb er auch: „Ich hatte also keinen Grund, mit der neuen Partei zu sympathisieren, und das Gebaren, mit dem sich die Führung des NSLB einführte, war mir seiner Aufdringlichkeit wegen schon gar zuwider. Deshalb trat ich nicht in die Partei ein. Im August 1933 wurde ich auf Vorschlag von Berlin zum Gausachbearbeiter für Leibeserziehung im NSLB ernannt. Dies Amt habe ich indessen abgelehnt, weil ich in der einzigen diesbezüglichen Rücksprache mit dem Präsidenten Witt und dem Landesschulrat Schulz zu der Überzeugung hatte kommen müssen, dass meine Absichten in dieser beruflichen Angelegenheit nicht mit denen der beiden Herren in Einklang zu bringen sein würden. Ich habe bis heute mit meinen Ansichten immer im stärksten Gegensatz zu dem gestanden, was von Seiten der Partei durch die Herren Alwin Benecke und Jacobs, den Dezernenten in der Schulverwaltung, in der Durchsetzung der ‚Reichsrichtlinien‘ herausgebracht worden ist. In diesen Auseinandersetzungen ist es zeitweise so weit gekommen, dass mir vom Präsidenten Witt in Gegenwart von Oberschulrat Oberdörffer angedroht wurde, das Disziplinarverfahren gegen mich eröffnen zu lassen.“<sup>29</sup>

Es ist nicht völlig ersichtlich, worin der Konflikt zwischen Ernst Schöning und dem NSLB bestanden hatte. Die Auseinandersetzung mit OSR Wilhelm Oberdörffer fand 1936 statt. Der Hintergrund war ein Konflikt an der Lichtwarkschule um die tägliche Sportstunde. Und als Antipode fungierte damals der stellvertretende Schulleiter, Berthold Ohm.<sup>30</sup>

Ernst Schöning hatte sich darüber beklagt, dass in der Konferenz an der Lichtwarkschule am 28.10.1936 verkündet worden war, den Sportunterricht in der Woche um eine Stunde zu reduzieren. Schöning wies darauf hin, dass mit der täglichen Turnstunde „die Wünsche des Führers“ verwirklicht würden, es sich also um eine „nationalsozialistische Forderung“ handele und die tägliche Turnstunde „unter der alten liberalistischen Regierung 1925 eingeführt und acht Jahre durchgehalten werden konnte, während diese nationalsozialistische Errungenschaft durch die

nationalsozialistische Staatsführung schon nach drei Jahren wieder preisgegeben wurde“. Schöning wies OSR Oberdörffer darauf hin, dass er „aus staatspolitischen Erwägungen“ ein ähnliches Schreiben auch an Reichsstatthalter Karl Kaufmann gerichtet habe.<sup>31</sup>

Oberdörffer hatte Schöning geantwortet, dass er sich nicht ohne Einhaltung des Dienstweges direkt an den Reichsstatthalter wenden dürfe.<sup>32</sup>

Dieser Konflikt konnte Ernst Schöning allerdings nicht davon abhalten, zum 1.5.1937 in die NSDAP einzutreten und seit Oktober 1937 auch die Funktion eines Blockleiters seiner Ortsgruppe zu übernehmen.

Obwohl Schöning Kontrahent an der Lichtwarkschule, Berthold Ohm, im Zuge mehrerer Konflikte an der Lichtwarkschule bei der Zusammenlegung der Schule mit dem Heinrich Hertz-Realgymnasium 1937 zur Oberschule für Jungen am Stadtpark als stellvertretender Schulleiter entpflichtet und versetzt worden war<sup>33</sup>, beantragte Schöning zum 1.4.1939 seine Versetzung an die Walddörferschule, von der er allerdings 1941 wieder zurückkehrte. Der Schulleiter der Oberschule am Stadtpark, Bernhard Studt, hatte am 5.4.1939 seine Wertschätzung für Schöning in einem kurzen Bericht zum Ausdruck gebracht:

„Herr Ernst Schöning ist ein vorbildlicher Turnlehrer; ein gewissenhaft und mit kluger Überlegung aufgebauter Unterricht, aufs glücklichste unterstützt durch reiche Erfahrungen, sicherten ihm hervorragende Erfolge. Die Schüler schätzen Herrn Schöning sehr hoch; die Kollegen sehen ihn nur mit Bedauern aus ihrer Mitte scheiden.“<sup>34</sup>

Ernst Schöning fand nach Ende der NS-Herrschaft gewichtige Fürsprecher. Sein Schreiben an Heinrich Landahl war persönlich an seinen ehemaligen Schulleiter gerichtet. Darin begründete er, dass er in seiner Funktion als Blockleiter entgegen der Haltung vieler fanatischer Parteigenossen diese Aufgabe im Interesse der Mitbewohner ausgeführt habe. Er nannte dazu viele Beispiele, gab die Namen der von ihm betreuten Familien an, die jederzeit zu seinen Gunsten Aussagen machen könnten. Das Schreiben war klug aufgebaut unter der Überschrift: „Ich habe immer mit offenem Visier gekämpft, davon bin ich auch in der Partei nicht abgegangen und deshalb sehr bald dem Ortsgruppenleiter zu einem der unbequemsten Mitarbeiter geworden, weil ich mich nie an den sogenannten ‚blinden Gehorsam‘ habe gewöhnen können.“ Dafür nannte er Beispiele:

„Der Ortsgruppenleiter hatte angeordnet, dass im Alarmfalle alle politischen Leiter zu ihm in den Bunker zu kommen hätten. Ich habe nie einen Bunker von innen gesehen, weil nach meiner Meinung gerade im Ernstfalle der Blockleiter bei den Volksgenossen zu sein hat, die er betreuen soll. Als nach dem schweren Angriff Juli/August 43 der Ortsgruppenleiter mein Nichterscheinen im Bunker mit den Worten

rügte, wo ich denn die ganze Zeit gesteckt hätte, konnte ich ihm antworten: ‚jedenfalls nicht bei der Ortsgruppe im Bunker, sondern bei meinen Volksgenossen auf dem brennenden Dach.‘ Und zur Bestätigung dessen konnte ich ihm meine beiden schwer verbrannten und verbundenen Hände vor Augen führen.“<sup>35</sup>

Mit einer gewissen Glaubwürdigkeit zeigte Ernst Schöning auch einen anderen Dissens an, den er mit der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis hatte:

„In einem ganz wesentlichen Gegensatz zur Partei habe ich immer in der Judenfrage gestanden. Die Formen und Mittel, die darin seit 1933 zur Anwendung kamen, habe ich abscheulich gefunden; die äußerliche Kennzeichnung fand ich infam und mehr beschämend für die Deutschen als für die Juden; die Entlassung aus dem Amt, nur des Glaubens wegen für gesetzwidrig, die Enteignung des Besitztums für ungerecht und politisch unklug. Diesen Standpunkt habe ich auch in der Partei rückhaltlos vertreten, wo es nötig war, auch nach eigenem Ermessen gehandelt. Einige Beispiele: Als die Kollegen Loewenberg und Liebeschütz entlassen wurden, bin ich persönlich bei dem neu ernannten Leiter Zindler vorstellig geworden und dafür eingetreten, dass er Sorge tragen möge, beide Kollegen bei uns zu belassen (Zeuge: Kollege Herbert Moltmann). – Den Parteigenossen war es untersagt, sich von jüdischen Ärzten behandeln zu lassen. Als der Ortsgruppe angezeigt worden war, dass Zahnarzt Dr. Seefeld (Mischling I. Grades) mich behandle, wurde ich wiederholt verwarnt. Ich bin ohne Unterbrechung bei Dr. S. in Behandlung geblieben (Zeuge: er selbst, Opitzstraße 24). – Gegen Ende 1942 wurde uns ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt, wonach es Parteigenossen verboten wurde, Frauen zu heiraten, die vorher mit einem Juden verheiratet gewesen seien. Ich habe mich trotzdem im März 1943 wieder verheiratet mit einer Frau, die vorher mit einem hamburgischen Rechtsanwalt jüdischer Rassen- und Glaubenszugehörigkeit verheiratet gewesen war.“<sup>36</sup>

Freilich hatte Herr Schöning es unterlassen, alle seine Aktivitäten aufzulisten. In seiner umfangreichen Liste von Veröffentlichungen hatte er zwar seinen HLZ-Artikel aus dem Jahre 1932 aufgeführt, aber den aus dem Jahre 1934 verschwiegen, in dem er sich als Bewunderer der Ausführungen Adolf Hitlers in seinem Buch „Mein Kampf“ zur politischen Leibeserziehung offenbart hatte.<sup>37</sup>

Schöning hatte Erfolg. Er wurde nicht nur entnazifiziert, sondern konnte seine Tätigkeit bruchlos fortsetzen. Seit dem 19.11.1943 war er zur Arbeit an die Lehrerbildungsanstalt (LBA) abgeordnet gewesen. 1945 ernannte ihn Senator Heinrich Landahl zum Fachberater der Schulbehörde in Angelegenheiten der Leibeserziehung. Schöning schrieb dazu: „In dieser Funktion habe ich im Beirat für Leibeserziehung des derzeitigen Zonenerziehungsrates in nahezu 20 Tagungen Vorträge zu halten gehabt.“<sup>38</sup>

Gleichzeitig war ihm auch die Leitung eines Fachseminars für Studienreferendare übertragen worden.<sup>39</sup>

Ernst Schöning besaß neben seinem ehemaligen Schulleiter Heinrich Landahl, der seit 1945 Senator für den Schulbereich war, noch einen anderen wichtigen Bewunderer, der allerdings zu diesem Zeitpunkt noch keine politische Rolle spielte. Es war Helmut Schmidt, dessen Sportlehrer Ernst Schöning an der Lichtwarkschule gewesen war.

„Immer wieder würdigte Schmidt auch ihn als Vorbild, wenn er über seine eigene Vergangenheit nachdenkt“, schreibt Sabine Pamperrien in einer kritischen Biografie über Helmut Schmidt und dessen Jahre von 1918 bis 1945.<sup>40</sup> Sie zitiert, was Helmut Schmidt über Ernst Schöning gesagt hatte: „Er war ein gütiger Mann mit großem Einfühlungsvermögen in die Pubertätsprobleme heranwachsender Jungen. Zugleich verstand er es, unseren sportlichen Ehrgeiz zu wecken und uns zu fördern.“<sup>41</sup>

In einer Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt 1975 zum Thema „25 Jahre Deutscher Sportbund“ hatte dieser gesagt:

„Ich werde nie vergessen, was ich auf dem Felde des Sports meiner Schule zu verdanken habe. Vielleicht haben wir Jungens damals nicht ganz so viel Sprachen oder Mathematik gelernt, aber wir haben sechs Tage in der Woche jeden Tag eine Stunde Sport gemacht, und eine von diesen sechs Sportstunden war eine Schwimmstunde. Mit 18 Jahren konnte niemand ein ‚genügend‘ in Sport bekommen, der nicht das Deutsche Sportabzeichen erworben hatte. Nie werde ich meine innere Dankbarkeit gegenüber meinem Turnlehrer Ernst Schöning aufgeben – er lebt heute noch, inzwischen wohl 90 Jahre alt – für das, was er uns jungen Leuten an menschlichem Vorbild gegeben hat. Er hat uns in nichts anderem unterrichtet, als wie man miteinander Handball spielt, wie man miteinander Faustball spielt, wie man seinen eigenen Körper zu beherrschen lernt im Geräteturnen. Von ihm ist der stärkste pädagogische Einfluss ausgegangen auf uns junge Menschen. Es gibt viele, denen es so gegangen ist.“<sup>42</sup>

Sabine Pamperrien bot eine eigene Erklärung für die Vorbildfunktion, die Ernst Schöning für den jungen Helmut Schmidt gehabt hatte, an:

„Bei Schöning fand Schmidt, was er bei seinem Vater vermisste. Der Sportlehrer half, die während Schmidts Pubertät erheblichen Spannungen zwischen Vater und Sohn zu kompensieren. Zwischen Vater und Sohn schwelte ein schwerer Generationenkonflikt, erinnert sich Schmidt. Schöning wurde das männliche Vorbild, das der Vater nicht sein wollte oder konnte. Beeindruckt war der Jugendliche auch von den soldatischen Fähigkeiten des Lehrers.“<sup>43</sup>

Als Beleg führte sie an, was Helmut Schmidt in einem Gespräch mit Fritz Stern über sein Vorbild Schöning sagte: „Er war nicht nur ein sehr netter Kerl, tüchtiger

Pädagoge, er war im Ersten Krieg auch der Chef einer MG-Kompanie gewesen genau wie Heinrich Brüning. [...] der Respekt vor einem Mann, der im Krieg eine MG-Kompanie geführt hatte, der war allgemein.“<sup>44</sup>

Sabine Pamperrien vermutete: „Es wird der bewunderte Lehrer selbst gewesen sein, der sich seinen Schülern und den neuen Machthabern als soldatisches Vorbild empfahl. Ernst Schöning erwies sich als einer der Lehrer, die sich sofort nach der Übernahme der Schule den neuen Herren als Gleichgesinnte zeigten. Sein leibeserzieherisches Ideal ließ sich bestens mit den Vorstellungen der Nationalsozialisten vereinbaren, wie er fand. In zahlreichen Veröffentlichungen nach 1933 verdeutlichte er die Parallelen zwischen seinen Vorstellungen und denen des Nationalsozialismus.“<sup>45</sup>

Der Effekt der Leibeserziehung an der Lichtwarschule für Helmut Schmidt sei offensichtlich gewesen, schrieb Sabine Pamperrien:

„Durch den täglichen Sportunterricht entwickelte sich der schwächliche Helmut Schmidt zum durchtrainierten Sportler. Ein aus seiner Schulzeit für das Abiturjahr erhalten gebliebener Wertungsbogen bescheinigte ihm in fast jeder Übung gute und sehr gute Leistungen. Sportlehrer Ernst Schöning hatte die Wertungsbögen selbst entwickelt, ursprünglich, um die sportliche Leistung wissenschaftlich valider zu machen und damit zugleich den Beruf des Sportlehrers aufzuwerten, der damals noch als unwissenschaftlich galt.“<sup>46</sup>

Und zu Ernst Schöning stellte Sabine Pamperrien fest:

„Bereits in der Weimarer Republik hatte er sich publizistisch dafür eingesetzt, den Wertungsbogen flächendeckend einzuführen. Während dieser Zeit argumentierte er noch nicht mit etwaigen Interessen des Staates an gut trainierten Schülern. Das holte er nach der Einführung des Wehrsports umgehend nach. Den Nationalsozialisten diente er sein Konzept als überaus nutzbringend für die Erfassung der Wehrtüchtigkeit an. Von nun an erzog der alte Soldat neue Soldaten.“<sup>47</sup>

Am 14.12.1948 wurde Ernst Schöning in den Ruhestand versetzt. Bei der Arbeitsgemeinschaft der Referenten des Schulsports der Länder am 28. und 29.3.1949 in Marburg vertrat er Hamburg noch einmal. Da er danach von Prof. Carl Diem einen Ruf als Dozent an die Sporthochschule Köln bekam, fiel es Hamburg leicht, ihn von seiner bisherigen Tätigkeit als Fachberater für den Sport in Hamburg zu entbinden und „dieses Amt nunmehr Herrn Prof. Möckelmann“ zu übertragen,



Helmut Schmidt und Ernst Schöning bei einem Schultreffen der ehemaligen Lichtwarschule 1975



„der dafür zweifellos aufs Beste geeignet ist“, wie OSR Heinrich Schröder Ernst Schöning mitteilte. „Mit dem Ausscheiden von Herrn Direktor Harte aus dem Sportamt wird dann 1950 die ganze Frage des Referats für die Leibesübungen neu geregelt werden.“ Heinrich Schröder gratulierte Schöning zur Berufung nach Köln und dankte ihm für die Arbeit und Mühewaltung, die dieser „als Fachberater gerade auch seit 1945 für den Wiederaufbau der körperlichen Erziehung in Hamburg geleistet“ habe.<sup>48</sup>

Kurz zuvor hatte sich Ernst Schöning anlässlich seines Ausscheidens aus dem Hamburger Bildungsdienst noch einmal an Heinrich Landahl gewandt, wieder direkt an seine Privatadresse. Darin wurde noch mal deutlich, dass dem Sport nach Schönings Sicht immer noch nicht die gebührende Anerkennung zuteil geworden ist, sodass bei ihm alte Ressentiments geblieben waren. Dies wurde von OSR Heinrich Schröder im Einzelnen aufgelistet, der für Senator Landahl Argumente sammelte. Einen entsprechenden Brief schrieb Senator Landahl an Ernst Schöning dann am 26.11.1949.<sup>49</sup>

Für Ernst Schöning war es sicherlich eine große Ehre, von dem bekanntesten deutschen Sportfunktionär und Rektor der im Aufbau befindlichen Sporthochschule in Köln angesprochen zu werden. Bei der letzten Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Sportreferenten der Kultusministerien in Marburg, an der auch Prof. Carl Diem teilgenommen hatte, lud dieser Herrn Schöning zu fünf Gastvorträgen an der Sporthochschule Köln ein. Kurz darauf wurde Schöning von Diem dann als Dozent an die Sporthochschule berufen. Für Schöning Anerkennung und sicher ein Höhepunkt seiner beruflichen Arbeit. Carl Diem, am 24.6.1882 in Würzburg geboren, war zu diesem Zeitpunkt ein anerkannter Sportfunktionär, Sportwissenschaftler und Publizist. Er hatte 1913 die Verleihung des Sportabzeichens begründet, war seit den Olympischen Spielen von 1912 Kapitän der deutschen Olympiamannschaft. 1936 war er maßgeblich an der Planung und Durchführung der Olympischen Spiele in Berlin beteiligt, für die er schon vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten nominiert worden war. Erst in den 1990er Jahren wurde die Rolle von Carl Diem in der NS-Zeit problematisiert und neu beleuchtet. Diem, der niemals Mitglied der NSDAP gewesen war, allerdings als Generalsekretär des Organisationskomitees die Olympischen Spiele 1936 verantwortlich geleitet hatte und 1939 vom Reichssportführer mit der Leitung der Auslandsabteilung des NS-Reichsbundes für Leibesübungen betraut wurde. Von Historikern problematisiert wurde eine Rede von Carl Diem am 18.3.1945 vor Mitgliedern der Hitlerjugend im Kuppelsaal des Berliner Olympiageländes, in der er diese zu „finalen Opfern für den Führer“ aufgerufen hatte: „Schön ist der Tod, wenn der edle Krieger für das Vaterland ficht, für das Vaterland stirbt.“<sup>50</sup>

Als Carl Diem 1947 Ernst Schöning an die Sporthochschule nach Köln berief, gehörte er noch zu den unangefochtenen, geehrten Sportfunktionären und Sportwissenschaftlern in Deutschland. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hatte auch im Bereich des Sports noch nicht angefangen.

Ernst Schöning fühlte sich auch in späteren Jahren von der Schulverwaltung nicht richtig anerkannt und angemessen besoldet. In mehreren Eingaben wies er darauf hin, anders als andere Seminarleiter und Fachreferenten niemals zum Oberstudienrat befördert worden zu sein. Dazu machte er 1963 noch einige Eingaben, in denen er berichtete, von Bundesinnenminister Schröder im Rahmen der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder 1961 in Göttingen für seine „hervorragenden Verdienste um die deutsche Leibeserziehung“ mit einem persönlich signierten Buch ausgezeichnet worden zu sein. Dies schrieb Schöning zuletzt am 5.9.1968 an Landesschulrat Wolfgang Neckel, nachdem dieser ihm zum 85. Geburtstag gratuliert hatte.<sup>51</sup>

Als sich Ernst Schöning 1971 noch einmal an die Hamburger Schulbehörde wandte mit einem Antrag, zum Oberstudienrat befördert zu werden, teilte ihm Senatsdirektor Glatz mit, dass „nachträgliche Beförderungen von Ruhestandsbeamten leider nicht möglich seien“.<sup>52</sup>

Ernst Schöning starb, fast 97-jährig, am 6.8.1980.<sup>53</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Schöning, StAHH, 361-3\_A 1618
- 2 Ebd.
- 3 Siehe dazu: Arbeitskreis Lichtwarkschule (Hg.): Die Lichtwarkschule. Idee und Gestalt. Hamburg 1979; Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule in Hamburg (1921-1937). Eine Stätte der Reform des höheren Schulwesens, Hamburg 2000; Ursel Hochmuth: Lichtwarkschule/Lichtwarkschüler: „Hitler führt ins Verderben. Grüßt nicht!“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 51 ff.
- 4 Siehe Personalakte a. a. O.
- 5 Ernst Schöning: Die Leibesübungen in der neuen Erziehung, in: HLZ 14/15-1932, S. 169.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ernst Schöning, HLZ 14/15-1932, S. 170.
- 9 Siehe: Schule Vossberg 1886 – Heinrich-Hertz-Schule 1986, Dokumente zur Schulgeschichte, Hamburg 1986, S. 97.
- 10 Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Band 1, Hamburg 2016, S. 538 ff.
- 11 Wendt 2000, S. 344.
- 12 Wendt 2000, S. 356 f.
- 13 Ernst Schöning: Die Leibesübungen in der heutigen Jugenderziehung, HLZ 7/1934 S. 97 ff.
- 14 Schöning 1934, S. 97.
- 15 Ebd.

- 16 Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1933, S. 453f., zitiert nach Schöning 1934, S. 97.
- 17 Schöning 1934, S. 97.
- 18 Schöning 1934, S. 98.
- 19 Ernst Schöning, Zusammenstellung seiner Schriften, in StAHH, 362-2/19\_14
- 20 Ebd.
- 21 Entnazifizierungsfragebogen Ernst Schöning, StAHH 221-11\_Ed 2994
- 22 Schreiben vom 15.9.1945, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd. Siehe die Biografie Hans Reimers in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 249ff.
- 25 Schreiben von Oberregierungsrat Henry Edens vom 11. Mai 1933 an den Senat, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 26 Siehe die Korrespondenz zwischen Ernst Schöning und OSR Prof. Meyer 1929, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 27 Siehe die Biografie Wolfgang Meyer in: de Lorent 2017, S. 150ff.
- 28 Vermerk von Erwin Zindler vom 8.5.1935, Personalakte Ohm, StAHH, 362-2/20\_6 B1, Akte Ohm.
- 29 Schreiben von Ernst Schöning an Heinrich Landahl vom 15.9.1945, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 30 Siehe die Biografie Berthold Ohm: de Lorent 2016, S. 575ff.
- 31 Schreiben vom 28.10.1936, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 32 Siehe die Vermerke Oberdörffers vom 30.10.1936 und 19.11.1936, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 33 Siehe die Biografie Ohm in de Lorent 2016, S. 587.
- 34 Bericht vom 5.4.1939, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 35 Schreiben an Heinrich Landahl, a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Entnazifizierungsakte Ernst Schöning, StA HH 221-11\_Ed 2994
- 38 Schreiben von Ernst Schöning vom 10.8.1963 an das Hamburger Personalamt, Personalakte a. a. O.
- 39 Ebd.
- 40 Sabine Pamperrien: Helmut Schmidt und der Scheißkrieg. Die Biografie 1918–1945, München 2014, S. 125.
- 41 Ebd.
- 42 Helmut Schmidt: Unsere „Tägliche Turnstunde“, Dank an Ernst Schöning, Auszug aus „25 Jahre Deutscher Sportbund“, abgedruckt in: Die Lichtwarkschule, a. a. O., S. 180.
- 43 Pamperrien 2014, S. 125.
- 44 Pamperrien 2014, S. 125f.
- 45 Pamperrien 2014, S. 126.
- 46 Pamperrien 2014, S. 127. Der genannte Wertungsbogen ist auch abgedruckt in: Die Lichtwarkschule a. a. O., S. 180f.
- 47 Pamperrien 2014, S. 127.
- 48 Heinrich Schröder in einem Schreiben am 1.12.1949, Personalakte Schöning a. a. O.
- 49 Schreiben von Ernst Schöning vom 27.9.1949 und Vermerk von OSR Heinrich Schröder vom 22.1.1949, sowie das Schreiben von Heinrich Landahl vom 26.11.1949, Personalakte Schöning, a. a. O.
- 50 Zu Carl Diem siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich Koblenz 2013, S. 108f.; Achim Laude/Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem, Göttingen 2000; Frank Becker: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962). 4 Bände, Universitätsverlag Rhein-Ruhr: Duisburg 2009–2011, 2. Auflage 2013; Michael Krüger (Hg.): Erinnerungen an Carl Diem, Münster 2009; Michael Krüger (Hg.): Erinnerungskultur im Sport: Vom kritischen Umgang mit Carl Diem, Sepp Herberger und anderen Größen des deutschen Sports, Münster 2012.
- 51 Siehe Personalakte Schöning, a. a. O.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.

## Kurt Sonntag

**„Er ist von Natur ruhig und besonnen; allerdings könnte er noch einen kleinen Schuss von dem haben, das man einen Kerl nennt.“**

Kurt Sonntag gehörte zu den Lehrern mit einem besonderen Bildungsweg. Nach einer seminaristischen Ausbildung als Volksschullehrer und praktischer Tätigkeit an der Schule, absolvierte er das Studium für das höhere Lehramt und eine Promotion. Er zählte auch zu denjenigen, deren praktische Tätigkeit wichtige Personen am Ende der Weimarer Republik und in der NS-Zeit kreuzten. So war er mit Sophie Barrelet und Ernst Schöning einer derjenigen Lehrer, die an der reformpädagogischen Lichtwarkschule unter Schulleiter Heinrich Landahl tätig waren, und der wie Barrelet und Schöning nach 1933 in NS-Organisationen eintrat, Sonntag in die SA. In der Folgezeit hatte er mit Oberstudiendirektor Bruno Peyn zu tun und später in der Lehrerbildung mit Prof. Bernhard Pein, beide überzeugte NS-Aktivisten. Er geriet in den Trubel der Zeit, als qualifizierter Pädagoge, der durch Anpassung versuchte, seine Karriere abzusichern.

Kurt Sonntag wurde am 5.10.1898 in Wildenfels, Kreis Zwickau, als Sohn eines Tanzlehrers geboren. Nach der Volks- und Seminarschule in Wildenfels wechselte er 1913 auf das Lehrerseminar in Schneeberg, im Erzgebirge. Nach zweijähriger Unterbrechung durch den Kriegsdienst („war ich im Felde“), legte er am 25.11.1919 die erste Lehrerprüfung ab, im Herbst 1922 die zweite. Von 1922 bis Ostern 1924 war Kurt Sonntag im Volksschuldienst tätig und studierte währenddessen an der Universität Hamburg Germanistik und Geschichte für das höhere Lehramt.<sup>1</sup>

Für die Zulassung zu den Prüfungen musste Kurt Sonntag am 15.4.1926 noch die verkürzte Reifeprüfung bestehen. Den Vorbereitungsdienst absolvierte er an der Lichtwarkschule vom 1.4.1929 bis zum 31.3.1930. Zur Prüfungskommission gehörten Oberschulrat Wolfgang Meyer, Landesschulrat Ludwig Doermer, Schulleiter Heinrich Landahl und Alfred Kleeberg.<sup>2</sup>

Kurt Sonntags Eltern waren früh gestorben. Er schrieb, dass er sich das Studium nach seiner Volksschullehrertätigkeit durch „Werkarbeit und Projektunterricht“ finanzieren musste.<sup>3</sup>

Nach langer Ausbildung geriet Kurt Sonntag in die schwierige ökonomische Phase der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Nach dem zweiten Staatsexamen übernahm die Schulverwaltung Sonntag als Studienassessor in den höheren Dienst. Zuerst, am 1.4.1930 an der Lichtwarkschule, später an der Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentor. Den Hilfslehrern wurde 1931 gekündigt, um sie danach,

ab dem 1.10.1931, auf  $\frac{3}{4}$ -Basis weiter zu beschäftigen. Das erwies sich finanziell als schwierig für Kurt Sonntag. Parallel zur Schularbeit schrieb er an seiner Doktorarbeit zum Thema: „Das geschichtliche Bewusstsein des Schülers. Ein Beitrag zur Bildungspsychologie“.<sup>4</sup>

Noch als Lehrer an der Lichtwarkschule, seit 1933 unter Schulleiter Erwin Zindler<sup>5</sup>, nachdem Heinrich Landahl von den Nationalsozialisten als Schulleiter abgesetzt und später entlassen worden war, trat Kurt Sonntag am 5.11.1933 der SA bei, dem NSLB gehörte er seit dem 1.7.1933 an.<sup>6</sup>



Kurt Sonntag, 1930

Es zog den promovierten Kurt Sonntag in die Lehrerausbildung. Zum 1.6.1935 wurde er kommissarischer Dozent an der hessischen Hochschule für Lehrerbildung in Friedberg. Der Schulleiter der Thaer-Oberrealschule, Bruno Peyn<sup>7</sup> bedauerte Sonntags Weggang in einer Beurteilung für die Hessische Hochschule, in der es unter anderem hieß:

„Vorweg möchte ich mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass mir durch den an ihn ergangenen Ruf Herr Dr. Sonntag unserer Anstalt entzogen werden konnte, da er sich in geradezu vorbildlicher Weise nach Übernahme der Sexta für die Erziehung unserer Jüngsten schrankenlos

eingesetzt hat. Die Schulleitung kann über das Wirken von Herrn Studienassessor Dr. Sonntag nur das beste Zeugnis ausstellen. Unterrichtlich fordert er die Jungen auf das schönste, wobei vor allen Dingen auch hervorzuheben ist, dass musterhafte Disziplin in allen seinen Stunden herrscht. In seinem Turn- und Sportunterricht herrscht eine saubere körperliche Haltung. Soweit ich erkennen kann, genießt er das volle Vertrauen der Elternschaft und hat sich durch die Bemühungen um jeden einzelnen den Dank aller erworben.“<sup>8</sup>

Da auch Hessen ihm keine feste Dozentenstelle anbot, kam Sonntag am 1.10.1935 zurück nach Hamburg und wurde am 19.10.1936 der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung überwiesen, wo er kommissarisch beschäftigt wurde. Der Direktor dieser Hochschule, Prof. Bernhard Pein schrieb über ihn am 31.10.1938:

„Charakterliche Eignung: Dr. Sonntag ist von Natur ruhig und besonnen. Er beteiligt sich gern an Lagern, Lehrausflügen und geselligen Veranstaltungen der Hochschule; allerdings könnte er noch einen kleinen Schuss von dem haben, das man einen Kerl nennt. Im praktischen Zusammenleben mit den Studenten auf Lehrwanderungen fehlt es ihm noch an praktischem Zupacken; im Übrigen ist er ein guter Kamerad und stets hilfsbereit.

Fachliche Eignung: Sonntag war zunächst Volksschullehrer und ist dann Studienassessor geworden. Auf beiden Arbeitsgebieten besitzt er eine für seine Hoch-

schultätigkeit voll ausreichende schulpraktische Erfahrung und kommt gleicherweise für die Ausbildung von zukünftigen Volksschullehrern und Lehrern an höheren Schulen in Frage. Neben seiner Lehrtätigkeit hat er die Verwaltung der 60.000 Bände umfassenden Hochschulbibliothek mit einem außerordentlich umfangreichen Leihbetrieb, der eine große Zahl der Hamburger Lehrerschaft einschließt. Bei dem Aufbau und der Verwaltung der Bücherei hat er organisatorisches Geschick bewiesen.“<sup>9</sup>

Pein kam zu dem Resümee:

„Dr. Sonntag muss zum nächstmöglichen Termin eine Professorenstelle an der Hochschule für Lehrerbildung erhalten.“<sup>10</sup>

Zum 1.5.1937 war Kurt Sonntag in die NSDAP eingetreten. Die Ernennungs-urkunde zum Dozenten vom Präsidenten der Kultur- und Schulbehörde, Karl Witt, und von dem jetzt zuständigen Senator Wilhelm von Allwörden, war am 10.5.1937 unterschrieben worden.<sup>11</sup>

An der Hochschule für Lehrerbildung fungierte Sonntag nunmehr als „Sachbearbeiter für Ostlandfragen, die in Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften behandelt werden“.<sup>12</sup>

Erst am 1.3.1939 wurde Kurt Sonntag zum Dozenten ernannt.<sup>13</sup>

Am 28.8.1939 erhielt Kurt Sonntag den Einberufungsbefehl zur Wehrmacht.

Hamburg stellte im Juli 1940 beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung den Antrag, die Dozenten Dr. August Hagemann<sup>14</sup>, Dr. Kurt Sonntag und Dr. Fritz Stückrath zum 1.7.1940 zu Professoren zu ernennen. „Wie bereits erwähnt sind die drei Dozenten bereits vor Ausbruch des Krieges für die Ernennung zu Professoren in Aussicht genommen worden.“<sup>15</sup>

In einem Schreiben vom 19.5.1941 fasste Kurt Sonntag („zur Zeit bei der Wehrmacht“) noch einmal zusammen, wie in all den vergangenen Jahren seine Beförderungen jeweils nicht zustande gekommen waren. In diesem Fall:

„Ein neuer Antrag der Hochschulbehörde auf Einstufung nach C3 und Ernennung zum Professor vom Sommer 1940 wurde vom Ministerium nach etwa neun Monaten zurückgesandt mit dem Bemerkung, dass auf Wunsch des Reichsministers Heß infolge des inzwischen beschlossenen Abbaus der Hochschule für Lehrerbildung Beförderungen nicht mehr ausgesprochen würden.“<sup>16</sup>

Am 15.4.1939 wurde Kurt Sonntag Dozent auf Lebenszeit.

Seit dem 5.7.1932 war er mit Paula Maria, geborene Johst, verheiratet, mit der er vier Kinder hatte (geboren 1934, 1937, 1939, 1941).

Sonntag, seit dem 28.8.1939 bei der Wehrmacht, bemühte sich in den Kriegsjahren weiter um eine bessere Gehaltsfestsetzung und eine Professorenstelle.<sup>17</sup>

Am 1.3.1942 wandte er sich an Landesschulrat Willi Schulz, der gleichzeitig für das Hochschulwesen zuständig war. Sonntags Frau hatte die Mitteilung bekom-

men, dass sein Dozentengehalt, nunmehr festgesetzt, 230 Mark weniger als seine Assessoren-Vergütung betragen würde. „Es steht fest, dass ich damit unverschuldet mit der Familie in eine sichere Bedrängnis versetzt werde.“<sup>17</sup>

Sonntag bat Willi Schulz, „sich mit all Ihrem Einfluss dieses ernsten und einmaligen Falles anzunehmen und eine gerechte Lösung im Sinne eines Ausgleiches, wie ich Ihnen in meinem Brief andeutete, möglichst sogleich herbeizuführen“.<sup>18</sup>

Unterstützung fand Sonntag auch bei dem Direktor der Hochschule für Lehrerbildung, Bernhard Pein, der erneut forderte, Sonntag „muss zum nächstmöglichen Termin eine Professorenstelle an der Hochschule für Lehrerbildung erhalten“.<sup>19</sup>

Kurt Sonntag war bei der Wehrmacht zum Funker ausgebildet, vom Unteroffizier am 13.7.1942 zum Wachtmeister befördert worden, am 1.5.1943 zum Leutnant. 1945 war er in Dänemark in einer Nachrichtenabteilung stationiert. Wie andere kriegsbedingt abwesende Offiziere auch, wurde Sonntag gleichzeitig in der Heimat befördert. Am 12.1.1944 beantragte Reichsstatthalter Kaufmann beim Reichsministerium in Berlin die Ernennung von Kurt Sonntag zum Oberstudienrat:

„Studienrat Dr. Sonntag befindet sich zur Zeit als Leutnant bei der Wehrmacht. Nach seiner Rückkehr soll ihm die Durchführung der schulpraktischen Ausbildung der Schülerinnen an der Lehrerinnen-Bildungsanstalt übertragen werden. Seine besondere Neigung hierfür ist aus dem anliegenden Eignungsbericht ersichtlich. Für den Leiter der berufspraktischen Ausbildung ist gemäß Erlass vom 5. November 1942 eine Oberstudienratsstelle vorgesehen.“<sup>20</sup>

Die Bürokratie funktionierte auch während des Krieges. Am 27.6.1944 erhielt Sonntag die Ernennungsurkunde.<sup>21</sup>

Bis Ende des Krieges wurde Kurt Sonntag allerdings nicht zum Professor befördert. Am 1.8.1945 nahm er kurz seinen Dienst wieder auf, wurde dann aber am 4.9.1945 entlassen. Im Entnazifizierungsverfahren zeigte sich noch einmal deutlich, unter welchem Druck sich der Lehrer an der Lichtwarkschule 1933 befunden, besser, gefühlt hatte. Und er konnte gewichtige Leumundszeugnisse ins Feld führen.

Am 20.12.1945 schrieb er an die Hamburger Schulverwaltung, die nunmehr von dem ehemaligen Schulleiter der Lichtwarkschule, Heinrich Landahl, geleitet wurde:

„Ich bin am 1.5.1937 in die Partei und am 5.11.1933 in die SA eingetreten. Mein Eintritt erfolgte auf dringende Vorhaltung meines Dienstvorgesetzten, da ich als Schriftführer der deutschen Sektion des internationalen ‚Weltbundes für die Erneuerung der Erziehung‘ (New Education Fellowship, Sitz London) sowie durch meine Zugehörigkeit zum Kollegium der Lichtwarkschule, der pädagogisch und politisch freiesten Höheren Schule Hamburgs, von der ich 1933 aus schulpolitischen

Gründen sogleich wegesetzzt wurde, politisch belastet war. Ich war Beamtenanwärter seit 1929 und wurde erst im Jahre 1939, im 41. Lebensjahre, nach zehnjähriger Wartezeit fest angestellt. Ohne den Eintritt zu SA und Partei wäre ich nicht Beamter geworden.

Ich bin weder in der Partei noch in einer ihrer Gliederungen durch Wort, Schrift oder Tat irgendwie im Sinne des Nationalsozialismus hervorgetreten, habe weder ein Amt noch einen Rang innegehabt, noch irgend einen Auftrag ausgeführt.

Ich bitte die Britische Militärregierung um Wiederaufhebung der Entlassungsverfügung.“<sup>22</sup>

Sonntags Dienstvorgesetzter war zum damaligen Zeitpunkt der Nationalsozialist Bruno Peyn gewesen, der aus Überzeugung schon 1931 der NSDAP beigetreten und auch Mitglied der SA gewesen war.<sup>23</sup>

Gravierender schon das Leumundszeugnis von Dr. Walter Kurenbach, der schrieb: „Herr Dr. Sonntag ist mir bekannt aus fünfjähriger gemeinsamer Arbeit an der Lichtwarkschule, der modernsten und fortschrittlichsten höheren Schule Hamburgs bis 1933. Ich lernte Herrn Dr. Sonntag kennen als einen fortschrittlich, liberal denkenden Kollegen, der sich völlig einsetzte in der gemeinsamen Arbeit mit dem Kollegium für die Verwirklichung der geistigen und sittlichen Erziehungsideen, die sich die Schule gestellt hatte. Er führte eine Klasse, in der sich ein großer Teil jüdischer Schüler befand; er genoss das volle Vertrauen der Eltern und Schüler, auch der jüdischen. Die jüdischen Schüler waren führend in dieser Klasse und fühlten sich unter Herrn Sonntags Leitung wohl. Die ganze Klasse hing an ihm. Leider konnte er die Arbeit nicht fortführen, er wurde 1933 mit anderen Kollegen von der Schule wegesetzzt. In meiner Klasse gab Herr Sonntag eine Zeit lang den Religionsunterricht. Es ist mir weiter bekannt, das Herr Sonntag Schriftführer der Hamburger Ortsgruppe des internationalen ‚Weltbundes für Erneuerung der Erziehung‘ war.“<sup>24</sup>

Und auch Schulsenator Heinrich Landahl setzte sich in einem Leumundsschreiben für den ehemaligen Kollegen seiner Schule ein:

„Ich bestätige gern, dass ich Herrn Dr. Kurt Sonntag aus mehrjähriger gemeinsamer Arbeit an der von mir geleiteten Lichtwarkschule gut kenne, und zwar als einen unpolitischen Menschen, der sich ausschließlich seinen Lehraufgaben widmete. Er war ein eifriger Förderer freiheitlicher Erziehungsgedanken, ein Mann ruhiger und klarer Sachlichkeit, also seinem ganzen Wesen nach das Gegenteil eines Nationalsozialisten. Ich bin überzeugt, dass er eine gute und vertrauenswürdige Kraft beim Wiederaufbau unseres Erziehungswesens sein kann, und befürworte daher seine Wiedereinstellung als Studienrat an einer höheren Schule.“<sup>25</sup>

Auch der renommierte Erziehungswissenschaftler und Sozialdemokrat Dr. Julius Gebhard setzte sich für Kurt Sonntag ein:



„Dr. Sonntag musste als junger Studienassessor und langjähriger Beamtenanwärter 1933 in die SA eintreten, da er für politisch unzuverlässig galt. Parteimitglied war er seit 1937. Er ist weder in der Partei noch in der SA jemals durch Wort, Schrift oder Tat irgendwie hervorgetreten, hat kein Amt und keinen Rang innegehabt und ist seiner ganzen geduldsamen, liberalen und ruhigen Art nach durchaus kein aktiver Nationalsozialist oder Militarist gewesen. Im Sinne der Ziele der Vereinten Nationen war er schon vor 1933 in dem später verbotenen Weltbund zur Erneuerung der Erziehung (New Education Fellowship) tätig, dessen Geschäftsführer in der deutschen Sektion ich war und in dem er das Amt des Schriftführers innehatte. Im gleichen Sinne hat er auch nach der Staatsumwälzung von 1933 weitergearbeitet. Ich kenne Dr. Sonntag seit seiner Studentenzeit, seit mehr als 20 Jahren, und kann dafür einstehen, dass er als eine wertvolle Lehrkraft die Jugend durchaus in unserem Geiste und Sinne erziehen wird.“<sup>26</sup>

Und auch der kritische Schulrat Gustav Schmidt, der sich stets geweigert hatte, der NSDAP beizutreten und deswegen 1942 vom Dienst suspendiert worden war<sup>27</sup>, befürwortete Sonntags Wiedereinstellung im Berufungsverfahren am 13.8.1946:

„Dr. Sonntag war vor 1933 an der Lichtwarkschule in Hamburg tätig. Wegen der Zugehörigkeit zu dem Lehrkörper dieser fortschrittlichen Höheren Schule Hamburgs war er von vornherein bei den Nationalsozialisten verdächtig. Hinzu kam noch, dass er Schriftführer der deutschen Gruppe einer internationalen Erzieherorganisation war. Aus dieser Gefährdung heraus ist Dr. Sonntag der SA beigetreten. Er rettete sich dadurch wohl die Arbeit in seinem Beruf, erreichte es aber nicht, dass er fest angestellt wurde. Darum trat er 1937 noch in die Partei ein. Irgendwelche Ämter hat Dr. Sonntag nicht bekleidet, den Rottenführer in der SA kann man wohl nicht schwer für ihn wägen, weil er dort nur zwei oder drei Mann zu kommandieren hatte. Unter den beigebrachten Zeugnissen möchte ich besonders auf das von Senator Landahl hinweisen. Ich befürworte, Dr. Sonntag wieder ins Amt einzusetzen.“<sup>27</sup>

Insofern verwundert es nicht, dass der Berufungsausschuss am 9.9.1946 seine Wiedereinstellung als Studienrat empfahl, mit der Einschränkung: „Zum Oberstudienrat ist S. während seines Wehrdienstes befördert worden. Es erscheint angemessen, diese Beförderung rückgängig zu machen.“<sup>28</sup>

Sonntag war im Weiteren bemüht, wieder als Oberstudienrat besoldet zu werden und berief sich darauf, dass die Britische Militärregierung ihn vom 19.9.1946 „ohne Berufseinschränkung“ wieder zugelassen hätte. In einem Vermerk der Schulbehörde vom 7.4.1948 wurde darauf hingewiesen, dass die Einschränkung, nur als Studienrat beschäftigt zu werden, durch den Berufungsausschuss erfolgt sei.<sup>29</sup>

Der nächste Berufungsausschuss vom 17.9.1949 bestätigte Sonntag dann als Oberstudienrat und stufte ihn in Kategorie V ein.<sup>30</sup>

Die Gutachten über die pädagogische Arbeit waren dann sehr positiv. Der Schulleiter der Oberschule für Jungen im Alstertal, Johann Helbig, ein entscheidender Mann der höheren Schulen auch in den Entnazifizierungsausschüssen, stellte fest:

„Da er später eintrat, konnte er noch nicht mit ausgewogenem Plan, sondern nur als Lückenbüsser eingesetzt werden. Trotzdem leistete er vom ersten Tage an gute pädagogische Arbeit. Von urteilsfähigen Schülern wird er als Lehrer bezeichnet, der etwas bietet und fordert. Dass für ihn zum Unterricht auch die dramatische Gestaltung als Beitrag gehört, zeigte er in den Klassen 5 und 10. Die kunstgeschichtliche Lichtbildersammlung der Anstalt, die gröblich vernachlässigt war, hat er wieder in Ordnung gebracht. Schon heute hat er für eine geplante Klassenführung im nächsten Jahr die Vorarbeiten für einen Heimaufenthalt der Klasse übernommen. Auf Konferenzen und im Gespräch wirkt er durch seine fortschrittlichen Ansichten anregend. Dabei ist er nicht stürmisch fordernd, sondern von kultivierten Formen, zurückhaltend bei aller Bestimmtheit. Auch für den sozialen Teil unserer Schularbeit hat er viel Verständnis. Seine Aufsicht bei der Speisung führt er mit großer Entschiedenheit, die sich mit Freundlichkeit paart.“<sup>31</sup>

Auch mit dem Nachfolger von Helbig als Oberstudiendirektor des Gymnasiums Alstertal traf Sonntag auf jemanden, der ihn als Pädagogen schätzte. Dr. Hans Roemer war schon mit Sonntag zusammen im Kollegium der Lichtwarkschule vor 1933 tätig gewesen. Und er befürwortete Sonntags Ernennung zum etatmäßigen Oberstudienrat, die in den 1950er Jahren mit der Tätigkeit eines Anleiters für Referendare begründet wurde, wie in vielen Fällen belasteter, ehemaliger NS-Aktivist, die somit wieder befördert wurden. In Hans Roemers Bericht hieß es:

„Herr Dr. Kurt Sonntag (Geschichte, Deutsch, Pädagogik) ist seit Michaelis 1946 am Gymnasium in Alstertal tätig und genießt im Kollegium aufgrund seines bescheidenen und freundlichen Wesens sowie seines pädagogischen Eifers und seines Interesses für alle Schul- und Erziehungsfragen allgemeine Achtung und Wertschätzung. Herrn Dr. Sonntag, der seinen Beruf mit Begeisterung und großem Verantwortungsgefühl ausübt, kann als Klassen- und Fachlehrer das beste Zeugnis ausgestellt werden. Bei dem Umbau der Schule von einer Jungen- zu einer Koedukationsschule hat er als alter erfahrener Koedukationslehrer durch die Übernahme des Unterrichts in den ersten Koedukationsklassen entscheidend mitgewirkt, wobei seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Gemeinschaftserziehung der Schule vielfach zugute gekommen sind.

Herrn Dr. Sonntags Hauptinteresse gehört seit jeher der Methodik des Deutschunterrichts, über die jüngere Fachkollegen gerne seine Ansicht einholen. Er hat über diesen Fragenkomplex auch noch bis vor kurzem regelmäßige Arbeitsgemeinschaften im Rahmen des Instituts für Lehrerfortbildung abgehalten. Für neue gangbare

Wege in Unterricht und Erziehung ist Herr Dr. Sonntag aufgeschlossen und bemüht, diese auch in der Praxis zu erproben. Unter anderem hat die Schülermitverwaltung in ihm einen regen Förderer gefunden. An der praktisch-pädagogischen Ausbildung der der Schule zugewiesenen Studienreferendare war Herr Dr. Sonntag auch während der letzten Jahre vielfach beteiligt. Er hat die Anleitung auf allen Unterrichtsstufen mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit durchgeführt und gute Erfolge zu verzeichnen gehabt.“<sup>32</sup>

Daraufhin wurde Kurt Sonntag vom ehemaligen Schulleiter der Lichtwarkschule, Heinrich Landahl, der nach Ablösung des „Hamburg-Blocks“ nach der Wahlperiode 1953–1957, nun wieder Schulsenator war, am 17.4.1958 zur Ernennung als Oberstudienrat vorgeschlagen, wobei er sich wörtlich auf den Bericht von Hans Roemer bezog.<sup>33</sup>

Kurt Sonntag war also auch nach 1945 nicht zum Professor ernannt worden und kehrte auch nicht wieder hauptamtlich in die Lehrerausbildung zurück, gab aber einige Kurse und Seminare am Institut für Lehrerfortbildung. Am 31.3.1964 wurde er pensioniert.<sup>34</sup>

Kurt Sonntag starb am 31.1.1975.<sup>35</sup>

## Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalbogen und Lebenslauf in seiner Personalakte, StAHH, 361-3\_A 3094
- 2 Personalakte a. a. O.
- 3 Siehe die Biografie Wolfgang Meyer in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 150ff.; siehe die Biografie Alfred Kleeberg in diesem Band. Siehe die Biografie des Nachfolgers von Landahl als Schulleiter der Lichtwarkschule in der NS-Zeit, Erwin Zindler, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 538ff.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Siehe Biografie Zindler, a. a. O.
- 6 Entnazifizierungsakte Kurt Sonntag, StAHH, 221-11\_Ed 6607
- 7 Siehe die Biografie Bruno Peyn, in: de Lorent 2016, S. 480ff.
- 8 Schreiben vom 18.1.1935, Personalakte a. a. O.
- 9 Eignungsbericht von Prof. Bernhard Pein vom 31.10.1938, Personalakte a. a. O. Siehe die Biografie Berhard Pein in diesem Band.
- 10 Ebd.
- 11 Ernennungsurkunde, Personalakte a. a. O.
- 12 Schreiben von Wilhelm Arp vom 25.11.1937, Personalakte a. a. O.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Siehe auch die Biografie August Hagemann, in: de Lorent 2017, S. 344ff.
- 15 Schreiben aus dem Juli 1940, Personalakte a. a. O.
- 16 Schreiben vom 19.5.1941, Personalakte a. a. O.
- 17 Personalakte a. a. O.
- 18 Schreiben vom 1.3.1942, Personalakte a. a. O.
- 19 Eignungsbericht vom 31.10.1938, Personalakte a. a. O.

- 20 Schreiben an das Reichsministerium vom 12.1.1944, Personalakte a. a. O.
- 21 Personalakte a. a. O.
- 22 Schreiben vom 20.12.1945, Entnazifizierungsakte Sonntag, a. a. O. Personalakte a. a. O.
- 23 Siehe die Biografie Peyn, a. a. O.
- 24 Schreiben vom 10.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 14.2.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Schreiben vom 8.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe zu Julius Gebhard die Biografie, die Reiner Lehberger geschrieben hat, in: Hamburgische Biografie, Personenlexikon Bd. 3, hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2006, S. 132 f.
- 27 Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch zur Person Gustav Schmidt die Biografie Albert Henze, in: de Lorent 2016, S. 173.
- 28 Empfehlung des Berufungsausschuss vom 9.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 30 Berufungsausschuss vom 17.9.1949, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Bericht vom 2.4.1947, Personalakte a. a. O.
- 32 Bericht vom 2.9.1957, Personalakte a. a. O.
- 33 Ernennungsvorschlag vom 17.4.1958, Personalakte a. a. O.
- 34 Personalakte a. a. O.
- 35 Personalakte a. a. O.

## **Erich Müffelmann**

**„Sie haben durch Ihre grundlosen Misshandlungen der Ihrer Obhut unterstehenden Schülerinnen dem Ansehen der NSDAP einen solchen Schaden zugefügt, dass Sie der Gemeinschaft der NSDAP nicht mehr angehören können.“**

Er war ein aktiver Nationalsozialist, geboren 1906, und zu der Generation gehörend, die unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise insofern zu leiden hatten, als es ihr nicht leicht fiel, Ausbildung und Studium zu finanzieren und danach eine gesicherte Stelle im Schulwesen zu bekommen, die sie und ihre Familie ernährte. Erich Müffelmanns Geschichte ist so gut dokumentiert, weil er als Lehrer in Schwierigkeiten geriet. Eltern der winzigen Landschule Reitbrook, an der er Schulleiter und Lehrer zugleich wurde, beschwerten sich über die Misshandlungen durch übermäßige Züchtigungen ihrer Kinder. Es kam zu Klagen, Untersuchungen, Müffelmann wurde in Untersuchungshaft genommen und verurteilt. Das gesamte Verfahren und seine persönliche Entwicklung wurden präzise aufgezeichnet.

Erstaunlich ist, dass ihm dies alles nach Ende der NS-Herrschaft nicht nachhaltig geschadet hat. 1960 wurde er an der Schule Marmstorf als stellvertretender Schulleiter bestellt.

Erich Müffelmann wurde am 13.12.1906 in Riede, Kreis Verden, als Sohn eines Bauern geboren. Er hatte fünf Geschwister. Die sozialen Verhältnisse der Familie waren geordnet, aber materiell angespannt.

Er besuchte vier Jahre die einklassige Volksschule in Riede und wechselte danach für vier Jahre auf die Mittelschule in Verden an der Aller. Seine Absicht war, anschließend die Präparandenanstalt in Verden zu besuchen. Aber gerade in diesem Jahr, 1923, wurde die Aufnahme gesperrt, da die früheren Präparandenanstalten und Lehrerseminare aufgehoben werden sollten. Daraufhin nahm Erich Müffelmann ein halbes Jahr Nachhilfeunterricht in Latein und Griechisch, um im Herbst 1923 in die Untertertia des Gymnasiums in Verden einzutreten und dort 1928 das Abitur abzulegen.<sup>1</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt war sein Vater für die Ausbildung des Sohnes aufkommen. Als Müffelmann nun die Universität besuchte, musste er seinen Unterhalt und die Studienkosten selbst tragen. Zur Hilfe kam ihm da ein Bekannter seiner Mutter in Amerika, der die Summe von 750 Dollar zur Verfügung stellte.

Müffelmann studierte dann fünf Semester in Hamburg und ein Semester in Wien an der Universität Erziehungswissenschaften, Philosophie, Psychologie und als Wahlfach Geschichte. Im Mai 1931 bestand er in Hamburg das erste Staatsexamen.

men. Während des Studiums und in den Semesterferien hatte er in verschiedenen Hamburger Stadtteilen an Schulen hospitiert. Danach war er eine Zeit lang arbeitslos, arbeitete auf dem Hof seines Vaters und bekam für das Jahr 1932 eine befristete Anstellung in einem Ostsee-Jugendsanatorium als Lehrer in der dort angeschlossenen höheren Privatschule. Da er dabei außer einer freien Wohnmöglichkeit und Verpflegung lediglich 40–50 Reichsmark im Monat verdiente, versuchte er, im Landkreis Bergedorf eine Anstellung zu finden, was ihm Ostern 1933 in Kirchwerder-Seefeld gelang.<sup>3</sup> Er musste dort 30 Stunden in der Woche in einer vierklassigen Volksschule bei zehn- bis elfjährigen Kindern unterrichten. Als die Schule nach zwei Jahren seiner Tätigkeit umgewandelt wurde, erhielt Erich Müffelmann zum 1.4.1935 die Versetzung an die Schule Reitbrook.<sup>4</sup>

In der Zwischenzeit war Erich Müffelmann im Dezember 1932 in die NSDAP eingetreten und hatte am 21.7.1934 Frieda Borchert geheiratet, mit der er zwei Söhne bekam.<sup>5</sup>

Müffelmann brachte Einwände gegen die Versetzungs-Entscheidung vor, da er in Reitbrook Lehrer und Schulleiter zugleich wurde, außer ihm war nur noch eine Lehrerin an der Schule. Er fühlte sich mit der neuen Aufgabe überfordert. „Mit dem größten Teil der Kinder kam er gut aus, bei einem Teil aber merkte er bald, dass die Eltern zwischen den Kindern und der Schule standen.“<sup>6</sup>

Vor- und Nachteil gleichermaßen für Müffelmann und seine Frau war, dass sie in Reitbrook die Dienstwohnung in der Schule bezogen. Es erfolgten aber bald Beschwerden gegen ihn. „Der Gemeindevorsteher berief darauf eine Gemeinderatssitzung ein, in der ihm die Beschwerden vorgehalten wurden. Müffelmann behauptet, seitdem besonders vorsichtig in der Behandlung der Kinder gewesen zu sein. Mit den Bewohnern ist er nie in einen rechten Kontakt gekommen. Er hat empfunden, dass er den Leuten innerlich fremd gegenüberstand.“<sup>7</sup>

Zur Situation Müffelmanns muss noch erwähnt werden, dass er wirtschaftlich in Schwierigkeiten geriet. Der Amerikaner, der ihm zum Studium 750 Dollar geliehen hatte, „übereignete diese Forderung an einen in Deutschland lebenden Verwandten“, sodass Müffelmann regelmäßige Rückzahlungen leisten musste, die seine Möglichkeiten einschränkten.<sup>8</sup>

Müffelmann fühlte sich überarbeitet, weil er neben der Arbeit in der Schule „sich intensiv in den Dienst der Partei gestellt“ hatte und außerdem dem Gemeindevorsteher half, schriftliche Arbeiten zu erledigen.<sup>9</sup>

Die Beschwerden gegen Erich Müffelmann wurden in der Gemeinderatssitzung in Reitbrook behandelt. Es zeigte sich bald und wurde durch die Ermittlungen für den Prozess von der Strafkammer des Landgerichts Hamburg bestätigt, dass Müffelmann von den Eltern ganz unterschiedlich beurteilt wurde. Neben Eltern,

die sich massiv beschwerten, gab es auf der anderen Seite Eltern, die Müffelmann stützten, insbesondere diejenigen, die mit ihm in der NSDAP-Ortsgruppe zusammenarbeiteten.<sup>10</sup>

Die Beschwerden der Eltern mündeten in einen Bericht der Schutzpolizei des Landpostens Allermöhe-Ost. Darin wurde eine Anzeige festgehalten, die die Mutter eines Kindes in Reitbrook gegen den Lehrer Erich Müffelmann erwirkte, weil dieser „am 24.9.1937 das sechs Jahre alte Kind, Marianne L. in der Schule, weil es vergessen hatte, den Bleistift anzuspitzen, dafür über die Grenzen seines Züchtigungsrechts misshandelt“ habe. „Er soll das Kind mit der Hand in das Genick gefasst und mit dem Gesicht auf die Bank gedrückt haben; außerdem hat er das schwächliche Kind noch mit einem Stock heftig auf Oberschenkel und Kreuz geschlagen, so dass das Kind lange blutige Striemen und blaue Flecke auf dem Oberschenkel davontrug. Frau L. musste wegen dieser Misshandlung ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.“<sup>11</sup>

Der Gemeindevorsitzende Peters nannte dann sechs weitere Kinder der Schule in Reitbrook, die der Lehrer Müffelmann in der letzten Zeit „in ähnlicher Weise misshandelt habe“.<sup>12</sup>

Peters hatte zu Protokoll gegeben, dass die Gemeinde deswegen eine Beiratsitzung einberufen und dazu den Lehrer Erich Müffelmann geladen hatte. Und er gab an:

„Müffelmann entschuldigt sich damit, dass er nervös und aufgeregt sei. In Zukunft solle es nicht wieder vorkommen. Die Eltern der genannten Schulkinder sind ängstlich geworden und schicken ihre Kinder nur noch widerwillig in die Schule. In ihrer Angst fragen sich nun die Mütter, welches Schulkind wird nun wohl das Nächste sein, welches so misshandelt wird. Als ein Verwandter des Kindes S. den Lehrer auf die Misshandlung des Kindes hinwies, soll Müffelmann ihn im barschen Tone vom Schulplatz gewiesen haben. Bei der Misshandlung des Kindes L. soll das Kind derart laut geschrien haben, so, dass die Ehefrau des Lehrers mit den Worten: ‚Erich, lass das sein!‘ dazwischen trat. Als vor längerer Zeit schon einmal über Müffelmann wegen Misshandlung der Schulkinder bei mir Beschwerden erhoben wurden, versprach Müffelmann mir, dass es nicht wieder vorkommen solle. Da Müffelmann sich trotz dieses Versprechens nicht geändert hat, kann der Zustand so unter keinen Umständen bleiben. Um schleunige Abstellung dieses Zustandes wird dringend gebeten, da die Eltern von Reitbrook über die Handlungsweise des Lehrers Müffelmann sehr erregt sind.“

Und Gemeindevorsteher Peters hatte noch ergänzt: „Der Lehrer Erich Müffelmann ist Mitglied der NSDAP und Propagandaleiter der Ortsgruppe Allermöhe-Reitbrook. Er ist hier als ein aufgeregter Mann bekannt.“<sup>13</sup>

Das war nun eine prekäre Situation. Die staatliche Kriminalpolizei übernahm die Angelegenheit und führte seit dem 1.11.1937 Ermittlungen durch und Gespräche mit allen Eltern, die sich beschwert hatten. Es zeigte sich, dass Erich Müffelmann bei den Grundschulkindern in Fällen, wo Schüler etwas falsch machten, sie mit großer Brutalität am Genick packte und den Kopf auf den Tisch stieß, sodass es zu sichtbaren Verletzungen kam. Ebenfalls schlug er die Schülerinnen und Schüler mit einem Stock, sodass sie Striemen und blutende Wunden davon trugen. Wenn Eltern beim Lehrer nachfragten, wiegelte Müffelmann ab und wenn die Eltern androhten, sich zu beschweren, antwortete Müffelmann „Das tun sie mal“, woraus wohl zu schließen war, dass er sich als Mitglied der NSDAP-Ortsgruppe sehr sicher fühlte.

Einige Eltern hatten sich an den für den Landkreis zuständigen Schulrat Ossenbrügge<sup>14</sup> gewandt und, als sich nichts veränderte, Strafantrag gegen Müffelmann gestellt. Der Schmied Erwin Sahlman, der selbst im Gemeinderat saß, erklärte:

„In Reitbrook ist die Stimmung gegen den Lehrer schon so, dass man mit dem Gedanken spielt, ihm einmal ein Fell voll zu geben. Auf der Sitzung ist dem Lehrer gesagt worden, dass er das Vertrauen der Eltern nicht mehr hätte. Ich selbst habe ihm auch die Misshandlung meiner Tochter vorgehalten, er hat aber nichts darauf erwidern können.“<sup>15</sup>

Die Eltern dokumentierten die Verletzungen ihrer Kinder, gingen in die Oberschulbehörde und in die Gesundheitsbehörde, ließen die Kinder untersuchen und die Befunde protokollieren. Nach einem Vorfall 1935 war der Mutter eines Mädchens von der Schulbehörde „schriftlich mitgeteilt worden, dass der Lehrer einen Verweis erhalten hätte“.<sup>16</sup>

Der Gemeindevorsitzende Richard Peters wurde noch einmal befragt und machte folgende Aussage:

„Mir wurden mehrfach Beschwerden der Eltern über Misshandlungen der Schulkinder überbracht. Ich wurde davon unterrichtet, dass einige Eltern schon zur Oberschulbehörde waren und von dort eine Hilfe nicht bekommen haben. Aus diesem Grunde habe ich mich mit Gemeindeangehörigen besprochen, wie dem abzuhelpen sei, zumal die Stimmung in Reitbrook gegen den Lehrer schlecht wurde. So hörte ich, dass man ihm aufpassen wollte, um ihn zu verprügeln. Weiter kam mir zu Ohren, dass der Lehrer, der davon wohl etwas gehört haben musste, am Tage nur noch in Uniform (Amtswalter) und abends überhaupt nicht mehr auf die Straße gehe.

Im Übrigen bin ich selbst als Gemeindevorsitzender aus dem, was ich gehört und gesehen habe, davon überzeugt, dass die Beschwerden gegen den Lehrer weit gerechtfertigt sind. Er hat zweifellos Kinder derart misshandelt, dass man das nicht mehr als normale Züchtigung ansehen kann. Ich als Bauer weiß, dass es ungehörig



und strafbar ist, ein Tier zu misshandeln und ich muss den Gemeindeangehörigen Recht geben, wenn Sie der Ansicht sind, dass sie es nicht nötig haben, ihre Kinder derart misshandeln zu lassen. Ich halte darum eine Abhilfe des jetzigen Zustandes für notwendig.“<sup>17</sup>

Am 3.11.1937 wurde Erich Müffelmann selbst von der Kriminalpolizei in Bergedorf vernommen. Müffelmann rechtfertigte sein Verhalten als pädagogische Maßnahmen, die Disziplin und Lernfortschritte bewirken sollten. Er zeigte sich andererseits ziemlich schlicht, wenn er zum Beispiel formulierte, ein Schüler sei „im allgemeinen ein ganz ordentlicher Junge, nur ein bisschen doof“ und dann erläuterte: „Er sollte mir eine Antwort geben, die in einem Buch stand, das er vor sich auf dem Tisch liegen hatte. Ich habe ihm ins Genick gefasst und auf das Buch gedrückt und dabei gesagt, dort stände die Antwort. Es ist möglich, dass er sich dabei an seinen Fingernägeln die Haut von der Nase abgeschöpft hat, denn er hatte die Hände auf dem Tisch liegen. Auch ist möglich, dass ich ihn vorher am Hals hatte und geschüttelt habe.“<sup>18</sup>

Bei einem anderen Fall, als ein Vater mit einem verprügelten Jungen zu ihm kam, erklärte er: „Ich habe mir selbst die Striemen angesehen und ich war selbst sehr erstaunt, dass die Spuren der Schläge so stark zu sehen waren.“<sup>19</sup>

Dann versuchte er, sein Verhalten damit zu entschuldigen, es hätte sich um ein sehr verzogenes Kind gehandelt und: „Ich konnte nicht dulden, dass das Kind in der Schule mit seinem eigenen Willen durchkommt.“<sup>19</sup>

Bei einem Mädchen, über das Müffelmann sich ärgerte, weil es „bei jeder Gelegenheit anfang zu weinen“, sagte er: „Nicht alleine wegen des Weinens hat sie Schläge bekommen, sondern infolge ihrer Verzogenheit war sie auch bockbeinig und gab auf Fragen überhaupt keine Antworten, alles Bitten half da nichts. Darum hat sie schließlich von mir einige Ohrfeigen bekommen, die aber durchaus im Rahmen einer angebrachten Züchtigung blieben.“<sup>20</sup>

So ging es weiter, Erich Müffelmann bewies, dass er eine eigenwillige Vorstellung von effektiver Pädagogik hatte. Es ist zu befürchten, dass er mit dieser Haltung keine Ausnahme in der Lehrerschaft dieser Zeit gewesen ist. Aber selten haben sich Eltern so massiv gemeinsam gegen die Praktiken eines Lehrers gewehrt, insbesondere nicht gegen jemanden, der vor Ort formal eine Autorität war und verankert in der NSDAP, auch wenn Müffelmann ein „Zugezogener“ war.

Kriminaloberassistent Werner machte im Anschluss an das von Müffelmann unterzeichnete Protokoll der Vernehmung dazu noch einige Bemerkungen:

„Müffelmann ist Schulungsleiter (nicht Propagandaleiter) der NSDAP, Ortsgruppe Allermöhe. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass M. die notwendige Fühlung mit der Reitbrooker Bevölkerung nicht hat. Er wird von den Bauern

als Fremder angesehen, und selbst steht er, wie er erklärte, den Vier- und Marschländer Bauern fremd gegenüber. Dass solche Zustände – gerade in Reitbrook und Allermöhe – regelmäßig zu Explosionen führen, zeigen Beispiele der letzten Jahre. Es haben von dort ein Arzt, der Pastor und ein Polizeibeamter aus denselben Gründen weichen müssen, und hierbei musste Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei auch zum Teil tätig werden. M. ist selbst Bauernsohn und hat trotzdem den dortigen Bauern nicht näherkommen können. Die Schuld kann man weder ihm noch den Bauern geben. Die Vier- und Marschländer sind ein Volk, mit dem nicht jeder auskommen kann. M. erklärte, dass er mehrfach bei seiner vorgesetzten Behörde um Versetzung gebeten, eine solche aber noch nicht erreicht habe.

In dem fremden Gegenüberstehen scheinen die in der Akte behandelten Unzuträglichkeiten im Wesentlichen begründet zu sein. Der Widerstand der Eltern gegen den Lehrer scheint sich auf einige Kinder übertragen zu haben. Nur daraus sind Widersprüchlichkeiten, wie M. sie schildert, erklärlich. M. erklärte, dass er sich bei solchen Gelegenheiten so aufgeregt habe, dass er sich hinterher krank gefühlt habe. Seine Nervosität erklärt er aus den unerquicklichen Verhältnissen. Er gibt zu, in der Erregung mitunter zu stark geschlagen zu haben. Dass durch die Schläge Verletzungen verursacht wurden, will er nicht vorausgesehen und auch nicht gewollt haben, keinesfalls will er vorsätzlich über das zulässige Züchtigungsmaß hinausgegangen sein. Unterzeichneter hat den Eindruck gewonnen, dass M. kein blindwütiger Schulmeister ist. Wohl scheinen seine Nerven manchmal mit ihm durchzugehen, Aussichten für eine erfolgreiche Tätigkeit des Lehrers in Reitbrook in der Zukunft bestehen nicht. Eine umgehende Versetzung scheint im allgemeinen Interesse erforderlich.“<sup>21</sup>

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Hamburg verfasste am 24.2.1938 eine Anklageschrift gegen Erich Müffelmann, in der er ihn anklagte, „drei Schülerinnen roh misshandelt zu haben und in Tateinheit hiermit als Beamter in Ausübung seines Amtes vorsätzlich eine Körperverletzung begangen zu haben“.<sup>22</sup>

Am 3.3.1938, um sieben Uhr morgens, wurde Erich Müffelmann in seiner Dienstwohnung aufgesucht, ihm der Haftbefehl verkündet und die Polizisten nahmen ihn in Untersuchungshaft. Die Kultur- und Schulbehörde wurde darüber verständigt und gebeten, eine interne Vertretungsregelung zu veranlassen.<sup>23</sup>

Noch am selben Tag teilte Gauleiter Karl Kaufmann Erich Müffelmann mit einer einstweiligen Verfügung mit, dass er aus der NSDAP ausgeschlossen sei. „Sie haben durch Ihre grundlosen Misshandlungen der Ihrer Obhut unterstehenden Schülerinnen dem Ansehen der NSDAP, der sie als Ortsgruppenschulungsleiter zu dienen hatten, einen solchen Schaden zugefügt, dass Sie der Gemeinschaft der NSDAP nicht mehr angehören können.“<sup>24</sup>

Erich Müffelmann war in diesen Jahren offensichtlich überfordert gewesen. In seiner Personalakte gibt es mehrere Schreiben von 1935 und 1936 sowohl an den zwischenzeitlich für den Schulbereich zuständigen Senator Wilhelm von Allwörden und später auch an Reichsstatthalter Karl Kaufmann, in denen er seine materielle Not schildert. Das Einkommen war niedrig bei gleichzeitiger Rückzahlung der geliehenen Gelder für seine Ausbildung, die ihn und seine Familie in Not brachten, insbesondere auch seine beiden Brüder, die für ihn gebürgt hatten. Müffelmann und seine Frau waren schon vom Gerichtsvollzieher aufgesucht worden.<sup>25</sup>

Aber auch die Schreiben an die einflussreichen Parteigenossen halfen nichts. Am 5.3.1936 wurde ihm mitgeteilt, dass die Schulverwaltung keine weiteren Vorstöße gewähren könne. „Es muss Ihnen demnach überlassen bleiben, die Abtragung der durch Studium und Heirat erwachsenen Schuldverpflichtungen mit Hilfe Ihrer Angehörigen, die für sie die Bürgschaft übernommen haben, zu regeln.“<sup>26</sup>

Erich Müffelmann blieb trotz seiner materiellen Sorgen und der damit verbundenen Verbitterung ein aktiver Nationalsozialist. Am 1.9.1936 teilte er der Landesunterrichtsbehörde mit, dass „die Kreisleitung der NSDAP-Bergedorf ihn als Delegierten zum Reichsparteitag in Nürnberg gebeten habe und er um Genehmigung und Beurlaubung bitte“.<sup>27</sup>

Interessant ist in diesem Zusammenhang, was Erich Müffelmann in seiner Stellungnahme zur Anklageschrift in den Vordergrund stellte, was ihm offenbar am meisten missfallen und ihn aufgeregt hatte:

„Es wird behauptet – wohl aufgrund von Äußerungen von ein oder zwei Einwohnern Reitbrooks – ich trüge die Uniform des politischen Leiters zum persönlichen Schutz. Diese ernstgemeinte Unterstellung weise ich entschieden zurück. Ich habe hierbei die Empfindung, dass dieses Gerede von Menschen ausgeht, die zwar selbst niemals bereit sind mitzuarbeiten, die aber durch diese Behauptung auch meine Stellung in der Partei angreifen möchten, die aber eine andere, begründetere Form nicht finden können. Mir stände die Uniform zu hoch. Es kommen oft Wochen, in denen ich viermal Dienst habe, also auch viermal Uniform anziehe. Ich habe dann nicht noch Zeit, in Zivil viel herumzufahren. Gleichzeitig bin ich aber noch Turnwart in einem Turnverein und bin vom Sommer bis Weihnachten jede Woche einmal zum Turnen mit dem Rade gefahren. Jeder, der mir also im Ernste auflauern wollte, hat das gewusst. Und im Übrigen entspricht es nicht den tatsächlichen Verhältnissen, dass die Bevölkerung so ablehnend zu mir steht. Wenn nach dreijähriger Dienstzeit ihres Lehrers ein Polizeibeamter die Menschen nach ihrer Einstellung zu ihrem Lehrer fragt, so können wohl im Augenblick der Überraschung recht verschiedene Urteile angegeben werden, und einen Feind hat ein jeder, der gerade durchzugehen versucht. Ich bin aber überzeugt, dass der wertvolle Teil Reitbrooks ganz für mich eintritt.“<sup>28</sup>

Das am 24.6.1938 gefällte Urteil war keine nationalsozialistische Gesinnungsrechtsprechung. Es benennt klar die überschrittenen Grenzen durch Erich Müffelmann, versucht aber auch seiner Persönlichkeit und seinen Lebensbedingungen gerecht zu werden. So wird klar gesagt, dass bei den „Misshandlungen, die der Angeklagte als beamteter Lehrer an einer öffentlichen Schule und während des Unterrichts an seinen Zöglingen begangen hat, eine Körperverletzung im Amte gemäß § 340 StGB vorliege“.<sup>29</sup>

Allerdings: „Die Taten des Angeklagten sind nicht der Ausfluss einer rohen Gesinnung, sondern einer inneren Hemmungslosigkeit. Dieses ergibt sich nicht nur aus den Ausführungen des Physikus Dr. Löffler, der diese Hemmungslosigkeit betont. Es ergibt sich weiter aus einer Würdigung der ganzen Persönlichkeit und des bisherigen Lebensschicksals des Angeklagten. Der Angeklagte gehört nicht zu dem unerfreulichen Typ des sadistischen Prügelpädagogen. Seine Verfehlungen erklären sich vielmehr nach Überzeugung der Strafkammer daraus, dass er die Kontrolle und Herrschaft über sich selbst und die innere Selbstsicherheit in seinem Berufe aus verschiedenen Ursachen verloren hat. An diesen Ursachen ist der Angeklagte nur zum Teil selbst schuld. Er ist von Natur ein schwerblütiger Mensch, dem die Erreichung seines Lebenszieles nicht leicht geworden ist. Sein Unglück war es, dass er von seiner vorgesetzten Behörde vor eine Aufgabe gestellt wurde, der er, wie er selbst zugibt, nicht gewachsen war und für die er weder charakterlich noch nach seiner Ausbildung und Berufserfahrung die Voraussetzungen mitbrachte. Wäre ihm als jungen Anfänger nicht gleich die anerkanntermaßen schwierige Leitung einer einklassigen Schule übertragen, sondern wäre er zunächst noch wie in Kirchwerder-Seeefeld unter einem verständigen Schulleiter vor weniger schwierige Aufgaben gestellt worden, dann wäre er vermutlich nicht gescheitert. Die Kultur- und Schulbehörde hat jedoch geglaubt, seinen mehrfachen Versetzungswünschen aus verwaltungsmäßigen Gründen nicht entsprechen zu können. Nicht ohne Bedeutung waren auch die persönlichen Sorgen des Angeklagten. Diese rührten daher, dass seine junge Frau vielfach kränkelte und dass seine finanziellen Verhältnisse infolge der Abtragung des Studendarlehens schwierig war. Vor allem aber ist dem Angeklagten zum Verhängnis geworden, dass er mit seinen Kräften nicht hausgehalten, sondern sich übernommen und überarbeitet hat. Neben dem Unterricht und der Vorbereitung für diesen noch die Leitung eines Turnvereins, das Amt eines Schulungsleiters und zeitweise auch Propagandaleiters der Partei und schließlich ehrenamtliche Arbeit für die Gemeinde – das war zu viel für diesen Angeklagten –, der jede seiner Pflichten ernst nimmt. Der Angeklagte hatte, wie sich aus den Bekundungen des Schulleiters Sievers und des Gemeindevorstehers ergibt, den Ehrgeiz, seine Dorfkinder auf eine möglichst hohe Bildungsstufe zu bringen, dabei übersah er die Grenzen des Erreichbaren und

wurde unduldsam und reizbar gegen die Kinder, die ihm bei Verfolgung seines Zieles hinderlich waren. Es ist bezeichnend, dass es fast immer nur die schwachbegabten Schüler und Schülerinnen waren, gegenüber denen er sich vergaß, während die aufgeweckten Kinder, die in der Hauptverhandlung vernommen sind, über ihn nicht zu klagen haben, ihn vielmehr für ihren ‚nettsten Lehrer‘ erklären. Dies mag von mangelnder pädagogischer Einsicht zeugen, beweist aber andererseits ebenfalls, dass Reizbarkeit und mangelnde Selbstkontrolle, nicht aber rohe Gesinnung den Angeklagten zu der Misshandlung der Kinder getrieben haben.“<sup>30</sup>

Das Gericht kam zu dem Schluss, dass „die Misshandlungen der kleinen und schwächlichen Mädchen, bei denen noch keineswegs alle Erziehungsmittel erschöpft waren, trotz aller für den Angeklagten sprechenden Milderungsgründe, so schwer waren, dass an sich wohl nur eine Gefängnisstrafe eine angemessene Sühne gewesen wäre. Trotzdem ist auf eine Geldstrafe erkannt worden. Das Gericht hat dem Angeklagten damit vielleicht eine weitergehende Milde zuteil werden lassen als er verdient und die Erfordernisse des Jugendschutzes gestatten. Hierbei hat sich das Gericht jedoch auch von der Erwägung leiten lassen, dass eine Gefängnisstrafe die endgültige Entfernung des Angeklagten aus dem Lehrerberuf und aus der NSDAP unvermeidlich machen würde. Diese Konsequenzen würden einer Vernichtung der Existenz, des Lebensglückes und der Ehre dieses jungen Angeklagten gleichkommen und trotz der Schwere der Taten zu hart sein, vor allem deshalb, weil nach der Auffassung des Gerichtes die Schuld, dass es zu den bedauerlichen und schweren Vorfällen gekommen ist, nicht nur bei dem Angeklagten liegt.“<sup>31</sup>

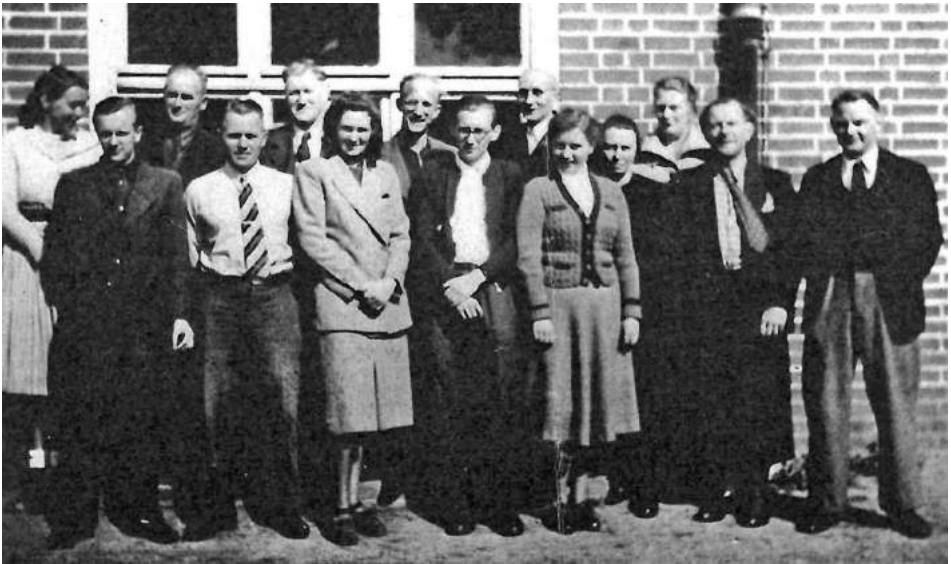
Am Ende wurde Erich Müffelmann „zu einer Geldstrafe von 600 Reichsmark verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft musste dem Angeklagten voll angerechnet werden, da sie nicht auf sein Verschulden zurückzuführen ist. Die erkannten Geldstrafen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.“

Und an Erich Müffelmann gerichtet stellte das Gericht fest: „Das Gericht nimmt an, dass der Angeklagte diese Milde richtig zu würdigen weiß und durch das in diesem Verfahren Erlebte für alle Zukunft gewarnt ist.“<sup>32</sup>

Am 24.3.1938 teilte die Schulverwaltung mit, dass Müffelmann in die Stadt versetzt werde und seine Dienstwohnung zu räumen habe. Dies konnte Müffelmann erst nach Abschluss des Verfahrens tun.<sup>33</sup>

Müffelmann wurde zuerst an den Käthnerkamp 8 versetzt<sup>34</sup>, dann an die Schule Langenfort 70, ein halbes Jahr später an die Schule Finkenau 30, schließlich an die Hilfsschule Humboldtstraße 85. Ständige Wechsel im Halbjahrestakt.<sup>35</sup>

Zumindest die letzten Stationen zeigten, dass Erich Müffelmann die Lektionen der Richter des Landgerichts gelernt hatte. So vermeldete der Bericht der Hilfsschule Humboldtstraße 85:



Erich Müffelmann (vordere Reihe, 2. v. l.) seit 1948 im Kollegium der Volksschule Marmstorf, seit 1960 stellvertretender Schulleiter. Rechts hinter ihm Schulleiter Adolf Brunkhorst.

„Herr Müffelmann ist seit Ostern dieses Jahres an unserer Schule tätig. Er versieht seinen Dienst immer gewissenhaft und sorgfältig. Er beteiligt sich bereitwilligst und oftmals freiwillig an Arbeiten, die über den Rahmen seines persönlichen Arbeitsgebietes hinaus vorkommen. Er wird von allen Kollegen wegen seines ruhigen, sachlichen und verträglichen Wesens geschätzt. Die Kinder seiner Klasse hängen an ihm und sind des Lobes über ihren Lehrer voll. Auch die Eltern freuen sich, dass ihre Kinder einen so tüchtigen Lehrer haben.

Auch über die Schularbeit hinaus ist Herr Müffelmann tätig. Er arbeitet in der NSDAP als Schulungsleiter einer Ortsgruppe und muss als solcher erhebliche Zeit für diesen Dienst aufbringen.“<sup>36</sup>

Der stellvertretende Schulleiter der Hilfsschule Finkenau konnte sich dem Bericht „voll und ganz anschließen“.<sup>37</sup>

Die sicherlich nicht durchweg erfreulichen „Wanderpokal-Stationen“ endeten im Juni 1940, als Erich Müffelmann zur Wehrmacht eingezogen wurde. Dort erlebte er Wertschätzung und Erfolge. Am 1.7.1943 wurde er zum Feldwebel befördert, am Ende des Krieges war Müffelmann Leutnant.<sup>38</sup>

Eine dienstliche Beurteilung seines zwischenzeitlichen Hauptmanns und Kompaniechefs wurde der Schulverwaltung am 20.10.1941 mitgeteilt. Müffelmann war zu dem Zeitpunkt Kommandoführer eines Arbeitskommandos und es hieß über ihn: „Er versieht diesen Posten entschlossen und zielbewusst. Seine militärischen Leistungen sind gut, seine Führung ist sehr gut.“<sup>39</sup>

Offenbar war Erich Müffelmann auch bei der NSDAP rehabilitiert und wieder als Mitglied und Amtsträger tätig geworden. Wie in anderen Fällen auch beförderte Reichsstatthalter Karl Kaufmann ihn in Abwesenheit bei der Wehrmacht. Der zwischenzeitliche Senator Friedrich Ofterdinger teilte ihm am 30.5.1943 seine Beförderung mit:

„Der Herr Reichsstatthalter in Hamburg hat Sie mit Wirkung vom 1. April 1943 zum Hauptschullehrer ernannt. Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, dass Sie nach dem Siege alsbald Ihre Friedenstätigkeit bei der Schulverwaltungsarbeit freudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können. Ernennungsurkunde und Einweisungsverfügung sind in Ihrer Abwesenheit an Ihre Ehefrau ausgehändigt worden.“<sup>40</sup>

Die Geschichte ging bekanntlich anders aus, Erich Müffelmann war am 20.8.1945 nach kurzer Kriegsgefangenschaft aus der Wehrmacht entlassen worden. Mit Schreiben vom 1.10.1945 entließ ihn Schulsenator Heinrich Landahl auch aus dem Hamburger Schuldienst.<sup>41</sup>

Erich Müffelmann füllte den Entnazifizierungsfragebogen am 21.8.1945 aus. Darin räumte er seine NSDAP-Mitgliedschaft seit Dezember 1932 ein, auch die Mitgliedschaft im NSLB seit dem 1.6.1933, in der NSV seit 1934 und im NS Reichsbund für Leibesübungen seit 1935. Er verheimlichte auch nicht, seit 1933 Politischer Leiter gewesen zu sein.<sup>42</sup> Ohnehin war der Schulbehörde bekannt, dass es gegen Müffelmann ein Strafverfahren mit dem beschriebenen Urteil gegeben hatte. Schulrat Gustav Schmidt war wieder im Amt und Erich Müffelmann bat Oberschulrat Fritz Köhne am 19.2.1946 um ein Gespräch. Der Inhalt seines Besuchs in der Schulbehörde ist nicht dokumentiert, aber offenbar hatte Köhne ihm mitgeteilt, dass es bei der Sachlage für Müffelmann im laufenden Entnazifizierungsverfahren kaum eine Chance für eine sofortige Wiedereinstellung geben würde.<sup>43</sup>

Erich Müffelmann war während des Krieges nach den Angriffen auf Hamburg „ausgebombt“ und wohnte mit seiner Familie seitdem wieder im Kreis Verden an der Aller, in Döhlbergen, wo er als Tischler arbeitete.<sup>44</sup>

Von dort legte er am 26.9.1946 Einspruch gegen seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis ein.<sup>45</sup> Er stellte seine persönliche Entwicklung dar, bei der er sich von Beginn an mit den schwierigsten materiellen Bedingungen auseinandersetzen musste. Er schrieb, dass er nach Ablegung seiner Prüfung an der Universität Hamburg im Mai 1931 „wegen der schlechten Finanzlage des Staates keine Aussicht auf baldige Anstellung“ gehabt hätte. „Im Jahre 1932 konnte ich an einer Privatschule

in Lübeck unterrichten, wurde aber im November 1932 entlassen, weil die Anstalt wirtschaftlich vor dem Ruin stand. Ich war wieder stellungslos. Damit bestand auch keine Hoffnung, die Studienschulden schneller zu zahlen, die mein Vater in Ermangelung eigenen Kapitals für mich aufgenommen hatte und die ich verzinsen und zurückzahlen musste. Im Hinblick auf die allgemeine Arbeitslosigkeit war ich überzeugt, dass nur ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie es Hitler verkündet hatte, Staat und Wirtschaft vor dem Untergang retten könnte. So trat ich am 1. Dezember 1932 der NSDAP bei.<sup>46</sup>

Müffelmann zeichnete ein Bild von sich, dass er im guten Glauben in der NSDAP gearbeitet hatte, „weil einerseits der Staat gerade vom Lehrer besondere politische Aktivität verlangte und weil andererseits die Bevölkerung eine ehrenamtliche Arbeit auf die Lehrer abzuwälzen suchte. Mir wurde dabei die Schulung in der Ortsgruppe übertragen, ein Amt, das mir am meisten mit meinem Beruf zu harmonieren schien. Auch in Ausübung dieses Amtes wird mir niemand in den genannten Landgemeinden eine Inkorrektheit oder eine Unanständigkeit gegenüber Nichtparteiengenossen nachsagen können. Im Verlaufe meiner Mitarbeit merkte ich aber, dass Theorie und Praxis der Partei nach der Machtübernahme oft nicht übereinstimmten mit dem Ideal, das ich bei Eintritt in die Partei gehabt hatte. Zunächst hielt ich dies für Kinderkrankheiten, deren Ursachen sich allmählich verlieren würden. Ich habe dann in den Jahren 1936 und 1937 mit wachsender Abneigung mein Amt betreut, konnte aber meine Mitarbeit nicht einstellen, weil sonst Vergeltungsmaßnahmen gegen mich und meinen Beruf erfolgt wären. Dieser indirekte Zwang war neben anderem ein Grund, mich mehrmals um eine Stellung in der Stadt zu bewerben. Im Jahre 1938 zog ich dann um. In der Stadt Hamburg wurde ich mehrfach von meiner Ortsgruppe – unter Hinweis auf meine Beamtenstellung – zur aktiven Mitarbeit und zur Übernahme eines Parteiambtes aufgefordert. Ich habe dies stets abgelehnt und erklärt, ich könnte mich nicht mehr so wie vorher einsetzen.“<sup>47</sup>

Das sah in dem Bericht von der Schule Humboldtstraße ganz anders aus, wo gerade seine Tätigkeit als Schulungsleiter einer Ortsgruppe der NSDAP positiv hervorgehoben wurde. Und auch das Strafverfahren gegen ihn, als eigentlicher Grund, vom Landkreis nach Hamburg zu ziehen, erwähnte Erich Müffelmann mit keinem Wort.

Sein Schreiben war sehr geschickt aufgebaut, Selbstkritik und Reue schienen glaubwürdig:

„Ich gestehe meine anfängliche Mitarbeit für die NSDAP offen ein. Vorteile habe ich dadurch aber nicht gehabt, nur Arbeit und finanzielle Opfer. Dabei habe ich aber niemandem etwas zuleide getan, und ich bin überzeugt, dass jeder aus dem Hamburger Landgebiet mein anständiges Verhalten zugeben wird. Ich habe



mich von meinem Idealismus leiten lassen, habe mich aber doch bereits nach wenigen Jahren von der Phraseologie und Ideologie der Partei freigemacht. Ich weiß, dass mich das von meiner Mitverantwortung und Mitschuld nicht befreit. Ich habe darum sofort freiwillig nach meiner Entlassung aus der Gefangenschaft im August 1945 beim Neubau einer Brücke in Verden geholfen. Ich wollte mit Hand anlegen am Aufbau. Nach ihrer Fertigstellung im Dezember 1945 habe ich bei einem Bauern gearbeitet, seit dem 1. April des Jahres bin ich bei einem Tischler beschäftigt. Ich bin hartes Arbeiten von Jugend auf gewohnt, und ich habe mich für körperliche Arbeiten nie zu gut gedünkt. Gleichwohl würde ich gern wieder in meinen früheren Beruf zurückkehren. Denn ich war gern Lehrer und habe auch jetzt noch eine große innere Neigung für diesen Beruf. Ich kann ferner aus innerer Überzeugung erklären, dass ich ehrlich dem heutigen Staat dienen und positiv für ihn wirken kann. Ich denke nicht mehr daran, noch einer Führeridee zu huldigen, die der Welt so viel Not und Leid brachte, oder für Parteigrundsätze einzutreten, die uns alle an den Rand des Abgrunds geführt haben. Die Mitglieder der Gemeinde, in der ich seit einem Jahr wieder lebe, kennen mich von Kindheit an. Ich bitte, bei ihr Erkundigungen über mich einzuziehen.“<sup>48</sup>

Und auch sein letzter Hinweis war sicherlich dazu angetan, einen Entnazifizierungsausschuss, der sich nicht mit allen Einzelheiten der Berufsbiografie von Erich Müffelmann beschäftigte oder beschäftigten konnte, für ihn einzunehmen.

„Zum Schluss möchte ich noch eine Bemerkung persönlicher Art anfügen. Im Juli 1943 wurde ich in Hamburg total ausgebombt und verlor dadurch das Heim, in das ich all mein Gut hineingesteckt hatte, restlos. Heute wohne ich mit Frau und zwei Kindern in einem Behelfsheim. Beim Brückenbau in Verden verdiente ich monatlich etwa 100 Mark, jetzt beim Tischler etwa 80 Mark. Nennenswerte Ersparnisse habe ich nicht, weil ich bis Ende 1942 die Schulden tilgen musste, die ich zur Bestreitung der Studiumskosten einst aufgenommen hatte.“<sup>49</sup>

Objektiv gesehen war der Lebensweg von Erich Müffelmann tatsächlich schwierig gewesen. Er konnte sogar Leumundszeugnisse aus Reitbrook beibringen von Einwohnern, die ihm bestätigten, „als tüchtiger Lehrer sehr beliebt“ gewesen zu sein. Auch aus Döhlbergen, wo der Bürgermeister und der Gemeinderat sowie ein SPD-Mitglied seit 1904 bestätigten, er sei „ein ruhiger, verlässlicher und gewissenhafter Mann, der politisch nie hervorgetreten ist“.<sup>50</sup>

Und selbst der ehemalige stellvertretende Schulleiter der Hilfsschule Humboldtstraße 85, der am 11.10.1939 in einem „Bericht über den Lehrer Müffelmann“ noch geschrieben hatte: „Er arbeitet in der NSDAP als Schulungsleiter eine Ortsgruppe und muss als solcher erhebliche Zeit für diesen Dienst aufbringen“, wusste am 16.12.1946 zu erklären, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Schulleiter

wären ihm „keine Klagen, weder von den Kollegen noch aus der Elternschaft über parteipolitische Betätigung oder besonderes Eintreten des Kollegen Müffelmann für die NSDAP zu Ohren gekommen“.<sup>51</sup>

Es war Gustav Schmidt, der für die Schulbehörde am 28.10.1946 eine Stellungnahme abgab, die die Angelegenheit differenzierte und einen für Müffelmann positiven Vorschlag enthielt:

„Müffelmann ist mir persönlich bekannt. Ich erinnere nicht, dass er ein eifriger Parteigenosse gewesen ist. Ich weiß, dass er während seiner ersten Lehrtätigkeit in seiner früheren Gemeinde Reitbrook gar kein Ansehen genoss. Es kam verschiedentlich zu Anzeigen gegen ihn, sodass er schließlich wegen Überschreiten des Züchtigungsrechtes vor den Strafrichter kam, der ihn als schuldig verurteilte. Ich führe dieses an, um zu zeigen, dass sein Einfluss als Parteigenosse und Schulleiter nicht stark gewesen sein kann, sonst hätte man ihm gegenüber als Parteigenossen und Amtsträger andere Mittel angewandt, um ihn aus der Gemeinde zu entfernen. Aus meiner Kenntnis der Prozessakte sah ich weniger Müffelmann schuldig als seinen Vorgesetzten, der ihn als jungen unerfahrenen Lehrer an die einklassige Schule in einer unruhigen Gemeinde setzte. Dort musste der unerfahrene und unbeholfene Lehrer schuldig werden. Ich habe Müffelmann in meinen Kreis in die Stadt übernommen und habe ihn beobachtet. Er hat sich jahrelang im Unterricht und in seiner sonstigen Tätigkeit gut gehalten. Während dieser Zeit ist er nie nationalsozialistisch hervorgetreten. Sein früher Parteieintritt – 1932 – erklärt sich wohl aus den Umständen, die er angibt: Gläubigkeit eines jungen Menschen, der zudem in wirtschaftlicher Not war. Ich möchte vorschlagen, Müffelmann nach einer Bewährungsfrist zunächst als Angestellten wieder zu beschäftigen.“<sup>52</sup>

Der Fachausschuss schloss sich am 29.8.1947 dem Vorschlag von Schulrat Schmidt an, und schlug vor, Müffelmann „nach angemessener Frist, vielleicht am 1.8.1948 als Lehrer im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Es spricht für Müffelmann, dass er sich sofort, im September 1945 zur Wiederaufbauarbeit (Brückenbau und in der Landwirtschaft) eingesetzt hat und nun als Tischler umlernt.“<sup>53</sup>

Der Berufungsausschuss 17 sah das am 8.10.1947 ähnlich und entschied, ihn als angestellten Lehrer wieder zu beschäftigen und zum 1.10.1949 dann in das Beamtenverhältnis zu überführen. Wegen seines frühen Beitritts zur NSDAP wurde er in Gruppe IV eingestuft.<sup>54</sup>

Nun war Erich Müffelmann in der komfortablen Situation, auch in Niedersachsen eine Einstellung finden zu können und darüber hinaus hatte er 1949 in Verden „ein Haus günstig kaufen können“, wie er der Schulbehörde in Hamburg mitteilte.<sup>55</sup>

Hamburg hatte aber schnell reagiert und ihn zum 8.3.1948 wieder eingestellt, zunächst in Wilhelmsburg, ab dem 1.6.1948 an der Schule Marmstorf.<sup>56</sup>

Ein Jahr später war Erich Müffelmann wieder Beamter und hatte am 29.9.1949 seinen Lehrertauschwunsch nach Niedersachsen mitgeteilt.<sup>57</sup>

Bemerkenswert ist, dass das Land Niedersachsen die Einstellung von Erich Müffelmann am 8.5.1950 nach Einsicht in seine Personalakte ablehnte und er somit in Hamburg blieb.<sup>58</sup>

Harburgs Schulrat Dr. Otto Hattermann schrieb am 18.4.1950 ein pädagogisches Gutachten über Erich Müffelmann, in dem es hieß:

„Herr Müffelmann ist seit dem 1.6.1948 in der Schule Marmstorf beschäftigt. Während dieser Zeit hat er sich als gewissenhafter und arbeitsfreudiger Lehrer gezeigt. Im Unterricht und in der Erziehung hatte er gute Erfolge. Vom außerdienstlichen Verhalten ist nichts Nachteiliges bekannt.“<sup>59</sup>

Diese Beurteilung stützte sich weitestgehend auf ein kurzes Gutachten des Schulleiters der Volksschule Marmstorf, Adolf Brunkhorst, der, in Kenntnis des Wunsches von Erich Müffelmann, nach Niedersachsen zu wechseln, ergänzt hatte: „Ein eventueller Weggang von ihm würde von hieraus nur bedauert werden.“<sup>60</sup>

Im Laufe der Zeit fand Erich Müffelmann offenbar seinen Frieden an der Schule in Marmstorf. Am 29.4.1960 befürwortete die Lehrerkonferenz einstimmig mit zwölf Stimmen, Müffelmann zum stellvertretenden Schulleiter zu benennen. Am 15.6.1960 bestellte die Schulbehörde ihn zum Stellvertreter des Schulleiters.

Am 18.9.1968 stellte Erich Müffelmann den Antrag auf Pensionierung zum 1.4.1969. Als Begründung gab er an:

„Vor etwa zwei Jahren starb mein Sohn auf eine bis heute noch ungeklärte Weise. Diesen Schlag habe ich nicht überwinden können. Meine Frau leidet noch mehr darunter. Diese seelische Belastung behindert mich stark in der Ausübung meines Dienstes. Trotz Abraten meines Arztes will ich aber versuchen, meinen Dienst bis zum Ende des alten Schuljahres zu versehen.“<sup>61</sup>

Dass die Welt von Erich Müffelmann und seiner Familie nicht mehr in Ordnung war, zeigt ein kurzer Vermerk dazu vom 25.9.1968 von Schulrat Egon Hopfgarten:

„Herr Müffelmann war in meiner Sprechstunde und hatte mich über sein Vorhaben, sich vorzeitig pensionieren zu lassen, orientiert. Nach den mir vorgelegten Unterlagen hat sich sein Sohn erhängt. Herr M. hat versucht, den Gerichten nachzuweisen, dass es sich hier um einen geplanten Mord durch Freimaurer handelte. Dieser Nachweis ist vom Gericht nicht anerkannt worden. Ich halte es für besser, wenn Herr M. vorzeitig pensioniert wird, da nicht auszuschließen ist, dass durch diese seelische Belastung der Unterricht leiden wird.“<sup>62</sup>

Erich Müffelmann starb am 1.10.1985.<sup>63</sup>

## Anmerkungen

- 1 Angaben laut Personalakte Müffelmann, StAHH, 361-3\_58468; sowie Ermittlungshilfe für den Vorsitzenden der großen Strafkammer V beim Landgericht in Hamburg über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten Erich Müffelmann vom 1.4.1938, StAHH, 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen\_7556/38
- 2 Ermittlungshilfe Landgericht a. a. O.
- 3 Ebd.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Personalakte a. a. O.
- 6 Ermittlungshilfe Landgericht a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd., besonders ab S. 73.
- 11 Bericht der Schutzpolizei des Kreises Bergedorf, Landposten Allermöhe-Ost vom 29.9.1937, StAHH, 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen\_7556/38
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Siehe die Biografie Dietrich Ossenbrügge, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 186 ff.
- 15 Vernehmung vom 2.11.1937, Bericht der Kriminalpolizei, Dienststelle Bergedorf, 1937 S. 15, StAHH, 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen\_7556/38.
- 16 Aussage von Frau Anna Sjösten am 2.11.1937, ebd.
- 17 Aussage des Gemeindevorstehers Peters, ebd.
- 18 Vernehmung von Erich Müffelmann vom 3.11.1937, ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Anklageschrift des Oberstaatsanwalts bei dem Landgericht Hamburg vom 24.2.1938, StAHH, 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen\_7556/38
- 23 Vermerk vom 3.3.1938, ebd.
- 24 Einstweilige Verfügung der Gauleitung der NSDAP Hamburg vom 3.3.1938, ebd.
- 25 Schreiben an Reichsstatthalter Karl Kaufmann vom 3.2.1936; sowie Abschrift des Schreibens an Senator von Allwörden vom 15.10.1935, Personalakte a. a. O.
- 26 Mitteilung zum Gesuch um Gewährung eines Gehaltsvorschusses vom 5.3.1936, Personalakte a. a. O.
- 27 Schreiben an die Landesunterrichtsbehörde vom 1.9.1936, Personalakte a. a. O.
- 28 Stellungnahme Müffelmann zur Anklageschrift vom 8.3.1938, StAHH, 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen\_7556/38
- 29 Urteil vom 24.6.1938, StAHH, 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht-Strafsachen\_7556/38.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Personalakte a. a. O.
- 34 Siehe dazu die Biografie Hinrich Wriede, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 676 ff.
- 35 Personalakte a. a. O.
- 36 Bericht vom 11.10.1939, Personalakte a. a. O.
- 37 Ebd.

- 38 Personalakte a. a. O.
- 39 Beurteilung vom 20.10.1941, Personalakte a. a. O.
- 40 Schreiben vom 30.5.1943, Personalakte a. a. O.
- 41 Personalakte a. a. O.
- 42 Entnazifizierungsakte Müffelmann, StAHH, 221-11\_Ed 4095
- 43 Personalakte a. a. O.
- 44 Schreiben von Erich Müffelmann an die Schulbehörde in Hamburg vom 29.9.1949, Personalakte a. a. O.
- 45 Schreiben vom 26.9.1946, Personalakte a. a. O.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Leumundszeugnisse in der Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 51 Bescheinigung vom 16.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 52 Schreiben von Gustav Schmidt vom 28.10.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 53 Fachausschuss von 29.8.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 54 Berufungsausschuss 17 vom 8.10.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 55 Schreiben vom 29.9.1949, Personalakte a. a. O.
- 56 Personalakte a. a. O.
- 57 Personalakte a. a. O.
- 58 Personalakte a. a. O.
- 59 Pädagogisches Gutachten vom 18.4.1950, Personalakte a. a. O.
- 60 Kurzes Gutachten von Schulleiter Brunkhorst vom 13.4.1950, Personalakte a. a. O.
- 61 Antrag von Erich Müffelmann vom 18.9.1968, Personalakte a. a. O.
- 62 Vermerk vom 25.9.1968, Personalakte a. a. O.
- 63 Personalakte a. a. O.

## **Adolf Lindemann**

### **Der Vorsitzende des Hamburger Philologenvereins in der Weimarer Republik trat 1933 in die NSDAP ein.**

Eine wichtige Person in der Hamburg Schulpolitik ist Adolf Lindemann gewesen. Er war von 1924 bis 1932 Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins, Mitglied der Bürgerschaft für die DVP und trat zum 1.5.1933 in die NSDAP ein. Wie er waren alle Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins in der NS-Zeit Mitglied der NSDAP geworden. Während des Krieges leitete er für einige Zeit kommissarisch das Wilhelm-Gymnasium. Nach Ende der NS-Herrschaft war es nicht selbstverständlich für Adolf Lindemann, eine Pension zu erhalten.

Adolf Lindemann wurde am 28.2.1880 im mecklenburgischen Güstrow geboren. Er ging dort zur Schule und bestand 1898 die Reifeprüfung, um dann in Rostock und Berlin bis 1901 Mathematik und Naturwissenschaften zu studieren. Danach absolvierte er die pädagogische Prüfung und das Promotionsverfahren.<sup>1</sup>

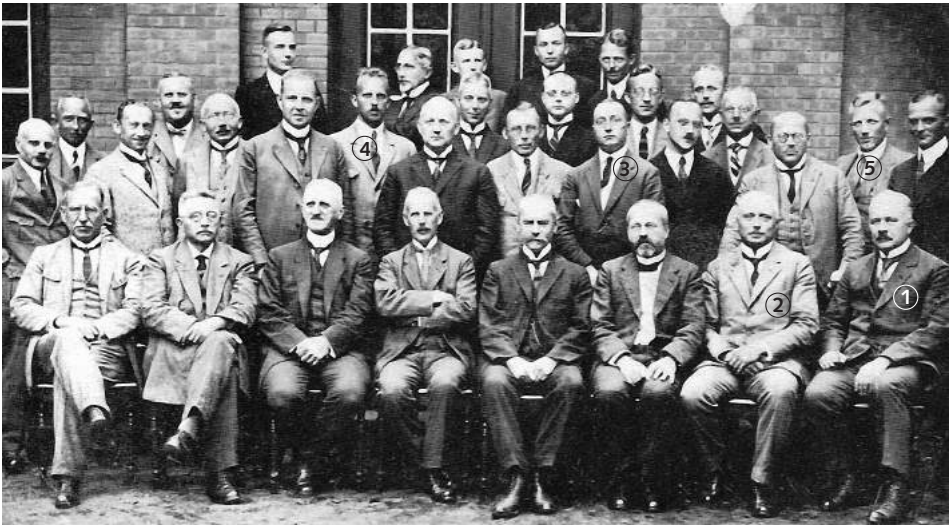
Von 1905 bis 1911 war Adolf Lindemann Oberlehrer an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Anschließend wurde er als Oberlehrer an das Lehrerseminar in der Binderstraße abgeordnet, wo er von 1911 bis 1921 die physikalischen Sammlungen für die Volksschullehrerausbildung betreute.<sup>2</sup>

Diese Zeit war unterbrochen durch die Kriegsteilnahme Lindemanns von 1914 bis 1918, wo er an der Ostfront mit mehreren Orden ausgezeichnet wurde.<sup>3</sup>

Nach der Rückkehr aus dem Kriegsdienst nahm Lindemann seine Tätigkeit am Lehrerseminar wieder auf, bis er 1921 für ein Jahr an das Realgymnasium des Johanneums versetzt wurde. Vom 1.4.1922 bis zum 12.9.1945 gehörte Lindemann dann ununterbrochen dem Kollegium des Wilhelm-Gymnasiums an.<sup>4</sup>

Adolf Lindemann war früh politisch aktiv. Nach der Novemberrevolution kandidierte er auf der Liste „Aufbau“ bei der ersten Lehrerkammer-Wahl am 22.6.1919 und wurde auch gewählt. Ebenso bei der Wahl am 22.6.1920.<sup>5</sup>

Lindemann arbeitete gemeinsam mit Theodor Körner als Oberlehrer am Wilhelm-Gymnasium. Sie waren beide aktiv in den Gremien der Selbstverwaltung der Hamburger Schulen, im Oberlehrerverein und später dem Hamburger Philologenverein, deren Vorsitzender Theodor Körner von 1919 bis 1924 war. Auf dem Kollegiumsbild des Wilhelm-Gymnasiums von 1925 sitzen sie einträchtig nebeneinander. Körner, wie Lindemann 1880 geboren, hatte schon als Schüler dem Wilhelm-Gymnasium angehört, wie Lindemann Mathematik und Physik studiert und



Kollegium des Wilhelm-Gymnasiums, 1925: Adolf Lindemann (1), neben ihm Theodor Körner (2). In der mittleren Reihe stehen die NS-Aktivisten Werner Fuss (3), Hans Rösch (4) und Albert Tomforde (5).

war auch in der „zur Bekämpfung des schulpolitischen Radikalismus“ gegründeten Gruppe „Aufbau“ aktiv. Im Mai 1919 wurde er zum Vorsitzenden des Vereins der Oberlehrer gewählt. Parteipolitisch organisierte er sich später in der DDP/Deutsche Staatspartei und war auch Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins, der im Mai 1921 aus dem Verein der Oberlehrer hervorging.<sup>6</sup>

1924 hatte sich die Situation im Hamburger Philologenverein verändert, Körners eher moderate Art gegenüber der Oberschulbehörde repräsentierte nicht mehr den ganzen Hamburger Philologenverein, in dem parteipolitisch größere Teile der Mitglieder der DNVP und der DVP sich nahestanden. Auf einer Versammlung des Hamburger Philologenvereins wurde Theodor Körner durch eine gemeinsame Aktion seines Kollegen Adolf Lindemann und dem zum rechten Flügel gewechselten Theodor Mühe<sup>7</sup> desavouiert. Mühe und Lindemann hatten auf der Versammlung am 4.3.1924 verhindert, einen Professor der Universität Hamburg auf Vorschlag von Theodor Körner in den Philologenverein aufzunehmen. Das Organ der in der „Gesellschaft der Freunde“ vorwiegend organisierten Volksschullehrer schrieb über eine „peinliche persönliche, Dr. Körner zugefügte Kränkung, als von Dr. Mühe dem von Dr. Körner empfohlenen Eintrittsgesuch des Professors der Pädagogik an der Hamburgischen Universität in den Philologenverein mit dem Hinweis Schwierigkeiten gemacht wurden, dass dieser Herr Mitglied der ‚Gesellschaft der Freunde‘ sei, wobei er von dem von Mühes Gnaden erwählten Dr. Adolf Lindemann, MdB, durch die Äußerung des Bedenkens unterstützt wurde, dass vielleicht dieser Universitätsprofessor gar nicht das examen pro facultas eines richtigen Oberlehrers gemacht

habe. Nur der selbstverständliche Verzicht des Professors der Pädagogik auf seinen Eintritt in den Verein unter solchen Umständen bewahrte die Philologenschaft davon, dass diese Angelegenheit erneut aus dem Tümpel der Lächerlichkeit herausgefischt werden musste, in die sie durch den neuen Kurs geraten war.“<sup>8</sup>

Dies war offenbar nur das Vorspiel für die Hauptversammlung und Vorstandswahlen des Hamburger Philologenvereins gewesen, auf der Theodor Körner nicht wieder als Vorsitzender antrat und Adolf Lindemann zum Vorsitzenden gewählt wurde, allerdings lediglich mit 175 gegen 125 Stimmen.<sup>9</sup> Lindemann hatte sich nach seiner Übersiedlung von Güstrow nach Hamburg dem Verein der Oberlehrer angeschlossen und in der Zeit von 1909 bis 1913 das Amt des Kassenführers bekleidet.<sup>10</sup>

Theodor Mühe warf Körner in der Hauptversammlung vor, „er sei als Deputationsmitglied der OSB den fortschrittlichen Lehrern zu wenig entgegengetreten“.<sup>11</sup>

Adolf Lindemann, der 1924 gleichzeitig für die DVP Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft war, hatte ein schulpolitisches Programm, das sich „im Großen und Ganzen mit dem des alten Vorstandes unter Theodor Körner“ deckte. Allerdings wolle der neue Vorstand „angesichts der Erfolglosigkeit Körners bei den Regierungsparteien jetzt aber im Vorfeld der Wahlen zum Reichstag am 4.5.1924 durch Fühlungnahme mit den Rechtsparteien seinen Zielen näherkommen. Dieses unklar ausgedrückte Fazit wurde ebenso wenig eindeutig belegt wie die Angabe über den angeblich großen Einfluss des neuen Vorsitzenden und (vorübergehenden) Parlamentariers Adolf Lindemann auf die DVP-Fraktion der Bürgerschaft“.<sup>12</sup>

In den neuen von Adolf Lindemann geführten Vorstand war Theodor Mühe als 2. Vorsitzender gewählt worden, mit ihm vor allem jüngere Mitarbeiter, darunter Willy Kowallek als erster Schriftführer, Berthold Ohm als Kassenwart und Karl Hahn als Beisitzer, alles Personen, die ich in den „Täterprofilen“ porträtiert habe.<sup>13</sup>

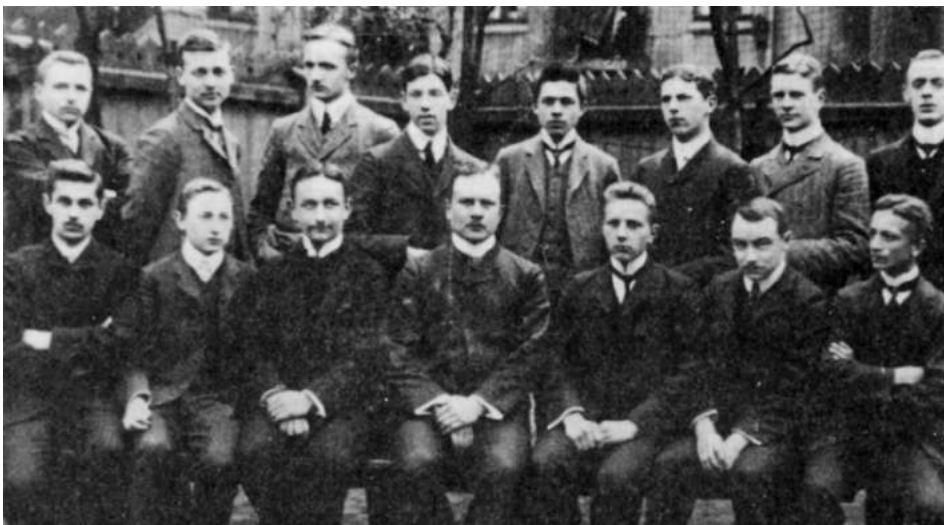
Zwar führt es vom Thema weg, gleichwohl lohnt es sich, die Auseinandersetzungen des Hamburger Philologenvereins und ihres Vorsitzenden Adolf Lindemann und auch seine Reden in der Hamburgischen Bürgerschaft als Abgeordneter der DVP aus schulpolitischen Gründen genauer in Augenschein zu nehmen. So hielt er in der Doppelsitzung der Bürgerschaft vom 25./26.6.1924 eine Rede zu dem Problem, dass immer mehr Schüler, die für die Anforderungen der höheren Schule ungeeignet waren, in diese Schulen drängten. Manches hat heute noch Aktualität:

„Hamburg sei dafür zu kritisieren, dass es über die Auslese hinaus auch solche Schüler in die höhere Schule aufnehme, welche lediglich infolge des Wunsches der Eltern in die höheren Schulen kommen. Er forderte weiter, Oberlehrerstellen nicht durch Funktionen in der Schulverwaltung zu besetzen und sie dadurch der Schule zu entfremden, wie es in einem nachweisbaren Falle geschehen sei. Praktiken dieser Art verschärften den Lehrermangel der höheren Schulen.“ Lindemann wies auch



darauf hin, dass es einen deutlichen Leistungsabfall in höheren Klassen gegeben habe und nannte als Grund dafür, „dass der größte Teil der Lehrer Kriegsdienst geleistet habe, als diese Schüler in die Schule kamen“.<sup>14</sup>

Adolf Lindemann, der erst 1924 als Nachrücker auf der DVP-Kandidatenliste in die Bürgerschaft gelangt war, zeigte dort durchaus eine gewisse Schlagfertigkeit. Als der SPD-Abgeordnete und Oberlehrer Kurt Adams in der Debatte Lindemanns Kompetenz bezweifelte, über die Volksschulen Aussagen zu treffen, konterte dieser: „Adams könne sich, so Lindemann, vielleicht an die schöne Zeit erinnern, als er vor ihm als knapp zehn Jahre jüngerer Schüler in der Oberrealschule Uhlenhorst gesessen habe. Er habe jedoch offensichtlich übersehen, ‚dass wir inzwischen alle weiter gelebt haben‘. Er, Lindemann habe seitdem fünf Jahre als Seminaroberlehrer im Volksschulwesen gewirkt und in dieser Zeit mehr Gelegenheit gehabt, sich mit der Volksschule zu befassen als Adams.“<sup>15</sup>



Adolf Lindemann in der Mitte seiner Klasse an der Oberrealschule Barmbek 1908; schräg links hinter ihm Kurt Adams.

Tatsächlich hatte der ehemalige Schüler von Adolf Lindemann den späteren beruflichen Werdegang seines früheren Lehrers nicht weiterverfolgt. Bedeutsamer an diesem Kontext ist allerdings, dass Kurt Adams 1929 Leiter der Hamburger Volkshochschule wurde und 1933, nach der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten, aus dem Hamburger Schul- und Staatsdienst entlassen wurde und später, 1944, von der Gestapo festgenommen und als Häftling in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht wurde, wo er noch im selben Jahr verstarb. Lindemann hingegen trat am 1.5.1933 der NSDAP bei, blieb Lehrer, wurde zum Oberstudienrat gefördert und war, wie erwähnt, eine zeitlang als Schulleiter eingesetzt, wenn auch

nur kommissarisch. Konnte 1924 in der Bürgerschaft noch diskutiert und gestritten werden, hörte das demokratische Leben 1933 auf und so unterschiedlich verliefen die weiteren Biografien.<sup>16</sup>

Ein permanentes Thema in den Jahren der Weimarer Republik war die unsichere Stellensituation und die fragile materielle Existenz der Lehrer im Bereich der Volksschulen, aber auch der staatlichen, höheren Schulen. Nach einer Statistik der Oberschulbehörde aus dem Jahre 1922 waren 25,8 Prozent der an den höheren Schulen beschäftigten Oberlehrer ohne feste Anstellung. Und auch Ende 1927 waren noch 22,7 Prozent aller Akademiker des höheren Schulwesens nicht fest angestellt. „Von den 180 nicht fest Angestellten waren 129 Männer, davon etwa 100 Kriegsteilnehmer, zu 50 Prozent verheiratet und zum Teil verschuldet. Sie waren über ihre Situation verbittert.“<sup>17</sup>

Somit war der Kampf um die Einstellung des Lehrernachwuchses sowohl für die „Gesellschaft der Freunde“ als auch für den Hamburger Philologenverein ein Dauerthema. „Es ging damals hoch her in den Mitgliederversammlungen des Hamburger Philologen-Vereines, und der würdige Vorsitzende, Herr Dr. Lindemann vom Wilhelm-Gymnasium, hatte alle Mühe, die erregten Gemüter zu beschwichtigen.“<sup>18</sup>

Keine leichte Situation für Adolf Lindemann, dessen Partei, die DVP, mittlerweile auch der Senatskoalition angehörte. Am Ende führte der erfolglose Kampf dazu, dass Lindemann 1932 als Vorsitzender des Philologenvereins abgelöst wurde und Theodor Mühe ihn ersetzte. Lindemann hatte erklärt, nach acht Jahren für eine weitere Kandidatur nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Uwe Schmidt vermutete: „Lindemanns Zurückhaltung könnte allerdings auch darin begründet sein, dass er ein halbes Jahr vor Beendigung seines Vorsizes zum stellvertretenden Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums gewählt worden war.“<sup>19</sup>

Die Wahl zum stellvertretenden Schulleiter war also noch in den letzten Zeiten der Selbstverwaltung erfolgt. Für Lindemann votierten 33 Kollegen bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen, ein sehr eindeutiges Ergebnis.<sup>20</sup>

Interessant ist, dass Lindemann nach Beginn der NS-Herrschaft auf der Liste der Schulleitungen der Hamburger Schulen vom 10.7.1933 nicht verzeichnet war, weder am Wilhelm-Gymnasium, noch an einer anderen höheren Schule.<sup>21</sup>

Adolf Lindemann war also seit dem 1.5.1933 Mitglied der NSDAP. In seinem Entnazifizierungsfragebogen schrieb er, „seit Auflösung der DVP“ und gab an, von 1934 bis 1938 Blockwart der NSDAP gewesen zu sein. Er wohnte damals in der Hartungstraße 15.<sup>22</sup>

Lindemann war 1934 Mitglied der NSV geworden, erst am 20.6.1942 dem NSLB beigetreten, im NS Reichsbund Leibesübungen fungierte er als Hamburger Sektionsführer des Alpenvereins.<sup>23</sup>

Mit Schreiben vom 23.11.1945 teilte ihm Schulsenator Landahl auf Anordnung der Militärregierung die sofortige Entlassung aus dem Beamtenverhältnis mit.<sup>24</sup>

Am 24.12.1945 wandte sich Lindemann an die Schulverwaltung und wies darauf hin, am 9. Oktober des Jahres „ein persönlich vom Herrn Bürgermeister gezeichnetes Schreiben“ bekommen zu haben, das ihn in den Ruhestand versetzte. Zwei Tage später habe er eine Abrechnung über das von ihm zu erwartende Ruhegehalt nach 43 Dienstjahren bekommen.<sup>25</sup>

Zu seinem Parteieintritt notierte Lindemann:

„In die Partei bin ich eingetreten, als 1933 die Deutsche Volkspartei, der ich zehn Jahre lang angehört hatte, sich auflöste und ihren Mitgliedern dringend den Übertritt empfahl. Ich konnte keine Bedenken haben, der Aufforderung zu folgen, da die Hitler-Regierung bereits von allen europäischen Staaten anerkannt und die Partei reichsgesetzlich zugelassen war. Zudem musste ein Masseneintritt bürgerlicher Kreise dahin wirken, dass unliebsame Übergangerscheinungen gedämpft wurden. Dem Drängen nach ‚Mitarbeit‘ gab ich nach und versah das Amt eines ‚Blockwarts‘, bei dem man damals im wesentlichen Kassenbote und Briefträger war und keinerlei politischen Einfluss hatte, wurden doch gerade die jüngsten Mitglieder damit betraut. Erst während meiner Tätigkeit erfolgte die Eingliederung des Blockwarts unter die Zahl der ‚politischen Leiter‘. Der übermäßigen körperlichen und zeitlichen Inanspruchnahme wegen erwirkte ich nach etwa zweieinhalb Jahren, dass mir das Amt wieder abgenommen wurde. In der Partei habe ich mich bemüht, Gegensätze zu mildern und Auswüchse zu beseitigen. Ich bin wohl der einzige Provinzialverbandsvorsitzende gewesen, der den Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes, den jüdischen Gymnasialdirektor Behrend, noch aufgesucht hat, nachdem er in Berlin, angeblich versehentlich, verprügelt worden war, und habe ihn in einer Vollsitzung unseres Verbandes gegen Anwürfe verteidigt, was mir sehr übel genommen wurde.“<sup>26</sup>

Lindemann wies darauf hin, dass er auch zu anderen jüdischen Bürgern stets einen guten und unterstützenden Kontakt gehabt habe und ständig in der Auseinandersetzung mit „Übergriffen der Hitlerjugend“ gestanden habe.<sup>27</sup> Damit unterschied er sich nicht von anderen Leitern der höheren Schulen, die sich niemals von der HJ ihre Autorität und ihre Kompetenzen beschneiden lassen wollten.

Zugleich wies Adolf Lindemann darauf hin, dass er im Gegensatz zu anderen keinen besonderen Karriere-Vorteil durch seine Parteimitgliedschaft gehabt habe. Seine beiden Nachfolger als Vorsitzende des Philologenvereins waren beide nach ihrer Funktionstätigkeit Oberschulräte geworden. Und: „Bei Besetzung der wieder eingeführten Direktorenstellen wurde ich als Volksparteiler übergangen.“<sup>28</sup>

Der Vorteil einer langjährigen Arbeit als Verbandsvorsitzender und in der Bürgerschaft war und ist der, einen guten Überblick zu haben. So konnte Adolf Lin-

demann darauf hinweisen, dass er im Vergleich zu anderen Kollegen, die weitaus schwerer NS-belastet waren als er selbst, ungleich härter behandelt bzw. bestraft wurde. Es hatte zwar nahezu etwas Denunziatorisches, war aber auch aus meiner Sicht inhaltlich berechtigt, wenn er zum Beispiel auf die Fälle von Oberschulrat Theodor Mühe, Oberschulrat Karl Züge, den Oberstudiendirektor Tomforde und den Studienrat Etzrodt verwies, die zum Teil die Pension ihrer durch die NSDAP verliehenen Ämter bekamen, während Lindemann um seine Pension kämpfen musste.<sup>29</sup>

Adolf Lindemann konnte einige Leumundszeugnisse vorlegen, das gewichtigste von einem verdienten Studienrat des Wilhelm-Gymnasiums, Richard Uetzmann, der niemals Mitglied der NSDAP gewesen war und nach eigener Aussage „nie aus seiner Ablehnung des Nationalsozialismus ein Hehl gemacht hat“, der im März 1946 über Lindemann schrieb:

„Er ist ein urvornehmer, etwas eigenwilliger, aber durch und durch ehrlicher, aufrechter und anständiger Charakter, der umso weniger Veranlassung hatte, sich gegen die Demokratie zu wenden, da er als Bürgerschaftsmitglied Träger der großen Koalition war, die Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten umfasste und Hamburg 1919–1932 sauber und demokratisch regierte. Das ganze Kollegium des Wilhelmgymnasiums empfand die Entlassung des pflichttreuen A. L. nach erfolgter Pensionierung und ehrenvollem Ausscheiden aus dem aktiven Staatsdienst als eine unverdiente Härte; ich glaube mich eins zu wissen mit den Herren, die Jahrzehnte lang mit ihm die Hamburger Jugend betreut haben, wenn ich die Bitte ausspreche, dem 66 Jahre alten Herren, der 40 Jahre lang immer mehr für Wissenschaft, Beruf und Volk getan, als die Beamtenpflicht verlangte, auch die äußere Anerkennung seiner Lebensarbeit nicht weiter vorzuenthalten und sein erneutes Gesuch um Gewährung der gesetzlichen Pension wohlwollend zu überprüfen.“<sup>30</sup>

In diese Richtung argumentierte auch der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen am 2.8.1946:

„Lindemann ist keineswegs schwerer belastet, als manche im Amt verbliebene Lehrkraft. In Anbetracht seiner langjährigen Dienste für Schule und Lehrerschaft wird die Gewährung der Versorgungsbezüge eines Studienrats als durchaus gerechtfertigt angesehen.“<sup>31</sup>

Nachdem Lindemann noch einmal Einspruch erhoben hatte, plädierte der Beratende Ausschuss am 24.3.1948 für die Überprüfung des Falles und sprach sich dafür aus, ihm die Pension eines Oberstudienrates zu gewähren.<sup>32</sup>

Entsprechend entschied dann der Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Rechtsanwalts Soll, der Lindemann die Pension eines Oberstudienrates zubilligte und ihn in Kategorie V einstuft.<sup>33</sup>

Adolf Lindemann starb am 7.12.1954.<sup>34</sup>

## Anmerkungen

- 1 Da von Adolf Lindemann im Staatsarchiv erstaunlicherweise keine Personalakte vorhanden ist, stammen die Daten aus dem Bestand des Wilhelm-Gymnasiums, StAHH, 362-2/30\_142
- 2 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1880 bis heute. Hamburg 1999, S. 164.
- 3 Ebd.
- 4 StAHH, 362-2/30\_142
- 5 Schmidt 1999, S. 126f. Zu den Gremien der Selbstverwaltung der Hamburger Schulen siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Schule ohne Vorgesetzte. Geschichte der Selbstverwaltung der Hamburger Schulen von 1870–1986, Hamburg 1992.
- 6 Siehe dazu Körners Personalakte, StAHH, 361-3\_A 1527 sowie: Schmidt 1999, S. 133 ff.
- 7 Siehe die Biografie Theodor Mühe, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 371 ff.
- 8 HLZ 17/1924, S. 266.
- 9 Schmidt 1999, S. 158.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Schmidt 1999, S. 159.
- 13 Siehe dazu die Biografie Berthold Ohm in: de Lorent 2016, S. 575 ff; die Biografien Kowallek und Hahn in diesem Band.
- 14 Stenografische Berichte der Hamburgischen Bürgerschaft 1924, S. 355 ff. zitiert nach Schmidt 1999, S. 166f.
- 15 Schmidt 1999, S. 167f.
- 16 Siehe John Hopps Biografie von Kurt Adams: „Hiermit fängt unser Ende an“, in: Ursel Hochmuth/ Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 152 ff.
- 17 Schmidt 1999, S. 173f.
- 18 Schmidt 1999, S. 177.
- 19 Schmidt 1999, S. 283.
- 20 Ebd.
- 21 de Lorent 2016, S. 32.
- 22 Entnazifizierungsakte Lindemann, StAHH, 221-11\_Ed 8577
- 23 Ebd.
- 24 Schreiben vom 23.11.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 25 Schreiben vom 24.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Siehe dazu die Biografien Theodor Mühe, a. a. O.; Karl Züge, in: de Lorent 2016, S. 385 ff. und die Biografien Albert Tomforde und Willi Etzrodt in diesem Band.
- 30 Schreiben aus dem März 1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 31 Beratender Ausschuss vom 2.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Beratender Ausschuss vom 24.3.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 33 Berufungsausschuss 17 für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 21.4.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 34 Schmidt 1999, S. 283.

## Paul Cassun

**„Ein kriegsblinder Lehrer, der ein sehr aktiver und enthusiastischer Nationalsozialist war und sich leidenschaftlich propagandistisch betätigte.“**

Ein außergewöhnlicher Fall war Paul Cassun. 1910 bestand er die Aufnahmeprüfung zum Lehrerseminar in Hamburg, meldete sich als Freiwilliger mit 21 Jahren zum Kriegsdienst. Nach zwei Jahren verlor er in der Somme-Schlacht durch eine schwere Verwundung am Kopf sein Augenlicht. Nach dem Lazarettaufenthalt setzte er die Hamburger Lehrerseminarausbildung fort und war der erste „Kriegsblinde“, der in seiner Heimatstadt als Volksschullehrer eingestellt wurde. Später wurde Paul Cassun als Autor niederdeutscher Hörspiele und launiger Texte bekannt. Wenig Information gab es nach 1945 darüber, dass Cassun als NS-Aktivist am 3.9.1945, 50-jährig, mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand versetzt wurde, nachdem seine Propagandatätigkeit für die Nationalsozialisten bekannt geworden war.

Als Paul Cassun am 24.5.1960 seinen 65. Geburtstag feierte, war dies den Hamburger Zeitungen eine Nachricht wert. Das „Abendblatt“ schrieb:

„In Volksdorf wird heute, 24. Mai, der kriegsblinde Autor Paul Hinrich Cassun 65 Jahre alt. Der gebürtige Hamburger hatte 1916 in der Somme-Schlacht das Augenlicht verloren; seine spätere Einstellung als Volksschullehrer in der Vaterstadt hat manchen anderen Blinden in Deutschland den Berufsweg geöffnet. Nach 25jährigem Wirken als Lehrer widmete sich Cassun ganz seinen schriftstellerischen Neigungen und hat vor allem auf dem Gebiet des Hörspiels Erfolge errungen. Er arbeitete segensreich in der Fürsorge für die Kriegsoffer und erwarb, beispielgebend, als erster Blinder das Goldene Sportabzeichen.“<sup>1</sup>

Da dies nur ein Teil der Geschichte ist, lohnt es sich, den Lebensweg von Paul Cassun nachzuzeichnen. Er wurde am 24.5.1895 als ältester Sohn des Bahnarbeiters Heinrich Friedrich Cassun in Hamburg-Hamm geboren. Nach Besuch der Volksschulen Sachsenstraße und Norderstraße bestand er Ostern 1910 die Aufnahmeprüfung für das Lehrerseminar Steinhauerdamm 10, das er fortan besuchte. Am 24.8.1914 meldete er sich als Freiwilliger zum Kriegsdienst und wurde Anfang Oktober eingezogen. In seinem handschriftlichen Lebenslauf notierte er:

„Nachdem ich fast zwei Jahre im Westen gekämpft hatte, wurde ich am 18. August 1916 in der Somme-Schlacht durch Gewehr-Granate am Kopf schwer verwundet und verlor mein Augenlicht. Vom Felde aus war ich im Mai 1915 zur Ablegung der Seminar-Abschluss-Prüfung, die ich am 20. Mai des Jahres bestand, be-

urlaubt. Von Ostern 1917 an bis zum Beginn der großen Ferien habe ich mich unter den veränderten Bedingungen an der Seminarschule Wallstraße eingearbeitet. Am 21. Juli 1917 habe ich mich mit Fräulein Paula Brendel aus Bergedorf verheiratet.“<sup>2</sup>

Es war keine Selbstverständlichkeit, dass Paul Cassun als blinder Lehrer nach seiner Ausbildung in den Schuldienst übernommen wurde. Hilfreich war für ihn das Schreiben des Leiters der Augenklinik und gleichzeitig des Düsseldorfer Blindenlazaretts, Dr. Kuffler, der sich am 27.10.1916 an die Oberschulbehörde in Hamburg wandte:

„In meiner Behandlung befindet sich der kriegsfreiwillige Unteroffizier Paul Cassun. Der Genannte hat während des Feldzuges die Abgangsprüfung am Hamburgischen Lehrerseminar bestanden. Herr C. ist durch Kriegsverletzung an beiden Augen erblindet. Er erlernt gegenwärtig in dem von mir geleiteten Düsseldorfer Blindenlazarett das Lesen und Schreiben der Blindenvollschrift und Kurzschrift, sowie der Blindennotenschrift und das Schreiben auf der gewöhnlichen Schreibmaschine. Herr C. hegt den sehr begreiflichen Wunsch, späterhin in dem vor dem Kriege gewählten und erlernten Beruf wirken zu können. Da, soweit mir bekannt ist, im Hamburgischen Staatsdienste bereits ein erblindeter Volksschullehrer sein Amt weiter ausübt, so gebe ich mich der Hoffnung hin, dass die Hamburgische Schulbehörde auch dem Wunsche meines Patienten wohl geneigt gegenübersteht. Ich darf bei dieser Gelegenheit wohl darauf hinweisen, dass bereits an mehreren Stellen des Reiches kriegserblindete Volksschullehrer Wiederverwendung gefunden haben. Wenn ich auch nicht erwarten darf, dass die Hamburgische Oberschulbehörde jetzt bereits eine endgültige Entscheidung über das Schicksal des Kriegserblindeten Cassun trifft, so wäre es doch außerordentlich dankenswert, wenn dem Genannten durch Inaussichtstellung einer Wiedereinstellung der Mut zu weiterer Arbeit noch gehoben werden könnte.“<sup>3</sup>

Die Sektion für das Volksschulwesen der Oberschulbehörde in Hamburg beschäftigte sich am 23.11.1916 mit dem Schreiben des Arztes von Paul Cassun. Im Protokoll wurde dazu festgehalten:

„Der Herr Referent berichtet über die Personalien des Abiturienten und empfiehlt unter Hinweis auf den im Volksschulwesen bereits mit gutem Erfolge wirkenden erblindeten fest angestellten Lehrer Falius, von einer Einstellung des Cassun als Hilfslehrer zwar vorderhand noch abzusehen, ihn aber hier zunächst als Vertreter zu beschäftigen. Dann könnte Cassun, der bis dahin noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich als Lehrer praktisch zu betätigen, auf diesem Wege der Behörde seine Befähigung zur Ausübung des Lehramtes nachweisen und, falls er hierin Befriedigendes leiste, später als Hilfslehrer eingestellt werden.“<sup>4</sup> Dies wurde seinem Arzt Dr. Kuffler mitgeteilt.

Paul Cassun wurde im August 1917 probeweis als Vertreter der Knaben-Volksschule Roßberg 45 zugeteilt, „mit der Absicht, ihm, wenn er sich in seinen Berufe bewähre, zur Anstellung als Hilfslehrer und später zur festen Anstellung zu bringen“. Am 18.4.1918 schrieb Schulinspektor Gronemann einen erster Bericht über ihn:

„Die räumliche Zurechtfindung macht ihm keine Schwierigkeit. Er unterrichtet als Fachlehrer in den Mittel- und Oberklassen in Gesang, Geschichte, Religion und Lesen. Bei Aneignung des Lehrstoffes bedient er sich der Blindenschrift oder der Vermittlung seiner Frau. Er beherrscht den Lehrstoff vollständig. Augenblicklich überträgt er das an unseren Schulen gebrauchte Lehrbuch für den englischen Unterricht in die Blindenschrift, um sich in die Lage zu setzen, auch den englischen Unterricht zu erteilen. Die Korrektur schriftlicher Arbeiten, die er bisher noch nicht ausgeführt hat, gedenkt er mithilfe seiner Frau bewältigen zu können. Er bringt den Unterrichtsstoff in durchaus genügender Weise an die Kinder heran und bedient sich mit gutem Erfolge der entwickelnden Frageform. Er orientiert sich sehr schnell über den Sitzplatz und die Namen der Kinder. Diejenigen Schüler, die seine Fragen beantworten können, machen sich durch ein leise gesprochenes ‚Ich weiß‘ bemerkbar, und das feine Gehör des Lehrers stellt eine genügende Verbindung zwischen ihm und den Schülern her. Da er mit der Beherrschung des Stoffes eine natürliche Unterrichtsgabe und einen frischen, warmen Lehrton verbindet, so sind seine Leistungen durchaus befriedigend und kommen in manchen Stücken denen eines guten vollsinnigen Lehrers gleich. Auch das Anschauungsmaterial für den Unterricht, zum Beispiel Karten, Anschauungsbilder und dergleichen, weiß er, nachdem er sich mit demselben durch Vermittlung seiner Frau vertraut gemacht hat, gut zu benutzen. Er sucht und findet Mittel, trotz seiner Blindheit mit den Schülern in anschaulichen Verkehr zu treten; zum Beispiel hat er aus Lederstreifen ein Liniensystem hergestellt, auf dem er nach richtigem Abtasten einen an einem Stab befestigten Notenkopf wandern lässt. Die Disziplin macht ihm keine Schwierigkeiten, da er die Schüler durch den Unterrichtsstoff und den Lehrton zu fesseln weiß und da diese durchaus willig sind, auf sein körperliches Gebrechen, das er sich im Dienst für das Vaterland zugezogen hat, Rücksicht zu nehmen. In einer Unterklasse, in der er anfangs auch unterrichtete, war es weniger gut mit der Zucht bestellt, einerseits, weil er selbst nicht genügend zu dem Vorstellungskreis der Kleinen hinabsteigen kann, andernteils, weil den Kleinen noch nicht die Einsicht und der Wille beizubringen ist, die Unzulänglichkeit des Lehrers durch größeres Entgegenkommen auszugleichen. Ein Ordinariat kann dem erblindeten Lehrer nicht übertragen werden; auch bei der Zuweisung der Lehrfächer verlangt sein Zustand weitgehende Rücksichtnahme. Er kann daher nur in ein größeres Kollegium hineingestellt werden, das bereit ist, ihm Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. An solcher Bereitwilligkeit hat es hier an keiner Stelle gefehlt.“<sup>5</sup>



Am 6.12.1918 bat Paul Cassun darum, ihn wie andere Lehrer seines Jahrgangs nunmehr als Hilfslehrer einzustellen und entsprechend zu besolden, da er „die feste und ehrliche Überzeugung gewonnen habe, dass ich in der Schule meinen Mann stehe“.<sup>6</sup> Er wies dabei darauf hin, dass er außerdem Frau und Kind ernähre.

Auch Schulinspektor Gronemann war der Auffassung, dass Paul Cassun sich völlig bewährt habe. Und somit wurde in der Oberschulbehörde beschlossen, Cassun zum 1.1.1919 „als Hilfslehrer mit dem gesetzlichen Gehalt im Volksschulwesen anzustellen“.<sup>7</sup>

Am 14.5.1920 stellte Paul Cassun den Antrag, ihn zur zweiten Lehrerprüfung zuzulassen. Er verwies darauf, dass er neben seiner Praxis als Hilfslehrer an der Universität an Vorlesungen der philosophischen Fakultät teilgenommen habe. Er schrieb: „Neben meinen Fachstudien beschäftigte ich mich hauptsächlich mit der Methodik des Deutsch- und Geschichtsunterrichts sowie mit der Frage, inwieweit es der Schule möglich ist, den Charakter der Schüler zu bilden. Von besonderem Interesse waren mir dabei die amerikanischen Versuche, die Selbstverwaltung der Schüler betreffend.“<sup>8</sup>

Paul Cassun bestand auch diese Prüfung und wurde anschließend mit Wirkung vom 1.4.1920 an der Schule Roßberg 45 fest angestellt.<sup>9</sup>

In den folgenden Jahren stand Paul Cassun in Kommunikation mit dem Wohlfahrtsamt sowohl um eine Militärrente als auch wegen der Kostenübernahme eines sehenden Vorlesers, den er für seine Arbeit in Anspruch nehmen musste. Beides wurde ihm gewährt.<sup>10</sup>

Parallel zur Unterrichtsarbeit war Paul Cassun schriftstellerisch und publizistisch aktiv. Als er 1945 im Entnazifizierungsverfahren seine Mitgliedschaften und Aktivitäten dokumentieren musste, wurde deutlich, was er in der Zeit seit 1926 alles veröffentlicht hatte. Politisch war er schwer belastet, da er am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten war und seit 1933 dem Korps der Politischen Leiter angehörte.<sup>11</sup> Er war Mitglied in der NSV seit 1934, dort „Leiter der erblindeten Krieger, Mitglied der in der NSKOV (Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung), dem NSLB und dem Reichskolonialbund. Politisch aktiv war er in der Kulturgemeinde Volksdorf.“<sup>12</sup>

Zumindest 1935 nahm Paul Cassun vom 10. bis zum 17. September am Reichsparteitag der NSDAP teil, wie seiner Personalakte zu entnehmen ist.<sup>13</sup>

Cassun versuchte seine schriftstellerischen Aktivitäten zu verharmlosen und durch einen geschickten Aufbau der Zusammenstellung Beiträge mit großer Akzeptanz in den Vordergrund zu stellen und die nationalsozialistischen Propaganda-Aktivitäten zu kaschieren. Die Liste seiner mit dem Entnazifizierungsfragebogen eingereichten Veröffentlichungen war schon 1945 beachtlich. So stellte er fest:

„Als Leiter der Kriegsblindenorganisation schrieb ich in den Jahren 1926–35

regelmäßige Aufsätze für die Zeitschrift ‚Der Kriegsblinde‘, Organ des Bundes erblindeter Krieger. Aufsätze sozialpolitischen und blindentechnischen Inhalts, lyrische Gedichte, die aus der seelischen Kraft des eigenen Schicksals gestaltet sind. Die Zeitschrift brachte außerdem eine Reihe von Buchbesprechungen und Theaterkritiken von mir. Bei Ullstein 1930 ‚Brief eines Kriegsblinden‘ in der Schrift ‚Kampf um Remarque‘“. Dann wies Cassun auf weitere Veröffentlichungen im „Hamburger Echo“ hin. Besonders erwähnte er dabei eine „scharfe Attacke gegen Pastor Wehrmann, der in seinem Konfirmandenunterricht Heinrich Heine als Schwein bezeichnet hatte“.<sup>14</sup>

Außerdem stellte er dar, 1931 und 1932 regelmäßig Artikel im „Hamburger Fremdenblatt“ und im „Hamburger Anzeiger“ sowie ab 1933 dem „Hamburger Tageblatt“ geschrieben zu haben. Thematisch sprach er von „Lokalberichterstattungen“ und „Tagesberichterstattung vorwiegend Artikel heimatkundlichen Inhalts und Rezensionen über künstlerische Veranstaltungen“. Dann erwähnte er: „Von 1943–45 Herausgeber und größtenteils Verfasser der vom Kreis Wandsbek in der NSDAP herausgegebenen ‚Volksdorfer Feldpost‘, die in einer Auflage von 3000 Stück an alle Volksdorfer Soldaten ging.“<sup>15</sup>

Und letztendlich vermerkte Paul Cassun: „In meiner Eigenschaft als Begründer und Leiter des Künstlerkreises Walddörfer eröffnete ich die Kunstausstellungen 1939–40, 41, 42 und 43 mit Ansprachen über Sinn und Aufgaben künstlerischen Schaffens. Ähnliche Ansprachen der von mir geleiteten Volkshochschule Hamburg, Abteilung Walddörfer.“ Hier behauptete Cassun: „Politische Gedanken waren in keiner dieser Ansprachen enthalten. Eine schriftliche Ausarbeitung hat nie einer meiner Reden zugrunde gelegen, sodass ich auch dafür keine Unterlagen mehr besitze.“<sup>16</sup>

Am 10.8.1945 wandte sich Paul Cassun an Oberschulrat Fritz Köhne mit der Bitte um ein Gespräch: „Die gegenwärtigen Zeitumstände, die auch für mein persönliches Schicksal von einschneidender Bedeutung sind, veranlassen mich, Sie, als meinen langjährigen Schulrat, um eine Unterredung zu bitten. Es ist in den 30 Jahren meines Wirkens im hamburgischen Schuldienst das erste Mal, dass ich mich an meinen Schulrat wende. Bislang verlief mein Wirken im Erzieherberuf, dem ich aus innerer Berufung anhänge, so zielklar, dass ich niemals Veranlassung fühlte, meine Vorgesetzten zu bemühen. Jetzt brauche ich Ihren Rat, – nur Ihren Rat.“<sup>17</sup>

Fritz Köhne, von erheblicher Mitmenschlichkeit, dessen Empathie und Verständnis auch für manch schwer belasteten Nationalsozialisten groß war, konnte Paul Cassun auch nicht helfen, weil dessen Verstrickung in die Propaganda des nationalsozialistischen Regimes offenbar erheblich und gut dokumentiert war. Auf

Anordnung der Britischen Militärregierung vom 13.9.1945 wurde Paul Cassun aus dem Schuldienst entlassen und unmittelbar darauf von dem neuen Schulsenator Heinrich Landahl mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand versetzt.<sup>18</sup>

Cassun legte gegen diese Zwangspensionierung keinen Widerspruch ein und bemühte auch keine Rechtsanwälte, seine Interessen zu vertreten. Dass massives, kompromittierendes Material gegen Paul Cassun vorlag, geht aus einem Vermerk hervor, den Schulrat Gustav Schmidt für Senator Landahl aufsetzte, der sich in englischer Sprache mit Datum vom 27.2.1946 in Cassuns Entnazifizierungsakte befindet. Darin heißt es übersetzt:

„Der Lehrer Paul Cassun wurde am 13. September 1945 auf Anordnung der Militärregierung pensioniert. Danach bekam die Schulverwaltung einige Fakten zur Kenntnis, die belegen, dass Cassun ein sehr aktiver und enthusiastischer Nationalsozialist war, der sich leidenschaftlich propagandistisch politisch betätigte.“<sup>19</sup>

Dies dürfte im Kontext mit den Reden und Veröffentlichungen von Paul Cassun gestanden haben. Vermutlich war man in der „Volksdorfer Feldpost“ fündig geworden, die Cassun herausgegeben hatte und deren Hauptverfasser er gewesen war.

Am 15.12.1947 gab es noch einen internen Vermerk in der Schulbehörde, aus dem hervorgeht, dass die Militärregierung es bei der ausgesprochenen Zwangspensionierung beließ und diese nicht in eine Entlassungsanordnung umgewandelt worden war. Möglicherweise war dies darauf zurückzuführen, dass Rücksicht auf Paul Cassuns Kriegsblindheit genommen wurde.

In sämtlichen späteren Veröffentlichungen der Hamburger Zeitungen wurde die Verstrickung von Paul Cassun in den Nationalsozialismus kein einziges Mal erwähnt. Seine schriftstellerischen Tätigkeiten und seine Kriegsblindheit standen dabei stets im Vordergrund, die den Journalisten und der Öffentlichkeit Respekt abnötigten.

So schrieb beispielsweise die „Welt“ am 18.8.1949 unter der Überschrift „Der blinde Lehrer“:

„Lehrer kann nur der werden, der sich im Vollbesitz aller geistigen körperlichen Kräfte befindet. Dieser Satz stand drohend vor dem jungen Seminaristen, der 1916 in der Somme-Schlacht sein Augenlicht verlor. Ein Jahr später wurde er trotzdem in den Hamburger Schuldienst aufgenommen, weil er durch außergewöhnliche Willenskraft seine körperliche Behinderung überwunden hatte. Paul Cassun war der erste kriegsblinde Lehrer in Deutschland und hat fast 30 Jahre in Volksdorf gewirkt. Seine Fächer waren Geschichte, Musik, Gesang und Englisch. Während des letzten Krieges übernahm er den Posten eines Klassenlehrers und gab zusätzlich Unterricht in Deutsch, Rechnen, Mathematik und sogar in Physik. Unter Assistenz von zwei intelligenten Schülern wurde experimentiert, geknallt und gekocht. Seine

Schüler wurden über das Klassenziel hinaus geführt, die Disziplin war vorbildlich, und oft haben die Kinder bis zum vierten Schuljahr nicht gewusst, dass ihr Lehrer blind war. Was er nicht sah, hat er gehört. Paul Cassun ist alter Sportler. 1913 war er als Leichtathlet für die Olympiade ausersehen. Der Krieg machte ihm einen Strich durch die Rechnung; aber auch nach seiner Erblindung hat er sich sportlich betätigt. Eine außergewöhnliche Leistung vollbrachte er als 40-jähriger mit der Erbringung des goldenen Reichssportabzeichens. Die Bedingungen – Kugelstoßen, 400 Meterlauf, 300 m Schwimmen, Weitsprung aus dem Stand und 25 km Gepäckmarsch – erfüllte er spielend. Seine Absicht, gelegentlich einer Ferienreise den Bodensee bei Meersburg zu durchschwimmen, gab er nach anderthalb Stunden auf. Dem Wassersport gehört neben dem Turnen seine große Liebe. Sein Sommerwunsch ist, sich als Schwimmer in der Ostsee auszutoben.“<sup>20</sup>



Paul Cassun, im Ersten Weltkrieg erblindet, schriftstellerisch tätig, 1960

Und auch die Veröffentlichungen zu seinem 65. Geburtstag, den er am 24.5.1960 feierte, erwähnten nicht, was ihn nach Ende der NS-Herrschaft belastete. Die „Welt“ löste den neuen Lebensabschnitt ab 1945 mit dem Satz: „Nachdem er ein Vierteljahrhundert im öffentlichen Schuldienst gestanden hatte, widmete er sich ganz der Schriftstellerei.“<sup>21</sup> Dass dies nicht ganz freiwillig geschah, wusste möglicherweise nicht einmal der Redakteur.

Auch das „Hamburger Echo“ feierte den 65-jährigen Paul Cassun unter der Überschrift „Ein Mensch mit großer Willenskraft“ und schrieb über die Anfangszeit des blinden Lehrers Paul Cassun:

„Der Schuldirektor verlangte von ihm, dass seine Frau – die ihm immer helfend zur Seite stand – in der Unterrichtsstunde für die nötige Stille und Ordnung Sorge. Man glaubte, dass sich ein blinder Lehrer nicht durchsetzen könnte. Cassun sagt heute dazu: ‚Ein Lehrer kann sich ohne Persönlichkeit bei den Schülern niemals durchsetzen‘ – und er bewies den Schülern und der Schulleitung, dass er Persönlichkeit besaß. Und er zeigte auch damit, dass für ihn ein Weg aus der eisernen Umklammerung des Schicksals hinaus führte.“<sup>22</sup>

Paul Cassun hatte offenbar seine Lebensfreude niemals verloren. Er wurde in den Zeitungen als ein „lebensfroher Künstler“ bezeichnet, dessen Hörspiele, Schauspiele und Gedichte stets humorig waren und den Lebensmut stärkten. Das Barbock-Buch von Paul Cassun, in dem die Lebensfreude und das Trinken eine große Rolle spielen, gibt es auch einen Lied-Text mit der Überschrift „Mit blauen Dragonen, auf dem Barbock zu singen“, dem Barhocker, könnte man auch sagen:

„Die Barbockreiter, sie reiten  
mit klingenden Gläsern Galopp.

Sie stürmen durch die Nächte,  
stellen die Welt auf den Kopp,  
stellen die Welt auf den Kopp.

Die wiehernde Lache, sie kullert  
frivol über Theke und Tun.

Die Barfrau lächelt milde,  
ist gegen dergleichen immun,  
ist gegen dergleichen immun.

Morgen, da brummt uns der Schädel,  
das schiert uns ja heute einen Dreck.

Heute, mein liebstes Mädels,  
küssst du die Sorgen mir weg,  
küssst du die Sorgen mir weg.

Die Barbockreiter, sie reiten  
mit klingenden Gläsern sich duhn.

Die Frauen sie begleiten,  
da sie dasselbige tun,  
da sie dasselbige tun.“<sup>23</sup>

Willenskraft und Humor bescherten Paul Cassun ein langes Leben.  
Er starb am 11.8.1989.<sup>24</sup>

## Anmerkungen

- 1 „Hamburger Abendblatt“ vom 24.5.1960.
- 2 Lebenslauf in der Personalakte Paul Cassun, StAHH, 361-3\_57861 (Abl. 2005/01)
- 3 Schreiben vom 27.10.1916, Personalakte a. a. O.
- 4 Protokollauszug der Oberschulbehörde, Sektion für das Volksschulwesen vom 23.11.1916, Personalakte a. a. O.
- 5 Vermerk von Schulinspektor Gronemann vom 18.4.1918, Personalakte a. a. O.
- 6 Schreiben vom 6.12.1918, Personalakte a. a. O.
- 7 Protokollauszug der Sektion für das Volksschulwesen in der Oberschulbehörde vom 28.12.1918, Personalakte a. a. O.
- 8 Gesuch vom 14.5.1920, Personalakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 Personalakte a. a. O.
- 11 Entnazifizierungsakte Cassun, StAHH, 221-11\_Ed 2627
- 12 Ebd.
- 13 Personalakte a. a. O.
- 14 Auflistung „Meine schriftstellerische Arbeit“, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Schreiben vom 27.2.1946, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 20 „Welt“ vom 18.8.1949, StAHH, 731-8\_A 753 Cassun, Paul
- 21 „Welt“ vom 24.5.1960, StAHH, 731-8\_A 753 Cassun, Paul
- 22 „Hamburger Echo“ vom 23.5.1960, StAHH, 731-8\_A 753 Cassun, Paul
- 23 Paul Cassun: Das Bar-Bock-Buch, Hamburg 1965, S. 27.
- 24 Personalakte a. a. O.

## Ferdinand Dannmeyer

**„Er hat stets einen übertriebenen Tätigkeitsdrang besessen. So meldete er sich auch 1933 zur NSDAP und zur SA, trotzdem er wissen musste, dass Freimaurer allgemein abgelehnt wurden.“**

Die Verbindung von Oberlehrern an Hamburgs höheren Schulen, die naturwissenschaftliche Fächer unterrichteten, mit Forschungsarbeiten außerhalb der Schule, die wissenschaftliche Relevanz hatten, repräsentiert der Physiker und Mathematiker Ferdinand Dannmeyer. Seine Schaffenskraft außerhalb des Unterrichts war enorm. So leitete er nebenberuflich seit 1922 das „Institut für physikalisch-biologische Lichtforschung“, das insbesondere für die Seefahrt, aber auch für die Medizin und Krebsforschung von Bedeutung war. 1933 trat Dannmeyer in die NSDAP und die SA ein, vorher war er seit 1920 DNVP-Mitglied gewesen. Als langjähriges Mitglied der Loge „Vom Fels zum Meer“ geriet Dannmeyer in Konflikte und Parteigerichtsverfahren, da er über diese Mitgliedschaft und den Zeitpunkt des Austritts aus der Loge nach Ansicht der NSDAP falsche Angaben gemacht hatte. Diese Parteigerichtsverfahren legten viele Interna offen, die sonst niemals bekannt geworden wären. Eine schillernde Persönlichkeit.

Ferdinand Dannmeyer wurde am 26.8.1880 in Kiel-Gaarden als Sohn eines Volksschulrektors geboren. Er ging in Hamburg zur Schule und bestand an der Oberrealschule vor dem Holstentor 1900 die Reifeprüfung. Das Studium der Physik und Mathematik absolvierte er an den Universitäten in Gießen und Kiel. 1904 war er in Mathematik promoviert worden und hatte 1905 das Staatsexamen abgelegt.<sup>1</sup>

Zur Ausbildung wurde er an die Oberrealschule auf der Uhlenhorst überwiesen. Dort „wurde er begeisterter Gefolgsmann und Mitarbeiter des bekannten Schul-Physikers Prof. Dr. Grimsehl: sein besonderes Interesse galt der Verwirklichung des damals aufkommenden physikalischen Werk-Unterrichts in der Schule, mit dem Ziel, die Selbständigkeit der Jugend anzuregen und im Unterricht nutzbar zu machen.“<sup>2</sup>

Das zweite Ausbildungsjahr absolvierte Dannmeyer an der höheren Stadtschule in Cuxhaven, „wo er für sein ganzes Leben entscheidende Anregungen empfing“.<sup>3</sup> Hier lernte er die Tochter des Marinedirektors Julius Marxen kennen, Wilhelmine Marxen, die er 1909 heiratete.<sup>4</sup> Durch Vermittlung seines Schwiegervaters „kam er in nahe Verbindung mit dem Leuchtfeuerwesen, wobei er die Bedeutung und Probleme des Lichtes praktisch kennenlernte. 1910 wurde er zum Studium des Werkunterrichts in mehrere Städte bis nach Wien entsandt. In Hamburg richtete er gemeinsam mit seinem Freund, dem späteren Oberstudiendirektor Dr. O. Hartleb,

Kurse ein für den Selbstbau physikalischer Unterrichts-Apparate. In einem Aufsatz in der von seinem Kollegen, dem späteren Oberschulrat Carl Götze gegründeten und geleiteten Zeitschrift ‚Der Saemann‘ finden wir D.’s lebenslängliche pädagogische Leitlinie, die Arbeitsfreude der Schüler sei das Maß für den Wert einer neuen Unterrichtsmethode.“<sup>5</sup>

Dannmeyer arbeitete erst einmal ein Jahr an der Privatschule Wichmann in der Johnsallee, ab 1912 an der Staatlichen höheren Mädchenschule Hansastraße, der späteren Studienanstalt Hansastraße, aus der 1927 die Helene-Lange-Schule hervorging. Dort war auch Ottomar Hartleb als Oberlehrer tätig.<sup>6</sup>



Mädchenklasse der späteren Helene-Lange-Schule mit Lehrer Dannmeyer, 1920

1922 wechselte Dannmeyer an die Anton-Rée-Realschule und ab dem 1.4.1925 war er als Physik- und Mathematiklehrer an der Oberrealschule an der Bogenstraße tätig.<sup>7</sup>

Zwischenzeitlich wurde Ferdinand Dannmeyer am 20.3.1915 „zu den Fahnen einberufen“, wie er es in seiner Personalakte formulierte. Dort erhielt er bis zu seiner Entlassung aus dem Heeresdienst am 29.11.1918 die Beförderung zum Leutnant.<sup>7</sup>

Ferdinand Dannmeyer lebte in Groß-Borstel. Das sollte noch eine Bedeutung bekommen. Dort war er mit dem Reformpädagogen, Schulleiter und späteren Oberschulrat für den Volksschulbereich, Carl Götze, bekannt und auch mit dem Meteorologen und Polarforscher Johannes Georgi (1888–1972), mit dem er zusammen auf Island geforscht hatte und in der „Gesellschaft der Freunde Islands“ in Ham-

burg tätig war. Georgi verfasste 1959 einen ausführlichen Nachruf, der die wissenschaftliche Tätigkeit von Ferdinand Dannmeyer beleuchtete und der als Sonderdruck des „Groß-Borsteler Boten“ veröffentlicht und Schulsenator Heinrich Landahl überreicht wurde.<sup>8</sup>

Johannes Georgi schrieb, dass Dannmeyer seinem Schwiegervater Julius Marxen „wohl die entscheidende Hinwendung des Interesses zum Seewesen verdankt, die ihn als Physiker sich zunächst 1912 mit der möglichen Verbesserung der Reichweite des Leuchtfeuers von ‚Elbe I‘ befassen ließ. Im Ersten Weltkrieg gehörte er als Mathematiker der Artillerie-Prüfungskommission an und wurde als Kommandant einer neuartigen, auf Kähnen montierten Langrohr-Batterie auf den flandrischen Kanälen eingesetzt.“<sup>9</sup>

Dannmeyers Spezialgebiet war allerdings die Erforschung von Lichtquellen und deren Anwendung in der Medizin:

„Das Studium der elektrischen Lichtquellen hatte ihn auf die große Bedeutung der ‚ultravioletten‘ Strahlen (oder UV genannt) für die menschliche Gesundheit gestoßen, deren Erforschung er sich von 1920–30 neben seiner vielseitigen Unterrichtstätigkeit widmete. Damals bildete die ‚englische Krankheit‘ oder Rachitis eine wahre Volksseuche; in Zusammenarbeit mit dem Industriephysiker Dr. F. Skaupy, entwickelte D. die erste Wärme- und UV-Strahlung aussendende Glühlampe ‚Vitalux‘, die in der Folge bei Osram weiterentwickelt wurde zu der bekannten ‚Ultra-Vitalux‘-Bestrahlungslampe. Mit dem Physiker Dr. Rüttenauer zusammen entwickelte er besondere ‚Räume künstlichen Sonnenscheins‘ für Tbc-Behandlung und -Vorbeugung bei Kindern. Dannmeyer warb aktive Angehörige verschiedener Fachrichtungen, selbst im Ausland, zu ehrenamtlicher Mitarbeit innerhalb einer gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeitsgruppe, die als ‚Institut für physikalisch-biologische Lichtforschung‘ von 1919 bis zum Beginn des 2. Weltkrieges 1939 mit Unterstützung durch den Hamburger Staat und die hiesige Wirtschaft, aber auch dank großer finanzieller Opfer von Dannmeyer selbst eine außerordentlich produktive Tätigkeit entfaltete.“<sup>10</sup>

Hier arbeitete er zusammen mit dem in diesem Band ebenfalls porträtierten Ottomar Hartleb. Dabei widmeten sie sich insbesondere der Krebsforschung.

Ferdinand Dannmeyer unternahm unzählige Forschungsreisen, interessant, wie das mit der Unterrichtsarbeit in Einklang zu bringen war. In seiner Personalakte gibt es eine Reihe von Anträgen, wie etwa den des ärztlichen Direktors des Allgemeinen Krankenhauses Eppendorf, Prof. Ludolph Brauer, der am 15.8.1925 an die Oberschulbehörde schrieb: „Ich bitte höflichst, Herrn Dr. Dannmeyer einen Urlaub von fünf Tagen bewilligen zu wollen zwecks Besuches einer klimatologischen Tagung in Davos. Herr Dr. Dannmeyer hat in wertvoller Weise durch sei-



ne über viele Monate hinaus sich erstreckende physikalische Untersuchungen die entsprechenden wissenschaftlichen Arbeiten am Fachkrankenhaus gefördert. Jetzt werden in Davos von ersten Autoritäten diese Fragen abgehandelt. Es wäre daher sehr wertvoll, wenn Herr Dr. Dannmeyer dieser Tagung anwohnen könnte, um dann später auch unsere eigenen wissenschaftlichen Arbeiten entsprechend zu kontrollieren.“<sup>11</sup> Schulleiter Karl Züge hatte dies befürwortet und geschrieben: „Vertretungen werden geregelt“.<sup>12</sup>

Ein Forschungsziel war Island, wo Dannmeyer während einer zweimonatigen Forschungsreise mit dem Meteorologen Johannes Georgi zusammenarbeitete und sich mit den Besonderheiten der hohen UV-Strahlung beschäftigte.<sup>13</sup> Dies führte zu einer lebenslangen Verbundenheit mit Island und der schon erwähnten Gründung einer Freundschaftsgesellschaft.<sup>14</sup>

Ferdinand Dannmeyer war also eine viel beschäftigte und angesehene Persönlichkeit, die mit ihren Forschungsergebnissen und den daraus erwachsenen Gerätschaften nach heutigen Maßstäben vermutlich ein wohlhabender Mann geworden wäre. Da er neben der Unterrichtsarbeit und seiner Forschungstätigkeit noch „Kandidaten des höheren Lehramtes als Dozent in einem gemeinsamen Seminar ausbildete“, wurde ihm am 7.12.1932 vom sozialdemokratischen Schulsenator Emil Krause die Amtsbezeichnung „Professor“ verliehen.<sup>15</sup>



Physiklehrer Ferdinand Dannmeyer 1937 an der Bismarck-Oberrealschule in der Bogenstraße

Ferdinand Dannmeyer trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, am 15.10.1933 wurde er SA-Mitglied, dort zum Scharführer befördert. Außerdem war er Mitglied in der NSV seit 1934, im NSLB seit 1934, im NS Reichskriegerbund seit 1937 und im Reichskolonialbund seit 1942.<sup>16</sup>

Dannmeyer bekam Schwierigkeiten mit seiner Partei, weil er Freimaurer gewesen war und es als unvereinbar galt, Mitglied einer Loge zu sein und in die NSDAP einzutreten. Daraus ergaben sich langwierige Parteigerichtsverfahren, die dazu führten, dass Dannmeyer sowohl aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, als auch aus der SA und 1938 sogar seines Dienstes als Professor an der Oberrealschule an der Bogenstraße enthoben wurde. Ein Jahr später setzte er beim Reichsparteigericht einen Freispruch durch, sodass er am 12.10.1939 wieder in die Partei aufgenommen wurde.<sup>17</sup> Ein Hin und Her zur „Wiederherstellung seiner Ehre“, nervenaufreibend und mit persönlichen Auseinandersetzungen an seinem Wohnort in Groß-Borstel verbunden.

Der ganze Prozess, der in zwei Akten im Staatsarchiv dokumentiert ist, soll nicht im Detail nachgezeichnet werden. Aber im „Kampf um den Verbleib in der NSDAP“ wurden von Ferdinand Dannmeyer, seinem Freund Ottomar Hartleb und den beteiligten Rechtsanwälten viele Details ins Feld geführt, die die deutschnationale und nationalsozialistische Gesinnung Dannmeyers und Hartlebs schon in den Weimarer Zeiten dokumentieren sollten, die sonst nie ans Tageslicht gekommen wären. Insofern können einige Streiflichter auch hier veröffentlicht werden.

Im Übrigen zeigte sich die Schulverwaltung in diesen Jahren weiterhin bereit, Dannmeyer beispielsweise für Krebskonferenzen in Kopenhagen 1935 und 1936 mehrtätig vom Unterricht zu befreien. Von dem Schulleiter Karl Züge<sup>18</sup> und dem Oberschulrat für die höheren Schulen, Walter Behne<sup>19</sup>, der vor 1933 langjähriger Lehrerkollege von ihm an der Oberrealschule in der Bogenstraße gewesen war, hatte Ferdinand Dannmeyer massive Unterstützung erfahren.

Interessant waren die dokumentierten Dienstrechtsverfahren, mit dem Ziel, Ferdinand Dannmeyer nachzuweisen, dass er seine Beamtenpflichten verletzt hatte. Dazu gab es viele persönliche Aussagen von Freunden, Kollegen und Dannmeyer selbst, die belegen sollten, dass Dannmeyer ein überzeugter Nationalsozialist gewesen sei.

In der Anschuldigungsschrift von Oberregierungsrat Henry Edens aus der Kultur- und Schulbehörde hieß es am 25.3.1938:

„Ich beschuldige den Studienrat Professor Dr. Ferdinand Dannmeyer, seine Beamtenpflichten dadurch schwer verletzt zu haben, dass er am 20. August 1935 und am 19. September 1937 seiner vorgesetzten Behörde gegenüber hinsichtlich des Zeitpunktes seines Austritts aus der Loge ‚Vom Fels zum Meer‘ eine falsche

Erklärung abgegeben hat, und zwar unter seinem Diensteid und der ausdrücklichen Versicherung der Wahrheit. Der Herr Reichsstatthalter hat gemäß der schriftlich anliegenden Verfügung die Einleitung des förmlichen Dienststrafverfahrens verfügt und von einer Untersuchung abgesehen, da der Sachverhalt durch die angestellten Vorermittlungen als hinreichend geklärt anzusehen ist. Der Beschuldigte war zum 1. April 1933 als Mitglied in die NSDAP aufgenommen worden. Durch Urteil des Obersten Parteigerichts vom 20. November 1936 ist er wegen Verstoßes gegen § 4 Absatz 2 a der Satzung rechtskräftig aus der NSDAP ausgeschlossen worden. Der Beschuldigte hat den ihm von der Gauleitung Hamburg der NSDAP vorgelegten Fragebogen am 23. Januar 1936 vorsätzlich falsch ausgefüllt. Er hat in diesem Fragebogen als Tag des Austritts aus der Loge ‚Vom Fels zum Meer‘ (Altpreußische christliche Loge), der er seit 1925 angehörte, den 24. Juni 1932 angegeben, obwohl er nach diesem Zeitpunkt noch des Öfteren, zuletzt am 29. März 1933, die Loge besucht hat. Der Beschuldigte will seinen Austritt aus der Loge am 24. Juni 1932 mündlich erklärt haben. In dem Urteil des Obersten Parteigerichts ist aber mit Rücksicht auf seine weitere Betätigung in der Loge dieser Zeitpunkt nicht als zutreffend anerkannt worden. Dannmeyer hat am 20. August 1935 der Behörde gegenüber unter seinem Diensteid ebenfalls erklärt, dass er der Loge ‚vom Fels zum Meer‘ bis zum 24. Juni 1932 angehört habe. Irgendwelche Hinweise auf seine weitere Betätigung in der Loge nach dem ‚Austritt‘ hat er dagegen nicht gemacht. Für die Behörde bestand daher kein Anlass, die Richtigkeit dieser Angabe zu bezweifeln. Dannmeyer hat sich damit einer falschen Aussage unter Verletzung seines Diensteides schuldig gemacht.“<sup>20</sup>

Sein Rechtsanwalt Günther Lang gab dazu mehrere Schriftsätze an die Dienststrafkammer beim Oberverwaltungsgericht ab, in denen er bei der Aussage von Dannmeyer blieb, wahrheitsgemäß den mündlichen Austritt aus der Freimaurerloge am 24.6.1932 erklärt zu haben.<sup>21</sup>

Ferdinand Dannmeyer habe nie beabsichtigt, irgendwelche falschen Aussagen zu machen, zumal Schulleiter Karl Züge über die Parteigerichtsverfahren informiert worden sei und im Übrigen alle Unterlagen bei der Schulverwaltung vorgelegen hätten. Lang benannte dann einige Zeugen, die für Dannmeyer aussagen könnten.

Gleichzeitig beantragte Dannmeyer die Wiederaufnahme des Verfahrens beim Obersten Parteigericht und verwies darauf, dass seine letzte Beitragszahlung an die Loge für die Zeit bis zum 24.6.1932 erfolgte.<sup>22</sup>

Ferdinand Dannmeyer konnte wichtige Zeugen benennen, so den früheren Leiter „der Ordensgruppe ‚Vom Fels zum Meer‘“ , den Konsul W. Hoenicke, der in einem Schreiben vom 30.3.1936 bekundet hatte:

„Im März oder April 1932 besuchte mich Herr D. in meinem Kontor und er-

klärte, dass er aus der Loge ausscheiden wolle, um seine ganze Kraft der NSDAP, der er schon seit vielen Jahren nahestehe, widmen zu können. Ich bestätigte ihm seinen Austritt mit Wirkung zum 24.6.1932, dem ersten, satzungsgemäß zulässigen Termin, und sagte ihm, dass, wenn er mit seinem nationalsozialistischen Denken die Prinzipien der Loge nicht mehr bejahen könne und dürfe, er doch die menschlichen Beziehungen zu den Mitgliedern darum nicht sofort abubrechen brauche. Nach Bezahlung des restlichen Beitrages von Reichsmark 18.– Anfang Juni 1932 und nach seinem Austritt aus der Loge am 24.6.1932 ist Herr D. im Mitgliederverzeichnis gestrichen worden.“<sup>23</sup>

Nun gab es einige Unterstützungsschreiben für Ferdinand Dannmeyer, aus denen hervorging, dass der Ursprung für das Parteigerichtsverfahren offenbar eine Intrige oder Fehde im Wohnumfeld in Groß-Borstel war.

Dannmeyers Berliner Freund, der Diplom-Ingenieur Friedrich Meyer, erklärte am 18.5.1936:

„Es ist mir unerklärlich, weshalb die Herren Senatoren a. D. Dr. Offerdinger und Oberregierungsdirektor Timcke, die doch den Borsteler Klatschwinkel mindestens so gut kennen als ich, diesem beschämenden Treiben nicht längst Einhalt geboten haben. Beide Herren müssen mit mir bestätigen, dass Herr Dr. Dannmeyer, so lange wie ich ihn und die beiden selbst kenne, sich nicht nur als nationalsozialistischer Kämpfer und Kamerad gezeigt hat, sondern dass er durch die offene Opfertat während der Kampfzeit bewies, dass er auch tatsächlich Nationalsozialist ist. Fest steht, dass Herr Dr. Dannmeyer, wie überhaupt seine ganze Familie, ferner die Familie Marxen, zu den eifrigsten Spendern der NSDAP in der damaligen Zeit gehörten. Fest steht ferner, dass er jedem Nationalsozialisten, der sich ihm als solcher legitimierte, Hilfe und Zuflucht gewährte, obgleich das damals für ihn als Beamter nicht ungefährlich war, und obwohl ihm seine lieben Nachbarn wiederholt Vorhaltungen deshalb machten und ganz besonders wegen seines Umgangs mit mir. Kein Nationalsozialist hat jemals vergeblich Hilfe oder Arbeit bei meinem Freunde gesucht.“<sup>24</sup>

Am 20.8.1938 legte Rechtsanwalt Dr. Johanny aus Berlin Berufung bei der Dienst-Strafkammer in Hamburg ein. Er begründete das erst einmal mit der Persönlichkeit des angeschuldigten Ferdinand Dannmeyer und zählte alle seine Verdienste als Wissenschaftler und Strahlenforscher auf, aber auch die Beurteilung seiner Arbeit als Anleiter von Lehramtskandidaten und als Lehrer. Über Dannmeyers persönliche Familiensituation stellte Rechtsanwalt Johanny fest:

„Seine drei Kinder gehörten schon seit 1924 der nationalen Jugendbewegung unter der Führung Vizeadmiral von Trotha an. Sein 21-jähriger Sohn, der jetzt Matrosen Artillerist ist (derselbe wird dann Medizin studieren) war Fähnleinführer in der HJ, sein Schwiegersohn, der Chemiker Dr. Nielsen, ist SA-Obertruppführer.“<sup>25</sup>

Interessant auch, was Rechtsanwalt Johanny mit Hinweis auf eine Erklärung von Oberstudiendirektor Dr. Ottomar Hartleb als Hinweis „auf die politische Betätigung Dannmeyers vor und nach der Machtergreifung“ anführte:

„Von der Front nach Kriegsende zurückgekehrt, trat er sofort in die Hamburger Einwohnerwehr ein (Scharführer). 1920 wurde er Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.“ Johanny verwies dann auf die Anlage 4 des Dr. Hartleb vom 26.5.1938, in der es hieß:

„Wir fanden uns beide in der Deutschnationalen Partei wieder. Wo immer es galt, nationale und vaterländische Interessen zu vertreten, waren wir dabei. Am 2. Oktober 1919 wurde der ‚Deutsche Herold, Bund der Vorkämpfer für deutschvölkisches Zeitungswesen und völkische Politik‘ begründet. Es galt, einen Verband zu schaffen, der sich die Aufgabe stellte, durch planmäßige Tätigkeit den Einfluss der jüdischen Presse niederzuringen und eine deutsche Pressemacht aufzurichten. Während des Winters 1919/20 wurde auch in Hamburg der ‚Deutsche Herold‘ gegründet. Die Sitzung fand im Patriotischen Gebäude statt. Es nahmen damals Männer und Frauen der verschiedenen völkischen Richtungen daran teil. Ich saß zusammen mit Dr. Dannmeyer und Fr. Lellmann. Nach den Ausführungen des Redners waren wir entschlossen, uns dieser Aufgabe zu widmen. Herr Dannmeyer ermunterte mich, die Leitung der Hamburgischen Arbeitsgruppe des ‚Deutschen Herold‘ zu übernehmen. Ich wurde dann von der Berliner Hauptstelle (Leitung Reinhold Wulle) bestätigt und haben bis zur Gründung der deutschvölkischen Freiheitsbewegung den ‚Deutschen Herold‘ geleitet. Wir arbeiteten eng zusammen mit Herrn v. Danckelmann, dem damaligen Vertreter der ‚Deutschen Zeitung‘, und Holtz, dem Leiter der ‚Hamburger Warte‘. Herr Dannmeyer hat an diesen Arbeiten stets rege teilgenommen. Nach dem Görlitzer Parteitag 1922 traten viele Mitglieder des ‚Deutschen Herold‘ aus der Deutschnationalen Partei aus und bildeten die erste Gefolgschaft der unter der Führung von Herrn v. Graefe stehenden deutschvölkischen Freiheitspartei. In Hamburg wurde ich im Dezember 1922 als Landesverbandsvorsitzender mit der Leitung beauftragt.

Das Jahr 1923 diente nun dem Aufbau der Partei nach jeder Richtung. Es wurden in den einzelnen Stadtteilen Ortsgruppen gegründet. Im Groß-Borstel war Herr Dannmeyer mit der Aufgabe der Werbung und Durchführung betraut. Als sich die Lage im Herbst 1923 zuspitzte und es in München am 9. November zum Marsch auf die Feldherrnhalle kam, glaubten auch wir in Hamburg, dass die Stunde der Befreiung gekommen sei, nachdem der 20. März 1920 (Kapp-Putsch) die erste Enttäuschung gebracht hatte. An der Organisation eines eventuellen Aufmarsches in Verbindung mit den vaterländischen Verbänden, war ich stark beteiligt. Auch Herr Dannmeyer hat sich damals zur Verfügung gestellt.“<sup>26</sup>

Ein bemerkenswertes Dokument, insbesondere auch bezogen auf die Person des Oberstudiendirektors Ottomar Hartleb, der ebenfalls in diesem Band porträtiert wird.

Rechtsanwalt Johanny konnte noch ein weiteres Dokument beibringen, die Erklärung von Ernst Jens vom 16.5.1936, die bestätigte, „dass der Angeschuldigte im Jahre 1923, zu der Zeit, als der Führer den Marsch auf die Feldherrnhalle in München unternahm, mit seinen politischen Freunden in Hamburg bereitstand, um im Falle des Gelingens auch in Hamburg die Machtergreifung zu unterstützen, dass er im Oktober 1924 die Ortsgruppe Groß-Borstel der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung gegründet und die ersten Mitglieder auf Adolf Hitler verpflichtet hat.“<sup>27</sup>

Auch der Parteigenosse Friedrich Meyer aus Berlin, „Inhaber des goldenen Ehrenzeichens der Partei“ hatte Dannmeyer noch einmal bestätigt:

„Als alter treuer Kämpfer Adolf Hitlers erfülle ich hiermit nur eine ehrenhafte Pflicht, wenn ich Ihnen dankbar und an Eides statt bezeuge, dass, solange ich Sie kenne, seit Herbst 1930, Sie stets im Sinne des Führers mitgekämpft, und vor allem wirklich praktisch als Nationalsozialist gehandelt haben. Wenn Sie sich damals als Beamter nicht offen als Parteimann zu uns bekennen durften, so haben Sie sich doch nicht durch systemtreue Beamte einschüchtern und in Ihrem nationalen Handeln behindern lassen. Sie haben trotz Verwarnungen mir, meinem Kameraden Remmert, Dr. Ofterdingers Vertrauten, Max Müller, u. a. Arbeiten, und dadurch Verdienstmöglichkeiten gegeben. Sie haben Arbeiten damals großzügig ausführen lassen, die im Augenblick nicht nötig gewesen wären, nur um uns Nazis kameradschaftlich beizustehen und dadurch die Schlagkraft der Bewegung zu stärken. Auch für Parteizwecke direkt haben Sie gespendet, die Wahlkämpfe unterstützt und auch so im Sinne Adolf Hitlers für das dritte Reich geopfert.“<sup>28</sup>

Rechtsanwalt Johanny legte in seinem Einspruch noch einmal die Vorgeschichte dieses Verfahrens aus seiner Sicht offen. Es handele sich um eine private Auseinandersetzung mit einer anderen in Groß-Borstel wohnenden Familie des Professor Berg, deren Mitglieder seit Jahren mit Dannmeyer in Auseinandersetzungen unterschiedlichster Art standen und die durch „verschiedene Denunziationen in den 1920er Jahren“ versucht hatten, Dannmeyer zu diskreditieren. Nachdem diese Versuche fehlgeschlagen waren, habe die „Klique Berg und Verwandtschaft, die der Ortsgruppe Groß-Borstel der NSDAP angehöre, es jetzt auf diesem Wege über die Partei versucht, „private Zwistigkeiten auf dem letztgenannten Wege auszutragen“.<sup>29</sup>

Auch der Propagandaleiter der Ortsgruppe Stadtpark der NSDAP, Pommerenke, der als Führer des Marine-Sturmbanns III/1 der SA-Vorgesetzte des SA-Mannes Dannmeyer gewesen war, erklärte, dass Dannmeyer ihm korrekterweise die letzte Quittung der Beitragszahlung für die Loge 1932 gezeigt habe:

„Ich hatte damals persönlich die Feststellung gemacht, dass diese keine gemachten Angaben waren, sondern dass der SA-Mann Dannmeyer sich restlos von der Loge losgesagt hatte. Er hatte zwar nach dem Austritt aus der Loge vor dem Eintreten in die Partei noch Vorträge in der Loge gehalten. Dieses hatte ich zur Kenntnis genommen und nicht beanstandet, weil sie nationalsozialistischen Inhalts und der letzte über unseren Führer war. Ich habe ihm daraufhin gesagt, dass er in Zukunft niemals wieder vor diesem Zuhörerkreis sprechen dürfe. Er gab mir sein Versprechen und hat es auch gehalten. Ich kann nur bestätigen, dass der damalige SA-Mann Dannmeyer sich restlos (...) für unsere Bewegung eingesetzt hat.“<sup>30</sup>

Von erheblicher Bedeutung war dann die Stellungnahme eines ehemaligen Schülers von Ferdinand Dannmeyer, der mittlerweile, zehn Jahre nach der absolvierten Reifeprüfung, Gau-Hauptstellenleiter in Hamburg war, Senatsrat Lindemann. Dieser hatte am 14.11.1938 ein Schreiben an den Gaurichter Hans-Joachim Sievers geschickt und ein vehementes Plädoyer für seinen ehemaligen Klassenlehrer Prof. Dr. Ferdinand Dannmeyer abgegeben:

„Ich besuchte die Bismarck-Oberrealschule von Ostern 1927 bis zur Reifeprüfung Ostern 1929. Meine Mitschüler waren zum größten Teil Söhne marxistisch eingestellter Eltern, auch das Lehrerkollegium vertrat mit wenigen Ausnahmen die damals herrschende Weltanschauung. Unser Klassenlehrer ließ keine Gelegenheit verstreichen, uns auf die schädlichen Einflüsse des Marxismus aufmerksam zu machen. Ich erinnere mich genau, dass in der Oberprima von ihm die Frage gestellt wurde, wer von uns Naturwissenschaften studieren wolle. Da diese Frage von allen Schülern verneint wurde, benutzte Dr. Dannmeyer in sehr großem Umfange auch Mathematik- und Physikstunden, um uns die nationalsozialistische Weltanschauung zu erklären. Veranlasst durch diese Studien, besuchte ich gleich anderen Mitschülern regelmäßig die großen Kundgebungen der NSDAP und trat bereits vor der Reifeprüfung im Februar 1929 der NSDAP bei. Ähnlich war die Wirkung bei meinen Mitschülern, die zwar als Söhne marxistisch eingestellter Eltern nicht die volle Konsequenz zogen, jedenfalls aber in schwere innere Konflikte kamen, mit Ausnahme eines jüdischen Mitschülers. Ganz besonders deutlich wurde die nationalsozialistische Einstellung unseres Lehrers während einer Auslandsreise nach Dänemark und Schweden.“<sup>31</sup>

Die Einschätzung des Lehrerkollegiums der Oberrealschule in der Bogenstraße durch den ehemaligen Schüler Lindemann war sicherlich sehr subjektiv und nicht zutreffend. Ein Großteil der Lehrerschaft war 1933 Mitglied der NSDAP gewesen, darunter einige Personen, die in der NS-Zeit wichtige Funktionen im Hamburger Schulwesen übernahmen, wie die Oberschulräte Züge und Behne, sowie die Oberstudiendirektoren Erwin Zindler und Bruno Peyn.<sup>32</sup>

Der ehemalige Schüler Lindemann führte dann weiter aus:

„Herr Dr. Dannmeyer war uns Schülern stets das Vorbild eines wehrhaften Mannes. Wir konnten sicher auf seine Unterstützung in schwierigen Lagen rechnen, sofern wir den Mut zur Wahrheit fanden. Unerbittlich war er aber dann, wenn ein Schüler die Unwahrheit sagte. Es steht für mich felsenfest, dass er die Partei niemals belügen wollte, dass sein ideeller und materieller Einsatz für die NSDAP aus ehrlichem Herzen erfolgte, ohne Rücksicht, ob hierdurch für ihn Vor- oder Nachteile entstanden. Es gibt keinen Kenner der Freimaurerei, der bestreiten würde, dass unter den Mitgliedern, gerade bei den preußischen Logen, ehrenhafte deutsche Männer waren, die auf diesem Wege ihrem deutschen Vaterland dienen wollten. Gerade diese Männer zeichneten sich dadurch aus, dass sie keinen Wert auf Äußerlichkeiten und Formalitäten legten. So ist mir auch verständlich, warum Herr Dr. Dannmeyer in dem Fragebogen sein Erscheinen in der Loge auch nach der Machtübernahme nicht ausdrücklich erwähnte.“<sup>33</sup>

Senatsrat Lindemann bat den Gaurichter beim Parteigericht in Hamburg, die Angelegenheit noch einmal aufzugreifen, sodass Dannmeyer die Möglichkeit der Rückkehr in die NSDAP habe, zumindest dafür zu sorgen, dass es zu einer Revision des Urteils der Dienststrafkammer komme.<sup>34</sup>

Die Intervention des ehemaligen Schülers von Ferdinand Dannmeyer, inzwischen Politischer Leiter mit Goldenem Parteiabzeichen, zeigte Wirkung. Am 25.4.1939 hob das Oberste Parteigericht die einstweilige Verfügung von Gauleiter Karl Kaufmann in Hamburg auf und ebenfalls das Urteil des Obersten Parteigerichts vom 30.11.1936: „Der Parteigenosse Ferdinand Dannmeyer wird von der Anschuldigung, ehrenrührig und den Bestrebungen der Partei zuwider gehandelt zu haben, freigesprochen.“<sup>35</sup>

Die Ermittlungen des Sicherheitsdienstes, die sich auf die Loge richteten, der Dannmeyer angehört hatte, waren zu anderen Ergebnissen gekommen. Dort wurde akribisch aufgelistet, welche regelmäßigen Vorträge Dannmeyer dort geleistet hatte, dass es bei dem beschlagnahmten Aktenmaterial „des ehemaligen Meisters vom Stuhl, Hoenicke“, keine Aufzeichnungen gegeben habe, die dessen Version bestätigen würden. Der Leiter der Zentralabteilung II beim Chef des Sicherheitshauptamtes hatte noch am 14.3.1939 geschrieben, „dass Prof. Dannmeyer zumindest bis zum 29.2.1933 aktives Logenmitglied war und somit tatsächlich eine unrichtige Erklärung über den Zeitpunkt des Ausscheidens abgegeben hat“.<sup>36</sup>

Nach dem Urteil der Dienststrafkammer Hamburg in der Sitzung vom 28.5.1938 war Ferdinand Dannmeyer eines Dienstvergehens für schuldig erklärt und „zur Strafe der Entfernung aus dem Dienst verurteilt“ worden. Ihm wurde ein Unterhaltsbeitrag auf Lebenszeit bewilligt, „der für die ersten fünf Jahre 75 %, für die spätere Zeit 50 % des Ruhegehalts beträgt“.<sup>37</sup>



Dies war nun alles hinfällig, nachdem das Oberste Parteigericht Ferdinand Dannmeyer am 25.4.1939 freigesprochen hatte und er in der Hauptverhandlung beim Reichsdienststrafhof in Berlin wieder in sein Amt eingesetzt wurde bei Zahlung einer Strafe von 1000 Reichsmark.<sup>38</sup>

Anstrengende Zeiten für Ferdinand Dannmeyer und seine Familie, insbesondere auch deswegen, weil sich die nationalsozialistische Nachbarschaft in Groß-Borstel weiter als intrigant erwies, sodass Dannmeyer 1945 nach Ende der NS-Herrschaft, im Bemühen, sich zumindest als Opfer einiger Nationalsozialisten hinzustellen, vermerkte: „Trotz Freispruchs des Reichsparteigerichts Ablehnung desselben durch die Ortsgruppe Groß-Borstel. Verbot jeglicher Teilnahme an Veranstaltungen der Partei. Keine Auslieferung der Parteikarte. Ein Parteibuch wurde überhaupt nicht erteilt.“<sup>39</sup>

Am 18.12.1942 hatte Ferdinand Dannmeyer von Senatssyndikus Schultz ein Schreiben bekommen, sicherlich im üblichen Wortlaut, aber in diesem Fall deswegen bemerkenswert, weil die vorherige Dienstentlassung vom Reichsstatthalter Karl Kaufmann ausgesprochen worden war. Jetzt hieß es:

„Der Führer hat Ihnen aus Anlass Ihres 40-jährigen Dienstjubiläums das Treue-dienst-Ehrenzeichen I. Stufe verlieren. Indem ich Ihnen diese Auszeichnung hiermit überreiche, spreche ich Ihnen zugleich den Dank des Herrn Reichstatthalters sowie meinen Dank und Anerkennung aus für die von Ihnen während 40-jähriger Dienstzeit in treuer Pflichterfüllung geleistete Arbeit.“<sup>40</sup>

Es gibt Dokumente in Dannmeyers Personalakte, die bestätigen, dass er wieder völlig integriert war in die Arbeit mit Parteidienststellen und der Wehrmacht, die Dannmeyers wissenschaftliche Expertise für Kriegszwecke nutzte. So erhielt er von Oberschulrat Walter Behne, seinem ehemaligen Lehrerkollegen an der Schule in der Bogenstraße, am 30.3.1943 folgende Freistellung:

„Laut fernmündlicher Vereinbarung zwischen dem Generalkommando und den Unterzeichneten wurde Ihnen ausnahmsweise vom 8. bis 13.3.1942 ein Sonderurlaub zur Durchführung dienstlicher Besprechungen im Auftrage der Wehrmacht im besetzten Gebiet von dem Unterzeichneten gewährt. Weiter war mit dem Generalkommando abgesprochen, dass der schriftliche Antrag auf Gewährung des Ihnen zugebilligten Urlaubs der Schulverwaltung unverzüglich zugehen soll.“<sup>41</sup>

Am 22.10.1945 wurde Ferdinand Dannmeyer aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Nun begann die Zeit der Umdeutung und Dannmeyer, der über Jahre versucht hatte, sich als eifriger Nationalsozialist darzustellen und gegen den Parteiausschluss und die Suspendierung von seiner Lehrtätigkeit zu kämpfen, betonte nun, wie sehr er unter den Machenschaften der NSDAP zu leiden gehabt hatte. Dem Entnazifizie-

rungsfragebogen vom 29.5.1945 legte er mehrere Anlagen bei. Dazu bemerkte er:

„Die umstehenden Daten zeigen, dass schon im Eintrittsjahre 1933 der erste Ausschluss aus der Partei erfolgte. Eine jahrelange Kette von Anwürfen gegen mich als Freimaurer erfolgte. Diese hatten das Ziel, mich als solchen meiner Ehre und bürgerlichen Existenz zu berauben. Um diese wiederzugewinnen, habe ich den jahrelangen Kampf mit seinen zahllosen entwürdigenden Verhören und Erniedrigungen auf mich genommen. Die Gesundheit meiner Frau wurde dadurch ruiniert.“<sup>42</sup>

1945 hatte sich nicht nur für Ferdinand Dannmeyer manches verändert. In einer Liste, von Dannmeyer „Schädigungen durch Partei und Krieg“ überschrieben, benannte er einerseits die Auseinandersetzungen um seine Logenzugehörigkeit und notierte andererseits, dass seit dem 4.5.1942 sein Haus in Groß-Borstel durch Dachstuhlbrand und Bombenabwürfe völlig zerstört war und 1944 auch seine wissenschaftlichen Instrumente und seine Bücherei vernichtet wurden. Am 18.4.1945 starb sein einziger Sohn bei der Wehrmacht im Krieg auf Texel.<sup>43</sup>

Interessant, wie Dannmeyer seine Parteimitgliedschaft nunmehr in seinem Einspruch gegen die Entlassung begründete:

„Am 1. Mai 1933 trat ich in die Gruppe ‚Seefahrt‘ als Anwärter der Partei ein. Es war die furchtbare Not, in welche mein Land nach dem großen Kriege geraten war, welche mich veranlasste, Mitglied der NSDAP zu werden. Ein zweiter Impuls bestand in der Tatsache, dass ich es für notwendig hielt, dass besonnene und erfahrene Männer das Unglück ausgleichen müssten, welches Aufrührer in Bezug auf die weitere Entwicklung der Dinge anrichten könnten. Als Freimaurer und Wissenschaftler von einigem Ruf hatte ich mir sowohl in Deutschland wie außerhalb reichliche und unvoreingenommene Kenntnisse internationaler kultureller und politischer Beziehungen erworben, so dass ich wohl erwarten konnte, einen heilsamen Einfluss meinerseits auf den unheilvollen Fanatismus ausüben zu können, der als Begleiter aller großen Revolutionen auftritt, die von der Masse getragen werden.“<sup>44</sup>

Dannmeyers Ziel war es, nunmehr 65 Jahre alt, pensioniert zu werden und seine verdienten Pensionsbezüge zu erhalten:

„Meine Überzeugung ist nach wie vor, dass die furchtbaren Verfolgungen, die ich seit dem Jahre 1933 unschuldig durch die Partei erdulden musste, weil ich Freimaurer war (zahllose Verhöre und Gerichtsverhandlungen, zeitweilige Amtsentlassung, Strafandrohungen schwerster Art) wohl einen anderen Ausgang meines bereits eingereichten Antrages auf Pensionierung nach mehr als 40-jähriger anerkannt getreuer Amtstätigkeit, d. h. statt neuer Bestrafung eine Wiedergutmachung rechtfertigen müssten.“<sup>45</sup>

Ferdinand Dannmeyer legte auch noch einmal eine Liste seiner 107 Veröffentlichungen vor und bekam eine Reihe von Leumundszeugnissen.

Am 13.8.1946 gab es eine kurze und, wie ich finde, treffende Erklärung des Beratenden Ausschusses für die höheren Schulen Hamburgs, dem Heinrich Schröder, Johann Helbig und Willi Thede angehörten, die schrieben:

„Dannmeyer hat stets einen übertriebenen Tätigkeitsdrang besessen. So meldete er sich auch 1933 zur NSDAP und zur SA, trotzdem er wissen musste, dass Freimaurer allgemein abgelehnt wurden. Die Schwierigkeiten, die ihm später erwachsen sind, sind aus diesem seinem ersten Schritt zu erklären, der in seinem Alter von 53 Jahren unnötig war. Allerdings hat er zweifellos unter den Nationalsozialisten gelitten. Auch seine wissenschaftlichen Verdienste sind nicht gering. Infolgedessen hält der Beratende Ausschuss, da Dannmeyer bereits 66 Jahre alt ist, die Bewilligung der Pension eines Studienrates für gerechtfertigt.“<sup>46</sup>

Der Berufungsausschuss unter Leitung von Clara Klabunde entschied am 28.2.1947 in diesem Sinne:

„Er hat viele Schwierigkeiten mit der Partei gehabt, da er Freimaurer war. Sein früher Eintritt in die Partei erscheint keineswegs erforderlich. Er bringt aber eine Reihe von günstigen Beurteilungen bei. Er hat während des Krieges erhebliche persönliche Opfer bringen müssen. Seine Pensionierung erscheint gerechtfertigt. Da er in der Krebsforschung offenbar erhebliche Leistungen vollbracht hat und die Gesundheitsverwaltung die Fortsetzung seiner Forschungen für wünschenswert hält, ist ihm freie wissenschaftliche Tätigkeit gestattet worden.“<sup>47</sup>

Dannmeyer hatte geschrieben, dass die Gesundheit seiner Frau durch die langwierigen Verfahren mit der NSDAP „ruiniert worden sei“. Sie starb am 10.12.1950.<sup>48</sup>

Als Ferdinand Dannmeyer 70 Jahre alt wurde, würdigte ihn das „Hamburger Abendblatt“:

„Als vielseitiger Mathematiker, Physiker und hervorragender Pädagoge genießt er internationalen Ruf. Er hat mitgeholfen, dass in den Hamburger Schulen die ‚Schwamm-und-Kreide-Physik‘ durch praktischen Unterricht abgelöst wurde. Schon 1912 hatte er die wissenschaftlichen Grundlagen für das damals durch seine Stärke aufsehenerregende Leuchtfeuer von Elbe I gegeben. Seine Arbeiten über ultraviolette Strahlen haben der Forschung neue Wege gewiesen. 1925 wurde nach seinen Angaben Fensterglas entwickelt, das ultraviolette Strahlen durchlässt und für Kinderheime und Gewächshäuser große Bedeutung erhielt. 1926 und 1927 hat der Professor Expeditionen nach Island ausgerüstet und dort durch Strahlenmessungen für die Meteorologie und Medizin wichtige Erkenntnisse gesammelt. Immer hat er den Kontakt mit Island behalten. Als besondere Auszeichnung wurde ihm bei einem Besuch 1936 in Reykjavík der Falkenorden ‚um den Hals gehängt‘, wie er selber humorvoll sagte. Prof. Dr. Dannmeyer gehört zu den Gründern des ‚Instituts für physikalisch-biologische Lichtforschung‘. Er hat jahrelang intensiv an Methoden

gearbeitet, um durch Blutuntersuchungen Krebs festzustellen. Immer ist er die ‚Unruhe in der Uhr‘ gewesen, immer hat er neue Ideen und Anregungen gegeben. In seinem Haus in Groß-Borstel gingen ausländische Wissenschaftler ein und aus.“<sup>49</sup>

Auch die Hamburger Schulbehörde bedankte sich bei Dannmeyer für seine wissenschaftliche Arbeit, insbesondere aber auch für sein schulisches Wirken. Schulsenator Landahl schrieb am 22.8.1950:

„In diesen Jahren haben Sie maßgebend an der Erziehung der Jugend mitgearbeitet, und unter Ihren früheren Schülern und Schülerinnen danken Ihnen eine große Zahl für die Anregung und Förderung, die sie in Ihrem Unterricht erfahren haben, darüber hinaus aber für die verstehende Fürsorge, die Sie stets für Ihre Schüler gezeigt haben. Auch den jüngeren Lehrkräften und den in der Ausbildung stehenden Lehrern waren Sie ein wahrer Freund und Förderer auf dem Wege zu dem echten physikalischen Arbeitsunterricht. Die Kurse, die Sie für die Ausbildung dieser Lehrkräfte geleitet haben, haben in vielen Schulen ihre Früchte getragen.“<sup>50</sup>



Ferdinand Dannmeyer,  
1955

Das soll nicht geschmälert werden, aber ich denke dabei auch an die Rückmeldung, die der ehemalige Schüler Lindemann 1938 gegeben hatte, der dem eindringlichen Wirken des Studienrats Dannmeyer in den Jahren 1927–1929 die Hinwendung zu Adolf Hitler verdankte. Das konnte Schulsenator Landahl ebenso wenig wissen wie der Schulaufsichtsbeamte, der das Glückwunschschreiben vorgelegt hatte.

Ferdinand Dannmeyer starb am 13.11.1959.<sup>51</sup>

## Anmerkungen

- 1 Personalakte Dannmeyer StA HH, 361-3\_A671 Bd.2
- 2 Karl-Edmund Doermer laut Bericht über die Gedenkfeier für Prof. Dr. Dannmeyer am 13.11.1959, ebd.
- 3 Doermer 1959, S. 2.
- 4 Personalakte a. a. O.
- 5 Doermer 1959, S. 2. Siehe auch die Biografie Ottomar Hartleb in diesem Band.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Personalakte a. a. O.
- 8 Sonderdruck aus „Groß-Borsteler Bote“, 41. Jahrgang Nr. 12.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Schreiben vom 15.8.1925, Personalakte a. a. O.
- 12 Ebd.
- 13 Sonderdruck aus „Groß-Borsteler Bote“, 41. Jahrgang Nr. 12.

- 14 Ebd. Siehe „Hamburger Nachrichten“ vom 30.7.1926.
- 15 Personalakte a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte Dannmeyer, StAHH, 221-11\_Ed 6627
- 17 Anlage 1 zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 18 Siehe die Biografie Karl Züge, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 385 ff.
- 19 Siehe die Biografie Walter Behne, in: de Lorent 2016, S. 457 ff.
- 20 Anschuldigungsschrift vom 25.3.1938, StAHH, 221-10\_517 (Bd. 2)
- 21 Schreiben von Rechtsanwalt Lang vom 19.4.1938, StAHH, 221-10\_517 (Bd. 1)
- 22 Schreiben vom 4.4.1938 an das Oberste Parteigericht der NSDAP, ebd.
- 23 Schreiben vom 30.3.1936, ebd.
- 24 Schreiben vom 18.5.1936, ebd.
- 25 Schreiben von Rechtsanwalt Johanny vom 20.8.1938, StAHH, 221-10\_517 (Bd. 2)
- 26 Ebd.
- 27 Ebd., S. 7.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd., S. 9.
- 30 Schreiben vom 19.7.1938, ebd.
- 31 Schreiben vom 14.11.1938, ebd.
- 32 Siehe die Biografien Erwin Zinder, in: de Lorent 2016, S. 538 ff. und Bruno Peyn, ebd., S. 480 ff.
- 33 Schreiben vom 14.11.1938, StAHH, 221-10\_517 (Bd.2)
- 34 Ebd.
- 35 Wiedergegeben in einem Schreiben der Rechtsanwälte Wilhelm Neumann und Dr. Bodo Beneke, die sich am 22.6.1939 im Namen von Ferdinand Dannmeyer an den Reichsdienststrafhof mit Hinweis auf dieses Urteil wandten, ebd.
- 36 Schreiben vom 14.3.1939, ebd.
- 37 Urteil der Dienststrafkammer Hamburg vom 28.5.1938, ebd.
- 38 Anlage 1 zum Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 39 Ebd.
- 40 Personalakte a. a. O.
- 41 Schreiben vom 30.3.1943, Personalakte a. a. O.
- 42 Erklärung zur Anlage 1, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 43 Aufstellung „Schädigungen durch Partei und Krieg“, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 44 Einspruch vom 15.4.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 45 Schreiben vom 1.12.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 46 Beratender Ausschuss vom 13.8.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 47 Berufungsausschuss vom 28.2.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 48 Personalakte a. a. O.
- 49 „Hamburger Abendblatt“ vom 26.8.1950.
- 50 Schreiben von Senator Landahl vom 22.8.1950, Personalakte a. a. O.
- 51 Personalakte a. a. O.

## **Dr. Adolf Vogel**

**„Bisher hat noch jeder Beteiligte nach 1945 seine Biografie gefälscht, die Mitwirkung im Einsatzstab Rosenberg verschleiert oder verharmlost oder sich in platte Unwahrheit geflüchtet.“**

Es gibt Fälle, in denen die biographischen Daten und Aussagen im Entnazifizierungsverfahren für mich nicht zusammenpassen mit dem, was die jeweiligen Menschen in der NS-Zeit gemacht haben. Dazu gehört die Person Dr. Adolf Vogel, nicht zu verwechseln mit dem auch in diesem Band porträtierten ehemaligen Harburger Schulleiter, dem nicht promovierten Adolf Vogel.

Was mich skeptisch macht, ist die Tatsache, dass Dr. Adolf Vogel von 1940 bis Ende des Krieges im „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ tätig gewesen war und, wie meine Recherchen ergeben haben, offenbar durchaus an leitender Stelle.

Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) war die Rauborganisation der NSDAP für die Kulturgüter, die während des Zweiten Weltkrieges aus den besetzten Ländern des Westens und des Ostens unter der Leitung des NS-Parteideologen Alfred Rosenberg und des von ihm geführten Außenpolitischen Amtes der NSDAP stand. Ursprünglich hatte Alfred Rosenberg das Projekt der „Hohen Schule“ entwickelt, die eine „zentrale Stelle nationalsozialistischer Forschung“ werden sollte. Dafür wollte Rosenberg das Forschungsinstitut mit dem Material der „Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung“ versorgen, das er aus den Bibliotheken und Archiven von Juden, Freimaurern und kommunistischen und demokratischen Organisationen in den besetzten Ländern in das Deutsche Reich transportieren lassen wollte. Aus diesem Grund wurde im Juli 1940 in Paris der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ mit der Gründung des „Amtes Westen“ beauftragt.

Mit der Durchführung dieser Aktionen beauftragte man überzeugte Nationalsozialisten in den Führungsfunktionen und zog zu einem großen Teil Lehrer und Wissenschaftler heran, denen zugetraut wurde, die zu raubenden Objekte wissenschaftlich zu qualifizieren und zu dokumentieren. Der persönliche Reiz für die jeweiligen Mitarbeiter war es auch, nicht zur Wehrmacht eingezogen zu werden.<sup>1</sup>

Adolf Vogel war seit Oktober 1940 bis zum Ende des Krieges Mitarbeiter dieses Einsatzstabes der Kunsträuber in Brüssel.<sup>2</sup>

Bevor ich darauf näher eingehen werde, erst einmal einige biografische Daten seines Werdegangs bis 1940.

Adolf Vogel wurde am 12.3.1901 als Sohn eines Volksschullehrers in Hamburg geboren. Er besuchte seit 1907 die Vorschule, anschließend die Realschule in der

Bogenstraße, um dann 1913 auf das Heinrich Hertz-Realgymnasium zu wechseln.<sup>3</sup>

Vogel studierte anschließend an den Universitäten Hamburg, Tübingen und wieder Hamburg Deutsch, Geschichte und Erdkunde. Nach der wissenschaftlichen Prüfung am 13.11.1923 absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst an der Oberrealschule Eimsbüttel und bestand die pädagogische Prüfung am 30.10.1925. Parallel dazu übte er eine Nebentätigkeit an der privaten Wahnschaffschule aus.<sup>4</sup>

Seit dem 1.11.1925 wurde Adolf Vogel als Wissenschaftlicher Hilfslehrer (Studienassessor) an der Oberrealschule Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer) beschäftigt. Er arbeitete mit im Hamburger Philologenverein und unterschrieb eine Denkschrift, in der die Lage des Hamburger Lehrernachwuchses der höheren Schulen als „unsozial und verbitternd und des Staates unwürdig“ bezeichnet wurde.<sup>5</sup>

Die Lage des akademischen Lehrernachwuchses blieb angespannt. Adolf Vogel und seine Kolleginnen und Kollegen wurden erst zum 1.2.1929 außerplanmäßige Beamte.<sup>6</sup> Kurz davor, am 20.2.1928, hatte er sein Promotionsverfahren abgeschlossen.<sup>7</sup>

Adolf Vogel blieb an der Oberrealschule Eimsbüttel, ab dem 1.6.1938 war er Studienrat. Seine Personalakte ist unspektakulär. Er gehörte nicht zu den Personen, die am 1.5.1933 in die NSDAP eintraten. Dies vollzog er im Herbst 1937. Seit 1933 war er Mitglied des NSLB, in der NSV, der er seit 1934 angehörte, übernahm er 1937 die Funktion des Blockwalters.<sup>8</sup>

Zu den üblichen Lehreraktivitäten gehörte es auch, sich an Lehrerlagern zu beteiligen, wie Vogel es beispielsweise in der Zeit vom 11. bis zum 18.10.1936 tat und dafür Dienstbefreiung beantragte.<sup>9</sup> Nichts deutet auf besonderen nationalsozialistischen Aktivismus hin.

Nach einer kurzen Einberufung in den Kriegsdienst als Schütze eines Landeschützenbataillons wechselte Vogel im Oktober 1940 bis zum Ende des Krieges nach Brüssel in den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, „as a scientific worker“ (Wehrmachtsgefolge, Einheit Feldpostnummer 10200A), wie er in seinem Entnazifizierungsfragebogen schrieb.<sup>10</sup>

Interessant ist, was Adolf Vogel 1946 über seine Mitarbeit im Einsatzstab Rosenberg äußerte:

„Im Herbst 1940 wurde ich als wissenschaftlicher Arbeiter nominiert von einem Hamburger Lehrer, der den Einsatzstab in Brüssel leitete und den ich persönlich kannte von einer Reise nach Schweden. Ich wurde als geeignet für diese Aufgabe angesehen, weil ich seit meiner Studien an der Universität die Differenzen verfolgt hatte zwischen den deutschen und westlichen Ideen der Humanität. Seit Jahren hatte ich das Problem der Entwicklung des frühen deutschen Liberalismus aus dem westlichen Rationalismus und des deutschen philosophischen Idealismus

studiert. Basierend auf diesen Studien (eine gewisse Kenntnis der philosophischen und historischen Literatur des Westens) wurde ich aus dem Schuldienst abgefordert als wissenschaftlicher Arbeiter für den Einsatzstab Rosenberg ohne vorher darüber informiert zu werden, wobei ich dadurch von der Militärflicht befreit wurde. Ich wurde informiert, dass die Arbeit beim Einsatzstab Rosenberg als Kriegspflicht anstelle des Militärdienstes angesehen wurde und dass der Einsatzstab Rosenberg komplett separiert war vom Amt Rosenberg.“<sup>11</sup>

Adolf Vogel verband diese Aussage mit der Erklärung, bis 1937 keiner politischen Partei angehört, stets die SPD gewählt zu haben, auch am 5.3.1933. Er wäre 1936 aufgrund seiner politischen Überzeugung nicht zum Studienrat berufen worden und sei 1937 in die NSDAP eingetreten, um Mitglied der „Fortbildungsabteilung“ der Schulverwaltung werden zu können.<sup>12</sup>

Im selben Zusammenhang schrieb Adolf Vogel, dass er im Juni 1945 in Ludwigslust, wo sich seine Familie seit 1943 aufhielt, aufgrund einer Denunziation interniert worden wäre. Dabei sei er als Sekretär mit elf anderen Personen in dem Interrogation Office des I. Internment Camps beschäftigt worden. „Die Bedingung für diese Beschäftigung war: kein Amt in der NSDAP gehabt zu haben und nicht Mitglied der SA und der SS gewesen zu sein.“<sup>13</sup>

Blicken wir jetzt einmal auf die Arbeit des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenbergs (ERR) in Brüssel. Über dessen Arbeit gibt es eine aufschlussreiche Veröffentlichung des holländischen Fernsehredakteurs und Musikforschers Willem de Vries: Kunstraub im Westen 1940–1945.<sup>14</sup> Darin gibt es auch ein Kapitel über die Arbeit des ERR in Brüssel. Und in diesem Kapitel wird auch Adolf Vogel genannt, der eine durchaus leitende Funktion innehatte und auch der Hamburger Lehrer Hans Muchow, von Adolf Vogel in seiner Erklärung als „Bekannter von einer Reise nach Schweden“ eingeführt, der sogar die zentrale Person im Einsatzstab in Brüssel gewesen war, Hauptarbeitsgruppenführer seit 1942.<sup>15</sup>

In seiner Einleitung schrieb Willem de Vries:

„Nie zuvor gab es in der Geschichte Europas eine größere Beschlagnehmung, Verschleppung und Zerstörung von Kulturgütern als im Zweiten Weltkrieg. Sogar Napoleons ausgedehnte Beutefeldzüge von Kunstgegenständen, denen Frankreich wertvolle Sammlungen in Museen und Galerien zu verdanken hat, sind nicht mit dem zu vergleichen, was die Nazis beschlagnahmten. Hunderttausende von Gegenständen wurden dabei konfisziert: Gemälde, Skulpturen, Teppiche, Juwelen, Gold, Silber, Bücher, Manuskripte, Kirchenschätze und Musikinstrumente. Die Nazis plünderten rund 16 Millionen Kunstwerke in ganz Europa. Nur wenig wurde danach wieder zurückgegeben.“<sup>16</sup>



Über die Ziele und den Aufbau des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg schrieb de Vries:

„Nach Beendigung des Westfeldzuges, genauer: dem Einmarsch und der Besetzung von Holland, Belgien und Frankreich im Mai und Juni 1940, gründete Alfred Rosenberg am 17. Juli 1940 den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR). Das Aufspüren von ‚verlassenen‘ (man nannte sie fortan ‚herrenlos‘) jüdischen Bibliotheken, Synagogen, Geschäften und Wohnsitzen in Paris, aber auch Freimaurerlogen in Frankreich wurde dabei zum direkten Anlass für diese Maßnahme genommen. Viele Juden und Freimaurer hatten den deutschen Einmarsch nicht erwartet, und nun waren sie plötzlich Feinde des Dritten Reiches. Rosenbergs ‚Mission‘, besser, Aktion zur geistigen und weltanschaulichen Überwachung, bestand zuerst in einer ‚Sicherung‘ aller verbleibenden ‚Materialien zu politischen Forschungszwecken‘ von Personen, die als anti-deutsch eingestuft wurden. Die Maßnahme wurde in enger Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem Sicherheitsamt – SiPo und SD – durchgeführt, die wiederum ‚polizeipolitisches Material‘ aufzuspüren hatten.“<sup>17</sup>

In dem Kapitel über die Arbeit des ERR in Belgien vermerkte de Vries, dass die „Arbeitsgruppe Belgien“, die auch für Nordfrankreich zuständig war, „am 1.9.1940 in der Rue de Chatelain Nr. 32 in Brüssel gegründet wurde“.<sup>18</sup>

Am 11.6.1942 übernahm der Freund von Adolf Vogel und Hamburger Lehrerkollege, Hans Muchow, die Leitung der Arbeitsgruppe Belgien.<sup>19</sup>

De Vries stellte fest, dass in Belgien die Einsatzgruppe so eng mit der Militärverwaltung zusammenarbeitete, dass aufgrund der guten Beziehungen die ERR „in die Militärverwaltung mit eingebaut“ war.<sup>20</sup>

„Auch die ERR-Aktionen in Belgien beriefen sich auf die sogenannten Führerbefehle, die bereits in Frankreich angewendet wurden. In Belgien arbeitete der ERR auch eng mit Sicherheitspolizei/Sicherheitsdienst zusammen, wengleich unter der Führung der Militärbefehlshaber der Militärverwaltung. Für jede Beschlagnahmung musste also erst die Zustimmung der Militärverwaltung eingeholt werden; außerdem mussten regelmäßig Arbeitsberichte mit einer Inventarliste der beschlagnahmten Güter vorgelegt werden.“<sup>21</sup>

Zu Anfang erhielt der ERR den Auftrag, „herrenlose Bibliotheken weltanschaulicher Gegner“ sicherzustellen. Und Hauptarbeitsgruppenführer Hans Muchow erklärte, dass der Einsatzstab nach seiner Zusammensetzung „eine Gewähr für fachmännische Behandlung von Kulturgütern leisten sollte“<sup>22</sup>, womit auch der Auftrag für seinen Freund Adolf Vogel beschrieben war.

Aus einem Bericht des ERR ging hervor, „dass 84.291 Kubikmeter an Hausrat in der ‚Möbelaktion‘ in Belgien erbeutet wurden. Diese Aktion wurde mithilfe von 1500 LKWs mit einer Ladekapazität von jeweils 15.000 t durchgeführt. Wie in den

Niederlanden, so war es auch hier die deutsche Speditionsfirma Kühne & Nagel, welche das Mobiliar unter Beihilfe von belgischen Speditionsfirmen beförderte. Insgesamt plünderten die Deutschen über 4500 Häuser deportierter jüdischer Bürger in Belgien.“<sup>23</sup> (Siehe dazu auch die ausführliche Biografie in diesem Band.)

Das „Hauptarbeitsfeld“ für den Einsatzstab um Hans Muchow und Adolf Vogel war allerdings die Büchererfassung und der Sonderstab Bildende Kunst.<sup>24</sup>

Später, im Juni 1947, erklärte Hans Muchow: „Die Tätigkeit des ERR bedeutete keinen Eingriff in die Eigentumsrechte der Bewohner Belgiens; sie erfolgte vielmehr im Interesse dieser abwesenden Eigentümer und fällt unter den zivilrechtlichen Begriff der ‚Geschäftsführung ohne Auftrag‘.“ Es sei „wissenschaftliche Arbeit in die beschlagnahmten Bücher investiert“ worden.<sup>25</sup>

Wegen seiner erfolgreichen Arbeit in Brüssel war Hans Muchow dann noch im Osten eingesetzt worden. Vorher hatte er am 24.3.1944 eine Liste aller Einsatzstellen für Beschlagnahmungen in Belgien zusammengestellt. Darin hieß es: Jüdisches Material wurde „in Brüssel, Antwerpen, Gent, Liège, Charleroi, Namur, Lille und Brügge beschlagnahmt. Das Material stammte von fünf jüdischen Vereinigungen und Bibliotheken sowie aus 79 Privatwohnungen, wo man größere Sammlungen vorfand.“<sup>26</sup>

Auch von Adolf Vogel gibt es ein zitiertes Dokument:

„Am 24. August 1944 informierte Haupteinsatzführer Dr. Vogel die ERR Stabsführung in Berlin davon, dass zwei Waggons unterwegs seien. Der erste Waggon (markiert mit ‚Belgien 275 047‘) enthalte 109 Kisten mit Büchern für Tanzenberg, wo sich die Zentralbibliothek der Hohen Schule befand. Obwohl kein weiterer Bestimmungsort für den zweiten Waggon verzeichnet war, und man nur ‚Kassel 62 606‘ geschrieben hatte, ist die Inhaltsangabe zu diesem Waggon sehr aufschlussreich: ... 16 verschalteten Kunstgegenständen, 16 Bücherkisten, 15 Kisten Belgienbibliothek, eine Kiste Akten der Hauptarbeitsgruppe (vor allem Arbeitsvorhaben).“<sup>27</sup>

In seiner Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen hatte Adolf Vogel geschrieben, dass er für die Arbeit im Einsatzstab Rosenberg „nicht die ev.-luth. Kirche verlassen oder seinen christlichen Glauben aufgeben musste“.<sup>28</sup>

Bevor jetzt genauer darauf eingegangen werden soll, wie kurz und erfolgreich das Entnazifizierungsverfahren für Adolf Vogel war, möchte ich noch aus dem Vorwort des Buches von Willem de Vries zitieren. Fred K. Prieberg schreibt darin über die Mitarbeiter des Einsatzstabs Rosenberg, also auch darüber, wie das Tun der Hamburger Lehrer Adolf Vogel und Hans Muchow zu bewerten ist:

„Bisher hat noch jeder Beteiligte nach 1945 seine Biografie gefälscht, die Mitwirkung im Einsatzstab Rosenberg verschleiert oder verharmlost oder sich in platte Unwahrheit geflüchtet. Jegliche Beteiligung an den Raubzügen des Einsatzstabes Rosenberg war gleichbedeutend mit dem tätigen Bekenntnis zum Antisemitismus



Adolf Vogel begrüßt in Belgien eine Gruppe der Flämischen Wacht (Garde). Die Flämische Garde war im Mai 1941 gegründet worden, wurde zu einer Hilfstruppe für die deutsche Wehrmacht und legte einen Eid auf Hitler ab.

nationalsozialistischer Rigorosität, das heutige moralische Bewertung als ungeistige Voraussetzung des rassistischen Völkermordes einstuft. Damals herrschte eine ‚Herren- und Räubermoral‘. Dies kann den Handlangern kaum verborgen geblieben sein, hatten sie doch ihre Erziehung in den Schulen des Kaiserreiches oder der ersten deutschen Republik genossen. Christliche Gesittung scheint aber – wie anderswo auch – ein Mäntelchen zu sein, das beim Flirt mit der Macht in der Hand der Machthaber zurückbleibt.

Kein Tatbeteiligter kann damit freigesprochen werden, sein Bewusstsein für gesellschaftliches Ethos habe unter dem Zwang der Diktatur ‚eben mal‘ ausgesetzt. Wer sich der erlernten Wohlanständigkeit würdig erweisen wollte, hatte – das beweisen Beispiele – andere Möglichkeiten im wissenschaftlichen Bereich, als den Kunstraub des Amtes Rosenberg zu begünstigen. Ist es wohl einfacher zu lügen, als sich der Verantwortung zu stellen?“<sup>29</sup>

Wie stellte sich Adolf Vogel seiner Verantwortung?

Aus meiner Sicht passt vieles von dem, was Fred Prieberg geschrieben hat, auch auf Adolf Vogel. Ihm gelang es, die sechs Jahre im Einsatzstab Rosenberg zu marginalisieren, zu verharmlosen. Nach der Arrestierung in Ludwigslust war er in das Internierungslager Neumünster überführt worden. Oberschulrat Schröder hatte am 13.6.1946 vermerkt, dass Vogel seit Monaten verhaftet sei.<sup>30</sup>

Am 5.8.1946, also nach einjähriger Internierung, meldete sich Adolf Vogel bei Heinrich Schröder zurück in Hamburg. Er organisierte gewichtige Leumundszeugnisse für sich und schaffte es, dass der Entnazifizierungsausschuss unter Leitung von Johann Helbig am 3.12.1946 keine Einwände gegen die Wiedereinstellung von Adolf Vogel als Studienrat äußerte.<sup>31</sup>

In der Begründung wurde festgestellt, dass die formale Belastung von Adolf Vogel insignifikant sei, der entscheidende Punkt sei seine Teilnahme im Stab Rosenbergs. Aber auch da stellte der Ausschuss fest, dass in Brüssel unter politischen Gesichtspunkten nur unwichtige Dinge stattfanden, „in a purely scientific way“.<sup>32</sup>

Adolf Vogel hatte seine Tätigkeit erfolgreich verharmlost und der Entnazifizierungsausschuss verfügte Ende 1946 kaum über die Möglichkeiten, Recherchen anzustellen, um das Gegenteil zu belegen. Hinzu kam, dass Vogel Leumundszeugnisse „by well-known antifascists“ vorlegen konnte.<sup>33</sup>

Dr. Georg Jäger, der von sich schrieb, nie Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein, kannte Adolf Vogel seit 1934 aus dem Kollegium der Oberschule für Jungen in Eimsbüttel. „Die Opposition gegen den Nationalsozialismus, was uns gemeinsam war, brachte uns zusammen“, erklärte er. Sie hätten sich gemeinsam für einen undogmatischen Sozialismus und demokratische Erziehung sowie persönliche Verantwortlichkeit eingesetzt. Und: „Die Arbeit in Belgien hat nichts an seinen fundamentalen Ideen verändert.“<sup>34</sup>



Adolf Vogel, 1947

Besonderes Gewicht hatte sicherlich auch das Leumundsschreiben von Dr. Alexander Stempel, den ich eher kritischer sehe und der in diesem Band auch porträtiert wird. Stempel war ein führender Vertreter der niederdeutschen Sprache, NSDAP-Mitglied seit 1937, in den Kriegsjahren mit der Leitung der Oberrealschule für Jungen am Kaiser-Friedrich-Ufer betraut und nach 1945 dort als Oberstudiendirektor eingesetzt, worüber man sich schon wundern kann. Stempel kannte Vogel seit dessen Vorbereitungsdienst an der Schule, seit 1923. Er schrieb über Vogel, dass dieser „zu einer Gruppe von Pazifisten und politisch linksorientierten Personen gehörte“, zu der Stempel auch Dr. Hans Muchow zählte, den Freund aus Brüsseler Gemeinsamkeit. Außerdem bemerkte Stempel, dass vermutet wurde, Vogel wäre Mitglied der SPD gewesen. Das stimme zwar nicht, aber würde mit seiner Art als Lehrer korrespondieren und seiner Mitarbeit an der Arbeit des Genitivvereins, wie er die Gesellschaft der Freunde nannte und seinen Positionen, die er in den Konferenzen bezog.<sup>35</sup>

Wie subjektiv solche Aussagen waren, zeigt auch die Behauptung einer weite-

ren Person, die sich für Adolf Vogel einsetzte, nämlich Dr. Walter Vontin, der berichtete, Vogel hätte dem linken Flügel des Hamburger Philologenvereins angehört.<sup>36</sup>

Ein Blick in das Hamburgische Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1932–1933 zeigt, dass Vogel wohl tatsächlich zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Gesellschaft der Freunde gewesen war.<sup>37</sup>

Stempel behauptete außerdem, dass Adolf Vogel sich entschieden gegen Nationalsozialismus fühlte („felt decidedly against nationalsocialism“). Dies sei auch dem Direktor Dr. Dätz bekannt gewesen, was keine Probleme gemacht habe, da Dätz ein „toleranter Mann“ gewesen sei.<sup>38</sup> Auch da habe ich eine andere Sicht, wie man der Biografie von Ernst Dätz entnehmen kann, die ich im Band 2 der Täterprofile geschrieben habe.<sup>39</sup>

Alexander Stempel äußerte sich auch über Vogels Tätigkeit beim Einsatzstab Rosenberg, wo dieser, laut Stempel, „viele Skrupel hatte“. „Wir Kollegen versuchten ihn zu trösten, in dem wir feststellten, dass er wahrscheinlich kein guter Soldat sein würde und dass er zu leiden haben würde aufgrund seiner physischen Konstitution, während er in Belgien mehr für seine zukünftige Art zu unterrichten und seine historischen Studien profitieren würde. Später fragten wir uns, ob seine Tätigkeit ihn zu einem Nationalsozialisten machen würde; weil es bekannt war, that his associate Muchow had advanced out of turn.“ Stempel schrieb auch, „dass Dr. Vogel in einer solchen Umgebung ein Sklave der Partei hätte werden können. Nichts davon passierte. Wenn Dr. Vogel zurückkam, war er immer ganz unverändert. Unter Freunden stellte er fest, dass er eine Menge für seine Studien gelernt habe“.<sup>40</sup>

Aus meiner Sicht eine wenig überzeugende Stellungnahme, geradezu grotesk, sieht man auf das, was im Einsatzstab Rosenberg tatsächlich getan wurde. Offenbar sahen die Entnazifizierungsausschüsse dies anders, Vogel wurde zum 17.1.1947 wieder in den Schuldienst aufgenommen und der Heinrich Hertz-Schule zugeordnet, mit einigen Stunden auch an der Abend-Oberschule.<sup>41</sup>

Adolf Vogel, der seit dem 2.7.1931 mit Luise Jacobs verheiratet war und mit ihr drei noch relativ junge Kinder hatte (geboren 1936, 1939 und 1942)<sup>42</sup>, wurde schon am 14.5.1949 an das Pädagogische Institut abgeordnet, parallel zu Prof. Alfred Kleeberg, der in diesem Band auch porträtiert wird. Schon nach zwei Jahren erhielt Adolf Vogel die Beförderung zum Oberstudienrat und gleichzeitig die Beauftragung der Leitung des Studienseminars. In dem Ernennungsvorschlag vom 17.12.1951 lautete die Begründung:

„Seiner Fähigkeit pädagogischer und psychologischer Führung kommt eine umfassende Kenntnis pädagogischer, psychologischer und fachwissenschaftlicher Gebiete zu Hilfe. Die bildungstheoretische und praktische Zielsetzung in seiner Arbeit kommt aus sicherer Mitte. Er findet den Weg zu seinen Referendaren von einer

Haltung, die immer das Menschliche zuerst sieht. Neben seiner Arbeit im Rahmen des Seminars betreut er seine Referendare auch in privaten Zusammenkünften. In persönlicher Beratung steht er ihnen jederzeit zur Verfügung.<sup>43</sup>

Als Studienseminarleiter in der Ausbildung nahm Adolf Vogel an diversen Exkursionen und Seminaren in England, Frankreich und Dänemark teil. Bis 1961 mussten die jeweiligen Senatoren stets bestätigen, dass für ihn, der mittlerweile Oberstudiendirektor am Staatlichen Studienseminar war und der jeweils zwischen 60 und 70 Studienreferendare für das Lehramt an Gymnasien ausbildete und deren Prüfung abnahm, in den Räumen des Studienseminars keine Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung standen und er somit unbedingt ein Arbeitszimmer zu Hause benötigte sowie ein dortiges Telefon, das von der Schulbehörde als Möglichkeit für Dienstgespräche anerkannt und somit die Kosten erstattet wurden.<sup>44</sup>

Auch wenn die Arbeitsbedingungen nicht optimal waren, hatte Adolf Vogel einen bemerkenswerten Karriereweg eingeschlagen, nachdem er wieder in den Hamburger Schuldienst eingestellt worden war.

Seine Pensionierung wurde um ein Jahr hinausgeschoben, am 22.8.1966 trat er dann in den Ruhestand.<sup>45</sup>

Uwe Schmidt, der am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg bei Alfred Kleeberg studiert hatte und bei Hauptseminarleiter Adolf Vogel in den fünfziger Jahren ausgebildet worden war, berichtete von einem von ihm miterlebten Klassengespräch 1948 in Vogels zehnter Klasse unter der Fragestellung: „Wie konnte es zu solchen Unmenschlichkeiten kommen?“ Es ging dabei darum, einer Anregung der Schulbehörde zu folgen und in geeigneter Form den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken. Schmidt schrieb über Vogels Unterricht:

„Nicht jedes äußerliche Bekenntnis, so notierte er (Vogel) als Gesprächsergebnis, beweist den inneren Menschen. Darum richte sich an jeden von uns die Aufforderung: Erkenne Dich selbst! In jedem von uns stecke die Neigung zum Bösen.“<sup>46</sup>

Bemerkenswert in Kenntnis der persönlichen Geschichte Adolf Vogels in der Zeit von 1940 bis 1945. Aber wer hat das schon gewusst?

Adolf Vogel starb am 19.4.1986.<sup>47</sup>

## Anmerkungen

1 Es gibt zahlreiche Literatur zu diesem Thema. Siehe etwa: Peter M. Manasse: Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeit des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997; Jakob Kurz: Kunstraub in Europa 1938–1945, Hamburg 1989.

2 Entnazifizierungsakte Vogel, StAHH, 221-11\_Ed 15885

3 Personalakte Adolf Vogel, StAHH, 361-3\_A 2217

4 Ebd.

- 5 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute. Hamburg 1999, S. 175.
- 6 Personalakte a. a. O.
- 7 Ebd.
- 8 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 9 Personalakte a. a. O.
- 10 „Schedule“, Anlage zu seinem Entnazifizierungsfragebogen, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd. Die Erklärung Vogels ist von mir aus dem Englischen wörtlich übersetzt worden.
- 13 Ebd.
- 14 Willem de Vries: Kunstraub im Westen 1940–1945, Frankfurt am Main 2000.
- 15 de Vries 2000, S. 239.
- 16 de Vries 2000, S. 13.
- 17 de Vries 2000, S. 35.
- 18 de Vries 2000, S. 236.
- 19 de Vries 2000, S. 236 f.
- 20 de Vries 2000, S. 237.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 de Vries 2000, S. 241.
- 24 Ebd.
- 25 de Vries 2000, S. 243.
- 26 de Vries 2000, S. 249.
- 27 de Vries 2000, S. 250.
- 28 „Schedule“, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 29 de Vries 2000, S. 8 f.
- 30 Personalakte a. a. O.
- 31 Entscheidung vom 3.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Schreiben vom 4.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 35 Schreiben von Alexander Stempel vom 1.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Stempel in diesem Band.
- 36 Schreiben vom 2.9.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 37 Hamburgisches Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1932–1933, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde. In diesem Lehrerverzeichnis sind alle Mitglieder der Gesellschaft der Freunde mit einem Sternchen kenntlich gemacht.
- 38 Schreiben von Alexander Stempel, a. a. O.
- 39 Biografie Ernst Dätz, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 587.
- 40 Schreiben von Alexander Stempel, a. a. O.
- 41 Personalakte a. a. O.
- 42 Personalakte a. a. O.
- 43 Ernennungsvorschlag vom 17.12.1951, Personalakte a. a. O.
- 44 So ein Schreiben von Senator Landahl vom 24.11.1961, Personalakte a. a. O.
- 45 Personalakte a. a. O.
- 46 Uwe Schmidt 1999, S. 429.
- 47 Personalakte a. a. O.

## **Entnazifizierungsausschüsse**

### **Niemals in der NSDAP und nachweislich im Gegensatz zum Gedankengut des Nationalsozialismus**

Von großer Bedeutung in allen Biografien sind die Entnazifizierungsverfahren nach 1945 gewesen. Im ersten Band der „Täterprofile“ habe ich den Ablauf ausführlich dargestellt.<sup>1</sup> Es gab dabei verschiedene Phasen, nachdem zu Anfang die Kriterien der Britischen Militärregierung ausschlaggebend waren. Danach wurden alle Beamten entlassen, die zum 1.5.1933 oder schon vorher Mitglieder der NSDAP oder der SA oder SS gewesen waren. In den anschließenden Entnazifizierungsverfahren hatten sie die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen, gehört zu werden, Leumundszeugnisse einzureichen.

Ab November 1946 setzte die Militärregierung schulformbezogene Fachausschüsse ein, die aus jeweils drei Personen bestanden. Darüber hinaus wurden auch Berufungsausschüsse gebildet, die Empfehlungen abgaben, wenn die Betroffenen Einspruch erhoben. Es wurden ausschließlich Personen für diese Ausschüsse benannt, die niemals der NSDAP angehört und die nachweislich im Gegensatz zum Gedankengut des Nationalsozialismus gestanden hatten. Hier sollen die Personen kurz porträtiert werden, die in den pädagogischen Ausschüssen die wesentliche Arbeit geleistet haben und die über die größte Expertise in Bezug auf das Personal an Hamburger Schulen verfügten.

#### **Heinrich Schröder**

Heinrich Schröder wurde als Sohn des Pastors Jakob Friedrich Schröder und seiner Ehefrau Christel am 26.12.1889 in Lunden, Norddithmarschen, geboren. Er war eine der wichtigsten Persönlichkeiten im Hamburger Schulwesen, insbesondere in der Zeit seit 1945 bei der Entnazifizierung im Bereich der höheren Schulen. Heinrich (Heinz) Schröder besuchte ein humanistisches Gymnasium, die Königliche Landschule Pforta (Schulpforta) im Internatsbetrieb. Anschließend studierte er in Tübingen, Kiel, Greifswald und wiederum Kiel Geschichte, Latein, Griechisch und Religion. Im Juli 1914 schloss er dieses Studium in Kiel mit der 1. Lehrprüfung ab. Anschließend meldete er sich als Kriegsfreiwilliger, wurde am 8.8.1916 verwundet und am Ende des Jahres 1916 nach längerem Lazarettaufenthalt als Vizefeldwebel als „kriegsunbrauchbar“ entlassen.<sup>2</sup>

Das Seminarjahr absolvierte Schröder ab dem 10.1.1917 am Realgymnasium in Flensburg, wo er bis zum 30.6.1920 arbeitete. Parallel dazu war er mit der sozia-





Heinrich Schröder, 1947

listischen Bewegung in Kontakt gekommen und arbeitete nebenberuflich als Redakteur beim „Flensburger Arbeiterblatt“.<sup>3</sup>

Heinrich Schröder wechselte zum 1.7.1920 an das Gymnasium Blankenese und wurde als „roter Assessor“<sup>4</sup> am 1.4.1923 Lehrer am Christianeum, wo er bis zum Ende der NS-Zeit tätig war. Schröder war 1924 Mitglied im Reichsbanner und vorher der SPD geworden.<sup>5</sup> Nach Beginn der NS-Herrschaft wurde Heinrich Schröder am 21.9.1933 aufgrund von §4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen. Es gab heftige Proteste von

Seiten der Schüler, Eltern und einiger Kollegen und nach seinem eigenen Einspruch wurde er 1934 wieder eingestellt. Die Auseinandersetzungen am Christianeum habe ich im ersten Band der „Täterprofile“ in einigen Biografien dargestellt, auch die mutige Haltung von Heinrich Schröder, der trotz der Bedrohung durch die Nationalsozialisten und den damaligen Oberschulrat Albert Henze, Position bezog.<sup>6</sup>

Die Auseinandersetzungen mit nationalsozialistischen Denunzianten in seiner Schule und die Bedrohung durch das NS-Regime hatten der Gesundheit von Heinrich Schröder zugesetzt. In seiner Personalakte sind seit 1936 nahezu jährlich lange Kuren dokumentiert, die ihn wieder arbeitsfähig machen sollten. Hinzu kamen Geldnöte, da Schröder Vater von fünf Kindern war und er insbesondere durch Privatunterricht in Latein zusätzlich zu seiner Haupttätigkeit in der Schule die materielle Existenz der Familie sichern musste.

Auch wenn Heinrich Schröder 1934 wieder am Christianeum arbeiten durfte, entzog ihm die NS-Schulverwaltung den Geschichtsunterricht in der Oberstufe und auch die Teilnahme bei den Abiturprüfungen.<sup>7</sup> Ein von ihm gehaltener Vortrag vor der Lehrerschaft des Christianeums 1937 zum Thema „Humanismus und Nationalsozialismus“ wurde in seiner Personalakte negativ vermerkt.<sup>8</sup>

Überliefert ist durch Aussagen von Teilnehmern, dass es während der NS-Zeit drei konspirative Gruppen gab, die sich insbesondere in den letzten Jahren der NS-Herrschaft unter Wahrung großer Vorsichtsmaßnahmen trafen, um sich auf „den Tag danach“ vorzubereiten. Uwe Schmidt schrieb dazu:

„Während der zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur waren die pädagogischen Überzeugungen, Ideale und Leitlinien, deren Ziel in Hamburg die Modernisierung und Pädagogisierung der Schule gewesen war, nicht in Vergessenheit geraten. Dieses ist nicht zuletzt drei schulformbezogenen Gesprächskreisen zu verdanken, deren Teilnehmer sich in den Jahren der Diktatur unbemerkt, aber einigermaßen regelmäßig getroffen hatten.“<sup>9</sup>

Ich habe ausführlich in der Biografie über Max Traeger die Aktivitäten einer Gruppe ehemaliger Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ und ihrer Stellvertreter sowie Abgeordneter der SPD und der DDP beschrieben. Diese Gruppe, zu der insgesamt über die zwölf Jahre etwa acht bis zehn Personen gehörten, traf sich in öffentlichen Lokalen, aus Furcht vor Abhörung niemals in Privatwohnungen. Dazu gehörten außer Max Traeger u. a. noch die ehemaligen Vorsitzenden Kurt Zeidler, Gerd Niebank, Friedrich Wilhelm Licht, Hermann Lange und Richard Ballerstaedt, langjähriges Vorstandsmitglied der „Gesellschaft der Freunde“ und der SPD.<sup>10</sup> Diese Gruppe, die sich als „Untergrundvorstand“ der alten „Gesellschaft der Freunde“ empfand, hatte engen Kontakt zu Schulrat Fritz Köhne gehalten, der sie stets über Interna der NS-Schulverwaltung auf dem Laufenden hielt und Hinweise gab, welche Kolleginnen und Kollegen verzweifelt, bedroht und gefährdet waren, sodass zu diesen Personen Kontakt aufgenommen werden konnte. Die Gruppe um Max Traeger erreichte es, unmittelbar nach Ende der NS-Herrschaft, Gespräche mit der Britischen Militärregierung zu führen, um eine demokratische Lehrerorganisation wieder aufzubauen und das ehemalige Haus der „Gesellschaft der Freunde“, das Curio-Haus, wieder in Besitz nehmen zu können. Diese Gruppe repräsentierte in erster Linie die Volksschullehrerschaft. Aus ihrer Mitte wurden Friedrich Wilhelm Licht und Kurt Zeidler von der Militärregierung beauftragt, den Vorsitz (und 2. Vorsitz) des Fachausschusses für die Volksschulen zu übernehmen, der alle Entnazifizierungsfragebögen der Volksschullehrer begutachtete.

Ein zweiter Kreis, der sich in der NS-Zeit regelmäßig traf, war eine Gruppe von Frauen, die von den Nationalsozialisten 1933 als Oberschulrätin (Emmy Beckmann) oder als Schulleiterinnen (Irma Stoß und Alice Pollitz) abgesetzt worden waren. Diese Gruppe „hielt die Reformanstöße des höheren Mädchenschulwesens lebendig“.<sup>11</sup>

Es gab einen dritten Gesprächskreis von Lehrern der höheren Jungenschulen, der sich, laut Uwe Schmidt, während der Jahre 1933 bis 1945 in unregelmäßigen Abständen im Blankeneser Strandcafé traf. „Diesem Kreis gehörten der Lehrer am Christianeum Heinrich Schröder, der frühere Harburger Schulleiter Walther Merck, sowie der frühere Schulleiter der Lichtwarkschule Heinrich Landahl an. Bei ihren Zusammenkünften besprachen sie möglichst unbeobachtet pädagogische und schulpolitische Fragen. Ihr Thema der letzten Kriegsjahre war der Wiederaufbau des höheren Schulwesens nach dem Kriege.“<sup>12</sup>

Die Informationen über diesen Gesprächskreis hatte Uwe Schmidt von Eleonore Rudolph erhalten, einer der Töchter von Heinrich Schröder, die später langjährig Bürgerschaftsabgeordnete der CDU in Hamburg gewesen war.<sup>13</sup>

Alle drei Kreise setzten sich zusammen aus entschiedenen Nazigeegnern, die

von den Nationalsozialisten aus ihren Funktionen entfernt worden waren und die im Hamburger Schulwesen nach 1945 eine entscheidende Rolle spielten. Aus der dritten Gruppe wurde Heinrich Landahl, der von der DDP/Deutsche Staatspartei nach 1945 in die SPD übergewechselt war, neuer Schulsenator in Hamburg 1945, Heinrich Schröder und Walther Merck Oberschulräte für die höheren Schulen, ebenso wie Emmy Beckmann und Alice Pollitz als Oberschulrätinnen. Die Britische Militärregierung benannte Heinrich Schröder als Mitglied der Zentralkommission, die über Berufungsfälle entscheiden sollte. Und Schröder verfasste sehr viele fundierte und detaillierte Gutachten über nationalsozialistisch belastete Lehrer der höheren Schulen. Da er außerdem Personalreferent für den Bereich der höheren Schulen war, nahm er eine Schlüsselrolle in diesem Bereich ein.

Bedauerlicherweise war der Arbeitsaufwand immens und die Gesundheit von Heinrich Schröder über Jahre angegriffen. Seit dem 8.6.1950 war er erkrankt, litt unter Erschöpfung und einem angegriffenen Kreislaufsystem. Schröder befolgte den dringenden Rat seiner Ärzte nicht und wurde nach längerer Krankheit schon wieder tätig, obwohl er erholungsbedürftig war.

Heinrich Schröder starb am 6.1.1951.<sup>14</sup>

## Johann Helbig

Den Vorsitz des Fachausschusses für die höheren Schulen in Hamburg hatte jahrelang Johann Helbig inne. Helbig war insofern prädestiniert dafür, weil er 1933 als Schulleiter der Realschule im Alstertal, als deren Leiter er seit 1927 vom Kollegium und dem Elternrat gewählt worden war, sich weigerte, in die NSDAP und den NSLB einzutreten. Er war deshalb von den Nationalsozialisten als Schulleiter abgesetzt worden, konnte aber als Lehrer weiterarbeiten und das Geschehen im Bereich der höheren Schulen während der NS-Zeit genau beobachten und miterleben.



Johann Helbig, 1954

Johann Helbig wurde am 11.4.1889 in Hamburg als Sohn eines Zimmerers geboren. Er besuchte zunächst die Volksschule, wechselte dann 1904 auf das Lehrerseminar am Steinhauerdamm, das er 1910 nach der 1. Lehrprüfung verließ. Anschließend unterrichtete er bis 1913 als Hilfslehrer in der Volksschule für Knaben in Billwerder. Mit 22 Jahren bestand er als „Externer“ die Reifeprüfung am Johanneum und begann ein Studium der Mathematik und Physik an der Universität Kiel. Unterbrochen durch den Militärdienst, konnte er dieses Studium erst 1921 abschließen.

Danach fand Johann Helbig eine zweijährige Tätigkeit am Hamburger Lehrerseminar und wurde 1924 dem Gründungs-Kollegium der Realschule im Alstertal zugeordnet, wo er 1927 Schulleiter wurde.<sup>15</sup>

Nach seiner Weigerung, 1933 der NSDAP und dem NSLB beizutreten, versetzte ihn die NS-Schulverwaltung als Lehrer an die Oberschule für Jungen an der Uhlenhorst.

1945 wurde er dann nach Ende der NS-Zeit wieder Schulleiter an seiner alten Schule im Alstertal, übernahm anschließend 1947 für 18 Monate kommissarisch eine Schulaufsichts-Funktion und fungierte 1948 bis zu seiner Pensionierung 1955 als Schulleiter des Matthias-Claudius-Gymnasiums.

Als Vorsitzender des Fachausschusses für die höheren Schulen war Johann Helbig von 1945 bis 1950 als Gutachter an nahezu allen Entnazifizierungsverfahren im Bereich der höheren Schule maßgeblich beteiligt.

Er starb am 10.8.1965.<sup>16</sup>

## Clara Klabunde

Neben den Fachausschüssen für die Entnazifizierung, die in der Regel zusammengesetzt waren aus Pädagoginnen und Pädagogen, die als Nazi-Gegner entlastet waren, und die in Kenntnis der Hamburger Lehrerschaft Gutachten über die jeweiligen Personen erstellten, gab es auch Entnazifizierungs-Ausschüsse, Berufungsausschüsse, die als Spruchkammern Entscheidungen treffen mussten, deren Mitglieder aber nicht aus dem jeweiligen Berufsbereich zu stammen hatten. Deren Vorsitzende waren zumeist Juristen. Als eine der Vorsitzenden vieler Entnazifizierungsausschüsse fungierte Clara Klabunde.

Clara Klabunde, geb. Genter, wurde am 30.12.1906 in Hamburg geboren. Sie war die Tochter des Kaufmannes Hermann Genter und seiner Ehefrau Bertha, die als Lehrerin in Hamburger Strafanstalten arbeitete.<sup>17</sup>

Clara Klabunde erhielt zuerst Privatunterricht und besuchte dann von 1915 bis 1926 die Klosterschule St. Johannes, ab 1920 das dortige Realgymnasium, wo sie 1926 das Abitur bestand. Anschließend studierte sie bis 1929 Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Hamburg.

An der Universität wurde sie Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes und lernte dabei ihren späteren Ehemann, Erich Klabunde, kennen, sowie Wilhelm Drexelius, mit dem sie nach dem Studium beruflich zusammenarbeitete. Erich Kla-



Clara Klabunde, undatiert

bunde war nach 1945 Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg und später Bundestagsabgeordneter. Wilhelm Drexelius (1906–1974), arbeitete zunächst als Rechtsanwalt und war später unter anderem von 1961 bis 1970 Schulsenator in Hamburg.

Clara Genter hatte am 5.11.1929 die erste juristische Staatsprüfung abgelegt und wurde danach Referendarin in der Hamburger Justizverwaltung. Am 25.3.1933 bestand sie die juristische Staatsprüfung und beantragte „vermutlich unter dem Eindruck der politischen Umwälzung nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten“ die Zulassung als Anwältin und schied somit im Mai 1933 aus dem Staatsdienst aus.<sup>18</sup> Sie heiratete am 4.11.1934 den Journalisten Erich Klabunde, der unter den Nationalsozialisten Publikationsverbot hatte und seine Arbeit aufgeben musste.

Clara Klabunde, die durch die Reichsrechtsanwaltsordnung von 1935 als Frau im Anwaltsberuf eingeschränkt war, vertrat zunächst politisch Verfolgte des NS-Regimes und arbeitete mit Wilhelm Drexelius in einer gemeinsamen Rechtsanwaltskanzlei am Neuen Wall 54 zusammen. Nach Ende der NS-Herrschaft übernahm sie die ehrenamtliche Arbeit in den Entnazifizierungsausschüssen in Hamburg, wobei sie lange Zeit als Spruchkammervorsitzende tätig war.<sup>19</sup>

Nach dem plötzlichen Tode ihres Mannes 1950 erhielt Clara Klabunde zum 1.12.1952 als erste Frau an dem Gericht die Stelle einer Landesarbeitsgerichtsdirektorin beim Landesarbeitsgericht Hamburg. Seit 1953 gehörte sie dem Hamburgischen Verfassungsgericht an und zum 1.9.1966 berief sie der Hamburger Senat zur Präsidentin des Landesarbeitsgerichts.

Clara Klabunde starb am 7.7.1994 in Hamburg.<sup>20</sup>

## **Friedrich Wilhelm Licht**

Nachdem die Britische Militärregierung sich entschlossen hatte, bei der Entnazifizierung nicht nur formale Kriterien anzulegen, sondern auch die Expertise von deutschen Nazigeignern mit einzubeziehen, die in den jeweiligen Bereichen gearbeitet hatten, benannte sie Personen für die dreiköpfigen Fachausschüsse. Den größten Schulbereich bildeten die Volksschulen. Der Britischen Militärregierung war bekannt, dass die ehemaligen Vorsitzenden und Stellvertreter der „Gesellschaft der Freunde“, die alle niemals Mitglieder der NSDAP geworden waren, sich während der NS-Zeit regelmäßig und konspirativ getroffen hatten und sich in den letzten Kriegsjahren auf die Wiedereröffnung eines demokratischen Schulwesens und der Wiedergründung einer Lehrerorganisation vorbereitet hatten. Schon im Mai 1945 war es durch Vermittlung von Oberschulrat Fritz Köhne zu einem Treffen der

Britischen Militärregierung mit dieser Gruppe gekommen. Aus deren Mitte wurden Friedrich Wilhelm Licht und Kurt Zeidler von der Militärregierung beauftragt, den Vorsitz (und 2. Vorsitz) des Fachausschusses für die Volksschulen zu übernehmen, der alle Entnazifizierungsfragebögen der Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer begutachtete und die Betroffenen befragte, um dann einen Vorschlag zu unterbreiten, wie mit den jeweiligen Personen umgegangen werden sollte.

Friedrich Wilhelm Licht war langjähriges Vorstandsmitglied in der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen, vor und nach der Nazizeit, zeitweilig zweiter Vorsitzender, Mitglied des Schulbeirates und diverser Ausschüsse. „Unbescholten aus der Nazizeit hervorgegangen konnte Licht von der Besatzungsmacht die Lizenz erwerben, den Verlag der „Gesellschaft der Freunde“ einschließlich der Hamburger Lehrerzeitung wieder ins Leben zu rufen.“<sup>21</sup> Der Verlag hatte eine besondere Bedeutung bei der Produktion von Schulbüchern und Unterrichtsmaterial. Außerdem war Licht immer wieder als Verantwortlicher für die sozialen Kassen der „Gesellschaft der Freunde“ tätig gewesen.

Friedrich Wilhelm Licht wurde am 29.7.1883 in Wesselburen, Nord-Dithmarschen, geboren. Er besuchte nach der Volksschule die Präparandenanstalt in Hadersleben von 1900 bis 1903, machte 1906 schon die zweite Lehrerprüfung und wurde zwei Jahre später fest angestellt.<sup>22</sup>

Licht gehörte zu denjenigen, die am 12.11.1918 im Zuge der Novemberrevolution in Hamburg an der großen Lehrerversammlung im Curio-Haus teilnahmen, als analog zum Arbeiter- und Soldatenrat ein Lehrerrat gewählt wurde, der die großen Forderungen der reformpädagogischen Bewegung formulierte, die Einführung der Einheitsschule und die Selbstverwaltung der Hamburger Schulen, sowie die Abschaffung des Religionsunterrichts.<sup>23</sup>

Licht wurde danach an der Mädchenschule Alsenstraße 21 nach dem Selbstverwaltungsgesetz vom Kollegium und dem Elternrat zum Schulleiter gewählt und von diesen alle drei Jahre in diesem Amt bestätigt. 1933 entließen die Nationalsozialisten Licht aus seinem Amt, er verblieb aber als Lehrer an der Schule. Nach Ende der NS-Zeit wurde er wieder als Schulleiter an dieser Schule eingesetzt.

Durch seine langjährige Tätigkeit im Volksschuldienst und in der „Gesellschaft der Freunde“ gehörte Friedrich Wilhelm Licht zu den tiefsten Kennern der Volksschullehrerschaft und verfügte zusammen mit Kurt Zeidler, der im Fachausschuss für die Volksschulen zweiter Vorsitzender war, über detaillierte Personalkenntnisse, sodass der Fachausschuss treffsichere Gutachten schreiben konnte.



Friedrich Wilhelm Licht,  
1950

Licht arbeitete als Schulleiter bis zu seiner Pensionierung am 31.3.1949, darüber hinaus noch mehrere Jahre in diversen Funktionen innerhalb der „Gesellschaft der Freunde“.

Friedrich Wilhelm Licht starb am 1.4.1968.<sup>24</sup>

## Kurt Zeidler

Eine der schaffensreichsten Personen im Hamburger Schulwesen und in der „Gesellschaft der Freunde“ war Kurt Zeidler. Er selbst hat seinen Werdegang, seine pädagogischen und schulpolitischen Positionen in dem lesenswerten Buch „Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte“ dargestellt, das 1975 im damaligen Verlag Erziehung und Wissenschaft der GEW-Hamburg erschienen ist.<sup>25</sup>

Über Kurt Zeidler ist in den Begleitworten von seiner Tochter Margret Sell, geb. Zeidler, in der Korrespondenz mit mir in diesem Buch einiges berichtet worden.

Kurt Zeidler wurde am 11.3.1889 in Hamburg geboren. Er besuchte von 1895 bis 1903 die Volksschule und danach bis 1909 das Lehrerseminar in Hamburg. Nach der ersten Lehrprüfung trat er in den Schuldienst ein und fand schnell Kontakt zu schulreformerisch gesinnten Kreisen der Lehrerschaft Hamburgs. Er



Kurt Zeidler, 1950

knüpfte vielfältige Beziehungen zur „Kunsterziehungsbeziehung“, zu Alfred Lichtwark, Carl Götze und Heinrich Wolgast. Er schloss sich der „Pädagogischen Vereinigung von 1905“ an, einer Gruppe, „die im Sinne des Wandervogel nicht nur unterrichten will, sondern auch außerhalb der Schule mit den Schülern menschlichen Kontakt und Umgang pflegt“.<sup>26</sup>

Zeidler wurde aktiv in der „Gesellschaft der Freunde“, in deren Vorstand er 1914 zum ersten Mal gewählt wurde. Hier gehörte er auch dem „Pädagogischen Ausschuss“ an, in dem konzeptionell über reformpädagogische Veränderungen der Schule nachgedacht wurde. Ab Ostern 1919 arbeitete Kurt Zeidler als Lehrer an der Versuchsschule Breitenfelder Straße, der „Wendeschool“. 1921 wurde er nach dem Selbstverwaltungsgesetz zu deren Schulleiter gewählt. 1926 veröffentlichte Kurt Zeidler das heftig diskutierte Buch „Die Wiederentdeckung der Grenze“, in dem er auf Probleme der Reformpädagogik an seiner Versuchsschule aufmerksam machen wollte. 1929 wurde er zum ersten Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ gewählt (zum PropONENTEN, wie es damals hieß), 1930 wurde er als Schulrat in die Schulverwaltung gerufen.

Der lebenslange Freund von Kurt Zeidler, Prof. Carl Schietzel, schrieb über ihn anlässlich seines 80. Geburtstages: „Kurt Zeidlers berufliches Leben besteht aus zwei Abschnitten, getrennt durch die Zäsur des Dritten Reiches. Die erste Phase ist heute fast vergessen, aber sie war die bedeutendere, tragisch deshalb, weil Kurt Zeidler, wie alle strebenden Pädagogen seiner Generation, um die besten Früchte seiner Arbeit durch die allen Geist lähmende Eiszeit des nationalsozialistischen Regimes betrogen worden ist. So blieb Zeidlers größtes Werk auf der Strecke – der Versuch, einen neuen ‚Lehrplan für die Hauptschule‘, wie es schon 1930 hieß, in einem Arbeitskreis der Gesellschaft der Freunde zu erarbeiten.“<sup>27</sup>

Zeidler hatte als erster Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ 1930 eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die zwei Jahre später einen detaillierten Lehrplan vorlegen konnte, der auf zwei Arbeitsversammlungen im Curio-Haus vorgestellt wurde. Nach Beginn der Naziherrschaft konnte dieser Plan nicht mehr umgesetzt werden.

Zeidler hat aber noch andere größere Werke vorgelegt, die Beachtung fanden. So nutzte er die Zeit der NS-Herrschaft, in der er von den neuen Machthabern als Schulrat abgesetzt worden war, „durch Anwendung juristischer Mittel als Lehrer weiterarbeiten konnte und seine Dienstbezeichnung und das Gehalt eines Schulrates wiedererlangt“ hatte<sup>28</sup>, an einem Lehrwerk für den Englischunterricht zu arbeiten, das nach 1945 in Zusammenarbeit mit Dr. Hans Reimers im Volksschulunterricht nicht nur in Hamburg eingesetzt wurde.<sup>29</sup>

Wie an anderer Stelle schon beschrieben, bildete Kurt Zeidler mit anderen ehemaligen Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ in der NS-Zeit einen sich konspirativ treffenden Kreis, der sich selbst „Untergrundvorstand“ nannte, sich über die NS-Schulpolitik verständigte und im Austausch mit Schulrat Fritz Köhne versuchte, Kontakt aufzunehmen zu Kollegen, die gefährdet oder verzweifelt waren. In den letzten Kriegsjahren bereitete sich dieser Kreis darauf vor, nach dem absehbaren Ende der NS-Herrschaft ein demokratisches Schulwesen wieder aufzubauen. Kurt Zeidler wurde bereits im Mai 1945 wieder als Schulrat in die Schulverwaltung gerufen und fungierte als zweiter Vorsitzender des Entnazifizierungs-Fachausschusses Volksschulen. Gemeinsam mit Friedrich Wilhelm Licht und mit Schulrat Gustav Schmidt sorgte Zeidler mit seinem großen Überblick über das Personal im Bereich der Volksschulen dafür, dass in Gutachten die belasteten ehemaligen Nationalsozialisten benannt und identifiziert wurden.

Kurt Zeidler wurde 1954 pensioniert, blieb aber auch danach noch aktiv und veröffentlichte Bücher und Aufsätze zu unterschiedlichen Themen. Er äußerte sich in den 1970er Jahren auch noch zu politisch strittigen Themen, wobei er in der Frage der Schulleiter-Bestellung und zum Thema Berufsverbote eine in der GEW nicht



unbedingt geteilte Position vertrat.

Kurt Zeidler starb am 20.12.1982 im Alter von 93 Jahren.<sup>30</sup>

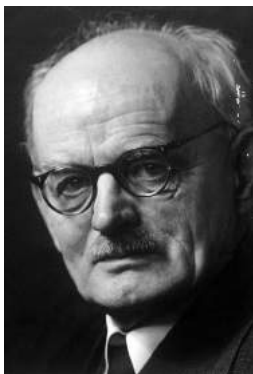
## Gustav Schmidt

Ein hervorragender Kenner des Hamburger Volksschulwesens war der ehemalige Volksschullehrer Gustav Schmidt, der seit dem 1.2.1925 als Kreisschulrat in Hamburg fungierte. Gustav Schmidt wurde am 26.2.1886 in Hoppenbruch, Kreis Marienburg in Westpreußen geboren. Er besuchte die Volksschule und das Lehrerseminar in Hamburg, das er 1907 mit der ersten Lehrerprüfung abschloss. Danach trat er als Hilfslehrer in der Schule des Waisenhauses seinen Dienst an. Seit dem 1.4.1911 war er fest angestellt und Lehrer an der Schule Von Essen-Straße. Im Ersten Weltkrieg war Schmidt vom 11.11.1914 bis zum 8.2.1919 Soldat, am Ende als Unteroffizier.<sup>31</sup>

Nach Ende des Krieges kam Gustav Schmidt wieder an der Schule von Essen-Straße und engagierte sich in der „Gesellschaft der Freunde“, wo er sich insbesondere mit dem deutschen Sprachunterricht befasste und eng mit Heinrich Geffert zusammenarbeitete. Er verfasste mehrere Lehr- und Arbeitsbücher für den Sprachunterricht, so etwa: „Eine heimatliche Sprachschule“ (1921) und „Deutsches Arbeits- und Übungsbuch für Hamburger Kinder“ (1928).<sup>32</sup>

Der parteilose Gustav Schmidt wurde zum 1.2.1925 von Schulsenator Emil Krause als Kreisschulrat berufen. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten verfügten diese im Volksschulbereich über wenig qualifiziertes Personal.

Schmidt verblieb genauso wie Fritz Köhne wegen seiner Kompetenzen 1933 als Nicht-NSDAP-Mitglied in der Schulverwaltung. Während Fritz Köhne 1937 auf Drängen seiner Freunde und vieler demokratischer Kollegen in die NSDAP eintrat, blieb Gustav Schmidt parteilos.



Gustav Schmidt, 1950

Das war dem neuen starken Mann in der Schulverwaltung, Albert Henze<sup>33</sup>, bei Übernahme seiner Funktion als Oberschulrat für den Personalbereich ein Dorn im Auge. Schmidt führte ein Tagebuch über die Zeit von 1939 bis 1945, das unter dem Titel „Kriegstagebuch“ 2004 von Jörg Berlin veröffentlicht wurde.<sup>34</sup>

Darin beschreibt Gustav Schmidt, welch Geist mit Albert Henze in die Behörde kam und wie er von Henze drangsaliert wurde.

Am 17.3.1941 notierte Schmidt zum ersten Mal, dass er von Henze mit ausfallenden Worten attackiert worden

sei, weil Henze sich in den zwei Monaten, die er in der Schulverwaltung arbeitete, von dem vierzehn Jahre älteren Schmidt nicht beachtet fühlte. Das deutet an, dass ein machtbesessener Mensch wie Albert Henze damit nicht ohne Reaktion umgehen würde. Und schon am 11.8.1941 notierte Gustav Schmidt, dass Henze einen Lehrer aus dem von Schmidt betreuten Schulkreis über den Schulrat Schmidt ausgefragt hätte, nach seiner Haltung und nach seinem Können. Schmidt sei nicht NSDAP-Mitglied und es lägen Henze viele Klagen über ihn vor. Fritz Köhne, Schulratskollege, ebenfalls von Henze befragt, riet Schmidt zur Vorsicht bei allen Äußerungen und versuchte ihn zum Pro-forma-Eintritt in die NSDAP zu bewegen. Köhne vermutete, dass an Henze in der von ihm geleiteten Gauführerschule Äußerungen über Schmidt herangetragen worden seien. Am 29.11.1941 notierte Schmidt ein Gespräch mit Henze, in dem ihm seine Nichtmitgliedschaft in der NSDAP vorgeworfen wurde. Schmidt hätte die autoritären Entscheidungen der NSDAP im geistigen Bereich und deren Kirchenfeindlichkeit kritisiert. Nach dem Gespräch schrieb Schmidt in sein Tagebuch über Henze: „Er ist kein geistiger Mensch.“

Am 19.12.1941 vermerkte Schmidt über eine Rede von Albert Henze vor den Lehrern des 6. Schulkreises, den Schulrat Gustav Schmidt leitete: „Seine Rede war unglücklich, laut, polternd, schreiend, drohend.“ Am 15.1.1942 schrieb Schmidt, dass er von Henze telefonisch zur Rede gestellt worden wäre, weil er eine Karte zur Veranstaltung mit Joseph Goebbels anlässlich dessen Hamburg-Besuchs zurückgegeben habe. „Der Reichsstatthalter sei darüber äußerst ungehalten und wolle die Gründe wissen.“ Am 29.1.1942 wurde Schmidt von Henze zur Rede gestellt: Ihm, Henze sei gemeldet worden, dass Schmidt bei den Haussammlungen für das Winterhilfswerk zu wenig Geld geben würde. Schmidt scheint durch seinen Nachbarn denunziert worden zu sein. Am 31.5.1942 teilte Henze Gustav Schmidt mit, dass der Reichsstatthalter Karl Kaufmann verfügt habe, Schmidt würde aus der Schulaufsicht entfernt werden. Henze hatte sicherlich seinen entscheidenden Beitrag dazu geleistet.

In einem Schreiben an Henze hatte Gustav Schmidt schriftlich begründen müssen, warum er nicht in die NSDAP eintreten wollte. Schmidt schrieb unter anderem: „Wenn ich der NSDAP beitrete, verpflichte ich mich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber allen Anordnungen der mir dann bestellten Vorgesetzten ... Es hat sich herausgebildet, daß Fragen geistiger Art ... von oben her autoritär gelöst werden. Eine andere Meinung von unten kann sich kaum oder nur sehr schwer bemerkbar machen. Dadurch wird sehr viel geistiges Leben unterbunden und muß absterben. Es ist keine fruchtbare Kritik möglich und ein guter, lebenswerter Fortschritt im Kampf der Meinungen wird heute sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Diese Haltung widerspricht meiner Anschauung vom Wert geistigen Lebens und geistiger Auseinandersetzung für das Volksleben.“<sup>35</sup>

Schmidt wurde daraufhin am 3.6.1942 vom Dienst suspendiert und am 15.6.1942 untersagte ihm Karl Kaufmann die weiteren Dienstgeschäfte. Vorgegangen war noch eine Beschwerde der NSDAP-Ortsgruppe Volksdorf über Schulrat Gustav Schmidt „wegen der Nichterweisung des deutschen Grußes“. Und Gustav Schmidt hatte eine schriftliche Begründung für seinen Nicht-Beitritt zur NSDAP abgegeben.<sup>36</sup>

Am 1.12. 1943 wurde der 57-jährige Gustav Schmidt dann noch für den Kriegsdienst eingezogen und in der Heeresstandortgebührenstelle Wandsbek eingesetzt.

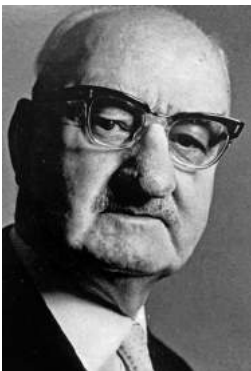
Ab dem 1.6.1945, nachdem der „Spuk“ vorüber war, wurde Gustav Schmidt dann wieder in die Schulverwaltung geholt.<sup>37</sup>

Er arbeitete danach im Fachausschuss 6b für die Ausschaltung von Nationalsozialisten mit und konnte über viele Personen, die er in der Zeit der Weimarer Republik und seiner Tätigkeit als Kreisschulrat auch während der NS-Zeit kennengelernt und genau beobachtet hatte, Gutachten einbringen, die für die Beurteilung und Kategorisierung von Nationalsozialisten bedeutsam waren.

Gustav Schmidt wurde am 5.12.1950 in den Ruhestand versetzt und starb am 26.5.1958.<sup>38</sup>

## Johannes Schult

Eine zentrale Rolle in den Entnazifizierungsausschüssen spielten also ehemalige Funktionäre der „Gesellschaft der Freunde“ und Mitglieder der SPD, die von den Nationalsozialisten 1933 aus ihren Ämtern entfernt worden waren. Es handelte sich



Johannes Schult, 1950

bei ihnen um entschiedene Gegner des Nationalsozialismus, die aufgrund ihrer Tätigkeit und Funktionen in der Weimarer Republik einen intensiven Überblick über die handelnden Personen im Hamburger Schulwesen gewonnen hatten.

Zu ihnen gehörte auch Johannes Schult. Er wurde am 22.1.1884 in Hamburg als Sohn eines Schuhmachers geboren. Schult besuchte die Volksschule und trat 1898 als begabter Schüler in das Lehrerseminar ein, das er 1904 erfolgreich abschloss. Danach unterrichtete er als Lehrer und wurde 1907 nach dem zweiten Lehrerexamen fest in den Hamburger Volksschuldienst übernommen. Johannes Schult engagierte sich in der „Gesellschaft der Freunde“, in der Jugendbewegung und in der SPD. Neben seiner Tätigkeit als Volksschullehrer hielt er Kurse und Vorträge und war sehr aktiv im Arbeiterbildungswesen.<sup>39</sup>

Diese Tätigkeiten wurden unterbrochen durch den Militärdienst während des Ersten Weltkrieges von Januar 1915 bis Juli 1916, den er am Ende als Unteroffizier absolvierte. Danach war Schult erst weiter im Volksschullehrerdienst tätig und wechselte dann 1917 als Hilfslehrer in das Fortbildungsschulwesen, in das die Oberschulbehörde ihn 1920 als Fortbildungslehrer übernahm. Schult engagierte sich ehrenamtlich als Sekretär in der Sozialistischen Arbeiterjugend und war seit 1919 Abgeordneter der SPD in der Hamburger Bürgerschaft.<sup>40</sup>

Er war Mitbegründer der Volkshochschule Hamburg, wurde 1923 zum Schulrat der Berufsschulbehörde ernannt, 1926 zum Oberschulrat. Immer noch in enger Verbindung mit der „Gesellschaft der Freunde“ engagierte sich Johannes Schult insbesondere dafür, die Lehrerausbildung zu akademisieren und die Volksschul- und Gewerbelehrer an der Universität Hamburg auszubilden.<sup>41</sup>

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten legte Johannes Schult am 1.4.1933 sein Bürgerschaftsmandat nieder und wurde kurz darauf nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 beurlaubt und im September 1933 als 49-Jähriger in den Ruhestand versetzt.<sup>42</sup>

Als Familienvater mit sechs Kindern musste Johannes Schult mit verschiedenen Tätigkeiten die Familie ernähren. Im Zuge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde auch Johannes Schult bei einer Verhaftungswelle im August 1944 ins Hamburger Polizeigefängnis und Konzentrationslager Fuhlsbüttel gebracht. „Trotz der dort herrschenden Bedingungen überstand er die Haft unbeschadet.“<sup>43</sup>

Nach Ende der NS-Herrschaft wurde Johannes Schult von Schulsenator Heinrich Landahl wieder in die Schulbehörde berufen und leitete als Oberschulrat das gesamte Berufs- und Fachschulwesen. Er war Mitglied des Entnazifizierungsausschusses für diesen Bereich bis zu seiner Pensionierung 1950, da er über ein sehr genaues Personalwissen verfügte.

Johannes Schult war noch bis Ende der 1950er Jahre Mitglied des Vorstandes der Volkshochschule und veröffentlichte viele Beiträge zu Themen der Arbeiterjugendbewegung und der Arbeiterbewegung.

Er starb am 19.4.1965.<sup>44</sup>

## Anmerkungen

- 1 Siehe das Kapitel: Die unvollendete Entnazifizierung und Was es so schwer machte, die Verantwortlichen im Hamburger Schulwesen in der Zeit des Nationalsozialismus nach 1945 zur Rechenschaft zu ziehen, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 38 ff.
- 2 Personalakte Heinrich Schröder, StAHH, 361-3\_Ablieferung 2005/1 Nr. 4254
- 3 Nachruf im „Hamburger Echo“ vom 8.1.1959.
- 4 „Die Welt“ vom 9.1.1951.
- 5 Entnazifizierungsakte Schröder, StAHH, 221-11\_Ed 7980

- 6 Siehe: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Band 1, Hamburg 2016. Darin insbesondere die Biografien: Albert Henze (S. 162 ff.), Adolf de Bruycker (S. 310 ff.), Hermann Lau (S. 323 ff.) und Hermann Trog (S. 346).
- 7 Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 8 Personalakte a. a. O.
- 9 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 699.
- 10 Hans-Peter de Lorent: Max Traeger, Weinheim 2017, S. 57 ff.
- 11 Schmidt 2010, S. 700.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Personalakte a. a. O.
- 15 Personalakte Helbig, StAHH, 361-3\_A 1388 ; siehe auch: Uwe Schmidt: Johann Helbig, In: Hamburgische Biografie, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 184 f.
- 16 Ebd.
- 17 Alle Angaben nach: Holger Martens: Clara Klabunde in: Hamburgische Biografie, Göttingen 2001, S. 215 f.
- 18 Martens 2001, S. 215.
- 19 Rita Bake: Wer steckt dahinter? Nach Frauen benannte Straßen in Hamburg, 4. aktualisierte Auflage, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2005, S. 86.
- 20 Martens 2001, S. 216.
- 21 Friedrich Kraus zum 80. Geburtstag von Friedrich Wilhelm Licht, in: HLZ 11/1963 S. 368.
- 22 Personalakte Friedrich Wilhelm Licht, StAHH, 361-3\_A 0967
- 23 Hans-Peter de Lorent: Der Lehrerrat, in: Hans-Peter de Lorent/Volker Ullrich (Hg.): Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 25 ff.
- 24 Nachruf Friedrich Wilhelm Licht, in HLZ /1968, S. 197 f.
- 25 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975.
- 26 Uwe Sandfuchs in seinem Kommentar zu Kurt Zeidlers „Wiederentdeckung der Grenze“, Hildesheim 1985, S. 110
- 27 Carl Schietzel: Kurt Zeidler 80 Jahre alt, in: HLZ 4/1969, S. 117.
- 28 Entnazifizierungs-Fragebogen vom 22.5.1945, als Zeuge von Fritz Köhne gegengezeichnet, in: Entnazifizierungsakte Kurt Zeidler, StAHH, 221-11\_Ad 10064
- 29 „Come along“, ein mehrbändiger Lehrgang, in Hamburg herausgegeben vom Verlag der Gesellschaft der Freunde, im übrigen Bundesgebiet vom Georg Westermann Verlag bis in die 1960er Jahre.
- 30 Auszüge aus der Rede von Walter Vonarb auf der Trauerfeier für Kurt Zeidler in: HLZ 3/1983, S. 55 f.
- 31 Alle Angaben laut Personalakte Gustav Schmidt, StAHH, 361-3\_A 706
- 32 Nachruf HLZ.
- 33 Siehe die Biografie Albert Henze, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 162 ff. Darin ist die Auseinandersetzung von Albert Henze mit Gustav Schmidt beschrieben.
- 34 Gustav Schmidt, Kriegstagebuch 1939–1945, Hamburg 2004.
- 35 Ebd.
- 36 Personalakte Gustav Schmidt, StAHH, 361-3\_A 706
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Personalakte Johannes Schult, StAHH, 361-3\_A 1181 ; sowie: Anne-Kathrin Beer: Johannes Schult, in: Hamburgische Biografie, Band 4, Göttingen 2008.
- 40 Beer 2008, S. 316.
- 41 Ebd.
- 42 Beer 2008, S. 316 f.
- 43 Beer 2008, S. 317.
- 44 Personalakte a. a. O.

## Wilhelm Kiesselbach

**Ein einflussreicher Jurist in Hamburg war Wilhelm Kiesselbach, der am Ende der Entnazifizierungsverfahren als Vorsitzender zahlreicher Berufungsausschüsse aus meiner Sicht keine rühmliche Rolle spielte, weil er, ebenso wie der Rechtsanwalt Harry Soll in den parallelen Verfahren, äußerst milde urteilte.**

Wilhelm Kiesselbach wurde am 13.9.1867 als Sohn einer Patrizier-Familie in Bremen geboren. Sein Großvater mütterlicherseits war der hanseatische Reichshandelsminister und Bremer Bürgermeister Arnold Duckwitz. Sein Vater, Theodor Kiesselbach, wurde 1879 als Richter an das Hanseatische Oberlandesgericht berufen. Bis dahin war Wilhelm Kiesselbach in Bremen aufgewachsen, in Hamburg besuchte er die Gelehrtenschule des Johanneums, wo er 1887 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte er in Bonn, Leipzig und Berlin Rechtswissenschaften und ließ sich 1895 in Hamburg als Anwalt nieder. Kiesselbach war auf vielen Feldern äußerst aktiv, hatte sich auch im englischen und amerikanischen Recht durch entsprechende Auslandsaufenthalte kundig gemacht und war ehrenamtlich in der Anwaltskammer tätig sowie in der Juristenausbildung. Seine vorgesehene Wahl zum Senator der Hansestadt Hamburg scheiterte 1918 durch die politischen Veränderungen im Zuge der Novemberrevolution.

Im Oktober 1922 bestellte die Reichsregierung Kiesselbach zum Reichskommissar und deutschen Richter der Deutsch-Amerikanischen Schadens-Kommission, in der neben Kiesselbach noch zwei amerikanische Juristen tätig waren. Sie hatten die Aufgabe, die amerikanischen Ansprüche gegen das Deutsche Reich festzustellen. Es handelte sich um Ansprüche von mehreren 100 Millionen Dollar. Die Kommission mit Sitz in Washington kam bei ihren Verhandlungen zu dem Ergebnis, dass nur etwa 11 Prozent der von Amerika geltend gemachten Ansprüche anerkannt wurden. Nach Einführung des Dawes-Plans 1924 leitete Wilhelm Kiesselbach die Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Eigentums ein, dass von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden war. Die Verhandlungen dauerten mehrere Jahre und endeten im Frühjahr 1928 erfolgreich mit der Freigabe deutschen Eigentums.

Diese Tätigkeit brachte Wilhelm Kiesselbach die Anerkennung breiter politischer Kreise ein und die Ehrendoktorwürde der Universität Hamburg. Im Sommer



Wilhelm Kiesselbach, 1922

1928 beriefen die Senate der drei Freien Hansestädte Kieselbach zum Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts.<sup>1</sup>

Kiesselbach, der weder in der Weimarer Republik noch nach 1933 einer NS-Organisationen angehörte, war nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 13.7.1933 mit 65 Jahren in den Ruhestand versetzt worden.<sup>2</sup>

Seine Verhandlungsergebnisse zur Abwehr mehrerer Millionen Entschädigungszahlungen an die USA wurden in Deutschland nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch von den Nationalsozialisten freudig anerkannt. Trotzdem wird in der Geschichtsschreibung kolportiert, dass Kiesselbach 1933 „seines Amtes enthoben“<sup>3</sup> und seine „Berufung zum Präsidenten des Reichsgerichts verhindert“ worden sei, mit der Begründung, Kieselbach habe „aus seiner Einstellung gegenüber den Nationalsozialisten keinen Hehl gemacht“.<sup>4</sup>

In Kenntnis des persönlichen Schreibens, das der nach Machtantritt des NS-geführten Senates in Hamburg für die Justizverwaltung verantwortliche NS-Senator Curt Rothenberger Wilhelm Kiesselbach am 15.7.1933 schickte, ist durchaus eine andere Sicht darauf möglich. Kiesselbach war zu diesem Zeitpunkt fast 66 Jahre alt und wurde in den Ruhestand geschickt. Rothenberger würdigte Kiesselbachs Leistungen, er habe das Vertrauen, das man in ihn bei seiner Berufung zum Oberlandesgerichts-Präsidenten gesteckt habe, „auf das hervorragendste gerechtfertigt“. Und: „In der hanseatischen Anwaltschaft haben Sie sich schon früh durch die Fülle Ihres Wissens, die Schärfe Ihres Denkens und die Güte Ihres Wesens eine besondere Stellung zu erobern gewusst.“ Curt Rothenberger erklärte auch, dass für Deutschland für die Arbeit in der Deutsch-Amerikanischen Schadenskommission kein „Besserer hätte gefunden werden können“. Das Schreiben Rothenbergers zeugte durchweg von großer Wertschätzung und Hochachtung und stellte fest, „dass das Gesetz über die richterliche Altersgrenze auch Sie zum Scheiden von Ihrem hohen Posten nötigt“, was „die Landesjustizverwaltung mit schmerzlichem Bedauern erfüllt“.<sup>5</sup>

Bei aller Vorsicht, was die Person Rothenberger<sup>6</sup> betrifft, der im Laufe der NS-Zeit weiter Karriere machte bis zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium – die in dem Schreiben zu Kiesselbachs Pensionierung ausgedruckte Wertschätzung klang durchaus ernsthaft. Rothenberger kannte Kiesselbach aus dem Hamburger Justizleben, als er selbst noch aufstrebend und kein Nationalsozialist war. Und Kiesselbach war in den folgenden Jahren auch noch als Unparteiischer in Schieds-

gerichten tätig, bei denen es darum ging, „im Winter 1935/36 die Ansprüche der deutschen Industrie gegen die Sowjetunion festzusetzen“. Zu diesem Zweck leitete er über sechs Monate eine Kommission in Berlin, was ohne die Zustimmung der Reichsregierung nicht möglich gewesen wäre.<sup>7</sup>

Am 2.8.1945 wurde Wilhelm Kiesselbach von Bürgermeister Rudolf Petersen wieder zum OLG-Präsidenten ernannt, ab dem 1.10.1946 war er als Justiz-Präsident Leiter des von der Militärregierung für die britische Zone geschaffenen Zentral-Justizamtes, das die Aufgaben des früheren Reichsministers der Justiz erhielt.

In dieser Funktion agierte Kiesselbach bis zu seiner Pensionierung am 31.1.1950, nunmehr im 83. Lebensjahr.<sup>8</sup>

Danach übernahm Wilhelm Kiesselbach die Aufgabe des Vorsitzenden eines Entnazifizierungsausschusses, der am Ende über die Berufungen der zu entnazifizierenden Personen im öffentlichen Dienst entscheiden musste. Wie zahlreiche Biografien in diesem Buch, aber auch in den beiden Vorgänger-Bänden, belegen, hatte Kiesselbach seine Entscheidungen mit großer und angesichts der Belastungen der jeweiligen Personen mit schwer verständlicher Milde gefällt. Dafür sollen am Ende kurz noch einmal der Prozess der Entnazifizierung und die Positionen von Wilhelm Kiesselbach aufgezeigt werden.

Joachim Szodrzynski schreibt, dass am 3.5.1945 „in Hamburg 21.896 Beamte beschäftigt“ waren, „von denen maximal 10 Prozent nicht der NSDAP oder ihren Gliederungen angehörten“.<sup>9</sup>

Dem Einmarsch der kämpfenden britischen Truppen in Hamburg am 3.5.1945 folgten Einheiten, die für die Verwaltung der Aufgaben der Militärregierung vor Ort zuständig waren.

„Im Dezember 1945 waren in diesem Verwaltungsbezirk der britischen Zone insgesamt alleine 340 britische Offiziere (ohne die anderen britischen Bediensteten) beschäftigt. Hinzu kam eine wachsende Zahl deutschen Personals; im Juni 1946 ca. 3.775 Personen.“<sup>10</sup>

Festzuhalten ist, dass die britische Besatzungspolitik pragmatischen Überlegungen wie dem Funktionieren der Verwaltung, der Ankurbelung der Wirtschaft sowie der Instandsetzung der Verkehrswege, der Trümmerbeseitigung und Wohnraumbeschaffung den Vorrang einräumte. Die Entnazifizierung wurde diesen Zielsetzungen untergeordnet.

Einziges Kriterium für die Entfernung eines Beamten aus seinem Amt war in der ersten Phase, der britischen Phase der Entnazifizierung, die Mitgliedschaft in der NSDAP, sofern der Beitritt vor dem 1.4.1933 erfolgt war. Eine Woche später wurden diese Bestimmungen erweitert um die Mitgliedschaft in der SS oder SA.

„Der Kreis der auszuschaltenden Nazis wurde dann auf die Parteibuchbeam-



ten, die Amtsträger in der Partei oder deren Organisationen und auf Denunzianten und Spitzel ausgedehnt, unabhängig vom Eintrittsdatum. Die Beamten, die nach dem maßgeblichen Stichtag, der jetzt auf den 1. Mai 1937 (Reichsbeamtengesetz) festgelegt worden war, der Partei beigetreten waren und sich nicht aktiv am Nationalsozialismus beteiligt hatten, durften vorläufig im öffentlichen Dienst verbleiben, wobei nicht genau definiert wurde, wer den ‚Tatbestand der Aktivität‘ erfüllt hatte“.<sup>11</sup>

Die Unsicherheit der britischen Offiziere bei der Bewertung der Frage, wie gravierend Mitgliedschaften und bestimmte Funktionen in NS-Organisationen zu gewichten seien, nutzte Bürgermeister Rudolf Petersen, um durch ein Gutachten Hilfestellung anzubieten.



Oscar Toepffer, 1934

Ausgerechnet Oscar Toepffer, seit März 1938 Leiter des Rechtsamtes und später Mitglied des NS-Senates, der nach Ende der Nazizeit von Bürgermeister Rudolf Petersen vorerst im Amt belassen wurde, und Wilhelm Kiesselbach, Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, wurden mit dieser Aufgabe betraut. Toepffer wurde später, am 14.11.1945 wegen seiner NS-Vergangenheit auf Veranlassung der Militärregierung entlassen, Kiesselbach verfasste im Juni 1945 ein Memorandum zur Wiedereinstellung von Richtern und Staatsanwälten, das seitens der Briten scharf kritisiert wurde. Kiesselbach hatte geschrieben, dass schon 1933 „viele angesehene Männer den Eintritt in die Partei warm befürwortet und für die Partei gewirkt“ hatten bzw. „zahlreiche einwandfreie Männer 1937 in die Partei eingetreten“ waren. Er bescheinigte der NSDAP, „sie richtete sich gegen die Republik und das parlamentarische System, aber sie bekämpfte nicht ... den demokratischen Gedanken.“

Und an anderer Stelle behauptete Kiesselbach: „Kein objektiver Historiker wird jemals bestreiten können, daß Hitler damals unerhörte, dem Frieden dienende Chancen gehabt hätte, wenn er ein Staatsmann gewesen wäre.“ Wulff D. Hund und Christian Seegert wiesen darauf hin, dass diese Chancen, die Kiesselbach ausführlich durch die Aufzählung der wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Erfolge des Faschismus bis 1937 bzw. 1939 zu dokumentieren versuchte, auch genutzt worden seien und erst „verspielt wurden durch die skrupel- und ruchlose Ausübung der Regierungsgewalt durch Hitler und seine vielleicht zum Teil auch minderwertigen Gesellen, wie sie namentlich während des Krieges erfolgte und besonders in seinen letzten Phasen und jetzt nachträglich bekannt geworden ist. Selbst die meisten Mitglieder der Partei lebten so infolge einer ‚eisernen Censur‘ in Unkenntnis der Ver-

brechen ihrer Führer, weshalb nachträglich bloße Parteizugehörigkeit auch für die Entnazifizierung kein Kriterium sein könne und nicht zur Entlassung führen dürfe“.<sup>12</sup>

Toepffer und Kiesselbach hatten am 3.9.1945 ein entsprechendes umfangreiches Papier vorgelegt. Ihr Gutachten liest sich wie ein von Amts wegen erstelltes „Persilschein“. Die NS-Funktionsträger wurden darin als vom Hitlerregime Verfolgte und Erpresste dargestellt und auf diese Weise von jeglicher geschichtlichen Verantwortung entbunden. Trotz der Disqualifizierung der beiden Gutachter hatte diese Positionierung eine durchschlagende Wirkung. Der Tenor des Gutachtens tauchte in späteren Anweisungen an die Entnazifizierungsausschüsse immer wieder auf. Außerdem wurde diese Schrift an die Beratenden Ausschüsse, die seit August 1945 zur Unterstützung der Denazifizierungsoffiziere eingesetzt worden waren, verteilt, „damit diese bei den Verhandlungen mit den Funktionsoffizieren den Standpunkt des Herrn Bürgermeister kennen“.<sup>13</sup> Je weniger die Militärregierung eine klare Vorstellung von den „wirklich gefährlichen“ Nazis hatte, desto mehr war sie auf die Kenntnisse der Deutschen über die Verhältnisse im Nationalsozialismus angewiesen. Die Einflussmöglichkeiten des Bürgermeisters und der Beratenden Ausschüsse waren entsprechend groß.

Nachdem Oscar Toepffer entlassen worden war, bemühte er sich erfolgreich um Zulassung als Rechtsanwalt. Seine Sozietät war dann eine der wichtigsten Anlaufstellen für ehemalige Nazis, die sich mit Toepffers fachkundiger Hilfe Pensionen und Wiedereinstellungen erstritten.<sup>14</sup>

Die Ratlosigkeit der Militärregierung und deren Unkenntnis der personellen und organisatorischen Verhältnisse im Nationalsozialismus nahm Rudolf Petersen zum Anlass, dem britischen Kommandeur die Bereitschaft der Zivilverwaltung anzubieten, die Säuberung der Beamenschaft selbst und unter deutscher Verantwortung durchzuführen.

Solange in den Entnazifizierungsausschüssen Personen vertreten waren, die über einen guten Überblick über die Verhältnisse und Akteure in den jeweiligen Bereichen verfügten, war dies sicherlich hilfreich. Dass allerdings Wilhelm Kiesselbach am Ende der Entnazifizierung den Vorsitz in zahlreichen Berufungsausschüssen innehatte und dabei nach den Grundsätzen des von ihm und Oscar Toepffer vorgelegten Gutachtens entschied, entwertete die vorausgegangenen langjährigen Verfahren.

Wobei die Position von Wilhelm Kieselbach und Oscar Toepffer durchaus dem entsprach, was die deutsche Bevölkerung 1945 dachte oder denken wollte. Der Historiker Hannes Heer beschrieb in seinem Buch „Hitler war's“, wie sich die Deutschen von ihrer Vergangenheit befreiten. Noch während des Krieges, Mitte Oktober 1944, „während Einheiten der ersten US-Armee die erste deutsche Großstadt,

Aachen, eingeschlossen hatten, begann ein amerikanischer Offizier in den schon befreiten Ortschaften der Umgebung, Deutsche zu interviewen“.<sup>15</sup>

Saul K. Padover, der „als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren und mit ihnen schon 1920 in die USA ausgewandert“ war, „gehörte zur Abteilung für psychologische Kriegsführung und hatte den Auftrag, die Einstellung und Erwartungen der Deutschen – ihre ‚Mentalität‘ – zu erkunden“.<sup>16</sup>

Das Ergebnis „war deprimierend“:

„Seit zwei Monaten sind wir zugange. Wir haben mit vielen Menschen gesprochen, wir haben jede Menge Fragen gestellt, und wir haben keinen einzigen Nazi gefunden. Jeder ist ein Nazigegner. Alle Leute sind gegen Hitler. Sie sind schon immer gegen Hitler gewesen. Was heißt das? Es heißt, dass Hitler die Sache ganz allein, ohne Hilfe und Unterstützung irgendeines Deutschen durchgezogen hat. Er hat den Krieg angefangen, er hat ganz Europa erobert, den größten Teil Russlands überrannt, fünf Millionen Juden ermordet, sechs bis acht Millionen Polen und Russen in den Hungertod getrieben, 400 Konzentrationslager errichtet, die größte Armee in Deutschland aufgebaut und dafür gesorgt, dass die Züge pünktlich fahren. Wer das ganz alleine schaffen will, muss schon ziemlich gut sein. Ich kenne nur zwei Menschen in der ganzen Welt die so etwas können. Der andere ist Supermann.“<sup>17</sup>

Padover zog das Fazit:

„Hitler war für alles verantwortlich gewesen, für die Verfolgung der Juden ebenso wie für den verlorenen Krieg. Psychologisch gesehen wollen sich die Deutschen Strafe und moralischer Verantwortung entziehen, indem sie der Welt einen Schuldigen präsentieren, den sie noch vor kurzer Zeit als Halbgott angehimmelt haben. (...) In dieser Neigung, sich vom auserwählten Führer abzuwenden (...), entdeckt man nicht den Schimmer eigenen Schuldbewusstsein, kein Bewusstsein, dass Krieg an sich verwerflich ist, dass die Deutschen einen falschen Weg eingeschlagen haben. (...) Hitler wird vorgeworfen, den Krieg verloren, und nicht, ihn begonnen zu haben.“<sup>18</sup>

Der deutsche Historiker Norbert Frei hat intensiv über die Vergangenheitspolitik der Deutschen geforscht und publiziert. Seine Erkenntnis:

„Mitte der fünfziger Jahre, so wird man resümieren müssen, hatte sich ein öffentliches Bewusstsein durchgesetzt, dass die Verantwortung für die Schandtaten des ‚Dritten Reiches‘ allein Hitler und seiner kleinen Clique von ‚Hauptkriegsverbrechern‘ zuschrieb, während es den Deutschen in ihrer Gesamtheit den Status von politisch ‚Verführten‘ zubilligte, die der Krieg und seine Folgen schließlich sogar selber zu ‚Opfern‘ gemacht hatten.“<sup>19</sup>

Wilhelm Kiesselbach starb am 26.12.1960 in Hamburg.<sup>20</sup> Nach ihm wurde im Stadtteil Hummelsbüttel der Kiesselbachweg benannt.

## Anmerkungen

- 1 Zusammenfassung der Daten aus seiner Personalakte, StAHH, 241-2\_A 3649, insbesondere den darin enthaltenen Lebenslauf, sowie aus der Festschrift für Wilhelm Kiesselbach zu seinem 80. Geburtstag, herausgegeben von Mitarbeitern im Zentral-Justizamt für die britische Zone, Hamburg 1947.
- 2 Entnazifizierungsakte Kiesselbach, StAHH, 221-11\_L 743
- 3 Bundesarchiv, „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ Online.
- 4 [http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm\\_Kiesselbach\\_\(Jurist\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Kiesselbach_(Jurist))
- 5 StAHH, 241-2\_A 3649
- 6 Siehe: Susanne Schott: Curt Rothenberger. Eine politische Biographie. Dissertation Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2001, auch online zur Verfügung.
- 7 Lebenslauf, in: StAHH, 241-2\_A 3649
- 8 StAHH, 241-2\_A 3649
- 9 Joachim Szodrzynski: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburg, [www.hamburg.de/content-blob/4462240/data/aufsatz-szodrzynski.pdf](http://www.hamburg.de/content-blob/4462240/data/aufsatz-szodrzynski.pdf), S. 34.
- 10 Michael Ahrens: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1959, München/Hamburg 2011, S. 96 ff.
- 11 Karin Werum: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945–1950), Masterarbeit, Hamburg 1987, S. 24.
- 12 Zitiert nach: Wulf D. Hund/Christian Seeger: Bürgerliche Hegemonie und konservative Kontinuität der Justiz. Das Beispiel der Wiedereröffnung des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg 1945, in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie: Restauration im Recht, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1988, insbesondere S. 16 ff.
- 13 Rundschreiben des Personalamtes an alle Verwaltungen und Ämter sowie die dem Bürgermeister unterstehenden Reichsbehörden vom 22.10.1945, in StA HH, SK II 108.00\_5/19. Siehe auch das Kapitel „Die unvollendete Entnazifizierung“ in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 38 ff.
- 14 Siehe auch die Biographie Oscar Toepffer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 51 ff.
- 15 Hannes Heer: „Hitler war's“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2005, S. 1.
- 16 Ebd.
- 17 Von Hannes Heer zitiert: Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001, S. 46.
- 18 Padover a. a. O., S. 93 f.
- 19 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997, S. 405.
- 20 Personalakte a. a. O.

## Hans Bürger-Prinz

**„Er imponiert beim ersten Zusammentreffen durch sein Reden, hinter dem aber bei genauerer Betrachtung nicht das zu stecken scheint, was der erste Eindruck vermitteln kann.“**

In Hamburgs Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre war der Psychiater Professor Dr. Hans Bürger-Prinz eine feste Größe in der Gesellschaft, ein Medien-Star. Eine Gesellschaft, die kollektiv und individuell das Trauma und das Drama des Nationalsozialismus niemals aufgearbeitet hatte, ließ sich von ihm die menschlichen Abgründe erklären. Dabei war Bürger-Prinz selbst zutiefst verstrickt in den Nationalsozialismus, Mitglied der NSDAP und der SA seit 1933, eng verbunden mit Kriegsverbrechern, den führenden Medizinern des Nationalsozialismus, hatte er eine Legende um seine Person aufgebaut. In seiner Biografie „Ein Psychiater berichtet“, 1979 erschienen<sup>1</sup>, im „Spiegel“ als „lückenhafte Erinnerungen, aus lauter Lehm und Konfusion“ bezeichnet<sup>2</sup>, plauderte Bürger-Prinz und vernebelte, weil er etwas zu verbergen hatte. Es gab immer wieder Hinweise dafür, dass der Psychiater, der sich mit Prominenten der Gesellschaft umgab und sich in ihrem Lichte sonnte, durch die NS-Zeit schwer belastet war und nach 1945 völlig zu Unrecht als Kapazität galt.

Die Legende beginnt mit der verschleierte Herkunft. Der spätere Psychiater und Star der Boulevard-Zeitungen in Hamburg wurde nicht als Prinz geboren, sondern am 16.11.1897 in Weinheim, als Hans Bürger. Sein leiblicher Vater war der Oberpostsekretär Joseph Bürger.<sup>3</sup>



In seinen gedruckten Memoiren bleibt die Beschreibung vage, „woher er als Adoptivsohn kam und wie zu diesem komischen pathetischen, wie von Thomas Mann erfundenen Namen“<sup>4</sup>.

Den Hinweis auf den leiblichen Vater und Oberpostsekretär Joseph Bürger habe ich seiner Hamburger Personalakte entnommen. In dem Lebenslauf, den er am 4.7.1944 an Generalarzt Prof. Paul Rostock schickte, dem Leiter des Amtes für Medizinische Wissenschaft und Forschung im Reichsministerium, der unter anderem die Koordination der Medizinversuche leitete<sup>5</sup>, hatte Bürger-Prinz diese Nebensächlichkeiten weggelassen. Mit diesem Lebenslauf bewarb sich Bürger-Prinz, der von dem SS-Standartenführer Prof. Max de

Crinis, der Ministerialreferent für medizinische Fachfragen im Amt Wissenschaft des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war<sup>6</sup>, als Nachfolger für den Lehrstuhl für Psychiatrie und Neurologie in Straßburg empfohlen worden war.<sup>7</sup>

An dieser Stelle also schon der Hinweis auf die enge Verbindung des Hans Bürger-Prinz mit führenden Nationalsozialisten im Medizinbereich, von diesen geschätzt und gefördert.

In seinen Memoiren berichtete Bürger-Prinz, dass er als Schüler, der ein Kölner Gymnasium besuchte, nicht wusste, was er werden wollte. Sein späterer Adoptivvater, Gerhard Prinz, hätte ihm geraten, Jurist zu werden, sehr merkwürdig, weil dieser selbst „seinen Talar an den nächsten Nagel hängte“, „nachdem er zum ersten Mal als Beisitzer die Verkündung eines Todesurteils miterlebt hatte“.<sup>8</sup>

Danach sei der Adoptivvater als Syndikus in der Industrie tätig geworden. Von der „Mumi“ berichtete Bürger-Prinz, der späteren Adoptivmutter, dass sie „am liebsten unter Künstlern – darunter viele Musiker und Bühnenkünstler“ gewesen sei, „selbst eine ausgezeichnete Pianistin“.<sup>9</sup> Schon mit der undurchsichtigen Familiengeschichte begann die Legendenbildung.

Verwundert war ich nämlich, als ich in seiner Hamburger Personalakte las, dass die Adoption 1929 (!) stattgefunden hatte, als Hans Bürger-Prinz schon 32 Jahre alt war.<sup>10</sup> Ein später Prinz. Auch ein Grund, bei den Angaben des gerne plaudernden Hans Bürger-Prinz skeptisch zu sein.

Hans Bürger, wie er damals wohl hieß, besuchte in Köln ein humanistisches Gymnasium bis zur Untersekunda, weil er sich am 15.2.1915 freiwillig zum Militär meldete, sodass er für seinen Lebenslauf, den er 1944 an Generalarzt Paul Rostock schickte, schreiben konnte: „Während des ganzen ersten Weltkrieges als Infanterist im Feld. Leutnant. Auszeichnungen EK I und II, Verwundetenabzeichen in Silber, Schaumburg-Lippe'sches Kriegsverdienstkreuz, Frontkämpferehrenzeichen.“<sup>11</sup>

Nach dem Krieg bestand er das Abitur im Februar 1920 in Köln, um anschließend in Bonn und Köln Medizin zu studieren.<sup>12</sup>

In seinen Memoiren hatte er noch geschrieben, zunächst Chemie belegt zu haben<sup>13</sup>, dem Journalisten Ben Witter, der für die „ZEIT“ Spaziergänge mit Prominenten machte, hatte er anvertraut, nach dem Abitur eineinhalb Jahre zur Kunstschule gegangen zu sein. „Ich hatte vor, Bildhauer zu werden.“ Und nach einer Pause: „Meine Tätigkeit als Psychiater ist ja auch ‚modellieren‘.“<sup>14</sup>

Ob nun Chemie, Bildhauerei oder Medizin, bei dem Plauderer Hans Bürger-Prinz waren die Aussagen nicht präzise und konsistent. Erstaunlich schnell absolvierte er das Medizinstudium, legte schon 1924 das Physikum und das Staatsexamen ab und wurde mit einer „sehr gut“ bewerteten Arbeit „Zur verstehenden

Psychologie der unehelich Schwangeren“ an der Universität Köln im Juni 1924 promoviert.<sup>15</sup> Offenbar interessierte er sich schon früh für Besonderheiten des Lebens.

Danach arbeitete er als Volontär an der Psychiatrischen und Nervenlinik der Universität Köln, anschließend als Assistenzarzt einer psychiatrisch-neurologischen Klinik der Universität Heidelberg. „Im Jahr 1929 war ich ein halbes Jahr nach Paris zum Studium der Neurologie beurlaubt.“<sup>16</sup>

Da Hans Bürger in diesem Jahr von dem Justiziar Gerhard Prinz adoptiert wurde, ergab sich daraus vielleicht auch die Finanzierung des halbjährigen Studiums in Paris.

Ab dem 1.1.1930 war Bürger-Prinz als Oberarzt an der psychiatrischen Nervenlinik der Universität Köln tätig, wo er sich für das Fach der Psychiatrie und Neurologie mit einer Schrift über „Die beginnende Paralyse“ habilitierte.<sup>17</sup>

Als Hans Bürger-Prinz sich auf eine Stelle als Oberarzt an die psychiatrische Nervenlinik nach Leipzig bewarb, lautete das Urteil des Kölner Institutsdirektors:

„Der Bürger-Prinz ist ein lebhafter, energischer, wissenschaftlich stark interessierter Mensch von ungewöhnlich großer Arbeitskraft mit einem sicheren und gewandten Auftreten sowie mit sehr guter rednerischer Begabung.“<sup>18</sup>

Hans Bürger-Prinz trat im April 1933 der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 2 382 736) und im Mai 1933 wurde er Mitglied der SA, am 25.11.1934 im NSLB und auch im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund.<sup>19</sup>

Es ist davon auszugehen, dass Bürger-Prinz sich dadurch bessere Karrierechancen versprach. Als 1934 in Hamburg die langjährigen Professoren Wilhelm Weygandt<sup>20</sup> und Ludolph Brauer<sup>21</sup> emeritiert wurden, weil sich der Hamburger „Ärzteführer“ Willy Holzmann<sup>22</sup> eine Verjüngung und mehr Einfluss auf die Berufungspraxis versprach, stellte sich heraus, dass sich die Nachbesetzung des Ordinariats für Psychiatrie schwierig gestaltete. Weygandt, der als liberal und nationalistisch galt, hatte 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP beantragt, die mit Hinweis auf seine frühere Logenzugehörigkeit abgelehnt worden war. Ihm wurde „intellektualistische Gesinnung“ vorgeworfen.<sup>23</sup> Dabei hatte Weygandt nicht nur die rassenhygienische Gesetzgebung des Nationalsozialismus wie das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.1933, durch das Zwangssterilisationen ermöglicht wurden, begrüßt. Er ging in seinen Forderungen und Vorstellungen weiter als viele andere Wissenschaftler: „Ein wie auch immer erweiterter Katalog von zu sterilisierenden Erbkrankheiten reichte ihm zur Hebung der deutschen Rasse keineswegs mehr aus. Neben der Gruppe der Sexualverbrecher, bei denen die Notwendigkeit der Kastration zu diesen Zeiten allgemein angenommen wurde, wollte Weygandt die Kastration auch für ‚die zur Gewalt neigenden Gewohnheitsverbrecher und die rückfälligen Affektverbrecher‘ sowie für ‚Alkoholiker, bei denen (...) ihre Rohheit gewöhnlich ein antisoziales, gemeingefährliches Verhalten bedingt‘ angewandt sehen.“<sup>24</sup>

Die Medizinische Fakultät hatte kurz nach dem Ausscheiden Weygandts eine Berufungsliste aufgestellt. Die eingeholten Gutachten brachten für niemanden „eine dezidiert befürwortende Beurteilung“. Der Münchener Psychiater Karl Schneider wurde von der Landesunterrichtsbehörde nach Hamburg eingeladen, „musste aber feststellen, dass die Psychiatriepolitik der hiesigen Nazis außer einem Auflösungsbeschluss für die Anstalt Friedrichsberg nichts konkretes anzubieten hatte: Standort und Funktion einer künftigen Universitätspsychiatrie lagen völlig im Dunkeln“. Schneider sagte ab und auch eine zweite Liste, die ein Jahr später vorgelegt wurde, führte nicht zu einem positiven Verhandlungsergebnis.<sup>25</sup>

Während der Dekan der Medizinischen Fakultät und der Rektor der Universität Hamburg noch mit dem ehemaligen Friedrichsberger Oberarzt Friedrich Megendorfer verhandelten, „kam aus Berlin völlig unerwartet und ohne Begründung die Nachricht, einem Leipziger Privatdozenten namens Hans Bürger-Prinz sei die Vertretung des Lehrstuhls und die kommissarische Leitung der Klinik zum 1.4.1936 übertragen worden“.<sup>26</sup>

Hendrik van den Bussche stellte dazu fest:

„Bezüglich Hamburg war und blieb diese Berufung der gravierendste Verstoß des Reichsministeriums gegen das traditionelle Selbstrekutierungsrecht der Fakultät. Die Gründe für diesen selbst im ‚Dritten Reich‘ nicht alltäglichen Vorgang können noch nicht als geklärt angesehen werden. In den Akten finden sich Hinweise darauf, dass der Anstoß zu dieser Berufung nicht einmal vom RMWEV selbst ausgegangen ist. Denkbar ist, dass die treibende Instanz in dieser Sache das RMI war, das ab 1933 zielstrebig an der Durchsetzung einer erbbiologischen Ausrichtung der Psychiatrie arbeitete. Zu den Mitteln dieser Strategie gehörte die systematische Sterilisierung der Insassen der psychiatrischen Anstalten ebenso wie andere Maßnahmen zur ‚Ausmerze der Minderwertigen‘. Von daher hatte die rassenhygienische NS-Gesundheitspolitik ein unmittelbares Interesse an der Besetzung von Direktorenstellen in den Heil- und Pflegeanstalten, in den psychiatrischen Universitätskliniken und den wissenschaftlichen Gesellschaften mit vertrauenswürdigen jüngeren Kräften. Hans Bürger-Prinz dürfte diesen Voraussetzungen entsprochen haben. Er war nicht nur relativ früh Mitglied der NSDAP und aller ihrer gesundheits- und hochschulpolitisch relevanten Untergliederungen geworden, sondern hatte sich auch an wichtigen Stellen praktisch-politisch betätigt: 1933 war er Mitglied einer Kommission der ‚Reichsstelle für deutsches Schrifttum‘, die die Aufgabe hatte, die Liste der indextierten Schriften (sogenannte schwarze Listen) der Psychoanalyse zu erarbeiten. In Leipzig war er außerdem Beisitzer am Erbgesundheitsgericht und hatte zu diesem Thema in einer Veröffentlichung radikale Vorschläge unterbreitet.“<sup>27</sup>



Bürger-Prinz hatte in dem Aufsatz: „Die Frühdiagnose der Erbpsychosen“ 1935 geschrieben:

„Aus allen diesen Erfahrungen muss man den Schluss ziehen, dass alle seelisch auffälligen Kinder und Jugendliche ärztlich zu überwachen sind und unter Umständen mehrfach in psychiatrischen Spezialabteilungen beobachtet werden müssen. Geschieht dies, so ist es mit Sicherheit möglich, aus ihnen die an Erbpsychosen Leidenden herauszulesen und sie vor der Fortpflanzung auszuschalten, bevor sie in das Alter kommen, in dem im allgemeinen Menschen fruchtbar werden.“<sup>28</sup>

Hans Bürger-Prinz wurde im April 1936 zunächst als kommissarischer Leiter der Psychiatrischen- und Nervenklinik berufen.

Bürger-Prinz hatte auf keiner Berufungsliste gestanden und „erst Monate nach seiner Ernennung waren die üblichen bürokratischen Prozeduren nachgeholt und die entsprechenden Auskünfte beschafft worden“.<sup>29</sup>

Die Auskünfte waren nicht nur positiv, wie Karl Heinz Roth schreibt:

„Die Leipziger Dozentschaft teilte Ende Juni 1936 mit, die Meinungen über Bürger-Prinz seien geteilt: den einen gelte er als ‚sehr tüchtiger junger Wissenschaftler‘, von anderen werde er jedoch ‚als Schaumschläger und ein Mann, der sehr schöne Worte zu machen versteht‘, bezeichnet. Insgesamt bestehe kein Zweifel, dass er sich in Universität und SA ‚aus innerer Überzeugung für den nationalsozialistischen Staat einsetzt. Er gehört vielleicht etwas zu den Vielgeschäftigen, die manchmal übers Ziel hinausschießen‘.“<sup>30</sup>

Das deckte sich mit der Aussage in einem Schreiben des Führers der Studentenschaft der Universität Leipzig vom 15.7.1936, in dem es hieß: „Dr. Bürger-Prinz imponiert beim ersten Zusammentreffen durch sein Reden, hinter dem aber bei genauerer Betrachtung nicht das zu stecken scheint, was der erste Eindruck vermitteln kann.“<sup>31</sup>

Die Berufung von Hans Bürger-Prinz an Hamburger Stellen vorbei erboste nun den mächtigen Hamburger Ärzteführer Willy Holzmann, der selbst Neurologe und Hochschullehrer war und schon vor 1933 für die NSDAP in der Bürgerschaft saß. Zusammen mit dem Reichsamtseiter des NS-Deutschen-Dozentenbundes, startete er eine Intrige gegen Bürger-Prinz mit dem Ziel, „bis zur Entscheidung dieses Falles die eingeleiteten Verhandlungen über die Berufung des Professors Dr. Bürger-Prinz an die dortige Universität ruhen“ zu lassen.<sup>32</sup>

Moniert wurde die Einladung der Graphologischen Gesellschaft in Hamburg, vor der Bürger-Prinz am 22.10.1936 im Hotel Vier Jahreszeiten einen Vortrag zum Thema „Erfahrungen eines Psychiaters mit der Graphologie“ halten sollte. Hinter dem Namen Bürger-Prinz stand vermerkt: Hansische Universität und: „Karten zu RM 2,50 (einschl. Tee und Imbiss)“. Dieses wurde hochgehängt. Der Leiter des

Hamburgischen Staatsamtes, Oscar Toepffer, hatte die Schreiben an den Senator der Kultur- und Schulbehörde, Wilhelm von Allwörden weitergeleitet, der handschriftlich vermerkte „Herrn Präsidenten Witt zur Rücksprache“. Und Willy Holzmann schrieb auf dem Briefpapier des Vorstandes der Hamburgischen Ärztekammer am 28.10.1936 an den „lieben Parteigenossen Keeser“ und wies auf dessen Zuständigkeit hin.<sup>33</sup> Prof. Keeser war Dekan der Medizinischen Fakultät später, von 1941 bis 1945, Rektor der Universität Hamburg.

Damit war gegen Bürger-Prinz nun wirklich nichts anzurichten. Dieser antwortete dem Dekan der Medizinischen Fakultät am 31.10.1936, dass er von Fräulein Minna Becker, die er aus gemeinsamen Zeiten an der Leipziger Klinik kannte, gebeten worden war, einen Vortrag zu halten über Kriminalfälle und charakterlich schwierige Kinder. Er habe den Vortrag „selbstverständlich unentgeltlich gehalten“ und sich um das Äußere nicht gekümmert. „Für mich war lediglich wesentlich, dass möglichst viel Gelegenheit zur persönlichen Diskussion gegeben werden sollte. Bei dem Vortrag waren unter anderem als Zuhörer vertreten die General-Staatsanwaltschaft, der Rektor, die juristische Fakultät, das Jugendamt usw.“<sup>34</sup>

Der Rektor der Hansischen Universität, Prof. Adolf Rein, erklärte der Kultur- und Schulbehörde, dass es überhaupt keinen Grund gäbe, dem Vortragenden Hans Bürger-Prinz vorzuhalten, unter welchen Bedingungen die Graphologische Gesellschaft die Veranstaltung organisiert hatte. Und Präsident Karl Witt bat nunmehr am 22.12.1936 das Reichsministerium, die Besetzung des Lehrstuhls für Psychiatrie und Nervenheilkunde durch die Ernennung von Professor Dr. Bürger-Prinz zu vollziehen.<sup>35</sup>

Das geschah dann auch. Schon im März 1937 wurde Bürger-Prinz zum ordentlichen Professor ernannt. „Professor Dr. Bürger-Prinz hat es verstanden sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Hierseins einen ganz ausgezeichneten Namen zu verschaffen. Er ist wissenschaftlich sehr rege, besitzt ein ausgesprochenes Lehrtalent und wird von seinen Hörern verehrt“, schrieb Rektor Wilhelm Gundert an das Reichsministerium am 24.3.1939, mit der Bitte, der endgültigen Übertragung dieses Ordinariats.<sup>36</sup>

Karl Heinz Roth skizzierte, was von Bürger-Prinz erwartet wurde und was er leistete: „Bürger-Prinz machte sich mit Elan an die ihm gestellte Aufgabe. Er sonderte die ‚unheilbaren Fälle‘ aus und schob sie in die Pflegeanstalten ab. Eine Verfügung Offerdingers, wonach ab sofort alle akut psychisch Erkrankten nach Friedrichsberg-Eilbecktal einzuweisen seien, sicherte den Patientennachschub und die künftige Sortierfunktion der Klinik zwischen ‚Therapiefraktären‘ und ‚Heilbaren‘. Bürger-Prinz durchmusterte auch das Arzt- und Pflegepersonal. Nur die durften bleiben, die sich den Arbeitsbedingungen und Zwängen der künftigen psychiatrischen ‚Schleuse‘ (Bürger-Prinz) unterwarfen.“<sup>37</sup>

Hans Bürger-Prinz war 1937 Direktor der Friedrichsberg-Eilbecktaler Klinik geworden und gleichzeitig Lehrstuhlinhaber. Seit 1938 war er auch in den Listen der Hamburger Erbgesundheitsjustiz als beamteter ärztlicher Beisitzer eingeschrieben.<sup>38</sup>

Es sprengt den Rahmen, die unterschiedlichen Interessen und Absichten zu beschreiben, an welchem Standort eine psychiatrische Klinik etabliert werden sollte. Am Ende setzte Bürger-Prinz sich mit seinen Vorstellungen durch. „Die Anstalt Friedrichsberg sollte im Zuge der zunehmenden Marginalisierung und Ausgrenzung psychisch Kranker aufgelöst, psychiatrische Patienten sollten nach dem sogenannten Friedrichsberg-Langenhorn-Plan in billigeren Einrichtungen gepflegt werden. In Friedrichsberg verblieb nur noch eine 300 Betten umfassende Klinik. Pläne für einen Neubau in Eppendorf zerschlugen sich wegen des Zweiten Weltkriegs, dennoch wurde die Psychiatrische Universitätsklinik 1942 ins Eppendorfer Krankenhaus verlegt.“<sup>39</sup>

Während des Krieges war Bürger-Prinz auf verschiedenen Ebenen eingesetzt. In seinem Lebenslauf, den er mit Ziel einer Berufung nach Straßburg geschrieben hatte, wies er darauf hin, seit 1935 jährlich militärische Übungen absolviert zu haben. „Seit Beginn des Krieges eingezogen, zunächst als Abteilungsarzt eines Lazarets, dann im Frankreichfeldzug ausgerückt mit einem Feldlazarett, schließlich als Beratender Psychiater kommandiert zum Leitenden Sanitätsoffizier/Frankreich. Wegen Verlegung und Umbau der Klinik 1940 zurückgeholt, seitdem Beratender Psychiater des X Wehrkreises.“<sup>40</sup>

Karl Heinz Roth beschrieb, was Bürger-Prinz dabei anrichtete:

„In dieser Funktion war er für die Überwachung des militärpsychiatrischen Dienstes in der norddeutschen Heeresetappe zuständig. Er errichtete zusammen mit dem Neurologen Demme ein wahres Schreckensregiment gegen alle ‚Kriegsneurotiker‘, die in seinem Wehrkreis auffällig wurden. Diese Menschen, die auf die Gräueltaten des Krieges mit unbewussten Vermeidungsreaktionen antworteten, wurden seit 1942 unter seiner Aufsicht im Reserve-Lazarett V in Wandsbek und in den Lazaretten Rotenburg/Wümme und Mölln konzentriert. Besonders ‚hartnäckige Fälle‘ knöpfte sich Bürger-Prinz selbst in seiner Eppendorfer Klinik vor. Wie es dabei zugeht, können wir einem Tätigkeitsbericht entnehmen, den Bürger-Prinz im April 1942 an seinen Dienstvorgesetzten in der Berliner Militärärztlichen Akademie abschickte:

„Ich habe bis jetzt hier nur einen Fall von Schüttelzittern gesehen, der auf keinerlei Therapie (Elektrizität, Cardiazolschock) angesprochen hat, sondern in demselben Ausmaß wie bisher weiterschüttelt. Ich erwischte ihn auf einer Heeresentlastungsstelle und ließ ihn hier nach Hamburg bringen, wo ich ihn in einem Lazarett einem sehr guten Neurologen und Psychiater anvertraut habe. Bei den

anderen, die ich gesehen habe, bin ich sehr scharf gewesen und habe sie vor die Alternative des Heilungswillens oder der rücksichtslosen Simulationsverfolgung gestellt. Auch bei dem erstangezogenen Fall (ein Tänzer!) bin ich der Meinung, wenn alle Therapieversuche fehlschlagen, man ganz rücksichtslos werden sollte, denn eine Überführung in das zivile Arbeitsleben stellt ja nur einen Ausweg dar, der zu einer breiten Straße werden kann. Ich meine, dass man auf Beschwerden der betr. Leute über Behandlungsmethoden keinen Wert legen sollte, jedenfalls kann man mit der Bereitschaft der Therapeuten, ihren Kopf für ihre Maßnahmen hinzuhalten, ... rechnen.<sup>41</sup>

Karl Heinz Roth schrieb dazu: „Das ging selbst dem leitenden Berliner Militärpsychiater zu weit. Bürger-Prinz wurde zu mehr Zurückhaltung aufgefordert. Es gehe nicht an, ‚therapiefraktäre Kriegsneurotiker‘ umstandslos den Kriegsgerichten zu übergeben, wo unweigerlich die Todesstrafe wegen Befehlsverweigerung bzw. Wehrkraftzersetzung auf sie warte.“

Und Roth vermutete: „Wir wissen nicht, wie viel Kriegsneurotiker von Bürger-Prinz an die Exekutionskommandos der Kriegsgerichte ausgeliefert wurden, ihre Zahl geht wahrscheinlich in die Dutzende.“<sup>42</sup>

Hans Bürger-Prinz war neben seiner Funktion als Dekan der Medizinischen Fakultät und Ärztlicher Leiter der Universitätskrankenhäuser seit 1943 auch Luftschutzbeauftragter. Als großes Verdienst von Bürger-Prinz stellte Kai Sammet heraus:

„Nach schweren Bombenangriffen Ende Juli 1942, bei denen zwei Krankenvavillons, der Hörsaal der neu erbauten Chirurgie sowie Operationsräume zerstört worden waren, organisierte er das ‚Krankenhaus im Keller‘. Wohl wesentlich dieser hervorragenden Organisation des Luftschutzes ist es zu verdanken, dass der ‚Hamburger Feuersturm‘ im Juli 1943 im Eppendorfer Krankenhaus kaum Todesopfer forderte, obwohl fast sämtliche Gebäude in Mitleidenschaft gezogen wurden.“<sup>43</sup>

Dies dürfte bei der Entnazifizierung von Bürger-Prinz die Leistung gewesen sein, die ihm hoch angerechnet wurde, während über seine Verstrickung in den Nationalsozialismus 1945 wenig konkrete Erkenntnisse vorlagen.

Kai Sammet schrieb 2006:

„Bis heute nicht restlos geklärt ist Bürger-Prinz' Rolle bei den Tötungen psychisch Kranker. Nach dem Krieg gelang es ihm, selbst kritische Schüler im Glauben zu lassen, es sei seinem Engagement zu verdanken, dass keine Hamburger Patienten in die sogenannte ‚Aktion T4‘, die systematische Erfassung und Vernichtung psychiatrischer Patienten in Tötungsanstalten, einbezogen worden seien. Tatsächlich jedoch nahm die Psychiatrische Universitätsklinik eindeutige Weichenstellungen vor. ‚Heilen‘ auf der einen, ‚Vernichten‘ auf der anderen Seite: So kann die Ham-

burger Psychiatrie beschrieben werden. In Eppendorf wurden neueste Therapien forciert eingesetzt, um heilbaren Patienten zu helfen. Erwiesen sich diese Bemühungen als fruchtlos, so wurden die Kranken in die Anstalt Langenhorn, die als Schleuse zum Weitertransport in die Tötungsanstalten fungierte, verlegt. Dies war Bürger-Prinz wohlbekannt. Darüber hinaus gibt es Hinweise, dass zumindest zur Zeit der schweren Angriffe auf Hamburg im Sommer 1943 Patienten in Eppendorf selbst getötet wurden. Allerdings sind Tötungen von Patienten der Psychiatrischen Klinik durch Bombenangriffe nicht belegt, sodass die nachweisbare Erhöhung der Sterberate in diesem Zeitraum auf andere Ursachen zurückgeführt werden muss.<sup>44</sup>

Einer dieser ehemaligen Schüler von Bürger-Prinz war Prof. Dr. Klaus Dörner, Jahrgang 1933, der sich an der Psychiatrischen Universitätsklinik in Hamburg 1975 für Sozialpsychiatrie habilitiert hatte. Dörner schrieb:

„Seit 1965 gehörte ich zu den damals wenigen, die sich mit der NS-Psychiatrie beschäftigten. 15 Jahre lang hatte ich den Vorzug eines fast freundschaftlichen Verhältnisses zu meinem Lehrer Bürger-Prinz. Obwohl ich wusste, dass Bürger-Prinz über alle wichtigen Personen und Ereignisse der Psychiatrie in der Zeit des Dritten Reiches bestens informiert war, und obwohl ich wusste, dass er bereit gewesen wäre, mir jede Frage über die NS-Psychiatrie zu beantworten, habe ich ihm dennoch in all diesen Jahren nicht eine einzige Frage zu diesem Thema gestellt. Stattdessen habe ich ohne den Versuch einer Prüfung die Legende über die Rolle Bürger-Prinz' im Dritten Reich weiterverbreitet. Jedem unbefangenen Menschen muss das Ausmaß meiner Befangenheit unfassbar erscheinen. Mir selbst ist mein Verhalten durchaus noch nicht klar. Immerhin weiß ich eines: Man fragt nur, wo man keine Angst vor der Antwort hat.“<sup>45</sup>

Aus heutiger Sicht schwer erträglich, wie lange es gedauert hat, bis Licht in das Dunkel dieser Zeit gekommen ist. Aber das betrifft ja nicht nur den hier beschriebenen Bereich.

„Erst durch die Anfang der 80er Jahre allgemein einsetzende Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wurde deutlich, dass es auch in Hamburg Zwangs-Sterilisationen und Deportationen in Vernichtungsanstalten gab. Viele Patienten gingen aus der PNK (Psychiatrische- und Nervenklinik) über Langenhorn in andere Anstalten, in denen sie getötet wurden, einzelne auch direkt aus der PNK dorthin. Zwischen 1934 und 1945 wurden in Hamburg etwa 22.000 Sterilisationen durchgeführt; an der Klinik wurden auch entsprechende Gutachten erstellt. Pfäfflin et al. sahen es sogar aufgrund ihrer Untersuchungen, ‚gemessen an Kriterien einer historischen Beweisführung‘, als erwiesen an, dass in der Hamburger Universitätspsychiatrie Patienten getötet wurden.“<sup>46</sup>

Die Autoren Hanns Hippus, Bernd Holdorff, Hans Schliack, die 2006 Biografien über Nervenärzte geschrieben haben, zitieren Hans Bürger-Prinz aus einer Publikation von 1935 (Nervenarzt, Bd. 8: „Der Beginn der Erbpsychochen“). Bürger-Prinz schrieb:

„Bei gründlicher Überwachung der infrage kommenden Jugendlichen lassen sich aber vor der Fruchtbarkeitsperiode mit Sicherheit diejenigen herauslesen, die wegen der psychotischen Natur ihrer seelischen Erscheinung dem Erbgesundheitsgesetz nach von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden müssen.“ Und sie weisen weiter darauf hin: „Er war Richter bzw. Beisitzer an den Erbgesundheitsgerichten in Leipzig und Hamburg, die mit der Umsetzung des ‚Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ vom 14. Juli 1933 befasst waren. Er organisierte mit Ofterdinger die Selektion der Psychatriepatienten in Hamburg in heilbare und unheilbare und unterstützte somit auch ohne Meldebogen die ‚Aktion T4‘ an seiner Klinik.“<sup>47</sup>

Hans Bürger-Prinz, der plauderwillige Mann mit großer rednerischer Begabung schrieb in seinen Erinnerungen über die NS-Zeit:

„Wenige Jahre waren erst vergangen, seitdem die grauenhaften Irrwege einer rassistisch und erbbiologisch gnadenlos selektiven Medizin vor den Tribunalen zur Verhandlung standen und Dinge an den Tag brachten, die seitdem mit zu den trübsten Kapiteln unserer vielzitierten unbewältigten Vergangenheit gehören.“<sup>48</sup>

Das hört sich nach großer Distanz an. Zu seiner eigenen damaligen Haltung und Rolle äußerte sich Bürger-Prinz nicht.

Hippus und seine Kollegen kommen zu einem eindeutigen Ergebnis:

„Bürger-Prinz bewahrte nicht die psychisch Kranken in Hamburg vor Sterilisation und Ermordung, wie seine Schüler zunächst glaubten. Er betrieb mit seiner Beteiligung in verschiedenen Funktionen die gesetzlich vorgeschriebene Zwangssterilisation und die Selektion der Patienten mit. Er musste wissen, dass dies für viele die Ermordung bedeutete. Aus heutiger Sicht bedeutet dies sicherlich eine schwere moralische Schuld, zeitgeschichtlich aber ein häufiges Verhalten. Bürger-Prinz hat es nicht geschafft, sich dieser Verantwortung zu stellen und hat der Nachwelt leider wenig hinterlassen, um den so vielfältigen und widersprüchlichen Meinungen zu seiner Person und seinen wissenschaftlichen Verdiensten gerecht zu werden.“<sup>49</sup>

Im Jahre 2004 gab es im Hamburger Rathaus eine Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zum Thema: „Euthanasie. Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus.“<sup>50</sup>

Darin hieß es: „Auch in Hamburg wurden an diesen Menschen (psychisch erkrankte Männer, Frauen und Kinder) in der Zeit des Nationalsozialismus tausendfach Gewaltverbrechen verübt: Zwangssterilisationen, das Abschieben hilfsbedürft-

tiger Menschen in reine Verwahranstalten, in denen sie durch Unterversorgung starben, der Abtransport jüdischer Patientinnen und Patienten 1940 in die Tötungsanstalt Brandenburg, Überstellungen hunderter Patientinnen und Patienten in ‚Euthanasie‘-Tötungsanstalten bzw. deren Zwischenanstalten 1941 und 1943/44 sowie die Ermordung schwerstbehinderter Kleinkinder in den ‚Kinderfachabteilungen‘ 1939 bis 1945. Mindestens 3000 Menschen aus Hamburg wurden bis Ende 1945 durch Giftgas, Medikamente und Unterversorgung ermordet.“<sup>51</sup>

Über Hans Bürger-Prinz hieß es in der Ausstellung:

„1936 übernahm er die Leitung der Psychiatrischen und Nervenlinik der Han-sischen Universität. Diese Klinik hatte für die Durchführung der ‚Euthanasie‘-Morde eine wichtige Funktion: Unheilbar Kranke und Patientinnen und Patienten, die als ‚behandlungsunwürdig‘ galten, wurden von dort nach Langenhorn verlegt und aus dieser Anstalt ab 1940 in die Tötungsanstalten gebracht. Er vermittelte nach Kriegsende unter seinen Studenten den Eindruck, dank seines Engagements sei den Hamburger Psychatriepatientinnen und -Patienten das ‚Euthanasie‘-Schicksal erspart geblieben.“<sup>52</sup>

In einer anderen Veröffentlichung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gab Herbert Diercks noch einmal einen zusammenfassenden Überblick über die „Euthanasie“-Verbrechen in Hamburg:

„In Hamburg waren 1933 etwa 4000 psychisch erkrankte Männer, Frauen und Kinder in den beiden großen Staatskrankenanstalten Friedrichsberg in Hamburg-Eilbek und Langenhorn in Hamburg Langenhorn sowie in der Heilanstalt Strecknitz in Lübeck untergebracht. Die Patientinnen und Patienten dieser Anstalten sowie die Bewohnerinnen und Bewohner der Alsterdorfer Anstalten und alle Menschen, die außerhalb der Anstalten lebten und als ‚psychisch krank‘, ‚behindert‘, ‚asozial‘, ‚minderwertig‘ oder ‚gefährlich‘ und deshalb als ‚lebensunwert‘ galten, waren im Nationalsozialismus potentielle Opfer von ‚Euthanasie‘-Verbrechen. Sie waren entwürdigenden Diffamierungen ausgesetzt, in den 1930er-Jahren zunächst von Zwangssterilisation betroffen und während des Krieges von der Abschiebung in Tötungsanstalten der ‚Euthanasie‘. Kleinkinder wurden in den zwei Hamburger ‚Kinderfachabteilungen‘ im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort und in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn getötet. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Behörden und Ämter, der Hamburger Universität, der Krankenhäuser, der Pflegeheime und der Fürsorgeeinrichtungen sowie die Dienststellen der NSDAP waren an den Verbrechen beteiligt. Die Täterinnen und Täter waren fast ausnahmslos keiner Strafverfolgung ausgesetzt. Erst in den 1980er-Jahren erschienen in Hamburg erste Veröffentlichungen zu den ‚Euthanasie‘-Verbrechen. Die historische Aufarbeitung dieser Verbrechen war auch von öffentlichen

Diskussionen über den angemessenen Umgang unserer Gesellschaft mit Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen begleitet. Seitdem haben die Forderungen, kranke, behinderte und hilfebedürftige Menschen in ihrer Würde zu achten und ihre selbstverständliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten, immer mehr Zustimmung gefunden.“<sup>53</sup>

Auch die schon mehrfach zitierte Studie über die Medizinische Fakultät und die medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“, von Hendrik van den Bussche herausgegeben und 1989 erschienen, befasst sich mit der Rolle der Psychiatrischen Nervenlinik im Kontext der „Euthanasie“. Akribisch wird der Komplex der Sterilisation „Erbkranke“ in Hamburg, die Patientenzahlen und Mortalität 1933–1944 und die Rolle der Klinik mit Blick auf die „Euthanasie“ untersucht. Ausgangspunkt ist dabei auch die unverfrorene Schutzbehauptung von Hans Bürger-Prinz in seiner Autobiografie, dass es dank seiner guten Beziehungen zu NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann möglich gewesen sei, „das von Berlin aus befohlene Schicksal erbkranker für Hamburg und seinen Umkreis zu vereiteln“.<sup>54</sup>

Das war hilfreich für Bürger-Prinz' Entnazifizierung und wurde über Jahrzehnte von den nachfolgenden Psychiater-Generationen in Hamburg bis Anfang der 1980er Jahre kolportiert, insbesondere von Klaus Dörner, dessen Selbstkritik ich schon zitiert habe.

Die Autoren kommen nach ihrer akribischen Untersuchung zu dem Ergebnis:

„Im Kontrast zu den widersprüchlichen Angaben von Bürger-Prinz ist als sicheres Ergebnis des bisher Dargestellten vor allem festzuhalten: Die Ausgangsfrage, ob die PNK (Psychiatrische- und Nervenlinik) mittelbar oder unmittelbar während der NS-Zeit an den Maßnahmen zur Vernichtung ‚lebensunwerten‘ Lebens beteiligt war, war von vornherein falsch gestellt. Vermutlich wäre sie nie so gestellt worden, wären nicht Bürger-Prinz' eigene gegenteilige Äußerungen und vor allem diejenigen der Generation seiner Schüler so selbstsicher und monolithisch vorgetragen worden. Danach war es schon ein Sakrileg, die Frage nach der Beteiligung der PNK zu stellen, weil sie die rühmliche Rolle der PNK, ja sogar ganz Hamburgs, auf die man stolz sein konnte, in Zweifel gezogen hätte. Die Frage muss nicht lauten, ob, sondern wie die PNK beteiligt war. Prinzipiell konnte es gar keine öffentliche Einrichtung, die mit psychiatrischen Patienten zu tun hatte, geben, die nicht zumindest mittelbar im Sinne des Mitwissertums beteiligt war.“<sup>55</sup>

Es soll jetzt noch einmal genauer betrachtet werden, wie intensiv Hans Bürger-Prinz mit den führenden Nationalsozialisten in Hamburg und den führenden Verantwortlichen für den Bereich der Medizin in der NSDAP verhandelt gewesen war. Ein Blick erfolgt auch hinsichtlich der Art und Weise, wie Bürger-Prinz das Universitätskrankenhaus leitete.





Prof. Max de Crinis, seit 1942 SS-Standartenführer



Prof. Karl Brandt, Hitlers Leibarzt, 1946

„Als Hans Bürger-Prinz im Herbst 1941 Dekan wurde, änderte sich der Führungsstil in der Fakultät radikal. Am 1.6.1941 zusätzlich mit der Funktion des Ärztlichen Leiters des UKE und ab 15.3.1943 mit der Funktion des Luftschutzbeauftragten ausgestattet, organisierte Bürger-Prinz das Leben in der Fakultät und im Klinikum nach seiner Fassung. Er konnte sich hierbei auf seine guten Beziehungen zu den leitenden Nationalsozialisten in Hamburg wie auf Reichsebene stützen. Zu den ihm wohlgesonnenen Nazis gehörten unter anderem Gauleiter Kaufmann, Gesundheitssenator Ofterdinger, der für die Medizin zuständige Mann im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV), Prof. Max de Crinis, sowie ‚Generalkommissar‘ Karl Brandt und dessen Beauftragter für Wissenschaft, Prof. Paul Rostock.“<sup>56</sup>

Eine mächtige Stellung hatte Bürger-Prinz in Hamburg insbesondere auch deswegen, weil er eng mit Gesundheitssenator Ofterdinger verbunden war. Sein Verhältnis zu Ofterdinger war so gut, „dass er ihn im März 1944 auf eigene Faust und ohne Fakultätsbeschluss für die Ehrenmitgliedschaft der Universität vorschlug. In seiner Begründung hob Bürger-Prinz hervor, Ofterdinger sei stets ‚ein williger Förderer unserer Angelegenheiten gewesen und bewies immer ganz besonderes Verständnis für die Aufgaben und Leistungen des Universitätskrankenhauses‘. Ofterdinger erhielt die Ehrenmitgliedschaft am 10.5.1944, einem Zeitpunkt, zu dem er daran arbeitete, eine ‚Endlösung‘ für die ‚Minderwertigen‘ Hamburgs zu finden.“<sup>57</sup>

Bürger-Prinz überschritt seine Kompetenzen, herrschte wie ein absoluter Monarch, exekutierte „seine Anordnung mithilfe eines Kreises von Oberärzten und scheute nicht davor zurück, ureigenste Kompetenzen der Klinikdirektoren, so bezüglich des Einsatzes von Krankenpflegepersonal und der Bettenbelegung, zu übernehmen. Das gute Verhältnis zu den Nazi-Größen rührte daher, dass er sich nach Kräften bemühte, das Klinikum und die Fakultät voll in den Dienst des kriegsführenden Reiches zu stellen. Gegen ‚Defaitismus‘ und Fernbleiben vom Dienst schritt er unnachgiebig ein. Auch in Personalfragen des Lehrkörpers verfolgte er seine eigene Politik und beeinflusste die Berufungsverfahren in erheblichem Maße.“<sup>58</sup>

Henrik van den Bussche stellte fest: „Durch die Berufung von Auswärtigen, die bis auf zwei alle Mitglieder der NSDAP waren, war gegen Kriegsende achtzig Prozent des Lehrkörpers Mitglied der NSDAP. Die Medizinische Fakultät hatte ge-

gen Kriegsende den höchsten Prozentsatz an NSDAP-Mitgliedern von allen Hamburger Fakultäten.“<sup>59</sup>

Es war schon fast grotesk, dass die Medizinische Fakultät zu einem Zeitpunkt gegen Bürger-Prinz aufbegehrte, als Deutschland und Hamburg in Trümmern lagen. Am 5.2.1945 schrieb der Prodekan der Fakultät, Prof. Zeiger an den Rektor der Hansische Universität Prof. Keeser und brachte zum Ausdruck, dass Prof. Bürger-Prinz „für die Fakultät als Dekan nicht mehr tragbar ist“. Er räumte ein, dass es ihm schwer falle, „zu einem Zeitpunkt, an welchem die Belastung der Heimat immer größer wird, über Umstände berichten zu müssen, welche das Arbeits- und Vertrauensverhältnis zwischen Dekan und Fakultätsmitgliedern erheblich getrübt haben“.<sup>60</sup>

Bürger-Prinz habe durch sein Verhalten „den Arbeitsfrieden und den Geist der Kameradschaft gestört“, die Fakultät habe „das Vertrauen in ihn verloren, weil er eigenmächtig eine Vorschlagsliste für die Wiederbesetzung eines Ordinariats ohne Abstimmung weitergeleitet habe“.<sup>61</sup>

Ernst Schrewe, zu diesem Zeitpunkt Leiter der Schul- und Hochschulabteilung, beraumte am 16.2.1945 dazu eine Sitzung mit allen Direktoren der Kliniken und Institute des UKE ein. Bürger-Prinz, vom Rektor der Universität Keeser informiert, antwortete auf seiner Art. „Streng gesehen wäre es für ihn entscheidend, dass er das Vertrauen von Ihnen, Herr Rektor, habe und ich damit vom Vertrauen der Fakultät unabhängig bin.“ Er wies darauf hin, dass er bereit sei, die Geschäfte des Ärztlichen Leiters und Luftschutzleiters des Universitätskrankenhauses Eppendorf weiterzuführen, zumal das auch „der Haltung von Senator Ofterdinger und des NSDAP-Kreisleiters Lange“ entsprechen würde.<sup>62</sup>

Bürger-Prinz musste als Dekan ausscheiden, blieb aber Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik, „schon mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse“, wie der Leiter der Schul- und Hochschulabteilung, Prof. Ernst Schrewe, ihm am 3.3.1945 mitteilte. Bürger-Prinz genoss die Unterstützung der Obrigkeit. Schrewe: „Die Staatsverwaltung möchte aus diesem Anlass Ihnen gegenüber hervorheben, dass Sie auch nach Ansicht des Herrn Reichsstatthalters wie des Herrn Staatssekretärs und meines Amtsvorgängers als Leiter der Schul- und Hochschulabteilung sich in der verflossenen Zeit all diesen mühevollen, schwierigen und für den gesamten Organismus des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf so wichtigen Aufgaben nicht nur mit großer Hingabe unterzogen, sondern die Belange des Krankenhauses stets äußerst wirksam vertreten und selbst unter den zeitbedingten schwierigsten Verhältnissen mit aller Kraft gefördert haben.“<sup>63</sup>

Nach Ende der NS-Herrschaft wurde die Medizinische Fakultät mutiger und schrieb an Bürger-Prinz am 14.5.1945:

„Die Medizinische Fakultät hatte Ihnen wegen Ihrer fortgesetzten willkürlichen, die sachliche Arbeit gefährdenden Eingriffe in die Rechte der Fakultät, der Institute und Kliniken während Ihrer Tätigkeit als Dekan und Ärztlicher Leiter das Vertrauen entzogen. Sie haben in einem an den Herrn Rektor gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht, dass Sie das Vertrauen des Rektors allein für erforderlich hielten, und dass die obstruktionstreibende Fakultät sich zu fügen hätte. Sie haben sich, gestützt auf Stellen der Behörde und Partei, trotz des Ihnen ausgesprochenen Misstrauens der Fakultät weiterhin bereit erklärt, das Amt des Ärztlichen Leiters zu übernehmen. Diese von Ihnen zur Anwendung gebrachten extrem machtpolitischen Methoden widersprechen so sehr dem Geiste der Universität, dass die Fakultät sich genötigt sieht, Ihnen die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Universität abzusprechen. Sie wird diesen einstimmig gebilligten Standpunkt der neu zu bildenden Behörde zur Kenntnis geben.“<sup>64</sup>

Bürger-Prinz antwortete darauf am 18.5.1945 und beantragte bei der zuständigen Behörde, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten.

„Ohne auf den Inhalt des Schreibens der medizinischen Fakultät näher einzugehen, möchte ich lediglich anmerken, dass der Vorwurf, ich hätte mich auf parteipolitische Stellen gestürzt, jetzt erst, etliche Zeit nach der Niederlegung des Dekanats und nach der über meine Tätigkeit als Ärztlicher Leiter gepflogenen Aussprache, erhoben wird.“<sup>65</sup>

Es war jetzt die Zeit, in der die Nähe zum Nationalsozialismus nicht mehr karrierefördernd war. Das beunruhigte Hans Bürger-Prinz natürlich. Und in der Tat wurde ihm am 20.8.1945 durch Senator Heinrich Landahl im Auftrag der Britischen Militärregierung die Entlassung ausgesprochen.<sup>66</sup>

Jetzt begann die Zeit der Verharmlosung, Umdeutung, des schlichten Leugnens. Und Hans Bürger-Prinz sollte sich darin als Meister erweisen.

Hendrik van den Bussche hatte darauf hingewiesen, dass Bürger-Prinz zu den führenden Medizinverantwortlichen der NSDAP über die besten Kontakte verfügte. Er nannte Karl Brandt und Max de Crinis. Prof. Dr. Karl Brandt (1904–1948) war chirurgischer Begleitarzt von Adolf Hitler gewesen, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS, Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, ab September 1939 zusammen mit Philipp Bouhler Hitlers Beauftragter für die Tötungen der Aktion T4.<sup>67</sup> Karl Brandt hatte 1944 den Wissenschaftlichen Beirat beim Bevollmächtigten des Gesundheitswesens, zu dem er ernannt worden war, gebildet, in den er führende Ärzte berief, zumeist SS-Leute in hohen Funktionen wie Prof. Wilhelm Nonnenbruch<sup>68</sup>, der Experimente mit Ersatznahrung eines Abfallproduktes der Zellulose an KZ-Häftlingen durchführte, SS-Sturmbannführer Prof. Eugen Wannemacher<sup>69</sup>, Medizin-Professoren, die sich mit „Unfruchtbar-

machung“ beschäftigten, wie der Erbstatistiker Prof. Siegfried Koller<sup>70</sup>, mit Experimenten mit unerprobten TBC-Impfstoffen in Pflegeanstalten, wie Prof. Georg Bessau<sup>71</sup>, Prof. Walter Schreiber<sup>72</sup>, der Menschenversuche in KZ durchführte, der Sulfonamid-Forscher Prof. Gerhard Domagk<sup>73</sup>, der Rassenhygieniker Prof. Ottomar Freiherr Verschuer.<sup>74</sup> In diesen Kreis, mit weiteren Professoren war auch Hans Bürger-Prinz von Karl Brandt berufen worden. D. h., dass er spätestens seit dieser Zeit sich intensiv mit allen Facetten der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik im Kreise der führenden Protagonisten austauschte. Dies sind nur einige der von mir ermittelten Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Karl Brandt. Dazu gehörte auch noch Brandts Stellvertreter, Prof. Max de Crinis (1889–1945), ebenfalls Psychiater und Neurologe, Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik der Charité in Berlin, SS-Standartenführer, Ministerialreferent für medizinische Fachfragen im Amt Wissenschaft des Reichsministeriums, an der Vorbereitung und Durchführung der NS-Krankenmorde beteiligt, Stellvertreter im Wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen.<sup>75</sup>

Hans Bürger-Prinz korrespondierte intensiv mit Max de Crinis und machte ihm zum Beispiel 1943 Vorschläge für die Stellenbesetzungen am UKE, „mit ergebnisster Begrüßung und Heil Hitler! Ihr ganz ergebener Prof. Bürger-Prinz“.<sup>76</sup>

Max de Crinis war überzeugt von Bürger-Prinz' Fähigkeiten. Am 9.2.1944 hatte er ihn als Nachfolger für den Lehrstuhl für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Straßburg vorgeschlagen. Der Berliner Psychiater Prof. Ewald Stier vermerkte dazu, Bürger-Prinz sei „persönlich ein sehr netter Mann, wissenschaftlich sei er nicht bedeutend“.<sup>77</sup> Noch am 10.7.1944 brachte de Crinis Bürger-Prinz auch als möglichen Nachfolger für das Ordinariat in Tübingen ins Spiel. Wertschätzung von höchster NS-Stelle.<sup>78</sup>

Interessant in diesem Kontext ist, wie Hans Bürger-Prinz seine Bekanntschaft mit Hitlers Bevollmächtigtem für den Gesundheitsbereich in seinen Memoiren 1971 einführte, der ihn in den erlauchten Kreis des Wissenschaftlichen Beirats berufen hatte. Das erwähnte Bürger-Prinz natürlich nicht, wie er alles Kompromittierende verschwieg. Aber die Eitelkeit des Mannes, der die Nähe zu Prominenten suchte und darüber gerne plauderte, führte dazu, Brandt zu erwähnen, weil es berichtenswert für Bürger-Prinz war, jemanden aus der engsten Umgebung Adolf Hitlers gekannt zu haben:

„Damals machte ich auch die Bekanntschaft mit Hitlers Leibarzt, Dr. Brandt, der nach Kriegsende in Nürnberg verurteilt und hingerichtet wurde. Es war unmittelbar nach dem zweiten schweren Luftangriff 1943, die halbe Stadt brannte noch und es herrschte ein unbeschreibliches Chaos, als ein verdreckter Pkw vor unserer Station hielt. Es stieg ein Mann aus, den ich nicht kannte und dem man nur das eine

ansah: dass er völlig übernünftig war – aber wer war das damals nicht? Er stellte sich dann vor und kam gleich sehr nüchtern zur Sache. Als ihm ein Teller Suppe aus unserer Notküche angeboten wurde, bat er, man möge erst seinen Fahrer versorgen. Was der Mann im Krieg sonst noch getan hat, war mir damals unbekannt. Über das, was er nach jenen Angriffen für uns tat, vermag ich nur das Beste zu sagen. Ich glaube, ihm oblagen zu jener Zeit irgendwelche Inspektionsaufgaben, jedenfalls richtete er die summarische Frage an mich, was alles wir zur Rettung der Kranken benötigten. Wir stellten rasch eine Liste zusammen, und ich erinnere mich, dass Dr. Brandts Aufenthalt bei uns kaum eine halbe Stunde dauerte. Umso überraschter waren wir, dass wir daraufhin binnen kürzester Frist tatsächlich alles bekamen, auch den letzten der Lastwagen, die wir erbeten hatten, um die Kranken, deren Stationen zerstört worden waren, evakuieren zu können.“<sup>79</sup>

Bürger-Prinz wusste präzise, welche Aufgaben Karl Brandt damals hatte, nicht „irgendwelche Inspektionsaufgaben“ und er kannte ihn ziemlich genau, sodass die Begegnung mit dem selbstlosen, rettenden Engel des UKE ein gutes Beispiel, oder eher ein schlechtes Beispiel für die Machart der Memoiren von Bürger-Prinz ist, die verschleiern und vernebeln, was in diesen Zeiten tatsächlich passiert war.

Ulf Schmidt hat eine Biografie geschrieben: „Hitlers Arzt Karl Brandt. Medizin und Macht im Dritten Reich“. Darin kommen ziemlich am Ende auch Hans Bürger-Prinz und seine damalige Ehefrau Annemarie vor. Brandt stand als Angeklagter 1946 und 1947 im Nürnberger Ärzteprozess vor Gericht und wurde am 20.8.1947 zum Tode verurteilt, was am 2.6.1948 in Landsberg am Lech vollstreckt wurde, pikanterweise in der ehemaligen Festung, in der Hitler nach dem gescheiterten Putsch 1923 inhaftiert worden war und den ersten Band von „Mein Kampf“ verfasste.



Verkündung des Todesurteils gegen Karl Brandt durch das Nürnberger Tribunal, 1948

Zu den Ärzten, die sich bereit erklärt hatten, Brandt im Prozess zu unterstützen, gehörte auch „der angesehene Hamburger Psychiater Hans Bürger-Prinz“.<sup>80</sup>

Schmidt beschreibt, wie Brandts Anwalt Robert Servatius, der 1960 auch die Verteidigung von Adolf Eichmann in Jerusalem übernahm, die eidesstattliche Erklärung, die Bürger-Prinz abgeben wollte, vorbereitete.

„Am 12. Februar, eine Woche nach Brandts Kreuzverhör, hörte der britische Geheimdienst ein Telefonat zwischen einer Mitarbeiterin von Servatius' Kanzlei in Nürnberg und der Frau des Hamburger Professors, Annemarie Bürger-Prinz, ab. Daraus ging hervor, dass Bürger-Prinz eidesstattliche Erklärung nicht von ihm selbst verfasst, sondern von Servatius' Kanzlei wörtlich vorgegeben wurde. Die Anruferin diktierte Frau Bürger-Prinz eine Aufzählung zahlreicher guter Taten, die Brandt angeblich während seiner Amtszeit vollbracht hatte. So habe er angeblich verschiedenen Angeklagten vor dem berüchtigten ‚Volksgerechtshof‘ das Leben gerettet, zum Beispiel einem Arzt, der sich geweigert hatte, den Eid auf Hitler zu leisten. Brandt habe auch Lastwagenkolonnen nach Hamburg entsandt, um die Krankenhäuser in den größeren Städten vor und nach den Luftangriffen zu evakuieren. Dabei wurden keine Unterschiede bei den Patienten gemacht, unabhängig davon, ob sie Juden, Ausländer oder Deutsche waren, erklärte die Anruferin. Schließlich erhielt Frau Bürger-Prinz genaue Anweisungen, dass sie die Erklärung von einem Notar beglaubigen lassen und dann nach Nürnberg schicken sollte.“<sup>81</sup>

Genauso wurde es gemacht. Es diente Hans Bürger-Prinz sogar noch für seine Geschichte über Karl Brandt als Vorlage für seine Memoiren und bei seiner eigenen Verteidigung im Zuge der Entnazifizierung gab er an, er habe Karl Brandt gebeten, sich 1944 für den damals Hitler-kritischen Hamburger Arzt Rudolf Degkwitz vor dem Volksgerechtshof mit dem berüchtigten Vorsitzenden Freisler zu verwenden. Darauf werde ich gleich zurückkommen.

Interessant, welchen Hintergrund Legenden manchmal haben.

Karl Heinz Roth drückte die Versuche von Bürger-Prinz, die Geschichte zu verdrehen, drastischer aus:

„Es blieb Bürger-Prinz vorbehalten, das Eppendorfer Syndrom aus Unwahrheiten und Verdrängung mit einer Autobiografie zu krönen, die 1971 im Verlag Hoffmann und Campe erschienen ist. Er ließ sich als eine Art Sauerbruch der Psychiatrie feiern. Wer die Hintergründe und Details kennt, erschreckt vor dem Gemisch aus Zynismus, Faktenverdrehung und Teilwahrheiten, das Bürger-Prinz nach seiner Emeritierung einem Springer-Journalisten diktiert hat. Angesichts des unendlichen Leids, das Bürger-Prinz Tausenden von Patienten zugefügt hat, liegt es nahe ob dieser öffentlich möglichen Lügen zu verzweifeln. Wenn ein Mann, der neun Jahre lang als Hauptverantwortlicher der Hamburger Psychiatrie-Schleuse wirkte, in seiner Autobiografie behauptet, ihm sei es gelungen, ‚das von Berlin aus befohlene Schicksal Erbkrankter für Hamburg und seinen Umkreis zu vereiteln‘, so bleibt nichts anderes übrig, als einen zornigen Schlussstrich zu ziehen und dafür zu sorgen, dass sich – bei allem Respekt vor den damaligen Rahmenbedingungen fürs Hungern und Gehorchen – derartige menschliche Abgründe nie mehr pseudowissenschaftlich verkleiden.“<sup>82</sup>

Bei der Entnazifizierung zeigte sich, dass bei Medizinern andere Maßstäbe angelegt wurden, als im pädagogischen Bereich. Bürger-Prinz gab in seinen Entnazifizierungs-Fragebögen an, seit dem 1.5.1933 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Er war im Sommer 1933 in die SA eingetreten, dort als Sanitäts-Scharführer tätig. Ebenfalls Mitglied des NS-Ärztebundes seit Oktober 1933 und in der NSV. Damit hätte er im Bereich der Schule keine höchste Leitungsfunktion mehr übernehmen können.

Nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst praktizierte Hans Bürger-Prinz erst einmal als Psychiater in einer Hamburger Praxis. Auch das wurde ihm auf Anordnung der Britischen Militärregierung vom 5.11.1945 untersagt, wie Senator Landahl ihm mitteilte.<sup>83</sup>

Die Strategie von Bürger-Prinz bei seiner Entnazifizierung war geschickt. Hinzu kam, dass es zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei wissenschaftliche Untersuchungen über die Praxis der Psychiatrischen und Nervenlinik in Hamburg gab. Bürger-Prinz behauptete, für die „modernste Behandlung und Versorgung der psychisch Kranken und Lenkung der Handhabung des Erbgesundheitsgesetzes in sozial und wissenschaftlich jederzeit vertretbaren Bahnen“ gesorgt zu haben.<sup>84</sup>

Ich habe dargestellt, dass die von ihm aufgebaute Legende, von seinen Schülern und Assistenten übernommen und kolportiert bis in die 1980er Jahre, verbreitet war. Bürger-Prinz behauptete, in keiner NS-Organisation ein Amt gehabt zu haben, in der NSDAP habe er kein Mitgliedsbuch besessen und kein Parteiabzeichen getragen. Die Gestapo habe ihn „wegen gutachterlicher Stellungnahmen“ angezeigt und überwacht.<sup>85</sup>

Dann berichtete der streitbare Psychiatrie-Professor über Auseinandersetzungen mit anderen Nationalsozialisten, wie zum Beispiel dem Hamburger Ärzteführer Prof. Willy Holzmann, der die Berufung von Bürger-Prinz nach Hamburg 1936 verhindern wollte, die erst durch den damaligen Rektor der Universität, Prof. Adolf Rein durchgesetzt werden konnte. In seiner Darstellung war Holzmann ein führender Nationalsozialist und Rein als Rektor ein Mann der Universität. Was er dabei verschwiegen war, dass Adolf Rein seit 1932 der NSDAP angehörte und in der NS-Zeit eine der führenden Personen an der Hamburger Universität war.<sup>86</sup>

Dann behauptete Bürger-Prinz:

„Gegen erheblichen Widerstand der Partei setzte ich die tadellose ärztliche Versorgung der psychisch Kranken in Hamburg durch und erreichte es, dass diesen Kranken alle modernen Behandlungsmethoden und die notwendige Zeit zur Durchführung dieser Behandlung zur Verfügung standen. In schweren Zusammenstößen mit dem damaligen Leiter und Vizepräsidenten der Gesundheitsverwaltung, Dr. Peters, kämpfte ich gegen die unsinnige Ausdehnung der Sterilisation, die in Hamburg um sich gegriffen hatte, und focht meinen Standpunkt auch durch. Wegen meiner

außerordentlichen weitherzigen Begutachtung in Erbgesundheitsfragen wurde ich 1939 von der Gestapo erstmalig überwacht.“<sup>87</sup>

Auch dieses gehörte zur Legendenbildung. Möglicherweise hatte Bürger-Prinz Meinungsverschiedenheiten mit jemandem aus der Gesundheitsverwaltung, wie er viele Auseinandersetzungen führte. Aber, er war eng verbunden mit dem für das Gesundheitswesen verantwortlichen Senator, Friedrich Ofterdinger, bei dem er über jeglichen Rückhalt verfügte.

Wirksamer waren andere Argumente von Bürger-Prinz. Er behauptete, nach der Verhaftung von Prof. Rudolf Degkwitz „die Erstattung eines rein akademischen Fakultät-Gutachtens“ abgelehnt zu haben und „arbeitete mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Willhöft auf besseren Wegen für Professor Degkwitz, indem ich an den Staatssekretär Dr. Freisler, den Vorsitzenden des Volksgerichtshofes, schrieb und mit dem damaligen Inspekteur des Sanitätswesens, Professor Brandt in Verbindung trat. Schließlich arbeitete ich ein Gutachten aus, dessen Tenor an entscheidenden Stellen in die Urteilsbegründung übergang. Meine gutachterlichen Stellungnahmen insbesondere in der Angelegenheit Professor Degkwitz trugen mir Anzeigen bei der Gestapo, Vernehmungen beim Sicherheitsdienst und wieder monatelange Überwachung durch die Gestapo ein.“<sup>88</sup>

Die Schilderung der monatelangen Überwachung durch die Gestapo halte ich bei der unangefochtenen Stellung, die Bürger-Prinz bei NSDAP-Gauleiter Kaufmann, Senator Ofterdinger und dem von ihm zitierten Prof. Karl Brandt hatte, für heillos übertrieben. Bürger-Prinz hatte aber das Hauptargument für seine Verteidigung gefunden, da er tatsächlich ein Gutachten für den langjährigen Ordinarius für Kinderheilkunde der Universität Hamburg und Chefarzt der Kinderklinik, Rudolf Degkwitz, geschrieben hatte.

Degkwitz (1889–1973) war eine schillernde Persönlichkeit mit einer bewegten Geschichte. Ursprünglich Mitglied der NSDAP seit 1923, über Rudolf Heß, mit dem er im gleichen Bataillon im Ersten Weltkrieg gewesen war, mit Adolf Hitler bekannt geworden und beim Marsch auf die Feldherrnhalle in München beteiligt, hatte sich von den Nationalsozialisten in der Weimarer Republik immer weiter abgesetzt.<sup>89</sup>



Rudolf Degkwitz, 1938

„Nach dem Machtantritt Hitlers geriet Degkwitz in zunehmendem Maße in Konflikte mit der NSDAP (die ihn wegen seiner politischen Haltung zu Beginn der zwanziger Jahre zunächst noch als einen der ihren ansah). Zu einem ersten Zusammenstoß kam es nach dem 1. Mai 1933, als ein NS-Studentenführer auf ei-



ner Kundgebung auf der Moorweide ausrief, jeder kleine SA-Mann habe mehr für Deutschland getan, als die gesamte deutsche Professorenschaft. Degkwitz nahm am nächsten Tag öffentlich im Kolleg gegen diese Äußerung Stellung und erhielt den begeisterten Beifall seiner Studenten. Er wurde daraufhin ein halbes Jahr vom Dienst suspendiert.“<sup>90</sup>

Nachdem die Gestapo einen Brief abgefangen hatte, den Rudolf Degkwitz an seinen bei der Wehrmacht befindlichen Sohn geschrieben hatte und darüber hinaus von dem Dermatologen Prof. Paul Mulzer, Direktor der Hautklinik am UKE angezeigt worden war<sup>91</sup>, wurde Degkwitz am 22.9.1943 im Krankenhaus Wintermoor festgenommen und ein Verfahren „wegen Defaitismus“ gegen ihn angestrengt. In Kollegenkreisen hatte Degkwitz mehrfach geäußert: „Hitler macht Deutschland kaputt.“<sup>92</sup> Rudolf Degkwitz war besonders gefährdet, weil es noch zahlreiche Briefe und Druckschriften von ihm gab, die allerdings seine beiden Mitarbeiterinnen Dr. Lore Hasselkuss und Dr. Annemarie Wiczorek beiseite schaffen konnten.<sup>93</sup>

Das Verfahren sollte im Februar 1944 vor dem Volksgerichtshof mit dem berühmtesten Präsidenten Roland Freisler, genannt der Blutrichter<sup>94</sup>, stattfinden.

Lore Hasselkuss stand im ständigen Kontakt mit Degkwitz' Rechtsanwalt Willhöft und verfasste „eine Eingabe zugunsten Professor Degkwitz, die von Kollegen und Schwestern unterzeichnet wurde, dass sie den Schering-Konzern in Berlin und das Hipp-Werk in Pfaffenhofen, für die Degkwitz an Forschungsaufträgen arbeitete, veranlasste, den Beschuldigten – besonders jetzt im Kriege – für unersetzbar zu erklären.“<sup>95</sup>

Laut Hochmuth und Meyer war es auch Lore Hasselkuss, die Kontakt zu Professor Karl Brandt aufgenommen hatte, der ein für die Waffen-SS fast fertig eingerichtetes Lazarett in Wittenmoor (Lüneburger Heide) dem Direktor der Eppendorfer Kinderklinik, Rudolf Degkwitz, überließ, nachdem die Eppendorfer Kinderklinik von englischen Bombenangriffen im Sommer 1943 auf Hamburg schwer beschädigt worden war.<sup>96</sup>

Lore Hasselkuss nahm Kontakt zu den UKE-Professoren Bessau und Bürger-Prinz auf „über die vom Volksgerichtshof angeforderten Gutachten und brachte dabei die Version ins Spiel, dass Degkwitz allein durch seine Masernprophylaxe dem Führer ‚eine Division deutscher Soldaten‘ geschenkt habe, ein Argument, das Freisler dann auch tatsächlich aufgriff.“<sup>97</sup>

Die Hauptverhandlung gegen Degkwitz fand am 21. und 24.2.1944 statt. Eine Reihe Zeugen sagten für den Angeklagten aus, wie Hochmuth und Meyer schreiben, „besonders seine ehemaligen Greifswalder Kollegen, die Professoren Jacoby und Pichler, während der einzige Zeuge der Anklage Professor Paul Mulzer aus Hamburg war“.<sup>98</sup>

Und, bei Freisler überraschend, wurde Rudolf Degkwitz am 24.2.1944 nicht zum Tode verurteilt. In dem von Freisler verkündeten Urteil hieß es:

„Rudolf Degkwitz hat sein Leben als forschender, lehrender und heilender Arzt mit außergewöhnlichem Erfolg und unter Volleinsatz seiner Person dem deutschen Volk gewidmet. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Terrorangriffe auf Hamburg verlor er aber den Siegglauben, schrieb Briefe, die die Vernichtungswirkungen übertrieben, und schrieb vor allem auch seinem Sohn an die Front, er möge sich möglichst wenig exponieren, es habe ja doch keinen Zweck mehr ... Nur weil er allein durch seine Masernprophylaxe 40.000 deutschen Kindern das Leben gerettet hat, von seinen anderen ärztlichen Erfolgen ganz abgesehen, wird er nicht mit dem Tode bestraft, sondern kommt mit sieben Jahren Zuchthaus bei sieben Jahren Ehrverlust davon.“<sup>99</sup>

Zu diesem überraschenden Urteil berichtete Degkwitz' Ehefrau Eva, „Freisler habe ein untergründiges Faible für ihren Mann gehabt und wohl gehofft, den weltbekannten Arzt noch für das Dritte Reich gewinnen zu können.“<sup>100</sup>

Ich habe das so ausführlich zitiert, weil der um Entlastungsargumente bemühte Hans Bürger-Prinz nach 1945 das vergleichsweise milde Urteil für Degkwitz als sein Verdienst darstellte. Und genau das wurde Bürger-Prinz im Entnazifizierungsverfahren hoch angerechnet, als habe er sich bei dem gefürchteten Roland Freisler mutig und sich selbst gefährdend für einen unbequemen Kollegen stark gemacht. Und dabei auch noch die Kontakte zu Hitlers chirurgischem Begleiterarzt Karl Brandt mobilisiert. Dabei war dieses keine heldenhafte Tat des Hans Bürger-Prinz, sondern, laut Hochmuth/Meyer, dem unermüdlichen Bemühen der Kollegin von Rudolf Degkwitz geschuldet, Dr. Lore Hasselkuss. Wie auch dem Kontakt von Rudolf Degkwitz selbst zu Karl Brandt nach den Bombenangriffen auf Hamburg im Sommer 1943 und der Zerstörung der Eppendorfer Kinderklinik.

Aber welcher Entnazifizierungsausschuss sollte das 1946/47 schon auseinanderhalten können?

Wobei Hendrik van den Bussche später das intensive Agieren von Lore Hasselkuss bestätigte, aber auch den Einsatz von Hans Bürger-Prinz, der persönliche Briefe geschrieben hatte und im Prozess als „Sachverständiger“ in der mündlichen Verhandlung die „Sonderklasse“ von Rudolf Degkwitz herausstellte. Er spielte in seiner Aussage den „Defaitismus“ von Rudolf Degkwitz als „einmalig – im Rahmen des Gesamtlebens gesehen –“ herunter und deutete diesen als „durch die Bombenangriffe auf Hamburg bedingten psychologischen Schock“.<sup>101</sup>

Bei seiner Entnazifizierung kam Bürger-Prinz zugute, dass er noch in der NS-Zeit ein Ehrengerichtsverfahren gegen sich beantragt hatte und ein Ausschuss, den der Senat der Universität eingesetzt hatte, am 10.9.1945 zu dem Ergebnis kam, Bürger-

Prinz habe „die Standesehre des Hochschullehrers weder verletzt noch gefährdet“.<sup>102</sup>

Dabei wurde eingeräumt, Bürger-Prinz habe als ärztlicher Leiter des Krankenhauses „in seinen Anordnungen, die sachlich mehr oder minder berechtigt gewesen sein mögen, es den Klinikdirektoren gegenüber verschiedentlich an der kollegialen Umgangsweise fehlen lassen, welche gleichgestellte Kollegen erwarten durften. Dagegen ist der Vorwurf, dass er sich bei seiner Tätigkeit auf Parteidienststellen gestützt habe, nach den Ermittlungen des Ausschusses unbegründet“.<sup>103</sup>

Es stehe außer Zweifel, dass Bürger-Prinz „sowohl als Dekan wie als ärztlicher Leiter des Universitätskrankenhauses Eppendorf eine Reihe von Fehlern begangen hat, die eine stets wachsende Missstimmung gegen ihn im Fakultätsausschuss habe entstehen lassen“. Es sei aber auch zu berücksichtigen, „dass er als ärztlicher Leiter des Vertrauens nicht nur der Klinikdirektoren, sondern auch des Personals wie der Patienten bedurfte. Bei einer so schwierigen Tätigkeit und einer so starken Arbeitsbelastung in so kritischen Zeiten ist es wohl nur wenigen Charakteren gegeben, allen gegenüber den richtigen Ton zu finden, ohne auf der einen oder anderen Seite Anstoß zu erregen“.<sup>104</sup>

Das Fazit: „Gegen sein Wirken als Hochschullehrer und Leiter der Psychiatrischen Klinik ist nichts Stichhaltiges vorgebracht worden. Weder über einzelne Handlungen noch über seine gesamte Persönlichkeit konnte der Beschluss des Ausschusses in dieser Hinsicht belastend ausfallen. In keiner Hinsicht aber war in seinem Verhalten etwas Ehrenrühriges zu sehen.“<sup>105</sup>

Zusätzlich bekam Bürger-Prinz Leumundsschreiben, von Mitgliedern des Personals mit Aussagen wie: „Herr Professor Bürger-Prinz ist suspendiert, und es herrscht darüber in der Klinik große Trauer, nicht nur beim Pflegepersonal, sondern auch bei den Kranken.“ Der Tenor dabei war, dass Bürger-Prinz sich in der Klinik „nie nationalsozialistisch betätigt“ habe, „auch immer Juden in seiner Klinik aufgenommen habe und Pfleger und eine Schwester einstellte, die aus politischen Gründen aus Langenhorn entlassen war“.<sup>106</sup>

Dann gab es Schreiben, in denen behauptet wurde: „Erbgesundheitsgutachten wurden unter dem Einfluss von Professor Bürger-Prinz, dessen außerordentliche Zurückhaltung bei der Anwendung dieses Gesetzes allgemein bekannt war, nur bei schweren unheilbaren geistigen Erkrankungen ausgestellt. In vielen Gerichtsgutachten half Prof. Bürger-Prinz Gegnern des Nationalsozialismus so gut er konnte“, schrieb sein Mitarbeiter Dr. Hans Kurt Fontheim.<sup>107</sup>

Am 19.3.1946 wurde vom Beratenden Ausschuss festgestellt, die Medizinische Fakultät habe sich ohne Ausnahme dafür ausgesprochen, dass Bürger-Prinz wegen seiner NS-Tendenzen als Dekan der Fakultät und medizinischer Chef des Universitätskrankenhauses entfernt werden sollte.<sup>108</sup>

Der Betriebsrat hatte am 13.12.1946 notiert:

„Prof. Dr. Hans Bürger-Prinz galt im Krankenhaus Eppendorf als Nationalsozialist und zwar als Nationalsozialist mit diktatorischen Manieren. Seiner Belegschaft gegenüber war er streng aber gerecht. Charakterlich wurde er von vielen Pflegern und Schwestern als anständig beurteilt.“<sup>109</sup>

Rechtsanwalt Curt Wessig brachte Leumundszeugnisse ein und wies noch einmal darauf hin, „dass der Beschwerdeführer den Prof. Dr. Degkwitz in dessen Verfahren vor dem Volksgerichtshof sehr geschützt hat, und dass der Umstand, dass Prof. Dr. Degkwitz nicht zum Tode verurteilt worden ist, zum mindesten in starkem Umfange der Tätigkeit des Beschwerdeführers zu verdanken ist“.<sup>110</sup>

Wessig hatte offenbar das Gespür dafür, dass dies ein entscheidendes Argument sein könnte, zumal Degkwitz im Juni 1945 von der englischen Militärregierung als Leiter der Hamburger Gesundheitsbehörde eingesetzt worden war und seine Arbeit als Chefarzt des Eppendorfer Kinderkrankenhauses wieder aufgenommen hatte.

Für die entscheidende Sitzung des Berufungsausschusses wurden außer Bürger-Prinz noch einige wichtige Zeugen gehört. Bürger-Prinz behauptete am 27.1.1947 noch einmal: „In der Frage der Sterilisation befand ich mich in erheblichem Gegensatz zu der Auffassung des Erbgesundheitsgerichts und der Gesundheitsverwaltung. Ich habe es für meine Klinik durchgeführt, dass nicht die einfachen anonymen Anzeigen erfolgten, sondern dass nur begutachtete Fälle, für deren Sterilisation die Klinik auch mit ihrem Namen eintrat, an das Erbgesundheitsgericht gemeldet wurden.“<sup>111</sup>

Es kam nicht zur Sprache, dass Bürger-Prinz sowohl in Leipzig als auch in Hamburg Beisitzer, das heißt Richter im Erbgesundheitsgericht war und „publizistisch der nationalsozialistischen Erbgesetzgebung aufgeschlossen gegenüber stand“.<sup>112</sup>

Aber Bürger-Prinz hatte mit der Legendenbildung schon lange angefangen und war damit über seinen Tod hinaus erfolgreich.

Ausschlaggebend für die Entscheidung des Berufungsausschusses war sicherlich die Vernehmung von Rudolf Degkwitz, der erklärte, er kenne Bürger-Prinz seit etwa 1940. Das verwundert zwar, weil beide schon seit 1936 Chefärzte am Universitätskrankenhaus in Hamburg waren. Weiter erklärte Degkwitz:

„Ich habe mich öfters mit ihm unterhalten; dabei habe ich aus meiner gegnerischen Einstellung keinen Hehl gemacht. Er hat bei diesen Unterhaltungen nie etwas für das Nazisystem gesagt und hat mir auch nie Schwierigkeiten gemacht. Ich habe auch aus dieser Zeit nicht den Eindruck, dass B. sich diktatorisch benommen hätte. In der Katastrophenzeit trat er allerdings ausgesprochen als Führer in Erscheinung; dies war aber notwendig und ich halte es für ein Verdienst.“

In dem Verfahren gegen mich vor dem Volksgerichtshof hat er mir sehr geholfen. Nach meiner Rückkehr aus der Strafkammer stellte ich fest, dass die ganze Fakultät sehr aufgebracht über B. war. Wie weit dies auf eigentlich politische Dinge zurückzuführen ist, kann ich aus eigener Kenntnis nicht sagen. Es handelte sich wohl vor allen Dingen darum, dass man ihm ein etwas diktatorisches Vorgehen bei der Berufung verschiedener Ärzte vorwarf. Gegen diese Ärzte war aber weder fachlich noch politisch etwas einzuwenden.“<sup>113</sup>

Auch der Rechtsanwalt von Degkwitz im Volksgerichtshofs-Prozess, Dr. Hans Willhöft, bestätigte, dass Bürger-Prinz als Sachverständiger im Einvernehmen mit Degkwitz benannt worden war. „Professor Degkwitz wünschte, dass er mindestens für vermindert zurechnungsfähig erklärt würde. B. wie auch ich waren aber der Meinung, dass diese Verteidigung bei dem Vorsitzenden des Volksgerichtshofes, Freisler, keine Aussicht haben würde. B. hat daher in seinem Gutachten die ärztlichen und menschlichen Verdienste von Professor Degkwitz in den Vordergrund gestellt und ihn so geschildert, dass das Gericht Degkwitz glaubte, als er seine zersetzenden Briefe als eine vorübergehende Verstimmung unter dem Eindruck der Luftangriffe 1943 hinstellte.“ Willhöft behauptete, Degkwitz wäre ohne das Gutachten von B. zum Tode verurteilt worden.<sup>114</sup>

Es wurde niemand vernommen, der eine kritische Haltung zu Hans Bürger-Prinz offenbarte.

Die Aussage von Rudolf Degkwitz verwundert. Er war es, der laut den Leitgedanken seiner während des Krieges geschriebenen programmatischen Schrift über „Das alte und das neue Deutschland“ versuchte, „sowohl in der Universität wie im Hamburger Gesundheitswesen eine radikale Entnazifizierung durchzusetzen. Seiner Meinung nach sollte jeder Arzt, der Mitglied der NSDAP gewesen war, aus dem Staatsdienst entlassen werden. Mit dieser Auffassung stand Degkwitz weitgehend allein. Weder die britischen Militärbehörden noch der Hamburger Senat, geschweige denn der Universitätssenat oder die Fakultät teilten diesen Standpunkt im entferntesten. Als Degkwitz dennoch versuchte, allein gegen alle und nicht immer nur im Rahmen bürgerlicher Konventionen, diese Linie durchzusetzen, wurde er in Ärztekreisen rasch zum meistgehassten Mann Hamburgs. Als die zweite Entnazifizierungswelle in der Form der Spruchkammerverfahren anließ, musste Degkwitz das nahezu vollständige Scheitern seiner Entnazifizierungsbemühungen feststellen“.<sup>115</sup>

Der Berufungsausschuss im Verfahren Bürger-Prinz unter Vorsitz von Clara Klafunde beschäftigte sich am 30.1.1947 mit dem Fall und gab der Berufung statt.

Es ergab sich die bizarre Situation, dass der Beratende Ausschuss einen negativen Bericht über Bürger-Prinz abgegeben hatte, aber nur ein Mitglied dieses Ausschusses diesen Bericht unterzeichnet hatte, der vernommen wurde und eine

abweichende Meinung darstellte. Es war Rudolf Degkwitz, der angab, dass „nach seiner eigenen Kenntnis Bürger-Prinz kein Nazi gewesen sei, dass man stets offen mit ihm habe reden können, und dass er sich auch in dem Verfahren vor dem Volksgerichtshof positiv für ihn eingesetzt habe. Die negative Auskunft sei darauf zurückzuführen, dass Bürger-Prinz zu den meisten Mitgliedern der medizinischen Fakultät in heftigem Gegensatz gestanden habe. Ob dieser Gegensatz politischer Natur gewesen sei, habe der Beratende Ausschuss nicht festgestellt“.<sup>116</sup>

Dies war nun insofern merkwürdig bis absurd, weil Degkwitz selbst andererseits schon die Mitgliedschaft in der NSDAP, bei Bürger-Prinz seit 1933, als Entlassungsgrund ansah und propagierte.

Positiv für Bürger-Prinz wertete der Berufungsausschuss auch, dass „er die verantwortungsvolle Tätigkeit als Direktor des Universitätskrankenhaus Eppendorf in den schwersten Kriegsjahren 1941/1945“ ausübte, „und insbesondere bei den vielen Luftangriffen war eine gewisse ‚diktatorische‘ Selbständigkeit wohl nicht immer zu vermeiden“.<sup>117</sup>

Nach Kenntnis des Berufungsausschusses soll Bürger-Prinz dem sogenannten „Kollektiom“ angehört haben, „einer Gruppe von etwa 15 antifaschistischen Universitätsprofessoren, die von 1936 bis zur Kapitulation regelmäßig alle vier Wochen zur Diskussion zusammenkamen“.<sup>118</sup>

Diese Geschichte hatte auch Wilhelm Flitner in seinen Memoiren berichtet, ein Kreis von Kollegen, die, laut Flitner „trotz wiederholter Aufforderung der NS-Partei nicht beitraten, die zusammenhielten und ein wissenschaftliches Kränzchen in ihren Privathäusern veranstalteten“. So hatte es der Erziehungswissenschaftler Flitner, geboren 1889, in seinen Memoiren 1986 geschrieben.<sup>119</sup> Den Hinweis, dass Bürger-Prinz daran beteiligt gewesen sein soll, der schon am 1.5.1933 ohne wiederholte Aufforderung der NS-Partei beigetreten war, habe ich schon in der Biografie Hans Wenke im zweiten Band der „Täterprofile“ als kaum vorstellbar bezeichnet.<sup>120</sup>

Viele Ungereimtheiten – und die Schwierigkeiten eines Entnazifizierungsausschusses, hier durchzublicken. Hinzu kam, dass die Forschung über die Verstrickung des UKE in die Erbgesundheitsverfahren, die Sterilisation und Euthanasie erst sehr viel später zu anderen Ergebnissen kam als die von Hans Bürger-Prinz gestrickte Legende.

Das Ergebnis war, dass der für die Schulen und Hochschulen zuständige Senator, Heinrich Landahl, Prof. Hans Bürger-Prinz am 4.3.1947 mitteilte:

„Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Ihrem Einspruch gegen Ihre Entlassung stattgegeben worden ist und die Militärregierung Sie mit Schreiben vom 24. Februar 1947 in Ihrem Beamtenverhältnis als ordentlicher Professor der Universität Hamburg nunmehr bestätigt hat. Ich bitte Sie, Ihre Amtsgeschäfte als ordent-

licher Professor und Direktor der Psychiatrischen und Nervenlinik sofort wieder aufzunehmen. Der Rektor der Universität Hamburg und der Herr Dekan der Medizinischen Fakultät sowie die Verwaltungsdirektion des Universitätskrankenhauses Eppendorf sind entsprechend verständigt.“<sup>121</sup>

Damit konnte die Nachkriegskarriere des Psychiatrie-Professors Hans Bürger-Prinz beginnen. Am 1.7.1948 stufte ihn der Fachausschuss 6a für die Ausschaltung von Nationalsozialisten der Hochschulabteilung in Kategorie V (Entlasteter) ein.<sup>122</sup>

Dies war nun ein Freispruch erster Klasse.

„Bürger-Prinz' Verstrickung in das nationalsozialistische Regime schadete seiner Karriere nach Kriegsende kaum. Von den vier als belastet eingestuften Mitarbeitern des Eppendorfer Krankenhauses kehrte er als einziger in seine Stellung zurück und konnte sogar eine steile Nachkriegskarriere starten. Der als ‚alter Löwe‘, ‚Nestor‘ und ‚Klassiker der Psychiatrie‘ in Deutschland titulierte Bürger-Prinz verdankte seinen Ruhm vor allem seiner Tätigkeit als Gutachter in hunderten, zum Teil ein spektakuläres Medienecho auslösenden Kriminalfällen.“<sup>123</sup>

Ein Volk, das sich kollektiv und individuell nicht wirklich mit dem Nationalsozialismus und seiner Verstrickung darin auseinandergesetzt hatte, mit den Gräueltaten der NS-Zeit und der beiden von Deutschland angezettelten Weltkriege, ließ sich von Hans Bürger-Prinz nach 1945 erklären, warum Menschen gewalttätig und zu Mördern wurden.

Schon 1949, kurz nach der Zeit der größten Massenmorde, wurde Bürger-Prinz im „Hamburger Abendblatt“ auf fast einer ganzen Seite gefragt, was Mörder von heute und damals unterscheiden würde: „Wie sieht eigentlich ein Mörder aus? Die Meinung ist weit verbreitet, dass das Schreckliche, das Grausame den Menschen ins Gesicht geschrieben sein müsse. Und wenn nicht ins Gesicht dann in sein Wesen, sein Gehabe und Getue. Aber wie oft geschieht es, dass derjenige, der Gesicht und Gestalt eines Mörders abgebildet findet, sich sagt: ‚Aber der sieht ja gar nicht wie ein Mörder aus!‘ Oder ein andermal: ‚Dem hätte ich solche Schandtaten wahrhaftig nicht zugetraut!‘“<sup>124</sup>

Das wäre ein guter Gesprächsanlass gewesen, einmal über das Grausame der noch nicht lange vergangenen Zeit ins Gespräch zu kommen. Hier ging es aber um Einzelfälle von Mördern, die die Medien kurz nach dem Krieg beschäftigten. Bürger-Prinz „war nicht geneigt, der Vermutung von einer sichtbaren Veränderung eines sogenannten Mördertypus zu folgen“. Er sagte: „Was könnte sich denn gewandelt haben?“ Der Redakteur warf ein, „dass das innerlich Ungeheuerliche des Mörders eben nach außen gar nicht in die Erscheinung trete. Im Gegenteil! ‚Glauben Sie nicht, Herr Professor, da heute Herkunft und Erziehung so sehr ins Schwimmen, ja alle Begriffe des Bürgerlichen schlechthin in Auflösung geraten sind, dass

der Mörder leichter als früher die Grenzen vom Bürgerlichen zum Ungeheuerlichen und zurück überschreiten kann?' Professor Bürger-Prinz schien geneigt, diesem Gedanken zu folgen. Aber: ‚Etwas Sicheres auszusagen, ist sehr schwer‘, meinte er.“<sup>125</sup>

Hans Bürger-Prinz gab in der Folge Hunderte von Gutachten ab, deren Fragwürdigkeit immer wieder öffentlich diskutiert wurde. Er war dadurch eine prominente Person des öffentlichen Lebens geworden, ständig in den Schlagzeilen als Gutachter und Sachverständiger. Seine Sicht der Dinge entschied das Strafmaß. Fand er mildernde, entlastende Umstände, konnte die Strafe reduziert werden. Ob der damalige § 51 im Strafgesetzbuch, der die „Schuldfähigkeit“ eines Angeklagten behandelte (sprachlich häufig auch „Unzurechnungsfähigkeit“ genannt), in Anwendung kam, entschieden psychiatrische Gutachter. Immer wieder wurden auch zweite Gutachten eingeholt. Als Bürger-Prinz dem Mörder Peter Steinhauer 1949 den § 51 Abs. 2 zubilligte, da bei diesem „ein unverständlicher Sprung zwischen Tat und Persönlichkeit klaffte“, kam der anschließende Gutachter, Obermedizinalrat Dr. Fromme, zum gegenteiligen Urteil der „vollen Zurechnungsfähigkeit“.<sup>126</sup>

Die Gutachten von Hans Bürger-Prinz und anderer konnten bis zur Gründung der Bundesrepublik und der Schaffung des Grundgesetzes noch über Tod oder Leben entscheiden, da es bis dahin in Deutschland noch die Todesstrafe gab.<sup>127</sup>

So wurde beispielsweise der Volksdorfer Kindesmörder Erich Liebenow in einem spektakulären Prozess vor dem Hamburger Schwurgericht zum Tode verurteilt, nachdem das Gutachten von Prof. Bürger-Prinz keine verminderte Schuldfähigkeit nach § 51 Abs. 2 feststellen konnte.<sup>128</sup>

Immer wieder wurde aber auch öffentlich über die Seriosität der Gutachten von Bürger-Prinz diskutiert, der neben seiner Tätigkeit am UKE dermaßen viele Gutachten schrieb und als Sachverständiger auftrat, dass kaum glaubhaft war, er könne für seriöse Untersuchungen die notwendige Zeit aufbringen. Ein spektakulärer Fall fand 1949 in Hamburg eine hohe öffentliche Anteilnahme.

Als der stadtbekannt Kaffeehausbesitzer Robert Hirte wegen „Geistesschwäche oder Geisteskrankheit“ entmündigt werden sollte, verfasste Hans Bürger-Prinz ein Gutachten, auf Grundlage dessen Hirte zur Beobachtung in eine Heilanstalt überführt werden sollte. Hirte wehrte sich auch physisch dagegen und in der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, „als ob ein gesunder Mann durch ‚Gestapo-Manieren‘ in eine Schlangengrube geworfen worden sei“.<sup>129</sup>

In diesem Fall entschied das Gericht, die Entmündigung des Kaffeehausbesitzers Robert Hirte abzulehnen. In seiner 64-seitigen Begründung wurde insbesondere kritisiert, mit welcher mangelnder Sorgfalt Prof. Hans Bürger-Prinz zu seinen Entscheidungen kam. Wörtlich hieß es:



„Der Zeuge Bürger-Prinz hat Robert Hirte ebenfalls nicht in dem üblichen Sinne untersucht, sondern sich mit ihm lediglich von Mensch zu Mensch unterhalten. Er hat auch kein Gutachten gefertigt, sondern nur ein Attest, da die Unterhaltung von 15 bis 20 Minuten, über die er damals ja auch keine Aufzeichnungen gemacht hat, für ein Gutachten nicht ausreichte. Bei diesem Attest hat er die eidesstattlichen Erklärungen sowie die Angaben der beiden Söhne als wahr unterstellt und mit verwandt. In seinem Attest nimmt der Zeuge einen schweren senilen Persönlichkeitsverfall an. Sein Attest sollte nach seinen eigenen Angaben dazu dienen, die Einleitung eines Entmündigungsverfahrens zu ermöglichen. Insofern können seine Bekundungen nicht die Bedeutung einer gutachterlichen Äußerung haben.“<sup>130</sup>

Ich selbst habe mich schon einmal mit der Unzulänglichkeit von Bürger-Prinz-Gutachten beschäftigt. Als der Hamburger Lehrer Walter Hecht, HJ-Funktionär, Sportlehrer und Gaujugendturnwart in der NS-Zeit einen 16-jährigen Schüler, dem er Privatunterricht gab, mit Schlägen auf das nackte Gesäß gezüchtigt hatte, verhaftete man ihn. Er kam über das Kriegsende hinaus in Untersuchungshaft, wurde am 29.11.1945 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt und auch wegen seiner politischen Verstrickung aus dem Beamtenverhältnis entlassen.<sup>131</sup> Die Untersuchungen und das Verfahren hatten ergeben, dass sich Hecht mit den Züchtigungen eine sexuelle Befriedigung verschaffte.

Hamburg zeigte auch nach Ende der NS-Herrschaft keine Neigung, Hecht wieder einzustellen, so bewarb er sich in Schleswig-Holstein. Hecht hatte in seinem Antrag auf Wiedereinstellung in Hamburg auch einen „sehr unangenehmen Vorfall leider noch erwähnen“ müssen. Dabei schrieb er: „Im März 1945 wurde ich überraschend von der Gestapo verhaftet, weil die Mutter eines Privatschülers, den ich berechtigterweise geschlagen hatte, mich dort anzeigte. In der Gestapohaft wurde mir das Geständnis erpresst, der spätere Widerruf aber in der Gerichtsverhandlung leider nicht anerkannt. In Wahrheit zutreffend ist indessen allein der Sachverhalt, den ich einen Tag vor meiner Verhaftung dem damaligen Schulrat Schlotfeldt in Altona in einer Eingabe einreichte. Dieses Schreiben ist bei den Akten der Schulbehörde, und ich darf hier hinsichtlich der Einzelheiten darauf verweisen. Auf Anraten meines Anwalts ging ich nach meiner Haftentlassung im August 1945 zu Herrn Prof. Dr. Bürger-Prinz, der mich vorsichtshalber einer psycho-therapeutischen Behandlung unterzog. Eine Fotokopie der von Herrn Prof. Bürger-Prinz ausgestellten Bescheinigung füge ich bei.“<sup>132</sup>

Bürger-Prinz schrieb, dass Hecht bei ihm von September 1945 bis Oktober 1947 in Behandlung gewesen sei. „Es handelt sich um eine psychotherapeutische Behandlung, die einen durchaus guten Erfolg zeitigte, so daß nach ärztlichem und

menschlichem Ermessen die Gefahr eines Rückfalles in die früheren Verhaltensweisen bei Herrn H. nicht mehr besteht.“<sup>133</sup>

Walter Hecht wurde in Schleswig-Holstein wieder eingestellt, blieb aber nicht tadelfrei. Am 4.4.1966 erfolgte ein Ermittlungsverfahren des leitenden Oberstaatsanwalts in Itzehoe gegen Hecht. Ohne in Details gehen zu wollen, die in der Akte dargestellt sind, nur so viel: „Herr Hecht hatte einem Nachhilfeschüler Schläge auf das Gesäß gegeben. Die Eltern des Schülers waren mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden. Die Staatsanwaltschaft hatte nach Einholung eines ärztlichen Gutachtens das Verfahren eingestellt, weil der Gutachter Prof. Dr. Bürger-Prinz unzüchtige Motive im Sinne des Paragraph 175 StGB verneint hatte.“<sup>134</sup>

Die Begutachtung durch Prof. Bürger-Prinz war von der Verteidigung ange-regt worden. Der Verwaltungsjurist, der wieder mit dem Fall betraut war, vermerkte dazu: „Die Begutachtung des Beschuldigten war sicherlich zweckmäßig, die Auswahl des Gutachters muß jedoch erheblichen Bedenken begegnen, weil es sich bei diesem um den H. seinerzeit behandelnden Arzt handelte, so daß im Interesse der Gewinnung eines objektiven Gutachtens meines Erachtens aller Anlaß bestanden hätte, dieses Mal einen anderen Gutachter heranzuziehen. Das von Prof. B.-Pr. erstellte Gutachten vom 8.3.1966 hinterläßt einen nach hiesigen Erfahrungen relativ unfundierten Eindruck.“<sup>135</sup>

Das als „relativ unfundiert“ bezeichnete Gutachten von Bürger-Prinz lohnt sich, im Ganzen wahrgenommen zu werden. Es ist unfassbar, dass auf dieser Grundlage solche Fälle entschieden wurden:

„H. wurde hier mehrfach ambulant untersucht. In weiterer Ergänzung der Vorgeschichte: H. war von 1945–1947 wegen seiner ihm damals erheblich beunruhigenden sexuellen Fehlhaltungen dann in ambulanter Behandlung. Die Behandlung hat insofern ein sehr gutes Resultat, als H. insgesamt wesentlich ruhiger wurde und mit seinen Träumen und Antrieben erheblich besser fertig wurde. Er war seinen Angaben nach bis 1950 aus dem Schuldienst heraus und hielt sich mit Nachhilfestunden und dergleichen über Wasser. Er wurde dann wieder in den Schuldienst aufgenommen und hat mittlerweile auch seine Prüfung als Mittelschullehrer bestanden. Seiner glaubwürdigen Schilderung nach ist er ein sehr einsatzbereiter und auch erfolgreicher Lehrer, der sich über den eigentlichen Schuldienst hinaus auch lebhaft in Jugend- und Gemeindegremien betätigt. Abgesehen von den mit diesen Gelegenheiten zusammenhängenden Sozialkontakten hat er keinerlei tiefere Bindung, lediglich an seine Eltern bzw. jetzt noch die Mutter, an die er sehr fixiert ist und auch pflegerisch völlig für sie sorgt. Seinen eigenen Angaben nach ist er im Laufe der Jahre ruhiger und geraffter geworden und vor allen Dingen verspürt er so gut wie keinerlei sexuelle Antriebe mehr. Sein Erlebnisfeld ist zweifellos vom

Interesse für die Schule und die Nebenbeschäftigungen völlig besetzt. Seine an sich reichen Antriebe sättigt er auf diesen Feldern auch völlig ab. Die psychologische Testuntersuchung bestätigt seine gute Intelligenz, seinen sehr guten Kenntnisstand und einen deutlichen Egozentrismus. Seine Affektivität und Emotionalität ist in die Tiefe wenig differenziert. Sie wird fast nur in der sozialen Oberfläche investiert. Insgesamt machte er einen wesentlich ruhigeren und geraffteren Eindruck, als dies in den früheren Jahren der Fall war. Den in den Akten niedergelegten Äußerungen ist nichts Neues hinzuzufügen. H. lehnt alle sexuellen Erlebnisse bei den vorgenommenen Züchtigungen ab und motiviert ihre Vornahme mit den besonderen Umständen (Lernschwierigkeiten des Jungen und Sorge des Vaters um die Weiterentwicklung des Jungen usw.). Der körperliche Befund bot nichts für die Begutachtung Erwähnenswertes. Beurteilung: Es handelt sich um ähnliche Vorkommnisse wie auch schon im Jahre 1945. Die Schilderungen des H., dass der sexuelle Erlebnisbereich ihm immer ferner gerückt sei, ist durchaus glaubhaft und entspricht auch dem Gesamteindruck im Vergleich zu früher. Immerhin sind selbstverständlich die besonderen Umstände, unter denen die Züchtigungen erfolgten, nach der Richtung hin verdächtig, dass wieder Antriebe aus der sexuellen Fehlhaltung sich geltend gemacht haben könnten. H. lehnt diese aber ab. An seiner intakten Zurechnungsfähigkeit im strafrechtlichen Sinne kann kein Zweifel sein.“<sup>136</sup>

Dieses Gutachten könnte auch noch anders als nur „unfundierte“ bezeichnet werden.

Es gab kein Verfahren gegen den Lehrer Hecht. Intern wurde manches überlegt, eine disziplinare Ahndung erwogen. „Andererseits erscheint fraglich, ob damit mehr erreicht würde, als durch den Schock der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen (und die Anwaltskosten) erreicht wurde. H. ist an sich ein guter Lehrer und – ‚seltener Fall‘ – ‚echt‘ triebverkehrt.“<sup>137</sup>

Der Lehrer Walter Hecht wurde in Norderstedt noch zum Konrektor befördert.<sup>138</sup> Und Professor Hans Bürger-Prinz schrieb weiterhin Gutachten und trat als Sachverständiger auf.

Ich habe über lange Jahre Berichte über den Gutachter Bürger-Prinz und die zugrunde liegenden Fälle gesammelt und studiert. Die Zweifel an der Kompetenz und Seriosität vieler dieser Gutachten und dieses Sachverständigen zieht sich wie ein roter Faden durch diese Zeit. Seine NS-Verstrickung spielte dabei nur in einem Fall eine besondere Rolle. Auf drei Beispiele, die eine erhebliche Publizität erlangten, möchte ich noch eingehen.

Ein Prozess in Hamburg, der im November und Dezember 1950 vor der II. Strafkammer des Hamburger Landgerichtes stattfand, fand so viel „Aufsehen, dass man nicht Straßenbahn, nicht Eisenbahn fahren konnte, ohne aus den Gesprä-

chen ringsum die Worte zu hören: ‚Dr. Corten ... Dr. Corten‘.<sup>139</sup> Das Interesse der Öffentlichkeit und der Medien war gewaltig. „Mehr als vier Wochen lang war der Gerichtssaal ständig überfüllt; an manchen Tagen musste die Polizei Hunderte von Besuchern abweisen.“<sup>140</sup> Die Hamburger Zeitungen berichteten ausführlich von jedem einzelnen Prozesstag. Auch überregional war es ein mediales Thema.

Es ging bei diesem Prozess um eine Anklage der Freiheitsberaubung. Der Mediziner Dr. Corten wurde beschuldigt, seine Frau, Lena Corten, mithilfe des Psychiaters Prof. Dr. Hans Bürger-Prinz als „Geisteskranke“ in die Psychiatrie, in die geschlossene Abteilung eines „Irrenhauses“ abschieben zu wollen. Im Prozess wurde die Vermutung deutlich, dass der Hintergrund dafür die Beziehung zu einer Frau war, die im selben Haus der Cortens wohnte. In der „ZEIT“ schrieb Josef Marein:

„Hier erscheinen sie vor Gericht, die Gestalten, die sonst der Film so gern dem Publikum vor Augen führt: Medizin-Professoren mit berühmten Namen, die bemüht sind, zeitweilig verzweifelt bemüht, schwierige wissenschaftliche Fragen verständlich zu erläutern. Erlebt man dabei die Reaktion des dicht gedrängten Publikums im Gerichtssaal, so scheint es zuweilen, als seien auch sie, die Professoren und nicht nur Dr. Corten, angeklagt. Dann spürt man deutlich: Es sitzt im Publikum nicht bloß die Sensation, es sitzt ihm die Angst im Nacken, die ohnehin schon durch moderne Filme und Romane genährte Angst vor der snake pit, der ‚Schlangengrube‘, dem Irrenhaus.“<sup>141</sup>

Dazu trug allerdings der Sachverständige und gleichzeitig einweisende Arzt und unbeschränkte Direktor der Psychiatrischen Klinik in Eppendorf durch seine Aussagen erheblich bei. Es entstand der Eindruck im Publikum des Prozesses, dass Bürger-Prinz möglicherweise aus Gefälligkeit gegenüber dem Medizinerkollegen geholfen hatte, Lena Corten wegzuschließen. Das „Hamburger Abendblatt“ schrieb: „Diagnosen von Kapazitäten können schwer revidiert werden.“ Und: „Tatsache ist jedenfalls, dass Lena Corten anderthalb Jahre unter Geisteskranken leben musste, bis man ihr in Langenhorn die Freiheit wiedergab. Je größer der Ruf eines Psychiaters ist, desto schwerer wiegt seine Verantwortung. Da die Diagnostik in der Psychiatrie nicht allein auf manifesten, d. h. klar erkennbaren Symptomen beruht, ist es notwendig, kein Krankheitsbild ohne sorgfältigste Beobachtung und



Martin Heinrich Corten, 1950

immer erneute Prüfung des Patienten festzulegen. In umfassendem Maße geschah es im Falle der Lena Corten eigentlich erst in Langenhorn. Diese Feststellung traf das Gericht wiederholt.“<sup>142</sup>

Nach Langenhorn war Lena Corten von Eppendorf aus überführt worden. Interessant ist, dass diverse andere Ärzte zu gegenteiligen Diagnosen kamen als Prof. Bürger-Prinz. Dieser hatte das Publikum im Gerichtssaal durch seine Aussagen aufgebracht und zu lautstarken Reaktionen sowie Gelächter provoziert. Als der Vorsitzende Richter ihn fragte: „Gibt es denn die Diagnose einer Schizophrenie auf den ersten Blick?“ und Psychiater Bürger-Prinz erst einmal schlicht mit „Ja“ antwortete, war das Publikum kaum ruhig zu halten.<sup>143</sup>

Für Empörung sorgte sowohl bei Staatsanwalt Christians als auch bei dem Vorsitzenden Richter Fritz Valentin, dass die Krankenakte von Lena Corten im UKE nicht auffindbar war, dem Gericht nicht übergeben wurde und erst, als dies öffentlich massiv in die Kritik geriet, von Prof. Bürger-Prinz nach dessen Sichtung und in offenbar unvollständigem Umfang abgegeben wurde. Bürger-Prinz erklärte:

„Ich bezweifle die Beschlagnahmefähigkeit von Krankengeschichten. Selbst wenn mich Frau Corten von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden hat, dürfte ihr vielleicht die Einsicht in diese Maßnahme fehlen. Wenn ich über den Krankheitszustand Frau Cortens Auskunft gegeben habe, so habe ich es vor meinem ärztlichen Gewissen getan und vor niemandem sonst.“<sup>144</sup>

So konnte man möglicherweise argumentieren, das Problem war nur, dass auch die aufnehmenden Kliniken keine Unterlagen aus Eppendorf bekamen. Prof. Mauz, der ärztliche Direktor in Langenhorn, konnte die Diagnose von Bürger-Prinz nicht bestätigen:

„Wir haben in der ganzen Zeit nichts beobachten können, was uns irgendwie ein sicheres Anzeichen dafür gegeben hätte, dass Frau Corten im Sinne einer durchgemachten oder überstandenen Schizophrenie krank gewesen sei.“ Und er sagte auch, dass für eine Diagnose die Angaben vieler Menschen erforderlich seien: „Ich verlange in jedem Fall, dass die Vorgeschichte nicht nur von einer Seite herrührt, auch nicht bloß aus der Verwandtschaft. Wenn aber der Arzt zugleich der Ehemann ist, wird man die Vorgeschichte noch weniger zu werten haben. Das steht fest!“<sup>145</sup> Die erste Diagnose einer schweren Geisteskrankheit bei Lena Corten hatte ihr Ehemann aufgestellt.

Prof. Hans Bürger-Prinz geriet immer stärker auch in den Fokus der Öffentlichkeit: „Bei den Verhandlungen im Corten-Prozess am Dienstag schälte sich immer deutlicher die alles überragende, fast unheimlich wirkende Rolle des Leiters der Psychiatrischen Klinik, Prof. Bürger-Prinz, heraus, der – ob sachlich gerechtfertigt oder nur im Schlepp anderer Interessen, sei dahingestellt – doch sehr souverän und

fast unkontrollierbar die Entscheidung über Freiheit oder Einsperrung der Frau Corten fällte. Diese Selbstherrlichkeit wirkte umso peinlicher, als am Dienstag bei der Vernehmung des Zeugen Dr. Fontheim die seelische Erkrankung der Frau Corten in einem weniger krassen Licht erschien. Dr. Fontheim war seinerzeit Oberarzt am Eppendorfer Krankenhaus. Er kam gleichfalls zu der Diagnose, dass bei Frau Corten ein symptomschwacher, aber auch nur geringer schizophrener Schub vorgelegen habe, bei dem sich übrigens alles wieder ausgezeichnet zurechtgerückt hätte. Hätte es unter solchen Umständen eines Grenzfalles nicht nahegelegen, zu Gunsten der Frau Corten zu entscheiden? Diesem Zeugen war besonders aufgefallen, dass sich niemand um Frau Corten gekümmert habe.“<sup>146</sup>

Es gäbe noch viele Details aus dem Prozess zu berichten, die in Bezug auf die Kompetenz des Psychiaters und Ärztlichen Direktors Hans Bürger-Prinz desaströs waren. Es kam zu problematischen Reaktionen der Öffentlichkeit: „In der Nacht vor dem großen Tag des Corten-Prozesses ist versucht worden, das Arztschild von Professor Bürger-Prinz vor seinem Hause abzureißen. Im Gerichtsgebäude vernahm man außerhalb des Saales laut gesprochene Drohungen, die sich gegen ihn richteten. Von solchen Handlungen, die nur als verächtlich und pöbelhaft gebrandmarkt zu werden verdienen, wird jeder anständige Mensch abrücken. Wir sind keine Psychiater und können nicht entscheiden, ob jede Erkenntnis der Psychiatrie richtig ist. Wir mögen sogar glauben, dass auch in dieser Wissenschaft, wie in allen menschlichen Erkenntnissen, Fehlerquellen vorhanden sind. Professor Bürger-Prinz aber stellte sich mit breitem Rücken vor seine Wissenschaft. Er tat es männlich und sachlich“, schrieb Hans Erasmus Fischer im „Hamburger Abendblatt“.<sup>147</sup>

Am Ende wurde Dr. Corten freigesprochen. „Das Urteil fiel zwiespältig aus. Nach Recht und Gesetz war Dr. Corten freizusprechen, weil ihm keine strafbare Handlung nachzuweisen war. Moralisch dagegen verdiente er nach der Überzeugung des Gerichts den härtesten Vorwurf: ‚Wenn es im Strafgesetzbuch eine Sühne für liebloses Verhalten gäbe‘, so führte der Vorsitzende aus, dann hätte es über das Urteil keinen Zweifel geben können. Corten habe eine ‚seltene Gefühlsrohheit‘ gezeigt und seiner Frau gegenüber ‚in einem Ausmaß lieblos gehandelt, das jeder Beschreibung spotte‘.“<sup>148</sup> „Und der Beweis dafür, dass Dr. Corten sich mit der Einweisung seiner Frau in Irrenanstalten nach dem Gesetz strafbar gemacht hatte, reichte nicht aus, wenigstens wenn die Richter mit der Gewissenhaftigkeit verfahren wollen, die in dem Prozess mit vollem Recht von den Ärzten verlangt worden ist.“<sup>149</sup>

Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass der Prozess die Frage aufgeworfen habe, „ob die Menschen durch eilfertige Psychiater oder auch durch die Unvollkommenheit der Psychiatrie gefährdet sein können“.<sup>150</sup>

Durch diesen Prozess war gleichsam deutlich geworden, „dass die Anordnung eines Psychiaters genügt, einen Menschen in eine geschlossene Klinik einzuweisen, und dann unabhängig davon, was im Fall Corten Recht oder Unrecht sein mag, ist dieser Tatbestand grotesk und unhaltbar. Es bedarf einer Regelung durch das Gesetz, und dies zum Schutz der Patienten und – der Ärzte!“, schrieb Josef Marein in der „ZEIT“.<sup>151</sup>

In der Tat kam es in der Folge zu einer Klarstellung durch den Art. 104 des Bonner Grundgesetzes, der zur Zeit des Falles Corten noch nicht galt. Darin heißt es:

„Die Freiheit der Personen kann nur aufgrund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterliche Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen.“<sup>152</sup>

Ursula Büttner wies noch auf den besonderen biografischen Hintergrund von Martin Heinrich Corten hin, der 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft als Arzt entlassen worden war und der mit Lena Corten, die Nichtjüdin war, in einer als „privilegiert“ geltenden Mischehe gelebt hatte.<sup>153</sup>

Ich habe in der gesamten Berichterstattung nur einmal im „Spiegel“ überhaupt einen impliziten Hinweis darauf gefunden, dass Dr. Corten einen jüdischen Hintergrund hatte. Im „Spiegel“-Bericht hieß es über den Fall:

„Martin Heinrich Corten, ehemaliger Leiter des israelitischen Krankenhauses in Hamburg, früher Leiter der Gehirnpathologischen Abteilung der Irrenanstalt Buch bei Berlin, steht wegen Freiheitsberaubung vor dem Hamburger Landgericht. Auf 38 Anklageseiten wird dem 61jährigen Arzt vorgeworfen, er habe seine Frau Magdalene (Mitte) unter dem Vorwand, sie sei geistesgestört, von Februar 1947 bis August 1948 in geschlossenen Anstalten untergebracht; er habe die Anstaltsärzte wissentlich getäuscht, um mit seiner 30jährigen Geliebten Felicitas Rudolphi (r.) ungestört zusammenleben zu können. Ende 1947 schrieb der Anstaltsarzt aus Ilten, Frau Corten sei gesund und könne abgeholt werden. Dr. Corten ließ diese Nachricht wochenlang unbeantwortet. Er habe sich damals um seine gestohlene Geige im Wert von 100000 D-Mark kümmern müssen, erklärte Dr. Corten vor Gericht. Seine Frau bezeichnete er als intrigant und trunksüchtig. Frau Corten stellte Frau Rudolphi als Zerstörerin ihrer Ehe hin. Frau Rudolphi machte geltend, sie habe die Familie Corten bis zur Währungsreform mit 130000 RM unterstützt.“<sup>154</sup>

Wohl aber könnte das Schicksal von Martin Heinrich Corten, der die Deportation seiner Mutter und Schwester miterlebte und selbst einen Transport nach Theresienstadt begleitete, zu seelischen Störungen bei ihm geführt haben, die sich dann auch in seinem Verhalten vor dem Strafgericht äußerten.

In jedem Fall war dieser Prozess von einschneidender Bedeutung für den Psychiater Bürger-Prinz, der unter der Überschrift „Die Psychiatrie auf der Anklagebank“ auf vielen Seiten in seinen Memoiren versuchte, für sich entlastende Argumente zu finden, was ihm aus meiner Sicht nicht gelang. Er kam zu dem Schluss, dass dieser Prozess die Psychiatrie am UKE in eine „Vertrauenskrise“ stürzte, die „für die Klinik furchtbar“ war. „Siebzehn Jahre Aufbauarbeit waren zunichte.“ Selbstkritik war bei ihm nicht zu finden.<sup>155</sup>

Die Vermutung, dass Lena Corten der Verbindung von Dr. Corten mit Felicitas Rudolphi im Wege stand, war offenbar so falsch nicht. „Martin Heinrich Corten betrieb bis 1956 eine Praxis für Allgemeinmedizin in Hamburg; Felicitas Rudolphi arbeitete als Sprechstundenhilfe bei ihm. Beide wurden in ihrer Geburtsstadt nicht wieder heimisch und zogen nach der Auflösung der Praxis nach München, wo sie im gleichen Jahr 1962 starben.“<sup>156</sup>

Ein zweiter Fall, der auch erhebliche Publizität gewann, aber von weitaus größerer politischer Brisanz war: Der Fall des ehemaligen Professors für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Würzburg, Werner Heyde, geboren am 25.4.1902 in Forst/Lausitz. Heyde war SS-Standartenführer, NSDAP-Mitglied seit dem 1.5.1933, Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes in Würzburg, Beisitzer im Erbgesundheitsgericht. Ab 1939 war Werner Heyde an der Vorbereitung der Tötung von Geisteskranken und Behinderten, der sogenannten „Aktion T4“, der Erwachsenen-„Euthanasie“ beteiligt, deren medizinischer Leiter er war.<sup>157</sup>

Werner Heyde wurde am 28.5.1945 vom britischen Militär im Lager Farhus in Dänemark nahe Flensburg interniert, danach in das Internierungslager Eselheide bei Paderborn überführt. Schon im Juli 1945 war er als Professor entlassen worden. Anfang April 1947 wurde Heyde nach Nürnberg überführt, um als Zeuge im Ärzteprozess auszusagen. Dabei war er im Zuge des Verfahrens selbst durch Zeugen und Dokumente schwer belastet worden. Zu einem Auftritt Heydes als Zeuge im Ärzteprozess kam es nicht, weil er auf dem Transport nach Frankfurt am 25.7.1947 in Würzburg von einem fahrenden Militärlastwagen sprang und untertauchen konnte. Werner Heyde nahm 1948 wieder Kontakt zu seiner Familie auf, die später in Bayern lebte. Seine Frau, Erika Heyde, erhielt ab 1952 Versorgungsbezüge, da ihr Mann nach ihren Angaben als verschollen galt. Seit Ende 1949 erhielt Heyde unter seinem Decknamen, Dr. Fritz Sawade, eine Anstellung als Sportarzt an der Sportschule in Flensburg-Mürwik. Durch Unterstützung des Mediziners Hans Glatzel, der die wahre Identität Werner Heydes kannte, wurde Heyde-Sawade mit nervenärztlichen Gutachten betraut für das Oberversicherungsamt in Schleswig-Holstein. Bis zu seiner Verhaftung 1959 hatte Heyde-Sawade etwa 7000 Gutachten für ver-





Fritz Sawade alias  
Werner Heyde, 1959

schiedenste Behörden und Institutionen erstellt und dabei ein überdurchschnittliches Einkommen erzielt. Am 12.11.1959 war er verhaftet worden. Danach begann die Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft unter Fritz Bauer mit den Ermittlungen, die bis Mai 1962 zu einer umfangreichen Anklageschrift führten. Darin wurde die Aktion T4 rekonstruiert, die später eine wichtige Grundlage der historischen Forschung zur Euthanasie im Nationalsozialismus wurde.

Die Eröffnung des Prozesses gegen Werner Heyde und drei Mitangeklagte vor dem Limburger Landgericht war für den 18.2.1964 angesetzt. Dem Prozess entzog Heyde sich durch Selbsttötung am 13.2.1964 im Zuchthaus Butzbach.<sup>158</sup>

Bezeichnenderweise berichtete Hans Bürger-Prinz über diesen Fall nicht in seinen Memoiren. Bürger-Prinz, der selbst Hunderte von Gutachten geschrieben hatte, kannte natürlich auch den Gutachter, der sich Fritz Sawade nannte. Er hatte ja auch den Psychiater und Klinikleiter in Würzburg, Professor Werner Heyde, gekannt. Laut Hippius, Holdorff und Schliack waren Bürger-Prinz und Heyde Studienkollegen gewesen.<sup>159</sup> Und Bürger-Prinz geriet in Schwierigkeiten, weil ihm vorgeworfen wurde, zu denen zu gehören, die die wahre Identität des Massenmörders Fritz Sawade nicht preisgegeben hatten.

Nachdem aufgeflogen war, dass Prof. Werner Heyde sich unter dem Namen Dr. Sawade in Schleswig-Holstein niedergelassen hatte und dass seine wahre Identität vielen mit ihm beruflich in engerem Kontakt Stehenden bekannt gewesen war, beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages mit diesem Fall. Auch Bürger-Prinz wurde vor den Untersuchungsausschuss zitiert, da er mehrfach mit Heyde/Sawade zusammengetroffen war. Vorher hatte Bürger-Prinz am 8.4.1961 dem Rektor der Universität Hamburg mitgeteilt, er sei auf einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 7.4.1961 aufmerksam gemacht worden, in dem es heiße, er habe den „Euthanasie-Experten“ Heyde gedeckt und er könne „leider nicht gezwungen werden, vor dem Kieler Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auszusagen“.<sup>160</sup>

Er legte den Ausschnitt bei und erklärte:

„1.) Ich bin mir nicht bewusst, Heyde gedeckt zu haben.

2.) Ich bin – wenn ich schon nicht gezwungen werden konnte – auch nie gebeten worden, vor dem Kieler Untersuchungsausschuss zu erscheinen. Ich hätte mich einer solchen Bitte gewiss nicht entzogen.

Ich wäre dankbar für einen Rat, wie ich mich weiter verhalten soll.“<sup>161</sup>

Bürger-Prinz gab an, Heyde „zum ersten Mal in Hamburg während des Krieges begegnet zu sein und dabei von den ‚Euthanasie-Aktionen‘ gehört zu haben.“<sup>162</sup>

Als Hans Bürger-Prinz dann tatsächlich in der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 29.4.1961 erschien und befragt wurde, erklärte er, was das stenografische Protokoll festhielt:

„Und zwar kam er – das muss nach dem Frankreichfeldzug gewesen sein – weil ich da erst nach Hamburg zurückgekehrt bin –, bis zu der Zeit der berühmten Sommerangriffe auf Hamburg; in der Zeit. Und zwar machte mir Herr Heyde einen Besuch; d. h., es kam eines Tages ein Herr, Professor Heyde. Jetzt weiß ich nicht – das kann ich nicht mehr sagen –, ob damals schon vorher die Gerüchte gelaufen waren, er sei Organisator einer Transportabteilung, die mit Euthanasie-Maßnahmen zusammenhängt, oder ob er mir das selber gesagt hat. Das weiß ich nicht. (...) Ja, was er eigentlich damit wollte, ist mir unklar. Ich habe das aufgefasst als eine Ankündigung, dass die Euthanasie-Geschichten nun auch in Hamburg kommen sollten. Anders habe ich es nicht aufgefasst. Denn warum kommt sonst Heyde zu mir? Er hätte sich bei mir persönlich bekannt machen können. Gut, es kamen Hunderte von Kollegen vorbei. So hätte ich es auch auffassen können. Aber immerhin – na, sagen wir einmal –, man hatte so viel gehört, es ging ja alles nur per Gerücht bzw. durch Zettel, mit denen Angehörige angefahren kamen von Gott weiß wo; die legten sie einem hin. Da sah ich den ersten Zettel und dachte: Ja, nun, und? Warum soll nicht ein Mensch an Typhus sterben? Aber nun kamen 3, 4, na, jedenfalls, was uns für Hamburg angeht, ist die Geschichte dann so gelaufen – das muss, wiederum zeitlich locker visiert, vor den Sommerangriffen liegen, weil das so ein einschneidender Angriff bei uns war –: da saß ich bei irgendeinem Empfang im ‚Atlantic‘ – ich war damals Dekan und Ärztlicher Leiter der Universitätskrankenhäuser – zusammen mit dem damaligen Gesundheitssenator Ofterdinger, und nachdem nun so das Übliche vorbei war, saßen wir so zusammen – na, Gott, wie das so immer ist; es gibt ja tausend Dinge, die beredet werden und beredet werden müssen. Dabei kam Ofterdinger auf die Euthanasiegeschichte – auf welchen Anstoß hin, weiß ich nicht; das spielt ja auch keine Rolle – und da haben wir bis zum Morgengrauen – es war klarer Tag, als wir das ‚Atlantic‘ verließen –, die ganze Nacht hindurch, damit verbracht, über das Euthanasie-Problem zu reden, zu diskutieren, hin und her. Na, der Abschluss dieser Besprechung war der, dass Ofterdinger sagte: Na schön, dann geht keine Krankengeschichte von uns nach Berlin. Und das ist auch nicht geschehen, weder von uns noch von Ochsenzoll noch von sonst wem.“<sup>163</sup>

Stenografische Berichte von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen können ganz schön aufschlussreich sein, wenngleich Bürger-Prinz hinter viel Ge-

rede offenbar einiges zu verschleiern hatte. Hamburg habe sich an der „Euthanasie-Geschichte“ nicht beteiligt und keine „Krankengeschichte“ nach Berlin gemeldet. Trotzdem kamen Personen mit „Zetteln“ zu ihm, auf denen stand, dass deren Angehörige angeblich an Typhus gestorben seien. Da hatte sich Prof. Bürger-Prinz fast verplaudert.

Ein paar Tage später war Bürger-Prinz offenbar genötigt, dem Rektor der Universität gegenüber und dem Dekan der Medizinischen Fakultät über die Anhörung im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu berichten. Und dies fiel dann schon konkreter aus. Er habe in der Fakultätssitzung am 3.5.1961 über seine Vernehmung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss berichtet:

„In meiner Vernehmung habe ich dargestellt, dass ich den damaligen Professor Heyde einmal gesehen habe und zwar als er ungefähr 1942 bei mir, da ich damals Dekan und Ärztlicher Leiter des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf war, einen Besuch machte. Es ist mir nicht mehr genau erinnerlich, ob H. damals von der Transportabteilung sprach, die er leite oder ob ich vorher schon von dieser Angelegenheit gehört hatte. H. war in Uniform – und zwar in SS-Uniform –, Größenordnung ‚Sturmführer‘. Der Besuch war kurz, im Gespräch war von der Euthanasie-Problematik keine Rede. Der Besuch von H. ließ aber die Deutung zu, dass die Euthanasie-Maßnahmen, von denen ich bis dahin nur gerüchtweise, und zwar meistens über Angehörige von Patienten gehört hatte, auch nun für Hamburg irgendwie wirklich werden sollten. Einige Wochen nach diesem Besuch sprach mich bei einem Empfang im Hotel Atlantik der damalige Gesundheitssenator Dr. Ofterdinger auf Euthanasie-Probleme an. Es drehte sich im Gespräch um individuelle Sterbehilfe und das Buch von BINDING-HOCHE und um Euthanasie-Maßnahmen, wie sie von Berlin aus organisiert wurden. Das Gespräch dehnte sich bis zum frühen Morgen aus und schloss damit, dass Dr. Ofterdinger dezidiert den Satz prägte: ‚Gut, dann gehen von Hamburg keine Krankengeschichten nach Berlin.‘ Es war nämlich davon die Rede, dass eine Gutachterstelle in Berlin Krankengeschichten unter bestimmten Gesichtspunkten ausgewählt einfordere. Ich erinnere noch, dass der letzte Einwand, den ich gegen die Euthanasie vorbrachte, der war, dass unmöglich ein Arzt dem von ihm abhängigen Pflegepersonal Aufträge geben könne, wie z. B. ein Oberpfleger solle einen Kranken an einen bestimmten Ort bringen, der der Vernichtung diene.“<sup>164</sup>

Bürger-Prinz ergänzte dann noch: „Ich habe dann im Laufe der Vernehmung erwähnt, dass man damals gerüchtweise die Namen Nitsche, de Crinis, Karl Schneider und Brandt hörte, alle diese Männer seien inzwischen tot.“<sup>165</sup>

Bestimmt hatte er aber nicht erzählt, wie gut er diese Personen kannte und dass er mit ihnen im Wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Ge-

sundheitswesens, berufen von Prof. Karl Brandt, dem chirurgischen Begleitarzt von Adolf Hitler, zusammengearbeitet hatte und somit aus erster Quelle sehr präzise und umfassend informiert gewesen war.

Bürger-Prinz schrieb dann noch:

„Ich habe dann Dr. Heyde bei kleineren Gutachtersymposien, die im Regierungsgebäude Schleswig vom Präsidenten Buresch veranstaltet wurden, wieder-gesehen. Ob H. sich selbst als Dr. Sawade vorstellte oder mir vorgestellt wurde, erinnere ich nicht. Sehr deutlich ist meine Erinnerung, dass ich bei dem Treffen mit ihm das Gefühl hatte, dieses Gesicht schon einmal gesehen zu haben. Meines Wissens sah ich ihn dann im Zusammenhang mit den erwähnten Besprechungen noch einmal. Ich bin meiner Erinnerung nach noch ein drittes Mal in Schleswig gewesen, erinnere aber nicht dabei Dr. Sawade gesehen zu haben. Die Diskussionen in diesem Gremium waren sehr gut, sehr lebendig. Ich habe dann dargestellt, dass meines Wissens dann ein- oder zweimal nach diesen Unterhaltungen ich mit etlichen Herren in ein dem Regierungsgebäude gegenüberliegendes Restaurant ging, um ein Butterbrot zu essen und eine Tasse Kaffee zu trinken. Es heißt in der Presse, ich habe mit Dr. Sawade zusammen Kaffee getrunken. Dies stimmt nicht. Nach Abschluss der Besprechungen war Sawade nicht mehr dabei, von Sawade als Heyde war dabei nie die Rede. Dass Sawade Heyde sei war ein Gerücht, das im Laufe der Jahre aufkam. Ich habe präzisiert, dass ich diese Identität für möglich gehalten habe. Ich hätte aber nie zu Sawade hingehen können und ihm sagen können, er sei Heyde. Ich habe ein Bedürfnis, Mittel und Wege zu suchen, um die eventuelle Identität Heyde–Sawade zu klären, verneint.

Aus dem bisher Dargestellten ergibt sich, dass die Pressemitteilungen, ich habe Maßnahmen gegen die Euthanasie getroffen, in diesem präzisen Sinne nicht richtig sind. Die Maßnahmen gingen meines Erachtens zweifellos von Senator Dr. Ofterdinger aus. Ihre Art ist mir unbekannt.“<sup>166</sup>

Bürger-Prinz berichtete dann noch, dass er von einem Ausschussmitglied gefragt worden sei: „Halten Sie Schweigen in Bezug auf Heyde–Sawade für Ihre ärztliche Schweigepflicht, ja oder nein?“ Und er habe geantwortet, „dass ich diese Frage nicht mit einem Satz beantworten könne. Ich wies darauf hin, dass wir in unserem Beruf ebenso wie im seelsorgerischen eine Fülle von Geschehnissen erfahren bzw. hören, dass bei uns die Erziehung dahin gehe, einen Patienten oder Angehörigen nicht wiederzuerkennen, bevor man nicht die Sicherheit habe, dass der Betreffende wiedererkannt werden will.“<sup>167</sup>

Wenn das die Maxime von Hans Bürger-Prinz auch bei der Aufklärung von Gräueltaten des Nationalsozialismus war, konnte er in der Tat nicht viel dazu beitragen.

Wenn es heikel wurde, glänzte Bürger-Prinz durch verwaschene und unpräzise Aussagen. Wobei sich seine Erinnerungen veränderten.

Am 1.9.1972 wurde Bürger-Prinz im Rahmen von Ermittlungen gegen zwei andere Ärzte zu den Ausführungen in seiner Biografie befragt. In dem von Staatsanwalt Kuhlbrodt gefertigten Aktenvermerk heißt es:

„Prof. Bürger-Prinz gab an, diese Feststellung aufgrund folgender Erinnerung getroffen zu haben: Während des Krieges, nach Ende des Polenfeldzuges, sei er nach einem Empfang zusammen mit etwa fünf bis sechs anderen Kollegen und dem Gesundheits senator Opferdinger im Hotel Atlantic an einem Tisch zusammengeblieben. Der Senator habe die Runde voll über die Hintergründe und die Organisation der sogenannten Euthanasie informiert. Er habe insbesondere erwähnt, dass Professor Heyde als Gutachter-Leiter bestellt worden sei, – dass die Kranken aus Hamburg abtransportiert werden würden und dass die Entscheidung in Berlin von einer Art Manager-Gremium getroffen werde. Das Gespräch sei dann auf die Behandlung der Euthanasie im Schrifttum (Binding-Hoche) und in der Praxis (in einigen Staaten der USA) gekommen. Er, Bürger-Prinz, habe schließlich dem Senator gegenüber Bedenken erhoben und gesagt: ‚Stellen Sie sich das mal praktisch vor‘; Vollzug, Anweisung, Ausführung durch Ärzte und Pfleger – all das sei in der Praxis ein Ding der Unmöglichkeit. Opferdinger habe sich diesen Bedenken nicht verschlossen. Er habe gesagt: ‚Was Sie sagen, ist richtig. Wenn die Berliner Krankengeschichten anfordern, dann geben wir keine ab.‘

Das Gespräch habe stattgefunden, als die Aktion sich offenbar noch in der Vorbereitung befunden hätte. Die Anstalten in Langenhorn, Alsterdorf und Eppendorf hatten bis dahin noch nichts davon gewusst, er habe nur erfahren, dass die Tötungen außerhalb Hamburgs erfolgen sollten; über die Tötungsart (Gas) und den genauen Verwaltungsablauf (Meldebogen) habe er von Opferdinger seiner Erinnerung nach nichts erfahren. – An die Psychiatrische Klinik selbst sei man in dieser Angelegenheit in der Folgezeit nicht herangetreten. Andere Vorgänge als dieses eben genannte Gespräch hinsichtlich der im Buch so bezeichneten ‚Vereitelung des Schicksals Erbkranker in Hamburg‘ könne er nicht bezeichnen.“<sup>168</sup>

Dann hatte Bürger-Prinz dem Staatsanwalt noch erklärt, „er habe zu Opferdinger guten Kontakt gehabt. Man habe sich mit ihm glänzend auseinandersetzen können. Er habe jedoch von ihm über Maßnahmen der sogenannten Euthanasie in Hamburg nichts weiter gehört. Es seien allerdings zu ihm Angehörige von Patienten gekommen mit Benachrichtigungsschreiben über das Ableben des Patienten. Die Angehörigen hätten ihm gegenüber Besorgnisse geäußert, dass alles mit rechten Dingen zugehe. Er sei nach den ersten Schreiben stutzig geworden, da in den Schreiben, die aus den verschiedensten Orten gekommen seien, immer die glei-

chen Infektionskrankheiten als Todesursache angegeben worden seien; es sei gänzlich unglaublich gewesen, dass in den verschiedenen Anstalten dieselbe Epidemie geherrscht habe. Auf Befragen: er wisse nicht, was er den Angehörigen daraufhin gesagt habe. Er habe damals sehr viel zu tun gehabt, nicht nur als Chef der Psychiatrischen Klinik, sondern auch in den verschiedensten anderen Funktionen.“<sup>169</sup>

Es klärte sich etwas mehr auf, was es mit den von Bürger-Prinz als „Typhus-Zettel“ bezeichneten Schriftstücken auf sich gehabt hatte. Es handelte sich also um mehrere Angehörige von Patienten des Universitätskrankenhauses, die an anderen Orten und dann aus auch für Bürger-Prinz merkwürdigen Umständen ums Leben gekommen waren. Die Frage bleibt: Wie waren sie dort hingekommen und warum interessierte sich Bürger-Prinz nicht für diesen Zusammenhang? Möglicherweise war ihm der Zusammenhang durchaus bekannt.

Auch gegenüber Staatsanwalt Kuhlbrodt gab Bürger-Prinz an, dass Prof. Heyde ihn, aus Würzburg kommend, „in SS-Uniform besucht“ habe. „Er habe ihn vorher nur dem Namen nach gekannt. Bei dem sich anschließenden Gespräch sei von Euthanasie keine Rede gewesen. Wenn man ihn jetzt frage, so sei er der Auffassung, dass es sich möglicherweise um ein Sondierungsgespräch gehandelt habe. Nach dem Kriege habe er in dem in Schleswig-Holstein tätigen Gutachter Sawade den Professor Heyde wiedererkannt. Er sei deswegen nach Kiel vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zitiert worden.“<sup>170</sup>

Pfäfflin und seine Kollegen kamen in ihrer Studie zu dem Ergebnis:

„Im Kontrast zu den widersprüchlichen Angaben von Bürger-Prinz ist als sicheres Ergebnis des bisher Dargestellten vor allem festzuhalten: die Ausgangsfrage, ob PNK (Psychiatrische- und Nervenklinik, d.L.) mittelbar oder unmittelbar während der NS-Zeit an den Maßnahmen zur Vernichtung ‚lebensunwerten‘ Lebens beteiligt war, war von vornherein falsch gestellt. Vermutlich wäre sie nie so gestellt worden, wären nicht Bürger-Prinz eigene gegenteilige Äußerungen und vor allem diejenigen der Generation seiner Schüler so selbstsicher und monolithisch vorgetragen worden. Danach war es schon ein Sakrileg, die Frage nach der Beteiligung der PNK zu stellen, weil sie die rühmliche Rolle der PNK, ja sogar ganz Hamburgs, auf die man stolz sein konnte, in Zweifel gezogen hätte. Die Frage muss nicht lauten ob, sondern wie die PNK beteiligt war. Prinzipiell konnte es gar keine öffentliche Einrichtung, die mit psychiatrischen Patienten zu tun hatte, geben, die nicht zumindest mittelbar im Sinne des Mitwissertums beteiligt war. So widersprüchlich und vage die Aussagen von Bürger-Prinz im einzelnen auch sein mögen, so geht doch aus ihnen hervor, dass er vom Medizinischen Leiter der ‚T4‘, Heyde, zu einem Sondierungsgespräch in der PNK aufgesucht wurde, ‚als die Aktion sich offenbar noch in der Vorbereitung‘ befand. Auch die Zeitangaben ‚nach Ende des Polenfeldzugs‘ bzw. ‚nach dem Frank-



reichfeldzug' sprechen für einen frühen Zeitpunkt dieser Begegnung, die Bürger-Prinz einige Wochen vor jener denkwürdigen Nacht im Hotel Atlantic datiert, in der er ‚mit fünf bis sechs anderen Kollegen‘ von Offerdinger in Einzelheiten der geplanten Ermordung psychiatrischer Patienten eingeweiht wurde. Die PNK wurde von der Gesundheitsverwaltung bereits im August 1940 aufgefordert, Meldebogen auszufüllen, und sie bat schriftlich um Zusendung der Formulare. Es war nicht ihr Verdienst, dass sie von der Meldebogenaktion ausgenommen war.“<sup>171</sup>

Am Ende stellten die Autoren fest:

„Von Beginn der Vergasungen psychiatrischer Patienten bis August 1941, dem Zeitpunkt, zu dem die dezentralisiert organisierten Morde an Patienten begannen, war die Zahl der im Deutschen Reich lebenden Langzeitpsychiatriepatienten um 70.273 dezimiert worden. Aus den Hamburger psychiatrischen Einrichtungen waren im Rahmen der ‚Euthanasie‘-Maßnahmen nach der staatsanwaltlichen Mindestschätzung mehr als 2000 erwachsene Psychiatriepatienten deportiert und umgebracht worden. Die behördenintern dokumentierte Zahl von 4000 alten und geisteskranken Anstaltsinsassen, die von Kriegsbeginn bis Anfang Mai 1943 im Zuge der ‚staatlichen Planung‘ aus Hamburg weggeschafft worden waren, lässt ebenso wie die bisherige Rekonstruktion der Verlegungen aus Langenhorn vermuten, dass die Zahl der getöteten Hamburger Patienten weit höher liegt als nach den staatsanwaltlichen Ermittlungen von 1973 geschätzt wurde. Unabhängig davon ob die Gesamtzahl eher um 2000 oder eher um 6000 liegt, kann man sich fragen, ob die Reduzierung der Liegezeiten in der PNK und das im Vergleich zur Vorkriegszeit niedrige Durchschnittsalter der Behandelten nicht auch wesentlich durch diese Dezimierung der Gesamtpopulation psychiatrischer Patienten in Hamburg mit beeinflusst wurden.“<sup>172</sup>

Und die Autoren ergänzten: „Die statistische wie die Analyse von Einzelakten verstorbener Patienten mit der Diagnose Schizophrenie begründen unseres Erachtens hinreichend die Aussage, dass auch unmittelbar in der PNK Patientinnen zu Tode gebracht wurden. Die in den Krankenakten dokumentierten Krankheitsverläufe und Todesursachen erscheinen als nachträgliche Konstrukte und entsprechen in der Art und Weise ihrer Dokumentation den fingierten Eintragungen in Krankenakten, wie sie aus Anstalten wie zum Beispiel Hadamar, in denen Tausende von Patienten ermordet wurden, bekannt sind.“<sup>173</sup>

Damit ist auch Prof. Hans Bürger-Prinz schwer belastet worden, allerdings zu einem Zeitpunkt, zu dem er persönlich nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnte.<sup>174</sup>

Hans Bürger-Prinz war eine im gesellschaftlichen Leben Hamburgs vielgesehene Person. Er hatte eine permanente Medienpräsenz. Er suchte die Gegenwart von Prominenten insbesondere aus dem künstlerischen Bereich. Als er 1967 mit dem Journalisten Ben Witter einen Spaziergang unternahm, über den Witter in der „ZEIT“ berichtete, sagte er mal so: „Im Frühjahr 1943, vor den schweren Luftangriffen auf Hamburg, lud ich den Schauspieler Heinrich George ein. Er las im Hörsaal A der Universität Lyrik, es herrschte atemlose Stille.“<sup>175</sup>

Beim einstündigen Spaziergang fingerte er eine Filterzigarette nach der anderen aus seiner Packung und erwähnte: „Das ist, sagen wir mal, immer noch meine erste Zigarette. Beim Vorstoß in der Champagne 1915 zitterten meine Hände, und der Spieß steckte mir eine Zigarette zwischen die Finger.“<sup>176</sup>

Wenn er wollte, erinnerte sich Bürger-Prinz genau. Auch 52 Jahre später. Und dann: „Ich war eng mit Gustav Gründgens befreundet.“ Einen Lungenzug, und: „Selbstverständlich sind wir beide öffentlich niemals gemeinsam in Erscheinung getreten. Wissen Sie, ich bewunderte Gründgens glasklare kristalline Intelligenz; der Leib, mit dem er lebte, war athletisch und doch eine Tasse mit feinsten Rissen. Übrigens, ein verirrter Preuße. Nach der großen Faustpremiere damals im Schauspielhaus eilte er auf mich zu und fragte strahlend: ‚Na, wie war’s?‘ Das tat er nie wieder. Ich meine, in gewissen Positionen muss man sich zuerst grüßen lassen. Als er später in Mailand an der Scala ‚Orpheus und Eurydike‘ inszeniert hatte, betrat er abgespannt die Hotelhalle, zu seiner größten Überraschung saß ich dort und ging strahlend auf ihn zu.“<sup>177</sup>

Über Heinrich George und Gustav Gründgens berichtete Bürger-Prinz natürlich auch in seinen Memoiren ausführlich. Da gab es keine ärztliche Schweigepflicht, beide waren auch Patienten und insbesondere über Gründgens wurden alle möglichen Details ausgeplaudert, schwere arthrotische Veränderungen der Halswirbelsäule, schwerste Migräne und Schlafstörungen provozierend, die mit schmerzstillenden Drogen gelindert wurden. Aber, die persönliche Nähe („Oft rief er noch spät in der Nacht von zu Hause aus an, und ich ging auf einen Sprung zu ihm hinüber. Unsere Domizile lagen nicht weit voneinander. Stets hatte er einen wunderbaren alten Sherry, den er selbst liebte.“) musste betont werden.<sup>178</sup>

Der Glanz des großen Freundes strahlte auch auf den Psychiater ab.

Der in Ungarn geborene Paul Abraham (1892–1960), der in Deutschland Anfang der 1930er Jahre einer der gefragtesten Komponisten war, als Operettenkönig galt



(Die Blume von Hawaii, Ball im Savoy, Viktoria und ihr Husar), Komponist des Schlagers „Reich mir zum Abschied noch einmal die Hände“, wurde als Jude von den Nationalsozialisten aus Deutschland vertrieben, ging erst zurück nach Budapest und dann über Paris, Kuba nach New York, wo er aber an seine Erfolge nicht anknüpfen konnte. Abraham erkrankte, erregte Aufsehen, als er 1946 „geistesverwirrt auf der Madison Avenue den Verkehr dirigierte und wurde in New York in eine psychiatrische Abteilung eingeliefert. 1956 kehrte Paul Abraham in die Bundesrepublik zurück, nachdem mit den USA die Fragen der Ausreise des ungarischen Staatsbürgers geklärt worden waren. Die Initiative ging maßgeblich aus von dem von Walter Anatole Persich in Hamburg gegründeten Paul-Abraham-Komitee. Abraham kam nach Hamburg und wurde zunächst in der Psychiatrie der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf behandelt.<sup>179</sup> Das war ganz nach dem Geschmack von Hans Bürger-Prinz. „Mit den musikalischen Einlagen ihres prominenten Patienten schmückte sich die Psychiatrie in Eppendorf. Für die Presse waren die ‚ersten, anrührenden kleinen Konzerte für Schwestern und Ärzte‘ („Hamburger Abendblatt“) Anlass zu Spekulationen, ob Abraham möglicherweise wieder gesunden und neue Werke komponieren könnte.“<sup>180</sup>

Abraham gesundete aber nicht wieder. Bürger-Prinz berichtete der Öffentlichkeit und es kann nicht daran gezweifelt werden, dass sich das Eppendorfer Krankenhaus um den berühmten Gast wirklich gekümmert hatte. Bürger-Prinz berichtete von den Strapazen der Reise für den körperlich und seelisch gebrochenen Komponisten: „Kein Wunder nach dieser Reise“, meinte Professor Dr. Bürger-Prinz. Die Maschine mit 52 aus Amerika deportierten Geisteskranken war hundert Stunden unterwegs. Sie hatte in ganz Europa ihre traurige Last abgesetzt. Frankfurt war die Endstation nach 16.000 Kilometern. Gespensterhaft, als die Kapelle zur Begrüßung die alten Operetten-Melodien spielte. Paul Abraham hörte sie nicht. Er wusste auch nicht, dass er sich wieder in Deutschland befand. In dem Land, in dem sein Stern am Himmel der Kunst aufgegangen war.“<sup>181</sup>

Auf die Frage, ob die Belastung jener Fluchtjahre die Krankheit ausgelöst habe, antwortete Bürger-Prinz: „Nein. Abrahams Erkrankung ist ein rein organischer Prozess. Mehr zu sagen verbietet das Arztgeheimnis. Auf keinen Fall ist die Erkrankung auf eine Schockwirkung zurückzuführen.“<sup>182</sup>

Paul Abraham wurde am 13.2.1957 durch das Amtsgericht Hamburg „wegen Geisteskrankheit“ entmündigt. Seine Frau Charlotte erhielt die Vormundschaft und es erfolgte ein Wiedergutmachungsverfahren. Dafür schrieb Professor Hans Bürger-Prinz ein Gutachten, aus dem der Abraham-Biograf Klaus Waller zitiert:

„Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, das P. A., wenn er sich in Deutschland aufgehalten hätte, infolge der psychischen Auffälligkeiten von seiner mit ihm

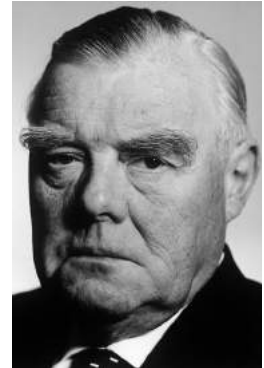
vertrauten Umgebung bereits wesentlich früher, wahrscheinlich schon beim Auftreten der ersten Krankheitszeichen im Jahre 1940, einer adäquaten klinischen Behandlung zugeführt worden wäre. Wäre P. A. bereits im Jahre 1940 entsprechend behandelt worden, was in Deutschland nach den hier geltenden Regeln und Vorschriften mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Fall gewesen wäre, so hätte Aussicht auf eine weitgehende Erhaltung seiner Primärpersönlichkeit, seiner Schaffenskraft und Produktivität bestanden.“<sup>183</sup>

Waller bemerkt dazu:

„Ohne Zweifel' wäre Abraham (der Jude!) 1940 in Deutschland behandelt worden? Das schreibt ein Mann, der unmittelbar nach Hitlers Antritt 1933 Mitglied des NS-Ärztbundes, des NS-Dozentenbundes, des NS-Lehrerbundes, ja der NSDAP sowie der SA geworden war? Um das klarzustellen: Richtiger wäre die Aussage gewesen, dass Abraham 1940 in den USA entsprechend behandelt worden wäre, wenn er das durch die Nazis geraubte Vermögen zur Verfügung gehabt hätte!“<sup>184</sup>

Paul Abraham lebte noch vier Jahre, starb am 6.5.1960 in Hamburg und wurde auf dem Ohlsdorfer Friedhof begraben.<sup>185</sup>

Prof. Hans Bürger-Prinz wurden durchaus Leistungen beim Aufbau des Eppendorfer Universitätskrankenhauses und der medizinischen Fakultät zugeschrieben. So zeigte er sich „als geschickter Gestalter und Organisator, auf seine Initiative gehen einige wichtige Spezialisierungen der Hamburger Universität Psychiatrie zurück. Unter seiner Leitung kam es zum Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, eine eigene Abteilung wurde 1966 eingerichtet. Bürger-Prinz' Interesse an Fragen der Sexualität sowie der forensischen Psychiatrie datierten schon von seinen nicht selten von nationalsozialistischem Gedankengut durchsetzten Publikationen aus der NS-Zeit. 1959 konnte er den Frankfurter Sexualwissenschaftler und Psychiater Hans Giese für die Hamburger Universität gewinnen. 1970 wurde eine Abteilung für Sexualforschung eingerichtet. Daneben gründete sich auf Bürger-Prinz' Initiative 1969 eine Arbeitsgruppe für forensische und Kriminalpsychiatrie, die allerdings erst vier Jahre nach seinem Tod 1980 als Abteilung der Psychiatrischen und Nervenlinik eingegliedert wurde.“<sup>186</sup>



Hans Bürger-Prinz, 1966

Unbestritten ist offenbar auch, dass Bürger-Prinz großen Zuspruch bei seinen Lehrveranstaltungen fand. Professorin Thea Schönfelder schrieb dazu:

„Die Faszination, die ‚BP‘, wie wir ihn nannten, auf junge Menschen in der Lehre ausübte (seine Vorlesung gehörte zu den ‚attraktivsten‘ auf dem Eppendorfer

Gelände), führte dazu, dass etliche Adepten so etwas wie eine Jüngerschaft konstituierten – wie übrigens in der Klinik auch! Andere aber vollzogen die ständige, von ihm selbst ausgehende Ambivalenz von Nähe und Distanz mit und gestanden sich mit einiger Mühe eine eigene Meinung und eine sich von der autoritären Vaterfigur ablösende Entwicklung zu.“<sup>187</sup>

Hans Bürger-Prinz ist offenbar ein guter und launiger Rhetoriker gewesen, dessen Ansprachen nie langweilig wurden. Manche Vorlesung begann er mit dem Satz: „Vorerst, meine Herren, nehmen Sie doch ein wenig Rücksicht auf meine Zwangsneurose ... Und schließen Sie bitte die Tür des Hörsaals.“<sup>188</sup>

Auf Tagungen konnte man von ihm Selbstironisches hören, wenn er sagte: „Ich habe keine Rezepte für Menschenbehandlung. Ich bin froh, wenn ich mit mir selber fertig werde.“<sup>189</sup> Die Koketterie des Psychiaters in der Öffentlichkeit.

Hans Bürger-Prinz starb am 30.1.1976.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ würdigte ihn, wie auch alle Hamburger Zeitungen, ohne mit einem Wort auf seine NS-Vergangenheit einzugehen. Die „FAZ“ setzte sich allerdings kurz und kritisch mit seinen Memoiren auseinander:

„Er war kein großer Schreiber, zumindest kein Schönschreiber: ‚Es fiel mir immer außerordentlich schwer, Geschriebenes stehen zu lassen oder gar es zum Drucker zu tragen‘, schrieb er einmal selber. Seine 1971 erschienenen Lebenserinnerungen ‚Ein Psychiater berichtet‘ legen nahe, dass er Recht daran tat. In merkwürdiger, teilweise nur locker zusammenhängender Weise breitet er banale und geniale Gedanken aus, erzählt er von Freunden und Patienten. Sie wurden dennoch ein Bestseller.“<sup>190</sup>

Und in der „Welt“ wurde anlässlich seines Todes noch einmal an den hier umfangreich dargestellten Corten-Prozess erinnert, in dem „er und die gesamte Psychiatrie von der Presse moralisch verurteilt“ wurde. „Durch eine Verkettung mißlicher Umstände entstand der Eindruck, als habe Bürger-Prinz auf Wunsch eines befreundeten Arztes dessen ungeliebte Ehefrau in einer geschlossenen Anstalt verschwinden lassen wollen. Die Wirkung war für Bürger-Prinz und die von ihm geleitete Psychiatrische Klinik in Hamburg verheerend. Kranke wurden von ihren Angehörigen aus der Klinik geholt, darunter viele mit schweren Depressionen. In wenigen Wochen nahmen sich sieben dieser Kranken das Leben. Zehn Jahre etwa dauerte es, bis der Arzt und die Klinik das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewonnen hatten. Bürger-Prinz blieb verbittert. Oft sprach er von der journalistischen und juristischen Ignoranz in allem, was die Beurteilung psychiatrischen Denkens und Handelns betraf.“<sup>191</sup>

Die „Bild-Zeitung“ verabschiedete Hans Bürger-Prinz populärer, schrieb von dem „Grauen Star“, mit dem er nicht mehr lesen konnte und einem geschwächten

Kreislauf: „Doch der lebensbejahende und fröhliche Mensch Bürger-Prinz wollte auch im hohen Alter nicht auf seine filterlose Virginia-Zigarette (30 Stück pro Tag) und seinen Campari-Soda verzichten.“<sup>192</sup>

## Anmerkungen

- 1 Hans Bürger-Prinz: Ein Psychiater berichtet, Hamburg 1971.
- 2 Reinhard Baumgart: Der Mediziner spricht, Der SPIEGEL 19/1971, S. 179.
- 3 Personalakte Bürger-Prinz, StAHH, 361-6 HW-PA\_IV 1163
- 4 Baumgart 1971, S. 179.
- 5 Zu Paul Rostock siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Koblenz 2013, S. 509.
- 6 Zu Max de Crinis siehe: Klee 2013, S. 97.
- 7 Lebenslauf und Hinweis auf die Empfehlungen von de Crinis in: BArch, R 9361-II\_135407
- 8 Bürger-Prinz 1971, S. 21f.
- 9 Bürger-Prinz 1971, S. 22.
- 10 Personalakte Bürger-Prinz, a. a. O.
- 11 Lebenslauf in: BArch, R 9361-II\_135407
- 12 Personalakte Bürger-Prinz, a. a. O.
- 13 Bürger-Prinz 1971, S. 21.
- 14 Ben Witter: Spaziergänge: Mit Hans Bürger-Prinz vor der Psychiatrie, ZEIT 34/1967.
- 15 Laut selbst geschriebenem Lebenslauf vom 8.4.1931, Personalakte Bürger-Prinz, a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Schreiben vom 24.6.1931, Personalakte Bürger-Prinz, a. a. O.
- 19 Von ihm selbst handschriftlich eingetragen in seine Hochschullehrerkartei beim Reichsministerium für Wissenschaft, BArch, R 4901\_13260.
- 20 Siehe dazu die Kurzbiografie über Wilhelm Weygandt von Kai Sammet, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 406 ff. Siehe zu Weygandt auch die Biografie Heinrich Haselmayer, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, insbesondere die Seiten 625 ff.
- 21 Zu Ludolf Brauer, siehe ebenfalls die Biografie Haselmayer, in de Lorent 2016, S. 622 ff.
- 22 Siehe Willy Holzmann, in Klee 2013, S. 269 und: Hendrik van den Bussche: Akademische Karrieren im „Dritten Reich“, in: Hendrik van den Bussche (Hg.): Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin–Hamburg 1989, S. 63 ff.
- 23 van den Bussche 1989, S. 59.
- 24 Zitiert nach van den Bussche 1989, S. 240f.
- 25 van den Bussche 1989, S. 82.
- 26 van den Bussche 1989, S. 83.
- 27 van den Bussche 1989, S. 84.
- 28 Zitiert nach: van den Bussche 1989, S. 84.
- 29 Karl Heinz Roth: Großhungen und Gehorchen. Das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 131.
- 30 Roth 1984, S. 131.
- 31 Schreiben vom 15.7.1936, Personalakte a. a. O.

- 32 Schreiben vom 26.11.1936, Personalakte a. a. O.
- 33 Schreiben vom 28.10.1936, Personalakte a. a. O.
- 34 Schreiben vom 31.10.1936, Personalakte a. a. O.
- 35 Schreiben vom 22.12.1936, Personalakte a. a. O.
- 36 Schreiben vom 24.3.1939, Personalakte a. a. O.
- 37 Roth 1984, S. 131.
- 38 Ebd.
- 39 Kurzbiografie Bürger-Prinz von Kai Sammet, in: Hamburgische Biografie, Bd. 3, 2006, S. 69.
- 40 Lebenslauf in: BArch, R 9361-II\_135407
- 41 Roth 1984, S. 133.
- 42 Ebd.
- 43 Sammet 2006, S. 69.
- 44 Sammet 2006, S. 70.
- 45 Klaus Dörner: Ist die Psychiatrie-Reform der Siebzigerjahre in Gefahr zur „Euthanasie-Reform“ zu werden? In: Ebbinghaus, Kaupen-Haas, Roth 1984, S. 162.
- 46 Hanns Hippus, Bernd Holdorff, Hans Schliack: Nervenärzte 2, Stuttgart 2006, S. 43. Die Autoren weisen auch darauf hin, dass hier noch weiterer Forschungsbedarf besteht.
- 47 Hippus, Holdorff, Schliack 2006, S. 44. Siehe auch die Biografie von dem für die Gesundheitspolitik in der NS-Zeit verantwortlichen Senator Friedrich Ofterdinger in diesem Band.
- 48 Bürger-Prinz 1971, S. 173 f.
- 49 Hippus, Holdorff, Schliack 2006, S. 54.
- 50 Dazu gibt es einen von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegebenen Ausstellungskatalog: Herbert Diercks: „Euthanasie“. Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus. Texte, Fotos und Dokumente, Hamburg 2014.
- 51 Ausstellungskatalog 2014, S. 14.
- 52 Ausstellungskatalog 2014, S. 16.
- 53 Herbert Diercks: „Euthanasie“-Verbrechen in Hamburg – ein Überblick, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 17, herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in der Edition Temmen, Bremen 2016.
- 54 Bürger-Prinz 1971, S. 128.
- 55 Friedemann Pfäfflin, Herbert Rüb, Matthias Göpfert, Günter Komo, Wilhelm Thiele und Hendrik van den Bussche: Die Krankenversorgung, in: Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“ 1989, S. 342.
- 56 Hendrik van den Bussche: Die Fakultät im Strudel der „neuen Zeit“, in: Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“ 1989, S. 159.
- 57 Ebd., S. 159 f.
- 58 Ebd. S. 160.
- 59 Hendrik van den Bussche: Die Fakultät im Strudel der „neuen Zeit“, in: Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“ 1989, S. 161.
- 60 Schreiben vom 5.2.1945, Personalakte Bürger-Prinz, a. a. O.
- 61 Ebd.
- 62 Schreiben Bürger-Prinz an den Rektor der Universität vom 26.2.1945, Personalakte a. a. O.
- 63 Schreiben von Professor Ernst Schrewe vom 3.3.1945, Personalakte a. a. O. Siehe auch die Biografie Schrewe, in Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 82 ff.
- 64 Schreiben vom 14.5.1945, unterzeichnet vom neuen Dekan, Prof. Rudolf Mond, Personalakte a. a. O.
- 65 Schreiben vom 18.5.1945, Personalakte a. a. O.
- 66 Personalakte a. a. O.
- 67 Zu Karl Brandt siehe: Ulf Schmidt: Hitlers Arzt Karl Brandt. Medizin und Macht im Dritten Reich, Berlin 2009. Zu Phillip Bouhler siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Koblenz 2013, S. 67 f.

- 68 Siehe Klee 2013, S. 439.
- 69 Siehe Klee 2013, S. 655.
- 70 Siehe Klee 2013, S. 329.
- 71 Siehe Klee 2013, S. 45.
- 72 Siehe Klee 2013, S. 559.
- 73 Siehe Klee 2013, S. 116.
- 74 Siehe Klee 2013, S. 639.
- 75 Siehe Klee 2013, S. 97.
- 76 Bürger-Prinz am 26.10.1943 an Professor de Crinis im Kultusministerium Berlin, BArch, R 931-IV\_329
- 77 BArch, R 9361-II\_135407
- 78 Bürger-Prinz 1971, S. 146f.
- 79 Ulf Schmidt: Hitlers Arzt Karl Brandt. Medizin und Macht im Dritten Reich Berlin 2009, S. 581.
- 80 Ebd.
- 81 Roth 1984, S. 135.
- 82 Personalakte a. a. O.
- 83 Schreiben vom 28.12.1945, Entnazifizierungsakte Bürger-Prinz, StAHH, 221-11\_Ed 16187
- 84 Ebd.
- 85 Schreiben von Bürger-Prinz vom 17.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 86 Schreiben von Bürger-Prinz vom 17.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O. Siehe zu Adolf Rein: Klee 2013, S. 486; Holzmann in: Klee 2013, S. 269.
- 87 Schreiben von Bürger-Prinz vom 17.10.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 88 Ebd.
- 89 Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt am Main 1980 (unveränderter Abdruck des 1969 erschienenen Buches), S. 292f.
- 90 Hochmuth/Meyer 1980, S. 294. Siehe auch Klee 2013, S. 103f.
- 91 Hochmuth/Meyer 1980, S. 296.
- 92 Hochmuth/Meyer 1980, S. 299.
- 93 Hochmuth/Meyer 1980, S. 298.
- 94 Klee 2013, S. 163.
- 95 Hochmuth/Meyer 1980, S. 299.
- 96 Hochmuth/Meyer 1980, S. 297.
- 97 Hochmuth/Meyer 1980, S. 299.
- 98 Ebd.
- 99 Hochmuth/Meyer 1980, S. 300.
- 100 Hochmuth/Meyer 1980, S. 299.
- 101 Hendrik van den Bussche: Opposition und Widerstand, in: Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“ 1989, S. 161.
- 102 Schreiben von dem Rektor der Hansischen Universität, Prof. Emil Wolf vom 11.9.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 103 Ebd.
- 104 Ebd.
- 105 Ebd.
- 106 Schreiben vom 18.8.1945, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 107 Dr. Hans Kurt Fontheim in einem Schreiben vom 17.7.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 108 Beratender Ausschuss vom 19.3.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 109 Betriebsrat vom 13.12.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 110 Rechtsanwalt Wessig vom 6.11.1946, Entnazifizierungsakte a. a. O.

- 111 Vernehmung Bürger-Prinz vom 27.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 112 Sammet 2006, S. 70.
- 113 Vernehmung Rudolf Degkwitz vom 27.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 114 Vernehmung von Hans Willhöft vom 27.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 115 Hendrik van den Bussche: „Zusammenbruch“ und Nachkriegszeit, in: Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“ 1989, S. 427.
- 116 Empfehlung des Berufungsausschusses vom 30.1.1947, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 117 Ebd.
- 118 Ebd.
- 119 Wilhelm Flitner: Erinnerungen 1889–1940, Paderborn–München–Wien–Zürich 1986, S. 384.
- 120 Hans-Peter de Lorent: Biografie Hans Wenke, in Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 209f.
- 121 Schreiben vom 4.3.1947, Personalakte Bürger-Prinz, a. a. O.
- 122 Auszug aus dem Protokoll vom 1.7.1948, Entnazifizierungsakte a. a. O.
- 123 Sammet 2006, S. 70.
- 124 „Hamburger Abendblatt“ vom 6.8.1949.
- 125 „Hamburger Abendblatt“ vom 2.2.1949.
- 126 Todesstrafe in Deutschland: Seit 30 Jahren abgeschafft. In: Legal Tribune Online, 17.7.2017, [https://www.lto.de/persistent/a\\_id/23474](https://www.lto.de/persistent/a_id/23474)
- 127 „Hamburger Abendblatt“ vom 28.1.1949 und vom 29.1.1949.
- 128 „Hamburger Abendblatt“ vom 23.9.1950.
- 129 „Hamburger Abendblatt“ vom 27.2.1951.
- 130 Ebd.
- 131 Biografie Walter Hecht, in: Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Bd. 2, Hamburg 2017, S. 724ff.
- 132 Ebd., S. 734.
- 133 Gutachten Bürger-Prinz vom 5.5.1949, Personalakte Walter Hecht, LArchSH, Abt. 811\_33531
- 134 Vermerk vom 11.7.1953, Personalakte Hecht, a. a. O.
- 135 Vermerk vom 2.9.1966, Personalakte Hecht, a. a. O.
- 136 Gutachten Bürger-Prinz vom 8.3.1966, Personalakte Hecht, a. a. O.
- 137 Vermerk vom 17.2.1968, Personalakte Hecht, a. a. O.
- 138 Siehe Biografie Hecht, in: de Lorent 2017, S. 739f.
- 139 Josef Marein: Die Angst vor der Schlangengrube, ZEIT Nr. 47/1950 vom 23.11.1950.
- 140 Ursula Büttner: Fritz Valentin. Jüdischer Verfolgter, Richter und Christ. Eine Biografie, Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 66, Göttingen 2017, S. 131.
- 141 Marein 1950, a. a. O.
- 142 „Hamburger Abendblatt“ vom 11.11.1950.
- 143 „Hamburger Abendblatt“ vom 15.11.1950.
- 144 „Hamburger Abendblatt“ vom 14.11.1950.
- 145 „Hamburger Echo“ vom 18.11.1950.
- 146 „Hamburger Echo“ vom 15.11.1950.
- 147 „Hamburger Abendblatt“ vom 14.11.1950.
- 148 Büttner 2017, S. 137.
- 149 „Hamburger Abendblatt“ vom 7.12.1950.
- 150 „Hamburger Abendblatt“ vom 14.11.1950.
- 151 Marein 1950, a. a. O.
- 152 „Hamburger Abendblatt“ vom 8.12.1950.
- 153 Siehe dazu: Büttner 2017, S. 133ff.; und: [www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/corten-martin-heinrich](http://www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/corten-martin-heinrich)
- 154 Der SPIEGEL 45/1950, S. 36.

- 155 Bürger-Prinz 1971, S. 208.
- 156 Büttner 2017, S. 139.
- 157 Klee 2013, S. 252.
- 158 Klaus-Detlev Godau-Schüttke: Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben, Baden-Baden 2010.
- 159 Hippus, Holdorff, Schliack 2006, S. 44.
- 160 Bürger-Prinz an den Rektor der Universität am 8.4.1961, Personalakte a. a. O.
- 161 Ebd.
- 162 Ebd.
- 163 Stenografischer Bericht über die Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Prof. Heyde/ Dr. Sawade) des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 29.4.1961, S. 218–230, hier 220–223. Zitiert nach Pfäfflin et.al. 1989, S. 340.
- 164 Pfäfflin et.al. 1989, S. 340f.
- 165 Schreiben von Bürger-Prinz vom 9.5.1961, Personalakte a. a. O.
- 166 Ebd.
- 167 Ebd.
- 168 Zitiert nach Quellenangabe von Pfäfflin et.al. 1989, S. 341.
- 169 Ebd.
- 170 Pfäfflin et.al. 1989, S. 342.
- 171 Pfäfflin et.al. 1989, S. 343.
- 172 Pfäfflin et.al. 1989, S. 344.
- 173 Pfäfflin et.al. 1989, S. 345.
- 174 Roth 1984, S. 135.
- 175 Ben Witter: Spaziergänge: mit Hans Bürger-Prinz vor der Psychiatrie, ZEIT 34/1967.
- 176 Ebd.
- 177 Ebd.
- 178 Bürger-Prinz 1971, S. 220.
- 179 Siehe dazu die Biografie von Klaus Waller: Paul Abraham. Der tragische König der Operette, Witten 2014.
- 180 Waller 2014, S. 178
- 181 „Hamburger Abendblatt“ vom 12.5.1956.
- 182 Ebd.
- 183 Waller 2014, S. 184.
- 184 Ebd.
- 185 Waller 2014, S. 186.
- 186 Sammet 2006, S. 70.
- 187 Zitiert nach: Hippus, Holdorff, Schliack 2006, S. 52.
- 188 Bürger-Prinz, „Menschlich gesehen“, „Hamburger Abendblatt vom 2./3.3.1958.
- 189 „Die Welt“ vom 16. November 1967.
- 190 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2.2.1976.
- 191 „Die Welt“ vom 2.2.1976.
- 192 „Bild“ vom 31.1.1976.



## Resonanz auf Täterprofile Band 2

### Grußwort von Senator Ties Rabe

zur Buchvorstellung „Täterprofile. Band 2“ von Dr. Hans-Peter de Lorent  
(Stadtteilschule Am Hafen, 7. Juni 2017)

„Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“

Viele von Ihnen werden diese Sätze kennen. Es ist der oft zitierte Beginn des Romans „Kindheitsmuster“ von Christa Wolf.<sup>1</sup>

„Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen.“

Mit diesen Worten verweist Christa Wolf auf die historische Kontinuität, in der wir stehen, und dass diese Kontinuität immer auch in die Gegenwart hineinwirkt. Das Vergangene, das ist immer Licht und Schatten. Mit beidem, mit dem Licht und mit den Schatten der Vergangenheit, haben wir uns auseinanderzusetzen. Wir können uns unsere Geschichte schließlich nicht aussuchen. Auch ein „Schlussstrich“ lässt sich von uns nicht ziehen, und dies trifft ganz besonders für die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland zu, die Hans-Peter de Lorent in den „Täterprofilen“ in den Blick nimmt.

„Wir trennen es [das Vergangene] von uns ab und stellen uns fremd.“

Dieser zweite Satz des Zitats steht nach meinem Verständnis für den Versuch vieler Menschen, einen Teil der individuellen oder kollektiven Geschichte zu verdrängen – jenen Teil nämlich, der sich im Rückblick als unangenehm, als belastend und für viele wohl auch als beschämend erweist. Aber Verdrängen hilft hier nicht wirklich: Durch Verdrängen wird Geschehenes nicht ungeschehen.

Uns allen ist, so denke ich, klar, dass die Zeit, um die vor allem es in den „Täterprofilen“ geht, bis heute nicht „vergangen“ ist:

Sei es, dass ausländische Politiker – mit welchen Motiven auch immer – uns an die NS-Vergangenheit Deutschlands erinnern.

<sup>1</sup> Der erste der beiden zitierten Sätze („Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen.“) stammt im Original allerdings aus einem Roman des amerikanischen Schriftstellers William Faulkner (Requiem für eine Nonne, 1951).

Sei es, dass wir selbst diese Zeit in den Blick nehmen, beispielweise beim Gedenken an die Opfer.

Oder sei es, dass wir uns in Politik und Gesellschaft mit Rechtspopulisten, mit Rechtsradikalen, mit Gruppen wie den „Identitären“, den so genannten „Reichsbürgern“ und anderen auseinandersetzen haben, deren Resonanzraum stets auch die jüngere deutsche Geschichte ist.

Es gibt also Gründe dafür, dass wir uns auch heute noch mit der Zeit des so genannten „III. Reichs“ befassen und befassen müssen. Wir haben, um noch einmal mit Christa Wolf zu sprechen, letztlich gar keine Chance, „uns fremd zu stellen“ und so zu tun, als ginge uns diese Zeit nichts mehr an.

Nun geht es bei uns Nachgeborenen nicht mehr um die Auseinandersetzung mit individueller, mit persönlicher Schuld im rechtlichen Sinne. Sehr wohl jedoch muss es uns ein Anliegen sein, die Opfer des NS-Terrors vor dem Vergessen zu bewahren, wie wir dies z. B. kürzlich erst mit der Einweihung des Gedenkortes Hanoverscher Bahnhof in der Hafencity getan haben.

Das Gedenken an die Opfer führt aber quasi automatisch auch dazu, die Täter in den Blick zu nehmen. Und hier nun es geht darum, zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, dass Menschen, ein jeder an seinem Platz, als Räder in einem Getriebe funktionierten und eine Maschinerie am Laufen hielten, die am Ende zu Weltkrieg und millionenfachem Mord führte. Beides ist wichtig – das Gedenken und das Verstehen. Und damit komme ich zu Hans-Peter de Lorent und dem heute vorzustellenden Buch: Zu beidem, zum Gedenken und zum Verstehen, tragen Sie, Herr de Lorent, mit den „Täterprofilen“ bei, und deshalb ist die Arbeit, die Sie hier geleistet haben, so wertvoll.

Das Ende des Nationalsozialismus in Deutschland liegt inzwischen mehr als 70 Jahre zurück. Und dennoch bestimmen die Jahre 1933 bis '45 den politischen und gesellschaftlichen Diskurs bis heute in einem Maße wie keine andere Phase unserer Geschichte. Zugleich sind gut 70 Jahre viel Zeit, so könnte man meinen, um die Geschichte des „III. Reichs“ und seiner Folgen umfassend aufzuklären. Und angesichts einer kaum überschaubaren Zahl an Büchern, an Filmen und anderem müsste es eigentlich ein wenig überraschen, dass sich noch immer nicht oder wenig Bekanntes zutage fördern lässt. Und doch ist es so. Die „Täterprofile“ zeigen uns, dass es immer noch Neues zu entdecken gibt.

Seit vielen Jahren schon forscht und publiziert Hans-Peter de Lorent zu Personen, die im Hamburg der Jahre '33 bis '45 und danach in Schulen unterrichtet, Schulen geleitet, Schulen verwaltet oder beaufsichtigt oder auch Lehrerinnen und Lehrer aus- und fortgebildet haben. Nunmehr liegt eine umfassende Zusammenchau seiner Recherchen in zwei – wie ich gestehen muss – etwas beängstigend

dicken Bänden vor. Ihre Veröffentlichung wurde auf vielfältige Weise von unserer Landeszentrale für politische Bildung unterstützt, an die an dieser Stelle mein Dank geht.

Band 1 der „Täterprofile“ ist, wie Sie wissen, bereits im vergangenen Jahr erschienen. Heute nun ist der zweite Band zu würdigen, der noch einmal Biographien von – wenn ich richtig gezählt habe – 51 Personen umfasst. Wieder geht es um Männer – und wenige Frauen –, die in der Zeit des „III. Reiches“ in unterschiedlicher Weise für Schule Verantwortung trugen. Und dabei wurden sie zu Tätern, haben Schuld auf sich geladen – moralisch, oft aber auch im rechtlichen Sinne. Viele von ihnen hinderte dies allerdings nicht daran, auch nach dem Ende der NS-Herrschaft weiter in Hamburg zu unterrichten, Schulen zu leiten oder Politik zu gestalten. Und manchem von ihnen glückte dabei sogar eine beachtliche Karriere.

Nun erwarten Sie sicher nicht von mir, dass ich im Einzelnen auf alle 51 Porträts eingehe. Sie hätten danach ja auch keinen Grund mehr, das Buch selbst in die Hand zu nehmen. Gerne will ich aber eine Person exemplarisch etwas näher betrachten, und dies ist Walther Machleidt.

Wie Sie wissen, habe ich als Lehrer einige Jahre am Bergedorfer Luisengymnasium unterrichtet. Und so blieb ich bei der Lektüre am Porträt Machleidts ‚hängen‘, weil sich hier eine Art biographischer Bezug ergab: Walther Machleidt leitete von 1933 bis 1935 die damalige Luisenschule.

Diese Person erschien mir auch deshalb interessant, weil Machleidt wohl kein prototypischer Nazi war wie viele andere, die uns in den „Täterprofilen“ begegnen. Aber auch an seiner bisweilen widersprüchlichen Biographie lässt sich erkennen, wie das System der Nazis funktionierte.

Wer also war Walther Machleidt?

Machleidt, Jahrgang 1900, besucht unter anderem die Hansa-Schule in Bergedorf, an der er Anfang 1918 die Reifeprüfung ablegt. Danach, obwohl schon in Tübingen zum Lehramtsstudium eingeschrieben, leistet er ab Juli 1918 noch Kriegsdienst. Und von Mai bis September 1921 beteiligt sich Machleidt als Freikorps-Angehöriger an den Kämpfen im Rahmen des so genannten „Polenaufstands“ in Oberschlesien. Zurück im Studium, folgen in den Jahren 1923, 1924 und 1925 Promotion, Staatsexamen und pädagogisches Assessorexamen. Im September 1925 wird er dann Lehrer am Wilhelm-Gymnasium.

Sein vor allem nationalistisches Denken sieht Machleidt offenbar als hinreichend affin zur NS-Ideologie. Nachdem die Nazis die politische Macht in Deutschland erlangt haben, tritt er zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Seine Gesinnung stellt er als Mitglied einer Kommission unter Beweis, die die Schulbüchereien der höheren Schulen Hamburgs zu überprüfen hat. Die Kommission schlägt vor, dass die Bücher

von Autoren wie Joseph Conrad, Alfred Döblin, Stefan Zweig, Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Heinrich Heine umgehend bei der Landesschulbehörde abzuliefern seien. Und wörtlich zitiert de Lorent den Vorschlag der Kommission: „Diese Schriften werden in nächster Zeit öffentlich verbrannt.“

Im Juli 1933 wird Walther Machleidt zum Leiter der Luisenschule in Bergedorf ernannt. Er bleibt dies allerdings nur bis Ende März 1935, wird dann wieder abberufen und als stellvertretender Schulleiter an das Realgymnasium Curschmannstraße versetzt. Als Grund seiner Ablösung vermutet de Lorent eine Intrige von Parteigenossen. Nach deren Einschätzung habe Machleidt an seiner Schule nicht stramm genug die nationalsozialistische Sache vertreten, da er zugleich auch bekennender Christ gewesen sei.

Machleidt indes wehrt sich gegen seine Versetzung. So teilt er dem damals zuständigen Kultursenator Wilhelm von Allwörden in einem Beschwerdebrief mit, selbstverständlich könne er zugleich Christ und Nationalsozialist sein. Aber das Bekenntnis zum Nationalsozialismus ändert nichts an seiner Abberufung. 1937 muss er auch die stellvertretende Schulleitung in der Curschmannstraße abgeben; er wird nun Studienrat an der Oberrealschule Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer. 1940 schließlich wird Machleidt zum Kriegsdienst eingezogen. Er verstirbt am 15. September 1942 im lettischen Riga an den Folgen eines Unfalls.

De Lorent beschreibt Walther Machleidt als einen Mann, der versuchte, seine politische Gesinnung mit einem nicht nur privat, sondern gerade auch im Schuldienst gelebten evangelischen Christentum zu verbinden. Dass es ihm auch mit dem Nationalsozialismus ernst war, haben zumindest einige der Bergedorfer Parteigenossen bezweifelt. Uns Nachgeborenen hingegen erscheint es in der Rückschau wohl eher eigentümlich, wie jemand auf die Idee kommen konnte, eine offen menschenfeindliche, rassistische und bewusst ausgrenzende Ideologie mit dem Bekenntnis zu einem Glauben zu verbinden, dessen zentrale Botschaft die der Nächstenliebe ist. Dennoch schien Machleidt der Ansicht zu sein, dies sei möglich. Ob er den grundlegenden Widerspruch zwischen beiden Haltungen nicht sehen konnte oder wollte, lässt sich aus der biographischen Skizze allerdings nicht erkennen.

So viel also zu Walther Machleidt, der hier pars pro toto für die „Täterprofile“ des zweiten Bandes stehen soll. Jenseits dieser Betrachtung einer einzelnen Person lassen sich die Biographien insgesamt lesen als ein Stück historischer Aufklärung, an der auch heute noch und immer wieder neu zu arbeiten ist. Hans-Peter de Lorent nimmt Menschen in den Blick, die als Parteigänger der Nazis im Schulwesen Verantwortung trugen. Indem er dies tut, verweist er zugleich auf die Mechanismen von Macht und Herrschaft und zeigt, wie das NS-System funktionieren konnte durch viele einzelne Personen, die, jede für sich, in dessen Sinne handelten. Deutlich wird,

was eine Ideologie anrichten kann, bei der Menschen-, Kultur- und Bildungsfeindlichkeit zum Wesenskern gehörten, und was diese Ideologie mit den Institutionen „macht“, in denen sie wirksam wurde.

Bekanntlich blieb der Einfluss der Nazis nicht auf die Schulen im engeren Sinne beschränkt. Sehr rasch hatten sich die neuen braunen Machthaber auch die Schulaufsicht und die sonstige Verwaltung untertan gemacht. Und so finden sich unter den Porträtierten nicht nur Lehrer und Schulleiter, sondern auch Schulräte und andere in hochrangiger Verwaltungsfunktion. Viele waren Nazis bereits vor dem 30. Januar 1933, an dem Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war. Andere bekannten sich erst danach zur nationalsozialistischen Ideologie wie der von mir beschriebene Walther Machleidt. Mancher war wohl ‚nur‘ das, was man nach dem Ende des braunen Spuks beschönigend als Mitläufer bezeichnete. Aber alle trugen sie auf ihre Weise dazu bei, das nationalsozialistische Unrechtssystem am Laufen zu halten bis zu dem uns allen bekannten Ende.

In den „Täterprofilen“ zeigt sich, dass Nazis und ihre Sympathisanten in Schule und Schulverwaltung nahezu überall zu finden waren – vom Lehrer bis zum Schulleiter, vom Schulaufsichtsbeamten bis zum Senator. Wir lesen, wie sie agierten und welche Folgen dies für ihr Umfeld hatte. Wir erkennen: Macht, die einem durch ein Amt gegeben ist, kann dazu ‚verführen‘, sie auch zum Schaden Anderer einzusetzen. Wir sehen, dass die NS-Indoktrination auch deshalb funktionierte, weil es Parteigänger auf allen Ebenen gab – fanatische Nazis, Mitläufer, Angepasste, vielleicht auch einige Ängstliche, die sich durch eine Mitgliedschaft in der NSDAP ‚nur‘ absichern wollten. Viele akademisch gebildete Menschen waren unter ihnen, und man fragt sich beim Lesen immer wieder ein wenig fassungslos, wie es passieren konnte, dass ab 1933 so schnell Rassismus und Chauvinismus Einzug in Klassenzimmer und Amtsstuben hielten – in einem Umfeld, in dem „Bildung“ zum namensgebenden Programm gehört. Bildung alleine scheint also nicht auszureichen, um zu immunisieren gegen Unmenschlichkeit und Gleichgültigkeit am Schicksal Anderer. Auch dies macht natürlich nachdenklich.

Was lässt sich noch sagen zu den „Täterprofilen“?

Zunächst einmal: Mit den beiden Bänden werden wir im Sinne klassischer Geschichtsschreibung informiert über Vorgänge in Schule, Schulverwaltung und Schulpolitik in Hamburg zur Zeit des „III. Reiches“. Man erfährt, wie Dinge sich entwickelt, wie Menschen gehandelt haben – in dieser Zeit und vielfach auch danach. Aber das ist natürlich nicht alles. Und ich bin sicher, man würde Ihnen, lieber Herr de Lorent, auch Unrecht tun mit der Vermutung, dass Ihr primäres oder gar Ihr einziges Ziel gewesen wäre zu zeigen, wie es war. Und es dabei zu belassen. Wer Hans-Peter de Lorent kennt, weiß, dass es ihm immer auch darum geht, eine Bot-

schaft für Gegenwart und Zukunft zu vermitteln. So viel aufklärerischen Impetus darf man wohl unterstellen, ohne Ihnen zu nahe zu treten ...

Die „Täterprofile“ bieten nicht nur die Gelegenheit, sich aus historischer Sicht mit einem Feld zu befassen, in dem sich heute auch die meisten von uns beruflich bewegen. Zugleich regen sie zu Fragen an. Auf die folgen aber möglicher Weise unangenehme Antworten und Einsichten: Wie kam es, dass sich damals so schnell eine Mehrheit der Deutschen mit einer menschenverachtenden, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologie identifizierte? Könnte Ähnliches heute wieder passieren? Und falls ja: unter welchen Voraussetzungen?

Nun sei hier vor einfachen Analogien gewarnt. Es heißt ja, und das zu Recht: „Geschichte wiederholt sich nicht.“ So einfach ist es sicher nicht. Es ist für uns heute kaum vorstellbar, noch einmal so etwas wie „1933“ mit den Folgen zu erleben, wie sie die NS-Herrschaft hervorgebracht hat.

Aber es müsste nicht gleich so schlimm kommen, um dennoch unerträglich zu werden. Sind wir als Demokratinnen und Demokraten heute stark genug, uns populistischen Einflüsterern entgegenzustellen mit ihren einfachen Antworten auf komplexe Fragen? Nehmen wir Zeichen der Zeit wahr, wehren wir den Anfängen? Stehen wir alle, die wir, an welcher Stelle auch immer, Verantwortung tragen, stets in hinreichendem Maß auch im Alltag, auch im Kleinen sozusagen, für Demokratie als Lebensform ein?

Natürlich sind diese Fragen rhetorisch, und ich werde Ihnen hier nun auch keine Antworten oder gar Rezepte anbieten, was sich vielleicht noch besser machen ließe im Umgang mit den Gegnern unserer demokratischen Lebensart. Aber die Fragen machen anschaulich, zu welchen Gedanken die Lektüre der „Täterprofile“ anregen kann. Und dass es schon deshalb lohnt, in den beiden Bänden zu lesen: Wir erfahren hier nicht nur etwas über ein Stück wenig erfreulicher Vergangenheit, die es gleichwohl als Teil unserer Geschichte anzunehmen, zu reflektieren und zu verarbeiten gilt. Und wir werden zugleich auch angeregt, über Gegenwart und Zukunft nachzudenken. Und das ist, so glaube ich, nicht das Schlechteste, was sich über ein Buch sagen lässt: Dass es zum Nachdenken über unsere Zukunft anregt.

In diesem Sinne wünsche ich den „Täterprofilen“ viele Leserinnen und Leser.



Senator Ties Rabe und Hans-Peter de Lorent stellen den zweiten Band der „Täterprofile“ vor.

## Medien und Rückmeldungen

Hamburger Abendblatt, 3.6.2017

### DER TIEFE FALL EINES ANGESEHENEN PÄDAGOGEN

Von Peter Ulrich Meyer

Hans-Peter de Lorent zeichnet in „Täterprofile“ die Nazi-Laufbahnen von Hamburger Lehrern nach. Einer von ihnen ist Walter Bärsch

Die kleine Stichstraße zwischen Alsterkrugchaussee und Obenhauptstraße in Groß Borstel trägt seinen Namen: Walter-Bärsch-Weg. Der angesehene Lehrer, Schulleiter, Oberschulrat und Professor für Sonderpädagogik an der Uni Hamburg war viele Jahre lang Mitglied im Hauptvorstand der traditionell linken Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Bärsch, Jahrgang 1914, eine bundesweit wahrnehmbare Stimme für die Rechte besonders der benachteiligten Kinder, war zunächst Präsident und zuletzt Ehrenpräsident des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB).

Vor zwei Wochen beschloss die Mitgliederversammlung des DKSB folgende Erklärung: „Walter Bärsch hat seine besonders aktive Unterstützung der Ziele des Nationalsozialismus vehement verleugnet und sowohl den Verband als auch die Öffentlichkeit darüber getäuscht und seine Vergangenheit verschleiert.“ Bärsch, der 1996 starb, wird nun nicht mehr als Ehrenpräsident des Kinderschutzbundes geführt.

Ein tiefer, wenn auch posthumer Fall. Was war geschehen? „Erschütternd, eine persönlich schockierende Erfahrung“, nennt Hans-Peter de Lorent den Fall Walter Bärsch. De Lorent, pensionierter Leitender Oberschulrat, Ex-GEW-Chef und früherer Grünen-Politiker, hat die verborgene Lebensgeschichte des Pädagogen für den zweiten Band seiner „Täterprofile – Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945“ gründlich recherchiert.

De Lorent hat die NS-Akte von Bärsch eingesehen – er war seit 1934, damals noch Schüler, Mitglied der Nazi-Partei, hatte dies aber stets bestritten. Er war seit 1933 Mitglied der SS und stieg dort bis zum „Untersturmführer“ auf. De Lorent hat die „SS-Sippenakte“ des späteren Pädagogen studiert, der stets behauptet hatte, nur Mitglied der Hitler-Jugend gewesen zu sein. Besonders bizarr ist Bärschs Legende, er sei 1943 an der Prager Karls-Universität im Fach Psychologie promoviert worden. Wie der Hamburger Historiker Bodo Schümann herausfand, den de Lorent zitiert, existieren keine Unterlagen oder Informationen über die Promotion von Bärsch im Archiv der Universität, das im Zweiten Weltkrieg unzerstört blieb.

„Die Vergangenheit ist eben nicht vergangen“, sagt de Lorent – auch für ihn, der Bärsch sehr gut kannte, war der Pädagoge eine „moralische Instanz“. In seinem

Buch fragt de Lorent: „Welche Belastung muss das über all die Jahre gewesen sein, seine Lebensgeschichte auf mehr als einer Lüge aufzubauen?“

Wie schon der erste Band ist auch der zweite ein sehr umfangreiches Werk mit mehr als 800 Seiten. De Lorent hat die Biografien von 50 Lehrern, Schulleitern und leitenden Beamten der Schulbehörde nachgezeichnet – manche überzeugte Nazis, andere eher Mitläufer um der Karriere willen. Ein besonderes Augenmerk legt der Autor auf die Zeit nach 1945, die trickreichen Bemühungen mancher Verstrickter, sogenannte „Persilscheine“ zu erlangen, und die ausgesprochen laxen Praxis der Entnazifizierungsverfahren.

De Lorent urteilt nicht von der moralisch hohen Warte der später Geborenen. „Wissenschaft ist Klugheit im Nachhinein“, sagt er, der dennoch von einer „unvollendeten Entnazifizierung“ spricht. Das Thema ist längst zur Lebensaufgabe für den pensionierten Lehrer geworden, der seit 30 Jahren in Archiven forscht und mit vielen Zeitzeugen sprach. Die „Täterprofile“ erscheinen in der Landeszentrale für politische Bildung und kosten drei Euro.

**Hamburger Wochenblatt 25/2018**

**NEUER NAME FÜR WALTER-BÄRSCH-WEG?**

**Geehrter Pädagoge hatte NS-Vergangenheit**

**Von Christian Hanke**

Groß-Borstel. Muss der Walter-Bärsch-Weg zwischen Obenhauptstraße und Alsterkrugchaussee umbenannt werden? Die Grünen in Hamburg-Nord fordern: ja.

Recherchen über den Namensgeber, den verdienten Groß-Borsteler Pädagogen Walter Bärsch (1914–1996), der zehn Jahre, 1981–1991, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes war, haben ergeben, dass Bärsch 1933 in die SS und 1934 in die NSDAP eingetreten war, diese Mitgliedschaften aber sein Leben lang verschwiegen hatte. Erst nach seinem Tod wurde seine Nähe zum NS-Regime bekannt.

Die Grünen haben jetzt eine Anfrage zum Leben von Walter Bärsch an den Senat gestellt. Michael Werner-Boelz, der Vorsitzende der Grünen-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, hat sich bereits klar positioniert: „Ehrungen, wie es auch die Benennung einer Straße darstellt, lassen sich nur aufrecht erhalten, wenn das gesellschaftliche Wirken der so Geehrten sich mit den Wertevorstellungen einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft vereinbaren lassen. Mitgliedschaften in SS und NSDAP gehören dazu sicherlich nicht.“ Der Pädagoge und Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen (1997–2001) Hans-Peter de Lorent hatte Bärsch in seine, im vergangenen Jahr erschienenen, „Täterprofile“ aufgenommen, eine



Sammlung von Biografien von NS-belasteten Pädagogen. Dort kann die Laufbahn von Walter Bärsch nachgelesen werden. Der Pädagoge, der sich im Nachkriegsdeutschland einen Namen als Anwalt der Schüler, insbesondere der „schwierigen“, gemacht hatte, und deshalb gerade im linken Spektrum hoch geschätzt wurde, engagierte sich ab 1937 im Nationalsozialistischen Studentenbund. 1939 bescheinigte ihm sein SS-Gruppenführer, dass seine Einstellung zur nationalsozialistischen Weltanschauung „klar und eindeutig“ sei. Schon bei seiner Entnazifizierung 1949 machte Bärsch falsche Angaben, was ihm seine Pädagogenkarriere in der Bundesrepublik ermöglichte.

Ob der Walter-Bärsch-Weg umbenannt werden soll oder nicht, wird Groß-Borstel diskutieren. Dem verheimlichten Nationalsozialisten steht ein anerkannter Pädagoge der Nachkriegszeit gegenüber, für viele seiner Weggefährten eine „moralische Instanz“.

### **Nachdenkseiten der Schulpsychologie**

**EIN BLOG FÜR SCHULPSYCHOLOGIE UND BILDUNG von Jürgen Mietz**

**Befreit die Ideologie der Optimierung von einer Erörterung ethischer Fragen?**

**Schiefe Ebenen oder alles im Lot?**

Wohl keine Psychologin, kein Psychologe, kein Berater, keine Beraterin im Arbeitsgebiet der sozialwissenschaftlich fundierten Beratung würde vermutlich sagen, dass es ethischer Grundlagen in der Beratungsarbeit nicht bedürfe.

Wenn man sich anschaut, wie häufig und wie intensiv ethische Grundlagen der Beratungsarbeit diskutiert oder gar schriftlich behandelt werden, könnte man zu dem Schluss gelangen, es bestünden überhaupt keine Probleme, es gebe keinen Anlass zur Sorge. Dass dem nicht so ist, will ich weiter unten kurz darlegen.

Vermutlich hat die Abwesenheit ethischer Debatten damit zu tun, dass wir es gewohnt sind, ethische Dilemmata oder Konflikte in Verbindung mit den Monstrositäten des Nationalsozialismus oder der Stasi zu sehen; deren Charakter des Einmaligen und Vergangenen wird zudem in der Regel betont – und damit wird, beabsichtigt oder nicht, hervorgehoben, wie gut und gerecht es doch bei uns zugehe. Tatsächlich: So geht es bei uns nicht zu.

Dabei wird gern übersehen, dass es „damals“ „schiefe Ebenen“ gab, die man nicht als Beginn einer rasenden Talfahrt sehen wollte. Wegschauen, Gelegenheit der Karriere, Glaube an Technik und Vermessbarkeit des Menschen ergaben eine Melange, die in die Inhumanität führte. Schließlich gab es kein Halten mehr. Jede Gegenwehr schien zwecklos oder lebensgefährlich.

## **Täterprofile. Zwei starke Veröffentlichungen von Hans-Peter de Lorent**

In kleinem Maßstab habe ich das mit der Geschichte von Hans Lämmermann, dem Mann der als erster Schulpsychologe Deutschlands gilt, herauszuarbeiten versucht. Sehr viel präziser und fundamentaler gelingt es Hans-Peter de Lorent Motive, Verirrungen und Verführungen wichtiger Personen zu beschreiben. Er hat zwei (im wahrsten Sinne des Wortes) schwere Bände mit »Täterprofilen« bei der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg, herausgebracht. Auf jeweils fast 900 Seiten schildert der Autor Lebenswege und Entscheidungen von „Tätern“.

- Band 1: Täterprofile: Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, Hamburg 2016

- Und Band 2: Täterprofile: Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945, Hamburg 2017

Im zweiten Band sind zwei Personen vertreten, die von psychologischem Interesse sind, die bundesweit bekannt waren und Einfluss hatten. Da ist Walter Bärsch, der unter anderem die Hamburger Schülerhilfe leitete, Professor der Erziehungswissenschaften und hoch angesehen war. Und da ist von Professor Peter R. Hofstätter die Rede, bis 1968 tätig am Psychologischen Institut der Universität Hamburg und Ziel studentischer Proteste in den 1960er Jahren.

Beide Biografien und viele andere mehr in den zwei Bänden geben Anlass zu der Frage, wie die Voraussetzungen persönlicher, institutioneller und gesellschaftlicher Art sein mögen, um sich für den Weg der Inhumanität, des Wegschauens, der Liebedienerei und der Duckmäuserei zu entscheiden. Und was es so schwer macht, sich für einen humanen, demokratischen Weg zu entscheiden. Wie ist zu erkennen, dass eine abschüssige Bahn angelegt ist? Was kann Menschen widerstandsfähig machen und bereit, sich gegen erste Zeichen der Inhumanität zu wehren? Immer wieder führt das zu der Frage: Wie hätte ich mich verhalten? Wie wären meine Entscheidungen gewesen und wie ist es mit meiner Entscheidungsfähigkeit bestellt?

<https://schulpsychologie.wordpress.com/tag/walter-baersch/>

## **Pädagogik 2/2018**

Hans-Peter de Lorent (2016 und 2017): Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz. und Täterprofile II. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945. Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung. 808+868 S., gegen eine gesonderte Bereitstellungspauschale von je 3 Euro erhältlich oder auch als Download

(6,8+13,6 MB). – In sorgfältig recherchierten Berichten wird deutlich, wie viele Pädagogen in den Nationalsozialismus verstrickt waren und dennoch nach 1945 weiter im Schuldienst tätig sein konnten. – Eine erdrückende Aufklärung.



Gerhard Schumacher

**Betr.: Biografie Gerhard Schumacher (S. 678 ff.) und Peter R. Hofstätter (S. 742 ff.) in „Täterprofile“ Band 2**

Lieber Hans-Peter,  
eigentlich dachte ich meine (leidvollen) Erfahrungen mit dem Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, insbesondere mit Dr. Schumacher gehörten der Vergangenheit an. Ich habe das Gymnasium von 1960–1964 besucht.

Deine TÄTERPROFILE lösen gleichsam ein Déjà-vu-Erlebnis aus, scheinbar längst Vergessenes wird wiederbelebt.

Vorausgeschickt sei, ich hege keinerlei „Rachegefühle“ gegenüber Dr. Schumacher, möchte dennoch einige sehr persönliche, subjektive Eindrücke wiedergeben.

Du erwähnst, dass Du als Betroffener, der Dr. Schumacher als Schüler kennengelernt hat, besonders sorgsam mit Bewertungen umzugehen hast, das gebiete der wissenschaftliche Anspruch Deines Buches. Ich hingegen nehme für mich in Anspruch meine subjektive Sicht darzulegen.



Peter R. Hofstätter

Sein Vergessen, sein Nichterinnern muss meines Erachtens nicht unbedingt strategisch begründet sein, sondern kann als Verdrängung, sogar als Amnesie beschrieben werden. Dabei geht es auch um verharmlosende, verräterische und angepasste Sprache.

Besonders interessant erscheinen mir pädagogische Charakterisierungen, z. B. er sei aufgeschlossen gewesen für die Nöte seiner Jungen, habe auf äußerliche Maßnahmen verzichtet. Er sei ein pädagogisch treffsicherer Mensch gewesen, er habe Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Diskussion erledigt.

Mit Verlaub, diese wohlwollenden Charakterisierungen waren für mich, zu meiner Schulzeit am AvH nicht mehr nachvollziehbar, wenn sie denn jemals gestimmt haben. Dr. Schumacher überprüfte nicht nur die Haarlänge, der ihm anvertrauten Schüler, nein, er neigte auch dazu, an Haaren in schmerzhafter Weise zu ziehen. Fünftklässler „lernten“ einen Diener bis zum Boden zu machen.

Er übte psychische und physische Gewalt aus. Das war für betroffene Schüler

schmerzhaft und entwürdigend, aber es mag „treffsicher“ gewesen sein.

Meinen persönliche „Fall“ möchte ich nur andeuten. Trotz Aushandlung u. a. mit meinem Vater und meinem damaligen Klassenlehrer Gildhoff, der danach von mir erfüllten leistungsmäßigen und disziplinarischen Kriterien, erfolgte der Schulverweis. Zu der Zeit habe ich im Kollegium des AvH keine „angry young men“ gesehen die für mich in irgendeiner Weise aktiv geworden wären. Ich erlebte das Kollegium eher als subaltern, es folgte in der Regel dem „Chef“.

Mir fiel und fällt es also schwer, Dr. Schumacher als einen geläuterten Menschen zu sehen, bestimmte negative Persönlichkeitscharakteristika scheinen seinen pädagogischen Werdegang zu bestimmen.

Ich habe bei Prof. Hofstätter ein Semester Sozialpsychologie studiert, bei Erwerb meines Diploms prüfte er mich im Fach Sozialpsychologie.

Er wirkte auf mich selbtherrlich bis hin zur Arroganz, gleichzeitig erlebte ich ihn als charismatische Persönlichkeit. Er war befähigt, auch mit Widerständen souverän umgehen zu können. Das relativiert m. E. in keiner Weise seine Verstrickungen und seine Schuld.

Nicht verifizierbar ist für mich, dass er in den siebziger Jahre an einem Forschungsprojekt zur „Camera silens“ beteiligt sein sollte.

Zum langen Schluss möchte ich aus dem SPIEGEL/HOHLSPiegel vom 2.2. 1970 zitieren. Es handelt sich um eine Arbeit zum experimentalpsychologischen Praktikum bei Hofstätter, die ich mit zu verantworten hatte.

„Psychologie-Studenten der Hamburger Universität, die am ‚experimentalpsychologischen Praktikum‘ von Professor Hofstätter teilnehmen mußten, machten zum ‚Erwerb einer Bescheinigung über dieses Praktikum‘ eine wissenschaftliche Umfrage zur ‚Beurteilung des intelligenten beziehungsweise sympathischen Ausdrucks von schematisierten Gesäßen‘. Anhand von 16 Skizzen erforschten die Studenten, die über Hofstätters Untersuchungen mit schematisierten Gesichtern verärgert waren, wie intelligent und sympathisch der jeweilige Gesäßbesitzer den Befragten erscheine. Zusammen mit dem Ergebnis ihrer Umfrage schrieben die Forscher nieder, Hofstätters Seminar ‚ist unserer Meinung nach so sinnlos wie das Experiment selbst‘. Der Professor mußte den Studenten für die erklärte Persiflage einen Seminarschein ausstellen, beschloß jedoch daraufhin, das Seminar aufzugeben.“

Deine „Täterprofile“ haben mich sehr berührt. Deine herausragende wissenschaftliche Arbeit findet hoffentlich einen großen Leserkreis, insbesondere auch bei jungen Menschen.

Herzliche Grüße

Peter Stolt

peterstolt@web.de



Max Klüver

**Betr.: Biografie Max Klüver in „Täterprofile“ Band 2, S. 704 ff.**

Sehr geehrte Frau Bake,  
leider war es mir nicht möglich, die Adresse von Herrn de Lorent herauszufinden, an den ich diese Mail gern direkt gerichtet hätte. Vielleicht ist es Ihnen möglich, sie an ihn weiterzuleiten.

Es ist mir ein Bedürfnis, ihm für sein gründlich recherchiertes Werk „Täterprofile“ zu danken. Ich habe darin einen „Täter“ entdeckt, von dem ich in der Zeit von 1966–68 am Abendgymnasium Hamburg St. Georg in den Fächern Englisch und Gemeinschaftskunde (d. h. Politik/Geschichte) „unterrichtet“ wurde und über dessen Arbeit ich aus meiner Erinnerung als Abendschüler berichten möchte.

Herr de Lorent zitiert in seinem Profil des Oberstudienrates Dr. Max Klüver einen seiner ehemaligen Schüler, Herrn Sielemann, der ebenfalls am Gymnasium St. Georg von Herrn Klüver (vermutlich in der Tageseinrichtung) um 1960/61 unterrichtet wurde. Ich kann die zitierten Erfahrungen von Herrn Sielemann mit Herrn Klüvers Unterricht nur voll bestätigen. Auch ich habe keinerlei fachliche oder pädagogische Qualifikation und Motivation feststellen können. Der Gemeinschaftskunde-Unterricht beschränkte sich auf Wiedergabe einzelner Abschnitte aus einem Lehrbuch durch uns Schüler, die von Herrn Klüver meistens ohne Kommentar abgehört und bewertet wurden. Soweit ich mich erinnere, endete die Geschichte mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung. Die für uns entscheidenden Klassenarbeiten waren ein Lotteriespiel, denn die meisten Fragen wurden im vorherigen Unterricht nicht behandelt und die Bewertungskriterien wurden nicht begründet. Seine Bewertungen erschienen uns nicht nachvollziehbar. Er hat allerdings nie versucht, uns Schüler nationalsozialistisch zu indoktrinieren; allen Lehrinhalten gegenüber war er völlig indifferent. Eigene Stellungnahmen zu uns interessierenden politischen und geschichtlichen Themen gab er nicht ab. Seine Biografie als hoher NS-/HJ-Funktionär, Leiter einer Adolf-Hitler-Schule und hochdekorierter hoher Wehrmachtsoffizier war uns nicht bekannt. Uns Schülern gegenüber zeigte er sich ebenfalls völlig desinteressiert. Ich hatte den Eindruck, dass ihn sein Lehrerberuf insgesamt nicht interessierte und er seinen Unterricht mit dem geringsten Aufwand absolvierte. Im Englischunterricht war es in meiner Erinnerung nicht anders: der Lernfortschritt war annähernd Null, seine eigenen Englischkenntnisse konnte ich nicht beurteilen, da er im Unterricht kaum Englisch sprach und sich der Unterricht überwiegend auf das Lesen, Übersetzen und die Wiedergabe irgendwelcher Texte durch die Schüler be-

schränkte. Imponiert hat uns allerdings seine Promotion im Jahre 1967, die er – wie wir Abendschüler – nebenberuflich absolvierte.

Im Lichte meiner nun über 50 Jahre zurückliegenden Erfahrungen mit Herrn Dr. Klüver sind mir die von Herrn de Lorent wiedergegebenen Beurteilungen seiner Vorgesetzten völlig unverständlich. OSR Brüggemann konstatiert: „Nun steht fest, daß Herr K. ein hochbefähigter Lehrer von überdurchschnittlichen Qualitäten sowohl in fachlicher wie pädagogischer Sicht ist“. Auch sein Schulleiter, Herr Klinge, bescheinigt Herrn Dr. Klüver, dass er „auch zu den Schülern ein gutes Verhältnis gefunden (hat). Er hat Verständnis für ihre besondere Situation und ihre Schwierigkeiten und hilft ihnen, soweit es in seinen Kräften steht.“

Es erschließt sich mir nicht, wie Herr Klinge zu einer solchen Beurteilung kommen konnte: ich kann mich nicht erinnern, dass er jemals zu uns Schülern Kontakt hatte, z. B. den Unterricht besucht hat oder in irgendeiner Weise versucht hat, die Qualität des Unterrichts zu untersuchen und zu bewerten.

Rückblickend betrachtet ist es für mich unbegreiflich, dass Herr Dr. Klüver in der gymnasialen Oberstufe ausgerechnet das Fach Gemeinschaftskunde völlig unkontrolliert unterrichten durfte, gute Beurteilungen trotz des offensichtlichen Fehlens jedes pädagogischen Engagements erhielt und sogar als Fachleiter bei (aus meiner damaligen Schülersicht) nicht erkennbarer fachlicher Qualifikation tätig sein konnte.

Herr Dr. Klüver mag, gemessen an den Maßstäben des NS-Regimes, ein hervorragender Pädagoge, Funktionär und Wehrmachtsoffizier gewesen sein und sich mit größtem Engagement für „seine Sache“ eingesetzt haben. Wie seine Vita zeigt, war er aber unbelehrbar und es ist nachvollziehbar, dass er in keiner Weise motiviert war, die junge Generation für eine demokratische Gesellschaft zu erziehen. Ich wäre gern von einem geeigneten Pädagogen unterrichtet worden!

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie dieses Schreiben an Herrn de Lorent mit meinem Dank weiterleiten könnten. Schulgeschichte aus der Erinnerung „betroffener“ Schülerinnen und Schüler zu schreiben, könnte übrigens ein äußerst spannendes Projekt sein!

Mit freundlichen Grüßen  
Prof. Dr. Peter Gerds  
Fasanenweg 6  
28865 Lilienthal  
peter.gerds2@ewe.net



Armin Clasen



Walter Frahm

**Betr.: Biografien Armin Clasen und Walter Frahm,  
Täterprofile Band 2, S. 550ff. und S. 564 ff.**

Sehr geehrter Herr de Lorent,  
Sie haben Ihre beiden ersten Bücher „Täterprofile“ titu-  
liert. Nach Jacob und Wilhelm Grimm muss eine Person  
etwas getan, ausgeführt oder verrichtet haben, also ak-  
tiv geworden sein, um als „Täter“<sup>1</sup> bezeichnet werden zu  
können. Um „Täter“ aufspüren zu können, müssen ver-  
bindliche Merkmale zur Feststellung aufgelistet werden,  
ob jemand gemessen an diesen Merkmalen ein „Täter“ im  
NS-Reich war. Grolle hat in seinem Geleitwort zum ersten  
Band der „Täterprofile“ finstere NS-Täterschaften aufge-  
listet: „Bespitzelung und Bedrohung, Amtsenthebung und  
Versetzung, Karriereverweigerung und Postenschacher –  
kein Herrschaftsmittel, das nicht eingesetzt wurde. Nicht  
zuletzt agierten Pädagogen in Verwaltung und Schule als  
verlängerter Arm der vor allem gegen Juden gerichteten  
Rassenpolitik.“<sup>2</sup> Sie haben in Ihrer „Einleitung“<sup>3</sup> des er-  
sten Bandes Ihrer „Täterprofile“ vieles geschrieben, auch  
Merkmale angegeben,<sup>4</sup> die möglicherweise nicht „greif-  
bar“ sind, um jedoch dann schlussendlich nicht zu sagen,  
an welchen Merkmalen Sie die „Täter“ messen wollen. Da  
Sie sich an keinem Merkmal für eine Täterschaft orientiert

haben, ist es dann dazu gekommen, dass Sie – nach Ihrer Meinung – angeblich schlechte menschliche Eigenschaften bei Walter Frahm (Karrierebewusstsein, Scheidung, Kontakt zu angeblichen NS-Personen etc.) und bei Armin Clasen (streitbar, zielstrebig, Streben nach Anerkennung, eine kampfbereite, extrovertierte, selbstbewusste und auch eitle Person, falscher Scheidungsgrund) als Grund für eine Einstufung als „Täter“ herangezogen haben. Man hat den Eindruck, dass Ihnen die Argumente für eine „Täterschaft“ ausgegangen sind, sodass Sie auf „Gefühl und

1 Im weiteren Sinn ist ein Täter „eine Person, die etwas thut, ausführt, zur Wirklichkeit bringt, eine That verrichtet oder verrichtet hat.“ Täter ist „im engeren Sinne eine Person, die eine Missethat, ein Verbrechen begangen hat“, Grimm, Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm, Nachdruck des dtv, München 1991, Band 21, T-Treffig, Spalten 316f.).

2 Joist Grolle, Geleitwort, in: de Lorent (2016), Täterprofile 1, Seite 9.

3 De Lorent (2016), Täterprofile 1, Seiten 17 bis 27.

4 Nach de Lorent soll „das wesentliche Kriterium für Schuld und Verstrickung nicht nur die Funktion, das Amt, sondern der Charakter der jeweiligen Person, eine menschenverachtende Haltung, das

Wellenschlag“ zurückgreifen mussten. Sie haben den Nachweis der Täterschaft im engeren Sinn in Bezug auf Armin Clasen, Walter Frahm und Dr. Heinrich Sahrhage (dem Alsterverein im Jahr 1966 beigetretenes Mitglied) nicht erbracht. Insofern wäre die Buchtitulierung „NS-Dabeigewesene“ statt „Täterprofile“ angebrachter gewesen.

In der Erklärung zur Datenbank „Die Dabeigewesenen“ wird geschrieben: „In den vorgestellten Profilen liegt der Fokus auf Handlungen und Einstellungen zum NS-Regime. Privates wird nur erwähnt, wenn es für die Haltung zum NS-Regime von Relevanz ist.“<sup>5</sup> Diesem Auftrag in der Datenbank „Die Dabeigewesenen“, Privates nicht zu erwähnen, sind Sie in Ihren beiden Büchern „Täterprofile“ nicht nachgekommen.

Walter Frahm war mit Sicherheit ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus. War er deshalb auch Täter?

Ich bin derzeit dabei, einen Artikel für das nächste Jahrbuch des Alstervereins mit dem Arbeitstitel „Auseinandersetzung des Alstervereins e.V. mit der nationalsozialistischen Vergangenheit prominenter Mitglieder des Alstervereins“ zu schreiben. Mein Fazit lautet u. a.: „Es ist auffällig, dass ein Ehrenvorsitzender und mindestens sieben Ehrenmitglieder des Alstervereins e.V. Angehörige einer nationalsozialistischen Parteiorganisation waren oder im Fall von Pastor Christian Boeck Verfechter der nordischen Rasse und der NS-Rassenlehre waren. Es bleiben den Lesern das Urteil und die Entscheidung darüber überlassen, ob Armin Clasen und/oder Walter Frahm – gemessen an den Kriterien der „NS-Täterschaft“, wie de Lorent meint – zu den „wichtigsten Personen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz“ zählen. Zweifel sind angebracht. Schulrat Gustav Schmidt schrieb zumindest am 11.9.1945: Clasen „ist nicht mehr und nicht weniger Nationalsozialist gewesen als der Durchschnitt der Lehrer“.<sup>6</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Lohr

Dr. Dr. Axel Lohr

Harvestehuder Stieg 6

20149 Hamburg

E-Mail: axellohr@gmx.de

Ausnutzen von Machtpositionen in der NS-Zeit, Denunziationsverhalten gewesen“ sein. Er selbst spricht die Schwierigkeit an, „Biografien ... nach Schuld, Belastung, Verstrickung, üblem Verhalten, Charakterlosigkeit“ einzuteilen. De Lorent (2016), Täterprofile 1, Seiten 19 ff.

5 Erklärung zur Datenbank „Die Dabeigewesenen“ von Dr. Rita Bake, Dr. Brigitta Huhnke und Katharina Tenti.

6 De Lorent (2017), Täterprofile 2, Seite 558.



Sehr geehrter Herr Dr. Lohr,

Wenn Sie die Biografien über Walter Frahm und Armin Clasen gelesen haben, können Sie nachvollziehen, dass beide als „Dabeigewesene“ durchaus zu bezeichnen sind, als Personen, die der Versuchung, sich gegenüber dem Nationalsozialismus positiv, opportunistisch und auch anbiedernd zu verhalten nicht widerstehen konnten. Sie gehören damit zu den vielen „Heimatforschern“, die eine große Überschneidung auch ideologisch mit dem Nationalsozialismus verband. Sie dienen in den Bänden der „Täterprofile“ als Beispiele dafür, wie weit die Verstrickung im pädagogischen Bereich ging. Sie gehören sicherlich nicht zu denjenigen, die zu den führenden Personen oder entscheidenden Funktionären im Hamburger Bildungswesen gehörten, sondern zu dem „unteren Rand der Verstrickten“. Das ist dabei, glaube ich, auch deutlich geworden. Ich versuche, auch in dem dritten Band, der Anfang nächsten Jahres erscheinen wird, das ganze Spektrum an Beteiligung darzustellen. Dann werden alle wesentlichen Personen, die in erster Linie Verantwortung für die nationalsozialistische Schul- und Bildungspolitik hatten, porträtiert sein. Aber es wird auch deutlich werden, in welche Bereiche hinein Personen nazifiziert worden waren, die in der Weimarer Republik durchaus eine andere Rolle gespielt hatten.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter de Lorent

In einem anderen Fall (siehe „Reaktionen von Familienangehörigen der Porträtierten“, in diesem Band S. 995 ff.) ist darauf hingewiesen worden, was unter der Überschrift „Täterprofile/Biografien“ zu verstehen und gemeint ist:

„Vielmehr wird bereits im Buchtitel aber auch in der Einleitung auf Seite 23 f. des 1. Bandes klargestellt, dass mit ‚Täterprofile‘ keine Straftäter gemeint sind, sondern es um die Darstellung der Biografien von Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen während und nach der NS-Zeit geht. Auch auf Seite 87 wird durch die Überschrift ‚Täterprofile/Biografien‘ deutlich hervorgehoben, dass es dem Autor nicht um eine Kriminalisierung, sondern um die Darstellung der Biografien der untersuchten Persönlichkeiten geht.“

Ebenso heißt es in der Ankündigung für die Buchvorstellung vom 22.6.2016: „Das von Dr. Hans-Peter de Lorent verfasste Buch enthält 52 Biografien und 15 biografische Notizen sowie eine kompakte Darstellung der unvollendeten Praxis der Entnazifizierung in Hamburg und der NS-Personalpolitik im Bildungswesen.“

Sehr geehrter Herr de Lorent,

Dr. Otto Thode ist mein Großvater, der mich 28 Jahre bis zu seinem Tod, gefördert, erzogen etc. hat, mein Vater kam nicht aus dem Krieg zurück. Soweit zur Familiensituation.

Vorab: Ich finde nach wie vor die Auseinandersetzung mit dem „3. Reich“ notwendig, weil wirklich alle Welt begreifen muss, dass derlei Geschehen nie wieder passieren dürften.

Jetzt zu meinem Großvater:

Er war verheiratet mit Mary Dreves (bei Ihnen Meves), der Halbjüdin.

Ich weiß von meiner Mutter, dass sich meine Großeltern während des Krieges, genauer 38, darüber sorgten, wie es weitergehen könne, da mein Großvater bereits damals Anfeindungen in der Schule ausgesetzt war, wieso er mit einer Nicht-Arierin den Posten beibehielt. Scheidung wurde angesprochen, Ausweichen zur engl. Verwandtschaft nach England usw.; der Familienrat (so meine Mutter), die drei damals noch lebenden Kinder (Alter 21, 18 und 17) und meine Großeltern verständigten sich so, auszuharren und das Leben gemeinsam durchzustehen.

Nach dem Krieg sah die Geschichte für meinen Großvater anders aus; „plötzlich“ war er der Nazi schlechthin; dass er 1948/49 rehabilitiert wurde, hat ihm noch einige glückvolle Jahre gegeben. Ich war die ganze Zeit an seiner Seite und habe ihn als sehr liebevollen, sensiblen und klugen Großvater erlebt. Es war schwer, mit ihm das Erlebte (meine Großmutter starb 1946) zu besprechen. Er war Dithmarscher und mit einer dortigen Sturheit ausgestattet. Er lebte sein Hobby, die Malerei und heiratete 1951 wieder. (Falls es Sie interessieren sollte: eine Frau, die meiner Großmutter unglaublich ähnlich war, Lehrerin an der Luisenschule).

So, ich kann zu dem, was Sie heranzitieren wenig sagen, habe ihn ja auch nicht in der Schule erlebt. Ich habe, als ich selbst im Studium war, mit einigen seiner ehemaligen Schüler, auch Lehrer, gesprochen – ich wollte unabhängig von meinem Großvater etwas wissen – und erfuhr, dass sie ihn sehr gemocht haben.

Weiter: Eine ganz schwere Episode begann, als Herr Reimers in Bergedorf im Krankenhaus lag; Herr Reimers bat meinen Großvater, ins Krankenhaus zu kommen, er würde mit der Vergangenheit nicht fertigwerden und müsse/möchte gerne Abbitte tun. Mein Großvater tat sich schwer, meine Mutter, meine zweite Großmutter und ich bestärkten ihn, meine Großmutter hat ihn schließlich be-



Otto Thode

gleitet und berichtete anschließend von einer sehr, sehr bewegenden Szene, in der sich beide Männer wieder Nahe gekommen seien. Herr Reimers erbat das Verzeihen, für das, was er meinem Großvater während und nach der Zeit alles „zwischen und vor die Füße geworfen hat“ (meine Worte). Mein Großvater hat ihm natürlich verziehen. Und ganz ähnlich erging es meinem Großvater etwas später mit dem Kollegen Harders.

Weiter möchte ich eigentlich nicht noch ausholen. Mit Freude habe ich festgestellt, dass Sie die Bergedorfer Zeitung mit ihrem Bericht zum 80. Geburtstag meines Großvaters unkommentiert wiedergaben.

Mit freundlichen Grüßen  
Karen Geerkens

### Gerda Rothenberg im Dezember 2017

Ratzburg im Dezember 2017

Lieber Hans-Peter de Lorent,  
dieser Brief an Dich mit einem Dank für die Zusendung des zweiten Bandes „Täterprofile“, den ich vor fast einem halben Jahr erhielt, ist längst überfällig. Aber die letzten Monate waren keine so guten für mich. - Mit Deinen jahrelangen umfangreichen Arbeiten, mündend in zwei nun vorliegenden Bänden „Täterprofile“, ist es Dir gelungen für immer den Mantel des Schweigens, den man über das Wirken der Verantwortlichen im Hamburger Schuldienst in der NS-Zeit gebräutet hatte, zu lüften und damit ihren Einfluss auf die ihnen anvertraute Schuljugend für alle Zeit der Vergessenheit zu entreißen. Dafür möchte ich Dir noch einmal in Dieters und im Namen unserer inzwischen verstorbenen Freunde danken. Sie wären stolz auf Dich: „Du tatest was nötig war!“ - Erfreut war ich über das im „Begleitwort“ veröffentlichte Gespräch zwischen Dir und Gerhart Nöthlich. Es weckte so viele Erinnerungen an meine eigene Schulzeit, meine damaligen Lehrer und späteren Lebensgefährten. - Mit meinen bald 93 Lebensjahren versuche ich, vieles vom heutigen Geschehen nicht mehr an mich heranzulassen, aber immer wieder packt mich die Angst um die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Aber dann tröstet es mich, dass es Menschen gibt wie Dich, die mit den „Täterprofilen“ dazu beigetragen haben, dass nichts der Vergessenheit anheim fällt. - Alles Gute für Dich und Deine Familie für 2018 und weitere Jahre wünscht

Gerda Rothenberg

## Reaktionen von Familienangehörigen der Porträtierten

Bemerkenswert und für mich zum Teil überraschend war die Reaktion von Familienangehörigen der Personen, über die ich Biografien geschrieben und veröffentlicht habe. Einige dieser Biografien waren seit 2007 in kürzerer Fassung in der „Hamburger Lehrerzeitung“ (HLZ) erschienen.

### Der Fall Heinrich Haselmayer

Zu dem ersten Teil der Biografie von Heinrich Haselmayer in der HLZ erhielt ich eine Zuschrift von dessen Tochter, Heidi Birgfeld. Haselmayer ist sicherlich einer derjenigen, der am stärksten nationalsozialistisch belastet war und der auch nach 1945 keinen Gesinnungswandel vollzog. (Siehe „Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 621 ff.)



Heinrich Haselmayer

Am 26.06.2013 schrieb Heidi Birgfeld:

„Mit großem Interesse las ich Ihren Artikel in der Hamburger Lehrerzeitung online über die Vergangenheit meines Vaters, Heinrich Haselmayer (Teil 1).

Seit meiner Jugend bemühe ich mich – gegen eine Wand des Schweigens und der Lügen – herauszufinden, welche Funktionen etc. mein Vater im 3. Reich innehatte. Es dauerte beinahe 50 Jahre, bis ich einen genaueren Einblick in sein Wirken erlangte; bis heute erfahre ich Neues, wie aus Ihrem Artikel.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die weiteren Quellen und Anmerkungen zukommen lassen könnten, wie Sie es in Ihrem Artikel anbieten.

Auch würde mich interessieren, ob noch ein 2. Teil geplant ist und wann dieser erscheint.

Übrigens war ich von 1971 bis 1987 im Hamburger Schuldienst und GEW-Mitglied.“

Wie auch in anderen Fällen stellte ich für Frau Birgfeld alle wesentlichen Dokumente zusammen, um sie ihr zu übergeben. Ich korrespondierte mit ihr und traf sie persönlich, übermittelte ihr dann auch die Gesamtbiografie, die im ersten Band der „Täterprofile“ erschien. Sie ihrerseits gab mir noch eine Reihe von Informationen über das persönliche Umfeld von Heinrich Haselmayer und auch ein Foto, das in den 1950er Jahren aufgenommen worden war.

Ein anderer Verwandter von Heinrich Haselmayer („er war der Ehemann einer Schwester (Helenita Napp) meines Vaters“ ) schrieb mir am 04.08.2017 und bat um die Zusendung von Dokumenten („vor allem, wenn möglich, seine ‚Doktorarbeit‘!), Er sei mit der Erstellung eines Stammbaumes beschäftigt und habe meine Biografie über seinen Onkel gelesen. „Ein sehr informativer Beitrag, der einige Geschichten und eigene Erlebnisse meiner Jugendzeit bestätigt. Er selber war bei den Kindern dieser Familie, also auch bei mir, immer sehr beliebt, wie ich sagen muß.

Aber von einer diesbezüglich heftigen Vergangenheit wußte ich bisher nichts.“

Der Verwandte bekam von mir die gewünschten zusätzlichen Informationen und Dokumente.

### Der Fall Alfred Grobmann



Alfred Grobmann

Die Reaktion auf eine andere schwer NS-belastete Person, Alfred Grobmann (Bd. 1, Täterprofile, S. 602 ff.), habe ich im zweiten Band der „Täterprofile“ abgedruckt (S. 849 f.). Grobmanns Tochter, Bärbel Kretzer, schrieb mir:

„Das Buch habe ich zum Anlass genommen, mit meinen Kindern (das Buch habe ich ihnen ausgehändigt) und vor allem mit meinen Enkelkindern über ihren Großvater bzw. Urgroßvater und die Zeit des 3. Reiches zu sprechen. Ich war überrascht, wie interessiert vor allem meine jugendlichen Enkelkinder waren und wie viele Fragen sie stellten. Mir war es besonders wichtig, ihnen deutlich zu machen, zu welchen fanatischen menschenverachtenden Ideologien und Taten Menschen fähig sind, welche Strukturen dazu führen können, und wie zerrissen Menschen auch sein können, denn meinen Vater, ihren Großvater, haben sie ebenso wie ich als liebevollen, netten, humorvollen, beliebten und sehr geselligen Menschen erlebt. Besonders beschäftigt hat mich persönlich immer wieder, dass ich so einen ganz anderen Menschen als Vater erlebt habe, nämlich nicht, wie man/frau sich einen verbohrten und ewig gestrigen SS-Mann vorstellt, autoritär, konservativ, intolerant, wenig liberale Erziehungsmethoden, hart, emotionale Kälte, Andersdenkende ausgrenzend etc. und wie viele Anteile dieser Muster auch ich in mir tragen mag.“

## Der Fall Walther Machleidt

Nach Erscheinen der „Täterprofile“, Bd. 2 (siehe S. 494 ff.), erhielt ich eine Zuschrift von Walther Machleidts Enkel Kai-Thomas Roth, der sich für die veröffentlichte Biografie über seinen Großvater bei mir bedankte und Interesse über eine weitere Kommunikation äußerte. Daraus sind einige Schriftwechsel und zwei persönliche Begegnungen im Hause von Gerhard und Marianne Nöthlich geworden. Kai-Thomas Roth überreichte mir auch einige Fotos von Walther Machleidt, von dem ich bis dahin nur das auf Seite 496 abgedruckte Foto gefunden hatte. Für diesen Band hat Walther Machleidts Enkel einen Kommentar zur Familiengeschichte und dem weitergereichten Familienmythos mit Blick auf Dr. Walther Machleidt aus Sicht eines Enkels geschrieben:

„Mein Name ist Kai-Thomas Roth und ich bin erstgeborener Sohn (Jahrgang 1961) von Walther Machleidts zweitgeborener Tochter Eva Maria (Jahrgang 1938). Sie war viereinhalb Jahre alt, als er 1942 starb. Ihre Mutter – Dorothea Machleidt – überlebte ihn als Witwe mit vier Kindern bis ins Jahr 2000. Alle vier Kinder leben noch.

Im Internet hatte ich schon einige Eintragungen über meinen Großvater Walther Machleidt gefunden, die sich auf seine Rolle im Hamburger Erziehungswesen bezogen. Beim achtzigsten Geburtstag meiner Mutter kam dann jedoch ihr jüngerer Bruder Cornelius mit zwei Abdrucken aus dem Internet zu mir, da er wusste, dass ich der an Familiengeschichte Interessierte sei. Dabei handelte es sich einmal um Hans-Peter de Lorents Artikel über W.M., aus dem 2. Band ‚Täterprofile‘ und um das Begleitwort von Gerhard Nöthlich, der als Schüler meinen Großvater noch erlebt hatte. Ich kannte bis dahin noch keinen Lebenszeugen, der sich an Walther als Lehrer noch lebhaft erinnern konnte – 1942 – war ja schon eine Weile her. Dieses Begleitwort war noch nicht so alt und Herr Nöthlich schon 92 Jahre alt zur Zeit des Niederschreibens. Sobald ich also zu Hause nach England zurückgekehrt war, fand ich im Telefonbuch für Hamburg eine Nummer für Nöthlichs und wollte keine Stunde mehr verstreichen lassen, rief also gleich an. Marianne Nöthlich antwortete und sagte ihr Mann sei gerade nicht zu Hause, ob ich nicht etwas später zurückrufen könne. Doch dann verbesserte sie sich und sagte später kämen ja noch Gäste, also rief ich bei



Dorothea und Walther Machleidt, 1941

nächster passender Gelegenheit an. Das war dann eine freudige Begegnung, schon am Telefon, und wir haben uns seitdem schon zweimal bei ihnen zu Hause im Beisein von Hans-Peter de Lorent getroffen. Mir ist so der Charakter meines Großvaters, den ich ja selbst nie kannte, viel lebendiger und vertrauter geworden, sowohl aus den Aktenbeständen einerseits als auch aus den persönlichen Erinnerungen eines seiner Schüler andererseits. Daraus musste ich auch wieder zu schließen lernen, dass einfache schwarz-weiß gemalte Charakterbilder eine Person doch nie umschreiben können, auch wenn wir bei aller Detailsuche die gesamte Wirklichkeit eines Menschen vielleicht nie ganz begreifen können. Trotzdem finde ich es wichtig zum größeren Verständnis menschlichen Handelns unter Umständen, die wir so nie erlebt haben, geschweige denn uns wirklich vorstellen können, diese Suche nicht zu unterlassen.

Ausgehend von unserer Großmutter wurde Walther in unserer Familie als Opfer der Nationalsozialisten dargestellt. Der Tonus des Überlieferten kam zur Enkelgeneration in etwa so (vieles hiervon gibt es auch in von ihr niedergeschriebener Form):

Walther fühlte sich dem konservativen Bürgertum zugehörig und war während seiner Studienzeit 1918 sowohl am Truppenabzug beim Ende des ersten Weltkrieges beteiligt, als auch als Freikorpskämpfer beim dritten Polenaufstand in Schlesien 1921 dabeigewesen. Er promovierte 1923 in Hamburg über ‚Naturschilderungen bei Hermann Löns‘. Für acht Jahre unterrichtete er dann am Hamburger Wilhelm-Gymnasium. Obwohl er von den Nationalsozialisten im Juli 1933 als Schulleiter an der Luisenschule in Bergedorf als Zwang ersatz für Helene Popkes, als Frau in dieser Position für das Regime nicht länger akzeptabel, eingesetzt worden war, wurde er schon knapp zwei Jahre später zum stellvertretenden Schulleiter ans Gymnasium an der Curschmannstraße zwangsversetzt. Als bekennender Christ wurde er von der NSDAP als ‚untragbar‘ erklärt. Nach einem weiteren Jahr folgte die Strafversetzung zur Schule am Kaiser-Friedrich-Ufer, mit der Auflage, er dürfe nur noch bis Quarta unterrichten. Zu der Zeit stieß er zur bekennenden Kirche und hielt Vorträge auf Evangelischen Wochen in ganz Deutschland. Anfang 1936 bekam er von der Gestapo Rede- und Schreibverbot und Aufenthaltsverbot in Gebieten außerhalb Hamburgs. Im Februar 1940 wurde er als einfacher Soldat eingezogen und zwei Jahre später im Februar 1942 zum Wehrmachtstab Ost in Riga berufen, wo er bis zum Oberleutnant avancierte. In den Worten meiner Großmutter: ‚Dort entledigte sich der nationalsozialistische Staat seiner am 15. September 1942 durch einen fingierten Unfall.‘ In der offiziellen Version, die mir in einem Brief von Major Daven, Ic vom OK Wehrmacht Ost aus Riga bekannt ist, sei er gegen 4.30h morgens in einer ihm noch nicht vertrauten neuen Wohnung im 2. Stock aus dem Fenster gefallen,

sei sofort ins Lazarett gebracht worden, habe aber das Bewusstsein nach Schädel-, Schulter- und Rippenbrüchen nicht wieder erlangt.

Nach meiner persönlichen Erfahrung war die Neugierde der Kindergeneration bezüglich der Geschichte ihres Vater, wie in der Generation ‚Kriegskinder‘ häufig zu erfahren, beschränkt. Leider hat sich auch mein Interesse erst nach dem Ableben meiner Großmutter völlig entfaltet, so dass die Chance des Befragens einer damals schon erwachsenen Zeitzeugin aus der Familie hinwegfiel.

Aus Erzählungen meiner Mutter weiß ich, dass es in Riga in seinem Regiment (?) einen gleichaltrigen Freund Walther Machleidts gab, einen Hausmakler namens Eduard Wentzel, der nach dem Kriege nach Hamburg zurückkam und bis 1987 überlebte. Dieser überbrachte meiner Großmutter jene ‚Entledigungstheorie‘ als glaubhaften Bericht aus erster Hand.

Die Parteimitgliedschaft unseres Großvaters wurde in der Familie in meinen frühen Jahren nicht erwähnt und auch die maßgebliche Arbeit in der Bücherkommission, die wohl gut zur darauf folgenden Berufung an die Luisenschule passte, war mir unbekannt. Weitere Ungereimtheiten, wie zum Beispiel das schnelle Aufsteigen durch die Ränge zum Oberleutnant als Regimegegner, passen auch nicht problemlos in das Geschilderte.

Weiter angeregt durch die umfassende Forschungsarbeit HP de Lorents werde ich mich auch zukünftig darum bemühen, für mich selbst mehr über Walther Machleidt herauszufinden. Das Portrait, das ich hiermit auch anhänge, wurde in Schlesien Weihnachten 1941 als Doppelportrait von Walther und Dorothea gemacht und sie hat es sich dann auch zum Einzelportrait retouchieren lassen, welches zeitlebens in ihrem Arbeitszimmer hing.

Kai-Thomas Roth, Dezember 2018.“

### **Der Fall Oscar Toepffer**

Zur Biografie Oscar Toepffer gab es eine überraschende und heftige Reaktion, die in einem Rechtsstreit mündete, der noch nicht abgeschlossen ist und über den gesondert zu berichten sein wird.

(Siehe die Biografie des ehemaligen Senators im Hamburger NS-Senat, Oscar Toepffer in dem zweiten Band der „Täterprofile“, S. 51 ff.)

**Regierungsdirektor  
Oscar Toepffer, 1935**





## Reaktionen auf die „Täterprofile“

**„Was die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen betrifft, so hat der Autor die Biografien jener ‚Dabeigewesenen‘ in jahrzehntelanger akribischer Arbeit dermaßen umfassend dokumentiert, dass sein Projekt in dieser Republik wohl als einzigartig bezeichnet werden muss.“**

(Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 104/2018, S. 216, Werner Skrentny)

### **Uwe Bahnsen, „Welt“ vom 13.4.2016:**

Hans-Peter de Lorent, Jahrgang 1949, war Leitender Oberschulrat in Hamburg, Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft GEW, Bürgerschaftsabgeordneter, früher bekennender Kommunist, dann bekennender Grüner. Ein lupenreiner 68er, ein ausgewiesener Linker. Da darf man schon darüber nachdenken, ob ein Autor mit diesem Werdegang wohl zu einer objektiven Beurteilung der Lebensläufe von Pädagogen fähig sein würde, die vom NS-Regime geprägt waren. Ehrlich gesagt, ich war skeptisch.

Ich habe meine Zweifel nicht bestätigt gefunden. De Lorent hat sich dieser Aufgabe mit erkennbar gewissenhafter Recherche gewidmet.

Es ist dieses Bemühen um Sachlichkeit und Objektivität, das alle 42 Porträts auszeichnet und ihnen ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit verleiht.

Das Buch ist wichtig, weil es über das Schulwesen hinaus einen vertieften Einblick in die Lebenswirklichkeit unter dem NS-Regime und in den ersten Nachkriegsjahren gewährt. Die Aufarbeitung der NS-Zeit und ihrer Folgen, die Entnazifizierung eingeschlossen, bleibt eine Herausforderung. In der Literatur über die NS-Zeit in Hamburg verdient die Arbeit von Hans-Peter de Lorent einen besonderen Platz.

### **Peter Ulrich Meyer, „Hamburger Abendblatt“ vom 23.3.2016 :**

Entstanden sind beklemmende Porträts von Männern (nur eine Frau ist darunter!), die sich nach 1933 schnell als anpassungsfähige Karrieristen erwiesen und die Nazi-Ideologie in Klassenzimmern und Ansprachen propagierten. Aber es gab auch die Überzeugungstäter, die der NSDAP schon weit vor 1933 beitraten und nach der Machtübernahme der Nazis ihre große Stunde gekommen sahen.

### **Werner Skrentny, Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte Bd. 103/2017:**

Hans-Peter de Lorents Neuerscheinung geht vom Umfang und Detail weit über das

bislang Veröffentlichte hinaus. Eine derart breite Recherche übertrifft viele ähnliche Unternehmungen. Der Autor hat in der Tat einen hervorragenden Beitrag zur Schul- und damit auch zur Stadtgeschichte geliefert. Auch wenn man Entnazifizierungsakten samt entsprechenden „Persilscheinen“ kennt, so ist man doch immer wieder verblüfft, wie solche, meist konsequenzlose Verfahren abliefen. „Alte Kameraden“ halfen sich mit schönfärberischen Zeugnissen gegenseitig aus. Verharmlost wurden der Einsatz für die NSDAP, der Antisemitismus, die Schikanen, die Denunziationen. Hans-Peter de Lorent führt für all dies Belege an und folgert, die Entnazifizierung in Hamburg sei „kein ruhmreiches Kapitel“ gewesen.

**Ralph Giordano, Schriftsteller:**

Es ist gut, dass die Biografie solcher Scheusale ausgegraben und an den Pranger gestellt wird, mit denen hatte ich ja persönlich genügend zu tun. Eine ungeheure Fleißarbeit, und das seit 30 Jahren. Erhellend, wie reif diese akademischen Deutschen damals für Hitler waren, wie sie ihm zugearbeitet haben, wie sehr der Boden bereitet war. Das stank, von vornherein, und wer sich nur ein bisschen von seiner humanen Orientierung erhalten hatte, dem musste es stinken. Sie haben sich mit Ihrer Arbeit regelrecht verdient gemacht: Was da so nach oben kam – und was für ein grauenvolle Abschnitt deutscher Geschichte sich da entblättert.

Ihr Werk schreitet voran – imponierend und notwendig

**Professor Joist Grolle, Schulsenator in Hamburg von 1980–1987:**

Die „Täterprofile“ zeichnen sich durch zweierlei aus: gründliche Recherche und engagierte Urteilskraft. Insgesamt werden Täterprofile vorgestellt, die in ihrer breit gestreuten Fülle einen realitätsnahen Eindruck vom nationalsozialistisch regierten Hamburger Schulwesen verschaffen. Dem Autor ist zu danken, dass er ganz wesentlich dazu beigetragen hat, das „Komplett des Schweigens“ zu brechen.

**Ties Rabe, Schulsenator seit 2011:**

Hans-Peter de Lorent nimmt Menschen in den Blick, die als Parteigänger der Nazis im Schulwesen Verantwortung trugen. Indem er dies tut, verweist er zugleich auf die Mechanismen von Macht und Herrschaft und zeigt, wie das NS-System funktionieren konnte durch viele einzelne Personen, die, jede für sich, in dessen Sinne handelten. Deutlich wird, was eine Ideologie anrichten kann, bei der Menschen-, Kultur- und Bildungsfeindlichkeit zum Wesenskern gehörten, und was diese Ideo-

logie mit den Institutionen „macht“, in denen sie wirksam wurde. Es ist harter Stoff, den uns Hans-Peter de Lorent präsentiert – nicht nur aufgrund des schieren Umfangs der beiden Bände, sondern natürlich auch aufgrund der bestürzenden Fakten, die es zur Kenntnis zu nehmen gilt. Wir erfahren hier nicht nur etwas über ein Stück wenig erfreulicher Vergangenheit, die es gleichwohl als Teil unserer Geschichte anzunehmen, zu reflektieren und zu verarbeiten gilt. Und wir werden zugleich auch angeregt, über Gegenwart und Zukunft nachzudenken.

### **Christa Goetsch, Schulsenatorin in Hamburg 2008–2010:**

Wir stehen heute vor einem gewaltigen Gesamtwerk, das nach jahrelanger Forschungsarbeit, unermüdlicher und gründlicher Recherche von Hans-Peter de Lorent erarbeitet worden ist.

Wir erhalten neben den biographischen Texten über Täter, Naziaktivisten, Charakterlose, Spitzel und Denunzianten in den Hamburger Schulen und in der Schulbehörde, vor allem aber auch einen Einblick in das Funktionieren des nationalsozialistisch regierten Hamburger Schulwesens. Die „Täterprofile“ werden uns äußerst plastisch und erschütternd nahe gebracht.

Hans-Peter de Lorent hat die Zeit des „Beschweigens“ – wie die zeitgeschichtliche Forschung die 50er Jahre benennt – im Hamburger Schulwesen aufgeklärt.

### **Thorsten Altenburg-Hack, Landesschulrat seit 2015:**

Das Buch war für mich so interessant wie bedrückend zu lesen. So zeigt es doch in den exemplarischen Profilen einer Reihe von „Tätern“ sehr plastisch, was eine menschen-, kultur-, bildungs- und wissenschaftsfeindliche Ideologie mit und in Schulen anrichten kann, mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schülerinnen und Schülern und deren Eltern sowie mit vielen anderen, die mit und in Schule zu tun hatten.

Hans-Peter de Lorent trägt mit seinen Porträts dazu bei, ein in Teilen immer noch bestehendes Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Er nimmt Menschen und ihr Wirken in den Blick, die seinerzeit zumeist an verantwortlicher Stelle gehandelt haben. Und indem er dies tut, zeigt er zugleich auf einer abstrakteren Ebene, wie über die Einzelnen hinaus Mechanismen von Macht und Herrschaft funktionieren.

Es macht schon sehr nachdenklich, wenn man liest, wie schnell, fast „geräuschlos“ und mit wie wenig substantiellem Widerstand in vielen Fällen die „Übernahme“ der Schulen und der Schulverwaltung, aber auch der Lehrerverbände und ihrer Publikationsorgane durch die Nationalsozialisten erfolgte.

## Die größte Resonanz

Die größte Beachtung in den Medien fand die Geschichte, die ich über den Halbbruder von Adolf Hitler in dem ersten Band der „Täterprofile“ geschrieben habe. Ausgangspunkt war ein Hinweis, den ich von Christina Ahrens vom Hamburger Staatsarchiv bekommen hatte. Sie ist über viele Jahre meine Ansprechpartnerin in Fragen der Entnazifizierung. Sie machte mich aufmerksam auf die Entnazifizierungsakte von Alois Hitler, der nach Hamburg kam und in kürzester Zeit den belasteten Namen Hitler wechseln konnte und fortan als „Alois Hiller“ in Hamburg lebte. Ich sah die in Hamburg und Berlin zur Verfügung stehenden Akten und Unterlagen ein, rekonstruierte die Verstrickung von Alois Hitler und seine geheim gehaltene Beziehung zu seinem Bruder und beschrieb, wie wenig dies überprüft worden war, als Alois Hitler in Hamburg den nach 1945 geschäftsschädigenden Namen ablegen konnte. Für mich ein Beispiel für die Schwierigkeit und Unfähigkeit behördlicher Stellen bei der Entnazifizierung von Belasteten.

Diese Geschichte wurde nicht nur im „Hamburger Abendblatt“ zum Aufhänger für die von mir geschriebenen „Täterprofile“ genommen, auf der NDR.de-Seite unter Kultur/Geschichte ausführlich verarbeitet (<https://www.ndr.de/nachrichten/aktuell-team/kristinafestring100.html>) sowie auch in vielen Artikeln in den größten Zeitungen Schleswig-Holsteins (u. a. Flensburger Nachrichten, Kieler Nachrichten). Die dortigen Journalisten machten eigene Beiträge daraus, zitierten aber jeweils mit Verweis auf die „Täterprofile“, auf welche Quellen sie sich stützten. Journalistisch sauber.

Anders Olaf Wunder von der „Hamburger Morgenpost“, der die Geschichte von Alois Hitler als Titelstory am 27.11.2016 in der Mopo veröffentlichte, ohne auch nur einen kleinen Hinweis auf die „Täterprofile“ und die Veröffentlichung bei der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg hinzuzufügen. Schade.

Nun bin ich nicht der erste, der sich mit Adolf Hitlers Verwandten beschäftigte. Die Verwandtschaft von Adolf Hitler stand immer wieder im Fokus journalistischen Interesses. „Im Schatten des Diktators“ hießen Fernsehdokumentation 2003 und 2005. Und auch der SPIEGEL hatte schon 2013 über Alois Hitler und sein Restaurant in Berlin berichtet.

Nur die Details der Hamburger Geschichte von Alois Hitler waren bis zu meiner Darstellung in den „Täterprofile“ nicht bekannt gewesen. Aber offensichtlich führte die Resonanz der Veröffentlichung über Alois Hitler und seinen ältesten Sohn William Patrick Hitler, den er mit seiner jungen englischen Frau Bridget gehabt hatte und der später in die USA auswanderte und mit seiner „bizarren Verwandt-

schaft“ Aufmerksamkeit herstellte und daraus Kapital schlagen wollte, dazu, diese Geschichte noch einmal groß herauszubringen.

So machte sich der Hamburger Journalist Timo Lokoschat, der seit dem 1.8.2016 beim SPIEGEL arbeitete und Anfang 2018 „in das Führungsteam der Bild-Redaktion“ wechselte, daran, die noch lebenden Söhne von William Patrick Hitler in den USA aufzustöbern. So wurde der Stammbaum von Alois Hitler mit seiner Beziehung zu dem berüchtigten Halbbruder noch einmal aufgezeichnet und über zwei Ausgaben der Bild Zeitung am 8. und 9.10.2018 den Lesern präsentiert, am 8.10.2018 auch als Aufmacher auf der ersten Seite.

Die Recherche war eigentlich dürftig, da die drei noch lebenden Söhne von William Patrick Hitler, wie ihr Vater den eigentlichen Nachnamen schon lange abgelegt hatten und nun „Stuart-Houston“ hießen. Außerdem weigerten sie sich seit Jahren beharrlich, mit Journalisten zu sprechen und an die Familiengeschichte erinnert zu werden.

Das hinderte den Bildjournalisten nicht daran, die Geschichte groß herauszubringen. Mit einem der Söhne konnte er durch Maschendrahtzaun kurz sprechen. Reporter Lokoschat hörte von Alexander Stuart-Houston, den er in dem Artikel konsequent Alexander Hitler nennt, dass dieser, wie seine Brüder, „nicht mit Reportern spreche“. Aber der Mann vom Führungsteam der Bild-Zeitung ist schlau und fragt ihn nicht zur Verwandtschaft Adolf Hitlers, sondern behauptet, er sei „neugierig auf seine Meinung zu deutscher Politik“. Das verblüfft den Angesprochenen und er äußert ein paar Sätze, die für die Bild-Zeitung sensationell sind. So sagt der 1949 geborene Alexander über Angela Merkel: „Ich mag sie. Sie ist gut. Sie scheint eine intelligente und schlaue Person zu sein.“ Zur Flüchtlingspolitik bemerkt er: „Die Kanzlerin tut, was sie tun muss.“ Wenn er könnte, würde er sie wählen, hält der Reporter fest und schreibt in Großbuchstaben: „ALEXANDER HITLER – EIN MERKEL-FAN!“ Und dann entlockt ihm der Mann der Bild-Zeitung auch noch eine Aussage über Donald Trump: „Die letzte Person, von der ich behaupten würde, dass ich sie bewundere, ist Donald Trump. Er gehört definitiv nicht zu meinen Favoriten. Es ist seine Art die mich stört. Und: Ich mag einfach keine Lügner.“

Das ist die Story, die groß aufgemacht wurde, dazwischen Sätze wie: „‘Dead End’ steht auf dem Schild vor der Straße, in der Alexander Hitler wohnt.“ Und so wichtige Garnierungen wie: „Alexander Hitler lebt in einem Holzhaus“, oder: „Gepflegt sind dafür die vielen Topfpflanzen, die hier stehen. Fleißiges Lieschen, Bartnelken, Eisbegonien, Funkien. Die amerikanischen Hitlers haben einen grünen Daumen“.

Groß aufgemacht ist diese dürftige Geschichte auf der ersten Seite mit der Überschrift: „BILD traf den Großneffen in den USA: Letzter Hitler bricht sein

Schweigen!“ Und am zweiten Tag der Enthüllungsgeschichte wird auf die grandiose internationale Presse-Reaktion verwiesen mit Überschriften wie: „Nicht einmal der Hitler von Long Island unterstützt Trump“ („Daily Mail“), „Alexander, der Großneffe von Hitler, hat sein Schweigen gebrochen und der deutschen Zeitung ‚Bild‘ seine Geheimnisse offenbart“ („ABC“, Spanien) oder gar die holländische Zeitung „De Telegraaf“, die fett textete „Hitler staat achter Merkel“.

Seit Günter Wallraffs ersten Recherchen hat sich offensichtlich nicht viel verändert.



Journalistischer Nießnutz à la Bild-„Zeitung“, nicht minder bizarr der Wildwuchs in weiteren europäischen und außereuropäischen Presseerzeugnissen im Jahr 2017



# Anhänge

## Abkürzungen

<b>ADLV</b>	Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein	<b>IfL</b>	Institut für Lehrerfortbildung
<b>BArch</b>	Bundesarchiv Berlin	<b>KdF</b>	Kraft durch Freude
<b>BDC</b>	Berlin Document Center	<b>KLV</b>	Kinderlandverschickung
<b>BDM</b>	Bund deutscher Mädel	<b>LBA</b>	Lehrerbildungsanstalt
<b>DAF</b>	Deutsche Arbeitsfront	<b>LUB</b>	Landesunterrichtsbehörde
<b>DJ</b>	Deutsches Jungvolk	<b>Lvz</b>	Lehrerverzeichnis
<b>DLV</b>	Deutscher Lehrerverein	<b>NSFK</b>	Nationalsozialistischer Fliegerkorps
<b>FR</b>	Frankfurter Rundschau	<b>NSKK</b>	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
<b>GdF</b>	Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens	<b>NSLB</b>	Nationalsozialistischer Lehrerbund
<b>GEW</b>	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	<b>NSStB</b>	Nationalsozialistischer Studentenbund
<b>GHR-Schule</b>	Grund-, Haupt- und Realschule	<b>NSV</b>	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
<b>HA</b>	Hamburger Anzeiger	<b>OfJ</b>	Oberschule für Jungen
<b>HAZ</b>	Hamburger Allgemeine Zeitung	<b>OfM</b>	Oberschule für Mädchen
<b>HC</b>	Hamburgischer Correspondent	<b>OSB</b>	Oberschulbehörde
<b>HE</b>	Hamburger Echo	<b>OSR</b>	Oberschulrat
<b>HF</b>	Hamburger Fremdenblatt	<b>REM</b>	Reichserziehungsministerium
<b>HLZ</b>	Hamburger Lehrerzeitung	<b>SA</b>	Sturmabteilung
<b>HN</b>	Hamburger Nachrichten	<b>SS</b>	Schutzstaffel
<b>HR-Schule</b>	Haupt- und Realschule	<b>StAHH</b>	Staatsarchiv Hamburg
<b>HT</b>	Hamburger Tageblatt		

## Literaturverzeichnis

- Ahrens, Michael: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1959, München/Hamburg 2011
- Andritzky, Michael/Friedrich, Kai J. (Hg.): Klappholtal/Sylt 1919–1989 Geschichte und Geschichten, Gießen 1989
- Appel, Rolf: Jonas. Im Bauch des Ungeheuers. Erinnerungen aus den Jahren 1933–1945, Berlin 1995
- Arbeitskreis Lichtwarkschule (Hg.): Die Lichtwarkschule, Idee und Gestalt, Hamburg 1979
- Bajohr, Frank: Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Hamburg im Dritten Reich. Sieben Beiträge, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1998, S. 119–148
- Bake, Rita: Wer steckt dahinter? Nach Frauen benannte Straßen in Hamburg, Vierte aktualisierte Auflage, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2005
- Becker, Frank: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962), Bd. III: NS-Zeit, Duisburg 2009
- Berlin, Jörg: Ro 19 – Arisierung in Hamburg? Zum Streit um das Haus in der Rothenbaumchaussee 19, Hamburg 2011
- Bernett, Hajo: Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation, Schorndorf bei Stuttgart 1966

- Bernsdorff, Walter (Hg.): Siebzig Jahre Turn- und Sportlehrerausbildung in Marburg. Zur Geschichte des Instituts für Leibesübungen (IfL) 1907–1977, Gladenbach 1977
- van den Bussche, Hendrik (Hg.): Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“, Hamburg 1989
- Brauers, Christof: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei. München 2007
- Buck, Kurt: Die frühen Nachkriegsprozesse (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 3). Herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bremen 1997
- Cassun, Paul: Das Bar-Bock-Buch, Hamburg 1965
- Dähnhard, Heinz: Die Bahrenfelder: Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Gross-Hamburg in den Jahren 1919/20. Hamburg, Alster-Verlag 1925 (Darstellung aus Sicht eines deutschnationalen Freikorps-Mitglieds)
- Der Pelikan: 125 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer. Eine Sonderausgabe. Hamburg 2017
- Die 200-Jahr-Feier des Christianeums in Altona. Bericht über die Festtage 23.–25. Sept. 1938, Hamburg 1938
- Dohnke, Kay/Hopster, Norbert/Wirrer, Jan (Hg.): „Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus“, Hildesheim–Zürich–New York 1994
- Dolnick, Edward: Der Nazi und die Kunstfälscher. Die wahre Geschichte über Vermeer, Göring und den größten Kunstbetrug des 20. Jahrhunderts, Berlin 2014
- Dreckmann, Hans: Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945/46. Geschichte der ernannten Bürgerschaft. Hamburg 1985
- Ebbinghaus, Angelika/Kaupen-Haas, Heidrun/Roth, Karl Heinz (Hg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984
- Fahnenbruck, Nele Maya: „... reitet für Deutschland“: Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus, Göttingen 2013.
- Faultsch-Wieland, Hannelore/Faultsch, Peter: Lebenswege und Lernräume. Martha Muchow: Leben, Werk und Weiterwirken, Weinheim und Basel 2012
- Festschrift 50 Jahre Kirchenpauer-Gymnasium 1930–1980. Hamburg 1980
- Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek, Hamburg 1982
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik, München 1997.
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, in: Meseth, Wolfgang/Prose, Matthias/Radtke, Frank-Olaf (Hg.): Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts 11). Frankfurt a. M. 2004
- 75 Jahre Bismarck-Gymnasium, Hamburg 1981
- 75 Jahre im Herzen der Jarrestadt. Eine Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Schule in der Meerweinstraße, Hamburg 2005
- 75 Jahre Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1967,
- 50 Jahre Bismarck-Schule 1906–1956, Hamburg 1956
- Goede, Arnt: Adolf Rein und die „Idee der politischen Universität“, Berlin-Hamburg 2008
- Grüttner, Michael: Biografisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004
- „Gutes altes GUB“. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek, Hamburg 1983
- Gutzmann, Ulrike: Von der Hochschule für Lehrerbildung zur Lehrerbildungsanstalt, Düsseldorf 2000
- Handrack, Hans-Dieter: Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941–1944. Hannover Münden 1981
- Heer, Hannes: „Hitler war’s“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2005
- Hering, Rainer: Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarken, Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums von 1933–1942, in: Symposium, Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule es Johanneums, herausgegeben von Christine von Müller, Uwe Petersen und Uwe Reimer, Hamburg 2004
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1933
- Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985.
- Hochmuth, Ursel: Lichtwarkschule/Lichtwarkschüler: „Hitler führt ins Verderben. Grüßt nicht!“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.). Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 87
- Hopp, John: Kurt Adams, „Hiermit fängt unser Ende an“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 152ff.



- Hund, Wulf D./Seegert, Christian: Bürgerliche Hegemonie und konservative Kontinuität der Justiz. Das Beispiel der Wiedereröffnung des hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg 1945, in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie: Restauration im Recht, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1988
- 100 Jahre Gymnasium Kaiser- Friedrich-Ufer, Hamburg 1992,
- 100 Jahre Charlotte-Paulsen-Gymnasium, Hamburg 1991
- 125 Jahre Klosterschule, Hamburg 1997
- Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie: Restauration im Recht, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1988
- Jochmann, Werner: Nationalsozialismus und Revolution. Ursprünge und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933, Hamburg 1963
- Joho, Michael: Hochschulsport in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik und der Anfangsjahre des „Dritten Reiches“. Eine lokalgeschichtliche Studie zur Militarisierung der Hamburgischen Universität. Stuttgart 1990
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Koblenz 2013
- Kokoska, Stanislaw: Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes, Göttingen 2009
- Koldehoff, Stefan: Die Bilder sind unter uns. Das Geschäft mit der NS-Raubkunst, Frankfurt/M., 2009
- Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.): Hamburgische Biographie, Personenlexikon, Band 2 (Hamburg 2003); Band 4 (Hamburg 2008); Band 5 (Hamburg 2010)
- Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Hamburg 1991
- Krause, Thomas: Schüler und Nationalsozialismus vor 1933, in: Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, hg. von Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich, Hamburg 1988, S. 211–221
- Krebs, Albert: Zwischen Abend und Morgen, in: Albert Krebs: Erzählungen vom tapferen Herzen, Hamburg 1939
- Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959
- Krüger, Michael (Hg.): Erinnerungen an Carl Diem, Münster 2009;
- Krüger, Michael (Hg.): Erinnerungskultur im Sport: Vom kritischen Umgang mit Carl Diem, Sepp Herberger und anderen Größen des deutschen Sports, Münster 2012
- Kurz, Jacob: Kunstraub in Europa 1938–1945. Hamburg 1989
- von Lang, Jochen: Der Sekretär. Martin Bormann. Der Mann, der Hitler beherrschte, Augsburg 2004
- Laude, Achim/Bausch, Wolfgang: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem, Göttingen 2000
- Leeb, Johannes: „Wir waren Hitlers Eliteschüler“. Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen. Hamburg 1998
- Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.
- Lehberger, Reiner: Der „Umbau“ der Hamburger Volksschulen. Eine Dokumentation schulpolitischer Maßnahmen in der Frühphase der NS-Zeit, in: Lehberger/de Lorent 1986, S. 15 ff.
- Lehberger, Reiner: Loki Schmidt. Die Biographie, Hamburg 2014
- de Lorent, Hans-Peter: Rädchen im Getriebe, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 191 ff.
- de Lorent, Hans-Peter: „Laßt hinter Euch die Welt des Intellektes“. Der nationalsozialistische Lehrerbund, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119–124
- de Lorent, Hans-Peter/Ullrich, Volker (Hg.): Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988
- de Lorent, Hans-Peter: Schule ohne Vorgesetzte, Hamburg 1992
- de Lorent, Hans-Peter: Max Traeger. Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887–1960), Weinheim-Basel 2017.
- Lüth, Erich: Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971, Hamburg 1971
- Malitz, Jürgen: Römertum im „Dritten Reich“: Hans Oppermann. Erschienen in: Imperium Romanum. Studien zu Geschichte und Rezeption. Festschrift für Karl Christ zum 75. Geburtstag, herausgegeben von Peter Kneissl und

- Volker Losemann, Stuttgart 1998, S. 524. Auch im Internet erschienen: <http://www.gnomon.ku-eichstaett.de/LAG/oppermann.html>
- Manasse, Peter M.: Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeit des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997
- Meier, Jürgen: Die Vereinigung Quickborn und das hamburgische Wörterbuch. Ein Beitrag zur Geschichte nicht nur der niederdeutschen Lexikographie, in: Michelsen, Friedrich/Müns, Wolfgang/Römmer, Dirk/Meier, Jürgen (Hg.): Dat's ditmal anners, wat ik weten do, op'n anner mal mehr. 100 Jahre Quickborn. Vereinigung für niederdeutsche Sprache und Literatur e. V., Hamburg. Festschrift, Hamburg 2004
- Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999
- Milberg, Hildegard: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Band VII, Hamburg 1970
- Möckelmann, Hans: Die Leibeserziehung der Mädel in den Entwicklungsstufen, Berlin 1943
- Moser, Helmut: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, Hamburg 1991 S. 483 ff.
- Muchow, Hans: Die Hanse als Wille und Tat aus nordisch-germanischem Geist, Hamburg 1939.
- Muchow, Hans: Der flämische Raum und die deutsche Hanse. Zugleich ein Versuch der Darlegung ihrer germanischen Grundlagen, Brüssel 1942
- Muchow, Dr. Martha/Muchow, Hans: Der Lebensraum des Großstadtkindes, Hamburg 1935
- Muchow, Martha/Muchow, Hans Heinrich: Der Lebensraum des Großstadtkindes. Abgedruckt in der Neuauflage, herausgegeben von Imbke Behnken und Michael-Sebastian Honig, Weinheim und Basel 2012
- Nakata, Jun: Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918–1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft. Rombach, Freiburg im Breisgau 2002
- Nagel, Anne Christine/Sieg, Ulrich: Die Philipps-Universität Im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Wiesbaden 2000
- Nette, Bernhard/Romey, Stefan: Die Lehrgewerkschaft und ihr „Arisierungserbe“, Hamburg 2010
- Nicolaisen, Hans-Dietrich: Hamburger Schüler als Luftwaffenhelfer, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 382 ff.
- Pamperrien, Sabine: Helmut Schmidt und der Scheißkrieg. Die Biografie 1918–1945, München 2014
- Pein, Bernhard: Der deutsche Lehrer und Erzieher als pädagogischer Offizier, Hansische Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg, Hamburg 1940
- Petrououlos, Jonathan: Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich, Berlin 1999
- Pfeiffer, Lorenz: Neuanfang oder weitermachen? Zur Situation des Schulsports nach dem Kriege. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Die Gründerjahre des deutschen Sportbundes, Schorndorf 1990
- Von Plehwe, Friedrich-Karl: Reichskanzler Kurt von Schleicher. Weimars letzte Chance gegen Hitler, Esslingen 1983.
- Quistorf, Hermann/Saß, Johannes (Hg.): Niederdeutsches Autorenbuch, Hamburg 1956
- Rauschning, Hermann: Gespräche mit Hitler. Bilder und Dokumente zur Zeitgeschichte 1933–1945, München 1961
- Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt, eine Publikation des Instituts für Schleswig-holsteinischen Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg und des militärgeschichtlichen Forschungsamtes, herausgegeben durch Sebastian Lehmann gemeinsam mit Robert Bohn und Uwe Danker, Paderborn–München–Wien–Zürich 2012.
- Reimer, Uwe: Johanneum 1945 – Ende und Anfang, Hamburg 2012
- Reimer, Uwe: Das Johanneum in der Nachkriegszeit, Hamburg 2014
- Rüttgers, Peter: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus, Vortrag auf der Tagung „Die deutschen Gewerkschaften zwischen 1933 und 1945. Kapitulation und Anpassung. Wartestand und Widerstand“, abgedruckt in: Historisch-Politische Mitteilungen (Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung) Nr. 9/2009
- Saul, Klaus: „Ein Volk, eine Schule, ein einheitlicher Lehrerstand“. Die Durchsetzung der Universitätsausbildung für Volksschullehrer in Hamburg 1903–1926, in: de Lorent, Hans-Peter/Ullrich, Volker: Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 135 ff.

- Saul, Klaus: Lehrerbildung und Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerausbildung, in: Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, Hamburg 1991
- Schmidt, Gustav: Kriegstagebuch 1939–1945, Hamburg 2004
- Schmidt, Uwe: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999
- Schmidt, Uwe: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010
- Schmidt, Uwe/Stubbe da Luz, Helmut: Die Beamten und Gewerkschafter: Karl Raue, Carl Grevsmühl, Christian Koch. (Hamburgische Lebensbilder, Band 14), Bremen 2007
- Scholtyssek, Joachim/Studt, Christoph (Hg.): Universitäten und Studenten im Dritten Reich, Bejahung, Anpassung und Widerstand, Berlin 2008
- Scholz, Harald: NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates, Göttingen 1973
- Schütt, Siegfried: Theodor Oberländer – Eine dokumentarische Untersuchung, München 1995
- Schule Vossberg 1886 – Heinrich-Hertz-Schule 1986, Dokumente zur Schulgeschichte, Hamburg 1986
- Schwartz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2013
- Storjohann, Uwe: „Hauptsache: Überleben“, Hamburg 1993
- SYMPOSION. Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, hrsg. von Christine von Müller, Uwe Petersen und Uwe Reimer, Hamburg 2004
- Szodrzynski, Joachim: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburg, [www.hamburg.de/contentblob/4462240/data/aufsatz-szodrzynski.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/4462240/data/aufsatz-szodrzynski.pdf)
- Thorun, Walter: Martha Muchow (1892–1933) – Opfer ihrer Überzeugung, in: Hamburger Notizen 2/2003, hg. von der Patriotischen Gesellschaft von 1765
- Tschechne, Martin: William Stern, Hamburg 2010
- de Vries, Willem: Kunstraub im Westen 1940–1945, Frankfurt am Main 2000
- Vollnhals, Clemens (Hg.): Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen, München 1991
- Volquardsen, August: Otto Ernst. Einblick in sein Leben und Schaffen, Altona 1927
- Walddörfer Gymnasium. 1930–2005, Festschrift, Hamburg 2005
- Wendt, Joachim: Die Lichtwarkschule in Hamburg, 1921–1937, Hamburg 2000
- Werum, Karin: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945–1950), Masterarbeit, Hamburg 1987
- Wilhelm-Gymnasium Hamburg. Eine Dokumentation über 100 Jahre Wilhelm-Gymnasium, hg. von Peter-Rudolf Schulz, Hamburg 1981
- Wilhelm-Gymnasium Hamburg. Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum 2006
- Zankel, Sönke (Hg.): Uetersen im Nationalsozialismus, Kiel 2009
- Zeidler, Kurt: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975
- Zeidler, Kurt: Die Wiederentdeckung der Grenze, Hildesheim 1985

- Bundesarchiv** Seiten 134, 165, 170, 197, 215, 247, 263, 272, 313, 362, 372, 382, 440, 516, 538, 545, 554, 561, 569, 596, 633, 640, 681, 687, 733, 772, 785, 800, 825, 936, 940, 960, 988, 996
- Charlotte-Paulsen-Gymnasium Archiv** Seiten 628, 671
- Denkmalschutzamt Bildarchiv** Titelseite
- Die Lichtwarkschule – Idee und Gestalt** Seiten 92, 805, 831, 836
- dpa picture alliance GmbH** Seite 955
- Festschrift 75 Jahre Meerweinstraße: 75 Jahre in Herzen der Jarrestadt** Seite 478
- Festschrift 75 Jahre Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer** Seiten 513, 743, 745
- Festschrift 100 Jahre Luisenschule** Seite 993
- Festschrift 125 Jahre Klosterschule** Seite 461
- Gutes altes GUB, 75 Jahre Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek** Seite 864
- Hamburger Schulmuseum** Seite 352
- HLZ – Archiv** Seiten 20, 25, 27, 28, 30, 239, 909
- Johanneum – Archiv** Seiten 529, 531, 693, 755
- Klappholtal/Sylt 1919–1989** Seite 610
- Ludwig-Meyn-Schule – Archiv** Seiten 259, 260
- Margret Sell** Seiten 18, 19, 26
- Martin Tschene: William Stern, Hamburg 2010** Seite 325
- Matthias-Claudius-Gymnasium – Archiv** Seite 906
- Paul Cassun: Auf dem Haupte der Ätna** Seite 875
- Peter Albrecht** Seite 981
- Niederdeutsches Autorenbuch** Seiten 497, 730, 990
- Schule Marmstorf Archiv** Seite 853
- Walddörfer Gymnasium Festschrift 1930–2005** Seite 150
- Wilhelm-Gymnasium 1881–1981** Seiten 442, 759, 862
- Staatsarchiv Hamburg** Seiten 52, 76, 102, 111, 112, 117, 126, 128, 136, 177, 192, 208, 309, 338, 348, 367, 392, 402, 404, 407, 418, 425, 428, 430, 451, 457, 471, 473, 491, 572, 579, 593, 615, 616, 653, 658, 659, 663, 665, 709, 712, 720, 763, 769, 774, 786, 811, 878, 880, 891, 899, 904, 907, 910, 912, 914, 918, 920, 943, 986
- [http://www.cegesoma.be/docs/media/chtp\\_beg/chtp\\_15/chtp15\\_021\\_Martin.pdf](http://www.cegesoma.be/docs/media/chtp_beg/chtp_15/chtp15_021_Martin.pdf) Seiten 83, 898, 966
- [tsdavo.gov.ua/static/pdf/61433132.pdf](http://tsdavo.gov.ua/static/pdf/61433132.pdf) Seite 85
- <http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/Der-gut-getarnte-Nazi;art123841,4352982>  
Seiten 287, 291, 299
- [www.hamburg-moorburg.de](http://www.hamburg-moorburg.de) Seite 727
- Wikipedia** Seiten 125, 515, 673

Alle anderen aus Privatbesitz

## Namensverzeichnis

### **Abraham, Charlotte 968**

Abraham, Paul 967f., 696  
Adams, Kurt 864  
Adenauer, Konrad 67  
Adler, Friedrich 89  
Aeschimann, Walter 301  
Ahlborn, Knud 609  
Ahrens, Christina 1003  
Albrecht, Paul 620f.  
Allwörden, Christiane von 120  
Allwörden, Johann W. F. von 110  
Allwörden, Wilhelm von 38f.,  
110, 111f., 113–116, 117,  
118–123, 364, 371, 490f.,  
493f., 500, 504, 517, 811, 837,  
850, 929, 979  
Altenburg-Hack, Thorsten 1002  
Altheim, Franz 395  
Anacker, Heinrich 187  
Anders, Otto 597  
Andritzky, Michael 610  
Anschütz, Christian 323  
Anschütz, Elwine 323  
Anschütz, Georg 44, 79, 312,  
315, 323f., 325, 326–337, 338,  
339–342  
Anschütz, Maria 340  
Appel, Rolf 42, 794–798, 802  
Arnold (OSD) 404, 646  
Arp, Wilhelm 216, 265f.  
Asmus, Hertha 479  
Athen, Emilie 713

### **Baack (OG) 817**

Backeberg, Heinrich 597  
Bahnsen, Uwe 1000  
Bajohr, Frank 53  
Ballerstaedt, Richard 20, 21, 215,  
234, 498, 905  
Barrelet, Adelheid 670, 673  
Barrelet, Sophie 234, 290, 670,  
673, 835  
Bärsch, Walter 982–985  
Bartels, Elisabeth 466f.  
Bartels, Wilhelm 42, 465–470,  
471, 472, 473, 474ff.

Bauer (OG-Leiter) 817  
Bauer, Fritz 960  
Bäumler, Alfred 381  
Becker (Staatsrat, Senator) 55,  
58  
Becker (Minister) 176  
Becker, Alma 688  
Becker, Frank 795  
Becker, Minna 929  
Beckmann, Emmy 173, 185, 280,  
458, 708, 905f.  
Beckmann, Hanna 458  
Behne, Walter 40f., 96, 443,  
456f., 572, 573, 576, 581,  
617f., 620f., 623, 661, 667,  
802, 806, 815, 881, 886, 888  
Behnken, Heinrich 39, 113, 490,  
491, 492–496, 497, 498–502,  
504, 516  
Behnken, Lütje 490  
Behr, Marie 350  
Behren, Friedrich von 41, 543f.,  
545, 546–551  
Behrend, Felix 866  
Behring, Otto 557  
Benecke, Alwin 38, 162, 163,  
164, 165, 166ff., 304, 306,  
574–577, 827  
Benox, August 632, 633,  
634–638  
Berg (Prof.) 885  
Bergen, Wilhelm von 43, 684,  
686, 687, 688–691  
Bergeré, Jean 786  
Bergeré, Hermann Julius 784  
Bergeré, Maria, geb. Koch 787  
Berlin, Jörg 912  
Bernett, Hajo 154, 155  
Bernhardt, Klaus 212  
Bernhardt, Wilhelm 38, 207,  
208, 209–213  
Bertheau, Carl 528, 692  
Bessau, Georg 939, 944  
Bethmann Hollweg, Theobald von  
142  
Bieber (Privatschulleiter) 503  
Bieber, Herbert 656, 740

Biermann-Ratjen, Hans-Harder  
59  
Binet, Alfred 323  
Birckholtz 224  
Birgfeld, Heidi 995  
Bismarck, Otto von 422, 469  
Blank, Herbert 190, 219  
Blättner, Fritz 275, 282 (?)  
Block, Hermann 274f., 279  
Bloom, Julchen 220  
Blum 409  
Blume, Isabelle 87  
Böckenhauer, Arthur 49f.  
Bode 746  
Boeck, Christian 991  
Bogner, Hans 380, 395  
Bollenbach (Hauptmann) 575  
Bömer, Franz 158, 388  
Bonz, Max 41, 626f., 628, 629ff.  
Borbis, J. 465  
Borchers, Brigitte 451–454  
Borchling, Conrad 91, 227  
Bormann, Martin 54  
Bothe (Regierungsrat) 316  
Bothmann, Bernhard 627  
Böttcher, Hans 516  
Bouhler, Philipp 938  
Brandt (Kreisleiter) 474  
Brandt, Andreas 719, 721  
Brandt, Heinrich 730  
Brandt, Karl 45, 936, 938f., 940,  
941, 943ff., 962f.  
Brandt, Willy 262  
Brauel, Georg 732  
Brauel, Walter 43, 732, 733,  
734–737  
Brauer, Ludolph 879, 926  
Brauer, Max 35, 64, 116  
Brauns, Curt 189, 190  
Brecht, Bertolt 46  
Brechtfeld 542  
Breckling, Theodor 649  
Bredemann 315  
Briner, Robert 296  
Brix, Barbara 351

*Kursiv* gesetzte Zahlen weisen auf eine Fotografie der genannten Person.

- Brockmüller, Walter 740  
 Brodmeier, Volkmar 121  
 Broscheit, Luise 547, 779  
 Brüggemann 989  
 Brumlik, Micha 21  
 Brunckhorst, Hans 29, 78, 96  
 Brünig, Heinrich 51f., 63f., 68, 831  
 Brunkhorst, Adolf 853, 858  
 Brütt, Henning 527  
 Bruycker, Adolf de 774, 775f., 786  
 Bucerius, Walter 22  
 Buch, Gerda, geb. Bormann 54  
 Buch, Walter 53ff.  
 Bühler, Charlotte 141  
 Bühler, Karl 141  
 Burger, Norbert 86  
 Bürger, Joseph 924  
 Bürger-Prinz, Annemarie 940f.  
 Bürger-Prinz, Hans 45, 317f., 924, 925–968, 969, 970–975  
 Buresch, Ernst-Siegfried 963  
 Bussche, Hendrik van den 130, 927, 935f., 938, 945  
 Büttner, Ursula 958  
 Buuren, David van 89
- Caesar, Julius 387**  
 Carraux 293  
 Cassirer, Ernst 227, 325, 326, 328, 332, 785  
 Cassuhn, Emil 787  
 Cassun, Heinrich Friedrich 869  
 Cassun, Paula, geb. Brendel 870  
 Cassun, Paul 44, 869–874, 875, 876  
 Christians 956  
 Christiansen, Dora 605f.  
 Clasen, Armin 990, 991f.  
 Claussen, Hans 801  
 Cohn, Julia 479  
 Cohn, Maria 350f.  
 Conrad, Joseph 508, 979  
 Conradie, David 432, 434  
 Corten, Lena 955–959  
 Corten, Martin Heinrich 955, 956, 958  
 Crepon, E. 452  
 Crinis, Max de 924, 936, 938f., 962
- Croonen, Max 549
- Dahlem (Gaustabsamtsleiter) 603**  
 Danckelmann, von 884  
 Daniels, Herbert Edler von 306f.  
 Dannies, Hermann 568  
 Dannmeyer, Ferdinand 45, 416, 434, 877, 878, 879, 880, 881–890, 891, 892  
 Dannmeyer, Wilhelmine, geb. Marxen 877  
 Darré, Walter 138  
 Dätz, Ernst 504, 509f., 738, 900  
 Däunert (Pg.) 601f.  
 Daven (Major) 998  
 Degkwitz, Eva 945  
 Degkwitz, Rudolf 941, 943, 944f., 947ff.  
 Demme, Hans 930  
 Denys, Adolf 44, 361, 362, 363–366, 367, 368ff.  
 Denys, Anna-Luise, geb. Henning 363f.  
 Denys, Heinrich 361  
 Denys, Margarete 364  
 Detjen, Heinrich 743  
 Deuchler, Gustaf 44, 80f., 216, 227ff., 244f., 265, 327, 329ff., 333–336  
 Dieckow, Friedrich 466, 799f.  
 Diederichs, Eugen 187  
 Diem, Carl 148, 157f., 795, 831ff.  
 Dienstmann, Carl 298  
 Diercks, Herbert 934  
 Dierks (Ortsgruppenleiter) 713  
 Dietz (Ortsgruppenleiter) 273  
 Dietz (Senator) 544  
 Dissel, Karl 664  
 Dittmer, Bertha 434  
 Dittmer, Paul 466  
 Döblin, Alfred 508, 979  
 Doermer, Ludwig 237, 354, 532, 835  
 Dohnke, Kay 491, 516  
 Dolnick, Edward 106  
 Domagk, Gerhard 939  
 Dombrowski, Ulrich 743, 745, 751  
 Donandt 826  
 Dörner, Klaus 932, 935  
 Dostojewski, F. M. 508
- Dressel, Wilhelm 26, 561  
 Dreves, Mary 993  
 Drexelius, Wilhelm 153, 744, 769, 907f.  
 Dudek, Walter (OB) 544, 639f.  
 Duckwitz, Arnold 917  
 Düring, Kurt 135
- Ebbinghaus, Angelika 130**  
 Ebel, Karl 366ff., 373  
 Ebeling, H. W. 90  
 Eckart, Karla 62  
 Eckhoff 566  
 Edens, Henry 164, 561, 588, 687, 881  
 Eichmann, Adolf 940  
 Einecke 707  
 Einstein, Albert 664  
 Eitzen, Kurt 714  
 Elias, John 208f.  
 Ellinghaus 318  
 Endres, Günther 315  
 Engell 812, 817  
 Enoch, Heinz 663  
 Erichson, Rolf 404, 411ff.  
 Erler, Adalbert 394f.  
 Ernst, Otto 515  
 Errera, Jacques 88  
 Esch, Elfried 563  
 Etzrod, Gertrud, geb. Gumm 804  
 Etzrodt, Willy 39, 804–810, 811, 812–818, 867
- Faehler, Karl 450**  
 Fähler 410  
 Falius 870  
 Fallada, Hans 508  
 Faulkner, William 976  
 Faulstich-Wieland, Hannelore 80  
 Fehring, Henrich 244  
 Fehring, Margaretha 244  
 Fehring, Max 38, 232, 244ff., 247, 248–257, 595f.  
 Fehrle, Eugen 380  
 Fehse 386  
 Feuchtwanger, Lion 508, 979  
 Fey, Heinrich 454  
 Fischer (OSR) 642  
 Fischer, Hans Erasmus 957

Fischer, Walther 297, 309  
 Flebbe (SA) 337  
 Flitner, Wilhelm 329, 337, 358, 949  
 Flüchtbauer, Sophie 49  
 Fontheim, Hans Kurt 946, 957  
 Fraefel, Urban 302  
 Fraenkel, Eduard 380  
 Frahm, Walter 715, 990, 991f.  
 Francken, Arthur 591  
 Francken, Elisabeth 590  
 Francken, Otto 590  
 Frank, Leonhard 508  
 Frank, Anne 106  
 Fränkel, Hermann 395  
 Frankfurter, Oskar 663  
 Franz, Karl 812  
 Franzmeyer, Fritz 644  
 Frei, Norbert 922  
 Freisler, Roland 941, 943ff.  
 Frers, Johann 331  
 Freudenthal 255  
 Frey, Ulrich 299, 301  
 Friedrich, Kai J. 610  
 Fromme 951  
 Früchtenicht, Jürgen 44, 648–652, 653, 654, 714  
 Früchtenicht, Louise 648  
 Früchtenicht, Wilhelm 649  
 Fuchs, Hans 219  
 Furck, Carl-Ludwig 527  
 Fuss, Werner 531, 862  
  
**Gabe, Walther 774f., 791**  
 Gakenholz (Pg.) 642  
 Galton, Francis 548  
 Gandhi, M. K. 508  
 Garms, Harry 545  
 Gätje, Walter 202  
 Gaudig, Hugo 76  
 Gebhard(t), Julius 81, 96, 839  
 Geerkens, Karen 994  
 Geertz, Otto 404  
 Geffert, Dorothee 226  
 Geffert, Heinrich 38, 221, 226–238, 239, 240–243, 912  
 Geffert, Johann Heinrich 226  
 Genter, Bertha 907  
 Genter, Hermann 907  
  
 Genz, Otto 44f., 738–744, 745f., 747–752  
 Genz, Ulrich 738  
 George, Heinrich 967  
 George, Stefan 176, 192  
 Georgi, Johannes 878ff.  
 Gerds, Peter 989  
 Gerhard, Marie C. A. 586  
 Gerhard, Otto 43, 586–594  
 Gerlach (Geheimrat) 544  
 Gerstenberg, Heinrich 614  
 Giese, Hans 969  
 Gilhart, Olympe 89  
 Giordano, Egon 454, 531f., 692f.  
 Giordano, Lilly 532  
 Giordano, Ralph 17, 42, 454, 531f., 692f., 1001  
 Glatzel, Hans 959  
 Gloy, Walter 308, 314, 509, 581, 816f.  
 Godeffroy, Oscar 124  
 Goebbels, Joseph 21, 48, 50, 54, 67, 70, 77, 111, 249, 423, 517, 913  
 Goehringer, Elsa 784  
 Goethe, J. W. von 179, 187, 192, 232, 469, 616  
 Goetsch, Christa 1002  
 Goette, Kurt 395f.  
 Gogol, Nikolai 508  
 Goldberg, Willi 472  
 Göring, Hermann 106, 142  
 Gorki, Maxim 508  
 Gosau, Friedrich 564  
 Gottberg, Willi 446, 472  
 Gottschalk, Max 86, 88  
 Gottsleben, Erwin 231, 460f., 587, 740  
 Götzte, Carl 80, 226, 233f., 236ff., 241, 329, 560, 632, 878, 910  
 Grabbe, Fritz 682, 684  
 Grabke, Erich 41, 719, 720, 721–725  
 Grabke, Hermann 719  
 Grabke, Ilse, geb. Bodin 719  
 Graefe, Albrecht von 884  
 Granzow, Hermann 748  
 Grassi, Ernesto 104  
 Grau, Gerd-Günter 697  
  
 Graue, Nils 747  
 Grimm, Jacob 990  
 Grimm, Wilhelm 990  
 Grimme, Adolf 499  
 Grimsehl, Ernst 399, 400f., 877  
 Grobmann, Alfred 996  
 Grolle, Joist 748, 990, 1001  
 Gronemann, A. H. J. 871f.  
 Große, Wilhelm 664  
 Grossmann, August 723  
 Grotefend, Werner 716  
 Groth, Konrad 41, 711, 712, 713–718  
 Grothjahn, Alfred 548  
 Gruber, Anna Henriette, geb. Schmidt 784  
 Gruber, Edmund Albert 784  
 Gruber, Else, geb. Thielemann 786ff., 792  
 Gruber, Siegfried 43, 774, 784, 785f., 787–793  
 Grüber, Viktor 449, 697  
 Gründgens, Gustav 967  
 Grünig, Heinrich 652  
 Grüttner, Michael 318  
 Gundert, Wilhelm 300, 318, 929  
 Gundlach, Erna 197  
 Gundlach, Wilhelm 38, 196, 197, 198–206  
 Gunzberg, Niko 88  
 Gutzmann, Ulrike 265ff.  
  
**Haack (Rechtsanwalt) 131f.**  
 Habermann, Max 49, 59, 62f., 68  
 Hadamczik, Kurt 798  
 Haefeker, Erika 448, 454f.  
 Haefeker, Kurt 42, 448ff., 451, 452–455  
 Hagemann, August 545, 837  
 Hahn, Elisa, geb. Hoch 411  
 Hahn, Karl 40, 399ff., 402, 403, 404, 405f., 407, 408–415, 863  
 Hahn, Luise 399  
 Hahn, E. M. 173  
 Hamann, Karl 223  
 Hanke, Christian 983  
 Happel-Rohwedder 628  
 Harders, Heinrich 994  
 Harleb, Heinrich 664  
 Hart, Heinrich 21

- Harte, Erich 162, 165f., 832  
Hartleb, Gertrud 430  
Hartleb, Ottomar 45, 416f.,  
478, 419–427, 428, 429, 430,  
431–438, 877ff., 881, 884f.  
Hartleb, Wilma, geb. Petersen  
430  
Hartlef, Gertrud 485  
Hartlef, Claus (Klaus) 43, 477,  
478, 479–489  
Haselmayer, Heinrich 80, 329,  
505, 517, 995, 996  
Hasselkuss, Lore 944f.  
Hattermann, Otto 858  
Haupt (Ministerialrat) 179  
Hauptmann, Gerhart 508  
Hayungs, Ella 522  
Hayungs, Heino 151  
Heck, Hans Arnold 557  
Hecht, Walter 952ff.  
Heer, Hannes 921  
Hegel, G. W. F. 469  
Heher, Elli, geb. Delfs 170  
Heher, Willi 38, 169, 170,  
171–174, 223, 481, 483  
Hehn, Heinrich 231, 353, 362,  
366, 460f., 586f.  
Heide, Gerd 44, 738, 746f.,  
748ff.  
Heidegger, Martin 380  
Heider, Fritz 325  
Heine (Studienrat) 409  
Heine, Heinrich 508f., 873, 979  
Heinrichsdorff 129  
Heise (Pg.) 817  
Heißmeyer, August 264, 271,  
789  
Heitmann, Fritz 682  
Heitmann, Paul 43, 680, 681,  
682–685, 687  
Heitmann, Peter 685  
Helbig, Johann 35, 98, 356,  
404, 409ff., 433, 436, 523, 532,  
547, 580, 676, 697, 740f., 765,  
779, 782, 791, 800f., 841, 890,  
899, 906, 907  
Helldorf, Wolf-Heinrich, Graf von  
63  
Hellwagen, Wilhelm 221  
Henningsen, Harry 521  
Hentschel (Zentrum) 600  
Henze, Albert 239, 451f., 454,  
465, 473f., 511f., 518, 572,  
623, 716, 774ff., 904, 912f.  
Herder, Johann Gottfried 182,  
184, 186, 345, 347  
Herfurter (SS) 265, 267  
Hering, Paul 655  
Herzer, Albert 21  
Heß (Hess), Rudolf 48, 53f., 67,  
69f., 420, 601f., 837, 943  
Hesse, Hermann 227, 236  
Hessenauer, Ernst 716  
Heyde, Erika 959  
Heyde, Werner (s. a. Sawade, Fritz)  
959, 960, 961–965  
Heyns, Kurt 315  
Himstedt, Karl 728, 733, 735  
Hindenburg, Paul von 52, 184,  
252, 413  
Hintze, Karl 552  
Hippius, Hanns 933, 960  
Hirte, Robert 951f.  
Hitler, Adolf 18, 34, 36, 41, 45,  
48, 50–55, 58–61, 63f., 66–70,  
93, 106, 110, 116, 126, 138,  
140, 142, 171f., 184, 186, 245,  
247, 249f., 252, 261, 268, 276,  
296f., 313, 334f., 350f., 379,  
383, 410, 413, 418f., 421ff.,  
429, 444, 452, 480, 506, 517,  
523, 540, 573, 605, 655, 659,  
683, 763, 795, 797, 807–810,  
819, 823f., 826, 829, 855, 885,  
891, 920ff., 938–941, 943f., 963,  
969, 980, 1001, 1003, 1005  
Hitler (Hiller), Alois 1003f.  
Hitler, Bridget 1003  
Hitler, William Patrick 1003f.  
Hochmuth, Ursel 478, 944f.  
Hoehne, Edmund 522  
Hoenicke, W. 882, 887  
Hoffmann, Auguste 139  
Hoffmann, Karl 173, 222f., 256,  
280, 565f., 607, 735  
Hofmannsthal, Hugo von 192,  
508  
Hofstätter, Peter R. 985, 986,  
987  
Hohenzollern, Friedrich (d. G.)  
469  
Hohenzollern, Friedrich Wilhelm I  
568, 570  
Hölderlin, Friedrich 181, 187  
Holdorff, Bernd 933, 960  
Hollburg, Gustav 680  
Holler, Gustav 204  
Höller, Guido 231, 362, 371, 587  
Holm, Kurt 208f., 211, 223,  
362, 588  
Holm, Norbert 622f.  
Holst, Amalie Maximiliane 785  
Holtz, Friedrich Carl 884  
Holzmann, Willy 129, 926,  
928f., 942  
Hopfgarten, Egon 858  
Hopster, Norbert 504, 516  
Hundt, Wulff D. 920  
Hüttmann, Ernst 445, 694  
Hymans, Paul 91  
**Ibel, Anna Maria 177**  
Ibel, Georg 175  
Ibel, Gretchen 175  
Ibel, Rudolf 38, 175f., 177,  
178–191, 192, 193ff.  
Intrau, Paul 166  
Ipsen (Prof.) 90  
Irmscher, Edgar 44, 305, 307f.,  
312, 313, 314–322, 331  
Isberg, Andreas 290  
**Jacobi(y), Walter 944**  
Jacobs 827  
Jacobsgaard, Peter 218, 484  
Jaeck, Peter 156f.  
Jaeger, Dietz 336  
Jaensch, Erich 134f., 137, 157  
Jäger, Fritz 318, 332  
Jäger, Georg 826, 899  
Jahn, Albert 365f.  
Jahn, Friedrich Ludwig 142  
Jakob, R. 325  
Jänisch, Erich 826  
Janssen, Horst 261  
Jens, Ernst 885  
Jensen (SA) 71f.  
Jessen, Georg 597  
Jeziorsky, Walter 96  
Johanny 883ff.  
Joho, Michael 286ff., 290, 292  
Jones (Brit. Militärreg.) 729  
Juhl, Eduard 674  
Jünemann, Wolfgang 617f.  
Jung (Prof.) 319  
Jungenitz, Johannes 43, 552f.,  
554, 555–559



- Jürgens, Curd 154  
 Jürgens, Franz 254, 555, 558, 690
- Kaiser, Jakob 62, 64**  
 Kanitz, Horst 714  
 Kant, Immanuel 179, 469  
 Kaphengst, August 41, 655ff., 658, 659–661, 665–668  
 Kaphengst, Veronika 658  
 Karasek, Hellmuth 261  
 Katzenstein (Assistentin) 80, 329  
 Kaufmann, Karl 36, 45, 48, 50f., 53–57, 59, 70, 93, 110ff., 114, 119–122, 124, 126f., 230, 235, 258, 317f., 363, 439, 445, 451, 540, 589, 599, 643, 662, 706, 774, 828, 838, 849f., 854, 887f., 913f., 935f., 943  
 Kaupen-Haas, Heidrun 130  
 Keeser, Eduard 290, 309f., 334, 929, 937  
 Keitel, Wilhelm 412  
 Kelter, Edmund 753  
 Kieckbusch, Dorthé 128  
 Kienast, Ulrich 817  
 Kiesselbach, Theodor 917  
 Kiesselbach, Wilhelm 36, 174, 189, 254, 357, 411, 434, 522, 698, 715, 917, 918, 919–923  
 Kirch, August 720  
 Kitlers, Carl 558  
 Kittler, Heinrich 485  
 Klabunde, Clara, geb. Genter 35, 410, 461, 627, 890, 907, 908, 948  
 Klabunde, Erich 907f.  
 Klant, Josef 49f.  
 Klatt (Prof.) 316  
 Kleeberg, Alfred 39f., 343–347, 348, 349–351, 352, 353–360, 459, 461, 785, 835, 900f.  
 Kleeberg, Käthe, geb. Bittrich 343  
 Kleeberg, Richard 343  
 Klein, Kurt 805  
 Kleist, Heinrich von 187  
 Klinge 989  
 Kloppe, Friedrich 642  
 Klopstock, Friedrich Gottlieb 176  
 Klüver, Max 261, 988, 989  
 Knickrehm, Henny, geb. Lewy 497
- Knoll, Wilhelm 38, 286, 287, 288ff., 297, 292–228, 299, 300–304, 309f., 318  
 Koch, Hermann 717, 722, 724  
 Koch, Christian 115f., 118  
 Kock, Reimar 105  
 Köhler, Ernst 43, 772, 773, 774, 775–783, 786  
 Köhler, Katharina, geb. Seyler 772  
 Kohnmeyer (HJ-Führer) 443  
 Köhne, Fritz 20, 23, 26, 77, 95ff., 128, 170f., 215, 217, 229, 235, 239f., 277f., 355, 483, 494, 499, 501, 552f., 556, 597, 648, 854, 873, 905, 908, 911ff.
- Kokoska, Stanislaw 376  
 Koller, Siegfried 939  
 Kollwitz, Käthe 508  
 Koops, Werner 743  
 Kopittke (Ortsgruppenleiter) 548  
 Körner, Theodor 656, 861, 862, 863  
 Köster, August 536  
 Köster, Charlotte, geb. Stahl 537, 540  
 Köster, Robert 37, 42, 536f., 538, 539–542, 706  
 Kowallek, Willy 40, 348, 351, 354, 456, 457, 458ff., 461, 462ff., 656, 863  
 Kraepelin, Emil 323  
 Krauel, Otto 443  
 Krause, Emil 347, 572, 586, 880, 912  
 Krause, Thomas 50  
 Krebs, Albert 36, 48–66, 67, 68–74, 105, 111  
 Krebs, Richard 48  
 Krebs, Wilhelmine 48  
 Kress, Hans 199, 201  
 Kriech, Ernst 236  
 Kroetz (Arzt) 577  
 Krogmann, Carl Vincent 113, 119, 491, 504  
 Krogmann, Otto 124  
 Krogmann, Richard 124  
 Kroh, Oswald 334  
 Krüger, Fritz 334, 336, 339  
 Krüger, Hardy 261  
 Krümmel, Carl 290  
 Kruse, Ernst 591  
 Kube 60
- Kubowitzki, Leon 87  
 Küchler, Gustav 21, 229  
 Kuffler 870  
 Kuhlbrodt, Dietrich 964f.  
 Külle, Oswald 323, 333  
 Kunrede, Wilhelm 801  
 Kurenbach, Walter 101, 103, 813, 839
- Lambeck, Herbert 566**  
 Lammel (Pg.) 483  
 Lämmermann, Hans 985  
 Landahl, Frieda 345, 354  
 Landahl, Heinrich 24, 26f., 29, 40, 64, 93f., 96f., 104f., 148ff., 170, 192, 199, 211, 271, 310, 335, 345, 354, 358, 368, 388, 399, 403f., 406–410, 430, 440, 459, 475, 484, 497, 501, 519f., 522, 526, 532, 534, 546, 561, 563, 603f., 622, 624, 626, 644, 663, 672, 695, 707, 711, 721, 727, 734, 756, 768f., 782, 805, 814, 819ff., 825–830, 832, 835f., 838ff., 842, 854, 866, 874, 879, 891, 905f., 915, 938, 942, 949  
 Lang, Günther 882  
 Lange (NSDAP-KL) 937  
 Lange, Gustav 191, 387, 767  
 Lange, Helene 458  
 Lange, Hermann 21, 905  
 Lange, Kurt 801  
 Langhein, Hans 43, 531, 696, 753f., 755, 756–760, 761, 763f.  
 Langhein, Hans-Hermann 43, 473, 753f., 756, 761f., 763, 764–768, 769f., 771  
 Langhein, Olga Frieda 753, 756  
 Lasch, Agathe 278, 505, 523  
 Lassalle, Ferdinand 219  
 Lau, Carl 484  
 Lau, Hermann 774, 775, 779, 786  
 Laun, Rudolf 316  
 Lehberger, Reiner 21, 527  
 Leip, Hans 187  
 Leisler Kiep 817  
 Lellmann 884  
 Leuschner, Wilhelm 62  
 Ley, Robert 261  
 Licht, Friedrich Wilhelm 20, 21, 23, 35, 99, 187, 411, 495, 583,

- 607, 699, 765, 905, 908, 909, 910f.
- Lichtwark, Alfred 910
- Liebenow, Erich 951
- Liebeschütz, Hans 829
- Lieth, Hinrich von der 229, 363, 482
- Lindemann (Senatsrat) 886, 887, 891
- Lindemann, Adolf 42, 656, 812, 861, 862, 863, 864, 865–868
- Lipps, Theodor 323, 333
- Lobsien (Ortsgruppenleiter) 581
- Löden, Paul 158, 473, 475, 570
- Loewenberg, Ernst 829
- Löffler (Obb. Würzburg) 176
- Löffler (Physikus) 293, 300, 851
- Lohalm, Uwe 126, 129
- Lohr, Axel 991
- Lohse, Agnes Emilie, geb. Barrelet 670, 673
- Lohse, Eduard 41, 670, 673
- Lohse, Hinrich 56ff., 540
- Lohse, Walter 41, 627, 670, 671, 672–679
- Lohse, Walter, jun. 673
- Lokoschat, Timo 1004
- Löns, Hermann 998
- Looschen, Walter 506
- Lopau (Rechtsanwalt) 812
- Lorenzen, Hans L. 696f., 759, 764f.
- Lowig, Emil 319
- Ludendorff, Erich 420, 452, 660
- Ludendorff, Mathilde 801
- Lüders, Leo 815
- Ludwig, Otto 508
- Lühning, Wilhelm 223
- Lundius, Bernhard 621
- Lurati, Max 556f., 776–782
- Lütgens, Rudolf 331
- Lüth, Richard 675, 695
- Luther, Martin 419, 469
- Lüthje, Hans 16f., 23, 356f.
- Machleidt, Dorothea 997, 999**
- Machleidt, Walter 508ff., 978ff., 997, 998f.
- Malitz, Jürgen 379f., 384, 393, 395
- Mann, Heinrich 508, 979
- Mann, Thomas 508, 924
- Mansfeld, Albert 24, 44, 223, 229f., 232, 362f., 461, 483, 587, 589, 648, 656, 684
- Marcuse, Ludwig 508
- Marein, Josef 955, 958
- Martini, Oskar 122
- Marx, Eduard 609
- Marx, Karl 219, 508
- Marxen, Julius 877, 879, 883
- Matthaei, Adolf 663
- Matthaei, Heinrich 41, 662, 663, 664, 665, 666–669
- Matthaei, Walter 41, 662
- Matthewes, Ernst 26ff., 103f., 192, 255, 358, 534, 550, 555–559, 609, 653, 700, 768f.
- Mauz, Friedrich 956
- Meggendorf, Friedrich 927
- Meinecke, Fritz 643f., 705f.
- Meisel, Hans 699
- Mendelssohn-Bartholdy, Felix 509
- Merck (Kaufmannsfamilie) 124
- Merck, Walther 630, 646, 675f., 905f.
- Merkel, Angela 1004f.
- Merwick, Alfred 337
- Metternich, K. M. L. von 453
- Meumann, Ernst 79, 323f., 333
- Meumann, Meta 325
- Mewes, Yvonne 16f., 23
- Meyer (Ortsgruppenleiter) 455, 728
- Meyer, Carl 698
- Meyer, Friedrich 883, 885
- Meyer, Gertrud 944f.
- Meyer, Hanna 357
- Meyer, Hans 667
- Meyer, Peter Ulrich 982, 1000
- Meyer, Wolfgang 291, 457, 753f., 826, 835
- Mietz, Jürgen 984
- Milberg, Hildegard 34, 527
- Minnert, Kurt 742f.
- Mittelbach, Ernst 204
- Möckelmann, Gertrud Helene, geb. Fessmann 140, 153
- Möckelmann, Hans 36, 37, 134, 135, 136, 137–149, 150, 151–161, 709, 767ff., 831
- Möckelmann, Nicolaus 134
- Möckelmann, Reiner 155, 158
- Möhring, Gustav 726, 727, 728f., 730, 731
- Möller (Beamter) 591
- Möller, Kurt Detlef 358
- Möller-Ernst, Senta-Regina 515
- Moltmann, Herbert 829
- Moser, Helmut 333
- Mourges, Alice 325
- Mrugowski, Alexander 617
- Muchow, Dorothee (Dora) 75, 81, 93
- Muchow, Else, geb. Wrage 92, 94ff., 105
- Muchow, Hans (Heinrich) 37, 75, 76, 77–101, 102, 103–109, 343, 348, 355, 895ff., 899f.
- Muchow, Martha 37, 75f., 79ff., 83, 91–94, 96, 106, 325, 328f.
- Muchow, Johannes 75
- Muckermann, Hermann 548
- Müffelmann, Frieda, geb. Borchert 845
- Müffelmann, Erich 43, 844–852, 853, 854–860
- Mühe, Theodor 20, 40, 96, 352, 355, 454f., 457–460, 656, 671, 692, 699, 738, 810, 862f., 865, 867
- Müller (Regierung M.) 52
- Müller, Alphons 29
- Müller, Bernhard 538f.
- Müller, Hermann 668
- Müller, Karl Valentin 548
- Müller, Max 885
- Müller, Wilma, geb. Meier 29, 30, 31
- Mulzer, Paul 944
- Münchmeyer (Kaufmannsfamilie) 124
- Münzinger, Adolf 320
- Mussolini, Benito 452, 645
- Nagel, Anne Christine 135**
- Nagel, Heinz 201f.
- Naumann (Pfarrer) 344
- Nayhaus-Cormons, Meinhard Graf 262
- Neckel, Wolfgang 224, 709, 750, 833
- Nehmert, Bruno 723
- Nentwig, Hans Jürgen 443

- Nette, Bernhard 209  
 Neuenburg, Hermann 274  
 Neuhäuser, Robert 410  
 Neumann (Volkspartei) 601  
 Nicolai, Otto 572, 580, 582  
 Nicolaysen, Lorenz 568, 677  
 Nicolaysen, Rainer 744  
 Niebank, Gerd 20, 21, 497f., 905  
 Niekerken, Walther 278  
 Nieland, Hans 120  
 Nielsen 883  
 Nietzsche, Friedrich 144, 155, 179, 181, 469  
 Nitsche 962  
 Noack, Kurt 316  
 Nolzen, Armin 56  
 Nonne, Max 130f.  
 Nonnenbruch, Wilhelm 938  
 Nöthlich, Gerhard 153f., 156, 504, 506, 994, 997  
 Nöthlich, Marianne 997  
 Nübel, Birgit 184
- Oberdörffer, Wilhelm 40, 117f.,**  
 349, 434, 457, 473f., 533, 545,  
 584, 629, 643, 706, 720, 785,  
 800, 827f.
- Oberländer, Theodor 67  
 Oelmann, Wilhelm 633f.  
 Ofterdinger, Anna, geb. Reye  
 124  
 Ofterdinger, Gertrud, geb. Nissen  
 130ff.  
 Ofterdinger, Guido 124  
 Ofterdinger, Friedrich 38, 45,  
 112, 114, 124, 125f., 127, 128,  
 129–133, 198, 372, 815, 854,  
 883, 885, 929, 933, 936f., 943,  
 961–964, 966  
 Ohm, Berthold 404, 409ff., 571,  
 656, 806f., 827f., 863  
 Oppermann, August 378  
 Oppermann, Ella, geb. Borchers  
 386  
 Oppermann, Hans 37, 158,  
 378–391, 392, 393–398  
 Oppermann, Margarete 378  
 Oppermann, Thomas 386  
 Osbar, Elisabeth 696  
 Ossenbrügge, Dietrich 681,  
 727ff., 847
- Otto (DDP) 600
- Padover, Saul K. 922**  
 Paehler, Hans 486  
 Pamperrien, Sabine 830f.  
 Pankow, Luise 623  
 Papen, Franz von 52  
 Paquet, Alfons 227, 232, 236  
 Pein, Behrend 258  
 Pein, Bernhard 39, 251, 258f.,  
 260, 261f., 263, 264–285,  
 835–838  
 Pein, Charlotte 258  
 Pein, Emmy 283  
 Pels, Alice 89  
 Persich, Walter Anatole 968  
 Pestalozzi, Johann Heinrich 770  
 Peter, Rudolf 96, 217, 266, 279,  
 281  
 Peters 942  
 Peters, Richard 846f.  
 Peters, Ulrich 266f., 614, 619,  
 621  
 Petersen, Fritz 429  
 Petersen, Peter 227, 334  
 Petersen, Rudolf 40, 58f., 211,  
 439, 441, 444f., 613f., 618f.,  
 620ff., 624, 919ff.  
 Peyn, Bruno 491, 505, 507f.,  
 572, 617, 618, 835f., 839, 886  
 Pfäfflin, Friedemann 932, 965  
 Pfeffer, Lissy 604  
 Pichler, Hans 944  
 Pieroto (Minister) 432  
 Pollitz, Alice 905f.  
 Pommerenke 885  
 Priebe, Alexander 156  
 Prieberg, Fred K. 897f.  
 Prinz, Gerhard 925f.  
 Purucker, Wilhelm 165  
 Puschkin, Alexander 508  
 Puttfarcken, Werner 43, 443,  
 528, 529, 531, 692, 693, 754,  
 755, 757f., 761, 763f., 800  
 Pyritz 340
- Raab, Rosemarie 748**  
 Raabe, Wilhelm 386, 393  
 Rabe, Ties 976, 981, 1001  
 Radbruch, Robert 768  
 Rademacher, Willy Max 683
- Ramb, Aloys 418f., 425  
 Rätthling, Johanna 713ff.  
 Rautenberg, Otto 664  
 Reder, J. 89  
 Rée 357  
 Reese 732  
 Reicke, Siegfried 136  
 Reimer, Uwe 389–392, 533,  
 753ff., 798  
 Reimers, Hans 26, 36, 150, 152,  
 158, 388, 446, 472f., 523f.,  
 541, 584, 677, 767, 782, 826,  
 911, 993f.  
 Reimnitz, Elisabeth 601, 609  
 Reimnitz, Erk 609  
 Reimnitz, Frauke 609  
 Reimnitz, Hartmut 609  
 Reimnitz, Hermann 595–606,  
 607, 608f., 610, 611f.  
 Reimnitz, Olaf 609  
 Reimnitz, Rudolf 609  
 Reimnitz, Volker 609  
 Rein, Adolf 290, 292, 329ff.,  
 929, 942  
 Reinhard (SS) 720  
 Reinholz, Franz 555  
 Reitz, Klaus 552  
 Remarque, Erich Maria 873  
 Remmert 885  
 Reye, Wilhlem 124  
 Richter, Alfred 120, 166f.  
 Rieckmann, Andrej 563  
 Rieckmann, Georg 560  
 Rieckmann, Gerhard 43, 560,  
 561, 562–567  
 Rieckmann, Gertrud, geb. Schön-  
 wolf 560  
 Riecks, Gerhard 44, 371, 372,  
 373–377  
 Riecks, Ilse 372ff., 376  
 Rieper, Magda 675  
 Ritterbusch, Theodor 694  
 Rockel, Werner 740ff.  
 Rode, Margarete 279  
 Roemer, Hans 841f.  
 Röhl, Adolf 22  
 Röhm, Ernst 280  
 Roloff, Paul 79f., 328f.  
 Romey, Stefan 209  
 Roock, August 233f., 238  
 Roosevelt, Franklin D. 89, 138

- Rösch, Franz-Gerhard 694f.  
Rösch, Gerhard 42, 445, 449, 528, 656, 692, 693, 694–701  
Rösch, Marie 692, 695  
Rösch, Hans 40, 42, 456f., 459, 620f., 692, 808, 862  
Rosenberg, Alfred 82, 83f., 94, 97f., 187, 189, 335, 505, 516, 540, 672, 893, 896  
Rostock, Paul 924f., 936  
Roth, Kai-Thomas 997  
Roth, Karl Heinz 130, 928–931, 941  
Rothenberg, Gerda 994  
Rothenberger, Curt 125, 918  
Rothmann, Ralf 35  
Rothschild, Leo 89  
Rousseau, Jean-Jacques 508  
Rudolfsdorff 368  
Rudolph, Eleonore 905  
Rudolphi, Felicitas 958f.  
Ruhland, Wilhelm 318  
Russack, Walter 716  
Rust, Bernhard 217, 258, 260f., 263, 268, 274, 281, 297, 337, 381f., 605  
Rüttenauer 879
- Sahلمان, Erwin 847**  
Sahrhage, Heinrich 172, 482f., 649, 991  
Salomon, Ernst von 125  
Salomon, Ilse 22  
Salomon, Heinz 22f.  
Sammet, Kai 931  
Saß, Hermann 42, 466, 537f., 595, 601, 711–714, 717, 719f., 785  
Sauerbruch, Ferdinand 941  
Sawade, Fritz (s. a. Heyde, Werner) 959, 960, 961–965  
Schacht, Hjalmar 390, 430  
Schade, Fritz 682f.  
Schadewaldt 380, 395  
Schadow 639ff.  
Scharenberg, Gertrud 706  
Scharenberg, Wilhelm 41, 702–708, 709, 710  
Scheel, Gustav Adolf 396  
Scheerer, Martin 325  
Schelsky, Helmut 104  
Schemm, Hans 429, 478  
Schietzel, Carl 20, 26f., 554, 556ff., 911  
Schiller, Friedrich 156, 187, 469  
Schilling, Jörg 505  
Schirach, Baldur von 34, 138, 261, 423, 483, 510, 605, 617f.  
Schleicher, Kurt von 48, 51ff., 61, 63  
Schliack, Hans 933, 960  
Schliack, Otto 802  
Schlinck, Julius 124  
Schlorf, Richard 199, 203f., 208  
Schlotfeldt, Karl 595, 596, 597ff., 603, 605, 952  
Schmidt (Angestellter) 59  
Schmidt-Bodenstedt (Ministerialdirektor) 282  
Schmidt, Adolph 570  
Schmidt, Egon Arthur 166  
Schmidt, Felix 39, 113, 515, 516, 517–525  
Schmidt, Friedrich 442  
Schmidt, Gustav 22, 30, 35, 96, 228, 235, 237ff., 241, 253, 450, 485, 495, 501, 538, 561ff., 592, 636, 652, 688, 840, 854, 857, 874, 911, 912, 913f., 991  
Schmidt, Hannelore (Loki, geb. Glaser) 39, 804, 805, 807, 809  
Schmidt, Helmut 39, 804, 805, 807, 809, 819, 830, 831  
Schmidt, Hermann 41, 167, 568 569, 570f., 572, 573–585  
Schmidt, Karl 386  
Schmidt, Ulf 940  
Schmidt, Uwe 77, 216, 343ff., 347–350, 445, 459, 527f., 617, 694, 801f., 865, 901, 904f.  
Schneider (SA) 307  
Schneider, Karl 927, 962  
Scholz, Carsten 494  
Scholz, Harald 263f.  
Schomaker, Johannes 552  
Schomburgk 800  
Schönfelder, Thea 969  
Schöning, Elsa, geb. Bruns 819  
Schöning, Ernst 39, 148f., 289, 819–824, 825, 826–830, 831, 832–835  
Schöning, Frieda, geb. Berge 819  
Schramm, Wilhelm 720, 723  
Schreiber, Walter 939  
Schrewe, Ernst 38, 127, 198, 201, 204, 435, 462, 494, 599, 603, 740, 937
- Schröder, Christel 903  
Schröder, Gerhard 833  
Schröder, Heinrich 35f., 94, 100, 147–150, 187, 239, 357f., 367, 387f., 409, 431, 436, 446, 462, 466–470, 472, 520, 533, 549f., 580, 624, 626f., 646, 652, 675, 677, 715ff., 721f., 740, 774, 775, 776, 779f., 782, 786, 791, 800, 814, 819, 826, 832, 890, 898f., 903, 904, 905f.  
Schröder, Jakob Friedrich 903  
Schröder, Wilhelm 100  
Schubrink 340  
Schult, Johannes 35, 173, 211f., 279, 310, 364, 366, 652, 914, 915  
Schultz, Hermann 599, 633, 888  
Schulz, F. 219  
Schulz, Hermann 441  
Schulz, Willi 38f., 43f., 112, 127, 163, 167, 209, 212, 214, 216f., 221, 226f., 229–232, 234f., 238ff., 258, 265, 362f., 365f., 371, 507, 586ff., 686, 807, 827, 837f.  
Schumacher, Fritz 151, 477  
Schumacher, Gerhard 158, 986, 987  
Schümann, Bodo 982  
Schuster (Pg.) 687  
Schütz, Harald 801  
Schwemer, Karl 683  
Schwesow 646  
Seefeld 829  
Seegert, Christian 920  
Segelken, Hans 434  
Sell, Margret, geb. Zeidler 16, 17–31, 910  
Sell, Johannes (Jan) 18, 31  
Servatius, Robert 940f.  
Shelton (Major) 23f.  
Siecker, Hugo 187  
Sieg, Ulrich 135  
Siegel, Wilhelm 564  
Siegelmann 276  
Sielemann, Jürgen 988  
Sieveking, Hermann 131, 433  
Sieveking, Kurt 224, 390, 534  
Sieveking, Wilhelm 389  
Sievers, Wilhelm 851

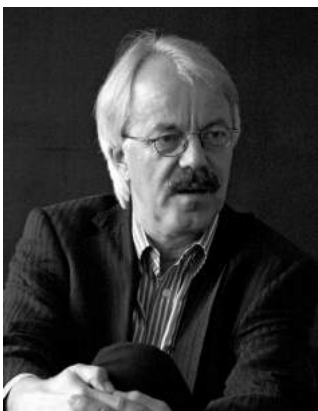
- Sievers, Hans-Joachim 886  
 Simon, Gertrud 479  
 Skaupy, Franz 879  
 Skrentny, Werner 1000  
 Sloman, Henry 817  
 Sloman, Ricardo 817  
 Snell, Bruno 390  
 Soll, Harry 61, 97, 131, 188, 241, 282, 339, 367, 411, 445, 463, 487, 549, 556, 593, 630, 637, 645f., 683, 717, 758, 782, 867, 917  
 Sommer, Fritz 688ff.  
 Sommer, Theo 261  
 Sonden (SS) 623  
 Sonntag, Kurt 39, 835, 836, 837–843  
 Sonntag, Paula M., geb. Johst 837  
 Sparmann, Friedrich 29  
 Speyer, H. 88  
 Spilcke, Joachim 264  
 Spranger, Eduard 323  
 Stadel, Otto 722, 766, 786, 791  
 Stahlbock, Friedrich 708  
 Stegemann (Schulrat, SS) 601, 604  
 Steinhauer, Peter 951  
 Stendhal (Pseudonym für Marie-Henri Beyle) 508  
 Stern, Clara 325  
 Stern, Fritz 830  
 Stern, William 37, 44, 75f., 79ff., 83, 91, 106, 227f., 324, 325, 326–330, 332f., 335, 689  
 Stier, Ewald 939  
 Stolpe (Pg.) 601  
 Stolt, Peter 987  
 Stöpel, Paul 611  
 Stoppenbrink, Hermann 552  
 Stoppenbrink, Franz 739  
 Storjohann, Uwe 41, 569ff., 579  
 Stoß, Irma 780, 905  
 Strasser, Gregor 50, 54  
 Streckenbach, Bruno 125  
 Stempel, Alexander 39, 101, 113, 146, 444, 503–512, 513, 514, 516f., 519, 523, 738, 743, 899f.  
 Stempel, Gertrud, geb. Bauche 512  
 Strnad, Elfriede 96  
 Struck, Erdmann 528  
 Stuart-Houston, Alexander 1004  
 Stückrath, Fritz 837  
 Studt, Bernhard 410, 828  
 Stuhlmann, Ruth 338  
 Sturler, Jean de 90  
 Suse, Theodor 663  
 Süskind 187  
 Szodrzynski, Joachim 919  
**Telschow (Gauleiter) 642**  
 Teske, Hans 90, 91, 523  
 Thede, Willi 444, 531, 532f., 697, 699, 754, 755, 757f., 779, 800, 890  
 Thielemann, Else 786f.  
 Thies, Hinrich 155  
 Thode, Otto 993  
 Thoma (Landgerichtsinsp.) 97  
 Tietjen, W. 826  
 Timcke 883  
 Toepffer, Oscar 38, 114, 119f., 122, 124, 127, 223f., 367, 371, 374, 511, 589, 920, 921, 929, 999  
 Tolstoi, Lew 508  
 Tomforde, Albert 40, 439, 440, 441, 442, 443–447, 694, 758, 862, 867  
 Tomforde, Margarethe, geb. Carstens 439  
 Tornieporth, Alwin 220  
 Traeger, Max 20, 21, 23, 28, 209f., 554, 905  
 Treviranus, Gottfried 63, 68  
 Trog, Hermann 774, 775, 786  
 Trotha, Adolf von 883  
 Trumpf, Christian 42, 794–799, 800, 801ff.  
 Trump, Donald 1004f.  
**Uetzmann, Richard 443, 867**  
 Uexküll, Gösta von 613  
 Uhlig, Curt Emil 214  
 Uhlig, Luise, geb. Roosch 216  
 Uhlig, Kurt 38, 214, 215, 216–225  
 Ulmer, Anna 526  
 Ulmer, Fritz 40, 526f., 528f., 530, 531, 532–535  
 Ulmer, Heinrich F. J. 526  
 Ulmer, Iwan F. F. 530  
 Umlauf, Karl 343f., 355, 560  
 Unbehaun, Hans 572, 578, 579  
 Unruh, Fritz von 176  
 Ursinus 273  
 Uetzmann 867  
**Valentin, Fritz 956**  
 Vandervelde, Emile 89  
 Vergien, Max 592  
 Vergil 386f.  
 Vermeer, Jan 106  
 Verschuer, Ottomar Freiherr 939  
 Vick, Otto Johann J. H. 586  
 Villiez, Anna von 128f.  
 Vlimant, Andre 88  
 Vogel, Adolf 41, 639, 640, 641–647, 705f.  
 Vogel, Adolf (Dr.) 37, 57, 77, 82f., 85, 87, 90f., 100f., 106, 348, 893–897, 898f., 900ff.  
 Vogel, Luise, geb. Jacobs 900  
 Voigt (Schulrat) 732f.  
 Vontin, Walther 191, 433, 900  
 Vonarb, Walter 487, 565f.  
 Vries, Willem de 83f., 86, 895ff.  
**Wagner, Karl 792**  
 Wagner, Richard 469  
 Wahlstedt 509  
 Waller, Klaus 968  
 Wallraff, Günter 1005  
 Wandschneider, Erich 60f., 63  
 Wannenmacher, Eugen 938  
 Wechmar, Rüdiger von 261f., 264  
 Wedel, Hasso von 204, 573, 576, 595f., 599, 707  
 Wegner, Christian 189  
 Wegner, Hans 193, 388f., 392, 740f., 743  
 Wehner, Heinz 795  
 Wehrmann (Pastor) 873  
 Wehrt, Erich 774, 775  
 Weidemann, Magnus 611  
 Weidemann (Schulrat) 703  
 Weinrich, Karl 136  
 Weiß-Mann, Edith 279, 281  
 Wendt, Joachim 821  
 Wendling, Karl 774, 775  
 Wenke, Hans 67, 152, 158, 174, 223f., 378, 388, 390, 949

- Wentzel, Eduard 999  
Wentzel, H. 739  
Werdermann, Carl 122  
Werdier, Robert 98, 101, 487  
Werfel, Franz 508  
Werner (Pg.) 817  
Werner (Kripo) 848  
Werner, Heinz 79, 325, 328f.  
Werner-Boelz, Michael 983  
Wernicke 100  
Wessel, Horst 421f.  
Wessig, Curt 781, 947  
Wetzel, Paul 41, 348, 410, 613f.,  
615f., 617–625  
Weygandt, Wilhelm 926f.  
Weyland, Hermann 596  
Wiechert, Ernst 187  
Wieczorek, Annemarie 944  
Wiegank, Heinrich 482  
Wiencken, Herbert 21, 554  
Wiesener, Rudolf 799  
Wigalis 792  
Wilde, Oscar 508  
Wilke, Johannes 664, 667  
Willhöft, Hans 943f., 948  
Wirrer, Jan 504, 506, 516  
Witt, Erich 573–576  
Witt, Karl 38, 111, 112, 114,  
126f., 163f., 166, 196, 207, 231,  
399, 445, 449, 456f., 459, 490,  
626, 632, 648, 655f., 663, 694,  
727, 788, 826f., 837, 929  
Witter, Ben 925, 967  
Witter, Erich 805ff., 827  
Witthöft, Walther 571  
Wolf (Pg.) 483  
Wolf, Christa 976f.  
Wolf, Emil 310  
Wölfert, Georg 417  
Wolff, Karl 275  
Wolffson, Ernst 130  
Wolfram 469  
Wolgast, Heinrich 910  
Wommelsdorf, Otto 501, 592  
Wriede, Hinrich 505  
Wulff, August 516  
Wulle, Theodor 192  
Wulle, Reinhold 884  
Wunder, Olaf 1003  
Wunderlich 80, 329  
Wundt, Wilhelm 323f.  
**Zachariae, Hans 350**  
Zahn, Adolf 289  
Zahn, Curt 104, 744  
Zeeland, Paul van 89  
Zeidler, Kurt 16ff., 19f., 21–25,  
26f., 28f., 35, 98f., 217, 240f.,  
255f., 463, 499, 554, 699, 905,  
909, 970, 911f.  
Zeidler, Wolfgang 17, 18, 23,  
28, 31  
Zeidler, Kaethe 18, 29  
Zeiger, Karl 937  
Zeise, Theodor 125  
Zelck, Max 234  
Zerbe, Eugen 38f., 164, 290ff.,  
297, 304–308, 309, 310f.,  
313ff.  
Zerssen, Otto von 203f., 222,  
541, 708,  
Zimmerl, Leopold 135f.  
Zimmermann (Stadtverwaltung  
HH) 146  
Zimmermann, Georg 319  
Zindler, Erwin 39, 508, 529, 534,  
693, 758, 761, 805–808, 810,  
816, 821f., 827, 829, 836, 886  
Zinnecker, Jürgen 75f., 80f.,  
92, 104  
Zola, Émile 508  
Zollinger 293  
Züge, Karl 20, 41, 185, 452, 461,  
520, 547, 568–571, 572, 578,  
582, 584, 646, 656, 692, 867,  
880ff., 886  
Zweig, Arnold 508  
Zweig, Stefan 508, 979  
Zylmann, Peter 715f.

## Dank

Dieses Buch hätte nicht geschrieben werden können, ohne vielfältige Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen, Dokumenten und Fotos. Zu Dank verpflichtet bin ich wieder insbesondere Christina Ahrens vom Staatsarchiv Hamburg, die mich über viele Jahre auf zahlreiche Spuren gebracht hat und ohne die ich das gesamte Projekt in dieser Form nicht bewältigt hätte. Unterstützend war auch wieder David Hamann und seine Recherchedienste im Bundesarchiv Berlin, Sabine Büge vom Archiv der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg, Svenja Viertel und Dr. Hans-Werner Fuchs für besondere Unterstützung und Expertise, Hannes Alpheis für seinen unbürokratischen Support und natürlich Joachim Szodrzynski für sein sachkundiges Lektorat, Andrea Orth für die Gestaltung des Buches und den professionellen Blick auf alles sowie Dr. Rita Bake für die Betreuung des gesamten Projektes und Dr. Sabine Bamberger-Stemmann, mit der ich den Beginn dieses Projektes besprach und die dieses bis zum Ende konstruktiv begleitet hat.

## Biografische Daten



### **Dr. Hans-Peter de Lorent**

Geb. 1949, war Lehrer, Hauptseminarleiter und Leitender Oberschulrat im Hamburger Bildungswesen, Redakteur und Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, GEW-Vorsitzender in Hamburg, Bürgerschaftsabgeordneter und Autor wissenschaftlicher und belletristischer Literatur.

Für Fragen, Anmerkungen, Rückmeldungen:  
[Hans-Peter.deLorent@hamburg.de](mailto:Hans-Peter.deLorent@hamburg.de).

## **Täterprofile, Band 1**

### **Inhalt**

Geleitwort und Begleitworte von  
Prof. Joist Grolle, Uwe Storjohann  
und Ralph Giordano

NS-Personalpolitik im Hamburger  
Bildungswesen

Die unvollendete Entnazifizierung  
Der Fall von Adolf Hitlers Halbbruder  
Alois Hitler in Hamburg

### **Täterprofile/Biografien:**

Karl Witt

Willi Schulz

Albert Mansfeld

Gustaf Adolf Deuchler

Hermann Saß

Robert Grosse

Peter Meyer

Joachim Carstens

Richard Stender

Kurt Silber

Heinrich Paulsen

Karl Raebel

Adolf Meyer

Hugo Schnüge

Peter Meyer

Karl Schlotfeldt

Paul Dittmer

Hermann Reimers

Horst Kanitz

Kurt Eitzen

Adolf de Bruycker

Hermann Lau

Walter Brockmüller

Hermann Trog

Sophie Barrelet

Harry Garms

Theodor Mühe

Karl Züge

Peter Jacobsgaard

Rudolf Hartnack

Franz Wallis

Hermann Reisener

Ernst Kumlehn



Rudolf Fehling

Walter Behn

Hans Einfeldt

Walter Behne

Bruno Peyn

Ernst Hüttmann

Cäsar Iburg

Wilhelm Oberdörffer

Erwin Zindler

Berthold Ohm

Alfred Grobmann

Heinrich Haselmayer

Werner Fuss

Hinrich Wriede

Martin Duttge

Friedrich Grimmelshäuser

Werner Puttfarcken

Kurt Holm

Hinrich von der Lieth

Richard Schlorf

Wilhelm Lühning

Wilhelm Gundlach

Hellmuth Messerschmidt

Hans Rösch



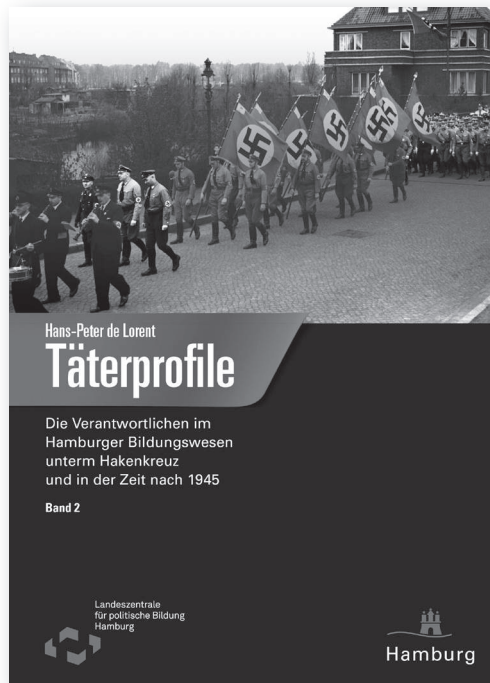
## **Täterprofile, Band 2**

### **Inhalt**

**Geleitwort von Schulsenator  
Ties Rabe**

**Begleitwort von Gerhard Nöthlich**

**Walter Bärsch  
Oscar Toepffer  
Ernst Schrewe  
Hasso von Wedel  
Wolfgang Meyer  
Udo Lohse  
Ernst Preuße  
Hugo Millahn  
Dietrich Ossenbrügge  
Karl Himstedt  
Johannes Böckenhauer  
Hans Wenke  
Hans Reimers  
Wilhelm Arp  
Heinrich Sahrhage  
Hellmuth Dahms  
Herbert Bieber  
Adolf Lambeck  
Herbert Manig  
August Hagemann  
Heinrich Hehn  
Erwin Gottsleben  
Guido Höller  
Elwin Kludas  
Paul Löden  
Hans Lüthje  
Reinhold Bierwirth  
Emma Lange  
Adelheid Barrelet  
Richard Lüth  
Johannes Saß  
Walther Machleidt  
Otto Ludwig  
August Wulff  
Alfred Aust  
Armin Clasen  
Walter Frahm  
Heinrich Böe**



**Richard Ackermann  
Ernst Dätz  
Wolfgang Jünemann  
Otto Thode  
Hans Roloff  
Friedrich Albers  
Franz Bömer  
Gerhard Schumacher  
Ingrid Möller  
Max Klüver  
Walter Hecht  
Peter R. Hofstätter**

**Gespräch (gemeinsam mit Reiner Lehberger)  
mit dem Vorsitzenden der „Gesellschaft  
der Freunde des vaterländischen Schul-  
und Erziehungswesens“ von 1948–1951,  
Hermann Lange**

## Reaktionen auf die „Täterprofile“

„Ein in dieser Republik wohl als einzigartig zu bezeichnendes Projekt.“

Werner Skrentny, Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte

„Die ‚Täterprofile‘ zeichnen sich durch zweierlei aus: gründliche Recherche und engagierte Urteilskraft. Dem Autor ist zu danken, dass er ganz wesentlich dazu beigetragen hat, das ‚Komplott des Schweigens‘ zu brechen.“

Prof. Joist Grolle, Schulsenator in Hamburg von 1980–1987

„Erkennbar gewissenhafte Recherche. Es ist dieses Bemühen um Sachlichkeit und Objektivität, das alle Porträts auszeichnet und ihnen ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit verleiht.“

Uwe Bahnsen, „Welt“ vom 13.4.2016

„Wir erhalten neben den biographischen Texten über Täter, Naziaktivisten, Charakterlose, Spitzel und Denunzianten vor allem aber auch einen Einblick in das Funktionieren des nationalsozialistisch regierten Hamburger Schulwesens.“

Christa Goetsch, Schulsenatorin in Hamburg 2008–2010

„Eine ungeheure Fleißarbeit, und das seit 30 Jahren. Ihr Werk schreitet voran – imponierend und notwendig.“

Ralph Giordano, Schriftsteller

„Es ist harter Stoff. Wir erfahren hier nicht nur etwas über eine wenig erfreuliche Vergangenheit, die es zu reflektieren und zu verarbeiten gilt. Wir werden zugleich auch angeregt, über Gegenwart und Zukunft nachzudenken.“

Ties Rabe, Schulsenator seit 2011

